Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

2. Jahrgang • 6. Juli 1917 • Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES Stacks SEP 8 - 1978

Die Stunde drängt

Von Dr. Paul Rohrbach

Stärker, viel stärker, als man es bei uns weiß, rechnen unsere Feinde darauf, daß eine Bewegung des Volkes in Deutschland sich gegen die Regierung erheben und den Frieden herbeiführen soll, der die deutsche Gefahr für England beseitigt. Stärker auch, als wir es glauben, ist in diesem Kriege die Furcht vor Deutschland gewachsen. Der Krieg fing an, weil die Gegner überzeugt waren, uns überlegen zu sein und uns schnell niederwerfen zu können. So sicher war dieser Glaube, daß man in England unserm Botschafter das Wort mit auf den Weg gab: Jetzt zürnt ihr uns, aber ihr werdet uns noch danken, denn wir werden es sein, die euch retten! Bis zur Zertrümmerung der russischen Heere in Galizien und Polen glaubte man in der Entente an die Überlegenheit der verbündeten Waffen. Von da an aber wußte man, wie stark Deutschland war — und von da an erhob sich vor allen Dingen bei England der Entschluß, nicht eher vom Kriege abzustehen, als bis die nun erst in ihrem ganzen Umfang erkannte „deutsche Gefahr" beseitigt war. Geht Deutschland siegreich aus diesem Kriege hervor, so ist es mit der englischen Weltmacht zu Ende! Diese Angst ging den Engländern durch Mark und Bein, als sie erkannten, Deutschlands Sieg, den sie für unmöglich gehalten hatten, sei doch möglich!

Auch Wilsons Eingreifen hat das zum Hauptgrund. Er ist unser Feind, weil er gesehen hat, wie stark wir sind. Das ungeheuerste Ereignis des Krieges ist der Sturz des russischen Zarismus. Als dieser fiel, war Amerikas Sorge vor dem deutschen Siege nicht mehr zu halten. Wer hat das Zarentum zu Boden geworfen? Deutschland! Vor der deutschen Kraft ist es zerbrochen, vor ihr droht jetzt die kolossale russische Masse selber zu zerbröckeln. Nichts von dem, was der Krieg nach menschlicher Voraussicht noch bringt, wird an die Folgen dieses Ereignisses heranreichen. In fünf Erdteilen wird Tag und Nacht gerufen, mit Deutschland gehe es zu Ende, und in fünf Erdteilen zittert man bei dem Gedanken, was alles kommen könnte, wenn Deutschland doch siegreich bleibt. Wahrlich, die größte der Gefahren, die uns be-

Digitized by Google

D1
D42
v.2
pt.2 July-Dec 1917

drohen, ist, daß alle uns Mißgünstigen jetzt wissen, was deutsche Kraft ist. Hinter aller Lüge, allem Hohn, aller Gewalttat und feigen Grausamkeit, die, wo nur die Feinde es vermögen, dem Deutschtum angetan wird, steckt der Trieb zur Vernichtung, der durch nichts so angepeitscht wird, wie durch die Furcht. Die Furcht sitzt ihnen im Nacken, darum werden sie Krieg gegen uns führen, solange ihr Atem reicht.

Ob die Feinde noch auf den Waffensieg hoffen? Sie haben es sicher vor ihrer letzten Offensive getan. Ihre Befehle, die uns in die Hand fielen, sprachen es aus. Nach den Erfahrungen in diesem Frühjahr und Sommer tun sie es vielleicht nicht mehr. Dafür rechnen sie um so stärker darauf, die Kraft Deutschlands dadurch gelähmt zu sehen, daß Volk und Regierung bei uns uneins werden. Fürs erste hoffen sie dazu auf die Hungerblockade. Fürs zweite sagen sie: dem deutschen Volk ist, als der U-Bootkrieg anfing, so bestimmt versprochen worden, nun sei der Sieg in naher Zukunft zu erwarten, daß der Rückschlag gefährlich sein wird, wenn trotz aller versenkten Schiffe die von allen erwartete Wirkung sich noch nicht zeigt. Zum dritten glauben sie, daß die Revolution in Rußland und der dreijährige politische Feldzug gegen den Militarismus Deutschlands bei der deutschen Demokratie, der bürgerlichen und namentlich der sozialistischen, anfeuernd gewirkt hat. Dies ist ein Hauptstück, bei dem die Entente und die in Gedanken mit ihr verbündeten Neutralen auf den Sieg über Deutschland wieder zu hoffen anfangen, und auch einer der stärksten Gründe, weswegen die revolutionären Machthaber in Rußland taub gegen alle Sonderfriedenswünsche bleiben, meinen sie doch, sie brauchten nur auszuhalten, um auch Deutschland auf den Weg der Revolution zu bringen. Dies ist die Hoffnung Wilsons, wegen der er mit einer Plumpheit, die schwer zu glauben wäre, wenn sie nicht vor Augen läge, dem deutschen Volke schrieb: nicht ihm gelte der Krieg, sondern der deutschen Regierung. Dies ist der Gedanke, der an den Börsen im Auslande vorbereitet wird, wenn es gilt, unsere Valuta zu drücken — Unruhen in Deutschland!

Eine Anfangsregel politischen Verstehens sagt, daß die Handlungen der Menschen nicht so sehr durch die Tatsachen bestimmt werden, wie durch das, was als Tatsache geglaubt wird. Man glaubt an die Möglichkeit, Deutschland auf diese Weise zu Boden zu ringen, und dieser Glaube gibt den Feinden einen neuen und starken Antrieb, daß sie ihr Äußerstes aufbieten: selber Not leiden, der Verluste nicht achten, ihre Schiffstonnen zu Millionen hinabsinken lassen, den letzten Fetzen Maske in der Vergewaltigung der Neutralen fallen lassen, die friedensfreundlichen Minderheiten bei sich zu Hause knebeln, den Farbigen und den „Schakalen", die sie unter der Fuchtel haben, die letzten grimmigen Peitschenhiebe versetzen, ihre Völker bergehoch mit Schulden bepacken — alles in dem Gedanken: so wird es zuletzt glücken, daß wir Volk und Regierung in Deutschland doch gegeneinander bringen und den schließlichen Lohn einheimsen!

Täuschen wir uns nicht. Furcht ist eins den stärksten Triebmittel, im menschlichen

Digitized by Google

wie im Völkerleben. Furcht kann größere Zähigkeit geben als Mut. Niemand findet schwerer Versöhnung als der Gefürchtete, solange die, die ihn fürchten, Hoffnung auf seinen Sturz haben. Furcht ist es, die das Bündnis gegen uns bisher wie mit eisernen Klammern zusammengehalten hat, Furcht ist es, was die zäh verbissenen Engländer, die delirierenden Franzosen, die keuchenden Italiener, die taumelnden Russen trotz alles Knisterns und Krachens in der Entente wieder zueinander bringt. Unser Volk weiß das nicht. Es kennt in seiner Mehrzahl viel zu wenig den Ehrgeiz nationaler Macht, es ist viel zu gutmütig, viel zu jung als Weltvolk und viel zu sehr mit dem Druck des Krieges beschäftigt, den es selbst empfindet, um richtig zu verstehen, woher die wilde Feindschaft kommt. Ist es doch sogar uns politisch Gebildeten erst langsam während des Krieges deutlich geworden, wie ganz anders der Kriegswille der Feinde heute zu bewerten ist, als im ersten Kriegsjahr, als sie uns auch schon kleiner machen wollten, aber noch nicht ahnten, wie unsere Stärke wirklich war. Heute erst haben wir erkannt, daß dies der tiefste Grund für die stets erneute Zusammenballung der Welt gegen uns ist. Vertrauen wir nicht zu sehr darauf, daß das Ende des feindlichen Willens und der feindlichen Kräfte nahe ist! Es könnte auch länger dauern, als viele von uns glauben, und wenn es länger dauert, so müssen wir nicht nur militärisch, sondern auch politisch so stark gerüstet dastehen, kalt Blut zu behalten und dem Feind die Stirn zu bieten.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben am Anfang des Krieges zusammengestanden und werden am Ende zusammenstehen! Woher kommt uns dieses Vertrauen? Ist es etwa undenkbar, daß unsere Regierung Fehler macht, die den Glauben an ihre überlegene Führung zerstören? Nichts weniger als das. Ist es unmöglich, daß die Feinde in ihrem Druck auf uns so lange zusammenhalten, bis die körperlich und sittlich Schwächeren unter uns lieber den Frieden als den Sieg begehren? Es ist keineswegs unmöglich. Ist es ausgeschlossen, daß bei uns der Regierung und der obersten Heeresleitung nicht bloß von irgendwelchen verstiegenen Fanatikern, sondern aus der Masse und aus der loyalen, gebildeten Oberschicht der Ruf entgegentönt: man hat uns politisch falsch geführt, man hat uns Dinge versprochen, die sich nicht verwirklicht haben? Es ist gar nicht ausgeschlossen, alle diese Dinge könnten sich ereignen, — wenn das Volk dazu kommen sollte, sich eines Tages zu fragen: ist dieser Krieg wirklich unser Krieg oder ist es ein Krieg der Regierung und der obersten Heeresleitung? — Wird es also so kommen? Nein, das wird es nicht, vielmehr bekennen wir uns voll festen Vertrauens von neuem zu dem Satz: unser Volk und unsere Regierung standen zusammen als der Krieg kam und, werden zusammenstehen, bis der Krieg zu Ende ist.

Warum glauben, warum vertrauen wir? Sehen wir denn nicht, daß genug Unverstand und Interessenpolitik am Werke sind, die Gefahr des Augenblicks heraufzubeschwören, wo ein Spalt zwischen Volk und Regierung sich öffnen könnte? Sehen

Digitized by Google

wir nicht, wie die Fehler in der Ernährungsfrage sich immer noch häufen? Hören wir nicht, wie die Vertreter der deutschen Städte voll Bitterkeit über die Politik der Versprechungen klagen, die nicht gehalten werden können? Wissen wir etwa nicht, daß wieder ein Jahr lang dem Vieh gegeben worden ist, was der Menschen war? Sehen wir nicht, wie wieder die Obst- und Gemüseernte vor den Augen und Händen der Verlangenden entschwindet und das Wenige, was zu sehen ist, nur um Wucherpreise erkauft werden kann? Wir wissen es, denn wir spüren es. Wir wissen noch mehr. Wir wissen, daß all die Verordnungen, die es bessern sollen, ebenso nutzlos bedrucktes Papier bleiben werden, wie die, die schon gekommen sind. Wir wissen, daß diese Mühle klappert, aber kein Mahlgut gibt. Wissen wir nicht, daß die gutgläubigen, braven Rufer im Streit und die weniger gutgläubigen Kulissenschieber im Hintergrunde unentwegt am Werke sind, die „deutsche Gefahr" den Draußenstehenden immer glaubhafter zu machen und den Feinden stets neues Material zu liefern, daß sie die Völkerfurcht vor uns wach erhalten? Sehen wir nicht das peinliche Zagen und Schwanken unsrer Staatsmänner, das Wort einzulösen, das in großer Stunde gegeben wurde: keine Parteien mehr, keine Klassenpolitik mehr — freie Bahn jedem Tüchtigen!? Schwillt nicht immer vernehmlicher die grollende Frage: wo bleibt sie, die versprochene Neuorientierung? Wo bleibt die Einsicht, daß Zahlungsversprechungen nicht besser werden, wenn immer neue und unbestimmte Erfüllungstermine gesetzt werden? Wo bleibt der Mut, heute das zu tun und den Dank aller derer, die aufrichtigen Herzens sind, für das zu gewinnen, was — morgen getan — ohne Dank und Achtung wie eine überfällige Forderung eingestrichen wird? Sieht es nicht so aus, als ob nicht nur Entschlußbedenken, sondern auch Unkenntnis, wie stark im Volke der Tadel über die verzögerte Einlösung wächst, dort wohnen, wo die Führung unserer politischen Geschäfte liegt? Glaubt man oben, es sei kein Unwille unter unseren Gebildeten da? Ahnt man, daß nur alterprobte vaterländische Loyalität schweren Herzens noch sich zurückhält? So fragen wir und sind der Antwort sicher, die aus dem Volke herausschallen wird. Wirft man uns aber ein: ja wie wollt ihr trotzdem noch an die Einheit von Regierung und Volk bis ans Ende glauben? — so antworten wir: dennoch.

Dennoch? Warum dennoch? Weil wir in Deutschland eine Kraft haben, die imstande ist, uns aus der Bureaukratie herauszureißen: den Kaiser! Den Kaiser, der gesagt hat, er kenne nur noch Deutsche; auf den vertrauen wir, daß er weiß, was das bedeutet. Keine Bureaukratie der Welt ist imstande, sich selbst zu reformieren, so wenig, wie jemand an seinen Haaren sich selbst aus dem Sumpf ziehen kann. Bureaukraten können nützlich und gut sein und die deutsche Bureaukratie ist an sich die beste, die es je gegeben hat. Es liegt aber im Wesen jeder Bureaukratie, auch der bestmöglichen, daß sie in so außerordentlichen, aufs höchste gespannten Zeiten außerordentliche Ergänzungen braucht. Sie ist für sich die Züchtung des Durchschnitts, ein bakteriendichter Filter gegen das Außergewöhnliche, Fortreißende, Neuschaffende, Geniale. Auch England hatte seine

Digitized by Google

Art von Bureaukratie, oder von politischer Routine. Wo ist sie geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie Lloyd George, der das alte England zerschlagen hat, wie Töpfergeschirr, und ein neues zusammenknetet. Auch Rußland hatte seine Bureaukratie, und sie war der schlimmsten eine. Wo ist sie geblieben vor dem Gluthauch des Krieges? Hin ist hin, jetzt haben sie den Umsturz, und was sie nächstens haben werden, das ist der Schrecken. Auch Amerika hatte sein Normalschema in der auswärtigen Politik. Wo ist es geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie den Wilson: „Ersatz-Zarismus", fabriziert in U. S. A. Frankreich war ein Land der Bureaukratie, wie sie im Buche steht. Wo ist sie geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie den Engländer, der sie bluten läßt für seine, nicht für Frankreichs Wohlfahrt.

Nirgends sind so die Geschäfte der großen Völker in der Hand derer geblieben, bei denen das Regieren „Erbweisheit" und altgelerntes politisches Handwerk war. Entweder der neue Gewalthaber im Innern ist aufgekommen, oder auswärtige Kräfte haben die Führung ergriffen und fahren mit dem Volk wie sie wollen. Überall in der ungeheuren Weltkrisis ist die alte innere Gleichgewichtslage der politischen Faktoren gestürzt. Für einen Wogengang, wie ihn der Sturm des Weltkrieges hervorgerufen hat, waren alle diese Fahrzeuge nicht gebaut. Und bei uns? Wird es bei uns allein anders sein?

Anders — und doch wieder nicht anders. Auch bei uns muß das Alleinregiment der Bureaukratie aufhören. Nur wird es nicht aufhören durch einen Diktator wie den aus dem Walliser Schuhmacherladen, oder die Revolte, sondern durch den Kaiser, der für sein Volk entscheiden kann, wozu heute bei uns Bureaukratie noch gut ist. Wir haben eine Bureaukratie mit tüchtigen Männern voll Arbeit und redlicher Sorge um das Staatswohl. Eins aber fehlt ihnen: das einhellige Vertrauen des Volks, der Gebildeten wie der Massen, auf die Sicherheit und Freiheit ihres Urteils gegenüber dem Außerordentlichen. Sie regieren, sie erwägen und sie temporisieren, als ob es ein vorübergehender Zustand gestörten Friedens wäre, den wir erleben, und nicht ein politischer Weltuntergang. Wie wollen wir denn diesen Krieg gewinnen, wenn er nicht bis ans Ende getragen wird von der Hochflut des gesamten Volkswillens? Wie, wenn es Winter wird, und unsere ehrliche Friedensbereitschaft findet immer noch nichts als das Streben der „Verbändler", uns zu zerbrechen, mögen auch ihre eigenen Verluste der Gefahrengrenze näher und näher kommen? Wir brauchen den mächtigen Schwung der Volkskraft zum Durchhalten, und um dem einen Impuls zu geben, wie in den großen Tagen der ersten Begeisterung, gibt es nur ein Mittel: dem Volk Vertrauen zu zeigen, nicht zugemessenes, dosiertes Vertrauen, wie der Bureaukrat es zuwege bringt, sondern volles, ohne Rückhalt. Davon wird die psychologische Wirkung eintreten, daß das Volk sich mit erneuter Kraft an seine Sache hingibt. Das Innerste des Krieges liegt dann vor seinen Augen und es weiß, daß er ein Volkskrieg, kein Klassen- und Fürstenkrieg, ist.

Digitized by Google

Heute sind die Dinge so weit gekommen, daß es furchtbar verkehrt wäre, noch Abstufungen des Wahlrechts zu machen. Es gibt nur noch ein Wahlrecht, mit dem man imstande ist, das volle Vertrauen des Volkes zu gewinnen, und das ist das gleiche. Wer noch abhandeln will, begreift überhaupt nicht, wo wir stehen. Vertrauen gibt es nur gegen Vertrauen. Es handelt sich aber gar nicht allein um Rechte, sondern es handelt sich auch um Persönlichkeiten: solche, die da kommen und die da gehen müssen. Gehen müssen die Väter der Hindernisse, die sich der Forderung der Stunde widersetzen, weil sie nicht gegen sich selbst streiten können. Hinein in die Regierung müssen Männer von unten auf, Volksführer, denen das Volk glaubt, wenn sie sagen: durchhalten, es geht nicht anders, die Not muß ertragen werden! Hinein müssen Männer, die den Geist anderer Völker besser kennen, als soviele unserer jetzigen Diplomaten. Hinein müssen Männer, denen für staatspolitisches Wollen nach außen und innen natürliches Augenmaß angeboren ist. Nie wird es der Bureaukratie gelingen, solche zu finden. Sie sieht sie nicht, weil alles Bureaukratische abgedichtet ist gegen Dinge und Menschen, die außer der Tour und außer dem Schema liegen. Die neuen Männer kann nur einer berufen, der über aller Bureaukratie steht, und wir vertrauen darauf, daß er sie finden wird. Dieser Krieg ist zu groß, als daß ihn eine Regierung, ein Kanzler ein Armeebefehlshaber tragen könnten. Tragen können ihn nur Kaiser und Volk. Vom Kaiser muß auch dem Volk die große Vertrauensgabe kommen. Man soll dem Kaiser ja nicht an die Kommandogewalt rühren und soll ihm vertrauen, daß er die Regierung so formt, daß das ganze Volk die darin sieht, an die es glaubt.

Das demokratische Gespenst wird an die Wand gemalt. Der Ball wird der obersten Heeresleitung zugeworfen, und man möchte ihn von ihr zurückgeworfen haben mit der Bestätigung, daß es gegen Demokraten Soldaten gebe. Die oberste Heeresleitung kann auch nur Krieg führen, solange das Volk zum Kriege sagt: Volkskrieg! Meine Sache! Vaterlandssache! Am Kaiser, nicht an der Heeresleitung ist es, das Volk zu rufen, daß es sieht: hier ist keine kapitalistische, militaristische Dunkelkammer, hier ist das Schicksal des Vaterlandes in den Händen des deutschen Volks: des Arbeiters, des Bauern, des Industriellen, des Gelehrten. Die Regierung, die wir haben, kann das nicht, denn sie vermag nicht gegen den Stachel der Bureaukratie zu löcken, die mit zur Regierung gehört. Die Heeresleitung kann es nicht, denn es ist nicht ihres Amts. Der Kaiser allein kann es. Dann kann auch der Kanzler die Regierung weiterführen; anders ist er ein verlorener Mann, so rein sein Wollen auch ist.

Erst Männer, dann Maßnahmen — aber beides bald! Gebt dem Volk seine Geschäfte zu führen! Ihr könnt die Verantwortung nicht mehr allein tragen! Wehe, wer nicht sieht, daß jetzt breitere Schultern nötig sind! Ruft das Volk! Ihr werdet es lehren, aber ihr werdet noch mehr dabei lernen! Regierung und Volkswille wie ein Mann — aber alles mit dem Volk, durch das Volk! Wir halten den Krieg sonst nicht, wir müssen die Hand des Kaisers rufen. Also Demokratisierung, Parlaments-

Digitized by Google

herrschaft, Scheinmonarchie, Sturz des deutschen Militarismus? Das ganze Programm unserer Feinde? Nein, Volkskaisertum! Politisierung des Volks! Deutsches Welt-Volkstum der Zukunft! Ist es das, was die Feinde wollen? So mögen sie es verwirklicht sehen und dann Farbe bekennen, ob Deutschland nun so ist, wie sie es sich wünschen. Glaubt jemand in der Welt, daß man ganz Deutschland so zusammenscharen kann, um militaristische Machtpolitik zu treiben? Ist es denkbar, daß die deutschen Arbeiter über die Linie fester Verteidigung unserer Lebensinteressen hinaus irgendeiner Führung folgen werden? Wer hält es denn für möglich, daß eine deutsche Demokratie sich zum Unterfutter eines erobenden Cäsarismus machen ließe? Lächerlicher Gedanke! Unsere Sozialdemokraten haben in Stockholm klug und würdig wegen Elsaß-Lothringen geantwortet — werden sie darum nächstens Eroberer werden? Eroberer nicht, aber kämpfende Hüter werden sie bleiben, wenn die feindliche Lüge das demokratische Deutschland nun als ebenso schlecht und gefährlich ausschreien wird, wie vorher das militaristische. Vielleicht aber suchen die Ehrlichen drüben dann wirklich Frieden mit dem neuen Deutschland. Mögen sie es tun, die deutsche Hand wird sich ihnen nicht versagen. Möge der Kaiser nur Volk und Regierung führen, daß sie einander vertrauen bis ans Ende!

Die Not der Schweiz

Von Jakob Schaffner

Anläßlich des Falles Hoffmann-Grimm hatten wir uns an einen führenden Schweizer Schriftsteller mit der Bitte gewandt, der „Deutschen Politik" die Stimmung in der Schweiz zu schildern. Herr J. Schaffner ist diesem Wunsche in liebenswürdigster Weise nachgekommen. Indem wir seine Ausführungen mit Dank veröffentlichen, möchten wir unsere Leser auf die unnachahmliche Art der Kritik hinweisen, die Schaffner als Neutraler, als Schweizer und als dichterischer Idealist an den Vorgängen übt.

In der allgemeinen europäischen Überschwemmung achtet man nicht besonders auf die Tätigkeit des Wassers, das von allen Seiten durch die grünen und scheinbar friedlichen Täler der Schweiz herauf dringt. Nur wenn wieder einmal ein besonderes Gebäude mit weithin sichtbarem Schwall in den Fluten versinkt, blickt man fragend auf, wechselt ein paar Worte über den benachbarten Zwischenfall und setzt dann seinen Tageslauf fort, dem es ja auch nicht an Aufregungen und Sorgen fehlt. Man wird aber gut tun, die Dinge in der Schweiz für die Zukunft aufmerksamer zu beobachten, nicht weil es etwa zu einem Zeitpunkt handelnd einzugreifen gälte, sondern weil die

Digitized by Google

Schweiz der wahre Pegel Europas ist, von dem jederzeit der Stand der Überschwemmung genau abgelesen werden kann. Sie ist immer noch im Wachsen begriffen, ja es scheint, nachdem die Wasser verhältnismäßig still aber unaufhaltsam ihre Brandungslinien an gewissen innern Höhenzügen hinaufgeschoben haben, brechen sie nun in breiteren Güssen nach bisher mühevoll und ängstlich behaupteten nationalen Gebieten vor, sie mit ihren trüben und schmutzigen Fluten zudeckend und sie so gleichzeitig in die allgemeine Wassersnot einbeziehend. So tragen nun schon die vor einem Jahr und noch früher angelegten Kapitalien reichliche Zinsen. Die Journalisten und Subjekte, für welche die Entente jenes Berner Hotel mietete, die Spione und Spitzel, die sie in allen größern Schweizer Städten unterhält, die politischen Dirnen und Zutreiber, die dort ihre Geschäfte besorgen, diese ganze verworfene und sittenräudige Gesellschaft, die in der rückständigen Schweiz die westeuropäische Zivilisation fördern soll, hat mit sichtlichem Erfolg gearbeitet. Nach den verschiedenen Händeln um eidgenössische höhere Offiziere, von denen man draußen erfuhr, und andern kränkenden Vorgängen um bürgerliche Ehrenmänner, die sich in der Stille abspielten, trifft nun das Verhängnis den schweizerischen Beamten, der bisher als der Geist und die unbeirrbare Verkörperung der modernen eidgenössischen Neutralität erschien. Gerade Bundesrat Hoffmann hatte an der Maßregelung jener Offiziere und der bürgerlichen Lähmung der andern Vaterlandsfreunde bestimmenden Anteil, und unter seinem geistigen und sittlichen Einfluß spielten sich alle jene peinlichen Gerichtstage ab, auf welchen der Staatskörper gegen sich selber auf Amputation eines nützlichen und gesunden Gliedes erkannte, nicht weil es bösartige Triebe offenbarte, sondern weil sich irgendein giftiger Hund aus der Meute der Entente darauf festgebissen hatte. Was ist nicht alles abgesetzt, kaltgestellt, gebrandmarkt und geächtet worden, um den Frieden mit alten anständigen Völker zu erhalten, den ihre unanständigen Regierungen gefährdeten, und eine innere Einigkeit zu vertiefen, in welcher man des Lebens Weisheit sah. Ein schmerzlicher, tragischer und abenteuerlicher Aufwand von Rechtlichkeit, Vorsicht, Opferwilligkeit und echter Vaterlandsliebe ist aufgewendet worden, um schließlich zu dem Resultat zu kommen, das diese Tage allen Zeitungen zu einer Sensationsüberschrift verhilft: „Wirren in der Schweiz!"

Es ist auch für einen sittlichen Gegner einer Staatsführung, wie sie in der Schweiz geübt wird, nicht schwer, den Männern, die sich ihr unterziehen müssen, gerecht zu werden. Ich sage: müssen! denn es ist nach keines Mannes Geschmack, öffentliche Geschäfte unter solchen Gesichtspunkten zu betreiben, wie sie dem schweizerischen Bundesrat aufgedrungen sind. Das Regieren an solcher Stelle bedeutet unter diesen Umständen ein Martyrium, und Bundesrat Hoffmann, der gute enge Geist des heutigen eidgenössischen Staates, fällt als Opfer und Märtyrer seiner menschenfreundlichen Leidenschaft: sein Land und Volk vor den Schrecken des Krieges und vor dem Hunger und seinem Gefolge zu bewahren. Ich weiß nicht, ob eine

Digitized by Google

solche Leidenschaft von Geburt an in ihm lag. Es ist möglich, denn er ist ein tief musikalischer Mensch. Aber die Jahre des Krieges haben sie ihm zur immerwährenden Not und Gewissenspein gesteigert, weil das Schicksal eines Volkes daran hing und der herzliche und eifervolle Wille eben dieses Volkes als Befehl dahinter stand. Was er etwa nicht aus seiner Natur wollte, das mußte er. Die Journalisten und seine gesprächigeren Kollegen ärgerten sich über seine undemokratische Schweigsamkeit, aber er wußte, daß er stets von Spionen umlungert war und daß jedes seiner Worte unfehlbar entstellt und mit Lügen durchsetzt in die Welt telegraphiert wurde; da war es besser, überhaupt zu schweigen. Besaß er in Himmelsstrichen Freunde, so konnten diese nicht immer so wie sie vielleicht gern mochten. Es ist gut, daß die deutsche Presse ihn jetzt nicht für die deutsche Sache reklamiert, denn er war Zeit seines Lebens ein Schweizer und als Politiker ein ausgemachter Neutralist, sonst hätte er nicht das Vertrauen eines außergewöhnlich bedächtigen Volkes gefunden. Inzwischen mochte er wissen, daß er jenseits der Westgrenze nicht viel heiße Freundschaften besaß, denn die westeuropäischen Beschützer der kleinen Nationen sind mit einer redlich gehaltenen Gerechtigkeit nicht zufrieden, ihr Ehrgeiz verlangt ein Mehreres, und wo sie's nicht bekommen, beginnt ihr tätiges Mißfallen. Ein Verdienst um die Menschheit fordert seine rückhaltlose Anerkennung, und wie man sieht, macht sich die Entente um die Schweiz in hingebender Weise verdient.

Inzwischen wird der griechische Dulder und landflüchtige König Konstantin in Graubünden ruhiger leben als in Lugano, und wird es auch im italienisch sprechenden Tessin keinen Ehrenmann geben, der sich nicht über die geschehene Beschmutzung des schweizerischen alten heiligen Gastrechts aus tiefstem Herzen grämt und sie mit zornigen Tränen verurteilt. Das will beweisen, daß die Begriffe Westschweizer und Kulturärgernis sich nicht decken. Die schleunige Vorstellung des Genfer Staatsrates gegen die Hoffmannsche Depesche ist eine politische Tat, die man so oder so werten kann, aber kein Ärgernis wie der lärmende Aufzug des Genfer Pöbels vor den Konsulaten des Vierbundes, von Spitzeln und Dirnen der Entente angeführt und aufgerührt. Sprichwörtlich schlecht würde man sagen: „Das ist Tells Geschoß!" wenn nicht eben Erfahrung und Vernunft lehrten, daß Tell jetzt nicht mehr schießt, sondern Geßler wieder an der Reihe ist.

Mir persönlich wächst der echte Schweizer allegemach in etwas wie einen Heiligenschein hinein. Ich könnte fluchen und schmähen, wie Bileam wollte, denn mich verdrießt bis zum Weinen die unverschämte Notzucht, die ein gutes und treues Volk von einem gesindelhaften Pack in seinem eigenen Land täglich und stündlich erdulden muß. Aber ich muß segnen, denn dies Volk ist unvermerkt unter die sieben Seligpreisungen gerückt. Es hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit. Es ist friedfertig. Es ist reinen Herzens. Es wird beleidigt und verfolgt. Und es ist willfährig seinem Widersacher bald. Nur daß die Seligkeit nicht groß ist, wenn man sie nicht in der

Digitized by Google

Verschonung vom körperlichen Kriegsleiden sehen will. Denn von Luther unterscheiden sie sich in einem wesentlichen Punkt. Luther sagt: „Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib: Laß fahren dahin!" Der Unterschied liegt wohl schon im Gegensatz zwischen kirchlichen und staatlichen Geschäften begründet. Das Schweizer Volk ist bereit, für seinen Frieden sein Gut daran zu geben, und die weltliche Ehre sieht es ebenfalls haltlos schwinden, ohne daß Mittel und unausweichlicher Drang sich einstellten, Kind, Leib und Weib dafür einzusetzen. Seine wahre Ehre sucht und findet es nicht in der Erfüllung jener Willensregungen, die es imperialistisch nennt, sondern rein und mit vollkommener Frömmigkeit in der Erfüllung der Versprechen, die es sich und Europa mit der feierlichen Vergelübdung seiner Unparteilichkeit gegeben hat.

Eine solche Stellung innerhalb der sittlichen Gewalten ist nur durch die Steigerung zu innerer Heiligkeit durchzuführen, denn Politik und Geduld allein tun's nicht, wenn dabei das tiefere Leben und die geheimnisvolle Fähigkeit des sittlichen Wachstums weiter erhalten bleiben sollen. Mit äußerlichen Mitteln der materiellen Fügsamkeit und des körperlichen Durchschmiegens, das fühlt jedermann in der scheuesten Tiefe, muß Volk und Staat in solchen Zeiten und mit solchen politischen Grundsätzen der Verkümmerung und dem Niedergang entgegenreifen. Der Geist ist es, der lebendig macht und lebendig erhält. Ohne neuerweckte Religiosität würde sich ein offenbares Werk der Gottseligkeit, das die schweizerische Neutralität und der Friedenswille ist, nicht mit Segen erfüllen, und die Seligpreisung müßte dem Volk ihre schönsten Erhebungen schuldig bleiben. Denn es betreibt längst kein bürgerliches Geschäft mehr mit seinen gesellschaftlichen Bemühungen, sondern ein überbürgerliches, ein gottfrommes, menschenheiliges. Um davon des Beispiels wegen zu sprechen: bei einer mutigeren Vertretung dieser priesterlichen Seite der Aufgabe würde man vielleicht mehr bürgerliches Ansehen und Glück des Gelingens davon haben. Jene herzliche Wärme der Ergriffenheit, die überall im Volk zu finden ist und Leben und Gedanken wirkt, kommt kaum als temperierte Lauheit in ihren Regierungsspitzen zu Gefühl, die sich daher auch in einer überraschenden Weise von der frommen Erschütterung der russischen Volksfreunde und Friedenssucher unterscheiden. Dies Ergebnis hätte nicht durchaus erwartet werden müssen. Etwas mehr Mut in der Anlehnung an die göttliche Größe, aus welcher schließlich doch der hohe Gedanke der eidgenössischen Neutralität stammt, und Schwung in der Beziehung auf den himmlischen Vater der irdischen Gesinnung hätten die Stellung eines so klugen und frommen Mannes wie Bundesrat Hoffmann vor der Welt zur priesterlichen Unantastbarkeit erheben müssen, und seine Depesche an den sozialistischen Friedensabgeordneten in Petersburg hätte eine so tiefglühende und ergreifende Färbung gezeigt, daß die Hunde davor schweigen mußten. Denn die höchste Neutralität ist die in Gott, der die Liebe ist, dieselbe Liebe, von welcher auch eine herzliche staatliche Neutralität das Leben hat. Aber je weiter

Digitized by Google

sie sich von ihrem allmächtigen Ursprung in Kleid und Gebärde entfernt, desto weiter entfernt sie sich auch von der Allmacht selber, deren Teilhaber sie im Anfang war. Das sind ganz unpolitische Betrachtungen eines einsamen Menschen, aber woher hat die russische Revolution jene bestimmte innere Schönheit, die ihr zu Zeiten ihres periodischen Aufleuchtens eignet, vom göttlichen Ursprung oder vom bürgerlichen Verlauf? [Hier kommen wir mit dem geschätzten Verfasser nicht mit. Red.]

Es ist des Menschen Wille, wofür er leiden will. Es ist aber schon mehr Gnade als Wille, wie er leidet. Das Leiden um ein imperialistisches Ziel, auch wenn es in Gott münden will, ist nicht größer und heiliger als das Leiden um ein friedliches, unkriegerisches, wenn es ebenfalls auf Gott zielt. Das bürgerliche Leiden um die verstandesmäßige Staatsneutralität andrerseits ist nicht wertvoller als dasjenige um den bürgerlichen Staatsimperialismus, dessen Reich von dieser Welt ist. Die Neutralität eines so kleinen Landes wie der Schweiz, von frommer und furchtloser Größe in der Welt vertreten, müßte, wie gezeigt ist, eine christliche Macht sein, wenn sie zugleich ganz priesterlich selbstlos und nur der Menschheit zugekehrt wäre. Die Beschränktheit des Lebens wirkt, daß sie ihren Bedürfnissen zugekehrt ist und darum jener Größe ermangelt, wenn sie einmal eine Botschaft an die Menschheit ausrichten soll. Der Erfolg zeigte, daß auch ein weiser und bürgerlich frommer Mann wie Bundesrat Hoffmann nicht die menschliche Hoheit hat, über den Kreis seiner sachlichen Interessen hinaus mit Ansehen und ergreifender Wirkung aufzutreten. Darum wäre es besser für ihn gewesen, daß er nicht gesprochen hätte. Es wäre auch für die Sache, welcher er dienen wollte, besser gewesen. Und hier liegt seine wirkliche Schuld an seinem Sturz. Er war reiner und frömmer als jener Mann, der seine Depesche dem Brantingschen „Sozialdemocraten“ und der „Times“ verriet; ich weiß nicht, ob es Branting selber war. Es wäre gut für Branting, wenn er es nicht wäre. Ein Friedensfürsprecher darf unter keinen Umständen ein Spion und ein Lump sein. Aber Hoffmann war darum doch noch nicht rein und fromm genug, obwohl gerade ein Volk wie das schweizerische Einfalt und Heiligkeit des Herzens mehr als ein anderes in Europa pflegt und liebt, denn es besitzt diese Gaben selber in hohem Grad. Ich spreche immer vom Volk im eigentlichen Sinn, und will nichts, als das Wesen und die Wirkungsmöglichkeit der Neutralität an einem Beispiel nach ihrem Ursprung zurück aufhellen.

Moralisch ist daher die Wirkung dieses unschuldigen Schrittes in der Welt und im Land entsetzlich und verhängnisvoll. Bürgerlich braucht sie nicht allzuviel zu bedeuten, Ein Auflauf in einer wilden Zeit mehr. Ein paar neue Wunden am Staatskörper, die heilen werden. An eine Revolution braucht niemand zu denken. Im Land wird alles weiter gehen wie bisher, denn es dauern fort die tiefe Vaterlandsliebe der staatsbildenden Kreise im Osten und im Westen, in aller menschlichen Unvollkommenheit der ehrliche Wille zur Gerechtigkeit und Verständigung auf beiden Seiten, und die große Übung der alemannischen Mehrheit, Aufläufe ihrer Minderheiten im eigenen

Digitized by Google

Gemüt zur Ruhe zu bringen und ihnen so das Gift zu nehmen. Das ist eine sittliche Antwort auf einen unverantwortlichen Vorgang, unverantwortlich in dem Sinn, daß niemand im Land dafür verantwortlich ist. Der deutsche Schweizer veranschaulicht die Lage des ruhigen und rechtschaffenen Mannes in der Ehe mit einer lebendigen und von Natur guten Frau, die mit anständigen Verwandten, aber zeitlich mit einem üblen Anhang versehen ist. Der liegt ihm nun spionierend und händelsuchend auf dem Hof, zehrt von seinen Kräften, verwirrt seine Geschäfte und verdirbt seinen Ruf und seinen Frieden. So schmerzlich er die verfluchte Wirkung dieses Auswurfs in seiner Ehe empfindet, so sagt ihm doch sein Hochsinn bei jeder neuen Verdrießlichkeit, daß nicht seine Frau die Schuldige ist, denn sie läßt es nicht an Beweisen ihrer häuslichen Redlichkeit und ehelichen Liebe fehlen, sondern daß er hinter sie greifen muß, wenn er Ruhe bekommen will. Hier wird das Beispiel freilich tragisch. Wenn ihn die Umstände an der Hausäuberung verhindern, so sieht er noch viel schweren Zeiten entgegen und muß er mit dem Untergang seines ganzen Glückes und selbst der Dinge rechnen, die er durch Geduld und Weisheit vor allem retten wollte: seiner Ehe und seines Besitzes. Auch dieser harte Ausgang ist für den politischen Fall des Beispiels nicht zu fürchten; dafür wäre vor allem nötig, daß die Mehrheit die Besonnenheit verlöre. Danach sieht sie aber wenig aus. Man wird fortfahren zu opfern, was im einzelnen immer zu opfern ist, um dem Allgemeinen den Schrecken zu ersparen und das friedliche Ideal zu retten. So wurde auch jetzt wieder unbedenklich und augenblicklich ein hoher Beamter auf ausgesetztem Posten geopfert, wie manche Zeitungen durchblicken lassen die beste und feinste geistige Kraft der politischen Eidgenossenschaft. Man schafft so allmählich eine Art neutralistischer Zuchtwahl. Es findet eine stetige Ausmusterung der nicht ganz entsagenden und eine fortlaufende Abschreckung der unternehmungslustigen Kräfte vom Staatsdienst statt, eine stille, zähe Auslese auf einen ausgelesenen Zweck hin, der in Europa einmal vorhanden ist und nicht wieder.

Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß bei einer solchen Zuchtwahl schließlich — in Verbindung mit der Erziehung der Jungen daraufhin — ein ganz farbloses und streng unphantastisches Geschlecht entstehen werde, dem jeder Schwung und jede wirkliche Fruchtbarkeit fehlen müsse. Indessen wählt sich keine Gesellschaft ihre Form willkürlich, sondern sie wächst mit allem Lebenswillen in ihre Lage und ihre Notwendigkeit hinein. Außerdem übersieht man leicht, daß diese Stimmung der absoluten Friedensliebe und Neutralität ja die allergrößte und lebendigste Vorstellungskraft zu ihrer Erhaltung braucht, die man sich denken kann, daß sie in Wahrheit und in jedem guten Sinn phantastisch und übersinnlich ist, so tief eigenartig, daß sie nur bei jedem Verzicht auf Nebenabsichten und irdische Gelüste des Staates verwirklicht werden kann. Und hier geht gleich eine neue innere Kraft auf. Es ist für die Schweiz ganz unmöglich, sich mit ihrer reinen Idee in den unreinen Wirbel der Vergänglichkeit

Digitized by Google

locken zu lassen, solange sie nicht roh von fremder Hand hineingestoßen wird, denn sie hat keine Gelüste und keine Begehrlichkeiten, bei denen sie gefaßt werden könnte. Ihrer Phantasie sind keine Feinde vorstellbar. Mag auch eine gewisse redliche Erbitterung über die Gewalten herrschen, die mit ihr in den letzten drei Jahren so rücksichtslos und zynisch verfahren sind, so wird sie sich dadurch auch nicht in Gedanken zu einer tätlichen Stellungnahme aufreizen lassen. Ihre Stellung ist die: leiden, dulden, auf bessere Zeiten warten und aus allem das Beste zu machen suchen. Auch die neuerliche Demütigung durch die Entente wird man gefaßt zum andern legen und sehen, was zu tun ist. Die Unruhe und Spannung im Land wird man durch die Berufung eines weiteren romanischen Bundesrates zu beschwichtigen suchen, ohne sich darüber zu beunruhigen, daß die Verhältnisziffer zwischen alemannischer und romanischer Bevölkerung in der obersten Behörde vorübergehend beinahe umgekehrt erscheint, denn wer einmal auf Verträglichkeit und Duldung eingerichtet ist, hat es nicht in der Hand, die Grenze zu bestimmen, wo er damit aufhören will, und je länger einer die zerstörende Auseinandersetzung vermieden hat, desto gewisser erwartet sie ihn beim ersten Fehltritt.

Mit zur besinnungslosen und unerbittlichen Beseitigung dieses Bundesrates hat wohl beigetragen die Aussicht auf die Verhandlungen mit jener Macht, die sich rasch zur Zitadelle der Entente gemacht hat: Amerika. Zitadellen entstanden immer, indem man Mauern und Wehren um gefüllte Speicher und Arsenale errichtete. Amerika ist jetzt Getreidespeicher und Arsenal der halben kriegführenden Welt und aller Neutralen. Als vor etwa dreiviertel Jahren die letzte Zumutung der Entente an die Eidgenossenschaft zu einer klaren Abweisung führte, die von der ganzen romanischen Schweiz beifällig begrüßt wurde, wagte man nicht weiter gegen dies kleine Land vorzugehen; dagegen ist man froh, alle Geschäfte, die man damit hatte, nun an die Union abgeben zu können, die keine traditionellen Beziehungen und Vorspiegelungen zu pflegen hat und ganz geschäftsmäßig verfahren kann. Es ist auch bereits erklärt worden, daß alle Neutralen auf strenge Rationen gesetzt werden sollen. Also muß man verhandeln. Mit einem solchen mißliebigen Bundesrat beladen, der zudem noch den äußern Verkehr der Schweiz leitete, konnte man aber nicht auf Entgegenkommen rechnen. Im übrigen kann man damit rechnen, wie bisher noch jedesmal mit einem hinlänglichen Ertrag aus den Verhandlungen hervorzugehen. Hoffmann hinterläßt nichts in den Umständen der Schweiz, was nicht schon darin gewesen wäre. Ihre Stellung ist schwer und notvoll infolge von unausweichlichen Entwicklungen, die vom Vierverband betrieben werden, die aber auch der Vierverband nicht mehr frei in der Hand hat, denn auch er beginnt einer geschichtlichen Zwangslage zu verfallen. Er kann nicht anders, er muß die freien und durchlässigen Neutralen drangsalieren und muß sich mit aller Gemeinheit und Schuftigkeit beladen, nachdem er einmal die Kriegführung auf die wirtschaftlichen Gebiete hinüber gespielt hat, wenn er seine Rechnung aufgehen sehen

Digitized by Google

will. Man will, aber man wird nicht. Die geschichtlichen Schurkereien werden ein tragisches Ergebnis zeitigen: daß sie umsonst begangen wurden. Darum hofft man in der letzten Minute sich herauszuziehen und die moralisch unbeirrbare Union damit vorzuschieben. Die Schweiz geht so wenig mit leeren Händen in die Verhandlungen wie andere Neutrale. Sie ist nicht nur Empfängerin sondern auch Geberin, ihr kann nicht nur gedroht werden, sie kann auch selber drohen. Das unterscheidet sie von Griechenland. Es ist technisch denkbar, daß am kontinentalen Tisch, an dem schon hundertundsechzig Millionen essen, auch noch drei weitere Millionen sich durchfüttern, zumal wenn sie dahin Lebensmittel mitbringen, die jetzt in die andere Wirtschaft gehen. Dasselbe würde mit der schweizerischen Kriegsindustrie der Fall sein. Auch die jurassische Industrie geht nicht nach Gefühlen, sondern sie will leben, der Arbeiter will beschäftigt sein und der Unternehmer verdienen. Neu wäre höchstens, daß fortan im ganzen offen und mit Schwung nach einer Richtung geschehen würde, was jetzt einzeln und verschämt nach zweien geschieht. Dies Ergebnis ist für die Entente nicht wünschbar, und man wird es auch nicht herausfordern.

Der Fall Hoffmann hat also keine neue Lage geschaffen. Jedes Schiff wird seinen bisherigen Kurs weiter steuern, weil das Ruder durch die gegebenen Verhältnisse fest eingestellt ist. Von allem, was gewollt und erstrebt wird, wird das werden, was kann und in sich muß. Schafft die Entente durch die Eintreibung der Neutralen ins deutsche Lager den großen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband, so kann man auch einmal aus dem Unsinn Weisheit entstehen sehen, ohne hier zu untersuchen, ob diese Entwicklung auf die Dauer auch im andern Fall zu hintertreiben wäre. Aber keine Freunde der Eidgenossenschaft haben Ursache zu besonderen Befürchtungen, und keine Feinde haben Grund zu besonderen Hoffnungen. Insofern zeigen die Dinge des Vaterlandes nach wie vor ein vertrauenerweckendes Gesicht.

Streiflichter zur Weltlage IX

Von Professor Dr. Schiemann

Der Juni 1917

Die Signatur dieses Monats war der vergebliche Versuch der Internationale, auf einem Kongreß in Stockholm einen allgemeinen Frieden anzubahnen, den sie durch einen Druck der Arbeitermassen auf die Regierungen zu erzwingen trachtete. Die Zimmerwalder gaben den Anstoß, aufgenommen im Interesse der Entente wurde er von Branting und Genossen und von den russischen Utopisten, die sich die Scheidemann-Parole vom „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" zu eigen gemacht hatten. Die von russischer Seite eingeleiteten Verbrüderungsdemonstrationen an der Front haben dann zu mehr oder minder offiziellen Friedensfühlern unsererseits geführt, die, wie vorauszusehen war und mehr als einmal vorausgesagt wor-

Digitized by Google

den ist, scheiterten. Parallel gingen die holländisch-skandinavischen Versuche, die Vertreter der gesamten Sozialdemokratie beider Kriegsgruppen zusammenzurufen, um durch sie zu erfahren, welches das mögliche Verständigungsprogramm werden könnte. Den Sozialdemokraten der Mittelmächte sind keine Hindernisse in den Weg nach Stockholm gelegt worden. Den Russen wäre eine Vorkonferenz in Petersburg, den Engländern und Franzosen eine in London lieber gewesen, wenn überhaupt die Beschickung einer derartigen Konferenz nicht zu umgehen sein sollte. Offenbar wurde in London und Paris die Stockholmer pazifistische Atmosphäre mehr gefürchtet als bei uns. Was dann vor dem holländisch-skandinavischen Bureau an Aussagen vorgebracht worden ist, hat keineswegs zu einer Klärung oder zu einer Annäherung der Kriegführenden in den radikalen Ausläufern ihrer Bevölkerung geführt. Vielleicht ist als erfreuliches Ergebnis eine gewisse Ernüchterung der Scheidemann-Genossen zu buchen: sie können sich jetzt unmöglich darüber täuschen, daß unsere Feinde es nicht auf den Frieden, sondern auf eine wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands absehen. Die Entente, soweit sie durch den Mund ihrer Führer spricht, ist keineswegs entmutigt. Sie glaubt trotz allem — Thomas hat es, als er aus Rußland heimkehrte, in Paris feierlich versichert — an die Wiedergeburt der Offensivkraft Rußlands, ganz wie sie fest davon überzeugt ist, daß die großen Versprechungen, mit denen Präsident Wilson so freigiebig um sich geworfen hat, sich allesamt verwirklichen werden. Hat er doch den schüchternen Vermittelungsversuch der Schweiz schnöde abgewiesen und sich jetzt alle Schlagworte Englands und Frankreichs zu eigen gemacht, die ihre Spitze gegen Deutschland richten. Die Note, die Wilson am 10. Juni durch den Botschafter Francis in Petersburg überreichen ließ, hat weniger günstige Aufnahme gefunden; die russischen Sozialisten haben eine scharfe Witterung und fühlen es durch, daß Amerika weder für Zivilisation und Recht, noch für die kleinen Nationen in den Krieg eingetreten ist, sondern lediglich um dem ungeheuren Geschäft zu dienen, das es aufgenommen hat und zu Ende zu führen entschlossen ist. Man wird kaum annehmen dürfen, daß der große Diplomat Root, den Wilson jetzt nach Rußland geschickt hat, um als Konkurrent der Engländer zu fungieren, bei dem großen Ausverkauf russischer Reichtümer und Bodenschätze, der jetzt von den habgierigen Bundesgenossen Rußlands in Gang gebracht worden ist, — natürlich um das ehemalige Zarenreich vor weiterer Ausbeutung durch den deutschen Nachbar zu schützen! Wir haben den psychologischen Fehler begangen, mit direkten Friedensanträgen an Rußland heranzutreten, während, so wie die Verhältnisse lagen, nur eine entschlossene kriegerische Haltung Eindruck gemacht hätte. Die Auslegung, die man unserer Haltung gab, war, daß wir am Ende unserer Aktionsfähigkeit seien, und daß die Russen ihren Bundesgenossen gegenüber nur eine fast ungefährliche Ehrenpflicht zu erfüllen hatten, wenn sie uns im Osten so festhielten, daß wir keinen Mann gegen England und Frankreich, die Österreicher und Ungarn keinen gegen Italien abziehen könnten. Man ist dann so versorglich ge-

Digitized by Google

Digitized by Google

STANFORD LIBRARIES

Digitized by Google

wesen, überall an der russischen Front englische, französische und japanische Offiziere „zur Aufmunterung" der kriegsmüden Russen zu verteilen, während gleichzeitig das englische Gold seine bewährten Verführungskünste spielen ließ. Die „Nowoje Wremja" läßt sich heute direkt als ein Organ der englischen Regierung bezeichnen, und das erklärt wohl auch die auffallende Tatsache, daß man in Rußland kein Wort der Mißbilligung gegen die Besetzung aller russischen Häfen am Weißen Meer und am Eismeer laut werden läßt. Wenn je, so bedeutet hier Schweigen: Gold! Die silbernen Reden hat ja der französische Munitionsminister Thomas gehalten, den die Russen mit noch klingenderen Gegenreden abgefunden haben, die er jetzt in seiner Weise in Frankreich zur Steigerung der Russenfreundschaft weitergibt. Immerhin ist diese doppelte Einwirkung auf das russische Gemüt, durch Besetzung seiner einzigen Ausgänge zum offenen Meer und durch Kontrolle seiner Armee, neben den Mitteln der Bestechung und Überredung keineswegs wirkungslos gewesen. Die Stimmung in Rußland ist kriegerischer geworden als sie vor unserem Friedensangebot war, und die wenig erbauliche Grimm-Hoffmann-Affäre, deren Initiative fälschlich uns zugeschrieben wird, so sehr wir uns auch dagegen verwahren, hat diese Stimmung nur gesteigert. Wenn statt der Hoffmannschen Note an Grimm in Livland mit Waffenschrift geschrieben worden, wäre das Ergebnis das entgegengesetzte gewesen. Das faktische Ergebnis der schweizerischen Vermittlung ist das Hohngelächter unserer Feinde über die Ausweisung Grimms und eine erhebliche Verschlechterung unserer Stellung in der Schweiz. Daß an Stelle des aufrichtig neutralen Hoffmann jetzt ein ausgesprochener Parteigänger der Entente wie Ador als Leiter der auswärtigen Politik der Schweiz getreten ist, bedeutet um so mehr eine Minderung unseres Ansehens, als die Franzosen und die welschen Schweizer daraus den Schluß gezogen haben, daß es ihnen auch glücken könnte, den General Wille zu beseitigen und ihn durch einen der Ihrigen, Herrn Audeoud, zu ersetzen. Dahinter liegt dann die Hoffnung, daß auch die Schweiz einen Venizelos finden könnte, der sie in die Bundesgenossenschaft der Entente hinüberzieht. Wir halten das natürlich für völlig ausgeschlossen, aber es ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß unser Vorstoß gegen Paris in der sogenannten Marneschlacht vornehmlich daran scheiterte, daß die Franzosen wußten, daß ihnen von unserem italienischen Bundesgenossen unter keinen Umständen eine Gefahr drohen werde. Alle französischen Truppen konnten von der italienischen Grenze gegen uns herangezogen werden! Nun haben freilich alle Neutralen eine überaus eindringliche Lektion durch die Behandlung erhalten, die dem unglücklichen Griechenland zuteil geworden ist, weil es im rechten Augenblick den Entschluß nicht fand, der drohenden Gefahr vorzubauen. Venizelos gehörte an den Galgen, und wer entschlossener Optimist ist, hofft noch heute, daß dies einmal sein Schicksal sein wird. Wahrscheinlich wäre auch die Landung in Saloniki zu verhindern gewesen, man fürchtete aber die Brutalität der englischen und französischen Kriegsschiffe, die keinen Anstand genom-

Digitized by Google

men hätten, die Städte des neutralen Landes zusammenzuschießen — denn welches Völkerrechtsbruches hätten sie sich nicht bereits schuldig gemacht. Das alles aber wäre doch weniger unerträglich und weniger unwürdig gewesen als was dennoch geschah, und jetzt in der erzwungenen Abdankung, die richtiger als Ausweisung zu fassen ist, den Gipfelpunkt erreicht hat, falls wirklich nicht noch Schlimmeres geschehen und die Nation wider ihren Willen zum Kampf an der Seite der Entente gezwungen werden sollte. Es gibt bereits jetzt Anzeichen, die darauf hindeuten, wie die Proklamation des italienischen Generals Ferrero, die Albanien für unabhängig erklärte und zwar in Grenzen, die so weit gezogen waren, daß sie den territorialen Ehrgeiz, den das Kabinett Boselli verfolgte, deutlich erkennen ließen. Drei Tage danach erfolgte die Besetzung Janinas, am 12. die Okkupation des Kanals von Korinth durch die Franzosen, die offenbar weiteren Gelüsten ihrer italienischen Freunde vorbauen wollten. Erst danach, am 16., folgte die durch Jonnart erzwungene Auswanderung des Königs und die Proklamation seines zweiten Sohnes Alexander, zum Könige der Hellenen. Der Stern von Venizelos leuchtete nun hoch auf, er ist es gewesen der Sarrails Okkupation der thessalischen Ernte sanktionierte, und wenn er jetzt nach Paris in die Schmiede der antihellenischen Plänen fährt, handelt es sich wohl bestimmt um neue Niedertrachten, die das System des „Schutzes der kleinen Mächte", wie es England und Frankreich proklamiert haben, zur Vollendung führen sollen.

Die Italiener, die in der Meisterschaft der Heuchelei doch noch nicht auf der Höhe stehen, wie ihre Bundesgenossen, haben ihre albanische Politik mit einer Ministerkrise büßen müssen; die von Ferero verkündeten Grenzen Albaniens wurden als „non avenues" betrachtet und die künftigen Grenzen dem „allgemeinen Friedensvertrage" überlassen. Aber man hat sich in Rom in die Notwendigkeiten der Lage gefunden, Boselli und Sonnino sind nach wie vor in Amt und Stellung geblieben, und die minderen Größen, die man zu opfern nützlich fand, gehörten eben zu den kleineren Göttern, von denen nicht viel Aufhebens gemacht wird. Während an der Ostfront ein Artilleriekampf allmählich eingeleitet wird, hat er im Westen während des ganzen Monats ununterbrochen getobt. Der 8. Juni brachte die große Sprengung am Wytschaetebogen, welche von den Engländern unter meisterhafter Wahrung des Geheimnisses ein Jahr lang und darüber vorbereitet worden war. Geändert an der strategischen Lage ist dadurch nichts, da gerade durch diese Sprengung die Vorteile, die der Wytschaetebogen den Engländern bieten konnte, wenn sie sich seiner bemächtigt hätten, von ihnen selbst vernichtet worden sind. Es ist eine Trümmerstätte, die ihnen zugefallen ist, und zugleich nötigt das Jammern Frankreichs sie wiederum, ein neues Stück der französischen Westfront als Angriffsobjekt zu übernehmen. Es wird jedoch immer wahrscheinlicher, daß das Hauptobjekt der englischen Kriegführung unsere Küstenbefestigungen an der Nordsee sind, die von der Landseite her im Westen angegriffen werden sollen, während gleichzeitig ein An-

Digitized by Google

griff von der See aus beabsichtigt wird. Zu diesen Schlüssen führt die leidenschaftliche Polemik, welche in der englischen Presse durch die ungeheueren Verluste hervorgerufen worden ist, welche unsere U-Boote dem englischen Welthandel in steigendem Maße bringen. Die Untätigkeit der englischen Schlachtflotte wird wie eine nationale Schmach empfunden, und man dringt auf Zerstörung der „U-Bootnester" von denen so unendlicher Schaden ausgehe und der schließliche Verlust des gesamten Krieges drohe. Auch der jüngste Fliegerangriff auf London, dessen Festungscharakter die Engländer lächerlicherweise bestreiten, wird der Regierung auf ihr Schuldkonto gesetzt, wobei darauf hingewiesen wird, daß Paris es verstanden habe, sich vor ähnlichen Angriffen zu schützen. Die Regierung ist bemüht, die allmählich immer deutlicher zutage tretende Sehnsucht nach Beendigung des Krieges dadurch zu ersticken, daß die abenteuerlichsten Erfindungen über unsere Kriegsziele von ihren Organen verbreitet werden, wie denn, um ein Beispiel anzuführen — die „Morningpost" ihren Lesern erzählt, wir forderten die Annexion des gesamten britischen Reiches!! Daneben gehen die erlogenen Berichte über schlechte Behandlung der englischen Gefangenen, was um so schamloser ist, als wir durch einen am 26. Juni veröffentlichten Brief eines französischen Offiziers (8 Uhr-Abendblatt der „Nationalzeitung") wissen, daß Engländer und Franzosen verwundete Deutsche, die in ihre Hände fallen, erbarmungslos niedermachen. Das ist eine Niedertracht, für die eine Vergeltung zwar ausgeschlossen ist, aber wir meinen, man sollte den Offizier, der ihn geschrieben hat und unverwundet in einem deutschen Gefangenenlager steckt, zwingen, diesen von ihm geschriebenen Brief den Engländern und Franzosen selbst vorzulesen. Vielleicht wird das nach Frankreich und England hinein nicht ohne Wirkung bleiben. Daß es diesseits wie jenseits des Kanals unter der Bevölkerung gärt, ist nicht mehr zu verbergen. Das beweisen die schweren Arbeiterunruhen der letzten Wochen, der Arbeiterkongreß in Leeds und die immer lauter werdenden republikanischen Stimmen in England, sowie die Angriffe von steigender Schärfe, denen die Regierung der Herren Poincaré und Ribot ausgesetzt ist. Man ist in Frankreich allmählich (so weit es sich um das nichtoffizielle Frankreich handelt) infolge der Ungeniertheit, mit der der englische Einfluß sich ausbreitet, sehr nervös geworden. Wer, wie die regierenden Kreise, sich nicht absichtlich den Blick in die Zukunft untersagt, kann um so weniger übersehen, daß England entschlossen ist, sich dauernd in Calais festzusetzen, als der Plan des Dover-Calais-Tunnels wieder auflebt und wie es heißt im Prinzip bereits entschieden sein soll. Bekanntlich aber war der Gedanke des Tunnelbaues, für den große kapitalistische Kräfte sich einsetzten, bisher stets daran gescheitert, daß die englische Regierung ihre Zustimmung verweigerte, weil nur ein Ausgang des Tunnels in ihrer Hand, der andere in Händen Frankreichs sei und sich nie mit Sicherheit vorhersehen lasse, was die Zukunft in ihrem Schoße trage. Wenn diese Zweifel, wie ein Korrespondent der „Continental Times" versichert, geschwunden sind, und ein Geheimvertrag den

Digitized by Google

Engländern Calais nebst dem anliegenden von England besetzten Territorium sichert, so wäre damit eine Lage geschaffen, die der britischen Seemacht die vollständige Sperrung des Ärmelkanals ermöglichen würde, sollte aber ein derartiger Vertrag nicht geschlossen sein, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß England beim schließlichen Friedensschluß Mittel und Wege finden wird, sich in Calais zu behaupten. Wenn nicht anders so unter dem naheliegenden Vorwande, daß Frankreich durch den Verlust an Menschen und Hilfsmitteln, den es in diesem Kriege erlitten habe, in die Reihe jener „kleinen Nationen" eingereiht sei, die England aus Großmut zu beschützen übernommen habe.

Wenig erfreulich sind auch im Interesse der Entente die Verhältnisse, die sich in Rußland entwickelt haben. Trotz aller Mühen Kerenskis und der Unterstützung, die ihm, wie wir gesehen haben, englische, französische und japanische Offiziere leisten, ist es keineswegs gelungen, die Disziplin an der Front herzustellen und die Truppen zu einer anderen Gefechtstätigkeit als zum Geschützkampf zu veranlassen. Alle Versuche, die Infanterie zum Vorgehen zu bewegen, sind bis jetzt gescheitert. Die Höhe der Desertionen wird nach zuverlässigen Nachrichten bis Ende April auf 1 ½ Millionen geschätzt, und es ist nicht anzunehmen, daß seither ein Stillstand in dieser Hinsicht eingetreten sei. Die großen Massen der Soldaten sind Bauern, ihre Sprecher, deren gebildete Ausdrucksweise auffällt, meist ehemalige Studenten, überzeugte Marxisten, welche die ihren Bauernkameraden unfaßbaren sozialistischen Theorien in den Komitees vertreten und zur Anerkennung bringen. Die Absetzung mißliebiger Generale wie Dragomirow, Alexejew, Gurko ist ebenso auf ihren Einfluß zurückzuführen wie die Veränderungen, die sich in der Admiralität vollzogen haben. Sowohl der Chef der baltischen Flotte Maximow wie Koltschak, der Befehlshaber der Flotte des Schwarzen Meeres, haben unter dem Druck dieser Elemente weichen müssen und die provisorische Regierung hat bisher noch kein einziges Mal den Mut gefunden, den Forderungen des Armee- und Flottenkomitees mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie steht selbst unter dem Druck des Arbeiter- und Soldatenrates der Petersburger Garnison, in dem die Bolschewiks immer mehr aufräumen. Die „Nowoje Wremja" ist bemüht, die Führer der Bolschewiks als Juden den National-Russen zu verdächtigen und stellt die folgende, allerdings sehr charakteristische Liste auf:

Steklow	hieß	ursprünglich	Nachamkis
Sinowjew	„	„	Apfelbaum
Trotzki	„	„	Braunstein
Kamenew	„	„	Rosenfeld
Suchanow	„	„	Gimmer
Gorew	„	„	Goldmann
Meschkowski	„	„	Goldenberg
Larin	„	„	Lurje

Digitized by Google

Wir bitten, heißt es in der von der „Nowoje Wremja“ veröffentlichten Zuschrift, der diese Liste entnommen ist, ergebenst die obgenannten „Genossen“ in den Spalten der Zeitungen (aller Richtungen) zu erklären, weshalb sie sich unter russischen Familiennamen verstecken.

Wir warten.

Andere Zeitungen werden um Nachdruck gebeten.

Die Soldaten der Petrograder Garnison der Kriegs-Kreis-Artillerie-Verwaltung.

Es folgen die Unterschriften von Soldaten und das Militärsiegel.“

Offenbar handelt es sich bei dieser Veröffentlichung darum, Zwietracht im Arbeiter- und Soldatenrat hervorzurufen, da die Petersburger Garnison augenblicklich zum Haupt-Kampfobjekt zwischen der provisorischen Regierung und dem Soldatenrat geworden ist, zu denen jene acht nicht Vollrussen gehören. Der Antisemitismus sitzt so tief im russischen Blut und ist von der gestürzten zaristischen Regierung so sorgfältig gezüchtet worden, daß die Spekulation, den Arbeiter- und Soldatenrat auf diesem Wege zu sprengen, nicht übel erdacht war. Dennoch ist es höchst unwahrscheinlich, daß der Anschlag glückt. Der Arbeiter- und Soldatenrat weiß, daß sein Ziel: Entlastung des aktiven Heeres und möglichst schleuniger Friedensschluß, ihm, dank der Unterstützung durch die Petersburger Garnison, die vollkommenste Alleinherrschaft sichern würde. Die kürzlich im Volkshause zu Kamenny-Ostrow tagende Versammlung einer panrussischen Bauerndeputation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Landfrage die einzige ist, an der die Bauern wirklich interessiert sind, und da man ihnen darin alles denkbare Entgegenkommen zeigt, ist trotz widersprechender Resolutionen von ihnen nichts zu befürchten. Die anders lautenden, von der Ententepresse verbreiteten Nachrichten, geben ein falsches Bild der tatsächlichen Lage. Wie die Verhältnisse in Petersburg liegen, zeigt die folgende Darstellung der „Nowoje Wremja“ vom 9. Juli: „Die Residenz ist der Plünderungsflut preisgegeben. Anders läßt sich die Masse von Unanständigkeiten, Willkür, Vergewaltigung, Plünderungen und Totschlägen nicht bezeichnen, die gestern stattfanden. Unter dem Namen „Anarchisten“ drangen in Freiheit umherstreifende Wüteriche vor, plünderten und mordeten; unter dem Deckmantel eines Parteikampfes wurden auf den Straßen unbehindert Gewalttaten verübt. „Männer in Soldatenuniform“ rissen Mitglieder der Volksfreiheitspartei aus den Automobilen, raubten, zerrissen und verbrannten die Parteiliteratur, und niemand fand den Entschluß, einzugreifen. Von den Bolschewiks angestachelte Soldaten, wie es heißt vom Wolhynischen Regiment, erbrachen das Bureau der Partei der Volksfreiheit, schleppten die gesamte Parteiliteratur auf die Straße und machten daraus einen Scheiterhaufen. An anderer Stelle wurden Mitglieder derselben Partei arretiert und in die Kaserne des Wolhynischen Regiments geschleppt, wo sie schließlich ein Kommissar rettete. Durch die Stadt fuhren Bolschewiks auf Kriegslastwagen und verübten nicht nur Gewaltsamkeiten, sondern schreckten auch die Bevölke-

Digitized by Google

rung. Auf ihren Plakaten waren Aufschriften zu lesen wie: „Wenn euch das Leben eurer Kinder lieb ist, stimmt für die Bolschewiks". An der Ecke der Sfadowaja und des Newski ward ein Restaurant ausgeplündert und am Morgen fand man vier der Offizianten gebunden ... und so weiter, es wird noch eine Reihe weiterer Beispiele verwandter Art aufgeführt, dann heißt es ferner: Petrograd spiegelt nur wieder, was in ganz Rußland geschieht. Wenn Zaritzyn, Cherson, Kronstadt, Kirsanow selbständige Republiken sind, wenn in einer Stadt Soldaten regieren, die nie an der Front waren, in einer anderen Arbeiter, weshalb soll der Strom der Anarchie sich nicht auch über die Hauptstadt ergießen? Die provisorische Regierung ist zu schwach, um die Anarchie zu bekämpfen... Der Minister des Innern, Fürst Lwow, mit seinen Gehilfen ist beschäftigt, in der Stille des Kabinetts Projekte zu entwerfen, die im voraus bestimmt sind, der Vergessenheit anheimzufallen. Wir haben schon mehr als einmal darauf hingewiesen, daß für das Land der Minister des Innern nicht vorhanden ist, seine verbrecherische Untätigkeit drückt das ganze Land, alle die für das Reich und die Ordnung eintraten und die an Rußland nicht verzweifelten ..."

Die Absetzung des Generals Alexejew hat nach der russischen Telegraphenagentur die provisorische Regierung folgendermaßen begründet: „Der Rücktritt des Generals wurde veranlaßt wegen seines Mangels an Mut, Enthusiasmus und Glauben, die in jetziger Zeit besonders notwendig sind." Gute Leute aber werden sagen, man hat ihn, den glänzenden Strategen, der das Vertrauen der gesamten Armee genoß, durchaus nicht deshalb beseitigt, weil er müde und unfähig ist, eine Armee zu führen, sondern weil die Politiker es verlangten, die einen Sieg Rußlands über Deutschland und zugleich den Feldherrn fürchten, der der Liebe des Heeres sicher ist. So schreibt das Organ der Entente, in Wirklichkeit ist die Beseitigung Alexjews und Gurkos wohl darauf zurückzuführen, daß man in ihrer Person die Anhänger einer Gegenrevolution fürchtete, die von England mit allen Mitteln angestrebt wird, was immer deutlicher zutage tritt. Auch daß die Kronstadter Marine die Überführung des Zaren nach Kronstadt drohend verlangt, weist dahin, wie sich denn nicht verkennen läßt, daß eine schwere innere Krisis in Rußland sich vorbereitet, bei der auf beiden Seiten russische Truppen einander gegenüberstehen werden. Die steigende Lebensmittelnot, die jetzt auch an der Front, wenn gleich in geringerem Grade, fühlbar zu werden beginnt, die unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Alkoholismus entsetzlich zunehmende Völlerei, die unbeschreiblich rohen Äußerungen verdorbener Sinnlichkeit, in Tat, Schrift und Zeichnung, endlich die faktische Beseitigung jedes Eigentumsrecht an Grund und Boden, das hat in seiner Summe Zustände herbeigeführt, die uns verständlich machen, daß alles, was irgend die Möglichkeit dazu findet, sich durch die Flucht aus Rußland zu retten sucht. Leicht ist das keineswegs. Die Wasserstraßen und der Weg über Finnland behüten die Engländer, die europäischen Festlandsgrenzen verschließen unsere Truppen und die unserer Verbündeten, ganz abgesehen davon, daß

Digitized by Google

auch die Kette der russischen Armeen keineswegs ohne weiteres durchschritten werden kann. Die russischen Idealisten haben so für sich und ihre Landsleute, vor allem aber für die Fremdvölker, die im Reiche leben, und die Gefangenen, die noch in russischer Hand sind, eine soziale und politische Hölle geschaffen, deren Bild zu beschreiben eine Aufgabe ist, die von den Russen selbst ohne Zweifel dereinst glänzend gelöst werden wird. Als der Fürst Krapotkin in Petersburg auf dem finnländischen Bahnhof eintraf, empfing ihn eine kleine Schar anarchistischer Studenten mit einem Plakat, auf dem geschrieben stand: „Der Geist der Zerstörung ist ein schaffender Geist!" Als er dann über das Marsfeld fuhr, muß er das von einem schmutzigen Bretterzaun umgebene „Brudergrab" gesehen haben, in welchem die ersten Opfer der russischen Revolution verscharrt wurden. Eine Tafel dabei ist angebracht, auf der die mit schwarzem Bleistift geschriebenen Worte zu lesen sind: „Wanderer, bleibe stehen, hier ist die Freiheit geboren!"

Wer in aller Welt mag diese Freiheit beneiden? Zurzeit ist in Rußland alles beschäftigt, sie in irgendwelcher Weise zu untergraben. Die Krisen, die sich in Ungarn und Österreich abgespielt haben, hätten vielleicht vermieden werden können, wenn auf die Vereidigung sofort eine Vertagung erfolgt wäre. In währendem Kriege große Reformen in Angriff zu nehmen, ist mindestens bedenklich, sie zu glücklichem Abschluß zu führen, fast unmöglich. Die Schwierigkeiten, welche der Regierung Kaiser Karls daraus erwachsen sind, werden von der Ententepresse mit Schadenfreude und dahin ausgelegt, daß die Gefahren für Österreich-Ungarn nicht in der inneren, sondern in der auswärtigen Potitik des Staats zu suchen seien. Der Anschluß an die Entente werde alle Verlegenheiten beseitigen! Gewiß, nebenbei aber auch die Fortexistenz des österreichisch-ungarischen Staates und der habsburgischen Monarchie!

Im fernen Orten gestalten sich die politischen Verhältnisse, über die wir fast ausschließlich durch tendenziöse englische Berichte orientiert werden, immer wirrer. Die Beziehungen der einzelnen Provinzen Chinas zum Zentrum in Peking verändern sich kaleidoskopartig. Es ist unmöglich zu sagen, ob der Schwerpunkt heute im Norden oder im Süden liegt, und ebenso unsicher, ob der englische, der japanische oder der amerikanische Einfluß im Augenblick überwiegt. Wahrscheinlich steht das Innere des ungeheuren Reiches den Dingen, die sich in den Grenzprovinzen am Meer und im Norden abspielen, völlig gleichgültig gegenüber, ja, es ist fraglich, ob man dort überhaupt von ihnen erfahren hat.

Japan rüstet, aber man weiß nicht gegen wen, aber daß diese Rüstungen als ein Reflex der Kriegspolitik Wilsons zu betrachten sind, kann wohl mit Bestimmtheit angenommen werden. Der große Friedensapostel, der jetzt in aller Welt das Kriegsfeuer schürt, ist jetzt im Begriff, auch Mexiko zu sich herüberzuziehen. Es ist nicht unmöglich, daß er sein Ziel erreicht, der amerikanische Dollar hat seine werbende Kraft ja nicht verloren. Aber es ist doch nicht unbemerkt geblieben, daß das Gold auf-

Digitized by Google

gehört hat Amerika zuzufließen und nunmehr beginnt abzufließen, und die Vorstellung gewinnt an Boden, daß die Finanzquellen Amerikas trotz seiner ungeheuren Reformen nicht unerschöpflich sind. Denn der Krieg, den Amerika führen will, wird teurer sein als je ein Krieg in aller Welt geführt worden ist. Der Zinsfuß ist bereits von 2 Proz. vor der Kriegserklärung auf 6 Proz. gestiegen und noch weit höher ist die Preissteigerung der Waren, wie Baumwolle, Weizen, Roheisen. Auch der Mangel an Matrosen beginnt sich bereits fühlbar zu machen, Chinesen lassen sich nicht mehr anwerben, und zahlreiche japanische Matrosen, die sich vor einem Jahre freiwillig gestellt hatten — wohl um die amerikanische Marine gründlich kennen zu lernen — wandern jetzt nach Japan zurück. Es wird nicht leicht sein, Wilsons Millionenheer über See zu führen.

Zur Beurteilung der Lage in Polen

Von Dr. Erich Everth (zurzeit Warschau)

Die neuen Befugnisse, die dem polnischen Staatsrat am 8. Juni von den beiden Besatzungsmächten zugestanden worden sind, waren eine Konsequenz der Politik vom 5. November 1916. Dem Staatsrat war aus polnischen politischen Kreisen nahegelegt worden, zurückzutreten, also sein Zusammenarbeiten mit den Okkupationsbehörden einzustellen. Er hatte es nicht getan in der Erkenntnis, daß sein Verschwinden eine unausfüllbare Lücke in der Entwicklung zur polnischen Staatlichkeit hinterlassen würde. Er hätte sich aber kaum länger halten können, wenn sein Tätigkeits- und Einflußbereich jetzt nicht erweitert worden wäre. Natürlich wäre es leicht gewesen, die Wünsche des Staatsrats abzulehnen, aber das hätte weiterhin zu allerlei unbequemen Konsequenzen führen und vielleicht zu einem Wechsel in unserer Gesamtpolitik gegenüber Polen zwingen können. Der Staatsrat hatte nämlich am 1. Mai erklärt, daß die Bewilligung seiner Forderungen unumgänglich erscheine, wenn nicht „der Gedanke, den unabhängigen polnischen Staat auf ein freies Bündnis mit den Mittelmächten zu stützen, ins Schwanken geraten" sollte. Das war politisch äußerst unvorsichtig, allein es bezeichnete eine Tatsache, d. h. es beleuchtete die bei den Polen vorherrschende Stimmung. Diese Stimmung könnte uns gleichgültig sein, wenn wir die Politik des 5. November liquidieren wollten; so, wie die Dinge liegen, kann jene Stimmung uns nicht gleichgültig sein.

Über die Wünsche des Staatsrats hinaus, die sich auf die innere Verwaltung des Landes bezogen, hat nun der österreichische Polenklub außenpolitische Forderungen erhoben, und die polnische Fraktion des Reichsrates hat ein ähnliches Programm aufgestellt. Dagegen hat die österreichische Regierung in der Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten Verwahrung eingelegt, die deutsche Regierung aber, an die jene Forderungen ja nicht gerichtet waren, hat überhaupt keine Notiz davon genommen. Die Beschlüsse der Krakauer Tagung des Polenklubs vom 27. Mai — „ein

Digitized by Google

unabhängiges Polen mit einem Zutritt zum Meere“[1] — waren allem Anschein nach als Maximalforderung für die Friedensverhandlungen gemeint. Man kann die Polen sagen hören: „Wir wissen natürlich selber, daß wir das, was da gefordert worden ist, nicht bekommen werden; aber wir verlangen viel, um vielleicht etwas zu bekommen.“ Dieses Prinzip wird ja vielfach auch in Deutschland für unsere eigenen Friedensbedingungen empfohlen, es hat aber in jedem Falle seine Grenzen. Denn Forderungen, die der anderen Seite gar nicht erst diskutabel erscheinen, rufen eine Reaktion hervor und können dazu führen, daß das, was schließlich erreicht wird, mehr herabgedrückt wird, als es ohne solche allzuweit gehenden Forderungen vielleicht geschehen wäre. Das werden am Ende auch die Polen erfahren. Jedenfalls muß scharf unterschieden werden zwischen den Warschauer Wünschen nach innerer Selbstregierung und den außenpolitischen Forderungen der österreichischen Polen.

In Fragen der inneren Verwaltung vermißten die Polen des besetzten Gebietes ein Entgegenkommen bisher um so mehr, als die Russen sie eigentlich nur in politischen Dingen kurz gehalten oder schlecht behandelt hatten, dagegen im täglichen Verkehr der ausführenden Organe mit dem Publikum weitherziger gewesen waren, als man es bei uns gewöhnlich darstellt. Jedenfalls haben wir „die russische Knute“ schlimmer nachempfunden, als die Polen selber sie empfanden. Wir haben uns zu sehr darauf verlassen, daß allein schon die Befreiung von ihr uns den unauslöschlichen Dank der Polen sichern müßte. In Wahrheit waren die Erfahrungen, die die Polen mit den Deutschen machten, nach ihrer Meinung nicht besser, sondern nur umgekehrt wie mit den Russen. Denn rein politisch, was die Gesamtstellung des Staates anlangt, sind ihnen am 5. November wichtige Garantien gegeben worden, nach denen ihnen dann unsere unverändert straffe und zuweilen schneidige Verwaltungsart unverständlich erschien. Übrigens war der Glaube an die Ausführung unserer Versprechungen bei den Polen von Anfang an nicht so groß wie bei uns. Sie sahen in dem Akt vom 5. November nicht so sehr eine Tat als die Ankündigung einer Tat. In der „Neuen Freien Presse“ hat kürzlich Graf Ronikier die Formulierung gebraucht: Wenn der Deutsche etwas verspreche, so bedeute das mindestens die halbe Tat, beim Polen aber sei das nicht der Fall, und er sei es auch von den Russen anders gewöhnt gewesen. Insofern verstanden sich also Deutsche und Polen nicht ganz. Die Deutschen hatten nach dem Akt vom 5. November mit Recht das Bewußtsein, ein großes Geschenk gemacht zu haben, die Polen aber zweifelten an seiner Realisierung. Bei uns wunderten sich viele, daß die Polen sich nicht erkenntlicher für das Gewährte zeigten, den Polen aber kam erst recht der Appetit, als ihnen die Möglichkeit, ihn zu befriedigen,

[1] Der polnische Sozialdemokrat Daszynski erklärte am 15. Juni im österreichischen Reichsrate, daß die Krakauer Resolution dahin zu verstehen sei: „Das Verlangen nach Zutritt zum Meere bedeute den Zugang durch ein Stück kanalisierter Weichsel zum Hafen von Danzig. Würde das nicht im Interesse Deutschlands liegen, Danzigs Bedeutung heben und ihm ein riesiges Hinterland schaffen?“

Digitized by Google

gezeigt worden wär. Da waren große Hoffnungen erweckt worden, und dann wurden sie infolge der langen Kriegszeit nicht so schnell verwirklicht, wie es beiden Teilen lieber gewesen wäre.

So haben die Kriegsverhältnisse noch manche Gelegenheit geboten, scheinbare Widersprüche in der Haltung der Besetzungsmächte herauszufinden, Unterschiede in den Verfahrungsweisen verschiedener Ressorts, in dem Verhalten der oberen und unteren Stellen, endlich in den Methoden der beiden Mächte selber. In jedem Falle wurde natürlich das den Polen günstiger erscheinende Bild ausgenutzt, um das andere damit zu kritisieren. Übrigens sind ja ähnliche Klagen über Inkonsequenzen unserer polnischen Kriegspolitik auch in Deutschland laut geworden, nur natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen. Dabei wurde auf beiden Seiten eben den Kriegsverhältnissen nicht genügend Rechnung getragen, denn in Wahrheit erklärt sich eine ganze Reihe solcher Abweichungen aus der Natur der Sache.

Das zeigt sich z. B., wenn man die Arbeit der verschiedenen Ressort, ihre Aufgaben und Arbeitsbedingungen betrachtet. Der Grundsatz, der kürzlich im Reichstage für die Behandlung der besetzten Gebiete aufgestellt wurde: „Erst kommen die Bedürfnisse des Heeres, dann die der Heimat, dann die des besetzten Landes", ist von der militärischen Verwaltung von jeher befolgt worden, da sie unbedingt in erster Linie für die Bedürfnisse des Heeres sorgen muß und im übrigen begreiflicherweise in den besetzten Gebieten vor allem eroberte Gebiete sieht. Auch die Dienststellen, denen es obliegt, die Bedürfnisse der heimatlichen Rüstungsarbeit zu befriedigen, stellen diese Interessen denen des Landes, in dem sie für die Heimat tätig sind, voran; das liegt in ihrer Aufgabe. Ebenso verständlich ist es aber, daß die übrige Verwaltung, die dem Lande eine viel umfassendere und eingehendere Aufmerksamkeit widmen muß als die Militärbehörden, in gewissem Grade mit dem Lande verwächst und sich nach den besten Überlieferungen deutscher Verwaltungsarbeit auch für das fremde Land verantwortlich fühlt. Leider fanden die sachlich vortrefflichen Leistungen der deutschen Verwaltung bei den Polen nicht die gebührende Würdigung, und zwar nicht allein deswegen, weil ihnen diese Art, zu verwalten, die die Sachlichkeit auch über die Kunst der Menschenbehandlung stellt, fremd ist, sondern auch deshalb, weil die Vorteile im Bewußtsein der Polen zurücktraten hinter der Belastung, die sie auf anderen Gebieten, z. B. durch die militärischen Requisitionen, ertragen mußten. Diese aber empfanden sie um so härter, weil sie in mancher anderen Hinsicht sehr rücksichtsvoll behandelt wurden. Das sind Unterschiede, die im Kriege, wo die Vielfältigkeit der Aufgaben so groß ist, wo so viel improvisiert werden muß, wo unmöglich eine in allen ihren Zweigen gegenseitig eingespielte Verwaltung fertig ins besetzte Land kommen kann, unvermeidlich sind, und die nun bei der Länge des Krieges besonders fühlbar werden mußten.

Schon im Frieden stimmte die Haltung der oberen und unteren Schichten in keinem Lande genau überein. Es ist eine alte Erfahrung, daß die nachgeordneten Instanzen

Digitized by Google

in der Ausführung der von oben erhaltenen Anweisungen eine gewisse Selbständigkeit behalten und oft großen Wert darauf legen. Selbst Bismarck hat ja seinen Willen nach unten nicht immer durchzusetzen vermocht. Während des Krieges hat man auch im Reiche mancherlei Beobachtungen gemacht, wie es den leitenden Stellen nicht immer restlos gelang, ihren Absichten bei den unteren Organen Geltung zu verschaffen; es braucht nur an das Ernährungsproblem erinnert zu werden. So ist es durchaus nichts Verwunderliches, wenn nun in den besonders schwierigen Verhältnissen der besetzten Gebiete die Politik der leitenden Stellen in der täglichen Praxis nicht immer rein zum Ausdruck kommen konnte. Dabei brauchte gar kein bewußtes Anderswollen nachgeordneter Stellen im Spiele zu sein, sondern die Auffassung ist eben ganz natürlicherweise nicht überall die gleiche, und Instruktionen über die politischen Richtlinien können nicht in allen Organen, die mit dem Publikum in unmittlbare Berührung kommen, wirksam werden. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die Polen auch zwischen der Haltung der obersten und untersten Instanzen nicht selten einen Unterschied feststellten. Sie maßen das Auftreten der einen an dem der anderen und empfanden manches schärfer, als es gemeint war, weil es sich von dem sehr großen und unbestrittenen Wohlwollen der leitenden Männer abhob. Andererseits kamen sie nicht zur Freude an diesen wohlmeinenden Gesinnungen der regierenden Männer, weil sie meinten, in der Praxis bisher zu wenig Nutzen davon gehabt zu haben.

Zu alledem kommt die grundlegende Tatsache des Condominiums, die ebenfalls Gelegenheiten schafft, Verfahrungsweisen der einen Verwaltung an denen der anderen zu messen. Nimmt man ferner hinzu, daß die galizischen Polen entsprechend der Bevölkerungsverteilung in der k. und k. Monarchie naturgemäß eine andere Rolle spielen als die ostmärkischen Polen im preußischen Staat, daß daher die Lage der galizischen Polen vor dem Kriege auch in Polen weit günstiger beurteilt wurde als die unsrige, so versteht man die Neigung der Polen, diese Verschiedenheit der Beurteilung ohne weiteres auch auf die Kriegsverhältnisse in den beiden Generalgouvernements zu übertragen. Nimmt man endlich hinzu, daß die Pressezensur trotz aller Abkommen zwischen den beiden Mächten selbst bei größter Loyalität auf beiden Seiten nicht völlig einheitlich gehandhabt werden wird, so entstehen abermals Ungleichmäßigkeiten, die als Ungerechtigkeiten, vielleicht sogar als Willkür empfunden werden.

Der Mensch erträgt erfahrungsgemäß eine gleichmäßige Behandlung, sei sie auch strenge, leichter als eine wechselnde; an die gleichmäßige gewöhnt man sich, sie erscheint unwiderruflich und wird daher eher hingenommen. Die Verschiedenartigkeit dagegen läßt das Unbequeme doppelt scharf empfinden, und ständige Kontraste machen nervös. So ist es ein Verhängnis, daß zwei Völker, die einander vielfach unverständlich bleiben, die aber das Schicksal auf eine gegenseitige Annäherung hinzuweisen scheint, nun so lange unter Kriegsverhältnissen zusammenleben müssen. Sympathien zu gewinnen in einem Lande, das man jahrelang unter Kriegsrecht halten und dessen Quellen man für Kriegszwecke stark in Anspruch nehmen

Digitized by Google

muß, dessen Bevölkerung aus der Zeit vor dem Kriege einen Argwohn gegen die okkupierende Macht mitbringt, das ist eine Aufgabe, die auch mit den jeweilig trefflichsten Methoden ungeheuer schwer zu bewältigen ist. Fehler sind natürlich im Kriege noch weniger zu vermeiden als in normalen Verhältnissen, sie sind wohl auf allen Seiten vorgekommen, aber das Entscheidende liegt tiefer, es liegt in der Ungleichartigkeit der beiden Völker, in den Kriegsverhältnissen und namentlich in der langen Dauer des Krieges.

Notizen

In **Gustav von Schmoller**, der am 26. Juni abends sein arbeitsreiches Leben schloß, hat auch die „Deutsche Politik" einen ihrer Gönner und Mitarbeiter verloren. Genau vor Jahresfrist, Ende Juni 1916, hatte er uns aus demselben Harzburg, wo ihn jetzt der Tod ereilt hat, einen Aufsatz „Deutsche Friedensgedanken" geschickt, der noch heute, nachdem seither so unendlich viel Worte über Kriegs- und Friedensziele verloren worden sind, als eine klassische Formulierung des deutschen Friedenswollens gelten darf. Er hat uns dann noch vor wenigen Wochen seine Auffassung über Deutschlands Stellung zur russischen Revolution auseinandergesetzt. In allem, was er bei uns sagte, tritt sein reiches und umfassendes Wissen, die abgeklärte Höhe seines staatsmännischen Standpunktes, die Wärme seines vaterländischen Gefühls, die Harmonie seiner großen und gütigen Natur voll zutage. Heute, wo unsere Augen ganz dem Kriege mit leidenschaftlichem Wollen zugewandt sind, fällt es uns fast schwer, uns die ganze erstaunliche Lebensarbeit dieses Fürsten der Wissenschaft, wie man Schmoller mit Recht genannt hat, zu vergegenwärtigen: seine bahnbrechende Wirksamkeit als Nationalökonom und Gelehrter, die vor allem der Herkunft und dem Wesen der deutschen und preußischen Institutionen gewidmet war — er hat sie noch während des Krieges in dem Werke „Deutschland und der Weltkrieg" aller Welt verständlich zu machen gesucht —, seine weitreichende Tätigkeit als akademischer Lehrer und als Begründer einer jahrzehntelang herrschenden staatswissenschaftlichen Schule, als Staatsmann und vor allem auch als Sozialpolitiker, der nach dem treffenden Worte des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg dem sozialpolitischen Schaffen einer ganzen Generation den Stempel aufgedrückt hat. Aber mit tiefster Dankbarkeit empfinden wir inmitten des gewaltigsten aller Weltkriege, daß Schmollers Lebensarbeit, die in allererster Linie darauf gestellt war, die Arbeiterklasse mit dem Staat und der Gesellschaft zu versöhnen, unendlich viel dazu beigetragen hat, daß Arbeiterschaft, Volk und Staat bei dem Ausbruch des Krieges gleichsam restlos zusammenfielen und daß wir so den Krieg ohne gewaltsame innere Erschütterung zu überdauern vermögen. Mir hat Schmoller einmal gesagt, daß die treu vaterländische Haltung der Arbeiterschaft seinen ganzen Lebensabend in einen hellen, lichten Schein getaucht habe. Er faßte auch, wie er gerade in der „Deutschen Politik" ausgesprochen hat, den Krieg als ein moralisch-politisches Verjüngungsbad, als eine Veranlassung zu innerer Parteiversöhnung und zur Ausbildung noch vollkommenerer sozialer Einrichtungen auf. Es muß mit Wehmut erfüllen, daß es dem großen Toten nicht vergönnt sein kann, an der Lösung der gewaltigen sozialen und wirtschaftspolitischen Arbeiten, die eine große neue Zeit an uns alle stellt, mit Rat und Tat teilzunehmen. Aber das ist völlig gewiß, daß sein gewaltiges geistiges Erbe wie das des Fürsten Bismarck diese neue Zeit auf das fruchtbarste beeinflussen wird. Er gehört zu den wenigen gottbegnadeten Menschen, von dem Ströme lebendigen Wassers, die nicht versiegen, sondern immer nur reicher quillen können, in unsere deutsche Zukunft fließen werden. Er wird einer unserer Unsterblichen, ein leuchtendes Vorbild für alle Deutschen und nicht zuletzt für uns von der „Deutschen Politik" sein! Friedrich Thimme

Digitized by Google

Der Fall Hoffmann-Grimm und Rußland. Langsam beginnt sich der Nebel über dem Fall Hoffmann zu verziehen. Je mehr sich die durch die Entente entfachte Erregung über die vermeintliche Verletzung der Neutralität durch Hoffman legt, wird aus dem Fall Hoffmann ein Fall Grimm, dessen Fäden aber nicht nach Deutschland, sondern nach Rußland führen. Auf der letzten Sitzung des Schweizer Nationalrates hat nicht nur ein Vertreter der welschen Schweiz aufs schärfste die Verdächtigung Hoffmanns als „deutschen Spion" zurückgewiesen, sondern ein anderer Redner hat auch die Schuld Grimms festgenagelt. Er betonte, daß sich Grimm in die innerrussischen Dinge eingemischt habe, indem er öffentlich für die „Kronstädter Rebellen" agitiert hätte, die bekanntlich die provisorische Regierung, trotzdem die Hälfte aus Sozialisten besteht, nicht anerkennen will. Diese Meldung wird durch eine Nachricht des „Nowoje Wremja" bestätigt. Längere Zeit vor dem Fall Hoffmann meldete dieses Blatt nämlich, daß auf den Straßen Petersburgs ein „deutscher Spion sein Wesen treibe". Er sollte dort Volksaufläufe benutz haben, um in deutscher oder französischer Sprache in Deutschlands Interesse Friedenspropaganda zu treiben. Das Blatt nannte damals auch den Namen dieses deutschen Spiones—Grimm. Dieser Mann, der die „Kronstädter Rebellen" gegen die provisorische Regierung unterstützte, mußte beseitigt werden, und weil das nicht gut seiner Zimmerwalder Gesinnung wegen, die bekanntlich in Rußland weit verbreitet ist, geschehen konnte, so mußte eben die deutsche Spionkomödie aufgeführt werden. Dadurch wurde es möglich, die große Menge von russischen Sozialisten, die zwar Zimmerwalder sind, aber nicht mit Lenins extremer Agitation, geschweige denn mit den Kronstädter Rebellen sympathisieren, gegen Grimm einzunehmen. Ist es bis hierher ganz klar, daß die Affaire Hoffmann bei ruhiger Überlegung zu einer Affaire Grimm geworden ist, die nach Rußland weist, weil den russischen sozialistischen Ministern das Kronstädter Hemd näher war, als der Stockholmer Friedensmantel, so bleibt die Frage übrig, zu welchem Zwecke Branting diese Angelegenheit aufgriff. Der schwedische Sozialistenführer, von dem die Stockholmer Konferenz in ausgesprochenem Ententeinteresse einberufen war, hatte zu seinem Schrecken erkennen müssen, daß die Sonderkonferenz der Zimmerwalder, da letztere Richtung in Rußland viel Anklang fand, drauf und dran waren, die Oberhand zu gewinnen. Damit wäre Branting ein Ententetrumpf im internationalen Intrigenspiel aus der Hand geschlagen. Branting war also mehr als bereit, der provisorischen Regierung in Petersburg den Liebensdienst zu erweisen, die Notiz über Grimm als deutschen Spion aufzunehmen, um letztere von einem Agitator für die Kronstädter Rebellen zu befreien. Daß nebenbei damit auch der Zimmerwalder Richtung, deren Sekretär Grimm war, ein schwerer Schlag versetzt wurde, hatten die sozialistischen Minister entweder nicht genügend bedacht, oder das Kronstädter Wasser war schon so hoch gestiegen, daß sie, um sich zu retten, diese Kompromittierung der Zimmerwalder Bewegung in den Kauf nehmen mußten. Natürlich wird die Ententepresse von der Tatsache, daß die politischen Fäden Grimms nicht nach Deutschland, sondern nach Rußland führen, nichts in ihre Presse gelangen lassen. Um so mehr sollte die deutschen Zeitungen dafür sorgen, daß diese Feststellung wenigstens im neutra[redacted]kannt und richtig eingeschätzt werde.

Ein Amerikaner [redacted] In dem amerikanischen Badeorte Long-Beach hatte die Akademie von New York ei[redacted]hervorragenden Männern der Politik, der Diplomatie, der Volkswirtschaft, Rechtgelehrte, [redacted]e Zeitungen und Zeitschriften zu einem Kongreß eingeladen. Wie der Berichterstatter des „Temps" meldet, befanden sich unter diesen auch eine Zahl verdächtiger Leute", die mit Deutschland sympathisierten. Das größte Aufsehen aber erregte eine Rede des amerikanischen Professors Shepherd, der über die Frage der zukünftigen Stellung der Vereinigten Staaten im Gebiet des Karaibischen Meeres sprach. Zuerst führte der Redner aus, daß sich dort im Süden und Osten der Vereinigten Staaten eine

Digitized by Google

Bevölkerung befindet, in der durch die Nachbarschaft mit der großen Republik im Norden alle Rassen, alle Religionen, alle Sprachen durcheinander leben. Er stellte sodann folgendes Axiom auf: Die Länder, die sich in der nächsten Nachbarschaft des Gebietes einer Großmacht befinden, müssen dieser Macht viel eher gehören, als einem Lande, das räumlich getrennt liegt. Bei diesem Problem sind drei Parteien interessiert: die Vereinigten Staaten, Europa und die Einwohner dieser Gegenden. Nun ist es so, daß die Vereinigten Staaten diese Gebiete brauchen, während für die jetzigen Besitzer, Frankreich, England und Holland eine solche Notwendigkeit nicht vorliegt. Deshalb müssen die Einwohner dieser Gegenden auch in ihrem eigenen Interesse unter nordamerikanische Herrschaft kommen. Professor Shepherd stellt die Thesen auf, daß die europäischen Kolonien im Karaibischen Meer geographisch zum europäischen Festland gehören. Es ist nun kein Zweifel, daß weder England noch Frankreich diese Kolonien so besetzt halten, daß die Vereinigten Staaten sich irgendwie beunruhigt fühlen müssen. Weder direkt noch in ihrer Kontrolle über den Kanal zwischen den beiden Ozeanen. Aber Professor Shephard erklärte trotzdem: „Man darf nicht glauben, daß ein Angriff von Frankreich oder England gegen die Vereinigten Staaten ein Ding der Unmöglichkeit sei, denn der große Krieg mit allen seinen Schrecknissen erschien gleichfalls unmöglich und ist trotzdem eingetroffen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten heute schon im Prinzip die Forderung aufstellen, aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit ihre Herrschaft auf jenen Inseln zu befestigen. Man soll nicht davon sprechen, daß eine Neutralisierung dieser Besitzungen, die den europäischen Zuschnitt derselben bestehen ließe, den Vereinigten Staaten noch genügend Sicherheit biete." Denn nach Shepherds Ansicht ist „die Neutralität in Europa durch die Verletzung mehr geehrt worden, als durch die Respektierung. Die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs haben Hilfe an Schiffen, Geld, Menschen und Material gefordert. Wenn diese Mächte in Gemeinschaft mit ihren europäischen und asiatischen Verbündeten den Krieg nur für uneigennützige Gründe führen, ohne anderen Vorteil zu suchen als die Ausbreitung der Freiheit, der Demokratie, der Menschlichkeit und der Zivilisation in der Welt, dann können die Vereinigten Staaten gewiß sich bereit erklären, ihrem Beispiel zu folgen; aber wenn Großbritannien und Frankreich die Absicht haben, Territorialgebietserweiterungen sich zu verschaffen durch einen Sieg, den die zu rechter Zeit kommenden Unterstützungen der Vereinigten Staaten erst sicher macht, so ist es nur recht und billig, daß sie infolge von Abmachungen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind, uns ihre Besitzungen im Karaibischen Meer als Unterpfand des Dankes für unsere Hilfe abtreten."

Man sieht, selbst die überzeugendsten englischen und französischen Lobreden genügen den klarblickenden Amerikanern nicht, sondern sie wollen heute schon für ihre Kriegstätigkeit gewisse reale Sicherheiten erlangen.

Französisch-Kanada — ein zweites Irland. Der Kampf um die Dienstpflicht in Kanada scheint tieferliegende Ursachen zu haben, als zuerst angegeben wurde. Nach den ersten Meldungen handelte es sich bei den vorgekommenen Demonstrationen um „Machenschaften fremder Agenten". Aber neuere Mitteilungen lassen erkennen, daß die Bewegung gegen die Dienstpflicht aus dem Gefühl der Kanadier selbst hervorging. „Aus Quebec werden Zusammenrottungen gemeldet, die das Ergebnis des Entschlusses der kanadischen Regierung, die Dienstpflicht einzuführen, darstellen. Die meisten Engländer werden wohl annehmen, daß bei einem Kampf, in dem England und Frankreich Schulter an Schulter kämpfen, jeder Franzose, der generationenlang unter der britischen Flagge glücklich gelebt hat, von selbst teilnehmen würde. Aber die freiwilligen Werbungen für die kanadische Armee hatten nirgends so schlechte Resultate zu verzeichnen, wie in Quebec. Die Gründe hierfür liegen tief. Zuerst muß man freimütig zugeben, daß Französisch-Kanada, das jetzt eine Minorität des ganzen Gebietes darstellt, in seinem

Digitized by Google

Gefühl immer außerordentlich nationalistisch ist. Die französischen Kanadier haben in unserem früheren Krieg mit Amerika sich auf unsere Seite gestellt, weil wir ihnen völlige Freiheit ihrer Sprache und ihrer völkischen Gebräuche zusicherten. In den letzten Jahren nun behaupten sie — ob mit Recht oder nicht, können wir nicht entscheiden — daß die Politik der Regierung darauf ausginge, ihre Schulen zu unterdrücken und den Gebrauch ihrer Sprache einzuschränken. Einigen Grund für diese Behauptung gibt ihnen die neue Gesetzgebung. Aber, so könnte man hier fragen, wieso wird in dieser schwierigen Zeit, wie der jetzigen, dieser Widerstand nicht durch das Gefühl der Loyalität gegen Frankreich besiegt? Hier muß man bemerken, daß die Gefühle der französischen Kanadier für das gegenwärtige republikanische Frankreich nicht sehr warm sind. Die Kanadier blicken mit einem hauptsächlich religiösen Gefühl nach dem früheren katholischen und royalistischen Frankreich zurück. Die kanadische Regierung hat in Quebec ein Problem zu lösen, das unserm irischen nicht fremd ist: es ist weniger akut als das irische Problem, und es wäre ein Beweis mangelnder Staatsklugheit, wenn eine Lösung sich nicht finden ließe. Man behauptet, daß Sir Laurier, der liberale Führer, eine Volksabstimmung über die Dienstpflicht herbeiführen will. Wenn durch eine solche Abstimmung Französisch-Kanada in eine isolierte Minorität gebracht wird, so wird man davon wenig Nutzen haben. Viel klüger wäre es, sich mit Französisch-Kanada zu einigen, eine Aufgabe, die für ein Koalitionsministerium aus Konservativen, Liberalen und französischen Sozialisten nicht zu schwer sein sollte." („Manchester Guardian" vom 30. Mai.)

Briefkasten. Wir bitten um die Adresse des Einsenders Pegen (Naschér), da uns diese zur Übersendung seines Manuskriptes „Ostasien und die Entente" fehlt.

Neuerscheinungen

Geschichte

Adolf von Harnack hat bei R. Oldenbourg, München, einen Vortrag „Über die Sicherheit und die Grenzen geschichtlicher Erkenntnis" herausgegeben. Er erörtert darin als „letzten Zweck geschichtlicher Arbeit" das Eingreifen in den Gang der Entwicklung. „Eingreifen in die Geschichte, d. h. die Vergangenheit abstoßen, wo sie hemmend in die Gegenwart hineinreicht, das heißt ferner: in der Gegenwart das Richtige tun, und das heißt endlich: die Zukunft umsichtig vorbereiten. Unzweifelhaft kommt daher der Geschichte in bezug auf die Vergangenheit ein richterliches, ja ein königliches Amt zu; denn um zu entscheiden, was aus ihr noch fortwirken darf und was abgetan oder umgebildet werden muß, muß der Historiker wie ein König richten. Alles aber muß in der Geschichtserkenntnis letztlich auf die Vorbereitung der Zukunft abgezweckt werden; denn nur die Wissenschaft hat ein Recht zu existieren, die ein Werdendes vorbereitet; sonst ist sie ein überflüssiger und schädlicher Lebensgenuß, der der notwendigen Arbeit edle Kräfte entzieht. Zum Handeln ist der Mensch auf der Welt, nicht zum Betrachten! Geschichte als Erkenntnis und Wissenschaft ist also nichts anderes, kann und darf nichts anderes sein als der Unterbau der Politik. Nehmen Sie aber dieses Wort „Politik" im denkbar weitesten Sinn, nach welchem es das zweckvolle Handeln überhaupt bedeutet, mag es sich nun auf den Staat, die Kirche, die Kunst, die Wissenschaft oder die Technik beziehen. Überall steckt — neben Genius und Talent — das Geheimnis des Könnens und des richtigen Fortschritts in den Heimlichkeiten des geschichtlich Gewordenen; sie muß man kennen!" Diese Sätze enthalten zeitgemäße Mahnungen an unsere Historiker, die diesen Forderungen für die Gegenwart und darum auch für die Zukunft während des Krieges im allgemeinen so wenig gerecht geworden sind, weil sie, auf die Zinnen der Partei gestellt, die ruhige sachliche Betrachtung, die Grundlage richtigen Erkennens, aufgegeben haben. Sie enthalten eine Mahnung an den Laien. Denn sie geben dem alten Satz neue Form, daß „das Geheimnis des Könnens und des richtigen Fortschritts in den Heimlichkeiten des geschichtlich Gewordenen steckt". Drei Faktoren sind es, durch die nach A. v. Harnack der Historiker der Vergangenheit das Geheimnis des Könnens entlockt: „Die Kräfte, die in einer Epoche wirksam waren, die Richtung, in der sie gingen, der Arbeitsertrag, den sie brachten." In drei Gebieten heißt es also sich umsehen: in dem der geographischen, klimatischen, wirtschaftlichen Begebenheiten; dem kulturellen, in dem die bildnerischen Kräfte wie eine zweite Natur auf das Wort wirken; und in dem der Persönlichkeiten, des Genius der großen Männer. Der Sinn von Harnacks allgemeinen Betrachtungen wird einem Buche praktischer geschichtlicher Erziehung

Digitized by Google

vorangestellt, in dem Prof. Dr. K. Fischer „Deutsche Eigenart und deutsche Schicksale der Vergangenheit“ (Schwetschke & Sohn, Berlin) vorführt. Auch er geht von dem Satze aus: „Der einzelne wird nur durch seine Erfahrungen klug, ein Volk nur durch seine Geschichte, die Schatzkammer seiner Erfahrungen. Hierfür gibt es kein besseres Mittel, als sich mit den Schriften und Erinnerungen derjenigen vertraut zu machen, die Zeugen waren seiner Taten und Leiden, Zeugen seiner Tugenden und Untugenden, seiner Schwächen wie seiner Heldentaten.“ Das Ziel, das er durch die Bilder aus der deutschen Geschichte fördern will, bezeichnet er selbst: „Er will mithelfen, unserem Volke unausgesetzte Arbeit, stete Bereitschaft, ungeschminkte Selbsterkenntnis zu geben.“ Ein Gegenbild zu dem Kampf geistiger Ideen der Gegenwart aus der Vergangenheit wird auch der Versuch Frieda Braunes „E. Burke in Deutschland“ (Verlag Winter, Heidelberg). Der Name des großen Bekämpfers der Französischen Revolution und des Individualismus bezeichnet einen Teil des Streites zwischen kosmopolitischer und nationalistischer Gesinnung, der, um die Mitte des 18. Jahrhunderts anhebend, in seinen letzten Verzweigungen bis in die heutige Zeit hinein gedauert hat. „Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stellt den Höhepunkt des Kosmopolitismus dar. Es ist die Periode des Hinüberflutens der Ströme des Geistes über die nationalen Grenzen; alle Pforten öffnen sich, die trennenden Mauern werden niedergerissen. Die edleren Geister aller Nationen empfinden bedingungslos als Weltbürger, teilen den Menschheitsgenossen wie den Volksgenossen mit, was sie zu bieten haben, und empfangen von ihnen die Gegengabe. Nie legt sich das Bedenken kalt und schwer auf ihre Seelen, nie hemmt es die Freudigkeit, sich ihnen mitzuteilen. Und das Ergebnis einer solchen Gemütsverfassung ist ein Reichtum und eine Bewegtheit geistigen Lebens, wie sie vielleicht nur in Griechenlands Blütezeit ihre Parallele finden.“ Der behandelte Stoff veranschaulicht die Fruchtbarkeit dieses Wechselspiels geistiger Beziehungen zwischen den europäischen Nationen. Deutschland übernimmt dankbar als Gabe des älteren vielerfahrenen „Staatsvolkes“ die Lehren der Staatsweisheit Burkes und gestaltet das Empfangene um und macht es zu einem organischen Bestandteil des eigenen nationalen Wollens. „Aber diese Hochflut des Kosmopolitismus erzeugte aus sich selbst eine Gegenkraft, die das geistige Antlitz der Völker schließlich ganz verwandelte. Das Ergebnis des 19. Jahrhunderts, die Ausgestaltung des Nationalstaates, betrifft nicht etwa nur Deutschland und Italien, wo es äußerlich am machtvollsten in die Erscheinung tritt, sondern alle Kulturvölker haben innerlich dieselbe Wandlung durchgemacht. Darüber kann auch die Universalität der Wissenschaft, der Kunst, der Technik, die in dieser Periode zutage tritt, den aufmerksamen Beobachter nicht hinwegtäuschen. Nun war nicht länger allgemeingültige Weisheit das Ziel, dem die Völker und die Einzelnen entgegenlebten, sondern individuelles Besonderssein, dessen Anerkennung durch politische und wirtschaftliche Macht gesichert ist. Im Wesen der Macht aber liegt es, daß nur wenige sie besitzen können; die Nationen und die einzelnen, die um sie ringen, müssen in jedem Mitbewerber einen Gegner sehen und die Konsequenzen daraus ziehen.“ Es kennzeichnet den Stimmungsumschwung in der geistigen Erfassung unserer Zeit, wenn, entgegen diesem Ergebnis der Entwicklung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, W. Metzger, ein früh verstorbener junger Philosoph, zur Ergründung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft, Recht und Staat (C. Winter, Heidelberg) von der Ethik des deutschen Idealismus seinen Ausgangspunkt nahm und Prolegomena zu einer Theorie und Geschichte der sozialen Werte an die Prinzipien und Rechtslehre Kants anknüpfte, und wenn er über Fichte, die Romantik, Hegel hindurch den Strom sittlichen Denkens und Wollens aufzeigte, der von da an innerlich in unsere Zeit hinübergeflutet und imstande ist, das sozialethische Denken der Gegenwart neu zu befruchten. Denn, so sagt es Metzger: „Wenn man unter dem Einfluß zeitgeschichtlicher Ereignisse“ (Bismarcks Wort von „Blut und Eisen“) heute sehr geneigt scheint, Gewalt und Herrschaft für das Wesentliche in allem Staatswesen zu erklären, wenn mithin hier als die Staatstheorie der Neuzeit dem Rechtsstaat und dem „organischen“ Staat der Machtstaat entgegentritt: so hat man die zeitliche Voraussetzung und die äußere Verpanzerung des staatlichen Lebens mit diesem selbst verwechselt. „Der“ Staat entsteht aus der Macht und erhält sich nach außen nur durch die Macht; seine Substanz aber ist das Recht, d. h. die immer vollkommenere Durchführung der vernunftmäßigen „Gesellschaft“, auf welcher Rechtsbasis dann die Kultur in aller Fülle, deren sie fähig ist, erblühen mag. Übrigens bleibt diesem naturalistischen Machtstaat dasselbe entgegenzuhalten, wie dem romantisch-reaktionären Kirchenstaat, daß beide Konstruktionen gerade die moderne Staatsentwicklung ignorieren; während man sich hier in die irrationalen Untergründe und Aufschwünge des Staatslebens vertieft, schreitet offensichtlich — trotz aller sozialen Schwierigkeiten — der vom Bewußtsein der Zeit geforderte Ausbau des Rechtsstaates, die Nationalisierung, Humanisierung, aber freilich auch Mechanisierung des bürgerlich-staatlichen Lebens immer weiter fort. Es ist ein Zeichen derselben Gesinnung, wenn Reinhard Strecker „Die Anfänge von Fichtes Staatsphilosophie“ zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung macht (F. Meiner, Leipzig, M. 5.—). Daß Klopstock, Lessing und Schiller, Rousseau und Kant und der politische Einfluß der Französischen Revolution der geistige Nährboden für die Staatsphilosophie des

Digitized by Google

jungen Fichte, eine Philosophie der Tat und des Handelns, wurden, nimmt nicht Wunder, ist aber lehrreich, weil dadurch das sozial-ethische Denken der Gegenwart über Kant hinaus in dem Idealismus des 18. Jahrhunderts verankert wird und weil wir gewahren, daß Weltbürgertum und nationales Besinnen sich schon in dem Denken des jungen Philosophen zu einer harmonischen, gegenseitig sich ausgleichenden — idealen — Einheit verbinden. Wie recht hat also Hermann Schwarz, wenn er in dem Buch gesammelter Vorträge „Fichte und Wir" den Idealismus Fichtes „den deutschen Idealismus klassischer Prägung" nennt: „Das ist die Hauptbedeutung Fichtes, daß er den Deutschen, die seit Kant und Friedrich dem Großen durch die formale Zucht unbedingter Pflichterfüllung hindurch gegangen waren, das Leben an inhaltsvollen Ideen entzündet." (A. W. Zickfeldt, Osterwieck i. H.) Wie recht Paul Ostwald, wenn er den Gegensatz zwischen englischem und deutschem Imperialismus (Volkswirtschaftliche Zeitfragen Nr. 297, Simion, Berlin) so festgestellt: „Auf der einen Seite haben wir einen Imperialismus, der aggressiv vorgeht, der sich über alle Schranken rücksichtslos hinwegsetzt, um sein Ziel zu erreichen. Die Frage nach Recht oder Unrecht wird nicht gestellt, wenn es die eigenen Interessen gilt. Die Berechtigung zu diesem Vorgehen findet dieser Imperialismus ohne Schwierigkeit einfach in der Tatsache, daß Gott es so bestimmt habe. Der englischen Nation sei die Kulturmission von Gott übertragen worden. Demgegenüber sehen wir von den Deutschen einen Imperialismus vertreten, der sich mehr defensiv verhält, der keine Staaten zertrümmert, sondern großen wie kleinen Nationen ihr volles Recht läßt. Wohl tritt er mit allen in friedlichen Wettbewerb, und spornt deshalb alle wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte seines Volkes an, um draußen in der Welt friedliche Schlachten siegreich bestehen zu können. Nirgends aber tritt der deutsche Imperialismus mit dem Anspruch auf alleinige Weltherrschaft auf. Wir wollen diesen Wettbewerb in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, in dem aber das Beste sich nur halten kann. Unser Imperialismus will deutscher Arbeit, deutschem Geiste in der Welt einen Platz verschaffen, nicht um dadurch die Welt zu beherrschen, sondern um aus dem gleichen Rechte wie andere Völker, mitzuarbeiten an der Förderung der Gesamtkultur der Menschheit." Aus solcher Gesinnung flammt auch der Aufruf des ersten Heftes der Akademisch-sozialen Monatsschrift auf, die Lic. F. S. Schultze und Dr. A. W. Westerkamp bei E. Diederichs, Jena, herausgeben: „Kein Zweifeln und Schwanken verroste die Kraft, haßt alles, um alles zu geben! Reißt die welkende Liebe aus Todschaft und baut mit heiliger Leidenschaft am neuen Menschheitsleben."

Die geographischen Grundlagen der Geschichte: Zwei handliche Atlanten bringen G. Freytag & Berndt, Wien. Einen Weltatlas auf 58 Blättern und einen geographisch-statistischen Universalatlas, eine Zusammenfassung von Geographie, Wirtschaft, Bevölkerungswesen. Durch eine Schilderung der Kriegsschauplätze und der kriegführenden Staaten gibt B. Clemenz eine Grundlage für das geographische Verständnis der Geschehnisse. („Kriegsgeographie", 2 Bände, Kabitzsch, Würzburg. M. 4.— bezw. 4.50). Von den baltischen Provinzen ist im Verlage Brockhaus eine Karte (Maßstab 1 : 650000) mit reichem statistischen und historischen Material erschienen. (Preis M. 4.—).

Die Zeiten der Geschichte: Eine neue Darstellung der „Deutschen Vorzeit" gibt „Als Einführung in die germanische Altertumskunde" (P. Hobbing, Steglitz, gebunden M. 4.—) Dr. Wilser, den Sachkenntnis davor bewahrt, in uferlosem Idealismus zu versinken. Eine Geschichte der deutschen Reformation hat, gestützt auf die zuverlässige wissenschaftliche Literatur, O. Buchwald (Buchhandlung des Waisenhauses, Halle, M. 3.—) in übersichtlicher Darstellung gegeben ist. Aus dem Dreißigjährigen Krieg erzählt E. v. Handel-Mazetti den Soldaten im Feld einen Reiterroman, der den wilden Zeiten der Vergangenheit ihr zuständliches Bild und ein ergreifendes, menschliches Erlebnis ablauscht. („Die arme Margaret", Feldausgabe, J. Kösel, Kempten). Zur Gedenkfeier ihres fünfzigjährigen Bestehens gibt die nationalliberale Partei nachträglich eine Sammlung der Reden heraus, die bei der Feier gehalten wurden. (Verlag Herm. Kalkoff, Berlin). Die russische Revolution von 1905 wird auf dreißig Seiten in 93 des „Deutschen Kriegs" dargestellt. Mit Recht trägt das Schriftchen des ungenannten Verfassers den Untertitel „Als Grundlage zum Verständnis der jetzigen Revolution". Denn es erbringt den Erweis, daß die jetzige nur eine Fortsetzung der vorigen ist, die daran scheiterte, daß sich Sozialismus und Liberalismus in die Haare gerieten, bevor der Zarismus völlig niedergeworfen war. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland seit dem Berliner Kongreß wird von H. Übersberger (B. G. Teubner, Leipzig, M. —.80) geschildert, Albrecht Wirth gibt einen neuen, eigenartigen Querschnitt durch die Weltgeschichte. („Kurze Weltgeschichte", Alfred Janssen Hamburg), M. 1.80.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 13. Juli 1917 • Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Suezkanal—Jerusalem

Von Professor Dr. Ernst Jäckh

Englische Flieger bombardieren wiederholt die heiligen Stätten von Jerusalem; sie kommen vom Suezkanal her — mit Bahnen übers Land oder mit Schiffen übers Wasser. Die englische Armee in Ägypten (im vorigen Jahr verstärkt durch berittene Buren!) erhält einen neuen General aus London ... England scheint eine neue Offensive gegen Syrien versuchen zu wollen.

Auch die Vergewaltigung von Griechenland bestätigt die Absicht einer neuen Aktivität um den Orient — nicht nur zugunsten von Saloniki, sondern auch gegen die Türkei. Es ist bekannt, daß die französisch-englische Saloniki-Armee durch das deutsche Unterseeboot, das im Mittelmeer mit wachsendem Erfolg aufräumt, von Tag zu Tag mehr isoliert, bedroht und gefährdet wurde. Es galt also für die Entente, statt des mehr und mehr unsicheren und allmählich unmöglichen Überseewegs einen bequemeren Landweg zu finden und zu festigen; mit der weiteren Wirkung, dadurch auch die Handelstonnage im Mittelmeer zu sparen und sie für die Nöte der Heimat zu gewinnen. So muß das Land der Griechen, gezwungen durch die englischen Kriegsschiffe, seinen Landweg hergeben: vom italienisch besetzten Epirus bis zum französisch besetzten Thessalien. Dieser Landweg hat durch die Straße von Otranto, die nur 72 km breit ist, eine Verbindung mit Italien, und über Italien mit Frankreich, und über Frankreich durch die Straße von Calais, die 33 km eng ist, schließlich mit England. So wird Griechenland zu einem englischen pied à terre, zu einem Notanker der Entente im Mittelmeer und zu einem nachbarlichen Arsenal gegenüber der Türkei. Der Kriegsrat der Entente läßt bereits einen neuen „Kreuzzug" ankündigen, an dem auch Italiener und Griechen teilnehmen sollen; und Lloyd George proklamiert bereits Mesopotamien und Syrien als neue Staatsgebilde, losgelöst vom türkischen Reich.

So hört es sich gut an, aber so sieht es nicht aus. Der englische Feldzug von Ägypten her gegen Syrien hat in den drei Kriegsjahren unvergleichlich weniger erreicht als einst die beiden anderen ägyptischen Vorstöße gegen die Türkei, der von Napoleon

Digitized by Google

dem Großen und der von Ibrahim Pascha. Napoleon ist es nach seinem Sieg bei Pyramiden gelungen, 1799 Jaffa zu nehmen und bis Akka vorzudringen. Und M med Ali, der gegen die Türkei aufrührerische Vasall und Statthalter von Ägypten, mit seinem Adoptivsohn Ibrahim Pascha in den zwanziger und dreißiger Jahren vorigen Jahrhunderts von Ägypten aus nicht nur über Arabien und Syrien, sond sogar über Cilicien und bis nach Anatolien sich ausgebreitet, alles von Adana Aden von der Türkei und ihrem großen Sultan Mahmud II., „le phénoméne", reißend, obwohl dieser von England und Rußland, Österreich und Preußen un stützt wurde.

Damals also bis Jaffa und Akka in wenigen Monaten, und dann später bis Ad und vor Konia reichte die feindliche Invasion von Ägypten aus; heute, nach fast Kriegsjahren, kaum über die Grenze, bis südlich von Gaza, trotz der ungleichen Mi der türkischen Verteidiger und der englischen Angreifer. Auch in Syrien leidet Türkei und ihre Kriegführung unter den schädlichen Wirkungen der „Kapitulatio verträge", jener Fesseln, die die türkische Regierung so banden und hemmten, sie nicht nach ihrem eigenen Bedürfnis und Willen Eisenbahnen bauen durfte, s dern nur gemäß dem Interesse und der Erlaubnis der (ihr feindlichen) Großmäch So hat der Krieg die Türkei in einem Zustand gefunden, der zwischen Anatolien u Syrien keinerlei Bahnverbindung hatte (auch nicht zwischen Anatolien und Meso tamien), so daß Munition und Proviant in das leere Syrien über Gebirgspässe mi selig und zeitraubend geschoben werden mußten. Desgleichen haben die von Fra reich gebauten Bahnen eine Angriffsrichtung von der See her nach Syrien hine aber keine Angriffsmöglichkeit gegen Ägypten hin; sie haben auch andere Spurwe als die türkischen Bahnen, und was dergleichen Anomalien sonst noch sind. Und Er land hat bekanntlich den türkischen Plan einer syrisch-ägyptischen Bahn (nach Akab vor bald zwanzig Jahren durch Androhung von Waffengewalt verhindert. Trotz dieser Schwierigkeiten und fast Unmöglichkeiten ist es zunächst einem türkischen Exp ditionskorps gelungen, die Sinai-Halbinsel auf Wüstenwegen zu durchqueren u selbst den Suezkanal zu überschreiten — in siegreichen Gefechten. Freilich — geg Übermacht an Truppen, Munition, Proviant und Bahnen war und ist kein Bleib möglich, obwohl die türkische Leistung volle zwei Jahre die Sinai-Halbinsel beher schen konnte — bis die englischen Kriegsschiffe die Küstenlinie säuberten und sichert und es so einer englischen Armee unter dem Schutz der Schiffsgeschütze ermöglichte an der Küste entlang eine ägyptisch-syrische Eisenbahn zu bauen bis an die türkisc Grenze, bis südlich von Gaza. Dort hat die türkische Verteidigung dem vom Sue kanal gegen Jerusalem drängenden Feind bisher zwei schwere Niederlagen beig bracht, trotzdem die englische Etappe kürzer und die englische Basis reicher ist, als d dünne Linie des langen Fadens zwischen Gaza—Konstantinopel—Spandau. Die eng lischen Angriffe werden wiederkommen.

Digitized by Google

Jene Vergleiche aus der Geschichte haben schon die politische Bedeutung des Gebietes zwischen Suezkanal und Jerusalem veranschaulicht — nicht in dem Sinn der weltpolitischen Bedeutung jener Völkerbrücke, sondern in dem Sinn der nachbarpolitischen Bedeutung für den, der in Suez, und für den, der in Jerusalem sitzt. Die Besitzer Ägyptens haben von Alters her zur Sicherung ihrer Herrschaft Vorstöße nach Syrien hinein für nötig gehalten. Schon die alten Pharaonen haben alles daran gesetzt, Syrien festzuhalten und möglichst nach Arabien und Mesopotamien vorzustoßen. Während der griechischen Periode Ägyptens wird zwischen den ägyptischen Ptolemäern und syrischen Seleuziden fortwährend um den Besitz von Syrien gekämpft. Während des Mittelalters sind die Kreuzfahrer in Palästina erfolgreich, solange Syrien und Ägypten getrennt sind; von dem Augenblick an, wo Salaheddin beide Länder vereinigt, sind sie verloren. Später dann, wie gesagt, Mehmed Ali und Ibrahim Pascha; und vorher noch Napoleon der Große: immer die Tendenz, sich Ägypten zu sichern durch Sicherung von Syrien. 1881 ist Ägypten englisch geworden; seitdem wird die englische Politik aller Welt klar: das Glacis vor Ägypten in seiner weitesten Ausdehnung (Arabien, Syrien, Mesopotamien) zu gewinnen und so ein englisches Mittelasien von Ägypten bis Indien zu sichern.

Auch diese Politik hat ihre weither vorbereiteten Grundlagen, die in die Jugendzeit von Moltke zurückreichen und die in seinem Gegenspieler Chesney sich verkörpern. Bekanntlich ist Moltke als Berater der türkischen Armee, die gegen den aufrührerischen Ägypter kämpfte, von Konstantinopel aus über Konia auch in den Taurus-paß gekommen und auch nach Mesopotamien hinunter, auf dem Euphrat und Tigris mit dem damals wie heute seit der alten syrischen Zeit üblichen Schlauchfloß. In Biredschik am Euphrat notiert Moltke in seinem Tagebuch: „Von hier sollte die Dampfschiffahrt ihren Anfang nehmen, die Ostindien durch den Euphrat mit Europa in Verbindung gesetzt hätte, ein großes Unternehmen, an welchem Oberst Chesney rühmlich scheiterte. Noch stehen einige Ruinen von den Häusern, die er am rechten Ufer erbaute, und die Türken sprechen mit Staunen von dem Gjaur und seinem Ateſch-Kaik oder Feuerschiff."

Dieser englische Oberst Chesney, dessen Spuren Moltke in Mesopotamien begegnet, ist der Einleiter derjenigen englischen Politik, der heute zwischen Suezkanal und Jerusalem um ihre Erfüllung kämpft. Chesney lebte 1789 bis 1872. Kadett und Soldat, fährt er 1829 nach Konstantinopel, um am türkisch-russischen Krieg teilzunehmen, kommt aber zu spät. Er unternimmt eine Studienreise nach Ägypten, wo er im Gegensatz zu den französischen Ingenieuren die Möglichkeit des Baues des Suezkanals betont, so daß Lesseps später Chesney „le père du canal" nennt. Von Ägypten reist Chesney nach Syrien und bis zum Euphrat, um seine Schiffbarkeit für Dampfer zu untersuchen; er fährt auf einem eigenen Floß bis zum Persischen Golf und begibt sich durch Persien nach Täbris und zurück nach Trapezunt und herunter nach Aleppo, und

Digitized by Google

[illegible] ... gebt ... [illegible] ... Herz und ...

Die [illegible] der Mandsch...

[illegible]

Es [illegible] Juli [illegible] gelbe Drachen... [illegible] zu Peking. Damit kehrt Chi... zurück, [illegible] nach dem Sturz der Mandschuth... kurz oder lang sie wieder zu [illegible] müsse, weil sie ... sittlichen Anschauungen des Volkes begründet und nur in diese... Reich Bestand und [illegible] ermöglicht sei. Diese Auff... der Monarchie für China hat zweifellos viel Wahres in sich. Ob ... Kaiserproklamation wirklich als der Anfang neuer Gesundung b... Zunächst ist nicht zu leugnen, daß sie viel mehr die im innerpol... herrschende Zerfahrenheit in grelles Licht setzt.

Welches sind die Vorgänge, aus denen heraus die neue Kaiserpr... ja zunächst nur als die kühne Tat eines einzelnen machtvolle... stellt — überhaupt möglich war? Da ist vor allem an den alte... Norden und Süden zu erinnern, der auch in den letzten Jahre... hat. Dieser Gegensatz stellt sich in der Neuzeit politisch dar als ... demokratischen, modernen, die Freiheit des Individuums betone... mehr konservativen Anschauungen, welchen eine stärkere Bindun... eine straffere Regierungsgewalt notwendig erscheint. Es würde ... wollte man diese Unterschiede ohne weiteres als solche zwisch... antimonarchischer Gesinnung bezeichnen, indem die letztere, ... Gleichgültigkeit gegenüber der Monarchie, wie mir scheint, ... viel breiteren Raum einnimmt, als man gewöhnlich denkt. Aber

Digitized by Google

Digitized by Google

heim nach England. Spätere Expeditionen, gemeinsam mit Kapitän Lynch, dienen dem gleichen Zweck: die nächste Verbindung zwischen England und Indien herzustellen — über Syrien und Mesopotamien, sei es in Kanälen und Flüssen oder in Bahnen von der syrischen Küste aus bis zum Persischen Golf. Chesneys Bericht an das englische Parlament ist von Friedrich List bearbeitet worden und hat Friedrich List zu den bekannten Arbeiten angeregt, die den Gegensatz der deutschen und der englischen Orientpolitik darstellen und den heutigen Zusammenstoß vorausahnen.

Moltke und Chesney sind die Inkarnationen der Tendenzen Deutschlands und Englands im Orient; in ihren Reiserichtungen drückt sich das schon aus. Der Deutsche geht von Konstantinopel nach Bagdad, vom Zentrum aus, und will den Kreis aufschließen, anschließen (zentripetal); der Engländer geht von Ägypten nach Bagdad, von der Peripherie aus, und will vom Kreis Segmente abtrennen (zentrifugal). Diese beiden Tendenzen bekriegen sich heute zwischen Suez und Jerusalem.

Die Wiederherstellung der Mandschudynastie

Von Prof. Lic. W. Schüler

So weht denn seit dem 1. Juli wieder das gelbe Drachenbanner, anstatt des vielfarbigen republikanischen in Peking. Damit kehrt China zu der Staatsform zurück, von der viele sofort nach dem Sturz des Mandschuthrones sagten, daß über kurz oder lang sie wieder zu Ehren kommen müsse, weil sie zu tief in den religiös-sittlichen Anschauungen des Volkes begründet und nur in diesem Rahmen dem alten Reich Bestand und Fortentwicklung ermöglicht sei. Diese Auffassung von dem Wert der Monarchie für China hat zweifellos viel Wahres in sich. Ob aber die soeben erfogte Kaiserproklamation wirklich als der Anfang neuer Gesundung betrachtet werden darf? Zunächst ist nicht zu leugnen, daß sie viel mehr die im innerpolitischen Leben Chinas herrschende Zerfahrenheit in grelles Licht setzt.

Welches sind die Vorgänge, aus denen heraus die neue Kaiserproklamation — welche ja zunächst nur als die kühne Tat eines einzelnen machtvollen Generals sich darstellt — überhaupt möglich war? Da ist vor allem an den alten Gegensatz zwischen Norden und Süden zu erinnern, der auch in den letzten Jahren niemals aufgehört hat. Dieser Gegensatz stellt sich in der Neuzeit politisch dar als ein solcher zwischen demokratischen, modernen, die Freiheit des Individuums betonenden Ideen und den mehr konservativen Anschauungen, welchen eine stärkere Bindung des einzelnen und eine straffere Regierungsgewalt notwendig erscheint. Es würde jedoch unrichtig sein, wollte man diese Unterschiede ohne weiteres als solche zwischen monarchischer und antimonarchischer Gesinnung bezeichnen, indem die letztere, oder wenigstens eine Gleichgültigkeit gegenüber der Monarchie, wie mir scheint, auch im Norden einen viel breiteren Raum einnimmt, als man gewöhnlich denkt. Aber wenn man, Schlag-

Digitized by Google

wörter gebrauchend, den Norden als den Boden für autokratische, militaristische, den Süden als den eigentlichen Boden für demokratische, radikale Tendenzen bezeichnet, so ist das gewiß zutreffend[1].

Kaum hatte die Südpartei in der Revolution von 1911 gesiegt, als das Gegenspiel im Norden begann, und unter den Händen Yüanshikais, zumal nachdem der Widerspruch des Südens 1913 niedergeschlagen war, bald nur noch der Name einer Republik übrig blieb; kaum aber glaubte Yüanshikai am letzten Ziel zu sein, da brach sein Thron zusammen, noch ehe er ihn wirklich bestiegen hatte. Die wiederum im Süden begonnene Revolution hatte diesmal Erfolg, und die Kuomintang, die Volkspartei, kam nach Yüanshikai Ende, jetzt vor einem Jahr, von neuem ans Ruder. Doch nicht lange hatten die schwatzhaften Parlamentarier ihre fruchtlosen Erörterungen über die neue Konstitution begonnen, als auch der Groll über ihr Treiben bei den Konservativen des Nordens, vor allem bei den Militärgouverneuren, sich bemerkbar machte. Schon im September vorigen Jahres fand unter dem Vorsitz Chang-hsüns in Hsüchoufu eine Konferenz der Militärgouverneure statt, in der deutliche Resolutionen gegen die unnütze Tätigkeit des Parlaments gefaßt, und für die erfahrenen alten Militärs das Recht geltend gemacht wurde, auch die politische Tätigkeit der unerfahrenen jungen Parlamentarier zu kontrollieren und zu beeinflussen. So hat Chang-hsün in wiederholten Eingaben an die Regierung und das Parlament — anläßlich der hitzigen Erörterungen über die Konfuziusverehrung — den Standpunkt geltend gemacht, daß der Konfuzianismus als Staatsreligion beibehalten werden müsse. Der Eindruck der Hsüchou-Konferenz auf Parlament und Kuomintang war derart, daß der zum Minister des Auswärtigen erwählte Tang-shao-yi es vorzog, dieser entschlossenen Gegnerschaft gegenüber zu weichen, obwohl er bereits auf dem Weg nach Peking war, und auf den Ministerposten verzichtete. Das Parlament aber ereiferte sich in Hinweisen auf das gesetzeswidrige Verhalten Chang-hsüns, der die Befehle der Regierungen mißachte und sich in Hsüchoufu wie ein selbständiger König gebärde.

Auch in die Regierung selbst griff der Gegensatz zwischen Militär und Demokratie hinein. Er zeigte sich in den Reibungen zwischen dem Präsidenten Li-yuan-hung, der mit peinlicher Gewissenhaftigkeit darauf bedacht war, nie die Rechte des Parlaments zu verletzen, und seinem Ministerpräsidenten und Kriegsminister, Tuan-ch'i-jui, der schon im vorigen Jahr von den Radikalen beschuldigt wurde, daß er die Auflösung des Parlaments betreibe.

Während so die Gegensätze zu Beginn des Jahres immer stärker wurden, kam Wilson

[1] Natürlich sind die Grenzen fließend; der Kuomintang ist keinegswegs auf den Süden beschränkt, andererseits ist ein Mann wie der alte Kang-yu-we aus Kanton, der Begründer der ganzen modernen Reformbewegung, in gewisser Weise viel mehr der Nordpartei zuzurechnen. Das eigentliche Volk, das Landvolk, bleibt auf beiden Seiten von den politischen Gegensätzen fast unberührt und wäre mit jeder Regierung zufrieden, wenn sie nur Frieden bringt.

Digitized by Google

an China mit der Aufforderung und Lockung heran, Amerika im Protest gegen Deutschland Gefolgschaft zu leisten, und bewirkte damit nur ein weiteres Aufbrechen von Gegensätzen und eine Verschlimmerung der inneren Lage. Daß es überhaupt Amerika und der Entente gelang, Chinas Protestnote über den Abbruch der Beziehungen zu erwirken, ist, soweit sich jetzt übersehen läßt, wesentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß sie persönlich Tuan-ch'i-jui an sich ketteten, der nahe daran war, über Präsident und Parlament hinweg, eigenmächtig China in ein tolles Wagnis zu reißen. Noch im letzten Augenblicke aber wurde er genötigt, die Zustimmung des Parlaments zum Abbruch der Beziehungen einzuholen, die denn auch auf Grund der schönen Versprechungen der Entente gewährt wurde. Aber dem dritten Schritt, der vom Premier beantragten Kriegserklärung an Deutschland, versagte sich am 12. Mai das Parlament; dies nicht sowohl aus Gründen der äußeren, als der inneren Politik; das heißt aus jenem Gegensatz der Demokratie gegen eine gefürchtete militärische Autokratie. Desgleichen darf aus dem Umstand, daß die Versammlung mehrerer Militärgouverneure aus dem Norden, die sich inzwischen in Peking eingefunden hatten, — Chang-hsün war nicht unter ihnen — die Forderung der Kriegserklärung, den Berichten nach, energisch unterstützten, nicht ohne weiteres auf ihre Feindschaft gegen Deutschland geschlossen werden. Es liegen manche Anzeichen des Gegenteils vor; anfangs kam jedenfalls gerade von militärischer Seite der stärkste Widerspruch gegen das Unternehmen des Premiers, während nachher die Proteste der Kuomintangführer und Südchinesen, Sun-yat-sen, Tang-shao-yi, Wen-tsung-yao nebst dem des alten Kang-yu-we mehr hervortraten. Französische Blätter haben offen den Verdacht ausgesprochen, daß die scheinbar kriegerisch antideutsche Erklärung der Militärpartei vielleicht schlauerweise nur darauf berechnet sei, die Entente ihren weiteren Plänen freundlich zu stimmen. Worauf diese aber in Wahrheit hinzielten, kam bald genug zutage, indem am 20. Mai etwa 20 Gouverneure und Generale vom Präsidenten die sofortige Auflösung des Parlaments und Änderung der Verfassung forderten. Fast gleichzeitig verlangte das Parlament seinerseits Entfernung Tuans und Neubildung des Kabinetts. Das Kabinett war übrigens inzwischen bereits in sich selbst zerfallen und bot ein trauriges Beispiel der Haltlosigkeit und Fäulnis bei den leitenden Stellen der Republik. Der Justizminister wie der Verkehrsminister schieden aus, weil sie unter die Anklage schwerer Bestechungen und unerhörter Schwindeleien gestellt waren. Andere Minister hatten sich schleunigst zurückgezogen, sobald der Boden heiß zu werden drohte.

In dem nun offen entbrannten Kampf zwischen Parlament und Militärpartei fügt sich der Präsident der Forderung des Parlaments und entläßt am 23. Mai Tuan. Die Militärpartei aber fängt an, dem Präsidenten den Gehorsam aufzukündigen; mehrere Provinzen des Nordens erklären sich unabhängig; Truppen marschieren von Kiangsu und Schantung aus nach Norden; Chang-hsün bemächtigt sich vollends der Tientsin—Pukou-Bahn. In Tientsin, wohin sich der entlassene Premier zurückgezogen

Digitized by Google

hat, bildet sich eine Art Gegenregierung, wobei der alte Hsü-shih-ch'ang, der Lehrer des jungen Mandschukaisers, eine Rolle spielt. Der Süden protestiert heftig gegen die Übergriffe der Militärs und fordert den Schutz des Parlaments. Die Parlamentarier aber bekommen es mit der Angst zu tun und fangen an, heimlich Peking zu verlassen. Vergeblich versucht der Präsident ein neues Kabinett zusammen zu bekommen, das die Gegensätze ausgleichen könnte; die Zentralregierung hat tatsächlich aufgehört. Da nimmt der Präsident in seiner Ratlosigkeit das Anerbieten Chang-hsüns als Vermittler an. Chang-hsün begibt sich nach Tientsin, schickt von dort aus zunächst einmal 2000 Mann seiner Leibgarde nach Peking und stellt seine Forderungen: Sofortige Auflösung des Parlaments, dauernde Ausschließung der gegenwärtigen Abgeordneten vom Parlament, Amnestie für alle, die an dem Versuch der Wiederherstellung der Monarchie durch Yüanshikai beteiligt waren. Während der Vizepräsident von Nanking aus mit dem empörten Süden zu vermitteln sucht, fügt sich der Präsident allen Forderungen und löst das Parlament auf. Er gab zu, daß er damit der Verfassung Gewalt antue, aber der Schritt sei notwendig, um das schlimmere Übel einer Militärherrschaft zu vermeiden. Chang-hsün aber war nun vollends Herr der Lage, um das auszuführen, was er seit langem als den besten Ausweg aus den verwirrten Zuständen seines Landes betrachtete und was ihm sein Herz vorschrieb: die Wiederherstellung der Mandschudynastie! Wie weit er dabei im vollen Einverständnis mit seinen militärischen Kollegen gehandelt hat, bleibt noch abzuwarten. Während er in Tientsin war, wurde von starken Differenzen unter den Militärs selbst berichtet, indem zwar alle für Auflösung des Parlaments, für eine neue Verfassung mit starker Beschränkung der Parlamentsgewalt und Neuwahl des Präsidenten waren, aber damit doch noch nicht für die Monarchie.

Der es seinerseits gewagt hat, China einen Kaiser wieder zu geben, ist bereits ein Siebenziger und zweifellos eine Persönlichkeit von kraftvoller Urwüchsigkeit. In weiteren Kreisen bekannt geworden ist Chang-hsün durch seine Verteidigung Nankings 1911 und durch den meisterhaften Rückzug seiner Truppen über den Yangtse. Die Umwandlung Chinas zur Republik hat wohl kaum jemand mit größerem Widerstreben als er erlebt, und er hat es gewagt, nicht nur während dieser ganzen republikanischen Periode seinen Mandschuzopf beizubehalten, — was ihm den Spottnamen Chang da bien, der Chang mit dem langen Zopf, eingetragen hat, — sondern er hat das Gleiche auch bei seinen Truppen durchgesetzt; ein starker Beweis der Autorität, über die er verfügt. Disziplin weiß er zu halten und ist nicht sparsam im Köpfen-lassen, wie er besonders in Nanking 1911 und 1913 bewiesen hat. Seinen festen Sitz hat er die ganze letzte Zeit über in Hsüchoufu gehabt — von 1915 ab als Generalinspektor der Yangtse-Provinzen — und er weiß wohl, warum er gegen alle Anerbietungen, ja auch Befehle, diesen Posten mit einem anderen „höheren" zu vertauschen, sich stets ablehnend verhielt. Dort hat er im Besitz der Tientsin—Pukou-Bahn die Schlüssel der

Digitized by Google

Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden in der Hand, und inzwischen hat auch die große Ost-West-Bahn Hsüchoufu erreicht. Seine Armee gilt als die größte und beste Truppenmacht Chinas.

Der jetzt 13jährige Kaiser (Pu-yi ist sein persönlicher Name, Hsüan-tung der Name seiner Regierungszeit) hat bekanntlich schon einmal vom 14. Oktober 1908 bis 12. Februar 1912 den Drachenthron innegehabt. Ja, er hat nie aufgehört Kaiser zu sein, denn sein kaiserlicher Titel ist ihm bei seiner Abdankung unter Bewilligung eines Jahresgehaltes von 4 Millionen Dollar gelassen worden. Anfangs bewohnte der kaiserliche Hof auch noch nach voller Herstellung der Republik einen Teil des alten Palastes, bis er dem Kaiserprätendenten Yüananshikai weichen mußte und seitdem in den Sommerpalast übergesiedelt ist. Es sei auch daran erinnert, wie das Abdankungsedikt vom 12. Februar 1912 die Zweideutigkeit in sich trägt, daß es sich dabei nur um eine Nachgiebigkeit an den Willen des Volkes handle, das nun einmal den Gedanken gefaßt hat, es mit einer republikanischen Staatsform probieren zu wollen. Es liegt eine feine Ironie darin, wenn es in dem Schlußsatz jenes Ediktes heißt: „Wir werden uns zurückziehen, um ein friedvolles Leben abseits von öffentlichen Pflichten zu führen und die erfolgreiche Durchführung der neuen Verwaltung mit anzusehen, wodurch wir völlig befriedigt sind."

Daß die neue republikanische Regierungsform nicht erfolgreich gewesen ist, sondern ein starkes Fiasko gemacht hat, ist offenbar. Insofern wäre es durchaus gerechtfertigt, wenn nunmehr die Monarchie die Zeit gekommen erachtet, um das Heft wieder in die Hand zu nehmen. Schon manchmal hat ja die chinesische Geschichte solche Zeiten eines tatsächlichen Interregnums erlebt, bis dann aus dem allgemeinen Wirrwarr sich eine kräftige Hand wieder erhob. Ob aber das neue Mandschuhaus sich als derartiger Retter erweisen kann? Sollte es aus der kläglichen Kraftlosigkeit, in der es bei seinem Abgang sich darstellte, sich inzwischen so erholt haben? Im Norden mag es trotzdem in der älteren Generation manche Sympathien finden und von dem Empfinden begleitet sein, daß die heilige Ordnung des Tao, der Himmel, Erde und Mensch verknüpfenden Ordnung der Dinge nunmehr wieder hergestellt sei. Aber der Süden, in dem während der ganzen zweieinhalbhundertjährigen Mandschuherrschaft der Widerspruch gegen diese niemals erstorben war, und in dem nunmehr die gegen jedes Kaisertum gerichteten demokratischen Schlagworte sich so stark in die Köpfe eingenistet haben, wird sich schwerlich zufrieden geben, und der Süden wird vielleicht weit in den Norden hineinragen oder es werden noch weitere Spaltungen erfolgen. Einstweilen ist jedenfalls nicht abzusehen, was wohl anders erfolgen soll, als ein neuer Bürgerkrieg — das wäre der vierte in sechs Jahren — womöglich mit einer Spaltung zwischen Nord und Süd, wie sie ja China schon wiederholt gesehen hat.

Aber es kommt bei dem, was in China und aus China wird, wie die Dinge nun einmal liegen, ja keineswegs auf dieses allein an. Die wichtigste Frage ist dabei natür-

Digitized by Google

lich die: Wie steht Japan zu dem neuen Kaisertum? Ohne daß Japan seine Zustimmung gibt, könnte es sich natürlich nicht halten. Darauf, daß eine Mandschubewegung im Gange sei, haben japanische Zeitungen schon vor Monaten hingewiesen, und Terauchi gewarnt. „Asahi Shimbun" hat ferner verlauten lassen, daß der im Februar wegen einer Anleihe nach Japan gesandte Lu-chung-yu in Wahrheit den Auftrag hatte, bei der japanischen Regierung zu sondieren, wie sie sich zur Wiederaufrichtung des Mandschuthrones stellen würde. Aus dem starken Mißvergnügen, das englische Blätter zu der Entwicklung der Dinge in China während der letzten Wochen geäußert haben, könnte man vielleicht den Schluß ziehen, daß die japanische Regierung kein Mißvergnügen hat. Ist China doch das eigentliche Feld für das Spiel und Gegenspiel der englischen und japanischen Politik.

Und welchen Einfluß wird die Neugestaltung der Dinge in China auf die Beziehungen zu Deutschland haben? Da sei hier nur an die Worte des Ministerpräsidenten Terauchi erinnert, daß der Umschwung in China leider auf dessen Beteiligung am Krieg und seinen Anschluß an die Entente ungünstig wirke. Es mag sich jeder selbst auslegen, wie weit er dieses „leider" im japanischen Mund für aufrichtig halten will. Aber die Annahme, daß in der Tat die neue Regierung jetzt von sehr viel dringlicheren Anliegen erfüllt sein muß, als von einem Krieg mit Deutschland, ist allerdings sehr glaubhaft. Sie wird froh sein, wenn sie China und sich selbst einigermaßen aus dem gegenwärtigen Chaos herauszuretten vermag.

Die Zustände in Polen

Von Wilhelm von Massow

Heute gehört es in vielen politischen Kreisen fast zum guten Ton, von den Zuständen in Polen in der absprechendsten Weise zu reden, als ob es sich um eine gänzlich verfahrene und verlorene Sache handelte. Um so ernster tritt an jeden, der sich in langen Jahren bemüht hat, in diese Verhältnisse einen Einblick zu gewinnen, die Frage heran, ob unseren vaterländischen Interessen mit solchen Schilderungen, die in der Regel mehr Stimmungsausbrüche und -Eindrücke als Urteile sind, gedient ist, und ob sie nicht bei denen, die nicht nachprüfen können, mehr Schaden stiften, als einiges darunter an geeigneter Stelle vielleicht in Gestalt einer heilsamen Warnung nützt. Wüßte man nicht aus unzähligen Erfahrungen, wie unbekannt Polen den meisten unserer Landsleute ist, so müßte man vor allem darüber erstaunt sein, was für merkwürdige Erwartungen an die Entwicklung der Dinge in Polen geknüpft worden sind.

Fürst Bismarck hat oft bemerkt, daß er es seiner früheren Beschäftigung als Landmann und Jäger verdanke, wenn er, der ungestüme Tatenmensch mit dem leidenschaftlichen Temperament, das vorsichtige Kommenlassen des rechten Augenblicks, das geduldige Warten in der Politik gelernt habe. Die ganze Staatskunst früherer Zeit hatte

Digitized by Google

allerdings viel von der Tätigkeit des Landwirts und Jägers an sich und, — was die Hauptsache war —, je mehr sie davon hatte, desto erfolgreicher war sie. Es war der Hauptvorzug der vielbewunderten englischen Staatskunst in ihrer Blütezeit, und die kühlrechnenden, gelassen abwartenden, im rechten Augenblick fest und rasch zufassenden Angelsachsen haben bis auf den heutigen Tag noch viel davon bewahrt; sonst wären sie jetzt schon längst am Ende. Man hat darüber gespottet, daß Lord Greys einzige schriftstellerische Leistung, die einzige Arbeit, die ihn vor dem Kriege weiteren Kreisen bekannt gemacht hatte, ein Buch über Angelsport war. Besser wäre es vielleicht gewesen, man hätte nicht gespottet, sondern nachgedacht. Denn es ist fraglich, ob der Geist des neuen Zeitalters, dem wir angehören, in allen Fällen geeigneter ist, größere politische Erfolge herbeizuführen. Tonangebend ist jetzt der Geist des kühnen und geschäftigen Unternehmers. Wenn sich aus einer Sache nicht schon im ersten Jahr eine gute Dividende herauswirtschaften läßt, dann läßt man lieber die Finger davon. Es muß schnell gehen und etwas Ordentliches abwerfen. Das mühsame Pflanzen und Wachsenlassen behagt der nervös hastenden Zeit nicht. Die Vorzüge dieses neuen Geistes dürfen gewiß nicht verkannt werden. Aber gewisse Dinge sind doch nun einmal nicht anders zu machen, als daß man sie in der Zeit, die ihnen die Ordnung der Natur gesetzt hat, sich entwickeln läßt. Die Sucht, rascher ernten zu wollen, als dem inneren Gesetz der Dinge entspricht, und alles aus dem Gesichtspunkt einer Aktiengesellschaft zu beurteilen, die auch Nützliches und Notwendiges unterläßt, wenn es zu viel Zeit und Geduld erfordert, hat uns auf manchen Gebieten — z. B. in der Kolonialpolitik! — schon so viel Schaden gebracht, daß es sich empfehlen würde, daneben in geeigneten Fällen auch der altmodischen Politik des Landmannes und Jägers wieder ihr Recht werden zu lassen. Die sicherlich von den besten Beweggründen geleiteten unwirschen Kritiker unserer Politik in Polen entrüsten sich darüber, daß der werdende Staat kein Herkules ist, der als Säugling in der Wiege schon Schlangen zerdrückt. Nein, wirklich, das ist er nicht, und von solchem nützlichen Wirken für die Menschheit ist er noch weit entfernt. Er ist auch nicht einmal ein stilles, liebenswürdiges Kind, das ruhig liegt und wartet, bis man ihm die Flasche gibt, sondern eins, das schreit und strampelt und sehr danach angetan ist, seiner Nachbarschaft auf die Nerven zu fallen. Aber ebensowenig, wie wir im bürgerlichen Leben das Schicksal solcher Kinder von den Wünschen liebenswürdiger Nachbarn abhängig machen, die sie vielleicht am liebsten als Wechselbälge ersäufen möchten, so kann die vorläufige Schwierigkeit und anscheinende Undankbarkeit der Aufgabe, die wir in Polen übernommen haben, nicht als durchschlagender Grund angesehen werden, um unsere Arbeit als aussichtslos und verloren anzusehen, wenn sie sonst in der Linie unserer deutschen Interessen liegt.

Aber hier kommen wir nun auf den kritischen Punkt. Liegt die Politik, die wir mit der Wiederherstellung des polnischen Staates begonnen haben, wirklich im deutschen

Digitized by Google

Interesse? In dem Teil unserer Presse, der der Politik des Reichskanzlers in abfälliger Kritik gegenübersteht, kann man bei jeder Gelegenheit gallenbittere Bemerkungen über unsere Befreierrolle in Polen lesen, Klagen über den „Undank" der Polen, die unser selbstloses Geschenk, die kostbare Gabe der Unabhängigkeit, nur mit Überhebung, schlecht verhaltenem Haß, ja Geringschätzung, und mit immer unbescheidener werdenden Ansprüchen beantworten. Die daraus entstandenen Verhältnisse in dem besetzten Polen werden dabei mit sehr lebhaften Farben ausgemalt.

Für jeden, der die Welt kennt — noch dazu die politische Welt und nun gar erst Polen — bedeutet das alles keine Überraschung. Unter dem Durchschnitt des Offizierkorps und der Beamtenschaft, die während eines Krieges in besetztem Gebiet zu tun haben, wird es immer und überall eine große Zahl geben, die nach dem Bilde, das sie sich in der Phantasie von einer solchen Lage zurecht gemacht haben, ihre Erwartungen in der Wirklichkeit nicht erfüllt finden. Es ist — abgesehen von höheren Stellen mit weiter reichender Verantwortung — von den einzelnen auch gar nicht zu verlangen, daß sie von den fremden Verhältnissen und dem fremden Nationalcharakter eine so weit genügende Vorstellung haben, um in jedem Falle das Mögliche und Nützliche mit Sicherheit zu erkennen. Wir Deutschen verlangen darin von unseren Leuten schon sehr viel mehr, als jeder anderen Nation in solcher Lage einfallen würde, und das wird sogar von manchen Seiten — nicht ganz ohne Berechtigung — getadelt. Es ist also fast eine selbstverständliche Erscheinung, daß viele, die in dem besetzten polnischen Gebiet dienstlich, amtlich oder beruflich zu wirken haben persönlich unerfreuliche Eindrücke empfangen. Der eine ärgert sich über Unordnungen, Nachlässigkeiten und Mißbräuche, die ihm auf Schritt und Tritt begegnen, der andere vermag die Art, wie die polnischen Legionäre und namentlich ihre Offiziere grüßen, nicht mit seinem berechtigten Siegerbewußtsein zu vereinigen, der Dritte, der mehr zu tieferem Nachdenken veranlagt ist, sucht in den scheinbar rettungslos verfahrenen Zuständen vergebens das Ende des Fadens, das ihm eine Entwirrung des Knäuels verheißen könnte. Alle diese Erfahrungen und Eindrücke wandern in Gestalt von weniger feldgrau als vielmehr ischgrau gefärbten Stimmungsberichten schriftlich und mündlich über die deutsche Grenze in die Heimat. Hier aber folgt ihnen erst die rechte, von ihren Urhebern oft gar nicht gewollte, politische Wirkung. Sie fallen wie Funken in dürres Reisig. Denn — wir wollen uns doch nichts vormachen: gerade die Kreise, die der Mehrheit unseres Offizierkorps und unserer Beamtenschaft am nächsten stehen, die politisch konservativen Kreise, spannen ja förmlich auf den Augenblick, wo sie hören, daß es drüben in Polen nicht klappt, weil sie von vornherein überzeugt gewesen sind, daß die Befreiung Polens ein falscher und mindestens übereilter Schritt war, und nun natürlich in subjektiv berechtigter Besorgnis vor den Folgen eine möglichst baldige und gründliche Bestätigung ihrer Ansicht für nützlich und im allgemeinen Interesse liegend erachten. Leider aber bildet sich auf diese Weise zwischen den Ein-

Digitized by Google

drücken, die im besetzten Gebiet empfangen werden, und den Stimmungen in der Heimat eine Wechselwirkung, die in recht verdrießlicher, ja hier und da sogar unheilvoller Weise eine sachgemäße Verständigung über die deutschen Interessen in Polen hindert und den Männern, die dort in schwerer Mühewaltung eine ungemein verwickelte und scheinbar undankbare Aufgabe zu erfüllen haben, die Arbeit erschwert.

Diese letzte soeben erwähnte Wirkung ist besonders bedauerlich, weil von dem, was diese Männer zu leisten haben und wirklich leisten, zu Hause ein ganz falsches Bild entsteht und dadurch unnötigerweise eine Stimmung genährt wird, die in keinem Falle dem Vaterlande Nutzen bringen kann. Am seltsamsten muß es dem mit der Wirklichkeit Vertrauten erscheinen, wenn er aus manchen Urteilen über die Zustände in Polen heraushören muß, daß unsere Behörden in Polen schwach und zu entgegenkommend sind und sich allerlei von den Polen gefallen lassen, was uns zum Schaden gereicht. In einem vielbeachteten, mit „Quidam" unterzeichneten Artikel in der Pfingstnummer der „Kreuzzeitung" war sogar die Möglichkeit angedeutet, daß wir eines Tages von den Polen aus ihrem Lande „herauskomplimentiert" werden könnten. Ich weiß nicht, auf welche Unterlagen der Verfasser dieses Artikels sich stützt., möchte auch an dieser Stelle nicht näher auf seine Ausführungen eingehen, die mir als eine eigentümliche Mischung von gewissen an sich nicht unrichtigen Beobachtungen und falschen Schlußfolgerungen erscheinen. Jene Beobachtungen beruhen offenbar auf der guten Grundlage einer genauen Kenntnis der Verhältnisse in unseren preußischen Ostmarken, — die Schlußfolgerungen auf einer nicht ausreichenden Kenntnis oder vielleicht auch nur nicht genügenden Beobachtung der allgemeinen politischen Lage. Aber folgendes muß doch dazu bemerkt werden: die Männer, die in Polen an verantwortlichen Stellen wirken, sind durchweg nicht von der Art, daß die Befürchtung gerechtfertigt wäre, sie könnten der nationalen Würde und unserer berechtigten Stellung im Lande in den Augen der Polen das geringste vergeben. Natürlich haben sie sehr verschiedene Wirkungskreise und müssen sich in Erfüllung ihrer amtlichen Pflichten, die ungewöhnlich verwickelter Art sind, sehr verschiedener Mittel und Methoden bedienen. Jedenfalls geht das nicht nach dem einfachen Schema, das sich manche ihrer Kritiker zurechtgelegt haben, die sich einbilden, es komme nur darauf an, mit Sicherheit und Eleganz die Pose des Siegers und des Herrn im Lande zu bewahren. Es wird niemals zu vermeiden sein, daß hier und da Fehler gemacht werden, anderseits aber auch, daß die daraus entstehende Kritik gelegentlich ungerecht wird. Übermäßig empfindlich soll man da nicht sein, aber es ist doch tief zu bedauern, wenn gegenüber einer so wichtigen Aufgabe die Verständnislosigkeit der heimatlichen Kritik direkte Hemmungen und Rückschritte schafft. Wer nicht etwa grundsätzlich in diesen Dingen den Gesichtskreis eines tüchtigen Feldwebels für den allein richtigen hält, wird bei näherer Kenntnis und gleichzeitigem Überblick den Vorwurf der Schwäche und der Erfolglosigkeit des deutschen Regiments in Polen unmöglich aufrecht erhalten können.

Digitized by Google

Doch nun zurück zu der Hauptfrage: Weshalb haben wir Polen befreit? Wirklich nur, weil wir, wie es in vielen unserer Blätter zu lesen ist, das Bedürfnis hatten, eine gute Tat zu tun und im Gegensatz zu den Sünden der Entente unsere Tugend vor der Welt im hellen Licht erstrahlen zu lassen? Ich fürchte, das glaubt uns in der ganzen Welt kein Mensch, mit Ausnahme derer in unserem eigenen Vaterlande, die sich durch Parteisucht und Rechthaberei verleiten lassen, hinter jedem Schritt unserer Regierung und namentlich des gegenwärtigen Reichskanzlers irgendeinen törichten, der Sentimentalität und Schwäche entspringenden Beweggrund zu suchen. Ja aber — so höre ich einwenden — wir haben doch den Polen die Wiederherstellung ihres Reiches mit der Geste des großmütigen, wohlwollenden Befreiers versprochen, und so steht es in dem Manifest der Generalgouverneure vom 5. November 1916, so geht es auch aus den Reden des Reichskanzlers hervor; wir haben also doch den Polen zu erkennen gegeben, daß wir ihnen aus freiem Entschluß eine Wohltat erweisen wollen und dafür auf ihre Freundschaft rechnen! Gewiß, dieser Gedanke war selbstverständlich die gegebene und gebotene Form für die Kundmachung und Begründung des entscheidenden Schritts. Wie hätte es denn auch anders geschehen sollen? Wenn ich jemand etwas anzubieten und zu geben habe, was ich für notwendig halte, so mache ich ihn auf die Vorteile aufmerksam, die er selbst davon hat, namentlich wenn diese Vorteile so handgreiflich und so wertvoll sind, wie es den Polen die Wiederherstellung ihres Königreiches sein mußte. Geschenk bleibt Geschenk und hat seinen Wert für sich, den man der Wahrheit gemäß hervorheben und umschreiben kann. Jeder Geber darf die Erwartung aussprechen, daß der Beschenkte sein Verhalten nach dem Wert der Gabe und nach den Verhältnissen, in die er dadurch versetzt wird, einrichtet. Aber was in aller Welt wird dadurch über die Beweggründe ausgesagt, die den Geber im letzten Grunde zu dem Geschenk veranlaßt haben? Das ist eine Frage ganz für sich. Man darf wohl annehmen, daß unsere Feinde im gleichen Fall noch viel mehr ihre Uneigennützigkeit und ihr Mitgefühl mit den geknechteten Polen unterstrichen hätten, als wir es getan haben. Jeder wichtige politische Schritt, mag er auch die größte Vergewaltigung und das schwerste Unrecht darstellen, wird von unseren Feinden mit Moral verbrämt, und — das ist das seltsame — ihre eignen Völker quittieren darüber mit verständnisvollem Schmunzeln, während unsere Presse sich zwar darüber entrüstet, aber zugleich anerkennend die überlegene Schlauheit der gegnerischen Politik hervorzuheben pflegt und ihre verlogene Sentimentalität wenigstens wirksam und nicht ungeschickt findet. Als aber in unserem Polenmanifest vollkommen wahr und schlicht auch der Gefühlswert betont wurde, den der Entschluß der beiden Zentralmächte für das polnische Volk haben mußte, da fanden sich sofort bei uns weise Männer, die ohne weiteres annahmen, daß diese Gefühlsseite, der Wunsch, uns den Polen angenehm zu machen, das einzige Motiv unseres Handelns gewesen sei, und nun belehrend hinzufügten, das sei wieder ein Zeichen, wie senti-

Digitized by Google

mental und vertrauensselig unsere Politik sei; man werde schon noch sehen, welche Erfahrungen man mit der Dankbarkeit der Polen machen werde.

Es ist merkwürdig und überraschend, wie wenig Leute es zu geben scheint, die das vollkommen Schiefe und Unmögliche dieser ganzen Stellungnahme erkennen. Ich erwähnte schon, daß außer denen unter unsern Landsleuten, die unserer Regierung das Gefühlsmotiv unberechtigterweise unterschieben, kein Mensch in der Welt daran glaubt. Am allerwenigsten die Polen selbst. Sie sind überzeugt, daß, wenn wir ihnen die Wiederherstellung ihres Vaterlandes versprochen haben, wir das taten, weil wir mit dieser Lösung am besten unsern eigenen Interessen zu dienen glaubten. Und sie haben recht, das anzunehmen, denn so ist es wirklich. Das Versprechen verliert für die Polen durch diese Erkenntnis nicht an Wert, sondern gewinnt an Sicherheit der Erfüllung. Gewiß aber wird die ganze Sache dadurch aus dem Bereich der Gefühlspolitik herausgehoben, und das ist ein Vorteil für beide Teile. Weshalb wollen wir die Sache wieder in diesen Bereich hineinbringen durch die Forderung der Dankbarkeit? Die Dankbarkeit ist eine Tugend des Privatlebens, und man braucht nicht Menschenfeind zu sein, um zu wissen, daß sie auch da ein seltenes Gewächs ist. Aber was man sich unter der Dankbarkeit eines Volkes gegen ein anderes vorstellen soll, bleibt schlechthin rätselhaft. Wollte das deutsche Volk den Polen gegenüber etwa den nicht genug gewürdigten Wohltäter spielen, der durch die vorenthaltene Anerkennung von der andern Seite sich gekränkt fühlt, so würden wir uns doch damit nur lächerlich machen. Nicht Dankbarkeit wollen wir, sondern nur das einfache Begreifen der Folgerungen, die sich aus den Gründen und Zielen unseres Handelns für Polen ergeben. Wir haben den Polen gezeigt, daß ihr am heißesten ersehntes nationales Ziel jetzt erreichbar vor ihnen liegt, selbstverständlich nur im Bunde mit uns. Damit ist unser Standpunkt klar und einfach bezeichnet, nun haben auch die Polen das ihrige dazu zu tun. Da ist allerdings unsere Verwunderung begreiflich, daß es auf ihrer Seite überhaupt noch ein Schwanken und Zögern geben kann. Aber wer die Lage des Landes und den polnischen Nationalcharakter kennt, wird sich darüber gar nicht so sehr wundern. Die polnischen Eigentümlichkeiten zeitigen eine Menge für uns unerfreulicher und schwer verständlicher Erscheinungen, und es ist natürlich nicht zu erwarten, daß sich das deutsche Volk leicht und fröhlich damit abfindet oder gar seine Lebensaufgabe darin sieht, sich liebevoll in die Seele des polnischen Volkes zu versenken und ihm, alles verstehend, alles zu verzeihen. Darauf kommt es gewiß nicht an, und wir haben besseres zu tun.

Aber hier tritt eine andere Reihe von Erwägungen in ihr Recht. Wer sich über die Schwierigkeiten ärgert, die dem deutschen Wirken in Polen bereitet werden, und daraus Nachteile für unsere deutsche Sache im Osten fürchtet, sollte sich einmal ernsthaft die Fragen vorlegen, ob ihm überhaupt irgendeine andere Lösung denkbar erscheint, die uns über diese Nachteile hinweghilft. Denn das polnische Volk

Digitized by Google

ist doch nun einmal da und bleibt ein unabänderlicher Faktor in der Rechnung. Ich habe noch niemand gefunden, der mir auf die soeben erwähnte Frage eine befriedigende Antwort gegeben hat, denn — das muß jeder Vernünftige einsehen, — bloße Klagen über das, was uns an Land und Leuten in Polen nicht gefällt, sind in dieser Beziehung wertlos und führen zu nichts. Sagen wir doch ganz ehrlich: eine Quelle reiner Freude werden die Verhältnisse im Osten für uns niemals werden; daher fragt es sich nur, welche von allen möglichen Lösungen für uns das kleinste Übel darstellt. Ich glaube nicht, daß die so gestellte Frage anders beantwortet werden kann, als es die verbündeten Kaiserreiche am 5. November 1916 getan haben.

Aus solchen Tatsachen muß man dann aber auch die notwendigen Folgerungen ziehen. Die Kritik pflegt ja schließlich zuzugeben, daß die Wiederherstellung Polens möglicherweise die relativ beste Lösung sein könne, aber fast allgemein wird bemängelt, daß mit der Verkündigung nicht länger gewartet worden sei. Auch hier sind Gegenfragen am Platze: Worauf wollte man warten? Was hätte man durch Verzögerung des Entschlusses gebessert? Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf diese Fragen näher einzugehen; nur sei darauf hingewiesen, daß der Irrtum, wir hätten übereilt gehandelt, wohl hauptsächlich auf die weitverbreitete Meinung zurückzuführen ist, die damalige russische Regierung sei zu einem Sonderfrieden bereit gewesen und durch das Manifest vom 5. November davon abgebracht worden. Aber diese Behauptung gehört in das Reich der Fabel, woran auch die Sicherheit, mit der sie immer wiederholt wird, nichts ändert. Im übrigen möge man sich klar machen, daß es unsere Lage in Polen gewiß nicht erleichtert oder bequemer gestaltet hätte, wenn zuerst die Friedensnote Wilsons im Dezember und dann die russische Revolution gekommen wären, bevor wir und unsere Verbündeten zu der Frage der Zukunft Polens Stellung genommen hatten. Wer sich durchaus nicht entschließen kann, den Vorsprung, den wir mit unserer Erklärung gewonnen, unserer Regierung als Verdienst anzurechnen, der mag es einen glücklichen Zufall nennen; das tut in diesem Fall nichts zur Sache. Und vielleicht wird später auch noch einmal klar, warum das, was bisher vornehmlich als Unstimmigkeit in dieser ganzen Angelegenheit gelten mußte und das November-Manifest nach außen hin vielen als Übereilung erscheinen ließ, nicht vermieden werden konnte, nämlich das Fehlen einer bestimmten Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn über alle Einzelfragen. Auf der Grundlage aller dieser Erwägungen wird man, wenn auch vielleicht nicht zur vollen Zustimmung zu allem, was geschehen ist, so doch zu einer ruhigeren Auffassung der Lage in Polen gelangen.

Dann muß man aber auch einsehen, daß es notwendig ist, die Aufgabe der in Polen wirkenden Persönlichkeiten und Behörden richtig zu verstehen und ihnen die wünschenswerte moralische Unterstützung von der Heimat aus zuzuwenden. Natürlich würden wir nötigenfalls die Macht haben, die Polen vom Standpunkt des Eroberers „zusammenzuregieren". Aber das würde sinnlos und töricht sein in einem

Digitized by Google

Lande, das wir weder behalten, noch in die Hand Rußlands zurücklegen wollen, sondern das uns einmal ein selbständiger Verbündeter werden soll. Und doch können wir, solange der Krieg währt, nicht darauf verzichten, für unsere Kriegführung die Stellung auszunutzen, die wir durch Eroberung und Besetzung dieses bis zum Kriegsausbruch anerkannt russischen Gebiets gewonnen haben. Daraus müssen unvermeidliche Widersprüche und Schwierigkeiten entstehen. Denn für uns steht das Interesse unseres Landes und unseres kriegführenden Heeres selbstverständlich in vorderster Reihe, und nur soweit dieses gewahrt ist, arbeiten wir an der Vorbereitung des Zustandes, der erst nach dem Kriege eintreten soll und für dessen Voraussetzungen zuvor der Grund gelegt werden muß. Die Polen legen natürlich das Gewicht auf die entgegengesetzte Seite — so sehr, daß sie sogar ganz vergessen, daß wir noch Krieg mit dem Lande führen, das seinerseits in Polen noch heute einen Bestandteil seines Gebiets sieht und in ihm noch immer eine große Zahl von treuen Anhängern zählt. Sie können nicht verstehen, daß wir nicht unsere einzige Aufgabe darin erkennen, den Polenstaat, den wir aufrichten wollen, möglichst fertig zu machen, und daß wir ihnen nicht blindes Vertrauen schenken, sondern mit der Möglichkeit rechnen, daß unsere Erwartungen getäuscht werden. An diesen Gegensätzen hat nicht nur der natürliche nationale Egoismus seinen Anteil, sondern es wirken auch die verschiedenen Temperamente, eingewurzelten Auffassungen, Gewohnheiten, Überlieferungen und Vorurteile der beiden Völker verschärfend mit. Gegen solche Gegensätze mit Gewalt vorzugehen, ist ein ebenso vergebliches Bemühen, wie der Gedanke, sie durch freundliche Überredung und sanftes Nachgeben aus der Welt zu schaffen. Wohl aber lassen sich mit zäher Ruhe und sachlicher Überlegenheit Richtwege für die beiderseitigen Interessen herstellen, die, wenn sie auch anfangs widerwillig begangen werden, doch eines Tages die Erfahrung reifen lassen, daß Deutsche und Polen ganz von selbst auf denselben Weg gelangen. Anders lassen sich dauerhafte freundliche Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern überhaupt nicht herstellen. Ich glaube darin, soweit ich an Ort und Stelle beobachten und mit den verantwortlichen Persönlichkeiten in Verbindung treten konnte, auch die Auffassung unserer Verwaltung in Polen zu erkennen. Es kann dabei nicht die Rede sein von einer übelangebrachten Nachgiebigkeit gegen die Polen, aber die Verwaltung erfüllt freilich auch nicht die Erwartungen derer, die den Polen aus ihrem ungestümen Drängen nach einem größerem Maß von Rechten und aus ihrer naiven Selbstüberschätzung in jedem Falle sofort ein Verbrechen machen wollen und verlangen, daß man ihnen bei jeder selbständigen Regung die Faust unter die Nase hält. Das wäre sehr töricht! Echte Staatskunst unterscheidet sehr genau zwischen einer festen und einer harten Hand.

Und noch eins! Die eifrigen Ratgeber aus der Entfernung, die die Verhältnisse entweder gar nicht kennen oder nach denen unserer Ostmarken beurteilen, scheinen sich nur ein unzureichendes Bild zu machen von der Demoralisation, Zerrüttung und Ver-

Digitized by Google

wirrung, die die russische Herrschaft hinterlassen hat, und andererseits von der verblüffenden und verwirrenden Umwälzung und Umkehrung alles Gewohnten, die für die Polen mit der Tätigkeit der deutschen Behörden begonnen hat. Es braucht Zeit, bis da alles in Gleichgewicht und Harmonie kommt. Die Russen haben dort so lange einen Berufsstand gegen den andern, ein Bekenntnis gegen das andere, eine soziale Schicht mit ihren wirtschaftlichen Interessen gegen die andere ausgespielt, daß es ein blaues Wunder wäre, wenn man schon jetzt aus einzelnen Stimmen eine feste, maßgebende Ansicht über Polens Zukunft herauserkennen könnte. Sehr genaue Kenner versichern, daß die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland immer entschiedener werde, dagegen die Einsicht von der Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland immer mehr durchbreche, beides auch bei denen, die ihr Herz im Grunde mehr zum slawischen Brüderchen im Osten als zu Deutschland zieht. Das mag richtig sein, aber wir werden gut tun, es ruhig und vorsichtig abzuwarten. Dieselbe Ruhe mögen wir aber auch bewahren, wenn wir die Äußerungen von Haß und Mißtrauen, die uns gelegentlich aus polnischen Stimmen des Königreichs entgegentönen, und die Stimmungen, die wir in einzelnen Unberechenbarkeiten und Seitensprüngen des polnischen Wesens zu erkennen glauben, ihrem Wert uud ihrer dauernden Wirkung nach einschätzen wollen. Was für heftige Meinungsverschiedenheiten gibt es auch bei uns, und wie würde das Bild manchmal aussehen, wenn wir das polnische Temperament hätten! Schließlich kommt es doch darauf an, worin die Polen ihren Vorteil sehen. Dementsprechend werden sie handeln. Um demgegenüber unsern eigenen Vorteil zu wahren, brauchen wir statt der heftig zufahrenden Nervosität, die von manchem empfohlen wird, — die genaue Kenntnis der Verhältnisse und eine sich darauf stützende ruhige Festigkeit. Dann wird es mit der Zeit schon gehen.

Die Benguella-Bahn und Deutschlands Zukunft in Zentralafrika

(Nach dem englischen Original aus „Overseas". Montagsausgabe des Überseе-Klubs und der patriotischen Vereinigung der Briten in Übersee von Robert Williams.)

In Heft 20 der „Deutschen Politik" hat Herr Hermann Weil in seinem Artikel „Dem Siege entgegen" auch die deutschen Friedensbedingungen erörtert und dabei die Herstellung eines großen Kolonialreiches in Zentralafrika durch Rückgabe von Kamerun und Ostafrika sowie Abtretung des französischen und belgischen Kongos verlangt. Er verzichtet also auf Deutsch-Südwestafrika und auf die auf dem afrikanischen Kontinent gelegenen portugiesischen Kolonien, insbesondere auf Angola und den nördlichen Teil von Mosambik. Ähnliche koloniale Kriegsziele hat der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, aufgestellt — seine koloniale Kriegs-

Digitized by Google

zielforderung unterscheidet sich von der Weilschen aber dadurch, daß er Britisch-Ostafrika, Uganda und die nördlich des Sambesi gelegenen Teile von Portugiesisch-Ostafrika, Nyassaland und die östliche Hälfte von Nord-Rhodesia verlangt. Auch er verzichtet also auf Angola, das im Gegensatz zu ihnen in derselben Nummer der „Deutschen Politik" der Geheime Hofrat Prof. Dr. Hans Meyer als einen der wichtigsten Teile der von uns zu verlangenden Kriegsentschädigung bezeichnet.

Wohin es führen würde, wenn Deutschland zwar Belgisch-Kongo mit dem Katanga-Bezirk, nicht aber Angola mit der Benguella-Eisenbahn erhielte, zeigen die nachstehenden Ausführungen von Robert Williams. Noch deutlicher werden diese Ausführungen, wenn man sie mit der im Verlage von H. Freytag & Berndt erschienenen Karte der neuen Grenzen von Mitteleuropa nach den Angaben des Freiherrn von Rechenberg oder vielmehr deren Nebenkarte des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika vergleicht. Sie zeigt deutlich, daß derjenige Katanga wirtschaftlich beherrschen wird, der über die Benguella-Eisenbahn verfügt.

Williams ist der Konzessionär der Benguella-Eisenbahn und Direktor der Tanganyika-Concessions-Ltd., die starke Interessen in Katanga haben.

„Der Bau der Benguella-Bahn war, wie so manche Bahn in Afrika, eine Folge der Entdeckung großer Mineralreichtümer, insbesondere von Kupfer im südlichen Teil des Kongo-Freistaates, gewöhnlich bekannt als Katanga. Die Geschichte der Entdeckung dieser erzreichen Gebiete ist zu lang, um sie hier wiederzugeben. Es mag genügen, zu sagen, daß gewisse Expeditionen unter der Führung des verstorbenen Mr. George Grey, Bruder von Sir Edward, erfolgreich waren in der Feststellung eines sehr ausgedehnten Kupfergürtels in Katanga.

In den folgenden Jahren hat arbeitsreiches Schürfen den Beweis erbracht, daß diese Gegend eine der bedeutendsten Mineralzonen der Welt ist. — Kupfer, Zinn, Gold, Platin, Kohle, Eisen und andere Minerale kommen in bemerkenswertem Reichtum vor, aber Kupfer übersteigt alles, und zwar in Mengen von einer staunenerregenden Größe. Auch das Vorkommen von Diamanten ist festgestellt worden. Um diese großen natürlichen Reichtümer, die in dem eigentlichen Herzen des dunklen Kontinents lagern, kommerziell ausbeuten zu können, war es von Anfang an klar, daß eine Eisenbahnverbindung mit der übrigen Welt hergestellt werden müßte.

Nur dadurch, daß man eine Bahn zu den Mineralschätzen heranführte, konnten sie dem Menschengeschlecht erschlossen und dem Quell der Zivilisation zugeführt werden, und die einzige Bahn war Rhodes' Kap—Kairo-Linie. Mein Freund Cecil Rhodes, auf dessen Aufforderung ich die Erforschung von Nord-Rhodesien unternommen habe, hatte versprochen, diese Linie vorzutreiben, wenn Mineralschätze von einigem Wert in dem Bezirk gefunden werden würden, den ich zu erforschen unternommen hatte. Und in der Tat, er bedurfte dringend der Entdeckung solcher Mineralschätze, um seine Bahn weiter nordwärts zu bringen. da ihm weitere finanzielle Unterstützung von seiten der britischen Regierung abgeschlagen worden war. Seine Bahn vorwärts zu bringen und immer tiefer in die Wildnis eindringen zu lassen, war selbst für Rhodes eine Unmöglichkeit, wenn es nicht möglich wurde, für den weiteren Verkehr eine Einnahme mit Sicherheit vorauszusehen.

Sein ursprünglicher Plan, die Linien nördlich über den Tanganjika-See und den Streifen des Kongo, der von König Leopold zur Unterstützung des Planes an England abgetreten war, vorzutreiben, wurde durch Deutschland durchkreuzt. Rhodes versuchte dann einen anderen Plan mit

Digitized by Google

König Leopold auszuarbeiten, kam aber nicht zum Ziel. Er wurde dann durch seine deutschen Freunde dazu gebracht, eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen, von der er mir aber sagte, sie sei unmöglich auszuführen. Die Vereinbarungen wären, wie er sich ausdrückte, „Wenn- und Aber-Vereinbarungen" gewesen, und als er sah, daß ich mit König Leopold mit Erfolg eine Minenkonzession abgeschlossen hatte und daß meine Leute große Mineralschätze entdeckt hatten, stimmte er mir sofort zu, daß die einzige praktische Linie nur nordwärts führen könnte, um den aus diesem Reichtum stammenden Handel anzuzapfen und den großen schiffbaren Kongo nutzbar zu machen.

Entdeckungen von Mineralschätzen, wie die Lager von Kimberley, the Rand und Rhodesia sind die Meilensteine gewesen, welche die Hauptlinie Schritt für Schritt nordwärts geführt hatten, den ganzen Weg entlang von Kapstadt bis Bulawayo, und Katanga sollte der nächste Meilenstein sein.

Auf Rhodes' Verlangen verhandelte ich wegen eines Vertrages mit König Leopold, welcher den Bau dieser Linie durch den Kongostaat vorsah und brachte den Vertrag zu Rhodes, nachdem er von König Leopold unterschrieben war. Ich bot Rhodes ebenso einen großen Teil unserer Minenrechte an, um ihn bei der Finanzierung seiner Bahnlinie bis zur Kongogrenze zu unterstützen. Aber siehe da! Sein Finanzfreund, der verstorbene Mr. Beit, der ihm bisher geholfen hatte, seine ganze Bahnlinie zu finanzieren, verlangte die Hälfte der Katangaminenschätze für die Rhodesische Eisenbahngesellschaft und, da das unmöglich war, wurde der Plan fallen gelassen. Rhodes war sehr enttäuscht und starb kurz nachher, jedoch nicht, ohne daß ich ihm vorher versprochen hatte, seine Bahnlinie nordwärts zu führen, ein Versprechen, welches ich wenige Jahre später mit König Leopolds Unterstützung ausführte. Die Bahnlinie wird bald Bukama am schiffbaren Kongoflusse erreichen, 2600 Meilen von Kapstadt entfernt. Sie geht durch den ganzen Kupfergürtel, und alle unsere Vorräte kommen über sie von Rhodesien her, wie Tausende von Tonnen Kupfer über sie nach Beira gehen. Und selbst wenn die Benguella-Bahn fertig sein wird, wird diese Linie einen anderen und wahrscheinlich noch größeren Handel haben wegen der größeren Ausdehnung der Kupferindustrie und durch den Handel von Lobito Bay her und nordwärts zum Kongo.

Ich war auf die Feindschaft deutscher Agenten gestoßen, als ich die Verhandlungen wegen der Kap—Kairo-Bahn mit König Leopold führte. Einer von ihnen war nach Brüssel gereist, „um eine Speiche in Williams Rad zu stecken", wie er sich ausdrückte. Dauernde Anforderungen waren ebenso an mich gestellt worden wegen eines großen Teiles unserer Mineninteressen als Entgelt für die finanzielle Unterstützung einer britischen Dampfschifflinie, ein Teil, den ich unmöglich bewilligen konnte, und so kam ich zu dem Schlusse, daß ich, um ein völliges Aufgesaugtwerden durch die Deutschen zu vermeiden, einen anderen Weg finden müßte, die Katangaminen zu erschließen. Ich studierte deswegen die Karte von Afrika, um eine Lösung zu finden, und diese brachte mir ein überraschendes Ergebnis. Ich fand, daß die alte Hochstraße des Sklavenhandels von Zentralafrika durch Angola über die Hochebene zwischen Katanga und Benguella führte und daß die gräßliche und unendliche Folge menschlicher Wesen, welche von den Sklavenjägern gefangen genommen und von ihnen gleich Vieh zur Küste getrieben worden waren, durch die Jahrhunderte hindurch mit ihren harten Füßen und selbst mit ihren Knochen den kürzesten, leichtesten und, wie man jetzt sieht, sparsamsten Weg von Katanga zur See und nach Europa bezeichnet hatten! (Lassen Sie mich im Vorbeigehen bemerken, daß unsere Eisenbahn diesen Sklavenhandel getötet hat, welcher Livingstone, Cameron und andere Vorkämpfer der Afrikaerforschung so betrübt hat.)

Indessen von vornherein ergab sich eine Schwierigkeit, und im ersten Augenblick erschien sie unüberwindlich. Benguella liegt an einer offenen Rhede, und Schiffe müssen laden oder ent-

Digitized by Google

laden mit Hilfe von Leichtern. Das ist eine kostspielige, schwierige und gefährliche Methode, die völlig ungeeignet ist für einen großen Verkehr. Als ich nun weitere Untersuchungen anstellte, fand ich, und man kann sich denken, mit welchem Entzücken, daß ungefähr 20 Meilen nördlich von Benguella ein großer landgeschützter Hafen lag, vollkommen gedeckt gegen alle Stürme. Das ist der nun als Lobito Bay bekannte Hafen. Es mag merkwürdig erscheinen, daß dieser glänzende Hafen nicht schon längst von den Portugiesen benutzt wurde, aber da sie sich zuerst in Benguella eingerichtet hatten, haben sie Lobito Bay vernachlässigt.

Eine kurze Beschreibung dieser bemerkenswerten Bucht oder Binnensee, wie man es nennen kann, mag hier am Platze sein.

Lobito Bay wird durch eine bemerkenswerte Sandbank, ungefähr drei Meilen lang, gebildet, welche parallel zu der tiefen felsigen Küste des Kontinents läuft, und durch ihr Ende ungefähr eine Meile von der Küste entfernt, einen prachtvollen natürlichen Hafen von tiefem Wasser mit einem Raum von ungefähr 4½ Quadratmeilen bildet. Diese Sandbank, welche eine durchschnittliche Breite von 400 Yards hat, mag am besten als ein Landarm beschrieben werden welcher eine lange Strecke Wasser umfaßt. Es ist der beste natürliche Hafen an der Westküste Afrikas, und erfahrene Seeleute haben ihn als „kaum seinesgleichen sonst in der Welt" beschrieben. Der Unterschied zwischen Ebbe und Flut beträgt nur ungefähr fünf Fuß, und die größten Fahrzeuge können in ihn zu jeder Zeit einlaufen. Er hat Platz genug, um der größten Flotte Ankerplatz zu geben. Eine wichtige Tatsache ist, daß die Sandbank an ihrer Innenseite sehr stark, im Verhältnis 2 : 1, abfällt, so daß Fahrzeuge bis zu ungefähr 10000 Tonnen an einer Werft anlegen können, die nur etwa 30 Fuß aus der Küste hervorragt.

Ich erkannte sofort, daß wir hier die richtige, sparsamste Linie von und nach Europa zu dem Gesamtinnern Afrikas gefunden hatten, insbesondere nach Kambove, dem Zentrum des Kupfergürtels. Das wird man sofort aus den folgenden Zahlen ersehen. Die Entfernung von London nach Kambove beträgt:

über Beira und Bulawayo	9514	Meilen
„ Daressalam	8937	„
„ Beira, Ayrshire und Broken Hill . . .	8850	„
„ Kapstadt	8480	„
„ Lobito Bay	5780	„

Das große Westtor des Kontinents war nun entdeckt. Es blieb nur übrig, es zu öffnen und für die ganze Welt in Bereitschaft zu setzen. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich für einen Augenblick bei der Vision mich aufhalte, die sich vor mir hier erhob. Hier in Lobito Bay war der schönste natürliche Hafen der ganzen Westküste von Afrika, 3000 Meilen näher zur See nach England hin als Beira an der Ostküste und 1500 Meilen näher als Kapstadt. Noch mehr! Diese weitläufige und vorzügliche Bucht war von der Natur bestimmt zum geborenen Endpunkt der großen natürlichen Hochstraße von Zentralafrika, einer Hochstraße, welche über eine gesunde Hochebene lief, von welcher die Zuflüsse des Sambesi nach Süden und des Kongo nach Norden abflossen; eine große ebene Wasserscheide, welche ungefähr ⅔ der Breite von Afrika durchzog, frei von der Tsetsefliege, ein vorzügliches Land für weiße Ansiedler, wo bereits einige Buren, die besten Beurteiler für gutes Viehzuchtland, sich niedergelassen hatten, nachdem sie Hunderte von Meilen in der Suche nach gutem Land umhergezogen waren; ein Land, über welches die landwirtschaftlichen Sachverständigen Frankreichs, Italiens und Deutschlands die besten Berichte veröffentlicht hatten; ein Land, welches zum größten Teil von freundlichen und fleißigen Eingeborenen bewohnt war; eine ideale Linie für eine kontinentale Bahn, bestimmt, in der nächsten Zukunft der Hauptfaktor in der Entwicklung Afrikas zu sein.

Digitized by Google

Es ist allgemein bekannt, daß im Jahre 1898 ein gemeinsames Abkommen zwischen Deutschland und unserer Regierung getroffen wurde, welches bestimmte Gebiete bezeichnete, in denen sie einander politisch nicht in die Quere kommen wollten, und Angola sollte in die deutsche Sphäre fallen. Die Portugiesen waren bei dieser Verabredung nicht beteiligt, und England war wie gewöhnlich durch die Teutonen geblufft worden. Deutschland hatte sich 1884 Südwestafrika gesichert, daraufhin Ostafrika als Ergebnis englischer diplomatischer Unkenntnis und krasser Torheit auf der einen Seite und der üblichen deutschen Falschheit auf der anderen Seite. Kein britischer Staatsman, von welcher Partei er auch sein mochte, scheint bisher fähig gewesen zu sein, mit dem deutschen Bluff fertig zu werden. Das hat das Ergebnis gehabt, daß Deutschland davon überzeugt war, daß es, soweit England in Frage käme, in Afrika alles, was es wollte, nehmen könne: Häfen, Bahnen, Angola (wozu es durch den Geheimvertrag bereits ein gewisses Recht hatte), den Kongo, d. h. tatsächlich alles oder jedes, was es wollte. Der Erwerb der Kontrolle der britischen Njassa-Kompagnie, einer Gesellschaft, welche eine portugiesische Gesellschaft kontrolliert, welche einen großen Hafen, die Bahn und andere Rechte nördlich des Sambesi hat, ist ein anderer Punkt in dieser Richtung.

Um diese Zeit etwa begannen als einen Teil ihres Planes die Deutschen Berichte in der Welt zu verbreiten, um die Kupferminen lächerlich zu machen, obwohl sie, wie ich später herausfand, über die ganze Tatsache genau unterrichtet waren und den Wert der Erze genau so gut wie meine Prüfer und Chemiker kannten. Als ich den wahren sparsamen Weg von Katanga durch Portugiesisch-Angola nach Lobito Bay gefunden hatte, was hatte ich nun zu tun, wie, um es kurz zu sagen, war ich in der Lage, allein ihn für meine Gesellschaft zu sichern?

Ich machte mich auf nach Lissabon im Herbst des Jahres 1902, und in der kürzesten Zeit, die man sich denken kann, d. h. in ungefähr einer Woche, kam ich von dort fort mit einer Konzession in der Tasche, die ordnungsgemäß unterzeichnet und gesiegelt war und durch welche mir das alleinige Recht gegeben wurde, eine Bahn von Lobito Bay nach Benguella über die zentrale Hochstraße zur Grenze des Kongofreistaates zu bauen, und ich hinterlegte bei der portugiesischen Regierung als Garantie für die Erfüllung meines Unternehmens die Summe von 100000 Pfund.

Ich hatte mir die Benguella-Konzession in meinem eigenen Namen verschafft ohne Kenntnis der übrigen Direktoren der Tanganjika-Gesellschaft mit Ausnahme eines einzigen, der auch der größte Anteilzeichner war. Warum tat ich dies? Weil die Anstrengungen Deutschlands und der Deutschen zu dieser Zeit für mich so klar wie Tageslicht waren und ich bestimmte Schritte zu tun gedachte, um ihre Agenten irre zu führen und ihre ehrgeizigen Pläne zu durchkreuzen. Indem ich ihre eigenen Methoden nachmachte und von ihren eigenen Methoden profitierte, war es für mich klar, daß Schnelligkeit und Geheimhaltung notwendig war, und indem ich die Konzession in meinem eigenen Namen erwarb und später meiner Gesellschaft übermittelte, sicherte ich mir diese für den Erfolg notwendigen Voraussetzungen.

In dieser Politik wurde ich unterstützt durch meinen größten Anteilzeichner, und ich hatte dem Finanzsekretär des Königs Leopold geschrieben, indem ich ihm die Notwendigkeit für die Erlangung der Benguella-Bahn-Konzession auseinandersetzte, und ihm die Vorteile beschrieb, die daraus entstehen würden, daß wir unsere eigene Bahn zur Küste haben würden.

Die Beweismittel, welche ich damals dem belgischen König unterbreitete, sind heute noch so zutreffend wie damals und es ist vielleicht wert, sie hier aufzuführen:

1. Diese Bahnlinie wird den Kupfergürtel befähigen, Herr seiner eigenen Bestimmung zu bleiben.

2. Nur die billige Route wird es ermöglichen, daß auch das weniger metallhaltige Erz erfolgreich abgebaut werden kann.

Digitized by Google

3. Die belgische Katanga-Bahn wird viel mehr einnehmen durch die längere Strecke zur portugiesischen, denn zur rhodesischen Grenze.

4. Es wird die zukünftige Hochstraße nach Zentral- und Südafrika sein, da die rhodesische Bahn gezwungen sein wird, sich später in Verbindung mit ihr zu setzen, um den nötigen Verkehr zu ihrem eigenen Unterhalt zu bekommen.

5. Es wird eine dauernde Freundschaft zwischen England, Belgien und Portugal besiegeln.

Kein britischer Diplomat erfuhr etwas von meinen Plänen, bis sie vollendet waren. Wären sie bekannt gewesen, so wäre es wahrscheinlich gewesen, daß ich keinen Erfolg erlebt hätte, da die englischen Diplomaten, liberal oder konservativ, in den letzten Jahren immer fürchteten, die deutsche Empfindlichkeit zu verletzen, und bestrebt waren, wenn möglich, große Landstücke auszuliefern, um unseren „teuren" (expensive) Freund, — so glaube ich, hat Lord Salisbury ihn genannt, — zu versöhnen.

Kaum aber war ich aus dieser Schwierigkeit heraus, als ich auf die Feindschaft Deutschlands selbst stieß. Ich war aus der „Bratpfanne ins Feuer" geraten, weil Deutschland Portugiesisch Angola bereits als reif für die eigene Besetzung vorgemerkt hatte. Ich erfuhr von portugiesischen Freunden, daß der deutsche Botschafter von seinem kaiserlichen Herrn lebhaft getadelt worden war, weil er die Vergebung dieser Konzession an mich nicht hatte verhindern können und daß er beinahe deswegen von seinem Posten abberufen worden wäre. Augenscheinlich hatte ich den wertvollsten Teil von Portugiesisch-Ostafrika für uns gesichert, gerade das Land, welches durch den bereits erwähnten Geheimvertrag zwischen England und Deutschland, von dem ich nun zuerst hörte, von uns beiseite gesetzt war.

Es ist sehr amüsant, daß, während die Diplomaten an ihren Plänen, Deutschland eine beherrschende Stellung in Zentral-Afrika zu geben, im geheimen arbeiteten, ich in Unkenntnis dieser Pläne gehandelt hatte, soweit, daß ihre Pläne zunichte wurden. Dies ist eine gute Sache, denn auf andere Weise würde Deutschland heute die Benguella-Bahn und den Hafen von Lobito besitzen. Es würde die Hochstraße nach Zentral- und Südafrika beherrschen und würde weiter die Kupferindustrie von Katanga in seiner hohlen Hand halten. Meine Konzession nahm den Kern aus der deutschen Nuß, da es klar ist, daß, weil Portugal bei dem Geheimabkommen nicht beteiligt war, — es würde mir ja sonst meine Konzession gar nicht gegeben haben, — dieses Geheimabkommen die Wirksamkeit meiner Konzession nicht berühren kann. Das erklärt auch die lebhaften Bemühungen, die nachträglich von Berliner Kapitalisten gemacht wurden, die Kontrolle über die Benguella-Bahn aufzukaufen. Sie sahen ein, daß der natürliche Hafen von Lobito Bay ein vorzüglicher Flottenstützpunkt sein würde, und daß das Recht, eine Bahn von hier nach der Hochebene Zentralafrikas zu bauen, wahrscheinlich eine noch wertvollere Konzession sei, als selbst die großen Kupferinteressen, die wir in Katanga erworben hatten. Denn die Bahn wird nicht nur den Minen dienen und ihnen ergiebiges Arbeiten selbst bei wenig ergiebigen Erzen ermöglichen, sondern sie wird auch, wie schon gesagt, die wichtigste Verbindung mit den bereits bestehenden Bahnen in Afrika ermöglichen und so den Handel von jedem Punkt des Innern anziehen. Ein kurzer Blick auf jede neuere Karte von Afrika wird dies ohne weiteres klar machen.

Es hat dann noch harte Kämpfe gekostet, die Bahn zu erhalten. Zu den mannigfachen Schwierigkeiten der Finanzierung kamen diejenigen eines solchen Ingenieurunternehmens von privater Quelle aus. Weder die englischen Banken noch der Staat haben jemals in der Vergangenheit einem Unternehmen wie diesem eine helfende Hand gereicht, so wichtig das auch vom Reichsgesichtspunkt aus sein mag. Ob nun in der Zukunft das Reich es sich leisten kann, zu erlauben, daß ein solches Unternehmen sinkt oder schwimmt oder in deutsche Hände fällt, ist, wie Mr. Kipling sagen wollte, eine „andere Geschichte". Immerhin das Schlimmste ist nun vorüber.

Digitized by Google

Eines Tages werde ich vielleicht noch erzählen, wie ich gekämpft habe, nur unterstützt von einigen Kollegen, Männern, welche — ich kann das in aller Klarheit sagen — ihre Liebe zu England über alle pekuniären Betrachtungen gesetzt haben, indem sie Millionen von den deutschen Banken zurückwiesen, welche bestrebt waren, die Kontrolle über diesen Lebensnerv des Reichs zu erlangen. Mit unablässiger Hingabe haben sie das Unternehmen fortgeführt, obwohl britische Staatsmänner zu schlafen schienen oder offensichtlich gleichgültig britischen Interessen gegenüber waren.

Der Krieg hat indessen selbst die schläfrigsten unter den politischen Schlafmützen erweckt, und ich bin der Überzeugung, daß wir nie wieder zu den alten schläfrigen Wegen und schlappen Methoden zurückkehren können. Die Benguella-Bahn, die eiserne Hochstraße durch und nach Zentral- und Südafrika hinein, ist durch britische Anteilzeichner kontrolliert, und das wird so bleiben, so lange ich es behüten mag.

Das ist in Kürze die Geschichte der Benguella-Bahn. Die härteste Arbeit, der Bau der Bahnlinie von Lobito Bay aufwärts auf das innere Hochplateau und über das Plateau zum nächsten Handelszentrum ist vollendet. Es fehlt nur noch eine kurze Spanne über leichtes Land, über welches die Schienen in dem Verhältnis von einer Meile auf den Tag gelegt werden können. Aber, obwohl die Linie noch nicht vollendet ist, hat sie bereits ein Einkommen, das in normalen Zeiten die Ausgabezinsen deckt. Die Zukunft ist gesichert, nichts kann es hindern, da es eine ökonomische Notwendigkeit darstellt und einem Weltwunsche entspricht. Ich hatte bereits gesagt, daß, soweit es an mir liegt, die Kontrolle der Benguella-Bahn in britischen Händen bleiben soll, und nur in diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort der Warnung aussprechen. Ich habe als Unterüberschrift zu diesem Artikel gewählt „Deutschlands Zukunft in Zentralafrika". Ich habe das getan, absichtlich, um die Aufmerksamkeit auf eine schleichende Gefahr hinzulenken, die Gefahr, daß Deutschland durch unterirdische Finanzoperationen, unterstützt durch Deutschfreunde in neutralen Ländern, einen gewaltigen Einfluß in manchen Teilen Afrikas und nicht zuletzt in Zentralafrika wiedergewinnen könnte.

Ich hoffe ernstlich, daß Deutschland keine Zukunft in Zentralafrika haben wird. Das würde die Ausschaltung englischen Einflusses bedeuten. Die Methoden der beiden Nationen können nicht nebeneinander bestehen. Sie sind einfach unvergleichbar und unversöhnlich; aber so lange das britische Gesellschaftsgesetz so ist, wie es ist, besteht eine tatsächliche Gefahr, daß die Finanzkontrolle britischer Gesellschaften in fremde Hände übergehen und daß Deutschland sich eine Zukunft in Afrika schaffen kann. Es ist eine von den Deutschen angenommene beliebte Methode, ihre Hände in die Industrien und den Handel der Welt zu stecken.

Es gibt Wege — wenn unsere Gesetzgebung den Rat solcher Menschen nicht verschmäht, die im Kampf gegen die deutsche Frage so lange Jahre gestanden haben — es gibt Wege, sage ich, durch welche der Übergang von der Kontrolle britischer Unternehmungen, insbesondere solcher von Wert für das Reich, verhütet werden kann. Aber das ist wieder eine andere Geschichte."

Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika

Von P. Peters

Wer die Fähigkeit eines Landes wie Amerika kennt, alle die eingewanderten Völker splitter zu einem großen Volke zusammenzuschweißen, so daß sie sich zuletzt wie ein Volk fühlen, und wem die allmächtige Macht der englischen Sprache und Schulen in Amerika nicht unbekannt sind, dem wird von selbst die Frage nach den

Digitized by Google

Triebkräften des Deutschtums in Amerika aufsteigen, die es zuwege gebracht haben, daß sich die deutsche Sprache und deutsches Wesen drei Generationen lang erhalten haben; und zwar nicht nur unter den Gebildeten, sondern auch unter dem einfachen Volke, sogar in den westlichen Staaten Nordamerikas, die in den letzten 50 Jahren nur wenig auf Einwanderer rechnen durften. Diese Frage wird noch mehr eine Antwort erheischen, wenn man sich erinnert, daß der Deutsche selbst in seinem eigenen Vaterlande als solcher galt, der im Auslande nichts eiligeres zu tun hatte, als sich Sprache und Sitten des Auslandes anzueignen und sich seiner Muttersprache möglichst schnell zu entledigen. Und hätte er dies nie getan. Die englische Sprache nagt dennoch drüben unablässig am Lebensnerv des Deutschtums, auch da, wo man ihr keinen sichtbaren Vorschub leistet. Sie dringt in die Häuser ein, wie der Staub der Straße, und ehe man es sich versieht, hat sie die Herrschaft an sich gerissen. Es wäre eine Sache für sich, zu zeigen, wie und auf welche Weise das Englische überhand zu nehmen vermag. Uns soll in diesem Artikel nur die Frage beschäftigen, welche Kräfte es sind, die ihm erfolgreich zu widerstehen vermocht haben und ob sie ihm heute noch Widerstand leisten können. Die Beantwortung dieser Frage wird sich nicht etwa mit dem bloßen Hinweis auf das Zusammenleben der Deutschen in Städten und auf dem Lande, womit dem schnellen Untergang einer Sprache vorgebeugt ist, begnügen. Denn uns ist es nicht um die Frage zu tun: wie hat sich das Deutschtum erhalten, sondern wie hat es sich in einer so einzigartigen und wunderbaren Art — wovon noch die Rede sein soll — gegenüber dem mächtigen Strom aller englischen Kultur und Kräfte erhalten, so daß nicht nur von einem Erhalten, sondern von einem Wachstum die Rede sein muß. Will man diese starken Triebkräfte des Deutschtums in Amerika bis auf ihren Ursprung verfolgen, so muß man es sich gefallen lassen, etwas von der amerikanischen Kirchengeschichte kennen zu lernen, die uns zu dem stärksten Hort des Deutschtums zu führen vermag.

Wenn uns von einem zurückkehrenden Reisenden mitgeteilt worden ist, er habe dort, wo er die größte Frömmigkeit angetroffen habe, das lebendigste Deutschtum gefunden, so ist die Beobachtung schon richtig, die Frömmigkeit ist aber nicht als Grund hierfür anzusehen. Sie war und ist nur das Gefäß, das die deutsche Sprache und deutsches Denken am treuesten aufbewahrt hat, fortgepflanzt hat sie aber nie. Zwar kam dem Deutschen gerade dort, wo er seinem Gotte dienen wollte, noch einmal ganz deutlich zum Bewußtsein, welches seine Muttersprache sei; auch hat er dann auf einen deutschen Gottesdienst Gewicht gelegt. Aber diese deutschen Gottesdienste haben das deutsche Wesen nicht gerettet, geschweige denn gefördert. Die Kirchen, von denen die deutsche Sprache bloß im Gottesdienst gepflegt wurde, haben weder dem Deutschtum, noch ihrem Kirchenwesen auf die Dauer genützt. Die Generation, die heute solche Kirchen besucht, kann die deutsche Predigt nur noch verstehen, spricht aber schon lange kein Deutsch mehr und fordert einen englischen Gottesdienst, falls die Macht der Gewohnheit nach einem deutschen Gottesdienst sich nicht allzu stark erweist.

Digitized by Google

Nicht die Frömmigkeit oder der Gottesdienst, sondern die Kirche, die ihre Lehre durch Unterricht und Schriften auf ihre Mitglieder zu übertragen befleißigte, muß einerseits als kräftiges Mittel zur Förderung des Deutschtums angesehen werden. In diesem Zusammenhang soll vor allem der katholischen Kirche Erwähnung getan werden. Sie hat den Deutschen, die sie zu den ihrigen zählte, im Hinblick auf ihre Muttersprache jegliches Entgegenkommen gezeigt, und hat nicht nur deutsche Gottesdienste, sondern vor allem deutsche Gemeindeschulen ins Leben gerufen. Sie ließ ihre heranwachsende Jugend nicht ausschließlich die öffentlichen Schulen besuchen, sondern verlangte, daß sie wenigstens zwei Jahre lang, bis zur Konfirmation, ihre Ausbildung in der Kirchenschule empfingen, während viele schon von dem ersten Schuljahre an diese Schulen besuchten. In diesen wurde und wird das Deutsche in gleichem Maße wie das Englische gelehrt, so daß das Deutsche, das die Zöglinge zu Hause gelernt hatten, in der Schule weiter gepflegt wurde, die meisten unter ihnen daher bis zu ihrem vierzehnten Lebensjahre fließend Deutsch sprechen konnten. Besuchten sie dagegen ausschließlich die öffentlichen Schulen, waren sie in kurzer Zeit der deutschen Sprache nicht mehr mächtig, die sie doch ihre Muttersprache nennen mußten. Hiermit erreichte die katholische Kirche also nicht nur ihren Zweck, ihre Mitglieder an sich zu ketten, sondern auf diese indirekte Weise belebte sie das Deutschtum immer wieder von neuem. Dafür werden ihr alle Deutschen Dank wissen. Ohne ihrem Wirken Abbruch tun zu wollen, muß aber darauf hingewiesen werden, daß dieser Weg, das Deutschtum zu fördern, als indirekter Weg kein vollkommen zuverlässiger ist. Die katholische Kirche ist international und wird darum nicht aus irgendeiner Vorliebe für das Deutschtum die deutsche Sprache in ihren Gottesdiensten und Schulen einführen. Anders steht es mit der großen deutsch-lutherischen Kirche in Amerika, die das Luthertum, und damit zugleich das Deutschtum tief in den amerikanischen Boden eingepflanzt hat.

Ein Blick auf die Deutschlutheraner im Westen belehrt uns, warum diesem Kirchenkörper vor allem der Ruf zukommt, das Deutschtum um des Deutschtums willen gefördert zu haben. Gleich in ihrem Anfangsstadium waren diese deutschen Auswanderer, die um ihres Bekenntnisses willen mit ihrem Vaterlande gebrochen hatten, im fremden Lande aber auch von ihrem Geistlichen verlassen waren, auf die Schriften Luthers angewiesen, an Hand derer sie sich zu einer lutherischen Gemeinschaft zusammenschlossen, die sich über den weiten Westen der Vereinigten Staaten gleichsam als eine zweite Reformation Luthers verbreitete. Ihrem Lebensretter dankte sie mit der Losung: Luther und die Bekenntnisschriften. Und Luther wurde gelesen und studiert wie noch nie zuvor. Nicht nur unter den Theologen, sondern der Bauer, der hinter seinem Pfluge herging, kannte oft seinen Luther besser als sein Pastor. Es blieb aber nicht nur beim Studium des einzelnen. Genau dasselbe Interesse, das die katholische Kirche leitete, ihren Nachkommen das so geschätzte geistliche

Digitized by Google

Gut zu übertragen, beseelte ebenfalls diese Lutheraner, ihre eigenen Schulen zu gründen. Luther war es wiederum, der sie auf den Wert christlicher Gemeindeschulen hinwies. Ihres Luthers und ihres Bekenntnisses wegen nahmen diese Deutschen ihre Kinder aus den religionslosen englischen Schulen und sorgten selbst für den Unterricht ihrer Kinder. Daß diese Gemeindeschulen ganz unter dem Zeichen des Luthertums standen und stehen, ist eben auf den Ursprung dieser Kirche zurückzuführen. Vor allem wurden Luthers Bibelübersetzung und sein Kleiner Katechismus geradezu auswendig gelernt, und welch ein Stück Deutschtums in dieser herrlichen Bibel steckt, wird ein jeder Kenner wissen. In eben demselben Maße wurden aber auch die Schüler in die Sagen- und Geschichtswelt, das Alltagsleben der Deutschen eingeführt. Obwohl die englische Literatur nicht weniger gelesen wurde, kann ich mir die englischen Erzählungen beim besten Willen nicht mehr ins Gedächtnis zurückrufen, solch überwiegenden Eindruck machten die deutschen Erzählungen auf das Knabengemüt. Mathematik und Geographie, um nur die hauptsächlichsten Fächer herauszugreifen, wurden englisch unterrichtet, um den Schülern das Weiterlernen an englischen Schulen nicht zu erschweren. In Gegenden aber, wo das Englische von außen her keinen besonderen Druck ausübte, wird der Unterricht sich ganz deutsch gestaltet haben. Daß diese Schulen zuletzt den Ruf, deutsche Schulen zu sein, erhielten, läßt sich denken. Ob sie das als Lob oder Tadel anzusehen haben, ist eine Frage für sich; uns genügt es zu wissen, wie sehr das Deutsche in diesen Schulen durch den Nachdruck, der auf einen gründlichen lutherischen Religionsunterricht gelegt wird, überhand nahm. Hier können wir in der Tat von einem Fortschritt des Deutschtums gegenüber den englischen Schulen sprechen. — Es blieb aber nicht nur bei einzelnen wenigen Schulen. Große Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit wurde von den Gemeinden gezeigt. Eine Gemeinde von 75 Familien ließ es sich nicht nehmen, auch die Kosten einer Schule und Lehrkraft zu bestreiten und, falls die Zahl der Gemeindemitglieder zu klein war, um das nötige Geld aufzubringen, wurde wenigstens auf einen deutschen Unterricht während der Sommermonate Wert gelegt. Daß diese Schulen und Kirchen wiederum Seminare benötigten, wo die eigenen Prediger und Lehrer ausgebildet werden konnten, soll nur erwähnt sein. Selbst die einzelnen Familien standen unter dem Bann dieser ganzen Bewegung, indem durch Biographien großer Kirchenmänner und sonstigen Schriften deutsches Leben, deutsche Art ihren Einfluß geltend machten. Nicht das Bild Washingtons, sondern das Bild Luthers findet man darum in diesen Häusern. Überhaupt lag durch Luther mit seiner Reformation der Kirche und der Sprache der Kern des Deutschtums vor diesen Gemeinden stets aufgedeckt, von dem auch jeder Deutsche, soll ihm nicht ein wesentliches Stück seines Deutschtums entgehen, zehren muß.

Dies Verhältnis zwischen Lutheranern und Luther hat an Innigkeit zugenommen, indem man vielfach in dem deutschen Luther, — es gibt auch einen englisch über-

Digitized by Google

setzten — die Bürgschaft für die Fortdauer des wahren Luthertums sieht. Der deutsche Luther und das Luthertum sind für viele zwei gleiche Begriffe geworden. Sie behaupten: das Luthertum wurzele nun einmal in den deutschen Schriften Luthers. Sobald man den englischen Luther vor sich hat, fühlt man nicht mehr die Pulsader des Luthertums schlagen. Und es wird dabei auf die Geschichte hingewiesen, die uns belehren soll, daß alle englisch denkenden und redenden Völker das Luthertum niemals angenommen haben. England hat zwar die Reformation zuerst durch Sendboten und Schüler Luthers kennen gelernt, ist dennoch in seiner Reformation eigene Wege gegangen. Und was vor allem in die Wagschale für ihre Behauptungen fallen soll: die Lutheraner im Osten Amerikas, die in ihrer Mehrzahl eine englische Kirche geworden sind, seien doch nicht mehr volle Lutheraner, die Luther eingehend im Original studieren und ihm infolgedessen volles Verständnis entgegenbringen könnten. Das Englische begnüge sich auch nach der oberflächlichen amerikanischen Art damit, den Kindern fast den ganzen Bibelunterricht in den Sonntagsschulen, die nur einmal wöchentlich stattfinden, zu bieten, während die Gemeindeschulen seit dem Überhandnehmen des Englischen eingegangen seien. Für das Luthertum aber wäre es darum besser, wenn es in der deutschen Sprache gepredigt würde. Nur dadurch würde das echte Luthertum erhalten bleiben. Wieweit dieser Gedankengang den Tatsachen entspricht, soll hier nicht untersucht werden. Diese Ausführung geschah nur, um die innige Verbindung des Deutschtums mit dem Luthertum in Amerika zu zeigen. Nicht nur die Anhänglichkeit an Luther, sondern die Unzertrennlichkeit des deutschen Luthers vom Luthertum, die in der ersten Zeit gar nicht in Frage kam, nun aber, seitdem das Englische sich immer mehr geltend gemacht hat, zu einer viel besprochenen Frage geworden ist, haben das Deutschtum im Luthertum erhalten und mächtig gefördert.

Wo man aber auch in diesen Kreisen die Abhängigkeit des Luthertums vom deutschen Luther nicht anerkennen will, leistet man nicht Verzicht auf das Original-Luthertum und damit — es sei wiederholt — auf das Deutschtum. Die ganze deutsch-lutherische Kirche des Westens ist in Wahrheit eine lutherische Kirche, die geschichtlich und aus der Gegenwart betrachtet, ihre Wurzeln in Luther und den Bekenntnisschriften hat. Auch behauptet sie, der eigentliche Hort des Luthertums zu sein. Diese Stellungnahme soll hervorgehoben werden, weil sie zugleich eine Bürgschaft für das Fortleben des Deutschtums ist. Die lutherische Kirche des Ostens hat nie in dem Maße das Bewußtsein gehabt, ihr Entstehen und ihr Fortleben Luther zu verdanken und ist darum eine englische Kirche geworden. Diese enge Gemeinschaft mit Luther hat aber die deutsch-lutherische Kirche des Westens. Man wird darum, menschlicher Voraussicht nach, auf lange Zeit bestrebt sein — auch wenn die Gemeinden schon englisch geworden sind, was wohl nicht ausbleiben wird, — aus dem deutschen Luther zu schöpfen und damit wird fortdauernd ein starkes deutsches Element erhalten, und von Geschlecht zu Geschlecht übertragen.

Digitized by Google

Notizen

Ein Mahnwort an die Regierung. Im letzten Hefte der „Preußischen Jahrbücher" ist eine Erklärung führender Männer der Geisteswelt veröffentlicht, die mit großer Energie die Notwendigkeit des raschen Zugreifens in der Frage der inneren Neuorientierung betont, wie es der Artikel „Die Stunde drängt" unseres Herausgebers Dr. Paul Rohrbach in der vorigen Nummer bereits tat. Da außer ihm noch Dr. Thimme, der speziell in unserer Zeitschrift die innerpolitischen Fragen behandelt, zu den Unterzeichnern gehört, ist es wohl nicht nötig, in längeren Ausführungen zu betonen, daß wir auf dem Boden dieser Ausführungen stehen. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der Kaiserlichen Osterbotschaft zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen müßten, ob überhaupt die Osterbotschaft nach Abschluß des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen wird. Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben, daß die Regierung dem Landtag unverzüglich eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht fordert und daß die Regierung auch selbst dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.

Professor Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Emil Fischer, Wirklicher Geheimer Rat Ad. von Harnack, Wirklicher Geh. Rat Professor Friedrich Meinecke, Professor Walter Nernst, Dr. Paul Rohrbach, Dr. Friedrich Thimme, Professor Ernst Troeltsch."

Mitteleuropa heißt eine neue Wochenschrift des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa, die von den Reichstagsmitgliedern Dr. Friedrich Naumann, Freiherr von Rechenberg, Dr. Eugen Schiffer und Robert Schmidt herausgegeben wird. Je eine Vertreter der beiden liberalen Parteien, des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei haben sich zusammengetan und ein Organ geschaffen, das sie in den Stand setzt, die deutsche Öffentlichkeit über die Probleme von Mitteleuropa zu unterrichten. Da wir hoffen, in der nächsten Zeit von einem der führenden Geister dieser Bewegung einen Artikel zu dieser Frage in unserer Zeitschrift bringen zu können, begnügen wir uns heute damit, diese Neuerscheinung zu begrüßen und aus dem ersten Artikel, den Friedrich Naumann, der Vater dieser Bewegung, in ihr veröffentlicht hat, folgende Sätze hier nachzudrucken: „Eine alte Erfahrung besagt, daß eine richtige Behandlung der zentralen Angelegenheiten alle Außenfragen unendlich erleichtert. Der gegenwärtige Zustand der mitteleuropäischen Entwicklung aber ist das Herumdoktern an Außendingen bei Vermeidung der Kernfragen. Soll man das Unbehilflichkeit nennen oder Schüchternheit oder welchen schönen Namen habt ihr dafür? Die Völker müssen wissen, ob es einen Zweck hat, daß sie gegenseitig für einander hungern und sterben. Wenn man es ihnen nicht in festen Linien vor Augen hält, warum wir so viel gegenseitige Haftbarkeit auf uns nehmen, dann bleibt der Krieg wie etwas Schattenhaftes für die Menge des Volkes. Die Zweikaisererklärung für Mitteleuropa ist fällig, ist dringend nötig. Einzelheiten kann man später abmachen, aber der Grund muß gelegt werden. Wozu haben wir Staatsmänner, wenn nicht für dieses historische Werk?"

Rußland und der Krieg. Eine sehr offenherzige Darstellung der Verhältnisse in Rußland gibt Rothey Reynolds in „Daily News" vom 13. Juni: „Die russische Revolution hat der

Digitized by Google

Unterhaltung zwischen Rußland und den Alliierten eine neue Note zugefügt: Die der Aufrichtigkeit. Bevor die Revolution kam, waren die Russen sehr besorgt, keine öffentliche Äußerung durchzulassen, die als eine Kritik der Verbündeten hätte gedeutet werden können. Sie lobten unsere guten Eigenschaften und übergingen unsere Fehler mit Schweigen. Rußlands reaktionäre Zeitungen, die vor dem Krieg gegen England sehr feindlich waren, wechselten den Ton und sangen unser Lob. In England wurden alle Erörterungen über das russische Regierungssystem mit Kriegsausbruch abgebrochen.

Die russische Revolution hat diesen Zustand geändert; wie sie ja überhaupt sehr viel geändert hat. Jetzt spricht man in Rußland über England und Frankreich mit einer Offenheit, die erstaunlich wirkt, nach den Liebenswürdigkeiten, die bisher für die Unterhaltungen der Verbündeten charakteristisch waren. Die Haltung einzelner unserer Zeitungen gegenüber Rußland war weniger überlegt als während der 2½ Jahre eingelernter Höflichkeit. Die neue Lage kann wirklich verglichen werden mit der Lage einer höflichen Gesellschaft, in die ein Mensch kommt, der erklärt, daß er ein einfacher Mann ist und genau das sagt, was er denkt. Die Russen sagen wenigstens ganz genau, was sie denken. In ihren neuen Zeitungen „Prawda", „Rabot. Gas", „Now. Shisn" und anderen erklären sie klipp und klar, daß sie England und Frankreich nicht als wirklich demokratische Länder betrachten, sondern als Kapitalistenstaaten. Deshalb darf man sich auch nicht wundern, Bemerkungen wie die folgende zu finden: „Würden die Völker Europas von einem vollen Siege Englands über Deutschland viel gewinnen, oder würden sie am Ende vom Regen in die Traufe kommen?"

Es wäre nun ganz falsch zu glauben, daß diese Worte aus Deutschfreundlichkeit geschrieben sind, sondern sie entspringen lediglich den Wünschen der Petersburger Demokraten. Der Hauptwunsch der Russen ist, den Krieg zu beenden und Europa in Zukunft vor dem Krieg zu bewahren. Sie sind der Ansicht, daß in vieler Beziehung die englische und französische Bourgeoisie nicht besser ist „als die deutsche und erklären uns, daß wir nach ihrer Ansicht in gewissen Dingen absolut nicht als Demokraten gezeigt hätten. So protestieren sie gegen das Kriegsprogramm des Vierverbandes vom Dezember letzten Jahres. Sie nennen es ein Eroberungsprogramm und verlangen, daß das Programm des Zaren, Miljukows, Briands und Lloyd Georges vernichtet wird. Sie erklären auch, daß sie nicht gewillt sind zu kämpfen, damit England Mesopotamien erhalten kann. Rußland ist das Land der Ideale."

Gewiß ist es für England bedeutsam, daß Rußland sich nicht für ein englisches Mesopotamien schlagen will, für Deutschland aber ist es nicht minder wichtig zu erklären, daß eine Gegnerschaft gegen Englands imperialistische Ziele noch lange nicht, wie manche deutsche Blätter es darzustellen lieben — Deutschfreundlichkeit bedeutet. Vor diesem Irrtum kann nicht oft genug gewarnt werden.

Neuerscheinungen

Unsere Feinde und wir

Wir nehmen den Titel der heutigen Überschrift aus einem Buch des Oberregierungsrats Karl Georg Negenborn (Verlag Siegismund, Berlin, M. 1.—). Ton und Inhalt dieser Schrift waren symptomatisch für die Kriegsliteratur des ersten Kriegsjahres: alle Schuld liegt auf Seiten der Feinde; Eroberung und Vernichtung sind ihre Ziele; weil ein Staat Macht sein muß, erstreben wir einen ehrenvollen Frieden, d. h. ein „größeres und glücklicheres Deutschland". Auch der Kriegsvortrag des Realgymnasialdirektors E. Mackel „Warum sind die Deutschen so verhaßt?" (Westermann, Braunschweig 1915) gehört zu diesen Nachzüglern aus dem ersten Kriegsjahr. „Jetzt müssen wir im Gefühl unseres eigenen Rechts ruhig und gelassen vorwärtssehen und -schreiten. Zu Worten ist jetzt keine Zeit. Jetzt heißt es handeln. Jeder gute Schlag, den wir tun, sichert uns nicht nur unser Dasein, er ist auch gerechte Strafe für alle die, die uns jetzt den Leib töten wollen, nachdem sie uns die Seele in den Augen der Welt schon getötet haben. Wir wollen kämpfen und dabei denken, daß wir deutsche Frömmigkeit, deutsche

Digitized by Google

Innerlichkeit, deutsches Pflichtgefühl, deutsches Gemütsleben, deutsche Treue, deutsches Familienleben, das deutsche Weihnachtsfest, das deutsche Wandern, das deutsche Turnen, das deutsche Lied, die deutsche Freude am Vogelgesang und an Blumenpracht der Welt zu erhalten haben. Wenn aber Gott uns beisteht und wir dann den Platz einnehmen, der uns durch unsere Friedens- und Kulturarbeit zukommt, dann wollen wir der ganzen uns jetzt so verkennenden Welt zeigen, wer und wie wir sind, die wahren Schirmherren der Freiheit, des Rechts, der Gleichberechtigung und des Friedens der Völker." Um noch einige weitere Nachzügler zu nennen: Dr. Ritter-Winterstetten übernimmt für Österreich in der Schrift „Österreichs Rechnung mit England" (Strache, Warnsdorf 1917, M. —.80) die Formel des Grafen Ernst zu Reventlow: „Der englische Vampyr hat auch an unserer Kraft und unserem Blute sich angesaugt und uns oft genug Schaden angetan und Schande antun wollen. Auch wir haben daher hundertfache Ursache, mit aller Überzeugung und mit todesmutiger Entschlossenheit neben unserem herrlichen Bundesgenossen den Entscheidungskampf durchzukämpfen: für die Befreiung der Welt von ihrem furchtbarsten, von rücksichtslosester Selbstsucht und Grausamkeit erfüllten, völkermordenden Tyrannen!" Auch die Beurteiler des eigenen und fremden Kulturlebens sind noch nicht immer frei von nationalistischer Voreingenommenheit. So kommen Schiefheiten heraus, wie in den „flüchtigen zehn Kapiteln zur europäischen Literatur" von H. Hatzfeld („Von Freund und Feind", Hans Sachs-Verlag, München, M. 1.50), einem Büchlein, das neben der „Kulturprovinz" der Provence dem Geiste des mittelalterlichen Italien so gerecht wird. Er sagt da zum Beispiel von England: „Alles Unenglische, gegen das die Engländer revoltieren, oder vor dem sie sich knirschend beugen, ist im Prinzip ein Andersdenken, ein Anderswollen als dasjenige, an das der Durchschnitt gewöhnt ist. Durchschnitt ist und bleibt in England die Parole. Jeder Engländer hat in der Hauptsache die nämliche Weltanschauung, die nämliche Bildung. Die Geister, die diese Fessel zu sprengen versuchen, bleiben als individuelle Erscheinungen beachtenswert." Gilt das nur für England? Nur Vorteile, die der Anteil Amerikas am Weltkriege bringt, sieht Spiridion Gopčević („Amerikas Rolle im Weltkriege", B. Elischer Nachf., Leipzig.) „Die amerikanische Kriegserklärung wird wahrscheinlich ebenso zu Deutschlands Vorteil ausgehen wie der hinterlistige Angriff Italiens und Rumäniens den Österreichern und Deutschen nur Vorteile brachte, trotzdem darüber auch damals unsere Miesmacher ein Wehgeschrei angestimmt hatten. Unser Volk, schreibt Herr Spiridion Gopčević, täte also gut, die Sachlage und die Aussichten eines Krieges mit Amerika richtig einzuschätzen und sich nicht beunruhigen zu lassen. Hat doch Bismarck seinerzeit mit Recht gesagt: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!" Man wird also hoffentlich heute nicht so weit sinken, zu sagen: „Wir Deutschen fürchten sonst die ganze gegen uns verbündete Welt nicht — wohl aber Amerika!" Und deshalb zweifle ich nicht, daß die Deutschen auch fernerhin mit Überzeugung singen können: „Lieb Vaterland magst ruhig sein!" Neutrale läßt eine Schrift „Amerika ohne Maske" (Rembrandt-Verlag, Oberweimar) gegen Amerika und Wilson, die imperialistischen Bestrebungen Amerikas, die Mißgriffe und Mängel Wilsons sprechen.

Glücklicherweise melden sich diese Helden der Phrase und gespreizter Selbstherrlichkeit nur noch vereinzelt zum Wort. Man wird daraus schließen dürfen, daß es nicht mehr von vielen gehört wird. Schriftsteller und Schriften, die die Wahrheit suchen, scheinen nicht mehr die stillen Wege der Einzelbetrachtungen zu gehen, sondern, wenn man aus der mehr und mehr anwachsenden Zahl ihrer Schriften schließen darf, in die Breite zu wirken. Den deutschen Standpunkt, auf dem wir allmählich auch im Schrifttum wieder anzulangen hoffen, hat Graf Ernst zu Reventlow in seiner Vorrede zu der soeben erschienenen zweiten Auflage des schnell bekannt gewordenen Buches von Homer Lea „Des Britischen Reiches Schicksalsstunde" (E. S. Mittler, Berlin 1917, M. 6.—) klassisch formuliert: „Wir Deutsche haben eine Eigenschaft, welche den meisten anderen Völkern abgeht, nämlich diejenige unparteiischer und sachlicher Würdigung einer Leistung, auch wenn ihr Zweck unser Verderben, auch wenn ihr Geist uns feindlich ist." Wie Graf zu Reventlow aus deutscher Gesinnung heraus auch das Recht unserer Anteilnahme an Homer Lea aus der „merkwürdigen und bisweilen dichterisch anklingenden Kraft der inneren Anschauung" des Amerikaners ableitet; daraus, „daß die großen Ereignisse und Völkerschicksale der Geschichte bis heute in ihm lebendig sind, daß man fühlt, wie sie ihn auf ihm lasten". Wir lassen die Hinweise auf die Schriften folgen, die, von diesem Standpunkt aus gesehen, um „innere Anschauung", sich bemühen:

Vereinigte Staaten: Amerikas Verhalten im Krieg vermag richtiger, als es aus der Tagesmeinung heraus geschehen kann, zu beurteilen, wer die kleine Schrift von Bratter „Die Staatenbildung in der nordamerikanischen Union" (Berlin, Grote), liest. Es ist wohl richtig, weist B. nach, daß die amerikanischen geschichtlichen Traditionen anti-englisch sind. „Wenn trotz dieser Einsicht, trotz aller Erfahrungen die erdrückende Mehrheit des amerikanischen Volkes und alle seine Führer in diesem Weltringen sich an die Seite Englands stellen, so kann man die Erklärung dafür nur in der Geschichte der amerikanischen Staatengründung finden. In jenen Jahren ist das

Digitized by Google

kulturelle britische Reis so tief in den Boden Amerikas gesenkt worden, daß seine Wurzeln unausrottbar sind. Kein Sturm, keine Kälte, keine sonstigen Einflüsse können den Stamm, der jenem Reis entsprossen ist, entwurzeln. Diese geschichtliche Tatsache löst das Rätsel, vor welchem wir jetzt kopfschüttelnd stehen." Die Schrift von Joseph Danziger „Erlebnis aus dem Schmelztiegel der Völker" (Kiepenheuer, Weimar), die wie ein spannender Völkerroman das Aufgehen des Deutschen im amerikanischen Volkskörper schildert, gibt dieser Auffassung recht. Sie kommt zu demselben Ergebnis der überragenden Vorherrschaft des Angelsachsentums: „Fünfundzwanzig Millionen Deutsche jenseits des Ozeans, kampffähig und willig, doch verstreut und unvereint, fühlen den Mangel eines klugen, machtvollen Willens und einer treuen Hand, die den drohenden Untergang ihres Deutschtums abwendet." Vor Verstiegenheiten warnt auch die Schrift von S. Hellmann „Deutschland und Amerika" (Dunker & Humblot, München 1917). Er versucht nicht „den amerikanischen Druck" durch einen Wortrausch illusorisch zu machen, sondern sieht die Lage so: „In weiter Ferne erhebt sich vor uns die Möglichkeit eines dauernden engeren Zusammenschlusses der Union mit dem britischen Weltreich, der Entstehung eines panangelsächsischen Bundesstaatensystems, in dem dann freilich der Schwerpunkt der Entscheidung nicht mehr in London, sondern in Washington liegen und für das Alt-England eines Tages nur noch eine gewaltige Inselfestung darstellen würde, von der aus Amerika Europa in Schach hält. Es ist nicht gesagt, daß es so kommen muß, aber die Möglichkeit ist nicht abzustreiten. Jedenfalls aber haben wir auch nach dem Kriege mit der Fortdauer des Gegensatzes zu England zu rechnen, und er wird durch den zu Amerika verschärft sein. Suchen wir nach Stützen gegenüber dieser angelsächsischen Gefahr, so scheidet Frankreich aus. Selbst wenn es stärker wäre, als es tatsächlich ist und nach dem Kriege noch sein kann, müßte es als mindestens unsicherer Posten, wenn nicht als dauernd feindlich außer Ansatz bleiben. Müssen wir aber schon mit der Front nach Westen stehen, so ist es notwendig, daß wir wenigstens nach Osten hin Deckung suchen. Wie sich die Verhältnisse in Rußland gestalten werden, vermag im Augenblick freilich niemand vorauszusagen. Bleibt die Monarchie nicht nur als eine Schattenmonarchie erhalten, dann ist wohl die Möglichkeit eines erträglichen Verhältnisses vorhanden; behält die Herrschaft das liberale Bürgertum, so haben wir trotz der russischen Niederlagen mit einer Neubelebung des Panslawismus und einer aggressiven Politik zu rechnen; entsteht endlich eine sozialistische Republik, so können Ereignisse eintreten, deren Tragweite für den ganzen Erdteil überhaupt nicht auszudenken sind. Jedenfalls ist es angesichts dieser Probleme mindestens gewagt, wenn man davon träumt, große slawische Gebiete von Rußland loszureißen und zu germanisieren, ganz davon zu schweigen, daß in der Zeit des Dampfpfluges, der Säe- und Erntemaschine die Besiedelung weiter Landstriche mit Kleinbauern wie eine romantische Seltsamkeit anmutet, und daß Polen und Litauer weder nach der russischen noch der deutschen Bureaukratie Verlangen tragen, im Zweifelsfalle aber die erstere vorziehen, weil sie bestechlich ist und durch ihre Maschen schlüpfen läßt. Der einzige Gesichtspunkt, der uns beim Abschluß des künftigen Friedens mit Rußland leiten darf, ist der militärische; was für unsere und unserer Bundesgenossen Sicherung unbedingt notwendig ist, muß erlangt werden, darüber hinaus aber ist weder für die Gedanken der alten Wochenblattspartei noch für historische Sentimentalitäten oder gar Rücksichten auf uferlose Balkanpläne von irgendeiner Seite ein Platz; niemals dürfen wir uns dadurch zu Forderungen verleiten lassen, die uns auf die Dauer in unversöhnlichen Gegensatz zu Rußland bringen. Amerika gegenüber aber ist Japan der sicherste Posten in unserer Rechnung." „Wenn wir in großen überseeischen Gegensätzen ein Gegengewicht gegen den amerikanischen Druck suchen, so müssen wir uns allerdings vor dem Schlagwort ‚Entscheidungskampf' hüten. Wir dürfen nicht erwarten, daß in absehbarer Zeit im fernen Osten ein Kampf entbrennt, der eine Last von uns nimmt. So schnell arbeitet die Geschichte nicht." „Der Zustand des Gleichgewichtes im Stillen Ozean, der amerikanische Kräfte bindet, ist dasjenige, was wir wünschen müssen. Will freilich Deutschland die Früchte dieser Situation pflücken, so braucht es dazu zweierlei: einmal eine geschickte Diplomatie, wie sich der Deutsche (nicht nur der Berufsdiplomat) überhaupt nach dem Kriege die Fähigkeit anzüchten muß, Fremde zu behandeln und fremde Eigentümlichkeiten und Empfindlichkeiten zu schonen. Dann aber den unerschütterlichen Willen, die Aufgabe zu erfüllen, die uns so gut wie Angelsachsen, Slawen und Mongolen geworden ist."

England: „Indien, seine Bedeutung für Großbritannien, Deutschland und die Zukunft der Welt" untersucht Graf Ernst zu Reventlow (E. S. Mittler, Berlin 1917, M. 2.—), wie in allen angelsächsischen Fragen sachkundig und auf Grund weitschichtigen Materials aus Geschichte, Wirtschaft und Politik und unter dem Aspekt, der sich im Kriege herausgestellt hat: daß die großbritannischen Staatsmänner es verstanden haben, bei aller Lässigkeit in äußerer Form die inneren Zusammenhänge mit den Kolonien stark und vollkommen zuverlässig und im Kriegsfalle selbsttätig arbeitend zu gestalten; daß mit dem Kriege das Britische Reich, Mutterland und Kolonien, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich als ein Ganzes und dem Deutschen Reich als ein einziger, fest zusammengeschlossener Feind ent-

Digitized by Google

gegentraten; daß das angelsächsische über den ganzen Erdball reichende Genossenschaftsgefühl, die Überzeugung von der unbedingten Solidarität des Angelsachsentums sich in überraschender Weise gezeigt hat und manche Vermutungen und Berechnungen, denen man sich in Deutschland gern hingab, sich als unrichtig erwiesen.

Rußland: Karl Nötzel untersucht die Grundlagen des geistigen Rußland. (Eugen Diederichs, Jena. M. 7.—.) Bei aller Sympathie für den russischen Bauer kommt der Verfasser auf Grund langjähriger Studien in Rußland zu einem ablehnenden Urteil über den Großrussen. Die beiden Wurzeln des Großrussentums: Byzantinertum und Mongolentum und ihr Sprößling, geistige Unfreiheit, unter deren Einfluß sich die Russen aus der Wirklichkeit in die religiöse Mystik oder einen schrankenlosen Subjektivismus hineingeflüchtet haben, werden schonungslos aufgedeckt. Bilder des Jammers und rohester Gesinnung sind die Berichte der Abordnungen der amerikanischen Gesandtschaft in Petersburg über die Besichtigung der deutschen Gefangenenlager in Rußland. (Füßli, Zürich M. —.80.) Das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rußland in neuerer Zeit wird von Rizoff, dem bulgarischen Gesandten in Berlin, dargestellt. In der Einschätzung der breiten russischen Volksmassen, in der Frage Krieg oder Frieden können wir ihm nicht folgen. Die schroffe Ablehnung, die ihm Maxim Gorki auf sein Angebot der Vermittlung eines Separatfriedens hat zuteil werden lassen, ist Beweis dafür, daß auch dieser gute Beobachter Rußlands die russische Psyche nicht restlos erkannt hat; sonst hätte er sich die Ablage dieses russischen Dichters und Freiheitsmannes voraussagen müssen. Im Augenblick, wo jeder Russe sich am Gefühl berauscht, endgültig ein vollgültiger Genosse der westlichen Demokratien geworden zu sein, die Möglichkeit eines Abspringens Rußlands vom Bündnis in Rechnung zu stellen, ist für eine russische Mentalität völlig undenkbar.

Frankreich: Verzerrt und fanatisch sind die von J. Kühn zu einem Bändchen „Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung" (E. Diederichs, Jena, M. 1.50) vereinigten Skizzen, mit denen die Führer des französischen Geisteslebens zu Deutschland und dem Deutschtum Stellung nehmen. Ein dunkles Kapitel von der Blindheit, mit der der Überpatriotische sich selber schlägt. Ein Zeichen für die Verheerung des Krieges, das kommende Geschlechter warnen kann. Dieses Frankreich hat kein Recht, den Satz: „Es lebe über alles die Gerechtigkeit, die Freiheit in dieser Welt" dem Wunsche gleichzusetzen: Es lebe Frankreich!

Belgien: Carl Hampes wissenschaftlich ruhiges kleines Buch „Belgiens Vergangenheit und Gegenwart" erscheint bereits in der zweiten (umgearbeiteten und erweiterten) Auflage (B. G. Teubner, Leipzig, M. 2.—). Die Erweiterung gilt vor allem der vlämischen Bewegung und der Vorgeschichte des Krieges. Im übrigen geht die Kulturarbeit für Belgien weiter: Der Münchener Kunsthistoriker Hugo Kehrer ist während seines Aufenthaltes als Offizier in Antwerpen der künstlerischen Vergangenheit der Stadt nachgegangen und gibt aus seinen Eindrücken einen anregenden Führer durch die Kunststätten Antwerpens („Altantwerpen", H. Schmidt, München, geb. M. 3.50). Die Reden zur Übergabe und Wiedereröffnung der vlämischen Hochschule in Gent (20., 21. und 24. Oktober 1916) erscheinen in schönem Druck gesammelt in der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart, geh. M. 1.60. Die Gesellschaft zur Pflege der deutsch-vlämischen Beziehungen gibt ihre erste Schrift, eine Würdigung Hendrik Conscience, durch Franz Jostes heraus (M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag, 80 Pfg.).

Griechenland: Durch die jüngsten Ereignisse in Griechenland werden auch die literarischen deutschen Bemühungen um die Griechen in Görlitz in besonderes Licht gerückt. Die „Görlitzer Nachrichten" haben bekanntlich eine griechische Ausgabe veranstaltet, in der den Verhältnissen in Griechenland ein besonders breiter Raum gewidmet wird. Zum griechischen Nationalfest wurde eine besondere Festnummer hergestellt, zu Neujahr ein Kriegskalender, der griechische Nationalhymnus wurde gedruckt. (Alles im Verlag der „Görlitzer Nachrichten".)

Balkan: Das Buch von Ernst v. Hesse-Wartegg „Die Balkanstaaten und ihre Völker" (Fr. Pustet, Regensburg, M. 4,80) läßt den Krieg draußen. Es erzählt von den Ländern und Völkern der Balkanhalbinsel, von dem Leben in den Städten und auf dem Land, von friedlicher Arbeit und von den Aussichten der Zukunft, denen der Krieg vielerorts so rasch und so gründlich ein verändertes Gesicht gegeben hat.

Türkei: Für die Türkei bringt der Verlag B. G. Teubner, Leipzig (der, wie die Titelblätter zeigen, seinem Zweighause in Berlin ein zweites Haus in Konstantinopel an die Seite gestellt hat), zwei ausgezeichnete Handbücher heraus. Das eine ist ein Auskunftsbuch für den „Handel mit der Türkei" von H. W. Schmidt. In der Form eines kurzen Nachschlagebuches wird in der präzisen, zuverlässigen, übersichtlichen Form alles Wesentliche für den Aufenthalt und den Verkehr mit der Türkei zusammengestellt. Eine Ergänzung ist das türkische Sprachenbuch von W. Padel für die Bedürfnisse des täglichen und beruflichen Lebens. (M. 4.—.) Auch da liefert die deutsche Methodik der Spracherlernung ein wechselseitiges, klares und zielsicheres Hilfsmittel.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg.
D. Inland Krem

2. Jahrgang • 20. Juli 1917 • Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Keine Selbsttäuschungen!

Von Dr. Paul Rohrbach

Die große Umwandlung unserer inneren Verhältnisse ist Tatsache, und soweit sie noch im Gange ist, lassen sich die Linien des Fortschreitens unwiderruflich erkennen. Das alte Preußen, das Preußen des Dreiklassenwahlrechts, ist nicht mehr. Was man mit einem Schlagwort den Junkerstaat genannt hat, das wird jetzt abgetragen und wird nicht wieder aufgebaut werden. Es mag länger dauern, als manche meinen, bis das alte System in Regierung und Verwaltung seinen vollen Abschied nimmt. Aber den Abschied selbst schenkt ihm niemand. Viele ehrliche Männer sehen darin Unheil; es wird ihnen nichts übrig bleiben, als sich zu überzeugen, daß auch das neue Preußen keinen Sturz in den politischen Abgrund tun wird. Sie sehen jetzt schwarz in die Zukunft; wenn sie eine Weile gewartet haben, werden sie sehen, daß es hell genug tagt!

Auch im Reich, so unklar in vielem noch sein mag, wie die verstärkte Mitarbeit der Parlamentarier in der Regierung mit der Stellung des Bundesrats und dem Widerspruch mancher Einzelstaaten gegen Reichsministerien sich ausgleichen wird, ist die Demokratisierung im Gange und kann nicht wieder rückwärts entwickelt werden. Man nenne es ruhig Demokratisierung, obwohl auch das ein Schlagwort ist wie Junkertum und dergleichen, nicht besser und nicht schlechter. Man weiß, was gemeint ist; die es wollen, wissen es, und die es nicht wollen, wissen es erst recht. Sehr glaublich, daß mancher Reichstagpolitiker sich zunächst etwas wunderbar als Minister, Staatssekretär oder Unterstaatssekretär vorkommen wird; sehr glaublich, daß er merkwürdige Dinge mit der ihm plötzlich „nachgeordneten" Bureaukratie erleben und manche Stunde durchmachen wird, bei der ihm der Wunsch kommt: Ach, wäre sie erst vorüber! Ein Ministerium gibt es sogar, in dem man die Bureaukratie, so wenig glänzend sie sich auch gerade hier gezeigt hat, noch eine Weile wird allein lassen müssen. Das ist das Auswärtige Amt. Es war früher einmal von einem parlamentarischen Beirat für dieses Amt die Rede. Das war ein unmöglicher Gedanke, denn man kann weder

Digitized by Google

das Wissen um die Geschäfte der auswärtigen Politik, noch die Verantwortlichkeit für sie zwischen dem Amt und einem Beirat teilen. Die Geschäfte des Amts sind zum Teil nicht so geführt worden, wie sie hätten geführt werden sollen, vor dem Kriege und während des Krieges, aber die Summe der Kenntnis alles Geschehenen liegt nun einmal im Amt, und es gibt niemanden im Reichstag, der sich zutrauen könnte, hier ohne weiteres die Zügel zu ergreifen. An dieser Stelle rächt es sich, daß die Reichstagsabgeordneten es alle miteinander bisher zufrieden gewesen sind, in der auswärtigen Politik Dilettanten zu bleiben, und viele nicht einmal das. Über Einzelfragen gibt es gute Spezialisten im Reichstag; über das auswärtige Ganze hat überhaupt nur ein Abgeordneter (von Anbeginn des Reichstags an), der Freiherr von Hertling, sprechen können. Was sonst auftrat, mußte doch viel Nachsicht in Anspruch nehmen.

Auch das Reichskanzleramt wird nach den Ereignissen der jetzt von uns durchlebten Tage nicht mehr dasselbe sein wie früher. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist der Feindschaft zahlloser Gegner gewichen, von denen vielleicht kein einziger imstande war, ihn richtig zu beurteilen. So mancher aber wird sich in der Stille gestanden haben, daß die eigentlich Verantwortlichen, die, um deretwillen der Kanzler die Geschäfte des Reichs nicht mehr weiter bis zum Frieden und darüber hinaus führen sollte — — — doch darüber wird zu reden sein, wenn Friede ist — wie über so vieles, worüber jetzt geschwiegen werden muß, oder besser geschwiegen wird.

Nur eins wird sich über dem Vielen, was sich mit Deutschland ändert, sicher nicht ändern, und das ist die Feindschaft derer, die Deutschland zu Boden drücken wollen — ganz gleich, ob es cäsaristisch und militaristisch oder demokratisch und zu einem „Verständigungsfrieden" bereit ist. Die guten Leute, die da glauben, mit der innerpolitischen Umwandlung schon etwas Entscheidendes in der Frage von Krieg und Frieden erreicht zu haben oder demnächst zu erreichen, die könnten leicht eine große Enttäuschung erleben, und es wäre für sie und für Deutschland besser, man machte diese Erfahrung, wenn sie einmal kommen muß, so bald wie möglich. Sicher gibt es in den feindlichen Ländern auch Friedensfreunde, aber was bedeuten sie, und namentlich: was bedeuten diejenigen unter ihnen, die imstande sind, ein Deutschland zu ertragen, das sich nach dem Kriege wieder kräftig an die ihm gebührende Stelle unter den Weltvölkern setzt?

Unsere Sozialdemokraten und sonstigen Pazifisten wissen viel zu wenig von der brutalen Entschlossenheit, namentlich in England, bei Gelegenheit dieses Krieges die Gefahr auf immer zu beseitigen, daß ein anderes Volk an die englische „Suprematie" auf den Meeren, d. h. in der Welt, rühre. England sieht heute, daß Frankreich verblutet ist, Rußland auf unbestimmte Zeit in innere Wirren gestürzt, Italien (falls es überhaupt nötig ist, von diesem zu reden) ohnmächtig. Einen besseren Stand der Dinge als diesen kann sich England in Europa gar nicht wünschen — namentlich wenn nun auch noch Deutschland besiegt werden kann. Die einzige für England pein-

Digitized by Google

liche Begleiterscheinung wäre in diesem Falle nur die unvermeidliche starke Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Man weiß ja, wie erstaunt die Amerikaner waren, als sie bei ihrem Eintritt in den Krieg nach und nach erfuhren, wie nahe England samt seinen Bundesgenossen bereits dem Ende seiner Kräfte gewesen war. Für derart notwendig hatte selbst Wilson sein rettendes Eingreifen noch nicht gehalten. England weiß also, daß, wenn es daran denkt, den Krieg bis zum Siege fortzuführen, der Sieg, wenn er überhaupt kommen sollte, nur von Wilsons Gnade käme. Das bedeutet eine gewisse Aufforderung an England, sich die Fortführung des Krieges im gegenwärtigen Augenblick zu überlegen, aber es ist trotzdem unwahrscheinlich, daß die herrschende Kriegspartei bei der Gemütsverfassung, in die sie einmal geraten ist, wegen solcher Erwägungen der Hoffnung entsagen wird, Deutschland „niederzuwerfen". Auch in Frankreich spielen die Poincaré und Genossen um Kopf und Kragen, und ihr Kopf wird nicht festsitzen, wenn sie eines Tages gestehen müssen: wir sind am Ende! Was Rußland endlich angeht, so haben ja die Bemühungen um den Sonderfrieden schließlich den Erfolg gehabt, der ihnen bei soviel Ausdauer nicht versagt bleiben konnte, und die Russen haben sich überzeugen lassen, daß es uns schlecht gehen müsse. Ihnen diese Überzeugung zu nehmen und wieder die gegenteilige beizubringen, wird ein mühsameres Geschäft sein, als es die Offerten in Sonderfriedensmustern waren.

Es ist also zu erwarten, daß die harmlosen Leute, die mit der „Demokratisierung" Deutschlands nun schon Friedensluft auf allen Seiten wittern, eines besseren belehrt werden, und das wird für unser Volk gut sein. Wenn der neue Reichskanzler gesagt hat, der Wille zur Einigkeit müsse wieder ein maßgebender Faktor unserer Politik werden, so ist das ein notwendiger und guter Wunsch, aber soll er erfüllt werden, so kann nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, die Hoffnung im Grunde doch kaum auf etwas anderem beruhen, als darauf, daß die Feinde die nötige Erziehungsarbeit an uns besorgen werden.

Das, worauf wir uns jetzt im Innern einzurichten haben, ist der nächste Winterfeldzug — und es wäre besser gewesen, man hätte bei unserem Volke und bei unseren Bundesgenossen von Anfang an dafür gesorgt, daß diese Notwendigkeit nicht den Beigeschmack der Enttäuschung bekommt. Auch Herr von Bethmann Hollweg ist als Reichskanzler der Täuschung darüber erlegen, was eigentlich der U-Bootkrieg wirken werde, wie lange es bis zum Eintritt der Wirkung dauern würde und was daraufhin zu wagen und nicht zu wagen sei. Man kann ja sagen, wenn niemand in der Regierung imstande war, hier klar zu sehen — war es dann trotzdem vom Reichskanzler zu verlangen? Gleichviel; die Autorität in dieser Frage ist und bleibt allein bei der obersten Heeresleitung und es muß durchgehalten werden. In dem bisherigen Reichskanzler aber scheidet ein Mann, der zwar zu langsamen Entschlusses und zu bedenklichen Gemüts für eine solche Zeit und eine solche Stellung war, dessen Opfer aber

Digitized by Google

verlangt wird, damit andere, die vorher auch nicht klüger waren, an der Stelle von neuem anfangen können, wo er aufhören mußte.

Von dem neuen Reichskanzler wird gesagt, er sei ein Mann von ausgesprochen religiösem Sinn — von so ausgesprochenem, daß ihm der Rahmen der offiziellen Kirchlichkeit für seine Person nicht zusage. Wer unser Landeskirchentum kennt, wird zunächst geneigt sein, in einer derartigen Haltung zugleich den Beweis kirchlicher Frömmigkeit und ein Zeichen entschlossener Verantwortungsbereitschaft zu sehen. Die den Kirchen aus Religion selbständig gegenüberstehen, pflegen auch sonst nicht viel Umschweife zu machen, wo ihre Überzeugung ins Spiel kommt. Was zu wünschen übrig bleibt, ist, daß der Kanzler Michaelis auch den Blick haben möge, seine Mitarbeiter zu wählen, denn er selbst wird sich darüber im klaren sein, daß Vieles im Reichskanzleramt ihm noch eine fremde Welt ist.

Ein Erbe, das nicht gut ist, tritt in der auswärtigen Politik der Nachfolger Herrn v. Bethmann Hollwegs auf jeden Fall an, und mit ihm der neue Leiter des Auswärtigen Amts. Das ist die Summe von Fehlern, die aus ungenügender Kenntnis der geistigen Verfassung des Auslandes während dieses Krieges entstand. Unser Verfahren in bezug auf Rußland, auf England und auf Amerika bietet dafür gleich starke Belege. Verantwortlich für das Übel ist im einzelnen kein Reichskanzler, kein Staats- oder Unterstaatssekretär; verantwortlich ist unser System der politisch-diplomatischen Auslandsschulung, das von 1914 bis 1917 vor aller Augen sein Jena erlitten hat. Ein Engländer, Norman Angell, sagte schon am Anfang des Krieges: „Wenn man die Irrtümer der preußischen Diplomatie und Regierung betrachtet, so wird man finden, daß die meisten davon hervorgerufen sind durch das vollkommene Unvermögen der Preußen, sich in andere Leute hineinzudenken (this absolute incapacity of the Prussian to put himself in the other man's shoes"). Das ist hart und feindselig gesagt, wie es der Feind zu tun pflegt. Es steckt aber soviel Wahres darin, daß wir, auch wenn wir an den Frieden denken, den uns schließlich hinter allem unsere und unserer Bundesgenossen Kraft und Ausdauer zum gemeinsamen Segen doch schaffen wird, als aufrichtigsten und heißesten unserer Wünsche den neuen Männern diesen entgegenrufen möchten: Möge endlich jene politische „Schuh"-Psychologie zur Beherzigung kommen, damit nicht die späteren Enttäuschungen schlimmer werden, als die ersten schon waren!

Mitteleuropa-Sorgen

Von Dr. Friedrich Naumann, M. d. R.

Wenn jetzt in den Tagen der deutschen Staatskrisis viel von Versäumnissen einer zu langsam sich entschließenden Regierung die Rede war, so können wir diese Vorwürfe nur sehr teilweise für berechtigt halten. Man soll nicht ohne weiteres Vor-

Digitized by Google

ſicht und Abwägen mit Willensſchwäche verwechſeln! In einer Hinſicht aber hat tatſächlich das rechtzeitige Erfaſſen der günſtigen Lage gefehlt, nämlich in der Herſtellung der ſtaatsrechtlichen Grundlagen von Mitteleuropa. Schon muß man fürchten, daß es für wichtige Schritte zu ſpät geworden iſt, ſicher aber liegt vor Augen, daß heute die Einleitung von Staatsverträgen, die als Grundlegung einer Geſchichtsperiode betrachtet werden können, weit ſchwerer ſein wird, als es in den erſten Kriegsjahren der Fall war.

Durch die Verhandlungen der beiden Häuſer des öſterreichiſchen Reichsrates iſt offenkundig geworden, wie ſchwer die inneren Probleme Öſterreichs ſind. Es iſt formell feſtgeſtellt worden, daß eine nichtdeutſche parlamentariſche Mehrheit unter Umſtänden als geſchloſſene Macht auftreten kann. Ob es richtig war, ſolche Umſtände herbeizuführen, geht uns hier nichts an, denn das Geſchehene läßt ſich nicht wegwiſchen. Auch iſt ſehr fraglich, ob die Amneſtierung der tſchechiſchen Führer, die bei Kriegsſchluß als ein verſöhnendes Werk gegolten hätte, jetzt während des Krieges zur Erleichterung der Nationalitätsbeziehungen beiträgt. Der öſterreichiſche Staat wird zur Zeit von einem Übergangsminiſterium geleitet, das kaum geneigt und in der Lage ſein wird, einen Staatsakt erſter Ordnung vorzubereiten, da es eben nur als Proviſorium eingeſetzt wurde.

Auch in Ungarn iſt die Gegenwart ſo ſehr mit innerpolitiſchem Stoffe angefüllt, daß es ſchwer iſt, die Ohren für etwas andres zu öffnen als für Krieg und Wahlrecht. Solange Graf Tiſza den Staat lenkte, wußten wir, daß er dem mitteleuropäiſchen Bündnis nicht ohne ſtarke Bedenken und Bedingungen gegenüberſtand, aber wir durften annehmen, daß eine Form der Staatsverträge, bei der die Selbſtändigkeit der ungariſchen Staatlichkeit in keiner Weiſe berührt worden wäre, für ein feſtgeleitetes Ungarn nicht unmöglich war. Jetzt ſind zum Teil entſchiedenere Freunde des mitteleuropäiſchen Gedankens in die Regierung gelangt, die Regierung ſelbſt aber konnte noch nicht zu ſicherer Ruhe kommen, da ſie mit einem ſchweren Probleme zugleich geboren wurde.

Während der mitteleuropäiſche Vertrag als Abſchluß und Ausklang der Lebensarbeit von Kaiſer Franz Joſeph ein Teſtament von unvergänglichem und einzigartigem Werte geworden und allen beteiligten Nationen als heiliges Vermächtnis erſchienen wäre, wird er nun ein Beſtandteil des noch unüberſehbaren Neubaues der Doppelmonarchie. Das erhöht die politiſchen Hemmniſſe beträchtlich und gefährdet den Erfolg. Zu erlangen war der Vertrag ſchon 1915. Darüber aber öffentlich zu reden, iſt zurzeit nicht angebracht, weil die Akten nicht vorliegen.

Selbſtverſtändlich konnten ſich die beiden mitteleuropäiſchen Reiche und die in ihnen enthaltenen Staaten nur dann bündnismäßig vereinigen, wenn ſie ſich über die Hauptfragen ihrer beiderſeitigen Intereſſen in den Grundlinien verſtändigten. Das will beſagen, daß man grundſätzliche Klarheit über Polen, Balkan und

Digitized by Google

Handelspolitik herstellen mußte, soweit das bei fortdauerndem Kriege möglich war. Hier liegen die Punkte der Versäumnis. Um im gemeinsamen Kriege den Verhandlungsstoff auf das möglichst kleinste Maß zu beschränken, wurden Angelegenheiten, die nicht unmittelbar dringend erschienen, hinausgeschoben, absichtlich übersehen, mit Handbewegungen abgetan, als ob man sie jederzeit noch in derselben Weise wieder aufnehmen könnte. Das letztere war der Irrtum. Am Verlauf der polnischen Angelegenheiten sieht schon alle Welt, welche Folgen das Nichtvorhandensein einer durchgearbeiteten mitteleuropäischen Verständigung gehabt hat: die Zweikaiserproklamation vom 5. November 1916 war ein mitteleuropäischer Akt ohne mitteleuropäischen Hintergrund! Ähnliches wird noch mehr geschehen, wenn die bisherige Methode fortgesetzt wird. Zur gemeinsamen weltgeschichtlichen Arbeit gehört vertragsmäßige Zusammenschließung der Zentralstellen.

Nun ist zu dem allen auch noch die innerdeutsche Regierungskrisis gekommen und verwickelt den Ablauf der mitteleuropäischen Vereinigungsbestrebungen noch mehr, indem sie auch bei uns eine Zeitspanne herbeiführt, in der die Geister nichts anderes sehen als den Krieg und den Streit um die Regierung. Unsere Verhältnisse gleichen infolge der neuesten Vorkommnisse in gewisser Weise denen in Ungarn und Österreich: die Neuorientierung marschiert und verhindert zunächst die Klarheit bundesgenossenschaftlicher Handlungen. Wir wollen es nicht beklagen, denn es war nötig, daß Deutschlands innere Entwicklung einen merkbaren Ruck vorwärts machte, aber auch bei geänderten Regierungsmethoden bleiben die weltpolitischen und mitteleuropäischen Probleme bestehen und verlangen, daß man sich mit ihnen beschäftigt.

Indem die deutsche Regierungskrisis von einer Kundgebung des Friedenswillens im Sinne eines Verständigungsfriedens ausging, wirkte sie sachlich als Annäherung der reichsdeutschen an die österreichisch-ungarische Auffassung. Nachdem Österreich und Ungarn mit uns in waffenbrüderlicher Treue den für sie nicht leichten Entschluß des verschärften Unterseebootkrieges gefaßt haben und seine Folgen auf sich nehmen, sind wir nun unsererseits bereit, ihre Wünsche hinsichtlich der Methode der Friedensanbahnung mehr als bisher in unsere Rechnung einzusetzen. Damit ist wieder freiere Bahn für mitteleuropäisches Handeln geschaffen. Dieser Zeitpunkt darf nicht nochmals versäumt werden, wenn nicht alle Beteiligten Schaden leiden sollen. Trotz der von uns dargelegten Hemmungen, die in allen drei Staaten vorhanden sind, muß die sachliche Notwendigkeit, jetzt endlich feste Verbindungen zu gestalten, an der Spree wie in den Hauptstädten der Donau eingesehen werden, denn gerade dann, wenn unsere gemeinsamen Friedensbestrebungen irgendwelchen Erfolg haben, wenn man beginnt, das blutige Unheil zu entwirren, wird es für jeden weiteren Schritt von erster und wichtigster Bedeutung sein, ob es eine mitteleuropäische Gemeinsamkeit gibt oder nicht. Gehen wir als getrennte Staaten in die Friedensverhandlungen hinein, so werden wir in ihnen vermutlich oder möglicherweise auseinandergerissen. Um

Digitized by Google

es nochmals zu sagen: Wenn die Mitteleuropäer kein gemeinsames Programm über die Aufrichtung des polnischen Staates mitbringen, so werden schon dadurch unsere Gegner zu Schiedsrichtern über eine der allerwichtigsten mitteleuropäischen Angelegenheiten. Und was machen die Bulgaren, wenn sie nicht wissen, was sie von Berlin, Wien und Budapest zu erwarten haben? Lassen sich neue weltwirtschaftliche Beziehungen anknüpfen, wenn bei uns die handelspolitischen Konferenzen der mitteleuropäischen Delegierten von Monat zu Monat verschoben werden? Wer fühlt hier die Verantwortung? Wer hat hier einen Willen?

Indem ich das alles mit ernster Eindringlichkeit auszusprechen suche, kämpfe ich nicht um eine besondere Form der mitteleuropäischen Idee, sondern nur um den politischen Grundgedanken selbst. Alles einzelne unterliegt dem Gange der kommenden Verhandlungen. Diese selbst aber müssen, sollen jetzt mit allem Pflichtbewußtsein begonnen werden. Es ist schon hohe Zeit geworden. Das sollen Staatsleiter und Volksvertreter sich vergegenwärtigen!

Das österreichische Problem

Von Richard Bahr

Es ist beschämend, mit welcher vollendeten Urteilslosigkeit die österreichischen Dinge in einem großen Teil unserer Presse behandelt werden. Da dehnt sich an unserer Südgrenze von West nach Ost ein Land, in das wir selber mit 8 bis 10 Millionen unserer Stammesgenossen hineinreichen. Die siedeln überwiegend auf uraltem, deutschen Volksboden, älterem vielfach, als die Reichsbürger von heute, und stellen, wie immer man an das Problem herantreten mag, ein nationales Kapitel dar, das in Zeitläuften, die doch nun einmal, ob's uns behagt oder als Irrtum erscheint, am tiefsten nach wie vor von völkischen Fragen bewegt werden, aufmerksamster Beachtung, sorgfältigster Pflege, wirksamster Unterstützung würdig wäre. In führenden Blättern aber — und zwar in Blättern aller Parteischattierungen — wird über sie und den Staat, in dem ihnen zu leben und zu wirken bestimmt ist, nicht viel anders berichtet als über die Zustände in Paraguay und Guatemala. Die Verhältnisse sind verwickelt, häufig unerquicklich und erfordern zu ihrer Erkenntnis eindringendes Studium. Schon das ist für viele ein Grund, die Beschäftigung mit ihnen weit von sich zu schieben. Andere glauben sich mit ihnen abzufinden, indem sie über diese Unbehaglichkeiten wie einen Segensspruch die nachgerade etwas abgestandene Formel von der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten" murmeln. Oder aber sie gehen flugs zum Angriff über und brandmarken, was sie nicht verstehen und auch gar nicht verstehen wollen, als alldeutsches Gemächte, das uns die wertvolle Freundschaft von Tschechen und Südslawen kosten könne. Und Tag für Tag liest man so den selben Unsinn, der die paar Leute, die bei uns in Deutschland diese Dinge kennen,

Digitized by Google

empört und unsere Stammesbrüder, die einzigen Freunde nebenbei, die wir neben den Magyaren in der Monarchie haben, beleidigt. Feuilletonschreiber, die sich mit bedenklichem Erfolg für ihren ohnehin überladenen Stil auf dem Balkan herumtrieben, werden nach einem kurzem Lehrkursus in Budapest auf Österreich losgelassen und fallen nun jedem Einspänner, jedem wurzellosen Kaffeehausschwätzer, jeder offiziösen Einflüsterung zum Opfer. Leute, die selbst allen völkischen Empfindens entraten, sitzen kaltschnäuzig und hochmütig über Männer und Erscheinungen zu Gericht, die sich doch nur aus solchem Empfinden heraus begreifen lassen. Und schädigen, indem sie hergebrachte Parteilehren, Vorurteile, Neigungen und Abneigungen auf die so durchaus anders gearteten Verhältnisse übertragen, zumeist ohne es zu wollen, sicher ohne es zu ahnen, mit der Gesamtnation auch die Interessen der eigenen Reichsgemeinschaft.

In den Tagen, da dieser fürchterliche Krieg auch den Heimgebliebenen noch ein erschütterndes, innerlich aufwühlendes Erlebnis war, haben die Enthusiastischen unter uns wohl gemeint: wir kämpften einen deutschen Krieg. Einen, in dem zum erstenmal wieder seit hundert Jahren alle deutschen Stämme in die nämliche Schlachtreihe sich fügten und der sie nach mancherlei Mißverständnissen, Zerwürfnissen und einer bis in die Zeiten der Gegenreformation zurückreichenden Entfremdung nun doch wohl für alle Zukunft ganz anders als bisher und enger miteinander verknüpfen müßte. Die Deutschen Österreichs vollends waren in Lebensnot und täglich sich erneuernden Opfern, die sie ungleich härter trafen, als die anderen Bewohner der Monarchie, froher Hoffnung. Sie glaubten nicht, weil sie der Wirklichkeit aus der Nähe ins Antlitz sehen konnten, an die Legende von dem wundersamen Völkerfrühling, auf die bei uns auch Hochschulprofessoren staatsrechtliche Lehrgebäude zu stützen begannen, an den Anbruch des goldenen Zeitalters, in dem Wolf und Lamm einander zärtlich zu umfangen lernten und alles ausgetilgt sei, was zwischen ihnen und den Slawen stand. Aber sie trösteten sich: nun, nach diesen schmerzlichen Erfahrungen, deren Eindrücken selbst Männer sich nicht entziehen konnten, die durch ein ganzes Leben die Großmannsgelüste von West- und Südslawen und ihren Separatismus begönnert hatten, müßte sich alles wenden. Jetzt endlich würde ihnen der Lohn werden für die Treue, mit der sie den alten Kaiserstaat über alle Fährnisse hinwegtrugen. Nie wieder könnte es sich begeben, daß man, um Slawen und Welsche, die aufdringlich Heischenden, zu befriedigen, ihnen das Erbteil und damit, was immer zusammenhängt, auch dem Staat seine Rechte kürzte. Und stürzten sich mit der jauchzenden Begeisterungsfähigkeit, die den Süddeutschen österreichischer Prägung ein schönes Angebinde der Natur ist (der freilich, wie allemal bei solchen Temperamenten, leicht Abflauen und Ermüdung zur Seite gehen) auf alle Dinge, die eine Vertiefung und Verinnerlichung des Bündnisses mit dem Reiche zu gewährleisten schienen. Aus solchen Stimmungen erwuchs — sie soll erst nach Kriegsende

Digitized by Google

der Öffentlichkeit übergeben werden und könnte es eigentlich jetzt schon — die „Denkschrift aus Deutsch-Österreich", die nach allen diesen Richtungen ein wohlabgemessenes, ernst durchdachtes Programm entwarf. Die Vorschläge von Wissenschaftlern (auch der jüngst verstorbene Philippovic gehörte zu ihrem Kreis), von Militärs und Männern der Staatspraxis aneinanderreihte über die Ausweitung und den Ausbau des Bündnisses zwischen dem Reich und der habsburgischen Monarchie, die darum nicht aufhören sollten, in jedem Belang souveräne und unabhängige Staaten zu bleiben.

Es ist dann bekanntlich anders gekommen, leider so ziemlich in allen Stücken anders. Die Schlachtfelder — wozu noch das Versteckspiel, das einander Trunkenmachen mit schillernden geschwollenen Redensarten: wir haben ihrer nachgerade übergenug — haben uns nicht genähert. Zumeist kamen unsere Mannschaften mit den eigentlichen deutschen Kerntruppen der Monarchie wohl überhaupt nicht in Berührung. Die wurden allemal dahin geworfen, wo es am heißesten zuging, wo man die Treuesten brauchte und die Zuverlässigsten. In die Eiswelt der Tiroler Höhen, auf die Karstfläche, an den Isonzo, und ließen da unter Strapazen, von denen man bei uns im Reiche sich kaum ein rechtes Bild macht, Gesundheit und Leben. Unseren Leuten wurden als Kampfgenossen im großen Durchschnitt Nichtdeutsche gesellt, und was an ihnen fremdartig berührte, was Verdruß, Ärger, gelegentlich wohl auch gerechten Zorn weckte, das ward in vorschneller Verallgemeinerung auf alle Angehörigen des Donaustaates, nicht zuletzt auch die Deutschen, übertragen und selbst bei den gebildeten Schichten Entstammenden, bei Offizieren und Akademikern, setzte die Vorstellung einer österreichischen Nation sich fest, die es nie gegeben hat und auch gar nicht geben kann.

Derweil schritt aber auch daheim, hinter der Front, die Annäherung nicht fort. Die wirtschaftliche nicht und die allgemeine, politische und, wenn man so sagen darf, menschliche, schon erst recht nicht. Es war ein glücklicher Gedanke, daß man an eine Idee aus den sechziger Jahren, die damals doch auch schon eine Einrichtung gewesen war, anknüpfte und auf veränderter Grundlage und mit anderen Zielen die Abgeordnetentage wieder zu beleben versuchte. Die österreichischen Reichsratsmitglieder deutschen Stammes gedachten so mit Parlamentariern aus dem Reich zusammenzukommen, sie in das Verständnis der Institutionen, der Menschen, der Kämpfe in der Donaumonarchie einzuführen und sie für gemeindeutsche Aufgaben und Interessen zu erwärmen, die es am Ende doch wohl geben darf, auch wenn es den Deutschen oder gerade weil es ihnen nicht in einem Staate zu leben beschieden ist. „Dem übernationalen Staat", sagt einmal der kluge und nachdenkliche Franz Jesser, der einen deutschmährischen Kreis im Reichsrat vertritt, „muß die überstaatliche Nation entsprechen." Der schöne Plan ist in den Anfängen stecken geblieben. Zwei-, dreimal ist man beieinander gewesen, seither nicht wieder. Österreichische Freunde klagten mir:

Digitized by Google

sie hätten immer das Gefühl gehabt, über die Köpfe hin zu sprechen. Das ist sicher nicht bei allen, die aus dem Reich kamen, die Wirkung gewesen. Ich kenne manchen Abgeordneten, dem es durchaus ernst war mit diesen Zusammenkünften. Ich kenne aber — leider — auch andere. Einen hörte ich prahlen: er sei überhaupt nur hingegangen, um zu verhindern, daß die gemeindeutsche Begeisterung über die Ufer schäume. Er und seine Freunde (durchweg konservativen Geblüts) hätten denn auch den Herren aus Österreich gleich zu verstehen gegeben: in ihre inneren Angelegenheiten, in die Auseinandersetzungen mit Tschechen und Südslawen gedächten sie sich nicht einzumischen. Da haben wir sie wieder, diese im Polizeisinne korrekte „Nichteinmischung", mit der von allen Völkern wir Deutschen uns ins Gesicht schlagen: derlei Narrheit aber heißt bei uns zu Lande sich „Realpolitik".

Vollends die wirtschaftliche Annäherung war, noch ehe sie recht beginnen konnte, auf den toten Strang geraten. Sie hätte zum Erfolg führen können, wenn wir uns der hochgemuten Antriebe der Anfänge bedienten und außer dem Rechenstift auch etwas von dem glaubensfrohen Enthusiasmus mitbrachten, der damals ganz Deutsch-Österreich durchpulste und selbst die Widerstrebenden aus den Reihen der Schwerindustrie zum Nachgeben gezwungen hätte. Wir behandelten statt dessen — noch mit erkaltender Hand hat bis in seine letzten Lebenstage Gustav Schmoller davor gewarnt — die Frage ausschließlich mit dem Rechenstift. Bis es mittlerweile dann zu spät geworden war. Denn mittlerweile hatte, zwar nicht Ungarn, aber Österreich sich völlig gewandelt. Noch bis in diesen Spätwinter hinein hatte es selbst billig denkenden Tschechen, die man in der Vereinzelung bisweilen trifft, als selbstverständlich gegolten, daß das bisherige System, die Slawen zu verhätscheln, und die Deutschen, weil ihre Staatstreue doch keiner Anfechtung unterliege, grundsätzlich beiseite zu schieben, ein Ende haben müsse. Was man die „deutschen Belange" genannt hat (und woran sozialistische und demokratische Grünlinge bis heute ihren dürftigen Witz üben) waren ja in keinem Betracht Forderungen überheblicher nationalistischer Eigensucht. Gelegentlich mag wohl der eine oder andere Radikale aus der Gefolgschaft Karl Hermann Wolffs, um seinen Wählern Eindruck zu machen, sie als das austrompetet haben. In Wahrheit waren sie — allen voran die einheitliche Geschäftssprache, die doch nun einmal, solange die tschechische, slowenische und serbische Mundart sich nicht allgemeiner Kenntnis erfreuen, nur das von allen Völkern der Monarchie verstandene Deutsch sein konnte — lediglich das Mindestmaß dessen, was der Staat brauchte und noch braucht, soll er nicht in ein unorganisches, gar nicht mehr zu übersehendes und zu leitendes Gewimmel zerfallen. Nur darüber ging noch der Streit, ob man das, was unbedingt not tat, auf dem Wege kaiserlicher Verordnungen, des vielberufenen Oktroys, oder verfassungsmäßig, unter Mitwirkung des Parlaments durchführen sollte. Wer die Frage rückschauend auf Grund der heutigen Erfahrungen und Erlebnisse beurteilt, wird bekennen müssen: das Oktroy

Digitized by Google

wäre doch nur eine zweischneidige, mehr noch: eine stumpfe Waffe gewesen. Es hätte für den Augenblick zwar den Knoten durchschlagen, eine Gewähr dafür, daß man nicht hinterher unter dem Ansturm slawischer Volksleidenschaften doch wieder gezwungen würde, die beiden Enden aneinander zu fügen, konnte es nicht geben. Doch auch der parlamentarische Weg war nicht aussichtslos, wenn man ihn nur früh beschritt. Wenn man auch da die Zeit der starken Antriebe aus den Anfängen des Krieges benutzte, die heiß auflodernde gerechte Entrüstung der Deutschen, die tiefe Niedergeschlagenheit der Tschechen, denen die Kainsmale noch zu frisch und zu deutlich auf der Stirn brannten, und die noch keine Zeit fanden — sie haben's hernach meisterlich gelernt — sich zurückzuorientieren. Nach der russischen Revolution war auch dieser Weg verbaut und verrammelt. Die hat, so die ewig Harmlosen verleugnend, die auf allen Gassen und Märkten das Märlein von dem im Kriege erschlagenen Pan- und Neoslawismus plärrten, die ganze slawische Welt in einen Taumel versetzt, hat ihr allerlei neue Möglichkeiten eröffnet und Selbstgefühl, Kraft und Willen zum Widerstand gestärkt. Angesichts solcher Stimmungen blieb der österreichischen Regierung im Augenblick wirklich nicht mehr viel anderes übrig, als bis zu einem gewissen Grade gute Miene zum bösen Spiel zu machen; das zu versuchen, was die Engländer mit einem schwer übersetzbaren Ausdruck „to make the best of it" nennen. Tschechen, Polen, Serben, Slowenen, Ruthenen in traulichem Verein hatten das Ministerium Clam-Martinic, das gewiß kraftlos gewesen war, gestürzt, hatten im Abgeordnetenhaus die babylonische Sprachenwirrnis zum Gesetz erhoben und ohne Scheu in die Welt geschrien, daß dieser Krieg nicht ihr Krieg sei und daß sie das österreichische Nationalitätenproblem, nach dem Programm der Entente — wenn's sein muß, auch gegen den Staat — gelöst zu sehen wünschten. Der Staat aber breitete zum ach wievielten Mal den Mantel verzeihender Liebe über die Sünder. Nach den durchaus abgünstigen Erfahrungen zweier Menschenalter, nach einem Kriege, in dem ausschließlich die selbstlose Treue, die nicht nach Woher? und Wohin? fragende Hingabe der Deutschen den alten Kaiserstaat gerettet hatten, wurden diese von neuem in den Winkel gestellt, das Laster aber durfte sich zu Tische setzen.

Das schafft eine neue Situation, an der auch wir Deutsche im Reich nicht länger mit verbundenen Augen vorübergehen dürfen. Der Wiener „Beschwichtigungshofrat" geht auch bei uns wieder um, und wer seine Kenntnis nur von dem gefälligen offiziösen Draht und den wahllos herumhorchenden Korrespondenten der Berliner Großpresse bezieht, hat fast den Eindruck, als ob auch das deutsche Volk Österreichs mit den Slawen frohlocke und nur ein Häuflein kümmerlicher Querköpfe, Alldeutsche und halbe Irredentisten, in die Zügel knirschten. Das ist nicht wahr. Deutsch-Österreich, das schon seit Monaten argwöhnische, ist in tiefster Seele verwundet, erschüttert, ratlos, vielfach zu Boden gedrückt und schier ohne Hoffnung. Nun wird es Zeit, daß wir im Reich der Pflichten gedenken, die wir

Digitized by Google

gegen die Brüder jenseits der schwarzgelben Grenze haben. Wir haben ihnen schon genug Unrecht getan, indem wir verkannten, daß auf ihnen in Waffendienst und Organisation die ganze Last des Krieges lag und daß, wenn mitunter nicht alles nach Wunsch ging, solches daher kam, daß 10 Millionen für einen Staat von 28 Millionen zu stehen hatten. Wir haben auch immer wieder versäumt, so lebhaft wir durch all die Zeit über Kriegsziele und den angeblichen „deutschen Frieden" deklamierten, unseren österreichischen Stammesgenossen zu sagen, daß es gemeindeutsche Kriegsziele gäbe, an denen sie profitieren könnten (und wundern uns nun, wenn sie in ihrer Lebensnot fragen: was ist uns Hekuba, was Flandern und das nasse Dreieck?) Jetzt dürfen wir sie nicht dem niederschmetternden Gefühl überlassen, daß ihre Angst, ihre Sorge, ihre Qual bei uns kein Echo wecken. Daß wir mit kühlem Achselzucken uns von ihnen wenden: hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen. Um keinen Preis der Welt darf bei ihnen die Vorstellung aufkommen, daß sie verraten und verkauft werden. Das ist (um die starken Geister zu beruhigen, die das Maß politischer Einsicht danach messen, mit welchem Erfolg man sich die „Sentimentalität abgewöhnte") nicht etwa ein ethisches, gefühlmäßiges Postulat, ist lediglich eine Forderung des eigenen Nutzens, der nüchternen politischen Erwägung. Es handelt sich da nämlich, die Sache auf eine schlichte Formel gebracht, ganz einfach um die Haltbarkeit, den Bestand, die Zukunft des Bündnisses ...

Das Auferstehen der Ukraine

Von Axel Schmidt

Es ist wunderbar, das Auferstehen eines Volkes zu erleben. Auch Polen war als Staat tot, aber niemandem fiel es ein, das Bestehen eines polnischen Volkes zu leugnen. Anders mit den Ukrainern. Nachdem der mongolische Ansturm den alten Kiewer (ukrainischen) Staat fortgefegt hatte, bis seine letzten kümmerlichen Reste in Galizien die Selbständigkeit verloren, hat sich ein ukrainischer Staat nie mehr recht bilden können. Das ukrainische Volk geriet in litauische, dann polnische und zuletzt moskowitische Hände, und so oft auch die Herrschaft wechselte, die brutale Unterdrückung blieb dieselbe. Den fremden Machthabern gelang es schließlich, Adel und Bildungsschicht zu entnationalisieren. Im Westen wurde die Oberschicht polonisiert, im Osten russifiziert, nur die Bauernschaft widerstand dem Drucke und hielt zäh an dem ukrainischen Volkstume fest. Dafür wurde sie durch die russische Regierung in völliger Unwissenheit gehalten; denn selbst die Volksschule bot nichts anderes als großrussischen Unterricht, dessen Sprache die ukrainischen Kinder nicht verstanden, sondern die sie erst mühsam erlernen mußten. Die Folgen dieser Politisierung der Schule sind nicht ausgeblieben. Die Zahl der Analphabeten ist in der Ukraine doppelt so groß wie im übrigen Rußland, wo

Digitized by Google

auch sie schon einen großen Prozentsatz bilden. Das Wort des Ministers Walujew unter dem „liberalen" Alexander II., „eine ukrainische Sprache hat es nicht gegeben, gibt es nicht und darf es nicht geben", bestand mit geringen Ausnahmen bis auf den heutigen Tag. Denn noch zu Anfang des Krieges wurden so gut wie alle ukrainischen Blätter, die seit der Revolution von 1905 entstanden waren, wieder verboten. Dieses Totsagen eines Volkes von 30 Millionen war von der russischen Regierung so gründlich besorgt worden, daß das Bestehen des ukrainischen Volkes, dem vor hundert Jahren noch deutscher Gelehrtenfleiß ein dickleibiges Geschichtswerk gewidmet hatte, völlig aus dem Bewußtsein, nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der deutschen Geschichtsforschung verschwunden war. Dazu hat natürlich nicht wenig beigetragen, daß die Ukrainer in Österreich bis vor kurzem von den Deutschen Ruthenen genannt wurden und Peter der Große die Ukrainer in Kleinrussen umtaufte, um dadurch den Anschein zu erwecken, als ob es sich um eine unbedeutende Spielart des Großrussischen handle. Solange in Rußland der zarische Absolutismus herrschte, war natürlich von einer öffentlichen politischen Bewegung keine Rede. Der Kampf konnte nur „unterirdisch" geführt werden. Wenn bei allen Revolutionen die schwersten Unruhen in Südrußland stattfanden, so lag letzten Endes der Grund dafür darin, daß dort die Ukrainer siedeln, die zu der allgemeinen Unzufriedenheit über den politischen Druck noch ihre Erbitterung über die Vergewaltigung des Ukrainentums in die Wagschale warfen. Auch die Agrarunruhen, die nur zu oft das ganze russische Reich erschüttert haben, bekamen in der Ukraine ein anderes Gesicht. Neben dem Landhunger, der dort andere Formen annahm, wie im Westen, wo der Einzelbesitz vorherrscht, und im Osten, wo der großrussische Mir (Gemeindeland) nur seit kurzer Zeit administrativ eingeführt ist und daher dort nicht fest im Volke verwurzelt war — spielte der nationale Gegensatz des ukrainischen Bauern zum polnischen, resp. großrussischen Großgrundbesitzer eine bedeutende Rolle. Nur einmal ist der Kampf der Ukrainer um bessere Lebensbedingungen an die Öffentlichkeit getreten. Das war, als in die erste und zweite Duma zur großen Überraschung der Regierung zahlreiche nationalbewußte Ukrainer gewählt wurden, die energisch für eine Autonomie eintraten. Als sich in der zweiten Duma 64 von ihnen zu einer Fraktion zusammenschlossen, bildete das eine der Ursachen, die Stolypin veranlaßten, durch einen Staatsstreich das Wahlrecht umzuändern. Indem dabei das Schwergewicht von der Bauernschaft auf den Großgrundbesitz verschoben wurde, beseitigte er mit einem Schlage die ukrainische Gefahr für die Öffentlichkeit. Im geheimen hat sie naturgemäß um so stärker fortgewirkt. Jedoch hat sich ihr Charakter in den letzten Jahren völlig verändert. Während sich an der Revolution von 1905 die Ukrainer, wie alle übrigen Fremdvölker lebhaft an der Seite der russischen Liberalen beteiligten, weil sie von letzteren bessere Lebensbedingungen erhofften, haben sie sich dieses Mal von der Revolution völlig fern gehalten. Im Gegenteil, sie

Digitized by Google

haben der neuen Regierung, d. h. den Bundesgenossen von 1905 sofort die schärfste Opposition gemacht, weil sie in den zehn Jahren der Dumaherrlichkeit erkannt hatten, daß die russischen Liberalen noch größere Chauvinisten sind, als die zarische Regierung. War doch z. B. der Hauptrufer im Streite gegen die kulturellen Bestrebungen der Ukrainer der kadettische Publizist P. Struwe. Kaum war der Zar entthront, so erstand unter Vorsitz des Professors Hruschewskij-Lemberg, einem gebürtigen Kiewer, der zufällig bei Ausbruch des Krieges in Rußland geweilt hatte, die Zentral-Rada die die Sache der Ukraine in ihre Hand nahm. Diese Rada war ein Ausschuß aller ukrainischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen zur Erkämpfung einer Autonomie. Fürs erste ging die Absicht nur dahin, für das ukrainische Gebiet eine weitgehende Selbstverwaltung als Teil der großrussischen Republik zu fordern. Aber schon bei der Eröffnungssitzung erklärte Professor Hruschewskij, daß man nötigenfalls auch weitergehen werde. Er stellte damals unter dem Beifall der gesamten Versammlung fest:

„Das Banner der selbständigen Ukraine bleibt aber aufgerichtet und wird entrollt werden, sobald die russischen Zentralisten das Gelüst bekunden sollten, uns die gewünschte autonome Sonderstellung im förderativen demokratischen Rußland nicht zu gewähren. Die Sachlage ist klar — und das sollte auch den Leitern des russischen Reiches einleuchtend sein."

Immer energischer vertrat die ukrainische Bewegung folgende drei Forderungen: 1. Autonomie, 2. Teilnahme am Friedenskongreß (d. h. internationale Garantie ihrer neu zu schaffenden Rechte), 3. eigenes Heer. Die provisorische Regierung in Petersburg war erschreckt über die Stärke dieser Bewegung und versuchte durch Verschleppung der Verhandlung Zeit zu gewinnen, indem sie wie den Finnländern vorschützte, daß solch weitgehende staatsrechtliche Neubildungen nur von der konstituierenden Versammlung bewilligt werden könnten. Darauf aber will sich das ukrainische Volk nicht einlassen. Es hat energisch und zielbewußt seine Sache in die eigene Hand genommen. Zu diesem Zweck traten in letzter Zeit Bauernkongresse und Frontkongresse der Ukrainer zusammen, die mit großem Nachdruck die Forderungen der Zentral-Rada unterstützten. Auf ersterem hielt z. B. der bekannte ukrainische Politiker Kowalewski eine Rede, in der er unter anderem sagte:

„Es ist uns schmerzlich, wir haben geglaubt, daß die neue Regierung in Petersburg neue Wege einschlagen würde, und haben uns geirrt. Die Polen sind seitens der Regierung der Anerkennung der Unabhängigkeit Polens gewürdigt worden; wir wollen nicht einmal das, wir wollen nur die Anerkennung unseres Rechtes, unser Land für die Verwaltung durch eigene Gesetze vorzubereiten. Die Rechte Finnlands sind in weiterem Umfange anerkannt worden als unsere."

Der Bauer Odynetz äußerte in bezug auf die Petersburger Regierung: „Von Petersburg, diesem Pfuhl, wo viele Gebeine unserer Volksgenossen ruhen, haben

Digitized by Google

wir nichts zu hoffen. Man muß sich organisieren, die Organisation wird uns Autonomie verleihen."

Und auf dem letzten Frontkongreß, der trotz des Verbotes durch den Kriegsminister Kerenski von über 2300 Delegierten besucht war, die 1,7 Millionen Soldaten vertraten, wurden die drei Forderungen der Zentral-Rada, Autonomie, Teilnahme am Friedenskongreß, nationale Armee, auf das energischste unterstützt. Zu letzterem Punkt wurde folgende Resolution angenommen:

„Zwecks Bildung einer nationalen ukrainischen Armee sind hinter der Front sämtliche ukrainische Soldaten und Offiziere aus den gemischten Truppenformationen sofort zu entlassen und in gesonderten Regimentern zu sammeln. Wenn der Kongreß auch nicht darauf besteht, daß sämtliche Ukrainer sofort aus der Frontarmee ausscheiden, so verlangt er doch eine baldmögliche Zurückberufung seiner Volksgenossen aus dem Schützengräben, damit auch diese Soldaten und Offiziere Aufnahme in ukrainischen Truppenkörpern finden können." („Russkoje Slowo" vom 23. 5.)

Den Höhepunkt der Tagung bildete aber die Verlesung und Zustimmung der Versammlung zu dem „Universal" der Zentral-Rada, das folgenden Wortlaut hat:

„Ohne sich von Rußland zu trennen, hat das ukrainische Volk das Recht, auf seinem Territorium sein Leben sich selbst einzurichten. Die Verfassung der Ukraine soll auf einer, auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zusammenberufenen ukrainischen konstituierenden Versammlung festgelegt werden. Alle Gesetze, welche unsere Verfassung bestimmen, dürfen nur von dieser ukrainischen Versammlung herausgegeben werden; die Gesetze aber, die sich auf ganz Rußland beziehen, sollen vom allrussischen Parlament gegeben werden. Wir wollen, daß das Recht, über unsere ukrainischen Gebiete zu verfügen, ausschließlich uns und nur unserer ukrainischen Versammlung zukomme. Zu diesem Zweck haben die Vertreter der ganzen Ukraine aus ihrer Mitte uns, die ukrainische Zentral-Rada, gewählt und uns befohlen, an die Spitze des ukrainischen Volks zu treten, sein Recht zu verteidigen und das neue Leben der freien autonomen Ukraine zu organisieren. Wir, ukrainische Zentral-Rada, haben den Willen unseres Volkes erfüllt und diese große Last auf uns genommen.

Wir glaubten, daß die russische Regierung uns für diese Arbeit ihre Hand reichen würde, aber die provisorische russische Regierung hat alle unsere Forderungen abgelehnt und die ihr hingereichte Hand des ukrainischen Volks zurückgestoßen. Unsere hauptsächlichen Forderungen sind:

1. daß die russische Regierung durch einen besonderen Akt erklären sollte, daß sie sich nicht dem Recht unseres Volks auf eine Autonomie widersetzt.
2. Einsetzung eines ukrainischen Kommissars der russischen Regierung.

Digitized by Google

3. Einsetzung eines von uns gewählten Kommissars als Vertreter der russischen Regierung in der Ukraine.

4. Überführung eines Teils der von unserem Volk für die russische Staatskasse erhobenen Einnahmen an die Ukraine für nationale kulturelle Zwecke.

Alle diese Forderungen hat die russische Regierung abgelehnt. Wir können nicht unser Land der Anarchie preisgeben. Die provisorische Regierung ist nicht imstande, bei uns Ordnung zu schaffen und wünscht nicht, gemeinsam mit uns diese Arbeit auf sich zu nehmen. Deshalb erlassen wir, ukrainische Zentral-Rada, dieses Universal an unser gesamtes Volk und erklären, daß wir jetzt selbst unser Leben einrichten werden. Sobald die vorbereitenden Arbeiten beendet sind, werden wir die Vertreter aller Völker des ukrainischen Territoriums zusammenrufen und die Gesetze schaffen, welche die allrussisch konstituierende Versammlung bestätigen müssen wird.

Bis jetzt hat das ukrainische Volk alle seine Mittel der russischen Staatskasse zugeführt, ohne dafür das zu haben, worauf es Recht hatte. Deshalb schreiben wir, ukrainische Zentral-Rada, allen Bürgern unserer Dörfer und Städte und allen ukrainischen Behörden vor, vom 14. 7. an von der Bevölkerung Steuern für die Sache des Volkes zu erheben.

Ukrainisches Volk, in deinen Händen liegt dein Schicksal! Beweise in dieser schweren Stunde des allgemeinen Zusammenbruchs durch Zusammenschluß und Klugheit, daß du stolz und würdig an die Seite jedes organisierten und souveränen Volks als gleiches zum gleichen treten kannst."

Damit ist, wenn auch nicht de jure (von Rechts wegen), so doch de facto (in der Tat) ukrainische Staat proklamiert worden. Die gesamte großrussische Presse schlägt über diese „ukrainische Frechheit" Lärm. Bis auf die „Prawda" (Organ Lenins) lehnen alle den Schritt der Ukrainer entschieden ab. Die „Rabotschaja Gaseta" (soz.) spricht von „Übereiltheit und Leichtfertigkeit". „Nowaja Shisn" sagt: „Der Beschluß widerspricht der Logik der wirtschaftlichen Entwicklung, die eine Isolierung der Völker nicht zuläßt." „Djelo Nar." (soz.-rev.) erklärt: „Es ist ein unverantwortlicher Akt von Leuten, die Scheuklappen angelegt haben und nicht sehen wollen, was neben ihnen vor sich geht." „Djen" (Blatt Kerenskis, soz.-rev.) verlangt, daß die Regierung eine Deklaration über die Nationalitätenfrage erlasse, erklärt aber auch, daß die Ukrainer „ein neues Hindernis" auf dem Wege der Revolution aufgestellt haben. „Rjetsch" (Kad.) schreibt: „Die ukrainische Zentral-Rada hat sich als Regierung der Ukraine erklärt. Internationale Beziehungen mit dem sich von uns getrennten Ukrainer aufrecht zu erhalten, hieße die Aufteilung des russischen Staates anerkennen. Wird sich die Regierung zur energischen Maßnahme entschließen? Diese Frage beunruhigt uns noch viel mehr als die Tatsache der Loslösung der Ukrainer."

Aber nicht nur die großrussische Presse, sondern auch die provisorische Regierung ist höchstlich erschreckt über die Entwicklung, die die ukrainische Frage genommen hat.

Digitized by Google

Am 28. Juni fand nachts eine Sitzung der provisorischen Regierung statt, auf der die ukrainische Frage beraten wurde. Alle Mitglieder der Regierung verurteilten entschieden den Schritt der ukrainischen Zentral-Rada. Es wurde hervorgehoben, daß die Lage sehr ernst sei und daß an eine Lösung des Konflikts nur mit größter Vorsicht herangetreten werden könne.

Wie man aus diesen kurzen Ausführungen ersieht, marschiert die ukrainische Bewegung unaufhaltsam vorwärts. Dr. Rohrbach, der seit Beginn des Krieges darauf hingewiesen hat, daß die Ukraine das bedeutsamste internationale Problem des Krieges ist, hat allen Zweiflern zum Trotz recht behalten. Mit der Aufrollung dieser Frage ist aber Deutschland ein entscheidender Trumpf in die Hand gegeben, und es liegt an der deutschen Diplomatie, ihn auszunutzen. Mit ihm könnten wir die militärisch so glänzend begonnene Bezwingung der russischen Gefahr diplomatisch vollenden. Dazu gehört, daß wir die Hoffnung endlich fahren lassen, durch Entgegenkommen den Großrussen uns zum Freunde zu gewinnen. Wenn wir uns endlich entschlössen, die Forderung der Ukrainer offen zu unterstützen, am Tische des Friedenskongresses mittagen zu dürfen, so würde das das Streben nach Selbständigkeit in der Ukraine bedeutend fördern. Hat sich doch bereits ein Verband für ukrainische Staatlichkeit gebildet, der offen die Forderung vertritt, daß die ukrainische Nation eine Republik bilden solle, die alle Fragen „souverän" entscheiden müsse. Ein solches Stichwort der deutschen Regierung würde der Fremdvölkerbewegung in Rußland mächtige Antriebe geben und die auseinanderstrebenden Kräfte derartig stärken, daß die provisorische Regierung ihrer nicht mehr Herr werden könnte. Vorausgesetzt natürlich, daß hinter diesem Worte klar erkennbar der Wille zur Tat steht.

Konservative Politik

Von Prof. Dr. F. Hartung

Dieser Aufsatz will sich nicht etwa mit derjenigen Partei auseinandersetzen, die sich zurzeit in Deutschland als konservativ bezeichnet. Denn als konservativ, als staatserhaltend kann ich eine Partei nicht anerkennen, die deutlich bestrebt ist, lediglich die Interessen einer einzelnen, wenn auch noch so berechtigten und unentbehrlichen Gruppe, der ostelbischen Agrarier, zu vertreten, die offen zugibt, breite Volksschichten von der tätigen Anteilnahme am Staatsleben ausschließen zu wollen. Konservativ ist, wer den Staat als Ganzes lebendig und kräftig erhalten will. Konservative und Liberale unterscheiden sich nicht etwa in ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen Interessen von Stadt und Land, ihr Gegensatz besteht vielmehr in den verschiedenen Ausgangspunkten der Betrachtung, indem der Liberale von den Rechten und Interessen des einzelnen ausgeht, während der Konservative demgegenüber die Interessen

Digitized by Google

des Ganzen betont. Dem entspricht die verschiedene Stellung zum geschichtlich Überkommenen; der Konservative wird stets das organisch Gewordene höher schätzen als das Neue, der Liberale dagegen dem Ererbten gegenüber das Recht, das mit uns geboren ist, ausspielen. So aufgefaßt ist der Gegensatz der beiden Auffassungen sicherlich ewig und nicht zu beseitigen; er entspricht dem Leben selbst, wo auch immer dem Bestehenden ein Werdendes gegenübertritt, das sich sein Recht erkämpfen will. Aber sobald dieses Werdende sich als lebenskräftig erwiesen und durchgesetzt hat, ist es selbst ein Bestehendes, das sich zu behaupten strebt. So müssen auch im politischen Leben einer richtig geleiteten konservativen Partei immer neue Kräfte zuwachsen.

Mit Recht spricht Paul de Lagarde in seinen auch heute noch lesenswerten „Deutschen Schriften" von der einem jeden sich selbst achtenden Volke so dringend nötigen konservativen Gesinnung. Aber um konservativ sein zu können, verlangt er Zustände, die des Konservierens wert sind. Daß unsere Zustände das zurzeit nicht sind, ist unbestreitbar; überall spricht man von Neuorientierung, auch die Regierung hat die Notwendigkeit gründlicher Reformen anerkannt. Das ist kein Unrecht gegen die Vergangenheit und gegen die Kräfte, die bisher mit bestem Willen und Gewissen unsern Staat getragen und noch während des Krieges unter schwierigen Verhältnissen oft Tüchtiges geleistet haben. Es ist lediglich das Eingeständnis, daß im Laufe des letzten Menschenalters sich die Dinge gewandelt haben und daß wir die Formen des Staatswesens dieser Veränderung anpassen müssen.

Nach zwei Richtungen ist die neuere Entwicklung über die alten Zustände hinausgewachsen. Einmal ist die politische Bildung und das politische Interesse und damit das Verlangen nach größerer politischer Freiheit und nach stärkerem Anteil an der Verwaltung größer und allgemeiner geworden. Das ist eine natürliche Folge des allgemeinen Wahlrechts und der Selbstverwaltung; es wäre ein Armutszeugnis für das deutsche Volk, wenn es anders wäre. Diesem Verlangen muß Rechnung getragen werden durch eine Verwaltungsreform, durch ein Zurücktreten der alten bureaukratischen Organisation, die vielfach noch zu sehr in den Überlieferungen des bevormundenden Polizeistaats steckt. Es kann auch unbedenklich geschehen, denn es bedeutet ja keine Schwächung des Staates, sondern nur einen durch die veränderte Staatsgesinnung der Bevölkerung möglich und notwendig gewordenen Umbau.

Sehr viel schwieriger ist die zweite Aufgabe, die durch die Neuordnung gelöst werden soll, die Erweiterung der politischen Rechte, die vor allem der industriellen Arbeiterschaft zugute kommen soll. Wir haben es hier mit einer Bevölkerungsschicht zu tun, die erst in den letzten Jahrzehnten emporgekommen ist und sich durch die auf frühere Zustände zugeschnittenen Verfassungsformen verkürzt fühlt. Sie besitzt durch ihre große Zahl und ihren festen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß große Bedeutung. Es kann kein Zweifel sein, daß wir den guten Willen dieser Massen brauchen, sowohl für das Gedeihen der Industrie wie beson-

Digitized by Google

ders für die Verteidigung des Reiches nach außen; umgekehrt kann freilich auch kein Zweifel darüber sein, daß das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft von der Leistungsfähigkeit des industriellen Unternehmertums und von der Wohlfahrt des Reiches unbedingt abhängig ist und daß das den Arbeitern um deswegen noch nicht zum klaren Bewußtsein gekommen ist, weil es an diesen beiden Voraussetzungen bisher noch nie gefehlt hat.

Bis zum Kriege hat die Sozialdemokratie im Klassenkampf dem Staate und der bestehenden Wirtschaftsordnung grundsätzlich ablehnend gegenüber gestanden. In den unvergeßlichen Augusttagen 1914 hat sie sich aber mit verschwindenden Ausnahmen zur Verteidigung des Vaterlandes bereit erklärt, und es gilt nunmehr, sie durch Erweiterung der politischen Rechte — am dringendsten wird eine Verbesserung des Koalitionsrechts und die Wahlreform verlangt — zur dauernden Anerkennung von Staat und Gesellschaft zu bekehren, als gleichberechtigte Schicht dem Staate einzufügen und zur tätigen Mitarbeit am politischen Leben zu gewinnen.

Die größte Schwierigkeit besteht darin, daß die Sozialdemokratie auch heute noch gar nicht daran denkt, eine grundsätzliche Feindschaft gegen den Staat und den Klassenkampf aufzugeben. Trotzdem halte ich die Hoffnung, daß sich die Masse der deutschen Arbeiterschaft auf den Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsverfassung stellen wird, nicht für utopisch. Nur dürfen wir dabei nicht nach Jahren, sondern müssen nach Generationen rechnen. Aber gerade wir konservativen Deutschen, die wir auf unsere organische Staatsauffassung im Gegensatz zur mechanischen der westlichen Demokratien so stolz sind, sollten nicht vergessen, daß Organe Zeit brauchen, um zu wachsen, das gilt, beiläufig gesagt, auch für unsere Stellung im Ausland, die uns immer wieder enttäuscht, weil wir die Ernte zu schnell nach der Saat haben wollen. Wir sind als Großmacht jung und können uns draußen in der Welt weder auf alte Kulturüberlegenheit wie Frankreich, noch auf überlieferte Machtstellung wie England berufen; wir müssen ruhig warten, bis sich das Ausland daran gewöhnt hat, daß wir auch auf der Welt sind und unsern Platz an der Sonne beanspruchen. Diese Entwicklung können wir nicht beschleunigen, weder durch Kriechen vor dem Ausland, noch durch große Worte und überforsches Auftreten; dadurch beeinträchtigen wir höchstens die Wirkung der Zeit. Das Gleiche müssen wir in der inneren Politik beherzigen, wir müssen wieder geduldig warten lernen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Jahrzehnte hat es so gedauert, bis der brandenburgisch-preußische Adel sich dem hohenzollernschen Staatsgedanken gefügt hat, bis aus den widerspenstigen Vasallen Friedrich Wilhelms I. die königstreuen Edelleute Friedrichs des Großen geworden sind. Das liberale und demokratische Bürgertum, das bis 1866 staats- und heeresfeindlich gewesen ist, hat sich auch nicht von heute auf morgen geändert, die im Kampf gegen den Staat groß gewordene Generation mußte zunächst dahingehen, erst nach dem Tode Eugen Richters ist der deutsche Freisinn eine positiv mitarbeitende,

Digitized by Google

in den Staatsnotwendigkeiten zuverlässige Partei geworden. Ja, es ist nicht nur ein Umschwung in der politischen Haltung der Partei zu verzeichnen, sondern auch ein Wechsel in der politischen Gesinnung des Bürgertums. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß das Dreiklassenwahlrecht vor 1866 im ostelbischen Preußen eine erdrückende Mehrheit fortschrittlicher Abgeordneter ergab, während heute bei dem gleichen Wahlrecht und einem gegen früher sicher nicht gesteigerten Druck der Regierung diese Gegenden der feste Hort der konservativen Partei sind.

So müssen wir auch der Sozialdemokratie Zeit lassen, allmählich umzulernen und und in den Staat hineinzuwachsen. Es war ein Fehler, von der Sozialpolitik und der Aufhebung des Sozialistengesetzes zu erwarten, daß die Stimmung der Massen sofort umschlagen und daß die Zahl der Sozialdemokraten im Reichstag rasch sinken werde. Daß sich die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Vaterlande geändert hat, das hat sich beim Anspruch des Krieges glänzend erwiesen, und es hat sich auch während der langen Dauer des Krieges trotz manchen unerfreulichen Dingen gezeigt, daß wir uns auf unser Volk verlassen dürfen. Ich bin im Felde hauptsächlich mit jungen Arbeitern aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zusammen gewesen; da fiel wohl manch scharfes und manch verständnisloses Wort auch über den Staat, aber in schweren Tagen hat doch jeder einzelne still und schlicht seine Pflicht getan. Es steckt ein guter Kern in unserm Volke; ihn gilt es zu entwickeln, langsam und stetig, vor allem ohne störende Einmischung. Dann dürfen wir hoffen, daß sich auch die breite Masse der Arbeiterschaft in den Staat einleben und in ihm etwas der Konservierung Wertes erblicken wird.

Die Hoffnung kann sich freilich nur dann erfüllen, wenn ein verbitternder Kampf um die Neuorientierung — der naturgemäß zu einem Kampf der Masse gegen den bestehenden Staat überhaupt würde — vermieden wird, wenn die politische Gleichberechtigung freiwillig eingeräumt wird als ein Recht, das der Masse zusteht, weil sie sich als ein notwendiges Glied unseres Staates erwiesen hat. Ja, es genügt nicht einmal, wenn, wie es zurzeit den Anschein hat, die Reform von den Parteien gemacht wird und die Regierung nur widerwillig und gezwungen zustimmt. Es handelt sich hier um das Interesse des Staates, und dieses darf nicht zum Gegenstande des Wettbewerbs der Parteien um Wählerstimmen herabgedrückt werden. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Regierung die Reform in die Hand nehme.

Dafür spricht auch noch eine andere Erwägung: es handelt sich um Gleichberechtigung, nicht um Alleinberechtigung der großen Masse. Auch wer das Reichstagswahlrecht für unantastbar erklärt und sogar zugibt, daß es auch in Preußen eingeführt werden müsse, weil nur auf diese Weise der Wahlrechtskampf ein Ende finden könne, auch der kann nicht verkennen, daß in ihm die Gefahr der Vorherrschaft der Zahl liegt. Die Interessen der meisten Reichstagswähler gewinnen dabei allzu

Digitized by Google

leicht die Oberhand. Aber maßgebend darf immer nur das Interesse der Gesamtheit sein, das sich mit dem der einzelnen nicht notwendig deckt. Wie es einerseits eine die Schäden des modernen Wirtschaftslebens ausgleichende Sozialpolitik verlangt, so fordert es andererseits auch den Schutz unserer Landwirtschaft, nicht als eine Liebesgabe an die Agrarier auf Kosten der Mehrzahl der Bevölkerung, sondern als eine Ausgabe für den Schutz des Ganzen nach außen, die ebenso unerläßlich ist wie die Ausgaben für Heer und Flotte. *Darum brauchen wir Gegenwichte gegen die Körperschaften des allgemeinen Wahlrechts, und zwar lebendige, kräftige.* Wir haben im Reiche den *Bundesrat*, dessen stilles Wirken nicht recht erkannt wird, dessen Lebenskraft aber stark bleiben wird, solange der bundesstaatliche Charakter des Reiches von lebendigen Strömungen der Bevölkerung getragen wird. Das *preußische Herrenhaus* aber bedarf gleichzeitig mit dem preußischen Landtagswahlrecht einer Umbildung; *es muß aus einer Verkörperung des alten Preußen zu einer Vertretung der lebendigen Kräfte des gegenwärtigen preußischen Staates werden.* Sonst kann es seine Aufgabe als Gegengewicht nicht erfüllen, sonst laufen wir Gefahr, daß der Kampf gegen die derzeitige Zusammensetzung des Herrenhauses ein Kampf gegen das Zweikammersystem überhaupt wird und daß das Herrenhaus bedeutungslos wird wie das Haus der Lords in England.

Nur wenn die Regierung die Leitung übernimmt, wird es gelingen, beides zu schaffen, die richtig verstandene Freiheit im Staate und die erforderlichen Gegengewichte. Von ihr muß die Demokratisierung ausgehen, denn nur an ihr kann sie die notwendige Schranke finden. *So wie die Dinge jetzt liegen, ist Demokratisierung wahrhaft konservative Politik*; nur dadurch lassen sich Zustände schaffen, auf deren Boden sich die große Masse des Volkes stellen kann.

Damit gewänne die Regierung zugleich die Führung der politischen Entwicklung wieder, die sie sich hat entwinden lassen; der Streit um die parlamentarische Regierungsweise würde mit einemmal entschieden zugunsten der überlieferten Form einer monarchischen, über den Parteien stehenden Regierung. Die Leistungen unserer Parlamente und ihrer einzelnen Mitglieder in allen Ehren; aber ich glaube nicht, daß unvoreingenommene Betrachtung den Eindruck gewinnen kann, als seien hier überragende staatsmännische Begabungen zu finden. Und selbst wenn das der Fall wäre, so wären diese Talente bei den gegebenen und nicht ohne weiteres zu ändernden Mehrheitsverhältnissen zu Kompromissen mit den anderen Parteien gezwungen; wir bekämen also eine Regierung, die unter den Parteien stehen müßte. Wenn trotzdem der Ruf nach dem parlamentarischen System so laut werden konnte, so liegt das daran, daß wir alle fühlen, es muß jetzt etwas Durchgreifendes geschehen, während die Regierung die Dinge treiben läßt. Aber mit bloßer Verneinung und stillem Abwarten ist gegen dieses Drängen nichts zu erreichen. Nur Leistungen überzeugen von der

Digitized by Google

Überlegenheit der einen oder der anderen Regierungsweise, nur durch Taten kann die Regierung wieder Vertrauen zu ihrer Führerkraft erwecken.

Gewiß läßt sich auch manches für den Standpunkt der Regierung anführen. Die glückliche Beendigung des Krieges ist das eine, das not tut. Die innere Reform kann aufgeschoben werden, zumal da es sich um tiefgreifende Neuerungen handelt, die sich nicht übers Knie brechen lassen, die vielfach gar nicht vom Wortlaut des Gesetzes, sondern vom Geist der Handhabung abhängen. Aber mit Recht sagt Treitschke: es gibt Zeiten, wo man sich zwingen muß, zu vergessen, daß jedes Ding zwei Seiten hat. Und wenn je eine solche Zeit war, dann ist es die unsere. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir einem weiteren Kriegswinter entgegengehen. Er wird hart und schwer sein; da können wir keine politische Verdrossenheit brauchen. Darum muß die Regierung durch Taten beweisen, daß es ihr mit Erfüllung ihrer Verheißungen ernst ist. Es ist natürlich nicht leicht für sie, gerade diejenigen Kreise vor den Kopf zu stoßen, auf die sie sich bisher am liebsten gestützt hat. Aber das kann jetzt nicht in Betracht kommen. Auch ist die Zahl der überzeugten Gegner der Reform nur klein; und die vielen Konservationen, die in der Demokratisierung eine zwar bedauerliche, aber unvermeidliche Entwicklung sehen, werden froh sein, wenn sie durch eine vollendete Tatsache aus dem unfruchtbaren Neinsagen herauskommen, wenn dadurch eine neue Grundlage für eine starke nicht agrar-, sondern staatskonservative Partei geschaffen wird.

Um das Ausland brauchen wir uns bei den inneren Reformen nicht zu kümmern. Unsern Feinden ist es ganz gleichgültig, wie wir regiert werden, sie wollen uns nicht frei, sondern schwach. Aber es wäre falsch, wenn wir den Lockrufen des Auslandes gegenüber uns auf den Standpunkt stellten: nun gerade nicht. Im Gegenteil, je stärker unsere Gegner unser Dasein bedrohen, desto notwendiger ist es für uns, alle unsere Kräfte zusammenzufassen. In diesem Zeichen möge die Regierung die Reform beginnen. Es handelt sich um folgenschwere Entschlüsse, um einen Sprung ins Dunkle. Mit Recht wird immer wieder an Bismarcks Übernahme des allgemeinen gleichen Wahlrechts erinnert. Es bedarf eines festen Vertrauens auf das Volk, wie es Bismarck gehabt hat, als er Deutschland in den Sattel setzte. Aber die Regierung hat so oft ihr Vertrauen auf unser Volk ausgesprochen; jetzt muß sie den Mut zur Tat finden. Das größte Bedürfnis eines Staates ist nach Goethe das einer mutigen Obrigkeit.

Praktische Vorschläge zur Geburtenpolitik

Von Kreisarzt Dr. Stoll

Hermann W. Siemens hat in einem ausgezeichneten Artikel in Heft 44, Jahrgang 1916, dieser Zeitschrift die Frage der Geburtenpolitik behandelt. Das Verdienstliche dieser Arbeit liegt ganz besonders darin, daß er mit außerordentlicher Klar-

Digitized by Google

heit all die verkehrten Maßnahmen, die in Parlament und Presse immer wieder als Heilmittel gegen den Geburtenrückgang empfohlen werden, aufgedeckt und demgegenüber kurz die rechten Wege einer wirksamen Geburtenpolitik gewiesen hat.

An Versuchen mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt hat es bekanntlich weder früher noch jetzt gefehlt. Zurzeit stehen im Vordergrund einmal die Bestrebungen durch polizeiliche Maßnahmen — *Verbot des Handels mit empfängnisverhütenden Mitteln* — und andererseits durch allgemeine *Wohlfahrtseinrichtungen der Gefahr Herr zu werden.*

Daß polizeiliche Maßnahmen eine untergeordnete Rolle spielen und daß man durch ihre Überschätzung nur vom Kernpunkt der Sache ablenkt, liegt auf der Hand.

Das Wohlfahrts-Vaterunser: billige, gute Wohnungen, reichlich zu essen, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Geschlechtskrankheiten ist gebetet worden, lange bevor es eine Geburtenfrage gab, und wird weiter gebetet werden, solange wir an der *qualitativen* Verbesserung unseres Volkes arbeiten.

Die Bevölkerungsfrage ist aber eine Frage der *Zahl*. Die Wohlfahrtspflege ist deshalb bei ihrer Besprechung zunächst ganz auszuschalten. Wer die Sache bei der Säuglingssterblichkeit anpackt, weicht dem Problem aus.

Den Sturz der Geburtenkurve aufhalten, das allein heißt die Bevölkerungsfrage im Sinne der Lebensbejahung der Nation lösen.

Die Ursache des Geburtenrückganges ist die Geburtenverhütung. Sie wird geübt, weil die einseitig vom Individualinteresse geleitete Vernunft jedem, der sein Leben genießen und Opfern aller Art ausweichen will, rät, möglichst wenig Kinder zu erzeugen. Die ungeheuren Kosten, welche die Kindererziehung in den höheren Klassen verursacht, und das Streben, die Kinder in wirtschaftlich möglichst gesicherter Lage zurückzulassen, wirken im gleichen Sinn.

Diesen Vernunftgründen ihre Bedeutung zu nehmen und zugleich ins allgemeine Bewußtsein wieder das nationale Pflichtgefühl für den Fortbestand der Nation einzupflanzen, das ist also die Aufgabe der Geburtenpolitik.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Staat auf allen Gebieten die bevorzugt, die diese Pflicht erfüllen, und die benachteiligt, die sich dieser Pflicht entziehen.

Solche Gebiete sind:

I. Das Wahlrecht. Man gebe dem, der das Haupt einer Familie von mindestens drei Kindern ist, der also damit einen Kreis von fünf Personen vertritt, ein entsprechendes Mehrstimmenrecht. (Aus allgemein politischen Gründen sind wir gegen ein Mehrstimmenrecht. Die Schriftl.)

II. Man errichte die gesamte Besoldungsstaffel auf dem Prinzip: Grundgehalt, Ehegehalt, Kindergehalt. Etwa derart, daß das jetzige Gehaltssystem das Grundgehalt bildet. Mit seiner Verheiratung erhält der Beamte 10 Proz. Zulage zu seiner jewei-

Digitized by Google

ligen Gehaltsstaffel und für jedes lebende Kind bis zum 8. weitere 5 Proz. Sobald das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat, wird die betreffende 5 Proz.-Zulage unwiderruflich und bleibt es auch, wenn das Kind später stirbt.

Beispiel: Ein Beamter mit 3000 Mark Gehalt heiratet und bekommt von da ab eine Zulage von 10 Proz., also 300 Mark, für jedes Kind bekommt er dann, solange sein Grundgehalt das gleiche bleibt, 150 Mark Zulage. Nehmen wir an, daß er zu der Zeit, wo er sein Höchstgehalt von 6000 Mark erreicht hat, acht Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr aufgezogen hat, so würde er jetzt an Zulagen zu beanspruchen haben: 10 Proz. Ehezulage und achtmal 5 Proz. Kinderzulagen, im ganzen 50 Proz. Zulage. Sein Höchstgehalt würde also statt 6000 Mark 9000 Mark betragen und nach diesem Gehalt würden auch seine Pension und das Witwengeld zu berechnen sein.

Der Gedanke, der diesem Schema zugrunde liegt, ist folgender: Erleichterung der Eheschließung, Beihilfe zu den Kosten der Kindererziehung, aber unabhängig davon, was der Vater seine Kinder werden läßt. Endlich Aussicht, daß die Eltern auch nach Abschluß der Erziehungsausgaben gewissermaßen als Lohn für die dem Staate geleisteten Dienste, die Kinderzulagen noch für sich genießen können.

III. Man gewähre bei der Einkommensteuer (Staats- und Kommunalsteuer) eine entsprechende Ermäßigung für Eheleute und für jedes Kind, bis zum 8. einschließlich. Auch diese Ermäßigung sei dauernd und unwiderruflich, sobald das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat.

Beispiel: Nach dem geltenden Steuertarif sind auf 3000 Mark Einkommen 52 Mark Steuern zu zahlen, die Kommunalsteuer sei 200 Proz., also im ganzen 156 Mark. Mit der Verheiratung fallen davon weg 10 Proz. = 15,6 Mark und für jedes Kind 5 Proz. = 7,8 Mark. Hat der Betreffende nach 25 Jahren ein Einkommen von 6000 Mark erreicht und hat er bis dahin acht Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus erzogen, so sind ihm abzurechnen 50 Proz. Sein Steuersatz beträgt jetzt 146 Mark Staats- und 292 Mark Kommunalsteuer, zusammen 438 Mark. Davon sind abzuziehen 50 Proz., bleiben 219 Mark.

An Stelle einer Junggesellensteuer, von der man nicht weiß, wo sie anfangen soll, ob sie auch weibliche Personen betreffen soll und die immer den Charakter eines Ausnahmegesetzes behalten wird, ist also hier die systematische Abstufung der Steuerleistung nach dem Maßstabe der staatsbürgerlichen Leistung getreten.

IV. Man schaffe die Mittel zu solcher Besteuerungs- und Besoldungspolitik durch eine energische Erbschaftssteuer.

Prof. von Gruber hat bekanntlich vorgeschlagen, keinem Kinde mehr als $^1/_4$ des elterlichen Erbes zukommen zu lassen, indem beim Vorhandensein eines Kindes $^3/_4$ der Erbschaft, bei zwei Kindern die Hälfte der Erbschaft, bei drei Kindern $^1/_4$ der Erbschaft an die Seitenlinien gehen, die wieder entsprechend der Kinderzahl berücksichtigt werden sollen.

Digitized by Google

So richtig dieser Gedanke vom Standpunkt der Geburtenpolitik ist, so hat er doch zwei Fehler. Eine Abgabe von 3/4 oder der Hälfte des Vermögens würde die Vererbung industriellen und landwirtschaftlichen Besitzes einfach unmöglich machen. Zum Zweck der Auszahlung müßten die Besitze veräußert werden. Der Bogen ist also überspannt. Der zweite Fehler liegt darin, daß der Staat leer ausgeht. Der Staat, der durch die bevölkerungspolitische Minderleistung des Erblassers allein geschädigt ist, hat aber ein gutes Recht, sich dafür am Erbgut schadlos zu halten. Die Seitenerben haben gar kein inneres Recht, an seine Stelle zu treten.

Ich schlage deshalb vor: volles Erbrecht des Staates, wo Anerben ersten, zweiten und dritten Grades nicht vorhanden sind. Halbes Erbrecht, wo nur Erben zweiten und dritten Grades sind. Ist ein Leibeserbe vorhanden, so erhält der Staat 1/3, sind zwei vorhanden, so erhält er 1/4, und sind drei vorhanden, so erhält er 1/5 des Erbgutes.

Ein solches Erbrecht würde sich mit den berechtigten Anforderungen an die ungeteilte Erhaltung industrieller und landwirtschaftlicher Besitze wohl vereinigen lassen, und es würde doch dem Staat eine so ungeheure Einnahmequelle eröffnen, daß er nicht nur zur Durchführung der skizzierten Besolduugs- und Steuerpolitik fähig wäre, sondern auch noch

V. eine wirksame Siedelungspolitik einleiten könnte, wie sie Dr. Fritz Lenz vorgeschlagen hat: Siedelung in Form bäuerlicher Lehen, deren Erblichkeit an das Vorhandensein einer bestimmten Kinderzahl gebunden ist. (Siemens e. l.)

Notizen

Zehn Sätze zu deutscher Politik. I. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, das heißt: der Krieg ist nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern er muß auch und vor allem politisch, mit allen Mitteln der Politik und zu politischen Zielen hin geführt werden.

II. Krieg ist Revolution, ein Umwälzer und Erneurer der Dinge, Formen und Anschauungen.

III. Wir müssen siegen. Wir werden siegen und den Sieg zum Frieden gestalten, wenn wir den Krieg mit seiner ganzen elementaren Kraft führen.

IV. Der Krieg drängt zur Entscheidung und in dieser Stunde zerschlagen sich Regierung, Reichstag und Presse, nicht das deutsche Volk, um Fragen der Politik die Köpfe.

V. Deutschland ist nie überwunden worden, so lange es einig war; nur selbst hat es sich besiegt.

VI. Der jetzige Krieg ist die große Zuchtschule für das deutsche Volk zur Politik, vom Reden zum Handeln.

VII. Nebensächlich ist die Form des Wahlrechtes oder das Regierungssystem gegenüber dem Großen, das auf dem Spiele steht.

VIII. Es geht ums Ganze, um die nächsten Jahrhunderte unseres Volkes. Es geht um das Schicksal der Welt.

Entweder wir siegen. Dann wird Britanniens Übermacht, die wuchtend auf allen Ländern liegt, zu Ende sein; wir kämpfen den Freiheitskampf der Meere und der Länder, auch wenn sie

Digitized by Google

es sich nur in der Stille gestehen, oder Sold von England nehmen. Oder wir unterliegen. Dann ist nicht bloß Deutschland aus der Weltgeschichte gestrichen, Europa nur noch ein geographischer Begriff, dann sind alle Länder, auch die heutigen Bundesgenossen Englands, auch Rußland und Japan, Wachs in den Händen Großbritanniens, Objekte seines Willens.

IX. Mit jedem Wahlrecht kann ein Staatsmann regieren. Das Reichstagswahlrecht muß auch für Preußen kommen, nicht, weil es das beste ist, oder weil der Reichstag bessere politische Arbeit leistet als das preußische Abgeordnetenhaus, sondern weil es die Bahn frei macht und das ragende politische Zeichen ist, daß der Krieg als Volkskrieg bis zu seinem Ende geführt werden soll.

X. Bismarck schrieb einst an den preußischen Minister des Auswärtigen: „Treiben Sie deutsche Politik, auch bis zum Krieg, und machen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; ich werde schon in Deutschland eine Revolution entfachen." Er wußte und handelte danach, daß im Krieg alle Kräfte des Volkes zur höchsten Entfaltung getrieben werden müssen, und er fühlte sich Manns genug, die losbrechenden Kräfte zusammenzufassen und zu meistern. Staatsmann sein, heißt Führer sein. Philipp Stein

Englisch-russische Freundschaftsversuche. Die Stellung der konservativen Presse Englands zu Rußland wurde kürzlich im Unterhause scharfen Angriffen unterzogen. Es wurde diesen Blättern der Vorwurf gemacht, sie verhinderten durch ihre unfreundlichen Artikel über Rußland ein Erstarken der Freundschaft zu der jungen Republik. Von diesem Vorwurf suchen die Betroffenen sich zu reinigen und sind nun bemüht, langsam ihre Stellung zu ändern. Diesem Zwecke dient u. a. „ein offener Brief an den Herausgeber", den die „Times" veröffentlicht. Er befaßt sich mit dem Gedanken, Rußland über England zu informieren, und stellt fest, daß es unbedingt nötig ist, einen wohl organisierten und dauernd anhaltenden Feldzug in Rußland zu führen, um gegen die gefährlichen Einflüsse zu arbeiten, die dort am Werk sind und deren Ziel die Entfremdung Rußlands von England ist. Es handelt sich darum, die vielen Lügen, die in Rußland über England im Umlauf sind, zu widerlegen. Um dies zu bewirken, wäre es angebracht, ein Nationalkomitee für englisch-russische Verbindungen zu schaffen, welches Vertreter der britischen Geistes- und Arbeitswelt und der Politik umfaßt und das Unterkomitees in den großen russischen Städten wie Petersburg, Moskau, Odessa, Kiew u. a. m. unterhält. In jeder dieser Städte befindet sich eine große Zahl englischer und russischer Männer und Frauen, die über die britischen Angelegenheiten Bescheid wissen und der englisch-russischen Freundschaft sehr zugetan sind. Alle diese werden sicherlich gern auch einem Komitee beitreten. Diese Komitees werden von der Londoner Hauptstelle dauernd auf telegraphischem Wege verständigt werden. Bei jedem russischen Kongreß und jeder Konferenz, die in der nächsten Zeit sicherlich sehr zahlreich sein werden, wird das Komitee von einem seiner Mitglieder als Gast oder als Abgeordneter vertreten sein, der dann in der Lage wäre, für die britische öffentliche Meinung zu sprechen. Eine weitere Aufgabe wäre, die Verbindung mit der russischen Presse herzustellen, besonders mit den Zeitungen, die keine eigenen Korrespondenten in England haben. Eine völlige Organisation könnte sehr viel Gutes schaffen.

Sieht man sich diesen Vorschlag näher an, so zeigt es sich, daß unter der Sorge um die englisch-russische Freundschaft sich der Wunsch verbirgt, möglichst viel englische Abgesandte bei rein russischen Angelegenheiten zu haben, in möglichst großem Maße in das russische Leben einzudringen, um die Wünsche und Geheimnisse Rußlands für England ausbeuten zu können.

Lebensmittelpreise in England und Amerika. Herr Joseph Danziger macht uns auf folgende auffällige Tatsache in bezug auf die Lebensmittelpreise in England aufmerksam: In Friedenszeiten rechnete man gewöhnlich in Liverpool 30 Mark (Shillings) pro Tonne Zuschlag auf die amerikanischen Weizenpreise. (Der Maßstab für Allewelt ist „Nr. 2 Hard Winter") Jetzt aber, wo die Frachtgebühren vielfach auf das Zehnfache gestiegen sind,

Digitized by Google

hätte man mit einer gleichen prozentualen Erhöhung für Getreide zwischen beiden Weltteilen zu rechnen; aber das Gegenteil ist der Fall, denn zu einer Zeit, wo für Weizen ein Höchstpreis von 2,75 Dollar pro Bushel von der amerikanischen Regierung festgesetzt worden ist, findet man in den englischen Zeitungen einen Preis von 80 Shillings pro Quarter zitiert, das ist 2,50 Dollar pro Bushel! Demnach wäre trotz der hohen Frachtgebühr der Weizen in Liverpool angeblich billiger wie in Chicago! Gleiches läßt sich von den Fleisch- und Viehpreisen sagen, wenn auch die Beweisführung weniger glänzend ausfällt.

Dagegen sind die Berichte der jüngsten amerikanischen Zeitungen nicht so schön gefärbt. Der Waggonpreis für alte Kartoffeln betrug 3 Dollar pro Bushel und Frühkartoffeln waren mit 3,75 angegeben, gleich 40, bezw. 50 Mark pro Zentner. Ein Warenhaus lockt seine Kundschaft durch ein Angebot von einer Peck Kartoffeln (ca. 7½ Pfund) für 65 Cents (M. 2.60), die aber nur bei einer gleichzeitigen Bestellung von 40 Mark anderer Lebensmittel abgegeben werden.

Das ortsübliche Weißbrot im Gewicht von 445 Gramm kostet 60 Pfennig (15 Cents) — und dies in dem Getreidemarkt der Welt, Chicago! Rind- oder Schweinefleisch bringen dem Farmer mehr als das doppelte der besten Friedenspreise, denn der Viehbestand ist erschreckend vermindert worden. Die allgemeine Preissteigerung hat auf anderen Gebieten eigenartige Ergebnisse gezeitigt. Die Chicagoer Straßenbahngesellschaft ist verpflichtet, der städtischen Kasse 55 Prozent ihres Reingewinns zu überweisen, und in den letzten zehn Jahren hat sie beinahe 100 Millionen Mark gezahlt. Dieses Jahr aber, berichtet die Direktion, kann infolge hoher Betriebs- und Material-Unkosten überhaupt kein Reingewinn ausgeschüttet werden.

Neuerscheinungen

Der Krieg und die geistigen Erscheinungen

Mit der intuitiven Begabung des künstlerisch veranlagten Denkers hat der Straßburger Philosoph Georg Simmel, schon in einer Rede im November 1914 (die jetzt mit drei späteren bei Duncker & Humblot, München, unter dem Titel „Der Krieg und die geistigen Entscheidungen" erscheint), den Sinn der inneren Wandlung, die sich inzwischen steig, aber in langsamem Anwachsen vollzogen hat, erkannt: „Das Deutschland, in dem wir geworden sind, was wir sind, ist versunken wie ein ausgeträumter Traum, und, wie auch immer die jetzigen Ereignisse auslaufen mögen, wir werden unsere Zukunft auf dem Grund und Boden eines anderen Deutschland erleben. Niemand wird positiv zu bestimmen unternehmen, wie dieses nach Formen und Inhalten aussehen wird; aber vielleicht gerade, weil wir das Wie nicht wissen, sondern nur das Daß, beherrscht uns um so stärker, um so allgemeiner diese sozusagen undifferenzierte Idee: ein anderes Deutschland, als das in diesen Krieg hineinging, wird aus ihm hervorgehen. Was sie an Wucht und vitaler Bedeutung besitzt, kann die Jugend nicht in seiner ganzen Tiefe empfinden; sie hat zu wenig Vergangenheit, von der sie präjudiziert würde, zu wenig schon erworbenen Lebensstoff, um mit den Bedingungen, unter denen er erworben ist, verwachsen zu sein; sie wird sich in einheitlicher Anpassung an die neue Basis entwickeln. Für uns Ältere, die wir in der ganzen Epoche seit 1870 unser Leben geformt haben, liegt ein Abgrund von kaum abschätzbarer Breite zwischen ehemals und künftig, vor dem wir stehen wie vor der Entscheidung: noch einmal ein Leben auf neuen Voraussetzungen und in neuer Atmosphäre aufzubauen, oder, wenn die Kraft nicht dazu reicht, in Desorientiertheit und als unbrauchbares Überleibsel zugrunde zu gehen. Wir wissen nur, daß auch der glücklichste Erfolg den unsäglich vielgliedrigen, in unsägliche Kompliziertheiten verfeinerten Aufbau des bisherigen Deutschland nicht einfach wieder erstehen lassen kann; sondern das unbekannte Deutschland, das er verspricht, wird in jedem Falle ein anderes sein. Und dieses mehr oder weniger deutliche Bewußtsein, daß Deutschland von neuem in den Schmelztiegel geworfen ist, hat die maßlose Erschütterung dieser Tage vielleicht von noch tieferen Schichten her motiviert, als die unmittelbare kriegerische oder politische Gefährdung." Um mit den Fragen zu beginnen, die jetzt zur Diskussion stehen: Prof. Dr. Gerhard Anschütz schreibt, den Ereignissen vorauseilend, in der Schrift „Die preußische Wahlreform" (Berlin, Springer): „Was wir brauchen, ist ganze Arbeit, ein Reformwerk großen Stils, eine Tat wie die, welche uns vor 50 Jahren das allgemeine und gleiche Wahlrecht gab für das werdende Reich. Mögen unsere Staatsleiter und Volksvertreter nicht kleiner sein als Bismarck

Digitized by Google

und die mit ihm das Reich schufen, mögen sie das, was damals dem nationalen Ganzen gewährt wurde, jetzt dem größten seiner Gliedstaaten nicht länger vorenthalten, — mögen sie die preußische Wahlreformfrage so lösen, wie sie gelöst werden muß, wenn die Reform das Mittel sein soll, um Volk und Staat zu versöhnen, den gordischen Knoten des preußisch-deutschen Dualismus zu zerhauen und solchergestalt unsere innere Einheit zu vollenden: durch Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen." Auch aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. G. Stresemann, „Neue Zeiten" (Reichsverl. H. Kalkoff, Berlin) seien einige Sätze hervorgehoben: „Die neue Zeit fordert ihr neues Recht. Wenn wir wieder einen Fehler machen würden in der inneren Politik, wie er im Jahre 1815 gemacht worden ist, dann würde das uns und unsere zukünftige Entwicklung auf das allerschwerste schädigen. Ich glaube, es gibt jetzt niemanden unter uns, der sich nicht herzlich des Bekenntnisses gefreut hätte, das innere Erleben dieses Weltkrieges umzusetzen in eine Neuordnung der Dinge in der Zukunft. Aber wir sind der Meinung, daß man damit nicht zu warten braucht bis zu der Zeit nach dem Kriege. Ich bin mir dabei bewußt, daß das im Widerspruch steht zu der Haltung, die wir bisher eingenommen haben. Daß Deutschland für eine Entwicklung in der Richtung der Stärkung parlamentarischer Rechte nicht reif wäre, das kann niemand behaupten." Die Petition an den sächsischen Landtag nimmt der Staatsrechtslehrer D. Dr. A. Wach zum Anlaß, zu den Angriffen auf die auswärtige Politik und der Regierung überhaupt Stellung zu nehmen. („Staatsmoral und Politik", S. Hirzel, Leipzig, M. 1.—.) Er sucht die Schwierigkeit des Friedensproblems darzustellen, die Gedankenlosigkeit des geheimen und offenen Treibens gegen den Kanzler, wie es vor der Krise gehandhabt wurde, als ein Vorgehen zu geißeln, das mit dem deutschen Volke nichts zu tun habe. „Das heißt das Vaterland durch Erregen von falschen Hoffnungen und Erwartungen der Feinde gefährden. Demgegenüber ist es Pflicht jedes Deutschen, laut gegen solches Treiben, mag es auch aus glühendstem Patriotismus hervorgehen, seine Stimme zu erheben."

Zur Besinnung auf „die soziale Bilanz des Krieges" ruft Parvus, der Herausgeber der „Glocke" auf. (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.) „Wenn wir die 350 Milliarden Mark Kriegsanleihen z. B. zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet hätten, so könnten wir damit 35 Millionen der schönsten Gartenhäuser bauen und darin eine Bevölkerung von mindestens 150 Millionen unterbringen. Eine neue Stadtkultur würde entstehen und eine neue Generation würde bei genügend Licht und Luft aufwachsen, die der Industrie unübersehbare Kräfte, der Zivilisation unschätzbare Werte zuführen würde! Statt dessen hat man es vorgezogen, mit 350 Milliarden Ausgaben 7 Millionen Menschen zu töten. Das macht pro Person 50 000 Mark. Noch nie ist der Mord so teuer bezahlt worden! Europa, auf dem die moderne Zivilisation beruht, muß sich zum friedlichen Wirken in Arbeit und Wissenschaft einigen. Der Krieg schließt mit dem Bankerott des Nationalismus und Imperialismus." Es ist nach einem solchen Bilde erfreulich zu sehen, wie sehr die zukunftfrohen Stimmen sich mehren. Prof. J. Jastrow urteilt über die Beziehungen zwischen „Völkerrecht und Wirtschaftskrieg" (Breslau, Kern): „Der englische Wirtschaftskrieg hat nicht, wie man gewöhnlich annimmt, seine eigentliche Grundlage in den Völkerrechtsbrüchen. Seine Grundlage ist vielmehr die Ansammlung und Ausdehnung einer wirtschaftlichen Macht, durch die England befähigt wird, jedem der Deutschland umgrenzenden fünf neutralen Staaten gewisse unentbehrliche Lieferungen zu versagen. Indem an die Stelle der Versagung eine Gewährung tritt, die an Bedingungen geknüpft, ergibt sich in diesen Bedingungen eine Beeinflussung des gesamten Wirtschaftslebens des neutralen Landes, insbesondere auch eine Beeinflussung in der Verfügung über seine eigenen Produkte. Indem dies einerseits bis zu einem vollständigen Zwangssystem gesteigert wird, wird anderseits entsprechend der Entstehung des Systems eine Phraseologie ausgebildet und beibehalten, in der jede dieser Zwangsmaßregeln als ein „Zugeständnis" an das neutrale Land erscheint. Alle Anzeichen aber sprechen dafür, daß aus dem Weltkriege, der größere Ländermassen und mannigfachere Interessengebiete als irgendein früherer in den Kampfesstrudel hineingerissen hat, ein Friedensinstrument hervorgehen, in dem spätere Generationen den Ansatz zu einer festeren Völkerrechts-Entwicklung erblicken werden." Auch die gewaltsamen Versuche, „Macht" an die Stelle des Rechts, vor allem des Völkerrechts, zu setzen, scheinen sich in diesem Zusammenhang überholt zu haben. Der Jenenser Professor Hedemann sagt in seinem Vortrag über den „Krieg als Lehrmeister auf dem Gebiete des Rechts" (B. G. Teubner, Leipzig, 80 Pf.): „Wer das Völkerrecht kassieren will, der müßte alle Abmachungen in Acht und Bann erklären. Das jedoch ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. Die Völker müssen leben auf dem Boden von geschlossenen Verträgen. Und alle solche Verträge sind juristische Gebilde. Selbst ein Bismarck hat nicht alles mit Blut und Eisen gemacht, sondern gar vieles und starkes auch mit der Waffe des Vertrages". „Darum", so beschließt Hedemann seinen Vortrag, „wollen wir nicht lassen von dem Glauben, daß alles, was das Recht uns bringt und was es künftig uns gewähren soll, viel zu groß, viel zu gewaltig ist, um von einzelnen Menschen geschaffen zu werden. Mag diese letzte Vorstellung, bei der wir enden, arm sein im Auge logischer Kritik, weil sie ausmündet in unfaßbarer Vielheit. Schön ist sie doch und am besten angefügt dem Geiste unserer Tage: das ganze Volk schafft sich sein Recht.

Digitized by Google

Wir haben es in diesen Tagen mehr erlebt als je, daß sich das Volksganze als ein kräftiges Lebewesen bestätigen kann. Darum ist es kein Märchen, keine Phantasie, daß auch ein Volk als Ganzes Recht zu schaffen weiß. — Drüben stehen die anderen Völker. Auch bei ihnen gärt es von rechtlichem Verlangen. Auch bei ihnen heischt Umwertung vieler Dinge nach neuer juristischer Form. Und der Wettkampf der Waffen wird weit in den Frieden hinein zum Wettkampf der Gesetze werden. Deutsches Volk, steh fest auch in diesem Kampfe. Wehe, wenn allzu starke Risse klaffen in deiner Geistes- und Seelenverfassung. Dann bist du kein Volk als Ganzes mehr. Zimmere dein Recht, ring mit dem Schicksal, aber bleibe einig dabei. Denn du wußt Stärke brauchen im Frieden wie jetzt im Kriege." Hedemann bekommt einen Helfer für seine Ansichten in Professor Fritz Stier-Somlo in der Schrift „Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht" (Veit, Leipzig M. 3.50), der über das Friedensvölkerrecht der Zukunft so sich äußert: „Ein sehr großer Teil der sogenannten Völkerrechtsverletzungen besteht in Wirklichkeit nur in der Unvollkommenheit, Unsicherheit, Lückenhaftigkeit und in dem Bestrittensein der völkerrechtlichen Normen, nicht aber in dem bösen Willen irgendeines Kriegführenden. Der Weg der Zukunft ist also der der Behebung jener Fehler und Unzulänglichkeiten." Wir können also dem Wiederaufbau des Völkerrechts guten Muts entgegensehen. „Wir stehen — das muß meines Erachtens allgemeine Überzeugung werden — auch nach dem Kriege und dann erst recht, vor der Tatsache, daß unsere internationalen Wirtschafts-, insbesondere Handels- und Verkehrsbeziehungen noch größer werden als vor dem Kriege. Das Wirtschaftsleben der Welt gestaltet sich immer mehr als ein einheitliches und die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Staaten ist miteinander unlösbar verflochten. Mögen wir uns darüber klar werden, daß keine der großen Kulturnationen in wirtschaftlicher Isolierung denkbar ist. Dann aber bedarf es eines schleunigen und intensiven Ausbaues unserer internationalrechtlichen Grundsätze. Diese müssen, neben den Völkerrechtssätzen, zu dem sich immer dichter gestaltenden Netze der Rechtsbeziehungen für die Völker werden, so daß einseitige Verletzung schon wegen der Gefahr der Vergeltung möglichst als Ausnahme wird gelten können. Niemals dürfen wir verkennen, daß die Bewahrung des Völkerrechts wie des internationalen Rechts vor allem auf der Überzeugung von der Gemeinsamkeit der Interessen der solcher Art verbundenen Staaten beruht."

Kurt Wolzendorff weist Deutschland in dem Buch „Vom deutschen Staat und seinem Recht" (Veit, Leipzig, M. 4.20) einen Hauptanteil an dem Aufbau zu, wenn er den Geist von 1914 als die Vollendung jener Selbstbesinnung deutschen Staatsrechtsdenkens verkündet, die die Reformer in Preußens traurigster Zeit erstrebten; als die Verinnerlichung des Staatsgedankens im Sinne der alten deutschen Rechtsidee. Um so mehr, meint der Verfasser, müssen wir dem Ausland zeigen, „daß die grundsätzlichen Elemente unseres Staatsgedankens keine anderen als die des modernen Staates überhaupt sind, sondern nur innerlich ist und zwar intensiv nicht in der Macht-, sondern in der Rechtsidee". „Die gewaltigsten Probleme müssen aus dem innersten Kern der deutschen Rechtsidee erwachsen, ihrer sittlichen Gerechtigkeitsbewertung." Oskar Grün gibt ihm recht („Die Grundlagen der deutschen Volkskraft" (M. Drechsel, Bern). „Die gewaltige Kraft der deutschen zentralisierten Macht fließt wohl aus der Mannigfaltigkeit ihrer Machtquellen und aus der bewundernswerten Organisation; aber das alles resultiert in erster Linie aus der geistigen und sittlichen Kohäsionskraft, die dieses diamantenharte ehrliche und moralisch disziplinierte Volk in sich trägt."

Und wie eine Bestätigung aus der Vergangenheit ist das Bild, das Bruno Bauch von Immanuel Kant gibt. (G. J. Göschensche Verlagshandlung, Berlin, geh. M. 12.—.) Die Gesamtheit des Kantischen Denkens ist ihm ein Zeugnis dafür, daß gerade Deutschland den Kampf zwischen dem neuen Leben und der mittelalterlich-kirchlichen Tradition am schwersten und innerlich erregtesten auszukämpfen hatte. „Sein Leben war, so einfach und schlicht es nach außen erscheinen mag, ebenso tief und erhaben und reich im Innern. Und gerade wegen seines innern Reichtums mußte es äußerlich so still und bescheiden sein. Es war ein Leben ganz im Dienste einer Sache. Ihr hatte sich das Individuum Kant ohne Rest und Rückhalt hingegeben und der Aufgabe der Erkenntnis sich im Bewußtsein strengster Pflichterfüllung geweiht. Der lauteste und glühendste Erkenntnistrieb und das reinste und strengste Pflichtbewußtsein hatten in der Persönlichkeit Kants eine ganz einzigartige, denkwürdige Verbindung geschlossen und gaben ihr das auszeichnende Gepräge. Die Wahrheit und die Pflicht sind die Leitsterne, unter denen dieses Leben von den ersten Anfängen seine Bewußtheit bis zu deren letzter Stunde gestanden hat. Sie mögen dieses Leben zum Teil einförmig gemacht haben, sie mögen die unbedingte Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in der Ausübung der Pflichten oft in die Formen von einförmigen Regeln und Maximen gepreßt haben, so haben sie doch die Zeitlichkeit der Person mit der Ewigkeit menschlicher Bestimmung verknüpft. Die Größe der Aufgabe dieses Lebens war es gerade, die von der Persönlichkeit ihres Trägers jene pikanten Reize der Individualität ferngehalten, die diese der gewöhnlichen Anschauungsweise „interessant" erscheinen lassen. Gerade hier erforderte die Größe auch die Einfalt. Und darum ist die Signatur von Kants Persönlichkeit und Leben ‚edle Einfalt und stille Größe'."

Ein wichtiges Kapitel des Umlernens eröffnet die Schrift von Umbreit „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg" (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Aus Mißverständnissen und An-

Digitized by Google

feindungen entwickelt sich die Anerkenntnis der Gleichberechtigung, der Wichtigkeit einer hochentwickelten Arbeiterschaft für das Deutsche Reich, ein Bild emsiger, vielseitiger Kriegsarbeit der deutschen Gewerkschaften. Ruhig und folgerichtig wie diese Arbeit ist der Ausblick in die Zukunft. „Wenn die amtliche Sozialpolitik gleicherweise dem Ziele zustrebt, wie der deutsche Reichskanzler es umschrieb: eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden, so wird sie sich keinen eifrigeren und verständnisvolleren Mitkämpfer wünschen können als die deutschen Gewerkschaften. Aber auch ohne diese Hilfe werden die letzteren nicht zögern, getreu ihrer sozialpolitischen Vergangenheit, den Kampf für soziale Reform, für die gesetzliche Sicherung der Arbeiterrechte und für die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse aufzunehmen." F. A. Theilhaber spricht in der Schrift „Die Juden im Weltkriege" (Welt-Verlag, Berlin) den Wunsch aus: „Wenn aber die Zeitgeschichte etwas gelehrt hat, dann wird hoffentlich nach dem Kriege der unselige Klassen-, Rassen- und Religionshaß in die Rumpelkammer der Geschichte verschwinden." „Die Lösung der Judeafrage im deutschen Reiche" untersucht ferner Curt Trützschler von Falkenstein (Falken-Verlag, Darmstadt). Außer der Lösung, die die Erfüllung des heißen Wunsches der Zionisten ist, der Ansiedelung aller Juden in Palästina, bietet sich ihm die folgende dar: „Es wäre im innern und äußern Interesse der Juden gelegen, wenn sie sämtlich einsehen würden, daß die christliche Nächstenliebe der jüdischen Morallehre gegenüber einen religiösen, kulturellen, geistigen Fortschritt bedeutet. Aus diesem Grund sollten die deutschen Juden den Entschluß fassen, jüdische Christen zu werden. Aus messianischer Liebe und von dem Gedanken einer heilig-religiös-menschlichen Mission erfüllt, ersehne ich die Amalgamierung, Assimilierung des mit Ausnahme der Edel-Juden heilungsbedürftigen jüdischen Geistes herbei. Alsdann herrscht endlich auch in diesem Punkte innerpolitisch-soziale, religiöse Harmonie."

Walter Rathenau beantwortet in der „Streit-Schrift vom Glauben" (S. Fischer-Berlin) diese Auffassung, in dem er den Kirchenbegriff (des Christentums) neben den (dogmenlosen) Religionsbegriff (des Judentums) stellt. Denn „wer Eintritt in die kirchliche Gemeinschaft sucht, hat seine Beziehung zu Dogmen und Symbolen zu prüfen, deren Auslegung ein für allemal feststeht und vom Laufe der Entwicklung kaum mehr berührt werden kann." Er hat auch politisch Stellung zu nehmen. „Ich will, sagt darüber R., den christlichen Staat, denn auf seinen Boden sind wir und mit uns die gesamte abendländische Welt der Gedanken und Gefühle erwachsen." „Ich glaube aber nicht, daß es der Staatsgewalt oder der Staatskirche bedarf, um Staaten ungezählter Millionen christlicher Bürger in christlichem Geist zu erhalten. Wäre dies nötig, so müßte man folgern, daß die heutigen christlichen Glaubensformen ihre Lebenskraft verloren hätten und sich neu gestalten müßten. Diese Folgerung trifft aber nicht zu; denn gerade in den kirchenfremden, ja kirchenfeindlichen Staaten erhebt sich in unserer Zeit das christliche Bekennen zu neuer Kraft. Hilfe und Stütze schuldet der Staat jeder Lebensform, soweit die Zahl ihrer Bekenner hinlänglich und ihre Lehre nicht der Vernunft und Sitte zuwider ist. Politische Folgerungen aus der Zugehörigkeit zu einer anerkannten Religionsgemeinschaft zu ziehen, entspricht nicht der staatlichen Gerechtigkeit."

Wir haben sogar schon in den literarischen, menschlichen Wertungen umgelernt. Otto Flake schreibt in dem „Logbuch" (S. Fischer, Berlin, M. 3.50), einem bunten Buch mit Skizzen von Menschen, Städten, Gedanken und Gefühlen, über Maeterlinck: „Maeterlinck hat über Deutschland nach dem Einmarsch in Belgien erregte, leidenschaftliche Worte ausgesprochen. Es wäre schon viel gewesen, wenn er in der Not seines Vaterlandes geschwiegen hätte. In dem Augenblick, wo er sich zum Reden und zum Bekenntnis entschloß, konnte er gewiß nicht seine Dankbarkeit gegen das geistige Deutschland betonen, selbstverständlich sah er nur, daß seine Heimat als neutral galt und nun den Schrecken des Krieges ausgesetzt war. Bei uns hätte niemand anders gehandelt. Der ärgste Aufschrei des Schmerzes ist in solcher Lage entschuldigt. Später wird Maeterlinck ruhiger denken; vermutlich glaubt er schon heute nicht mehr, daß die Deutschen die öffentlichen Bauten von Brüssel unterminiert haben. Ich werde also in meiner Glosse sagen, daß es heute schöner als je ist, seine Huldigung an Schiller zu lesen. Nun, die Glosse ist ganz anders ausgefallen. Es lohnt sich nicht, sie abzudrucken. Schlimmer ist, daß eine große führende deutsche Zeitung einen ellenlangen Aufsatz brachte, in dem ein deutscher Schriftsteller, der nicht groß und führend ist, mit allen Hilfsmitteln einer bohrenden und doch nur so armseligen Psychologie nachwies, daß Maeterlincks pathologischer Zustand — denn seine Erregung könne nur pathologisch sein — schon längst aus seiner effeminierten Struktur erklärlich sei. Er, der deutsche Schriftsteller, hatte das schon vor 10 Jahren gewußt."

Und wir ermessen diese Wandlungen an dem Sinn des Buches, das der im Krieg gefallene, bis dahin unbekannte Dichter Gustav Sack hinterlassen hat: „Ein verbummelter Student" (S. Fischer, Berlin, M. 3.50). „Es ist ein Lügen, das Leben lieben, das Leben, von dem ich nur seine Lüge kenne; es verlachen, wenn ich nicht weiß, worüber ich lache; es erforschen, wo ich nicht weiß, was ich erforsche; mich an ihm freuen, da ich nicht weiß, worüber ich mich freue; es fortwerfen, wenn ich nicht weiß, was ich fortwerfe; es weiter wollen — wozu? wo ist der Sinn? wo ist der Zweck? wo ist der Grund? — Kein Wissen, kein Sinn, kein Zweck, kein Grund, kein Ziel, kein Entfliehn —." Muß man besonders

Digitized by Google

fragen, ob wir annehmen dürfen, daß unsere Dichter nach dem Erlebnis des Krieges so zu uns sprechen, die aus der Gebundenheit dreier Kriegsjahre vom Drang nach neuem Schaffen, nach Aufbau und Fortschritt erfüllt sind?

Indem Professor H. Großmann in Aufsätzen aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten den „Kampf um die industrielle Vorherrschaft" sich spiegeln läßt (Weit, Leipzig, M. 2.80), beweist er, daß auch das Ausland unter dem Eindruck des Krieges umgelernt hat, daß es vor allem eingesehen hat, daß nur durch eifrige Förderung des wissenschaftlichen und technischen Hochschulunterrichts und durch Verbreitung chemischer und naturwissenschaftlicher Kenntnisse in allen Teilen der Bevölkerung der deutschen chemischen Industrie auf die Dauer Abbruch getan werden kann. Großmann zieht daraus die Folgerungen für uns selbst: „Es gilt unter keinen Umständen etwa nur in selbstgerechter Weise das Lob der unübertrefflichen deutschen Wissenschaft und Industrie zu singen, sondern da muß man vor allem die offenen und versteckten Gegner gründlich kennen, von ihnen lernen und darnach seine Maßnahmen treffen." „Die Industrie und auch die Behörden werden aus diesem Kriege sehr viel lernen müssen, denn die Konkurrenz im feindlichen und neutralen Ausland ist während des Krieges zweifellos, und zum Teil recht erheblich, erstarkt. In der deutschen Presse findet man leider häufiger als wünschenswert die Ansicht vertreten, daß Deutschland fast allein in der Lage sei, die ganze Welt mit Chemikalien zu versorgen. Derartige nicht sachverständige Äußerungen dienen aber dann leider allzu häufig unseren Gegnern dazu, um die deutsche Industrie der Überhebung und Anmaßung zu beschuldigen und eine schon vorhandene ungünstige Stimmung im Auslande noch zu verstärken. Sie sind aber auch insofern bedenklich, als sie den Glauben zu erwecken scheinen, als habe Deutschland und seine Industrie vom Ausland überhaupt kaum noch etwas zu lernen. Für die schwere Zeit nach dem Kriege sollte man sich jedoch unter keinen Umständen derartig in eigener Ruhmsucht nur selbst bespiegeln, sondern vielmehr in neidloser Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen des Auslandes mit allen Mitteln versuchen, selbst immer noch Besseres zu leisten als die anderen Nationen."

Es fehlt nicht an Äußerungen der Sorge auch für die Zukunft: So wenn Friedr. Naumann um die Idee vom mitteleuropäischen polnischen Königtum „Was wird aus Polen?" (Georg Reimer, Berlin, M. 1.—) sich besorgt: „Die große Idee, die als weitgehender, „verheißungsvoller politischer Gedanke" sich in der Befreiung zum erstenmal auswirkt, darf nicht in kleinen Portionen aufgetragen werden. Wir fragen uns, ob es klug ist, diese Zwangslage so zu verwenden, wie es jetzt geschieht: eine langgedehnte, peinvolle künstliche Unklarheit. Es gibt für jede Zukunftsaussaat einen wichtigen Monat, ein historisch gegebenes Wetter. Dieser Monat war ungefähr der November. Hätte man damals die Armee gleich fertig gemacht, dem Staatsrat positive Arbeit gegeben, den Polen ihre Mitarbeit merkbar werden lassen, so würden heute schon grüne Halme auf dem Acker stehen. Statt dessen stritt man über Eidesformel und anderes. Wo ist in Mitteleuropa der Mann, der solche Störungen geschichtlich richtig begonnener Werke verbietet? Ist er im Hauptquartier, ist er in der Zivilregierung? Wo ist der Mann, der die Gabe des freien großen politischen Gestaltens besitzt? Die Zeit ist reif, daß er seine Hand fühlbar werden läßt."

Aber wie viel fruchtbarer ist noch solche durchgedachte Sorge als der verbissene, blinde Streit um die Kriegsziele. Man halte, um das in aller Schärfe zu begreifen, gegen die Entscheidungen und die Stimmung des Tages nur einmal Äußerungen wie die des Prof. v. Gierke in der Schrift „Unsere Friedensziele" (Julius Springer, Berlin, M. 1.60), der in die Fußtapfen seines Berliner Kollegen H. Triepel und dessen Schrift über die „Freiheit der Meere" tritt. „Möge die bange Furcht, der das bekannte geflügelte Wort, die Feder verderbe, was das Schwert errungen hat, Ausdruck verleiht, sich diesesmal in der über die Zukunft unseres Vaterlandes für Jahrhunderte entscheidenden Stunde als bloßes Schreckgespenst erweisen. Zu den Gefahren, die es zu überwinden gilt, damit nicht dennoch das Wort wieder, wie einst nach den Freiheitskriegen, zur Wahrheit werde, gehört nicht in letzter Linie auch das Blendwerk lebensfremder Doktrinen. Nach den Freiheitskriegen waren es die von der über Europa hereinbrechenden reaktionären Flutwelle getragenen Dogmen, die unheilvollen Einfluß auf das Werk des Wiener Kongresses gewannen. Möge jetzt nicht die demokratische Flutwelle, die sich über die Welt ergießt, mit den von ihr den Völkern aufgedrängten wirklichkeitsfremden Dogmen die Sinne des deutschen Volkes und der deutschen Staatsmänner verwirren. Auf daß das deutsche Wesen, an dem doch die Welt genesen soll, nicht tiefer, innerlicher, unheilbarer verwundet werde, als einst durch die seinen Aufstieg zur Einheit und zur Freiheit verzögernde Reaktion!" Die „Freiheit der Meere" wird übrigens aus derselben Gesinnung heraus von Geheimrat Dr. W. von Siemens (Verlag E. S. Mittler, M. 2.25) von neuem zur Diskussion gestellt. Nicht Verträge und Abkommen über Seerecht verbürgen ihm die Freiheit der Meere. „Nur durch einen entscheidenden Sieg kann die für Deutschlands Zukunft ausschlaggebende Freiheit gewonnen werden. Nicht durch Paragraphen und Abmachungen kann diese Freiheit gewonnen und gesichert werden, sondern nur durch die Freiheit der Waffen. Für Deutschland sind Freiheit der Meere und Freiheit der Waffen gleichbedeutend. Beide sind miteinander eng verbunden und können voneinander nicht getrennt werden."

Digitized by Google

Einen merkwürdigen Widerspruch seiner Voraussetzungen leistet sich bei der Teilnahme an diesem Feldzug der Worte Ernst Zitelmann in der Schrift „Das Schicksal Belgiens bei Friedensschluß“ (Duncker & Humblot, München), in der er die Notwendigkeit der Trennung Belgiens in zwei Staaten und die Einführung einer Staatsform begründet, die zwischen dem deutschen Reich auf Grund eines Einverständnisses mit den Kammern der neuen Staaten bestimmt werden muß. Eine Voraussetzung für seine Schlußfolgerung ist nämlich die: „Für die Gestaltung des Schicksals Belgiens dürfen ausschließlich Erwägungen über das, was Deutschlands Interesse fordert, maßgebend sein; keinerlei Empfindsamkeit, keinerlei Mitleid oder Rücksichtnahme darf hindern, das für Deutschland Nützliche zu tun.“ „Dennoch, so ist die zweite Voraussetzung, müssen die Schranken innegehalten werden, die durch unser ethisches Gewissen gezogen werden.“ Denn „wir Barbaren wollen das Volk reiner Gesinnung bleiben, das wir bisher waren, und wir wollen mit reinem Gewissen in unsere größere Zukunft hineingehen“.

Auch der Bund deutscher Gelehrter und Künstler scheint seine Aufgabe darin zu sehen, allen Erfahrungen zum Trotz die Stimmung vom August 1914 durch das Wort wachhalten zu wollen. Im 3. Heft seiner Flugschriften sucht August Winnig, stellvertretender Vorsitzender des Bauarbeiter-Verbandes, nachzuweisen, daß England der Kriegstreiber ist, daß die Erreichung des englischen Kriegszieles für Deutschland die wirtschaftliche Versklavung und Verelendung bedeuten würde, daß England einen reinen Niederwerfungskrieg führe.

Franz Hochstetter glaubt die Forderungen der Zeit zusammenzufassen, wenn er ruft: „Mehr Land!“ (Verlag Politik, Berlin). „Die dauernde Besitzergreifung von erobertem Gebiet eröffnet den besten Weg zur Ebnung unserer organischen Erträge.“ (Immerhin ist für Franz Hochstetter dieser Weg nicht der einzige. „Durch Kultivierung der Ödländereien sowie durch Steigerung der Durchschnittserträge läßt sich wie bis 1914, so auch weiter die Ergiebigkeit des alten Reichsgebietes fördern.“)

Im Ton und Stil des August 1914 halten Dr. Karl Alexander von Müller und Bankdirektor Wilhelm Seitz Kriegsvorträge über „Deutschlands Kampf auf Leben und Tod“ (Max Kellerer München. M. —.60). Auf den Boden derselben Zeit stellt sich Dr. Bernhard Stichel, wenn er in der Schrift „Die Zukunft in Marokko“ (Dietrich Reimer, Berlin. Mk. 1.—) auf Grund des Rechts und des Krieges ein deutsches Marokko verlangt und in dem „Neuland Marokko eines der schönsten und dankbarsten Betätigungsfelder einer neuen kriegsgestärkten Generation sieht“.

Selbst der Vorsitzende des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses hält sich in seiner Flugschrift an die deutsche Arbeiterschaft „Was der deutsche Arbeiter vom Frieden erwartet“ (O. Rippel, Hagen) von den leidigen Phrasen nicht frei: „Ehrenvoll und im Arbeiterinteresse ist der Friede aber nur dann, wenn er das Vaterland und die deutsche Zukunft sichert.“

Als indirekten Urheber solcher Stimmen betrachtet Martin Wenk in der Flugschrift „Alldeutsche Taktik“ (E. Diederichs, Jena) die Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes. Er war bald nach Anfang des Krieges, als noch niemand dessen Verlauf weder in militärischer noch gar in politischer Hinsicht zu überblicken vermochte, bestrebt, möglichst weitgehende Kriegsziele aufzustellen, von denen er noch dazu zur Freude des chauvinistischen Auslandes behaupten konnte, er hätte sie seit Jahren für Deutschlands Lebensinteresse als unumgänglich notwendig gefordert. Werden diese Kriegsziele, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit als viel zu weitgehend ablehnt, nun nicht erreicht, so droht das nicht nur in allen von der alldeutschen Werbearbeit beeinflußten Kreisen des deutschen Volkes den künftigen Friedensschluß zu vergiften, sondern auch im gesamten Auslande den falschen Glauben zu erwecken, daß dann die künftige deutsche Auslandspolitik ihre Ziele in den noch nicht erreichten Eroberungen durch möglichst baldige neue Kriege suchen werde. Es ist zu hoffen und anzustreben, daß das deutsche Volk und auch gerade seine Regierung dann viel deutlicher und kraftvoller als vor dem Kriege aller Welt zeigt, daß es von diesem alldeutschen Geiste nichts wissen will, der wie in der inneren so in der äußeren Politik nur entfremdend, ja aufreizend wirken kann. Auch wir bekennen uns zu dem Glauben an die Zukunft des „Deutschtum“ unter Wahrung seiner Eigenart und seiner kraftvollen Stellung in der Welt, aber nicht in völkischer Selbstüberhebung und in irgend welchen Weltherrschaftsgedanken mit den Mitteln äußerer Macht, sondern so, wie Schiller den „Tag des Deutschen“ kommen sah, in gleicher Frontstellung gegen den Chauvinismus der fremden Völker wie gegen ihm verwandte Gedanken der Alldeutschen.“

Zur gefl. Beachtung! Einem Teil unserer dieswöchentlichen Auflage sind Inhaltsverzeichnisse für einen Halbjahresband der Hefte 1—26 beigegeben. Wir machen noch besonders auf die Anzeige im Inseratenteil aufmerksam, die Einbanddecken betreffend.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 27. Juli 1917 • Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Michaelis' Offenbarung

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wenn der bisherige Kanzler Bethmann Hollweg das Bedürfnis hätte, wie weiland Fürst Bülow sich von der Öffentlichkeit zu verabschieden, das heißt also durch ein geflügeltes Wort aus Büchmanns Band, so könnte er die Bülowsche Verwendung von Cäsars Geist etwa so variieren: „In Michaelis sehen wir uns wieder!" Das Programm, zu dem der neue Kanzler Michaelis in seiner ersten Reichstagsrede sich bekannt hat, ist genau das Programm des alten Kanzlers Bethmann Hollweg. Michaelis selbst bestätigt es, daß er seine Aufgabe erfaßt „in dem Geist gegen den hochverdienten Mann, der an diesem Posten acht Jahre gestanden hat"; und er bebekennt gegenüber der „vielfach mit Feindschaft und Haß durchsetzten Kritik": „erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutet hat." Das deckt sich mit dem, was wir in der „Deutschen Politik" schon so ausgesprochen haben: daß Bethmann Hollweg in der Geschichte wachsen wird gegenüber der öffentlichen Meinung der Gegenwart. Bismarck hat es erleben müssen, daß die Konservativen in der Deklarantenzeit folgendes freundliche Rätsel über seinen Namen durch Deutschland trugen: „Das erste macht dem Menschen Schmerz — das zweite ist des Landes Herz — das ganze ist zu Schimpf und Schand' — dem großen, deutschen Vaterland!" Das war Bismarck ...

Michaelis offenbart und erfüllt, was Bethmann Hollweg vorbereitet und eingeleitet hat: innerpolitisch das Reichstagswahlrecht in Preußen und eine „Parlamentarisierung" durch Berufung von Vertrauensleuten der Volksvertretung in leitende Stellen, und außerpolitisch einen „Verständigungsfrieden". Aber — wenn zwei das Gleiche tun oder sagen, ist es eben nicht das Gleiche — — wenn der eine von den Parteien „Haß" verfolgt und der andere von der Parteien „Gunst" getragen wird, wenn der eine als ein durch acht Jahre vollgeschriebenes Buch gewogen und der andere als ein durch acht Tage unbeschriebenes Blatt geschätzt wird. Die wörtlich gleiche

Digitized by Google

Rede von Bethmann Hollweg hätte eine fanatische Opposition bei der konservativ-alldeutschen Gruppe entfacht, die dem gleichen Wortlaut gegenüber sich mit einer platonischen Begrüßung begnügt.

Wie stehen denn nun in Wirklichkeit die Dinge?

Die Mehrheit des Reichstags (Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokratie) hat mit 214 Stimmen folgende Formel angenommen:

Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!" Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihm sicher.

Der Reichskanzler Dr. Michaelis hat den „Rahmen dieser Resolution" gebilligt und übernommen und auch namens der Obersten Heeresleitung ihr in folgender Formulierung zugestimmt:

Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltsam zu vergrößern, und darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine Zeit unerhörter Tatkraft und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgestreckt war, hat ins Leere gegriffen. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit sichergestellt werden. Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden! Er muß der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. Diese Ziele lassen sich im Rahmen der Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen

Digitized by Google

einverstanden sind, darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen hat, dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten.

Also: Reichsregierung, Oberste Heeresleitung und Reichstagsmehrheit sind einig für einen „Verständigungsfrieden". Von den 116 Abgeordneten, die gegen die 214 stimmen, geben auch die Nationalliberalen eine sachliche Zustimmung ab und wünschen nur eine andere Formulierung, so daß auch sie zur „Reichstagsmehrheit" zuzuschlagen sind. Bleiben die alldeutschen Konservativen und die unabhängigen Sozialdemokraten übrig. Es ist also festzustellen: daß zum erstenmal der alldeutsche Annexionismus abgelehnt und zurückgewiesen wird von Reichsregierung, Oberster Heeresleitung und Reichstagsmehrheit. Das ist die Bedeutung des 19. Juli. Dadurch ist der erste und endgültige Strich gemacht unter jene Kriegszielauffassung, wie sie in der „Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände" zusammengefaßt worden ist, im Herbst 1914, damals ohne Kenntnis der realen Wirklichkeiten. Diese Eroberungsabsichten werden nunmehr von einem Teil der bisherigen Propagandaredner selbst aufgegeben und verleugnet. Und auch die Konservativen, die vorher noch von einem „Schmachfrieden" geschimpft und die vom Reichskanzler Dr. Michaelis richtig kommentierte Resolution ein „kaudinisches Joch" genannt hatten, erklären zwar, daß sie „bedauern", daß sie „ablehnen", beschränken sich aber doch auf die Forderung, „den Frieden so zu gestalten, daß er Deutschland und seinen Verbündeten Dasein, Zukunft und Entwicklungsfreiheit wirksam sichert". Die Einigkeit von Reichsregierung, Oberster Heeresleitung und Volksvertretung ist zustande gekommen — aber nicht im Sinne der konservativ-alldeutschen Absichten, sondern im Gegenteil: im Sinne der bisherigen Bethmann Hollwegschen Auffassung. „In Michaelis sehen wir uns wieder!" Michaelis kam und Bethmann Hollweg siegte.

Was wird die Wirkung aufs Ausland sein? Dreierlei ist an sich möglich: der Eindruck von Schwäche oder von Stärke oder auch von Bluff. Der Eindruck der Schwäche wird auf die Dauer unmöglich sein, weil unsere militärische und wirtschaftliche Lage das Gegenteil beweisen werden: unsere Fronten sind allüberall fest, unsere Heere gehen an verschiedenen Punkten zu erfolgreichen Offensiven über, die U-Boote wirken wie „Gottes Mühlen mahlen", und unsere Ernährung wird wieder reichlicher. Woher sollte da „Schwäche" kommen können? Auch der Vorwurf eines „Bluffs", einer täuschenden „Farce" oder „Geste" wird sich nicht aufrecht erhalten lassen, um so weniger wenn die Reichsregierung auch mit ihrer innerpolitischen „Neuorientierung" nunmehr Ernst macht: durch „Demokratisierung" (durch das Wahlrecht in Preußen) und durch „Parlamentarisierung" (durch Berufung von Volksvertretern zur Regierungsverantwortlichkeit; über die Form wird noch zu sprechen sein). Dann wird draußen wirken „das freie, friedliche, machtvolle Deutschland, das wir alle lieben. Dieses Deutschland wollen wir uns erkämpfen, allen Feinden zum Trotz".

Digitized by Google

Der Kanzlerwechsel

Von Friedrich Thimme

Nun hat auch Herrn von Bethmann Hollweg als letzten der leitenden Staatsmänner der an dem Weltkriege beteiligten Reiche der Sturz, oft prophezeit und dennoch unerwartet, ereicht. Wir waren bisher stolz darauf, in dieser Beziehung eine Ausnahme zu machen; es gewährte uns vor aller Welt den Anschein, als ob unsere inneren Zustände, unsere Regierungsverhältnisse stabiler und gesicherter, mehr von dem Vertrauen der großen Masse des Volkes getragen seien als in den gegnerischen Staaten. Mußte es sein, daß wir diesen Ruhm, der nicht gering war, verloren? Ja, es hätte sein müssen, wenn es wahr wäre, was in diesen Tagen von dem größten Teil der deutschen Presse, vorab von der konservativ-alldeutschen, versichert wurde, daß Herr von Bethmann Hollweg das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes verloren hätte, wenn es wahr wäre, daß seine Politik eine Politik der Unschlüssigkeit und der Mißerfolge war, die für den endlichen Ausgang des Krieges das Schlimmste befürchten ließ. Hören wir nur einige der markantesten Pressestimmen. „Es wird wie ein Aufatmen durch die nationalen Kreise des Landes gehen," schrieb die „Kreuzzeitung" am 15. Juli, „daß der Mann von seinem Posten beseitigt wurde, der acht Jahre hindurch mit einem seltenen Maße von Unfähigkeit und Mißgeschick die Geschicke Preußens und Deutschlands an oberster Stelle geleitet hat." Ebenso die „Deutsche Tageszeitung" am 14. Juli: „In weitesten Kreisen des deutschen Volkes wird die Nachricht, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch des Herrn von Bethmann Hollweg genehmigt hat, mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen werden; wir glauben sogar, daß, abgesehen von einzelnen politischen Gruppen, die von der Schwäche der Bethmannschen Politik noch besondere Parteivorteile erhofften, kaum jemand im deutschen Volke seinen Abgang heute noch bedauern wird ... Wir können von der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs nur mit Bitterkeit Abschied nehmen, weil die Zahl der Mißerfolge, der versäumten Gelegenheiten und der Trümmer deutscher Werte, allem voran hier das alte Preußen, und eine Unsumme verwüsteten monarchischen Kapitals, auf diesem Unheilswege zu gewaltig groß ist!"

Prüfen wir an diesen beiden Äußerungen aus dem Blätterkonzert ganz kühl und sachlich, ohne jede Voreingenommenheit für oder gegen Herrn von Bethmann Hollweg, ob eine solche restlose Verurteilung des fünften Kanzlers gerechtfertigt ist.

Unrichtig und irreführend ist jedenfalls schon die Behauptung, es werde bei dem Sturz des Kanzlers wie ein Aufatmen durch die nationalen Kreise gegangen sein. Zu den „nationalen Kreisen" werden wir doch auch unsern Kaiser und König rechnen dürfen. Dieser aber hat sich laut seines Briefes an Herrn von Bethmann Hollweg, der wahrlich nicht ein konventioneller Dankesbrief ist, sondern von der tiefsten Bewegung getragen ist, nur „mit schwerem Herzen" zu der Entlassung entschlossen.

Digitized by Google

Ausdrücklich bezeugt der Kaiser auch, daß Herr von Bethmann Hollweg die höchsten Ämter des Reichs- und Staatsdienstes in vorbildlicher Treue geführt und seine hervorragende Kraft und Persönlichkeit erfolgreich in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt habe. Der Kaiser, der als Monarch doch wohl das sicherste Urteil darüber haben wird, ob sein erster verantwortlicher Ratgeber das monarchische Kapital verwüstet, oder im Gegenteil erhalten und gemehrt hat, ist also genau der entgegengesetzten Ansicht wie „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung", und seine Autorität ist, wie wir glauben, in nationalen Kreisen groß genug, um viele an einer allzu schnellen, allzu herben Verurteilung Herrn von Bethmann Hollwegs stutzig werden zu lassen.

Für weite nationale Kreise Deutschlands hätte es einer solchen Stellungnahme des Kaisers und Königs nicht einmal bedurft. Schon bei unseren Feldgrauen draußen war die Stimmung trotz der maßlosen Agitation, die gerade an der Front gegen den Kanzler betrieben wurde, unbedingt mehr für als gegen ihn. Ein kürzlich in der „Hilfe" veröffentlichter Feldbrief nahm nach meiner Erinnerung — ich muß in der Sommerfrische aus dem Gedächtnis zitieren — wenn nicht die ganze, so doch fast die ganze Mannschaft für den Kanzler in Anspruch. Mir selbst ist es von zahlreichen aktiven Militärs, vom hochstehenden General bis zum einfachen Landsturmmann herab bestätigt worden, daß die Feldgrauen in ihrer Mehrzahl für Herrn von Bethmann Hollweg seien, weil sie wüßten und vertrauten, daß er den Krieg nicht um irgend welcher Eroberungsziele willen verlängern würde. Auch daheim hat doch die Überzeugung, daß nur ein Verständigungsfriede der sonst unabsehbaren Dauer des Krieges ein Ende bereiten könne, rapide an Boden im Volke gewonnen; er beherrscht fast das ganze Zentrum und mindestens einen nicht geringen Teil der Nationalliberalen, von den Freisinnigen und den Sozialdemokraten gar nicht zu reden. Ist es wirklich zu glauben, daß alle diese Kreise, die doch viele Millionen des deutschen Volkes umfassen, von Grund aus gegen einen Kanzler gewesen sein sollten, dem gerade die Neigung zu einem Verständigungsfrieden von seinen Gegnern als schlimmstes Verbrechen ausgelegt wurde? Mögen auch innerhalb dieser Kreise manche, vielleicht viele besonders unter den Nationalliberalen der Überzeugung gewesen sein, daß Herr von Bethmann Hollweg nicht behende und entschlußkräftig genug sei, die sich etwa bietenden Möglichkeiten zu einem solchen Verständigungsfrieden, vielleicht auch zu einem Sonderfrieden zu erfassen und auszunutzen; von einer prinzipiellen Gegnerschaft kann hier doch kaum die Rede sein, und man darf überzeugt sein, daß mindestens im Zentrum heute schon viele bedauern, Herrn von Bethmann Hollweg nicht kräftiger gestützt zu haben. Zu den entschiedensten Anhängern des Kanzlers zählten jedenfalls die dem Zentrum nahestehenden Schichten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, deren Führer es erst noch vor kurzem ausgesprochen hat, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft mindestens in allen innerpolitischen Zukunftsfragen geschlossen wie ein

Digitized by Google

Mann hinter dem Kanzler stehe. Nehmen wir zu alledem noch die große Anzahl der außerhalb jedes Parteigetriebes stehenden Deutschen, darunter vieler führender Geister unserer Nation hinzu, die in Herrn von Bethmann Hollweg bei all seinen Fehlern und Mängeln doch den Exponenten[1] des deutschen Gewissens und den Staatsmann sahen, der mehr als irgendein anderer dazu beigetragen habe, die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit Staatsgesinnung zu erfüllen — wir kommen auf diesen Punkt noch zurück — so ist klar, daß die Gegnerschaft gegen den Kanzler, die Notwendigkeit von der Überzeugung seines Abgangs eine so allgemeine und eine so tiefgewurzelte keineswegs gewesen sein kann, wie es in der Hast der sich überstürzenden Vorgänge während der Krise erscheinen mochte.

Eine tiefer greifende, unbefangene Betrachtung wird auch nicht zugeben können, daß die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg nach außen und nach innen weiter nichts als eine Kette von Mißgriffen und Mißerfolgen gewesen sei. Wir wollen ganz davon absehen, ob es dem entlassenen Kanzler zur Last gelegt werden darf, daß er vor dem Weltkrieg die weit vorgeschrittene Einkreisungspolitik unserer Gegner nicht zu vereiteln vermocht habe; noch hat ja keiner der Widersacher ein Mittel anzugeben gewußt, wie das hätte erreicht werden sollen und können. Wenn gegen Herrn von Bethmann Hollweg mit Vorliebe sein eigenes Zugeständnis ausgespielt wird, daß seine ganze auf Verständigung gerichtete Politik mit dem Kriege zusammengebrochen sei, so ließe sich mit demselben Rechte sagen, daß die ganze fünfundzwanzigjährige Politik unseres Kaisers, die doch ausgesprochenermaßeen auf die Erhaltung des Weltfriedens hinauslief, zusammengebrochen sei. Mit dergleichen allgemeinen Vorwürfen wird im Grunde gar nichts bewiesen. Während des Weltkrieges aber hat der Kanzler neben manchen Fehlern, manchen entschiedenen Mißgriffen in der Wahl seiner Gehilfen, die wir am wenigsten leugnen oder beschönigen wollen, doch auch ganz entschiedene Erfolge aufzuweisen. Ist die Gewinnung der Türkei, dann Bulgariens zu Bundesgenossen nicht als ein ganz großer, keineswegs von vornherein selbstverständlicher oder auch nur wahrscheinlicher Erfolg Herrn von Bethmann Hollwegs zu buchen? Darf nicht auch die Hinausschiebung des Bruches mit Italien bis zu einem Zeitpunkt, wo er eine vitale Gefahr für unseren österreichischen Bundesgenossen nicht mehr bedeutete, die Hinausschiebung des Bruches auch mit Amerika, um von der Bewahrung der Neutralität der Nordstaaten usw., die doch auch mehrfach ernstlich gefährdet war, zu schweigen, Erfolg und Verdienst genannt werden? Wenn die Verzögerung der Verhängung des verschärften U-Bootkrieges von den Gegnern Bethmann Hollwegs immer nur ihm zur Last gelegt wird, so vergessen sie, daß die Oberste Heeresleitung hier ganz auf Seiten des Kanzlers gestanden hat. Heute frägt sich, ob wir nicht wünschen müßten, daß es Herrn von Bethmann Hollweg gelungen wäre, den rücksichtslosen U-Bootkrieg noch um anderthalb weitere Monate hinauszuschieben. Denn wäre die russische Revolution eingetreten, ehe Amerika auf der Seite unserer

[1] Exponent = Zeiger, Gradzahl.

Digitized by Google

Gegner stand, so wäre die Widerstandskraft der Entente wohl schon im vergangenen Frühjahr erlahmt, statt daß jetzt gerade die Bundesgenossenschaft Amerikas den Kriegswillen unserer Gegner aufrecht erhält und den Krieg über das dritte Jahr hinaus verlängert. Keinenfalls darf endlich die vorzeitige Festlegung in der polnischen Frage, die auch wir für einen Fehler halten, Herrn von Bethmann Hollweg in die Schuhe geschoben werden; ist es doch völlig notorisch, daß hier wieder unsere Heeresleitung den Ausschlag gegeben hat. Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk die weitgehende Berücksichtigung der Auffassung der Heeresleitung auch in politischen Dingen, die sich freilich ein Bismarck schwerlich hätte gefallen lassen, Herrn von Bethmann Hollweg als einen Fehler anrechnen wird.

Es kann ebensowenig die Rede davon sein, daß Herrn von Bethmann Hollwegs Politik darauf gerichtet gewesen sei oder auch nur den Erfolg gehabt habe, den ursprünglichen Siegeswillen und die Siegeszuversicht des deutschen Volkes zu lähmen und zu zermürben. Wir dächten, der entlassene Reichskanzler hätte im Reichstage doch oft genug kräftige Töne gefunden, um dem Willen des deutschen Volkes zum Durchhalten und zum Siegen Ausdruck zu verleihen. Wenn die Überzeugung sehr weiter Schichten des Volkes, daß uns ein „deutscher Machtfrieden" beschieden sein könne, ins Wanken geraten ist, so ist daran nicht etwa die Persönlichkeit und das Verhalten Bethmann Hollwegs, sondern einzig und allein die reale Kriegslage schuld. So günstig diese am Schlusse des dritten Kriegsjahres steht, so sagt sich doch das Volk nachgerade, daß unsere und unserer Bundesgenossen militärische Kräfte allein nicht hinreichen, um ein siegreiches Ende des Krieges zu erzwingen. Unsere Siegeshoffnung steht und fällt mit dem U-Bootkrieg. Auf den U-Bootkrieg hat unser Volk — dank denen, die dessen Wirkung mit den glühendsten Farben ausmalten — überschwängliche Hoffnungen gesetzt; weit verbreitet war die Ansicht, daß die Erfolge dieser Waffe England bis zur Mitte dieses Jahres auf die Knie zwingen würde. Nun sieht das deutsche Volk, daß es dem vierten Kriegswinter, dessen Sorgen und Entbehrungen aller Voraussicht nach noch größer sein werden als die des dritten, entgegengeht, und daß eine entscheidende Wirkung des U-Bootkrieges nicht vor dem Spätwinter erwartet werden kann. Diese Lage, die das Volk in seinen breiten Massen klar und nüchtern durchschaut, ist es, die nicht den Willen zum Durchhalten — der ist ungebrochen wie nur je —, nicht die Zuversicht auf einen ehrenvollen Ausgang des Weltkrieges, wohl aber die Gewißheit eines deutschen Machtfriedens erheblich beeinträchtigt hat. Diese Lage ist es, die die Majorität des Reichstages zu der Einbringung und dem Festhalten an der Friedensresolution veranlaßt hat. Wäre Herr von Bethmann Hollweg irgend schuld an dem Geist, aus dem die Friedensresolution geboren ist, so würde sie sich doch jetzt, wo er gegangen ist, schwerlich auf der Tagesordnung behaupten können. Wenn es dennoch der Fall ist, so ist es ein sonnenklarer Beweis dafür daß die Lähmung des Siegeswillens, die Herrn von Bethmann Hollwegs Gegner

Digitized by Google

auf ihn zurückführen möchten, ihre Ursache nicht in ihm, sondern in ganz anderen Dingen hat.

Und die innere Politik? Hat Herr von Bethmann Hollweg wirklich eine Unsumme monarchischen Kapitals verwüstet, wie die „Deutsche Tageszeitung" behauptet? Das monarchische Kapital setzt sich einmal aus den Rechten der Krone und zweitens aus dem Vertrauen zusammen, das sie im Volke besitzt. Daß die Monarchie aber während des Krieges im Volke an Vertrauen verloren habe, wird wohl niemand behaupten können und wollen. Oder will die „Deutsche Tageszeitung" sagen, daß die monarchische Gesinnung in den ihr nahestehenden Kreisen ins Wanken geraten sei? Auf seiten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hat jedenfalls in dem Maße, als die Krone immer bewußter und klarer das „Volkskönigtum der Hohenzollern" ausgeprägt hat, auch die Erfüllung mit Staatsbewußtsein, die freundliche Haltung zur Monarchie zugenommen, wie es vor dem Kriege niemand erwarten konnte. Wir haben in unserer Zeitschrift selbst vor einiger Zeit in dem Aufsatz des Abgeordneten Haenisch ein sehr bemerkenswertes Zeugnis für diese Wandlung der Sozialdemokratie veröffentlichen können. Wer die sozialdemokratische Presse verfolgt, wird immer wieder neue Beweise dafür zu finden. Eben erst konnte man z. B. im „Hamburger Echo" lesen: „Daß die deutsche Sozialdemokratie unbeschadet ihrer demokratischen Grundsätze nicht darauf erpicht ist, aus Deutschland eine Republik zu machen, am allerwenigsten eine bürgerliche Republik nach französisch-amerikanischem Vorbild, ist oft genug gesagt worden. Bleiben der deutsche Kaiser und seine Nachfolger den Grundsätzen treu, die erneut in der Osterbotschaft und im Julierlaß ausgesprochen sind, so wird in den kommenden Zeiten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer, die nun zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung gelangen sollen, mindestens ebenso fest und sicher ruhen wie auf den gekrümmten Rücken jener altpreußischen Granden, deren Königstreue jedesmal zu wackeln beginnt, wenn der König nicht ihren Willen tut." Entkleiden wir dieses Zitat seiner polemischen Zuspitzung, so stellt es doch eine Entwicklung dar, die einen ungeheuren Zuwachs an monarchischem Kapital in sich schließt. Diesen Zuwachs aber dankt die Krone, dankt Preußen-Deutschland in allererster Linie Herrn von Bethmann Hollweg, der während seiner ganzen Wirksamkeit als Reichskanzler und zumal seit dem Ausbruch des Weltkrieges ganz fest und unverrückt das Ziel verfolgt hat, die sozialdemokratische Arbeiterschaft für Kaiser und Reich zu gewinnen. Daß dieses Ziel nicht zu erreichen gewesen wäre ohne die einheitliche Linie, die von jenem herrlichen Kaiserwort des 3. August 1914 bis zu dem jüngsten Wahlrechtserlaß vom 11. Juli verläuft, liegt auf der Hand. Welche Bedeutung aber die vaterländische Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wenigstens ihres Gros[1], auch für unser Aushalten im Weltkrieg gehabt hat und bis auf den heutigen Tag hat, braucht hier nicht erst von neuem dargelegt zu werden; ohne sie wären wir, das hat ein Lloyd George geradezu herausgesagt, längst verloren

[1] Gros = Hauptmasse.

Digitized by Google

gewesen. Mir scheint, das Verdienst, das Herr von Bethmann Hollweg sich in dieser Richtung erworben hat, ist so groß, so bedeutungsvoll für alle Zukunft, daß es nach dem biblischen Wort selbst der Sünden Menge zudecken würde. Das ist offenbar auch die Auffassung des Kaisers, wenn er in seinem Brief an den entlassenen Kanzler davon spricht, daß dieser seine Kraft und seine Persönlichkeit erfolgreich in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt habe.

Und dieser Zuwachs an monarchischem Kapital, den die vaterländische Haltung der Sozialdemokratie vorstellt, ist nicht etwa erkauft auf Kosten der monarchischen Rechte! Die Rechte der Krone sind verfassungsmäßig bis auf den heutigen Tag genau die gleichen geblieben, und wir wüßten nicht, daß Herr von Bethmann Hollweg auch nur das geringste derselben aufgegeben hätte. Gewiß, die Rechte des Monarchen sind während des Krieges nicht unangetastet geblieben. Niemals ist das Recht des Kaisers und Königs, seinen ersten Ratgeber aus eigenem Vertrauen zu ernennen und zu halten, so sehr vergewaltigt worden wie in den Tagen der jüngsten Regierungskrise. Das Vertrauen des Kaisers zu Herrn von Bethmann Hollweg ist bis zu dem letzten Augenblick völlig unerschüttert geblieben, das Schreiben vom 14. Juli lehrt es; trotzdem ist der Kaiser durch einen moralischen Druck sondergleichen genötigt worden, ihn zu entlassen. In derselben Weise ist in die Kommandogewalt des Kaisers durch die Versuche des preußischen Landtags, in die Frage der Verhängung des U-Bootkrieges hineinzureden, wenn nicht nach dem Willen der Antragsteller so doch tatsächlich eingegriffen worden. An diesen Eingriffen aber ist, das werden auch die Gegner Herrn von Bethmann Hollwegs zugeben müssen, dieser so unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Ihre Behauptungen aber, daß der Kanzler bereit gewesen sei, wesentliche Kronrechte durch ein Eingehen auf die Forderung der Parlamentarisierung aufzugeben, sind gänzlich unerwiesen, mehr als das, sind einfach unbegründet. Im Gegenteil hat Herr von Bethmann Hollweg — und das ist der Grund, weshalb seine Freunde von der Linken ihn so lau gestützt haben, daß die Gegner von den Rechten die Oberhand gewannen — mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten, daß der Krone das Recht verbleibe, ihre Ratgeber nach eigenem Ermessen zu ernennen und zu entlassen. Sicherlich ist Herr von Bethmann Hollweg bereit gewesen, insoweit auf die Wünsche des Reichstags einzugehen, daß eine engere Fühlung zwischen der Regierung und den Parlamenten, eine stärkere Berücksichtigung des parlamentarischen Elements bei den Ministerernennungen herbeigeführt werde, in dem Sinne also, wie Zentrum und Nationalliberale die Parlamentarisierung verstanden wissen wollen. Aber ganz gewiß hat er der Krone hinsichtlich der Ernennung und der Entlassung der Minister die letzte Entscheidung vorbehalten wissen wollen. Er ist gefallen, mögen seine Gegner sagen, was sie wollen, weil er gewichtige Rechte seines königlichen und kaiserlichen Herrn, und weil er weiterhin die auf dem bundesstaatlichen Prinzip beruhende Reichsverfassung in dem plötzlichen Ansturm, der sich am 7. Juli im Hauptausschuß des Reichs-

Digitized by Google

tags erhob, nicht kurzerhand aufgeben, sondern zumindest eine sorgsame Prüfung der schwierigen verfassungsmäßigen Materie voraufgehen lassen wollte. Sein Fehler war es, diesen Generalansturm, der doch gleichsam in der Luft lag, nicht vorhergesehen zu haben, oder wenn er ihn vorhersah, ihm nicht vorgebeugt zu haben. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß ich selbst an maßgebender Stelle geraten hatte, vor dem Zusammentritt des Verfassungsausschusses und des Reichstages einen Kronrat aus ausgesprochenen Vertrauensmännern des deutschen Volkes zusammenzurufen, um die wichtige Frage zu beraten und zu klären, wie die in der Osterbotschaft verheißene freie und freudige Mitwirkung aller Glieder des Volkes am Staatsleben in Wirklichkeit umzusetzen sei. Ähnliche Ratschläge sind, so viel mir bekannt ist, auch von anderen Seiten, die das drohende Unheil kommen sahen, erteilt. Wären solche Beratnngen unter den Auspizien der Krone, die so die Führung in der Hand behalten hätte, rechtzeitig eingeleitet worden, ja wäre die Regierung sich wenigstens vollkommen klar und schlüssig darüber gewesen, wie die verheißene Mitwirkung des Volkes und insonderheit des Parlaments erreicht werden könne und solle, so hätte die Regierungskrise schwerlich solchen Umfang annehmen können. Der Mangel an Klarheit und Entschlußfähigkeit aber, der in den Tagen seit dem 7. Juli immer augenscheinlicher wurde, aber weniger in der Persönlichkeit des Kanzlers, als in den vorliegenden Verhältnissen, der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Ministern auf der einen, den verbündeten Regierungen auf der anderen Seite begründet lag, scheint die Anhängerschaft des Kanzlers in der nationalliberalen Partei und dem Zentrum, die ursprünglich nicht gering war, zusehends verringert zu haben, so daß er sozusagen parlamentarisch in der Luft hing. Von den Linksparteien war es in diesem kritischen Moment schwerlich klug gehandelt, sich nicht auf das Erreichbare und das dann auch tatsächlich Erreichte, die Sanktionierung des gleichen Wahlrechts für Preußen, zu beschränken, sondern mit einem Male auch die volle Parlamentarisierung durchdrücken zu wollen. Sie haben damit nur erreicht, daß der Kanzler, der den besten Willen hatte, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament so innig wie nur möglich zu knüpfen, der mit heißem Bemühen nach Mitteln und Wegen suchte, um, ohne entscheidende Kronrechte aufzugeben, doch dem Reichstage nach Möglichkeit entgegenzukommen, zu Fall kam. Daß die Linksparteien damit vorerst das Spiel im wesentlichen in einem Moment, wo alles zu ihren Gunsten lag, verloren haben, dürften sie inzwischen an der Art ersehen haben, wie ohne jede Mitwirkung des Parlaments die Ernennung des neuen Kanzlers zustande kam, und wie die weitere Besetzung der vakant werdenden Posten im Reiche und in Preußen sich vorbereitet. War die Demokratisierung unserer Verfassungseinrichtungen nicht bloß im Hinblick auf die freieste Gestaltung des Wahlrechts, sondern auch auf die Mitwirkung von Volk und Parlament an der Regierung im Interesse unserer Weltgeltung und Weltmachtstellung für wünschenswert und notwendig hält, kann das Verhalten unserer Linken nur bedauern.

Digitized by Google

Auf die Dauer freilich wird sich auch der Nachfolger Herrn von Bethmann Hollwegs, Reichskanzler Dr. Michaelis, der Notwendigkeit nicht entziehen können, wieder da anzuknüpfen, wo jener aufzuhören genötigt wurde. Nach wie vor bleibt es das große und beherrschende Problem unserer innerpolitischen Zukunft, wie die freie und freudige Mitwirkung aller Glieder unseres Volkes am Staatsleben, wie sein Anteil an der Regierung in Wirklichkeit umzusetzen ist. An dem Vermögen unserer Bureaukratie, das Volk innerhalb der großen Weltzusammenhänge ohne seine eigene Mitwirkung und Mitbestimmung zu regieren, ist das deutsche Volk, vielleicht nicht ohne Mitschuld Herrn von Bethmann Hollwegs, aber ganz gewiß nicht durch seine alleinige Schuld im Laufe des Weltkrieges mehr und mehr irre geworden; kein Kanzler wird ihm dies zurückgeben können. Herrn Dr. Michaelis sagt man nach, daß er einer der gescheitesten und tatkräftigsten unter unseren Bureaukraten sei. Vor Herrn von Bethmann hat er den großen Vorzug voraus, daß er nicht belastet ist mit der Fülle von Gegnerschaften und Widerständen, die dessen Wirksamkeit so unendlich erschwerten. Freilich auf wie lange? Auch wenn es Herrn Dr. Michaelis in seiner heutigen ersten Reichstagsrede gelungen sein sollte[1], an den Klippen der Friedensresolution glücklich vorüberzusteuern und sich eine Schonzeit auf den Gebieten der hohen und auch der inneren Politik, die ihm bisher wesentlich fremd waren, auszuwirken, so wird er doch bald gerade als ein homo novus um so mehr bedrängt werden, Farbe zu bekennen. Um nur eins zu nennen: zu seinen Aufgaben gehört doch auch, das gleiche Wahlrecht für Preußen, das, einmal von der Krone bewilligt und gut geheißen, nie wieder rückgängig gemacht werden kann, durchzuführen. Hier wird er die Unbeugsamkeit und Rücksichtslosigkeit, die er als preußischer Ernährungsdiktator an den Tag gelegt hat und an die mancher Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat schon hat glauben müssen, in ihrer ganzen Ausdehnung anwenden können und müssen. Wer weiß, ob nicht die Rechte noch einmal die Tage des milderen Herrn von Bethmann Hollweg zurücksehnt!

Wir aber wünschen dem neuen Reichskanzler, so sehr wir den Rücktritt Herrn von Bethmann Hollwegs in vieler Beziehung bedauern, Glück und Erfolg auf seinen Wegen. Denn sein Glück und sein Erfolg bedeuten zugleich die des deutschen Volkes, die uns über alles gehen.

„Jedenfalls so frühzeitig“

Von Professor D. Dr. Rudolf Otto, Mitglied des Abgeordnetenhauses

1. „Die Wahlreform jetzt“: so hatten wir auf S. 669 dieser Zeitschrift seinerzeit gewünscht. Diesem Wunsche kommt der neue Königliche Erlaß vom 11. Juli entgegen, ja wir hoffen, daß er die ganze Erfüllung unseres Wunsches bringen wird. Er enthält den Satz: „Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß

[1] Der Aufsatz wurde bereits am 19. Juli geschrieben.

Digitized by Google

die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz erfolgen können." „Jedenfalls so frühzeitig": Das setzt als äußerst zulässigen Termin den Schluß dieser Landtags-Periode. Aber eben nur als äußersten. Es schließt völlig die Möglichkeit ein, den Termin auch früher zu wählen, ja ihn *jetzt* und *sogleich* anzusetzen, wenn dieses im allgemeinen Interesse und im Interesse der Sache selber liegt.

2. Das aber ist nun zweifellos der Fall, und heute noch viel mehr als vor einigen Wochen. Froh und erleichtert atmen wir auf, daß unser früher ausgesprochener Wunsch in Erfüllung gegangen ist: die Regierung und die Krone hat zum ersten Schritte der Osterbotschaft den zweiten getan, der ja nur die richtige Konsequenz des ersten war, sie hat die Zügel ergriffen, die Führung übernommen, ihren festen Willen aufs neue ausgesprochen und weiter geklärt. Das aber schafft dem Parlamente sofort und ohne weiteres die sichere Unterlage, seine Arbeit in dieser Frage zu beginnen, und jetzt und sogleich zu beginnen. Die Situation, der große Moment ist da. Warum also zögern und warten! *Jetzt* ist die Lage klar, die Dinge reif. Also rufe man uns *jetzt* zur Arbeit. Bereits bringen die Zeitungen die Nachricht, daß der Landtag früh, früher als man erwartet hatte, nämlich schon am 9. Oktober, seine Arbeiten neu beginnen solle. Wenn so früh, so tue man noch einen Schritt und rufe ihn noch früher, rufe ihn *jetzt*, damit dieses Riesenwerk getan ist, bevor der Schwall der regelmäßigen Geschäfte hereinbricht. Es braucht Muße und freie Zeit, braucht Wochen für diese Arbeit allein. Die ist im August und September vorhanden, im Oktober und den folgenden Monaten aber nicht mehr.

3. Ein Werk zum innern Frieden, zur Entspannung allzugroßer Spannungen soll die Wahlreform sein. Ist es geschehen, so wird es uns neue, vielleicht ungeahnte Kräfte neuer Sammlung, neuen Mutes, neuer Entschlußfähigkeit geben. Die brauchen wir. Denn wir wollen die große Geduldsprobe bestehen, die uns die Feinde aufs neue auferlegen wollen. Darum fort mit allen Hemmnissen und Aufhaltungen, die sich steigern, je länger man die Entspannung verschiebt. Die fertige, vollzogene *Tat* ist es, die Wunder wirkt und Leben geben wird. Wer vor ihr sich fürchtet, wird den Alpdruck los sein, wenn sie erst fertig vorliegt, wird sich mit ihr abfinden und in die neue Lage der Dinge sich einfügen. Wer auf sie hoffte, wird aus einem Zweifler, Nörgler und Widerstrebenden endlich ein Williger und Zuversichtlicher werden. In beiden Fällen werden Gefühle ausgeschaltet, die die Tatkraft lähmen, wird das Interesse und die Energie, die jetzt durch die inneren Streitigkeiten festgehalten und verbraucht werden, hingelenkt auf das, was zurzeit das eine ist, was not tut: auf Kriegs- und Siegeswillen.

4. Aber — so fragt man — wenn das Parlament widerstrebt! Wenn Regierung und Abgeordnetenhaus, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nicht einig werden? Wenn alles im Leeren verläuft! — Hier frage ich aufs neue, wie in meinem vorigen Aufsatze: „Treffen solche Einwände nicht ganz gleichermaßen zu jeder Zeit zu? Ist

Digitized by Google

die Schwierigkeit, ein etwa widerstrebendes Haus aufzulösen, unmittelbar vor oder nach dem Frieden irgendwie *geringer* als *jetzt*! Sie ist jetzt zweifellos groß genug. Aber später wird sie einfach unübersteiglich sein. Im Tumulte des Kriegsabschlusses ist eine Auflösung ein völliges Unding. Und kein vernünftiger Parlamentarier kann damit rechnen. Ja, weder später noch jetzt kann ein vernünftiger Mensch die Möglichkeit einer Auflösung überhaupt mit in Rechnung ziehen. Parlament und Regierung *müssen* miteinander fertig werden, sobald einmal die Vorlage an das Haus gegangen ist, und sie *werden* miteinander fertig werden. Man mache sich doch nur folgendes klar: Wollte ein Parlament den Widerstand zu *weit* treiben, wohin würde es dann kommen? Zur Auflösung? Nein, niemals. Denn Auflösung würde nach sich ziehen eine Wiederwahl nach dem *alten* Wahlrecht. Das aber ist *unmöglich*, nach dem einmal ergangenen Königsworte! Nicht Auflösung, nicht Wiederwahl wären die Folge, sondern — der *Konflikt*. Der Konflikt in *dieser* Zeit — das ist Wahnsinn. Das hieße, die Regierung dahin treiben, wovor uns ein gütiges Schicksal bewahren wolle: nämlich zu handeln mit Ausschaltung des Parlamentes. Das hieße, sie in die Gewaltmittel und in die Arme der Demokratie jagen. Denn eines ist sicher: *Dieses Königswort kann und wird nicht gebrochen werden.*

5. Aber fort mit solchen Gespenstern, an die niemand ernstlich glaubt. Vielmehr auf zur mutigen, entschlossenen und schnellen Tat. Ihr Erfolg wird ihr um so weniger fehlen, je schneller sie vollzogen wird. Der allgemeine Rahmen des Wahlgesetzes ist durch den Königlichen Erlaß gegeben. Noch ist es Zeit, innerhalb dieses Rahmens ein Werk zu vollbringen, das den unausweichlichen Forderungen der Zeit entspricht, ohne daß man dabei ultraradikalen Richtungen zu erliegen braucht. Auch ein *gleiches* Wahlrecht läßt sich immer noch so ausbauen und gestalten und mit solchen Sicherungen versehen, daß den berechtigten Forderungen organischer Entwicklung entsprochen werden kann. Ein *gleiches* Wahlrecht ist auch ein solches, das gewisse einschränkende Sicherungen enthält, sobald diese *gleichmäßig* alle Stände und Klassen treffen. So würde z. B. eine Zusatzstimme für höheres Alter durchaus im Rahmen eines gleichen Wahlrechtes möglich bleiben. Denn das Alter trifft hoch und niedrig, arm und reich in gleicher Weise. Ein gleiches Wahlrecht schließt ferner nicht aus, daß man bei Bestimmung der Wahlkreise nicht nur die bloße Zahl, sondern auch die Besonderheit von „Land und Leuten“ gebührend berücksichtigt. Noch weniger schließt es aus, daß es nur solchen verliehen wird, die wirklich Zugehörige des Staates Preußen sind und dieses durch eine festzusetzende Mindestfrist ihres Weilens in Preußen bewiesen haben. Es schließt nicht aus, daß es zugleich ergänzt werde durch eine *Wahlpflicht*, die dann ebenfalls gleichmäßig jeden betreffen würde. Es schließt den Proporz nicht aus, der in die Parteiverhältnisse ein stabilisierendes Moment hineinbringen und die Ordnungsparteien vor jähen Überflutungen durch Demokratie und Demagogie schützen würde. Und so würde man vielleicht noch über manche

Digitized by Google

andere Maßregeln nachdenken können, die uns vor übermäßiger Demokratisierung und tumultuarischen Erschütterungen schützen könnten.

6. Über solche Maßregeln nachdenken und darüber sich verständigen könnte man jetzt noch, wenn man nicht mehr zu lange wartet, wenn man nicht aufs neue zögert und hinausschiebt und die Ungeduld zur Siedehitze und die demokratische Flut über alle Ufer steigen läßt. Darum jetzt, jetzt, und nicht nach Monaten! Ob man es später auch noch können wird, ist, wie die Dinge laufen, mehr als fraglich. Und wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, nicht Demokrat ist, kann nur mit Sorgen daran denken, daß das Jetzt wieder verpaßt werden könnte. Jetzt ist der Augenblick da. Der Königliche Erlaß hat den Boden gegeben, auf dem man sich schließlich zusammenfinden muß und wird von rechts und links her. Die Männer der Rechten können nicht auf die Dauer streiten gegen die mächtige Volks- und Zeitbewegung und gegen den königlichen Willen zugleich. Und die Männer der Linken können sich nicht, nachdem die wesentlichen Punkte ihrer Forderungen zugestanden sind, sträuben, nun ihrerseits Sicherungen zuzugestehen, wie etwa die genannten. Gestehen sie sie aber zu und kommen sie so bis zu einer mittleren Linie entgegen, so ist es ausgeschlossen, daß das Parlament nicht zu einer Einigung in sich selbst gelangte, und dann auch mit der Regierung.

7. Soll das aber geschehen, so ist das Parlament „jedenfalls so frühzeitig" zur Arbeit zu berufen, daß nicht der rechte Augenblick verpaßt werde; das heißt aber eben: Jetzt.

Die Wirkung von 5 Monaten U-Bootkrieg

Von Hermann Weil, Frankfurt a. M.

Die lange Dauer des Krieges hat in allen Ländern — sowohl den kriegführenden als auch den neutralen — Verdrossenheit, und das lang andauernde Elend Pessimismus erzeugt, die zu einem Schrei nach Frieden sich gesteigert haben.

Abgesehen von der Umwälzung in Rußland, haben wir in den letzten Tagen gesehen, daß im französischen Parlament sich gegen den Oberbefehlshaber Nivelle, als den für die Menschenschlächterei Verantwortlichen, die Anklagestimmung hervorgewagt hat, die sich aber in Wirklichkeit gegen Poincaré wendet. In England sah sich Lloyd George genötigt, in einer Rede, die sich im Original viel milder und konzilianter[1] liest als in dem vom Wolffschen Bureau veröffentlichten Auszuge, zur Lage Stellung zu nehmen. Er hat viel Wasser in seinen Wein gegossen und mit seinen Mahnungen zum Durchhalten den Ernst, der durch unsere U-Boote geschaffenen Lage, ehrlich zugegeben. Noch am 25. Mai, als die U-Booterfolge etwas zurückgegangen waren, saß er auf hohem Roß; am 1. Juli gab er dagegen schon zu, daß England noch weniger Brot zu essen bekommen und sich von Hafergrütze werde ernähren müssen. Die Quintessenz seiner Rede war aber ein Friedensangebot, das er einem, wie England, parlamentarisch regierten Deutschland machte. Auch in Italien ist die Krisis latent.

Wenn ich nun auch verstehe, daß das Wiederaufleben der russischen Offensive, der Erfolg der

[1] konziliant = entgegenkommend, versöhnlich.

Digitized by Google

Entente in Brasilien und Griechenland, sowie die Dürre im Monat Juni geeignet waren, die Stimmung niederzudrücken, so muß ich doch sagen, daß ein schwerwiegender Grund dafür nicht vorhanden ist. Wir haben die beruhigende Gewißheit, daß bei uns in Deutschland der durch die Dürre verursachte Schaden in erster Linie nur die Frühgemüse betroffen hat und nur der Strohertrag, nicht aber der Körnerertrag der Getreideernte herabgemindert sein wird. Roggen und Weizen stehen in ganz Deutschland recht gut, Hafer und Gerste stehen in Süddeutschland gut, werden jedoch in Mittel- und Norddeutschland eine schwache Ernte geben, die aber längst nicht so schlecht sein wird, wie sie im Jahre 1915 war. Für die Kartoffeln ist der eingetretene Regen überall noch rechtzeitig gekommen, ebenso für die Rüben und Hackfrüchte, so daß wir im großen ganzen mit dem Stand der Ernte zufrieden sein können. Die Wintergerste ist zum großen Teil bereits gedroschen und die Ergebnisse sind gut. Auch der Roggenschnitt hat in Süddeutschland begonnen, so daß wir auch über die Übergangsperiode sehr gut hinwegkommen werden. — Schlechter steht es allerdings in Österreich-Ungarn, wo zwar die Hauptsaat — Roggen und Weizen — auch befriedigt, dagegen Hafer und Gerste durch den Regenmangel größeren Schaden erlitten haben als bei uns. Eine Schätzung der Kartoffelernte ist heute noch nicht möglich, doch sind die Aussichten in Deutschland vielversprechend und der Ertrag dürfte an eine normale Ernte herankommen. Die rumänische Ernte steht sehr gut, so daß von dort ein Zuschuß von 3 Millionen Tonnen zu erwarten ist. Ebenso stehen die Ernten in Bulgarien und der Türkei gut, so daß beide Länder in diesem Jahre der Unterstützung wahrscheinlich nicht bedürfen.

Angesichts der wunderbaren Arbeit unserer U-Boote ist daher die Mißstimmung in Deutschland durchaus nicht am Platze. Wir standen militärisch zu Lande und zur See zu keiner Zeit günstiger als gerade jetzt, und der am 10. d. M. veröffentlichte Hinweis des Admiralstabes auf die praktischen Erfolge des U-Bootkrieges müßte eigentlich jedem logisch Denkenden einleuchten. Es muß hervorgehoben werden, daß ein großer Unterschied zu machen ist zwischen den Hetzreden und Broschüren, die vor Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges verbreitet wurden und der Ansicht Ausdruck gaben, daß mittels der U-Boote England sich innerhalb weniger Monate auf Gnade oder Ungnade werde ergeben müssen, und dem bedachtvollen Maßstabe, den die deutsche Admiralität und die Reichsleitung in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung dem rücksichtslosen U-Bootkrieg beilegten. Ich hatte im Herbst des Vorjahres, als Voraussetzung der Aushungerung Englands, eine tägliche Versenkung von mindestens zwei Getreideschiffen während des ganzen Jahres aufgestellt, also ungefähr 10000 Tonnen per Tag. Die Admiralität rechnete sogar mit der Versenkung von vier Schiffen täglich, ohne aber dabei gewährleisten zu können, daß mindestens zwei davon Getreideladungen enthielten. Trotzdem in der Praxis viel mehr Schiffe im Durchschnitt versenkt wurden, hat das von mir als Minimalforderung aufgestellte Quantum Getreide nicht vernichtet werden können.

Ich habe in meinem Artikel „Götterdämmerung" ausgeführt, daß wir im Februar ein Quantum, das ungefähr 10 Proz. der den Alliierten gehörenden, nicht Kriegszwecken dienenden Handelstonnage ausmacht, versenkt haben und daß, sofern wir noch weitere drei bis vier Monate mit gleichem Erfolge arbeiteten, selbst der fanatischste Engländer werde einsehen müssen, daß ein Fortsetzen des Kampfes unter diesen Bedingungen Selbstmord bedeute und die Alliierten die Hand zur Verständigung bieten müßten.

Der U-Bootkrieg war und ist basiert auf die mathematische Rechnung der Tonnage-Vernichtung. Ich habe in dem schon erwähnten Artikel ausgeführt, daß die den Lebensbedürfnissen der Alliierten dienende, nicht für Kriegszwecke requirierte feindliche Handelstonnage 7,5 Millionen Tonnen beträgt; daß außerdem 3,5 Millionen neutrale Tonnage für die Zufuhren zur Verfügung stehen, wozu in den 5 Monaten noch ungefähr 1 Million Tonnen

Digitized by Google

an Neubauten und uns weggenommenen Schiffen kommen mögen. Davon sind bis Ende Juni 4$^{3}/_{4}$ Millionen Tonnen versenkt worden und mindestens $^{1}/_{4}$ Million durch Strandungen, Kollisionen usw. verloren gegangen; aufgelegt sind von neutralen Schiffen mindestens 1 Million Tonnen, zusammen 6 Millionen. Es verbleiben also noch 6 Millionen[1]. Angenommen, daß in den nächsten 3 Monaten weitere je 200000 Tonnen Neubauten in Dienst gestellt werden — was aber als eine sehr hohe Ziffer zu betrachten ist — und daß es ferner gelingt, noch weitere 600000 Tonnen beschlagnahmte deutsche Schiffe zu reparieren, was übrigens sehr fraglich ist, so kommt die Entente wieder auf 7,2 Millionen. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die Versenkungen im Tempo von 1 Million pro Monat durchgehalten werden; dann steht die Entente in 3 Monaten nur noch mit einem Saldo von 4,2 Millionen Tonnen da und damit vor der vollkommenen Unmöglichkeit, ihre Bedürfnisse noch weiter zu verfrachten. Selbstverständlich gibt es noch viel mehr neutrale Schiffe, aber diese sind für den Dienst ihrer Heimatländer durchaus unentbehrlich. Ebenso unentbehrlich sind die von den feindlichen Regierungen zum Kriegsdienst requirierten Schiffe. Gerade am 4. Juli machte der große Reeder Houston in Liverpool der englischen Regierung die bittersten Vorwürfe darüber, daß sie die besten, schnellsten und größten Liniendampfer als Hilfskreuzer, Lazarett- und Truppentransportschiffe in Dienst gestellt habe, nachdem sie es versäumte, rechtzeitig Wach- und Truppentransportschiffe zu bauen. Außer den von unserer Admiralität veröffentlichten Versenkungen sind noch eine große Anzahl Dampfer bei Lloyds als überfällig gemeldet, und die Tatsache, daß sie im Stillen Ozean überfällig sind, ja, daß sogar der große Liniendampfer „Mongolia" in der Nähe von Bombay auf eine Mine lief und unterging, beweist, daß nicht nur unsere U-Boote draußen sind, sondern daß auch die „Möve" Eier gelegt hat und die Nachkommenschaft der Mutter alle Ehre macht. Wir haben daher Grund anzunehmen, daß die feindlichen Verluste an Tonnage noch größer sind, als wir wissen, und dies um so mehr, als die „Times", „Morning Post" und „Manchester Guardian" fast täglich melden müssen, daß ein neuer englischer Hafen gesperrt werden mußte, weil er durch Minen verseucht ist. Unsere Minenleger arbeiten in aller Stille ebenso erfolgreich wie unsere U-Boote, nur daß wir von ihren Verdiensten erst nach dem Kriege Kenntnis erhalten werden.

Um einen Begriff zu geben, wie groß die Anzahl der Schiffe sein muß, um den Trafik zu bewerkstelligen, muß ich bemerken, daß Tausende von Schiffen lediglich als Patrouillenschiffe nötig sind, um die Kanäle, Fahrtrats und Hafeneinfahrten zu bewachen; ferner sind viele Hunderte größere und kleine Schiffe als Minensucher tätig, sowie viele Bewachungsschiffe für die von den Engländern ausgelegten Minenfelder, und zu jedem Convoi von 4 bis 5 Schiffen gehört die doppelte Anzahl von Bewachungsschiffen. Wenn man bedenkt, daß außerdem noch die vielen Lazarett- und Truppentransportschiffe notwendig sind, um die Truppen und Ersatztruppen aus allen Weltteilen zusammen zu holen, ebenso die Lebensmittel, Pferde, Munition, Flugzeuge, Automobile, Eisenbahnteile, Holz, Zement usw., ferner die ungeheuere Zahl von Schiffen für die Kohlentransporte und die Erfordernisse der Flotte, so wird man ohne weiteres begreifen, daß die englische und alliierte Admiralität 60 Proz. der ganzen Tonnage für ihre Zwecke benötigt. Dann wird man auch begreifen, daß es dazu kommen konnte, — wie wir aus einwandfreien amtlichen Quellen wissen — daß England das in Australien lagernde Weizenquantum von zirka 3,5 Millionen Tonnen nicht abtransportieren kann, so daß es dort, da Lagerhäuser nicht vorhanden sind, im Freien dem Verderb durch die Witterung, durch Un-

[1] Diese Angabe erscheint etwas optimistisch; die von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" kommt nach sehr eingehenden Untersuchungen zu dem Schluß, daß England allein (also ohne die Neutralen) Ende Mai noch einen Frachtraum von 6600000 Tonnen (also Anfang Juli etwa 6 Millionen Tonnen) zur Verfügung gehabt haben dürfte, und daß auch die England dienstbare fremde Tonnage noch größer sei, als man seinerzeit gerechnet habe.

Digitized by Google

gezieser und Mäuse preisgegeben ist. Andererseits importiert England aus Amerika Schundweizen, der sonst nur zu Schweinefutter und zur Destillerie Verwendung fand, und zwingt die Müller, zu je 1000 qrs. Nr 1 und 3 ein entsprechendes Quantum 4, 5 und 6 zu vermahlen und dies lediglich deshalb, weil zum Transport von Nordamerika nur ein Drittel oder ein Viertel der Tonnage notwendig ist, welche der Transport von Australien erfordert. Auf diese Praxis sind auch die Beschwerden der Londoner Bäcker zurück zu führen, die Lloyd George, wie dies „Times" in ein emgroßen Artikel mitteilten, erklärten, daß sie nicht gewillt seien, diesen „most wretched stuff" (elendes Zeug) noch fernerhin zu verbacken; das Brot sei für das Publikum ungenießbar, und zwei Bäcker mußten 1600 Laibe Brot ins Wasser werfen, weil sie selbst als Schweinefutter unbrauchbar waren. Die Zusammensetzung des Mehls rufe nur Krankheiten, Koliken und Unzufriedenheiten hervor. Lloyd George hat darauf Abhilfe versprochen.

Ich muß zugeben, daß ich seinerzeit in meiner Berechnung die Segler nicht erwähnt habe, welche zwar keine große Hilfe sind, aber immerhin für die Transporte von Australien nach der amerikanischen Pacific-Küste eine Rolle spielen und auch im Salpeter- und Holztransport Verwendung finden, ohne daß dies jedoch von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Ich komme nun zur Getreideversorgung. Hier bin ich, wie es scheint, von vielen Herren gründlich mißverstanden worden, und ich will deshalb zunächst wiederholen, was ich in meinem besagten Artikel festlegte. Dann werde ich feststellen, wie sich die Berechnungen in der Praxis bewährten und welche Fehler unterliefen.

Ich berechnete auf Grund der amtlich mitgeteilten Verschiffungen vom 1. August bis 17. März und der am 1. August im Lande befindlichen Vorräte aus Import und eigenen Ernten, sowie des normalen Verbrauches bis 1. Februar und des verminderten Verbrauches ab 1. Februar, daß ohne neue Zufuhren die Vorräte in England bis zum 21. April, in Frankreich und Italien bis Ende Mai reichen würden. Ich fügte hinzu, daß noch eine Reserve in dem am 1. August auf See schwimmenden Quantum von zirka 5 Millionen qrs. vorhanden sei, wovon ungefähr zwei Drittel für die Entente bestimmt waren, wegegen aber die Versenkungen durch die U-Boote in Rechnung gestellt werden müßten. Ich führte ferner aus, daß mit einer weiteren wöchentlichen Weltverschiffung von ungefähr 1 Million qrs. zu rechnen sei, welche — auf Basis der Ankünfte im Monat Januar, die für England nur noch 380000 qrs. betrugen — wahrscheinlich für England nur noch 350000 qrs. wöchentlich, für Frankreich und Italien nur noch je 220000 qrs. betragen würden, während das Restquantum an die Neutralen gehe. Von diesen letzteren würden Spanien, Brasilien und die nichteuropäischen Länder von der Entente in ihren Zufuhren unbehelligt bleiben, während die Zufuhren für Holland, die Schweiz, Skandinavien und Griechenland unsicher seien. Mit Ausnahme von Schweden und Griechenland haben die Neutralen bis jetzt ihr Kontingent größtenteils erhalten. Schweden blieb lange gesperrt, und erst am 1. Juli sind einige wenige Schiffe durchgelassen worden.

Auf Grund dieser Berechnungen wären die Vorräte in den alliierten Ländern inkl. der wöchentlichen Zufuhren vom 17. März ab, in England ungefähr Ende Mai, in den anderen Ländern Ende Juni, erschöpft gewesen, und die Alliierten hätten von da ab nur von den Zufuhren plus Viehreserven leben müssen.

Ich muß nun allerdings mitteilen, daß die Verladungen sich im Durchschnitt höher gestellt haben und zwar auf 1200000 qrs. per Woche, wovon die nichteuropäischen Länder und die europäischen Neutralen ungefähr 250000 qrs. wöchentlich erhalten haben. Es sind mir die Ziffern bis zum 29. Juni bekannt, auf Grund deren ich berechnen muß, daß die Zufuhren an die Alliierten wöchentlich 950000 qrs. gewesen sind, statt wie von mir angenommen 790000 qrs.; also ungefähr 160000 qrs. per Woche gleich 2,4 Millionen qrs. bis 22. Juni, die zweifellos England zugute gekommen sind.

Digitized by Google

An Gerste dürfte England weitere 400000 qrs. für Mahlzwecke verwendet haben. Außerdem behaupten die Engländer noch ungefähr eine halbe Million Quarters Mehl in der sogenannten zweiten Hand besessen zu haben; das macht zusammen 3,3 Millionen qrs. Durch Mischung von Mais-, Bohnen- und Reismehl wollen wir eine Ersparnis von weiteren 500000 qrs. annehmen. Das würde das Durchhalten Englands auf weitere 7 1/2 Wochen, also bis Ende Juli, ermöglichen. Die Engländer werden alles aufbieten, um die Verschiffungen auch weiterhin auf der Höhe von 1,2 Millionen zu halten, jedoch müssen sie seit Mitte Juni an Frankreich mindestens 500000 qrs. wöchentlich liefern, weil Frankreich fast gar nichts mehr hat; ferner an Italien 200000 und an Belgien und Holland 150000 qrs., während die Schweiz, Spanien, Brasilien, Griechenland und Skandinavien ebenfalls 200000 qrs. per Woche bekommen, so daß für England selbst sehr wenig bleibt. Daher rühren auch die jetzigen Bestrebungen, weder der Schweiz, noch Schweden und Holland weitere Zufuhren zu gestatten, selbst auf die Gefahr hin, das besetzte Belgien und Frankreich ohne Nahrung zu lassen. Trotz alledem dürften für England selbst nur etwa 350000 bis 400000 qrs. per Woche ab 22. Juni bis Anfang September, also für die Dauer von 10 Wochen, gleich 3,5 bis 4 Millionen qrs. verbleiben, oder 7 bis 8 Wochenrationen. Bei all diesen Rechnungen ist aber das Quantum abzuziehen, das die U-Boote versenkt haben und noch versenken. Da wir die Ladung der versenkten Schiffe nur zu einem relativ kleinen Teil kennen, so ist als Maßstab eine Bemerkung der englischen Fachpresse bemerkenswert, welche feststellt, daß es noch in keiner Woche den U-Booten gelungen sei, volle 10 Proz. Getreid zu versenken. Wenn wir nur 9 Proz. annehmen, so würde das für ein halbes Jahr schon 2 3/4 Millionen qrs. ausmachen, und für das ganze Jahr seit dem 1. August kommen wir bestimmt auf eine Versenkungsziffer für Weizen, Mehl und Futtergetreide von weit über 1 Million Tonnen, welche an den verschifften Quantitäten fehlen. Insgesamt stellt sich das Getreideminus des laufenden Jahres gegen das Vorjahr bei der Entente auf 3,5 Millionen Tonnen Minderverladungen, 2,5 Millionen Tonnen Mindererne und 1 1/4 Millionen Tonnen Versenkungen; total 7 1/4 Millionen Tonnen, die sich selbstverständlich im Juli, August und September erst richtig fühlbar machen werden.

Auch die Verschiffungen von Futtergetreide sind anhaltend sehr klein geblieben und erreichen im Durchschnitt kaum zwei Drittel des normalen Bedarfs. Tatsache ist, daß Frankreich schon seit Anfang Juni vollständig ohne Hafer und nur auf die kleinen überseeischen Zufuhren angewiesen ist.

Auch Englands Vorräte an Futtergetreide sind erschöpft, wenngleich der Bedarf hierin durch die vermehrten Abschlachtungen nachgelassen hat. England hat den anfänglich uns nachgemachten fleischlosen Tag wöchentlich längst wieder aufgehoben, nachdem es die Erfahrung gemacht hatte, daß in den Monaten Februar, März und April der Brotkonsum genau so hoch blieb wie in Friedenszeiten. Food Dictator ordnete darauf an, daß jedermann täglich 3/4 Pfund Fleisch essen solle, um Brot zu ersparen. Das bedeutet 5 1/4 Pfund Fleisch pro Woche, oder mehr als das Doppelte des normalen Konsums, oder einen Monatskonsum von 500000 Tonnen Fleisch. Da aber die normale Inlandsproduktion nur 125000 Tonnen per Monat beträgt, der frühere Import von ebensoviel Tonnen auf die Hälfte, gleich 62000 Tonnen, zurückgegangen ist, so erfordert der monatliche Mehrverbrauch an Fleisch von 312000 Tonnen die Abschlachtung von 1,5 Millionen Stück Rindvieh per Monat. Dies geschieht in England nun schon seit 3 Monaten, so daß die inländische Fleischproduktion, Milchertrag und Dung schon ganz gewaltig zurückgegangen sind. In einem Monat wird der Viehstand auf die Hälfte reduziert sein, denn er betrug nur 12 Millionen Stück. Dann bleibt noch die Schweine- und Schafreserve, die aber schon jetzt eine bedeutende Einbuße erlitten hat. In diesem Frühjahr trat infolge der kalten Witterung ein großes Sterben unter der Lämmern und Mutterschafen

Digitized by Google

auf, das 25 bis 50 Proz. des Bestandes ausmachte, so daß also auch diese Reserve nur den Fleischverbrauch von einem Monat deckt. Selbst wenn 15 Millionen Stück Schafe abgeschlachtet werden, so ergibt das kaum mehr als 300000 Tonnen Fleisch.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß die englische Getreideernte erst Ende September schnittreif und in der Regel nicht früher als im November—Dezember mahlfähig wird. Es regnet erfahrungsgemäß sehr oft in der Erntezeit, und zum Trocknen und Dreschen wird viel mehr Zeit gebraucht, als bei uns.

Trotz der großen Worte Lloyd Georges über den Mehranbau sind in diesem Jahre überhaupt nur 400000 Hektar Land mehr angebaut worden als im Vorjahr; dabei ist der Weizenanbau sogar um 8 Proz. zurückgegangen. Der Gerstenanbau blieb gleich und nur Hafer und Kartoffeln haben eine Vermehrung von 8 bis 10 Proz. erfahren. Dabei ist die Überwinterung des Weizens in England schlecht (infolge der strengen Kälte ohne Schnee). Der Frühjahrsanbau war außerordentlich verspätet, weil es bis zum 21. Mai in ganz England nicht geregnet hat, und die „Times" vom 2. Juli meldet ausdrücklich, daß der Stand von Weizen, Hafer und Gerste durch die im Juni herrschende Hitze zum mindestens ebensosehr gelitten hat, wie der unsrige. Da aber bei uns Roggen und Weizen, in England dagegen Gerste und Hafer die Hauptsache sind, so hat der ungünstige Juni England viel härter getroffen als uns.

Auch die großen Ankündigungen über den projektierten Neuanbau von 3 Millionen Acres gleich 1,2 Millionen Hektar für das Jahr 1918 finden in England selbst die größte Opposition, und Sachverständige allerorts weisen darauf hin, daß die Umwandlung so großer Flächen Grasland in Ackerland eine solche Unsumme an Entwässerungskanälen, Drainage usw., Anlagen neuer Wege, Arbeitern, Motorpflügen und Düngemitteln erfordere, daß es von vornherein ausgeschlossen sei, dieses Projekt durchzuführen. Man betrachtet diesen Versuch praktisch als ein großes Fiasko, wobei wertvolles Weideland mit sicherem Ertrag aufs Spiel gesetzt werde, um einem Phantom nachzujagen. Es kann uns ja nur recht sein, wenn England dieses Projekt verwirklicht, vorausgesetzt, daß es die Hunderttausende von Arbeitskräften auftreiben kann.

Der Kartoffelstand in Irland ist ebenfalls schlecht und weite Strecken leiden unter Mehltau. Die jüngste Nachricht, daß England jetzt Kartoffelzufuhren in genügender Menge habe, ist wieder eine echte Reutermeldung. Die „Times" vom 2. Juli besagt ausdrücklich, daß noch keine englischen Kartoffeln auf den Markt kommen. Man erwartet 40000 Tonnen aus Spanien, 35000 Tonnen aus New Yersey, 10000 Tonnen von Kapstadt und 12000 Tonnen von Holland. Letztere faulen einstweilen dort, wegen Mangel an Schiffsraum. Aber selbst wenn alle diese Quantitäten untorpediert nach England kommen sollten, so erlauben diese 100000 Tonnen der englischen Bevölkerung einen Monatsverbrauch von 1 Kilo Kartoffeln während der nächsten beiden Monate, denn erst Mitte August beginnt die englische Frühkartoffelernte.

Die schlimmsten Monate für die Ernährung Englands sind die Monate Juli, August und September, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Situation für das Land von Woche zu Woche prekärer[1] wird. Bei der wunderbaren Arbeit unserer U-Boote werden die Lebensmittel ja nicht verschont und schließlich ist auch die Lebensmittelfrage vor allem Tonnagenfrage.

Kapitän Bathurst verlangte, daß jedermann täglich wenigstens 2 Stück Brot sparen solle, oder die Gesamtheit 80 Millionen Stück, um dadurch die Zwangsrationierung zu vermeiden. Sein Nachfolger, Lord Rhondda, ist Gegner der Zwangsrationierung. Er behauptet, aus Deutschland gehört zu haben, daß sehr viel Schwindel mit den Brotmarken getrieben und der Schleichhandel gefördert werde, und daß man die ungeheuere Menge von Männern zur Überwachung

[1] prekär = unsicher, mißlich.

Digitized by Google

und das Papier für die Formulare usw. besser anderweit benützen könne. Er behauptet, mit dem War Saving Committee und gegenseitiger Kontrolle der Haushalte mehr Ersparnisse erzielen zu können, als mit der Zwangsrationierung. Tatsächlich können wir ja nicht leugnen, daß bei uns in dieser Beziehung nicht alles ist, wie es sein sollte.

Daß Lord Rhondda das Ausbrüten von Geflügel verbot und die Abschlachtung aller Hähne, die für Zuchtzwecke nicht notwendig sind, sowie aller Hühner, die älter als ein Jahr sind, anordnete, sowie der Vorschlag der Lady Rhondda, daß alle Nichtarbeiter wöchentlich einen vollständigen Fasttag halten sollen, beweist zur Genüge den Ernst der englischen Situation. Nicht minder auch die Tatsache, daß in den India-Docks Hunde- und Katzenfleisch verkauft wird und dort die arme Bevölkerung stundenlang Posten steht, um etwas von diesem Fleisch zu erhaschen.

Auch Frankreichs Ernte steht schlecht. Der Anbau ist um 2 Millionen Hektae zurückgegangen; die Überwinterung war miserabel und die Junihitze hat Frankreich mindestens ebenso schwer betroffen wie uns. Minister Violette hat bei seinem Amtsantritt Anfang Mai eine Bestandaufnahme veranlaßt und daraus das betrübende Fazit erhalten, daß — ähnlich wie bei uns — 1 100000 Tonnen Weizen weniger vorhanden waren, als die theoretische Ernteziffer ergeben hatte. Auch in Frankreich ist also viel mehr verfüttert oder verzehrt worden, als erlaubt war. Dieses Manko muß in den Monaten Juni, Juli, August ersetzt werden. Die Zufuhren im Juni waren in Frankreich klein und die Verhältnisse liegen noch härter als in England, denn der französische Süden, der frühe Ernten hat, ist gerade am schlechtesten angebaut worden, und die Zufuhren von Algier und Tunis, auf welche Frankreich von August an rechnen zu können glaubt, begegnen auch wieder unseren U-Booten. In den algerischen Häfen verdirbt das Getreide wegen Schiffsmangels.

Auch in Frankreich ist der Viehstand derart dezimiert, daß fleischlose Tage mit größter Strenge durchgeführt werden sollen, dann aber wird man wieder mehr Brot brauchen, denn von Gemüse allein können die Leute nicht leben. Daß die französischen Kriegsgefangenen noch immer die Brotrationen erhalten, ist ein politischer Trick.

Am besten hat sich noch Italien gehalten, das, als es seine schlechte Maisernte erkannte, schon im vorigen Herbst zu großen Abschlachtungen schritt und dadurch Getreide und Mais für die Bevölkerung reservierte. Die neue Weizenernte wird offiziell mit 1 Million qrs. schlechter als im Vorjahr geschätzt, hat aber seitdem durch Überschwemmungen schwer gelitten und dürfte demnach noch schlechter sein. Die Maisernte läßt sich bis jetzt gut an.

Infolge der Versenkung von drei Weizendampfern, Ende Juni, im Golf von Neapel blieb die ganze Provinz Calabrien einige Tage ohne Brot. Der Lebensmittel-Minister Canepa ist ebenfalls gegen die Einführung der Brotkarte wegen der damit in Deutschland gemachten Erfahrungen. Er hat dagegen die Mehlzuweisungen an jede Gemeinde durchgeführt, welche ihrerseits den Verbrauch zu kontrollieren hat.

Auch in Rußland ist der Anbau stark zurückgegangen und zwar, wie angegeben wird, infolge schlechter Witterung, Arbeitermangel und Bauernstreiks. In dem wichtigen Dongebiet sind die Saaten stark ausgewintert. Bemerkenswert ist, daß die russischen Bauern sich weigern, Getreide — selbst gegen Bezahlung — abzuliefern. Das Geld hat seinen Wert verloren und die Bauern geben Getreide höchstens im Austausch gegen andere von ihnen benötigte Dinge ab. Sie kümmern sich nicht darum, ob Rußland als Ganzes leidet und wie Stadt und Armee zu ernähren sind; sie verbergen das Getreide vor den Lokalkommissionen derart, daß es ihnen selbst verdirbt. Der Lebensmittel-Minister erklärte, daß es unmöglich sei, gegen viele Millionen Bauern mit Gewalt vorzugehen. Dieses Problem stelle die schwerste Gefahr für Rußland dar; kann Petersburg nicht ernährt werden, so kann keine Macht der Welt den Zusammenbruch der Regierung verhindern, gleichviel, welche Art Regierung es sei.

Digitized by Google

Die Lieferungen Nordamerikas sind größer, als man theoretisch errechnen konnte; das erklärt sich einesteils durch die Zufuhren, die von Australien nach der Pacific-Küste seit April organisiert sind. Andererseits mag durch die enorm hohen Preise der Inlandkonsum seit April zurückgegangen sein und außerdem wurden erhebliche Mengen Weizen Nr. 4, 5 und 6, Sorten, die sonst als Schweinefutter dienten, nach England verladen.

Der Stand der neuen Weizenernte in Amerika nach Ausweis vom 9. Juni schlecht und erlaubt theoretisch einen Export von 9,5 Millionen qrs. Die Monate Juli und August können aber diesen Ertrag noch verschlechtern. In Wirklichkeit sind die Resultate fast immer geringer als die Schätzungen im Juli. — Die erste Schätzung des Maisanbaues ist sehr hoch und (mit 3 124 000 000) um 600 Millionen Bushels höher als im Vorjahre. Auch hier gilt wieder das oben Gesagte; in den kommenden Monaten verringert sich der Ertrag gegenüber der Schätzung zumeist bedeutend.

Die Hafer- und Gersteschätzungen halten sich ungefähr wie im Vormonat.

In normalen Jahren hat Nordamerika nur ungefähr 3 Proz. seiner Ernte in Mais, Hafer und Gerste für den Export übrig gehabt. Die amerikanische Regierung gibt sich die größte Mühe, den Export in diesem Jahre zu heben, vor allem durch Verminderung des Verbrauches in Amerika selbst. Der Lebensmitteldiktator Hoover hat einen Aufruf in Millionen Exemplaren an alle amerikanischen Hausfrauen versandt, in welchem er sie auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß weniger Brot und Fett gegessen wird und keinerlei Nahrungsmittel in irgendeiner Form verschwendet werden, damit auf diese Weise der Konsum um 20 Proz. verringert werde. Es ist kein Zweifel, daß Amerika sparen kann, wenn es will; ob aber praktisch das Volk diesen Wunsch der Regierung erfüllt, muß erst abgewartet werden.

Da Argentinien bis zum Frühjahr 1918 als Lieferant ganz wegfällt und seither 60 Proz. von Mais und 25 Proz. von Hafer geliefert hat, so muß Amerika auf alle Fälle ca. 200 Millionen Bushels mehr liefern als seither. Auch hier gilt nicht das Wort der Lieferungsmöglichkeit, sondern der Verschiffungsgelegenheit.

Über Kanadas Ernte sind bis jetzt keine Schätzungen bekannt. Wenn die Entente so verblendet sein sollte, den Kampf noch in das Jahr 1918 hinein zu führen, so wird der Kampf der U-Boote noch unterstützt werden durch die Notwendigkeit, für die Entente so viel mehr Getreide gegen 1916/17 zu importieren, als ihre eigenen Ernten 1917 durch Minderanbau und Mindererertrag der Ergänzung bedürfen. Der Weizenbedarf muß größtenteils von Indien und Australien gedeckt werden und bedarf daher der dreifachen Tonnage. Allein für Frankreich handelt es sich schon um einige Millionen Tonnen Mehrimport.

Nichts illustriert die Bedeutung des U-Bootkrieges besser als die Steigerung der Frachten, die von 15 sh. per Tonne in normalen Zeiten auf 450 sh. gestiegen sind; 400 sh. wurden von Brasilien nach Le Havre gezahlt und das Verhältnis findet sich überall.

Es ist gar nicht denkbar, daß die besonnenen Elemente in Frankreich und England eine derartige Verlängerung und die systematische Versenkung der Handelsschiffe noch lange hinnehmen, denn selbst wenn es gelingen sollte, den monatlichen Neubau an Schiffen auf 3 000 000 Tonnen zu steigern, so bleibt doch die Gefahr bestehen, daß unsere U-Boottätigkeit dauernd auf 900 000 bis 1 Million Tonnen monatlich beharrt, so daß die Schiffstonnage mathematisch auf ein Minimum reduziert wird.

Schon laufen große englische Zeitungen wie „Manchester Guardian" und „John Bull" Sturm gegen Lloyd George; auch in Frankreich ist die Kriegsmüdigkeit ungeheuer gestiegen, und Lloyd Georges letzte Rede ist nichts anderes als eine goldene Brücke, um sich selbst aus dem Dilemma zu ziehen. Seine Rede war außerordentlich geschickt und diabolisch klug. Nachdem es ihm gelungen war, die neue russische Regierung, speziell Arbeiter und Soldaten, von einem Sonder-

Digitized by Google

frieden mit Deutschland abzuhalten, nicht nur durch Bestechungen und Drohungen mit der Besetzung Sibiriens durch Japan, sondern auch mit Erregung des Mißtrauens, daß das militärische und reaktionäre Deutschland über kurz oder lang den Russen ihren Zaren wieder aufzwingen werde, setzte er den Hebel auch in Deutschland selbst an, um zum mindesten Unzufriedenheit oder noch mehr Unheil anzuregen. Er rechnete damit, daß die leitenden Kreise, und besonders die Konservativen und Alldeutschen, jetzt erst recht nicht für Reformen zu haben wären, weil er diese als englisches Kriegsziel aufstellte, und hoffte dabei auf die deutsche Uneinigkeit und ihre Folgen. Er sprach vorsichtigerweise kein Wort von der Zertrümmerung Deutschlands, kein Wort gegen das Haus Hohenzollern, noch weniger von Elsaß-Lothringen, sondern erwähnte nur Mesopotaminen, dessen Zukunft er als die eines unabhängigen Landes unter internationaler Kontrolle durchschimmern ließ; selbst die Hottentoten wollte er ein Plebiszit[1] veranstalten lassen, ob sie lieber deutsch bleiben oder à la Kitchener behandelt sein wollten. Dagegen sagte er, daß mit einem parlamentarisch regierten demokratischen Deutschland — wie England, Italien und Frankreich — also mit monarchischer Spitze, er sich leichter zu Verhandlungen an den Tisch setzen könnte, wenn nur Belgien erst wieder hergestellt wäre. Nicht aber als Vasall Deutschlands, sondern als freier Staat (aber auch nicht als Sprungbrett der Entente).

Wenn wir nun in Deutschland, nicht etwa auf Lloyd Georges Antrieb, sondern entsprechend den längst geäußerten Wünschen des Reichstagsausschusses, eine gesunde Reform mit parlamentarischer Verantwortung treffen, dann kann er seinen Engländern gegenüber ruhig behaupten, es sei sein Werk; er hat gegen den preußischen Militarismus gekämpft, Deutschland hat sich demokratisiert, sein Kriegsziel ist erreicht und die Verhandlungen können beginnen. Dann ist ein Verständigungsfrieden mit England um so mehr erleichtert, als das Gerede von der Aushungerung Deutschlands angesichts der neuen Ernte nicht mehr haltbar ist und die U-Boottätigkeit für jeden Engländer eine sehr zwingende, überzeugende Sprache spricht.

Trotz alledem ist ein Verständigungsfrieden der Erkämpfung eines Machtfriedens vorzuziehen. Der Krieg kostet viel Geld, und wenn er noch lange dauert, so wird nur noch ein Land — Amerika — imstande sein, die Kriegskosten zu zahlen, das aber nur schwer dazu wird herangezogen werden können. Unter Verständigungsfrieden verstehe ich vor allem vollkommene Wiederherstellung der Handelsfreiheit, die Freiheit der Meere, Wiederherstellung der Patente, Herausgabe der beschlagnahmten Vermögen der besetzten Gebiete und eine großzügige, geschlossene Kolonie in Afrika. Ist das nicht zu erreichen, so gilt die Losung: Durchhalten und die U-Boote arbeiten lassen.

Nachschrift. Es sind inzwischen zwei weitere Wochenverschiffungen bekannt geworden und zwar betragen sie 1 200 000 resp. 1 Million qrs. Weizen. Gerade in der ersten Juliwoche sind also die Verschiffungen stark zurückgegangen, dagegen die Hafer-Verschiffungen auf 436 000 resp. 708 000 qrs. gestiegen. Da Hafer ein Drittel mehr Frachtraum beansprucht als Weizen, so beweist dies einesteils, daß mehr Weizen nicht vorhanden war, und andererseits den großen Haferbedarf in England und Frankreich. Jedenfalls steht damit auch die Bemerkung Lloyd Georges in Zusammenhang, daß an Stelle von Weizenbrot Hafergrütze gegessen werden müsse. — Sowohl die Fachpresse als auch die „Morning Post" und „Times" vom 10. und 11. Juli sind voll Klagen über die schlechte Beschaffenheit des englischen Kriegsbrotes. Die Bäcker-Vereinigungen machen offiziell bekannt, daß Tausende und Abertausende von Vierpfund-Brotlaiben haben vernichtet werden müssen, weil sie nicht einmal zu Schweinefutter verwendet werden konnten. Schuld an diesem Zustande sei die Vermischung des Brotmehles mit Mais-,

[1] Plebiszit = Volksabstimmung.

Digitized by Google

Bohnen- und sogar Erdnuß-Mehl, und zwar soll die Streckung mit diesen Zusätzen nach Angabe der Bäcker 30 bis 50 v. H. betragen. Das damit hergestellte Brot ist nicht nur unbekömmlich, sondern direkt ungenießbar. Einem Beauftragten des War Saving Committees[1] wurde nachgewiesen, daß bei einem Bäcker 97 Sack dieses schlechten Mehles weggeworfen werden mußten. Die Bäcker verlangen Wiedereinführung der Ausmahlung auf 76 Proz. und Weglassung der schlechten Beimengungen, sowie ein Verbot, die schlechten Weizensorten 4, 5 und 6 mit zu vermahlen.

Die „Times" vom 10. Juli bringt die Antwort des Lebensmittel-Ministers, wodurch, wie es scheint, das Publikum darauf vorbereitet werden soll, daß es genötigt sein wird, Brot aus allen möglichen Mehlmischungen zu essen. Der Minister führt jedoch aus, es sei zu hoffen, daß das Brot besser werde, wenn erst Müller und Bäcker in der Herstellung und Behandlung des Mehles mehr Erfahrung gewonnen haben werden. Die Hauptsache bleibe die Ersparnis von Weizen, und dazu bleibe nur ein Weg, den vorhandenen Weizen mit anderem importierten Getreide als Zusatz zu vermischen. Es müsse genommen werden, was nahe bei der Hand sei, und die Müller müßten sich nur besser einrichten, um daraus ein besseres und bekömmlicheres Mehl herzustellen. Die Müller dagegen verlangen Import von gutem Weizen, selbst auf Kosten der Munitionstransporte.

Außerdem wurde im Oberhaus scharf Klage geführt über das Verbot der Herstellung von Jagdmunition. Der Minister verteidigte sich damit, daß im letzten Jahre 3300 Tonnen Blei und 500 Tonnen Kupfer nötig waren, um die Jagdmunition herzustellen, und daß er schon genötigt gewesen sei, den Bleiballast der Vergnügungs-Yachten zu beschlagnahmen. Die Gegner der Verordnung machten darauf aufmerksam, daß mit jeder Tonne Munition 20 000 Feldhühner geschossen werden können gleich 15 000 engl. Pfd. Fleisch, und daß, wenn auch die Fasanen ziemlich ausgerottet seien, doch die Wald- und Rebhühner bei Verbot des Abschusses derart überhand nehmen würden, daß sie einen großen Schaden für die Felder bedeuteten.

Die Neutralen und wir

Von Prof. Dr. Rade, Marburg

Die Neutralen werden für uns immer wichtiger. Das ist weder ein Geheimnis noch ein Zeichen der Schwäche. Es ist einfach natürlich. Unsere Feinde legen sich auf den Krieg immer mehr fest. Um so interessanter werden für uns die beweglichen Faktoren. Auch die neutralen Staaten ihrerseits machen eine ähnliche Entwicklung durch. Je länger der Krieg währt, desto schwerer ist es für sie, sich von ihm fernzuhalten. Viele, die es sicher erst im Sinn hatten, haben es schon nicht mehr vermocht. Die Bedeutung der Neutralität der Staaten, die sie noch wahren, ist dadurch nur gewachsen. Wir sollten einige Folgerungen daraus ziehen.

Es ist uns Deutschen von Anfang des Krieges an nicht leicht geworden, zu den Neutralen das richtige Verhältnis zu finden. Sehen wir von Belgien ab, so lag für die Regierung wohl die Aufgabe sehr einfach. Aber das Volk hatte damals für Neutralität überhaupt keinen Sinn. Man hatte in der Leidenschaft des Zusammenstoßes und im Gefühl des erlittenen Unrechts den Begriff, daß da niemand neutral bleiben könnte.

[1] Kriegssparkomitee

Digitized by Google

„Wer nicht für mich ist, der ist wider mich." Da nun die feindlichen Völker auch so empfanden und die Neutralen hierauf zum Teil sehr lebhaft reagierten, begann der große Wettbewerb um die Seele der Neutralen. Nicht eben glücklich von uns geführt, wie heute jedermann sagt, wild, stoßweise, ohne Einfühlung in die äußere und innere Situation des Adressaten. Es hat freilich nicht an der Zurückhaltung der Feinde gelegen, wenn sie mehr Erfolg hatten. Jedenfalls ist uns die plumpe Propaganda bald selber leid geworden: diese Periode ist vorüber.

Aber noch immer gibt es Deutsche genug, die Begriff und Wert neutraler Gesinnung nicht verstehen wollen. In solcher Sache, in solchem Krieg muß jedermann Partei ergreifen! Nun, mit dem Gemüte wohl. Sympathisieren mit hüben oder drüben werden unter den Neutralen gewiß alle, die diese Katastrophe überhaupt innerlich mit erleben. Aber was es zu begreifen gilt, ist, daß der neutrale Staatsbürger von Politik und Grundsatz eben doch seine Neutralität behaupten kann und wird. Das gilt von den Verantwortlichen voran, aber auch von ganzen Volksschichten und Massen. Es gilt z. B. in hohem Grade von den Deutschschweizern. Es ist ihnen seit Kriegsanfang von vielen Deutschen zugemutet worden, daß sie für uns Partei ergreifen sollten wie die Welschschweizer für die Franzosen. Wir haben es als Kränkung und — Verrat empfunden, wenn sie das nicht taten. Heute sollten wir so weit sein, zu wissen, daß die Deutschschweizer die wahrhaften Patrioten ihres Landes gewesen sind, indem sie das eigentümliche Gut ihres Staates, eben die Neutralität, vor allem eifersüchtig gehütet und hochgehalten haben. Sie erfüllten und erfüllen damit eine Mission nicht nur für den Gang dieses Krieges, sondern auch für die Zukunft der Menschheit. Jeder, der durch Vermittelung der Schweiz einen Liebesdienst für einen deutschen Kriegsgefangenen erreichte, wie er ihm sonst unmöglich wäre, jeder, der nur eine Ahnung hat, was an ausgleichender Fürsorge zwischen den feindlichen Völkern von einem Lande wie der Schweiz unermüdet bis heute geleistet wird, sollte mit Ehrfurcht erfüllt sein vor der Bedeutung, die wirklich vorhandene und tapfer durchgeführte Neutralität innerhalb des jetzigen Weltbrandes hat. Er muß Respekt bekommen vor einem Prinzip, das immer wieder auch den Widerwilligen Gesetze gibt, wie man z. B. an den Welschschweizern beobachten kann, das aber vor allem auch aus ihnen immer wieder Willige gebiert (und weshalb sollte Herr Ador, nachdem er sein neues Amt übernommen hat, nicht ein solcher sein?). Er muß etwas davon begriffen haben, daß es gerade inmitten der wachsenden Schwierigkeiten für redliche Neutralität gegenüber denen, die sie doch durchsetzen, schlechterdings gilt: „Wer nicht wider uns ist, der ist für uns."

Diese Schwierigkeiten sind in der Tat groß. Die meisten von uns haben nicht die Ruhe, sich hinein zu versetzen. Immerhin hätte das Schauspiel, das Griechenland uns gegeben hat, uns wohl allen dafür die Augen öffnen können. Der Druck, der von den kriegführenden Staaten auf die neutralen ausgeübt wird, ist dort unter beson-

Digitized by Google

ders unglücklichen Umständen mit schrecklichem Erfolge nur von der einen Seite her erlitten worden. Auch andere neutrale Staaten sind bei ihrer geographischen und politischen Lage fast widerstandslos, gleich einseitigem Zwange gefolgt: denken wir an die Absagen und Kriegserklärungen aus Amerika. Staaten wie die skandinavischen, die Schweiz, Holland, auch Spanien erliegen aber doppeltem Druck. Das erhält sie freilich um so länger in der Schwebe, ist jedoch auch keine Annehmlichkeit; es bedeutet nur in bedingtem Maße Zufuhr von Kraft und Macht, stellt vielmehr an Staatsleiter und Völker die größten Ansprüche. Währt der Krieg lange, so sind die Massen diesen Ansprüchen um so schlechter gewachsen, als ihnen die anreizende Wirkung, die der Krieg mit seinen Opfern und Hoffnungen, Siegen und Niederlagen auf die Psyche der kriegführenden Völker immer wieder ausübt, versagt bleibt. Sie leiden unter dem Krieg, ohne das Erhebende von ihm zu erfahren, ohne das Äußerste durch ihn zu erleiden: so machen sie ihn durch zwar als etwas überaus Lästiges, aber ohne eine Reinigung durch ihn zu erfahren. Ohne Tragik; daher keine Katharsis (Reinigung). Freilich das arme Griechenland und sein König haben ihre Tragödie reichlich: möge ihnen dafür auch Reinigung und Erhebung nicht versagt sein.

Indem nun aber viele auch unter uns Deutschen den besonderen Beruf und die besondere Notlage der Neutralen nicht verstehen wollen, kommen sie dann zu sonderbaren Vorwürfen, nicht nur gegen sie, sondern auch gegen unsere eigene Regierung, die gottlob richtige Neutralität besser zu schätzen weiß. „Warum bekommen unsere Nachbarn noch immer z. B. Kohlen, wo wir selber nicht genug haben?" Daß solche Reden geführt werden, obwohl heute jedermann wissen könnte, daß das nach dem Grundsatze geschieht Do ut des (gib, wenn du bekommen willst), daß wir also ganz bestimmte Gegengaben aus den neutralen Ländern empfangen, an denen uns wahrlich gelegen sein muß, ist unverantwortlich. Aber gesetzt auch, das, was wir empfangen, hielte dem, was wir geben, nicht genau die Wage, so bliebe doch die Weisheit des Spruches: „Machet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon." Wer Feinde hat, braucht Freunde. Das war ja auch das ganz richtige Gefühl, welches jener einseitigen Propaganda unter den Neutralen mit zugrunde lag. Es ist weder gegen dies Gefühl noch gegen ein entsprechendes Handeln irgend etwas zu sagen. Im Gegenteil, dieses muß nur klug und richtig sein. Also in Gottes Namen auch für die Freundschaft der Neutralen etwas Besonderes getan! Wirkt es nicht Liebe, so schafft es doch Luft. Und einen Luftraum um sich her, der nicht auch von Krieg erfüllt ist, brauchen kriegführende Völker.

Nun liegen aber die Verhältnisse heute so, daß wir diesen Luftraum recht wohl erweitern und uns die Neutralen ganz anders zu Freunden machen könnten. Zwar muten wir den seefahrenden Nationen viel zu durch unsern Tauchbootkrieg. Das ist nicht zu ändern. Aber wie hart wir damit unsern Nachbarn begegnen, unsere Feinde kommen uns ja in dieser Verlegenheit kräftig zu Hilfe. Denn sie quälen mit ihrer

Digitized by Google

Politik die Neutralen viel mehr. Der in stets erneuerten und vermehrten Maßregeln auf sie ausgeübte Druck, die rücksichtslose Einengung ihrer wirtschaftlichen und politischen Freiheit, die sie sich gefallen lassen müssen, wirkt ohne Unterlaß als unser Bundesgenosse. Mögen die Völker zum Teil durch Mangel an Einblick oder durch den Einfluß einer verführten Presse sich dem lange zu entziehen, die Verantwortlichen im Staat erkennen das schon, und den Völkern werden auch immer mehr die Augen dafür aufgehen. Jetzt nur unserseits keine Fehler machen! Wie schrieb doch neulich die „Idea Nazionale"? „Für uns und unsere Verbündeten sind die Neutralen unnütze Mäuler und störendes Gerümpel" (KWZ. 638). Man kann den feindlichen Zeitungen für solche Offenheit nicht dankbar genug sein.

Aber freilich, man darf die Befreiung der Neutralen von der guten Meinung, die sie für unsere Feinde haben, nicht diesen allein überlassen. Sonst kann es kommen, daß die Feinde zwar alle Sympathien in den neutralen Ländern verlieren, aber daß die Folge nur ist Verzweiflung, und schließlich aus Verzweiflung Übergabe an die mitleidlosen Bedränger. Die einfachste Erwägung der Staatskunst gebietet uns in dem Maße, als die Neutralen von unseren Feinden mißhandelt werden, sie gut zu behandeln. Wir sind auf dem Wege, trotz Belgien das Vertrauen der Neutralen immer mehr zu gewinnen: es bedarf nur in dieser Linie einer noch entschlossenen Politik.

Diesem Ziele näher bringen würde ein Schritt, der uns nicht einmal augenblickliche Kosten verursachte und doch von symbolischer, prinzipieller Wirkung wäre. Ich habe schon einmal in der „Christlichen Welt" gesagt, daß unser Vierbund ohne Zögern die neutralen Staaten einladen sollte, sich mit an den Tisch zu setzen, an dem die Friedensverhandlungen stattfinden werden. Die Entrüstung war ja früher bei uns groß, wenn von einem Anspruch der Neutralen, mit in den Frieden hineinzureden, gelegentliche Zeugnisse zu uns kamen. Indessen warum? Leiden diese Staaten nicht genug unter dem Krieg? Haben sie ihn nicht selber mit geführt? Mit viel Unkosten, mit viel Mühe und Arbeit! Haben sie nicht auch, wenn gleich grundsätzlich passiv, ihr Schwert in die Wagschale geworfen? Für welche Kriegspartei wiegt ihre Macht, so bescheiden sie sein mag, und ihr Verhalten nichts? Daß aber im Friedensrate die Neutralen über die Kriegsstaaten Oberhand haben und sie übereinstimmen würden, diese Besorgnis ist an sich ungereimt, hat aber heute, nachdem die Zahl der am Kriege beteiligten Mächte viel größer geworden ist als die der unbeteiligten, gar keinen Grund mehr. Wohl aber haben wir das Interesse, daß nicht noch mehr Staaten sich in den Krieg hineinziehen lassen. Erinnern wir uns, daß es in Spanien doch einmal so aussah, als wollte man darum aus der Neutralität heraus, um beim Frieden nicht außerhalb derer zu stehen, die den neuen Zustand mit bestimmen werden. Bei mancher der jüngsten Kriegserklärungen mag diese Vorstellung mitgewirkt haben. Schneiden wir ihr den Lebensfaden ab, indem wir sagen: „Selbstverständlich, so wie heute der Krieg

Digitized by Google

sich zur Weltsache ausgewachsen hat, sind auch die neutralen Staaten berechtigt und berufen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen."

Über den wirklichen Ausgang des Krieges entscheidet das nicht. Der hängt von dem weiteren Erfolge unseres Waffenganges ab. Das Deutsche Reich mit seinen Verbündeten hat von seiner Bereitschaft zum Frieden deutliche Beweise gegeben. So bekannt ist unser Friedenswille, daß wir schon sagen müssen: „Es ist der Kundgebungen in dieser Richtung genug." Aber weil wir kaum in der Lage sind, den Feinden weiter entgegenzukommen, sollen wir darum nicht müde werden, in der Welt Vertrauen zu uns zu säen. Gerade wenn und weil der Krieg so lange dauert, haben wir die Zeit und die Pflicht, jeden Anlaß dazu wahrzunehmen. Die Beobachtung, wie schwer das Los der neutralen Staaten heute ist, sollte uns den Anstoß geben, ihnen das Recht auf Mitwirkung beim Friedensschluß in aller Form zuzusprechen. —

Inzwischen sind freilich Zustände eingetreten, die mehr als symbolische und prinzipielle Erklärungen verlangen. Der Druck, der zumal von Amerika her ganz unverschämt auf die nordischen Staaten ausgeübt wird, nimmt so bedrohlichen Charakter an, daß wir alle Ursache haben, ihrer Neutralität zu Hilfe zu kommen. Aber eben ihrer Neutralität! Daß sie das glauben, uns nichts anderes zutrauen, darauf käme es an. Also selbstverständlich keine unerbetene Hilfe. Aber wir dürfen da in unserer nächsten Nachbarschaft kein zweites Griechenland erleben.

Notizen

Die englische Arbeiterschaft und der Sozialismus. Die Labour unrust (Unruhe der Arbeiterschaft) ist zur ständigen Rubrik in den englischen Tageszeitungen geworden. Obgleich die Regierung sich durch das Gesetz zum Schutz des Reiches genügende Vollmacht hat geben lassen, um jeden Versuch der Arbeiterschaft, sich den Regierungsbestimmungen, besonders denen in bezug auf die Arbeit in den Munitionsfabriken zu widersetzen, als Staatsverrat zu bestrafen, hat sie doch nicht gewagt, bis zum äußersten zu gehen und ist Schritt für Schritt vor den Arbeitern zurückgewichen. Die Unruhe der Arbeiterschaft hat hauptsächlich ihren Grund darin, daß Lloyd George sein bei Einbringung des oben erwähnten Gesetzes gegebenes Versprechen, die Aufhebung der Rechte der Trade-Unions (Gewerkvereine) sei nur für die Kriegszeit beabsichtigt, zu umgehen versuchte. Die Aufregung der Arbeiterschaft war so groß, daß man offenen Widerstand befürchten mußte. Es war nämlich beabsichtigt, die für die Kriegszeit von der Arbeiterschaft zugelassene Verwendung nichtgelernter Arbeiter neben den gelernten Arbeitern, das Streikverbot und das Verbot, die Arbeitsleistung auf ein bestimmtes Höchstmaß zu beschränken, auch nach dem Kriege beizubehalten. Der Erfolg bestand in zahlreichen Streiks, die noch immer nicht gänzlich beendet sind. Nach dem Kriege befürchtet man schwere Arbeiterunruhen.

Über die Stellung der Arbeiterschaft zu den Fragen des Sozialismus schreibt der „Manchester Guardian": „Besonders wichtig ist die Haltung der Arbeiterschaft in bezug auf ihre eigene Zukunft, die Ansicht darüber, welche Stellung sie in dem sozialen System einzunehmen haben wird. Unser Korrespondent berichtet uns, daß während der ganzen Dauer des Krieges hierin große Veränderungen eingetreten sind, die noch immer zum Teil unausgesprochen und daher

Digitized by Google

schwierig zu beurteilen sind. Schritt für Schritt begegnen wir einem Wechsel in der Richtung der Arbeiterbewegung. Früher handelte es sich bei jeder Streikfrage der Arbeiter um Löhne, Arbeitsdauer und andere Bedingungen, um Brot- und Butterfragen, die leicht zu verstehen, allerdings bisweilen schwer zu lösen waren. Der denkende Teil der Arbeiterschaft erhoffte in jenen Tagen von einer Art Staatssozialismus endgültige Lösung. Sie betrachteten sich als eine Lohnarbeiterklasse, geleitet durch öffentliche Beamte und als an dem Nutzen ihrer Arbeit beteiligte Bürger. Die neue Arbeiterbewegung ist über die Brot- und Butterprobleme hinausgeschritten und stellt sich feindlich dem Staatssozialismus gegenüber. Sie arbeitet für etwas anderes als für Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Gesundheitsbedingungen. Sie verlangt Kontrolle ihres eigenen Geschickes, sie arbeitet für eine Beteiligung an der Fabrikleitung — ein weit schwieriger zu befriedigender Anspruch. Mit der indirekten Kontrolle, die die Bürger eines sozialistischen Staates ausüben würden, sind sie nicht zufrieden. Die Wahrheit ist, daß wir während der drei Kriegsjahre Staatssozialismus versucht haben und daß der Erfolg die Arbeiterschaft nicht befriedigt hat. Der Arbeiter findet, daß die Kontrolle des ganzen Staatsmechanismus durch die Wählerschaft zu umständlich ist, um erfolgreich zu sein. Er beginnt zu argwöhnen, daß er im sozialistischen Staate weniger und nicht mehr Freiheit finden wird und daß er nur eine Speiche in den Rädern der Staatsmaschine sein würde. Da er aber Selbstbestimmung für sich verlangt, so erstrebt er ein direktes Zusammenarbeiten mit den Fabrikleitern; Selbstleitung der Arbeitsstätten oder eine sich selbst regierende Industrie ist jetzt sein Ziel. Er strebt darnach für den jetzigen Trade unionism den industriellen Unionismus zu setzen und erstrebt eine Zunftverfassung, welche die jetzige Trade-Union er setzen soll, indem sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Korporation vereint.

Die Gefahr ist, daß, angefeuert durch die russische Revolution, die Arbeiter geneigt sein könnten, große Veränderungen anzustreben, ohne zu wissen, wohin sie gehen ... Eine Lage voll von Gefahren und wenn man irgendeine Art von Lösung versuchen will, die in sich das Element der Dauerhaftigkeit trägt, dann muß man vor allen Dingen versuchen, die Lage zu verstehen."

Der Kongreß der A. S.-Räte zum Kriege. „Da ein Separatfrieden der einen kriegführenden Partei die Möglichkeit geben würde, über die andere zu siegen, und Rußland nicht vom Weltimperialismus befreien und die internationale Vereinigung aller Arbeiter erschweren würde, verwirft der Kongreß kategorisch jede Politik, die auf einen Separatfrieden oder Waffenstillstand hinzielen würde. Die russische revolutionäre Demokratie muß mit allen Mitteln die Wiederherstellung der revolutionären Internationale und die Einberufung einer revolutionären sozialistischen Konferenz erstreben. Solange aber durch die internationalen Bemühungen der Demokratien der Krieg nicht beendigt ist, ist die russische, revolutionäre Demokratie verpflichtet, alles zu tun, um die Kampffähigkeit der russischen Armee sowohl für die Verteidigung als auch für eine Offensive zu stärken, da eine Durchbrechung der russischen Front eine Niederlage der russischen Revolution und einen schweren Schlag für die internationale Demokratie bedeuten würde." („Nowaja Shisn", 26. 6.)

„Nowaja Shisn" über das Friedensprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Kritschewski erklärt in der „Nowaja Shisn" (Internat., 19. 6.), daß das Friedensprogramm der deutschen Sozialdemokratie sich zwar auf die Formel des A. S.-Rates „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" berufe, in seiner konkreten Formulierung aber in jedem Punkte sein Einverständnis mit der Losung der revolutionären Demokratie Rußlands glänzend leugne; das Selbstbestimmungsrecht werde wohl auf Polen und Finnland, nicht aber auf Elsaß-Lothringen angewandt:

Schon bei Polen und Finnland liegt ein Mißverständnis vor; wenn die Zerstörung Polens

Digitized by Google

durch die preußischen Husaren und die gewaltsame Einführung der deutschen Verwaltung mit der Wiederherstellung der finnländischen Konstitution durch die provisorische Regierung verglichen wird, so sind wir Zeugen, wie sehr die deutschen Sozialdemokraten im Verlaufe des dreijährigen Krieges es nicht nur verlernt haben, sozialistisch, sondern überhaupt logisch zu denken.

Wenn aber Polen und Finnland das Recht einer Selbstbestimmung haben, weshalb wird es dann Elsaß-Lothringen abgesprochen? Die Deutschen erklären, daß neun Zehntel der Bevölkerung Elsaß-Lothringens deutsch wären. Ausgezeichnet! Weshalb fürchten dann die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, daß die Bevölkerung selbst hierüber schlüssig wird?

Schließlich heißt es in dem Memorandum, daß das Prinzip des annexionslosen Friedens nicht die Möglichkeit freundschaftlicher Grenzregulierungen ausschließe. Wo bleibt aber in diesem Falle die Meinung der Völker, über deren Schicksal die imperialistischen Regierungen sich freundschaftlich vereinbaren sollen? Nein, die deutschen Sozialdemokraten haben nicht die Lösung des A. S.-Rates angenommen, sondern versuchen es nur, diese möglichst der imperialistischen Politik ihrer Regierung anzupassen, die sie bisher so eifrig unterstützt haben, und auch jetzt bereit sind, zu unterstützen."

Ein wertvolles Geständnis. Edouard Diault, einer der hervorragendsten französischen Historiker, schreibt, einem Bericht der holländischen Zeitschrift „De Wartburg" zufolge, in seinem Buch, „Les Traditions politiques de la France et les Condition de la paix" über die Ursachen für Frankreichs Kampf gegen Deutschland folgendes: „Da Deutschland nicht willig war, von Elsaß-Lothringen abzustehen, ging Delcassé ein Übereinkommen mit Italien, England und Spanien ein, demzufolge Italien Tripolis, England Ägypten und Spanien das nördliche Marokko behalten sollte. Dieses Übereinkommen legte den Grund zu dem heutigen Revanchekrieg und stimmte den Ideen Eduards VII. überein, der das alte Deutsche Reich einkreisen wollte. Die panslawistische Politik Rußlands gewann den vollen Anschluß Frankreichs und Englands; denn es galt, dem deutschen und österreichischen Handel im Osten eine Schranke zu ziehen. Unsere Diplomatie arbeitete unermüdlich daran, das Deutsche Reich zurückzudrängen, das allmählich eine starke Stellung auf dem Weltmarkte erobert und sich dadurch England verfeindet hatte. Jede Politik, die darauf zugespitzt war, Deutschland zu schwächen, wurde von Frankreich mit allen potitischen Kunstkniffen unterstützt. Durch ein Geheimabkommen mit Italien wurde das Balkanbündnis gebildet. England gab den Gedanken auf, die Dardanellen zu schließen, und gewöhnte sich an die Vorstellung eines russischen Konstantinopel. Schritt für Schritt kam man dem Ziele näher: Deutschland die Halsschlinge zuzuziehen und es ein für allemal zu zwingen, von seinen handelspolitischen Ausdehnungsbestrebungen abzulassen. Deswegen können die deutschen Staatsmäuner mit Recht behaupten, daß die Initiative, Deutschland zu schwächen und zu erniedrigen, von Frankreich ausging. Wir führen einen Revanchekrieg.

Briefkasten

H. K. in Bergsruh. Ihre Vermutung, daß Amerika dem Kriege beigetreten ist, um sich durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für den voraussichtlich kommenden Krieg mit Japan vorzubereiten, dürfte schon deshalb nicht zutreffen, weil die Kriegserklärung an Deutschland dazu nicht notwendig war. Der Abbruch der Beziehungen rechtfertigte vielmehr schon vollkommen diese Maßnahme. Die von Ihnen ausgesprochene Vermutung, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei mit Rücksicht auf Japan erfolgt, ist wiederholt in der Presse und zwar

Digitized by Google

zuerst von einem schwedischen Blatte ausgesprochen worden. Es mag etwas Wahres daran sein. Das weitere Verhalten des Präsidenten Wilson Deutschland gegenüber, ebenso aber der Umstand, daß zur selben Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nähere Handelsbeziehungen angeknüpft wurden und eine Einigung über ein gemeinsames Arbeiten in China vorbereitet wurde, lassen darauf schließen, daß es den Vereinigten Staaten in erster Linie darauf ankam, einen Sieg Deutschlands zu verhindern. Wenn lediglich die Rücksicht auf Japan den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Kriege veranlaßt hätte, dann wäre es nicht notwendig gewesen, daß Wilson einen derartig scharfen, durch die Umstände in keiner Weise begründeten Ton angeschlagen und in allen seinen Reden und Maßnahmen eine derartige Gehässigkeit an den Tag gelegt hätte, wie er das tatsächlich getan hat. Nur die Besorgnis, daß Deutschland tatsächlich siegreich bleiben könnte, und die ausgesprochene Absicht, dies zu verhindern und — wenn möglich — den Sieg für die Seite der Entente zu sichern, lassen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg begreiflich erscheinen. Außerdem ist aber in letzter Zeit wiederholt und von durchaus ernsten Politikern die Behauptung aufgestellt worden, daß bereits unter Roosevelt ein Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und England abgeschlossen worden ist.

Neuerscheinungen

Von unseren Bundesgenossen

Aus Österreich kommen Stimmen zum Frieden und zum Wiederaufbau. Für Völkerverständigung setzt sich Karl Schleck in einer Schrift dieses Titels (Anzengruber-Verlag, Wien) ein: „Um den Frieden zu einem dauernden zu gestalten, ist eine weitere, überstaatliche Organisation, ein Zusammenwirken der einzelnen Völker und Staaten erforderlich." Der frühere österreichische Finanzminister August Frhr. v. Engel veröffentlicht in der Reihe der österreichisch-ungarischen Flugschriften (Rich. Strache, Warnsdorf, 1.— Kr.) „Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Österreichs". Er kommt zum Ergebnis, „daß mit all den bisherigen Einnahmequellen des Staates, ungeachtet ihrer Steigerung, Ausgestaltung und Erweiterung, eine völlig klaglose Führung des Staatshaushaltes nach dem Kriege nicht gesichert ist und insbesondere, daß dies ohne schädliche wirtschaftliche Nebenwirkungen nicht zu erreichen sein wird". „Es muß vielmehr, und zwar gerade infolge der Kriegswirtschaft und infolge der Lehren, die wir daraus zu ziehen haben, noch ein weiterer Ertragsfaktor in die Staatswirtschaft eintreten, den wir in der unmittelbaren Beteiligung des Staates an gewissen ertragsreichen Unternehmungen suchen müssen. Es ergibt sich aus der durch den Krieg geschaffenen Zwangslage die Forderung, daß diese Konzentration auf eine mehr gemeinwirtschaftliche gestellt werde, so daß zwar eine möglichst rationelle Produktion und eine kaufmännisch geschickte Leitung, aber trotzdem eine Betriebsführung ermöglicht wird, in welcher neben den berechtigten Interessen der Kapitalsgeber auch jene der Arbeiter und Verbraucher, wie nicht minder die finanziellen Interessen des Staates zur Geltung kommen und ein gewisser Zwang auf die verschiedensten Erwerbsfaktoren zu tatkräftiger Betätigung des allgemeinen Interesses, zur Rücksichtnahme auf die gemeinwirtschaftlichen Bedürfnisse und zur Einschränkung der Ausnützung des rein individuellen Privatinteresses ausgeübt wird. Diese Lehre hat der Krieg gegeben, der ein Existenzkrieg ist, ein Krieg, der nicht bloß die Existenz des Staates, sondern auch die Existenz der Einzelwirtschaften sichern soll." Joseph Szterényi sieht den Augenblick gekommen, zur Bezwingung der Arbeitsleistung und Deckung der Kriegslasten die handelspolitischen Verhältnisse der Mittelmächte bald zu ordnen, und beleuchtet die daraus erwachsenden Probleme von ungarischen Gesichtspunkten in dem Buche „Ungarn und Deutschland" (G. Fischer, Jena, M. 4.—) Er zieht aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vor dem Kriege und aus den Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, den Schluß, „daß fast die letzte Stunde schon herangebrochen ist — ganz abgesehen von dem hoffentlich nicht sehr weit entfernten Frieden — daß wir uns wirtschaftlich zusammenschließen, damit das wirtschaftliche Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn ehestens zustande komme, bevor uns die Möglichkeit einer Kraftentfaltung genommen wird, die den Bestrebungen der feindlichen Staaten mit entsprechendem Erfolge entgegenzutreten vermag." Aus demselben Gedankenkreis ist die Bibliographie der mitteleuropäischen Zollunionsfrage von Dr. Matlekovits Sandor (Budapest 1917, „Pester Lloyd") gewachsen, die beweist, daß sie seit 1840 literarisch umkämpft ist. Einer durch den Krieg bedingten

Digitized by Google

Wandlung tragen „Die finanzwirtschaftlichen Zeitfragen" mit einem Heft über „Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im Weltkrieg" von Dr. Moritz Dub (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart) Rechnung: denn Ineinanderfließen der Grenzen zwischen Finanz- und Volkswirtschaft. Es verlohnt, die Begründung ausführlicher zu hören: Die Nutzanwendung macht Dub auf Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im nämlichen Sinne wie der oben genannte August v. Engel: „Die direkten und indirekten Steuern, auch die von Deutschland her angeregte Vermögenssteuer, vermögen die Schuldenlast Österreich-Ungarns nicht zu tragen. Neben der Vermögenssteuer müssen also staatliche Einnahmen, Monopole und Gewinnanteile des Staates der industriellen Produktion erschließen. Bestimmend ist auch für Dub die Überzeugung, von der Aug. v. Engel ausgegangen ist: daß alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt so rasch als möglich zu sichern und festzuhalten. Freilich ist die Wiederaufrichtung geordneter Verhältnisse nach dem Kriege, der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, die Rückführung des Valuta auf den früheren Stand nicht die Frage eines oder mehrerer Jahre, sondern vielleicht die Aufgabe von Jahrzehnten. Eine Ausblutung, wie sie der jetzige Krieg gebracht hat, bringt sich nur nach einer höchst intensiven Kräftigungskur wieder herein. Die zukünftige Handelspolitik ist für diese Kräftigung nach Dubs Meinung ein wesentlicher Faktor. „Der Balkan mit seinen reichen Kapitalquellen, Kleinasien und die Levante werden die Gebiete gemeinsamer Erschließung, eines zukunftsreichen Exports in gegenseitiger Aufteilung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bilden." Die politische Aufgabe der Zukunft zeigt Aug. Fournier (Prof. in Wien) in dem zuversichtlichen Büchlein „Von Österreich-Ungarns Neubau unter Kaiser Franz Joseph" (Ullstein, Berlin, M. 1.—). „Durch den Krieg wurde den ungelösten Problemen der Monarchie manches neue hinzugefügt. Eins darunter, immaterieller Natur, erscheint vor anderen beachtenswert. Die Kampfesnot hat im Donaureich nicht nur die alte, in Jahrhunderten erprobte Kraft zähen Widerstandes geweckt, sie hat auch dem Staatsgefühl für das ganze große Habsburger Erbe den Puls gestärkt, dessen Grenze die Heimat aller umfängt, die da „mitsammen" („eggütt") kämpfen und bluten und ihre Lieben und ihr Eigen vor offen einbekannter Raublust schützen. Diesem Empfinden Stetigkeit zu verleihen, es dauernd und immer fester an sein Objekt zu knüpfen, kurz, es in gesunde Politik umzusetzen, bildet eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft."

Die rechtlichen Grundlagen für das Verhältnis der Doppelmonarchie werden einer eingehenden Betrachtung von Professor Dr. Georg von Eppstein (Detmold, Meyer) unterzogen, der die Geschichte des rechtshistorischen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn verfolgt und in seiner rechtlichen Eigentümlichkeit begreiflich macht. Das Ergebnis ist: „Im Jahre 1917 wird Ungarn in jedem Fall ohne jedes rechtliche Hindernis darüber entscheiden können, ob es mit Österreich über die wirtschaftlichen Angelegenheiten einen neuen Vertrag schließen will, der auf der Basis des einheitlichen Zollgebietes steht oder ob es einen Vertrag schließen will, bei dem Ungarn — als ein von Österreich abgesondertes Rechtssubjekt mit besonderem Zollgebiet — auf Grund eines autonomen ungarischen Zolltarifs seine Handelsbeziehungen zu fremden Staaten regelt und auch gegen Österreich Zollschranken errichtet. In diesem Fall müßte natürlich vom 1. Januar 1918 an auch die gemeinsame Handelsvertretung aufhören. Nach alldem darf man wohl sagen, daß die moderne ungarische Verfassung nicht nur einen weitgehenden und tiefgehenden Einfluß auf die Rechtsstellung der Doppelmonarchie besitzt. Die ungarische Verfassung hat vielfach erst die gegenwärtigen Formen der österreichischen Verfassung hervorgebracht. Die ungarische Verfassung ist unbedingt stärker, gesünder, kräftiger entwickelt als die österreichische Verfassung. Die ungarische Verfassung gibt dem Verfassungsleben der Donaumonarchie vieles von ihrem charakteristischen Gepräge, wiewohl nicht alles. Wobei nicht verschwiegen werden darf, daß auch die ungarische Verfassung in mancher Beziehung empfindliche Lücken aufweist, die sich wohl in den Verfassungskämpfen, die nach dem politischen Weltfriedensschluß kommen dürften, werden ausfüllen lassen." Wie bei uns rückt auch in Österreich das Bevölkerungsproblem allmählich mehr und mehr in den Kreis der Betrachtung. Eine Grundlage schafft Henryk Großmann in der Schrift „Die Anfänge der geschichtlichen Entwicklung der amtlichen Statistik in Österreich" (Friedr. Irrgang, Brünn, 3 Kr.) Den gleichartigen Arbeiten in Deutschland wird damit der erste Versuch Österreichs an die Seite gestellt, die Anfänge und Ergebnisse der österreichischen Verwaltungsstatistik zur Grundlage für alle spätere Entwicklung herauszuarbeiten. (Die Untersuchungen beginnen mit den ersten Versuchen zur Zeit der Maria Thresia und des theresianischen Volkszählungsgesetzes als Ausgangspunkt.) Episoden aus den Kämpfen der österreichisch-ungarischen Wehrmacht gibt das k. k. Kriegsarchiv unter Leitung des Obersten Veltzé bei Manz (Wien) heraus. Die besten österreichischen Dichter, darunter R. H. Bartsch, F. K. Ginzkey, H. Müller, Stephan Zweig erzählen kleine Geschichten aus den österreichisch-ungarischen Kämpfen. Gleichwertige Maler begeiten die lebhaften, farbigen Schilderungen mit Bildertafeln. Essayistische, literarische, historische und künstlerische Beiträge über das „Jüdische Prag" vereinigt

Digitized by Google

ein Sammelheft der jüdischen Wochenschrift „Selbstwehr" (Verlag Prag). Die deutsche Partei-Zeitung tat gut daran, freie Meinungs- und Stimmungsäußerungen von ihren Autoren zu erbitten. So kam ein absichtslos eindringliches Bild von dem Anteil des jüdischen Prag an dem Schrifttum und der Kunst des heutigen Österreich heraus. Auch Hans Müllers Buch über „Die Kunst sich zu freuen" (Cotta, Leipzig, M. 6.—) ist ein Einblick in die Art, wie Österreich, voran Wien, den Krieg erlebt. Die Gestalten, Bilder und Erlebnisse, die in Skizzen vorüberziehen, sind erfüllt vom Anteil des Herzens, des Gefühls, der Empfindung. Eine Lehre, wie man in Wien die Schrecken des Kriegs überwindet, dadurch, daß man mit seinem Empfinden, mit Stolz und Liebe zu den Kämpfern daran Anteil nimmt und aus brüderlichem Herzen ihnen zu helfen sucht; wie man bemüht ist, das Menschentum wahrhaftig zu erhalten.

Aus Ungarns Türkenzeit erzählt Georg Jakob in einem in Hamburg gehaltenen Vortrag (H. Keller, Frankfurt a. M.). Jakob versucht dabei insbesondere Mißverständnisse über die Türkei aufzuklären und zu einer kritischen Haltung zur türkischen Geschichte aufzurufen. „Was an türkischen Urkunden in deutschen, österreichischen und ungarischen Archiven, Bibliotheken und Museen noch vorhanden ist, dürfte nach meinen bisherigen Nachforschungen ein zweites Fajjum darstellen. Die Osmanen haben wie kein anderes Volk des Morgenlandes Jahrhunderte hindurch in die Geschichte des Deutschen Reiches eingegriffen, sie haben eine Architektur gezeitigt, die ihr bester Kenner, Cornelius Gurlitt, der italienischen Renaissance mindestens gleichwertig erachtet und auf vielen Gebieten des Kunstgewerbes, auf denen die Araber vollständig versagen, Musterleistungen hervorgebracht, die unsere Technik mit unserem Zollstab der Korrektheit nicht zu erreichen vermag, weil ihr das empfindend schaffende Gemüt verloren ging." Über die finanzielle Lage der Türkei unterrichtet die Rede von Dschawid-Bei (Der Deutsche Krieg, 94. Heft, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 50 Pf.). Für die deutsche Mitarbeit wesentlich ist die Bemerkung Dschawids: „Bildet sich in Europa die Überzeugung, daß die Lebensinteressen aller, die innerhalb unserer Grenzen leben, unbedingt in Sicherheit sind, so können Sie bestimmt damit rechnen, daß in weniger denn 10 Jahren das Land alle notwendigen Wirtschaftseinrichtungen besitzen wird." Diese Auffassung entspricht dem Satze, den Dschawid in seiner Senatsrede vom 12. Februar 1917 ausgesprochen hat: „Wenn meine Hoffnungen sich erfüllen nnd tatsächlich 100 bis 150 Millionen türkische Pfund der Landwirtschaft, der Industrie, den Eisenbahnen, Straßen und Kanälen zugeführt werden, so bin ich überzeugt, daß das Reich in etwa zehn Jahren in der Lage sein wird, seine ordentlichen Ausgaben voll zu decken und mit der Tilgung der neuen Staatsschuld zu beginnen." Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Türkei hat K. A. Müller ein wirtschaftliches Handbuch geschrieben, das unter wel.wirtschaftlichem Gesichtspunkt von der Beschaffenheit des Landes und der Leute in Kleinasien lebhafte Vorstellungen gibt. („Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn", Boysen & Maasch, Hamburg, M. 3.50). Ein achtunggebietender Teil der deutschen Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Orients wird von dem medizinischen Professor Goebel der Öffentlichkeit erschlossen: „Die deutschen Krankenhäuser im Orient" (E. Gaebler, Leipzig). Die kulturelle Zusammenarbeit bereitet immer neue Organe vor. Das Nachrichtenblatt für den Orient erscheint jetzt in erweiterter Form als Halbmonatsschrift „Der neue Orient" für das politische, wirtschaftliche, geistige Leben in dem gesamten Orient. Unter Leitung von Dr. H. Müller klären Sachkenner in Aufsätzen und kleinen Nachrichten über den Orient auf. Der rein politisch-wirtschaftlichen Anlage dieser Zeitschrift gegenüber faßt die „Islamische Welt" den Kreis ihrer Betrachtungen weiter. Das Leben im Orient, seine Landschaften, Städte und Menschen werden in Bild und Wort vorgeführt und in Aufsätzen über die Zustände im Orient erläutert. Für die „Islamische Welt" sind Herausgeber: Scheich Abdul Aziz Schauisch, Abdul Malik Hamsa Bey. Jedes Heft M. 1.—. Beide Organe schlagen politische, wirtschaftliche, geistige, menschliche Brücken zwischen uns und dem Orient.

Das bulgarische Eisenbahnwesen wird an Hand zahlreicher Bildertafeln und Karten von Dr. Jordan Dantschoff, Ingenieur, Inspektor im Eisenbahn-Ministerium, dargestellt (Leipzig, I. Parlapanoff, Heft 3 der Bulgarischen Bibliothek). Eine Sammlung wirtschaftlicher und kulturpolitischer Abhandlungen über die Balkanländer wird mit einem Heft des Herausgebers Otto Keßler über „Die Textilindustrie auf dem Balkan unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens" eröffnet. (Berlin-Friedenau, Selbstverlag, M. 1.—.) Das Heft ist die erste Äußerung einer kleinen Gemeinde von deutschen Handelspionieren, Volkswirtschaftlern und Gelehrten, die um die Klärung der Wirtschaftsverhältnisse auf dem Balkan sich bemühen und vor allem der Mitarbeit in der wirtschaftlichen Betätigung der Zentralmächte in Bulgarien sich widmen. „Die historischen Rechte Bulgariens auf Mazedonien" sucht Funck-Misonitsch (Schwetschke & Sohn, Berlin) zu erweisen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 90 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 3. August 1917 • Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

29. Juli 1917

Wo stehen wir?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die innerpolitische Krisis und die Erklärung der Reichstagsmehrheit über unser Kriegsziel sind nun vorbei — mit dem Ergebnis, daß jeder, der nicht in die wirklichen Zusammenhänge eingeweiht ist, sich fragt: wozu denn nun eigentlich der Kanzlerwechsel?! Es ist nichts geschehen, was nicht ebensogut hätte geschehen können, wenn Herr von Bethmann Hollweg im Amt geblieben wäre. Die Zusage in bezug auf das preußische Wahlrecht und die Heranziehung von Parlamentariern für die preußische und für die Reichsregierung war unter dem vorigen Kanzler gegeben und wird unter dem jetzigen eingelöst werden, mit dem nicht sehr wesentlichen Unterschied, daß der Reichskanzler Michaelis den Wunsch haben wird, die Leute, die der Reichskanzler von Bethmann Hollweg schon kannte, auch noch erst kennen zu lernen, bevor er sich entschließt. Ebenso hat Herr Michaelis der Resolution des Reichstags über die Kriegsziele in ähnlichen, vermutlich sogar in sehr ähnlichen Wendungen zugestimmt, wie Herr von Bethmann Hollweg ihr zugestimmt hätte. Ein Friedensangebot und vollends gar ein Verzichtfriedensangebot ist es unter Michaelis nicht geworden und wäre es ebensowenig unter Bethmann Hollweg geworden. Wenn von rechtskonservativer Seite versucht wird, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser, die Oberste Heeresleitung und die „nationalen" Parteien im Gegensatz gegen die Reichstagsmehrheit einig wären, so braucht sich niemand darüber aufzuregen, und es ist überflüssig, wenn die Linke nach einer besonderen Staatsaktion dagegen ruft. Gegen eine politische Taktik, deren Beweggründe so durchsichtig sind, braucht man kein schweres politisches Geschütz in Tätigkeit zu setzen. Wenn also Herr von Bethmann Hollweg geopfert worden ist — im eigentlichen Sinne des Wortes geopfert —, so ist damit zwar noch nichts in der Frage entschieden, ob sein Ausscheiden an sich noch notwendig oder überflüssig war; wohl aber sieht man, daß hier besondere Einflüsse im Spiel gewesen sind. Über einen Teil dieser Einflüsse ist durch ein westdeutsches Zentrumsblatt der Schleier durch die Mitteilung gelüftet worden, der Präsident Wilson habe einer bestimmten neu-

Digitized by Google

tralen Stelle angedeutet, er sei außerstande, mit diesem Reichskanzler Frieden zu schließen. Hier also läge für diejenigen Stellen, die im besonderen, d. h. im alldeutschen Sinne national zu sein behaupten, doch kein Grund vor, sich des mit Hilfe eines solchen Bundesgenossen erreichten Kanzlersturzes zu freuen. Wenigstens sollte wirkliches deutsches Selbstgefühl anders urteilen. Was sonst entscheidend gewirkt hat, um den Wechsel im Reichskanzleramt herbeizuführen, davon sollte vorläufig nicht geredet werden, aber altpreußische Überlieferung war es auch nicht, und wenn wir diese Methode noch einmal erleben, so wird es trotz der jetzt gebotenen Zurückhaltung doch nicht ohne öffentlichen Protest abgehen können — immer vorbehalten, daß es sich nicht um die Eignung eines bestimmten Mannes zum Reichskanzler, sondern um die Art und Weise seiner Beseitigung gehandelt hat.

Die Entschließung des Reichstages hat bei den Gegnern das gewirkt, was hier voraus gesagt wurde. Die Feinde denken gar nicht daran, ihrerseits nun etwas von Friedensbereitschaft hören zu lassen, sei es selbst im Sinne eines annexionslosen und entschädigungslosen Friedens, sondern sie erklären alles für Schein und Blendwerk und verkünden weiterhin als ihr Ziel die Niederwerfung Deutschlands. Das ist nur natürlich, denn wie schon öfters gesagt, ist ihnen ein demokratisches, im übrigen aber starkes Deutschland genau so unangenehm, wie ein militaristisches; ja man kann annehmen, daß es ihnen in Wahrheit noch unangenehmer wäre, denn für England, den Herrn der Entente, fiele dann ja das beste „moralische" Kampfmittel gegen den Konkurrenten Deutschland fort, und demokratischer Wettbewerb auf dem Weltmarkt tut nicht weniger weh, widerspricht auch nicht weniger der von der Vorsehung gewollten Wohlfahrt des auserwählten Volkes von England, als militaristischer. Schaden in dem Sinne, daß dadurch deutsche Schwäche offenbart würde, tut uns die Entschließung des Reichstages trotz der gegenteiligen Behauptung nicht; dafür sorgen die bedeutenden Erfolge unserer Offensive im Osten, deren Vorbereitung begonnen haben muß, lange bevor die Resolution des Reichstags keimte. Wäre diese Resolution aber nicht zustande gekommen, so hättte bei großen und wichtigen Parteien dauernd das Mißtrauen geschwält, ob nicht doch durch ein klares Bekenntnis zum ehrlichen deutschen Friedenswillen und zur Bereitschaft, der von den Feinden als Kriegsziel vorgeschützten Friedensorganisation beizutreten, unsere moralische und politische Lage hätte gebessert werden können. Sie ist gebessert, aber freilich nicht in dem Sinne, wie manche es erwartet haben, sondern in dem gegenteiligen, daß die Feinde zu dem Bekenntnis genötigt worden sind: Deutschland an sich ist der Feind, der zu Boden soll!

Wir können den Krieg nur weiter führen, wenn das Volk, die Masse, die den Staat trägt, überzeugt ist: es muß weiter gefochten werden! Diese Überzeugung erwirbt das Volk jetzt durch das Verhalten der Feinde, und Sache der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß durch ehrliche Auslegung und Befolgung der gemachten Zusagen, im Sinne stärkerer und aktiverer Beteiligung der Massen durch ihre Vertreter an unserer

Digitized by Google

nationalen Politik, die Stimmung auch nach dieser Seite hin unter dem Druck der materiellen Kriegsnöte nicht sinkt. Hier jetzt eine Politik nachträglicher Vorbehalte, politischer Wiedereinbringungen und „Ersparnisse" machen zu wollen, wäre eine Dummheit und ein Verbrechen. Die Rechnung ist geschrieben und gezeichnet und muß ohne zwecklose Prolongationsversuche bezahlt werden. Das einzusehen, ist unter den heutigen Umständen ein Zeichen nicht nur von politischer Ehrlichkeit, sondern auch vom notwendigsten politischen Verstand. Der neue Reichskanzler wird hier hoffentlich klar sehen und fest stehen; sonst würde er von vornherein nur mit einer sehr kurzen Amtsdauer rechnen können. Es handelt sich nicht darum, ob jemand die Demokratie, oder was man so nennt, für eine an sich beglückende politische Staatsform hält. Es kann jemand für sich persönlich recht geringe demokratische Bedürfnisse haben, aber er kann, ja er muß heute einsehen, daß es um höhere Dinge, als um politische Geschmacksurteile, daß es um das Wohl des Ganzen, des Vaterlandes, geht.

Auf derselben Linie wie die Neuorientierung stehen praktisch die Ernährungsfragen — nur, daß es gut wäre, hier so wenig wie möglich zu reden und zu versprechen und auch so wenig wie möglich praktische Mißerfolge zu häufen. Mit Berechnungen und Versprechungen, die falsch waren und nicht gehalten werden konnten, mit Verordnungen ohne vernünftigen Sinn und Zweck und mit Beschwichtigungen sind wir nun zwei Jahre lang so gefüttert worden, daß niemand mehr als ein Achselzucken noch dafür übrig hat. Diese Maschine sollte also zum Stillstand gebracht werden, wenigstens soweit wie möglich. Das Entscheidende ist, daß wir menschlicher Voraussicht nach eine gute Kartoffelernte und eine genügende Brotversorgung von unserem eigenen Acker und aus Rumänien haben werden. Im Besitz dieser Gaben könnte man schlimmstenfalls auch noch einigen weiteren Versprechungs- und Verordnungssegen aushalten, aber besser wäre es schon, er käme nicht. Auch mit dem Wucher wird man sich als mit einem Übel abfinden müssen, gegen das unser Staat ohnmächtig ist. Die wenigen Fälle, wo jemand beim Wucher erwischt wird, sind nichts gegen die zahllosen bekannten und unbekannten, großen und kleinen, wo niemand einschreitet. Unser Strafsystem gegen den Wucher ist ein Pappschwert; will man sich nicht entschließen, mit dem Standrecht zu arbeiten, Steuerzuschläge von 100 Proz. und mehr gegen hinterhaltige Ablieferungsbezirke einzuführen und ohne Erbarmen die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen, so mag man sich das wenig bedeutende Vergnügen weiterer Verurteilungen gegen die paar ertappten Wucherer, von denen die meisten sich auch nach der Strafe noch ins Fäustchen lachen, leisten. Die Hälfte des ganzen jetzigen Preisbildungssystems, namentlich auf dem Lebensmittelmarkt, ist schamloser Wucher, vom Erzeuger bis zum Verkäufer. Das eine Mal ist mehr Schuld dieser, das andere Mal mehr jener. Wir haben den Krieg bisher trotz Nahrungsmangel und Wucher ausgehalten und werden ihn, wenn die Dinge nicht wesentlich schlimmer werden als bisher, auch noch weiter solange aushalten, bis die U-Boote wirken. Was das deutsche Volk zu

Digitized by Google

Hause und was der Mann im Schützengraben in diesen drei Jahren ertragen und geleistet haben, das ist so groß, das übersteigt so sehr alles, was man vorher für möglich halten konnte, daß man ehrlich bekennen möchte: für uns ist überhaupt nichts mehr unmöglich, was noch im Bereich menschlicher Kräfte liegt. Die Unzufriedenheit, die Erbitterung, die hier und da vorgekommenen tatsächlichen Ausschreitungen, sie sind im Vergleich zu dem, was bis zur jetzt beginnenden neuen Ernte hat ausgehalten werden müssen, nicht groß, nicht besorgniserregend, vielmehr sind sie, was auch immer mit unterlaufen sein mag, bisher verhältnismäßig so wenig schwer gewesen, daß man wiederum nur staunen und danken, stets von neuem danken kann: Du deutsches Volk, ihr deutschen Arbeiter, deutschen Bürger, deutschen Frauen, was habt ihr ausgehalten, was habt ihr geleistet, um den Feind nicht mächtig über Deutschland werden zu lassen! Wenn nun die Ernte genug Lebensmittel bringt, und man darf durchaus hoffen, daß sie es wird, dann werden wir noch den längern Atem haben, als England!

Allerdings, eines wäre dabei sehr erwünscht: daß man uns von nun an von nachgeordneten, hohen und immer höheren Stellen nicht weiter vorrechnen und keine Prophezeiungen kolportieren läßt, wie lange es noch mit England dauern wird. Davon haben wir jetzt ebenso genug, wie von den Versprechungen bezüglich der Lebensmittel. Heute kann man vom letzten Kreisblatt bis zur größten hauptstädtischen Zeitung und von ganz links bis ganz nach rechts ein beliebiges Blatt aufschlagen, und man findet immer dieselben Klischees aus derselben halbamtlichen Fabrik, von dem Neutralen, der kürzlich irgendwo mit irgend jemandem aus England gesprochen hat, oder vom Zeitungsbericht aus dem neutralen Ausland, in dem irgendein englischer Bericht wiedergegeben wird, wonach es in England soundso schlecht und soundso teuer, soundso unzufrieden hergehen soll. Wozu all diese Methoden dienen? Welcher urteilsfähige Leser läßt sich denn dadurch noch beeinflussen? Wenn es den Engländern wirklich schlecht geht, und es wird ihnen allmählich sicher schlecht gehen, dann werden wir es doch anders und unzweideutiger merken, als durch diese Art von Zeitungsarbeit. Wir sind jetzt vollkommen ruhig und geduldig, nachdem wir wissen: es geht voraussichtlich ein viertes Mal in den Winter und wir haben die Kräfte und den Willen, auch den vierten Winter, und solange es überhaupt mit Englands Widerstandskraft dauert, durchzuhalten. Das ist genug, und weiterer Mittel, um die Stimmung zu heben und zu halten, bedarf es bei uns nicht. Der Schaden, der durch die falschen Versprechungen kam, ist nun einmal angerichtet, er ist durch die Krisis im Reichstag und die Antwort der Feinde einesteils repariert, der Rest auf Verlustkonto gebucht, und damit ist diese Seite für solange abgeschlossen, bis nach dem Kriege die allgemeine Bilanz unseres moralischen und politischen Soll und Habens, unserer Leistungen und Fehler, gezogen wird.

Der Erfolg der Offensive im Osten ist sicher eine mächtige Ermutigung für die nächst bevorstehende Zeit. Nur dürfen und werden wir nicht vergessen, daß unsere Helden

Digitized by Google

im Westen in der Verteidigung denselben, ja vielleicht noch höheren und heißeren Dank verdienen, wie die siegreich vorstürmenden Angreifer im Osten. Ohne die einen auch nicht die andern! Dazu erhebt sich die Frage: Der Sieg ist zwar groß und die Hoffnungen, die sich an seine Verfolgung knüpfen, dürfen noch größer sein — wird man aber verstehen, die gefährlichen politischen Klippen zu umschiffen, in deren Bereich man voraussichtlich bald geraten wird? Je weiter wir vordringen, desto unausweichlicher erhebt sich die ukrainische Frage, und diese wiederum ist eng verknüpft mit der polnischen. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, daß es deutsche und mitteleuropäische Politik bedeutet, wenn wir eine positive, der Erneuerung des polnischen Staatswesens freundliche Polenpolitik machen. In unserer innerdeutschen Polenfrage dürfen keine Rückwärts-Änderungen geschehen; es muß beim „neuen" Ostmarkenkurs bleiben, nicht um der Polen, sondern um der Deutschen willen. Was aber den polnischen Staat angeht, so müssen wir allerdings gestehen, daß uns nach dem Verhalten eines großen Teils der polnischen Politiker innerhalb wie außerhalb Kongreß-Polens starke Zweifel kommen, ob wir dauernd auf dem Wege des Zusammenarbeitens mit ihnen werden bleiben können. Es scheint, die Polen wollen sich darauf einrichten, je nach den Umständen auf die eine oder auf die andere Seite, die der Entente oder die Mittel-Europas, zu fallen. Das geht nicht, und sollten Beweise dafür vorliegen, daß auf polnischer Seite dergleichen im Werke ist, dann haben die Polen selbst die Aussichten verspielt, die sich für sie aus politischen wie moralischen Gründen aus einem bei ehrlichem Zusammengehen mit uns ergaben. Gegner Deutschlands im mitteleuropäischen Hause können wir nicht brauchen, und wenn die Polen es verschmähen unsere Freunde zu sein, — nicht wegen irgendwelcher Gefühlsgründe, sondern aus vernünftigen realpolitischen Erwägungen — so werden sie, was daraus kommt, niemandem sonst zuzuschreiben haben, als sich selber.

England macht den Polen Aussichten, auf teilweise Wiederherstellung des alten Polenreiches einschließlich eines erheblichen Stücks der Ukraine, wenn die Polen ententefreundlich werden. Angeblich wird ihnen sogar versprochen, sie sollen alsdann über Kurland bis an die Ostsee gelangen. Gleichviel was daran wahr sein mag: die Ukraine ist für uns wichtiger als Polen. Wie stark die ukrainische Bewegung gegen das Großrussentum ist, das zeigt sich von Tag zu Tag mehr — ein Beweis dafür, wie recht wir gehabt haben, die wir von Anfang an das ukrainische Problem als das Zentralproblem der russischen Zukunft ansahen, im Gegensatz zu den angeblichen Rußlandkennern innerhalb und außerhalb unserer Ämter, die Schlag für Schlag durch die Ereignisse widerlegt worden sind. Wenn unsere und die verbündeten Truppen jetzt in die russische Westukraine (rechts des Dnjepr) einrücken, so werden sie dort polnischen Großgrundbesitz und eine landarme, landhungrige ukrainische Bauernschaft finden. In dem Augenblick, wo die ukrainischen Bauern etwa die Vorstellung erhalten sollten, daß die deutschen oder österreichisch-ungarischen Kräfte polenfreund-

Digitized by Google

lich sind, daß sie es mit den großen polnischen Grundherren halten, kann der mächtige ukrainische Trumpf für uns verspielt sein und statt für die Mittelmächte für die Entente schlagen. Wir müssen gestehen, daß wir hier nicht ohne lebhafte Sorge in die nächste Zukunft sehen. Es ist in russischen Dingen schon so Vieles bei uns falsch gemacht worden und falsch gelaufen, daß auch hier nicht von vornherein die Gewähr besteht, vermeidbare Fehler würden vermieden werden. Die Entwicklung der ukrainischen Dinge ist ein Schulbeispiel dafür, wie grundlegende Dinge man bisher — an unseren maßgebenden Stellen wie in der Öffentlichkeit — teils überhaupt nicht gewußt, teils unrichtig und oberflächlich beurteilt hat. Wenn jetzt nicht geschickt vorgegangen wird, so besteht die Gefahr, daß die Ukrainer, die noch stärkere Gegner des Polentums als der Moskowiter sind, den Anschluß an den Frieden im mitteleuropäischen Sinne ablehnen, in Gegensatz zu Österreich geraten, ja sogar wieder mit dem Großrussentum paktieren. Unermeßliches steht auf dem Spiel — mögen Einsicht, geschickte Hände und Entschlußkraft (sie, die man ja dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg absprach!) hier für Deutschland und für Mitteleuropa walten!

Zur Lage in Finnland

Von Dr. Samuli Sario, Helsingfors

Das Ziel der Zukunftsbestrebungen des finnländischen Volkes ist klar. „Los von Rußland" lautet die einhellige Parole, von dem ganzen Volke angenommen. Autoritative[1] Äußerungen geben dies in einer unzweideutigen Weise kund. Erklärungen von seiten der Regierung und Volksvertretung, von den Parteitagungen und von der Presse lauten einstimmig. Die ehemaligen Gegensätze, die sprachlich-nationalen wie die sozialen, sind von der großen vaterländischen Sache in den Hintergrund gedrängt worden.

Auch in Rußland kann man nicht mehr umhin, dies einzusehen und anzuerkennen. So lange irgendwie möglich versuchte man, die Bedeutung der finnländischen Meinungsäußerungen als eine Lappalie zu erklären. Einerseits wollten oder vermochten die demokratischen Kreise es nicht zu glauben, daß ein Volk, das sie „befreit" hatten, seine eigene Wege wandern und sein Glück nicht in dem russischen Mutterschoß finden wollte. Anderseits war es in dem nationalistisch-imperialistischen Interesse, die Lockerheit des russischen Reichs für Außerhalbstehende nach bestem Vermögen zu verhüllen.

Je mehr es für die Russen unmöglich wurde, für sich selbst sowohl als auch für andere den wirklichen Inhalt des finnländischen Separatismus[2] abzuleugnen, traten sie in Harnisch dagegen. Nur die äußerste Linke der russischen Sozialdemokratie machte dabei eine Ausnahme. Sie ist wirklich bereit, aus dem Programme Ernst zu machen und auch dem finnländischen Volke die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nach

[1] Autoritativ = maßgebend, entscheidend. [2] Separatismus = Neigung zur Trennung, Absonderung

Digitized by Google

dessen eigenem Willen frei zu lassen. Dieser Gruppe darf indes, wie auch natürlich, keine beträchtliche praktisch-politische Bedeutung beigemessen werden.

Die große Mehrheit des russischen Volks sowie seine einflußreichsten Führer wollen die Völker der Erde nach ihrem eigenen Glauben selig machen. Allem anderen aber werden die Interessen des russischen Reichs vorangestellt. Sie werden auch als maßgebend für das finnländische Volk betrachtet. Es wird somit, allen schönen Grundsätzen zu Trotz, von dem finnländischen Volke verlangt, daß es für ein Reich, mit dem es nichts gemeinsam hat, weder die Sprache noch die Religion, weder Kultur noch Staatsleben, seine nationalen Ziele opfere. Kein Geheimnis ist, daß hinter diesen Forderungen auch die Interessen des Ententedirigenten England stecken, das in der Unabhängigkeit Finnlands sowie in der deutsch-orientierten Politik desselben ein Hindernis für seine eigenen Ostseepläne sieht.

Ein offener finnisch-russischer Konflikt liegt somit vor. Für die Finnländer ist er keine Überraschung. Selbstverständlich gibt es auch unter ihnen Ideologen[1], die auf eine friedliche Lösung des Problems auf dem von der russischen Linken vertretenen Wege russischer Eingeständnisse hoffen. Aber schon die Tatsache, daß die Hauptstadt des russischen Reichs in einer Entfernung von wenigen Dutzend Kilometern von der finnländischen Grenze liegt, machen es jedem mit Sinn für das Wirkliche Begabten ersichtlich, daß solche Träumereien nicht in Erfüllung gehen können. Freiwillig werden die Russen ihre und ihrer Alliierten Stellung an der Ostsee nicht aufgeben, für welche Petersburg die stärkste Stütze ausmacht. Nur eine Schwächung Rußlands in solchem Maß, daß es genötigt wird, sich auf seine innere Positionen zu konzentrieren, kann die Erreichung und vor allem die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit für Finnland ermöglichen. Für diese harte Wirklichkeit schließt man in Finnland nicht die Augen.

Wie ist dann möglich, daß die Finnländer sich den Hoffnungen hingeben, ihre Pläne durchsetzen zu können? Wie können sie, ein Volk von $3\,^1/_2$ Millionen, dem russischen Riesenreich mit seinen 175 Millionen oder, wenn schon die nichtrussischen Nationalitäten aus der Rechnung ausgeschaltet werden könnten, mit immerhin 80 Millionen Großrussen, trotzen?

In erster Linie haben die Finnländer auf die Mittelmächte gerechnet. Sobald Deutschland sich als Feind gegen Rußland stellte, war die Haltung der Finnländer gegeben. Nach dem Maße ihres geringen Vermögens haben sie ihren Platz an der gemeinsamen Front eingenommen, zwar im großem ganzen als ein unbewaffneter Bundesgenosse, der allerdings nicht ohne jegliche Möglichkeit war, an dem Kampf teilzunehmen. In welcher Weise dies an den Tag gekommen, darf in diesem Zusammenhang nicht näher dargestellt werden. Die Hauptsache ist, daß der Lauf der Dinge bisher den Finnländern recht gegeben hat. Die von Hindenburg den Russen zugefügten

[1] Ideologe = Schwärmer, Träumer.

Digitized by Google

Niederlagen mit allen ihren Folgen brachten die Schwäche Rußlands zur Vollendung, die Revolution zur Reife. Aber noch ist es nicht so weit gekommen, daß Finnland mit seinen eigenen Kräften seine Ansprüche geltend machen könnte, vor allem nicht für die Dauer. Was glauben danach die Finnländer von der russischen Zukunft noch erwarten zu dürfen?

Die 30—35 Millionen Ukrainer mit der Möglichkeit, ihre in der russischen Armee dienenden, fertig ausgebildeten Soldaten zu einem eigenen Heer zu sammeln, sind in der Lage, ihre Ziele mit bewaffneter Macht zu vertreten und ihre Autonomie[1] oder Selbständigkeit durchzuführen und sogar zu verteidigen. Anders ist die Lage für die Finnländer. Sie können keine genügende eigene Kraft in den Kampf einsetzen, um so weniger, weil sie wenigstens bisher kein Militär haben. Sie sind somit auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen. Heißt es denn nicht alles auf eine Karte setzen, wenn sie unter solchen Voraussetzungen trotzdem auf der Ausführung ihrer Pläne beharren? Was auch unter zufälligen günstigen Umständen gewonnen werden könnte, müßte wieder verloren gehen, und das letzte Übel würde größer als das erste.

Somit taucht eine Frage auf, die ein Außerhalbstehender, der sich nicht durch Gefühlseinflüsse irreführen läßt, unwillkürlich stellen muß. Wird doch nicht eine Verständigung mit Rußland für Finnland das einzig mögliche sein, wenn es überhaupt weiter leben will? Anstatt durch zu hoch gespannte Ansprüche alles zu verlieren, könnten die Finnländer wenigstens ein leidliches Dasein im Rahmen des russischen Reichs finden, vielleicht, dank den günstigen natürlichen Voraussetzungen ihres Landes, sogar erhebliche Vorteile für ihre wirtschaftliche Tätigkeit gewinnen.

Ein solcher Gedankengang liegt wohl auf der Hand. Er ist auch keineswegs fremd in Finnland, oder richtiger, ist es nicht gewesen. Jedoch ist er einer anderen Auffassung vollständig gewichen, derjenigen, die die einzigen Zukunftsmöglichkeiten des Volkes in der vollen Selbständigkeit sieht.

Bestrebungen nach einem möglichst selbständigen politischen Leben sind nicht neu in der Geschichte des finnländischen Volkes, wenn sie auch früher nie mit einer solchen Kraft und Zielbewußtheit an den Tag getreten sind wie gerade jetzt. Abgesehen von so frühzeitigen Strömungen, wie die kirchlich-staatlichen Pläne im 13. Jahrhundert mit welchen sich der tatkräftige Bischof Thomas zu Abo beschäftigte, oder von den Intentionen[2] des finnländischen Adels in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erhielten die Selbständigkeitsstrebungen im 18. Jahrhundert eine besondere Stärke und sogar eine näher umrissene Gestalt. Nach der Vereinigung Finnlands mit Rußland im Jahre 1809 gaben sie sich seltener und schwächer zu erkennen. Einerseits befriedigte die Stellung, die das Land nun als ein in seinem Innern autonomer Staat gewonnen hatte, die Ansprüche auf ein selbständiges politisches Leben in erheblich höherem Grad als früher der Fall gewesen war. Anderseits waren die führende

[1] Autonomie = Unabhängigkeit, Selbständigkeit. [2] Intentionen = Absichten.

Digitized by Google

gebildeten Kreise zu schwach, um ohne Unterstützung von den breiten Schichten des Volkes, welche noch nicht zu nationaler und politischer Selbstbewußtheit gelangt waren, weitergehende Ansprüche hervorzuführen. Auch nachdem ein Erwachen der breiten Schichten um die Mitte des 19. Jahrhunderts sich geltend zu machen begann, gaben die damaligen Verhältnisse in Rußland, unter dem Zaren Alexander II., die Möglichkeit einer freieren Entwicklung der finnländischen Verfassung zu. Dies war natürlich dazu angetan, den Blick der Finnländer für die Bedürfnisse und die Gefahren der Zukunft zu verdunkeln. Aber als die panslawistische Expansionspolitik[1] gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unverhüllt auch auf Finnland übertragen wurde und rückhaltlos die vollständige „Unifizierung"[2] des Landes mit dem Zarenreich forderte und rücksichtslos daraufhin arbeitete — um den Weg nach dem Atlantik im Nordwesten anzubahnen — da wurde bei den Finnländern die Einsicht wach, daß es für sie nur einen Rettungsweg gab, denjenigen, der sie so weit wie irgend möglich von Rußland entfernte.

Es ist somit nicht nur die bei einem jeden zum nationalen Bewußtsein erwachten Volk zu findende natürliche Sehnsucht nach einem freien, seiner eigenen Wesensart entsprechenden Leben, die die separatistischen Bestrebungen der Finnländer zur Reife gebracht. Es sind die von ihnen gemachten Erfahrungen, verglichen mit den Vorgängen bei anderen Rußland untergebenen Völkern, die mit der Kraft der Naturnotwendigkeit die Finnländer auf den Weg des Separatismus getrieben haben. So lange sie mit Rußland vereinigt bleiben, unter der russischen Kontrolle, sind sie jeder Möglichkeit entblößt, Vorkehrungen zu treffen, um sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Die Zerstörungspolitik, nach dem bewährten großrussischen Muster, wie es in Polen, Litauen, der Ukraine, Kaukasus, in den baltischen Provinzen erprobt worden ist, wird mit der Zeit sogar das nationale Rückgrat brechen. Eine Verständigung kann es unter derartigen Bedingungen nicht geben.

Auch etliche wirtschaftliche Vorteile wiegen gegen solche grundlegenden Tatsachen federleicht. Übrigens sind diese vielfach den Finnländern vor den Augen geführten wirtschaftlichen Vorteile, die eine Vereinigung mit Rußland ihnen bringen sollte, im Grunde genommen schon vor der Einleitung der Verrussungspolitik mehr als fraglich gewesen. Die russisch-finnländischen Handelsbeziehungen, aus denen die Vorteile sich in erster Linie ergeben sollten, sind von Rußland, dank seiner Machtstellung Finnland gegenüber, immer nur einseitig, den russischen Interessen entsprechend, bestimmt worden, mit dem Zweck, den finnländischen Markt für russische Erzeugnisse vorzubehalten, wogegen die Zugänglichkeit des russischen Marktes für finnländische Produktion ausschließlich nach den Bedürfnissen Rußlands bestimmt wurde. Finnland war es nicht gestattet, durch eigene Vertretungen seine Handelsinteressen im Ausland wahrzunehmen; die russischen Vertreter kümmerten sich herzlich wenig darum. Sehr hem-

[1] Expansionspolitik = Ausdehnungspolitik. [2] Unifizierung = Gleichmachung.

Digitized by Google

mend auf die wirtschaftlichen Fortschritte hat die Unmöglichkeit gewirkt, notwendige soziale Reformen durchzuführen und die Volksbildung zu heben, am meisten jedoch das allgemeine politische Unsicherheitsgefühl.

Anfänglich verbreitete und vertiefte sich der radikale Separatismus nur langsam. Die Möglichkeiten, denselben in eine praktische Politik umzusetzen, schienen gering zu sein, wenn es solche Möglichkeiten überhaupt gab. Die Hinwendungen an Europa haben kein Resultat. Der russisch-japanische Krieg und die Revolution 1905 schenkten nur eine vorübergehende Dämmerung, der ein um so tieferes Dunkel folgte. So kam der Weltkrieg, warf wie mit einem Schlag die ganze Lage um, und stellte neue Möglichkeiten in Aussicht. Wie die Finnländer diese ausgenutzt haben, ist oben angedeutet worden. Eine möglichst durchgreifende Schwächung des Russenreichs war der Gegenstand ihrer Hoffnungen, das Ziel ihrer Arbeit.

Mag sein — meint der nachdenkliche Verteidiger der vorsichtigen sogenannten Realpolitik — daß die angeführten Gesichtspunkte ausschlaggebend sein können, solange es sich um das autokratische, expansionslüsterne Rußland handelt. Wesentlich neue Momente müssen aber in die Rechnung eingetragen, die Fragestellung somit eine ganz andere werden, sobald die Revolution andere Kräfte zur Macht gebracht hat, Kräfte die die Fahne mit der Inschrift „Selbstbestimmungsrecht der Völker" hoch schwingen.

Keine weitläufige Spekulationen[1] über die wahrscheinlichen Ergebnisse der in der russischen Revolution wirksamen Kräfte sind vonnöten, um die wirkliche Bedeutung dieser Kräfte, wenigstens vom finnländischen Standpunkt aus, klar zu machen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder geht Rußland aus der Revolutionskrise als eine starke Einheit oder als eine wesentlich geschwächte, seiner Auflösung entgegengehende Macht heraus. Daß im ersteren Fall die nationalistischen und somit auch imperialistischen Neigungen die maßgebenden sein werden, liegt auf der Hand. Das zeigen mit aller erwünschten Deutlichkeit auch die Ereignisse während der Revolution. In diesem Falle wird die Lage Finnlands nach der Revolution genau dieselbe sein wie früher. Die Vorgangsformen des erneuten russischen Nationalismus können anders sein als die früheren, für Finnland wird er dieselbe verderbliche Bedeutung haben. Wird wiederum Rußland aus dieser Krise wesentlich geschwächt hervorgehen, so wird die Gefahr, die eine Verständigung Finnlands mit Rußland bedingen sollte, je nach dem Maße der Schwächung vermindert oder fällt sogar völlig weg.

Eine Tatsache von großer symptomatischer Bedeutung ist, daß die finnländische Sozialdemokratie gar nicht geneigt ist, mit der russischen Revolution zusammenzugehen. Haben doch die finnländischen Sozialdemokraten in den früheren Zeiten direkt mit ihren russischen Meinungsgenossen zusammengearbeitet und bis zur letzten Zeit mit denselben Fühlung gehalten. Unwiderleglich müssen sie als Sachkenner angesehen werden. Aber fast noch ausgesprochener als die Bürgerlichen Finnlands streben die Sozialdemokraten nach der Loslösung ihres Landes von Rußland. Wenn sie aber nicht die Zukunft des Landes auf diejenige der russischen Sozialdemokratie gründen

[1] Spekulation = Grübeln, Nachsinnen.

Digitized by Google

wollen, müssen sie schon ihre guten Gründe dafür haben. Sie sehen vollkommen ein, welches Unglück es über Finnland bringen würde, wenn es, mit Rußland zusammengekettet, alle die Erschütterungen durchzumachen hätte, denen Rußland entgegengeht.

Wir können somit die Tatsache nochmals feststellen, daß Finnland die volle staatliche Selbständigkeit verlangt, und zwar auf Grund tiefgehender Erfahrungen und ernsthafter Erwägung aller auf die Sache einwirkenden Umstände. Es wäre noch übrig, die Mittel und Wege zu untersuchen, welche die Finnländer zur Durchführung ihrer Pläne finden können. Die größte Schwierigkeit liegt selbstredend darin, daß Finnland, selbst in so gut wie völliger Ermangelung einer Waffengewalt, von einer erheblichen Menge russischer Truppen besetzt ist. Wie diese hinausmanövriert oder in anderer Weise für die finnländischen Bestrebungen unschädlich gemacht werden können, das muß im wesentlichen von der Entwicklung der allgemeinen politischen und militärischen Lage abhängen, vor allem aber von dem weiteren Laufe der Revolution in Rußland.

Die letzten Ereignisse in Finnland sollen hier nur kurz gestreift werden. Beim Beurteilen derselben dürfen einzelne anarchisch[1] anmutende Ereignisse nicht verallgemeinert werden, um so weniger, als die in Finnland befindlichen russischen Soldaten derartige Handlungen seitens der Bevölkerung häufig direkt provozieren. Auch wird die finnländische Arbeiterleitung die unorganisierten Elemente immer mehr in ihre Hand bekommen. Zu ernsten Zusammenstößen zwischen den Soldaten und der Bevölkerung ist es in einzelnen Fällen gekommen. Anzunehmen ist aber, daß solche sich vermehren werden. Die Bevölkerung ist besonders deswegen gegen die Soldaten erbittert, weil die Truppen die äußerst knappen Lebensmittel immer stärker in Anspruch nehmen, trotzdem das Land eine enorme Menge russischer Zivilflüchtlinge, deren Anzahl nunmehr bis 800 000 Personen beträgt, ohne jede Zufuhr aus Rußland zu ernähren hat. Das Hauptinteresse lenkt doch die staatsrechtliche Frage auf sich. Es handelt sich zunächst um die Ausübung der Befugnisse, die der Zar in seiner Eigenschaft als Großfürst Finnlands besaß. Die russische Interimsregierung[2] hat sie sich aneignen wollen. Dagegen erheben die Finnländer Einspruch, weil solchenfalls ein russisches Staatsorgan die Regierungsmacht in Finnland bekäme, was direkt gegen die finnländischen Grundgesetze wäre. In diesem Konflikt hat die Interimsregierung sich schon genötigt gesehen, gewisse Eingeständnisse zu machen. Auf der finnländischen Seite fordert man aber, daß die Regierungsbefugnisse, mit Ausnahme von Angelegenheiten, die die auswärtige Politik oder den Krieg berühren, in finnländische Hände gelegt werden. Wie dieser Konflikt nun auch entschieden werden mag, die jetzt vor sich gehende Regelung wird von beiden Seiten ausdrücklich als provisorisch erklärt, russischerseits bis zum Zusammentritt der Konstituante[3], finnischerseits — bis weitere Schritte nach dem Endziel, der vollen Selbständigkeit gemacht werden können.

[1] anarchisch = gesetzlos. [2] Interimsregierung = Vorläufige Regierung. [3] Konstituante = Versammlung zur Festlegung der Staatsverfassung.

Digitized by Google

Der Umschwung in Österreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Kaum jemand von uns, die wir vor der bedingungslosen Einberufung des Reichsrats in seiner heutigen Zusammensetzung warnten und von den allzu lebhaft geäußerten Friedenswünschen nur einen Ansporn für die Feinde und eine Verlängerung des Kriegs erwarteten, kaum jemand von uns hat wohl geahnt, daß uns die Entwicklung, die von dem entscheidenden Eingreifen des Grafen Czernin ausging, so rasch und so grausam Recht geben werde. Sie hat uns mit einer durch keine Rückschläge verminderten Beschleunigung dorthin geführt, wohin sie folgerichtig führen mußte: von der zeitweisen Zurückstellung der Neuordnung zu ihrem völligen Fallenlassen, zu dem Suchen nach „neuen Wegen" und dem Sturz des Ministeriums Clam, das auch auf diesen nicht zur Auflösung des Staats in seine Bruchteile gelangen wollte; von dem Verzicht auf alle angeblich nationalen Forderungen zur überlauten Verkündigung auseinandergehender, die Staatseinheit bedrohender, den Kriegszielen der Feinde verwandter Partei- und Volksprogramme, zur Aufhebung vieler als unentbehrlich angesehenen Kriegsgesetze und Kriegsgewalten, zum Wiedereintritt der wegen Staatsfeindschaft verurteilten Männer in das politische Leben; von der in Schutz und Trutz selbstverständlichen mitteleuropäischen Gemeinschaft zu leidenschaftlichen öffentlichen und geheimen Erörterungen, die in Deutschlands und Ungarns Lebensfragen eingreifen, Mißtrauen säen und Mißtrauen erregen und auf die Krieger und das Hinterland bedenklich nachwirken müssen; von der versäumten Gelegenheit eines überraschenden Sieges über die zerrüttete russische Heeresmacht zu der Notwendigkeit, die Angriffe eines neugeordneten, von fanatischem Massenwillen beherrschten Revolutionsheeres blutig abzuwehren. Diese Entwicklung hat aber nicht zu dem Ziel geführt, um dessentwillen man all ihre Gefahren in den Kauf genommen hat: zu einer fruchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften, die von den Kundgebungen politischer Gesinnungen noch nicht einmal den Weg zu den Delegationswahlen gefunden haben und mit Mühe und Not ein paar Gesetze fertig bringen dürften, die mit dem § 14 auch nicht wesentlich anders ausgefallen wären. Sie hat nicht zu einem einträchtigen Zusammenarbeiten der durch den Krieg vielfach belehrten Völkerschaften führen können, weil deren alte Vertreter wieder zu Wort kamen — diese Vertreter, deren Verhalten im März 1914 das Abgeordnetenhaus unmöglich gemacht hat und die nun die alten Wege nach der langen schwer empfundenen Pause mit doppeltem Eifer wieder einschlugen. Ihre Beseitigung hofften wir von den „Männern aus dem Schützengraben", die im Kriege zum Staatsbewußtsein gewachsen seien, bei den Neuwahlen nach dem Friedensschluß. Nun aber führen sie das Wort, schleudern thersitische Reden gegen einander, gegen die Deutschen, gegen die ehrliche Regierung des Grafen Clam und die Bemühungen seines Nachfolgers und suchen

Digitized by Google

durch Hetzereien die Leidenschaften der breiten Volksmassen aufzustacheln, um sich so auch nach dem Erlöschen der verlängerten Mandate zu behaupten.

Einig sind sie in dem Ruf nach „Demokratisierung" des Staats — ein Lockruf, auf den so viele deutsche Doktrinäre um so bereitwilliger hören, wenn er auch von dem Minister des Äußeren angestimmt wird, bei dem man aber nicht an die Durchdringung des Volks mit dem wahren demokratischen Geiste der Organisation von Pflicht und Verantwortung denkt, sondern an schöne Paragraphen und Grundrechtserklärungen. Österreich ist demokratischer, als dem politischen Bildungszustand seiner meisten Bürger entspricht; haben sie sich doch nicht durch längere Übung allgemeiner, aber abgestufter Wählerpflichten das gleiche Wahlrecht erkämpft, sondern es zugleich mit dem allgemeinen erhalten! Nun soll es auch auf die Gemeinden und die Länder ausgedehnt, die Frauen unvermittelt zur Wahl, ja zum Geschworenenamt zugelassen werden usw.

Alle, die den festen Einheitsstaat in Österreich anstreben und zu dem Parlament von 1914 kein Vertrauen hegten, sind durch Czernins Forderung nach dessen schleuniger Berufung und das Nachgeben der Regierung Clam auf das schwerste betroffen worden. Die Hoffnung, daß diesmal „aufgeschoben" nicht „aufgehoben" bedeute, hegten wohl wenige. Die Deutschen, denen nun plötzlich der Verzicht auf die Sicherung für Staat und Volk, die so nahe bevorstehend erschienen war, auferlegt wurde, ergriff eine Erregung, die uns damals beispiellos schien (seither — ich schreibe wie erwähnt, Anfang Juli — haben wir freilich stärkere kennen gelernt). Sie hätte beinahe ein einheitliches Vorgehen verhindert. Aber die Deutschen fanden sich rasch in der einmütigen würdigen Erklärung, an den dauernden Notwendigkeiten als solchen festzuhalten, aber alle übereilten Schritte zu unterlassen und zunächst im Parlament bedingungslos ihre Pflicht zu tun. Vorbehaltlose Arbeit für den Staat forderte bald darauf zu ihrer Genugtuung auch die Thronrede, und der Ministerpräsident bezeichnete kurzweg „Österreich" als sein Programm. Dagegen war von vornherein klar, daß die Thronrede sich die deutschen Staatsforderungen nur ganz im allgemeinen zu eigen machte und der Minister sprach von „neuen Wegen" in einer Weise, die dem Fernerstehenden zunächst nicht sehr klar sein konnte. Was dem Zusammentritt des Reichsrats folgte, die slawischen und anderen Rechtsverwahrungen und sonstigen Kundgebungen, die aufrichtigen Äußerungen in Stockholm (wo mit den tschechischen Sozialdemokraten geradezu über einen Sonderfrieden zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, also den nackten Verrat gesprochen wurde), die Kundgebung gegen Staats- und Parlamentssprache, die in der „Lex franta" lag, die nicht vollbefriedigende Abwehr im Herrenhause (sonst, wie seine Adresse zeigt, heute dem letzten Zufluchtsort politischer Vernunft und dem berufenen Träger des österreichischen Staatsgedankens), die mannigfachen Versuche des Grafen Clam, mit den Parteien sich zu verständigen, und eine Menge sonstiger Erscheinungen, welche die politische Erregung steigerten,

Digitized by Google

sind hier nicht zu besprechen. Sie waren, wenn auch nicht in diesem Umfang, von dem Augenblick an zu erwarten, als es wieder, wie in der „guten, alten Zeit" in den Zeitungen hieß: „Die Regierung hat die Verhandlungen mit den Parteien begonnen." Die Wirkungen, die sie nach außen hin gehabt haben, sind ebenso schädlich, als lehrreich; welche Schlußfolgerungen Graf Czernin aus ihnen gezogen hat, ist mir nicht bekannt. Die Siedehitze der slawischen Ausbrüche, die Maßlosigkeit auch sonst ruhiger nichtdeutscher Redner, die gelegentlich auch einmal die Deutschen aus der beschlossenen scharfen, aber ruhigen Haltung herauszwangen und damit den Vorwand zu theatralischen Entrüstungskundgebungen gewannen, läßt annehmen, daß man sowohl auf die Regierung, als auch nach außen hin einen Eindruck erzielen, seine Macht zeigen, die Regierung zu wachsender Nachgiebigkeit zwingen und womöglich in der Richtung eines Friedens um jeden Preis, einer Verständigung mit Rußland und dessen, was daraus folgen mußte, wirken wollte.

„Diejenigen, die diese Konfusion angezettelt haben," sagte Fürst Auersperg im Herrenhause, „gehören nicht zu Österreich und wollen nicht zu Österreich halten, sonst hätten sie diese Verwirrung nicht angerichtet." Die letzten Ziele mancher Redner sind damit gut gekennzeichnet. Aber von den eigentlichen Führern ist nicht anzunehmen, daß sie ernstlich meinen, solche Ziele — von denen Graf Clam mit Recht sagte, daß sie einander durchkreuzen — bald erreichen zu können. Sie müssen mindestens als Zwischenstufe andere im Auge haben, die sie für unmittelbar erreichbar halten. Diese Ziele der maßgebenden Führer sind allmählich klarer geworden, nicht zuletzt durch den Sturz des Ministeriums Clam. Von *ihnen* haben wir zu reden, nicht von den Stürmen der Oberfläche. Die Polen, die formell den Ministerwechsel herbeiführten, haben sicherlich ihre besonderen Ziele verfolgt. Sie wollten ihre Stellung als Zünglein an der Wage erhalten und den maßgebenden Einfluß in Österreich dazu benutzen, um auch auf die Gestaltung der galizischen Verhältnisse und des Königreichs Polen den maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Jene Deutschen, die mit dem Fortbestand des gegenwärtigen Parlaments rechnen, ja ihn für notwendig oder wünschenswert ansehen, fassen denn auch eine Mehrheitsbildung ins Auge, die aus Deutschen, Polen und Sozialdemokraten erstehen soll. Auch um sie zu ermöglichen, wollte man „*neue Wege*" einschlagen. Graf Clam meinte, daß auf solchen vielleicht allein die freie kulturelle und nationale Entwicklung gleichberechtigter Völker erreicht werden könne. Er fügte allerdings hinzu, daß dies unter *Aufrechterhaltung der Kronländer* erfolgen müsse und die Thronrede betonte, daß die Neugestaltung „im Rahmen der Einheit des Staats und unter verläßlicher Sicherung seiner Funktionen" vorzunehmen sei. Man hat daraus das Schlagwort „autonomistischer Zentralismus" oder „zentralistische Autonomie" gebildet. An dem Gegensatz *dieser* Autonomieforderung zu den von allen zentralistischen Vorstellungen, ja selbst von der bisherigen Idee der Kronlandsautonomie gänzlich unberührten Forderungen der Nichtdeutschen nach „natio-

Digitized by Google

naler Autonomie" ist Graf Clam wohl ebensosehr gescheitert, als an seiner Abwehr der schon aus militärischen Gründen schwer annehmbaren polnischen Höchstforderungen.

Um es kurz zu sagen: beide Teile stellten sich grundsätzlich auf den Boden der von dem Sozialdemokraten Karl Renner und mit ihm von seiner Partei vertretenen „nationalen Autonomie", welche die territoriale Abgrenzung der Sprachgebiete, wo diese aber versagt, die Trennung in nationale Gruppen nach dem „Personalitätsprinzip" bedeutet. Die Gesamtheit der gleichsprachigen, in demselben „nationalen Kataster" verzeichneten Personen soll eine rechtliche Einheit, eine juristische Person oder Körperschaft darstellen, was sie heute nicht ist. Der Staat aber ist ein aus diesen gesetzlich organisierten Nationen gebildeter „Nationalitätenbundesstaat". Einen solchen — wie sie es ausdrücken: „einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten" — verlangen die Tschechen an der Spitze ihrer Rechtsverwahrung, und in zahlreichen andern Kundgebungen bedeutet „nationaler Staat", „nationale Autonomie", „Vereinigung aller Volksangehörigen", „Entfernung aller fremdvölkischen Beamten aus dem Volksgebiet" u. dergl. das gleiche Ziel, wobei allerdings zuweilen die räumliche, zuweilen die personenmäßige Abgrenzung stärker hervortritt. So ist auch das böhmische Staatsrecht zwar nicht ganz beiseite gelassen, aber neben dem Wunsch nach Vereinigung aller Stämme des tschechoslawischen Volkes zu einem demokratischen Staat, also mit Einschluß der ungarländischen Slowaken, stark in den Hintergrund gestellt worden. In Stockholm verkündeten Renner und seine Genossen im Gegensatz zu dem vielfach undurchführbaren Nationalstaat den Nationalitätenstaat mit nationaler Autonomie als allgemeinen Grundsatz und verlangten diese Art Autonomie für Südosteuropa, Preußen, Elsaß-Lothringen und andere Länder ebenso wie für die Monarchie.

Graf Clam lehnte ebenso wie die Deutschen den „Nationalitätenbundesstaat" als solchen ab, strebte aber die nationale Autonomie im Rahmen der Kronländer an. Er erhoffte dafür die Zustimmung der Deutschen und der Polen, zeitweise vielleicht auch die anderer Nationen, und die der Sozialdemokraten. Da Renner sich mit der geschichtlich gegebenen Tatsache der Kronländer für die nächste Zeit ebenso wie mit dem Dualismus abgefunden hatte, da er mit dem Grafen Czernin in enger Fühlung gestanden haben soll, da er seinerzeit zum Ernährungsminister ausersehen war und somit wohl vor dem Kaiser seine zweifellos bedeutsamen, ins einzelne durchdachten Gedankengänge entwickeln konnte, da anderseits auch in deutschen Kreisen, besonders bei den Deutschböhmen die nationale Autonomie innerhalb des Kronlands viel Anklang findet und Abgeordnete, wie Kniesch und Lodgeman, gleich den Slawen allgemein vom Selbstbestimmungsrecht der Völker oder von der nationalen Autonomie sprachen, mag die Hoffnung auf Mehrheitsbildung in diesem Zeichen nicht unbegründet gewesen sein, ja es mögen zwischen gewissen Parteien Abmachungen bestanden

Digitized by Google

haben, die durch den Beitritt der Polen verwirklicht hätten werden können. Die Polen aber und andere lehnten den Grafen Clam und seine Minister als Personen ab und so machten diese einem Geschäftsministerium Platz, das die Verfassungsfragen zunächst der Vereinbarung der Parteien überlassen wollte. Wir machen hier halt; die Fragen, wie sich die Deutschen in den einzelnen Ländern (man denke an Niederösterreich oder Kärnten!) und im Reich zur nationaten Autonomie stellen können oder müssen, ob sie ihre bisherigen Forderungen mit ihr ganz oder teilweise vereinbaren können oder ihr zu Liebe aufgeben dürfen, ohne den Staat zu gefährden, ob sie die Gegenforderung der „finanziellen Autonomie" erheben müßten, die nicht nach dem Geschmack der anderen Völker ist, diese und verwandte Fragen sind zu schwerwiegend und verwickelt, um in wenigen Zeilen erörtert werden zu können. Wir haben noch anderer Folgen des Regierungswechsels zu gedenken, die zeitweise die Frage der nationalen Autonomie in den Hintergrund drängen können. Wir wollen daher nur feststellen, daß ein Problem von gewaltiger Tragweite, das bisher nur theoretisch erörtert wurde, nun praktisch-politische Bedeutung gewonnen hat und die Geister, nicht nur in Österreich, lebhaft bewegen wird.

Die unmittelbare Folge des Ministerwechsels ist der Wegfall aller vom Grafen Clam gegebenen Zusagen und mancher in der Thronrede aufgestellten politischen Leitsätze. Die Zurückstellung der von den Deutschen als Anwälte des Einheitsstaates gestellten Forderungen hat sich, wie zu erwarten war, in ihr völliges Fallenlassen verwandelt, und wenn wir an ihnen festhalten, müssen wir für sie einen schweren Kampf führen. Volle Unsicherheit herrscht aber auch darüber, in welchem Umfang das wirtschaftliche und finanzielle Programm der Regierung Clam aufrechterhalten werden wird. Das gilt insbesondere von dem umfassenden Finanzplan Dr. v. Spitzmüllers, der als Fachmann ersten Ranges angesehen wird, und wir müssen lebhaft wünschen, bald darüber beruhigt zu werden, daß seine umfassende Arbeit für den Staat nicht verloren ist.

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat auch das Übergangsministerium sofort ihre volle Macht fühlen lassen. Der Unwille über die vielen Schattenseiten der absolutistischen Regierungsweise — Zensur, Härte und Fehlurteile der Militärgerichte, wirtschaftliche Gewaltmaßregeln und Mißgriffe usw. — hat vielfach auch die Deutschen dazu geführt, die mit dem § 14 getroffenen Maßnahmen zu bekämpfen. Eine um die andere wird fast einstimmig aufgehoben, der formale Verfassungsgesichtspunkt und der „demokratische Zug der Zeit" reißen das Volkshaus immer weiter mit sich, das Herrenhaus wird nur teilweise Widerstand leisten können und das Ministerium hat schwere Mühe, dafür zu sorgen, daß durch eilig entworfene und durchgepeitschte Gesetze die Lücken ausgefüllt und die im Krieg notwendige Ordnung, die militärischen Notwendigkeiten vor allem, gesichert werden. Es wird dies um so schwerer halten, als eine kaum zu vermeidende Folge der Entwicklung die Deutschen in die Opposition gedrängt hat.

Digitized by Google

Aus den Ausschußberatungen war mit Sicherheit zu erwarten, und es ist seither teilweise auch eingetroffen, daß das Haus die militärische Ausnahmsgerichtsbarkeit und andere Kriegsmaßnahmen für rechtswidrig erklären werde. Der nächste Schritt wäre die Aufhebung der gefällten Urteile oder doch ihre Anfechtung vor den normalen Gerichten gewesen. War doch davon schon die Rede und wurden schon bei der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus 9 Stimmen für den verurteilten Kramarsch abgegeben, der in Untersuchung befindliche Klofac geflissentlich zum Obmann des tschechisch-radikalen Verbandes gewählt usw.! Wollte man das Haus nicht auflösen, so mußte man einer solchen Niederlage des Staats durch einen Gnadenakt zuvorkommen. Dieser ist erfolgt und er schloß die Aufhebung der politischen Rechtsfolgen für die wegen Hochverrats und anderer politischer Verbrechen Verurteilten in sich. Kramarsch und Genossen können also in das nächste Abgeordnetenhaus gewählt werden, zur politischen Macht gelangen, Österreichs künftige Führer werden. Es wird schon jetzt behauptet, Kramarsch habe mit sich über die Bedingungen unterhandeln lassen, unter denen er die Begnadigung annahm. Das mag übertrieben sein. Jedenfalls war die Erregung, die sich der deutschen Bevölkerung, nicht nur in Böhmen, und anderer staatstreuer Elemente bemächtigte, unabsehbar; der Nationalverband mußte Verwahrung einlegen und erklären, daß es dem weiteren Verhalten der Regierung nur mit Mißtrauen entgegensehen könne. Wie die Soldaten im Feld die Begnadigung jener Männer empfinden müssen, durch deren Schuld so viele um Leben und Gesundheit gekommen sind, liegt auf der Hand. Ist doch erst kürzlich durch die Mitteilung des Landesverteidigungsministers Georgi der volle Umfang der tschechischen Verrätereien den Abgeordneten bekannt geworden und der von den Tschechen herbeigeführte Sturz des wackeren Soldaten hat seine Ausführungen nicht entkräftet! Bekanntlich wurde auch am 4. Juli im Abgeordnetenhause sein Nachfolger gefragt, ob er über das Verhalten der tschechischen Mannschaften der 19. Infanterietruppendivision bei Zborow und den derzeitigen Verbleib dieser Division Auskunft geben könne. Der russische Kriegsbericht beantwortet diese Anfrage, indem er sagt: „Die tschecho-slowakische Brigade" (nach der Behauptung unserer Tschechen besteht sie aus vor dem Krieg in Rußland eingebürgerten Tschechen) „nahm 62 Offiziere und 3150 Soldaten gefangen und erbeutete 15 Kanonen und viele Maschinengewehre, die zum großen Teil gegen den Feind gerichtet wurden." Wir wollen diese Vorgänge nicht verallgemeinern, wie das der einfache Mann tut, dem sie verständlicher sind als staatsrechtliche Vererbungen oder als etwa die Behauptung des Abgeordneten Tertil, das Streben der Polen nach einem freien, geeinten, unabhängigen Königreich sei in den Staatsgrundgesetzen gewährleistet, eine Behauptung, die sich mit gleichem Recht für großserbische oder panslawistische Bestrebungen vorbringen ließe. Aber wenn sich die Tschechen mit Ungestüm dagegen wehren, daß man ganze Volksstämme wegen der Verfehlungen einzelner verdächtige und zugleich mit aller Entschiedenheit für diese

Digitized by Google

recht zahlreichen „Einzelnen" eintreten, so wird wohl gesagt werden dürfen, daß nach alter Erfahrung die Gnade wenig Eindruck auf sie erzielen wird, wenn ihnen nicht zugleich eine starke Hand jene vorbehaltlose Pflichterfüllung aufzwingt, von der die Thronrede sprach. Sie stellen das Verlangen nach Kräftigung der Staatsgewalt als eine Bemäntelung deutscher Herrschgelüste hin, die es nicht gibt; aber schon wird Ungarn besorgt, und es ist nicht unmöglich, daß der Minister des Äußeren endlich eingreifen wird müssen, um jene Neuordnung herbeizuführen, die auf seinen Wunsch vor wenig Monaten vertagt wurde. Vorläufig ist das noch kaum zu gewärtigen, aber es wird sich bald entscheiden müssen, ob das Ministerium Seidler sich behaupten kann und ob nicht die Tage dieses Abgeordnetenhauses, das heute mit beflissener Harmlosigkeit Ernährungsfragen behandelt, morgen aber wieder in nationalistische Krämpfe verfallen kann, gezählt sind. Sollte es vor oder, was wahrscheinlicher ist, nach dem Kriegsende zu Neuwahlen kommen, so müssen sie im Zeichen Österreichs stehen, wenn nicht die im Felde geschlagenen Feinde einen unblutigen aber entscheidenden Sieg erringen sollen. Noch einmal die Gelegenheit zur Neuordnung versäumen, hieße vermutlich jene Schicksalsstunde Österreichs versäumen, von der seit 1914 so viel geredet wird und deren wichtige Bedeutung doch so vielen nicht klar ist.

Von türkischem Volk[1]

Von Major a. D. Franz Carl Endres

Dem Wanderer über die große Brücke, die Stambul mit Galata verbindet, begegnet ein bunter Strom von Menschen aller Nationen: Türken, Armenier, Araber und Kurden, Christen Mitteleuropas und der Levante, Juden und Tscherkessen, Zigeuner und weiß der Himmel wer alles noch dazu, bewegen und drängen sich, tragen Eitelkeit und Armut, Hochmut und Niedrigkeit, Intellekt[2] und dumpfes Vegetieren[3] an uns vorüber. Ein grauer, ewiger Wurm wälzt sich hinüber und kehrt zurück in entgegengerichteter Bewegung, und scheint nicht vom Platz zu kommen in seinen Krümmungen und Windungen.

Und wer in der Europäerstadt Pera in Hotels und in Gesellschaften sich bewegte, der fand — vor dem Kriege wenigstens — alle Nationen Europas versammelt und hörte alle ihre Sprachen. Konstantinopel ist, so wie es sich dem Fremden bot, die internationalste aller europäischen Städte gewesen.

Diese Eigentümlichkeit hätte von allen beachtet werden müssen, die Konstantinopel

[1] Der Verfasser erlaubt sich hinzuweisen auf sein Buch „Die Türkei" erschienen bei C. H. Beck, München 1917. 3. Auflage. Preis gebunden 5 Mk., in dem der Leser Eingehendes über das türkische Volk findet.

[2] Intellekt = Verstand.

[3] Vegetieren = tatenlos dahinleben.

Digitized by Google

besuchten. Denn sie alle haben nicht türkisches Volk, sondern eben Konstantinopel gesehen und kennen gelernt. Konstantinopel aber ist nicht die Türkei, und das Leben in Pera hat mit türkischem Leben nicht das geringste zu tun. Schon weit türkischer ist Stambul, um mit diesem Namen all die großen Stadtteile zusammenzufassen, die auf dem südlichen Ufer des „Goldenen Hornes" sich ausdehnen. Hier gibt es Gassen und Gäßchen, in denen noch kaum jemals der Fuß eines Fremden geschritten ist. Hier spielt sich ein Stück altes Leben ab, inmitten der Weltstadt und doch fern von ihrem Geiste.

Muß man so schon in der Hauptstadt des Reiches rein türkische Lebensmittelpunkte geradezu suchen, so ist das in mancher Hinsicht im Innern des weiten Reiches nicht anders. Man kann nicht irgendwohin reisen im Lande der Türkei und, angekommen, ohne weiteres annehmen, daß man nun auch unter Türken sich befindet.

Da würde man großen Irrtümern sich aussetzen. An der Küste des Ägäischen Meeres, mit dem Mittelpunkte Smyrna, wohnen Griechen. Auch am Marmarameer und an der Küste des Schwarzen Meeres bis Trapezunt bilden sie starke Bestandteile, ja häufig die Mehrzahl der mittleren und oberen Bevölkerungsschichten. Weit hinein in das Innere von Anatolien erstrecken sich ihre Siedelungen, und es gibt wohl keine Stadt in der ganzen Türkei, in der nicht einige griechische Kaufleute leben.

Noch verbreiteter — vor dem Kriege — waren die Armenier. Überall im Reiche gab es ihrer. Die gebildeten Armenier hatten wichtige Stellen im Staatsleben inne. Die bedeutendsten Ärzte, Gelehrten und Künstler der Türkei waren Armenier.

Südlich der Linie Alexandrette—Aleppo beginnt mit der vorherrschenden arabischen Sprache auch eine arabische oder wenigstens arabisierte Bevölkerung. Syrien selbst ist von einer Reihe von Volksstämmen bewohnt. Von Türken ist da nichts mehr zu verspüren. Lediglich türkische Beamte und türkisches Militär erinnern daran, daß man noch in der Türkei sich befindet. In Mesopotamien endlich gesellt sich zum arabischen Teil (Beduinen) noch der Perser und auch hier sind nur verschwindend wenig Türken zu finden.

Die zahlenmäßige Verteilung der Gesamtbevölkerung der Türkei auf die verschiedenen Volksstämme zeigt uns, wie wenig Türken, oder besser gesagt Osmanen, in der Türkei leben im Verhältnis zu nichttürkischen Elementen.

Vor dem Kriege wohnten in der Türkei etwa [1]:

Osmanen	9 200 000
Kurden	1 209 000
Araber	5 600 000
Armenier	1 845 450 (nach neuer Statistik)
Griechen	2 000 000
Juden	400 000
Druſen und Maroniten	400 000

Und eine Reihe von anderen kleineren Volksstämmen nebst sehr vielen Europäern.

[1] Türkische Bewohnerzahlen sind bei dem Fehlen jeder geordneten Statistik stets nur groben Schätzungen entsprungen. In Obigem ist wohl nur die Angabe über die Armenier verlässig.

Digitized by Google

Die Hochburg des Osmanen ist das Massiv von Anatolien. Und nur der vermag türkisches Wesen zu erkennen, der in Anatolien selbst, womöglich fern von der Bahn gereist ist und besser noch: gelebt hat. Ja selbst innerhalb der Osmanen haben die oberen Schichten durch die Notwendigkeit des internationalen Verkehrs, durch ihre meist im Auslande genossene Bildung und durch Gewohnheiten der Ära Abdul Hamids, die sich erst in Jahrzehnten wieder werden abschleifen, Merkmale angenommen, die nicht osmanisch sind und die uns hier nicht weiter beschäftigen sollen. Dazu kommt, daß durch zahlreiche Ehen osmanischer Männer mit Frauen aller Rassen, seit Jahrhunderten schon, eine immer stärkere Mischung der eigentlichen osmanischen Rasse stattgefunden hat, so daß der Urtypus, auch rein äußerlich, kaum mehr zu finden ist. Er fällt geradezu auf, wo man noch einmal auf ihn stößt.

Dieser Urtypus des Osmanen ist dem mongolischen nahe verwandt und ihm auch sehr ähnlich. Nach unserem Geschmack ist er häßlich. In einem großen Kopf stehen dunkle kleine Augen und unter der niederen Stirn ragt eine platte Nase nur wenig hervor. Der Bartwuchs ist gering, die Haarfarbe schwarz bis braun, die Hautfarbe gelblich bis gelb. Der gedrungene kleine Körper hat starke Knochen. Der Türke, wie wir ihn uns vorstellen und wie er auch in der Regel ist, sieht ganz anders aus. Namentlich jüdische, griechische und georgische Blutmischung hat große Augen, starke schwarze Haare und Bärte, eine große gebogene Nase und einen oft schlanken, grazilen Körperbau hervorgerufen — kurz er hat, wie das sehr häufig der Fall ist, die Rasse ganz wesentlich verschönt. Nur bei den Osmaninnen ist das in unserem Geschmacke nicht ganz geglückt. Die Vorliebe des Türken für starke Hüften und breite Figuren läßt die Türkinnen Formen annehmen, die sich mit unserem Schönheitsbegriff nicht recht decken wollen.

Allerdings tritt die Rassenmischung auch hier veredelnd auf, und es gibt „mongolisch" aussehende, also rasseechte Türkinnen ebensowenig mehr, wie dergestaltete Türken.

Von besonderem Interesse ist der Charakter des Türken, den wir als unseren treuen Bundesgenossen genau kennen müssen, um die rechte Grundlage für den Verkehr zu finden. Wir Deutsche machen sehr oft den Fehler, uns von irgendeinem fremden Menschen oder auch aus fremden Verhältnissen überschnell ein Bild zu fertigen, dies Bild dann zu lieben oder zu hassen, es währenddessen zu verändern und immer unähnlicher seinem Vorbilde zu gestalten. Wir pflegen dieses bedenkliche Abrücken des Bildes von der Wirklichkeit gar nicht zu bemerken, weil wir nicht nüchtern genug schauen und unsere Empfindungen zu wenig mit dem kritischen Verstande nachprüfen. Daher kommen unsere häufigen Täuschungen über Menschen und Dinge, daher manches, was wir nach dem Kriege ganz wesentlich besser machen müssen.

Vor allem müssen wir festhalten, daß der Türke ein reiner Orientale ist und daß daher sein Empfindungsleben auf einer uns ganz fremden Grundlage steht. Dazu

Digitized by Google

kommt, daß er sehr verschlossen — trotz aller Liebenswürdigkeit — sich nicht so leicht „gibt" wie der Europäer und namentlich wie der Deutsche. Der Orientale ist der geborene Diplomat. Der Deutsche hat wenigstens in seinen bisher berufenen Vertretern, die aber bis zu einem gewissen Grade doch auch Vertreter des Volkscharakters sind, gar kein Talent zu diesem Berufe gezeigt. —

Das kommt daher, daß der Deutsche zu viel spricht, wo der Orientale schweigt, mit dem Herzen arbeitet, wo der Orientale nur den Verstand arbeiten läßt, immer belehren und nach sich ummodeln will, wo der Orientale stolz und gleichgültig Fremdes als Fremdes betrachtet, ohne Wunsch nach Aufprägung seiner eigenen Persönlichkeit.

Der Türke ist im Verkehr würdig, wenn auch nicht ganz aufrichtig, langsam und bedächtig. „Die Eile ist vom Teufel" — dies Sprichwort paßt nicht in das Rattern deutscher Maschinen, in des Hasten Eilen und Jagen des deutschen Alltages. Aber es ist fehlerhaft, zu versuchen, dem Türken die Überzeugung beibringen zu wollen, daß die Eile nun nicht vom Teufel, sondern von Gott sei. Besser ist es, ihm in der Praxis die Notwendigkeit der Eile vorzuführen und ihn dieser Notwendigkeit gegenüberzustellen. Dann wird er sich von selbst allmählich entwickeln.

Auch auf türkischer Lebensauffassung lastet eine Tradition von tausend Jahren und das noch ohne die rapide wissenschaftlich-technische Entwickelung Deutschlands, die unsere träumenden Giebelstädtchen des 18. Jahrhunderts in pulsierende Mittelpunkte enormer Kraftleistung umgewandelt hat. Wir sind durch die Jahrhunderte gerannt, der Orientale ist gewandelt, nicht ohne oft lange stehen geblieben und sich sinnend, umgeschaut zu haben.

Die angeborene Bedächtigkeit läßt den Türken im geschäftlichen Kampf mit dem Griechen, Juden und Armenier unterliegen und hat ihn, weil die fremdnationalen Elemente einsprangen, allmählich ganz den Berufen entfremdet, in denen Beweglichkeit des Geistes, technisches Können und Unternehmungslust maßgebende Faktoren sind.

Der gebildete, meist noch mehr vermischten Rassen entstammende Türke, hat diese Bedächtigkeit oft mit großer Beweglichkeit und Gewandtheit vertauscht. Aber seine Zurückhaltung, seine Vorsicht hat er behalten.

Viele der gebildeten Türken sind im Auslande erzogen, in Deutschland, Frankreich, England oder Amerika. Der Erfolg solcher Erziehung ist meist nur, wo deutsche Erziehung in Frage kam, einwandfrei gut. Aber auch, in Deutschland erzogen, wird der Türke niemals innerlich ein Germane werden, sondern bleibt mit seiner ganzen Seele ein Orientale. Diese starke Eigenschaft seiner Rasse hat er vor uns Deutschen voraus, die, in fremde Länder versetzt, aus der uns angeborenen Überschätzung alles Fremden, so häufig unser Deutschtum völlig verlieren.

In Zukunft wird türkische Jugend noch mehr als bisher deutscher Erziehung, sei es

Digitized by Google

in Deutschland oder durch deutsche Lehrer in der Türkei, zugänglich gemacht werden. Die dem Orientalen eigenartige Dankbarkeit dem Lehrer gegenüber wird dies Erziehungswerk erleichtern, die geringe Hartnäckigkeit der Arbeit gegenüber, sowie das rasche Nachlassen zuerst sehr lebhaften Interesses, die beide auch dem Orientalen eigen sind, wird es erschweren. Die Bildungsfrage ist das wichtigste Problem der modernen Türkei. Zahlreiche Schulen sind neu gegründet, noch zahlreichere sind geplant. Bis jetzt konnten nur etwa 5% der Gesamtbevölkerung lesen und schreiben. Das muß man sich recht klar machen, wenn man die enormen Schwierigkeiten, die alle Reformen in der Türkei haben, erkennen und würdigen will.

Der Türke bewundert unsere deutsche Kultur in ihren Leistungen. Er erkennt, daß sie allein ihn konkurrenzfähig im Rate der Völker machen kann — aber gleichzeitig fürchtet er sie auch. Während bei uns Tätigkeit als Lebensprinzip des rechten Mannes allgemein anerkannt ist, ist des Türken Natur auf Beschaulichkeit gestellt. Das Knattern der Maschinen, die Hast des Alltages, das Donnern und Dröhnen unserer technischen Kultur ist dem Türken innerlich ein Schmerz. Er hat das Ende im Auge! Wozu sich abmühen, wenn man einst alles doch zurücklassen muß. Der Türke hat noch viel vom Nomaden, der er einst war, in sich. Heute ist heute! Leben und leben lassen! Er denkt noch nicht an den Zinseszins menschlicher Arbeit. Die Einordnung der Einzelarbeit in das Große und Ganze der Volksleistung und dieser in das Ewige des Entwickelungsgedankens ist ihm etwas Unverständliches. Er hat es auch jahrhundertelang nicht gebraucht, hat vom Kapital seines herrlichen Landes gelebt, gut gelebt und hat das Kapital nahezu aufgebraucht. Nun kommt eine neue Zeit. Da erfordert das Anpassen eine Änderung der Lebensanschauungen, die nicht von heute auf morgen vor sich gehen, nicht ohne Reibungen, Rückschläge und verfehlte Versuche gelingen kann.

Gleichzeitig mit den beginnenden grundlegenden Reformen macht sich ein Zug im Volk bemerkbar, der in den letzten Jahrzehnten ganz Europa erfaßt hat: die Betonung der nationalen Empfindung. Das ist bei den Türken besonders neuartig, weil sie bisher streng in Sinne des Islam die Glaubensgemeinde als verbindenden Begriff allein kannten, die Nationalität nur eine Frage zweiter Bedeutung war.

Desto lebhafter wird heute die Frage der nationalen Zusammenhänge in den Ideen des Pantürkismus und des Turanismus aufgefaßt und wie das bei jeder neuen Idee, die gewaltige Widerstände zu überwinden hat, der Fall ist, gelegentlich auch stark übertrieben. Es gilt auch hier, daß, wer einen Schritt in neues Land gehen will, den Himmel stürmen soll. Zwischen Wollen und Vollbringen, zwischen Wunsch und Möglichkeit baut sich dann in nüchtener Form allmählich das Haus der Wirklichkeit auf. —

Das türkische Volk kämpft in diesem großen Kriege treu an unserer Seite. Es wird auch im Frieden die tausend Fäden, die es mit uns verbinden, nicht zerreißen wollen,

Digitized by Google

denn diese Fäden sind Adern vergleichbar, durch die edelste Lebenssäfte in den von jahrhundertelanger Mißwirtschaft, von Kriegen und Revolutionen matt gewordenen Staatskörper der Türkei fließen. Diejenigen Türken, und es sind heute schon sehr viele, die das erkennen und eng bei Deutschland bleiben wollen, werden den Segen ihres Landes bilden.

Wenn wir die eben angedeuteten Verhältnisse berücksichtigen, so ist es höchst anerkennenswert, was die Türkei im Weltkriege geleistet hat. Das Land ist fast ohne Ruhe aus den schweren Erschütterungen des Balkankrieges heraus vor bisher ganz unerhörte Leistungen gestellt worden. Und das bei gleichzeitiger sehr heftiger innerpolitischer Umwandlung! Freilich ist das weniger die Sache des eigentlichen Volkes gewesen, als die der oberen, politisierenden Kreise, aber was in jeder Hinsicht an Leistung gefordert werden mußte, das war doch endlich Leistung des Volkes.

Unendlich geduldig, zufrieden, bescheiden ist der Anatolier. Seit Jahren ziehen riesige Scharen von Männern aus ihrer anatolischen Heimat zu Krieg und Kampf, nach Albanien, nach dem mörderischen Yemen, in den Balkankrieg, zu Gefechten der Revolution, endlich zum Weltkrieg an alle Fronten des Reiches. Das Land der Witwen nennt der türkische Richter sein Anatolien!

Unendlich geduldig, zufrieden, bescheiden trägt der türkische Soldat sein Los. In seinen Träumen liegt die ferne Heimat vor ihm, in seinen Liedern ersteht sie wehmütiger Melodie, in den Tränen des Heimwehs zeigt sie erschütternd ihre Kraft — aber Allah hat es gewollt, Allah hat genommen, er wird geben, Allah ist groß! —

Die tiefe wahre Religiosität des einfachen türkischen Mannes macht ihn im Leiden stark, in Erdulden vorbildlich. Auch der Tod hat keine Schrecken für ihn. Allah ruft die Seele zu seligen Freuden, wie sie die Erde dem armen Manne nie verleihen konnte. In Allah schlafen die Toten! Allah gibt Frieden! —

Zum Kampf vom Tage

Von Jakob Schaffner

Ich hoffe, daß es mir erlaubt ist, als Schweizer einige schweizerische Beleuchtungen zum deutschen innern Kampf vom Tage zu geben. Der Kampf faßt sich, wie ich ihn verstehe, zusammen in der Forderung nach Liberalisierung, nicht Demokratisierung, des öffentlichen deutschen Lebens, einer bodenwüchsigen Forderung, die keine umstürzende Neuerung in Aussicht stellt, sondern eine natürliche und lebendige politische Weiterentwicklung des alten deutschen Humanismus erstrebt, sie enthält nicht einmal eine Radikalisierung, sondern einen maßvollen und besonnenen Gedanken des Notwendigen. Sie macht auch nicht den Versuch, die Verfassung der deutschen Seele einer Umwälzung zu unterwerfen, sondern ganz davon abgesehen, daß diese deutsche Seele nicht umzuwälzen ist, fühlt sich die Forderung nach fortschreitender Liberalisierung

Digitized by Google

einzig von dem Wunsch getrieben, dieser deutschen Seele zu ihrem Wachstum erweiterte Möglichkeiten zu verschaffen. Aber nicht nur der Seele. Auch der Körper des Volkes, von seiner Seele untrennbar, braucht weise und nach seinem Gefühl würdige Verhältnisse zu seinem Gedeihen. In einem gesunden Körper wohnt nach der alten Erkenntnis eine gesunde Seele, und in einem zufriedenen eine zufriedene. Ich gehöre nicht zu den blindbegeisterten Anhängern der politischen Freiheiten, die von diesen alles Heil für den Menschen erwarten und sich ohne sie keines vorstellen können. Es ist schon manches große und heilsame Werk für die Menschheit geschaffen worden ohne besondere „demokratische Institutionen", und Völker mit sprichwörtlich berühmten Freiheiten erleben gegenwärtig eine rücksichtslose Vergewaltigung durch gerissene und kapitalstarke Minderheiten. Auch bin ich als Schweizer an eine ganze Reihe von Freiheiten durchaus gewöhnt, ohne bis jetzt gesehen zu haben, daß sie dazu dienten, gewisse menschliche Unvollkommenheiten, Elendzustände, Mißwaltungen und Beschränktheiten auszurotten oder nur ungewöhnlich scharf anzugreifen. Trotzdem ist es unmöglich, einem Volk liberale Einrichtungen vorzuenthalten, wenn es sie ins Auge gefaßt hat als diejenigen Zustände, in welchen es zufriedener und würdiger fortzuleben hofft. Es ist auch unmöglich, ihm andere Einrichtungen zu geben als diejenigen, die es aus seinem stillsten Traum geschöpft hat als persönliche Wunscherfüllung und als Mittel zur Verbesserung von gegenwärtigen Zuständen, in welchen es sich nicht mehr wohl und gut aufgehoben fühlt. Das Regieren ist ja heute keine Schwarzkunst mehr, die den natürlichen Gang der Dinge zu verändern trachtet, sondern eine echte Weisheitskunst, die eben diesen natürlichen Gang zu erhorchen strebt, um ihn zu fördern. Eine Willkür ist auch aus dem allerbesten Wollen und dem reinsten Stilgefühl im Regierungsgeschäft von heute nicht mehr denkbar, sondern wie die zugestutzten Bäume mit ihren Pyramiden, Kugeln, stilisierten Tieren und sonstigen Figuren aus unsern Gärten zugunsten der freien, schönen Natur verschwunden sind, so werden auch alle künstlichen und einengenden Formen aus unserm öffentlichen Leben verschwinden. Das Gefühl von Bedauern, mit welchem wir vertraute und liebgewordene Beschränkungen und enge Wohlanständigkeiten der alten Zeit fallen sehen, ist ein Opfer, welches wir dem lebendigen Bedürfnis des gegenwärtigen Menschen bringen müssen. Uns persönlich als Individuum oder Gruppe bleibt es überlassen, unsre Kulturideale nach unserm Bedürfnis zu wählen, denn es macht das Wesen des echten Liberalismus aus, daß er die öffentliche Verfassung ist, in welcher sich jede innerliche nach Trieb und Kraft auswirken kann. Grenzen finden sich erst dort, wo die persönliche Freiheit des einzelnen entartet und zur persönlichen Willkür des einzelnen oder der Gruppe wird.

Vor dieser Aussicht staut sich denn auch am häufigsten der Widerstand gegen die Forderung des Tages. Der Widerstand ist eingegeben aus edlen Besorgnissen um die Zukunft des deutschen Wesens, das man um keinen Preis nach westeuropäischen oder

Digitized by Google

amerikanischem Muster umbilden lassen möchte. Man sieht, daß sogenannte freie Regierungseinrichtungen gerade in dieser Zeit, in welcher die Völker grenzenlose Opfer für nationale Ziele einsetzen, die Willkürherrschaft von einzelnen Einflußgruppen nicht nur nicht ausschließen, sondern in auffallender Weise die Bildung von Gewaltherrschaften und die Förderung von unvölkischen und sogar volksfremden Einflüssen zu begünstigen scheinen, wie gegenwärtig in Rußland. Daß diese Beobachtung lebhaftestes Mißtrauen einflößt, ist begreiflich. Man erlebt auch am amerikanischen Beispiel, wie ein „demokratisches" Volk von einer entschlossenen und geldstarken Minderheit Wege geführt werden kann, die es nicht im Traum von selber eingeschlagen hätte und die ihm seiner Natur und seiner Vergangenheit nach vollkommen uneigen sind. Wir können nicht so denken, planen, leben und zielen wie jene Nationen, weil wir nicht die Lage dazu haben, weil wir nach unsrer Lage und Anlage durch Methoden schwächer werden müßten, durch welche die andern zu Einfluß und Macht kommen. Wir haben kein reiches und grenzenloses Land, keine offenen Wege in die Welt, keine von Natur geschützte geographische, ethnographische und strategische Lage, und müssen immer noch auf unsre Sicherheit bedacht sein, wo die andern längst zu Unternehmungen ausschwärmen. Da diese Verhältnisse sich nie ändern können, werden auch notgedrungen unsre äußern und innern Sicherungen fortdauern müssen. Dies sind in kurzen Worten die Bedenken der Männer, die eine nationale Furcht davor empfinden, sich den Forderung des Liberalismus zu öffnen.

Ihre äußern Begründungen sind richtig und unwiderleglich; ich bin selber am tiefsten von ihrer geschichtlichen Wahrheit durchdrungen. Aber in der Anwendung auf die deutsche Seele und den weltsittlichen Bestand des deutschen Wesens scheinen sie mir zu wenig Zutrauen zur innern tiefen Bedingtheit dieses Wesens und zur sittlichen Hoheit jener Seele zu besitzen. Mögen sie auf jenen deutschen Stamm blicken, der südlich des Rheines lebt, durch eine staatliche Grenze vom Großdeutschtum abgetrennt, durch den Grundsatz der Neutralität auch dessen Geschichte entfremdet, in enger Ehe mit romanischer Kultur, allen internationalen Einwirkungen wie einem ständigen sittlichen Bombardement ausgesetzt, und zum Teil unter so freien öffentlichen Einrichtungen, wie sie in deutschen Landschaften nicht einmal als Traum umgehen, geschweige als Forderung aufgestellt sind, wozu vielleicht tatsächlich die geschichtliche Lage fehlt. Bewiesen ist dies aber noch nicht und es sollte beachtet werden, daß der Grundstein zum modernen schweizerischen Staat zur Zeit der größten Freiheit seiner Völker gelegt wurde. Die wirklichen Freiheiten haben seither abgenommen, was sich neuerlich mehr wirtschaftlich aus dem Druck des internationalen Kapitalismus erklärt als moralisch aus früheren allgemein-politischen Wandlungen, deren Einflüsse doch im wesentlichen überwunden sind. Es darf auch bemerkt werden, daß Deutschland einmal eine Zeit hatte, in welcher es die größten schweizerischen Volksfreiheiten in weiten Gebieten selber pflegte, und es war nicht seine undeutscheste Zeit. Was aber den

Digitized by Google

schweizerischen Menschen deutscher Zunge angeht, so muß man zuerst alle Trübungen wegschaffen, die sein romanischer Partner an seinem Bild vornimmt, um zu seinem wahren Wesen vorzudringen, und das ist völkisch so ursprünglich deutsch und unverbildet, wie es irgendwo in Schwaben, Bayern und Westfalen und auf dem platten Land der norddeutschen Tiefebene nur sein kann. Darüber soll man sich keinen Zweifeln hingeben. Hat man sie, so soll man einmal die deutsch-schweizerische Literatur durchgeben, oder, was noch besser ist, ein paar Sommerwochen anstatt in einer schweizerischen Fremdenkarawanserei im unberührten Mittelland verbringen. Die deutschen Tugenden, das muß einmal gesagt werden, leuchten dort ungebrochen aus der Haltung von Volk und Regierung in der gegenwärtigen außerordentlich schweren Zeit. Von belgischem Temperament oder rumänischem Wesen erfüllt wäre die Schweiz längst den Weg jener Staaten gegangen. Wäre die politische Form die charakterbildende Macht im Volk, so müßte alle französische politische Korruption im Land zu finden sein, denn außer der geistigen Erbschaft der Revolution haben wir ja auch noch genug romanisches Blut. Dagegen geschieht das Gegenteil. Alle revolutionären Freiheiten und die modernen dazu, denn wir sind noch ein ganzes Teil freier als Westeuropa und Amerika zusammen genommen, bringen uns nicht um unsre angestammte germanische Sitte und unsre deutsche Geistes- und Sachkultur, sondern die Fortschritte müssen es sich gefallen lassen, nach unserm Herkommen und Gefühl umgebildet und nach unsrer ganz persönlichen Vorstellung angewendet zu werden. Denn der Geist ist es, der lebendig macht. Der Geist weht aber nicht da her und dort her, sondern jedes Ding hat seinen Geist in sich, geschweige jedes lebendige Wesen. Wir sind noch so deutsch und ursprünglich, daß wir im Reich als altmodisch gelten mit allen modernen Errungenschaften. Das heißt mit andern Worten, der Reichsdeutsche hat bereits internationale Abwandlungen erlitten nicht durch politische Freiheiten, die er selber noch zu vermissen erklärt, sondern durch den internationalen Kapitalismus und durch jene Triebe und Getriebenheiten, die man als Imperialismus bezeichnet. Trotzdem: ist es möglich, das moderne deutsche Volk mit dem modernen englischen oder französischen zu verwechseln? Ferner: ist es besser, dem deutschen Menschen durch die Vorenthaltung von modernen Freiheiten zu westeuropäischen Sehnsüchten und Geistesmoden zu verhelfen, oder ihn durch wirkliche Freiheiten im eigenen Land und hinter seiner Tür nutzbringend und häuslich zu beschäftigen? Die Ausländerei war am größten in Deutschland immer zu den Zeiten der geringsten politischen Freiheit, und das Deutschtum am selbstherrlichsten in den Zeiten des wirklichen Liberalismus von Volkes Gnaden. Dieser Satz ist sicher und heilig fest: das deutsche Volk kann jede Freiheit vertragen, aber keine Unfreiheit auf die Dauer, ohne an seiner innern Hoheit und Selbstachtung Schaden zu leiden. Völkische Freiheit ist das wahre Gegengift gegen alle kosmopolitische Sehnsüchtelei. Die Schweizer waren Französlinge, bis sie ihre Freiheiten hatten, dann wurden sie Schweizer, auch die Welschschweizer. (Von etwas

Digitized by Google

Zeitgetümmel lassen wir uns nicht irre machen.) Und dann bleibt ja immer noch die deutsche geschichtliche und geographische, ethnographische, wirtschaftliche und strategische Lage, die nicht aufzuheben ist, die tausend Jahre lang und länger dem Volk ihren Stempel aufdrückte, sein Denken beeinflußte, seine besondere Kultur aufbaute und unter bestimmtem atmosphärischem Druck seine einmalige und unübertragbare Moral hervor brachte. Diese Lage wird so lange unerbittlich weiter wirken, bis das deutsche Volk zwischen Vogesen und Pyrenäen oder zwischen den Atlantischen und Stillen Ozean verpflanzt wird. Dann werden andere Gesetze beginnen. Inzwischen wird es einen großmütigen und reichen Liberalismus nötig haben, um den äußern Druck seiner Lage und die ungewöhnlichen Forderungen, die es an sich selber stellen muß, um sich weiterhin zu erhalten, nicht nur zu ertragen, sondern in der schöpferischen Tiefe seines Gemütes zu Fruchtbarkeit und Gestaltung zu verwandeln. Es ist nicht genug, daß man einem Volk Furcht macht, um an seine Notwendigkeit und an seine geheimen Kräfte zu glauben, man muß ihm dazu auch Freude machen. Im modernen Staat verwandelt sich ohnehin jede Regung in Pflicht. Aber wie gesagt: wen Zweifel anfechten, der blicke auf das schweizerische Volk, um zu sehen, wie moderne Freiheiten im deutschen Wesen sich gestalten.

Immer ist dabei die Rede von einer deutschen Freiheit, die sich von jeder andern Freiheit in wesentlichen Stücken unterscheiden muß. Auch gibt es keine Befreiung von dem moralischen Druck dieser Wahrheit: Wer den Liberalismus verhindert, bereitet den Durchbruch der Demokratie vor. Es ist heutzutage bloß noch nötig, den sittlichen Trieb der Zeitgenossen zur geistig-politischen Freiheit mit zureichenden Mitteln zu bekämpfen, um die Zukunft der Nation dem ungeistigen Zwang zur Gleichheit auszuliefern.

Notizen

Nochmals die Kinoreklame. In Heft 9 der „Deutschen Politik" vom 2. März haben wir auf die unangenehme Kinoreklame eines Hallenser Lichtbild-Theaters hingewiesen, die durch die marktschreierische Form der Anpreisung ihrer Bilder von der Somme-Schlacht das Empfinden unserer Feldgrauen verletzen mußte. Jetzt sendet uns ein Feldgrauer ein Inserat aus der „Leipziger Volkszeitung" vom 21. Juni 1917, in welcher das Astoria-Theater in der Windmühlenstraße die Erstaufführung von Szenen aus der 10. Isonzo-Schlacht mit den Worten ankündigt: „Aufgenommen mit Bewilligung des Armee-Oberkommandos und des Kriegsministeriums. Authentische Aufnahmen von 14 Operateuren in den vordersten Stellungen."

Hierzu schreibt uns der vorgenannte Feldgraue: „Vor einigen Tagen kam ich an einer Gruppe Infanteristen vorüber, die gerade aus der Stellung in der Champagne nach schweren Kämpfen zurückgezogen waren. Eine Zeitung bildete den Gegenstand der Unterhaltung. Die Äußerungen der Leute waren aber nichts weniger als zufrieden. „Nun wissen wir ja, warum wir noch hier draußen uns totschlagen lassen müssen. Damit die Leut' ins Kino gehen können und eine Schlacht zu sehen bekommen." Ich ahnte, was in der Zeitung stand und meine Ahnung wurde bestätigt, als ich die hier beigefügte Anzeige aus der „Leipziger Volkszeitung" vom 21. Juni las.

Vor einiger Zeit hat die „Deutsche Politik" bereits zu dieser Frage Stellung genommen.

Digitized by Google

Was damit erreicht ist, zeigt die Anzeige der „L. V.-Z." Ist man denn immer noch der Meinung, es hebe die gute Stimmung und die Kampfesstimmung der Truppen, wenn sie sich, während sie in tagelangem Trommelfeuer liegen, sagen müssen: da hinten stehen einige „Kinofritzen" und kurbeln, damit die Kinos Geld verdienen und die Leute sich amüsieren können? Wie sehr der Ausgang des ganzen Ringens von der guten Stimmung der Truppen abhängt, sollte doch endlich allgemein bekannt sein. Und wenn es nicht bekannt ist, so sollte von maßgebender Stelle dafür gesorgt werden, daß derartige Äußerungen der Verständnislosigkeit und der fehlenden Kraft der Daheimgebliebenen, im Entbehren von Unterhaltung und Vergnügung „Durchzuhalten", nicht möglich sind und großes Unheil anrichten können. Es wäre meines Erachtens eine lohnende sittliche Aufgabe, das erreichen zu können."

Wilson beabsichtigt die Spaltung der Mittelmächte. Der Sonderberichterstatter der „Morning Post" in Washington schreibt in der Nummer vom 19. 7. unter dem 18. 7.: „Die Krise in Deutschland und in Österreich-Ungarn wird von der Regierung in Washington aufmerksam verfolgt. Man hat erfahren, daß Österreich-Ungarn gerne Frieden machen möchte, aber von Deutschland daran gehindert wird. Auf die verschiedenen Gerüchte dieser Art legt man in Washington jedoch keinen besonders großen Wert. Über die Verhältnisse in Österreich-Ungarn ist man ziemlich gut orientiert. Man weiß, daß Österreich dauernd in Not ist, daß das Volk sehr leidet, daß zwischen Zisleithanien und Transleithanien Zwiespalt besteht, und daß die Magyaren nicht mit Leib und Seele beim Kriege sind. Aber man weiß auch, daß Österreich so sehr unter deutschem Einfluß steht, daß es nicht wagt, das Bündnis zu brechen, solange es nicht sicher ist, daß Deutschlands innere Verhältnisse so verzweifelt sind, daß man im Falle eines Bruches nichts mehr von ihm zu fürchten braucht. So weit ist es aber nach Ansicht der Regierung in Washington noch nicht gekommen.

Das gegenwärtige Verhältnis Österreichs zu den Vereinigten Staaten ist sonderbarer Art. Obwohl die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind und man sich gegenseitig als Feind ansieht, hat weder die eine noch die andere Seite formell den Krieg erklärt. Bis jetzt sind die normalen Beziehungen der beiden Länder noch durch nichts gestört worden. Darin liegt eine Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er verfolgt Österreich gegenüber eine versöhnliche Politik. Er hofft dadurch im Falle eines Bruchs zwischen Deutschland und Österreich eine Verständigung zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten zu erleichtern. Dies würde dann zum völligen Bruch mit Deutschland führen und Österreich einen Frieden mit den Verbandsmächten ermöglichen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei sind die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, bis jetzt ist aber noch von keiner Seite eine offene Feindseligkeit erfolgt. Auch zwischen Bulgarien und den Vereinigten Staaten sind die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen. Die bulgarische Gesandtschaft befindet sich noch in Washington und ihr diplomatischer Vertreter wird vom Staatssekretär in der gleichen Weise empfangen, wie die Vertreter aller anderen Länder. Das Staatsdepartement wurde deshalb häufig gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Mittelmächte durch die bulgarische Gesandschaft wichtige Informationen erhalten könnten. Doch ist man auf Regierungsseite offenbar der Ansicht, es lohne sich, angesichts des dabei möglichen Gewinnes, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Man glaubt in Washington, daß das Bündnis mit den Mittelmächten bald auseinanderfallen wird, da Bulgarien und die Türkei kriegsmüde sind, und beide Länder keinen Vorteil darin erblicken könnten, im Falle eines Sieges der Mittelmächte zu Puppen Österreichs und Deutschlands zu werden und im Falle einer Niederlage mit ihnen zugrunde zu gehen."

England gibt den Verlust seiner Seeherrschaft zu. Im Leitartikel des „Manchester Guardian" vom 18. 7. findet sich folgendes betrübte Geständnis: Das deutsche U-Boot hat

Digitized by Google

unsere Seeherrschaft sehr verringert, indem es den freien Lauf unserer Handelsschiffahrt gehindert hat. Die Seeherrschaft im alten Sinne des Wortes besitzen wir nicht mehr, und wir werden sie nicht wiedererlangen, bis ein neues Mittel gegen din U-Boote — vielleicht durch Umbau unserer Handelsschiffe in Handels-U-Boote — gefunden werden wird.

Was man in England von der russischen Offensive erhoffte. Der militärische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt am 17. 7.: Die militärische Auswirkung der jüngsten russischen Siege hängt davon ab, in welchem Grade die anderen russischen Armeen eingesetzt werden können, sowie von der Versorgung mit Munition und Kriegsmaterial, den Truppennachschüben und dem Zustande der rückwärtigen Eisenbahnverbindungen. Auf alle Fälle steht das deutsche Oberkommando heute vor einer viel ungünstigeren Lage als vor zwei Wochen, denn die russische Front bedarf sorgfältiger Aufmerksamkeit, wenn die Russen gehindert werden sollen, das im Jahre 1915 verlorene Gebiet wieder zu erobern. Die Wirkung der Offensive wird sich auch sofort auf der italienischen Front bemerkbar machen, wo man einen starken deutsch-österreichischen Angriff jeden Tag zu befürchten hatte. Auch in Frankreich wird das deutsche Oberkommando nicht so starke Kräfte zur Abwehr unserer Offensive verfügbar haben.

Die Selbständigkeitsbestrebung der Ukraine und die provisorische Regierung. Der Kompromiß der sozialistischen Minister mit der Ukraine bedeutet nur eine Vertagung der ukrainischen Frage. Die Selbständigkeitsbewegung in der Ukraine ist viel zu tief orientiert und dürfte zu sehr dem inneren Streben der Ukrainer entsprechen, als daß Vertröstungen tiefergehende Wirkung haben könnten. Die russische Öffentlichkeit weiß dies sehr gut. Auch in Kiew betrachtet man die Spannung nur als vorübergehend gemildert. Wie uns aus Stockholm gemeldet wird, hat der ukrainische Zentralrat es als notwendig erachtet, die ukrainische konstituierende Versammlung einzuberufen und das Generalsekretariat der Ukraine beauftragt, einen Vorschlag in der Sache auszuarbeiten. Auf den Straßen Kiews wehen anstatt der roten russischen Revolutionsfahnen gelbblaue ukrainische Fahnen.

Unter den gegenwärtigen Umständen hat die ukrainische Bewegung das eine unbedingt erreicht: ein russischer Einheitsstaat ist jetzt ein Ding der Unmöglichkeit. Nur eine förderative Republik mit weitgehender Autonomie der Grenzmarken dürfte denkbar erscheinen. Welch eine Bedeutung diese Tatsache hat, braucht nicht weiter erörtert zu werden.

Neuerscheinungen

Die Neutralen

Der frühere holländische Minister S. van Houten äußert in einer Schrift „Der Ausweg" („Politik", Berlin) Gedanken über Staatsgemeinschaft: „Internationale Verwaltung des Meeres ist das einzige Mittel, welches einen der friedlichen Arbeit der Völker dienenden Zustand wiederherstellen kann. Man müßte auf den Grundsatz, daß das Meer niemandem gehört, zurückgehen und eine internationale Seepolizei einführen, natürlich mit besonderen Verfügungen für Staaten, deren verschiedene Gebietsteile durch das Meer getrennt sind. Es ist der einzige Ausweg aus dieser immer heißer werdenden Hölle. Natürlich wird jeder sogleich die Frage aufwerfen: Und England? Meine Antwort ist: versucht es! Warum soll England nicht mit der führenden Rolle in der internationalen Seepolizei zufrieden sein können? In Anbetracht seiner Weltmacht kann es keinen Stärkeren auf dem Meer dulden, und in dieser Hinsicht muß man England recht geben. Aber ohne Opfer und Kampf die gleichen Bürgschaften für seine eigenen Interessen zu erlangen ist entschieden der bessere Weg, nicht nur für die Anhänger von Cobden und Bright, sondern auch für den Steuerzahler, dem in England die Schraube ohne Ende nicht weniger verdrießlich sein wird als anderswo." „Aber wird England seine Oberherrschaft zur See freiwillig aufgeben? Diese Frage wird England selbst zu beantworten haben. Diejenigen, welche eine Neuorganisation unterstützen, die England die gleichen Rechte wie allen anderen Staaten gibt, brauchen deshalb ihre Pläne nicht aufzugeben, weil möglicherweise England sich

Digitized by Google

ihnen widersetzen wird. Englands Machtstellung verursacht auch ungeheure Kosten, die das Land überbürden; dieser Zustand würde sich noch verschlimmern, wenn es sich einer Neuorganisation gegen den einstimmigen Wunsch der anderen Völker widersetzen wollte. Und das freiwillige Zusammenwirken Englands? Warum wäre das nicht möglich? England schwankt auch in seiner internationalen Politik. Es hat einen Weg verfolgt, der für England reaktionär geworden ist. Die Politik, die seit der Abschaffung von Cromwells Handelsgesetzen und der Getreidezölle, gewöhnlich Cobden- und Brightzölle genannt, ganz auf der Höhe gestanden hatte, verlor durch den Verrat Chamberlains für einige Zeit ihr Prestige. Im Jahre 1906 hatte sie ihre frühere Macht zurückerlangt. Die Bildung des Ministeriums Campbell Bannermann war ein Wechsel des Spiels und der Spieler. Die öffentliche Meinung in England war anti-militaristisch in derjenigen Partei, welche die Gewalt über die Regierung ausübte. Dieselbe wünschte Verminderung der Kosten für die Marine und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern. Unglücklicherweise wurde diese Partei von Anfang an in ihrer Politik durch Deutschlands Flottenprogramm stark beeinträchtigt, denn, obgleich dasselbe nicht mehr als zwei Drittel soviel Schiffe baute als England, ignorierte es doch die Tatsache, daß die Partei, die in England die Regierungsgewalt besaß, ihr letztes Drittel nicht aus freien Stücken baute, sondern nur um dieses Verhältnis Deutschland gegenüber aufrecht zu erhalten. Durch diese Sachlage beeinflußt, wurde die kosmopolitische Friedenspartei im Ministerium geschwächt, und der nationale egoistische Geist, der durch das Oberhaus und die Unionisten vertreten war, bekam die Oberhand. Und so kam es, daß der Krieg als Mittel dienen sollte, die Konkurrenz um die Oberherrschaft zur See zu zerstören. Nichtsdestoweniger kann niemand vorhersagen, was England tun würde, falls Deutschland, Rußland und andere Nationen jene „Freiheit der Meere" im Grundsatz annähmen, ohne jede andere Flotte als die internationale Polizeiflotte. Es würde sicherlich dahin führen, daß von einem „deutschen Militarismus" nicht mehr die Rede sein kann, um dessentwillen, der englischen Presse zufolge, der Krieg angefangen wurde. Die ungeheure Ausdehnung des gegenwärtigen Krieges, die Unmenschlichkeit der Kriegführung und die noch viel entsetzlichere Lage, welche entstehen wird, wenn alle Völker fortfahren werden, mit der Erfindung technischer Mittel zum Zwecke gegenseitiger Vernichtung zu rivalisieren, erheischen von seiten der Anhänger der Friedensbewegung, sowie durch die Kooperation der Völker ebenso wirkungsvolle Mittel zum gemeinsamen Handeln. Es wird jedem von Tag zu Tag klarer, daß es sich hier nicht mehr um eine unbedeutende Machtverschiebung, sondern um die Vernichtung unserer ganzen Zivilisation handelt."

Mit Skandinavien beschäftigt sich nur eine Untersuchung über „Die künftigen Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Skandinavien" von O. Seligmann (Westermann, Braunschweig), die zu dem Ergebnis kommt, „daß in Skandinavien bisher für das Ziel, nach dem Kriege in möglichster Ausdehnung auf dem russischen Markte festen Fuß zu fassen, zwar eine Reihe bedeutsamer Einrichtungen, die bei uns größte Beachtung verdienen und in Zukunft Früchte tragen können, geschaffen sind, daß aber die tatsächliche Bearbeitung dieses Wirtschaftsgebietes zumal bei Berücksichtigung der nach dem Kriege drohenden amerikanischen und englischen Konkurrenz, um von Deutschland zu schweigen, nicht über Ansätze hinausgekommen ist."

Sehr reich fließt das literarische Leben in der Schweiz. Kriegsbeginn und Kriegsende spielen darin die führende Rolle. Dazwischen sieht man die Schweiz rüstig um ihre eigenen geistigen Angelegenheiten sich bekümmern:

Mit der Schuldfrage am Kriege im weiteren Sinne beschäftigt sich M. Beer in dem Buch „L'entente annexioniste" (Ferd. Wyß, Bern 1917). Sein Standpunkt ist so verständig, daß es verlohnt, ihn hervorzuheben. „Es ist unmöglich, heute zu einem Einverständnis in der Schuldfrage zu kommen. Wie alle Wahrheiten, wird auch die nur langsam sich durchsetzen. Man hat lange Jahre hindurch die Wurzeln des Krieges von 1870 erörtert und noch ist nicht einmal in Frankreich eine Einigung erzielt. Die große Arbeit, sich über die Irrtümer der Vergangenheit klar zu werden, setzt das Aufhören der Feindseligkeiten voraus, man kann sie nicht leisten in dem Lärm der Kanonen, sie nicht beenden mitten unter Tränen, unter Schreien der Leidenschaft und des Hasses." — „Man kann aber", sagt der Verfasser, „als Forderung für den Frieden schon jetzt das Verlangen nach Annexionen zurückdrängen, das sich vor dem Kriege oder während des Krieges herausgestellt hat." Und die geschichtliche Untersuchung, die der Verfasser anstellt, beweist zur Genüge, daß die Ausführung und die Absicht von Annexionen im gegnerischen Lager größer und rücksichtsloser waren als im Lager unserer alldeutschen Annexionisten. Um so dringlicher erhebt sich die Forderung, daß man gegen diese Verirrung des zeitgenössischen Geistes Front macht. „Der Friede darf nicht eher kommen, bevor die moralische Gesundung sich vollzogen hat. Der zukünftige Friede wird nicht allein politisch, sondern auch moralisch sein müssen, er ist unmöglich, wenn er nicht auf der gegenseitigen Achtung der Völker ruht, wenn er dem Geist, dem Herzen der Völker Gewalt antut. Solange es Völker gibt, die darauf ausgehen, ihre

Digitized by Google

Nachbarn zu berauben und ihre Entwicklung zu hemmen, ist der Friede unmöglich. Man hat so viel von Reichen und Imperialismus gesprochen, der Augenblick ist gekommen, wo man wieder von Menschen und der Menschlichkeit sprechen muß." Mit einem „Aufruf zur Geduld" wendet sich William Ascher an die Neutralen (Orell Füßli, Zürich 50 C.). Ein Angehöriger der Entente versucht die Kriegsmüdigkeit der Neutralen durch den Hinweis auf das baldige Kriegsende zu bekämpfen.

Unter den eigenen Angelegenheiten stehn, wie überall, die Ernährungsfrage und die Finanzfrage im Vordergrunde: J. Käppeli überblickt sie in einer Schrift „Die Lebensmittelversorgung der Schweiz" (Ferd. Wyß, Bern). Die Behörden seien bestrebt gewesen, dem Ganzen nach Kräften zu dienen, und hätten hierbei bei den wirtschaftlichen Organisationen weitgehende Unterstützung gefunden: „Die zuständigen Organe haben sich zutreffend gesagt, daß mit einer einseitigen Festsetzung von Höchstpreisen der Bevölkerung nicht gedient sei, wenn dadurch Gemüse, Kartoffeln, Obst und dergleichen vom Markt ferngehalten werden. Infolgedessen haben sie sich selbst nach Möglichkeit mit der Beschaffung dieser Artikel befaßt, diese an Markttagen zu angemessenen Preisen abgegeben und dadurch gleichzeitig preisregulierend auf die ganze Marktzufuhr einzuwirken vermocht." Die Ursachen der bestehenden Teuerung „sind weniger örtlicher als internationaler Natur". Das schweizerische Finanzproblem untersucht Oskar Baumgarten in einer Schrift, die bei Ferd. Wyß, Bern, erschienen ist. Folgendes ist nach Baumgarten der Kern des Problems: „Die Steuergleichheit des Schweizer Bürgers ist ein kantonaler Begriff, auf dem Bundesgebiete ist die Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetz in dieser Materie noch nicht hergestellt. Es ist klar, daß dieser Zustand kein bleibender sein kann, so wenig, als die wirtschaftliche Entwicklung angehalten werden könnte. Das Ziel der allgemeinen schweizerischen Steuerentwicklung ist gegeben. Das Prinzip der künftigen Entwicklung wird zweifellos nicht der Föderalismus, sondern der Zentralismus sein." Ein Blick auf die Finanzlage der Kantone nämlich beweist, „daß es nicht nur ein eidgenössisches, sondern ein allgemein schweizerisches, auch kantonales Finanzproblem ist, an dem wir laborieren. Dieser Ausgleich würde in einem geregelten Subventionswesen und einer nach dem Maßstabe der Bedürfnisse abgestuften Anteilnahme der Kantone am Bundesertragnis bestehen. Als Grundgesetz müßte ein Verfassungsparagraph niedergelegt werden, welcher die Souveränität des Bundes in Finanzdingen über diejenige der Kantone stellte. Der Bund erhielte dadurch, genau wie sein Vorbild, der Nordamerikanische Staatenbund vom Jahre 1787, die Kompetenz zur Auflage direkter und indirekter Steuern. Die Bundessteuer wäre nichts anderes als die moderne Konsequenz aus den kantonalen Kontingenten."

In einer Schrift „Wir Schweizer und unsere Beziehungen zum Ausland" kommt C. A. Loosli (O. Füßli, Zürich) zu dem Schluß: „Die Kluft, die sich in der Schweiz aufgetan hat, besteht im letzten Grunde nicht zwischen Eidgenossen, sondern zwischen Leuten, die sich als Schweizer, und nur als Schweizer fühlen und dem im Solde des Auslandes stehenden Ring, dessen planmäßige andauernde Tätigkeit einen Teil der schweizerischen Köpfe dermaßen verwirrte, daß sie sich nicht mehr auf ihr ursprüngliches Schweizertum zurückzubesinnen vermögen. Diese Kluft soll und darf nicht überbrückt werden! Denn solches Überbrücken wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe alles dessen, was uns die Schweiz als Vaterland und Heimat lieb und teuer macht. Nein, unsere Aufgabe als Schweizer muß darin gipfeln, den Ring zu sprengen; seine Tätigkeit auf jedem Gebiete zu entlarven und bloßzustellen; seine Führer zu besiegen und seine Werkzeuge unschädlich zu machen. Ist dies einmal geschehen, dann, aber eher auch erst dann, wird auch die Kluft, die uns trennt, verschwunden sein." Auch Werner Anderhalden spricht vom 500. Geburtstag von Niklaus von der Flüe ähnliche Gedanken aus („Mehr Stolz, ihr Schweizer!" Füßli, Zürich) „Das unermüdliche Verbeugen vor allem, was anderer Art ist, aus einer Ehrfurcht, die nicht verständlich ist, bringt uns in die Gefahr, unsere Eigenart zu verlieren, vermindert die Fähigkeit, Fremdes in Eigenes umzugestalten, und dort, wo seine Aufnahme nicht erwünscht ist, bewußt fernzuhalten oder abzustoßen. Auf den Geist kommt es an, der zwischen uns wohnt. Dieser Geist muß ohne Kompromiß der unserer Ahnen sein, die mit ganzer Seele und ohne Falsch und schmerzliches Seitwärtsblinzeln an ihrer Heimat hingen. Wo er nicht gleich geartet ist, lehnen wir es ab, ihn als Schweizergeist anzuerkennen und auf der Stufe der Gleichberechtigung zu behandeln." Ein Denkmal dieser echten Schweizer Art ist die Biographie des Bundesrats Frey-Herosé, eines Typus der politischen Sturm- und Drangperiode von 1848 und eines ausgeprägten demokratischen Parteipolitikers, mit der Hans Schmid, ein Schüler von Oechsli, eine Geschichte vom Aargau in der Schweiz in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gibt. Das ist Schweizer Eigenart, daß Verwaltung, Militär, Handelspolitik, innere und äußere Politik vom Parteileben zum eidgenössischen Zollwesen und zu den ersten Handelsverträgen sich in der Lebensgeschichte eines einzelnen Mannes spiegeln können, der zudem „als Abbild echten Schweizertums mit der Regeneration des neuen Bundes für immer verknüpft ist". (Sauerländer & Co., Aargau.)

Am meisten ringt sich dieses durch den Krieg gesteigerte Selbstgefühl des Schweizers in der eigenen

Digitized by Google

literarischen Betätigung der Schweiz durch. Der Verlag W. Schneider in St. Gallen eröffnet eine neue Sammlung schweizerischer populär-wissenschaftlicher Vorträge und Abhandlungen mit einem Vortrag des Dr. Imboden über „Religion und ärztliches Wissen". Mit diesem Unternehmen wird für die Schweiz die erste Sammlung von Schriften geschaffen, die wissenschaftliche Darstellung in gemeinverständlicher Form der Allgemeinheit zugänglich machen wollen. Die großen deutschen Unternehmungen erhalten dadurch in der Schweiz das erste Gegenstück. Deutsche Vorbilder liegen auch dem Unternehmen zugrunde, das Orell Füßli in Zürich eröffnet hat. Unter dem Titel „Die stille Stunde" vereint der Herausgeber Jacob Bührer schweizerische Dichtungen in hübscher Ausstattung zu wohlfeilem Preis. Wie durch die wohlfeilen Bände des Verlages S. Fischer und der Insel die modernen deutschen Dichter, so kann man jetzt für 1—1½ Frank Proben der jüngsten Schweizer Dichter bekommen: Moeschlin, Reinhart, Lang, Marti. Infolge des Krieges sind manche deutsche Autoren zu Schweizer Verlegern übergegangen. Robert Walser gibt die neueste Sammlung seiner zierlichen, feinziselierten Stimmungsbilder bei Franke in Bern heraus (geb. M. 5.—). Ricarda Huch hat einen Vortrag über Jeremias Gotthelfs Weltanschauung bei A. Franke, Bern, erscheinen und damit der Pflege deutsch-schweizerisch er Beziehungen eine bedeutsame Förderung zuteil werden lassen. Aber auch für den Zeitgeist Wesentliches spricht Ricarda Huch da aus, wo sie Gotthelfs Verhältnis zum Staate betrachtet. „In dem modernen Staate," so umschreibt sie die Auffassung Gotthelfs, „der eine Erfindung des menschlichen Verstandes ist, eine, wenn auch feine bewundernswerte Maschine, ist das Natürlich-Göttliche nicht mehr vertreten, der Mensch wird nur als menschliches, sinnlich-selbstsüchtiges, aber moralisches Verstandswesen betrachtet." „Dennoch war Gotthelf," so sagt sie weiter, „kein Romantiker, der sich von seiner eigenen Zeit tatenlos abwendet. Dazu war Gotthelf eine viel zu christliche Natur, d. h. auf intensive Anteilnahme, persönliches Leben und Handeln, auf Kampf gestellt. Er sah ein, daß es Stillstand nicht gibt, sondern daß, wie die Einzelnen, so die Geschlechter und Völker eine Entwicklung durchlaufen, und daß nach einem Naturgesetz die herrschenden, die oberen Glieder einmal erlahmen, und daß die Kraft dann in die jeweils niederen übergeht, bis alle durchlaufen sind. So sah er ein, daß keine Volksherrschaft aufkommen würde, wenn die Herrscher nicht zuvor schwach und untüchtig würden, und daß ohne zunehmende Schwäche der Männer keine Frauenemanzipation entstehen könnte. Mit dem Erlahmen der herrschenden Glieder schwindet aber auch der Einfluß Gottes, da die Dienenden ihr Recht nur außerhalb der göttlichen Ordnung begründen können. Darum, weil Gotthelf das Notwendige und Unaufhaltsame der Entwicklung begriff, bekämpfte er nicht nur sie, sondern alles Schlechte. Auf der gegebenen Grundlage suchte er innerhalb erreichbarer Möglichkeit zu bessern und namentlich in den einzelnen Personen das Gute zu erregen, das Böse zu entlarven und zu vernichten. Daneben stellte er mächtig sein Idealbild hin, die natürlich göttliche Ordnung, der die menschliche sich ergänzend einfügt, nicht um eine Revolution zu bewirken, sondern, wie man in der Zeit der winterlichen Sonnenwende auf die Sonne weist, die, wenn die rechte Stunde da ist, den greisenhaften Winter, die Zeit der Erstarrung, der Surrogate des Lebens überwinden und den Frühling wiederbringen wird ‚So denke ich mir,' sagte er einmal, ‚werden die Völker, wenn sie recht in Wirrwarr, durch den Staat in Sümpfe gekommen, wo ihnen der Tod droht, wiederum das Heil in Christo suchen, werden erkennen, daß er der einzige Name ist, in dem die Menschen können selig werden, daß in ihm allein die wahre Freude ist, die von innen heraus, aus dem Heiligtum des Gemütes wachsen kann.'" Von sich aus fügt Ricardo Huch hinzu: „Indem der moderne Mensch sich auf sich selbst stellt, anstatt auf Gott, überspannt er seine zentrale Kraft, seinen Geist und sein Gemüt, und es tritt infolgedessen früher oder später eine Dezentralisation in Form von Geistes- und Gemütskrankheiten aller Art ein. Bei größeren Gemeinschaften, Ehe, Familie, Nation, führt die vermehrte Selbständigkeit der Individuen und ihre Loslösung aus dem natürlich göttlichen Grund und Mittel gleichfalls zur Auflösung und zum Zerfall. Die Hemmung der Natur auf der einen und die Überspannung der geistigen Kraft auf der anderen Seite, worauf die menschlich konventionelle Ordnung beruht, bewirkt Auflösung des Einzelnen wie der Gemeinschaften, das Hinausgehenwollen über die Art ohne Gott führt zur Entartung. Die Not wird die Menschheit treiben, wieder einen außer ihrer Willkür liegenden Mittelpunkt zu suchen, der ihr die verlorene Kraft wiedergibt, und damit zur natürlich-göttlichen Ordnung zurückzukehren."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 10. August 1917 • Heft 32

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Verlust und Gewinn

Von Professor Dr. E. Jäckh

Drei schwere Kriegsjahre sind zu Ende; ein viertes Kriegsjahr setzt im höllischen Grausen der flandrischen Entscheidungsschlacht ein ... Welche menschliche Phantasie hätte im August 1914 es vermocht, so ausschweifend zu werden, so langes Leiden, so große Schrecken sich als möglich auszudenken?! Von den 58 Staaten der Welt ist bisher die Hälfte in diesen Krieg verwickelt worden; und die gedungene und gezwungene Masse von insgesamt 25 Staaten steht gegen die verschwindende Minderheit von nur 4 Völkern — — 1330 Millionen Menschen gegen 148 Millionen! Wer kann da nur gewinnen? Wer muß so sicher verlieren?

Versuchen wir, eine Bilanz zu berechnen. Nicht im allgemeinen: Verarmung und Verteuerung ist allüberall spürbar und Zerstörung und Zerstampfung vielfach sichtbar, an menschlichen und sachlichen Werten und Kräften, bei den Kriegtragenden wie bei den sogenannten Neutralen. Nur im besonderen: hinsichtlich der politischen Werte und Kräfte, mit denen die Kriegführenden heute auf Grund der militärischen Lage sich an einem Friedenstisch begegnen könnten.

Da ist nur einer, der nur gewonnen und nichts verloren hat: Japan. Sowohl im Vergleich mit seinem Kriegsziel, das es völlig erreicht hat: den Besitz des ostasiatischen Gebietes von Deutschland; als auch im Vergleich mit seiner Friedenslage, über die hinaus es gewachsen ist: wirtschaftlich und finanziell und machtpolitisch, durch Festsetzung in China wie im russischen Ostasien, durch eine Kraftstärkung, die einmal auch der angelsächsischen Brüderschaft von England und Amerika fühlbar und gefährlich werden kann...

Sonst hat kein einziger unserer Feinde sein Kriegsziel erreicht. England nicht die „rascheste und gänzliche" Niederwerfung Deutschlands, in dessen Berlin die indischen Ghurkas schon nach wenigen Wochen und Monaten sich verlustieren wollten und sollten. Frankreich nicht die Eroberung von Elsaß Lothringen und die Besetzung des linken Rheinlandes. Rußland nicht die Zerschlagung von Österreich-Ungarn, noch die

Digitized by Google

Beherrschung des Balkans vom Schwarzen Meer bis zu den Schwarzen Bergen Montenegros, noch die Zertrümmerung der Türkei. Auch alle drei Mächte zusammen haben ihr schließlich gemeinsames Kriegsziel einer Teilung der Türkei nicht erreicht. Auch die späteren Bundesgenossen und Hilfebringer haben weder ihre Entente noch sich selbst befriedigt: Italien weder im Trentino, noch vor Triest, noch gegenüber Dalmatien; und Rumänien nicht im „unerlösten" Siebenbürgen. Gemessen an den Kriegszielen, hat die Entente nur Verlust zu buchen.

Der Vergleich mit dem Zustand im vorherigen Frieden ergibt eine ähnliche Feststellung für alle — außer England. Frankreich sieht seine reichsten Gebiete verloren oder verwüstet, in Feindeshand oder als Schlachtfeld, das erst die Arbeit einer Generation wieder fruchtbar wird machen können. Frankreich fühlt sich menschlich verbluten und politisch als Pachtgebiet von England und von Amerika wie ein zweites Portugal. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm der dünne elsässische Streifen... Rußland sieht seine westlichen Gebiete in Feindeshand oder als Schlachtfeld, sieht seine östliche Macht durch den japanischen Freund geschwächt und erlebt als Republik die gänzliche Auflösung in einzelne Länder und Autonomien. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm der unwirtliche armenische Teil... Italien sieht nördliches und koloniales Gebiet (Tripolitanien) in Feindeshand oder als Schlachtfeld. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm das bißchen Görz und das albanische Valona... Serbien und Montenegro sind völlig verschwunden, und Belgien und Rumänien zum größten oder größeren Teil. Gemessen auch am Friedensbestand hat die Entente im wesentlichen Verluste zu buchen — außer England.

Gewiß — auch England hat politische Verluste sehr schwerer Art. Die Verluste der Geschäftsteilhaber sind auch die Verluste des Geschäftsleiters, besonders da dieser noch der verleitende und garantierende Anführer ist. Die Tatsache, daß es England nicht gelungen ist und nicht gelingt, mit Hilfe fast der ganzen Welt Deutschland und seine drei Verbündeten niederzukämpfen, wird je länger, je schwerer ein Schlag gegen das englische Weltprestige sein und bleiben und auch die Wiederkehr der gleichen Weltverführung verhindern. Dazu kommt der Verlust der wirklichen Seeherrschaft durch die wachsende Unterseebootswaffe. Dazu kommt auch der Verlust an militärischem Prestige durch die Orientniederlagen in den Dardanellen und in Kut el Amara, der auch durch den bisherigen Bagdaderfolg nicht ganz ausgeglichen wird. Gutzuschreiben ist die englische Leistung in Organisation und Armeekraft, die anfänglich und lange in Deutschland unterschätzt worden ist. Hauptgewinn für England ist aber heute zweierlei: einmal die Zusammenschweißung des englischen Imperiums und seiner Kolonien durch den Krieg und insbesondere die Stärkung des ägyptisch-indischen Zusammenhangs, durch Besetzung sowohl von Inseln im östlichen Mittelmeer, wie von arabischen und mesopotamischen Teilen. Der von England seit einem Jahrhundert angestrebte Zusammenhang zwischen Mittelmeer und Indien ist noch

Digitized by Google

nicht geglückt: die Türkei ſchiebt als ſtarken und ſicheren Keil Syrien und Paläſtina, ſowie den weitaus größten Teil von Arabien und von Meſopotamien dazwiſchen; aber Ägypten und Perſien hat England in feſterer Hand als vorher, und Arabien und Meſopotamien ſpüren die gefährliche Hand näher und ſtärker als vorher — — ſolange Bagdad engliſch bleibt ... Zweitens hat England zunächſt gewonnen durch die Beſetzung der afrikaniſchen Kolonien Deutſchlands; aber auch dort nur vorübergehend ...

Der gleiche Maßſtab von Kriegsziel und von Friedensbeſtand ergibt für unſern Vierbund andre, beſſere Gewinne. Das Kriegsziel von Deutſchland und von Öſterreich-Ungarn war vom Anfang an kein anderes als Selbſtbehauptung. Das iſt gelungen: Deutſchland ſteht faſt überall in Feindesland, abgeſehen von der elſäſſiſchen Ecke; und auch Öſterreich-Ungarn wird in dieſen Tagen wieder vom Feind faſt völlig befreit, abgeſehen von einer italieniſchen Ecke. Ebenſo war und iſt es das Kriegsziel der Türkei: Selbſtändigkeit und Selbſtbehauptung, in der Form der Abſchüttelung der ſie innerlich auflöſenden und zerſetzenden feindlichen Vorrechte der „Kapitulationen“ ... Die Türkei wollte und will türkiſch werden: das iſt das türkiſche Kriegsziel, und das hat ſie bisher erreicht und das iſt geſichert trotz der augenblicklichen Gebietsverluſte an den drei peripheriſchen Rändern. Daß ſchließlich Bulgarien ſein volles Kriegsziel erreicht hat, liegt auf der Hand: das Groß-Bulgarien iſt fertig nach den beiden Bundesgenoſſen Öſterreich-Ungarn und Türkei hin und auf Koſten Serbiens und Rumäniens und nötigenfalls eines — feindlichen — Griechenland. Gemeſſen an den Kriegszielen hat der Vierbund Gewinn zu buchen.

Das Gleiche gilt — gemeſſen am Friedensbeſtand — ganz einwandsfrei für Bulgarien, das auch ſo nichts verloren, ſondern nur gewonnen hat. Dann zunächſt auch für Öſterreich-Ungarn, das bald nur noch den italieniſchen Feind zu vertreiben haben wird. Deutſchland und die Türkei haben zurzeit je ihren Kolonialbeſitz verloren: Deutſchland in Oſtaſien, Südſee und Afrika; und die Türkei — aus dem gleichen Grund der fehlenden Verbindung — abgelegenes armeniſches und arabiſch-meſopotamiſches Gebiet. Für beiderlei Verluſte beſitzt aber der Vierbund ſoviel gemeinſam gewonnenes und gemeinſam zu verrechnendes Kompenſationsgebiet, daß weit darüber hinaus noch Gewinne geſichert werden können, die in mancherlei Werte umzuſetzen ſind. Gemeſſen auch am Friedensbeſtand hat der Vierbund Gewinn zu buchen.

Auf Grund der heutigen Kriegskarte iſt nur ein guter Friede denkbar. Das weiß auch England, und deshalb will es die Kriegskarte noch in letzter Stunde zu ſeinen Gunſten verändern. Der Krieg iſt für England verloren, wenn Deutſchland der Sieger von heute bleibt. Der deutſche Sieg und der deutſche Friede läßt ſich über alle einzelnen Verluſte hinaus in folgenden Gewinnlinien verzeichnen:

1. Mitteleuropa. Das heißt: Der territoriale Zuſammenhang zwiſchen Deutſchland,

Digitized by Google

Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei ist erkämpft und gesichert und wird über alle Anfangsschwierigkeiten hinweg ausgebaut und ausgestaltet, einschließlich wiederum von Bagdad-Basra. Das erstreckt sich auch auf die Neuordnung Rumäniens wie Montenegro-Serbiens. Das bedeutet einmal die Befreiung des Balkans von der russischen Vorherrschaft und sodann die Sicherung des Orients auch gegenüber der englischen Weltherrschaft. Die Tatsache dieses mitteleuropäischen Vierbundes wird um so sicherer den künftigen Frieden verbürgen, je stärker der Zusammenhang durchorganisiert ist.

2. Mittelafrika. Das heißt: Ein territorialer Zusammenhang eines Kolonialreiches ist aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen notwendig und kann auf Grund unserer französischen und belgischen Besitztümer erreicht werden.

3. Die westliche Grenze wird Veränderungen erfahren: strategischer Art und auch politisch, insofern das neue Belgien etwas anderes sein muß und wird als das alte Glacis von England und Frankreich. Auch das ausgeblutete Frankreich ist ein andrer Nachbar als zuvor.

4. Die östliche Grenze wird Veränderungen erfahren: strategischer Art und auch politisch, insofern das neue Polen etwas anderes sein muß und wird als das bedrohliche Aufmarschgebiet von Rußland. Auch das aufgelöste Rußland ist ein anderer Nachbar als zuvor.

So schwer der Krieg ist, die Opfer sind für uns und unsere Verbündeten nicht umsonst. Wir zogen aus, um uns zu behaupten gegen eine Übermacht vor Überfall, allmählich gegen eine ganze Welt. Der Krieg wäre gewonnen, wenn uns nur der Kriegserfolg eines Friedrichs des Großen beschert gewesen wäre: Selbstbehauptung. Es ist mehr erkämpft und erreicht worden und dieses Mehr wird sich auch in einem werbenden Prestige auswerten noch nach dem Kriege. Nicht alle Feinde von heute müssen unsere Feinde bleiben: unser Mitteleuropa kann und muß sich ausbauen — vielleicht mit Rußland bis Japan, vielleicht als europäisch-asiatischer Block gegen die angelsächsische Verschwörung von England und Amerika.

Das Kriegsmanifest[1] der amerikanischen Kirchen

Von Professor D. Adolf Deißmann

Spät, recht spät hat sich die noch junge Zusammenfassung der protestantischen Kirchen Nordamerikas, das „Federal Council of the Churches of Christ in America“ („Bundes-Rat der Kirchen Christi in Amerika“), in welchem 30 große Kirchenkörper mit etwa 125 000 Gemeinden vertreten sind, zu einer Kriegskundgebung entschlossen. Die Zeit vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland war für die kirchlichen Kreise drüben leidenschaftlich bewegt gewesen; aber die weit überwiegende Mehrheit hatte mehr Leidenschaft für den Welt-

[1] Manifest = öffentliche Erklärung, Aufruf.

Digitized by Google

frieden, als für die Verſtrickung Amerikas in den Krieg. Bezeichnend dafür war, daß ein um die Jahreswende 1916/17 in kirchlichen Kreiſen vertriebenes kriegshetzeriſches Manifeſt nur die Unterſchrift von etwa 70 Kirchenmännern trug[1], während ſich an einer wahrſcheinlich als Gegenmanifeſt aufzufaſſenden friedensfreundlichen Kundgebung vom 22. Januar 1917 700 der angeſehenſten chriſtlichen Führer (Biſchöfe, Profeſſoren, Herausgeber von Zeitungen, Leiter der großen religiöſen und ſozialen Organiſationen, hervorragende Laien) beteiligten.

Es hat über vier Wochen nach der Kriegserklärung des Präſidenten Wilſon gedauert, bis das „Federal Council" ſeine Stimme erhob. Bei Ausbruch des europäiſchen Krieges hatte es ſchnellere Arbeit getan: bereits am 17. Auguſt 1914 hatte es eine Kundgebung an Präſident Wilſon beſchloſſen, die zur unverbrüchlichſten Neutralität mahnte. Das Kriegsmanifeſt dagegen iſt erſt am 10. Mai 1917 in Waſhington zuſtande gekommen.

Ich gebe hier den Text in ſeinen Hauptteilen deutſch wieder:

Von den Kanzeln zu verleſen
an einem oder mehreren
Sonntagen.

Die Pflicht der Kirche in der Stunde nationaler Not.

Botſchaft des zu einer Sondertagung in Waſhington, D. C., am 8. und 9. Mai 1917 verſammelten
Federal Council of the Churches of Christ in America.

I. Unſere Geſinnung und unſer Endziel.

Nach langem geduldigem Zuwarten und im feierlichen Bewußtſein ihrer Verantwortung hat ſich die Regierung der Vereinigten Staaten genötigt geſehen, das Vorhandenſein des Kriegszuſtandes zwiſchen unſerem Lande und Deutſchland anzuerkennen, und der Präſident hat in einem Aufruf an die pflichtgetreue Unterſtützung und einmütige Hingebung der geſamten Bevölkerung appelliert. Als amerikaniſche Bürger und Glieder chriſtlicher Kirchen ſind wir hier zum Bundeskonzil verſammelt, um zu geloben, daß wir unſere Unterſtützung und Hingebung in uneingeſchränktem Maße zum Ausdruck zu bringen bereit ſind.

Wir ſind ſowohl Chriſten als auch Bürger. Eine doppelte Verantwortung ruht deshalb auf uns. Wir ſind es unſerem Lande ſchuldig, das uns zugefallene Erbe der Freiheit und der Demokratie unverſehrt zu erhalten und unverkürzt unſern Nachkommen zu hinterlaſſen. Höher noch als dies alles aber muß uns unſere Pflicht zur Treue gegen unſeren himmliſchen Herrn ſtehen, der Sein Leben hingab zur Erlöſung der Welt, und deſſen Liebesabſicht alle umfaßt, den einzelnen wie die Völker.

Als Bürger einer friedliebenden Nation verabſcheuen wir den Krieg. Wir haben uns lange bemüht, die Löſung aller internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgerichte herbeizuführen. Nachdem nun aber trotz aller Anſtrengungen der Krieg doch ausgebrochen iſt, ſind wir dankbar, daß die Kampfziele, für die wir uns eingeſetzt haben, unſere Billigung finden können. Die Grundſätze der Gerechtigkeit und der Unverletzlichkeit von Treue und Glauben im Verkehr der

[1] Vgl. hierzu den Aufſatz von Pfarrer Walther Wolff, Aachen: „Die engliſche Staatskirche und die engliſche Weltherrſchaft" in Heft 21 1917, Seite 678.

Digitized by Google

Völker untereinander zu verteidigen; das Recht aller Völker, der großen wie der kleinen, ihr Leben in Freiheit und Frieden führen zu dürfen, sicherzustellen; den Mächten siegreich zu widerstehen, welche einer Vereinigung aller Nationen zu einem Gemeinwesen freier Völker im Wege stehen, einem Gemeinwesen, dessen Einheitsbewußtsein in der Verfolgung idealer Absichten beruht: — das sind Ziele, für die ein jeder von uns alles, was er hat, ja sein Leben willig einsetzt.

Wir treten in den Krieg ein ohne Übereilung oder Leidenschaft, ohne private oder nationale Vorteile im Auge zu haben und ohne Haß oder Bitterkeit gegen diejenigen, die wir bekämpfen.

Niemand ist imstande, den Ausgang des Kampfes vorauszusehen. Er wird die Nation nötigen, alles aufzubieten, dessen sie fähig ist, all ihre Kraft und all ihren Heldenmut. Worin besteht nun aber die Aufgabe der Kirche in dieser Stunde der Krisis und Gefahr? Darin, daß wir an alles, was im Namen des Volkes getan oder geplant wird, den Maßstab der Gesinnung Christi anlegen.

In der Auffassung dieser Gesinnung sind wir allerdings in einem Punkte nicht alle einmütig. Einige von uns sind der ehrlichen Überzeugung, daß ein Jünger Christi unter keinen Umständen am Kriege teilnehmen darf. Die Mehrzahl jedoch glaubt, daß die von Christus gebotene allgemeine Menschenliebe von uns fordert, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Machtmitteln die geheiligten Menschheitsrechte verteidigen. In der Treue gegen Volk und Land jedoch und in der unentwegten, einmütigen Dienstbereitschaft für sie sind wir alle einig.

Als Gliedern der Kirche Christi legt uns die Stunde besondere Verpflichtungen auf:

unsere Herzen von aller Anmaßung und Selbstsucht zu reinigen;

die Nation zu stützen und zu begeistern;

uns und unseren Verbündeten immer wieder das Ziel unseres Kampfes vor Augen zu halten;

darauf zu achten, daß die Nation den Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit, zu denen sie sich bekennt, treu bleibt;

unseren Mitchristen in allen Ländern, besonders denen, die uns vorläufig entfremdet sind, unser Bewußtsein der dennoch unzerbrochenen Einheit in Christo zu bezeugen;

alle die vielen, die ihre Feinde lieben und bereit sind, mit ihnen vereint sofort nach Friedensschluß das Verwüstete wieder aufzubauen, zu gemeinsamer dienender Arbeit zu vereinigen;

fleißig zu sein in Werken der Hilfe und Barmherzigkeit, ohne die geistliche Handreichung, zu der wir als Christen besonders verpflichtet sind, zu vergessen;

den Geist des Gebets lebendig zu erhalten, damit die Menschen in diesen Zeiten der Drangsal und Sorge durch die Gewißheit der Gegenwart und Kraft Gottes aufrecht erhalten werden;

diejenigen, welche zur Front gehen, aufzumuntern und ihre zurückgebliebenen Lieben zu trösten;

für das Wohl unserer Jungmannschaften in Heer und Flotte Sorge zu tragen, damit sie, im Charakter gefestigt, imstande sind, der Versuchung zu widerstehen;

auf der Hut zu sein gegen jeden Versuch, den Geist der Rachsucht und des ungerechtfertigten Argwohns gegen diejenigen zu erregen, welche fremder Abstammung sind oder Sympathien für die Gegner hegen;

die Gewissensrechte gegen jeglichen Versuch einer Beeinträchtigung zu schirmen;

unsere christlichen Einrichtungen und Betätigungen, wie die Heilighaltung des Herrntags und das Studium der heiligen Schriften, uneingeschränkt aufrecht zu erhalten, damit die Seele unseres Volkes genährt und erneuert werde durch die Verehrung und den Dienst des allmächtigen Gottes;

das bisher auf dem Gebiet des Erziehungswesens, des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Freiheit unter so großem Aufwand Erreichte zu hüten und jede Gelegenheit,

Digitized by Google

ſelbſt die durch den Krieg und während des Krieges gebotene, zu Erweiterung des Gewonnenen voll auszunützen;

uns die Aufgeſchloſſenheit und den weiten Blick zu bewahren, die uns nach Eintritt des gerechten und geheiligten Friedens, den wir erflehen, die Lehren des Krieges nicht vergeſſen laſſen;

vor allem aber die Menſchen überall zur Erneuerung ihres Gehorſams gegen den Willen Gottes unſeres Vaters aufzufordern, der in Chriſtus in vollendeter Selbſtaufopferung Sich Selbſt zur Erlöſung der Welt dahingegeben hat und der uns einlädt, mit Ihm teilzuhaben an Seinem Amte der Verſöhnung.

Zu ſolchem Dienſt möchten wir unſere Mitchriſten jeden Namens aufbieten. In dieſem Geiſte möchten wir uns mit allem, was wir haben, der Sache der Nation weihen. In dieſer Hoffnung möchten wir allen Menſchen, die eines guten Willens ſind in allen Ländern und Raſſen, die Hand reichen, um auf dieſer vom Krieg beherrſchten und verwüſteten Erde das Gemeinweſen der Menſchheit wieder aufzubauen und die Reiche der Welt zum Reich des Geſalbten zu geſtalten.

II. Unſere praktiſchen Pflichten[1].

Heer und Flotte . . . . . .
Der Alkoholverkehr.

In dieſer kritiſchen Zeit legt das „Federal Council" den Kirchen dringend aus Herz, als Kriegsmaßnahme mit dem Aufgebot aller Kräfte ein nationales Alkoholverbot durchzuſetzen, das in gleicher Weiſe eine Forderung wirtſchaftlicher, moraliſcher und religiöſer Überzeugung iſt. Der Alkoholverkehr hat im letzten Jahre ein Quantum von Lebensmitteln verſchlungen, das 7 Millionen Menſchen ein Jahr lang hätte ſatt machen können, hat zur Erzeugung dieſer Lebensmittel die ſechsmonatige angeſtrengte Arbeit von 75 000 Farmern in Anſpruch genommen und außerdem 62 920 Arbeiter beſchäftigt, die in der rechtmäßigen Induſtrie nötig geweſen wären; dazu hat er einen furchtbaren Zoll von Menſchenleben gefordert. Die Nation kann ſich dieſe Vergeudung wirtſchaftlicher und moraliſcher Werte nicht leiſten[2].

Das ſoziale Übel . . . . . .
Hilfsarbeit . . . . . .
Jugendfürſorge . . . . . .
Vermehrte Lebensmittel-Erzeugung . . . . .
Vermeidung von Verſchwendung . . . . . .
Richtlinien für die induſtrielle Betätigung .
Gerechtigkeit in der Verteilung . . . . . .
Die Kriegskoſten . . . . . .
Sicherſtellung der Demokratie.

Wenn wir den Fortſchritt der Demokratie auf der ganzen Erde fördern wollen, müſſen wir ſie zuerſt im eigenen Volke in muſterhafter Weiſe zur Durchführung bringen. Sie darf weder von der Induſtrie noch von der Regierung verleugnet werden. Mißbrauch der Redefreiheit iſt ſelbſt in der Drangſal des Krieges nicht ſo gefährlich wie ihre Unterdrückung, und das ſo teuer erkaufte Recht der Gewiſſensfreiheit darf unter keinen Umſtänden vernichtet werden. Es iſt

[1] Ich gebe von dieſem Teil des Textes nur die Stichworte und einige charakteriſtiſche Proben.

[2] Das hier ſo ſcharf verlangte Alkoholverbot iſt inzwiſchen vom amerikaniſchen Senat mit 52 gegen 34 Stimmen abgelehnt worden. Das autokratiſche Rußland hatte es 1914 mit einem Federſtrich durchgeſetzt; die Demokratie Amerikas majoriſiert (übereinſtimmen) ſeelenruhig die chriſtliche öffentliche Meinung Amerikas.

Digitized by Google

eine der patriotischen Pflichten der christlichen Kanzel, im Volke immer wieder die Entschlossenheit zu stärken, daß der Krieg kein geringeres Endziel haben darf, als dieses: ein aufbauender Friede, der den Beginn einer Weltdemokratie sichert.

Im Auftrage des Council:
gez. Frank Mason North, Präsident,
gez. Charles S. Macfarland, Generalsekretär.

L. S.
Washington, D. C.,
den 10. Mai 1917.

Mindestens ebenso bemerkenswert wie der positive Inhalt dieses Manifestes ist die Tatsache, daß vieles in ihm fehlt, was man hätte erwarten müssen, wenn die von England verbreiteten Nachrichten über die Stimmung Amerikas richtig wären. Ja ich gestehe: daß so vieles und was alles in diesem Text nicht gesagt ist, hat mich zunächst am meisten beschäftigt.

Es fehlen dieser Kundgebung jede Kriegsleidenschaft und jede Begeisterung für diesen Krieg; an ihrer Stelle bemerken wir eine Stimmung des Sichabfindens mit dem Kriege, die den Eindruck erweckt, daß es doch eine recht harte Sache ist, für die Menschenrechte kämpfen zu müssen. Kein Ton schmetternder Fanfaren; „es geht bei gedämpfter Trommel Klang . . ." Es fehlen völlig auch Schmähungen gegen Deutschland, und der von den Kanzeln zu verlesende Text ist ohne Kanzelpathos und erst recht ohne jene üblen Kanzelphrasen verfaßt, die sich im Kriege besonders leicht einstellen. Unterlassen sind auch unnötige Brückensprengungen durch Ächtungsversuche, wie sie im Wortkrieg der europäischen Christen leider an der Tagesordnung waren. Dafür hören wir ein ausdrückliches und feierliches Bekenntnis zur Einheit in Christo auch mit den vorläufig Entfremdeten und ein Gelöbnis der Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit des Aufbaues mit uns nach Wiederherstellung des Friedens.

Wer heute bei uns solche Worte aus Amerika hört, ist leicht geneigt, sie falsch einzuschätzen; er wird sie vor allem, wenn er an die Verlängerung des Kriegselendes denkt, die Amerikas Verhalten schon während seiner sogenannten Neutralität über Europa gebracht hat, leicht für unaufrichtig halten. Aber ich muß (und ich stimme da Rohrbachs ähnlichen Mahnungen ganz zu) vor dieser raschen Verurteilung warnen; so paradox es für viele klingen wird: ich zweifle in keiner Weise an der subjektiven Ehrlichkeit der Urheber des Manifestes. Gerade ein Mann wie der mitunterzeichnete Dr. Macfarland, mit dem ich während des Krieges in einem sehr engen schriftlichen und mündlichen Austausch gewesen bin, hatte schon 1913, längst ehe ein Krieg mit uns in Aussicht stand, gegen den am Gemetzel des Krieges sich mästenden Kommerzialismus[1] seiner Landsleute protestiert und während des ganzen Krieges ehrlich versucht, die christliche Gemeinschaft mit uns nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch zu stärken. Daß er, vor die vollendete Tatsache der Kriegserklärung gegen Deutschland gestellt, als loyaler[2] Bürger mit den anderen Führern des „Federal Council"

[1] Kommerzialismus = (Handels-)Gewinnsucht.
[2] loyal = wohlgesinnt.

Digitized by Google

auf der Seite seiner Regierung blieb, war, so sehr ich persönlich den Wunsch gehabt hätte, die Kirche hätte sich etwa zur kriegs- und regierungsgegnerischen Sozialistischen Partei Amerikas gestellt, für einen nüchternen Beobachter nicht anders zu erwarten: die moralische Aufmachung der Kriegsmotive Amerikas durch die Machthaber hatte eben ihren Eindruck auf die Gemüter ebensowenig verfehlt, wie die technisch geradezu meisterhaft inszenierte und durch unsere Mißgriffe erleichterte moralische Mobilisation des britischen Volkes vor drei Jahren.

Fruchtbarer, als an der bona fides[1] des Manifestes zu zweifeln, ist es, den inneren Konflikt[2] zu bedenken, in den viele der Besten unter den Christen Amerikas durch den Krieg gebracht worden sind, trotz aller schönen Worte über den Kampf für die Menschenrechte. Das Manifest läßt ihn zwischen seinen Zeilen ahnen. Zwar am Anfang scheint alles durch den Satz „wir sind sowohl Christen als auch Bürger" auf eine glatte Formel gebracht zu sein; aber mit wohltuender Offenheit gesteht das die innere Unsicherheit auch durch jene Gedämpftheit seiner ganzen Tönung verratende Manifest selbst ein, daß die Glieder des „Federal Council" in ihrer Stellung zum Krieg nicht einmütig sind: die Mehrzahl zwar hält es für eine evangelische Pflicht, für die geheiligten Menschenrechte mit allen Machtmitteln zu kämpfen, aber eine Minderheit sieht die Teilnahme eines Jüngers Christi an einem Kriege unter allen Umständen für unerlaubt an.

Die Teilnahme an einem Krieg. Das Manifest meint nicht speziell den Krieg gegen Deutschland, sondern den Krieg überhaupt und offenbart hier die in Amerika eine Macht darstellende quäkerische oder wie man sie sonst nennen will grundsätzliche christliche Gegnerschaft gegen den Krieg als solchen. Daß es aber unter den bewußten Christen drüben nicht nur grundsätzliche Kriegsgegner in beachtenswerter Zahl gibt, sondern auch Gegner dieses Krieges, des Krieges mit Deutschland, ist sicher; das Manifest des „Federal Council" erwähnt diese Tatsache wohl nur deshalb nicht, weil seine Veranlasser nicht zu diesen Kreisen gehören. Nach den Erfahrungen, die die europäische Christenheit während des Weltkrieges seither gemacht hat, glaube ich übrigens sagen zu dürfen: auch in Amerika wird die grundsätzlich kriegsgegnerische Stimmung durch diesen Krieg ungemein an Boden gewinnen.

Noch vieles ließe sich zu dem denkwürdigen Texte bemerken, aber ich breche für heute ab. Zum Losungswort „Demokratie" hoffe ich, selbst für wirklich volkstümliche Methoden und Formen des politischen Lebens aufs höchste interessiert, später mehr zu sagen. Hier sei nur der sonderbare Widerspruch hervorgehoben, daß das für die Gewissensfreiheit mit Wärme eintretende Manifest einen Krieg billigt, der einem Volke von 70 Millionen Menschen die politische Gewissensfreiheit in der selbständigen und friedlichen Wahl und Ausgestaltung seiner Staatsform gewaltsam unter Blutvergießen rauben will. Sollten die aufgeklärten Führer des „Federal Council" den

[1] bona fides = guter Glaube. [2] Konflikt = Zusammenstoß, Streit.

Digitized by Google

Widersinn einer mit demokratischer Miene vorgetragenen autokratisch-tyrannischen[1] Losung nicht bald selbst erkennen? Im ganzen macht das Manifest aber, wenn man billig urteilt, keinen ungünstigen Eindruck; es zeigt, daß die amerikanischen Kirchenmänner während des Krieges mancherlei gelernt haben, was vielen europäischen Christen bei Ausbruch des Kampfes verborgen war und zum Teil heute noch verborgen ist. Stark verwandt dem oben erwähnten Manifest der Siebenhundert, stammt die Kundgebung des „Federal Council", so stark wir auch viele ihrer spezifisch angelsächsisch orientierten[2] Meinungen ablehnen müssen, doch von Menschen, die eines guten Willens sind, und es kann unsere eigene innere Stellung nur stärker, wenn wir sie ohne irreführende Leidenschaft prüfen.

Von Garcia Prieto zu Eduardo Dato

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Seit dem Bericht, den ich über den Ministerwechsel vom 20. April des Jahres in dieser Wochenschrift gab[3], haben sich in Spanien bedeutsame Vorgänge abgespielt, die eine neue Betrachtung verdienen. Der Umschwung der Verhältnisse kommt in der Ersetzung des Ministeriums Garcia Prieto durch das Kabinett Eduardo Dato unmittelbar zum Ausdruck, doch hat er darüber hinaus einen sehr viel umfassenderen Inhalt.

Aus vorwiegend außerpolitischen Gründen hatte Garcia Prieto die Regierung übernommen. Graf Romanones, sein Vorgänger, hatte sich, von seiner persönlichen Vorliebe für die Sache der Entente verleitet, gegen den Willen der großen Mehrheit des spanischen Volkes entschlossen, die Neutralität aufzugeben, und hatte deswegen zurücktreten müssen. So war es das eigentliche Programm des neuen Ministeriums, Spanien ohne Anschluß an eine Partei durch die Klippen des Weltkrieges zu führen, und es muß Garcia Prieto das Zeugnis ausgestellt werden, daß er in wahrhaft staatsmännischem Geiste an die Lösung dieser schwierigen Aufgabe gegangen ist. Wenn er trotzdem schon nach 50 Tagen das Ruder wieder aus der Hand geben mußte, so war das in innerpolitischen Verhältnissen begründet, für die er selbst keine Verantwortung trug, die vielmehr auf die verhängnisvolle Wirksamkeit seines Vorgängers zurückgingen, soweit sie nicht in der Eigenart des politischen Lebens Spaniens wurzelten.

Noch in den Tagen, da die Ententepresse emsig damit beschäftigt war, die formelle Versicherung des neuen Ministerpräsidenten, er werde Romanones' Politik fortsetzen, für ihre Sache auszuschlachten, trat gerade das Gegenteil hervor. Nicht als ob Garcia Prieto eine Wendung gegen die westeuropäischen Großmächte vollzogen hätte; sie lag sowohl seiner persönlichen Neigung wie seiner politischen Überzeugung fern. Aber sogleich brach er mit dem System der Begünstigung, die sich nicht scheute, das Inter-

[1] autokratisch-tyrannisch = selbstherrlich-gewaltsam. [2] orientiert = eingestellt. [3] Heft 18 vom 4. Mai 1917. S. 553—558.

Digitized by Google

esse des eigenen Landes preiszugeben. Die wirtschaftliche Not und die Gefahr, daß die Politik der geheimen Liebesdienste Spanien auch wider seinen Willen in den Strudel hineinziehen würde, führten ihn auf den Weg der unbedingten Neutralität zurück. Es war in spanischem Interesse gehandelt, wenn er alsbald ein Ausfuhrverbot für Eisen, Blei und Gemüse erließ, wenn er es ablehnte, das noch kurz vor Romanones' Rücktritt mit England abgeschlossene Wirtschaftsabkommen zu vollziehen, das diesem die gesamte spanische Handelsflotte ausgeliefert hätte, wenn er sich gegenüber den französischen Bemühungen zurückhielt, über den französisch-spanischen Wechselkurs eine Vereinbarung zu treffen. Es war eine Fortführung seines eigenen politischen Werkes früherer Jahre, wenn er in Spanisch-Marokko mit dem einstigen Rebellen Raisuli eine selbständige Politik trieb, um so den unaufhörlichen Machenschaften von Französisch-Marokko her entgegenzuwirken. Es war schließlich der Ausdruck eines stolzen spanischen Staatsgefühls, wenn er mit Entschiedenheit die Versuche der Entente zurückwies, die Souveränität Spaniens in den Küstengewässern anzutasten. Frankreich und England aber nahmen diese Haltung als eine Störung ihrer Pläne hin, die sich auf der mehr als entgegenkommenden Geschäftspolitik des Grafen Romanones aufbauten. Sie sahen darüber hinweg, daß Garcia Prieto das spanische Interesse mit der gleichen Festigkeit gegenüber Deutschland zu wahren bestrebt war, dessen U-Boote ihn zu mehreren dringenden Vorstellungen bei der Reichsregierung veranlaßten. Sie waren mit der uneingeschränkten Neutralität nicht zufrieden und unternahmen es, den selbständigen Staatsmann auf die vielversprechenden Bahnen seines Vorgängers zurückzuzwingen.

In diesen schwierigen Verhältnissen mußte die innerpolitische Lage den Ausschlag geben. Aber eben sie war der Regierung von vornherein ungünstig. Allerdings hätte ihr als Verkörperung des demokratischen Flügels der liberalen Partei die vorhandene liberale Parlamentsmehrheit formell zur Verfügung stehen sollen, indessen die Abkehr von der interventionsfreundlichen Politik Romanones' machte ihr diesen zum Gegner und raubte ihr seine Anhängerschaft. Gleichzeitig sagten sich die der Entente zugeneigten Reformisten Melquiades Alvarez', die sich im Herbst 1913 unter Zurückstellung ihrer einstigen republikanischen Anschauungen den Liberalen angeschlossen hatten, von der Partei los und begaben sich in das radikale Lager zurück. So konnte Garcia Prieto nur mit Hilfe der Konservativen regieren, die nach wie vor die eigentlichen Träger der Neutralitätspolitik waren und ihm ihre Unterstützung gewährten. Zweifellos kam es ihm da zugute, daß der hochangesehene Führer des rechtskonservativen Flügels Antonio Maura wenige Tage nach dem Ministerwechsel (29. April) in einer eindrucksvollen Kundgebung als die Vorbedingung einer Freundschaft mit den Westmächten die Wiedergewinnung Gibraltars und der vollen Souveränität in der Meerenge bezeichnete und einen Bruch Spaniens mit Deutschland als unbegründet zurückwies; daß auch die anderen konservativen Häupter, Eduardo Dato an der Spitze

Digitized by Google

der Gemäßigtkonservativen und Vasquez de Mella für die Jaimisten, mit scharfen Worten erklärten, sich der Intervention[1] widersetzen zu wollen. Aber es bedeutete von vornherein einen Zustand großer Unsicherheit, daß ein liberales Ministerium mit der konservativen Minderheit eines vorwiegend liberal oder sogar oppositionell zusammengesetzten Parlaments eine ohnehin schwierige Politik führen sollte, und im Hinblick darauf hatte ich schon vor 10 Wochen der Vermutung Ausdruck gegeben, das neue demokratisch-liberale Kabinett werde zu gegebener Zeit einem konservativen Platz machen.

Freilich ist der Zeitpunkt früher eingetreten, als man nach der damaligen Kenntnis der Dinge annehmen konnte. Mehrere Ursachen trafen zusammen, die das Ende des Ministeriums Garcia Prieto beschleunigten. Keine tiefere Einwirkung übte die Kundgebung der oppositionellen Gruppen am 27. Mai, die als eine Abwehrmaßnahme gegen Mauras Programmrede gedacht war. Sie trat zwar mit Entschiedenheit für die Intervention Spaniens an der Seite der Entente ein, aber mit ihren überscharfen Angriffen gegen König, Dynastie, Monarchie und Heer machte sie sich bei den besonnenen Kreisen nur verdächtig. Immerhin griff die Regierung angesichts der wachsenden Erregung mit dem Verbot aller öffentlichen Kundgebungen zur internationalen Frage ein, und wenn dadurch auch geplante neutralistische Gegenmaßregeln vereitelt wurden, so war doch zugleich den radikalen Machenschaften in der Provinz Halt geboten. Dagegen führte der Zusammenschluß der Republikaner, Radikalen und Sozialisten mit den Reformisten zu einem festen Block eine Stärkung der Opposition herbei, die um so gefährlicher war, als die neue Arbeitsgemeinschaft von seiten der Romanones-Gruppe eine gewisse Förderung erfuhr und offener denn je mit der Entente in Verbindung trat. Andererseits stießen die Pariser und Londoner Regierung, bezw. ihre Vordermänner, gestützt auf die republikanisch-sozialistische Bewegung, immer entschiedener vor, um mit revolutionären Mitteln vielleicht doch ihr Ziel zu erreichen. Die durch Romanones' gewissenlose Wirtschaftspolitik ins Volk getragene Unzufriedenheit benutzend, wirkten die inneren und äußeren Feinde der Neutralität Schulter an Schulter auf die Massen ein, und um ihren Absichten Nachdruck zu verleihen, trat man in Paris mit der Drohung heraus, man werde Spanien nicht nur die europäische, sondern auch die amerikanische Zufuhr abschneiden, falls es sich weiter weigere, der Entente sich anzuschließen. Ließen die deutlichen Antworten aus Spanien, die auf die Möglichkeit des Ausfuhrverbots der Erzerzeugnisse von Riotinto und Huelva hinwiesen, den Plan auch sogleich verschwinden, so zeigte die Andeutung doch, wessen sich eine Regierung zu versehen hatte, die entschlossen war, an der Neutralität festzuhalten.

Jedoch ausschlaggebend für den vorzeitigen Rücktritt Garcia Prietos waren all diese Schwierigkeiten nicht. Die entscheidende Ursache war vielmehr eine militärische Be-

[1] Intervention = Eingreifen.

Digitized by Google

wegung, von der die Öffentlichkeit erst wenige Tage vor der Krise eine erste Kenntnis gewann. Will man ihr Wesen recht verstehen, muß man sich die Rolle vergegenwärtigen, die das Heer als politische Kraft in der konstitutionellen Entwicklung Spaniens gespielt hat. Militärische „Pronunciamentos“[1] haben die spanische Geschichte mehrmals entscheidend beeinflußt, und es war insbesondere ein Sieg der militärischen Partei unter der Führung Canovas' del Castillo, dem die regierende Dynastie ihre Wiederherstellung verdankt und auf dem das heutige monarchisch-konstitutionelle Spanien fußt. Darin ist das schlechthin unvergleichbare Verhältnis zwischen Königtum und Heer begründet, darin auch der Gegensatz zwischen der Armee und der liberalen Partei, für die das Heer immer die gefürchtete Hochburg des Konservatismus blieb. Der Zusammenschluß der Offiziere zu „Abwehrvereinen“ (juntas de defensa) war deshalb über die engeren Bestrebungen zur Besserung der reformbedürftigen Verhältnisse des Offizierskorps hinaus ein Vorstoß gegen die liberale Führung überhaupt, einmal hinsichtlich der Vernachlässigung des Heerwesens seitens der liberalen Partei und die Unterlassung der längst zugesagten Reformen, dann aber auch bezüglich der gesamten politischen Richtung, und man darf annehmen, daß auch die neutralistische Stimmung der großen Mehrheit des Offizierskorps an der Bewegung nicht ohne Anteil war.

Auch für sie war Romanones' böses Regiment der Ausgang, aber Garcia Prieto hatte nicht nur als Nachfolger seines Vorgängers die Kosten des Verfahrens zu tragen, sondern machte sich selbst mitschuldig. Denn wenn er auch gewillt war, zwischen den kriegführenden Parteien eine rein spanische Politik zu führen, so handelte er schließlich doch als Liberaler. Das zeigte sich darin, daß er von dem Vorhandensein jener „Abwehrvereine“ in Kenntnis gesetzt, ihre Auflösung betrieb, um erst nach dem Siege der Zivilgewalt die notwendigen militärischen Reformen einzuleiten. Es sprach auch mit, daß er sich durch Verhandlungen mit dem General Liautey, der zum zweitenmal den Posten des Generalresidenten Französisch-Marokkos angetreten hatte, verdächtig machte. Mochten die konservativen Befürchtungen bezüglich der Absichten der Staatsleitung auch unbegründet sein, so schlossen die Besprechungen, für die der angesehene General den König und die liberalen Staatsmänner bei seinem Aufenthalte in Madrid gewann und die sich wahrscheinlich auf der Grundlage bestimmter Vorschläge der Entente bewegten, doch die Gefahr in sich, daß die Regierung gegen ihren Willen in das interventionistische Lager getrieben wurde. Jedenfalls wirkte zusammen mit den Erscheinungen der Unruhe und Erregung im Lande die Haltung der Regierung dahin, daß die Offiziersorganisationen ihre Unterwerfung verweigerten und vielmehr in einem förmlichen Ultimatum die Anerkennung ihrer Ausschüsse und Ansprüche forderten. Und wieder war es in den dargelegten Verhältnissen begründet, wenn der König über den Kopf seines Kabinetts hinweg die Forderungen der Komitees

[1] Pronunciamentos = aufrührerische Kundgebungen gegen die Regierung.

Digitized by Google

anerkannte und so die gefährdete Verbindung zwischen Krone und Armee wieder herstellte.

Damit war für García Prieto an der Spitze seines liberalen Ministeriums des Bleibens nicht länger; am 10. Juni trat er zurück, obschon der König ihn zu halten suchte. In der Tat sprachen manche Gesichtspunkte, zumal Rücksichten auf die parlamentarischen Verhältnisse für ein Verbleiben in den liberalen Bahnen; im besonderen wäre ein rechtsliberales Kabinett unter Villanueva in Betracht gekommen. Aber die mißtrauische Haltung des Offizierskorps machte mit der zunehmenden Zerklüftung der liberalen Partei die Nachfolge der Konservativen unausweichlich. Von den Parteiführern, die das Staatssteuer ergreifen konnten, hätte das Heer wohl Maura am liebsten gesehen, doch war dieser der Entente gegenüber allzusehr Partei geworden und innerpolitisch dem im Parlamente herrschenden Liberalismus allzu entgegengesetzt. So übernahm der Führer der Gemäßigtkonservativen, Eduardo Dato, am 11. Juni ein zweitesmal die Regierung, der Staatsmann, der während der ersten 1½ Jahre des Krieges bereits mit Geschick und Besonnenheit die Politik Spaniens geleitet hatte. Als hervorragender Sozialpolitiker war er für die Aufgaben der Zeit vornehmlich geeignet, und daß er ihre Lösung nur auf der Grundlage des Festhaltens an der Neutralität für möglich hielt, hatte er immer wieder zum Ausdruck gebracht. Freilich die Last, die er mit der Nachfolge der beiden liberalen Ministerien übernahm, war überschwer, und es ist Dato hoch anzurechnen, daß er das vaterländische Opfer nicht gescheut hat.

Denn allerdings war von vornherein damit zu rechnen, daß die inneren und äußeren Feinde der Neutralität nach der neuen Niederlage, die sie erlitten hatten, geschlossener denn je gegen deren Verteidiger zu Felde ziehen würden. In der Tat erschöpft sich die Wirksamkeit der neuen Regierung bisher in der Abwehr der geheimen und offenen Bemühungen, Spanien an der Seite der Entente in den Krieg zu zwingen. Wenn wir dem Wortlaut der Pariser und Londoner Meldungen glauben wollten, steht die allgemeine Revolution mit der Wendung gegen die Monarchie unmittelbar vor der Tür. Sicherlich war und ist die Lage ernst, aber trotz aller beunruhigenden Nachrichten ist es unverkennbar, daß Dato mit seiner Politik unbeirrbarer Festigkeit vorwärts kommt. Die Versöhnung mit der Armee trug nun ihre Früchte, denn die Zuverlässigkeit des Heeres gab der Regierung für ihr Auftreten den Rückhalt. Allerdings rief das Beispiel der Offiziere in der zivilen Beamtenschaft Nachahmung hervor und wirkte somit nicht in jeder Hinsicht zur Stärkung der Regierungsgewalt. Jedoch bleibt diese Bewegung in den Grenzen berechtigter Reformforderungen und greift ebensowenig an die Grundlagen des Staates, wie sie die Verbindung mit dem Auslande sucht. Man muß sich vor Augen halten, daß die inneren Verhältnisse Spaniens in mannigfacher Hinsicht der Besserung und Erneuerung bedürfen. König und Regierung haben zu erkennen gegeben, daß sie derartigen Reformwünschen Rechnung zu tragen bereit sind, und man darf annehmen, daß von dieser Seite keine ernste Gefahr droht.

Digitized by Google

Um so mehr droht sie von seiten der alten Widersacher. Offen ging die Entente nunmehr auf die volle Revolutionierung Spaniens aus. Da man in London und Paris erkannte, daß sich König Alfons niemals zugunsten der Beteiligung am Kriege entscheiden würde, ließ sie jede Rücksicht fallen und agitierte durch ihre Agenten unverdeckt gegen die Dynastie. Neben der Arbeiterschaft, deren Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ihr nach wie vor eine brauchbare Handhabe für Unruhestiftung und Streik bietet, versucht sie neuerdings auch den unteren Soldatenstand auf republikanischer Grundlage zu mobilisieren, mit dem Ziele, durch die Einrichtung von Soldatenräten nach russischem Vorbilde zu den besonders verhaßten Offiziersausschüssen Gegengewichte zu schaffen. Indessen darf man den Versicherungen der Regierungspresse glauben, daß die Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben sind, wenn auch angesichts der verständnisvollen Mitarbeit des oppositionellen Blocks auf die Dauer keine volle Sicherheit besteht.

Von vornherein bedenklicher war die Entfachung des Separatismus[1] in Katalonien, jener alten Bewegung, die auf die Verselbständigung des aragonesischen Landes innerhalb des iberischen Gesamtstaats ausgeht und in der Sprachen- und Stammesverwandtschaft der Katalanen mit den Südfranzosen eine Stütze hat. Es war ein bedeutender Erfolg der Entente, daß sich ein halbes Hundert separatistischer Parlamentarier zu einem scharfen Vorstoß gegen die Madrider Regierung organisierte und eine Reihe radikaler Politiker sich angliederte. Aber die drohende Gefahr ließ Dato um so entschiedener auftreten und führte selbst Romanones dazu, die Verbindung mit der katalonischen Bewegung abzulehnen. Die Konstituierung eines zweiten Parlaments, die vielleicht einen Bürgerkrieg eingeleitet hätte, wurde so dank der festen Haltung der Regierung verhindert.

Um gegenüber der revolutionären Bestrebungen durchgreifen zu können, hatte der Ministerpräsident zuvor (25. Juni) den sichernden Schritt getan und die verfassungsmäßigen Bürgschaften aufgehoben. Mit vollem Recht hat die Regierung betont, daß seit dem Bestehen der Verfassung die Maßnahme niemals begründeter war. In der Tat besitzt sie so die gesetzlichen Handhaben, innerpolitischen Organisationen, die den staatlichen Bestand zu gefährden drohen, entgegenzutreten. Zugleich aber ist ihr auf diese Weise über die Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage hinweggeholfen. Denn die durch die unselige Politik des Grafen Romanones hervorgerufene Spaltung der liberalen Partei, die Anfang Juli sich endgültig vollzog, besserte zwar die zukünftigen Aussichten der konservativen Partei, stärkte jedoch keineswegs die Stellung der konservativen Regierung, die in der bestehenden Gärung an eine Neuwahl für die Cortes nicht denken darf. Wenn Dato, im engsten Einverständnis mit dem König und getragen von der Zustimmung der besonnenen Elemente aller staatserhaltenden Parteien, d. h. der großen Mehrheit des spanischen Volkes, die Zügel fest in der Hand

[1] Separatismus = Absonderungsgeist.

Digitized by Google

behält, wird es ihm gelingen, Spanien vor dem Schicksal Griechenlands zu bewahren und ihm den Frieden zu erhalten. Dann aber haben die Worte ein noch gesteigertes Recht, die der inzwischen verstorbene große Dramatiker José Echegaray, der Anhänger einer liberalen Parteianschauung, vor zwei Jahren bereits über den Ministerpräsidenten gesprochen hat: alle Spanier schuldeten ihm Achtung, Ehrerbietung und Dankbarkeit, ja er habe seinem Vaterlande in dem großen Brande Europas einen ungeheuren Dienst erwiesen.

Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke

Von Ferdinand Jakob Schmidt,
Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Berlin

Wir haben uns gegenwärtig mit der Tatsache abzufinden, daß wieder ein polnischer Staat ins Leben gerufen worden ist, und es fragt sich nur, welche Folgerungen wir daraus für die Behandlung des deutschen Polentums ziehen müssen. In bezug hierauf muß zunächst dem fundamentalen Irrtum mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, als ob Sprache und natürliche Abstammung schon den Anspruch bestimmter Volksteile rechtfertigen, einem anderen Nationalstaate angegliedert zu werden. Alle neueren Nationen sind nicht physische, sondern geschichtliche Gebilde, und, wie sie politisch nicht alles umfassen, was gleichen Ursprunges und gleicher Redeweise ist, so enthalten die Nationalstaaten vielerlei Volksbestandteile, die verschiedener Herkunft sind. Aber auch dies muß als eine völlig willkürliche Theorie[1] zurückgewiesen werden, daß der subjektive Wille einer bestimmten Volksmasse darüber zu entscheiden habe, welchem der Staaten sie mit dem von ihr bewohnten Gebiet angehören wolle. Das hängt nicht von der Neigung und Stimmung gewisser Sondergruppen ab, sondern von der notwendigen Selbstgestaltung der staatsbildenden Gewalten. Die im Deutschen Reiche ansässigen Polen sind trotz ihrer Abstammung und Sprache deutsche Staatsbürger.

Dürfen wir darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, so ist doch noch immer keine Klarheit darüber geschaffen worden, wie es mit der Schulsprache in den Provinzen mit polnisch redender Bevölkerung zu halten sei. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es aber eine der dringendsten Aufgaben, diese Angelegenheit in einer befriedigenden Weise zu regeln, ehe es wieder zu erbitterten, unheilvollen und zersetzenden Kämpfen kommt. Jedenfalls müßten wir in solche notwendig verwickelt werden, wenn etwa die Ansichten nach wie vor Gehör finden sollten, die der Posener Provinzialschulrat Wilhelm Bock neuerdings in seiner Schrift („Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen", Berlin, Deutscher Verlag, 1917) gemacht hat. Denn, was er verlangt, ist die schärfste und rücksichtsloseste Weiterführung desjenigen Systems, das in seiner Wirkung gerade insofern völlig Bankrott gemacht hat, als es nicht zu einer Förderung des Deutschtums, sondern des Polentums in unseren

[1] Theorie = Ansicht, Lehre.

Digitized by Google

Ostmarken geführt hat. Jedoch nicht über diese allgemeine Frage will ich mich in einen Streit mit dem Herrn Provinzialschulrat einlassen. Wohl aber fühle ich mich gedrungen eine Warnungstafel vor der Art der pädagogischen Beweisführung aufzuhängen, wie sie in jener Schrift geboten wird. Wir wollen nationale Gesittung, aber nicht nationalen Idiotismus[1] pflegen, und dazu gehört in allererster Linie, daß wir nicht Erziehungsgrundsätzen huldigen, die ihrem innersten Wesen nach unbillig, unpädagogisch, undeutsch sind.

Unbillig aber ist es, wenn schlechthin die Forderung aufgestellt wird: es bleibe wie bisher das Recht und die Pflicht des preußischen Staates unverbrüchlich bestehen, dafür zu sorgen, daß alle seine Staatsangehörigen, also auch die polnisch sprechenden Preußen, die deutsche Sprache beherrschen! Dieser alles andere bestimmende Grundsatz leidet, wissenschaftlich angesehen, an dem äußerst bedenklichen Fehler, daß er zu weit und zu unbestimmt ist. Bekanntermaßen gibt es einen nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung, der trotz des Besuches der Volksschule über keinen größeren Vorrat von Ausdrücken verfügt als über etwa 500—800 Wörter. Heißt das, die deutsche Sprache beherrschen? Oder, wenn es auf den Stil ankommt, kann man dann noch von einer Beherrschung unserer Sprache reden, wenn solche Satzungetüme gebildet werden, wie der folgende: dieser doppelten Verpflichtung kann die Volksschule nur gerecht werden, „wenn dem fremdsprachigen Kinde die deutsche Sprache unter steter Berücksichtigung der berechtigten pädagogischen Forderungen des Heimatprinzips, des richtig verstandenen sogenannten Arbeits- und Wirklichkeitsunterrichtes wie seiner Muttersprache gelehrt und dafür Sorge getragen wird, daß schon im ersten Schuljahre die Kinder polnischer Zunge zum gleichmäßigen Fortschritte mit den deutschen Kindern befähigt und letztere nicht dauernd in ihrer Ausbildung benachteiligt werden, eine Gefahr, die von denen, die der polnischen Sprache einen breiteren Raum in der Volksschule einzuräumen nicht abgeneigt sind, offenbar nicht beachtet oder mindestens bedeutend unterschätzt wird" —? Und wenn es nun so mit dieser Sache bestellt ist, kann man dann gerechterweise so schlechtweg die pädagogische Forderung aufstellen, daß auch die polnisch sprechenden Preußen die deutsche Sprache beherrschen? Dieses Verlangen ist selbst dann noch übertrieben, wenn hinzugefügt wird, daß auch die mit den polnischen Kindern gleichzeitig unterrichteten deutschen in demselben Maße wie Kinder deutsch sprechender Provinzen zur Teilnahme an deutscher Bildung befähigt und für das staatsbürgerliche und praktische Leben tüchtig gemacht werden. Es ist geradezu eine psychologische Ungeheuerlichkeit, von den polnischen Kindern die Bewältigung desselben Zieles im Deutschen erzwingen zu wollen, wie von den Kindern derjenigen Volksschulen, wo durchgängig deutsch als Muttersprache geredet wird. Durch ein solches, allen gesunden Erziehungsmethoden von Grund auf widersprechendes Verfahren kann in der polnisch sprechenden Bevölkerung nur eines großgezüchtet werden: der tiefe und unauslöschliche Haß gegen alles Deutsche von Kindesbeinen an!

[1] Idiotismus = Blödsinn.

Digitized by Google

Nicht besser aber steht es mit der diktatorischen Behauptung: „erfolgreicher Betrieb zweier Sprachen ist in unserer Volksschule unterrichtstechnisch unmöglich." Erstens einmal gibt es Gebiete, wo dies längst und mit ausreichendem Erfolge geleistet wird. Sodann liegt es in der Natur der Dinge, daß ein zweisprachiger Schulbetrieb überall da notwendig wird, wo für einen größeren Bestandteil der Nation die allgemeine Landessprache nicht zur Muttersprache geworden ist. Aber zugegeben, es träfe zu, was uns der Herr Provinzialschulrat als unerschütterliches Ergebnis schultechnischer Weisheit verkündet, so müßte jeder unbefangene Pädagoge gerade die umgekehrte Folgerung daraus ziehen, die in jener Schrift daraus gezogen wird. Denn zum mindesten seit Ratichius und Comenius steht kaum ein anderer pädagogischer Satz so fest als der, daß aller Grundunterricht in der Muttersprache erteilt werden müsse. Mit der Errichtung des allgemeinen und öffentlichen Volksschulwesens ist dies ethisch und schultechnisch für so selbstverständlich erachtet worden, daß alle Volksschulpädagogik unmittelbar darauf gegründet ist. Macht man demnach Ernst mit jenem Satz, daß ein zweisprachiger Betrieb nicht nur in den unteren Klassen, sondern in der ganzen Volksschule überhaupt unterrichtstechnisch unmöglich sei, so müßte jeder unbeirrbare Pädagoge unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß dann die Kinder unserer polnisch sprechenden Mitbürger notwendig in einer Volksschule mit lediglich polnischer Unterrichtssprache unterrichtet werden müßten. Gilt jener Satz, so gilt auch diese Folgerung; und die Erfahrung hat bewiesen, daß die Aufstellung jenes schultechnischen Prinzipes auch stets von sich aus in unserem Polentum die Forderung erzeugt hat, das Polnische in den Volksschulen dieser Bezirke zur ausschließlichen Unterrichtssprache zu machen. Statt dieser Verwirrung mit erziehungswissenschaftlicher Klarheit entgegenzutreten, wird auch in der vorliegenden Schrift mit dem größten Nachdruck wiederum der doppelte Fehler begangen, daß erst ein falscher Grundsatz aufgestellt wird, und daß dann noch eine falsche, ganz unpädagogische Bestimmung daraus abgeleitet wird. Es wird ohne jede zureichende Begründung von oben herab erklärt, daß auch unsere Polen in der Volksschule nur in einer Schulsprache unterwiesen werden dürften, und zugleich, daß diese Unterrichtssprache nicht die Muttersprache sein dürfte. Diesem Bestreben, das schon in der Wurzel allen nationalerzieherischen Erfolg unterbindet, kann hier lediglich andeutungsweise der pädagogische Satz entgegengestellt werden: die Polen können zu einer innigeren Verschmelzung mit der deutschen Nationalbildung nur durch einen zweisprachigen Volksschulunterricht erhoben werden, und zwar in der Weise, daß anfänglich der muttersprachliche, später der deutschsprachliche Unterricht das Übergewicht erhält.

Ist es endlich wider alle Errungenschaften der Erziehungswissenschaft, daß die Muttersprache nicht zum Ausgang des Volksschulunterrichtes gemacht wird, so ist es vollends wider den Geist aller wahrhaft deutschen Gesittung, die religiöse Erziehung durch eine andere Sprache, als durch diejenige des in die Tiefen des Herzens

Digitized by Google

dringenden Familienlebens zu vermitteln. Eine Vergewaltigung in bezug auf diese Angelegenheit durch die Schule heißt nicht mehr und nicht weniger als die Verleugnung eines der edelsten und höchsten Güter unserer Reformation. Denn, als Luther uns endlich die Freiheit erkämpfte, die christliche Religion aus dem Wesen des deutschen Geistes und der deutschen Sprache zu erfassen, da wollte er das, was er zunächst für sein eigenes Volk tat, für das Innenleben jedes Volkstums gesichert wissen. Und nicht anders hat Fichte später den Begriff der deutschen Bildung dahin gedeutet, daß durch uns die ganze Menschheit dazu erzogen werde solle, sich kraft der eigenen, ursprünglichen Selbstbestimmung zu der Idee des Ganzen zu erheben. Das ist das Bildungsgut, das wir in der ganzen Welt aufzurichten haben, und wodurch wir allein unserer deutschen Nationalbewegung die Weihe der überlegenen und gewinnenden Kraft zu geben vermögen. Aber gerade dieses erhabenste und heiligste Erbe wird wieder preisgegeben, wenn wir die Achtung davor verlieren, daß die religiöse Erziehung der Kinder aus der Empfindung und der Ausdrucksweise des Elternhauses herauswachsen muß. Eben deshalb ist es einer der schlimmsten Mißgriffe, mit Gewalt durchzusetzen, daß der Religionsunterricht in einer anderen als der Muttersprache erteilt wird. Denn dadurch wird die so behandelte Bevölkerung nicht nur auf das äußerste verbittert und dem Geist der nationalen Gemeinschaft entfremdet, sondern der Nationalstaat entäußert sich dadurch selbst zugleich seiner eigenen freiheitschöpferischen Kraft. Darum muß der Grundsatz: im Religionsunterrichte sind zweisprachige Kinder wie deutsche zu behandeln, als von Grund auf undeutsch in der schärfsten Weise bekämpft werden. Vielmehr muß, solange es innerhalb unserer Nation eine polnisch sprechende Familiengemeinschaft gibt, ihr auch das Recht zugestanden werden, für die religiöse Erziehung die polnische Unterrichtssprache zu verlangen. Wer anders verfährt, versündigt sich an dem produktiven Ethos des deutschen Volkstums.

Die nationale Angleichung fremdsprachlicher Volksbestandteile kann heute nicht mehr durch die Mittel der Gewalt vollzogen werden. Wer dies dennoch versucht, wird nur einen Mißerfolg auf den anderen häufen. Die Assimilierung eines andersartigen Volkstums kann allein noch gelingen kraft einer überlegenen Gesittung und Bildung, um deren Zueignung willen dann ehemaliges Stammgut von geringerem Wert von selbst dahinschwindet. Das aber kann nur das Werk eines sehr allmählich fortschreitenden Prozesses der gesamten Bildungsarbeit sein, wobei vor allem dafür gesorgt werden muß, daß dieser Fortgang nicht durch die Unklugheit äußerer Gewaltakte gehemmt wird. Ein Hauptirrtum, der hierbei mitspielt, ist der, daß gewisse Leute noch immer glauben, man müsse die Polen zu unserer Zeit ebenso anfassen, wie man ehedem im Mittelalter das heidnische und barbarische Wendentum zu bändigen suchte. So erklärt Herr Bock mit patriotisch klingendem Pathos an einer anderen Stelle: „Möge das erhebende Bewußtsein, daß wir alle,

Digitized by Google

die wir in Stadt und Land, an höheren, mittleren oder Volksschulen oder in der Schulverwaltung tätig sind, auf dem Boden an der Erziehung der Jugend arbeiten dürfen, auf dem sich die sieghafte Großtat des Mittelalters, an der das ganze deutsche Volk in allen seinen Ständen, nicht zuletzt deutsche Bischöfe und wackere Zisterziensermönche Anteil hatten, vollzog, zu neuer begeisterter und zielbewußter Arbeit anregen und uns auch dann nicht mutlos werden lassen, wenn das Ziel, die Jugend der polnisch redenden Bevölkerung nicht nur sprachlich, sondern auch national zu gewinnen, in immer größere Ferne zu rücken scheint." Jawohl, dieses Ziel wird um so unerreichbarer werden, solange man sich nicht klar macht, daß die Polen seit Jahrhunderten auch Christen sind und in allem den Anschluß an die abendländische Bildungsgemeinschaft vollzogen haben. Eine Polenpolitik aber, die dieses Volkstum nach wie vor mit mittelalterlichen Maßstäben mißt, muß notwendig scheitern. Sorgen wir deshalb dafür, daß hierin endlich ein anderes Verfahren eingeschlagen wird, und daß die weltgeschichtliche Verwirklichung der deutschen Freiheitsidee zuallererst unseren zweisprachlichen Volksgliedern zugute kommt.

Streiflichter zur Weltlage X

Juli 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Es fällt überaus schwer, in den Schranken des mir zugemessenen knappen Raumes auch nur einigermaßen vollständig über die Ereignisse eines Monats zu berichten, der so überreich an bedeutsamen Tatsachen gewesen ist, wie der hinter uns liegende Juli. Suchen wir sie zunächst auf einige Schlagworte zusammenzupressen, so sind es: der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zu seinem Nachfolger nebst den daran hängenden Problemen der inneren und äußeren Politik; die am 1. Juli einsetzende russische Offensive als Teil der am 26. Juni in St. Jean de Maurienne vereinbarten Gesamtoffensive; das Zusammenbrechen der russischen Heeresmacht in Galizien und die gleichzeitig einsetzende Revolution gegen die revolutionäre provisorische Regierung in Petersburg; die Rückwirkung dieser Tatsachen auf England und Frankreich, endlich die Unabhängigkeitserklärung von Finnland und der Ukraine und die Zuspitzung der wenig erfreulichen Entwicklung, welche die Dinge in Polen nehmen. Im Osten war inzwischen die Erhebung des Generals Tschanghsun für den Mandschu-Kaiser Puyi acht Tage lang die große Sensation, die das chinesische Problem für Japan, Amerika und England in den Vordergrund des politischen Denkens rückte, um ebenso schnell wieder zu verschwinden, nachdem das republikanische Regiment wieder hergestellt war.

Das sind, wie gesagt, nur die Stichworte der Probleme, mit denen zu rechnen war. Wir wollen versuchen, die wichtigsten von ihnen genauer zu beleuchten.

Digitized by Google

Daß der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg seit mehr als einem Jahr ein zeitweilig stürmisch geäußerter Wunsch politischer Kreise unseres Volkes war, ist jedem bekannt, der die handschriftlich oder in Maschinenschrift umlaufende Literatur der Zeit verfolgt hat. Bei aller Anerkennung, die seinem Patriotismus wohl an keiner Stelle versagt worden ist, richtete der Gegensatz sich gegen seine staatsmännische Befähigung, vornehmlich soweit es sich um Fragen der auswärtigen Politik handelte. Ihn nach dieser Richtung zu verteidigen, dürfte schwer fallen, auch wo man zugibt, daß das politische Erbe, das er übernehmen mußte, alle Keime der Probleme enthielt, die während der letzten Jahre seiner Kanzlerschaft den furchtbaren Kriegssturm brachten, den wir noch heute mit Anspannung all unserer Kräfte erfolgreich abzuwehren bemüht sind.

Die geniale Eingebung, die das Dunkel der Zukunft zu durchdringen vermag, ist ihm versagt geblieben und ebenso die Kraft, durch raschen Entschluß dem Augenblicke abzugewinnen, was er bieten konnte. Die Schwierigkeiten einer Lage sind ihm stets gegenständlicher gewesen, als die glänzenden Aussichten, die sie bieten konnte, und das unglückliche Bündnis, in das er mit dem pazifistischen Sozialismus trat, wurde ihm zum Verhängnis und wäre es für uns geworden, wenn nicht der Kaiser durch Annahme des Bethmannschen Abschiedsgesuches und durch Ernennuug eines minder gebundenen Nachfolgers die politische Lage im Innern und die Möglichkeiten, die sich uns nach außen hin noch boten, gerettet hätte. Daß Dr. Michaelis die unglückliche Friedenszielresolution der Reichstagsmajorität annehmen mußte, „so wie er sie verstand", lag an der politischen Kombination, mit der er als mit einer Tatsache rechnen mußte. Wir bringen ihm das Vertrauen entgegen, daß er aus ihr das möglichste machen wird, und dazu wird ihm die geniale Kraft unserer Obersten Heeresleitung die Wege ebnen. Sie hat es bereits getan; das unglückliche Buhlen um einen Frieden mit Rußland — den wir im Prinzip keineswegs ablehnen — hatte in den Kreisen der Entente die Vorstellung erweckt, daß es möglich sein werde, den psychologischen[1] Fehler, der damit begangen war, dahin auszunützen, dem tatsächlich kriegsmüden und nach Frieden verlangenden russischen Volke die Überzeugung einzuimpfen, daß es ihm gelingen werde, durch ein erneutes energisches Vorstoßen die bereits im Westen und Süden stark angespannte deutsche Heeresmacht über den Haufen zu rennen, und dadurch jenen Frieden zu erzwingen, von dem die russischen Idealisten sich ein utopisches[2] Zukunftsbild gebildet hatten. Mit bewunderungswürdiger Energie sind dabei England und Frankreich ans Werk gegangen. Alle Mittel der Überredung, der werktätigen Unterstützung durch Kriegsmaterial, Geld, Mannschaften und Offiziere, wurden ausgespielt; durch Ratschläge und durch Zwang haben sie es wirklich erreicht, die russischen Pazifisten ihren imperialistischen Zielen dienstbar zu machen und sie

[1] Hier: auf mangelndem Verständnis des Gegners beruhend.
[2] utopistisch = unerfüllbar.

Digitized by Google

für Zwecke, die mit den realen Interessen Rußlands nichts zu tun haben, aufs neue vorzuschicken zu einem Kampf auf Leben und Tod. Am 1. Juli begann die neue russische Offensive bei Dünaburg, Smorgon, Kowel, in Galizien, schließlich auch an den Grenzen der Moldau. Der Hauptangriff richtete sich aber auf Galizien. Dort war konzentriert worden, was an nicht durch die Revolution verdorbenen Truppen zusammengebracht werden konnte, ein gewaltiges Heer, das auf eine halbe Million geschätzt wird, mit dem Brussilow und Kornilow Lemberg nehmen und womöglich ganz Galizien gewinnen und in Ungarn die Entscheidung erzwingen wollten. Der Anfang war ihnen günstig, Halicz und Kalusch fielen, sie konnten zahlreiche Gefangene machen und hatten nicht unbeträchtlichen Gewinn an Gelände aufzuweisen; dann aber, um dieselbe Zeit, da in Berlin der Wechsel im Reichskanzleramt sich vollzog und die Franzosen ihr Nationálfest unter lautem Jubel über die russischen Siege feierten, trat die Wendung ein; am 17. Juli war es bereits so weit, daß der Rückzug der Russen begann, und von da ab hat das siegreiche Vordringen unserer Truppen nach Kämpfen von erstaunlicher Heftigkeit die russischen Armeen nicht nur zurückgeworfen, sondern sie buchstäblich zerschmettert trotz aller Bemühungen der französischen und englischen Offiziere, die den russischen Soldaten immer aufs neue in den Tod zu jagen verstanden und trotz der verzweifelten Anstrengungen Kerenskis, den sinkenden Mut und den patriotischen Stolz der Truppen wieder aufzurichten. Alle Verbände lösten sich auf. Es war ein Rückzug, entsetzlich wie der eines Heeres, das den Glauben an sich, an seine Führer und an die Gerechtigkeit seiner Sache verloren hat. Eine Stadt nach der anderen fiel; auch Tarnopol, der erste glänzende Gewinn, den die Russen zu Anfang des Krieges errungen hatten; schon bangen sie um Wolhynien. Und während hier ein furchtbares Gericht an einer schlechten Sache sich vollzieht, tobt in Petersburg der Bürgerkrieg. Auch da ist der 14. Juli der kritische Tag gewesen. Arbeiter- und Soldatenrat waren über die ukrainische Frage in scharfen Gegensatz zur provisorischen Regierung geraten. Die Minister, die aus den Kreisen der Duma entnommen waren, hatten sich geweigert, die Forderungen der Ukrainer auf Selbstregierung anzuerkennen, die Soldaten- und Arbeitervertreter hatte sie ihnen zugestanden. Am 15. mußten deshalb vier Minister zurücktreten und eine nunmehr ausschließlich aus Sozialisten bestehende provisorische Regierung ward konstituiert[1], als deren Haupt zwar noch der Fürst Lwow galt, deren Seele aber Kerenski war, der überhaupt derjenige ist, der heute, allerdings mit bereits stark angefochtener Autorität, noch Rußland zusammenhält. Aber wie unsicher seine Stellung ist, mußte er schon am 16. Juli erfahren. Die Arbeiterschaft von Petersburg, unterstützt von Teilen der Garnison und von der „Republik" Kronstadt, erhob sich gegen ihn und die zu ihm stehenden Truppen. Am 17. erklärten sie die provisorische Regierung für abgesetzt, am 18. waren sie Herren der Stadt. Sie söllten sich nicht lange ihres Triumphes freuen. Kerenski hatte von der Front herangezogen, was an Truppen irgend zu finden war, und am 19. be-

[1] konstituieren = festsetzen, bestimmen, gründen.

Digitized by Google

gann der Gegenangriff, der mit brutaler Rücksichtslosigkeit geführt, mit gleicher Erbitterung aufgenommen und erwidert wurde. Die Petersburger Arbeiter im Bunde mit der Republik Kronstadt, einigen Petersburger Garde-Regimentern und der baltischen Flotte auf der einen, die zu Kerenski stehenden übrigen Petersburger Regimenter nebst den aus den nächstliegenden Städten und von der Front herangezogenen Truppen auf der anderen Seite standen in erbittertem Kampfe einander gegenüber. Die provisorische Regierung bildete sich unter der Leitung von Kerenski um, der Ministerpräsident wurde, aber das Kriegsministerium dem bisherigen Arbeitsminister Skobelew überließ, Vizepräsident wurde Nekrassow, bisher Minister der Wege, Tseretelli, der Post- und Telegraphenminister, erhielt dazu im Hauptamt das wichtige Ministerium des Innern; in ihren früheren Stellungen belassen wurden Godnew als Reichskontrolleur, Peschechonow als Lebensmittelkontrolleur, Tschernow für Ackerbau und Wladimir Lwow als Vorsitzender des heil. Synod. Beseitigt sind der ehemalige Ministerpräsident Fürst Lwow, der Handelsminister Konowalow, der Justizminister Pereverſew, der Finanzminister Schingarew und der Unterrichtsminister Manuilow. Die letztgenannten fünf waren ehemalige Dumamitglieder, deren Glaubensbekenntnis nicht mit dem des Soldaten- und Arbeiterrats übereinstimmt und die deshalb weichen mußten. Daß man sich zunächst ohne Minister der Justiz, des Unterrichts und der Finanzen behilft, erklärt sich wohl aus der völligen Zerrüttung, in der diese Zweige der Staatsverwaltung sich befinden. Es ist bis zur Stunde (den 28. Juli) nicht zu erkennen, welcher der beiden um die Herrschaft ringenden Gruppen der Sieg zufallen wird: der die Anschauungen Lenins vertretenden Kombination[1] Petersburg Kronstadt oder der je länger, je mehr von zaristischen Methoden und imperialistischen Neigungen ergriffenen Partei derer um Kerenski, die sich als die englisch-französische Partei in Rußland bezeichnen lassen. Zunächst ist die Übermacht noch in ihren Händen, aber es ist charakteristisch, daß, wie der Korrespondent des ukrainischen Bureaus in Stockholm drahtet, diese neue provisorische Regierung in der ukrainischen Frage „auf der ganzen Linie nachgegeben hat, indem sie die völlige innere Autonomie der Ukraine proklamierte und das ukrainische Ministerium als höchste Behörde des Bundes anerkannte. Nur in militärischen Angelegenheiten vertritt die russische Regierung weiter den Standpunkt der Einheit der Armee Rußlands". Also doch nicht auf der ganzen Linie! und da dieses Zugeständnis ohne Zweifel infolge der Entmutigung erfolgte, welche die russischen Niederlagen in Galizien hervorgerufen haben, ist es sehr fraglich, ob die jetzt anerkannte innere Autonomie der Ukraine, namentlich ihre finanzielle Selbständigkeit, aufrecht erhalten wird, wenn die äußere und innere Lage der provisorischen Regierung sich gekräftigt haben sollte.

Was die Ukraine erstrebt, hat der Kiewer ukrainische Nationalkongreß in einer Reihe von Entschließungen am 2. Juli folgendermaßen formuliert:

[1] Kombination = Vereinigung.

Digitized by Google

1. Der Kongreß erkennt die Rada als die einzige und höchste Regierungsgewalt der Ukraine an.

2. Er fordert die Demokratie der ukrainischen Städte und Dörfer auf, im Verein mit dem Volke der Ukraine energisch an der Verwirklichung einer national-territorialen Autonomie der Ukraine zu arbeiten.

3. Das Manifest muß in allen Kirchen der Ukraine verlesen werden.

4. Über die Steuern, die vom 1. Juli an von dem ukrainischen Volk erhoben werden, darf die russische Regierung nur teilweise, und zwar durch Vermittelung der Rada und mit deren Zustimmung verfügen.

5. Die Rada muß öffentliche Institute, wie Post, Telegraph, Schulen ukrainisieren.

6. Alle bisherigen Verfügungen der provisorischen Regierung müssen in Hinblick auf ihre Nützlichkeit für die ukrainische Bevölkerung nochmals geprüft und eventuell abgeändert werden.

7. Die Kriegsschüler, soweit sie Ukrainer sind, müssen in das ukrainische Heer eintreten.

8. Ein Kongreß aller in der Ukraine befindlichen Nationalitäten muß baldigst einberufen werden.

Das Manifest, auf das hier hingewiesen wird, ist von dem Präsidenten der Zentralrada Winnitschenko verlesen und von nicht enden wollenden Rufen: Es lebe die Zentralrada! es lebe das neu erstandene Volk! begrüßt worden. Es war die Antwort auf die ursprüngliche Weigerung der provisorischen Regierung, die ihr von einer Delegation vorgetragenen Wünsche der Ukrainer zu genehmigen. Wenn diese Genehmigung jetzt nur bedingt erfolgt ist, kann kaum zweifelhaft sein, daß die Rada, gestützt auf die Zustimmung des Kongresses, sich damit um so weniger begnügen wird, als es sich sichtlich nur darum für Kerenski handelt, die Wehrkraft der Ukraine nochmals ins Feld zu führen. Nebenher geht das Bemühen des Soldaten- und Arbeiterrats, die Wahlen zur konstituierenden Versammlung sofort vorzunehmen, um durch diese panrussische Versammlung die Sonderbestrebungen der Ukrainer und der Finnländer, die sich gleichfalls selbständig organisieren, niederstimmen zu lassen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Autonomien des Nordens und des Südens diese großrussische Versammlung beschicken und sich ihr fügen.

So steht Rußland um so mehr vor neuen Problemen, als das Beispiel Finnlands und der Ukraine wahrscheinlich von den übrigen Fremdvölkern befolgt werden wird.

Inzwischen bringt jeder Tag neue Nachrichten von der verzweifelten Energie, durch welche Kerenski die ermattende Kriegsfähigkeit und die fast ganz versagende Kriegslust der Russen anzufeuern bemüht ist. Die Frauenlegion, die bei dem letzten Kampfe bereits beteiligt war, ist auf seine Veranlassung zurückzuführen, eine Wahnsinnstat, die als Heldentum darstellen will, was Hysterie[1] ist. Für die versagenden Truppen —

[1] Hysterie = eine Nervenkrankheit, die besonders bei Frauen vorkommt.

Digitized by Google

die er Meuterer nennt — hat Kerenski, der durchaus als Diktator schaltet, — die Todesstrafe wieder eingeführt, die Generäle werden vor ein Kriegsgericht gezogen, und was von den Petersburger Maximalisten in seine Hände fällt, muß jetzt von ihm lernen, was die neue Freiheit zu bedeuten hat, die England und Frankreich durch ihn den Russen gebracht haben. Man rühmt seine Vaterlandsliebe, aber es ist die Vaterlandsliebe der bösesten Tage der französischen Schreckensherrschaft, und Kerenski gewiß nicht ein Napoleon, der ihr ein Ende machen könnte.

So geht die russische Tragödie weiter unter Begleitung des Trommelfeuers der Engländer und Franzosen an unserer Westfront, wo die Engländer bemüht sind, an die flandernsche Küste durchzubrechen und die Franzosen ihrem jetzt auch von England offiziell bestätigten Kriegsziel: „Elsaß-Lothringen und beide Ufer des Rheins" zustreben. Auf der zweiten Balkankonferenz, die sie in Paris vom 23. bis 25. Juli abgehalten haben, erhoben sie dieses Programm zum Beschluß und, wie es scheint, haben sie neben ähnlichen Utopien, welche die politische Neugestaltung der Balkanhalbinsel und Vorderasiens betrafen, sich auch dafür entschieden, unter keinen Umständen die Geheimverträge zu veröffentlichen, die sie vor dem Kriege und während desselben abgeschlossen haben. Das ist im Gegensatz zu ihrem sonstigen Verhalten, außerordentlich praktisch gedacht, weil sie unter keinen Umständen den Zusammenhang der gegen uns gerichteten Ränke offenbaren können, ohne die volle und alleinige Verantwortung für den Ursprung des Krieges auf sich zu nehmen. Es haben sich übrigens doch einzelne ehrenwerte Männer gefunden, die jetzt mit der Wahrheit nicht zurückhalten: so der bekannte französische Historiker Driault, der zwei vortreffliche Bücher über die orientalische Frage in Europa und in Ostasien geschrieben hat. Driault spricht es rückhaltlos aus, daß Frankreich einen durch 40 Jahre vorbereiteten Revanchekrieg führe. Ein ähnliches Bekenntnis ist jüngst aus englischer Feder gekommen, dem wir die Gewißheit verdanken, daß die angebliche Verständigung, die 1912 Lord Haldane in Berlin zwischen uns und England vorzubereiten bemüht schien, in Wirklichkeit nichts anderes war als eine Spionage, die er dann zu unserem erheblichen Nachteil, dank der Harmlosigkeit, mit der er in Berlin rechnen mußte, ausgenützt hat. Wie die Rückwirkung in London war, beweist die Tatsache, daß daraufhin das Flottenbudget sofort von 36 auf 50 Mill. Pfd. Sterl. erhöht wurde. Das unglückliche Jahr 1912, das uns Haldane und die Baltischporter Erklärung brachte, ist fürwahr ein schwarzes Schicksalsjahr für uns gewesen. Wenn man bedenkt, daß damals in Hinblick auf die politische Lage nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die dringende Notwendigkeit vorlag, uns in Hinblick auf die offenkundige Feindseligkeit von Ost und West mit Kriegsmaterial und mit Rohstoffen für die Volksernährung und für das Leben unserer Industrie zu versorgen, und daß nach dieser Richtung nichts, absolut gar nichts geschehen ist, dann fragt man sich wohl, welches die Grenzen staatsmännischer Verblendung sein können. Offenbar sind sie überhaupt nicht vorhanden. Zu

Digitized by Google

unserem Glück war ebenso groß wie unsere Verblendung die Unterschätzung unserer Kraft und die Überschätzung der eigenen in den Reihen unserer Gegner. Drei schwere Jahre haben dafür unwiderlegliche Beweise gebracht, so daß ich keine Tatsachen dafür anzuführen brauche. Aber das verdient doch hervorgehoben zu werden, daß mit der Kette ihrer Niederlagen der Hochmut unserer Gegner gewachsen und ihre Scheu vor schamloser Lüge gesunken ist. Heute gibt es keine noch so freche Erdichtung, vor der sie zurückschrecken, wenn sie glauben, uns dadurch schädigen zu können, und seit der Hohepriester heuchlerischer Selbstgerechtigkeit, Woodrow Wilson, ihr anerkanntes Oberhaupt geworden ist, haben sie den Gipfel erreicht. Weder in der Vergangenheit noch in unseren Tagen ist die Wahrheit bewußter in ihr Gegenteil verkehrt worden als in der anglo-romanischen Presse der Gegenwart. Wir haben keinen anderen Wunsch als den, daß ihnen vergolten werde nach ihren Werken.

Die Nemesis[1] greift ja mitunter nicht zu spät ein. Uns tritt damit das vor die Seele, was sich zurzeit in Polen vollzieht. Im April dieses Jahres fand in London eine Konferenz von Ententepolitikern mit polnischen Führern: Graf Plater Syberg, Graf Zamoyski und Seyda statt, die den Polen die Gewißheit brachte, daß sie auf die Entente zur Unterstützung ihrer großpolnischen Pläne rechnen können, die bekanntlich auch Kurland, Littauen, Cholm und weitere ukrainische Gebiete neben Posen, Westpreußen und Schlesien umfassen. Es haben darüber Verhandlungen mit Bonar Law stattgefunden, und parallel damit gingen die Beratungen, die der tschechische Nationalrat in Paris mit Lloyd George pflog. Es wird behauptet, daß der Sturz des Ministeriums Clam Martinitz die Folge gewesen sei. Zieht man nun in Betracht, daß der Fürst Lubomirski öffentlich erklärt hat, daß dieses größere Polen zu Österreich gehören solle, daß bald danach die den Verrätern unter den Slawen zugute gekommene Amnestie folgte, daß in Rappertswyl eine Feier am Museum für dieses größere Polen stattfand, so fragt man nach dem Zusammenhang dieser Erscheinungen, zu denen wohl auch der Verrat des Brigadiers Pilsudski zu zählen ist.

Die Antwort weist wie überall in diesem Kriege, in welchem England seine Weltstellung als Einsatz des Spieles gesetzt hat, auf England hin. Es handelt sich um Organisation einer polnischen Armee in Frankreich, einer zweiten (die bereits perfekt ist) in Rußland; auf beide Formationen richten die Polen im Okkupationsgebiet ihre Hoffnungen und zugleich sind sie bemüht, durch eine Art politischer Chantage[2] von den Mittelmächten eine Summe politischer Zugeständnisse zu erpressen, die im umgekehrten Verhältnis zur Zuverlässigkeit stehen, mit der sie die loyale Verwendung vermehrter Macht garantieren können.

Je mehr man sich die Gesamtlage überlegt, um so fester drängt sich die Überzeugung auf, daß die Rechnung auf ein loyales Polen eine falsche Rechnung gewesen ist, und

[1] Nemesis = Vergeltung.

[2] Chantage = etwa Erpressung.

Digitized by Google

daß unsere Politik dahingehen muß, zuerst an unsere Interessen in dem eroberten Gebiet zu denken, und erst wenn dieses gesichert ist, daran zu schreiten, weitergehende Wünsche der Polen zu befriedigen.

Als Kuriosum notieren wir, daß es in England ein regierendes Haus Hannover nicht mehr gibt. König Georg hat seiner Dynastie den Namen „Haus Windsor" verliehen. Aus Who is who?[1] wissen wir, daß es bereits in England eine Familie dieses Namens gibt, die Windsor-Clive, deren Haupt der Viscount Windsor ist, der sich wohl durch den Zuwachs, der seinem Geschlecht gekommen ist, nicht wenig geschmeichelt fühlen mag. Uns gereicht es aber zu großer Befriedigung, daß nunmehr auch der letzte Schein eines Zusammenhangs des englischen Königshauses mit Hannover in aller Form beseitigt worden ist. Aber ein politisches Ereignis von weit größerer Tragweite ist der Wahlsieg, den der Sin Feiner De Valera in East Clare errungen hat, das bisher in unbestrittenem Besitz der Partei Redmonds war; die irische Frage ist dadurch mit einem Schlage aktueller geworden und das empfindet man auf beiden Seiten. De Valera hat in einer Rede, die er in Dublin hielt, mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Iren nicht „für den blutbefleckten Union-Jack" kämpfen würden und daran die Bemerkung geknüpft, daß, obgleich Irland eine besondere Vorliebe weder für Deutschland noch für Frankreich habe, es dennoch der Nation, die ihm die Hand entgegenstreckte, die Gegenleistung nicht schuldig bleiben werde. Das aber ist ohne Zweifel ernst gemeint und jedenfalls der Erwägung wert, ob es nicht trotz aller Hindernisse, mit denen gerechnet werden muß, nicht doch für uns möglich wäre, den Iren „die Hand entgegenzustrecken".

Notizen

Die Ukraine und Mitteleuropa. In seiner Korrespondenz „Deutsche Post und Afrika-Korrespondenz" schreibt Dr. Paul Rohrbach am Schlusse eines Artikels über die Vorgänge in der Ukraine: Vom Großrussentum hat die Ukraine also in Zukunft nichts zu erwarten. Sie muß daher von anderer Seite eine Verwirklichung ihrer Wünsche anzustreben suchen: von Mitteleuropa. Und hier treffen sich die Interessen Mitteleuropas und der Ukraine: nur eine unabhängige Ukraine wird Mitteleuropa dauernd vom Albdruck der großrussischen Gefahr befreien, und nur der Anschluß an Mitteleuropa wird der Ukraine diese Unabhängigkeit sichern. Zugleich würde aber erst dadurch die polnische Frage ihre endgültige und befriedigende Lösung finden: eine starke, durch Interessengemeinschaft mit den Mittelmächten verbundene, den Polen stets verhaßte, und auch diese hassende Ukraine im Rücken würde jede „polnische Gefahr" schon im Keime ersticken und die übertriebenen Ansprüche der Polen sehr zum Vorteil der deutsch-polnischen Beziehungen dämpfen. Polen war der erste Markstein zur Sicherung Mitteleuropas im Osten; erst durch den zweiten — die Ukraine — wird auch der erste den für uns notwendigen unerschütterlichen Halt erlangen.

Daß wir und die Ukrainer die gleichen Interessen haben und diese auch in Zukunft haben werden, liegt also auf der Hand. Es fragt sich nun, wie weit die Dinge in der Ukraine gegenwärtig gediehen sind, und ob die leitenden Persönlichkeiten in Kiew schon heute imstande

[1] Who is who = Englisches Lexikon hervorragender Zeitgenossen.

Digitized by Google

sind, ihren Willen entschlossen in die Tat umzusetzen und an unsere Seite zu treten. Von sich aus und allein werden sie hierzu kaum imstande sein, denn abgesehen von einigen soeben organisierten Regimentern besitzen sie kein eigenes Heer. Worauf man aber in der Ukraine hofft, das dürfte aus folgenden Äußerungen des ukrainischen Ministerpräsidenten Winnitschenko zur Genüge hervorgehen: „Unter den Ukrainern gibt es eine starke Strömung, die eine Öffnung der Front für vorteilhafter halten, da die Ukrainer von Rußland nicht das erreichen würden, was sie von einer deutschen Okkupation erlangen könnten!" („Rjetsch", 6. 7.)

Noch deutlicher ist dieser Wink: „Wir besitzen genügend Kraft und Autorität, daß auf unseren Ruf einige Millionen ukrainische Soldaten die Front verlassen würden!" Und weiter: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt: „Unversehrtheit Rußlands"; uns interessiert vor allen Dingen das, was hier, auf unserem Gebiete sein wird — und dann erst das Allgemeine!" („Utro Rossij", 6. 7.)

Die Hand ist nach uns ausgestreckt; hoffen wir, daß wir sie entschlossen ergreifen und daß unsere Heere diese Vereinigung verwirklichen werden. Denn nur von dieser Hand haben wir den Frieden zu erwarten, den wir brauchen — und nicht von Petersburg oder Moskau!

Von der Zukunft des englischen Welthandels. „Financial News" sind besorgt um die amerikanisch-japanische Konkurrenz in Südafrika. Der Handel zwischen England und Südafrika habe bekanntlich nie den Erwartungen entsprochen, die man in England nach Abschluß des Burenkrieges hegte. Aber so schwer habe es England in Südafrika nie gehabt, sich gegen die Konkurrenz zu behaupten, als jetzt, wo die Konkurrenz der Zentralmächte ausgeschaltet sei. Amerika und Japan hätten die deutschen Absatzgebiete an sich gebracht und bildeten eine noch gefährlichere Konkurrenz für England. Die Zeitschrift begnügt sich bei dieser Feststellung auch nicht mit der naheliegenden Begründung, daß es englischen Firmen zurzeit schwer sei, Offerten zu machen und unmöglich Lieferungen auszuführen. Sie stellt besorgt fest, daß die südafrikanischen Agenten sich naturgemäß fragen mußten, was die englischen Fabrikanten seit Kriegsbeginn zugelernt hätten und ob sie solche Waren herstellen wollten und konnten, die in Südafrika gebraucht würden. Denn bis jetzt seien gerade diese Waren in England nicht erhältlich gewesen. Der englische Fabrikant habe auch in Südafrika im Rufe gestanden, sich nicht nach den Bedürfnissen seiner Kundschaft richten zu wollen. Er habe wohl geschmackvolle Dinge geliefert, aber in viel zu teuren Waren, als daß sie die Konkurrenz hätten bestehen können.

Englands Kriegsziel. „Sobald wir den Beweis haben, daß die deutsche Regierung ihrem Volk die Freiheit gibt, wird sofort Frieden geschlossen, aber bis dahin, solange wir diese Überzeugung nicht haben, wird die Arbeiterklasse Englands seine Freiheit verteidigen" — sagte nach dem „Djen", der Minister Henderson in Moskau im A.- und S.-Rat.

Wofür kämpft der russische Soldat? „Wie ausführlich die Untersuchung auch gemacht werden mag, die Antwort auf die Frage, weshalb der russische Soldat kämpft, bleibt stets die gleiche; man hat ihn listig betrogen. Er glaubt für die Freiheit zu kämpfen, kämpft aber in Wirklichkeit für das Streben der anderen nach Unterdrückung. Er ist ein Opfer jener Irreführung der Weltmeinung, die mit außerordentlichen Mitteln und mit außerordentlicher Energie in Szene gesetzt worden ist." („Aftonbladet".)

Von den Schwierigkeiten der russischen Ernte. Nach den Mitteilungen der Presse erhebt sich gegen die Einbringung der Ernte eine unüberwindliche und sehr wesentliche Schwierigkeit. Die Bauern haben keine Sensen mehr. Die Zeitungen berechnen, daß man in Rußland vor dem Krieg 5 Millionen gebraucht hätte. Zum größten Teil seien die aus Österreich gekommen. Nun habe zunächst das Landwirtschaftsministerium für 1917 500 000 Stück in Schweden bestellt. Davon können aber nach den Meinungen der Zeitungen höchstens 20 000 rechtzeitig eintreffen. Dazu kommen vielleicht noch ein größerer Teil der Bestellung auf 500 000 in Ame-

Digitized by Google

rika. Freilich sind die Zeitungen nüchtern genug sich zu sagen, daß auf die rechtzeitige Lieferung der amerikanischen Bestellung wenig Hoffnung vorhanden ist. Bleibt nur noch die Deckung durch die inländische Produktion, die höchstens 10 Prozent beträgt. „Die Lage der Landwirte ist also aussichtslos."

Die Ausbeutung der neuen Platinfundstellen des Fürsten Demidow wird von „Raubarbeitern" in Angriff genommen. Soldaten, so berichten russische Zeitungen, seien zu ihrer Vertreibung ausgesandt. Nun wird es sich also darum handeln, ob der Raubbau bis dahin etwas übrig gelassen hat und wie weit die ausgesandten Soldaten das Interesse des Fürsten Demidow dem ihrigen voranstellen.

Die Hoffnungen Rußlands auf die amerikanische Hilfe. „Einununterbrochener Strom amerikanischer Soldaten wird bis zum Ende des Krieges über den Atlantischen Ozean fließen." („Russk. Slowo".)

Frankreich und das Prinzip der offenen Tür. Wie die chinesische Zeitung „Peking Daily News" berichtet, hat die französische Gesandschaft einen Protest gegen die der Firma Siems-Carey gewährte Konzession zum Bau von Eisenbahnen in Kuangshi eingereicht. Sie beruft sich dabei, wie die Zeitung weiter mitteilt, auf einen Brief von Sun-pao-ch'i vom September 1914, wonach Frankreich für die Provinz Kuangshi das Vorrecht der Finanzierung von Eisenbahnbauten und Bergwerken gegeben sei. „In chinesischen Beamtenkreisen ist man über diesen Protest überrascht. Man sieht darin seitens Frankreich von neuem den Versuch, den Gedanken der Interessensphären aufleben zu lassen, was dem Prinzip der offenen Tür zuwider ist."

Die französische Kultur in Südamerika. Die Bemühungen Frankreichs, den Weltkrieg dazu zu benützen, die französische Kultur zur Weltkultur zu machen, sind bekannt. Die neutralen Länder Europas wurden seit Kriegsbeginn mit französischen Büchern, französischem Theater, französischer Musik überschwemmt. Überall hat seit Jahren Frankreich unter dem Anschein, nur als Führer in den übrigen Ententestaaten zu erscheinen, mit höchster Tatkraft die Lage zugunsten der eigenen Kultur ausgenutzt. Jetzt kommen Nachrichten aus Südamerika, die zeigen, daß Frankreich seine Bemühungen auch dorthin übertragen hat. Die Anregung des Herrn Pierre Conbertin in der „Semana" eine französisch-chilenische Annäherung zustande zu bringen, ist darnach inzwischen verwirklicht worden. Die studentischen Vereinigungen haben am 22. Mai eine Feier veranstaltet, der selbst der Rektor der chilenischen Universität beiwohnte. Über die Tätigkeit Conbertins wird inzwischen berichtet, daß sein Institut gleichzeitig auch in den Hauptstädten von Argentinien, Brasilien, Peru, Ecuador seine Wirksamkeit begunne. Dieses Institut steht in unmittelbarer Beziehung zum französischen Kultur-Institut in Paris. Es ist also als ein Teil der großen Propaganda gedacht, mit der Frankreich systematisch den ganzen Erdball überzieht. Die französischen Künstler treten auch in Südamerika in den Dienst des französischen Gedankens. Suzanne Desprês und Lugue Poé sind in Südamerika gewesen. Wie die Zeitungen begriffen haben, nicht nur als künstlerische Gäste, sondern „als Träger einer französischen und künstlerischen Mission". Eine Zeitung schrieb darüber: „Sie kommen offiziel nach Chile und überbringen die Botschaft der reinen und großen Kunst; gleichzeitig wollen sie uns mit dem Heldentum Frankreichs sowohl wie mit dem kräftigen Leben seiner neueren Literatur bekannt machen."

Die italienischen Kriegsziele. Der „Mattino" griff vor kurzem „Sonnino" und die Kriegsparteien an. Sie bewegen sich in den italienischen Kriegszielen immer weiter auf der Linie des Verzichts.

Italien und Griechenland. Die Verstimmung Italiens gegen Griechenland hält an. Ein Leitartikel der „Stampa" hat vor kurzem die Politik von Venizelos als „eine Politik der Ausbeutung jedes möglichen Gegensatzes zwischen Italien und den übrigen Mittelmächten" be

Digitized by Google

zeichnet. Deshalb bedeute er innerhalb der Entente eine Zweideutigkeit und eine Gefahr. Die Interessen Griechenlands und die der Entente gingen vollkommen nur in dem einen Punkt zusammen: daß sie nicht im geringsten mit den politischen Interessen und Bestrebungen des Herrn Venizelos zusammengingen. Auch der „Mattino" meint, das beste wäre Griechenland der ihm am meisten zusagenden Neutralität zurückzugeben. „Dieser Schritt würde die ganze Balkanfrage der Lösung näher rücken."

Neuerscheinungen

Kriegs- und Friedensziele

„Zum deutschen Kriegsziel" will eine Schrift von Heinrich Claß führen, die in J. F. Lehmanns Verlag, München, erschienen ist und die Gesamtheit der deutschen Aufgaben, Bedürfnisse, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen sucht, die für einen Frieden gegeben sind. Der Verfasser hält es für nötig, festzustellen, sie sei, „wenn man sich ihren gesamten Inhalt vergegenwärtige, nicht zwecklos". Sie geht von zwei Voraussetzungen aus, von denen der Verfasser meint, „es werde niemanden von politischem Urteil und Justinkt geben, der sie nicht als berechtigt anerkenne": „Der Sicherung vor ähnlichem Überfall von außen — nach innen der Gewähr für eine gesunde Zukunft durch ausreichenden Landerwerb". Diese Kriegsziele politisch und geographisch zu begründen, und „den Wollenden unter seinen deutschen Mitbürgern darzulegen" unternimmt Professor Dr. Felix Hänsch in dem weitläufigen Buch „An der Schwelle des größeren Reichs". (J. F. Lehmann Verlag, München, M. 5.—.) „Als einer, dem es nicht vergönnt ist, selbst mit ins Feld zu ziehen, fühlt er die Pflicht, für die Daheimgebliebenen zu sorgen und zu helfen, daß den Kämpfern da draußen auch der Siegespreis zuteil wird". „In ehrlicher Sachlichkeit" werden die Ostseeprovinzen, Briey, Lothringen den Grenzen des Reichs einverleibt („zu neuen Wohnstätten für ein tätiges, freies Volk und als wertvolles Gebiet schwerindustrieller Rohstoffgewinnung"). Mit fester Hand werden die neuen Grenzen in natürliche Schutzlinien verankert. „Nester ewiger Tücke und lauernden Verrats sind ausgehoben, denn Belgien und Serbien werden keine eigene auswärtige Politik mehr treiben, und aus dem polnischen Bogen, der die Reichshauptstadt bedrohte, sind die Russen vertrieben. Der Zugang zum offenen Meer und das Sprungbrett gegen England sind frei — am Kanal — und die englischen Gewässer werden von der flandrischen Küste aus zum Übungsplatz unserer Unterseeboote. Brüderlich vereint werden das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gemeinsam die goldenen Fäden in ihr Zukunftskleid weben. Wo aber werden die Lüge und die Verleumdung unserer Feinde bleiben vor dem Siegeszuge solcher Kräfte? Sie werden versinken vor der ehernen Sprache der deutschen Tat oder — sich wieder flüchten in die elenden Höhlen der Ehrlosigkeit und des Verrats, vielleicht in ein neues Belgien oder in ein anderes Serbien, bis ein jüngeres deutsches Geschlecht erstehen wird, um sie wieder auszuräumen: Denn das muß ungeschriebenes Gesetz des neuen Staatenbundes werden, daß er das Land oder die Länder, die mit neuem Gifte unsere Zukunft vergeben wollen, mit eisenbewehrtem Schlage straft, ehe sie Zeit finden, Freunde zum heimtückischen Überfall zu werben." So denkt sich Professor Dr. Hänsch „ehrliche Sachlichkeit". Was Sachlichkeit ist, hat M. Sering in dem (bei B. G. Teubner, Leipzig) neu erschienenen Sammelwerk „Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas" (auf das wir noch im einzelnen werden zurückzukommen haben) präzisiert: „Das erste Ziel ist unserer Verbündeten Sicherung gegen erneuten Angriff. Aber es wäre nicht deutsche Art, Völker und Länder lediglich als Festungsgelände zu behandeln, eine erweiterte Staatseinheit herzustellen, der die innere Festigkeit fehlt, weil die Teile auseinanderstreben." Auch Sering ist bestrebt, Deutschlands Grenzen zu sichern. Aber er denkt es sich in der Form, daß die Staaten der europäischen Mitte um den durch den Krieg gefestigten Kern zur gemeinsamen Wahrung ihrer Unabhängigkeit sich zusammenschließen. „In solchem Wehrverbande ist die Grundlage für die gleichberechtigte Anteilnahme und freie Entfaltung auch den kleineren Völkern gegeben, weil die stärksten Bundesgenossen, wie sie selbst, ihre Zukunft an ein kleines Territorium gebunden sehen, während jede Anlehnung an eines der Imperien, vermöge des quantitativen Unterschieds der Territorien und Bevölkerungen, die Gefahr der Unterdrückung und Unifizierung verewigen würde." Kritik an Naumanns Mitteleuropa übt dagegen Professor Dr. Georg von Below in der Schrift „Kriegs- und Friedensfragen" (Verlag „Globus", Dresden 1917), zu der er vier Aufsätze zusammenfaßt. Mit Berufung auf Brandenburg hält er das „Ideal, das uns Naumann mit so beredten Worten verkünder, innerlich unrichtig". „Es ist eine Utopie, aber eine gefährliche Utopie" („weil es unsere Verhältnisse wahrheitswidrig in ungünstigem Licht darstellt, ein ganz falsches Bild von den österreichischen Verhältnissen entwirft, kein

Digitized by Google

Verständnis für die Bedeutung und die Aufgaben der Nation zeigt und uns Nachgiebigkeit und Schwäche predigt, weil es gegenüber dem fremden Nationalismus, der uns bedroht, den Kopf in den Sand steckt und den Deutschen empfiehlt, in nationaler Beziehung recht weichmütig und nachgiebig zu sein. Es liegt uns völlig fern, unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn gering anzuschlagen, wir legen darauf starkes Gewicht. Aber ganz vom Ziel wegführen würde es uns bei der Neuordnung unserer auswärtigen Verhältnisse, wenn wir die Beziehungen zu Österreich-Ungarn oder einem noch weiter begrenzten „Mitteleuropa" (Türkei, Bulgarien) einseitig ins Auge fassen wollten. Wesentlich wird uns vor allem die Sicherung unserer Grenzen im Osten und Westen, von wo aus wir angegriffen worden sind, sein. Wir schätzen die Verbreiterung unserer Basis, die durch eine zweckmäßige Ordnung unserer Beziehungen zu Österreich-Ungarn gegeben sein würde. Allein die Freiheit unserer Entwicklung ist mehr an die Sicherung unserer Grenzen im Osten und Westen geknüpft.") Für Professor Dr. Georg von Below ist diese Freiheit unserer Entwicklung durch den Militarismus bedingt. „Man zertrümmere, wie unsere Feinde es planen, seine politisch-militärische Stellung. Man wird damit nicht die deutsche Kultur befreien und fördern, sondern in Fesseln schlagen, die Welt wertvollster Kulturelemente berauben." Die Freiheit ist ihm weiter bedingt durch den Widerstand gegen „die einseitige Pflege der Demokratie". „An welcher Stelle würde die Demokratie unsere Stoßkraft erhöhen? Würde das nationale Bewußtsein gewinnen, wo die Demokratie stets das geringste Quantum des nationalen Bewußtseins bevorzugt? Würde sie uns eine leistungsfähige Diplomatie bringen, wo sie stets nur der Nachgiebigkeit und Verständigung dem Auslande gegenüber das Wort redet? Würde sie unserer deutschen Kultur die gesunden Grundlagen und Einrichtungen schaffen?" — so fragt zweifelnd Herr von Below. Dr. Lothar Ritter v. Wimmer läßt sich in einer Schrift „Die Ostmark" (Österreich-Ungarns Mission in der Weltgeschichte, E. Fromme, Wien), über die Zukunft der deutsch-österreichisch-ungarischen Politik aus. Zu hoffen ist nach dem Kriege als Folge der geläuterten Erkenntnis eine einheitlichere, beiden Bundesgenossen entsprechende Richtung der auswärtigen Politik, vor allem um der beiden Teilen so schädlichen Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen. Nicht zu verkennen sind die Anstrengungen, die das kosten wird und nicht zuletzt den österreichisch-ungarischen Staatsmännern, um die Deutschen zu bewegen, nicht in zu selbstherrlicher Weise die gerechte Beteiligung unserer Monarchie zu vergessen, die Beteiligung nur an den Lasten, sondern auch an den Vorteilen. Nie soll übersehen werden, daß die deutsche Stellung in Kleinasien ohne Österreich-Ungarn, seine langen harten Mühen auf dem Balkan und die nur so ermöglichte notwendige Verbindung Deutschlands mit dem Orient, nicht begründet und noch weniger hätte gehalten werden können. So wird bei gutem Willen beiderseits und bei der nötigen Entschiedenheit unserseits, die den gemilderten deutschen Separatismus in seiner neuen Gestalt zu bekämpfen hat, eine gerechte Verteilung gewiß in vollem Maße erreichbar sein. Die Frage: „Was soll aus Rumänien, Polen, Serbien und Belgien werden" beantwortet eine in Grafers Verlag, Annaberg, erschienene Schrift „Friedensziele = Kriegsziele". „Möchten die Diplomaten, welche die europäischen Verhältnisse bei Friedensschluß zu ordnen haben, nicht darauf zukommen, die kleineren Völker als Kompensationen zu benützen und zu zerreißen. Nicht Rumänien an Österreich, Rußland und Bulgarien aufzuteilen, etwa mit Belassung eines Teiles als selbständigen Staats. Auch den Serben darf man nicht wieder einen selbständigen Staat schaffen, der nur einen Teil des Volkes umfaßt, wie bisher. Eine derartige Vereitelung der Lösung der Nationalitätenfrage in Osteuropa und auf dem Balkan wäre verhängnisvoll; denn sie würde den Keim zu neuen Kriegen in der Zukunft legen. Die getrennten Nationalitäten würden nach Vereinigung streben wie bisher, und die Großmächte Rußland, England und Italien würden sich immer wieder einmischen. Dieses aber muß verhindert werden, wenn Frieden am Balkan werden soll." „Österreichische Kriegsziele" umschreibt ein namenloser deutsch-österreichischer Reichsratsabgeordneter in einer bei Ferd. Wyß, Bern 1917, erschienenen Schrift. Sie stellt den Kriegszielen der Entente das Kriegsziel „eines neuen, mächtigeren, freien Österreichs" entgegen: „Die Gelegenheit, unser Heim zu ordnen und unsere inneren Angelegenheiten ganz aus freiem Entschlusse zu regeln, noch ehe die Stunde des Friedens geschlagen hat, ist so günstig wie nie. Ganz Polen ist in unserem Besitz, alle südslawischen Gebiete stehen unter unserer Verwaltung. Es ist eine Gelegenheit, wie sie Österreich seit tausend Jahren nicht gehabt und in tausend Jahren nicht wieder haben wird. Wir stehen wahrhaftig vor einer Schicksalsstunde. Versäumen wir sie nicht aus kleinlichen und kurzsichtigen Bedenken. Reden wir nicht von Erobern, aber auch nicht vom Preisgeben. Reden wir nicht von Herrschaft, sondern reichen wir den Völkern, die durch das Schwert an uns gelangt sind, die Hand zum Bruderverein, um ihnen und uns ein neues, größeres, schöneres und freieres Heim zu bereiten. Beweisen wir unseren Feinden, daß die Völker des Donaureiches nicht unter Fremdherrschaft schmachten, sondern aus freieren Stücken an diesem Reiche festhalten und daß Europa kein Recht und keinen Anlaß hat, sich in unsere Angelegenheiten ordnend einzumischen. Noch einmal muß ich es sagen, wenn es keine Utopie ist, daß ernste Staatsmänner, kühle Realpolitiker von einer Völkerliga zur Erhaltung des Friedens sprechen,

Digitized by Google

warum sollte es eine Utopie sein, wenn man in diesem weltgeschichtlich entscheidenden Augenblick die Völker Österreichs aufruft, durch ihre berufenen und verantwortlichen Vertreter den nationalen Frieden Österreichs zu schließen und damit vielleicht den entscheidendsten Schritt zur Herbeiführung des europäischen Friedens selbst zu tun? Österreich hat in diesem Augenblick eine gewaltige Sendung vor Europa und vor der Menschheit, und es ist ein Stolz, Österreicher zu sein. Der englische Schatzkanzler hat uns jüngst das baufälligste Reich der Welt genannt. Beweisen wir unseren Feinden, daß wir das modernste Haus der Welt sind, das alle Völker aufnehmen kann, ohne ihnen zum Gefängnis zu werden."

Lose Blätter vom Schreibtisch eines Pazifisten vereinigt die Schrift „Der Dauerfriede" von Walther Schücking (Verlag „Naturwissenschaften", Leipzig 1917). Es ist ein Buch des Bekennnens, denn der Weltkrieg „war das Golgatha des Pazifismus". Aber es ist auch ein Buch der Zuversicht: „Aus der Tragödie der Gegenwart mußten wir die Kräfte gewinnen, unsere Ideen in die Zukunft zu führen." Es ist ein kleines Rinnsal „im Vergleich zu strömenden Fluten, die aus dem Boden eines einseitigen national bestimmten Denkens hervorgebrochen sind, aber es wird künftige Geschlechter doch vielleicht freuen, daß es in Deutschland nicht gänzlich gefehlt hat, ähnlich wie sich heute der Forscher freut, bei den kleinen protestantischen Sekten des Reformationszeitalters schon früh jener Idee der religiösen Toleranz zu begegnen, die erst das Elend des Dreißigjährigen Krieges zum Allgemeingut gemacht hat". Um in Weltfriedensverträgen ein neues Europa auf festen Grundlagen aufzubauen, muß zweierlei geschehen: „Es müssen die entsprechenden organisatorischen Einrichtungen zu friedlicher Erledigung politischer Konflikte geschaffen werden." Die Kulturvölker müssen „ihre Gesinnungen ändern und begreifen, daß es in ihrem ureigensten Interesse notwendig ist, eine Synthese für den Nationalismus und den Internationalismus zu finden, wie das Bismarcksche Zeitalter in Deutschland das legitimistisch-dynastische Ideal der Konservativen mit dem nationalen Ideal der Demokraten auszusöhnen verstanden hat."

Für die Kriegsziele im Innern suchen vier beachtenswerte Aufsätze die Grundlinien zu zeigen, die unter dem Titel „Vorfragen innerer Politik" in dem Verlag der „Frankfurter Zeitung" 1917 erschienen. Bei Untersuchung der Grundlagen für den künftigen Ausbau ergeben sich dem Verfasser folgende durch den Krieg veranlaßte Veränderungen: 1. Die kirchlichen Beziehungen haben ihre entscheidende Bedeutung für die große Politik und für die Stellung des einzelnen zum Staat verloren. 2. Physisch hat der Staat, psychisch die Nation die Oberhand behalten. „Der nationale Gedanke hat die überwiegende Mehrheit der galizischen Polen an die Seite des Staates geführt, in dessen Hut die Polen ihre nationalen Interessen am besten gewahrt sehen mußten." 3. Wo (wie bei den Tschechen) ein Konflikt zwischen staatlichen und nationalen Gesichtspunkten bestand, ist dem äußeren Gehorsam auch die innerliche Unterwerfung der nationalen Ideen unter den Staatsgedanken gefolgt. 4. Dennoch wird „die Zukunft möglicherweise ganz neuartige Aufgaben stellen, die mit dem einfachen nationalstaatlichen Schema nicht bewältigt werden können. Als ein unmittelbares Kriegsergebnis erwarten viele die Gestaltung einer mitteleuropäischen Organisation, die mehr sein soll als ein labiles Bündnis der bisherigen Art; darüber hinaus mag aus dem Schutt des Krieges früher oder später vielleicht doch einmal ein neues und diesmal inhaltvolleres Europa erstehen". 5. Die durch das Aufkommen des internationalen Arbeitersozialismus in die innere Entwicklung der Staaten hineingetragene Krise hat durch den Krieg eine Entspannung zur Folge gehabt, die für eine spätere dauernde Aussöhnung die verheißungsvollste Aussicht eröffnet. 6. Wenn der Friede wiederkehrt, so werden die Menschen sich wieder mehr als Individuen fühlen, und sie werden dann wieder beginnen, selbst Ansprüche zu stellen. Sie werden vom Staat verlangen, daß er vollkommener als bisher der richtige politische Ausdruck für das werde, was das deutsche Volk ist, und für ihr individuelles Leben werden sie ein breite Sphäre persönlicher Freiheit fordern, in die der Staat nicht eingreift. Je rückhaltloser der Staat solche Ansprüche erfüllt, um so williger werden die Menschen auch in ruhigen Zeiten zu ihm stehen, weil er das notwendige und wirksamste Werkzeug menschlicher Kultur ist und weil er uns mit denen vereinigt, die mit uns gleichen Schicksals sind. Daß der Staat solche Gesinnung wecke, und daß er sie im ganzen Volk wecke, das ist die Grundfrage jeder inneren Politik.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 17. August 1917 • Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politisches Handwerk und politische Kunst

Von Dr. Paul Rohrbach

Der größte Meister politischer Kunst in seinem Jahrhundert war Bismarck. Das zu bestreiten wird nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb unserer Grenzen so leicht niemandem einfallen. Wenn aber heute jemand es unternimmt, sich zum Beleg für seine eigenen Ideen auf Aussprüche oder Grundsätze Bismarcks zu berufen, so liegt die größte Wahrscheinlichkeit vor, daß bloßes politisches Handwerkertum mit dem Gerät höchster politischer Kunst zu hantieren versucht. Nur der kann solches vernünftig anwenden, der selbst als Meister der Kunst die politischen Gesetze zu handhaben weiß. Auswärtige und innere Politik z. B. sind von Anfang an mit einander verbunden. Es ist also schon falsch, wenn jemand sich vorstellt, er könne auf beiden Gebieten getrennt vorgehen. Das hat niemand besser gewußt als Bismarck. Welch eine Narrheit ist es da, unter völlig veränderten Umständen sich für einzelne Punkte im Innern oder nach auswärts ohne weiteres auf Bismarcksche Sätze zu berufen. Zwischen Bismarcks und unsern Tagen liegt eine Verwandlung aller Grundlagen des politischen Urteils, wie sie stärker nicht gedacht werden kann. Im Zeitalter Bismarcks gab es für uns europäische Politik und europäische Kriege; jetzt gibt es Weltpolitik und Weltkrieg. Unter Bismarck verkauften wir Getreide auf dem Weltmarkt, ließen unsre Schiffe in England bauen und waren außerhalb unserer Landgrenzen unverwundbar. Die Freiheit der Meere wäre uns damals recht gleichgültig gewesen und eine Blockade das alleruntauglichste Mittel, uns wehe zu tun. Heute hat sich das alles so gewandelt, daß kein Schatten des früheren Zustandes mehr da ist. Deutsche Gegenwartspolitik also kann nur von neuen Meistern der Kunst gemacht werden. Handwerkerrezepte lassen sich vererben; Künstler werden neu aus dem Geist geboren.

Wir haben einen großen Abschnitt in der politischen Entwicklung Deutschlands erlebt. Neue Männer, zum Teil auch solche von ungewohnter politischer Herkunft, sind am Ruder, auch in der auswärtigen Politik. Werden es Handwerker oder Künstler

Digitized by Google

sein? Davon wie sie sich zeigen, hängt der Ausgang des Weltkrieges für uns ab. Nicht als ob wir Gefahr liefen, den Feinden zu erliegen; zwischen Sieg und Niederlage aber breitet sich das Feld, auf dem die politische Kunst zu arbeiten hat.

Was heißt politische Kunst? Eine mit Worten sehr einfach zu erklärende Sache: die richtigen, d. h. die erreichbaren Ziele aufstellen und die geeigneten Mittel zu ihrer Erlangung erkennen und anwenden. Machen wir uns das an dem Beispiel unsrer Feinde klar. Die mangelhaftesten politischen Führer im Augenblick des Kriegsausbruches (leider nur in diesem!) hatte innerhalb der Entente ohne Zweifel England. Die Vorstellung von Grey und Asquith oder auch von Churchill und Genossen als tiefverschlagenen Intriganten und Einkreisern kann nur ein gewöhnlicher politischer Dilettant hegen. Namentlich Grey schob nicht, sondern wurde von den Kriegsmachern in Rußland geschoben. Niemand hat ihn erbarmungsloser verspottet als Bernard Shaw, der bekannte englische Satiriker, dessen irisches Blut wohl etwas dabei mitsprechen mag, der aber als Politiker doch Engländer ist. Die Führung war bei Rußland. Die englische Politik war sich klar über das Ziel: Beseitigung der deutschen Gefahr; nicht klar über den Weg, ob Krieg oder Vertrag. Die Russen aber wußten, was sie wollten und rissen Grey, Asquith und die Franzosen, mit deren Kriegspartei sie sich vorher verständigt hatten, mit in den Krieg fort. Dazu gehörte, daß es auch in England Mitglieder der Regierung und eine starke Presse gab, die für den Krieg waren; nur läßt sich nicht sagen, daß England oder die englische Regierung als Ganzes im Sommer 1914, als durch die Ermordung Franz Ferdinands die Krisis ausbrach, gleich Rußland von vornherein auf den Krieg und nichts als den Krieg lossteuerten.

Die englische Politik war also so weit entfernt davon, wirkliche politische Kunst im Sinne Bismarcks oder Napoleons oder Friedrichs des Großen zu sein, daß sie sich in der für England alles andere beherrschenden Frage, des Verhältnisses zu Deutschland, erstens die Entscheidung selbst, für Krieg statt für Vertrag, worüber sie mit sich selbst noch nicht einig war, von außen her aufnötigen ließ, und zweitens im Zusammenhang damit auch die Wahl des Zeitpunkts nicht sich vorbehielt, sondern dem Mitspieler überließ. Das ist ungefähr der schärfste Tadel, den man im ganzen gegen eine Politik ausspielen kann. Noch mehr als das: weder die englischen Politiker, noch ihre Genossen in der Entente haben, bevor sie in den Krieg gingen, sich ein richtiges Bild von der Widerstandskraft Deutschlands und Österreich-Ungarns und von den voraussichtlichen Folgen der Interessengemeinschaft zwischen den europäischen Mittelmächten, der Türkei und Bulgarien zu machen gewußt. Sie haben geglaubt, in Kürze mit Deutschland fertig zu werden, und der leitende englische Staatsmann besaß sogar noch die Harmlosigkeit, dem deutschen Botschafter beim Abschied anzudeuten, England werde dafür sorgen, daß es Deutschland nach seiner voraussichtlichen Niederlage nicht gar zu schlecht gehen solle. Man wollte eben nur das beseitigen, was man für die Hauptsache bei der deutschen Gefahr hielt, die deutsche Flotte und die überlegene

Digitized by Google

deutsche Handelskonkurrenz über See. Das, glaubte man, würde sich durch einen kurzen, rasch den entscheidenden Gewinn bringenden Krieg erreichen lassen. In demselben Irrtum waren Russen und Franzosen befangen.

So sehr also war die politische Rechnung unserer Feinde in allen Hauptpunkten davon entfernt, ein Erzeugnis wahrer politischer Kunst zu sein. Als die Kriegshandlung aber einmal begonnen hatte, da zeigte sich, wie große Vorteile trotzdem auch ohne schöpferisches Erfassen und Gestalten der Lage eine kriegführende Partei davon haben kann, wenn sie aus langer Übung die technischen Kunstgriffe, das Politisch-Handwerksmäßige in seiner Vollendung beherrscht, namentlich kommt ihr das zugute, wenn die Gegenseite darin so wenig bewandert ist, wie wir uns jetzt drei Jahre lang gezeigt haben. Man kann ja sagen, das sei kein Wunder, denn die zusammenhängende Überlieferung der englischen Staatskunst (seit Wilhelm von Oranien oder, wenn man will, schon seit Cromwell) erstreckt sich durch sieben oder acht politische Generationen, die unsrige noch nicht durch zwei. Dazu kommt auf unsrer Seite das Verhängnis, daß die Erinnerung an Bismarck und das Bismarcksche Erbe, aus einem Geschlecht in das nächste fortwirkend, für einen unverlierbaren Weisheitsschlüssel in der Politik gehalten wurden, als schon das Schloß, das dieser Schlüssel schließen sollte, sich ganz und gar verändert hatte! Das einzusehen, gehört zu unserem politischen Abc. Leider gibt es immer noch eine Menge guter Leute und schlechter Musikanten mit politischem Handwerkerhorizont, die es nicht merken wollen. England hat nicht nur vom ersten Augenblick dieses Krieges an, sondern schon seit ihm der Gegensatz seiner Interessen zu denen Deutschlands klar zu werden anfing, sich darauf gelegt, die Neutralen für sich zu gewinnen und gegen uns zu beeinflussen. Daß den Engländern dabei viele Dinge subjektiv in anderem Licht erschienen sind als uns, und daß sie darüber hinaus sich auch nie und nirgends gescheut haben, gegen ihr besseres Wissen und Gewissen in betreff unserer zu reden und zu handeln, ist wiederum selbstverständlich. Wir sollten uns daher lieber nicht die Blöße geben und uns fortgesetzt über die englische Lüge und Heuchelei aufregen. Die Engländer wissen eben, daß nur politische Kinder sich einbilden können, man führe Krieg allein mit der Waffe und es genüge, mit der Waffe zu siegen, um einen Krieg zu gewinnen. Statt jetzt seit drei Jahren uns über die Engländer zu entrüsten, wäre es klüger gewesen, wir hätten unsererseits die Kriegs- und Friedensfrage und alles was dazu gehört, richtiger eingeschätzt, und hätten ebenso erfolgreiche, aber moralisch einwandfreie Mittel angewendet, um den Engländern auch auf kriegspolitischem Gebiet gewachsen zu sein.

Wir haben zunächst beim Kriegsbeginn auch den Fehler gemacht — unsere berufenen Autoritäten nicht ausgenommen —, daß wir auf einen kurzen Krieg und schnellen, entscheidenden Sieg rechneten. Das kam in der Hauptsache davon, daß wir England ebenso unterschätzten, wie England uns. Die Engländer haben entgegen der allgemeinen Erwartung die Wehrpflicht nach unserem Muster eingeführt, sie haben damit eine

Digitized by Google

leistungsfähige Armee von mehreren Millionen Mann, ein wirkliches Volksheer, mit allem was dazu gehört, Generalität, Offizierkorps, Unteroffizieren usw., improvisiert, sie haben sich die Technik der Kriegführung mit solchen Massenheeren, in der sie ganz unbewandert waren, genügend angeeignet, und sie haben ihre Industrie für Waffen- und Munitionsherstellung in einer Weise organisiert, die auch dem Gegner Bewunderung abnötigen muß. All das hat man bei uns nicht für wahrscheinlich gehalten. Noch größer war unser Fehler, daß wir die Zähigkeit der englischen Volksnatur erst allmählich und spät richtig einschätzen lernten. In dem Engländer steckt nicht geringere moralische Kraft, als in uns selber, wenn sie auch von anderer Art ist und wenn es auch eines gewissen stillschweigenden Einverständnisses über den Gebrauch des Wortes „moralisch" in solchen Fällen bedarf. Dies vorausgeschickt läßt sich sagen, daß es eine Torheit ist, zu glauben, Leistungen wie diejenigen Englands in diesem Kriege ließen sich ohne ein starkes Maß innerer Volkstüchtigkeit hervorbringen. Was uns bei den Engländern abstößt, die Heuchelei und Roheit ihres Gebahrens, kommt daher, daß sie sich sagen: dieser Feind, Deutschland, ist so furchtbar, daß uns *jedes* Mittel im Kampfe gegen ihn recht sein muß. Wörtlich so hörte ich schon im Jahre 1911, als ich in China war, auf einer Gesellschaft in Tientsin einen englischen Bergwerks- und Eisenbahndirektor sich ausdrücken, dem „unfaire"[1] Praktiken gegen das deutsche Geschäft vorgeworfen wurden. Also nicht zu viel Geschelte, das immer die peinliche Nebenempfindung hervorruft, daß dem, der schilt, etwas weh tut; sondern besser, wirksamer handeln! Wir sagen ja auch nicht mehr „Gott strafe England", seit wir mit den U-Booten ein Stück von diesem Geschäft selbst in die Hand genommen haben.

Der größte Irrtum aber — ja mehr als ein bloßer Irrtum, ein verhängnisvoller und fürs Erste kaum wieder gutzumachender Fehler — war, daß wir nicht von Anfang an die Bedeutung der *politischen* Mittel für diesen Krieg auf eine Stufe mit den *militärischen* gestellt haben. Hier ist der Punkt, wo es leider ohne Umschweife heißen muß: es hat am Verständnis für wirkliche politische Kunst, an schöpferischem Einblick in das Wesen des Clausewitzschen Satzes gefehlt, daß der Krieg nur ein Stück Politik mit veränderten Mitteln ist. Es ist einfach politische Torheit, in einem Kriege wie diesem zu sagen, dem Feind die Schärfe des deutschen Schwertes zu kosten geben (oder wie die Redensarten sonst lauten), das sei die Hauptsache, und alles sonstige werde sich finden. Es ist ebensolcheine Torheit, zu meinen, jetzt sei die Heerführung am Werk, den Feind zu schlagen, und hernach habe die Staatskunst dafür zu sorgen, daß nichts vom Gewinn der Heerführung verloren gehe. Das galt nicht einmal 1870/71 in dieser kindlich einfachen Formulierung, und um wieviel verwickelter liegen die Dinge jetzt als damals!

Führen wir nicht diesen Krieg an der Seite von Bundesgenossen und steht uns nicht eine Koalition der verschiedensten Mächte gegenüber? War es nicht ein politischer

[1] unfaire Praktiken = unlautere Handlungsweise.

Digitized by Google

Fehler von wahrhaft furchtbarer Wirksamkeit, daß wir nicht im entscheidenden Augenblick sahen: Rußland ist der politisch morsche, der innerlich kraftlosere Gegner? Daß wir statt dessen uns auf den tatsächlich stärkeren Feind im Westen warfen? Freilich hätte zum richtigeren Handeln langjährig vorbereitete politische Kenntnis gehört, an deren Stelle bei uns weitgehende politische Unwissenheit über Rußland stand. Mag die Heerführung eine Kritik an dieser Stelle, die auch grundsätzlich während des Krieges nicht in die Öffentlichkeit gehört, ablehnen — der Fehler ist viel mehr politisch als militärisch; er konnte nur gemacht werden, weil die Leiter unserer Politik seit Jahr und Tag über Rußland falsche Vorstellungen hegten und es von Grund auf überschätzten. Jetzt haben wir gesehen, wie es in Wahrheit mit den inneren Grundlagen der russischen Kraft steht. Das Wesen wirklicher Staatskunst ist immer Autorität, auf tiefen Einblick in die politischen Grundtatsachen hüben und drüben gegründete Autorität. Das gilt für das Clausewitzsche wie für das Vorclausewitzsche Stadium[1] der Politik, und an solchen politischen Autoritäten, die das Tatsachenmaterial beherrschten und schöpferisch mit ihm umgehen konnten, hat es uns gefehlt.

Wahre politische Kunst hätte es verstanden, erstens die Tatsache, daß wir im Verteidigungskrieg gegen einen Überfall waren, vom ersten Augenblick an viel deutlicher zu machen, als es geschah, zweitens aber hätte sie die gefährlichste politische Waffe des Gegners, seine Behauptung, daß er für das Prinzip[2] des Rechts gegen das Prinzip der Gewalt kämpfe, wirksam abzustumpfen vermocht. Eins wie das andere war nicht unmöglich, sobald man erkannte, worum es sich handelte, und daß es notwendig war, unsere gewohnte politische Schablone zu verlassen. Aufgabe deutscher Staatskunst im Sinne Bismarcks war es, vom Moment der Kriegserklärung an mit unerbittlicher Schärfe alle noch so begreiflichen Reden von der Zerschmetterung des Gegners, von der Stärke der deutschen Faust, vom Schicksal des Besiegten, von der zukünftigen Einrichtung der Welt nach deutschen Bedürfnissen, vom Recht des Schwerts usw. zu unterdrücken. Auf all das haben die Feinde gelauert, um es auszunutzen, und wir haben es ihnen in einem Übermaß und mit einem Eifer geliefert, als ob wir ihrer und nicht unserer Sache zu dienen hätten. Es gibt noch andere, ähnliche Fehler, die begangen worden sind, über die jetzt besser noch nicht gesprochen wird. Auch über sie zu reden wird die Zeit kommen, und wir werden sehen, daß es jedesmal, so etwas versehen wurde, am Augenmaß dafür gefehlt hat, daß politische Fehler Folgen, schwere Folgen für den Gang der Dinge im Krieg haben können!

Schließlich — unter den vielen Beweisen dafür, daß wir wohl gut Krieg zu führen, aber lange nicht so gut Politik im Kriege zu machen verstehen, ist für mich der schlagendste immer, wie schlecht man bei uns den wundesten Punkt bei der Entente, den uranfänglichen Angriffswillen, auszunützen verstanden hat. Unsere politischen Leiter scheinen bisher geglaubt zu haben, es sei schon etwas, wenn ein Nachweis der und der Art in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht würde. Damit

[1] Stadium = Entwicklungsstufe. [2] Prinzip = Grundsatz.

Digitized by Google

kann man im Frieden arbeiten, aber im Kriege ist das eine nutzlose Schablone. Da müssen viel stärkere Register gezogen werden. (Auch mit den belgischen Dokumenten ist zu schwach gearbeitet worden.) Das Gesetz des erfolgreichen Eindrucks bei dieser Art von politischen Debatte, zumal in unserer ungünstigen Lage, ist das der öfteren eindrucksvollen Rede von hervorragender Stelle und der unausgesetzten Wiederholung mit allen Stimmen, so wie es die Gegner tun. Warum wurde der Ausbruch des Krieges unvermeidlich? Weil die bloße Tatsache der russischen Mobilmachung Deutschland in der Frist eines kurzen Augenblicks, wo Zögern so viel bedeuten konnte wie die Gefahr des Untergangs, vor die furchtbare Entscheidung auf Tod und Leben stellte. Seit drei Jahren sollte keines deutschen Staatsmanns Rede, kein deutsches Buch, keine deutsche Zeitung in die Welt hinausgehen, ohne daß es darin hieße: darum konnten wir nach 43 Jahren dem Kriege nicht mehr ausweichen, nachdem wir so lange eine Politik des Friedens gemacht haben; darum muß hinter diesem Kriege unsere politische Lage so sein, daß wir nicht mehr Gefahr laufen, um unserer Existenz willen eine solche Wahl treffen zu müssen! Nichts davon war bei uns zu spüren, und wer von uns mag das Gefühl der Befriedigung über uns beim Feinde ermessen, dem es so erspart wird, die Blöße seines bösen Gewissens nachhaltig wirksam vor der Welt aufgedeckt zu sehen! Noch kein halbes Jahr, bevor Herr Milukow russischer Minister des Auswärtigen wurde, kam sein Buch nach Deutschland (die Leser werden sich an meine Besprechung erinnern), in dem mit klaren Worten eingestanden wurde, Serbien habe ein Recht gehabt, den russischen Beistand zur Zertrümmerung Österreich-Ungarns zu erwarten. Gibt es ein schlagenderes Mittel, um das englische Gerede zu entkräften, eine europäische Konferenz hätte ja (während Rußland weiter mobil machte!) den österreichisch-serbischen Konflikt glätten können? Hat aber irgendeine maßgebende politische Stelle in Deutschland diese unvergleichliche Waffe, diese unglaubliche Beichte über die Triebfeder der auswärtigen Politik Rußlands, die der Vertrauensmann und alsbaldige Nachfolger Ssasonows vollzog, aufgehoben und benutzt? Tiefes Schweigen. Diese Art von Kampfmitteln gibt es nicht für unsere politische Methode. Das aber ist nur ein Beispiel. Man könnte viele häufen und immer denselben Eindruck haben: in der Kriegführung wissen wir wohl, daß es darauf ankommt, dem Gegner das Gesetz des Handels vorzuschreiben (das eben ist Kriegskunst!); in der Politik aber lassen wir uns von Gegnern schlagen, die nicht einmal wirkliche politische Künstler sind, sondern nur geschickte und gerissene politische Techniker. Das fortan anders zu machen, wird die Aufgabe unserer neuen Männer sein.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Wir haben neue Männer, unter ihnen den ersten Sozialdemokraten in einem hohen Reichsamt. Es ist geschichtliche Folgerichtigkeit, daß er von den Arbeitergenossenschaften herkommt. Vor Jahren schon ging unter diesen die Meinung um: Die ersten sozialdemokratischen Minister werden wir stellen. Dem Genossenschaftler wird der Gewerkschaftler und der sozialdemokratische Politiker folgen. Ob morgen oder in Jahr und Tag, ob in gerader Linie oder in Unterbrechungen, hängt von Zeit und Umständen ab. Auch das wird kommen, die Geschichte handelt folgerichtig, selbst wenn sie Sprünge macht. Aber dies alles ist, so interessant und wichtig es auch ist, Nebensache, ebenso wie die anderen Fragen, ob wir ein Ministerium oder ein Kabinett bekommen haben, ob es mehr bureaukratisch oder schon etwas parlamentarisch, ob es eine Fortsetzung oder ein Übergang zu neuen Formen und Methoden des Regierens ist.

Da wir nun doch einmal noch im Krieg stehen, ist das Entscheidende, können und werden die neuen Männer eine offensive[1] Politik treiben oder nicht? Bisher führten wir den Krieg militärisch offensiv, politisch dagegen mit verschwindenden Ausnahmen defensiv[2]. Politisch schrieben uns die Gegner die Gesetze des Handelns vor und beherrschten zugleich die öffentliche Meinung. Nicht bloß im Ausland und bei den Neutralen, auch im Inland hatten wir mehr Anlaß und Gelegenheit, uns mit den Reden und Taten der Herren Lloyd George, Wilson usw., als mit denen unserer obersten Reichsbeamten zu beschäftigen.

Inneres Selbstgefühl und menschenkluge Taktik der Briten und Angloamerikaner, die sich dem lieben Gott näher fühlen als die anderen Menschen, und die zugleich wissen, daß es in Politik und Geschäft keine erfolgreichere Methode gibt, als den Gegner ins Unrecht zu setzen, haben vom ersten Kriegstag an und besonders seitdem Herr Wilson, der mit der selbstsicheren Überlegenheit des Amerikaners gegenüber den außerhalb der Neuen Welt lebenden Vertretern des Menschengeschlechts die Unfehlbarkeit des Professors verbindet, der Vorsitzender des internationalen Gerichtshofes geworden ist, Deutschland auf die Anklagebank gedrängt, um es die ganze Hoffnungslosigkeit und Verderbtheit seiner Sache so recht gründlich selbst empfinden zu lassen. Und wir? Wir haben uns verteidigt, verteidigt, verteidigt, drei Jahre lang. Deshalb war man nicht bloß verblüfft, sondern zornig empört, daß der Reichskanzler Michaelis in seinen „Enthüllungen" das erstemal zum Angriff übergegangen war.

Entscheidend für Geist und Erfolg der neuen Regierung wird sein, ob der Angriff ein glücklicher Zufall oder ein Anfang gewesen ist. Krieg ist Fortsetzung der Politik, er muß deshalb gleichmäßig militärisch und politisch geführt werden. Es ist nicht bloß Sache der Militärs, ebensowohl auch Sache der Staatsmänner und es ist keinerlei Herabsetzung unserer Offiziere draußen und drinnen, sondern die notwendige Er-

[1] offensiv = angreifend. [2] defensiv = verteidigungsweise.

Digitized by Google

gänzung und Entlastung der militärischen Arbeit, wenn unsere Staatsmänner die Zügel der Politik in straffe Hand nehmen. Draußen und drinnen. Auch wenn wir von der Welt bis auf unsere Nachbarländer abgeschnitten sind, können wir aktive auswärtige Politik treiben, jetzt und für später.

Selbst wer nicht während des Krieges ins neutrale Ausland gekommen ist, empfindet und weiß, wieviel besser an Menschen und Mitteln unsere Gegner für den politischen Kampf ausgerüstet sind, mit wieviel größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit, mit welcher Mannigfaltigkeit der Methoden sie ihn gegen uns führen. Wir sollen beileibe nicht noch mehr Propaganda treiben, noch mehr prodeutsche Bücher und Bilder, Redner, Musiker und Schauspieler ins neutrale Ausland senden. Darin ist mehr als genug und gut geschehen. Offensive Politik heißt nicht mehr, sondern anders arbeiten in der Propaganda und — das ist letzthin auch für Umfang und Erfolg der Propaganda entscheidend — in unserer Politik, in der reinen wie in der Wirtschaftspolitik. Offensive Politik heißt zum anderen nicht aggressive[1] Politik gegen die Neutralen. Es ist doch wahrlich keine Redensart, sondern bittere geschichtliche Notwendigkeit, daß wir den Freiheitskampf der Meere und Länder gegen Britanniens Übermacht, die hart und elastisch wie ein Stahlband um die Erde läuft, kämpfen für uns und die andern Völker, die es sich nur in der Stille gestehen, auch wenn sie im Kriegssold Englands stehen. Was sind für Britannien die Schweiz, Holland, Skandinavien, Frankreich, Portugal, Italien, ja ganz Europa? Schachfiguren im Austauschwert von Bauern, allenfalls von Läufer und Pferd im Spiel um die Behauptung und Mehrung der Weltherrschaft. Britannien denkt wirklich in Kontinenten, wir haben den Begriff entdeckt und darüber geredet und geschrieben, und Europa ist für es eine Landbrücke zwischen Asien und Afrika.

Wir, als ein sich dehnender und streckender Mittelstaat, haben stärkstes Interesse an der Kraft und dem Wachsen der anderen Mittel- und Kleinstaaten. Je stärker und widerstandsfähiger Skandinavien, Holland und die Schweiz sind, um so stärker und unangreifbarer sind wir. Welche Flankensicherung für uns wäre ein starkes Belgien gewesen?

Die Ziele einer aktiven auswärtigen Politik werden aber nicht allein durch den Krieg bestimmt. Der Krieg ist doch nur trotz seines Riesenmaßes eine Teilerscheinung. Wir müssen schon jetzt an die Zeiten nach dem Krieg denken. Der Friede darf nicht nur den Krieg abschließen, er muß auch die Grundlagen für unsere auswärtige Politik des nächsten Menschenalters schaffen. Wir müssen uns schon im Krieg darauf vorbereiten, daß unter unseren Feinden von heute die Freunde von morgen sind, mit denen wir gemeinsam Politik machen wollen und müssen.

Politik treiben heißt voraussehen und vorsorgen. Auch drinnen. Auch hier wollen uns die Briten und Angloamerikaner die Gesetze des Handelns vorschreiben, möchten uns „befreien", wie sie unser Wirtschaftsleben einst durch den Freihandel zu befreien

[1] aggressiv = angreifend.

Digitized by Google

vorgaben. Die „Freiheit" gehört von jeher zu den beliebten Exportwaren der Engländer oder vielmehr zu den Marken, mit denen sie ihre Ausfuhr in Waren und Ideen ausgestattet haben.

Die „Demokratisierung" unserer Verfassung und des preußischen Wahlrechts muß und wird kommen, weil moderne Großstaaten mit ihren breiten zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht und zu politischem Machtbewußtsein emporgewachsenen Klassen der Bürger und Arbeiter gar nicht anders organisiert und regiert werden können. Wir wollen das aber nicht als amerikanisches oder britisches Ausfuhrgut uns von außen aufdrängen lassen oder nachmachen, sondern nach eigenem Willen und Rezept in Fortführung deutscher Entwickelung durchführen. Das sollten sowohl Herr Wilson und der Lloyd Protektor George, die ins modern demokratische übersetzte Kopie des puritanischen Lord Protektor Cromwell, sich gesagt sein lassen, wie es sich mancher deutsche Rufer im Streit selbst sagen sollte, — ein anderes wäre würdelos und dumm zugleich.

In welchem Umfang, in welchem Zeitmaß und auf welchem Gebiete sich diese Demokratisierung vollziehen wird, läßt sich weder am Studiertisch, noch am Redaktionstisch — sie sind nicht minder staubig grün als die Regierungstische — ausklügeln, ist von Zeit und Umständen, von den gegenseitigen Kräfteverhältnissen, vor allem aber von der politischen Gesamtlage abhängig. Mitte der 90er Jahre hat ein so kluger Politiker wie Herr v. Kardorff an eine Revision des Reichstagswahlrechts gedacht, die uns heute wie eine Historie aus Urgroßväterzeit anmutet. Vor dem Krieg, ja vielleicht noch im vorigen Jahr, wäre ein Entwurf, der in Preußen das indirekte Wahlverfahren und die Klasseneinteilung beseitigt, aber Pluralstimmen enthalten hätte, als ein großer Fortschritt begrüßt und auch von der Sozialdemokratie mit der Begründung, eine Abschlagszahlung darin zu sehen, zwar nicht angenommen, aber anerkannt worden. Verfassung und Wahlrechtsfragen sind nur ein Teil der allgemeinen Politik. Sie sind die ragenden Zeichen der politischen Lage und Entwickelung.

Es handelt sich heute um mehr als um die Frage, ob dieser oder jener Mann Reichskanzler ist, ob diese oder jene Partei unter irgendeinem Wahlrecht Aussicht hat, ihre Sitze zu behalten, zu vermehren oder zu verlieren. Es geht um das Ganze, um Leben und Gedeihen unserer Kinder und Kindeskinder. Es geht um das Schicksal der Welt. Der Krieg ist von dem letzten Mann im Volk in dieser ganzen geschichtlichen Verantwortung vom ersten Tag an empfunden worden, und das lebt noch trotz Nörgelei, Hamsterei und Streiterei im tiefsten Grunde eines jeden. Wir haben es nicht so einfach und bequem wie die anderen großen Weltvölker, gleichsam in großen mathematisch-geographischen Linien die Ziele der Entwickelung vor uns zu sehen, und doch läßt sich wenigstens der Krieg auch für uns auf eine einfache Formel bringen, auf entweder und oder. Entweder wir siegen. Dann wird Britanniens Übermacht, die wuchtend auf allen Ländern liegt, zu Ende sein. Oder wir unterliegen. Dann ist nicht bloß Deutschland aus der Weltgeschichte gestrichen, Europa nur noch ein geographischer

Digitized by Google

Begriff, dann sind alle Länder, auch die heutigen Bundesgenossen Englands, Wachs in den Händen Großbritanniens, Objekte seines Willens.

Diesem Entweder und Oder hat alles zu dienen, jeder einzelne im Volk, aber auch jede staatliche Einrichtung, ob sie Eisenbahn heißt oder Wahlrecht. Verfassungsfragen haben das Unleidliche, daß sie von Freund und Feind überschätzt werden, daß noch mehr als auf den anderen Gebieten des politischen Kampfes mit Prinzipien, Konstruktionen[1], Illusionen[2] und Sentimentalitäten[3] gekämpft wird — alles Produkte einer überwiegend literarisch gerichteten politischen Erziehung, die wir leider nicht, wie unsere Glocken von den Glockenstühlen unserer Gedanken herabzunehmen und im Tiegel des Krieges zu zweckmäßigen Dingen, die zu sachlichem Denken und Handeln geeignet sind, einzuschmelzen gewillt sind. Es wäre schlimm um den preußischen Staat bestellt, wenn das gegenwärtige preußische Wahlrecht ein Eckpfeiler seines Daseins wäre. Das gilt auch nicht für das Preußentum, nicht einmal für dessen politische Führerschicht, für das mit spöttisch-ingrimmischer Achtung bezeichnete und bekämpfte Junkertum. Sie haben viel tiefere und lebendigere Wurzeln ihrer politischen Kraft. Mit jedem Wahlrecht kann der preußische Staat bestehen, unter jedem Wahlrecht das Preußentum und das Junkertum ebenso seinen politischen Einfluß geltend machen, wie mit jedem Wahlrecht ein Staatsmann regieren kann. Im einen Fall bequemer, im anderen aufreibender. Bismarck hat mit dem preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag gekämpft und gearbeitet, aber kein Kampf ist ihm sachlich und menschlich so nahe gegangen und schwer geworden, wie der Konflikt mit seinen früheren konservativen Freunden.

In dem Zank um das Wahlrecht, in dem Ausklügeln von Wahlsystemen, die die höchste Gerechtigkeit oder die mindeste Gefahr einer möglicherweise zu weit getriebenen Demokratie verwirklichen sollen, kommt das Elementare, Einfache der Verfassungs- und Wahlrechtsfragen nicht zu seinem Recht. Ein Volk denkt und empfindet seine Geschichte nur in wenigen großen Linien und Ereignissen, Einzelheiten überläßt er den Fachleuten und Gelehrten.

So freudig und sicher es sich im großen Fluß der Geschehnisse tragen läßt, so unmutig und verwirrend wirkt auf Geist und Stimmung ein Kleinkram von Forderungen und Versprechungen. In einfachen Formeln müssen sie ihm dargeboten werden, die den Gedanken die einheitliche Richtung geben und zugleich der Phantasie freien Spielraum lassen. Sie müssen schlagwortartig und gegenständlich wie ein wirkungsvolles Reklamebild gefaßt sein. Das wissen und üben die großen politischen Regisseure über dem Kanal und über dem Meer. Unsere Vettern verstehen etwas von Massenpsychologie, während sie unseren Beamten meist eine völlig fremde und dunkle Wissenschaft ist, und doch ist im gewissen Sinne Psychologie[4] die Staatswissenschaft und ist Politik nichts anderes als angewandte Psychologie.

[1] Konstruktion = Aufbau. [2] Illusion = Trug, Wahn. [3] Sentimentalität = Empfindsamkeit. [4] Psychologie = Seelenkunde.

Digitized by Google

Das Volk dürstet im Krieg nach gewaltigen und unerhörten Erlebnissen. Die großen, packenden, durch die Erfolge von Gefangenen und Kriegsmaterial sinnfälligen Kriegsereignisse spielen sich seit Jahr und Tag auf den fernen Kriegsschauplätzen des Ostens ab; die stille, gewaltige militärische Leistung des Verteidigungskrieges erfordert ein ganz anderes Verstehen. Die meisten begnügen sich mit der zuversichtlichen Gewißheit: die Mauer hält. Im Innern wurden alle großen beherrschenden Fragen behutsam zur Wahrung des Burgfriedens bis nach dem Krieg vertagt. Kein Wunder, daß die Stimmung im Innern sich zerfaserte, daß die Sorgen des Alltags sich breit machten und daß der Streit nicht um große Dinge ging, sondern sich in kleinlichem Klatsch und Tratsch und Besserwisserei verlor. Ein Volk lebt wahrlich nicht von Brot und Kartoffeln allein, sondern es braucht große, politische Fragen, es braucht Kampf um hohe Dinge. Die Regierung stelle nur dem Volk große Aufgaben, es wird ihnen gewachsen sein. Und wenn dann auch im Innern in Wort und Schrift gekämpft werden wird, so wird es Nerven und Stimmung weniger zermürben, als der widerwärtige Zank um Hamsterer und Wucherer, um Kohlköpfe und Kriegsmus. Dagegen halfen weder schöne Reden noch gutgemeinte Aufklärungsartikel, sondern es gibt nur das eine: eine aktive innere Politik, die unserem Verfassungsleben und unserer Verwaltung neue Ziele setzt. Beides gehört zusammen. Die Verhältnisse unserer Verwaltung schrien schon vor dem Krieg nach einer grundlegenden Reform im Reich und in den Einzelstaaten. Der Krieg hat unsere Verwaltung in allen ihren Teilen der gewaltigsten Belastungsprobe unterworfen. Gerade wenn wir die Form unserer Verfassung demokratischer gestalten, müssen wir unsere Verwaltung um so einfacher, in sich fester und kleiner aufbauen. Einem starken Parlament muß eine starke, leistungsfähige Verwaltung gegenüberstehen. Es ist eine durch nichts bewiesene Behauptung, daß das parlamentarische System freier von Bureaukratie sei. Alle Tatsachen sprechen vielmehr dafür, daß unter dem Parlamentarismus die Bureaukratie erst recht herrschen wird. Es ist geradezu die Schicksalsfrage der Demokratie, ihre politischen Grundsätze mit den Grundbedingungen einer rasch entscheidenden, sparsam arbeitenden, verantwortungsfrohen Verwaltung in Einklang zu bringen. Der aufgeklärte Despotismus war die beste Verwaltungsform, aber nur möglich und erträglich bei einem wirklich aufgeklärten Herrscher im staatlichen Klein- und Mittelbetriebe, dessen Bürger sich noch als Untertanen empfanden. Wir sind heute ein staatlicher Großbetrieb und unsere Staatsverwaltung ist zum wichtigen Teile organisiert und arbeitet nach Methoden und mit Hilfsmitteln, die aus Zeiten stammen, in denen die Staatsverwaltung eine fürstliche Hof-, Domänen- und Gutsverwaltung war. Unmittelbar vor dem Krieg ist ein Buch „Eine Schicksalsstunde des preußischen Staates", Betrachtungen zur Neuordnung der preußischen Verwaltung von Borussius erschienen. Das Buch ist durch den Krieg zu Unrecht vergessen. Der Verfasser, allem Anschein nach ein preußischer Regierungspräsident, sieht die Ursache für den Niedergang unserer Verwaltung, das Mißverhältnis zwischen tat-

Digitized by Google

sächlicher Minderung des Einflusses, Steigerung des Anspruches und der Vorstellung der Verwaltungsmacht darin, daß fortschreitend die Persönlichkeit des Beamten zurückgedrängt worden ist. Seine Forderung ist daher, daß die Verwaltung dem Mann im Verwaltungsbeamten Freiheit und Freude des Wirkens wieder verleihe, damit er wieder „fritzisch" regiere. „Fritzisch" konnten im staatlichen Kleinbetrieb Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große regieren, sie konnten noch das größte wie das kleinste in ihrem Staate bearbeiten, Weltpolitik treiben und gleich darauf sich um die Sporteln des Rentamtmanns von Küstrin oder um den Lebenswandel des Garnisonzimmermanns in Ruppin kümmern. „Fritzisch" kann heute nur noch der eine oder andere treffliche Landrat, der ungekrönte Landesvater seines Kreises, regieren, schon ein Oberpräsident kann's nicht mehr, geschweige ein Minister, dafür sorgen schon die Parlamente und die „Gazetten"[1], der Umfang der Geschäfte und schließlich der Umstand, daß die Staatsbürger doch nicht mehr Untertanen sind. Auch im Großbetrieb ist Platz für Persönlichkeiten und Männer, auch wenn nicht mehr „fritzisch" regiert werden kann. Sie müssen nur an die richtigen, d. h. entscheidenden Posten kommen, und zwar rechtzeitig in den Jahren der Kraft. Ein großer Beamtenkörper kann nicht aus lauter oder auch nur aus einer Mehrzahl hervorragender Personen bestehen, er darf es gar nicht. Das sprengte den ganzen Verwaltungsapparat auseinander, dagegen wäre eine Verwaltung aus lauter mäßig begabten Beamten noch vorzuziehen. Wir müssen unsere Verwaltung modernisieren und vereinfachen, in ihren Arbeitsgebieten, in ihrer Arbeitsweise und ihren Arbeitsmitteln.

Hand in Hand damit müssen wir unseren Beamtenkörper verjüngen und anders vorbilden, und zwar nicht erst und nicht allein in der Universität, wir müssen vor allem die Amtsarbeit selbst, die wichtigste Ausbildungsgelegenheit für den Beamten, kompetenzmäßig[2] und ressortmäßig[3] so gestalten, daß die leitenden Beamten weder in der Schreibarbeit aufgehen, noch in dem Kampf des Ressorts und in der Rücksicht auf Kollegialabstimmungen und in der Furcht der Vorgesetzten Last und Freiheit zur Initiative[4] verlieren, allem „sympathisch gegenüber steht vorbehaltlich der Entscheidung des Herrn Chefs", sondern Männer bleiben mit Verantwortung und Verantwortlichkeitsgefühl, die mitten im Fluß des Lebens stehend das Leben meistern. Wir müssen zum anderen, und das ist die neue, große und sachliche Aufgabe, die Brücken schlagen von der Verwaltung des Staates und der Gemeinden zu den großen im Freien aufgewachsenen Selbstverwaltungskörpern der Industrie, des Handels, der Arbeiterschaft und der freien Wohlfahrtsarbeit. Wie die Verwaltungs- und Städtereform vor 100 Jahren dem Staate die Kräfte der städtischen Selbstverwaltung erschlossen und zugeführt hat, so gilt es heute entsprechend den gewaltig gewachsenen Aufgaben des Staates und der Gesellschaft, neue Organe zu schaffen. Das vermag die Zwangsverwaltung des Staates nicht für sich, dafür fehlt es ihr an Menschen und Mitteln,

[1] Gazette = Zeitung. [2] Kompetenz = Zuständigkeit, Geschäftskreis. [3] ressortmäßig = amtszuständig. [4] Initiative = Entschlußkraft.

Digitized by Google

dafür ist ihre Arbeitsweise aus notwendigen Gründen zu schwerfällig und hart, deshalb müssen hierzu die freien Organisationen herangezogen und einbezogen werden.

Ob wir ein Ministerium oder ein Kabinett haben, gleichviel? was not tut ist, daß wir eine Regierung haben, die nicht die Verwaltung recht und schlecht führt, sondern die in Wahrheit regiert, draußen den Gegnern die Gesetze des Handelns, drinnen dem Volk die Gesetze des Denkens vorschreibt, die an sich und an das Volk glaubt und die den Mut zur Verantwortung und Tat besitzt.

Finnland und wir

Von Harald Walter

Der offene Bruch zwischen der russischen Interimsregierung und dem finnischen Landtag ist eingetreten: der Landtag weigert sich, seine von Petersburg verhängte Auflösung anzuerkennen.

Das formale Recht muß bei diesem Konflikt ganz auf finnländischer Seite sein. Denn es ist juristisch ein Unding, die Befugnisse, die die ehemaligen Zaren als Großfürsten von Finnland hatten, auf eine russische Behörde übertragen zu wollen.

Wichtiger als die Klarstellung des juristischen Sachverhalts erscheinen mir die politischen Folgerungen, die wir aus dem mannhaften Verhalten Finnlands zu ziehen haben.

Von Beginn des Krieges an hat Finnland sich auf die Seite der Mittelmächte gestellt. Und zwar nicht nur in seinen Gefühlen und gelegentlichen Äußerungen der Presse und führender Persönlichkeiten, sondern auch in offen feindseligem, ja militärischem Vorgehen gegen Rußland. Eine nähere Erörterung dieses letzten Punktes ist gegenwärtig, wo Finnland von russischem Militär besetzt ist, selbstverständlich unmöglich. Für das, was wir zu tun haben, genügt aber die den leitenden politischen und militärischen Stellen bekannte Tatsache.

Unsere Aufgabe muß es aber jetzt sein, dem Verlangen der Finnländer nach Unabhängigkeit auf jede Weise mit Wort und Tat zu sekundieren! Wir müssen es — sowohl die Regierung wie auch die Presse — immer wieder bei jeder passenden Gelegenheit betonen, daß unsere Interessen Rußland gegenüber mit denen Finnlands solidarisch sind, daß wir es nicht dulden dürfen, daß das hochkultivierte, europäisch denkende Volk an den östlichen Gestaden des Baltischen Meeres dem Druck des tatarisch-moskowitischen Großrussentums zum Opfer fällt. Eine derartige Propaganda[1] würde den Tendenzen[2] aller, auch unserer linksstehenden, Blätter entsprechen, denn sie — und in analoger[3] Weise die Mehrheitsparteien im Reichstag — haben klar und deutlich festgestellt, daß das deutsche Volk einen „Frieden der Vergewaltigungen" ablehnt ... Und einen Frieden der bittersten Vergewaltigung schlössen wir ab, wollten wir ruhig zusehen, wie Finnland vom brutalen Großrussentum zu Boden geworfen und entnationalisiert würde!

[1] Propaganda = Werbung. [2] Tendenz = Streben, Neigung. [3] analog = entsprechend.

Digitized by Google

Aber noch um anderer Gründe willen ist es von höchstem Interesse für uns, daß Finnland sich gegen Moskau siegreich durchsetzt.

Es handelt sich um nichts weniger, als um das Problem unserer Behauptung in der Ostsee.

Immer von neuem gehen schon seit geraumer Zeit Nachrichten durch die Presse der am Ostseeproblem interessierten kriegführenden und neutralen Länder, die mehr oder weniger offen zugeben, daß England mit gewohnter Energie — und mit Erfolg — bemüht ist, unter Ausnutzung der inneren Wirren im Russischen Reich die Herrschaft über die Ostsee an sich zu reißen.

Eine wirtschaftliche Durchdringung Estlands — durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit England, durch Aufkauf von weiten Landstrecken durch englische Agenten — die Besetzung des Revaler Kriegshafens, der Ålandsinseln, der Marineflugstationen auf Ösel, ja die Pachtung oder anderweitige Besitzergreifung der Halbinsel Sworbe auf Ösel zwecks Anlage einer großen Seefestung seitens England — letzteres eine direkte Bedrohung Kurlands und des Zugangs zum ganzen Rigaschen Meerbusen — alles das wird, ohne daß eine nur einigermaßen klare Ableugnung seitens Petersburgs erfolgt, offen besprochen.

Setzt England diese Pläne durch, ohne daß von uns unzweideutige Gegenmaßnahmen getroffen werden — und daß es sie bei der erstaunlichen Gleichgültigkeit, die bei uns gegenüber den uns wahrhaftig lebenswichtigen Machtfragen in der Ostsee herrscht, durchsetzen wird, scheint mir sehr wahrscheinlich zu sein —, dann sehen wir uns bei Kriegsende einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Umklammerung gegenüber, die auch durch eine größere Bewegungsfreiheit im Nordseegebiet niemals wettgemacht werden würde. Denn neben der ständigen Gefahr, die uns von Osten her drohen würde, wäre bei einer solchen Ostseestellung Englands, wie jetzt Norwegen, dann auch Schweden, außerstande, eine nur halbwegs selbständige Politik zwischen den Großmächtegruppen zu vertreten. Schweden würde dem übermächtigen englischen Druck unbedingt folgen müssen und langsam, aber sicher dem Schicksal einer „Portugalisierung" verfallen. Und — für uns wäre die Ostsee ein mare clausum[1].

Um diese nicht mehr hypothetische, sondern uns in greifbarer Nähe drohende Gefahr zu einem wenigstens erträglichen Maße herabzudrücken, scheint mir ein unabhängiges, anti-russisch und damit anti-britisch orientiertes Finnland die beste Gewähr zu bieten. Ein solches Finnland wäre ein direkter Schutzwall für Schweden gegen die von Osten drohende Gefahr, der es ihm ermöglichen würde, seine politische Mittelstellung aufrechtzuerhalten, und für uns würde es die Bedeutung eines militärgeographischen Brückenkopfs gegenüber der übermächtigen Stellung England—Rußland haben. Wie eine mitteleuropäische Zange würde Schweden—Finnland mit seiner strategisch günstigen Grenze zum russischen Gebiet drohend auf Petersburg

[1] mare clausum = geschlossenes Meer.

Digitized by Google

weisen und würde die zentrale Ostseestellung, die Großbritannien einzunehmen im Begriffe steht, uns im Rücken bedrohen können, — — wenn wir es wirklich versäumen sollten, Livland und Estland nebst den vorgelagerten Inseln militärisch, politisch und wirtschaftlich an den mitteleuropäischen Block zu binden.

Um aber ein solches Resultat zu erreichen, dazu bedarf es eines energischen, zielbewußten Auftretens unserer Staatsmänner und unserer Presse in dieser Richtung — als Rückenstärkung für den finnländischen Widerstand gegenüber dem Großrussentum und als Aufklärung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit.

Die deutsche Kriegsfinanzpolitik

Von Dr. Kuczynski

In den letzten Friedensjahren herrschten in kaufmännischen Kreisen vielfach sehr merkwürdige Anschauungen über die Finanzierung eines etwaigen Krieges. Am 22. Juni 1911 erklärte der Direktor der Deutschen Bank, Herr von Gwinner, im Preußischen Herrenhause, „Anleihen müsse man im Frieden machen, solange man nämlich borgen kann und für die Anleihen einen guten Preis bekommt. Kriege, wenigstens moderne, können nur geführt werden mit Steuern und Papiergeld, mit Anleihen nicht. Ich wüßte nicht, wer uns große Milliardenanleihen dann geben sollte?"

Die Praxis hat, wie so oft, dem Praktiker Unrecht gegeben. Keine der kriegführenden Mächte hat das von Herrn v. Gwinner als einzige Möglichkeit bezeichnete Verfahren gewählt. Die deutsche Regierung insbesondere ging von vornherein andere Wege. In der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 4. August 1914 ließ sie sich einen Anleihekredit von 5 Milliarden Mark bewilligen, und am 9. September erschien in 2800 Zeitungen das Inserat des Reichsbank-Direktoriums, das zu Zeichnungen auf die erste Kriegsanleihe aufforderte. Da der Kurswert der 4 prozentigen Reichsanleihen damals 94 bis 95 betrug, lag es nahe, als Zinsfuß $4\frac{1}{2}$ Proz. zu wählen. Um jedoch der neuen Anleihe einen starken Erfolg zu sichern, entschied sich Schatzsekretär Kühn für einen Zinsfuß von 5 Proz. Seine Erwartungen wurden noch übertroffen. Die Gesamtsumme aller Zeichnungen belief sich auf 4481 Millionen Mark. Der Direktor der Deutschen Bank, Karl Helfferich, erklärte damals im Bank-Archiv: „Es darf hier ausgesprochen werden, daß der erzielte Betrag etwa doppelt so groß ist wie die Summe, auf die als Ergebnis der ersten Kriegsanleihe an den maßgebenden Stellen gerechnet wurde ... Der vom deutschen Volke aufgebrachte Betrag enthebt die deutsche Regierung bis weit in das kommende Jahr hinein der Sorge um die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel ... Für einen Krieg, der bis ins nächste Frühjahr hinein dauert, ist also der Geldbedarf des Deutschen Reiches gedeckt."

Wie die maßgebenden Stellen den Ertrag der Anleihe unterschätzt hatten, so überschätzte Helfferich ihre Reichweite. Tatsächlich konnten daraus neben der Tilgung der

Digitized by Google

bei der Reichsbank diskontierten Schatzwechsel und sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten die Kriegsausgaben nur bis in den Dezember bestritten werden. Dann griff man wieder zu kurzfristigen Kreditaufnahmen in Form von Schatzwechseln und Anweisungen. Bei der zunehmenden Verteuerung der Kriegführung nahmen diese rasch zu, und schon am 26. Februar 1915 legte die Reichsregierung eine zweite Kriegsanleihe auf, um damit die Mittel zur Rückzahlung der schwebenden Schuld und zur Fortführung des Krieges zu gewinnen. (Vergl. Eheberg, Die Kriegsfinanzen, 2. Auflage, S. 24 f.) Der Erfolg war außerordentlich groß. Die Gesamtsumme aller Zeichnungen betrug 9103 Millionen Mark.

Inzwischen war Staatssekretär Kühn am 31. Januar 1915 aus dem Reichsschatzamt geschieden. Sein Nachfolger wurde Karl Helfferich. Selten ist wohl die Ernennung eines Staatssekretärs oder Ministers in Deutschland mit so allgemeiner Freude begrüßt worden wie die des neuen Schatzsekretärs. Seine ungewöhnliche Laufbahn — Privatdozent, Legationsrat, Bahndirektor, Bankdirektor — seine vielseitige Erfahrung im Inland und Ausland, seine ausgezeichnete theoretische und praktische Schulung in Finanzfragen ließen ihn als den Mann erscheinen, der mehr als jeder andere berufen war, die deutsche Kriegsfinanzwirtschaft auf eine gesunde Grundlage zu stellen und die Reichsfinanzreform für die Friedenszeit durchzuführen. Daß er nicht an der Tradition[1] kleben, daß er auch neuen Gedanken zugänglich sein würde, dafür bürgte seine Vorurteilslosigkeit. Hatte er, der gewohnt war, sich nur in den angesehensten wirtschaftlichen Unternehmungen zu betätigen, es doch nicht verschmäht, den Vorsitz im Aufsichtsrat der unseligen Tempelhofer Feld-A.-G. zu übernehmen, hatte er, der sich durch seine geldtheoretischen und handelspolitischen Schriften einen guten Namen als Nationalökonom gemacht, doch den Mut gehabt, eine von Fehlern strotzende politische Festschrift über Deutschlands Volkswohlstand mit eben diesem Namen zu decken. Wer indes von dem neuen Schatzsekretär alsbald eine neue Finanzpolitik erwartete, sah sich enttäuscht. In der Rede, mit der er sich am 10. März 1915 dem Reichstage vorstellte, erklärte er:

„Die Mittel der Finanzierung eines modernen Krieges sind im wesentlichen die folgenden: Erstens die Aufnahme von Anleihen, zweitens die Inanspruchnahme der Noten- und Papiergeldpresse, drittens die Verminderung von Ausgaben und Kriegssteuern.

... Die verbündeten Regierungen ... haben geglaubt, dem Lande das Tragen der ohnedies schweren Kriegslasten nicht durch neue Steuern oder Steuererhöhungen noch schwerer machen zu sollen, solange aus der Gestaltung des ordentlichen Reichshaushaltes heraus eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt. Sie sind in dieser Stellungnahme durch die Tatsache bestärkt worden, daß auch die schärfste Steuermaßnahme nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben würde decken können, daß überdies der gegenwärtige Krieg nicht nur für die Gegenwart, sondern vor allem

[1] Tradition = Überlieferung.

Digitized by Google

für unsere Zukunft geführt wird, und daß wir an der Hoffnung festhalten, die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg beim Friedenschluß unseren Gegnern präsentieren zu können.

Wie die Dinge in diesem großen Kriege liegen, werden also die Kosten so gut wie ausschließlich durch Anleihe und durch Noten- und Papiergeldausgabe — beides geht ja bis zu einem gewissen Grad ineinander über — aufgebracht werden müssen."

Bei seiner Reichstagsrede zur dritten Kriegsanleihe am 20. August 1915 vertrat er den gleichen Standpunkt: „Wir wollen während des Krieges die gewaltigen Lasten, die unser Volk trägt, nicht durch Steuern erhöhen, solange hierfür keine zwingende Notwendigkeit vorliegt." Zu der damals von der öffentlichen Meinung allgemein geforderten Kriegsgewinnsteuer bemerkte er: „Wir sind auch der Ansicht, daß die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluß des Krieges stattfinden kann." „Wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluß und auf die Friedenszeit . . . Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir."

Inzwischen waren die Kriegsausgaben ungeheuer angeschwollen. Im August und Dezember 1914 waren je fünf Milliarden Kredit, im März, August und Dezember 1915 je 10 Milliarden, im ganzen also 40 Milliarden bewilligt worden. Dem standen aus den Kriegsanleihen rund 25 Milliarden Einnahmen gegenüber. Die Reichseinkünfte aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern aber gingen dauernd zurück. Der Wert der Mark im neutralen Ausland sank bis Ende 1915 auf 75 Pfennig. Und selbst zu dem niedrigen Kurse blieb die auswärtige Nachfrage nach deutscher Kriegsanleihe gering. Der weitere Verzicht auf neue Steuern und die ausschließliche Deckung der Kriegskosten durch Anleihen, Noten und Papiergeld mit der Hoffnung auf spätere Kriegsentschädigung bedeutete eine ernste Gefährdung der Kreditwürdigkeit des Reiches. Dem konnte sich auch die Regierung nicht länger verschließen. In seiner Reichstagsrede zur vierten Kriegsanleihe vom 16. März 1916 erklärte Staatssekretär Helfferich: Die Möglichkeit, „unseren ordentlichen Etat einschließlich des Schuldendienstes auch ohne neue Einnahmen zu balanzieren, . . . war, als ich vor einem Jahre hier sprach, noch gegeben. Heute ist sie es nicht mehr, und hieraus haben wir die Konsequenzen zu ziehen."

Er hat diese Konsequenzen *nicht* gezogen. Wohl erklärte er ausdrücklich: „Wir können von unserem Volke, das jetzt zum viertenmal in Vaterlandsliebe und Vertrauen seine Sparpfennige dem Reiche darbietet, wir können von unserem Volke nicht die Milliardenbeträge der Anleihen verlangen und annehmen, wenn wir nicht rechtzeitig Vorsorge treffen, um die Verzinsung sicher zu stellen." Was er aber vom Reichstag forderte, war neben einer *einmaligen* Kriegsgewinnsteuer, die nach seiner Schätzung

Digitized by Google

nur eine Milliarde „erheblich überschreiten" sollte, ein Strauß kleiner Steuern, die ½ Milliarde liefern und bestenfalls die Ausfälle in den Zöllen und Verbrauchs- und Verkehrssteuern decken konnten. Am 22. Mai 1916 übernahm er das Reichsamt des Innern. Als Schatzsekretär hatte er in konsequenter Verfolgung der Finanzpolitik seines Vorgängers drei fünfprozentige Kriegsanleihen herausgebracht und — dank der Zeichnungswilligkeit der Bevölkerung, der hervorragenden Werbetätigkeit der Reichsbank und seiner eigenen großen Erfahrung in der Emissionstechnik — die fabelhafte Summe von insgesamt 31 Milliarden erzielt. Aber während gleichzeitig in England und anderwärts der Zinsendienst der Kriegsschulden durch eine energische Steuerpolitik gesichert wurde, zahlte das Deutsche Reich seine Schuldzinsen mittels neuer Anleihen. Als Helfferich das Reichsschatzamt am 1. Juni 1916 — 22 Monate nach Kriegsausbruch — verließ, war noch keine einzige neue Steuer bewilligt. Und doch erklärte er am 24. Mai im Reichstag: „Erleichtert wird mir der Abschied durch das Bewußtsein, daß unsere finanzielle Kriegführung sich in gesicherten Bahnen bewegt."

Inzwischen hatte sich der Reichstag sehr eingehend mit den Steuervorlagen beschäftigt. Aus der Kriegsgewinnsteuer schied er die Besteuerung des Mehreinkommens von Privatpersonen aus, den Quittungsstempel verwarf er gänzlich und ersetzte ihn durch eine Warenumsatzsteuer, die Erhöhung der Tabakabgaben, den Zuschlag zu den Postgebühren und den Ausbau des Frachturkundenstempels nahm er mit Änderungen in Einzelheiten an. Mögen nun die Regierungsvorlagen durch den Reichstag verbessert oder verschlechtert worden sein, in jedem Falle gebührt ihm das Verdienst, daß die neuen Steuern mit jährlich 650 Millionen statt wie ursprünglich mit 500 Millionen zu veranschlagen waren. Die dritte Lesung fand am 5. Juni statt, vier Tage, nachdem der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Graf von Roedern, das Reichsschatzamt übernommen hatte.

Graf von Roedern ist jetzt fast ebenso lange im Reichsschatzamt, wie es Helfferich war, als er das Reichsamt des Innern übernahm, aber auch er hat einstweilen keine neuen Wege beschritten. Er hat zwei weitere Anleihen herausgebracht, die zusammen annähernd 24 Milliarden geliefert haben; er hat dem Reichstage drei Steuervorlagen gemacht und alle drei, den Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, die Kohlensteuer und die Eisenbahnsteuer mit geringen Änderungen bewilligt erhalten. Aber bis heute ist dem Reiche kein Pfennig aus diesen Steuern zugeflossen, wie ja auch noch heute, nach drei Kriegsjahren, die Kriegsgewinnsteuer selbst nicht gezahlt ist. Überdies handelt es sich bei dem Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, der 450 Millionen erbringen soll, wiederum um eine einmalige Abgabe, und die 800 Millionen, die jährlich von Kohlensteuer und Eisenbahnsteuer erwartet werden, fallen zu einem großen Teile dem Reiche in den Preisen für das Kriegsmaterial und in den Beförderungskosten militärischer Güter zur Last, die Kohlensteuer teilweise auch den staatlichen und städtischen Betrieben.

Die glänzenden Erfolge unserer Anleihen, die alles, was unsere Bundesgenossen und

Digitized by Google

unsere Gegner auf diesem Gebiete geleistet haben, weit in den Schatten stellen, haben unsern Blick für andere, nicht minder wichtige Aufgaben der Kriegsfinanzpolitik getrübt. Es ist dringend notwendig, daß wir wieder zur Besinnung kommen und den Tatsachen nüchtern ins Auge sehen. Die Steuereinnahmen des Reichs, die im letzten Friedensjahre reichlich 2 Milliarden betrugen, waren in den beiden ersten Kriegsjahren wesentlich geringer und im dritten Kriegsjahre jedenfalls nicht höher. Wir haben nicht nur die Kosten der Kriegführung aus Anleihen bestritten, es fehlen uns auch die laufenden Einnahmen, aus denen wir die Zinsen dieser Anleihen und die Renten der Kriegsbeschädigten, die wir ja beide auf die Dauer aus laufenden Einnahmen decken müssen, zahlen könnten. In anderen Ländern hat man anders vorgesorgt. England z. B. hat bereits im November 1914 seine Einkommensteuer erhöht, ebenso die Biersteuer und den Teezoll. Im September 1915 erhöhte es abermals die Einkommensteuer, die Zölle auf Zucker, Tee, Tabak, Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Früchte, Motorspiritus und Patentmedizinen, ferner die Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, legte einen hohen Wertzoll auf Autos, Films, Uhren, Musikinstrumente, Spiegelglas, Hüte und führte eine scharfe Kriegsgewinnsteuer ein. Im April 1916 erhöhte es zum dritten Male die Einkommensteuer, ferner die Kriegsgewinnsteuer und die Steuern bezw. Zölle auf Zucker, Kakao, Kaffee, Zichorie und auf Automobile. Neu eingeführt wurden eine Lustbarkeitssteuer, eine Fahrkartensteuer, eine Zündholzsteuer und eine Steuer auf Mineralwasser und Obstwein. Im Mai 1917 erhöhte es die Kriegsgewinnsteuer, die Tabaksteuer und die Lustbarkeitssteuer. Die Einkommensteuer, die im Frieden bei 300 Pfund 2,3 Proz. betragen hatte, stieg am 1. Dezember 1914 auf 3,1 Proz., am 1. Mai 1915 auf 4,7 Proz., am 1. Dezember 1915 auf 6,7 Proz. und am 1. Mai 1916 auf 9,9 Proz. Gleichzeitig stieg der Steuersatz bei einem Einkommen von 5000 Pfund von 7,8 auf 28,1 Proz., bei einem Einkommen von 100000 Pfund von 12,6 auf 41,5 Proz. (Vergl. Eheberg S. 142 ff.) Von 1913/14 bis 1916/17 stiegen die Einnahmen aus der Einkommensteuer von 47 auf 205 Millionen Pfund, aus den Zöllen von 35 auf 71 Millionen Pfund. Die Kriegsgewinnsteuer erbrachte 1916/17: 140 Millionen Pfund. Für das Rechnungsjahr 1917/18 aber sind veranschlagt bei der Einkommensteuer 224 Millionen Pfund, bei der Kriegsgewinnsteuer 200 Millionen Pfund. Während die Steuereinnahmen des Deutschen Reiches sanken, erhöhte England seine Steuereinnahmen von 163 Millionen Pfund im Jahre 1913/14 auf 189 Millionen im Jahre 1914/15, 290 Millionen im Jahre 1915/16 und 514 Millionen im Jahre 1916/17. Für 1917/18 sind sogar 570 Millionen veranschlagt. England würde danach für die vier Jahre 1914/15 bis 1917/18 gegenüber 1913/14 ein Mehr von 18 Milliarden Mark erzielen, das Deutsche Reich (einschließlich Kriegsgewinnsteuer und Kriegsgewinnsteuerzuschlag) ein Mehr von 1½ Milliarden Mark. In England würde jedermann ausgelacht, der behaupten wollte, England könne die Zinsen seiner Kriegskosten und die Renten an

Digitized by Google

seine Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht ohne fremde Hilfe, d. h. nicht ohne Kriegsentschädigung aufbringen. Denn die erforderlichen Summen gehen ja dort schon heute tatsächlich ein. Bei uns aber erheben sich tagtäglich Stimmen, die versichern, wir seien dazu nicht imstande. Männer, die im allgemeinen durchaus nicht kleinmütig sind und unsere militärische Lage und unsere außerpolitischen Möglichkeiten sehr zuversichtlich beurteilen — Graf Reventlow, Prinz Friedrich zu Löwenstein, Freiherr von Kerckerinck-Borg, Bezirksamtsassessor Fischer, Riedt — betonen immer wieder in Reden, in Zeitungsaufsätzen, in Flugschriften, daß wir unsere Verpflichtungen aus eigener Kraft nicht erfüllen können. Darf man sich da wundern, wenn die deutsche Mark im neutralen Auslande nur mit 50 Pfennig bewertet wird, wenn unsere Kriegsanleihen im neutralen Ausland zu halben Preisen keine Käufer finden?

Unsere Kriegsfinanzwirtschaft ist nicht wie sie sein sollte. Sie war ebenso glänzend vorbereitet wie die militärische Mobilmachung und hat zunächst ebenso wie jene weit besser funktioniert als bei unseren Gegnern. Wenn dann aber der Erfolg unserer Obersten Heeresleitung treu geblieben ist, so lag dies nicht zuletzt daran, daß diese im großen wie im kleinen bestrebt war, von unseren Gegnern zu lernen. Da war keine Neuerung im französischen, im russischen, im englischen Heere so unbedeutend, daß man sie nicht gründlich studiert und bei Bewährung übernommen hätte. Was aber haben wir aus den glänzenden Finanzreformen gelernt, die England, die Italien im Kriege durchgeführt haben? Stehen wir nicht heute nach drei Kriegsjahren noch fast auf derselben Stelle, wie damals am 9. September 1914, als die erste Anleihe aufgelegt wurde? Auch die Fristen, innerhalb deren die einmal beschlossenen Steuern eingeführt werden, sind bei uns noch immer nicht kriegsgemäß. In England wurde die erste Erhöhung der Einkommensteuer im November 1914 angenommen und trat am 1. Dezember 1914 in Kraft. Die englische Kriegsgewinnsteuer wurde im September 1915 beschlossen und erbrachte schon im Rechnungsjahr 1916/17 2,8 Milliarden Mark. Bei uns wurde über die Kriegsgewinnsteuer auf einer Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten am 10. Juli 1915 ein grundsätzliches Einverständnis erzielt; am 24. Dezember 1915 wurde das „Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne" erlassen, am 21. Juli 1916 das Kriegssteuergesetz selbst. Jetzt im Juli 1917 gehen die ersten Veranlagungsbescheide den Steuerpflichtigen zu. Die Kohlensteuer, die nur von etwa 500 Betriebsinhabern erhoben wird, wurde am 8. April 1917 Gesetz; sie tritt erst am 1. August in Kraft. Ähnliches gilt für andere Steuern. Dabei wurden, wie Schatzsekretär Graf von Roedern ausdrücklich betonte, nur solche Steuern eingeführt, deren „Durchführung keine großen Organisationsschwierigkeiten macht". Gewiß, es fehlt zurzeit bei uns, wie überall, an leistungsfähigen Beamten. Aber es war doch möglich, 1000 neue Hilfskräfte lediglich zu dem Zwecke einzustellen, die Abrechnung zwischen Militärverwaltung und preußischen Staatsbahnen zu bewirken und diese Hilfskräfte dreizehn Monate

Digitized by Google

lang ausschließlich mit der Bearbeitung der Belege eines einzigen Monats zu beschäftigen.

Es ist höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird. Es muß unverzüglich ein Finanzprogramm aufgestellt werden, das dem Reiche eine jährliche Mehreinnahme von etwa 8 Milliarden Mark dauernd sichert, und dies Programm muß noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode Gesetz werden. Nur so sind die Stimmen im Inland und Ausland, die daran zweifeln, daß wir unsere finanziellen Verpflichtungen erfüllen können, zum Schweigen zu bringen. Nur so können wir es vermeiden, daß wir noch nach Friedensschluß 10 oder 20 Milliarden Mark neue Anleihen aufnehmen müssen, um die Zinsen unserer Kriegsanleihen und die Renten an die Kriegsbeschädigten zu bezahlen.

Die Inder und die anglo-indische Verwaltung

Von Josef Horovitz

Indien wird von einer Beamtenklasse beherrscht, deren Pflichttreue und Tüchtigkeit das ihr so oft gespendete Lob vollauf verdient, die aber an Unfehlbarkeitsdünkel und Machthunger hinter der Bürokratie keines anderen Landes zurücksteht. Dieser aufgeklärte Despotismus ist mit den Grundsätzen, welche in der inneren Verwaltung Englands und seiner Siedlungskolonien durchgedrungen sind, unvereinbar; aber soweit man in den Kreisen des anglo-indischen Beamtentums die liberalen Prinzipien überhaupt anzuerkennen bereit ist, schränkt man ihre Gültigkeit auf europäische Verhältnisse ein. Für den „unwandelbaren Osten" ist — so wird versichert — nur das patriarchalische System zu gebrauchen, in welchem der Beamte befiehlt und der Untertan gehorcht. Das Land gedeihe dabei am besten, denn niemand kenne seine Bedürfnisse so gut wie der Beamte. Daß die Inder, deren Stimme an die Öffentlichkeit dringt, mit diesem System nicht einverstanden sind, beweise nichts gegen seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit; die modern gebildeten Klassen seien eine „mikroskopische Minorität", welche weder das Recht habe, im Namen der Allgemeinheit zu sprechen, noch auch für das Wohl und Wehe der Massen viel übrig habe. Ja, wenn man den Vertretern des Beamtentums glauben will, so wäre sogar die indische Intelligenz, obwohl im Lande geboren und erzogen und mit seinen Sprachen von Kindheit auf vertraut, über die Anschauungen und Wünsche der Massen keineswegs so gut unterrichtet, wie die aus der Fremde gekommenen Beamten. Noch geringere Bedeutung legen diese der Kritik der englischen Politiker radikaler Richtung bei; welches Recht haben diese armseligen Prinzipienreiter und berufsmäßigen Besserwisser, über den allein maßgeblichen kolonialen Praktiker zu Gericht zu sitzen? Angesichts der Geschlossenheit der Beamtenkaste konnten auch Vizekönige liberaler Prägung, wie Lord Ripon, mit ihren Reformplänen nicht durchdringen, und die erste Bresche in ihre Alleinherrschaft hat erst 1908 der damalige Staatssekretär für Indien, John

Digitized by Google

Morley, gelegt, dessen Ohr indische Politiker gewonnen hatten. Haben auch die von ihm eingeführten Reformen die Forderungen der gemäßigten Partei in Indien keineswegs befriedigt, so haben sie doch zum ersten Male gewählten Vertretern der Bevölkerung ein gewisses Maß verantwortlicher Mitarbeit an den Aufgaben der Verwaltung ermöglicht und auch dem indischen Element eine bescheidene Vertretung in dem Kabinett des Vizekönigs wie dem Rat des Staatssekretärs verschafft. Das alles sind nur Anfänge; das Ziel der indischen „Gemäßigten" (moderates), das sie auf dem Wege gesetzmäßiger Agitation zu erreichen suchen, bleibt die mit möglichster Beschleunigung durchzuführende Umwandlung der Beamtenherrschaft in ein System der Selbstverwaltung, das, beim Dorf anfangend, die ganze Stufenleiter der politischen Einheiten durchläuft und seine Vollendung in der Volksvertretung für ganz Indien findet. Denn die Theorien des britischen Liberalismus, die sich in den Augen des Beamtentums so fadenscheinig ausnehmen, haben unter der indischen Intelligenz begeisterte Anhänger gefunden. Die Bekanntschaft mit ihnen zählt sie zu den wertvollsten Gaben, die ihnen der englische Unterricht beschert hat, wie es ihre bitterste Enttäuschung ist, daß ihre englischen Lehrmeister sich weigern, sie in Indien in die Tat umzusetzen. Doch werden diese Forderungen nach Selbstverwaltung und parlamentarischen Einrichtungen keineswegs allein von Anhängern liberaler und demokratischer Prinzipien erhoben; auch solche Kreise, welche gegen eine Oligarchie[1] wenig einzuwenden hätten, wenn nur alle Macht in indischen Händen vereinigt wäre, machen sie sich zu eigen, weil sie in ihnen das geeignetste Kampfmittel gegen den Fortbestand der Fremdherrschaft sehen. Der Gegensatz zwischen Bevormundung und Selbstverwaltung löst sich so in den zwischen Fremdherrschaft und nationaler Unabhängigkeit auf, und an dem Ideal der nationalen Freiheit vor allem entzündet sich die Leidenschaft, welche die Reden der indischen Politiker durchglüht. So ist denn das Ziel des Kampfes nicht nur, der Bevölkerung durch politische Reformen den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung zu sichern, sondern auch dem indischen Element innerhalb des Beamtentums die Vorherrschaft zu gewinnen. Die geborenen Führer der Bewegung sind die englisch sprechenden Inder, denen denn auch in erster Linie das Mißtrauen und der Ingrimm der englischen Bürokratie gilt. Dieser Schicht, die einmal früheren Generationen anglo-indischer Beamten als willkommene Bundesgenossen im Kampf gegen die rückständigen Mächte Indiens gegolten hatte, entstammen nicht nur die unerbittlichsten Kritiker der Verwaltung, sondern auch die unbequemen Mitbewerber um die einflußreichsten und bestbezahlten Stellen, welche die Engländer immer noch im wesentlichen als ihr Reservat betrachten. Die theoretische Begründung seiner Ansprüche macht sich das Beamtentum sehr leicht: in dem nimmer endenden Widerstreit der nach Herkunft, sozialer Stellung, Sprach- und Religionszugehörigkeit so verschiedenen Gemeinschaften, welche die Bevölkerung Indiens ausmachen, könne als unparteiischer Schiedsrichter sich nur Gehör verschaffen, wer all diesen Interessen

[1] Oligarchie = Herrschaft Weniger.

Digitized by Google

gleich unbeteiligt gegenüberstehe. Bestünde die Fremdherrschaft nicht schon, so müßte sie zum Wohle Indiens eingeführt werden.

Dieses Ideal der völligen Losgelöstheit von der indischen Umgebung, das gleichzeitig auch den exklusiven Instinkten des Angelsachsentums in so willkommener Weise entgegenkommt, hat aber auch seine gefährlichen Schattenseiten. Denn so groß auch die Verschiedenheiten sind, welche den Amalgamierungsprozeß[1] erschweren, alle übrigen Bewohner Indiens fühlen sich doch wenigstens als Söhne des gleichen Bodens. Auch die Nachkommen der fremden Eroberer haben in Indien ihre Heimat gefunden, mögen sie, wie die Mohammedaner, auch noch so zäh an ihren Überlieferungen und ihrer Sonderstellung festhalten. Die Engländer aber dürfen in Indien nicht heimisch werden, wollen sie des „britischen Charakters" nicht verlustig gehen. Denn weder die englische Abstammung, noch auch die Beibehaltung der heimischen Lebensweise genügt, seinen Besitz zu garantieren; nur die stetige Berührung mit dem Boden der Heimat kann ihn erhalten. Indien ist den Engländern nicht wie allen anderen das Land ihrer Zukunft und der Zukunft ihrer Kinder; sobald sie ihre Dienstzeit vollendet haben, kehren sie nach der Heimatinsel oder einer „weißen" Kolonie zurück, und Indien bleibt ihnen „the land of regrets"[2]. So stehen sie als die ewig Fremden allen übrigen gegenüber. Zwar lodert der Haß zwischen den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung zuzeiten mächtig auf, und der zähe Kampf um den vorherrschenden Einfluß nimmt seinen Fortgang, aber darin sind doch alle einig, daß er nicht den Fremden gehören darf. Aller Spott über das „Hirngespinst einer einheitlichen indischen Nation" kann daran nichts ändern; mag auch die Einheit der Verwirklichung noch so fern sein, der Wille, dem Trennenden gegenüber das Einigende nicht wieder untergehen zu lassen, steht unerschütterlich fest. Nur die Eurasier schlagen sich zu den Fremden, diese Nachkommen der Ehen zwischen Europäern und indischen Frauen, welche auf das Erobererblut in ihren Adern stolz sind, so verächtlich auch Inder wie Engländer auf sie herabblicken mögen.

Kaum jemals ist die Überhebung des Beamtentums und die Verachtung, mit welcher es die Wünsche der indischen Intelligenz ablehnt, so grell zutage getreten, wie in den Wintermonaten der Jahre 1912/13 und 1913/14, als die königliche Kommission die größeren Städte Indiens besuchte, um Zeugen über die mit der Besetzung der höheren Beamtenstellen zusammenhängenden Fragen zu vernehmen; aber auch die Erbitterung und das Mißtrauen der Inder, die sich in der schroffsten Form als Angehörige minderwertiger Rassen gekennzeichnet sahen, hat selten so scharfen und einmütigen Ausdruck gefunden wie in den Aussagen ihrer Vertreter vor dieser Kommission. Monatelang sind damals Tag für Tag von Tausenden von Lesern diese Dokumente des Hasses verschlungen worden und haben die Leidenschaften zu gefährlicher Glut erhitzt. Im Frühjahr 1914 kehrte die Kommission nach England zurück, um ihren Bericht auszuarbeiten, dessen Veröffentlichung aber dann des Krieges wegen

[1] Amalgamierungsprozeß = Verschmelzungsprozeß. [2] land of regrets = Land der Sehnsucht.

Digitized by Google

hinausgeschoben wurde. Man fürchtete in England, die Veröffentlichung werde zu einem neuen Ausbruch des leidenschaftlichen Kampfes führen, während man in Indien in der Nichtveröffentlichung ein schlimmes Anzeichen für die Zurückweisung der indischen Forderungen sah. Das steigende Mißtrauen der Inder und die lange Dauer des Krieges haben dann zusammengewirkt, den früheren Entschluß umzuwerfen, und so ist der Bericht endlich Ende Januar dieses Jahres erschienen. Die Kommission zählte unter elf Mitgliedern auch drei Inder; die englischen Mitglieder gehörten verschiedenen politischen Parteien an, aber das imperialistische Element überwog. Von den indischen Mitgliedern ist eines, G. K. Gokhale, der hervorragendste Politiker des modernen Indiens, gestorben, ehe der Bericht veröffentlicht war; aber sein mohammedanischer Kollege Abdurrahim, der dem Bericht seine Unterschrift verweigert und seine abweichenden Anschauungen in einem ausführlichen Gutachten begründet hat, erklärt ausdrücklich, dieses im einzelnen mit Gokhale durchgesprochen und mit dessen voller Zustimmung abgefaßt zu haben.

In dem gewaltigen, nach Millionen zählenden Beamtenheer der indischen Regierung spielen, rein zahlenmäßig betrachtet, die Engländer nur eine geringe Rolle. Für die niedrigsten Stellen kommen nur Inder in Betracht, und erst in der Gehaltsstufe von monatlich 75 Rs. (= 100 M.) tauchen vereinzelt Europäer auf. Eine sehr erhebliche Rolle spielen sie aber bereits in den Stellen, die mit einem Monatsgehalt von 200 Rs. verbunden sind. Im Jahre 1913 gab es unter 11064 Beamten dieser Gehaltsklasse 4577 Inder bzw. Birmesen, 1593 „Anglo-Inder", d. i. Eurasier und Angehörige in Indien angesiedelter europäischer Familien, und 4898 Europäer. Bilden in dieser Klasse die Inder immer noch 42 % der Gesamtheit, so sinkt ihre Verhältniszahl ganz erheblich mit steigenden Gehältern. Unter 4984 Beamten mit einem Monatseinkommen von 500 Rs. waren nur noch 942, also 19 % Inder, gegenüber 352 Anglo-Indern und 3691 Europäern; unter den 2501 Stellen, welche mit einem Monatsgehalt von 800 Rs. oder mehr verbunden sind, waren nur 242 mit Indern, 106 mit Anglo-Indern und 2153 mit Europäern besetzt. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen des Jahres 1887 zeigt, daß die Inder seitdem Fortschritte gemacht haben; in der ersten der genannten Kategorien betrug ihre Zahl damals 34 %, gegenüber den 42 des Jahres 1913, in der zweiten 12, gegenüber 19, und in der dritten 4, gegenüber 10 %. Für die Besetzung der mittleren Beamtenstellen kommen nur solche Bewerber in Betracht, welche eine Schule mit englischer Unterrichtssprache absolviert haben und in den meisten Fällen auch im Besitz eines an einer indischen Universität erworbenen akademischen Grades sind. Zur Bewerbung um die höheren Stellungen reichen aber indische Qualifikationen[1] nicht aus, und das Bestehen in England abgehaltener Examina bleibt für sie eine unumgängliche Vorbedingung. Während nun die natürliche Entwicklung dahin geht, daß die Inder in den mittleren Dienststellen immer mehr die Oberhand gewinnen, bis diese im wesentlichen indisches

[1] Qualifikation = durch Prüfung nachgewiesene Befähigung.

Digitized by Google

Monopol werden, bewirkt der Zwang der in England abzulegenden Prüfung, daß die höheren Ämter ein englisches Reservat bleiben, in welchem die indische Minderheit das Gefühl, ungern geduldete Eindringlinge zu sein, noch kaum losgeworden ist. Wie schon seit Jahrzehnten, so haben deshalb auch wieder vor der Kommission die indischen Vertreter besonderen Nachdruck auf die Forderung gelegt, das Londoner Examen gleichzeitig auch in Indien abhalten und die Arbeiten beider Gruppen von Kandidaten von den gleichen Examinatoren prüfen zu lassen. Diese Forderung ist aber von dem englischen Beamtentum einstimmig abgelehnt worden, und auch die Kommission hat sie sich, wie zu erwarten war, nicht zu eigen gemacht. Die englischen Beamten, welche selber ihre Stellungen dem Bestehen dieses Examens verdanken, erklären, das ganze System, welches die Anstellung von Beamten lediglich von dem Ergebnis einer solchen Prüfung abhängig macht, passe nicht nach Indien. Bei englischen Bewerbern verbürge Abstammung und Erziehung den Besitz der Willensstärke und der Führereigenschaften, deren sie zur Ausübung ihrer Tätigkeit bedürfen. Bei Indern bestehe diese Sicherheit nicht in gleichem Maße; gerade unter den Angehörigen der geistig regsamsten indischen Rassen seien diese Eigenschaften seltener anzutreffen, als unter denen mancher rückständiger Klassen, und was dergleichen Argumente mehr sind. Der wirkliche Grund der Ablehnung der indischen Forderung liegt aber auf ganz anderem Gebiet: Indien ist kein gleichberechtigtes Glied des britischen Reiches, sondern ein Vasallenstaat und soll es bleiben; seine Gleichberechtigung würde den britischen Charakter des Reiches verwischen, den unversehrt zu erhalten, die Aufgabe der weißen Rassen ist. Engländer müssen also für die Verwaltung Indiens verantwortlich sein, und die wichtigsten Stellen müssen in ihren Händen bleiben.

Doch aber ist grundsätzlich die Gleichberechtigung längst und zu wiederholten Malen anerkannt worden. Zuerst 1833 war versprochen worden, daß niemand „lediglich seiner Religion, seines Geburtsortes, seiner Herkunft, seiner Hautfarbe wegen davon ausgeschlossen bleiben solle, irgendeine Stelle, ein Amt oder eine Anstellung unter der Gesellschaft einzunehmen", und nach Niederwerfung des indischen Soldatenaufstandes, als die britische Krone die Verwaltung von der ostindischen Kompanie übernahm, wiederholte die Königin Viktoria das Versprechen in ähnlichen Worten. Hatte man doch damals besonderen Grund, sich zu erinnern, wie wenig man mit seiner Verwirklichung Ernst gemacht hatte! Es steht ja auch seitdem wirklich den Indern die Bewerbung um die Stellen des höheren Dienstes frei; allerdings nicht um alle, von dem höheren Polizeidienst sind sie bis heute völlig ausgeschlossen. Aber auch da, wo dem Buchstaben nach die Gleichberechtigung durchgeführt ist, wird doch ihr Geist dadurch verletzt, daß indischen Bewerbern besondere Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Der Aufenthalt in England, der eine conditio sine qua non[1] für den Eintritt in die höheren Dienstzweige bildet, ist für zahlreiche Inder, welche nicht über die nötigen Mittel verfügen, ein unüberwindliches Hindernis, und die indischen Bewer-

[1] conditio sine qua non = unerläßliche Bedingung.

Digitized by Google

ber haben den englischen gegenüber den sehr erheblichen Nachteil zu überwinden, daß die Prüfung dem in England und nicht dem in Indien herrschenden Unterrichtssystem angepaßt ist. So ist denn auch die Zahl der Inder, welche in den höheren Verwaltungsdienst, den Indian Civil Service, gelangt sind, immer gering geblieben, und keinen von ihnen hat man die höchsten Staffeln der Dienstleiter erklimmen lassen. Wenn ihnen nun auch die Kommission in gewisser Hinsicht Erleichterungen gewähren will, so hält sie doch daran fest, daß ihre Zahl eine beschränkte bleiben müsse, denn „im indischen Verwaltungsdienst sowohl als auch im Polizeidienst fordere die britische Verantwortlichkeit für die gute Verwaltung Indiens gebieterisch die Anstellung einer überwiegenden Anzahl von britischen Beamten für die höheren Stellen". Den Indern will die Kommission dadurch entgegenkommen, daß sie ihnen alljährlich ein Viertel der zu besetzenden Stellen zuspricht, die von Indien, nicht von England aus besetzt werden sollen. Auch bleibt weiter theoretisch den Indern der Weg über das englische Examen offen, aber die Kommission selber sieht für den Fall der Annahme ihrer Vorschläge voraus, daß in England im wesentlichen sich nur europäische Bewerber melden werden. Das Viertel der Stellen aber, das den Indern zugesprochen wird, bleibt nicht diesen allein vorbehalten, sondern sie teilen es mit den Eurasiern und den in Indien dauernd ansässigen Engländern. Die Inder hören denn auch aus allen Vorschlägen der Kommission nur das „Nein" heraus, die Ablehnung ihrer Hauptforderung auf Schaffung wirklich gleicher Vorbedingungen für Inder und andere Untertanen des britischen Reiches. In der grundsätzlichen Beibehaltung einer englischen Mehrheit unter den Mitgliedern des höheren Dienstes, erblicken sie eine erneute Verleugnung der Grundsätze, welche in der „magna charta[1] der indischen Freiheit", der Proklamation des Jahres 1858, zum Ausdruck kommen. Die großen politischen Organisationen haben denn auch schon aufs schärfste gegen die Vorschläge der Kommission protestiert, und in der Meinungsäußerung Abdurrahims eine zutreffende Begründung ihrer Mindestforderungen anerkannt.

Mehr Entgegenkommen hat die Kommission den indischen Wünschen in bezug auf andere Zweige des öffentlichen Dienstes gezeigt, die nicht von der gleichen politischen Bedeutung sind wie der Zivildienst. Zwar hält sie daran fest, daß auch im Unterrichts- und Sanitätswesen, wie auch im Dienst der öffentlichen Arbeiten weiter Europäer neben Indern Anstellung finden, die ihnen aber von jetzt an völlig gleichgestellt sein sollen. Damit wird eine sachlich durch nichts zu begründende Ungerechtigkeit aufgehoben, welche in der lediglich auf der Abstammung der Beamten beruhenden Zweiteilung dieser Dienste lag. Für eine dritte Kategorie von meist technischen Dienstzweigen sieht die Kommission sogar die allmähliche Ausschaltung des europäischen Elements vor, die freilich erst erfolgen kann, wenn die technischen Unterrichtsanstalten erheblich vermehrt und entsprechend ausgestaltet sind. Die Agitation der Inder ist, wie man sieht, nicht

[1] magna charta = große Verfassungsurkunde.

Digitized by Google

ganz ohne Erfolg geblieben; aber diese Zugeständnisse nehmen sich heute um so geringfügiger aus, als sie in keiner Weise die Versprechungen von dem neuen „angle of vision“[1] erfüllen, unter dem, wie nach Ausbruch des Weltkrieges verkündet wurde, die indischen Verhältnisse nunmehr angesehen werden sollten. —

Die indische Regierung, welche nun über die Vorschläge der Kommission nach London zu berichten haben wird, wird nicht umhin können, noch weitere Konzessionen zu machen, will sie nicht das Vertrauen auf die versprochene Neuorientierung völlig erschüttern. Zwar hat es den Anschein, als versuche der neue Vizekönig, Lord Chelmsford, die politischen Forderungen der Inder durch Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zum Schweigen zu bringen. Aber damit kann er heute weniger Erfolg haben als je, nachdem die politischen Organisationen der Hindus und der Mohammedaner ihre Forderungen gemeinsam formuliert haben. Auch können Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet keine andere Wirkung haben, als die Inder immer wieder zu erneuter Agitation auch auf politischem Gebiete anzuspornen. Die Grenze, bis zu der die Agitation durch kleine, in immer schnellerem Tempo aufeinanderfolgende Konzessionen für kurze Zeit beschwichtigt werden kann, ist bald erreicht. Darüber ist man sich auch in den Kreisen der Imperialisten klar, welche mit Beklemmung dem Augenblick entgegensehen, in welchem die Frage nach der Stellung Indiens innerhalb des neu zu organisierenden Reiches eine klare Antwort erheischt[2]. Die Inder kann — vorläufig — nur Gleichstellung mit den übrigen Gliedern des Reiches befriedigen. Die Forderung des Self government[3] steht denn auch jetzt im Mittelpunkte der politischen Diskussion, und wenn die Frage nach dem Anteil der Inder an den höheren Stellen der Verwaltung die Geister nicht mehr so stark beschäftigt wie vor drei Jahren, so liegt das lediglich daran, daß sie zu einem Teilpunkt jenes umfassenderen Programms herabgesunken ist.

Notizen

Rudolf Kjéllen über den fünften Reichskanzler. Die schwedische Zeitung „Nya dagligt Allehanda“ bringt in der Nummer vom 19. Juli einen Artikel über den fünften Reichskanzler aus der Feder Rudolf Kjéllens, der nach Form und Inhalt Beachtung verdient. Kjéllen sagt in ihm:

Acht Jahre hindurch, bis die Wolken des Daseinskampfes für das neue Deutschland sich zusammenballten und entluden, hat von Bethmann Hollweg von der Achtung der ganzen Welt begleitet die schwere Bürde seines Amtes getragen. Er kam aus der allgemeinen Beamtenkarriere und besaß für den Anfang nichts anderes als das Ansehen, das er als Beamter genoß; aber das Ansehen eines preußischen Beamten ist auch politisch kein verächtliches Kapital, es

[1] angle of vision = Gesichtswinkel.

[2] Inzwischen hat die Lage Indiens insofern eine Änderung erfahren, als beschlossen worden ist, auch indische Vertreter auf dem Imperial Council (Reichsrat, hier Kriegsreichsrat) zuzulassen. Indien ist damit zwar keineswegs den Dominien gleichgestellt, aber doch wenigstens als „wichtiger Teil des Reiches“ anerkannt und hört auf, eine bloße „Dependenz“ zu sein.

[3] Self government = Selbstverwaltung.

Digitized by Google

reicht zu vielem aus: aus dieser außerordentlichen Schule ging allmählich ein Staatsmann hervor, den mehr als ein Beobachter geneigt war als den einzuschätzen, der dem ersten in der Reihe der Reichskanzler an Rang zunächst stand. Sein Unglück — wenn man es so bezeichnen will — war, daß die Zeit, in die er versetzt war, nicht weniger forderte, als die Begabung des ersten Kanzlers; und so sehr er auch mit seiner Aufgabe wuchs, den Anforderungen dieser Zeit wurde er nicht gewachsen.

Was der Mitwelt am meisten in Bethmann Hollwegs politischem Gesicht imponierte, sind zwei Züge: Würde und Redlichkeit.

In einer Zeit, in der die hervorragendsten Redner sich und ihr Amt dadurch erniedrigt haben, daß sie beim Sprechen über den Feind den Instinkten der Gasse in zungenfertigem Haß und Hetzen freien Lauf gaben, steht der deutsche Reichskanzler vollständig rein von solchen Flecken da, eine Gestalt, weit vornehmer als die seiner angriffs lustigeren Widersacher, ein Bild von wirklicher Geistes-Zivilisation gegenüber denen, die dies Wort so fleißig im Munde führen, daß sie es im Handeln und in der Gesinnung vergessen. In den Zeiten allgemeiner Verwirrung ist es eine Erquickung gewesen, Deutschlands Reichskanzler sprechen zu hören: ruhig, beinahe leidenschaftslos, als ob man in tiefem Frieden mit der Welt stände, und doch mit Akzenten[1], die ein starkes Temperament in dem zugeknöpften Äußern verrieten. Der Ernst der Zeit hat keinem Staatsmann so tief wie ihm sein Gepräge gegeben — man hat ihn nicht scherzen hören, man kann ihn sich kaum lachend denken — und deshalb hat keiner einen so ernsthaften Eindruck auf seine Zeit gemacht, wie er.

Dazu kommt die auffällige Ehrlichkeit in seinem Auftreten und in seiner Rede. Die Worte haben für ihn nicht als wirkliche Aufgabe gehabt die Gedanken zu verbergen, die Ideale haben ihm auch nicht gedient als ein schönes Aushängeschild und als Köder, um andere damit zu fangen. Seine Rede ist Ja und Nein gewesen, und sein Ideal war ein bindendes Gesetz für ihn selbst. Wer erinnerte sich nicht des Eingeständnisses des Unrechts, das er offen im Namen des Landes ablegte, bei der Motivierung der Okkupation Belgiens! Hat jemand ein ähnliches Eingeständnis auf der Seite der Gegenpartei gehört, z. B. eines Unrechts gegen Griechenland oder gegen die Neutralen zur See?

So steht das Bild des fünften Reichskanzlers in einer Hoheit und einem Lichte da, das einen auffälligen Gegensatz bildet gegen andere Staatsmänner der Jetztzeit, und das auf sein großes Vaterland einen Wiederschein zurückstrahlen läßt. Aber — es ist nicht Hoheit und Licht, was die Welt augenblicklich bedarf. Nun dreht sich Alles um einen Pol: um den Sieg. Für diesen Zweck wechseln Böse und Gut, Schwarz und Weiß ihre festen Gegensätze. Und da die Welt betrogen sein will, so geht es ja an, Schwarz für Weiß auszugeben und Böses für Gut. Denn wenn alle auf einen Stein spucken, wird er naß, und der Speichel braucht dazu keineswegs so besonders rein zu sein.

In diesem Wettstreit stand Bethmann Hollweg hintenan. Die absolute Konzentrierung[2] des Willens auf das Ziel, vor welchem alle Rücksichten auf objektiven Wert fortfallen, diese lag ihm nicht. Man nannte ihn im Beginne seiner Laufbahn den Philosophen auf dem Ministersessel, und eine gewisse Bedächtigkeit verließ ihn nie. Das war der Schatten, den sein Ernst und seine Ehrlichkeit hinter ihm warfen. Er konnte die Rücksicht auf Wahrheit und Recht nicht so geschwind über Bord werfen. Und damit gab er seinen Gegnern den diplomatischen Trumpf in die Hand.

So wurde Ehrlichkeit ein Fehler. Ohne Zweifel hat sein Wort von dem Einfall in Belgien als einem Unrecht und von der Neutralitätsakte dieses Landes als einem „Papierfetzen" Deutschland geschadet. Wäre er in der Weise seiner Gegner verfahren, hätte er gesagt, das Deutschland in Belgien einbreche, ausschließlich um dessen Freiheit vor den Ränken Englands

[1] Akzent = Betonung. [2] Konzentrierung = Sammlung.

Digitized by Google

und Frankreichs zu schützen — das wäre übrigens beinahe wahr gewesen! Er hätte auch hoch und teuer diese Neutralität beschworen und sie gleichzeitig in Stücke gerissen. Aber er kannte nicht die Regeln des diplomatischen Spieles in dieser Zeit oder wollte sie nicht kennen, und das mußte sein Land büßen.

Damit hängt der ernstere Fehler zusammen, daß er von seinen Gegnern zu gut dachte. Er durchschaute nicht ganz die „fides punica“[1], mit der England kurz vor Ausbruch des Krieges Unterhandlungen über eine Versöhnung mit Deutschland eröffnete. Er nahm diese Politik für ernst. Er glaubte an die Möglichkeit eines Übereinkommens, das Deutschland einen Platz an der Sonne neben England geben sollte. Er glaubte, daß das englische Welt-Volk einem andern einen Platz neben sich überlassen könne und wolle. Dieser Glaube war die Leiche in der Ladung, die er mit sich in den Krieg hineinnahm, und die ihn zuletzt selbst in die Tiefe zog.

Es herrscht große Unklarheit über die Kräfte, die ihn gerade jetzt zu Falle brachten; aber man geht wohl kaum fehl, wenn man ihn für ein persönliches Opfer der konservativen Partei ansieht, dazu ersehen, den Schmerz der sachlichen Opfer zu mildern, die von dieser Partei in der Zeit der „Neuorientierung“ gefordert werden. Und Deutschlands Konservative haben gegen den Reichskanzler diese ständige Anklage erhoben: er hat seine Hände zu tief in der Versöhnungspolitik nach Westen, gegen den Todfeind England gehabt. „Er glaubt nicht wirklich an den Sieg über England, deswegen ist er nicht der Mann, ihn für uns zu gewinnen“, heißt es in Kapps Anklageschrift aus dem Frühjahre 1916. Es half ihm nichts, daß er sich zuletzt nachgiebig unter das Siegessymbol dieser Partei stellte: den U-Bootkrieg. Das hielt ihn noch ein halbes Jahr aufrecht, aber es vermehrte seine Autorität nicht, weil es nur unter einem Drucke geschehen zu sein schien. Das befestigte nur seinen Ruf als Opportunist[2], der zwischen den Parteien vermittelte und lavierte, wo man einen Mann wünschte, der stark genug war, die Parteien zu beugen.

Das wurde also die Signatur des fünften Reichskanzlers: ein ehrlicher Mann und ein Verstandesmensch, wo die Zeit einen Diplomaten und einen Willensmenschen erforderte. Nun steht, wenn das Gerücht wahr spricht, eine Kraftnatur dort auf seinem Platze am Steuer, bereit, das Schiff aus dem Sturme zum Ziele zu lenken. Aber wenn dem so ist, mag es auch ausgesprochen werden, daß der Gott, der die Geschicke der Völker lenkt, alles zum Besten von Deutschlands Volk gelenkt hat.

Denn einmal werden die verwirrenden und verwilderten Stimmen verstummen, und da wird sich vieles anders ausnehmen. Da wird es sich ohne Zweifel als ein unbestrittener Gewinn für das große deutsche Reich erweisen, daß es in den dunkelsten Zeiten des Krieges an seiner Spitze einen Mann hatte, der einen Kopf größer war als alle seine Gegner in dem, was den Menschenwert eines Privatmannes ausmacht. Da wird es auch wohl klar werden, daß der Kurs nach links, den er als Staatsmann einleitete, eine Notwendigkeit war in dem Reiche mit mindestens 5 Millionen sozialistischen Wählern, in einer Zeit wo diese ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllten. Es wird ebenso allen klar werden, daß die Unterseewaffe, die das Hauptwerkzeug zum Siege wurde, vor dem Rechtsgefühl der Menschheit nur in der Weise verteidigt werden kann, wie er sie aufnahm, nämlich nachdem Deutschlands Hand sich zum Frieden und Vergleich ausgestreckt hatte.

Stärkerer Hände als Bethmann Hollwegs bedarf es, um Deutschland den vollen Sieg zu bringen. Er konnte dazu nur mit einem moralischen Kapital beitragen. Wenn der Sieg gewonnen ist, wird auch dies Kapital zum Gewinn geschlagen werden. Da wird vielleicht ganz Deutschland mit schuldiger Dankbarkeit sich des fünften Kanzlers erinnern, der nur durch seine Tugenden sündigte. Er war zu ehrlich für die Lage, in die er versetzt wurde; aber auch die Ehrlichkeit ist eine Macht auf Erden — und sie währt am längsten.

[1] fides punica = punische Treue, Hinterhältigkeit. [2] Opportunist = Gelegenheitsmensch, Mantelträger.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Bücher über Erziehung

Was wir sind, ist nichts, was wir suchen, ist alles
Friedrich Hölderlin.

Eduard Schwartz, Professor an der Universität Straßburg, hat in einem Vortrag „Gymnasium und Weltkultur" (Verlag Englert & Schlosser, Frankfurt a. M. 1917, M. 1.—) sehr beachtenswerte Äußerungen über unsere höheren Schulen und die Lehrer getan. Wir setzen die über die Lehrer voran, weil sie für die behandelten Probleme grundlegend sind: „In der Wissenschaft kann auch ein, aufs Ganze gesehen, untergeordnetes Individuum mit einer einseitigen Begabung Nützliches und bis zu einem gewissen Grade Selbständiges leisten, wenn ihm die Aufgaben richtig gestellt werden; zum Lehrer taugt nur ein voller Mensch, der den Mangel wissenschaftlicher Produktion mehr als ausgleicht durch die im Unterricht wichtigere Gabe, den von der Wissenschaft gebotenen Stoff in seiner Individualität organisch aufzunehmen und als ein Ganzes, von ihm Geformtes wiederzugeben. Das sind alles Gegensätze, die im Wesen der Dinge begründet liegen und durch Prüfungsreglements, Vorschriften über den Studiengang, pädagogische Diskussionen, Handbücher usw. nicht beseitigt, eher sogar verschärft werden. Männer sind nötig, die mit individueller, schöpferischer Kraft immer wieder die Harmonie im Ungleichen herstellen und dafür sorgen, daß ein in die Schule beständig einströmendes wissenschaftliches Leben sie vor Erstarrung bewahrt und der wissenschaftliche Lehrbetrieb trotz, oder soll ich sagen, wegen seiner unerbittlichen Akribie[1] im Handwerk den Ausblick ins Weite und Große nicht verliert, den Eros[2] wach hält, ohne den doch alle Gelehrsamkeit ein tönendes Erz und eine klingende Schelle bleibt." So lebendig wie er die Lehrer sieht, begreift er das Wesen der Bildung. „Unter Bildung ist noch im vollen Wortsinn die Gestaltung des Menschen zu verstehen im Gegensatz zur Dressur auf bestimmte Zwecke. Wenn man aber diese Bildung zu einer Stoffmasse mechanisiert, durch deren nicht einmal äußerlich vollständige Aneignung Privilegien und Berechtigungen bündelweis erworben werden können, wenn die auf den Lehrerberuf vorbereitenden Studien lediglich als die Anwartschaft auf eine gesicherte Staatsstellung angesehen werden, die eine möglichst geringe, durch tägliche Routine aufzubringende Leistung mit einer möglichst reichen Rente ablehnt, dann ist freilich jenes Bildungsideal zum Tode verurteilt, und es kann auch durch die an und für sich richtige Verteidigung nicht gerettet werden, daß nicht es selbst durch die Angriffe getroffen wird, sondern daß eine ganze Verkettung von Mißständen, die mit der veränderten gesellschaftlichen Schichtung zusammenhängen, es in der Entfaltung seiner Kraft gehemmt haben." Eduard Schwartz leitet dieses sein Bildungsideal aus der Zeit ab, wo auch in Deutschland das Lebensideal „in seinem Kern geistiger Art war und seine Herkunft aus der deutschen klassischen Dichtung und Philosophie nicht verleugnete". Er sieht im geschichtlichen Verlauf das politische nationale Wesen neben dieser immateriellen Lebenseinheit aufkommen, aber nicht zersetzend wirken, sondern ineinander verschmelzen. „Es ist mit Nichten das wieder erstarkte staatliche Leben, es sind nicht die siegreichen Kriege der Bismarckischen Epoche gewesen, die jene humanistische Gesellschaft zersetzt haben, auch nicht der wirtschaftliche Aufschwung an sich, sondern dessen atemlose Schnelligkeit und alle Volkskreise mit sich reißende Ausdehnung. Wir haben alle diese innere Revolution in der einen oder anderen Weise verspürt und tun es noch, so daß es nicht leicht ist, ruhig und klar über sie zu urteilen: aber das Charakteristische in ihr ist doch wohl, daß der Mensch aufhörte als freie, in sich geschlossene Persönlichkeit gewertet zu werden, daß er lediglich als Träger einer mehr oder weniger in sichtbare, wenn auch nicht immer materielle Werte umsetzbaren Leistung etwas bedeuten sollte." Eduard Schwartz kommt also zu Schlüssen, die denen entgegengesetzt sind, die jüngst Troeltsch aus engherzig nationalistischem Gesichtswinkel auf das Wesen und die Zukunft des Gymnasiums gezogen hat. Er lehnt „den schellenlauten undeutschen Patriotismus" entschlossen ab. Er weißt alle überstürzte gewaltsame Konstruktion des deutschen Wesens, das allein imstande sein soll, unserer Jugend den nötigen nationalen Geist einzuimpfen, scharf ab. Er will nichts zu tun haben mit den Versuchen, „aus der Fülle unseres geschichtlichen Daseins heraus einen deutschen Geist zu destillieren und wie ein Elixir auf Flaschen zu ziehen". Er weist den nationalen Heißspornen ihren wunderlichen Widerspruch mit sich selbst nach, „wenn sie einerseits die deutsche Schule, ja das deutsche Geistesleben überhaupt, in eine freiwillige Blockade einsperren wollen, unbekümmert um den geistigen Hunger, der sich dann bei feiner organisierten Naturen einstellen würde, und andererseits eine deutsche Weltmacht von phantastischer Ausdehnung fordern. Denn dazu gehören auch geistige Kräfte und vor allem Kenntnis der konkurrierenden Gegner sowohl wie derer, die als Bundesgenossen benutzt oder beglückt werden sollen; je zukunftsreicher die Auslandskunde ist, um so dürftiger, unpraktischer und kleindeutscher — um dem alten Ausdruck einen neuen Sinn unterzulegen — nehmen sich

[1] Akribie = peinliche Genauigkeit. [2] Eros = Gott der Liebe.

Digitized by Google

daneben die nationalistischen Blockadeprojekte aus". In diesem Sinne wollen wir auch die Meinung der Flugschrift von Georg Schmidt auffassen („Unsere Muttersprache als Waffe und Werkzeug des deutschen Gedankens", Diederichs, Jena M. 1.20): „es müsse die Kraft wirksam gemacht werden, die unserer Sprache und Kultur die Wege in die Welt ebnet und ihr Weltgeltung verschafft". Wir wollen so „jede deutsche Arbeit im Reich und unmittelbar alle Arbeit der Deutschen jenseits der Meere" auffassen", zu der Schmidt begeistert aufruft: „im Zusammenhang mit der Weltkultur unser Wesen bewußt zu machen und zu bereichern". Auch Dr. P. Rupert Hänni sieht in der Flugschrift „Die nationale Bedeutung der Antike und ihre Stellung im zukünftigen deutschen Bildungsideal" (Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 2, Breer & Thiemann, Hamm, Westf. 50 Pf.) keinen Widerspruch „zwischen Humanismus und deutschem Nationalgefühl". Auch für ihn führt der Weg über Hellas und Rom zum wahren Deutschtum. „Den Strom der geistesgeschichtlichen Entwicklung wird keine Gegenströmung, auch der Germanistenverband nicht, rückwärts zu wenden vermögen. Das Erbe der deutschen Klassiker ist ein zu gefestigter Besitz geworden, als daß es durch die Flutwelle eines vermeintlichen reinen Deutschtums hinweggeschwemmt, oder auch nur in seinem Grundcharakter verändert werden könnte." Auch in der Zukunft soll „der junge Geist von den äußeren Merkmalen zur Erkenntnis der inneren Zusammenhänge fortschreiten, das ganze Gebiet der Kultur als ein organisches Ganzes überschauen." Aber auch Hänni verlangt zur Verwirklichung seiner Forderung statt „gelehrter Philosophen" „wahre Humanisten", Männer, die nicht in einseitigem Nationalismus befangen die Welt in den Kreis ihrer Betrachtung und ihres Urteils ziehen. Es ist kein Zufall, daß auch in den Kreisen der Studenten solche Anschauungen laut werden, wenn die Rede auf die Zukunft des Studententums kommt. So in der Schrift von Dr. Clemens Löffler „Unsere Studenten und unsere großen Kriege" (Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 8. 50 Pf.), in welcher der Anteil der Studentenschaft an der kriegerischen und sozialen Arbeit während der letzten großen deutschen Kriege untersucht wird. Der Krieg, heißt es da, hat das akademische Gewissen wieder erweckt, „die Wertung des rein Geistigen, die Erkenntnis des Wertes und Sinnes des ganzen Lebens. Der Streber, der ohne rechts und links zu schauen und die Schönheit der Welt und des Lebens zu genießen, ohne die Welt und ihren Sinn kennen zu lernen und ohne das Erlebnis des geistigen Inhalts im Hintergrunde alles Lebens zu erfahren' einzig und allein auf das Examen als die Quelle eines Brotberufes hinstiert, der ist kein Akademiker, er ist vielleicht im besten Sinne ein fachmäßig Gebildeter, der nicht verdient, den Namen des Akademikers zu tragen ..." Es ist auch erfreulich, daß die Schule, die unter dem Zeichen Dürer steht, in ihrem ersten in Geistund Gesinnung hochstehenden Bericht („Dürerschule", Zeitschrift des Bundes Dürerschule, 1. Jahrg. 1916—1917, zur Frage des Nationalismus sich grundsätzlich so ausspricht: „Deutscher Geist, verschließe dich nicht den wirklichen Werten, die fremden Kulturen eigen sind; beschränkt und einseitig, unwissenschaftlich und schädlich wäre es, die Jugend ohne gründliche Kenntnis höchster geistiger Güter zu lassen, die in Vergangenheit und Gegenwart fremde Völker schufen."

Als Verfechter dieses überspannten Nationalgefühls treten zuletzt Rektor Hermann Kappert und Professor Dr. Budde auf. Rektor Kappert polemisiert in seiner Schrift „Einheitsschule und Mittelschule" (Hermann Schroedel, Halle, 1917) gegen Wilhelm von Humboldt, gegen den er folgendes „andere Bildungsziel" verficht: „An die Stelle der individuellen Kultur ist die Staatskultur, an die Stelle der Humanität das Nationalgefühl, an die Stelle des Weltbürgertums ist der Staatsbürger getreten. Möge in diesem Geiste unsere Schule und unser Volk einer großen und glücklichen Zukunft entgegengehen!" Professor Dr. Budde („Schulreform und Sprachunterricht", Jul. Belz, Langensalza) beruft sich auf Goethe, wenn er „das Problem der Schulreform" darin zu sehen vermeint, daß „unsere höheren Schulen aus Gelehrtenschulen in nationale Erziehungsanstalten" umgewandelt werden müssen. Es ist, so sagt Professor Dr. Budde, „ein hohes Ziel, das in Frage steht; da dürfen wir vor einem entschlossenen Bruch mit der Überlieferung nicht zurückschrecken. Er muß erfolgen auf dem Gebiete des Sprachunterrichts. Es überrascht nicht, daß durch solche Aussichten auch die Gegner der Lateinschule wieder mobil gemacht werden. Am energischsten und mit einem besonders weitschichtigen Fonds von Gründen tut es Oberlehrer Dr. Karl Ehrke in dem Buche „Lateinlose Schulen, Lateinlose Wissenschaft" (Marburg 1917, Verlag N. G. Elwert), das dazu helfen will, „unsere Jugend, unsere Schulen und unsere Wissenschaft von den altsprachlichen Banden zu befreien". Auch Professor Dr. Paul Schumann verführt übertriebener Nationalismus zum Angriff auf das humanistische Gymnasium („Deutschtum und Höhere Schulen, Verlag E. A. Koch, Dresden-Leipzig 1917, geh. M. 3.—.) Er stellt die Fragen: „Ist nicht gerade durch die griechisch-römische Bildung die Kluft zwischen höheren und niederen Ständen in das deutsche Volk gekommen? Wirkt nicht der frühzeitige Übergang von Schülern aus bessergestellten Familien in die lateinischen Gymnasien scharf trennend auf die großen Volksmassen und um so niederdrückender, weil sie darin ein Vorrecht des Besitzes sehen? Und eine Bildung, die so scharfe Klassenunterschiede schafft, soll deutsch-national

Digitized by Google

sein?" Werden aber gerade diese Mißstände durch eine deutsch orientierte höhere Schule beseitigt? Man bringt es in den Kreisen der deutschen Pädagogen schließlich sogar fertig, aus nationalen Gründen die Einheitsschule zu bekämpfen, die, aus den Lehren des Krieges erwachsen, die künstlichen und erzwungenen Unterschiede aufheben will, die das bisherige Schulsystem in der Erziehung für ein Alter machte, in der bei Kindern Unterschiede der Begabung und Anlagen noch gar nicht hervortreten. (Dr. G. Hoberg: „Die Einheitsschule", Caritas-Verlag, Freiburg i. Br. 1917; Albert Stohr, „Nationale Einheitsschule", Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 7.)

Wir haben durch den Krieg für Einzelgebiete unserer Lehrtätigkeit neue Erkenntnisse gewonnen. Die wichtigste spricht Dr. Hans Offe in der Schrift „Politische Weltkunde" (Leipzig 1917, Chr. Herm. Tauchnitz, M. 2.50) aus, die mit dem Fach Erdkunde einen Unterricht in weltkundlichem Sinne geben will. Kein Unterricht verlangt so sehr nach Verlebendigung als der der Geographie. Die Vermittlung weltkundlicher Bildung kann man in der Tat mit dem Verfasser eine real gewordene Notwendigkeit nennen. Bruno Tanzmann gibt im Verlag der Wanderschriften-Zentrale, Hellerau-Dresden 1917, eine Denkschrift zur Begründung einer deutschen Volkshochschule heraus. Nach dem Vorbild der skandinavischen Anstalten wird die Hochschule als eine freie Bildungsanstalt gedacht, vom Staat unabhängig und nur subventioniert. Grundlage des Lehrsystems ist die Lebensgemeinschaft. Aufgenommen werden Deutsche im Alter von 18 bis 30 Jahren, die auf die Dauer des Studiums mit den Lehrern zusammenleben und eine Art Schulstaat bilden. Was wir für solche Einrichtungen außer von dem Norden von Amerika lernen können, lehrt uns jetzt das ausgezeichnete Buch des Professors Dr. Albrecht Penck, „U. S.-Amerika" (Engelhorn, Stuttgart). Der frühere Austauschprofessor schildert seine Eindrücke in Amerika. In Amerika sei der Lehrer nicht Autorität wie in Deutschland, sondern Mentor. Der Hochschulbetrieb stehe im Zeichen der Erziehung, nicht der Lehre. „Der Professor steht nicht wie bei uns dem Studenten als Meister gegenüber, sondern als wissenschaftlicher Erzieher zur Arbeit. Darum ist der Umgang zwischen Professoren und Studenten viel vertraulicher als bei uns. Die Grenze zwischen Lehrenden und Lernenden ist weniger scharf." „Nicht nur die regelmäßigen Lehrer einer bestimmten Universität wirken auf den Studierenden; überall bemüht man sich, dessen Interesse möglichst allseitig zu erwecken und die wenig entwickelte Freizügigkeit zu ersetzen dadurch, daß man fremde Gelehrte zum Wort kommen läßt." „Die Pflege der Erziehung paart sich auf den amerikanischen Universitäten mit der Sorge für gesundes Leben der Studierenden. Die Universität errichtet ihnen Dormitorien und Refektorien, stellt ihnen Klubräume zur Verfügung, wie für die geistige Ausbildung wird für den Körper gesorgt. Jede Universität hat ihre Turnhalle, die wie bei den Alten „Gymnasium" heißt. Nie bin ich in Amerika auf Gegner des Gymnasiums gestoßen, obwohl dort niemand für den Drill unserer Gymnasien Verständnis hat."

Ein Niederschlag der Lehre des Krieges ist auch die Schrift „Zeitfragen deutscher Nationalerziehung", die Georg Anschütz aus den nachgelassenen Schriften des Professors Ernst Meumann für Quelle & Meyer, Leipzig, zusammengestellt hat. Die Idee der Volkserziehung wird darin als eine der wesentlichen Aufgaben bezeichnet, die unsere Zeit uns aufgedrängt habe, und zu ihrer Förderung wird in erster Linie die Pflege richtigen wechselseitigen Verstehens verlangt. Vom nationalen Boden aus soll eine Angleichung an die Lehren erfolgen, die uns von draußen her zuteil werden können. Auch für die politische Erziehung, meint Meumann, können und müssen wir insbesondere von Amerika und England viel lernen, damit „die öffentliche Meinung eine wertvollere Macht im politischen Leben werde als sie es jetzt ist". Daß im neuen Deutschland freilich auch vieles anders werden muß, lehrt uns im großen und weiten eine Schrift, deren Inhalt der Vergangenheit angehört: Karl Lamprechts Rektoratserinnerungen. (F. A. Perthes, Gotha.) Schon Lamprecht entsprach dem Typus des Hochschullehrers, wie wir ihn in Zukunft brauchen. Schon er begriff die zunehmende Erstarrung des geistigen Lebens, die Verengerung des Horizonts, die Beziehungslosigkeit zwischen Studenten und Lehrern. Schon er wollte gegen die traditionelle Scholastik der Universitäten dem Leben zum Recht verhelfen. Nun lese man einmal die Erinnerungen Lamprechts daraufhin. Mit welchen Schwierigkeiten er als Rektor zu kämpfen hatte, um seinen Gedanken wenigstens die Verwirklichung zu verschaffen, die er in den Leipziger Forschungsinstituten gefunden hat. Dann begreift man, wie dringend not uns nicht nur der neue Geist, sondern auch ein neuer starker Wille tut, wenn die Zukunft anders aussehen soll, als die Vergangenheit ausgesehen hat.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 50 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 24. August 1917 • Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutschlands diplomatische Offensive gegen Frankreich

Von Rudolf Hürbin, Aarau

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges hat Deutschland den Westmächten gegenüber keinen so durchschlagenden politischen Erfolg erzielt wie durch die Rede, in der der neue deutsche Reichskanzler vor den deutschen Journalisten den französischen Imperialismus entlarvt hat. Vielleicht wäre die Wirkung dieser Rede noch tiefer gewesen, wenn Herr Michaelis den klassischen Satzbau der Bismarckschen Sprachkunst beherrschte oder wenn er die farbigere, klar und scharf geprägte Vortragsart Jakob Burckhardts sich zu eigen gemacht hätte. Allein trotz des verschnörkelten und schwerfälligen Beamtenstils war das Tatsachenmaterial der Rede derartig überzeugend und ihr offensiver Geist so niederschmetternd, daß die Wirkung der kurzen Rede nicht ausbleiben konnte. Niemals hat im Krieg unsere Schweiz eine deutsche Kanzlerrede mit so einmütiger Zustimmung aufgenommen. Im „Journal de Genève" schrieb William Martin: Die Enthüllungen des Reichskanzlers seien geschickt, besonders die Anspielung auf die Rolle Poincarés werde in Frankreich gehört werden. Das Vertrauen unter den Deputierten werde durch diese Indiskretion erschüttert. Sie könnte in Frankreich, Rußland und anderswo Verwirrung anrichten und für einige Augenblicke den Charakter und den Sinn des Krieges verdunkeln, sowie die pazifistische und deutsch-freundliche Propaganda ermutigen.

In der „Gazette de Lausanne" gestand Maurice Muret die Echtheit der Enthüllungen von Michaelis ein. Und die „Basler Nachrichten", die in der Ostschweiz die Interessen Frankreichs durch Hans Morf vertreten, schrieben: Daß die Mitteilungen des Reichskanzlers den Tatsachen entsprechen, werde man kaum in Zweifel ziehen können. Die Zeitung spricht die Vermutung aus, daß die Augen- und Ohrenzeugen einige französische Zimmerwalder seien, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden seien und dem Reichskanzler diese Mitteilungen haben zukommen lassen in der

Digitized by Google

Hoffnung und Erwartung, daß dadurch die Sache des Friedens gefördert werde. Das französisch-russische Abkommen werde in Rußland eine große Entrüstung auslösen und die abschätzigen Äußerungen Briands über das russische Volk würden böses Blut machen. Auch auf das französische und englische Volk könne die Wirkung nicht ausbleiben. Auch dürfe man sich fragen, ob es wirklich die Absicht Wilsons und des amerikanischen Volkes sei, daß amerikanische Bürger ihr Blut vergießen, um Frankreich Gebietserweiterungen zu verschaffen.

Ähnlich äußerte sich die „Zürcher Post". Und endlich äußerte sich das „Berner Intelligenzblatt" am 30. Juli unter der Überschrift „Französischer Imperialismus" folgendermaßen: „Die Enthüllungen des Reichskanzlers decken nun die Taten der französischen Geheimdiplomatie auf. Es sind schwere Anklagen gegen die Regierung, Poincaré und Briand sind vor dem neutralen Ausland, vor Amerika und vor dem eigenen Land, das sicher von solchen Annexionen nichts wissen will, schwer kompromittiert. Hat England, hat Italien etwas von diesem Vertrag gewußt und ihm zugestimmt? Wenn ja, müssen auch diesen beiden Staaten Konzessionen eingeräumt worden sein. Dann würde aber dieser Weltkrieg ein ganz anderes Gesicht auch in den Augen der französischen Sozialisten bekommen. Falls diese Enthüllungen des Reichskanzlers voll und ganz der Wahrheit entsprechen und ins französische Volk, in die Schützengräben dringen, so wird es mit dem Kriegswillen Frankreichs bergab gehen."

Nach dieser einmütigen Aufnahme der Enthüllungen des deutschen Kanzlers in der ganzen Schweiz sah man bei uns mit einer gewissen Spannung der Wirkung entgegen, die die Kanzlerrede in Frankreich auslösen würde. Der Wortlaut wurde im „Temps" vom 31. Juli abgedruckt. Schon dieser Abdruck ließ das böse Gewissen Frankreichs erkennen; denn das Pressebureau des Pariser Auswärtigen Amtes glaubte „im Interesse des Vaterlandes" folgende Abweichungen vornehmen zu müssen:

Dieser Vertrag sicherte Frankreich seine im Anschluß an frühere Eroberungskriege gezogenen Grenzen vom Jahre 1790 zu, also Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer, ganz nach Gutdünken Frankreichs.

Ce traité dont je viens de parler assurait à la France ses frontières de 1870, mais en les rectifiant par des lignes, qu' avaient établies les guerres de conquêtes antérieures, c'est à dire que la France aurait, an dehors de l'Alsace-Lorraine, le bassin de la Sarre et de vastes modifications territoriales sur la rive gauche du Rhin.

Es ließ ferner aus den gleichen Befürchtungen, daß Bestürzung im Lande entstehen könnte, folgenden Satz vorsichtigerweise ganz aus:

Digitized by Google

Man möge bedenken, daß die russische Revolution mit französischem Blute erkauft worden sei.

Die Presse der Rechten, d. h. die Zeitungen der Klerikalen, Monarchisten und des rechten Flügels der Radikalsozialisten, die alle seit Kriegsbeginn für die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens und für die Einverleibung der deutschen Rheinprovinzen in Frankreich eingetreten sind, veröffentlichten die Kanzlerrede kommentarlos nur in einem kurzen Havas-Auszug, in dem die wesentlichsten Enthüllungen wohlweislich fehlten, erhoben aber dagegen, wie ertappte Verbrecher das häufig in blinder Wut zu tun pflegen, Gegenbeschuldigungen. „Journal des Débats" und „Petit Parisien" brachten längere Auszüge, ließen sich aber im allgemeinen von ähnlichen Zornesausbrüchen zu ähnlichen Gegenbeschuldigungen hinreißen. Dem „Matin", der die Rede in großer Aufmachung auf der ersten Seite veröffentlicht hatte, entschlüpfte das zynische Geständnis: Wir haben gewiß an das linke Rheinufer gedacht, das wird kein Mensch bezweifeln. Wir wollten es aber nicht um unserer selbst willen, sondern um unsere ehr- und bewunderungswürdigen kleinen Nachbarn vor den fürchterlichen Deutschen zu schützen.

Das war der erste Niederschlag der Kanzlerrede in Frankreich: Verlegenes Schweigen in den Kreisen der ertappten Imperialisten, wutschnaubendes Geschimpfe in den Regierungsblättern und offene Geständnisse von den politischen Zynikern.

Konnte man eine andere Wirkung in einem Lande erwarten, dessen politische Führer im Laufe des Krieges erklärt haben: „Ich fordere, daß die französischen Grenzen bis zum Rhein und bis an die Mosel gehen, und daß wir einen Präfekten der Republik in Koblenz amtieren sehen." (Der frühere Ministerpräsident Charles Dupuy.) Und: „Der gegenwärtige Krieg hat klar erwiesen, daß Ströme die wahren und sichersten Stützpunkte der Verteidigung sind. Mögen also Rhein und Mosel am Schutze Frankreichs teilnehmen! Solche Grenzen werden die Nation wirksam gegen Angriffe schützen, deren letzter der von 1914 gewesen sein muß, und sie werden ihre Unabhängigkeit sichern, indem sie ihr die für die freie Entwicklung seiner Industrie notwendigen und für die Landesverteidigung entscheidenden Rohmaterialien wiedergeben." (Abgeordneter Fernand Engerand.)

Der bekannte Romanschriftsteller René Bazin, der der französischen Akademie angehört, verlangt gleichfalls die Rheingrenze: „Die linksrheinischen Provinzen sind sämtlich uns bestimmt," schreibt er. (Ich zitiere nach der eben erschienenen Arbeit „Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung" von Joachim Kühn, Jena 1917, Seite 12.) „Wenn uns das Elsaß und Lothringen von Natur gehören, so sind wir auch zum Besitz der Pfalz berechtigt, die eine Fortsetzung des heutigen Reichslandes bildet. Ein Frankreich, das sich im Norden bis zur Mosel erstreckte, Landau, Speyer, Mainz, Trier einbezöge und längs des Rheins von einem vergrößerten Belgien fortgesetzt würde, hätte nach dem Kriege, der die Karte Europas umgestalten

Digitized by Google

wird, nichts Unnatürliches, und ebensowenig würde sich ein geographischer Widersinn ergeben."

Diese Eroberungsgelüste von französischen Parlamentariern, Schriftstellern und Regierungsvertretern hat sich die französische Regierung zu eigen gemacht, wie wir Schweizer zuerst aus der „Berner Tagwacht" erfuhren und wie die ganze Welt durch die Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers erfahren hat. Die Verwirrung, die diese Enthüllungen in der französischen Presse angerichtet haben, verschwindet hinter der Verwirrung, die diese Enthüllungen im französischen Parlament hervorgerufen haben, die nur infolge der Charakterlosigkeit und der Feigheit der französischen Radikalen nicht in eine Katastrophe ausartete. „Seit der Dreyfus-Affäre", schrieb mir ein französisches Parlamentsmitglied, dessen Namen ich natürlich gegenwärtig nicht nennen darf, „haben wir nicht eine derart stürmische Sitzung erlebt, wie diejenige vom 31. Juli, in der die Reinigung der politischen Atmosphäre geglückt wäre, wenn der linke Flügel der Radikalen nicht im letzten Augenblick abgeschwenkt wäre und noch einmal für die Regierung gestimmt hätte. Noch einmal. Ich hoffe, ich glaube zum letztenmal. Es war ein Pyrrhus-Sieg, den Poincaré und seine Strohmänner am 31. Juli erfochten haben. Sie wissen es selbst, daß die Stunde ihres Gerichtes naht. In Paris, in allen größeren Städten und auf dem Lande hat die Friedensbewegung eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß Poincaré sich nicht mehr lange wird halten können. Mag er in letzter Verzweiflung die Diktatur gegen uns aufbieten und uns als Landesverräter und deutsche Agenten beschimpfen, es wird ihm nichts nützen. Wir schreiten von Erfolg zu Erfolg. Er und seine Horde kämpfen, wie Charles Peguy einst von den Antidreyfusards sagte, für ihr kleines, zeitliches Wohl, und wir für das ewige Heil Frankreichs. Und schon jetzt künden sich unsere Erfolge an: der kriegsfeindliche Roman von Henri Barbusse ist in über 100000 Exemplaren verbreitet und seine Wirkung nicht mehr einzudämmen. Marcelle Capys kriegsfeindliche Skizzensammlung hat eine Auflage von 40000 erreicht und über 12 kriegsfeindliche Zeitschriften sind in den letzten vier Monaten gegründet worden. Und wenn Herr Poincaré seine Spitzel und Zensoren verdoppelt und verdreifacht, er wird unsere Bewegung nicht mehr eindämmen. Sie hat schon die Front gewonnen, wohin die Urlauber mit den Rufen zurückkehren: ‚Vers la boucherie! Vive la Révolution! A bas Poincaré!'[1] Angesichts aller dieser Tatsachen war unsere Kammertagung vom 31. Juli eine Schande, nicht in dem Sinne, wie die Heimkrieger Barrès, Maurras und Daudet es meinen, sondern in dem Sinne, daß sich Franzosen finden, die es wagen, angesichts unserer gewaltigen Blutopfer, angesichts der allgemeinen Kriegsmüdigkeit im Lande und an der Front unsere in der Front stehenden Familienväter, angesichts der zahllosen und berechtigten Meutereien immer weiter in das Gemetzel hineinzupeitschen." ...

Dem Brief dieses französischen Parlamentariers lag ein Bericht jener Kammerverhandlung bei, in dem er mich vornehmlich auf folgende Äußerungen aufmerksam machte:

[1] Nach dem Schlachthaus: Es lebe die Revolution! Nieder mit Poincaré!

Digitized by Google

1. Cachin forderte Ribot auf, unzweideutig zu erklären, ob nichts übrig geblieben sei von den im letzten Februar in Petersburg gepflogenen Verhandlungen, gegen Ende der zaristischen Regierung.

(Zwischenruf von Delaye: So spricht Michaelis!)

Ribot verweigerte die Antwort.

2. Ribot sagte: Es ist in der Tat möglich, daß Franzosen gewollt haben, daß sie selbst zu dieser Stunde versuchen wollen, das linke Rheinufer zu erobern. Sie wollen, daß ich denen Stillschweigen gebiete und daß ich ihnen gegenüber härter und kraftvoller auftrete als die deutsche Regierung gegenüber den Alldeutschen.

Seit drei Jahren forderten „Action française", „Croix", „Rappel" und „Victoire" täglich das linke Rheinufer, ein Gebiet, das zu erobern ihre militärische Kraft nicht ausreichte, während die Alldeutschen nur gelegentlich erörtert haben, ob die durch die deutsche militärische Kraft eroberten Gebiete annektiert werden sollen. Daß die deutsche Regierung diesen privaten Erörterungen fernsteht, beweist ja gerade die Rede des Kanzlers und die Resolution des Reichstages.

3. Zwischenruf von Moutet: Sie fördern das Manöver von Michaelis.

Ribot: Was ich gesagt habe, muß genügen; aber etwas gilt mehr als das Wort eines Ministers des Äußeren und zwar die Abstimmung, die Sie am 5. Juni gegeben haben. Es existiert die Tagesordnung, durch die Sie bestätigt haben, daß Sie die Rückgabe Elsaß-Lothringens fordern. Sie haben in dieser Tagesordnung noch mehr gesagt, daß Sie Garantien für einen dauernden Frieden wünschen, daß Sie den nur erzielen können nach Niederwerfung des preußischen Militarismus. (Beifall.) Das haben Sie gesagt. Wie ist diese Tagesordnung zustande gekommen, Herr Renaudel? Sie haben sie diskutiert, alle Parteien haben sie angenommen, Sie haben sie angenommen!

Mehrere Mitglieder der sozialistischen Partei: Nein.

Ribot: Sie haben sie angenommen, Herr Renaudel, auf die dringende Bitte, die ich an Sie gerichtet habe. Bedauern Sie das?

Ribot versuchte, seine Hände in Unschuld zu waschen und bemühte sich, durch diesen teuflischen Schachzug die ganze Verantwortung auf diejenigen abzuwälzen, deren Schwäche er durch seine Überredungskunst für sich gewonnen hatte.

Das Vertrauensvotum ist ein Zeichen der Charakterlosigkeit und der Feigheit der radikalen und sozialistischen Parteien, die nicht wagt, sich für ihre oppositionelle Meinung einzusetzen, die nur oppositionelle Reden hält, aber nicht oppositionell aufzutreten wagt.

4. findet sich im „Homme ench." vom 2. August folgendes Geständnis von Clémenceau: Die einfache Tatsache, daß Ribot nur nötig gehabt hat, seine früheren Worte ins Gedächtnis zu rufen, die in der einmütig angenommenen Tagesordnung der beiden Kammern enthalten sind, genügt, um die Überflüssigkeit seines Protestes für jeden aufrichtigen Menschen zu beweisen. Es ist möglich, daß die hohen Persönlichkeiten, welche Doumergue dem Zaren eiligst geschickt haben, Vorschläge gemacht haben, die die Nationalvertretung niemals gebilligt, ja nicht einmal gekannt hat. Uns sind diese Klatschereien unbekannt. Unser Parlament hat vor Europa alle Verantwortlichkeiten übernommen und wird sie aufrecht erhalten können.

Digitized by Google

Chinesische Finanzen

Von Dr. Wilh. Schrameier

Englische und französische den betreffenden Regierungen nahestehende Zeitungen in China weisen einmütig auf die schwierige Lage der chinesischen Finanzen hin. Es geschieht in demselben Augenblicke, wo der chinesischen Regierung als Wirkung eines Anschlusses an die Entente die Befreiung von der Zinszahlung auf die Deutschland geschuldeten Summen in den leuchtendsten Farben geschildert wird. Die „North-China Daily News" sprechen von einem finanziellen Chaos, schlimmer als je zuvor, und das „Echo de Chine" sucht die von dem Internationalen Syndikat, hinter dem die Regierungen der vertretenen Banken, also auch Großbritannien und Frankreich, stehen, geplante Anleihe zu diskreditieren[1], indem es vor einem Ankauf chinesischer Schuldverschreibungen warnt. Dunkel deutet das Blatt auf den letzten Ausweg für China hin. „Reich, wie das Land ist," so schreibt es, „könnte es, wenn es eine starke und kräftige Regierung, geschickte Minister und Beamte von musterhafter Ehrlichkeit hätte, mit einem Schlage seine finanziellen Verpflichtungen loswerden. China steht an einem Scheidewege, einem der wichtigsten in seiner Geschichte. Zwei Wege stehen ihm offen. Einer führt zur sofortigen Befreiung von allen finanziellen Verpflichtungen, der andere zur Kontrolle durch das Ausland. Welchen wird es wählen? Hoffen wir, daß die Leiter ein klares Verständnis für die Zukunft des Landes haben, die an erster Stelle von der Regierung abhängt."

Das ist der Ton, der in unendlichen Variationen[2] dem Chinesen aus der ausländischen Presse seines Landes entgegenschallt. Dabei ist weder Frankreich noch England in der Lage, China weitere Vorschüsse zu geben; die einzige Macht, die bis vor kurzem größere Mittel dem Lande hätte zur Verfügung stellen können, Amerika, hat sich durch Anschluß an die Entente dieser Möglichkeit zum weitaus größten Teile begeben. Nur Japan käme noch in Frage; doch weder läßt der Umfang der japanischen Rüstungsvorbereitungen eine wirksame Unterstützung Chinas zu, noch werden die dem Mikado verbündeten Mächte gelassen einer Stärkung der chinesischen Finanzen durch Japan, die ihm politische Vorteile sichern würde, zusehen.

Über die Drohung ist kein weiteres Wort zu verlieren. Wie aber steht es mit der Verheißung, falls China sich tatsächlich der Entente verschreibt? Hängt Chinas finanzielle Selbständigkeit von seinem Eintritt in den Krieg ab? Zunächst würde in diesem Falle die Verzinsung der Deutschland geschuldeten Beträge fortfallen. Chinas Staatsschuld an das Ausland beträgt 171 906 000 £. Hiervon entfallen auf die Zentralregierung 157 617 000 £, auf die Provinzialregierungen 14 289 000 £. Deutschland ist an den ersteren mit 29 706 000, an den letzteren mit 1 600 000 £ beteiligt, also im ganzen nur mit etwa 18 Proz. Bereits im vorigen Jahre hat das Deutsche Banksyndikat seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Zinsen aus diesen Beträgen in eine

[1] diskreditieren = in übeln Ruf bringen. [2] Variation = Abänderung.

Digitized by Google

neue Anleihe von erheblicher Höhe an China umgewandelt werden; mit Rücksicht auf die Lage der Dinge würde es ohne Zweifel im Bedarfsfalle in eine Erhöhung des neuen Anleihebetrages willigen. Die Kriegserklärung würde also in dieser Hinsicht keine Besserung bringen, geschweige denn eine Rettung aus allen Finanzsorgen, wie das französische Blatt in Aussicht stellt. Wollen denn die anderen Mächte auf ihren Anteil verzichten? Als Belohnung für eine Teilnahme Chinas am Kriege haben sie sich mit einer Stundung der fälligen Zinsen einverstanden erklärt, nicht aber mit deren Erlaß. China würde also zeitweilig die gleiche Erleichterung von ihnen erfahren, die es seit langem von Deutschland — und zwar bedingungslos — genießt. Die Zinsen würden in eine neue Schuld umgewandelt werden, die nach einigen Jahren abgetragen werden müßte; eine Befreiung aus allen finanziellen Verpflichtungen wäre also keineswegs damit verknüpft.

Als weitere Erleichterung haben die Verbandsmächte im Falle der Aufgabe der Neutralität Chinas sich zu einer Erhöhung des Zolltarifs bereit erklärt. Der vertragsmäßig festgelegte Tarif ist ein 5 prozentiger Wertzoll. Nach Umwandlung des ursprünglichen Werttarifes in spezifische Zölle auf der Grundlage von 5 Proz. bleiben infolge des Fallens der Silberkurse die Erträgnisse vielfach hinter den vereinbarten und erwarteten zurück. Von Zeit zu Zeit ist deshalb eine Anpassung der spezifischen Zölle an die realen Kursverhältnisse erforderlich. Eine solche war zuletzt nach den Boxerwirren erfolgt, und bereits im Frühjahr 1914 hatte Deutschland sich zu einer Revision des Zolltarifs bereit erklärt. Es war sogar weiter gegangen und hatte seine grundsätzliche Zustimmung zu der seit dem englischen Handelsvertrage von 1904 allgemein angestrebten Zollerhöhung auf 7½ Proz. unter der Bedingung des Fortfalls der Inlandzölle (Likin) erteilt. Auch diese Frage ist in letzter Zeit wieder in Fluß gekommen. Am 15. Dezember v. J. meldete der „Ostasiatische Lloyd", daß das Ministerium für Handel und Industrie beim Auswärtigen Amte angeregt habe, diese Erhöhung der Seezollabgaben unter Abschaffung des Likin von neuem dem Diplomatischen Korps vorzuschlagen. China legte Wert darauf, bekannt zu geben, daß diese Revision seiner eigenen Anregung entspringe und nicht zu den Bedingungen gehöre, unter denen es dem Verbande gegebenenfalls beitrete. England war bereit, nach Besprechung mit seinen Verbündeten der Anregung zu folgen, ebenso Frankreich; auch Rußlands Zustimmung war nicht zweifelhaft. Nur Japan machte Schwierigkeiten. In der Genugtuung, die es nun einmal darüber empfindet, seinen Verbündeten in China hinderlich zu sein, sah es voraus, daß die Revision eine Förderung der chinesischen Baumwollindustrie zur Folge haben und dadurch japanische Interessen schädigen würde. Deshalb bestand es im Falle einer Berücksichtigung des chinesischen Wunsches auf eine Entschädigung für alle etwa entstehenden Verluste und Nachteile. Bis jetzt erscheint also die Lösung der Frage wenig aussichtsreich. Vielmehr zeigt sich, daß die wachsenden Interessen der verschiedenen Mächte einer Ein-

Digitized by Google

heitlichkeit des Zolltarifs im Wege stehen. Die Zeit wird nicht fern sein, wo jedes Land seine eigenen Handelsverträge ohne Rücksicht auf andere mit China schließt und die Meistbegünstigungsklausel fallen läßt. Je eher und gründlicher Deutschland sich darauf einstellt, einen um so größeren Dienst wird es sich und China in Zukunft erweisen.

Wie steht es denn nun mit der Befreiung von allen finanziellen Verpflichtungen, die die Ententepresse großmütig China für seine Neutralitätsaufgabe vormalt? Mit ziemlicher Gewißheit läßt sich annehmen, daß die Zinsen der fälligen Anleihen und Vorschüsse für einige Zeit gestundet, nicht niedergeschlagen werden. Dagegen wird sich eine Einigung über die gewünschte Tarifrevision und damit eine Stärkung der chinesischen Finanzen während der Kriegsdauer kaum herbeiführen lassen; ebensowenig kann China damit rechnen, daß die in den Krieg verwickelten Völker ihm zur Lösung seiner Verwaltungsaufgaben weitere Mittel borgen. Die finanziellen Vorteile sind also verschwindend und die Versprechungen erweisen sich als nichtig. Chinas Lage bleibt die gleiche wie früher, und ebensowenig wie bisher ein Grund vorlag, China unter die Finanzaufsicht des Auslandes zu stellen, erscheint die Drohung zurzeit berechtigt. Nur während der kurzen Periode der ersten Revolution hat der chinesische Schuldendienst versagt. Seither ist China allen Ansprüchen des Auslandes gerecht geworden; daß darin eine Änderung eintreten sollte, ist nur zu befürchten, wenn die Machinationen[1] der Mächte das Land von neuem in eine Verzweiflungslage versetzen. Gerade die wichtigsten Einnahmequellen des Reiches hatten sich im letzten Jahre wesentlich gebessert. Der 1916 an die Banken der Finanzgruppe ausgezahlte Reinertag der Salzzölle betrug 72 440 559 Dollar gegen 69 277 536 Dollar im Jahre 1915. Nach Bestreitung aller damit zusammenhängenden Verpflichtungen stellte sich der an die chinesische Regierung ausgezahlte Überschuß auf 52 226 000 Dollar. Ebenso stiegen die Einnahmen der Seezölle im Jahre 1916 auf 52 850 000 Dollar von 51 445 800 Dollar im Jahre 1915. Wenn auch Chinas Finanzlage fern von rosig ist, so läßt sich die Androhung einer Finanzkontrolle, solange die Regierung allen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommt, nur als frivol bezeichnen.

Seit dem Ausgang der Mandschuzeit arbeitet die chinesische Regierung an der Aufgabe, das Finanzwesen zu modernisieren und eine genauere Kontrolle zu ermöglichen, aber bis jetzt sind die Versuche gescheitert. Die Aufgabe war um so verwickelter, als die wiederholten Revolutionen alle Pläne und Berechnungen über den Haufen warfen. Der Reichshaushaltsplan der Mandschuregierung schloß für das Jahr 1911 mit einem Überschuß von etwa 4,8 Millionen Dollar ab; durch Ausbruch der Revolution verwandelte sich der Überschuß in ein Defizit von 322 Millionen Dollar. Insgesamt ergab sich bis zum Jahre 1913, als einigermaßen geordnete Verhältnisse wiederkehrten, ein Nettofehlbetrag von 1036 Millionen Dollar. Auch die Unruhen

[1] Machinationen = Ränke.

Digitized by Google

während der Jahre 1913 und 1916 verschlangen große Summen, insbesondere vereitelten sie die Bemühungen, die vielen Söldnerhaufen, die sich um die Führer der Revolution geschart hatten und auf Staatskosten lebten, wieder loszuwerden. Jeder Versuch, diese Massen abzulohnen und zu entlassen, führte zu Ausschreitungen, so daß die Regierung gezwungen war, das Übel weiterzuschleppen. Die Ausgaben für Militär allein betragen in diesem Jahre über die Hälfte der Gesamtausgaben. Für Hebung der Industrie, Entwicklung des Handels und Ausbau der Eisenbahnen ist nur geringe Vorsorge getroffen. Schul- und Justizreform kommen aus Mangel an Mitteln nicht von der Stelle. Die Ausgaben müssen sich eben nach den Einnahmen richten, da es in China bis jetzt nicht möglich ist, die Einnahmen, wie es in jedem geordneten Staatswesen der Fall sein sollte, auf die Ausgaben zuzuschneiden. Weitere Einnahmequellen würden die Erhöhung des Zolltarifes und eine Reform der Grundsteuergesetze erschließen. Die erste bedarf der Zustimmung aller Vertragsmächte; die zweite ist, so oft sie versucht wurde, an dem Widerstande der Bevölkerung zusammengebrochen. Um neue Steuern auszuschreiben, gebricht es der Regierung im allgemeinen an Einfluß und Ansehen.

Somit ist China vorläufig auf eine weitgehende Anleihewirtschaft angewiesen. Inneren Anleihen steht durchweg das Mißtrauen des Volkes gegen die Regierung im Wege. Die Beträge, die auf diese Weise zusammengekommen sind, sind verschwindend. Ausländer haben sich bis jetzt weniger zurückhaltend gezeigt; die Bedingungen, unter denen die Anleihen erfolgten, griffen jedoch in die Hoheit des chinesischen Reiches ein und gewährten dem Auslande neben reichlicher Verzinsung und vorteilhaften Ausgabekursen eine Kontrolle über die Einrichtungen, Anlagen und natürlichen Reichtümer des Landes.

Besonders blühte das Anleihewesen während der Revolutionsjahre. Da war kaum eine Provinz oder ein General, der sich nicht bemüht hätte, gegen Verpfändung irgendeines Besitzstückes der Regierung sich bares Geld zu verschaffen; sogar die Pekinger Universität versuchte im November 1912 auf diesem Wege sich über Wasser zu halten. Ausländische Geldgeber beeilten sich, allen Wünschen entgegenzukommen. Die fünfprozentige Staatsanleihe zu Reorganisationszwecken im Nennbetrage von 25 Millionen Pfd. Sterl. vom 26. April 1913, die letzte größeren Stils, die China vom Auslande erhielt, kam durch eine internationale Bankgruppe, das sogenannte Fünfmächtesyndikat, unter Beteiligung von England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Japan zustande. Ursprünglich sollten die beteiligten Nationen 5 Millionen Pfd. Sterl. aufbringen; da Japan kein Geld hatte, wurde der Betrag so verteilt, daß England und Frankreich je 7 416 680 £, Deutschland 6 000 000, Rußland 2 777 773 und Belgien 1 388 887 £ übernahmen. Aus finanziellen Gründen hatte ein amerikanisches Konsortium sich anfangs angeschlossen und auch die Aufnahme von Rußland und Japan in das Syndikat angeregt. Als die politischen Nebenabsichten der

Digitized by Google

letzteren im Laufe der Verhandlungen klarer zutage traten und die wahren Zwecke des Finanzgeschäfts durch den Einspruch des französischen Gesandten enthüllt wurden, erklärte Präsident Wilson eine Anleihe nicht unterstützen zu können, deren Bedingungen in die Unabhängigkeit der Verwaltung Chinas eingriffen und in Zukunft möglicherweise zu einer gewaltsamen Einmischung in die finanziellen und politischen Verhältnisse der chinesischen Regierung führen könnten.

Der Austritt der amerikanischen Banken vollzog sich ohne besondere Störung, denn die anderen Mächte waren nur zu gern bereit, deren Anteil zu übernehmen. Eine Änderung brachte der europäische Krieg, in den alle dem Konsortium angehörenden Länder verwickelt waren. Allmählich floß das Gold von Europa in amerikanische Banken und machte Amerika zum alleinigen Geldgeber der Welt. China wandte sich, als das Fünfmächtesyndikat versagte, in seiner Bedrängnis an die amerikanische Bankgruppe in New York. Diese aber hielt sich unter Hinweis auf die Erklärung Wilsons zurück. Dem Einflusse der amerikanischen Regierung gelang es, eine vom Syndikat unabhängige Firma, das Bankhaus Lee, Higginson & Co., zu einem Vorschuß von 5 Millionen Golddollar an China zu veranlassen. Noch ehe der Betrag ausgehändigt war, brach die Empörung gegen Yuanschi-k'ai aus; nur 1 Million Golddollar blieb in Chinas Händen. Später verständigte sich das Bankhaus mit dem New Yorker Konsortium, und man hörte nichts mehr von ihm, obwohl Lee, Higginson & Co. die Option für weitere 25 bis 50 Millionen Dollar gegen das Versprechen der Verpfändung der chinesischen Grundsteuer hatten.

Nach seiner Wiederwahl beschäftigte sich Wilson lebhafter mit der Neuanknüpfung finanzieller Beziehungen zu China und der Stärkung amerikanischen Einflusses auf dem chinesischen Markte. Durch Vermittlung des Washingtoner Staatsdepartements gelang es der chinesischen Regierung, für ihre dringenden Augenblicksbedürfnisse mit der Chicagoer Continental and Commercial Bank Mitte November 1916 eine kurzfristige Anleihe von 5 Millionen Golddollar unter Zusicherung der Option auf ein weiteres Vorschußgeschäft von 25 Millionen Golddollar zu schließen. Dagegen protestierte das Internationale Syndikat, indem es sich auf Art. XVII des Reorganisationsanleihevertrages[1] berief, der den Syndikatsbanken die erste Option[2] bei künftigen Verwaltungsanleihen Chinas sicherte. Die chinesische Regierung hatte die Ausrede, daß nach dem formellen Ausschluß Deutschlands aus der Gruppe das Syndikat für sie nicht mehr bestehe, und da dieses außerdem ihr keine Hilfe gewähre, sie genötigt sei, sich in den Vereinigten Staaten umzusehen. Sie konnte sich weiter darauf berufen, daß in dem mit der Chicagoer Bank abgeschlossenen Vertrag es sich um eine Industrie-, nicht um eine Verwaltungsanleihe handle.

Angelockt durch das Angebot einer Verpfändung der Grundsteuer, das weite Ausblicke auf eine politische Einmischung in die innerchinesischen Verhältnisse eröffnete,

[1] Reorganisation = Neugestaltung. [2] Option = Wahl.

Digitized by Google

versuchte Japan mit allen Kräften, das Internationale Syndikat China wieder zuzuführen. Es erbot sich, durch dessen Vermittlung 10 Millionen Dollar sofort China auszuzahlen, damit die Regierung an das Syndikat gebunden bleibe, bis entweder das amerikanische Konsortium der Gruppe wieder beitrete oder sich eine andere Lösung ergebe. Obwohl das Angebot keine Annahme erhielt, wurden die Anleiheverhandlungen fortgesetzt und zuletzt nach London übertragen. Hier fanden am 30. Januar 1917 Besprechungen zwischen den Vertretern der verschiedenen an dem Syndikate beteiligten Länder mit Ausnahme Deutschlands statt, deren Ergebnis nach japanischen Quellen ein Beschluß war, die amerikanische Gruppe aufzufordern, wieder dem Syndikate beizutreten, China 50 bis 100 Millionen Golddollar, die von Japan und Amerika gemeinsam aufzubringen seien, vorzuschießen und neben dem noch nicht verpfändeten Reste der Salzeinnahmen die Grundsteuer als Sicherheit zu fordern. Japan bestand außerdem im Zusammenhang mit der Anleihe darauf, die größte Anzahl Berater zum Zwecke der Grundsteuerreform China zu stellen.

Ob China sich damit einverstanden erklärt haben würde, trotz seiner Verlegenheit Japaner als offizielle Berater bei der Grundsteuerreform anzuerkennen, steht dahin; die Bemühungen sind durch die Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom März d. J. überholt. Das Departement hält an seiner Stellung fest, keine amerikanische Beteiligung an Anleihen zu unterstützen, soweit diese von solchen auswärtigen Banken ausgegeben werden sollen, die in Verbindung mit ihren Regierungen stehen und politische und finanzielle Zwecke verfolgen. Wilson beabsichtigt offenbar, nur unabhängige Geschäfte zwischen amerikanischen Banken und China zu begünstigen und die Chicagoer Bank gegen die Rivalität der New Yorker Gruppe zu halten. Ob Lansings ausdrückliche Zusicherung an die Continental and Commercial Bank, daß die Politik des Staatsdepartements darin bestehe, allen gesetzmäßigen Unternehmungen amerikanischer Bürger im Auslande den nötigen diplomatischen Schutz und die gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen, unter allen Umständen die politische Einmischung der Regierung unnötig macht, mag unerörtert bleiben.

Nun scheint durch Amerikas Eintritt in den Krieg China auch die Aussicht auf Hilfe von dieser Seite zu schwinden. In seiner Notlage suchte es Japans Hilfe. Gegen Verpfändung von wertvollen Bergwerksrechten erhielt es von der japanischen Industrial and Development Company kurzfristige Vorschüsse von 5 Millionen Dollar. Die weitere Hergabe von 80 Millionen Dollar wurde in Aussicht gestellt. Indes fand das Abkommen wegen der allzu harten Bedingungen nicht die Genehmigung des chinesischen Parlaments. An Stelle der nicht bewilligten Bergbaugerechtsame erbat die japanische Gesellschaft die Erlaubnis, 60 000 Tonnen Kupfermünzen im Lande aufzukaufen, einzuschmelzen und auszuführen. Auch dieser Abmachung versagte das Parlament die Genehmigung.

Digitized by Google

Daß die Regierung selbst die Lage durchaus optimistisch beurteilt, zeigt sich darin, daß sie von neuem zu dem Mittel griff, innere Anleihen auszuschreiben. Nicht nur von einer, sondern von dreien zugleich ist die Rede. Der Verkehrsminister will eine innere Anleihe von 200 Millionen Dollar unterbringen. Die Bedingungen sind 6 Proz. Zinsen und Ausgabekurs 94. Die Anleihe soll in vier Serien auf den Markt gelegt werden; die erste Ausgabe von 50 Millionen Dollar war für den 1. März geplant, der Rest sollte folgen. Zu gleicher Zeit lud das Finanzministerium zur Zeichnung auf 50 Millionen Dollar zu Verwaltungszwecken ein, Zinsfuß ebenfalls 6 Proz., Ausgabekurs 95. Daneben beabsichtigte die Hsin Hua-Bank am 1. Januar im Auftrage der Regierung die zweite Reihe auslosbarer Schatzscheine für 10 Millionen Dollar auf den Markt zu werfen. Auch das Ministerium für Handel, Industrie und Ackerbau ging mit dem Gedanken der Ausgabe auslosbarer Industriescheine im Betrage von 10 Millionen Dollar während des Juli um. Schließlich heißt es, daß das Marineministerium sich aus einer inneren Anleihe von 20 Millionen Dollar die nötigen Mittel zum Flottenbau verschaffen will. Über den Zeitpunkt steht allerdings noch nichts fest.

Im ganzen handelt es sich um 290 Millionen mexikanischer Dollar. Nicht viel für ein finanziell gesundes Land, wie China trotz aller Schwäche bisher genannt werden mußte. Zu viel nur für ein Volk, das mitten in der Reform der wichtigsten Verwaltungszweige stecken bleibt und sich in inneren Kämpfen aufreibt. Wilsons Note hat den Verbandsmächten die Genugtuung bereitet, Chinas gesunde Entwicklung um Jahrzehnte zurückzuwerfen.

Die russische Expansion[1] und das Gesetz der Kapazität[2]

Von Prof. Dr. Franz Oppenheimer

Es sei mir gestattet zu dem Briefe des Herrn Dr. Paul Rohrbach an Loewe in Heft 25 dieser Zeitschrift das Wort zu nehmen.

R. glaubt, daß das großrussische Bauerntum selbst nach Aufteilung des gesamten Großgrundeigentums des Adels, der Krone, des Staates und der Kirche dennoch in allerkürzester Zeit, „nicht in 50, auch nicht in 20 Jahren, sondern sehr viel schneller" seinen Bodenspielraum voll besetzt haben und dann mit äußerster Kraft nach Westen, in das Gebiet der jetzt Rußland untertanen „Fremdstämmigen", und weiterhin gegen Deutschland drücken würde.

Ich bin aus verschiedenen Gründen anderer Meinung:

Erstens rechnet R. nicht mit dem nach allen Nachrichten ganz ungeheuerlichen Verlust an russischen Wehrmännern, die ja ganz überwiegend dem Bauernstande angehören, und an Mitgliedern der Zivilbevölkerung, die dem Hunger und den Seuchen

[1] Expansion — hier etwa „Ausdehnungsdrang".

[2] Kapazität = Fähigkeit, etwas in sich aufzunehmen.

Digitized by Google

zum Opfer gefallen sind. Ein Gesamtausfall von allerwenigstens sechs bis vielleicht zehn Millionen Männern aus der Reihe der vollwertigen Agrarproduzenten darf angenommen werden.

Zweitens erscheinen mir die Ziffern über Bodengröße und Bodenbedarf, die R. nach russischen Autoritäten anführt, „hinreichend verdächtig".

Das europäische Rußland hat fast genau die zehnfache Fläche des Deutschen Reiches, nämlich 5377444 qkm; 1910 hatte es 133879100 Einwohner, fast genau 25 pro qkm. Ballod (Grundriß der Statistik, Berlin 1913, Seite 24) rechnet 23 pro qkm. Es fragt sich, wieviel landwirtschaftliche Nutzfläche und wieviel landwirtschaftliche Bevölkerung wir für europäisch Rußland zu rechnen haben. Ballod schätzt für das europäische Rußland rund 123 Millionen Hektar Ackerland, 73 Millionen Hektar Wiesen, in Summa 40,3 Proz. der Fläche; ferner rund 197 Millionen Hektar Wald, gleich 40,4 Proz. der Fläche. Die Waldfläche ist offenbar übermäßig groß. Man wird annehmen dürfen, daß bei fortschreitender Kultur in Rußland noch ungeheuere Flächen heutigen Waldlandes dem Ackerbau gewonnen werden können.

Wir haben also 196 Millionen Hektar Nutzland sofort verfügbar, ohne die Flächen, die aus Waldland in Feldland verwandelt werden können, und ohne das durch Meliorationen[1] in agrarisches Nutzland verwandelbare Unland.

Die Zahlen stimmen scheinbar ganz ordentlich mit denen überein, die R. nach Jermolow zitiert, demzufolge dem Bauernlande von 163 Millionen Deßjätinen (180 Millionen Hektar) einige 40 Millionen Deßjätinen (ca. 45 Millionen Hektar) „landwirtschaftlich brauchbare Fläche aus dem Gutsbesitzerland, aus den Domänen, den Apanagen, den geistlichen und städtischen Ländereien gegenübersteht" (S. 794). Dennoch sind die Ziffern, wie ich glaube, stark irreführend. Denn das Bauernland besteht durchaus nicht zur Gänze aus Acker und Wiesen, sondern umfaßt große Teile Wald, schlechte Weide und Unland. Was die Bauern weniger an agrarischem Nutzland haben, müssen die diversen Großbesitzer eben mehr haben.

Wie viel mehr, läßt sich bei dem elenden Stand der russischen Statistik nicht angeben. Daß es aber viel mehr sein wird, als — aus sehr durchsichtigen Gründen — von den Verfechtern des heutigen Grundbesitzes angegeben wird, läßt sich wahrscheinlich machen:

Nach Wirminghaus[2] ist in den Jahren 1877—1880 eine umfassende Enquete[3] über die Grundbesitzverhältnisse des europäischen Rußland angestellt worden, die von rund 417 Millionen Deßjätinen (458 Millionen Hektar) 391 Millionen Deßjätinen (430 Millionen Hektar) berücksichtigte. Davon gehörte den Bauerngemeinden damals fast genau ein Drittel (33,6 Proz.); außerdem hatten 273074 bäuerliche Privatbesitzer noch 5,5 Millionen Hektar Fläche, durchschnittlich 20 Hektar. 114716

[1] Melioration = Bodenverbesserung.

[2] Art. „Grundbesitz" (Statistik) im Handwörterbuch d. d. Staatsw. 3. Aufl. V. 152.

[3] Enquete = Umfrage.

Digitized by Google

adlige Privatbesitzer besaßen rund 80 Millionen Hektar, durchschnittlich 700 Hektar, aller Privatbesitz zusammen betrug etwa 1/4 der Fläche, 38,5 Proz. waren Staatseigentum. Man wird annehmen dürfen, daß die Bauern, die von der Gesamtfläche rund 1/3 erhielten, auch von dem wertvollsten Teil der Gesamtfläche, der „agrarischen Nutzfläche", ein Drittel erhielten, vielleicht etwas mehr, weil die Grundbesitzer den Wald, wo er wertvoll war, für sich behielten, vielleicht etwas weniger, wenigstens dem Werte nach, weil sie die Macht hatten, das beste Land für sich zu behalten.

Wie viele Bauern gibt es nun in Rußland und wie viele agrarische Nutzfläche brauchen sie im Durchschnitt?

Das habe ich in einer eigenen Untersuchung festzustellen mich bemüht[1]. Nach der letzten russischen Volkszählung von 1897 gab es damals rund 72 Proz. (71,3) landwirtschaftliche Bevölkerung. Der Prozentsatz ist in den zwanzig Jahren seither bestimmt gefallen; wenn wir ihn trotzdem zugrunde legen, so kommen wir für 1910, wo das europäische Rußland auf ca. 134 Millionen Einwohner geschätzt wurde, auf rund 96 Millionen landwirtschaftliche Bevölkerung. Bei gleicher Verteilung käme also auf den Kopf 2, auf die (sehr kopfstarke) russische Bauernfamilie, in ihr lebende Aszendenten natürlich eingerechnet, 14—16 Hektar durchschnittlich.

Das ist aber selbst bei sehr extensivem Ackerbetrieb das Maximum, das eine Bauernfamilie auf mittlerem Boden *ohne gemietete Hilfskräfte* bestellen kann. Selbst in Sibirien, wo — offenbar, um der Anziehungskraft Kanadas zu begegnen — neuerdings *in der Steppe* 35—40 Deßjätinen pro Familie ausgegeben werden, also in allerextensivster Okkupationswirtschaft[2], „kann nur ein geringer Teil von den Bauern eigenhändig gepflügt werden" (Stolypin und Kriwoschein, Die Kolonisation Sibiriens, Berlin 1912).

Ich habe in der angeführten Untersuchung folgendermaßen zusammengefaßt:

Das Höchstmaß der Mittelbauernhufe dürfte mithin 15 Hektar betragen und mit dem heute noch verfügbaren Landvorrat fast genau übereinstimmen. Wohlverstanden das Höchstmaß!

Wie groß ist nun die Mindestgröße, die einer Familie anständigen Unterhalt gewährt?

Um diese Frage zu beantworten, muß man die Vorfrage stellen, warum denn der russische Bauer mit seiner für westeuropäische Auffassung so reichlichen Landausstattung nicht zu existieren vermag, auch nicht der Mittelbauer, auch sehr oft nicht der Großbauer?

Weil er bisher unter unmöglichen Bedingungen stand, unter wirtschaftlich und politisch unmöglichen Bedingungen[3].

Wirtschaftlich: das Land wurde den Bauern als Gemeineigentum (im „Mir") über-

[1] „Der russische Bauer". Revue de Politique Internationale. 1914. Heft 9/10.

[2] Okkupation = zeitweilige Besitzergreifung.

[3] Genaueres in meiner oben angeführten Untersuchung S. 254—266, der ich hier folge.

Digitized by Google

wiesen und zwar mit der Übung periodischer[1] Neuverteilung. Natürlich war Raubbau die Folge, denn niemand bessert oder düngt auch nur einen Acker, dessen Ertrag ihm nicht dauernd sicher ist.

Ferner: das Bauernland liegt zum großen Teile unwirtschaftlich weit vom Dorfe, bis zu zwanzig Kilometer, sehr häufig drei Kilometer. Solch Land kostet bekanntlich mehr als es einträgt.

Weiter: das Land ist unglaublich zersplittert. Eine in zwanzig Fetzen zersplitterte Hufe wird als nicht abnormal angesehen. Kommentar überflüssig.

Weiter: das ganze Land wird in Dreifelder-Wirtschaft im Flurzwang bestellt. Jeder Anbau der Brache, sogar Schwarzbrache, ist unmöglich, jeder technische Fortschritt ausgeschlossen, ein volles Drittel allen Ackers jährlich ertraglos.

Noch mehr: das System erzwingt zahllose breite Raine, die ein weiteres Siebentel des Bodens einnehmen und außerdem den Acker unheilbar verunkrauten.

Ferner: das Inventar ist tief unter allen noch so bescheidenen Ansprüchen. Das tote Inventar ist antidiluvianisch[2], der slawische Haken herrscht noch weithin. Die Viehausstattung war schon bei der Emanzipation ungenügend und sinkt andauernd trotz der Vermehrung der Seelenzahl und der Notwendigkeit, mehr Dung auf die pro Kopf verkleinerte Ackerfläche zu bringen.

Die Viehhaltung und das Viehprodukt ist in allen Ländern höherer Kultur das Rückgrat der Bauernwirtschaft. Peter Marlow sagt (a. a. O. S. 21/22): die Produktivität der Landwirtschaft sinkt, die Getreideernte wird geringer; und ferner (S. 28), es scheine keine Möglichkeit zu bestehen, daß jene zu höherer Prosperität[3] wieder kommen könne.

Unter diesen Umständen kann man sich einen Begriff davon machen, welche Ernten diese verstümmelten Bauernwirtschaften dem Boden entreißen. Nach Wrangell ist der Durchschnittsertrag pro Deßjätine 34 Pud. Da aber jährlich nur $^2/_3$ der Fläche tragen, so kommen nur 23 Pud auf die Deßjätine Gesamtfläche, d. h. ca. 380 Kilo.

Wir denken, die Ziffer genügt. Und man wird Marlow recht geben müssen, wenn er (S. 21) sagt, der russische „Bodenmangel" sei ganz eigener Natur. Er beruhe auf folgenden Ursachen: 1. Zu wenig Industrie; 2. schlechte Verteilung der Bevölkerung; 3. das Saatland nimmt einen zu kleinen Teil der kulturfähigen Fläche ein; 4. die Ernten sind zu gering.

Diese kläglichen Ertragsziffern und der Rückgang des Viehstandes sind durchaus Folgen der noch unmöglicheren politischen Bedingungen, unter denen der russische Bauer bisher gestanden hat.

Zunächst hat man ihn, ganz abgesehen von aller inoffiziell administrativen Aus-

[1] Periodisch = von Zeit zu Zeit.
[2] antidiluvianisch = vorsintflutlich.
[3] Prosperität = Gedeihen, Wohlstand.

Digitized by Google

saugung, auch offiziell von vornherein mit absolut unerschwinglichen Abgaben überlastet.

Die Ablösungslasten und die Steuern waren nicht erdrückend sondern erwürgend, und verhinderten jeden technischen Fortschritt.

Zu diesen gesetzlichen Lasten kamen noch die ungesetzlichen.

Die dörfliche Verwaltung war notorisch miserabel.

Ist es nötig, von der allgemeinen Staatsverwaltung und der „allgemeinen Kulturpolitik" des Reiches zu sprechen? Von der Bestechlichkeit und den Erpressungspraktiken der Beamten, von der Kulturfeindschaft des Systems, die jede freie Regung der Geister unterdrückte, jede persönliche Initiative[1] lähmte? Wir verzichten darauf. Was wir beigebracht haben, dürfte genügen, um einem westeuropäischen Kritiker das volle Verständnis dafür zu eröffnen, warum der russische Bauer auf einer Fläche Land verhungert, auf der der Wilde volle Nahrung findet, und warum er bisher in expansivem[2] Drang nach außen strebte. Er hat nicht zu wenig Land, sondern zu viel Steuern, Mißwirtschaft und politisch-wirtschaftliche Unterdrückung.

Diese Mißwirtschaft hat schließlich die segensreiche Entwicklung verhindert, die sonst überall den Landhunger des primitiven Agrarstaates lindert und zuletzt ganz stillt: die städtische, industrielle und kommerzielle Entfaltung.

Das bringt mich zu meinem dritten und wichtigsten Einwand gegen Rohrbachs Schlüsse. Er berücksichtigt nicht das „Gesetz der Kapazität". Das ist kein Vorwurf: denn auch Fachökonomisten wissen sehr häufig nichts davon. Und doch ist es für viele politische Erwägungen geradezu entscheidend:

In einigermaßen rationell verwalteten Ländern findet der Überschuß der Bevölkerung in immer steigendem Maße in Industrie und Handel Unterkunft. Der volkswirtschaftliche Mechanismus, den zuerst Adam Smith beschrieb, und den dann List und Carey zu dem von mir so genannten „Gesetz der Kapazität" ausarbeiten, ist der folgende: Mit steigender Kultur bringt der Bauer immer größere Mengen von Nahrung zu Markte, die als Nachfrage nach industriellen Produkten und Diensten erscheinen, und eröffnet eben dadurch einem Teil seines Nachwuchses die Möglichkeit ausreichender Existenz in Gewerben und im Handel. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung weiter entwickelt, der Bauer erhält immer bessere Werkzeuge, Hilfsmittel und Arbeitsmethoden und immer bessere Preise für sein Produkt. Auf diese Weise wächst sein Rohertrag wieder, ruft neue städtische Elemente in die Existenz, und noch stärker wächst der Reinertrag pro Fläche, so daß auch die landwirtschaftliche Bevölkerung auf gegebener Fläche ziemlich schnell verdichtet werden kann und doch höhere Reinerträge pro Familie gewinnt.

Dieser segensreiche Mechanismus konnte in Rußland, wie die Verhältnisse lagen,

[1] Initiative = Entschlußkraft, Unternehmungsgeist.

[2] Expansivdrang = Ausdehnungsdrang.

Digitized by Google

kaum überhaupt einſetzen. Denn der Bauer ſtand auf der tiefſten Stufe der wirtſchaftlichen Ausbildung und inſtrumentellen Ausrüſtung und gewann durchſchnittlich dem Boden nicht einmal das ab, was er mit ſeiner Familie ſelbſt zu ſeiner Ernährung gebrauchte. Was vom Reinertrag allenfalls hie und da noch erwirtſchaftet wurde, nahm offiziell und inoffiziell die Regierung und verwendete es offiziell und inoffiziell zu Zwecken, die mit der wirtſchaftlichen Hebung des Landes nichts zu tun hatten, ſondern beſtenfalls auf eine überaus koſtſpielige Großmachtpolitik hinausliefen. Nicht einmal die Überſchüſſe der Großgrundbeſitzer kamen für die Entwicklung der ruſſiſchen Induſtrie in Frage. Denn dieſe Überſchüſſe mußten ins Ausland ausgeführt werden, um die Zinſen der Anleihen zu decken, die derſelben Unwirtſchaftspolitik gedient hatten. So fehlte eigentlich jeder mögliche Anſtoß zur allmählichen Induſtrialiſierung des mächtigen Reiches, und ſo iſt es zu erklären, daß Rußland das einzige der großen Nationalreiche iſt, das ſeine ſtädtiſche Bevölkerung nicht, wie unter geſunden Verhältniſſen geſchehen muß, viel ſtärker wachſen ſieht als ſeine agrariſche. Ich will nicht davon ſprechen, daß Deutſchlands agrariſche Bevölkerung ſogar in abſoluten Ziffern ſeit 100 Jahren ſehr beträchtlich zurückgegangen iſt: das iſt ungeſund und eine Folge unſerer Bodenſperre im Oſten. Aber blicken wir doch einmal zu den Vereinigten Staaten hinüber. Das Land iſt an Größe und geographiſcher Beſchaffenheit Rußland ſehr ähnlich und hat eine durchſchnittliche Bevölkerungsdichtigkeit von 11,73 für den Quadratkilometer, alſo $^2/_5$ ſelbſt nur der ruſſiſchen; und doch hat die Entwicklung der amerikaniſchen ſtädtiſchen Bevölkerung diejenige der deutſchen faſt erreicht. (Ballod a. a. O. S. 24.) Wir haben in Amerika 22 Proz. großſtädtiſche und etwa 9 Proz. mittelſtädtiſche Bevölkerung, in Deutſchland 21,3, reſp. 13 Proz. Hier kann man ſtudieren, wie jener ſegensreiche Mechanismus wirkt: in den Vereinigten Staaten iſt eben die Grundlage der Bevölkerungspyramide ein Stand von freien Bauern, die ungeheure Überſchüſſe zu Markte bringen und dadurch jene koloſſale ſtädtiſche Bevölkerung zu beiderſeitigem größten Nutzen ins Leben gerufen haben und ernähren.

Wo dieſe wirtſchaftliche Entwicklung durch politiſche Kräfte verhindert wird, da kann natürlich nicht davon die Rede ſein, daß eine Bevölkerung auf beſchränkter Fläche anſtändig exiſtieren kann.

*

Jetzt ſind wir in der Lage, die oben angeſtellte Frage zu beantworten, welche Landausſtattung *durchſchnittlich* das Minimum einer mittelbäuerlichen, ohne Lohn-Arbeiter wirtſchaftenden Familie ſein würde, wenn anſtändige wirtſchaftliche und politiſche Exiſtenzbedingungen hergeſtellt werden? Nun, ich glaube, daß unter dieſer Vorausſetzung 7 bis 8 Hektar pro Familie, 1 Hektar pro Kopf agrariſchen Nutzlandes (alſo ohne Wald, Weide und Unland) ausreichen würden. Man laſſe der wirtſchaftlichen und kulturellen Entwicklung freie Bahn, und die Städte werden aufblühen, ihre Kaufkraft wird unzählige Gärtnereibetriebe ernähren, die nur ſehr wenig Land

Digitized by Google

brauchen, so daß für die eigentlichen Bauernbetriebe große Flächen verfügbar werden. Diese werden, dank besseren Werkzeugen, höherer Intelligenz und entfalteter Technik, die dreifachen Ernten von der Fläche holen und jede Einheit doppelt und dreifach so hoch bezahlt erhalten wie heute, wo die Meisten ungeheure Transportkosten auf jammervollen Straßen über kolossale Entfernungen bis zum Markte zu tragen haben, ehe sie auch nur den niedrigen Inlandpreis erhalten.

Danach wäre allein im europäischen Rußland Raum für 196 Millionen rein landwirtschaftlicher Bevölkerung, ungerechnet die unzweifelhafte Möglichkeit, weitere Dutzende von Millionen Hektaren durch Abforstung und Unlandmelioration zu erhalten. Und wenn die städtische Bevölkerung auf nur 50 Proz. der Gesamtbevölkerung ansteigt (in Deutschland sind es bereits 75 Proz.), so ist allein im europäischen Rußland, wo 1914 höchstens 140 Millionen Menschen wohnten, Platz für 392 Millionen. Ehe nicht wenigstens diese Zahl erreicht wäre, hätten wir keine Sorge vor einer gewaltsamen Expansion zu hegen: und das wird nicht so arg schnell eintreten. Denn nach allen Erfahrungen darf man damit rechnen, daß mit steigendem Reichtum auch in Rußland die ungeheuer große Geburtenziffer allmählich sinken wird. Auf ein bis zwei Jahrhunderte allerwenigstens würde das Land sicherlich seiner Bevölkerung Raum gewähren, auch ohne die sibirische Kolonisation, die ganz gewiß ungeheure Fortschritte machen wird, wenn der Druck des Zarismus endgültig von dem strebsamen Lande genommen ist.

Freilich wird R. recht haben, wenn er annimmt, daß der landwirtschaftliche Ertrag zuerst eher sinken als steigen wird, wenn die von der Bauerndemokratie geforderte Landverteilung zur Wirklichkeit wird. Denn heute ist der Ertrag der Großgüter in der Tat reicher als der der Bauern. Aber das wird nur wenige Jahre dauern. Dann wird der freie, entlastete Bauer auch in Rußland, wie überall, den Ertrag seiner Äcker dauernd steigern, — bis über den seiner großen Nachbarn. Und für diese Übergangszeit ist in den angeblich nur einigen 40 Millionen Deßjätinen des Großeigentums und in den unzähligen durch den Krieg erledigten Bauernhöfen eine Landreserve gegeben, die weit mehr als ausreicht.

*

Die politischen Folgerungen zu ziehen, ist nicht meines Amtes. —

Kapazität — Brutalität

Von Dr. Paul Rohrbach

Oppenheimers Studie ist interessant, und wenn es sich nicht um Rußland handelte, so könnte man ihm auch auf seinen Weg folgen. Es handelt sich aber um Rußland und damit um das alte Unglück der Diskussion über russische Dinge zwischen Leuten, die eine ausgiebige persönliche Anschauung und geschichtliche Kenntnis von

Digitized by Google

Rußland haben, und anderen, die sie nicht haben. Diese anderen werden stets geneigt sein, der Berufung auf spezielle Rußlandkenntnis mißtrauisch gegenüber zu stehen. Sie werden darin leicht eine gewisse Anmaßung erblicken und sich nur ungern sagen lassen, daß ein Gedankengang, der an sich scharfsinnig und richtig, aber von westeuropäischen oder amerikanischen Verhältnissen abgeleitet ist, auf Rußland darum nicht paßt, weil dort vielfach andere nationale Lebensgesetze herrschen, als in Europa und Amerika. Man kann wohl sagen: das Unglück in unserm Verhältnis zu Rußland ist, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, von uns oder von Europa auf Rußland zu folgern und darnach russische Politik zu treiben. Die Engländer sind uns auch darin überlegen, daß sie wissen: Rußland ist eine Welt für sich, auf die man kein gewohntes Schema anwenden soll. Ihnen fällt es nicht schwer, sich diese Grundvoraussetzung des Urteils und der Politik über Rußland anzueignen, denn sie haben in der Praxis genug mit fremden Verhältnissen großen Maßstabes, ja man kann sagen, mit fremden Welten zu tun, um von vornherein aufgeschlossen für den Gedanken zu sein, fremde Dinge möglichst allein nach sich selbst zu beurteilen. Diese instinktive Bereitschaft ist fast schon soviel wert, wie das Studium der fremden Verhältnisse selbst, denn sie bewahrt vor der prinzipiellen Gefahr die Dinge, um die es sich handelt, gleich anfangs von festen, aber falschen Gesichtspunkten aus zu betrachten.

Dies vorausgeschickt brauche ich gegenüber dem verehrten Opponenten[1] nicht lang zu sein. Er hat zunächst darin recht, daß er nur vom europäischen Rußland spricht, denn ob das asiatische, Sibirien, Turkestan und der Kaukasus in Zukunft noch viel als Siedlungsland für europäisch-russische Auswandrer in Betracht kommen wird, ist sehr fraglich. Sibirien, das wichtigste Kolonisationsgebiet, wird wahrscheinlich ausscheiden, weil die sibirischen Autonomisten von allem andern eher etwas wissen wollen, als von weiterem Zuzug von diesseits des Ural. Damit aber bin ich mit meiner Zustimmung zu Oppenheimer schon am Ende. Wenn er die Waldfläche im europäischen Rußland für „offenbar übermäßig groß" hält und annimmt, daß „noch ungeheuere Flächen heutigen Waldlandes" dort für den Ackerbau gewonnen werden können, so scheint das wohl etwas für sich zu haben, wenn man einfach hört: reichlich 40 Prozent des europäischen Rußland sind Wald! Das Bild ändert sich aber, sobald man bedenkt, daß der größere Teil dieses Waldes nördlich vom 60. Breitengrade liegt, und daß selbst die krüppelhafte Baumvegetation jenseits des Polarkreises in den russischen statistischen Angaben zum Teil als „Wald" gerechnet wird. Nördlich des 60. Grades (Stockholm, Petersburg) kann nicht mehr davon die Rede sein, Waldland in großem Umfang in ertragfähiges Ackerland zu verwandeln. Südlich davon steht nicht mehr viel überflüssiger Wald. Das mittlere Rußland leidet bereits vielfach unter Waldverwüstung, und das südliche ist in hohem Grade waldarm.

Ein weiterer Punkt, an dem man mit Oppenheimer nicht übereinstimmen kann, ist

[1] Opponent = Gegner.

Digitized by Google

seine Berechnung eines Normalschemas für den bäuerlichen Grundbesitz in Rußland. Der beste Kenner dieser Frage in Deutschland ist der Berliner Nationalökonom Ballod, auf den sich Oppenheimer auch selbst beruft. Ballod hat über den jetzigen Stand der Dinge in Rußland in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" vom 16. Juni 1917 gehandelt, und er berechnet nicht 96 Millionen, sondern (ohne Polen und für 1914) gegen 110 Millionen Bauern und die gesamte mit Getreide bestellte Fläche auf 80 Millionen Hektar = 0,73 Hektar auf den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung. In Deutschland sind es 0,80 Hektar! Auch Ballod bezeichnet den 59.—60. Breitengrad als die (durchschnittliche) praktische Nordgrenze des Getreidebaues in Rußland, er meint, nur wenn man alles Land im europäischen Rußland bis zu dieser Grenze an die Bauern verteilte, käme man auf 2,6 Hektar für den Kopf. Allerdings sagt auch Ballod, daß „eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Kultur in Rußland noch Wunder schaffen könnte", da in Rußland, selbst im fruchtbaren Schwarzerdegebiet, die durchschnittliche Flächenernte nur ein Drittel bis zwei Fünftel so hoch sei, wie in Deutschland. Ballod fragt dann aber sofort: Wie aber sollte die Intensivierung der Kultur stattfinden? Und er antwortet:

„Alle russischen unabhängigen Nationalökonomen sind sich darüber einig, daß es dem russischen Bauern nicht nur an Belehrung, an Kapital, Gerät, Sämereien usw. gefehlt hat, sondern daß auch die Landverteilung so ist, daß ein großer Teil der russischen Bauern gar nicht rationell wirtschaften könne ... Oberflächliche Beurteiler gehen da wieder aus vom Durchschnitt, stellen fest, daß in ganz Rußland auf einen Hof rund 10 Deßjätinen = 10,925 Hektar = 43,1 preußische Morgen Land entfallen, und daß es daher wohl möglich sein müßte, rationell zu wirtschaften. Diese Größe der Landhufe ergibt sich aber nur, wenn man alles Land, auch Weide und Wald, und, vor allem, alle Gebiete zusammenwirft: in den bessern Gebieten der schwarzen Erde sinkt selbst die Durchschnittshufe auf 26 bis 30 Morgen, in Kiew auf 24, in Poltawa auf 20, in Podolien auf 16,6 Morgen ... Es gab im Jahre 1905 in ganz Rußland:

von — bis Deßjätinen	Höfe
0—1	236929
1—2	343423
2—3	607935
3—4	739672
4—5	929691
0—5	2856950
5—10	5071511
über 10	4070244
	Zusammen 11998706

Also besaßen nur rund ein Drittel der russischen Bauernhöfe eine nach russischen und auch deutschen Erfahrungen bei extensivem oder halb intensivem Betrieb ausreichende Landhufe, während zwei Fünftel schon als unzureichend mit Land versehen angesehen werden konnten. 2,8 Millionen oder 23,8 Proz. unbedingt als notleidend anzusehen waren!"

So Ballod, dessen Artikel („Was wird aus Rußland?") auch im übrigen unsern Le-

Digitized by Google

sern empfohlen sei. Ganz übereinstimmend mit ihm und am selben Datum (16. 6.) schreibt ein französisches Blatt, die „Dépêche de Toulouse", offenbar nach russischen Quellen:

„Die Landfrage ist in Rußland noch lange nicht entschieden. Die grundsätzlich beschlossene Aufteilung des großen und mittleren Besitzes wird dem Elend der Bauern keine wirksame Hilfe bringen ... Im europäischen Rußland, Polen und die besetzten Teile abgerechnet, hat man 15645508 landwirtschaftliche Betriebe aufgenommen, davon 15535357 in bäuerlichem und 110157 in Großgrundbesitz ... Ein mittleres Bauerngut umfaßt 4,1 Hektar, auf ihm leben 5,3 Personen."

Mit den 4,1 Hektaren ist vermutlich nur das Ackerland gemeint. Die „Dépêche de Toulouse" bemerkt dann noch, daß bei dem schnellen Wachstum der Bevölkerung auf dem flachen Lande die Güter, die noch den Großgrundbesitzern gehören, nicht lange hinreichen würden, um die Bauern zu befriedigen, daher sei der beste Rat für Rußland: Entwicklung der Industrie, Bebauung der brachliegenden (?) Staatsländereien und intensivere landwirtschaftliche Methoden.

Dieser Rat ist leicht gegeben; er stimmt auch ungefähr damit, was Oppenheimer meint. Nur fragt sich: wie soll er ausgeführt werden? Diese Frage bringt uns auf das, was eigentlich schon für sich allein genügen würde, um Oppenheimers Gedanken zu widerlegen. Oppenheimer und alle, die ähnlicher Meinung sind wie er, irren, wenn sie sich vorstellen, daß in Rußland, sobald einmal die Bauerndemokratie, die Sozialrevolutionäre oder wie man die Partei sonst nennen will, am Ruder ist, die Führer sich erst lange mit Plänen für landwirtschaftliche Intensivierung, Umbau des russischen Wirtschaftslebens u. dgl. abgeben würden, bevor sie sich an die unmittelbare Befriedigung der Masse machen. Da heißt es einfach: wo ist Land? Antwort: bei den Großgrundbesitzern zu Hause und bei den Fremdvölkern im Westen, *das wird genommen!* Wer dem Russentum da Bedenken oder Weichheit zutraut, der irrt so stark man nur irren kann, und wenn Rußland keine Bauerndemokratie werden, sondern wieder eine bürgerliche Verfassung erhalten sollte, sei es monarchische, sei es eine republikanische, so wird man sich wohl bemühen, den Großgrundbesitz, soweit es geht, zu retten, aber die Westgebiete wird man den landhungrigen russischen Bauern nur um so eilfertiger hinwerfen. Bei der Einnahme von Mitau fand sich ein Plan der zarischen Regierung aus dem Jahre 1913 oder 1914, wonach 300000 großrussische Bauern allein in Kurland anzusiedeln waren, und zwar auf dem Domänenbesitz des Staats und auf freihändig durch die Bauernbank anzukaufenden sonstigen Gütern. Dahinter aber erhob sich in der Presse schon das Verlangen nach einfacher Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes in den baltischen Provinzen zugunsten russischer Bauern.

Es ist also gar kein Zweifel: behält Rußland das Verfügungsrecht über das Fremdvölkergebiet im Westen, so kommt es in kürzester Frist und mit der größten Brutalität zur Enteignung der dort Nichtrussen gehörigen Ländereien und zu einer Millionen-

Digitized by Google

siedlung von großrussischen Bauern hart an unserer Grenze, mit all den politischen Folgen, die sich daraus ergeben würden, und die hier im einzelnen zu schildern nicht nötig ist. Oppenheimer stellt sich die kommende Entwicklung Rußlands vor, ohne zu berücksichtigen, daß die russische Psychologie ihren eignen Gesetzen folgt, vor allen Dingen dem des rücksichtslosen Nationalismus und dem der bedenkenfreien Brutalität, wo es sich um die Vergewaltigung schwächerer Elemente zugunsten des „echten" Russentums handelt. Wie Entsetzliches hat die Welt in dieser Beziehung erlebt, als die russischen Heere die jetzt von uns besetzten Gebiete „räumten" und die Bevölkerung vor sich hertrieben! Millionen von Menschen wurden damals dem Untergang durch Hunger, Frost und Elend preisgegeben — aus keinem andern Grunde als um (schon damals!) für die Zeit nach dem Kriege im westlichen Fremdvölkergebiet leere Räume zur Kolonisation mit großrussischen Bauern zu schaffen. Freilich, um diesen Gang der Dinge anschaulich vor sich zu sehen, muß man das Russentum selber samt seiner Geschichte gründlich kennen. Rußland gegenüber sind aber schon seit einem Jahrzehnt, im Frieden wie im Kriege, im Grunde nichts als Fehler gemacht worden, und dabei wird es wohl noch eine Weile bleiben, wenn nicht die Russen selbst ein Einsehen mit uns haben, und uns helfen, so lange uns noch zu helfen ist! (Wie es jetzt ja scheint!)

Das Reich und die Schule

Von Karl Muthesius

Beide gehen sich bis jetzt recht wenig an. Das Schulwesen gehört nicht zu den Angelegenheiten, die „der Beaufsichtigung seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen" (Art. 4 der Reichsverfassung). Infolgedessen ist bisher die Bildungspolitik aus der inneren Politik des Reichs ausgeschaltet gewesen. Allerdings nicht vollständig. Denn tatsächlich hat sich gleich in den ersten Jahren des jungen Reichs herausgestellt, daß es unmöglich sei, Bildungsfragen gänzlich aus der Reichspolitik auszuschließen. Zunächst nötigte eine Angelegenheit, in der Bildungs- und militärische Interessen verkettet sind, die Reichsregierung, sich mit dem Schulwesen zu befassen: die Berechtigung für den einjährigen Dienst. Durch Verordnung des Bundesrates vom 19. Februar 1875 wurde zur Regelung und dauernden Überwachung dieser Angelegenheit die Reichsschulkommission eingesetzt. In ihr haben wir also in der Tat eine Reichsschulbehörde.

Auch das Volksschulwesen ist, wenn auch nur mittelbar, durch die Reichsgesetzgebung beeinflußt worden durch die Regelung des Kinderschutzes und die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Fürsorgeerziehung und Vormundschaftswesen. Unmittelbar eingegriffen hat die Reichsgesetzgebung in das Fortbildungsschulwesen. Im Jahre 1900 erhielt § 120 der Gewerbeordnung einen Zusatz, nach welchem im ganzen Reichsgebiet den Gemeinden die Befugnis erteilt wurde, durch ortsta-

Digitized by Google

tutarische Bestimmungen Fortbildungsschulen einzurichten, und ein weiterer Nachtrag ermächtigte 1911 die höheren Verwaltungsbehörden, die Gemeinden zur Errichtung von Fortbildungsschulen zu zwingen.

In engster Verbindung mit dem Reich steht das weitverzweigte Gebiet des Auslandschulwesens. Die Schulen in unsern Kolonien sind Reichsschulen im eigentlichen Sinne und unterstehen als solche der Leitung und Aufsicht des Reichs. Die zahlreichen deutschen Schulen in auswärtigen Staaten werden vom Reich namhaft unterstützt (nach dem letzten Friedenshaushalt mit 1 000 000 M.), durch das Auswärtige Amt mit Lehrern versorgt und durch eine der Reichsschulkommission angegliederte Organisation beaufsichtigt. Weiter ist das Marineschulwesen eigenste Angelegenheit des Reichs, und das Militärbildungswesen steht in den engsten Beziehungen zu ihm. Durch Verordnungen des Bundesrates sind ferner die Prüfungen für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte geregelt und dadurch mittelbar die diesen Prüfungen vorausgehenden Studiengänge. Endlich werden zahlreiche wissenschaftliche und künstlerische Unternehmungen vom Reiche durch namhafte Zuschüsse unterstützt, worüber eine dem Reichstag unterm 22. Februar d. J. vorgelegte Denkschrift ausführlichen Aufschluß gibt.

So sind in der Tat, trotzdem verfassungsrechtlich das Bildungswesen in seinem ganzen Umfang der Gesetzgebung und Beaufsichtigung der Bundesstaaten vorbehalten ist, die Beziehungen zwischen ihm und dem Reich sehr vielseitig und zum Teil sehr eng. In der Anknüpfung und Pflege dieser Beziehungen ist das Reich bereits über die ihm in der Verfassung gezogenen Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen. Und das mit vollem Recht. Denn wenn das Reich Bedürfnissen entgegenkommt, die bei der Reichsgründung noch nicht vorausgesehen werden konnten, so entspricht das nur dem gesunden Gedanken, daß die Verfassung des Reichs wegen da ist und nicht das Reich der Verfassung wegen.

Es entsteht nun die Frage, ob die Beziehungen des Reichs zum Bildungswesen nicht noch enger geknüpft werden, ob sie nicht in weiterem Umfang gesetzgeberisch befestigt werden sollten. Das ungeheure Schicksal des Weltkriegs hat das deutsche Volk zusammengeschmiedet, der Reichsgedanke ist mächtig erstarkt. Sollten nicht schon diese Tatsachen eine Erweiterung der gesetzgeberischen Befugnisse des Reiches nahelegen? Unzweideutig hat sich gezeigt, daß die Überlegenheit unsern Feinden gegenüber, daß die Riesenkraft, mit der wir dem Ansturm der halben Welt Trotz bieten, zu einem guten Teil auf der geistigen Kultur, auf der alle Schichten des Volks bis in die Tiefe durchdringenden allgemeinen Volksbildung beruht. Die Wehrkraft Deutschlands steht in engem ursächlichem Zusammenhang mit seiner Volksbildung. Nur seine Wehrkraft sichert aber dem Reiche die Daseinsmöglichkeit. Ist es dann nicht dringende Pflicht des Reichs, seine Einflußsphäre auf die Volksbildung zu erweitern? Eine andre Quelle unsrer nationalen Kraft ist die innere Einheit des Volkes. Wir preisen

Digitized by Google

es als das höchste vaterländische Glück, daß der Angriff auf unser nationales Dasein das deutsche Volk geschlossen und einig fand. Und immer mehr befestigt sich der Gedanke, daß die innere Volkseinheit weiter für das Vertrauen und das Ansehen, das wir in Zukunft von der Welt erwarten, mit entscheidend ist, daß es im wesentlichen mit von ihr abhängt, ob und wie wir nach dem Kriege unsre Stellung in der Welt behaupten. Die innere Einheit des Volkes beruht aber auf dem gemeinsamen Besitz geistiger Güter, auf der gemeinsamen Bildung. Ist für das Reich die dauernde innere Einheit des deutschen Volkes eine Daseinsfrage, so kann es nicht weiter die Bildung seiner Bürger vollständig aus seinem Interessenbereich ausschließen, es kann sich nicht dauernd damit abfinden, daß das Bildungswesen unter dem ausschließlichen gesetzgeberischen Einfluß der Bundesstaaten am besten aufgehoben sei.

Gewiß, die Einzelstaaten haben die Pflege der Bildung als eine ihrer hervorragendsten Aufgaben angesehen und darin Großes geleistet. Es gibt, das kann ohne jede Ruhmredigkeit behauptet werden, kein Land auf der Erde, in dem das das ganze Volk umfassende Schulwesen in jahrhundertelanger Behütung und Förderung zu einer solchen Blüte entwickelt worden ist, wie in Deutschland. Diese Tatsache läßt es vollkommen ausgeschlossen erscheinen, etwa künftig die Einzelstaaten aus dem Gebiet, da ihre Wirksamkeit so ungemein fruchtbar gewesen ist, zu verdrängen, oder auch nur ihre gesetzgeberischen Befugnisse wesentlich einzuschränken. Die Frage kann vielmehr nur so lauten, ob nicht in Rücksicht auf die angedeuteten tiefen Interessen des Reiches diesem in irgendeiner Form ein Mitbestimmungsrecht, die Möglichkeit, inneren Einfluß auszuüben, zugestanden werden sollte. An dem Verdienst der Einzelstaaten soll gerade in Rücksicht auf das Schulwesen nicht gerüttelt werden. Anderseits ist es aber eine offenkundige Tatsache, daß die allgemeine Bildungspolitik einzelner Bundesstaaten bisher schon nicht ganz gleichlaufend mit der innern Politik des Reichs gewesen ist, und wenn wir nach den wiederholten Ankündigungen des Reichskanzlers erwarten dürfen, daß die innere Politik des Reichs künftig neue Bahnen wandelt, so muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß, wie ganz im allgemeinen die Gegensätze zwischen Innenpolitik des Reichs und der Bundesstaaten schwinden müssen, gerade auch dem gesamten deutschen Schulwesen die verheißene Neuorientierung zugute kommt. Es muß für das Reich die Möglichkeit geschaffen werden, den seinen Lebensinteressen entsprechenden Einfluß auf das Bildungswesen auszuüben.

Alle diese Fragen sind von neuem in Fluß gekommen durch Verhandlungen, die kürzlich im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden haben. An beiden Stellen war schon vor dem Kriege eine gründlichere Pflege der Auslandsstudien gefordert worden, eine Forderung, die durch den Weltkrieg und die aus ihm folgende Verschiebung unseres Verhältnisses zum Ausland erhöhte Bedeutung erhalten hat. Sowohl die Reichsregierung wie das Preußische Kultusministerium haben, zum Teil in Gemeinschaft, sich eingehend mit den Anregungen und Aufträgen der beiden

Digitized by Google

Körperschaften beschäftigt. Das Ergebnis wurde jetzt dem Abgeordnetenhaus vom Kultusminister in einer Denkschrift unterbreitet, fast gleichzeitig legte das Reichsamt des Innern dem Reichstag eine Denkschrift über den gleichen Gegenstand vor. Beide Denkschriften vertreten den Standpunkt, daß die hier vorliegende Aufgabe nicht Sache des Reichs, sondern der Einzelstaaten sei. Aus beiden aber geht unzweideutig hervor, daß hier ein Zwitterzustand besteht, der kaum den Bedürfnissen des Reichs in ausreichendem Maße gerecht werden kann. Die Auslandsstudien liegen im eigentlichen Interesse des Reichs, denn es handelt sich dabei um die Vorbildung seiner Beamten für den Auslands- und Kolonialdienst. Geldlich beteiligt es sich in erheblichem Maße an der Lösung dieser Aufgabe: es trägt die Hälfte der Kosten für das Orientalische Seminar in Berlin, es läßt dem Kolonialinstitut sowie dem Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg bedeutende Mittel zufließen, es unterstützt Landwirtschafts-, Handwerks- und Haushaltungsschulen zur Vermittlung praktischer Kenntnisse für den Gebrauch in den Schutzgebieten. Kann man es wirklich als einen gesunden, des Reiches würdigen Zustand bezeichnen, daß es fortlaufend Geldmittel für derartige Zwecke bewilligt, ohne daß ihm irgendwelche Mitwirkung bei der Verwendung zusteht? Das Reich zahlt, aber es begibt sich jedes Einflusses darauf, in welchem Sinn und in welchem Geiste die Anstalten arbeiten, die es mit unterhält. Kann das auf die Dauer so bleiben?

In geistvoller und eindringlicher Weise zeigt die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums, daß die Auslandsstudien noch ein weiteres und tieferes Ziel verfolgen müssen als die rein praktische Aufgabe der Vorbildung unsrer Auslands- und Kolonialbeamten. Unsere gesamte Bildung sei bisher lediglich „binnenländisch orientiert, sie bedürfe der weltpolitischen Erweiterung. Der Staat brauche nicht nur gut vorbereitete Pioniere des Deutschtums im Auslande, sondern vor allen Dingen nicht mehr nur binnenländisch, sondern auch weltpolitisch gebildete Staatsbürger überhaupt". Auslandskenntnisse seien bei einem „Weltvolke" nicht nur das Rüstzeug für Auslandsbeamte und Auslandsinteressenten, sondern „ein unentbehrlicher Bestandteil der nationalen Bildung". Die „Erziehung zum Weltvolke" erfordere „eine den neuen Tatsachen unsrer Weltstellung gerecht werdende Erweiterung unsrer Bildungsinhalte". Die deutsche Jugend müsse sich „willig den neuen Aufgaben des Reichs" anpassen und sich mit weltpolitischem Denken erfüllen. „Das politische Denken muß geschult, der junge Deutsche muß politisiert werden." „Auf diesem gewaltigen Hintergrunde wächst dann ganz von selbst eine staatswissenschaftliche Allgemeinbildung, die dem Deutschen dringend nottut."

Alles ganz ausgezeichnet gesagt. Weisen aber nicht schon die sprachlichen Wendungen darauf hin, daß hier recht eigentlich die tiefsten Interessen und die bedeutungsvollsten Aufgaben des Reiches vorliegen? Ist es nicht folgewidrig, diese Aufgaben aus dem

Digitized by Google

Wirkungskreis des Reichs auszusondern und sie als eine preußische oder bayerische oder sächsische Angelegenheit in Anspruch zu nehmen?

Daß die Verhältnisse der Klärung bedürfen, zeigte sich auch bei andern Verhandlungen des Reichstags. Seitdem die sozialdemokratische Partei 1912 den Antrag auf Erlaß eines Reichsschulgesetzes eingebracht hat, finden alljährlich bei der Beratung des Haushalts für das Reichsamt des Innern Erörterungen über das Verhältnis des Reichs zur Schule statt. Diesmal stand ein Antrag auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz auf der Tagesordnung, die nach Beendigung des Kriegs „im Hinblick auf die Kriegserfahrungen die Gesamtheit der pädagogischen, schulgesetzlichen und schulorganisatorischen Frage" beraten und sich gutachtlich darüber äußern solle. Der Antrag hat zwar nicht die Mehrheit des Reichstags gefunden, es sind aber bei den Verhandlungen über ihn einige Gesichtspunkte von Bedeutung hervorgetreten. Mit ihren früheren Schulanträgen stand die sozialdemokratische Partei allein. Diesmal hatten Abgeordnete der Deutschen Fraktion, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei den Antrag unterstützt. Früher lehnte die Reichsregierung jedes Eingehen auf derartige Anträge mit der Begründung ab, daß sie sich nicht innerhalb der Befugnisse des Reichs hielten. Diesmal ist der Vertreter des Reichskanzlers ausführlicher auf den Antrag eingegangen, hat ihn also wenigstens für erörterungsfähig erklärt, ja er hat sogar weiter die Überzeugung ausgesprochen, daß der Reichstag nicht verkennen werde, daß aus den Erfahrungen dieses Krieges auch für das Schulwesen eine Fülle neuer Anregungen entsprungen seien, die der Nachprüfung wert wären, womit gesagt ist, daß diese Anregungen in den Interessenkreis des Reichstags fallen, der Krieg also doch wohl das Verhältnis des Reichs zur Schule innerlich geändert hat.

Diese Tatsachen beweisen unzweideutig, daß der Gedanke, dem Reich irgendwelchen Einfluß auf die Weiterentwicklung des Schulwesens zu gewähren, Fortschritte gemacht hat. In welcher Form dem Reiche die Möglichkeit eines derartigen Einflusses nach unsrer Überzeugung geboten werden könnte, ist nach dem bisher Dargelegten nicht zweifelhaft: nicht in der Form eines Reichsschulgesetzes, das in die Einzelheiten des Schulbetriebes eingreift. Als Bedürfnis erweist sich vielmehr immer dringender eine Reichszentralstelle mit den Befugnissen der Beratung, der Begutachtung, der Sammlung. Sie müßte eine Vermittlungsstelle sein für alle in den Einzelstaaten hervortretenden Bedürfnisse pädagogischer, schultechnischer oder schulrechtlicher Art; eine Auskunftstelle für das Schulwesen aller Einzelstaaten, das oft selbst Fachmännern aus den Nachbarstaaten nicht in allen Einzelheiten bekannt ist, namentlich auch für das Schulwesen des Auslands; eine Beratungsstelle in all den weitverzweigten Fragen der Schulorganisation, des Unterrichts, der Lehrmittel, der Schulbauten; eine Beobachtungs- und Sammelstelle für die Reichsschulstatistik. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen das Schulwesen ähnlich wie in Deutschland einzel-

Digitized by Google

staatliche Angelegenheit ist, besitzen eine solche Stelle in dem Bureau of education[1], und die Berichte, die diese Zentralstelle alljährlich in zwei starken Bänden veröffentlicht, beweisen, welch fruchtbare Arbeit dort geleistet wird.

Ja, der Interessenkreis dieser Zentralstelle müßte erweitert werden zu dem eines Reichsamtes für Volksbildung, in dem alle die zahlreichen Bestrebungen und Veranstaltungen, die für Hebung und Veredlung des geistigen Lebens der Nation gegenwärtig ohne Zusammenhang arbeiten, einen gemeinschaftlichen Mittelpunkt fänden. Dadurch wäre in diesem großen Gebiete des öffentlichen und staatlichen Lebens der innere Zusammenhang geschaffen, der für eine gedeihliche Entwicklung notwendig ist und den die Bedeutung und die Würde der Sache erfordert.

Hätten wir eine solche von staatlicher Autorität getragene Zentralstelle, so würde — um nur einige aus der Zeitlage geborene Aufgaben anzuführen — eine einheitliche Regelung über die Verleihung des Reifezeugnisses an Kriegsprimaner nicht an dem einzelstaatlichen Starrsinn gescheitert sein; diese Zentralstelle würde auch die allgemein als unumgänglich notwendig empfundene Neuregelung der Einjährigenberechtigung zweckmäßig vorbereiten können; sie könnte vorurteilsfrei und unter Abwägung aller Gründe und Gegengründe die Frage prüfen, ob die militärische Vorbereitung der Jugend durch ein Reichsjugendwehrgesetz zu regeln sei oder nicht, sie könnte zur Lösung der weiteren Aufgaben, die kürzlich der Geh. Admiralitätsrat Felisch in seinem ausgezeichneten Buche „Ein Reichsjugendgesetz" aufgezeigt hat, gründliche Vorarbeit leisten.

Sucht man in unsern staatlichen Einrichtungen nach einem Vergleich, so liegt die Erinnerung an das Reichsgesundheitsamt nahe, dessen überaus erfolgreiche Wirksamkeit allgemein anerkannt wird. Ähnlich wie dieses, ohne in die Befugnisse der Einzelstaaten unmittelbar einzugreifen, für die körperliche Gesundheit der Nation sorgt, könnte das Reichsamt für Volksbildung die geistige Gesundheit des deutschen Volkes in der segensreichsten Weise befruchten und fördern.

Notizen

Drohende Revolutionsgefahr in England. Der „Daily Telegraph" schreibt am 6. August unter der Überschrift „Revolutionsgefahr": Bischof Frodsham, welcher gestern in Cardiff gelegentlich der städtischen Gedenkfeier des 3. Jahrestages der Kriegserklärung sprach, bezog sich auf den Bericht der Kommissionen, welche ernannt wurden, um die Ursachen der Arbeiterunruhen in Süd-Wales zu untersuchen. Er sagte, er könne nur die letzte Empfehlung der Kommission unterstützen, daß eine gründliche Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes veranstaltet werde. Die Ereignisse würden indes nicht auf Spezialkommissionen warten und es sollten schleunigst Schritte getan werden, um einen mörderischen Kampf nach Erklärung des Friedens zu verhindern. „Es besteht eine tatsächliche Revolutionsgefahr in unserem Lande", fährt Seine Lordschaft fort. „Nicht während des

[1] Erziehungsbureau.

Digitized by Google

Krieges, aber nach dem Kriege. Andererseits wird es keine Revolution geben, wenn die Arbeitgeber und die Arbeiter die Zukunft nicht als Gegner, sondern als Teilhaber, nicht als Fremde, sondern als Brüder ins Auge fassen. Eine jetzt oft übersehene Tatsache ist es, daß weder Kapital noch Arbeit geteilt oder zusammen die ganze Nation bedeuten. Was noch mehr ist, es kann kein Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern jemals als zufriedenstellend oder dauernd angesehen werden, der sich auf geringeren Interessen aufbaut, als auf denjenigen der ganzen Nation."

Friedenspropaganda in Frankreich. Die Presse erregt sich in treuer Gefolgschaft für die Regierung noch immer über die schlimme Friedenspropaganda, die im stillen ihr verbrecherisches Werk trotz aller Gegenmaßregeln fortsetze. „Broschüren, Flugblätter und Zeitungen, welche die Trauer und Leiden ausnutzen und die deutschen Verbrechen entschuldigen, gelangen auf tausend dunklen Wegen in die Werkstätten, Schulen und Häuser. Der Innenminister beugt sich vor den Mächten der Unordnung." („Liberté".) Es ist billig, deutsche Agenten für diese Stimmung verantwortlich zu machen, aber ihrem Ernst und ihrer natürlichen Berechtigung wird man dadurch nicht gerecht.

„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker", sagt „Nowoje Wremja", **„ist ein schönes** Prinzip, aber eine in der Praxis unausführbare Formel." Sie nimmt zum Beispiel Böhmen und erläutert daran die Auffassung, daß es bei großen Landesteilen mit gemischtsprachlicher Bevölkerung schwierig sei, die Grenzen abzustecken, innerhalb deren das Plebiszit stattfinden sollte. Je nach deren Ausmaß könne die Majorität nach der einen oder anderen Richtung ausschlagen. Infolgedessen käme es auf einen Kompromiß hinaus und ein Kompromiß bedeutet Streit. So würde selbst die Anerkennung des Prinzips des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker seitens Österreich die Frage in Wirklichkeit keinen Schritt voranbringen. Ähnlich verhalte es sich z. B. mit dem Elsaß: „Fast alle Elsässer, welche sich als Franzosen fühlten, sind nach Unterzeichnung des Frankfurter Vertrags nach Frankreich ausgewandert."

Protest gegen den Weltkrieg. „England hat 1914 auf den Rat eines Militärs zweiten oder dritten Ranges nach deutschem Vorbild seine ganze Politik umgekehrt und aus Torheit und Unwissenheit seine Produktivkräfte ins Heer gesteckt oder an die Alliierten verliehen; Bonar Laws Äußerungen über die Kriegsschuld zeigen, daß man drei Jahre in einem Narrenparadies gelebt hat; von den vielen Übeln des Kriegs ist das größte, daß er die europäische Kultur zugrunde richtet wie der Peloponnesische die Griechenlands; die Anstifter müssen aus moralischen Gründen streng bestraft werden." („Statist"). — Die in Vejle tagende Delegiertenversammlung der radikalen Jugendbünde Dänemarks hat folgenden Beschluß gefaßt: „Da die Ursachen des Weltkrieges in den bisher herrschenden wirtschaftlichen, militärischen und politischen Systemen zu suchen sind, fordert Dänemarks radikale Jugend den Kampf gegen die Wirtschaftsmonopole, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Anerkennung der völligen Volksregierung, so daß die Volksvertretungen und Staatsoberhäupter von allen mündigen Bürgern gewählt und alle Prinzipienfragen durch Volksabstimmung entschieden werden, sowie die Stellung der auswärtigen Politik unter parlamentarische Kontrolle." („Politiken").

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Die italienische Zeitung „Economista" beschäftigt sich wieder einmal mit Deutschlands wirtschaftlicher Isolierung. Um sie so durchzusetzen, wie es wünschenswert sei, wird die Forderung begründet, das Adriatische und Tyrrhenische Meer durch eine Kanalverbindung Venedig—Mailand—Genua—Genfer See zu verbinden. „Nur dann wird es möglich, die Güterbeförderung entsprechend zu verbilligen, neue Industrien an diesem Kanal zu entwickeln und dadurch die deutsche Konkurrenz wirksam zu bekämpfen."

Die lateinische Union scheint doch nicht eine Phrase bleiben zu wollen. Südamerikanische Zeitungen berichten von neuen Bestrebungen, die in Brasilien gemacht worden sind, die latei-

Digitized by Google

nischen Völker „zum Schutz der Weltzivilisation" zu einem Bund zu vereinigen. Die Franzosen haben diese Bemühungen mit allem Eifer bereits aufgegriffen. Bis nach Paris sind die Kundgebungen zu Ehren der spanisch-amerikanischen Republiken vorgedrungen. Als der Vorkämpfer der lateinischen Union tritt es an ihre Spitze. Es ruft Italien, Rumänien, Portugal gegen den gemeinsamen Feind, das lateinische Amerika zur Pflicht „gegen sich selbst und gegen die Menschheit". „Amerika ist der Weltteil der Freiheit und der Demokratie. Wir sind die neue Welt, und bei uns entwickelt sich das kommende Geschlecht, die Welt von morgen, die von den Fehlern und Irrtümern der bisherigen Welt gereinigt ist." („El Dia".) Einen praktischen Ausdruck findet diese Verbrüderung in der Erleichterung der Ausfuhr von Brasilien nach Italien. Eine Dampferlinie wird von Brasilien nach Barcelona—Marseille—Genua und Neapel geplant, um auf diese Weise die Handelsverbindungen mit dem Mittelländischen Meer zu entwickeln.

Der neue Kurs in Polen. Die polnische Öffentlichkeit beschäftigt sich immer eingehender mit den Absichten der Entente, die ein großes Polen als Damm gegen Deutschland aufzurichten zu beabsichtigen scheint. Die Warschauer „Gazeta Poranna" brachte an führender Stelle einen Artikel aus der „Fortnightly Review" von dem Engländer E. L. Dillon mit folgenden Ausführungen: Nach Dillons Meinung hätte die Entente ihre Kriegsziele seit 1914 wesentlich verändert. Damals handelte es sich lediglich um die Befreiung Belgiens und des Elsaß, sowie die Ausrottung des Militarismus. Die russische Staatsumwälzung hat inzwischen eine Korrektur der Kriegsziele erforderlich gemacht und die Tatsache vor Augen geführt, daß der Sieg mit der Herbeiführung eines neuen europäischen Gleichgewichts identisch sein müsse. Der Verfasser geht dann näher auf die Kriegsziele Amerikas ein und stellt die Abweichung der Alliierten von der Wilsonschen Friedensformel fest. Das ehemalige Kriegsziel Englands kann infolge der allgemein geänderten Situation nicht mehr als ausreichend bezeichnet werden. Dies würde die Fortsetzung des bis 1915 von den Deutschen geführten wirtschaftlichen Eroberungszuges bedeuten, den sie noch während des Krieges durchgeführt haben und trotz der militärischen Niederlage vollenden könnten. Es wäre irreführend, zu glauben, Deutschland könne wegen innerer Schwierigkeiten zerfallen. Auch ein Sturz der gegenwärtigen Regierung würde einen Friedensbund Deutschlands mit den Westmächten nicht ermöglichen. Ein Umschwung könnte nur von unten, vom Volke, und nicht von außen (Amerika) herbeigeführt werden. Daran anschließend, sagt Dillon:

„Solange der Geist des deutschen Volkes die Demokratien des Westens bedroht, muß Deutschland von tatsächlich unabhängigen Staaten im Sinne von König Eduard VII. Isolierungspolitik umgeben sein. Das ist der einzige Weg, Deutschland zu schwächen."

Der Plan der Bildung eines „Mitteleuropas" muß unter allen Umständen durchkreuzt werden; an seine Stelle soll ein nichtdeutscher Völkerbund treten. Zu diesem Zweck scheint dem Verfasser die Habsburgische Monarchie am besten geeignet zu sein; er schlägt die Aufteilung Österreichs vor. Damit das deutsche Mitteleuropa nicht zustande kommt, muß Deutschland nicht nur Elsaß, Schleswig und die polnischen Provinzen verlieren; es muß außerdem ein böhmischer Staat ins Leben gerufen werden, der Böhmen, Mähren und die südslawischen Provinzen Nord-Ungarns und (aus strategischen Gründen) den deutschen Streifen — ein Gebiet also von etwa 12½ Millionen Einwohnern — umfassen soll. Das neue Polen müßte die Provinz Posen, Oberschlesien und die Mündung der Weichsel mit Danzig einschließen und den Kern eines nichtdeutschen Mitteleuropas als Damm gegen die geplante Verbindung Berlin—Bagdad bilden.

Die offene Sprache dieses Aufsatzes, wiedergegeben in einem Warschauer Blatt, deckt die Pläne der Entente offen genug auf. Interessant ist, daß die Hoffnungen der Polen diesen Plänen entsprechen. „Dziennik Narodowy" (Galizien) vom 11. Juli bringt nach der „Gazeta Polska" die Resolutionen der Moskauer Sektion des „Nationalen Arbeiterbundes".

Digitized by Google

In denselben wird die Bedeutung des Aktes vom 5. November anerkannt und zugleich unterstrichen, daß dieser Akt nicht die endgültige Lösung der polnischen Frage bringt, weil die polnische Nation nur mit der Schaffung eines unabhängigen vereinigten polnischen Staates mit Zutritt zum Meere zufriedengestellt werden kann.

Da die österreichischen Polen ziemlich unverhohlen die Führung der polnischen Politik in ihrem bereits mehrfach charakterisierten Sinne anstreben, so ist es erklärlich, daß sich in Warschau warnende Stimmen dagegen erheben.

In einem Aufruf der „Partei der nationalen Unabhängigkeit" („Zdinia" Nr. 20 vom 5. Juli), der eine Abrechnung mit dem provisorischen Staatsrate enthält, finden wir einen Passus gegen den überhandnehmenden Einfluß Österreichs in polnischen Angelegenheiten. Prof. Jaworski, der Leiter des obersten Nationalkomitees in Galizien und Graf Adam Tarnowski, früherer Kandidat für den Posten eines polnischen Ministerpräsidenten, werden als im Dienste einer fremden Macht stehende Politiker sehr scharf angegriffen. Besonders scharf richtet sich der Aufruf gegen letzteren. „Wer ist Graf Tarnowski, wenn nicht ein Vertrauensmann einer uns fremden Monarchie und Regierung? Hat sich Graf Tarnowski, als er zur polnischen Politik überging, von seinen bisherigen Machthabern unabhängig gemacht? Kann er uns die Unabhängigkeit der polnischen Politik und ihren Schutz vor den Intrigen Österreichs garantieren?"

Neuerscheinungen

Die Neutralen

I.

„Amerikas Warenausfuhr und Neutralität" unterzieht Professor Dr. Heinrich Pohl (Verlag J. Guttentag, Berlin) vom Standpunkt des Staatsrechtlers aus einer Betrachtung, die von den amerikanischen Kriegslieferungen und den verschiedenen Phasen von Wilsons Neutralitätsauffassung bis in die Gegenwart führt und zu dem Schluß kommt: „Die ‚neutralen' Vereinigten Staaten von Amerika haben durch die Duldung und Förderung der Massenlieferung von Waffen und Munition an Deutschlands Feinde eine ungeheure Schuld vor Gott und der Menschheit auf sich geladen. Ungezählte der besten Söhne des Deutschen Reichs, das in gerechtem Krieg sein Dasein und seine Zukunft verteidigte, ließen ihr Leben durch die Schuld Amerikas. Trugen England und Rußland die Verantwortung für die Entfesselung der Kriegsfurie, so war die Weiterführung des Krieges das Werk der Vereinigten Staaten, die es vollbrachten im Namen der Neutralität und des Weltfriedens." „Diese Maske ist nun ganz gefallen. Aus dem stillen Geschäftsteilhaber der Entente ist ein offener Gesellschafter geworden. Der längst unser Feind war, hat sich vor aller Welt als solchen bekannt." Diese Auffassung stimmt mit der Casements überein, von der er in einem bei Reichel in Augsburg erschienenen, von Dr. Rothfelder herausgegebenen Erinnerungsbuch „Casement in Deutschland" Zeugnis ablegt: Es ist ein trauriges Kommentar, heute im Jahre 1916, zu den Zeilen, die die Vereinigten Staaten als eine Zufluchtsstätte darstellen, „wo der Arme soviel wie der Reiche gilt und leuchtend die Freiheit siegt", daß es gerade vor allen Ländern Amerika ist, wo das grausame Kreuz von England, das Kreuz von Gold, an dem die Menschheit gekreuzigt wird, aufgerichtet ist und aufrecht gehalten wird von den Söhnen derjenigen Männer, die England ausgetrieben hat, daß sie eine Republik der Freiheit gründen. Die Freiheit ist zugrunde gegangen, und die feigste Tyrannei, die des Geldes, mordet wieder den Gründer unseres Glaubens und verkauft die Menschheit für eine Handvoll Gold. Im Lichte der nachfolgenden Ereignisse gewinnt auch ein schon im Jahre 1915 erschienenes Buch von Dr. Karl L. Henning „Die Wahrheit über Amerika" Interesse. Es weist auf die anti-deutsche Haltung Amerikas seit Beginn des Krieges, zeigt, „daß sich ruhiger denkende Gemüter vergebens bemühten, in diesem Lärm zu Worte zu kommen, zur Mäßigung zu mahnen und dem Volke zu raten, abzuwarten, bis die Zeit gekommen sei, das Falsche von dem Wahren, das Übertriebene von den einfachen Tatsachen zu scheiden. Das amerikanische Volk aber", so schließt der Verfasser, „ist nicht jener ideale Organismus, als den man ihn sich in Deutschland häufig denkt. Wir aber als Deutsche können die amerikanische „Freundschaft" wohl entbehren, die doch stets nur eine erheuchelte war, denn was der Deutsche heute ist, ver-

Digitized by Google

dankt er nicht Amerika, sondern seiner eigenen Kraft, seinem Fleiß, seiner Ausdauer und Gründlichkeit, vor allem aber seiner Schule. Wie vor mehr als 100 Jahren der deutsche „Schulmeister" es war, der den Korsen überwand, so ist es auch heute wieder der deutsche „Schulmeister", der hinter den unvergleichlichen Waffentaten unseres Hindenburg, Mackensen, Emmich, Kluck und unserem greisen „Gottlieb" steht. Denn er hat unsere Helden zuerst erzogen und vorbereitet für die Riesenaufgaben, die diese Feldherren in einer Weise gelöst haben, wie wir sie selbst nie geträumt hätten."

Otfried Nippold (einer der schweizerischen Vorkämpfer für die Fortbildung des Völkerrechts) legt das Schlußkapitel eines größeren Werkes über das Völkerrecht in diesem Krieg unter dem Titel „Die Gestaltung des Völkerrechts nach dem Weltkrieg" (O. Füßli, Zürich, Fr. 8.—) vor. Darin wird ein Überblick über die völkerrechtlichen Zukunftsprobleme gegeben und richtunggebende Grundlinien aufgestellt, die zugleich die Grundtendenz in der völkerrechtlichen Entwicklung vor Augen führen sollen. Der Standpunkt Nippolds ist dabei der, daß die Erfahrungen des Krieges dazu helfen sollen, die Herrschaft des Rechts über die Macht zu sichern. 1. Als erste der zu lösenden Aufgaben auf dem Gebiete des Völkerrechts stellt sich die Regelung des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen den Staaten dar, und zwar in dem Sinne, daß die Staaten sich künftig verpflichten müssen, sich in Streitfällen einem solchen Verfahren auch tatsächlich stets zu unterwerfen. 2. Man muß reale Garantien dafür schaffen, daß die Staaten diesen zu statuierenden Pflichten auch wirklich nachkommen. Es muß also ein System von völkerrechtlichen Zwangsmitteln geschaffen werden, die eine Sanktion für die tatsächliche Beachtung des Völkerrechts im Staatenleben darstellen. 3. Eine Staatenliga muß begründet werden. Mit der Einführung eines solchen Systems von Sanktionen würde das bisherige System des Wettrüstens, das eine Gefährdung des Weltfriedens bedeutete, ohne weiteres entbehrlich. 4. Die künftige Entwicklung liegt in einer allmählichen Absorbierung des Kriegsrechts durch das Völkerrecht, vermöge deren das Völkerrecht im Staatenleben stetig an Terrain gewinnen und schließlich in demselben zur Herrschaft gelangen soll. 5. Eine Gestaltung des Völkerrechts in diesem Sinne wird dazu führen, daß künftig auch im internationalen Leben das Recht über der Macht steht, daß die Selbsthilfe, der Krieg, immer mehr in den Hintergrund gedrängt und daß dadurch dasjenige System, das sich hauptsächlich auf die Macht statt auf das Recht stützen will, das militaristische System ein für alle mal beseitigt würde. Die „Antwort eines kosmopoliten Schweizers auf die deutsche Propaganda zum Weltkrieg 1914" gibt H. J. Suter-Lerch in dem Buch „Deutschland sein eigener Richter" (Zürich 1917, O. Füßli). Aus der Politik der Entente und der Mittelmächte vor dem Kriege glaubt er folgendes Bild zu gewinnen: „In Deutschland wurde der Trieb nach Ausdehnung seit 1898 in steigendem Maße der Öffentlichkeit als unabwendbar hingestellt; die entsprechende Wirkung kam in den gebildeten Kreisen deutlich zum Ausdruck, namentlich seit der Marokkokrisis. Deutschland weigerte sich bei Kriegsbeginn, England gegenüber die Integrität der französischen Kolonien anzuerkennen und versprach dem italienischen Bundesgenossen schon am ersten Kriegstage Territorien aus fremdem Besitz. Der Reichskanzler scheute sich nicht, zur Zeit des deutschen Kriegsglückes zuzugeben, daß seine Politik schon vor der Kriegseröffnung auf die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes gerichtet war. Das eigenartige Zusammenspiel der deutschen und der österreichischen Regierungen zur Zeit des Kriegsausbruches konnte nur bezweckt haben, die seit 1913 vorbereitete Ausführung der deutschen Orientpolitik (Berlin—Bagdad) in Erfüllung zu bringen. Demnach sollte der durch die Zentralmächte entfesselte Weltkrieg bezwecken, die eigene wirtschaftliche und politische Macht zu erweitern und auf Generationen hinaus festzulegen. Diese agressive Politik mußte dem größten Teil des deutschen Volkes Schaden bringen, und nur eine Partei, die man die „alldeutsche" zu nennen pflegt (Militär, Beamte, Professoren und Großindustrielle), konnten hieraus Nutzen ziehen. — Die alldeutsche Mittelmeerpolitik schuf neue defensive Vereinigungen: Marokko brachte England und Frankreich zusammen, wenn auch leider nicht in einer bindenden, abschreckenden und somit dem dauernden Frieden nützlichen Form; Berlin—Konstantinopel—Bagdad zwang die Balkanstaaten zu einem Bunde und führte in letzter Linie zum heutigen Weltkrieg; dieser aber schuf die Weltkoalition gegen Deutschland.

J. W. Headlam, der Vorkämpfer der Ententepropaganda, äußert sich in einer Schrift „England oder Deutschland?" über den „Konfliktsgrund", „seine Ursachen und seine Ziele" (O. Füßli, Zürich.) Wann wird der Friede kommen, fragt er. „Er wird kommen, sobald Deutschland für ihn reif ist, und diese Stunde nähert sich. Er wird kommen, wenn Deutschland die Lehre dieses Krieges begriffen haben wird, wenn es, wie jede andere Nation, begriffen hat, daß die Stimme Europas nicht ungestraft herausgefordert werden kann noch darf. Er wird kommen, wenn Deutschland bereit ist, die Männer und die Ideen, die den Krieg unvermeidlich machten, von sich zu weisen, wenn die Militaristen und die Chauvinisten ein verachteter und ausgestoßener Überrest geworden sind, wenn das deutsche Volk ihnen sagt: „Auf euch haben wir gehört, euch haben wir gehorcht, euch haben wir alles geopfert, was uns das Leben wert macht, das Leben unserer Söhne, Gatten und Väter, die Ideale und den Glau-

Digitized by Google

ben unserer Vorfahren und das bessere Teil unserer eigenen Persönlichkeit. Ihr habt uns Reichtümer und Macht und Weltherrschaft versprochen, wir nahmen euer Anerbieten an und glaubten euren Versprechungen, und was haben wir jetzt? Wir haben für sie unser Alles hingegeben und haben nun dafür nichts als Hunger und Kälte, Nacktheit, Krankheit und Tod, Not und Ruin eingetauscht. Nie sah man in der Geschichte eine so einmütige Opferwilligkeit; vor unseren Taten müssen sich die Armeen eines Napoleon mit Respekt verneigen — und was haben wir damit gewonnen? Vor zwei Jahren noch lag uns die Welt zu Füßen, aus allen Ländern kamen die Menschen zum Besuch unserer Städte, in jedem Lande waren unsere Kaufleute die wohlhabendsten, unsere Erzeugnisse die verbreitetsten und unsere Gedanken waren auch Gemeingut der anderen. Und nun überblickt einmal die Welt! Da werdet ihr sehen, daß wir vom ganzen Menschengeschlecht verachtet und gehaßt sind; wir tragen den Fluch Kains an der Stirne, die Leute weichen uns in den Straßen aus und unsere Sprache ist mit Bann belegt. Euch verdanken wir es, daß das Werk eines ganzen Jahrhunderts nationaler Anstrengung zugrunde gerichtet wurde."

Wie England durch seine wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Neutralen kämpft, legt an Hand des Materials und aus juristischer Sachkenntnis ein unbekannter Verfasser in der Schrift „Comment L'Angleterre combat les neutres" (O. Füßli, Zürich) dar.

In einer anderen Aufklärungsschrift wir die Haltung Österreich-Ungarns zu Serbien gerechtfertigt. „Sarajévo. serbe contre la monarchie Austro-Hongroise" (Ferd. Wyß, Bern, Fr. 4.—). Sie zählt die Zeugnisse des Wohlwollens auf, das seit dem 16. Jahrhundert Österreich-Ungarn Serbien gegeben hat. „Im 16. Jahrhundert öffnete es der serbischen Bevölkerung seine Grenzen, als diese sich dem Koran entziehen wollte, um ihrem Glauben treu zu bleiben. Als Serbien im Jahre 1804 seine Unabhängigkeit durchgesetzt hat, stellt es dieselbe unter den Schutz des Hauses Habsburg. Als es im Krieg gegen Bulgarien unterliegt, wird es von Österreich-Ungarn vor dem Untergang bewahrt. „Solange der verderbliche Einfluß der panslawistischen Drohungen die serbische Politik nicht berührte, bewahrte es auch die Erinnerung an die erhaltenen Wohltaten." — Aber von diesem Augenblick an vergaß es die Dankbarkeit. Die Monarchie wurde ebenso gehaßt, als man ihr verpflichtet war, die rechtmäßigsten Unternehmungen, so die durch den Vertrag von 1878 in Aussicht genommene Einverleibung von Bosnien und Herzegowina wurden zu Attentaten gegen die geheiligten Rechte Serbiens, sowie sie an die Interessen des Panslawismus rührten." Dadurch hat die Monarchie die dauernde Verschwörung gegen ihre Sicherheit mit einer beispiellosen Langmut ertragen, „die unaufhörlichen Herausforderungen, Drohungen, Anschläge auf ihre Beamten, die aufrührerische Propaganda in ihrem Lande und unter der Jugend ihrer Erziehungsanstalten". „Man hat die Monarchie angeklagt, ihre Forderungen an Serbien übertrieben zu haben, damit Serbien sie nicht erfüllen könne und der Krieg so unvermeidlich würde. Das ist eine verleumderische Unterstellung. Die Monarchie hat aus vollem Recht gehandelt und nur in dem Willen, endlich Garantien für ihre Sicherheit zu erhalten. „Die Monarchie hat davon abgesehen, vor das Schiedsgericht zu treten, sie hätte sich zu sehr erniedrigt, wenn sie eingewilligt hätte, eine tödliche Verletzung wie einen gewöhnlichen Prozeß zwischen Nachbarn behandelt zu sehen. Sie hätte ihre Würde eingebüßt, während andere nur Zeit gewonnen hätten, um die Vernichtung der Monarchie vorzubereiten. Und als Österreich-Ungarn nicht in die Erniedrigung einwilligen wollte, die ihr Selbstmord als Großmacht gewesen wäre, entschieden ihre Gegner, es durch die Waffengewalt zu vernichten."

Druckfehlerberichtigung. In Heft 33 unserer Zeitschrift, S. 1155, zweite Zeile von oben, ist durch ein Versehen das Wort „uns" eingeschaltet worden. Der Satz muß heißen: „Wie eine mitteleuropäische Zange würde Schweden—Finnland mit seiner strategisch günstigen Grenze zum russischen Gebiet drohend auf Petersburg weisen und würde die zentrale Ostseestellung, die Großbritannien einzunehmen im Begriffe steht, im Rücken bedrohen können, wenn wir es wirklich versäumen sollten, Livland und Estland nebst den vorgelagerten Inseln militärisch, politisch und wirtschaftlich an den mitteleuropäischen Block zu binden."

Nachdruck aus dem Inhalt nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.90, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 31. August 1917 • Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 26. August 1917.

Macht, Recht und öffentliche Meinung

Von Dr. Paul Rohrbach

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Kühlmann, hat im Deutschen Reichstag kürzlich das Wort gebraucht: „In der Politik spricht die Macht, in der Politik spricht aber auch das Recht." Er fügte dann noch weiter hinzu: nur wenn wir unsere Politik auf diese beiden Pfeiler, Macht und Recht, gründeten, würden wir Dauerndes schaffen; eine nur auf dem Machtgedanken begründete Politik sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Was der Staatssekretär damit gesagt hat, ist an sich etwas Selbstverständliches. Allerdings hat es nie an Stimmen gefehlt, die da leugneten, daß in der Politik das Recht viel zu suchen habe. Wir erinnern uns an Machiavelli, der das Machtideal ohne jede Einschränkung vertrat. Bei uns haben sowohl vor dem Kriege als auch während des Krieges Vertreter des alldeutschen Gedankens in verschiedener Ausprägung das Prinzip „Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt" im Völkerleben verkündet. Auf englischer Seite ist im Weltkriege die frivole Wendung vom „Moratorium für die Bergpredigt" erfunden worden. Gegenüber solchen Torheiten und üblen Reden ist es gut, wenn ein verantwortlicher deutscher Staatsmann sagt, neben der Macht müsse auch das Recht gelten und Macht ohne Recht führe zu nichts.

Also ein dankenswertes, ein sehr dankenswertes Wort sogar! Wir haben manchmal auch von den Vorgängern der jetzt an der Regierung befindlichen Männer gute Worte gehört. Sie haben aber im Auslande meist wenig Eindruck gemacht, und zwar hauptsächlich deshalb, weil unsere Politik die psychologischen Werte nicht richtig zu handhaben gelernt hat. Allerdings hat Herr von Kühlmann in derselben Rede auch gesagt, man müsse dem Gegner psychologisch „an der Klinge bleiben". Wiederum ein vortrefflicher Ausdruck. Eines der obersten Gesetze psychologischer Wirksamkeit ist aber dieses, daß auch die beste Rede, das beste Wort praktisch-politisch wenig nützen, wenn nicht die angeschlagene Note dauernd wiederholt, in den öffentlichen Kund-

Digitized by Google

gebungen der Regierung und in der unabhängigen Presse immer von neuem benutzt wird. Ich habe schon vor zwei Wochen hier ausgeführt, daß es unser Fehler ist, feindliche Angriffe, die sich an die öffentliche Meinung der kriegführenden Länder richten, mit sachlichen Widerlegungen von der Art, wie sie in offiziösen Blättern stehen, zu beantworten, und wenn das Werk getan ist, diese Angelegenheit wieder ruhen zu lassen. Damit wird nichts erreicht: so zu arbeiten vermag nur politische Unerfahrenheit. Glaubt die Unerfahrenheit sich dabei in den Faltenwurf bureaukratischer Vornehmtuerei hüllen zu sollen — um so schlimmer. Auf unserem politischen Schlachtfeld wirkt nur die niemals abreißende Festhaltung desselben Motivs in allen Tonlagen und mit allen Hilfsmitteln. Wodurch haben denn die Gegner uns die verderblichen Niederlagen auf dem „moralischen" Kriegsschauplatz beigebracht? Vor allen Dingen dadurch, daß sie einige wenige Behauptungen in stupider Eintönigkeit und millionenfacher Wiederholung, in unzähligen Reden, mit endlosem Schreiben und Drucken, den Völkern ins Gehirn hineinarbeiteten. Stupid, scheinbar stupid, und nicht nur das, sondern auch gewissenlos und böswillig, aber psychologisch richtig berechnet und wirksam! Wenn man also nicht auch bei uns sich entschließt, diese Methode richtig anzuwenden, so werden auch die besten Worte politisch so wirkungslos bleiben, als ob sie nie gesprochen wären. Und dabei haben wir das bessere Material!

Der Staatssekretär hat selbst gesagt, alles was bei uns geredet und geschrieben würde, dringe auch bis zu unserem Feind. Es dringt nicht nur dorthin, sondern es übt auch Wirkungen aus — gute, wenn psychologisch richtig, verderbliche, wenn psychologisch falsch geredet wird. Die Kühlmannsche Formel, in der Politik spräche die Macht, aber auch das Recht, ist gut, aber nicht vollständig. Sie muß dahin erweitert werden, daß zu der Macht und dem Recht als dritter wirksamer Faktor die öffentliche Meinung tritt. Keine Regierung und kein Volk kann auf die Dauer Krieg führen, ohne die Macht der öffentlichen Meinung zu spüren. Die öffentliche Meinung läßt sich weder unter die Begriffsordnung der Gewalt, noch unter die des Rechtes bringen, aber sie ist unter Umständen stärker als Gewalt und Recht. Rußland hat 1905 seinen Krieg gegen Japan in dem Augenblick verloren, wo es sonst sicher gewesen wäre, ihn zu gewinnen — wenn nicht die öffentliche Meinung im Volke gegen den Krieg gewesen wäre, und die Regierung der Revolution wegen die Truppen vor den Japanern, die am Ende ihrer Kräfte waren, hätte zurücknehmen müssen. Umgekehrt sehen wir heute, daß ein fast zerschmettertes Rußland seinen Kriegswillen nicht aufgibt, weil die öffentliche Meinung sich von dem Glauben hat erfüllen lassen Deutschland müsse vernichtet werden, wenn das russische Volk seine „Freiheit" bewahren solle.

Macht, Recht und öffentliche Meinung! In dieser Formel liegt nicht weniger, als das Gesetz des Sieges im Weltkriege für uns enthalten. Spüren wir es nicht an uns selber, daß uns die Kräfte zum Sieg in dem Augenblick verlassen würden, wo unsere

Digitized by Google

öffentliche Meinung nicht mehr, zum festen nationalen Willen gesteigert, die Mehrheit unseres Volkes unter den Waffen und in der Heimat emporhielte? Darum kämpft auch die „Deutsche Politik" so andauernd für die Herbeirufung des Volkes, im ganzen zur Mitbestimmung seiner Geschicke, weil nur starkes Erfüllen der Gesamtnation mit politischem Aktivitätsgefühl, nur Festhalten des Massenwillens bei Not, Tod und Kampf um des Sieges wegen, uns diesen Sieg noch schaffen kann! Es ist Unfähigkeit, sich von der trockenen Blässe alter Formeln freizumachen, wenn einer diesen inneren Kampf in Deutschland nicht anders zu beurteilen weiß, als nach dem Schlagwort von der Demokratisierung. Das ist eine Formel, die man meinetwegen brauchen mag, wie man um der Einfachheit halber auch chemische Buchstabenformeln für Bewegungsvorgänge in den Stoffen braucht, aus denen unsere Welt und wir selbst uns aufbauen. Über alle Formeln hinaus brauchen wir aber die Einheit im Willen der Masse, unser nationales Dasein, unsere Zukunft, zu sichern und zu behaupten. In gewöhnlichen Zeiten ist die Aufgabe derjenigen, die sich als Führer aus der Menge hervorheben, nicht so schwer. Die Schwierigkeit fängt aber an, wenn die Opfer, die der Masse zugemutet werden, sich steigern und steigern, wenn auf der einen Seite immer nur gesagt werden kann: es gilt eure und eurer Kinder Zukunft, auf der anderen aber der Tod auf dem Schlachtfelde nun schon ins vierte Jahr seine Ernte hält, die knappe Nahrung nicht reichlicher werden will und die Kraftquellen immer ausschließlicher aus der Anspannung des Willens, nicht mehr aus der Zunahme von Speise und Trank, aus Licht und Wärme, wenn es kalt wird, hervorfließen müssen.

Es kommt bei uns nicht mehr darauf an, daß das geschieht, was einzelne politische Richtungen oder Genossenschaften nach Interesse und Gesinnung vom Kriege verlangen, sondern darauf, daß lebendiges Vertrauen in die Volksmasse hineingegossen wird: die Lenker, die uns 70 Millionen Deutschen heißen, zu kämpfen, zu bluten und Not zu leiden, sie haben auch zu dem deutschen Volk im ganzen ohne Unterschied von Stand, Beruf und Vermögen das Vertrauen, sie hegen der Masse gegenüber die tiefe Dankbarkeit, daß sie ihr durch die Tat den Entschluß zeigen wollen, alles auf sie zu stellen. Die „oberen" Stände, was man so Besitz und Bildung nennt, die können die Schützengräben nicht füllen, können die Kohle nicht fördern, die Munition nicht schmieden, die unser Daseinskrieg braucht. Bringt unsere Regierung der Masse des Volkes nicht das notwendige und verdiente Dankopfer der Demokratisierung, tut sie es nicht ehrlich fest und schleunig, so zerbricht unsere Einheit und der Sieg entgleitet unseren Händen. Hier sehen wir an uns selbst, wie Einheit not tut. Wenn wir aber klug sind und das Material zu benutzen verstehen, das uns aus der feindlichen Welt zufließt, so merken wir auch leicht, daß es bei den Gegnern vor allem beim gefährlichsten Gegner, England, nicht anders steht. Das, worum die englische Kriegführung im Innern kämpft, ist die Einheit des Volkswillen. Lloyd George, der englische Diktator und Kriegsmacher,

Digitized by Google

weiß genau, daß sein Krieg verloren ist, sobald ein erheblicher Teil des englischen Volkes, sei es auch nur eine starke Minderheit, ihn nicht mehr will und sich nicht mehr davon überzeugen läßt, daß er notwendig ist. Das Hauptmittel, mit dem Lloyd George, Northcliffe und Genossen die englische öffentliche Meinung fort und fort in den Krieg treiben, ist ihre Predigt, Deutschland sei der Angreifer, Deutschland vertrete die Lehre von der Gewalt, die über alles Recht gehe, Deutschland wolle die Welt erobern und die Völkerfreiheit zertrümmern. Man sagt, die Heuchelei sei im Grunde das stärkste Bekenntnis zur Macht der Wahrheit, weil der Heuchler sich nicht traut, anders Glauben zu finden und zu siegen, als indem er sich in den gefälschten Mantel der Wahrheit kleidet. Sehr richtig. Ebenso unzweifelhaft aber ist es richtig, daß man kein großes Volk, auch das englische nicht, bei einem Kriege festhalten kann, der so viele Opfer fordert und der mit der Zunahme der Opfer auch zunehmendes Nachdenken und wachsende Kritik erregt, wenn man dem Volk nicht den Glauben beibringen kann, es handle sich um hohe und große Ziele. Nur ein törichter Mensch kann sich einbilden, es wäre Lloyd George möglich, den Kriegswillen in der Mehrheit des englischen Volkes einfach auf das stillschweigende brutale Einverständnis hin zu erhalten, es gelte einen großen Raubzug in allen Erdteilen, und vor allem die Ausplünderung Deutschlands. Das sind Gedanken einzelner politischer Führer und bestimmter materiell interessierter Schichten in England, aber das ist kein Programm, für das man ein englisches Volksheer, das im Verhältnis fast so viel bedeutet wie das deutsche, ohne Unterlaß in die flandrischen Blutbäder treiben und die Nation ins Endlose zu den auch für England immer schwerer werdenden Opfern anspornen kann. Die Möglichkeit, den englischen Kriegswillen geschlossen zu erhalten, steht und fällt mit der anderen: der englischen öffentlichen Meinung den Glauben an Englands Recht und Deutschlands Unrecht zu erhalten. Die englischen Kriegstreiber haben kein anderes Mittel, die Einheit unseres nationalen Willens zu erschüttern, als daß sie versuchen, den materiellen Druck, unter dem wir leiden, bis ins Unerträgliche zu steigern. Unsere Staatmänner aber halten ein viel stärkeres Mittel in der Hand, die innere Einheit des englischen Kriegswillens aufzuheben. Nur müssen sie verstehen, wie man es anwendet!

Durch nichts anderes sind wir imstande, die innere politische Front in England so sicher zu zersprengen, wie durch das wiederholte und freimütige Bekenntnis zum Recht als zur Entscheidungsgrundlage im Völkerstreit — wenn es in einer Weise geschieht, die zugleich geschickt ist und sachlich überzeugend wirkt. Nicht jene, sondern wir sind in Wahrheit die moralisch Stärkeren; jene aber, die Kriegstreiber der Entente, sind bisher die unendlich Geschickteren gewesen. Wir, nicht sie, wagen es zum Beispiel, die sozialdemokratischen Vertreter nach Stockholm zu schicken. Warum benutzt man von seiten unserer Regierung diese unvergleichliche moralische Waffe so schlecht? Ist das Staatskunst? Sieht man nicht, welch ein Kampfmittel für die öffentliche Meinung man da in der Hand hält — oder wagt man nicht, es zu gebrauchen? Eng-

Digitized by Google

länder, Franzosen und Amerikaner fürchten sich wie vor dem Feuer davor, daß die Aussprache in Stockholm unser Recht an den Tag bringen könnte. Die Proben, die unsere sozialdemokratischen Vertreter neulich dort von ihrem Standpunkt gaben, haben die helle Angst der Entente erregt, es könnte noch mehr von diesem deutschen Gericht aufgetischt werden. Das ist das eine, was sie fürchten. Das andere ist ihre Besorgnis vor dem Wachstum des politischen Einflusses der Sozialdemokratie in England, in Frankreich und in Amerika. Das sind die Demokraten im Heuchelkleide, die Demokratie und Freiheit im Munde führen, aber ihnen in weitem Bogen aus dem Wege gehen, wo sie ihnen wirklich begegnen können! Wie leicht wäre es, der Entente hier eine moralische Niederlage zu bereiten, von der sie sich nicht wieder erholt. Wo aber sind die Leute bei uns, die das fertig bringen? Rußland hat uns wider unseren Willen zur Kriegserklärung gezwungen, England wider unseren Willen zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. Was ist notwendiger, als daß wir nicht aufhören, jene als die Zerstörer von Frieden und Recht auf der Welt zu brandmarken, uns aber als diejenigen zu erweisen, die, indem sie gezwungen und überfallen, um ihr Dasein ringen, in Wahrheit dafür kämpfen, daß Weltfriede und Weltrecht hinter dem Weltkrieg wieder ans Ruder gelangen können? Das Material, um diese Wahrheit zu erweisen, ist so groß, die Schwächen und Blößen der Gegner so zahlreich, die Methode des Erfolges so einfach, daß es für jede wirkliche Staatskunst ein Leichtes sein sollte, aus unserer bisherigen matten, ungeschickten und wenig überzeugenden Verteidigung zu kraftvoll durchgeführten und erfolgreichen Angriffen überzugehen. Nur ein Blinder kann sich heute noch davor verschließen, daß die Entscheidung im Weltkriege nicht mehr durch das Schwert allein, sondern ebensosehr und vielleicht noch eher durch richtige politische Strategie und Taktik erreicht werden wird. Es ist bei uns einiges dieser Art in letzter Zeit versucht worden, keineswegs ohne Erfolg. Im Vergleich dazu aber, was noch geschehen muß und geschehen kann, war es ein gar zu bescheidener und zaghafter Anfang. Die Hauptsache muß noch kommen, wenn es noch Staatsmänner bei uns gibt.

Ein Staatsmann soll die Natur des Gegners erkennen. Bei Rußland haben wir sie im entscheidenden Augenblick nicht erkannt und damit diesem Feinde wieder auf den Weg der Sammlung und Zusammenfassung seiner politischen Kräfte gegen uns geholfen. Die nationalistische und kriegsbegeisterte Gegenrevolution ist im Vordringen, Kerenski ist ihr Prophet geworden, und es wird nicht lange dauern, bis er sich in der Kriegspolitik Leuten wie Miljukow angeglichen hat. Daß die russische Revolution in das kriegerische Fahrwasser kam, ist das Werk unserer in bezug auf Rußland unwissenden Politik. Gut, (oder vielmehr nicht gut!) — finden wir uns damit ab, daß die für unsere Staatslenkung maßgebenden Leute Rußland gegenüber schwere Fehler gemacht haben, seien wir darauf gefaßt, daß die Reihe auf diesem Gebiet vielleicht auch jetzt noch nicht abgeschlossen ist, und hoffen wir, daß die inneren Schwierigkeiten Ruß-

Digitized by Google

lands am letzten Ende doch noch besser für uns arbeiten werden, als unsere eigene Politik es bisher getan hat.

Nun aber England! Bei England, so sollte man doch meinen, ist es für den deutschen Politiker nicht so schwer, psychologisch richtig zu verfahren, wie bei Rußland, wo Sprache, Volksart, Geschichte und so weiter für den durchschnittlichen Deutschen, auch für den durchschnittlichen deutschen Staatsmann, unbekannte Größen sind. Kann man wirklich an der jetzigen Lage der Dinge in England vorbeisehen? Ist es nicht deutlich, daß Lloyd George und Northcliffe, die Vertreter des heuchlerischen, lügenhaften und brutal gewaltpolitischen England, vor nichts soviel Furcht haben, wie vor einem Eintreten Deutschlands für Frieden und Menschlichkeit? Sie kämpfen nicht nur um den Sieg, sie kämpfen auch um die Rettung ihrer selbst. Daher ihre verzweifelte Kriegswut. Sie wissen, daß sie und ihr Krieg zusammen verloren sind, wenn Deutschland erklärt, zu einem Frieden ohne erzwungene Annexionen und Entschädigungen bereit zu sein. Ihr tägliches Gebet ist, daß ihnen deutsche Stimmen beschert werden mögen, mit denen sie dem andern England, das an Frieden denkt, die Unaufrichtigkeit Deutschlands und die Fortdauer der „deutschen Gefahr" glaubhaft machen können. Jeder englische Staatsmann, nicht nur Lloyd George, weiß, daß im kritischen Augenblick, wenn es an die Liquidation des Krieges geht, die Karten Englands aufgedeckt werden müssen und England dann seine Eroberungspläne bekennen muß. Welch eine Niederlage für die englische, welch ein Augenblick für die deutsche Politik, wenn sie sich jetzt klar und offen zu dem Grundsatz bekannt hat, den die Reichstagsresolution wiedergeben soll! Wir können alles glänzend gewinnen, den Krieg, unsere Zukunft, die öffentliche Meinung der Welt, wenn wir jetzt Einsicht und Entschlossenheit genug bewähren und eine psychologisch richtige Politik gegen England aufbringen. Wir können England moralisch zerschmettern, wenn wir wollen — däs England, das sich von dem bösen Feind des Friedens, Lloyd George, immer weiter in das Blutmeer hineinpeitschen läßt. Wir können freilich etwas anderes tun: falsche Politik zur Freude Lloyd Georges, Wilsons, Poincarés und der gesamten Entente! Dazu brauchen wir nur weiter so zu tun, als ob es keine Staatskunst und keine politische Führung bei uns gäbe, die weiß, was sie will.

Englands Kriegs-Bilanz

Von Otto Jöhlinger

Wenn man jetzt englische Zeitungen durchliest, dann findet man immer wieder die Beteuerung von der „Selbstlosigkeit", mit der England in diesen Krieg gezogen ist. Immer wieder kann man lesen, daß England keinen Landerwerb erstrebe und daß es nach Kriegsbeendigung seine Truppen vom Kontinent zurückziehen würde. Es sei nur ideeller Güter wegen in den Krieg gezogen, materielle Werte erstrebe es

Digitized by Google

nicht. Wie sieht nun in Wirklichkeit die englische Behauptung aus? Es ist zuzugeben daß im allgemeinen England in Europa nicht auf Landerwerb ausgehen will, es sei denn, daß es Calais und Boulogne nicht mehr zu räumen gedenkt. Aber vom Yserkanal, aus Flandern und den sonstigen Gebieten von Nordfrankreich dürfte es wohl seine Truppen in der Tat zurückziehen. Damit erschöpft sich aber die englische Tätigkeit keineswegs. Denn Englands Truppen stehen ja nicht nur bei Ypern und an der Somme, sie waren ja auf der ganzen Welt verteilt, auf der Sinai-Halbinsel, in Saloniki, in Mesopotamien, in Bagdad, in Arabien, in Südwestafrika, in Togo und Kamerun und in Ostafrika; überall sind englische Armeen, und sieht man einmal die Weltkarte von diesem Gesichtspunkte an, dann ergibt sich doch ein ganz anderes Bild. Die Gebiete, die England hier besetzt hat, sie sind zusammengerechnet größer als ganz Europa. Zunächst hat England völlig besetzt: Deutsch-Südwestafrika, Togo und Kamerun, zum großen Teil Deutsch-Ostafrika, ferner Neu-Guinea, Samoa und den weitaus größten Teil unseres Südseebesitzes, soweit er nicht von Japan erobert ist. Es hat ferner annektiert die bereits seiner Oberhoheit unterstehenden Gebiete Ägyptens, und es hat in Persien seine Truppen weit vorgerückt. Die Sinai-Halbinsel ist vollständig von englischen Truppen besetzt. Arabien ist über Mekka hinaus erobert, Mesopotamien bis Bagdad. Es wird wohl heute kaum einen Engländer geben, der es verstehen würde, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Besetzung handele. Jeder Engländer wird vielmehr der Ansicht sein, daß diese Gebiete englisch bleiben. Denn darüber muß man sich im klaren sein; so zerstreut die Gebiete auch an sich liegen, es liegt etwas unbedingt Systematisches in ihrer Erwerbung und zugleich die Erfüllung eines englischen Traumes; denn mit den Erwerbungen wird die Flankendeckung in West und Ost für Indien in fast idealer Weise bewirkt. Der Indische Ozean schwebt dem Engländer schon längst als „mare clausum britannicum“[1] vor, dessen Küsten bis auf wenige Ausnahmen englisch sind. Flankiert wird dieser Ozean durch Britisch-Südafrika und Britisch-Ostafrika auf der einen Seite und durch Australien, Neuseeland und das Inselgebiet in der Südsee auf der anderen Seite. Der Kernpunkt liegt in Indien, das durch diese Flanken geschützt wird. Dieses Dreieck, dessen einer Schenkel Südafrika mit Indien verbindet, dessen anderer von Indien nach Australien läuft und dessen Grundlinie Südafrika mit Australien vereinigt, war bisher nicht ganz lückenlos. Dazwischen lagen zunächst Deutsch-Ostafrika und Mosambik, auf der anderen Seite lagen die deutschen Südsee-Inseln. Darüber hinaus befinden sich inmitten des Gebietes noch Italienisch-Somali-Land, Madagaskar und im Osten der niederländische Inselbesitz. Immerhin ist England seinem Ziel durch den Krieg immer nähergekommen. Mosambik steht derartig unter englischem Einfluß, daß es nicht mehr störend wirkt. Stützpunkte von Großmächten, die Englands Pläne durchkreuzen können, sind seit der Eroberung von Ostafrika so gut wie nicht mehr vorhanden. Ge-

[1] „Geschlossenes englisches Meer“.

Digitized by Google

heimrat Stuhlmann hat kürzlich in der „Deutschen Kolonial-Zeitung" (vom 20. Juni 1917) berechnet, welche wirtschaftliche Bedeutung die in Frage kommenden Gebiete vor dem Kriege hatten, und da ergibt sich, daß die englischen Länder, die hier in Betracht kommen, einschließlich Australien, Indien und Ägypten zusammen 367 Millionen Einwohner hatten und einen Außenhandel von 16 Milliarden Mark aufwiesen. Deutschland war daran mit über 1,4 Milliarden Mark beteiligt. Hinzu kommen die im Kriege von England besetzten Gebiete, also vor allem die deutschen Kolonien und Mesopotamien mit über 8 Millionen Einwohner und 170 Millionen Außenhandel. Man sieht aus diesen wenigen Ziffern, daß es sich um einen stattlichen Besitz handelt, der durch die jetzt besetzten Gebiete eine außerordentliche Bereicherung und zugleich eine Zusammenfassung erfährt. Es heißt also für uns auf der Wacht zu sein; denn wenn England sein Ziel verwirklicht, wird Deutschland nicht nur politisch im Indischen Ozean ausgeschaltet, sondern auch wirtschaftlich völlig zurückgedrängt. Die Einkreisung Deutschlands in Europa erfährt für England eine unbezahlbare Ergänzung durch die Besetzung sämtlicher Küsten des Indischen Ozeans. Deutschland darf nicht dulden, daß Arabien und Mesopotamien unter englischem Einfluß stehen; denn sie bedeuten eine dauernde Bedrohung der Türkei und zugleich unserer eigenen Wirtschaftsinteressen.

Wie schon erwähnt, handelt es sich bei dem Vorgehen Englands keineswegs um etwas Zufälliges. Im Gegenteil, der Schachzug Englands im Indischen Ozean stellt das Ziel eines planmäßigen Strebens dar, und wer daran zweifelt, der greife zu einem Werk, das im Jahre 1913 erschienen ist: „The day of the Saxon" von Homer Lea. Der Verfasser, ein Amerikaner, hat mit geradezu prophetischem Geiste die Entwicklung vorausgesehen, und er hat England die Wege gewiesen, die es jetzt geht. Homer Lea erblickt überall Gefahren für das angelsächsische Reich, sowohl im Widerstreit mit den deutschen Interessen, als auch mit denen Rußlands und Japans, und er kommt zu dem Resultat, daß der verwundbarste Punkt im angelsächsischen Weltreich Indien darstellt. Das wird im einzelnen gezeigt und Homer Lea faßt seine Schilderungen zusammen in die Worte:

„Der Verlust Indiens ist nächst einem direkten Angriff und einer Einnahme der britischen Insel der tödlichste Schlag, der das angelsächsische Reich treffen kann. Indien ist mit der Erhaltung des Weltreiches so eng verknüpft, daß es keineswegs sicher, ob eine Invasion der britischen Inseln der Eroberung Indiens vorzuziehen wäre."[1]

Dabei betont der Verfasser, daß die wirtschaftliche Seite für ihn keine Rolle spiele. Die Bedeutung Indiens könnte durch Verlustzahlen materieller Natur gar nicht ausgedrückt werden. Indiens Verlust sei so groß, daß alles Blut, Eisen und Feuer der angelsächsischen Rasse den Ring der britischen Weltherrschaft nicht mehr zusammenschmieden könne. Deshalb solle England stets seine ganze Politik so treiben, daß Indien von keiner Seite genommen werden kann. Als ein Mittel hierfür sieht

[1] Dankenswerterweise hat Graf E. Reventlow im Verlage von E. S. Mittler & Sohn eine Übersetzung des ungemein interessanten Werkes unter dem Titel: „Des britischen Reiches Schicksalsstunde" herausgegeben.

Digitized by Google

Homer Lea in einer starken englischen Armee. Schon vor dem Kriege predigte er deshalb den Engländern, schleunigst die Wehrpflicht einzuführen, um in Europa Indien zu verteidigen. Homer Lea war der Überzeugung, daß die Ausdehnung Deutschlands, Rußlands und Japans sich in der Richtung auf Indien und dessen Interessen bewegen müsse, eine Anschauung, die für Deutschland ja völlig unzutreffend ist. Zur Illustration der Lage hatte er eine Landkarte gezeichnet, in der von Indien aus 13 strategische Dreiecke strahlenförmig ausgehen. 11 dieser Dreiecke liegen auf britischem Gebiet, 2 außerhalb. Ein Blick auf die Karte zeigt nun, daß die strategischen Dreiecke, die der Verfasser zeichnet, zu einem großen Teil in das Gebiet des jetzigen Weltkrieges fallen. Ein Dreieck umfaßt Persien, ein anderes Arabien, ein drittes endet bei Sansibar. An Hand dieser Karte verlangt nun Homer Lea, daß England sich alle die Gebiete sichern soll, die in die Dreiecke fallen. Vergleicht man aber die Karte Homer Leas mit den Ländern, die von England besetzt sind, so ergibt sich ein ganz auffallende Ähnlichkeit der beiden Landkarten. Das, was 1913 Homer Lea als notwendig für England vorausgesehen hat, ist bereits in Erfüllung gegangen. Die strategischen Dreiecke fallen jetzt zum weitaus größten Teil auf britisches resp. von Engländern besetztes Gebiet. Die Sicherung Englands und zugleich des Indischen Ozeans ist vollzogen!

Man sieht hieraus, wie systematisch die Engländer in diesem Kampfe vorgegangen sind und wie sie es verstanden haben, während die europäischen Heere auf den Schlachtfeldern verbluten, sich in Übersee die wertvollsten Stützpunkte ihrer Weltherrschaft zu verschaffen und damit ihre Vormacht im Indischen Ozean in einer Weise zu befestigen, wie es bisher nicht möglich war. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man immer wieder liest, daß England in diesem Kriege keinen Landerwerb erzielt habe!

Ein Kapitel für sich ist Englands Stellung im Mittelmeer. Dieses ungemein wichtige Gebiet hat Großbritannien tatsächlich zu einem „englischen See" verwandelt. Zwar besitzt es hier nicht wie im Indischen Ozean die Küsten, aber es hat sich eine Kette von Stützpunkten geschaffen, die das Meer in einen geschlossenen Binnensee verwandeln und darüber hinaus noch die Küsten auf das schwerste gefährden können. Gibraltar und Suez sind die ersten Etappen auf diesem Wege, der gerade jetzt sehr erheblich ausgebaut worden ist. Zunächst hat England im gegenwärtigen Kriege das bisher dem Namen nach noch bestehende Protektorat Ägypten praktisch völlig zu einer englischen Kolonie herabgedrückt und den Suezkanal zu einer englischen Fahrstraße gemacht. Diesen Maßregeln schließt sich systematisch an die am 5. November 1914 erfolgte Annexion der Insel Cypern, die bisher der türkischen Oberhoheit unterstand. Mit Recht schrieb hierzu die „Reichspost" (Wien) vom 22. Juli 1917:

„Durch diese Annexion rückte England ein gewaltiges Bollwerk seiner Macht in die Nähe der Mündung des Suezkanals und zugleich an die Küste Syriens und Ciliciens. Cypern ist fortan die Ausfallpforte für alle englischen Unternehmen gegen Kleinasien und die Handelsstraßen, die hier in das Zweistromeland und gegen Osten laufen."

Digitized by Google

Damit begnügte sich aber England noch nicht: nachdem es die Dardanellen nicht besetzen konnte, „eroberte" es die Insel Tenedos. Hier wurde eine befestigte Station errichtet, die drohend vor dem Ausgang der Dardanellen Wacht hält. Die Geschichte der Erwerbung von Stützpunkten im Mittelländischen Meere ist typisch für die britische Weltpolitik!

Bulgariens innere Politik

Von Max Lehmann, Steglitz

Bulgarien demokratisiert sich, meldete vor einiger Zeit ein großes Berliner Blatt, König Ferdinand hat seinem Volk eine Neuordnung des Wahlrechts und der Bodenverteilung versprochen. Neuordnungen sind zwar zeitgemäß, aber dennoch war es erstaunlich, daß sie sich auch auf das demokratische Musterland Bulgarien erstrecken sollten. Es stellte sich denn auch bald heraus, daß eine Verwechselung mit Rumänien vorlag. Dieser Reinfall eines der ersten deutschen Blätter, das sich noch dazu besonderer Kennerschaft in Balkandingen rühmt, ist kennzeichnend dafür, wie wenig selbst in politischen deutschen Kreisen die Verhältnisse auf dem Balkan bekannt sind. Wir können zwar die Parteien Japans an den Fingern der Hand herzählen, Bücher über Tibet und Turkestan haben den größten buchhändlerischen Erfolg, an unseren Universitäten werden Vorlesungen über die uns gar nichts angehenden Indianerstämme Mexikos gelesen, dem Balkan gegenüber, von dem doch dieser furchtbare Weltenbrand ausgegangen ist und auf dem bereits Tausende unserer besten Soldaten ihr Blut verspritzt haben, zeigen wir eine erstaunliche Gleichgültigkeit. Nur ein Berliner Blatt hat einen ständigen Vertreter in Bulgarien, und seit den Zeiten des seligen Kanitz, seit den siebziger Jahren, ist kein umfangreicheres erschöpfendes Werk über Bulgarien mehr erschienen. Was beim Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg an deutschen Büchern über diesen Gegenstand veröffentlicht worden ist, bewegt sich fast durchaus im Rahmen oberflächlicher Gelegenheitsschriftstellerei und wirkt durch plumpe Schönfärberei irreführend. Ich benutze deshalb gern die Gelegenheit, einer Aufforderung der Redaktion dieser Zeitschrift entsprechend, auf Grund meiner Beobachtungen während eines längeren Aufenthalts in Bulgarien das innerpolitische Leben unseres jüngsten Bundesgenossen zu schildern — gerade die innerpolitischen Zustände der verschiedenen Länder scheinen ja in dem beginnenden letzten Akt des großen Weltendramas eine wichtige Rolle spielen zu sollen.

Bulgarien ist eine erbliche, verfassungsmäßige Monarchie. Die Volksvertretung besteht aus einer Kammer, der Sobranje, die nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, und zwar seit kurzem auf Grund der Verhältniswahl, auf vier Jahre gewählt wird. Die Regierung ist parlamentarisch, sie muß die Mehrheit in der Kammer besitzen. Infolge dieses demokratischen Charakters der Verfassung ist es unter dem Fürsten Alexander zu heftigen inneren Wirren gekommen, die in dem Staatsstreich von 1881

Digitized by Google

gipfelten. Seitdem dieser absolutistische Versuch gescheitert ist, haben sich keine Verfassungskonflikte mehr ereignet. Zweimal wurde die Verfassung in Einzelheiten geändert, zuletzt 1911, wo der Regierung u. a. das Recht zum Abschluß von Geheimverträgen verliehen wurde, der demokratische Grundzug blieb aber unangetastet.

Trotzdem hat es König Ferdinand immer verstanden, einen großen persönlichen Einfluß auszuüben. Eine vollendete Kunst der Menschenbehandlung, ein scharfer Sinn für die starken wie die schwachen Seiten seiner Gegenspieler, der Parteiführer, ein feines Gefühl für die Stimmung des Volkes, große Geschicklichkeit in der Auswahl der Personen seiner Umgebung unter den bedeutendsten Köpfen Bulgariens, alles dies verschaffte ihm eine Stellung, die an Einfluß derjenigen anderer Monarchen in weniger demokratischen Ländern nicht nachsteht, ohne daß er der Verfassung Gewalt angetan hätte. Dabei vollzieht sich sein Wirken fast unmerklich, er bleibt meist im Hintergrund, erscheint jedenfalls nie ohne „konstitutionelle Bekleidung". Seinem Volke bleibt er meistens unsichtbar, er liebt es nicht, sich umgeben von höfischem Gepränge in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Dieser Sproß zweier der vornehmsten und ältesten Fürstengeschlechter Europas hat es meisterhaft verstanden, seinem derben und eigenwilligen, mißtrauischen und verschlossenen, nach jahrhundertelanger Knechtschaft endlich zur Freiheit gelangten und gerade deshalb die Freiheit doppelt liebenden, aber anderseits deswegen auch der Führung bedürftigen Volke gerecht zu werden. Zwar ist auch König Ferdinand nicht volkstümlich in dem Sinne, wie es die von einer großen Tradition getragenen Fürsten Mitteleuropas sind, aber er weiß wohl, daß es vergeblich wäre, bei seinem nüchternen, skeptischen Volke nach solcher Volkstümlichkeit zu streben. Das Verhältnis von Fürst und Volk ist in Bulgarien frei von jeder Romantik, deshalb mußte Fürst Alexander, der belastet mit allen Vorurteilen des preußischen Gardeoffiziers dort erschien, trotz all seiner sonstigen persönlichen Vorzüge scheitern. König Ferdinand hat bei seinen Untertanen das Gefühl von der Überlegenheit seiner Persönlichkeit hervorzurufen und die Überzeugung wach zu halten vermocht, daß er der rechte Mann an der rechten Stelle ist. Das ist das Geheimnis seiner Stellung. Wenn heute der Thron König Ferdinands fester dasteht, als irgendeiner auf dem Balkan, so ist dies vor allem seinen persönlichen Eigenschaften und seinem erfolgreichen Wirken zuzuschreiben.

Wesentlich erleichtert wurde die Wirksamkeit König Ferdinands durch die große natürliche Begabung des bulgarischen Volkes für die Politik. Der Bulgare hat von Haus aus einen gesunden Verstand, eine leichte Auffassungsgabe, viel Menschenkenntnis, so daß er sich so leicht nichts vormachen läßt, ein stets waches Mißtrauen, dabei ein vollständiges Unvermögen, sich für Dinge zu begeistern, die ihn nichts angehen. Die Vaterlandsliebe des Bulgaren ist über jedes Lob erhaben, und der Politik gibt er sich mit einer Leidenschaft hin, die ihn selbst bis zu Gewalttaten fortreißt. Deshalb ist der Kampf der Parteien heftig und erbittert und nicht frei von persön-

Digitized by Google

licher Gehässigkeit. Denn die Parteien in Bulgarien sind meist Personenparteien, ihre sachlichen Unterschiede sind gering. Zwar nennen sich die Parteien wie bei uns liberal, fortschrittlich, demokratisch usw., doch sind diese Namen nur das vom Auslande bezogene Aushängeschild.

Wollen wir die Parteibildung Bulgariens verstehen, so müssen wir uns deren soziale, wirtschaftliche und politische Voraussetzungen vergegenwärtigen. Als Bulgarien nach Jahrhunderte währender Knechtschaft neu erstand, war das Volk im wesentlichen eine gestaltlose, ungegliederte Masse. „Unser Volk war tot," schreibt Marin Drinow, „die Bulgaren waren kein Volk mehr, sondern nur ein Haufen unterjochter, bedrückter, ruinierter Leute. Gelangte wirklich jemand zu einem menschenwürdigen bürgerlichen Leben, so hörte er auch schon auf, Bulgare zu sein und wurde Grieche, weil es jenen gar nicht zukam, ein bürgerliches Leben zu führen; so etwas durfte sich nur der Grieche erlauben. Der Bulgare mußte Bauer bleiben." So bestand das bulgarische Volk bei seiner Befreiung fast nur aus einer sozialen Schicht, dem sogenannten kleinen Mittelstand in Stadt und Land. Ein eigentliches Proletariat gab es nicht, und die höheren Schichten wurden in den Städten überwiegend von Griechen, auf dem Lande von Türken gebildet, die zu einem beträchtlichen Teil auswanderten, soweit sie aber zurückblieben, keine eigenen Parteien zu bilden wagten. Soziale Ursachen der Parteibildung bestanden also zu Anfang nicht, erst später haben sich die sozialen Unterschiede herauszubilden begonnen, und seitdem üben auch sie einen gewissen Einfluß auf das Parteileben aus.

In wirtschaftlicher Beziehung war die Lage dieselbe, wie in sozialer. Seit der Befreiung und auch heute noch bildet der kleine selbständige Bauer die Hauptmasse der Bevölkerung und zwar heute noch über 80 Prozent. Die städtische Bevölkerung besteht meist aus kleinen Handwerkern, deren Interessen mit denen der Bauern vielfach übereinstimmen. Infolgedessen spielt der eine wirtschaftliche Hauptgegensatz Mitteleuropas, derjenige zwischen Stadt und Land, nur eine sehr geringe Rolle. Erst in Zukunft wird es vielleicht zu Reibungen zwischen den agrarischen Interessen und denen des Handels und der noch in den Anfängen steckenden, aber von der Regierung mit mehr Eifer als Erfolg geförderten Industrie kommen. Ein Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauernschaft besteht überhaupt nicht, da es einen Großgrundbesitz in Bulgarien nur in Einzelfällen gibt. In den Städten hat sich in der letzten Zeit ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit herausgebildet, doch sind die davon berührten Unternehmer- und Arbeiterkreise so wenig umfangreich, daß auch er keine entscheidende Bedeutung hat.

In politischer Beziehung sind die Verhältnisse ein wenig anders, als in sozialer und wirtschaftlicher. Die heute herrschenden Parteien haben sich meist gebildet im Kampf gegen die Versuche des Fürsten Alexander, ein persönliches Regiment zu führen, und daher stammen ihre liberalen oder demokratischen Namen. Seitdem Fürst Alexander

Digitized by Google

abgetreten ist, hat es keine großen Verfassungskämpfe mehr gegeben. Die konservative Partei, die einst Alexander bei seinen reaktionären Versuchen unterstützt hat, ist heute von der Bildfläche verschwunden, sie besitzt weder eine Zeitung noch hat sie einen Vertreter in der Sobranje. Heute gibt es in Bulgarien weder eine Autokratie noch eine Aristokratie, weder ein bureaukratisches Regiment noch einen Klerikalismus, gegen den sich der Kampf der liberalen und demokratischen Parteien zu richten hätte. Alle die großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die in Mittel- und Westeuropa die Nationen in gegnerische Lager teilen, spielen in Bulgarien also nur eine untergeordnete Rolle. Den entscheidenden Einfluß hat auf die Parteibildung der Umstand gehabt, daß Bulgarien nicht aus eigener Kraft seine Freiheit errungen hat, daß es sie als Geschenk aus der Hand einer fremden Nation empfangen hat. So wurde das Verhältnis zu dieser Nation, die immer, wenn auch in wechselnder Form, Anspruch auf eine Vormundschaft über ihren Schützling geltend gemacht hat, zum zentralen Problem der inneren Politik Bulgariens. Russophile und Austrophile, das sind die beiden Heerlager, in die sich die bulgarischen Parteien trennen. „Rußland hat uns befreit, es kann sein Werk nicht im Stich lassen," so schallt es von drüben, und von hüben klingt es zurück: „Los von Rußland, das uns befreit hat, damit wir Bulgarien um so besser dienen." Das Ziel der einen ist die Balkanföderation auf der Grundlage des Panslawismus, der anderen die Vorherrschaft Bulgariens auf dem Balkan durch Anschluß an die Mittelmächte.

Innerhalb jedes dieser Lager gibt es mehrere Parteien und Gruppen, die sich von einander weniger durch ihr Programm, als durch die Person ihrer Führer unterscheiden. Um ihre Entstehung zu erklären, müßte man die ganze innerpolitische Geschichte Bulgariens seit fünfzig Jahren erzählen, und das würde natürlich hier zu weit führen. Es können deshalb hier nur einige kurze Hinweise gegeben werden.

Die gegenwärtige Sobranje setzte sich aus 128 Ministeriellen und 116 Oppositionellen zusammen. Sie ist nach der großen Katastrophe von 1913 gewählt worden, und zwar, nachdem die zuerst gewählte Sobranje hatte aufgelöst werden müssen, da die Regierung in ihr keine Mehrheit besaß und die prinzipielle Opposition infolge der allgemeinen Enttäuschung und Verbitterung einen übermäßig großen Raum einnahm. Den Hauptbestandteil der Ministeriellen bildet die einige achtzig Abgeordnete zählende liberale Partei des Ministerpräsidenten Radoslawow. Es ist wohl überflüssig, die Person dieses klugen, zielbewußten, vorsichtig abwägenden, aber im richtigen Augenblick fest zupackenden und dann mit eiserner Faust festhaltenden Staatsmannes hier zu schildern, dessen äußere Erscheinung mit ihrem gemütlichen, milden Ausdruck wenig seinem inneren Wesen entspricht. Zu seiner Partei gehören auch die meisten Minister, insbesondere auch der einflußreiche Unterrichtsminister Peschew, der den Ministerpräsidenten bei Reisen ins Ausland vertritt.

Die zweitgrößte Gruppe der Regierungsmehrheit bildet die stambulowistische Partei,

Digitized by Google

die ursprünglich durch den Arbeitsminister Petkow und den Eisenbahnminister Apostolow in der Regierung vertreten war. Die stambulowistische Partei pflegt, wie schon ihr Name andeutet, die österreichfreundlichen Ideen des großen bulgarischen Staatsmannes Stephan Stambulow. Ihr Führer war bei Ausbruch des Weltkrieges der ehemalige Minister Dr. Genadiew, ein Mazedonier von Geburt, wie man sagt ein Verwandter des weniselistischen Gesandten in London, Genadios. Genadiew war einer der bedeutendsten Politiker Bulgariens, ein kleiner beweglicher Mann mit etwas hervorquellenden Augen und stechendem Blick, von gewandten Umgangsformen und großer Geistesgegenwart. Er war einer der glänzendsten Redner der Sobranje, seine große Schlagfertigkeit machte ihn schnell zum Herren der Lage, als politischer Taktiker war er von großem Reichtum der Erfindung. Scharfe Auffassungsgabe, durchdringende Menschenkenntnis und klarer Verstand waren ihm eigen, er besaß eine Fülle von Kenntnissen, aber es fehlte ihm die Geduld zum Abwarten, und sein brennender Ehrgeiz ließ ihn vor nichts zurückschrecken. Seine großen Fähigkeiten bewirkten, daß sich eine Schar von fähigen, aber ehrgeizigen Männern um ihn sammelte, was ihm einen Einfluß gab, der ihn zu einem in der wichtigsten Faktoren der inneren Politik des Landes machte.

Genadiew war ein eifriger Anhänger der deutschfreundlichen Politik Radoslawows bis es im Frühjahr 1915 während seines Aufenthalts in Rom der Entente gelang, ihn für sich zu gewinnen. Seitdem hörten seine Wühlereien gegen Radoslawow und seine Politik nicht auf, ohne daß er jedoch offen in die Opposition ging. Die stambulowistische Partei aber spaltete sich, und es entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Anhängern Genadiews und den ihrem Programm treu gebliebenen Stambulowisten, die von dem Arbeitsminister Dobri Petkow und dem Vizepräsidenten der Sobranje, Dr. Momtschilow geführt wurden. Es gelang diesen verdienten Männern, Genadiew die Spitze zu bieten, so daß sich Bulgarien im gegebenen Augenblick den Mittelmächten anschließen konnte.

Der Eintritt Bulgariens in den Krieg machte den Intrigen Genadiews vorläufig ein Ende. Erst als im Sommer 1916 infolge der Somme- und der Brussilowschen Offensive, sowie der drohenden Haltung Rumäniens die Lage auf dem Balkan kritisch wurde, trat Genadiew wieder hervor. Bei der Abstimmung der Sobranje über sechs provisorische Budgetzwölftel ging er in die Opposition und beraubte dadurch die Regierung ihrer ohnehin schwachen Mehrheit. Es gelang der Regierung aber, den Schlag zu parieren, bei der zweiten Lesung fand sie die Unterstützung der Nationalpartei (Geschowisten), die sich dadurch ein patriotisches Verdienst erwarb. Die Niederlage Genadiews war um so empfindlicher, als die übrigen Oppositionsparteien erklärten, daß sie ihre Haltung aus prinzipiellen Gründen einnähmen und nichts mit Genadiew gemein hätten.

Dieser Vorstoß Genadiews wurde allgemein als ein Versuch betrachtet, den Gang

Digitized by Google

des gerade gegen ihn schwebenden Hochverratsprozesses zu beeinflussen. Genadiew und die Mehrzahl seiner Anhänger, sowie einige Abgeordnete anderer Parteien und mehrere Kaufleute waren nämlich angeklagt, im Sommer 1915 von dem französischen Agenten Déclosières Summen im Gesamtbetrage von mehreren Millionen angenommen zu haben, die angeblich dem Ankauf von Getreide dienten, nach Meinung des Gerichts aber der Bestechung dienten. Das Militärgericht verurteilte Genadiew zu zehn Jahren und mehrere seiner Anhänger zu acht Jahren Zuchthaus. Dadurch gingen auch die meisten Genadiewisten ihrer Abgeordnetensitze verlustig, und es traten an ihre Stelle die auf der Liste der Regierungsparteien von 1913 ihnen folgenden Kandidaten, also Radoslawisten oder Tontschewisten, so daß die Regierung heute wieder eine homogene Mehrheit in der Sobranje besitzt. An die Stelle des genadiewistischen Eisenbahnministers Apostolow trat bald darauf der stumbulowistische Vertreter von Küstendil, Kosnitschki.

Die dritte und kleinste Gruppe der Regierungskoalition ist die jungliberale Partei des Finanzministers Tontschew, dessen Verdienste um das Zustandekommen der bulgarischen Anleihe in Deutschland, wie überhaupt um den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte bekannt sind.

Den Übergang zu den sogenannten Russophilen bildet die demokratische Partei, die einen deutschfreundlichen Flügel besitzt. Zwar die alte Garde dieser von dem verstorbenen Staatsmann Karawelow gegründeten Partei, die früheren Minister Takew, Ljaptschew und Muschanow usw., besteht aus überzeugten Russophilen, aber die jüngeren Elemente, geführt von den Professoren Danailow und Mollow und dem Rechtsanwalt Radscho Madjarow, gelten als Vertreter einer den Mittelmächten freundlichen Politik. Der Führer der Partei, der ehemalige Ministerpräsident Malinow, der in Beßarabien geboren ist, eine russische Erziehung genossen hat und erst spät bulgarischer Staatsangehöriger geworden ist, hat während des Krieges eine zweideutige Rolle gespielt. Bald hat er in der Sobranje gegen Rußland vom Leder gezogen, bald hat er schlecht verhüllte Spitzen gegen Deutschland hervorgekehrt, immer nach der Gunst des Volkes schielend und bestrebt, die Stimmungen und Verstimmungen des Augenblicks für seine Parteizwecke auszunutzen. Als Rumänien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, hat die demokratische Partei beschlossen, dem Ministerpräsidenten in dem neuen Kriege Neutralität zu empfehlen, doch wurden ihre Abgesandten von diesem nicht empfangen. Unter den Anhängern der Partei im Lande, die recht zahlreich sind, verfügt sie doch über die beste Organisation von allen Parteien, findet diese Politik durchaus nicht allgemeine Billigung, vielmehr sind schon seit langem Bestrebungen im Gange, um eine bessere Berücksichtigung der Wünsche der Mitglieder zu sichern. Daß Malinow auch anders kann, hat er während seiner Ministerpräsidentschaft gezeigt, wo er im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn die Selbständigkeitserklärung des Fürstentums durchgesetzt hat.

Digitized by Google

Gering an der Zahl ihrer Vertreter in der Sobranje (neun), aber doch von Bedeutung ist die Volks- oder Nationalpartei des früheren Ministerpräsidenten Geschow, der sich während des Krieges durchaus loyal verhalten hat und durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des bulgarischen Roten Kreuzes auch in Deutschland persönlich bekannt geworden ist. Der patriotischen Haltung der Partei bei der durch Genadiew im vorigen Sommer hervorgerufenen parlamentarischen Krise ist bereits oben gedacht worden. Die Partei erfreut sich der Unterstützung der bestgeleiteten und weitestverbreiteten Zeitung Bulgariens, des „Mir". Die meist von dem früheren Kultusminister Pejew-Platschkow geschriebenen glänzenden Leitartikel dieses Blattes verdienen größte Beachtung und sind von Bedeutung für die bulgarische Politik.

Die fünf Abgeordnete zählende radikale Partei spielt keine nennenswerte Rolle, wohl aber müssen wir auf die vierte und kleinste der „russophilen" Parteien eingehen, die fortschrittliche oder zankowistische Partei des früheren Ministerpräsidenten Danew, die durch drei Abgeordnete in der Sobranje vertreten ist. Es sind die Schuldigen von 1913, über die das Volk Gericht abgehalten hat. Es sind die fanatischen Russophilen, deren Leitsatz das Wort Danews ist: „Mit Rußland machen wir keine Politik", d. h. gegenüber Rußland gibt es nur den vertrauenden Gehorsam des Kindes. Die einst große und einflußreiche Partei des verstorbenen Volksmannes Dragan Zankow ist heute zusammengeschrumpft zu einem kleinen Häuflein Fanatiker; ohne Organisation und ohne Presse hat sie wenig Aussicht, je wieder zu Bedeutung zu gelangen.

Die genannten vier bürgerlichen Oppositionsparteien mit ihren 45 Mandaten werden an Zahl weit übertroffen durch die prinzipielle Opposition der Agrarier und Sozialdemokraten, die über 50 bezw. 21 Sitze verfügen. Die große Zahl ihrer Mandate verdanken diese Parteien der allgemeinen Verbitterung, die im Jahre 1913 infolge der schweren Opfer und der Niederlage im Balkankriege herrschte. Ihre Entstehung hingegen ist zurückzuführen auf die Herausbildung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gegensätze, wie sie in den ersten Jahren nach der Befreiung nicht bestanden. Sie unterscheiden sich also dem Wesen nach von den übrigen politischen Parteien.

Die Agrarier darf man beileibe nicht unseren Agrariern gleichstellen, mit denen sie nichts weiter als den Namen und die Herkunft vom Lande gemein haben. Sind unsere Agrarier konservativ und monarchisch, so sind die bulgarischen äußerst radikal und republikanisch. Am besten kann man sie noch mit den russischen Sozialrevolutionären vergleichen. Sie sind eine Partei von ungehobelten Bauern mit engem Horizont. Ihre Losung ist: Kampf gegen die Steuern, gegen die Beamten und gegen den König. Die „ganze Richtung" paßt ihnen nicht, was aber an deren Stelle treten soll, darüber machen sie sich wenig Gedanken. Die Partei verdankt ihre Entstehung der gedrückten Lage vieler Kleinbauern infolge der Zersplitterung des Grundbesitzes, der geringen Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik, wie auch der Verkehrsmittel.

Digitized by Google

Unfähig, die wirklichen Ursachen ihrer Notlage zu erkennen, schieben sie die Schuld auf den Staat, auf die übrigens durchaus nicht hohen Steuern und die „nichtstuenden" Beamten, sowie auf den „kostspieligen" König. Es finden sich unter den Agrariern auch viele wohlhabende Bauern, die einfach aus dem Selbstgefühl des auf seiner eigenen Scholle sitzenden Bauern heraus gegen den Staat Opposition machen, der sich immer nur in unwillkommener Weise in ihren Bereich einmischt. Psychologisch also dieselbe Erscheinung, wie einst die Opposition unserer märkischen Junker gegen die Hohenzollern. Die Agrarier haben sich besonders unliebsam bemerkbar gemacht durch lärmende Kundgebungen gegen den König, so auf der Großsobranje, die 1911 die Verfassungsänderung annahm, und bei Eröffnung der Sobranje nach dem Bukarester Frieden.

In den Städten wird die prinzipielle Opposition gebildet von den Sozialisten, die in die gemäßigten „breiten" und die radikalen „engen" zerfallen. Die bulgarische Sozialdemokratie verdankt ihr Dasein wirtschaftlich-sozialen und geistigen Ursachen. Die Entstehung einer, wenn auch immer noch sehr unbedeutenden Industrie führte zur Bildung eines Proletariats, das von der gering bezahlten niederen Beamtenschaft beträchtlichen Zuzug erhielt. Die geistige Berührung mit den sozialistischen Ideen vollzog sich einerseits im Lande selbst durch die Propaganda politischer Flüchtlinge aus Rußland, denen sogar Lehrstühle an der Universität eingeräumt wurden. Andererseits nahmen viele bulgarische Studenten im Auslande sozialistische Lehren in sich auf, besonders in der Schweiz, Belgien, Frankreich und auch Deutschland.

Die Entstehung der sozialistischen Parteien zeigt, in welcher Richtung das bulgarische Parteiwesen sich weiter entwickeln wird. Die zunehmende soziale und wirtschaftliche Differenzierung wird auf die bisherigen Parteien zersetzend einwirken, und die gewaltigen Aufgaben, vor denen das bulgarische Volk nach dem Kriege stehen wird, werden zu großen Umwälzungen und Neubildungen führen. Schon heute hat die Unterscheidung in russophile und austrophile Parteien ihre Bedeutung verloren. Die Führer der Oppositionsparteien haben erklärt, daß sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und die Regierung in der Durchführung des Krieges unterstützen werden, da sie vor allem Bulgaren seien. Insbesondere hat auch der bulgarische Soldat gezeigt, daß keinerlei Sympathien ihn in der Erfüllung seiner Pflicht beirren können. Ohne Zögern ist er auf die Russen losgegangen und hat sie mit derselben bewährten Tapferkeit bekämpft, wie die anderen Feinde. Vorkommnisse, wie sie bei den Tschechen usw. zu verzeichnen waren, haben sich in der bulgarischen Armee nicht ereignet. Zwischen Rußland und Bulgarien ist Blut geflossen; Rußland ist heute für den Bulgaren, abgesehen von einer Anzahl Berufspolitiker, die nicht aus ihrer Haut herauskönnen, eine Macht wie jede andere. Das Dogma, das Rußland aus der Reihe der anderen Nationen herausheben und ihm eine bevorzugte Stellung zuweisen wollte, ist gebrochen. Der Russophilismus als Glaubenssatz der inneren Politik ist tot, sorgen

Digitized by Google

wir dafür, daß er nicht durch unsere eigenen Fehler in anderer Form wieder aufersteht. Wir haben ja nun einmal leider die Gabe, uns überall unbeliebt zu machen und unsere Bundesgenossen vor den Kopf zu stoßen. Der Fall Wendel wird uns hoffentlich eine Lehre sein; beherzigen wir sie, so brauchen wir für die Zukunft keine Befürchtungen wegen unserer Stellung auf dem Balkan zu hegen.

Die Religion und ihr irrationaler Kern

Von Lic. W. Thimme, Pastor in Iburg

Oft schon hat man danach gefragt, wie der gegenwärtige Krieg auf das religiöse Leben einwirke. Die anfänglichen Hoffnungen christlicher Kreise auf eine Wiedergeburt unseres Volkes sind wohl im allgemeinen verflogen. Man hat erkannt, daß die Folgeerscheinungen des Krieges auf religiösem Gebiete verschiedener Art sind. Den starken, Frömmigkeit weckenden und vertiefenden Anregungen auf der einen Seite tritt auf der andern je länger je mehr eine ebensowenig zu leugnende Erkaltung und Verhärtung gegenüber. Ob in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Christentums aufs Ganze gesehen die schöpferischen und fördernden oder die hemmenden und zerstörenden Wirkungen des Weltkrieges überwiegen werden, läßt sich einstweilen noch gar nicht abschätzen.

Aber warum antwortet die menschliche Seele so seltsam verschieden auf die Eindrücke der Kriegszeit? Wo das Christentum im wesentlichen nur Gewohnheitssache, wo der Glaube mehr angelernt als erlebt war und etwa auf die ohne viel Nachdenken angeeignete Überzeugung hinauslief, daß ein freundlicher und gerechter Gott über Welt und Menschenleben walte, dürfte der Krieg vielfach diesen kümmerlichen Besitz auch noch geraubt haben. Denn wie reimt sich all das Grausige und Schreckliche, das man sieht, hört und erlebt, mit dieser Überzeugung? Augenscheinlich gar nicht — also hinweg mit ihr! Ganz anders, wo die Religion nicht Annahme einiger, womöglich wässeriger und blasser Lehrsätze, sondern Herzenssache war, wo eine innerliche Verbindung zwischen der Seele und Gott bestand. Auch hier vielfach ein hilfloses Tasten im Dunkeln, ein quälendes Grübeln über Gottes unbegreifliche und unerforschliche Gerichte und Wege. Aber trotz aller inneren Nöte und Erschütterungen spürte man eine geheimnisvolle Annäherung Gottes, erzitterte vor seiner furchtbaren Allgewalt und fühlte sich wohl gar — darüber wie das grade jetzt möglich war, vermochte man sich keine Rechenschaft zu geben — tiefer als je ergriffen von seiner grenzenlosen Güte. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht die Erkenntnis in der Relegion die Hauptsache, und daß der Glaube nicht ein bloßes Fürwahrhalten, sondern inneres Leben, und darum auch wie alles Leben unergründlich ist.

Diese Überlegung wirft auch auf die unvergeßliche religiöse Erhebung, die unser Volk beim Ausbruch des Krieges erlebte, einen Lichtschein. Hier liegt nämlich offenbar ein

Digitized by Google

psychologisches Problem vor. Was hat nationaler Zorn, vaterländische Begeisterung mit Religion zu tun? Gewiß erklärt sich das Aufsteigen jener religiösen Hochflut zum Teil durch Suggestion; eine große Menge von Menschen wurde bloß vom Strome mit hingerissen. Aber warum waren fast alle in diesen Tagen für religiöse Suggestion so empfänglich? Es wird nicht leicht sein, einen vernünftigen Grund dafür anzugeben; wir müssen uns einfach an die Tatsache halten, daß Tage und Stunden seelischer Erschütterung, zumal wenn diese Erschütterung nicht lähmt und zu Boden wirft, sondern aufrüttelt und mit Geist und Mut beseelt, auf geheimnisvolle Weise weithin religiöses Leben wecken. Selbstverständlich ist's nur da möglich, wo wenigstens Keime der Religion im Busen schlummern; manche kühle und harte, selbstsüchtige oder kritische Naturen sind auch damals von der heiligen religiösen Welle unberührt geblieben.

Der Auguststurm des Jahres 1914 ist verrauscht. Wir vernehmen nicht mehr wie damals den dröhnenden Schritt Gottes in den Hallen der Geschichte. Gott ist dem Volk wieder ferner gerückt, und manch einer, der ihn jetzt noch vor sich sieht, erschrickt, denn seine Gestalt scheint Ähnlichkeit zu haben mit dem schaurigen Bilde, das der indische Dichter des Bhagavad-Gita von Vischnu zeichnet, der riesenhaft und glühend dasteht und mit unersättlichem Schlunde Menschenmassen einschlürft, um sie zwischen seinen starrenden Zähnen zu zermalmen. Der Krieg ist in ein schleppendes Stadium eingetreten, hat alle Romantik verloren und wird gleichwohl von Monat zu Monat härter und grausiger. Nüchterne Not umgibt uns auf allen Seiten. Um in dem Gluthauch, den der Krieg jetzt ausatmet, nicht zu verdorren, müssen die Wurzeln des religiösen Lebens hinunterdringen bis zu den tiefen Wasserquellen. Wenn sie es vermögen, werden die Früchte köstlicher sein als je. Es kann uns jedoch nicht wundern, daß oberflächliche, gewohnheits- und verstandesmäßige Religion vielfach ganz abstirbt.

Derartige Betrachtungen können dazu dienen, uns auf den irrationalen Kern der Religion aufmerksam zu machen. Die Religion besitzt ihre klaren Glaubensgedanken, aber sie gleicht der Flamme, deren Innerstes ein dunkles Dampf- und Gasgemisch bildet, das von einem Lichtmantel eingehüllt wird. Schleiermacher war es, der zuerst darauf hinwies, daß Religion in ihrem letzten Grunde Gefühl sei, eine Einsicht, die durch keine noch so berechtigte Betonung des Wertes religiöser Erkenntnis und Betätigung umgestoßen werden kann. Aber diese Einsicht bleibt noch viel zu allgemein und unbestimmt, als daß sie uns ein volles Verständnis der Religion erschließen könnte, und Schleiermachers bekannter Versuch, das religiöse Gefühl schärfer zu charakterisieren, indem er es in seiner Glaubenslehre als das Gefühl schlechtsinniger Abhängigkeit beschrieb, ist schwerlich besonders glücklich. Er zeigt uns nur ein sicherlich sehr wichtiges Moment religiösen Innenlebens. Dieses Leben aber ist nicht so arm und monoton, wie es nach der Definition des großen Theologen scheinen könnte, es ist reich und bewegt, eine nicht auszuschöpfende Fülle, eine Symphonie, in der die Dissonanzen nicht fehlen. Die neuere Religionspsychologie hat uns auf diesem Ge-

Digitized by Google

biete wesentlich weitergeführt. Ein Buch wie das wohl bekannteste aus der großen religionspsychologischen Literatur, James „Die religiöse Erfahrung in ihrer Mannigfaltigkeit", bietet uns das lebensvollste, reichhaltigste, bunteste Anschauungsmaterial zum Kennenlernen der inneren religiösen Vorgänge.

Doch wichtiger als die Sammlung von Anschauungsmaterial ist die Anleitung zur verständnisvollen Anschauung. Wir dürfen uns freuen, daß uns in dem Breslauer Professor der Theologie Rudolf Otto ein Führer und Wegweiser durch dieses bei aller Vertrautheit doch so dämmerig geheimnisvolle Gebiet erstanden ist. Sein kürzlich erschienenes Buch „Das Heilige, über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen"[1] dürfte das Tiefste, Reifste und Feinsinnigste sein, das über das wichtige Thema geschrieben worden ist. Ein ungewöhnlich leichtflüssiger, dabei das Gepräge persönlicher Eigenart tragender Stil vermehrt noch den Reiz seiner Lektüre. Der Leser wird immer wieder durch die Treffsicherheit des Ausdrucks und geistreiche, oft überraschende Wendungen und bildliche Verdeutlichungen gefesselt. Mehr noch als die umfassende philosophische und religionsgeschichtliche Gelehrsamkeit ruft die ganz ungewöhnliche Gabe des Autors, sich in die fremdartigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Religion hineinzufühlen, unsere Bewunderung hervor. Aus dem krausesten Wirrwarr von Tönen weiß er die uns bekannten religiösen Grundakkorde herauszuhören. Vieles aus unserm eigenen religiösen Leben, das sich im Dämmer des Halb- oder Unterbewußten versteckte, hebt er behutsam und sicher heraus. Mit Beweisen gibt er sich naturgemäß nicht ab, sondern zeigt auf, deutet an, rückt zurecht, erklärt. Seine beschreibende und analysierende Methode hat gewissermaßen etwas Diktatorisches. Er gleicht dem gründlichst geschulten, verständnisvollen Kunstkenner, der seinen Hörern die Eigenart, die Schönheiten und den geheimnisvollen Zauber großer Kunstwerke bald durch schlagende Behauptungen, die keinen Widerspruch dulden, bald durch zarte Fingerzeige, jetzt den Gesamtentwurf, jetzt eine scheinbar belanglose Einzelheit zwanglos erörternd, zu erschließen versteht.

Indem ich im folgenden versuche, den Hauptinhalt des Ottoschen Buches wiederzugeben, schließe ich mich weder genau an den Gedankengang noch an die Ausdrucksweise des Verfassers an, bemühe mich vielmehr auf die Gefahr hin, hier und da zu vergröbern, um Vereinfachung und Systematisierung. Um so weniger kann die kurze Darstellung den Anspruch erheben, das Studium des Werkes selbst zu ersetzen. Dieses ist angelegentlichst zu empfehlen. Selten macht sich verhältnismäßig geringe Mühe so gut belohnt. Denn Otto versteht es, den Reichtum seiner Gedanken und Anregungen auf knappem Raum zu entfalten.

Welches ist die Grundtatsache, das Urdatum der Religion? Man könnte in Anlehnung an Otto etwa sagen: das gefühlsmäßige Innewerden einer übersinnlichen Wirklichkeit. Die Ausdrücke gefühlsmäßig und übersinnlich erscheinen allerdings gleich als

[1] Breslau, Trewendt & Granier, 1917, 192 Seiten.

Digitized by Google

unzureichend. Kaum an einem andern Punkte spürt man so deutlich wie hier die Hilflosigkeit der ungelenken Sprache, eindeutig und eigenartig Erlebtes in zutreffende Worte zu fassen. Die Tatsächlichkeit überflutet die abgesteckten Linien des Begriffs. Im Gegensatz zu Schleiermacher, der zum religiösen Objekt erst durch eine Schlußfolgerung aus dem Abhängigkeitsgefühl gelangt (Gott ist ihm das „Woher" der schlechtsinnigen Abhängigkeit), ist mit Otto zu betonen, daß Religion unmittelbares Erleben jenes schwer oder vielmehr unmöglich zu beschreibenden Etwas ist, dem man auf dem Wege des Verstandes nur mit Negationen und Hyperbeln ein wenig näher kommen kann, das „Ganz andere", dessen „das in unsagbarem Geheimnis über allen Kreatur ist", vor dessen dunkel geahnter Machtfülle der Mensch sich seiner ganzen Nichtigkeit bewußt wird. Bereits in seinem früheren schönen Buche über „Naturalistische und religiöse Weltansicht" hat Otto es ausgesprochen: „Bevor Frommsein noch Glaube ist und herzliches Trauen in ewige Weisheit und zwecksetzende Vorsehung, ist es schon jenes andächtige Ergriffensein von dem Wunderbaren und höchst Geheimnisvollen, von der Tiefe und verborgenen Art aller Dinge und alles Seins überhaupt, von unaussprechlichen Geheimnissen, über denen wir schweben, und von abgründigen Tiefen, von denen wir getragen werden." Diese Einsicht ist Grundlage und Ausgangspunkt des neuen Werkes. Demnach ist Religion als das Innewerden eines geheimnisvollen, mächtigen Realen in oder über den Dingen in ihrem Kern irrational. Oder doch nicht ganz? Liegt nicht vielleicht doch in jenem Begriff des Innewerdens, des gefühlsmäßigen Erfassens, des Kreaturgefühls, wie Otto den Schleiermacherschen Begriff des schlechtsinnigen Abhängigkeitsgefühls abwandelt, auch ein rationales Moment? Vielleicht könnte man sagen — ich weiß nicht, ob Otto dem zustimmen würde —, daß jenes religiöse Urdatum uns in ein Gebiet versetzt, das sich jenseits des Gegensatzes von rational und irrational befindet und beide Momente noch unentfaltet in sich schließt.

Tritt man nun als Philosoph an das Urdatum aller Religion heran, so erkennt man, daß man von einer jener von Kant entdeckten aprioriſchen Kategorien steht, deren Eigenart Allgemeingültigkeit, Notwendigkeit und Unableitbarkeit ist.

Über den Vorgang jenes Innewerdens kann der Religionshistoriker und Psycholog interessante Feststellungen machen. Der primitive Mensch ist nicht imstande, sich des religiösen Objekts anders als in sinnenfälliger Verhüllung bewußt zu werden. Das absolut Andersartige verkleidet sich für ihn in das relativ Fremdartige. Gewaltige oder geheimnisvolle, fürchterliche oder entzückende Naturerscheinungen und Lebensvorgänge wecken nicht nur die entsprechenden natürlichen Empfindungen, Staunen, Furcht, Wonne usw., sondern regen auch das spezifisch religiöse Erleben an. Nicht nur die angeschlagene Saite erklingt, sondern auch eine andere irgendwie verwandt gestimmte, die religiöse, tönt mit. Neben der allen Psychologen geläufigen Ideenassoziation gibt es nämlich, wie Otto feinsinnig dartut, auch eine „Gefühlsgesellung": durch

Digitized by Google

ein auftauchendes Gefühl wird ein anderes, sich irgendwie mit dem ersten berührendes, analoges, wenn auch wesensverschiedenes mit herangezogen. Das religiöse Erleben wird infolgedessen zunächst mit jenen es anregenden natürlichen Erscheinungen und Vorgängen aufs engste verbunden gedacht, und erst auf späteren und höheren Stufen arbeitet man sich zu der Einsicht empor, daß diese Verkoppelung nicht zu Recht besteht. Man kann es sich klar machen, wenn man daran denkt, welche Rolle das Wunder in der Religionsgeschichte spielt. „Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind", heißt es, doch das ist nicht besonders treffend ausgedrückt. Das Wunder ist vielmehr gleichsam der Zauberstab, dessen Schlag das tiefverborgene Quellwasser der Religion aus dem Felsen des naiven und rohen menschlichen Gemüts hervorsprudeln läßt. Durch lockere Erde dagegen bahnt der Quell sich von selbst seinen Weg. Auf der Höhe freierer und reinerer Religion wird dem Frommen das sinnenfällige Wunder entbehrlich.

Die Fähigkeit, das religiöse Objekt zwar nicht zu ergründen, aber doch den es verhüllenden Schleier ahnungsvoll zu lüften und das Sinnenfällige als Symbol des Übersinnlichen und Göttlichen anzuschauen, heißt Divination. Man muß bei Otto nachlesen, wie Schleiermacher diesen wichtigen Begriff entdeckt, während sein größerer Zeitgenosse Goethe sich als echt divinatorische Natur bewährt, ohne freilich bis zu den letzten Tiefen christlicher Divination durchdringen zu können.

Hier mag noch erwähnt werden, daß Otto bei der Frage nach Entstehung und Fortpflanzung der Religion durchaus — um mich so auszudrücken — aristokratisch denkt. Der einzelne Inspirierte, der Prophet, ist Offenbarungsträger, die Masse bleibt stets anregungs- und leitungsbedürftig. Mögen sich die irdischen Staaten organisieren und regieren, wie sie wollen, das Reich des Geistes, dessen eine Provinz die Religion ist, bleibt eine Aristokratie. Nur aus einigen wenigen Berggipfeln bricht das vulkanische Feuer. Über diesen Punkt scheint sich die moderne Religionsforschung übrigens einig zu sein.

Das religiöse Urerlebnis reflektiert sich ferner in eigenartiger Weise im menschlichen Gemüte. Bei der Darstellung dieser Erscheinung zeigt sich ganz besonders die Meisterschaft Ottos, Verborgenes ans Licht zu ziehen, Verklungenes hell wieder anklingen zu lassen. Auf dunklen Pfaden führt er uns mit unbeirrbarer Sicherheit. Er zeigt, wie alles echte religiöse Leben sich in einem seltsamen Zwiespalt der Gefühle äußert. Das geheimnisvolle Objekt der Religion weckt auf der einen Seite Empfindungen, die von leise zitternder Scheu bis zum angstvollen Grausen und Entsetzen hinüberspielen, auf der andern Seite aber zieht es mit wundersamem Reiz die empfängliche Seele zu sich hin, bis diese am Ende wohl gar in Schauern höchster Wonne mit ihm zu verschmelzen meint. Das Mysterium ist sowohl tremendum als auch fascinosum[1]. Hier ist das

[1] Nach Otto bildet das Moment des Geheimnisvollen ein drittes neben dem des schaurig Furchtbaren und des wonnevoll Begeisternden. Doch will mir scheinen, daß man es besser bereits bei der Schilde-

Digitized by Google

eigentliche Gebiet des Irrationalen, hier ist die Mystik zu Hause. Denn Mystik ist nach Otto zwar dasselbe, was Religion auch ist, „aber mit einseitigem Überwiegen ihrer irrationalen Momente bei gleichzeitiger Überspannung derselben ins Überschwängliche". Jene ganze Stufenleiter widersprechender und doch unlösbar ineinander verschlungener religiöser Empfindungen, die man wohl mit Worten natürlicher Herkunft und Bedeutung wie Furcht, Schreck, Liebe usw. bezeichnen mag, aber ohne dabei zu vergessen, daß sie von qualitativer Besonderheit, unaussprechlich und nur erlebbar sind, ist die erste und ursprünglichste Manifestation des religiösen Urerlebnisses, es sind gleichsam seine dunklen X-Strahlen. Das „numinose" Gefühl — der Ausdruck „numinos" ist von Otto selbst geprägt — ist nicht vermittelt zu denken durch religiöse Vorstellungen, ein bei den Religionswissenschaftlern weit verbreiteter Irrtum. Die Vorstellungen Seele, Dämon, Gott usw. sind vielmehr abgeleitet, sei es Phantasieerzeugnisse, sei es mehr oder weniger gelungene Deutungsversuche des nachhinkenden Verstandes[1].

Außerordentlich reizvoll ist es, dem Verfasser zu folgen, wenn er weiter teils kurz andeutend, teils in liebevollen Einzelbetrachtungen aufzeigt, wie nun diese mannigfaltigen Schwingungen religiösen Gefühlslebens zutage treten in den primitiven und geschichtlichen Religionen, beispielsweise im Islam, der uns die intensivste und einseitigste, oft zum Fanatismus ausartende Steigerung des dunklen Gefühlselements bietet, in den indischen Religionen, die Otto sich neuerdings zum besonderen Forschungsgebiet erwählt hat, vor allem aber natürlich in der alttestamentlichen und christlichen Religion selbst bis hin zu den frommen, allerdings immer matter werdenden Klängen des evangelischen Kirchenliedes. Wir sehen Abraham sich vor dem Herrn niederwerfen in dem demütigen Bewußtsein, Erde und Asche zu sein, wir hören mit Jesaja das Heilig, heilig der Seraphine, zwei alttestamentliche Stellen, die uns in klassischer Weise schlicht und eindringlich Aufschluß über das geben, was Otto unter dem „Numinosen" versteht. Überraschend ist die Lösung des Hiobproblems. Hiob wird nicht von Gott überzeugt, aber auch nicht etwa bloß zur schweigenden Unterwerfung gezwungen, sondern indem Gott ihm in seiner ganzen irrationalen Urgewalt entgegentritt, erlebt der Schwergeprüfte in zitterndem Staunen das schauervolle Geheimnis zugleich als wunderbar und beseligend. An diesem Punkte drängt sich besonders die Parallele des Weltkrieges auf. Auch im Neuen Testamente, sowohl in der Verkündigung

rung des religiösen Grunderlebnisses zur Darstellung bringt. Schon in dem Ausdruck „Mysterium tremendum et fascinosum" liegt es, daß tremendum und fascinosum die Attribute sind, während Mysterium, wie Otto selbst gelegentlich bemerkt, Hauptbegriff ist.

[1] An diesem Punkte hege ich einige Bedenken. Gewiß gibt es eine Fülle sekundärer mystischer Vorstellungen und theologischer Hilfskonstruktionen, aber ob nicht die hellen Blitze religiöser Intuitionen gleich ursprünglich und unmittelbar sind wie jene dunklen Gemütswallungen? Jedenfalls ist schwerlich, wie Otto S. 117 meint, annehmen zu dürfen, eine Entwicklung dieser denkbar, etwa so, daß dämonische Scheu sich zu heiliger Andacht läuterte, ohne vermittelndes Eingreifen jener.

Digitized by Google

Jesu als auch ganz besonders in den Briefen des Paulus, webt und waltet das Numinose — man denke nur an die Lehre des Apostels vom Geist, in welcher das Moment des Fascinosum, und an seine von Otto mit tiefdringendem Scharfsinn gewürdigte Lehre von der Prädestination, in der das Tremendum aufs stärkste zum Vorschein kommt. Ein Glanzkapitel des Werkes handelt von dem Numinosen bei Luther. Zumal in der wichtigen Schrift des Reformators „De servo arbitrio" bricht es mit ganz einzigartiger Wucht hervor, und wir hören mit Interesse, daß Otto bemerkt, an De servo arbitrio habe sich ihm das Verständnis des Numinosen und seines Unterschiedes vom Rationalen gebildet.

Es ist nicht möglich, so sehr es lockt, auf Einzelheiten näher einzugehen. Man könnte nach dem bisher Geschilderten annehmen, daß Otto, der uns mit so viel kundiger Liebe in dem tiefverschatteten heiligen Haine der religiösen Stimmungswelt zurechtweist, wenig Verständnis für den Ideengehalt und die sittliche Seite der Religion haben würde. Das Gegenteil ist der Fall. Auch auf diesem so ganz andern Pfade, der zu lichten Höhen führt, geht er mit sicherem Schritte. Sein bereits vor einer Reihe von Jahren erschienenes Buch „Kantisch-Friessche Religionsphilosophie und ihre Anwendung auf die Theologie" behandelt diese Seite der Sache und bemüht sich — wie mir scheint, mit bemerkenswertem Erfolg — in der durch die Friessche Ideenlehre und Ästhetik berichtigten und erweiterten Kantischen Vernunftkritik eine neue sturmfeste Grundmauer für die Theologie zu errichten. In unserm Buche dagegen legt er kurz dar, daß in der Entwicklungsgeschichte der Religion das entscheidende Datum ist, daß in das dämmerige Chaos religiösen Empfindungslebens formbildend, reinigend, erhebend die Idee hineinwirkt. Die irrationalen Gefühlselemente und die Grundideen der Religion sind in gleicher Weise aprioriſch, und jene werden von diesen, auf welche sie von Haus aus bereits angelegt sind — auch eins der unergründlichen Geheimnisse der Religion — „schematisiert". Nun erst gewinnt der Begriff des Heiligen, in welchem noch im Alten Testamente das Moment ehrfürchtigen Erschauerns des armen Erdgeborenen vor der Unnahbarkeit, Majestät und überirdischen Macht und Glorie Gottes vorherrscht, seinen christlichen Vollklang. Aber auch in der Religion Jesu ist der heilige Gott keineswegs bloß die Verlebendigung der Idee des sittlich Guten und der ewigen Güte, sondern auch hier klingt in dem „Heilig, heilig" der numinose Untertan vornehmlich mit. Grade darum ist das Christentum die Vollendung aller Religion, weil in ihm stärkster irrationaler Gefühlsgehalt sich mit reinsten und erhabendsten sittlichen Gedanken verbindet, zu einer Harmonie, die zwar nicht verstandesmäßig nachgewiesen werden kann, aber von den Erlösten in tiefer Beseligung erlebt wird.

Hat man für die beiden Seiten der Religion, die geheimnisvolle dunkle nicht nur, sondern auch die helle, Verständnis gewonnen, weiß man in gleicher Weise den religiösen Realismus wie den religiösen Idealismus zu würdigen, wird man sowohl den Fehler vermeiden, die in dem Bedürfnis nach religiöser Mitteilung und in noch tasten-

Digitized by Google

dem Erkenntnisdrang aus dem Numinosen entspringenden „irrationalen" Begriffe vorschnell zu dogmatisieren, als auch den andern Fehler, eine rationale Religion aus reinen Ideen konstruieren zu wollen, und man wird in der Religion ein Feuer ehren, das leuchtet, indem es erwärmt. Überaus wohltuend ist es zu sehen, wie Otto, selbst ein freier Theologe, dem religiösen Empfinden der Altgläubigen verständnisvoll entgegenkommt. Begriffe wie der vom Zorn Gottes, von der notwendigen Sühne oder der Gottessohnschaft Jesu Christi, sind um ihres tiefen, ursprünglichen und, um es gradezu zu sagen, wahren Gefühlsgehalts willen keineswegs einfach kritisch beiseite zu werfen. In der Vorstellung vom Zorne Gottes spricht sich in kindlicher Weise die religiöse Grundwahrheit aus, daß Gott nicht ein bloßes Gedankending, sondern heilige, die Welt mächtig durchwaltende Wirklichkeit ist. Wer aber einmal den Feueratem der göttlichen Gegenwart gespürt hat, weiß auch, daß er mit seinen, sei's auch noch so löblichen sittlichen Vorzügen und Leistungen vorgehen muß, wenn ihn nicht erbarmende Gnade mit schützender Decke umhüllt. Und wer in der Person Jesu berührt wird von Gottes Erlösermacht, empfindet es, daß hier mehr ist als ein Prophet, nämlich der Heilige Gottes, der „Sohn". Über die Versuche, religiösen Goldgehalt in theologischen Glaubenssätzen auszumünzen, mag man streiten, und sich insbesondere hüten, kindliche und bildliche, aus altertümlichem Begriffsmaterial geprägte Ausdrücke und Formeln für letzte Wahrheiten auszugeben. Aber man wird nicht der Gefahr verfallen, die saftreiche und süße Frucht um einiger Flecken und Risse willen zu zertreten, um den Hungernden sodann einen schöngemalten Apfel aus Porzellan anzubieten.

Ottos Buch bedarf der Empfehlung nicht. Es wird sich, sei es rasch, sei es nach und nach, durchsetzen und Beachtung erzwingen. Ich glaube, man wird es zu den bahnbrechenden und grundlegenden Werken der deutschen religionswissenschaftlichen Literatur zählen. Es ist zeitlos und nimmt mit keinem Worte auf die gegenwärtige Weltlage und die kirchliche und religiöse Situation Rücksicht. Trotzdem ist es zweifellos — die gebotene Darstellung dürfte es gezeigt haben —, im besten Sinne zeitgemäß, und zwar hauptsächlich in zweifacher Hinsicht. Es leistet einmal denen, die im Weltkriege sich mit dem alten Problem der Theodizen quälen, die verständnisvollste Hilfe, indem es deutlich macht, daß und warum alle diese Grübeleien fruchtlos bleiben müssen, und zwar grade im Interesse der scheinbar gefährdeten Religion selbst, und es wird ferner den auch jetzt noch erbittert und leider vielfach mit so geringem gegenseitigen Verständnis sich befehdenden religiösen Parteien von hoher Warte ein Prediger der Versöhnung.

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Als aufmerksamer Leser Ihrer geschätzten Zeitschrift finde ich in Ihrem Heft 29 vom 20. Juli 1917 einen Artikel vom Herrn Friedrich Bahr „Das österreichische Problem" und möchte mir erlauben, anknüpfend an dessen Inhalt, einige Bemerkungen zu machen.

Der Herr Verfasser regt einen Gedanken an, den jeder Deutsche in Österreich nicht nur freudig lesen wird, sondern jeder seinen geheimen Wunsch darin ausgesprochen findet. Ich persönlich, der ich seit 12 Jahren in Berlin lebe, empfand den Umstand, daß die Reichsdeutschen und Österreicher und die Verhältnisse in Österreich — politische und wirtschaftliche — so gut wie gar nicht kennen, sehr betrübend.

Der jetzige Krieg hat uns allen diesseits Verbündeten den Beweis erbracht, daß wir uns in Zukunft eng anschließen müssen. Daß in der Folge dieses Bündnis so manche schwere Belastungsprobe zu bestehen haben wird, darüber herrscht wohl Klarheit. Um nun demselben den notwendigen Kitt zu geben, nicht nur den eines papiernen (mechanischen) Vertrages, geschlossen an dem bekannten grünen Tisch, sondern der aus innerer Notwendigkeit und Zusammengehörigkeit geborene, wäre es ein Erfordernis, wenn berufene Federn sich der Aufgabe unterwerfen würden, das Verständnis zu fördern durch gegenseitige Aufklärungen über die grundlegenden Verhältnisse und Zustände.

Ich habe während meines langjährigen Aufenthalts falsche Ansichten und Auffassungen und einen gänzlichen Mangel an Kenntnis der politischen und nationalen Zusammensetzung Österreichs gefunden, die mich in großes Erstaunen versetzten, bei Personen mit nicht unbedeutendem Wissen, die als Durchschnitts-Reichsdeutsche anzusprechen sind.

Ich bin mir bewußt, daß die in Österreich in Betracht zu ziehenden Faktoren sehr verschiedenartig sind und nicht von jedem studiert und gekannt werden können, aber so einzelne allgemeine Kenntnisse könnten tiefer in die Reihen der Bundesbrüder dringen. Es wäre schon als Anfang zu begrüßen, die Erkenntnis, daß die Zusammensetzung der Monarchie eine vielgestaltige ist und daß das Kräfteverhältnis der einzelnen Nationen zueinander sich die Wagschale hält; daß sie eben ein Nationalitätenstaat ist.

Regelmäßige Berichte über die politischen Vorgänge, mit anschließenden objektiven Anmerkungen würden gewiß viel dazu beitragen, daß der Reichsdeutsche seinen Nachbar besser kennen und richtiger beurteilen würde. Alles würde sich nach dieser Erkenntnis leichter ableiten.

Worauf der Herr Verfasser des eingangs erwähnten Artikels aufmerksam macht, nämlich, daß sich die Deutschen Österreichs verlassen fühlen und nicht verstanden wissen, trifft leider in der Tat nur allzu sehr zu. Sie finden, daß sie die dem Reichsbewohner entgegengebrachte Sympathie, ja sogar Herzlichkeit, verschwendet haben, und es tritt eine Entfremdung ein, anstatt eines Zusammenschlusses. Was ließe sich aber bei gegenseitigem Verständnis alles erreichen? Das aufzuzählen kann nicht meine Aufgabe hier sein, darüber ist auch sehr viel gesprochen und geschrieben worden. Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen.

Die Erkenntnis aber, die bei den breiten Schichten erst kommen müßte, würde naturgemäß die Stellung der Deutschen in Österreich stärken, ihren innerpolitischen Forderungen größeres Gewicht verleihen, manche Schwierigkeit dadurch aber erleichtern und Deutschland hätte einen stärkeren Bundesgenossen.

In Einzelheiten einzugehen, muß ich mir versagen und das kompetenteren Federn überlassen. Nur das eine zu erwähnen sei mir gestattet, was ich aus Beobachtungen und diesbezüglichen Gesprächen entnommen habe: wenn der Reichsdeutsche seinen „über"-Standpunkt aufgibt, den tatsächlichen Verhältnissen in Österreich mehr Verständnis entgegenbringt, so wird der Österreicher ihm aufrichtige Gefühle warmer Freundschaft entgegenbringen. — Eine Ein-

Digitized by Google

mischung in die inneren Angelegenheiten ist durchaus nicht die Folgerung und wird auch gewiß von keiner Seite gewünscht, von den Reichsdeutschen nicht und ebensowenig von den Österreichern. Es haben die Kriegsereignisse bewiesen, daß Österreich voll und ganz den Beweis seiner Daseinsberechtigung, ja -Notwendigkeit, erbracht hat als selbständiger Staat. Auch das Spiel mit dem Gedanken, wie ihn überhitzte Gemüter gebären, eine staatliche Vereinigung der Deutsch-Österreicher mit dem Deutschen Reich ist nicht ernst zu nehmen und hat in Köpfen ernster und vernünftiger Leute nie Fuß gefaßt.

Es existieren mehrere Vereine und Verbände, die sich die diesbezüglichen Aufklärungen zum Ziel gesteckt haben, doch scheint deren Wirken mehr im stillen zu geschehen, während in der breiten Öffentlichkeit nichts geschieht und doch muß es in dieser Weise durchgeführt werden, wenn es ein Resultat zeitigen soll. Dieses Ziel wäre eine Aufgabe, der sich Kräfte widmen sollten, sie würden dankbaren Widerhall finden hüben wie drüben. A. T.

Notizen

Russische Preßstimmen zu den Enthüllungen des Reichskanzlers Michaelis. Die „Iswestija" (Organ des A. S. Rates) schreiben: „Für die innere Lage Deutschlands ist der friedliche, sanfte Ton der Kanzlerrede sehr bezeichnend: Unter dem Druck der wachsenden Unzufriedenheit der Volksmassen muß man den Wolfsrachen des Imperialismus hinter einem Schaffell verstecken. Wie man aber auch die Stellung der deutschen Regierung beurteilen möge, so darf doch die vom Reichskanzler gemachte Enthüllung nicht ohne Antwort von den beteiligten Regierungen gelassen werden. Wurde im Jahre 1916 von der zarischen Regierung der vom Reichskanzler erwähnte Vertrag zur Unterstützung französischer Eroberungspläne geschlossen? Ja oder nein? Hat Briand gesagt, es sei Frankreich gleichgültig, was die niederen Bevölkerungsklassen Rußlands sagen? Ja oder nein? Wenn ja, so befindet sich die Regierung Frankreichs in einem großen Irrtum: Im revolutionären Rußland hängt alles davon ab, was die niederen Bevölkerungsklassen sagen." Denn das viele Millionen große russische Volk hat nicht deshalb die Revolution gemacht, um eine willige Herde zu bleiben, die von den Beherrschern Frankreichs und Rußlands nach ihrem Gutdünken befehligt wird. Wir sehen auch nicht, daß in diesen Fragen von unseren englischen und französischen Genossen energisch gekämpft wird, wie wir überhaupt keine tätige Vorbereitung zur Lösung der Friedensfrage wahrnehmen können.

Das „Djelo Naroda" (Organ der Soz. Rev.) bemerkt zu demselben Thema:

Ein aufrichtiger Verzicht der Verbündeten auf alle imperialistischen Kriegsziele und der offene Vorschlag, mit den Deutschen in Friedensverhandlungen einzutreten, wäre auch im Falle eines Mißerfolges nützlich. Denn wenn Deutschland auch unter diesen Bedingungen keinen demokratischen Frieden schließen wollte —, welcher Maximalist in Rußland würde sich dann einer Offensive, und um so mehr einer Verständigung widersetzen?

Pilsudskis politisches Glaubensbekenntnis. Die Verhaftung Pilsudskis, des Begründers der polnischen Legionen, hat in der polnischen Presse viel Staub aufgewirbelt; hat doch selbst der prov. Staatsrat gegen sie Verwahrung eingelegt. Die Sache wurde polnischerseits so dargestellt, als ob es sich um unbewiesene Verdächtigungen handelt. Unter solchen Umständen dürften folgende Bemerkungen von polnischer Seite in russischen Blättern doppeltes Interesse beanspruchen. Die erste entstammt einem „Offenen Briefe" des bekannten polnischen Publizisten Mizinski an den russischen Kriegsminister Kerenski. („Utro Rossii" vom 12. 7. 17.) In ihm

Digitized by Google

wird Kerenski beschworen, die Bildung einer polnischen Armee zu gestatten, um gemeinsam die „deutsche Gefahr" zu bekämpfen. Der Einwand, als ob in Rußland wegen der polnischen Legionen, die auf Seite der Mittelmächte mitgefochten haben, Bedenken beständen, den Polen zu gestatten eigene Truppenkörper zu bilden, wird durch folgenden Satz zu entkräften versucht: „Pilsudski hat bereits auf der Revolutionsversammlung in der Tatra 1911 gesagt: Wir gehen gegen den Zarismus und gegen die Gendarmen. Wenn es uns gelingen wird, diese zu besiegen, werden wir uns sofort gegen die Deutschen wenden."

Noch bedeutsamer ist es, daß sich der Führer der polnischen Linken in Moskau Lednizki, der bisher stets als Gegner des Russenfreundes R. Dmowski von den „Polnischen Blättern" hingestellt worden ist, zur Verhaftung Pilsudskis folgendermaßen geäußert hat:

„Für mich kam die Verhaftung Pilsudskis nicht unerwartet. Sie war eine logische Folge der Ereignisse in Polen und eine natürliche der russischen Revolution ... Ich habe nach dem 27. Februar/12. März in einem polnischen Aufsatz bei Beurteilung der Ereignisse in Rußland gesagt, daß die erste Folge des Regierungssturzes in Rußland sein werde, daß den Händen der polnischen Legionen, an deren Spitze Pilsudski und andere standen, die Waffen entfallen würden. So ist es auch gekommen. Während der drei Kriegsjahre habe ich in den allerschwierigsten Augenblicken Pilsudski und seine Legionen wiederholt vor der russischen Gesellschaft verteidigen und beweisen müssen, daß ihre Tat ausschließlich von hochpatriotischen Erwägungen getragen werde, nicht aber von einer Liebedienerei vor den Interessen Deutschlands. Es waren dieselben Leute wie die russischen Revolutionäre, mit der gleichen Psychologie, beseelt von demselben Gedanken des Kampfes für die allgemeine Freiheit. Für diesen Kampf wurden viele von ihnen, wie auch Pilsudski, nach Sibirien verschickt. Sobald das russische Volk bei sich das Banner der allgemeinen Freiheit erhob, wurde es klar, daß die polnischen Kämpfer für die gleichen Ideale nicht mehr Platz in den Reihen der Mittelmächte finden können ... Die polnische Demokratie kann und konnte niemals deutschfreundlich sein. Sie ist wie jede Demokratie dem Gedanken der allgemeinen Freiheit ergeben ... („Utro Rossii" 3. 8.)

Für heute beschränken wir uns auf diese beiden Zitate, wir behalten uns aber vor, auf das Polnische Problem in einem eigenen Artikel zurückzukommen, das sich völlig verändert hat nachdem polnischerseits die Vorbedingungen für ein Zusammengehen Polens mit den Mittelmächten in Frage gestellt worden sind. A. S.

Deutschland und die Ukraine. Professor Rudolf Eucken schreibt in Nr. 434 der „Täglichen Rundschau" vom 26. August: „Im Verhältnis zu anderen Völkern haben wir in den letzten Jahren meist unerfreuliche Überraschungen erlebt; um so wohltuender ist es, wenn auch einmal eine erfreuliche kommt. Eine solche aber ist unverkennbar das Emanzipationsstreben der Ukraine, das immer mehr zu einem wichtigen Faktor der gesamten Politik zu werden verspricht. Denn ohne alle Erörterung ist klar, wie sehr der gegen uns von Osten geübte Druck sich vermindern und ein wie anderes Gesicht die orientalische Frage annehmen würde, wenn die Ukraine mit ihren 30—35 Millionen Einwohnern, ihrem höchst fruchtbaren Boden und reichen Mineralschätzen eine Selbständigkeit erlangte. Bei solcher Bedeutung der Sache für uns entsteht die Frage, ob es nicht angemessen wäre, unserer Sympathie für die Ukraine mehr Ausdruck zu geben, die Ukrainer besonders davon zu überzeugen, daß unser Kampf nicht gegen sie, sondern gegen das Moskowitertum mit seiner Unterdrückungstendenz geführt wird. Ein neuaufsteigendes Volk pflegt empfindlich und empfänglich für Ausdrücke der Sympathie zu sein; möchte von unserer Seite nichts versäumt werden, was unseren Interessen und zugleich einer dauernden Verständigung der Völker dienen kann. Daß von seiten der Ukrainer der deutschen Kultur große Sympathie entgegengebracht wird, das haben die in Österreich lebenden Ukrainer durch

Digitized by Google

Tat und Wort oft genug bekundet, im Deutschtum suchen sie einen Halt gegen das Polentum, das sie zu unterdrücken und zu assimilieren droht."

Das ist das Wort eines Politikers, der erkannt hat, was die ukrainische Frage bedeutet. Hoffen wir, daß es von Politik und Presse beherzigt wird! Allerdings, auch zu Sympathieerklärungen gehört Takt. Es genügt, wenn die Ukrainer wissen, daß Deutschland sie kennt, daß es sie um ihre wunderbare nationale Wiederauferstehung bewundert, und daß es mit Freuden bereit ist, ihren Staat hinter dem Kriege in der neuen europäischen Völkergemeinschaft zu begrüßen. Keine gönnerhaften Phrasen, wohl aber Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten der Ukraine, Klarheit über die Schwierigkeiten, mit denen der ukrainische Gedanke zu kämpfen hat, und Entschlossenheit, ihn politisch zu fördern. Wenn die Ukrainer das merken, so wird ihre Kraft auch für uns ein Faktor zum Endsiege werden. Ihr Sieg ist unser Sieg; da kommt es darauf an, daß unsere Staatskunst die Ukrainer davon überzeugt, daß unser Sieg auch der ihre ist. Kann sie das nicht, so zeigt sie, auf welchem Gebiet ihre Fähigkeit — auch nicht liegt.

Rohrbach

Getreidepreise in Amerika und England. In der „Deutschen Politik" Nr. 29 vom 20. Juli wurde auf die seltsame Tatsache aufmerksam gemacht, daß der Weizenpreis in England billiger sei als in den Vereinigten Staaten und daraus der Schluß gezogen, daß die hohen Frachtraten ohne Einfluß auf die englischen Getreide- und Brotpreise geblieben seien. Die Erklärung schien mir darin zu liegen, daß die englische Regierung die Preisdifferenz, um die sie die englischen Preise unter den amerikanischen halte, aus ihrer Tasche bezahlte, so daß unter diesen Umständen die Höhe der Frachtraten allerdings einen sichtbaren Einfluß auf die englischen Preise nicht haben konnten. Es war aber verkehrt, daraus zu schließen, daß solcher Einfluß überhaupt nicht vorhanden ist.

Die Richtigkeit beider Erklärungen ergibt sich jetzt mit zweifelloser Deutlichkeit aus einer amtlichen Äußerung der englischen Regierung. Der Parlamentssekretär im Nahrungsmittelamt, Clynes, erklärte nämlich auf eine Anfrage im Unterhaus am 8. August:

„Die Zuschüsse der Regierung, um den Verkaufspreis des Vierpfundbrotes auf 9 Pence zu halten, würden jährlich etwa 40 Millionen Pfund betragen, vorausgesetzt, daß die amerikanischen Weizenpreise nicht höher stiegen und andere dieser Berechnung zugrunde liegende Faktoren sich nicht in ungünstiger Weise veränderten."

Aus dieser Regierungserklärung ergibt sich unzweideutig:

1. Bei jetzigen amerikanischen Getreidepreisen kostet es die englische Staatskasse jährlich 900 Millionen Mark, daß sie den Preis des Vierpfundbrotes auf 9 Pence hält.

2. Der Staatsverlust richtet sich nach der Höhe des amerikanischen Weizenpreises und wird mit diesem steigen.

3. Der Verlust der Staatskasse richtet sich auch nach der Höhe der Frachten, denn unter „den anderen dieser Berechnung zugrunde liegenden Faktoren", die „sich nicht in ungünstiger Weise verändern dürfen", wenn der Verlust der Staatskasse sich nicht erhöhen soll, stehen zweifellos die Frachtraten an erster Stelle.

R. F. May

Neuerscheinungen

Die Neutralen

II.

Rudolf Kjellén hat seine Aufsätze in der Tagespresse, in denen er die Entwicklung des europäischen Konfliktes mit erläuternden Darstellungen praktisch-politischen Inhalts und populärer Form begründet hat, zu einem Buche mit dem Titel „Studien zur Weltkrise" zusammengefaßt. (Hugo Bruckmann, München, M. 3.60.) In der Geschichte des Krieges hat die politische Entwicklung der Diskussion ihre Geschichte für sich. — Darum ist der Niederschlag der Stimmungen und Denkrich-

Digitized by Google

tungen eines der lebendigen Zeugnisse des Lebens im Krieg. Der Standpunkt Kjelléns wird persönlich durch seine Stellung zu Meinecke gekennzeichnet. „Meinecke", so schreibt Kjellén, „ist nicht nur der anerkannt erste historische Meister des gegenwärtigen Deutschland, er ist auch das politische Gewissen seines Volkes in der heutigen Krise. Ich kenne keinen in der ganzen Gegenwart, der in gleichem Maße wie er die feine und tiefe Kultur vertritt, die die Griechen als ‚Sophrosyne' bezeichneten: das Gleichgewicht des Sinnes, Klarheit und Ruhe der Gedanken, einen Verstand, der durch die Vereinigung mit einem warmen Herzen zu milder Weisheit veredelt ist. Mitten in dem Kampf um Leben und Tod, dessen Schmerz niemand tiefer fühlen dürfte als er, hat er sein Volk dazu ermahnt, nicht den Beitrag zu der romanischen Rasse, zu der gemeinsamen Kulturarbeit zu vergessen. Während der stetigen Siege auf allen Fronten hat er unablässig auf die Doppelfrontstellung als auf etwas konstitutiv Böses hingewiesen, das durch Mäßigung im Friedensprogramm überwunden werden muß." (Auch Kjellén sagt: „Soll Deutschland das werden, was die freien Geister der Menschheit von ihm erhoffen, so ist es nicht genug mit dem Sieg über die Feinde — dann muß es auch den Sieg über sich selbst und über Preußen gewinnen.") Das Buch, das aus gleichgestimmter Anschauung erwachsen ist, „ist nicht neutral in dem Sinne, daß es dem Ergebnis der Studien gleichgültig gegenübersteht — diese Art der Neutralität überlassen wir neidlos den Eunuchen und Hermaphroditen — aber es ist auch nicht parteiisch in dem Sinne, daß es Verantwortung und Recht mathematisch gleich auf beide Seiten verteilt. Ich ergreife Partei für zwei: die Wahrheit und mein schwedisches Vaterland. Beide ziehen mich in die Nähe der einen Partei in der Weltkrise. Als Wahrheitssucher bin ich mir ganz klar darüber geworden, daß nicht Deutschland es war, das den Kampf suchte, daß Deutschland nicht mehr verlangte, als Gleichberechtigung mit der andern Partei bei der Gestaltung der Zukunft der Welt, und daß sein Volk moralisch in keiner Hinsicht niedriger, aber in gewissen, ganz bestimmten Punkten höher als seine Widersacher steht. Als Schwede, als Teilhaber der schwedischen Kulturerbschaft und des schwedischen Staatsbürgertums muß ich ein starkes Deutschland als Bollwerk gegen die Macht im Osten wünschen, von der eine Bedrohung gegen Kultur und Staat meines Landes ausgeht. Wahrheitsliebe und Patriotismus treten hier als gemeinsame Zeugen auf; und da der Patriotismus in diesem Fall auf die Selbstverteidigung einer höheren Kulturform gegen die Übergriffe einer niedrigeren gerichtet ist, dürfte ihm wohl niemand ein objektives Zeugnis absprechen. Obwohl im allgemein gültigen Sinn nicht unparteiisch, wagt die hier gegebene Darstellung deshalb in der Tat Anspruch darauf zu erheben, daß sie etwas von jener tieferen Parteilosigkeit enthält, die Objektivität heißt."

Mit dem „doppelten Gesicht Amerikas" beschäftigt sich Emo Descovich (K. Siegismund, Berlin, M. 3.—.) Er sieht die Gründe für den Eintritt Amerikas zum Krieg 1. in der Gelegenheit zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Aufstellung einer starken Armee, die später auch gegen Japan Verwendung finden kann; 2. dem Streben nach weltumfassendem Imperialismus, nach Erreichung der wirtschaftlichen und politischen Alleinherrschaft. „Die Verwirklichung eines solchen Planes wäre die Aufrichtung der drückendsten Herrschaft, die jemals die Weltgeschichte gekannt, und das genaue Gegenteil der demokratischen Ideale, die zur Gründung der nordamerikanischen Union geführt haben und jetzt zur Rechtfertigung der Kriegserklärung herhalten müssen."

„Unsere auswärtige Vertretung und ihre Kritiker" nennt sich eine Schrift des Schweizers Karl J. Benziger („Schweizer Zeitfragen" Heft 52, O. Füßli, Zürich. Fr. 2.—.). Sie geht aus von dem ungenügenden System der heutigen Verhältnisse. „Solange wir die diplomatischen Subalternbeamten nicht konsequenter erziehen und solange wir ihnen, den Erstberechtigten, die Möglichkeit einer gründlichen Vorbereitung für den Ministerposten fast von vornherein nehmen, werden wir eben immer wieder auf das sogenannte Hiltysche System zurückgreifen müssen und die Gesandten größtenteils anderen Berufen zu entnehmen haben." Sie tadelt weiter „die unheimliche Geheimnistuerei in der auswärtigen Politik, die sich durchaus nicht bewährt habe". „Gewiß, jedermann weiß, daß es hier viel, sehr viel gibt, das nicht an die große Glocke, ja nicht einmal über die Wände des Sitzungssaales darf hinausgetragen werden — aber neben diesen Staatsweisheiten gibt es noch unendlich viel, über das das Volk gern Aufschluß hätte, über das im Interesse der Staatengemeinschaft und des internationalen Verkehrs Aufklärung geschaffen werden sollte. Der subalterne Diplomat ist viel zu sehr Beamter und viel zu wenig Kollege und Mithelfer. Sobald einmal der wirtschaftlich und juristisch geschulte Attaché oder Sekretär zum Abteilungschef an der Legation promoviert wird, dürfte dieses lose Verhältnis mit einem Male viel festere Formen annehmen, die Mission erhielte damit einen Willen, ein politisches Ziel." Sie weist sodann den Diplomaten folgende Zukunftsaufgabe zu: „Das Problem der Annäherung mit den uns vielfach noch fernstehenden Kleinstaaten, die Erforschung aktueller wirtschaftlicher Postulate, die Vermittlung internationaler Institutionen, die Förderung von Verkehrsprojekten, die Mitarbeit an internationalen Handelsorganisationen, gleichgültig, ob die Unternehmen auf staatlichen und individualistischen Prinzipien aufgebaut werden sollen. Es werden ferner die Be-

Digitized by Google

obachtung von staatlichen und sozialen Einrichtungen, die für die schweizerische Volkswohlfahrt von Nutzen sein können, die Förderung von Handel und Industrie, die intensive Fühlungnahme mit der Konkurrenz, die Bekämpfung schädlicher Einflüsse, in Zukunft im diplomatischen Arbeitspensum eine Bedeutung einnehmen, die bis zur Stunde mehr berücksichtigt werden konnte. Staat, Handel und Industrie sollen sich die Hand zum Bunde reichen und in Übereinstimmung dieses Ziel nach außen und innen vertreten. Nationale Handelspolitik treiben heißt heute nicht den Handelsverkehr mit dem Ausland mit staatlichen Mitteln unterstützen, sondern noch vielmehr die volkswirtschaftlichen Interessen des Landes in ihrer Gesamtheit nach einem gemeinsamen Plane dem Auslande gegenüber verteidigen, behaupten und fördern." Man sieht also, daß Reformen, vor allem für die wirtschaftliche Ausgestaltung der Außenvertretung, verlangt werden, erfreulicherweise nicht im Sinne eines festen Schemas, sondern in freiem Anpassen an die jeweiligen Verhältnisse. Ein Schweizer Stabsoffizier betrachtet „die militärische Lage der Schweiz und die Landbefestigung im Urteil der neueren Geschichte" (Bern, Max Drechsel, 1917, Fr. 2.—). Ausgehend von dem Willen zur Neutralität, beschäftigt sich die Schrift mit den militärischen Mitteln, die die Wahrung der Neutralität gewährleisten. Wir haben verlernt, sagt Verfasser, aus der Geschichte zu lernen, daß wir allzusehr an die chiffons de papiers glauben, daß das Moment militär-geographischer Bedeutung unseres Landes für die beiden Gegner nicht genügend in das Bewußtsein unseres ganzen Volkes und alle seine Behörden eingedrungen ist. Als Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein neuer Krieg zwischen Frankreich und Deutschland auszubrechen drohte, da wurde in den Kreisen von Politikern und Offizieren die Frage der Landesverteidigung und Landesbefestigung in Artikeln, Broschüren und Vorträgen eifrig diskutiert. Ein System der Landesbefestigung war die Forderung des Tages. Als die Spannung vorbei war, schlief die ganze Sache — wie so recht freundeidgenössisch — ruhig ein. Viel von dem, was damals gesprochen wurde, trifft heute Wort für Wort für uns zu. So will die Schrift dem Volk die Augen öffnen und die Behörden auch mit den militärischen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten vertraut machen, denn „die eidgenössischen Wehrmänner, die im Augenblick der Gefahr, zum Schutze unserer Marken, Haus und Herd verlassen berufen sind, stelle man einem jedenfalls an Zahl und Kriegsübung überlegenen Gegner nicht auf unvorbereiteten Boden gegenüber!" Zu höherem Selbstbewußtsein ruft S. Zurlinden die Schweizer in der Schrift „Der Weltkrieg und die Schweizer" (O. Füßli, Zürich 1917. Fr. 2.50) auf. Vorläufig kümmerten sich die Ausländer viel intensiver darum, was Schweizer Meinung sei, als die Schweizer selbst. „Wir müssen uns diese Suggestion vom Halse halten und selbst unseren Kopf anstrengen." Wir müssen Schweizer sein „mit Selbstbewußtsein und Verstand". „Wenn unserm Schweizertum über das hinaus, was es für uns selber ist, noch eine Bedeutung zukommt, so wäre es die, daß mit ihm der Beweis für die Möglichkeit eines wohlgeordneten und soliden Staatswesens auf freiheitlich-demokratischer Grundlage erbracht ist. Davon haben alle die einen indirekten und nicht unwichtigen Vorteil, die in ihren Staaten gegen die autokratische Herrschaft und für die Demokratie kämpfen. Diese bedeutungsvolle Wechselwirkung zwischen der Schweiz und anderen Ländern gibt uns auch die beruhigende Zuversicht, daß man mit Leib und Seele Schweizer und nur Schweizer sein und doch mit den anderen Völkern in einer tiefgefühlten Solidarität verbunden sein kann. Niemand bezweifelt, daß das preußische Ideal mit seinem bedingungslosen Gehorsam der Soldaten, denen man keinerlei Rechenschaft schuldig ist über die Vernünftigkeit irgendwelcher Maßnahme, mit seiner scharfen Trennung der Grade, dem sorgsam gewahrten Standesbewußtsein der Offiziere und Unteroffiziere usw., rein militärisch das Höchste erreicht; es kann aber auch nur in dem absolutistisch-monarchischen Preußen-Deutschland, wo die nötigen Voraussetzungen dazu (politische Unmündigkeit des Volkes usw.) gegeben sind, rein durchgeführt werden; überall sonst, wo es nachgeahmt wird, handelt es sich doch nur um ein „mehr oder weniger", ein „einigermaßen". Bei uns vollends, in der demokratischen Republik, würde das preußische System in Reinzucht der Unnatur, weil die politischen Voraussetzungen und die Eignung des Volkscharakters dazu vollkommen fehlen. So selbstverständlich für uns Kriege zur Verteidigung unserer Heimat sind, so einmütig sind wir in der Schweiz im Abscheu vor dem Krieg als Krieg. Eine Abstimmung im Schweizer Volk würde mit ungeheurer Mehrheit die Zustimmung ergeben zur internationalen Rechtsordnung, zum obligatorischen Schiedsgericht, zur unbedingten Respektierung der bürgerlichen Moral auch in der Politik." „Worte an Schweizer Bürger und Soldaten" richtet Hauptmann Baudenbacher („Bei unsrer Landskraft!", O. Füßli, Zürich, M. —.80.) „Wir wollen keine Verwelschung und keine Verpreußung, sondern in der Schweiz wirklich Schweizer sein. Wir wollen keinen unzeitgemäßen Abschluß von andern, aber auch uns selber nicht preisgeben. Halten wir uns immer wieder als Ziel vor Augen das altеidgenössische Ideal einer edlen, wahrhaft demokratischen Volksherrschaft, die bei uns und anderen heute nötiger ist als je." Zur „Organisierung der Studentenschaft" mahnt Prof. Dr. H. Egger, Zürich. (O. Füßli, Zürich.) Die Notwendigkeit dieser Organisierung erwächst ihm aus der Zeit, die die Aufgabe stellt

Digitized by Google

„alle hohen Anforderungen des Fachstudiums mit denjenigen auszusöhnen, die Vaterland und Menschheit an das Menschentum des Einzelnen stellen müssen." „So müssen wir darauf sinnen, wie wir den Studenten auch über seinen Beruf hinaus am besten ausgerüstet in die Welt hinaus entlassen." Einen Teil dieser Aufgabe soll ein richtig angelegter allgemeiner Zusammenschluß der Studentenschaft übernehmen. Eine solche Organisation würde, meint der Verfasser, der Universität und den Studenten zu Hilfe kommen: der ersteren ermögliche sie ein geregeltes Zusammenarbeiten. Unter den Studenten fördere sie das Gefühl der Gemeinschaft. So wird in letzter Linie „das Gemeinwesen den Segen der neuen Einrichtung genießen", „für die staatsbürgerliche Erziehung wesentliche Dienste getan". Dafür, daß die Schweiz mehr und mehr an die eigne Verarbeitung des Schweizer Bildungsgutes geht, spricht die erste Lieferung der Neuausgabe des Werkes von Tschudi über „Das Tierleben der Alpenwelt" (Rascher, Zürich) in schmucker, volkstümlich angelegter Aufmachung. Eine Friedensaufgabe suchen unter Leitung von Dr. R. Bußmann eine Reihe von Schweizern eindringlich aufzuzeigen. Ein Sammelbuch „Das Verbrechen am Verbrecher" (Verlag Max Drechsel, Bern) wirbt um Mitleid mit dem Verbrecher und will zum Wissen von dem Verbrechen führen, das täglich und stündlich an ihm begangen wird. Sie wollen ankämpfen „gegen die schreiende Ungerechtigkeit der Welt gegenüber den Verbrechern, anknüpfen unter dem Banner der höheren Gerechtigkeit, die auch dem Verbrecher Menschenrecht zubilligt und für ihn Lebenszweck und Lebenssinn bestimmt hat".

Von dem Schweden Wilhelm Peterson-Berger erscheinen Vorträge über „Richard Wagner als Kulturerscheinung" in Buchform bei Breitkopf & Härtel, Leipzig (M. 1.—). Es ist interessant darin etwas über die Stellung Schwedens zu Richard Wagner zu erfahren: „Die Geschichte der Wagnerbewegung in Schweden ist ein ganz leises Echo der entsprechenden Vorgänge auf dem Kontinent. Dies beruht auf dem Phlegma des schwedischen Temperaments kulturellen Erscheinungen gegenüber. Künstler sowohl wie Kritiker faßten hier wie anderswo das Ganze zuerst als eine ausschließlich spezialmusikalische Bewegung auf, als ‚Wagnerianertum'. Von Komponisten erklärte sich Södermann für Wagner, während Norman sich zurückhaltender verhielt; die führenden Kritiker Wilhelm Bauck und etwas später Adolf Lindgren verhielten sich beide scharf abweisend. Erst mit den ältesten unserer noch jetzt lebenden Komponisten gewinnt das Wagnerianertum, d. h. die einseitig musikalische und musikimitierende Auffassung der Wagnerkunst bei uns einigen Boden. Und erst in noch späterer Zeit dürfte man, hier wie anderswo, zur Erkenntnis gelangt sein, daß die Epigonenerscheinung, die man Wagnerianertum genannt hat, kein allseitiges und rechtes Verständnis des grandiosen Phänomens der Wagnerkunst bedeutet. Diesen etwas negativen Tatsachen können jedoch andere positive entgegengestellt werden. Es dürfte unbestreitbar sein, daß die schwedische Allgemeinheit, repräsentiert durch das Stockholmer Publikum, von Anfang an starkes Interesse für Wagners Kunst bekundet hat. Allerdings hielt man sich auch hier hauptsächlich an die Musik, aber mehr oder weniger unbewußt reagierte man sicherlich auch auf die Poesie der dramatischen Dichtungen, die phantasiefesselnde Kraft dieser neuen Gestalten und den tiefen Ernst und das religiöse Lebenspathos, die sich in dem ganzen Ideeninhalt offenbarten. Dennoch dürfte es unbestreitbar sein, daß gewisse Eigenschaften von Wagners Kunst diese immer hindern werden, auf das unbefangenste und intelligenteste schwedische Publikum ihre volle Wirkung auszuüben. Diese Eigenschaften sind teils die spezifisch deutschen, teils die individuell Wagnerischen. Zu den ersteren gehört die ungewöhnliche Breite und Umständlichkeit der Ausdrucksweise, die den Gang der Handlung zuweilen bis zum Stillstand ausdehnt; diese Breite und Schwere ist etwas Fremdes für uns Nordländer, die in einer spannkräftig raschen, strammen und klaren Formgebung immer instinktiv einen höchsten Kunstwert sehen, eine Offenbarung von Schönheit und Kraft. Zu den speziell Wagnerischen Eigenschaften gehört hingegen jenes entfesselte, nach außen gekehrte Pathos, das sich an rein akustischer Stärke nie genugtun kann. Auf Ibsens Björnsons und Strindbergs Landsleute wird dieses ausgedehnte, physisch anstrengende Pathos leicht seelenlos, nichtssagend und theatralisch konventionell wirken; die nordische Natur verlangt einen mehr innerlichen, andeutenden Gefühlsausdruck, der gleichsam gegen die rassenererbten Selbstbeherrschungsinstinkte ankämpft und von ihnen gezügelt wird."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 90 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 7. September 1917 • Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 2. September 1917

Politische Offensive

Von Dr. Paul Rohrbach

Am 29. August wurde bei uns die Aussage des früheren russischen Kriegsministers Ssuchomlinow bekannt, wonach dieser gestanden hat, er habe in der Nacht vom 29. zum 30. Juli 1914 den Befehl des Zaren, die russische Mobilmachung gegen Deutschland anzuhalten, nicht befolgt, dagegen dem Zaren vorgelogen, die Mobilmachung sei unterbrochen, bis von anderer Seite (vermutlich Großfürst Nikolai Nikolajewitsch) der Zar doch zum Kriege überredet worden sei. Außerdem hat Ssuchomlinow zugegeben, daß er es in der Tat war, der dem später entlarvten journalistischen Spitzel Rschewski den Artikel in der St. Petersburger Börsenzeitung („Birschewyja Wjedomosti") vom Frühjahr 1914, worin an Frankreich die Frage der Kriegsbereitschaft gerichtet wurde: Wir sind bereit — seid ihr es auch?, diktiert hat. Wir warteten, was nun von seiten unserer Regierung geschehen würde. Die Lage war klar — es mußte sofort gehandelt werden. Der Vermittlungsversuch des Papstes war im Gange. In der Öffentlichkeit stritt man sich darüber, ob die Entente oder die Mittelmächte dahinter steckten und wer den größeren Vorteil von der Sache für sich erwarte. Für jeden aber, der mit der politischen Methode unserer Gegner vertraut war, mußte es klar sein, daß die Entente, mochte die Papstnote ihr dienlich sein oder nicht, in jedem Fall mit ihrer Beantwortung eine „moralische Offensive" gegen Deutschland verbinden würde. Für die Rückzugskanonade wie für eine neue Angriffsschlachten auf politischem Gebiet ist und bleibt ihr dies Mittel gleich unentbehrlich. Ebenso war kein Zweifel, daß Ssuchomlinows Geständnis bei den wahren Schuldigen am Kriege drüben wie ein Donnerschlag wirken und daß der Vielverband sofort etwas gegen die Folgen dieses Zwischenfalles unternehmen würde, damit keine Katastrophe daraus würde. Schon der folgende Tag hätte daher eine machtvolle Kundgebung des deutschen Reichskanzlers an die Welt sehen müssen, die das Geschenk des Himmels ausnutzte, um der feindlichen Aktion zuvorzukommen. Was

Digitized by Google

aber geschah? Nichts! Statt dessen war von der Gegenseite prompt am Tage nach unserer verpaßten Chance da, was zu erwarten stand: der „moralische" Angriff in Gestalt der ungeheuren Unverschämtheit der amerikanischen, im Haag veröffentlichten Antwort an den Papst: Die deutsche Reichsregierung trägt die Schuld an Weltkrieg und Rechtsbruch, das Wort der „jetzigen Beherrscher Deutschlands" kann nicht als Friedensbürgschaft betrachtet worden!

Wie stände die deutsche Regierung gegenüber diesem Anwurf perfider aber psychologisch nur zu richtig rechnender Heuchelei jetzt da, wenn sie im Augenblick, da die Gelegenheit sich bot, in einem wuchtig geführten Angriff des Reichskanzlers von der Tribüne der Öffentlichkeit ihrerseits dem Feind im Angriff zuvorgekommen wäre! Wie matt wäre Herrn Wilsons Giftpfeil zu Boden gefallen. Statt dessen gab es einen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Was soll man zu dieser politischen Methode sagen? Ist überhaupt noch Hoffnung, daß wir je etwas Rechtes mit einer Gelegenheit werden anzufangen wissen? Schweigen! Schweigen ist auch eine Antwort.

Gehen wir in Ermangelung eines erfreulicheren Stoffes zu Herrn Ssuchomlinow über. Hier offenbart sich ein Stück russischer Psychologie[1]. Der General ist angeklagt auf ungeheure Unterschleife, grobe Vernachlässigung seiner Pflichten, Vaterlandsverrat. Er bestreitet alles, weiß aber auch, welchen Trumpf er unter den gegenwärtigen Umständen ausspielen muß, um sich zu retten. Er stellt sich in Positur: Ich, Ssuchomlinow, habe den Krieg gemacht! Was sagt ihr nun? Ich habe schon im Frühjahr 1914 die Franzosen angestachelt, ihnen zu verstehen gegeben, daß wir fertig sind! Ich habe den Schwächling von Zaren angelogen und unsern Krieg in dem Augenblick gerettet, als er aufs höchste gefährdet war! Wollt ihr mich nun noch verurteilen, mich, den wahren Vaterlandsfreund?

Ssuchomlinow bekennt, daß er seinem obersten Kriegsherrn ungehorsam war und ihn belog. Der Generalstabschef Januschkewitsch erklärt, dem deutschen Militärattachée das Ehrenwort gegeben zu haben, eine Gesamtmobilmachung finde nicht statt. Dabei habe er den vom Zaren unterzeichneten Befehl zur Gesamtmobilmachung in der Tasche gehabt. Dieser Ehrenmann fügt noch hinzu, der Deutsche habe ihm nicht glauben wollen; da habe er ihm sein Wort schriftlich angeboten! Das alles erzählen diese russischen Generäle öffentlich vor ihren Richtern, vor ihrem Volk, vor der Welt. Sie kennen die Stimmung bei den jetzigen Machthabern in Rußland. Kein Gedanke, daß sie riskieren, auf ihr Geständnis hin als Kriegsbringer verflucht zu werden; im Gegenteil! Sie sehen die Gegenrevolution kommen. Sie sehen Kerenski als kriegsbegeisterten Propheten des neu emporflammenden Nationalismus. Sie sehen die Kosaken als Helfer der „revolutionären" Regierung bei ihrem Werk, das Land wieder von neuem in den Krieg zu peitschen. Sie sehen die Massenhinrichtungen

[1] Psychologie = Seelenkunde, hier Volkscharakter.

Digitized by Google

der Soldaten, die nicht kämpfen wollen, unter englischer, französischer und japanischer Exekutionsleitung. Sie sehen, wie ein fanatischer Kriegswille den Zügel Rußlands wieder in die Hand bekommen hat und sagen sich: bekennen wir uns als Kriegsmacher, das zieht unsern Hals aus der Schlinge! Merkt man, wie unsere Friedenspolitik gegen Rußland nach der Revolution den Russen wieder Kraftgefühl und Zeit gegeben hat, sich zu besinnen; wie sie ihren Glauben erweckt hat, wir seien schwach und Rußland würde zuletzt mit der Entente zusammen den Krieg noch gewinnen? Kämpfen! So heißt jetzt die Stimmung, nachdem sie in den ersten Monaten der Revolution verzweifelt und niedergeschlagen war. Ssuchomlinows und Januschkewitschs Bekenntnisse beleuchten sie in greller Deutlichkeit — wahrhaftig, ein rechter Triumph für unsre Politik!

Ein harmloser deutscher Leser des Moskauer Prozeßberichts wundert sich vielleicht über den Zynismus[1], mit dem die Generäle ihre Lügen und falschen Ehrenworte öffentlich eingestehen. Auch das ist russisch. Das Wahrheitsgefühl hat nichts innerlich Bindendes für den Russen, er vermag die Wahrheit als Ehren-, ja selbst nur als äußere Anstandspflicht nicht zu begreifen. Kein Russe vergibt sich in seinen oder seiner Landsleute Augen etwas, indem er auf Lügen ertappt wird oder bekennt, gelogen zu haben. Es gibt gebildete Russen, die imstande sind, in Wahrheitsfragen nach westlicher Art zu denken, aber es sind Einzelerscheinungen, die das Volksbewußtsein nicht beeinflussen. Auch der verflossene Zar, so wenig russisches Blut auch in seinen Adern floß, war insofern Russe, als er eine tief unwahrhaftige Natur war, mit einem Zug ins Boshafte und Versteckte, der aus seiner Charakterschwäche kam. Sein Benehmen in der Mobilmachungsfrage zeigt diese Schwäche deutlich. Dreimal in den kritischen Tagen soll er den Befehl zur Gesamtmobilmachung unterzeichnet und wieder zurückgenommen haben. Sehr glaublich, daß Nikolai Nikolajewitsch am 30. Juli ihn schließlich dadurch zwang, den Krieg ausbrechen zu lassen, daß er ihm mit der Absetzung drohte.

Was wird nun, wo die beste Zeit verpaßt ist, bei uns geschehen, um mit diesem Moskauer Material den Kampf gegen die „moralischen" Batterien der Entente zu eröffnen? Vom ersten Tage des Krieges an hat man es dort verstanden, uns als die Gewalttäter und Zerstörer des Friedens hinzustellen. Fast die ganze Welt glaubt es heute von uns, und es ist schon ein wohlwollendes Urteil, wenn jemand draußen sagt: die Schuldfrage sei unklar oder: die Schuld läge auf beiden Seiten. Nur politische Kinder können sich einbilden, die Wahrheit werde siegen, ohne daß wir etwas dazu tun, und die Welt müsse doch jetzt selber sehen, wo die Schuld sitzt. Unsinn! Der Durchschnitt der öffentlichen Meinung ist zu träge, um sich aus eigenem Antrieb mit solchen Untersuchungen zu befassen; überdies ist die Absperrung Deutschlands vom größten Teil der Welt so vollkommen, daß es wenig Wirkung hat, was die deutsche offiziöse und nichtoffiziöse Presse über Ssuchomlinow schreibt. Dafür, daß bei der

[1] Zynismus = Gemeinheit, Schamlosigkeit.

Digitized by Google

Entente und bei den unter Druck gehaltenen „Schakalen“ und Neutralen fürs Erste nicht zuviel davon geredet wird, dafür wird man dort schon sorgen. Es gibt für uns schon seit lange nur ein Mittel, die Welt, auch die feindliche und neutrale, zur Aufmerksamkeit zu zwingen. Unsere leitenden Staatsmänner müssen selbst öffentlich das Wort nehmen. Sie müssen angreifen und immer wieder angreifen. Es ist genug Material für einen moralischen Offensivfeldzug im Hindenburgischen Stil vorhanden. Man unternimmt aber nichts damit, sondern läßt es in den Ecken liegen und schimmeln. Was hätte die englische Taktik des moralischen Angriffskrieges aus einem Funde gemacht, wie jenem Bekenntnis des späteren Ministers Miljukow im Jahrbuch seiner „Rjetsch“, Serbien habe einen Anspruch auf die Hilfe Rußlands gehabt, als es vor der Frage stand: mit dieser Hilfe durch Zertrümmerung der Habsburgischen Monarchie seine nationale Einigung zu erlangen oder in Österreich aufzugehen! Wiederholt ist von Unterrichteten öffentlich und nichtöffentlich in dringlichster Weise auf diese und auf zahlreiche andere Gelegenheiten zur offensiven politischen Kriegführung hingewiesen worden. Umsonst! Die Erfahrung zeigt, daß jedes Wort eines deutschen Staatsleiters, öffentlich und eindringlich gesprochen, auch jetzt im Kriege den Erdball umfliegt. Jedes solche Wort tut es, *aber nur ein solches*! Was unsere Zeitungen schreiben, ist soviel wie ein Monolog in unsern vier Wänden, wenn es unsrer Sache gilt, und nur wenn es gegen uns ausgenutzt werden kann, ist es wie eine Trompete auf dem Markte der Welt. Es gibt kaum einen Engländer, Franzosen, Amerikaner, der zu lesen bekommt, was die „Norddeutsche Allgemeine“ schreibt. Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen, sie selbst müssen heraus und den Angriff führen, wiederholt, mit unermüdlichen Streichen. Lächerlich, zu denken, daß es für Herrn Lloyd George oder Herrn Wilson als Zuhörer geschehen soll! Auf die Kriegsmacher machen Gründe keinen Eindruck, die wissen selber genau genug, wo der Krieg herkommt. Die andern aber, die an den Frieden denken, die ihre Gründe zur Opposition gegen ihre Kriegsregierungen haben, dazu das verstreute Häuflein der gerecht und billig Empfindenden in aller Welt, sie horchen auf, sie nehmen die von uns geschleuderte Waffe in die Hand, sie prüfen und benutzen deren Wucht für *ihre* Zwecke, sie machen den Verbrechern, die den Krieg nicht beenden wollen, ihr Bluthandwerk schwer und schwerer.

Ist es nötig, noch deutlicher zu werden? Ist es nötig, nun schon zum unzähligsten Male zu wiederholen, daß die Leitung unsrer auswärtigen Politik endlich zeigen muß, wozu sie da ist? Wir haben genug und übergenug von der bisherigen Defensivmethode, wir wollen wirkliche Angriffe gegen den Feind sehen, nicht hier einen kleinen Anlauf und da noch einen, sondern einen organisierten Feldzug. Wer das nicht begreift oder nicht versteht, taugt nicht zum Lenker unsrer Politik. Es handelt sich um deutsches Blut, das draußen fließt, an dem gespart werden kann, wenn wir das Gesetz der politischen Offensive erfassen. Wir stehen nicht so da, um Waffen am Boden

Digitized by Google

liegen zu lassen, deren Gebrauch den Krieg früher und erfolgreicher beenden helfen kann. Der Feind zittert davor, daß sie besser gebraucht werden könnten als bisher, und er höhnt und segnet uns im stillen wegen unsrer Hilflosigkeit in ihrer Anwendung.

Im Reichstag ist jetzt ein Hilfsausschuß zum Betrieb unserer Politik, auch der auswärtigen, eingerichtet worden. Werden die Männer, die darin sitzen, es der Regierung sagen, was sie tun soll? Haben sie selber eine Vorstellung davon, was politische, was moralische Offensive bedeutet? Wissen sie etwas von dem Material, den Mitteln, den Methoden, die bereit liegen, die man anwenden muß? Es ist zum Verzagen, wenn man sieht, was geschehen könnte und nicht geschieht, welche Erfolge gepflückt werden könnten und verloren gehen. Warum? Weil von den Männern an der Spitze die einen das politische Handwerk nicht gelernt haben und die andern nicht als politische Künstler geboren sind.

Aus der Rede des Abgeordneten Haußmann

im Hauptausschuß des Reichstags am 23. August 1917

Es schien uns von Wert, diese Ausführungen, die den Standpunkt der Reichstagsmehrheit klar wiedergeben, unseren Lesern zugänglich zu machen. Redaktion

„Die von Herrn Kollegen Ebert gestern nachmittag abgegebene Erklärung der Mehrheitsparteien zu Ziffer 1 beruhte auf einer auch bei anderen hervorgetretenen mißverständlichen Auffassung der unmittelbar vorangegangenen Erklärung des Herrn Reichskanzlers. Hätte dieses Mißverständnis nicht bestanden, so wäre die Notwendigkeit für diese Gegenerklärung nicht vorgelegen.

Die Auffassung, die der neue Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann in seinen einleitenden Bemerkungen angedeutet hat, eröffnet die Hoffnung, daß wir seine Amtsführung unterstützen können. Die „Pflege der Beziehungen zu den Verbündeten" und „die Pflege der Beziehungen zu den Neutralen unter Schonung ihrer Lebensnotwendigkeiten" ist richtig und muß von Draufgängerei abhalten. Richtig ist auch, daß der „Strom der öffentlichen Meinung" nicht an unseren Grenzen stehen bleibt, und daß das Studium der Psychologie unserer Feinde und der wechselnden Strömungen in der öffentlichen Meinung eine wichtige Aufgabe ist. Damit sind die plumpen Worte als für Deutschland schädlich verurteilt, die von unbesonnenen Deutschen häufig benutzt werden."

... Die Darstellung der „Norddeutschen Allgemeinen" über die Besprechung des Kaisers mit dem amerikanischen Botschafter Gerard im August 1914 sei ungeschickt gewesen, denn vorne sei die Absendung eines Telegrammes dementiert, und hinten als „möglich" offen gelassen worden, daß der Kaiser dem Botschafter einen eigen-

Digitized by Google

händigen Text zum Berichte an Wilson übergeben habe. Kennt das Auswärtige Amt diesen Text[1]? . . .

„Der Beschluß des Reichstags vom 19. Juli war richtig und wichtig. Die Geschichte wird den Dienst feststellen, den er Deutschland geleistet hat. Auch der Zeitpunkt war richtig, weil er mit der glücklichen Offensive unseres Heeres in Galizien zusammentraf, welche den Gedanken an eine Schwäche ausschloß, und weil er auf den Zeitpunkt traf, von welchem Herr von Heydebrandt unter Berufung auf einen Herrn der Admiralität öffentlich die Niederzwingung Englands durch den U-Bootkrieg fälschlich behauptet hatte. Richtig auch, weil die Zeit sich dem Ende nähert, in welcher die Vernunft Europas durch erregte Minderheiten terrorisiert und die Mehrheiten der Völker in einen Zustand verhängnisvoller Passivität versetzt waren.

Den vollen Nachweis über das Bedürfnis des Beschlusses wollten wir am 19. Juli und heute aus höheren Gründen des Staatsinteresses öffentlich nicht antreten. Die Zeit wird kommen. Volk und Heer hat ihn verstanden und materiell gebilligt. Daß da und dort die künstlich emporgeschraubte Stimmung ihn nicht richtig gewürdigt hat, ist nicht zu verwundern, aber ein Grund mehr, durch den Beschluß den Wirklichkeitssinn zu wecken. Diejenigen, welche durch aufgeregte Broschüren und eine große Zeitungsmache falsche Vorstellungen verbreitet haben, dürfen sich nicht auf das Produkt dieser Irreführung berufen. Die Verhängung der Präventivzensur[2] über die „Frankfurter Zeitung" war ein schwerer Eingriff und Fehler. Sie erfolgte einmal, weil die „Frankfurter Zeitung" einen Angriff der „Kreuzzeitung" auf den Reichstagsbeschluß zurückwies, und das andere Mal, weil ein hervorragender Gelehrter die Notwendigkeit des parlamentarischen Regimes[3] schlüssig veranschaulichte. Trotz aller Erschwerungen war die Wirkung des Reichtagsbeschlusses die, daß die Entente in die moralische Defensive von der Friedensidee noch mehr als bisher gedrängt ist, und

[1] Der Text der kaiserlichen Aufzeichnungen wird jetzt in Faksimile im „Daily Telegraph" veröffentlicht. Er ist auf sechs kaiserlichen Telegrammformularen geschrieben und trägt die Aufschrift: Für den Präsidenten Wilson persönlich. Wir möchten das Dokument nicht missen. Wort- und Gedankenführung sind von großer Präzision. Jedes Wort trägt das Gepräge eines starken Verantwortungsgefühls. Die Entente-Politik wird an ihren verwundbaren Stellen getroffen. Wir werden noch ausführlich auf diese Depesche zurückkommen müssen. Man legt sich die Frage vor: Warum etwas dementieren, was erstens wahr ist, dessen Wahrheit der Gegner zweitens im Faksimile nachweisen kann und was drittens Deutschland nur zur Ehre gereicht? Das Verfahren ist um so bedenklicher, als ja zweifellos Herr Gerard noch viele unwahre Behauptungen aufstellen wird. Bei dem äußerst geringen Ansehen dieses Mannes im eigenen Lande würde es der deutschen Regierung immer ein leichtes gewesen sein, ihn als Lügner bloßzustellen, wenn nicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ganz ohne Not in diesem Falle Herrn Gerard Gelegenheit gegeben hätte, ein Bild seiner Glaubwürdigkeit gegenüber einem amtlichen deutschen Dementi vor der Welt aufzurichten. Redaktion

[2] Präventivzensur = vor Erscheinen des Blattes.

[3] Regime = Regierungsform.

Digitized by Google

die Friedensidee ist eine moralische Macht, eine demokratische Macht und eine christliche Macht, die unter dem „Moratorium[1] der Bergpredigt" schwer leidet."

Redner ging auf die inneren Verhältnisse Rußlands und Englands ein, wie sich Entwicklungen innerpolitischer Art anbahnen, die eine Schwächung von Lloyd Georges brutaler Politik bedeuten und ohne die Kundgebung aus Deutschland wegen vermeintlicher Hoffnungslosigkeit geschwiegen haben würden. Ganz anders wäre die Wirkung noch gewesen, wenn die Konservativen dem Reichskanzler nicht angedichtet hätten, daß er nur äußerlich und nicht auch innerlich den Beschluß der Mehrheit angenommen habe, wodurch der Anzweiflung der Aufrichtigkeit Zeugen erstanden seien, deren sich die Kriegsparteien der Entente gierig bedienen. Besonders schmerzlich sei es, daß Graf Schwerin-Löwitz den Kanzler für die konservative Auffassung reklamiere, sowohl im Auswärtigen wie im Inneren, denn er habe in seiner Anklamer Rede erklärt: „Da in der Verordnung über die Wahlreform nicht angegeben sei, wann die Vorlage komme, so könne durch eine Verlängerung der Legislativperiode des Preußischen Abgeordnetenhauses die Wahlreform bis nach Friedensschluß aufgeschoben werden. Damit sei dem Reichskanzler und der Krone eine Mental-Reservation[2] nahe gelegt, die das Vertrauen schädige, das gegenwärtig doch besonders wertvoll für beide sein müsse. Graf Westarp habe der Politik des Reichstags unter lebhafter Polemik die Politik des Beutemachens und Zuwartens auf weitere Erfolge des Heeres und der Flotte entgegengesetzt. Das dauert nun drei Jahre bei den furchtbarsten Opfern und unerhörtesten Leistungen von Heer und Flotte. *Sie tun das Wichtigste und Größte, aber sie können von der Politik verlangen, daß diese endlich auch einen Zivilhilfsdienst leiste und daran denke, die Opfer fruchtbar zu machen.* Das geschehe nicht durch die fortwährende Versicherung, daß nichts als die Waffen entscheiden könne, denn dies versteife nur die Stimmung der Völker, anstatt daß man endlich anfange, diese Stimmung auch zu lockern, woneben, wie sich zeige, die Abwehrentschlossenheit nicht Not zu leiden brauche.

Die Haltung des Kanzlers bedürfe leider einer besonderen Betrachtung. Er bittet dabei „historisch" verfahren zu dürfen. Am 14. Juli haben ihm in Gegenwart der Herren von der Obersten Heeresleitung die sämtlichen Antragsteller solidarisch[3] erklärt, daß sie unzweideutig reden wollten und daß sie völlig solidarisch seien. Für die Spielraumpolitik, die man jahrelang hoffnungsvoll geschaukelt habe, sei kein Spielraum mehr vorhanden, weil sie hüben und drüben ausschweifende Eroberungsgefühle und Besorgnisse im Gefolge habe, welche der Welt das vierte Kriegsjahr aufdrängen. Es seien keine Schattierungen bei den Antragstellern und den drei Mehrheitsparteien hervorgetreten, er verüble deshalb dem Reichskanzler schon die Behauptung, daß die

[1] Moratorium = wörtlich Fristzahlungsstundung.
[2] Mental-Reservation = stiller Vorbehalt, Hintergedanke.
[3] solidarisch = einer für alle.

Digitized by Google

Resolution einer verschiedenen Auffassung fähig sei, nachdem die Antragsteller ihren klaren Wortlaut authentisch interpretiert[1] haben. Gestern nun habe sich der Reichskanzler wieder auf einen doppelten Boden zu stellen versucht, und wenn er auch am Schluß auf seine Rede vom 19. Juli zurückgekommen sei, so habe er doch nichts an derselben verbessert, sondern dem Zweifel und Mißtrauen neuen Spielraum gegeben. Das sei schmerzlich wegen des Verhältnisses und wegen der Sache. Er fasse sich dahin zusammen:

Voraussetzung dafür, daß der Beschluß seinen Zweck erfüllt, ist, daß sie einen überzeugten und überzeugenden Ausdruck in der Regierung findet.

Stellt sich ein Kanzler widerstrebend unter dem Vorbehalt des Widerrufs auf den Boden dieses Beschlusses, so erscheint er dem Ausland gegenüber schwach und unaufrichtig, und die Mehrheit, die sich dieses bieten läßt, bekommt den Stempel der Hilflosigkeit, und ihr Beschluß ist entwertet.

Unser Problem ist, dem Ausland gegenüber gleichzeitig maßvoll und stark zu erscheinen. Dazu wäre eigentlich ein Kanzler nötig, der die Majoritätsgesinnung schon vertreten hat, als wir vor Paris standen; der könnte führen, denn er wäre manchem von uns voran gewesen. Ein solcher Kanzler hätte die feste Basis des gefühlsmäßigen Vertrauens der Majorität. Alle nervösen Vergewisserungsversuche, ob er nachmittags auf demselben Standpunkt steht, wie vormittags, wären ausgeschieden.

„Gerade unsere militärisch gute Situation ermöglicht es uns, dem Ausland gegenüber maßvoll in unseren Kriegszielen aufzutreten, ohne den Eindruck der Schwäche zu machen. Die Deutung: Zeichen der Schwäche, ist im Ausland nur dann möglich, wenn jemand, den es für einen Annexionisten hält, plötzlich maßvoll in seinen Kriegszielen wird. Ich sage nicht, daß der Kanzler ein Annexionist ist, aber es geht nicht an, daß die rechtsstehenden Parteien ihn immer wieder als ihren Mann begrüßen.

Diese Atmosphäre der Unsicherheit bringt ein Element der Unsicherheit in den Reichstag und auch in die Massen, das heraus muß, wenn wir unsere militärisch gute Lage ausnützen wollen. Die Entente ist moralisch schwächer als wir, und das ist unsere große Chance. Aber wir können diese Chance[2] nur ausnutzen und den Zusammenbruch des feindlichen Chauvinismus nur durch politische Mittel herbeiführen, wenn weithin sichtbar eine Einigkeit zwischen Regierung und Mehrheit besteht.

Wir brauchen einen Kanzler, der nicht nur humane Gesinnung hat, sondern auch die suggestive[3] Kraft, diese Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Denn da wir, wie Herr von Kühlmann gestern richtig sagte, heute schon mit der öffentlichen Meinung der Welt in Verhandlung stehen, so wird die große Politik zu einer Kunst des Ausdrucks.

---

[1] interpretiert = auslegen.

[2] Chance = Aussicht.

[3] suggestiv = beeinflussend, die Überzeugung gebend.

Digitized by Google

Es liegt nicht die Schuld an der Mehrheit, wenn peinliche Erörterungen, wie diejenigen heute und gestern, nötig geworden sind, und wenn wir uns darüber unterhalten müssen, ob die Äußerungen des führenden Staatsmannes nicht im allgemeinen Interesse als vertraulich, d. h. als nicht geschehen, behandelt werden sollen, während sie doch nicht aus dem Gedächtnis verschwinden. Jedenfalls kann die Mehrheit eine Mitverantwortung dafür nicht tragen."

Was geht in Polen vor?

Von Axel Schmidt

Der Rücktritt des provisorischen Staatsrats in Warschau zwingt uns, sich mit der polnischen Frage zu beschäftigen. Sie dürfte augenblicklich auf einem kritischen Punkte angelangt sein, weil die Taktik der Mittelmächte, ihre Lösung langsam zu suchen, drauf und dran ist, zu scheitern. Um aber die jetzige Krisis, die für die deutsche Öffentlichkeit über Nacht hereingebrochen ist, zu verstehen, ist es nötig, sich die Entwicklung der polnischen Parteien kurz zu vergegenwärtigen.

Während der Aufstand von 1831 noch die gesamte polnische Nation im Lager der Russengegner fand, wenn auch der konservative Teil nur lau die Revolution unterstützte, ist seitdem immer stärker die Neigung der konservativen Elemente nach Rußland hin zutage getreten. Der Aufstand von 1863 und die Teilnahme der Polen an der Revolution von 1905 war nur von bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Elementen getragen. Dieser Umschwung in der Haltung der konservativen Schicht in Polen wurde nicht wenig durch die preußische Polenpolitik befördert. Beweis dafür ist, daß die Nationaldemokraten, die jetzt den Grundstock der Russenfreunde bilden, ursprünglich als ausgesprochen russenfeindliche Partei von R. Dmowski gegründet wurden. Erst das preußische Enteignungsgesetz rief den Wechsel in ihrer politischen Haltung hervor. Trotzdem nirgend in der Welt auf einen Weltkrieg so viel Hoffnungen gesetzt waren, fand sein Ausbruch die polnische Gesellschaft nicht einheitlich orientiert. Russenfreunde und Russengegner standen sich schroff gegenüber und zwischen ihnen flutete eine breite Masse hin und her, die der Politik entwöhnt, mehr dem Ideal der kulturellen Vereinigung aller Polen nachhingen. Als die Deutschen und Österreicher in Warschau einmarschierten, begann sich die Lage zu klären. Ein großer Teil der Russenfreunde, mit R. Dmowski an der Spitze, hatten das Land verlassen, und der bisher mundtote liberale Teil der Gesellschaft konnte sein Haupt wieder erheben. Es entstanden zwei liberale Parteien, die „Liga der polnischen Staatlichkeit" unter dem früheren Dumaabgeordneten Lempicki, und der „Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens" unter Studnicki. Erstere neigte anfänglich mehr zu Österreich hin, letztere trat von Anfang an für einen Anschluß Polens an Deutschland ein. Zu diesen beiden bürgerlichen liberalen Parteien

Digitized by Google

trat noch die Partei der polnischen Sozialdemokraten (P. P. S.) unter Pilsudski, dem Begründer der polnischen Legionen, hinzu. Rechts von diesen aktivistischen Parteien stand die Partei der nationalen Arbeit unter Graf Roniker und Graf Rostworowski und die Realisten unter dem Prälaten Chmielnicki. Je länger der Krieg währte, um so mehr Neutralisten gingen ins aktivistische Lager über. Hätten sich damals die Mittelmächte schnell über ein polnisches Programm geeinigt, so wäre die polnische Frage in ein ruhigeres Fahrwasser geraten. Wer die deutschen Versäumnisse kennen lernen will, der lese Friedrich Naumanns Schrift „Was geht in Polen vor?" (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Er faßt sein Urteil in folgende Sätze zusammen: „Es liegt ebenso im deutschen wie im österreichischen und auch ungarischen Interesse, daß der zukünftige Schützengraben und die zukünftige Festungslinie nach Rußland hin von unbedingter und unfraglicher Sicherheit ist. Darauf beruht geradezu die künftige Ruhe des Erdteils. Um aber diese militärische Sicherheitslinie schaffen zu können, muß vorher die Militärkonvention zwischen Berlin—Wien—Budapest und Warschau fertig sein....."

Diese für die Mittelmächte günstige Entwicklung der polnischen Parteiverhältnisse wurde durch die russische Revolution jäh unterbrochen. Der Druck des Zarentums, der schwer auf Polen gelastet hatte, und der den Versuch R. Dmowskis hintangehalten hatte, über den Neoslawismus eine Brücke zum russischen Volke zu finden war zusammengebrochen. Die riesige demokratische Welle in Rußland zog bis nach Polen hin ihre Kreise. Es begann eine rückläufige Bewegung um so mehr in Polen einzusetzen, als die Entente die Gelegenheit benutzte, um sich mächtig für ein „Größeres Polen" ins Zeug zu legen. Mit diesem Zauberwort wurde auf den politisch unreifen Teil der polnischen Bevölkerung ein großer Eindruck hervorgerufen. Es kam zum polnischen Kongreß in London, an dem Polen aus Rußland, aus Kongreßpolen, aus Österreich teilnahmen; auch der Bruder des polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage Seyda soll daran teilgenommen haben. Damals schrieb in der „Fortnichtly Review" der führende englische Journalist in östlichen Fragen Dillon seinen in Warschau viel beachteten Artikel, in welchem er u. a. ausführte, daß zur Herstellung des europäischen Gleichgewichtes ein Großpolen mit Posen und Danzig und ein tschechisch-slawisches Reich gebildet werden müsse. Dieser Umschwung machte sich besonders bei den Polen in Rußland bemerkbar, die sich vor der Revolution zum großen Teile auf den Standpunkt gestellt hatten, daß der provisorische Staatsrat die rechtmäßige Regierung Polens sei. Jetzt dagegen ist wieder unter den russischen Polen der Plan aufgetaucht, ein polnisches Heer zu schaffen, daß bei der Wiedereroberung des Zartums Polen behilflich sein soll, um sich damit ein Anrecht auf das ethnographische Polen[1] — Preußisch-Polen und Galizien — zu erwerben. Die Stimme des polnischen Gelehrten Bourdoin de Courtenay, der

[1] ethnographisch = völkerkundlich, hier das von Nationalpolen bewohnte Gebiet.

Digitized by Google

nach wie vor die Polen vor der Entente und einem „polnischen Imperialismus" warnt, hat lange nicht mehr die Majorität der Polen hinter sich: „Die Erklärung für die Errichtung einer polnischen Armee gegen die Deutschen und das Schlagwort von dem Kampfe mit den Deutschen um die Vereinigung der polnischen Lande lauten freilich sehr schön und verlockend, sind aber eigentlich gegen Polen und die Polen bewohnenden Völker gerichtet." Wie stark der Umschwung dort ist, geht aus der Erklärung Lednizkis, des Führers der liberalen Polen, hervor, die nicht, wie die von R. Dmowski geführten Nationaldemokraten, seit lange völlig im russischen Banne stehen. Hat doch dieser Führer, wie in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik" veröffentlicht wurde, erklärt, daß die Festnahme Pilsudskis ihm nicht überraschend gekommen wäre, weil letzterer schon 1911 auf einer geheimen Versammlung polnischer Politiker den Standpunkt vertreten habe, daß die Polen zusammen mit den Mittelmächten den Krieg gegen den Zarismus aufnehmen müßten, um nach seinem Sturze sich mit den russischen Demokraten gegen die Deutschen zu verbünden. Daher war es Lednizki sofort, als die Revolution ausbrach, klar, daß den Legionären die Waffen gegen Rußland entfallen würden. Wie man sieht, ist Pilsudski, der im übrigen im Gegensatz zu den meisten Polen ein leidenschaftlicher Anhänger einer republikanischen Verfassung ist, seinem politischen Glaubensbekenntnis treu geblieben. Für uns Deutsche hat sich damit die Bedeutung der polnischen Legion stark vermindert, weil, wie bekannt, ein großer Teil von ihnen ihrem Führer gefolgt ist und den Eid der zwischen den Mittelmächten und der provisorischen Regierung bei Aufstellung des eigenen polnischen Heeres vereinbart war, abzulegen verweigerte. Dieser „Streik" ist freilich nur durch die russische Revolution zu erklären, denn die Fassung des Eides war selbst von Pilsudski, der damals dem polnischen Staatsrat noch angehörte, gebilligt worden. Wie gesagt, für uns hat damit die politische Bedeutung der polnischen Legion — die militärische war bei aller Anerkenntnis der persönlichen Tapferkeit natürlich ihrer geringen Zahl wegen niemals ausschlaggebend — sehr abgenommen. Jetzt ist es klar geworden, daß ihr Zusammengehen mit den Mittelmächten bei vielen nicht Endzweck, sondern nur Mittel zum Zweck gewesen ist. Jedoch muß betont werden, daß zahlreiche polnische Preßorgane bis auf die sozialistische Gefolgschaft Pilsudskis, die freilich nicht gering ist, da sie ziemlich viel Zulauf aus bürgerlichen Kreisen hatte, gegen die Haltung dieses Politikers scharf Stellung nahm und ihm sogar das Wort „Verräter" entgegenschleuderte. Die Grundlage, auf die sich der provisorische Staatsrat stützen konnte, war aber nach Pilsudskis Abschwenken um so schmäler geworden, als auch die neutralistische Richtung seit der russischen Revolution und Frankreichs und Englands Bekenntnis zu einer polenfreundlichen Politik wieder stärker auflebte. Dazu kam, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die Frage des Anschlusses an Österreich oder Deutschland sich wieder stärker zuzuspitzen begann. Während der Klub des polnischen Staatswesens

Digitized by Google

(Studnicki) nach wie vor den Anschluß Polens an Deutschland vertrat, begann die Liga des polnischen Staatswesens (Lempicki), die sich bis zur Revolution auch der deutschen Lösung mehr geneigt gezeigt hatte, wieder mehr ihre Blicke nach Österreich zu richten. Studnicki hatte selbst einen scharfen Kampf gegen die Neutralisten aufgenommen, wobei er sogar nicht vor einem scharfen Angriff gegen den Kronmarschall Waclaw Niemojewski zurückschreckte. Er machte ihm wegen seiner Zauderpolitik schwere Vorwürfe und verlangte stürmisch seinen Rücktritt. Dem interessanten Schriftstück, das die Schwierigkeiten der Lage des polnischen Staatsrates offen zugibt, weil die Mittelmächte nur allzu langsam zu Entschlüssen kamen — hat doch die Formulierung des Eides für die Legionäre allein sieben Monate gedauert —, entnehmen wir folgende Anklagen gegen den Kronmarschall:

„Ihr sehntet Euch nach Frieden, verstandet jedoch nicht, daß die Nachricht über die Schaffung einer polnischen Armee allein ein Faktor zur Beschleunigung des Kriegsendes gewesen wäre.

Es schien Euch, daß Ihr polnisches Blut gespart hättet und Ihr habt eine ungezählte Menge Lebens des Volkes vergeudet.

Ihr habt es vergeudet, indem Ihr unsere Ostgrenzen verkleinert habt, die uns die Möglichkeit zur Kolonisation und Vermehrung bieten ..."

„Unlängst hat die französische Zeitung ‚Le Temps' sich dazu bekannt, daß die Entente die Schaffung einer Armee in Polen nicht zugelassen habe.

Aus einer anderen Quelle wissen wir, daß England zu diesem Zweck Millionen ausgeworfen hat. Die antimilitärische Aktion in Polen verfügte und verfügt über enorme Mittel ..."

„Sie haben es verstanden, die ehrgeizigen diktatorischen Absichten Pilsudskis für sich auszunutzen, der der polnischen Sache seit dem 15. August 1915 mehr Schaden gebracht hat, als Vorteile durch seine Arbeit vor dem Kriege und während des Krieges ..."

„Die Untätigkeit des Staatsrates in der Militärfrage trägt die Zersetzung in die Legionen herein. ‚Wenn die Legionen mit Arbeiten und mit der Ausbildung einer bedeutenden Anzahl von Rekruten voll beschäftigt wären, würden sie ein Faktor der Gesundung des Volkes, ein Faktor zum Staatsaufbau sein.' Das habe ich vor zwei Monaten geschrieben. Heute, nach Ablehnung des Eides auf die Treue zum polnischen Staate, stelle ich mit Schmerzen fest, daß die Armee in vielen ihrer Abteilungen dem Zerfall unterliegt. Es ist bekannt, daß Pilsudski und die Militärkommission des Staatsrates, die von ihm geleitet wurde, der Hauptfaktor der Zersetzung war. Die Zersetzungsarbeit Pilsudskis habe ich in den geheimen Sitzungen des Staatsrats entlarvt, also kann der Marschall seine Untätigkeit durch Unkenntnis nicht rechtfertigen."[1]

[1] Diese Angriffe finden in einem Artikel Lempickis in der „Godzina Polski" eine starke Unterstützung; auch in ihm wird dem Kronmarschall der Vorwurf gemacht, daß er das polnische Heer nicht für einen Kampf verwendet sehen wollte:

Digitized by Google

Soviel aus dem Protest Studnickis, um nicht Anklageschrift zu sagen, deren Berechtigung sich ein objektiver Leser kaum verschließen wird. All diese Kämpfe und Streitigkeiten sind aber durch den Rücktritt des provisorischen Staatsrats in den Hintergrund getreten. Um diesen Schritt, der möglicherweise das gesamte polnische Problem in neue Bahnen lenken wird, zu verstehen, muß auf die Bildung des polnischen Heeres zurückgegriffen werden. Am 10. April 1917 wurden nach langen Verhandlungen zwischen Österreich und Deutschland die polnischen Legionen aus dem österreichischen Heere ausgeschieden und als Grundstock des polnischen Heeres unter das Kommando des Generalgouverneurs Beseler gestellt. Damit wurde ein Herzenswunsch der Polen erfüllt, ihre Legionen als Symbol des zukünftigen polnischen Staates in eigener Verwaltung zu haben. Warum der Plan, ein starkes polnisches Heer schnell aufzustellen, mißlang, ist schon bisher angedeutet worden. Die Langsamkeit der Entscheidungen der Mittelmächte hatte den geeigneten Moment verpaßt, als das eben befreite Polen zu den Waffen greifen wollte, und später haben dann nicht nur neutralistische Bedenken, wie Studnicki ausführt, die Werbetätigkeit aufgehalten, sondern auch die Taktik der Polen, nicht früher energisch in die Arbeit einzutreten, bis sie aus dem Provisorium heraus wären; beides hat dazu beigetragen, die Sache auf den toten Strang zu schieben. Schon im März formulierte Friedrich Naumann die Sachlage in seiner oben angeführten Schrift folgendermaßen: „Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates. Das wissen die Polen sehr genau und wollen ihre militärische Hilfe nicht allzu billig gewähren. Politisch wird man ihnen damit keinen Vorwurf machen können, nur sollen sie selber nicht vergessen, daß für die deutsche Armee ein absoluter Zwang zur polnischen Massenrekrutierung nicht besteht. Es wird auch ohne die Polen gesiegt werden, wenn es nicht anders geht. Für Polen aber ist es von unvergleichlicher und einzigartiger Wichtigkeit, einen militärischen Anfang ihrer Staatsgeschichte zu haben. Man nehme an, daß solange verhandelt wird, bis der Krieg zu

„In Wirklichkeit ist das polnische Demokratische Komitee in Rußland gegen die Bildung einer besonderen polnischen Armee auf russischer Seite aufgetreten, gleichzeitig hat aber auch der Staatsrat einen neuen originellen Standpunkt in der Frage der Bildung einer polnischen Armee und deren nächsten Aufgaben eingenommen. In den am 15. Juni beschlossenen Anträgen des Grafen Rostworowski und im vertraulichen Kommunique, das die Rede von Przezoziecki enthält, „besteht der Staatsrat gar nicht auf der beschleunigten Bildung eines polnischen Heeres im Lande, spricht sich auch nicht gegen die Bildung eines solchen Heeres außerhalb der Grenzen des Landes aus und stellt bloß die Forderung auf, daß das polnische Heer, wo immer es entstehen sollte, nicht an die Front geschickt und im gegenwärtigen Kriege verwendet werde". Diese Tatsachen lassen vermuten, daß der Staatsrat und das Demokratische Komitee miteinander vereinbart haben, entweder gar keine polnische Armee — weder im Lande, noch in Rußland — zu bilden, oder zwei neutrale Armeen zu schaffen, die während des Krieges untätig wären und während des Friedenskongresses der polnischen Sache nützen könnten. Wenn das der Fall war — sagt Lempicki — so ist dieses Ergebnis der Konferenz sehr zu bedauern.

Digitized by Google

Ende ist, dann hat Polen dabei das meiste verloren, denn dann ist es keine politische Macht." Der Rücktritt des gesamten provisorischen Staatsrates ist bekanntlich durch den Befehl hervorgerufen, die polnischen Legionen für den Kampf in der Bukowina (sie standen bisher in Warschau) dem österreichischen Heere wieder zu unterstellen. Die Legionäre marschierten ohne Protest ab, dafür aber legte der provisorische Staatsrat sein Amt nieder, weil seiner Ansicht nach damit das eigene polnische Heer wieder in Frage gestellt wäre. Durch diesen Konflikt ist die Frage der Bildung eines polnischen Ministeriums unterbrochen worden. Trügen nicht alle Anzeichen, so hat die Richtung, die in einem engen Anschluß Polens an Deutschland die richtige Lösung der polnischen Frage sieht, jetzt stark an Boden verloren; und dementsprechend die österreichische Orientierung wieder zugenommen[1]. Zugleich aber hat auch, wie es in der Natur der Sache liegt, die äußerste Linke, die durch Pilsudskis Schwenkung nach Rußland stark an Zugkraft eingebüßt hatte, wieder an Stoßkraft gewonnen. Augenblicklich stehen, falls die Bildung eines polnischen Ministeriums dennoch zustande kommen sollte, zwei Namen im Vordergrunde: Graf Tarnowski und Fürst Sapieha. Ersterer wird von der bisherigen Majorität im Staatsrat Lempicki, Roniker und Rostworowski), letzterer von der klerikal-konservativen Minorität (Bischof Kakowski) unterstützt. Charakteristisch ist es, daß selbst die frühere Majorität im provisorischen Staatsrat jetzt einen Österreicher, den Grafen Tarnowski, den Botschafter Österreich-Ungarns in Schweden, auf den Schild gehoben hat. Fürst Sapieha gilt als eng befreundet mit den österreichischen konservativ-klerikalen Elementen und als ein Anhänger des großpolnischen Gedankens, d. h. fürs erste zum mindesten Einverleibung Litauens und Kurlands ins polnische Reich. Die vom Hauptausschuß des Deutschen Reichstages beschlossene Bildung eines Beirats der Zivilbevölkerung in Kurland und Litauen dürfte berufen sein, diesem Plan einen Riegel vorzuschieben.

Fassen wir zum Schluß unser Urteil zusammen, so bleibt nach wie vor die Tatsache bestehen, daß wirtschaftlich und kulturell Polen zu Mitteleuropa gehört. Letzteres beweist schon die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche. Ersteres ist noch während des Krieges von russenfreundlichen, polnischen Wirtschaftspolitikern mit Einstimmigkeit betont worden, die sich im Interesse des wirtschaftlichen Aufblühens des Landes für eine Zollgrenze zwischen Polen und Rußland aussprachen. Politisch ist aber die Haltung der Polen gespalten. Unsere Entschlußlosigkeit hat zusammen mit der russischen

[1] Auf die starken Krakauer Einflüsse in Warschau kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt, daß die beim Sturz Clam-Martinitz zur Herrschaft gelangte radikale Richtung unter den österreichischen Polen dem Gedanken eines Groß-Polen sympathisch gegenüberstehe, wobei sie, um diesen Plan zu fördern, auch nicht davor zurückgeschreckt ist, ihre alte Taktik, stets die österreichische Regierung zu unterstützen, aufzugeben und sich mit den heftigsten Gegnern der Regierung, den Tschechen, zu verbinden.

Digitized by Google

Revolution die neutralistische Stimmung wieder verstärkt. Trotzdem muß auf der einmal beschrittenen Bahn vorwärts gegangen werden, wobei freilich eine Grenze niemals überschritten werden darf, weder Litauen, noch die Ukraine dürfen zugunsten Polens benachteiligt werden. Ein Polen, das sich auf Kongreß-Polen mit Ausdehnungsmöglichkeiten nach Weißrußland beschränkt, ist nach wie vor als Mitglied Mitteleuropas zu begrüßen. Auch die österreichische Lösung der polnischen Frage, die jetzt stärker im Vordergrunde steht, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn dafür die militärische Oberleitung Mitteleuropas, wie es Naumann in dem angeführten Zitat betont, in Deutschlands Hand gelegt wird. Ohne diese Garantie freilich kann Deutschland Polen, das so sehr Preußens Herz zu bedrohen in der Lage ist, nicht wieder erstehen lassen. Das erscheint aber trotz aller augenblicklicher Reibereien um so möglicher, als Polen nach wie vor von Rußland bedroht erscheint, gleichviel ob die Reaktion ans Ruder kommt oder die Revolution siegreich bleibt. Im ersteren Falle würde nämlich bald die alte Russifizierungspolitik wieder herrschendes Regierungsprinzip werden, und im letzteren würde die Sozialisierung des Grund und Bodens die gänzlich anders gearteten polnischen Besitzverhältnisse (Individualbesitz) völlig vernichten. Keine der beiden Perspektiven ist für Polen verlockend, nachdem erst einmal der russische Revolutionsrausch, der auch nach Polen hinüber gegriffen hat, verraucht sein wird. Eins erscheint aber heute notwendiger als je: Klare und schnelle Entschlüsse.

Streiflichter zur Weltlage XI

August 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Unsere Offensive im Osten, die der Befreiung des noch von den Russen besetzten Gebiets unserer österreichischen Bundesgenossen und der Bewältigung des rumänisch-russischen Heeres in der Moldau galt, ist, was den ersten Teil dieses Programms betrifft, bereits zu Anfang des Monats großzügig erledigt worden. Schon am 2. August fiel Czernowitz und am 4. waren Galizien und die Bukowina von feindlichen Truppen gesäubert. Daß auf ihrem Rückzug, der alle Züge einer überstürzten und atemlosen Flucht trug, die Soldaten und Offiziere der russischen Republik ebenso barbarisch gewütet haben, wie in den Tagen, da sie für den Zaren ins Feld zogen, kann den nicht Wunder nehmen, der die Bestie kennt, die sich unter der Decke der vielgerühmten russischen Gutmütigkeit versteckt; aber nach all den großen Worten, mit denen sich diese russische Republik einführte und mit denen ihre Wortführer noch heute bei jeder Gelegenheit um sich werfen, ist der Kontrast zwischen Wort und Tat für naive Gemüter doch verblüffend. Hier im russischen Südwesten haben unsere Truppen ihr weiteres Vordringen nach Rußland hinein eingestellt. Es wird wohl von

Digitized by Google

dem Verhalten der Ukrainer abhängen, ob es dabei bleibt. Wir tragen dieser zu staatlichem Selbstbewußtsein wiedererstandenen Nation großes Wohlwollen entgegen verstehen es auch, daß sie noch nicht in der Lage ist, die letzten Konsequenzen aus ihrer Selbständigkeit nach außen hin zu ziehen. Noch sind die politischen Verhältnisse in dem ehemaligen Zarenreich nicht so weit geklärt, daß die im Fluß befindlichen zentrifugalen und zentripetalen Kräfte[1] das schließliche Ergebnis erkennen ließen. Weder wir noch die Ukrainer selbst können das Dunkel, das darüber schwebt, durchdringen. Über die Geschichte Rußlands bestimmt jetzt der Diktator Kerenski, dessen ursprünglich pazifistisch und sozialistisch gefärbter Idealismus, je länger je mehr, einem Größenwahn weicht, der ihn einerseits zum Werkzeug der Entente gemacht und andererseits zu einem Schreckensregiment geführt hat, dessen Blutgerichte an die schlimmsten Tage des zarischen Absolutismus erinnern. Die russischen Gefängnisse sind heute überfüllt, wie da Nikolaus II. noch in unbeschränkter Machtfülle waltete. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dieses Regiment sich auf die Dauer behaupten kann. Es arbeitet am eigenen Untergang, und zweifelhaft ist nur, wer nach erfolgter Katastrophe das Erbe Kerenskis antreten wird. Daß ein keineswegs unbedeutender Teil der Bevölkerung am liebsten zum status quo ante (zum früheren Zustand) zurückkehren möchte, ist sicher, und die Verschickung des Zaren und seiner Nächsten nach Tobolsk und, wie angenommen wird, noch weiter nach Nord- oder Ostsibirien, steht damit im Zusammenhang; aber die Hoffnung der geheimen Zaristen ruht nicht auf Nikolai II. Sie denken an Michail Alexandrowitsch und an Nikolai Nikolajewitsch, und bei dem letzteren, für den die Donkosaken eintreten sollen, könnten sie auf einen entgegenkommenden Ehrgeiz rechnen. Auch läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß eine Wiederherstellung, an deren Spitze Nikolai Nikololajewitsch stände, von England und Frankreich mit Jubel begrüßt werden würde, trotz aller Schmeicheleien, mit denen sie in so verschwenderischer Weise Kerenski an sich zu fesseln bemüht sind. Daß das wahnsinnige Regierungssystem dieses Mannes dahin geführt hat, daß das gesamte Ostseegebiet: Finnland, Estland, Livland die Trennung von dem Zusammenhange mit Rußland mit steigender Glut ersehnt, ist heute nicht mehr zu bezweifeln und hat eine neue Lage geschaffen, mit der wir politisch wie militärisch zu rechnen das größte Interesse haben. Auf die Rückwirkung dieser Tatsachen auf Weißrußland, Litauen und das Königreich Polen soll jetzt nicht eingegangen werden, es ist nützlicher, mit einem Urteil darüber noch zurückzuhalten, und mag genügen, darauf hinzuweisen, daß sich Wandlungen vorbereiten, mit denen wir uns zufriedengeben könnten.

Was nun unsere Offensive in der Moldau betrifft, so nimmt sie einen sehr günstigen Verlauf, und Rumänen wie Russen täuschen sich nicht mehr darüber, daß die endliche Entscheidung sie zur Räumung des Landes nötigen wird. Seit dem 10. August steht ein russischer Sonderzug in Jassy bereit. König Ferdinand und die

[1] zentripetal = zusammen und auseinander strebende Kräfte.

Digitized by Google

Trümmer seines Hofstaats irgendwo in das Innere Rußlands zu fahren. Die Zahl der „Könige im Exil", die es der Entente verdanken, heimatlos umherzuirren, ist ja in stetem Wachsen. Mittlerweile hat nach dem Scheitern der russischen Juli-Offensive die neue englisch-französisch-italienische Gesamtoffensive mit erneuter Wucht begonnen. Seit Mitte August wird in Flandern, im Artois, an der Aisne, vor Verdun und an der Isonzofront mit einer Erbitterung und unter Einsatz alles noch verfügbaren Materials an Menschen und Kampfmitteln gerungen, die alle früheren Kämpfe weit übertrifft. Die Engländer wollen den furchtbaren Fehlschlag, den ihnen die erste Flandernschlacht am 31. Juli brachte, wett machen und sind seit dem 16. August, mit nur geringen Pausen, welche die Erschöpfung ihrer Truppen und die ungeheuren Verluste, die jeder Kampftag ihnen bringt, wiederum bemüht, über Dixschoote-Langemark auf Brügge und ans Meer vorzustoßen, aber immer aufs neue sind sie an der ehernen Wand unserer todesmutigen Infanterie, an der Kühnheit und Treffsicherheit unserer Artillerie, an den bewunderungswürdigen Leistungen unserer Flieger gescheitert. Am 17. August konnte die Jagdstaffel Richthofen ihren 200. Sieg über feindliche, zumeist englische Flieger feiern, die abgeschossen waren, 121 Flugzeuge und 196 Maschinengewehre waren ihr dabei als Beute zugefallen und seither ist der Luftkampf in Flandern wie überall sonst an der Westfront gleich erfolgreich weitergegangen. Was das bedeutet, hat uns ein Armeebefehl des Marschalls Haig vom 18. August gesagt, in welchem es hieß, daß die Zukunft Englands vom Ausgang der flandrischen Schlacht abhänge! Die Zukunft Englands und auch die Zukunft Frankreichs, das jetzt alles daran setzt, um das wahnsinnige Programm des Poincaréschen Vertrages mit Rußland zu verwirklichen: Es sollte den Franzosen nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern den Rhein bringen, und würde, wie wir jetzt erfahren, noch durch einen weiteren Geheimvertrag Poincarés ergänzt, der den Belgiern die holländische Schelde versprach! Nun ist freilich Poincaré durch das Bekanntwerden dieser Verträge beinahe zu Fall gekommen. Einige Tage lang glaubte ganz Paris, diesen „großen Mann" preisgeben zu können, und die Äußerungen der hauptstädtischen Presse ließen bereits ahnen, wie stürmisch und unbarmherzig die Schadenfreude sein wird, wenn er wirklich fällt. Aber London und Rom traten für ihn ein und auch Brian hielt den Augenblick nicht für günstig. Poincaré folgte einer Einladung König Viktor Emanuels nach Italien. Als er nach einigen Tagen (17. August) zurückkehrte, begab er sich an die Front, um den Truppen zu zeigen, daß er nach wie vor das Oberhaupt Frankreichs sei, und seither waltet er wieder im Elysée, im Grunde eine Schattenfigur wie König Georg, das Oberhaupt der neuen Dynastie Windsor. Die Londoner Konferenz, die vom 7. bis 9. August tagte und neben den Erörterungen über die inzwischen erfolgte Gesamtoffensive, über die gemeinsame Schiffsraumnot und über das künftige Schicksal Österreichs und der Türkei, auch die Poincaré-Krisis behandelt hat, wird wohl das wesentliche Verdienst für sich

Digitized by Google

in Anspruch nehmen dürfen, den Franzosen ihren Präsidenten — den sie so gern los sein möchten — erhalten zu haben. Daß die Nachwirkung dieses rettenden Eingreifens das mit Sicherheit vorauszusehende Scheitern der Gesamtoffensive überdauern wird, ist schwer anzunehmen. Frankreich ist todmüde, und wenn es jetzt auch noch zu erstaunlichen Opfern aufgestachelt werden kann, geht das auf den schließlichen Erfolg zurück, den alle „großen Männer" des Landes und die Pariser Presse mit allen Mitteln einer skrupellosen Suggestion[1] aufrecht zu erhalten wissen. Um so furchtbarer wird nach erfolgter Enttäuschung die Abrechnung sein, welche das Volk vornehmen wird. Das politische Temperament wird wie in den Tagen Karls IX., wie während der großen Revolution, wie während des „weißen Schreckens" in Südfrankreich und wie während und nach der großen Kommune, ihre Blutopfer fordern. Daß der schließliche Frieden den Franzosen eine neue Revolution bringen wird, kann daher kaum bezweifelt werden, aber gewiß wird es weder eine Revolution der Staatsform sein, noch eine Revolution, die der Welt neue Ideen zuträgt, sondern eine Revolution der Rache an denen, die ihnen diesen Revanchekrieg vorbereitet haben, ohne das verheißene Ziel zu erreichen. In gewisser Beziehung hat dieser Krieg uns den Rest der Illusionen[2] genommen, die wir uns über die „Große Nation" aus den Erfahrungen früherer Kriege gerettet hatten. Der Glaube an eine gewisse Ritterlichkeit war uns geblieben. Wir haben es nicht für möglich gehalten, daß der Haß der Franzosen gegen den siegreichen Gegner sich in so unglaublich roher Weise wehrlosen Gefangenen gegenüber äußern würde, auch nicht geglaubt, daß die geistigen Spitzen der Nation einen so großen Anteil an den rohen Ausschreitungen des Volkes in Wort und Tat nehmen konnten. Es würde nützlich sein, diese Tatsachen nicht zu vergessen, um neue Illusionen zu verhüten, wenn endlich ein offizieller Friede dem Wüten des Krieges feste Schranken gesetzt haben wird. Dafür aber, daß dieser offizielle Friede vielleicht noch im Laufe dieses Jahres kommt, sprechen Symptome, die namentlich im Verlauf des hinter uns liegenden Monats immer greifbarer zutage getreten sind. Vom 1. August datiert das päpstliche Manifest, über dessen Beantwortung gerade jetzt der Reichskanzler mit der Kommission der 7 Vertreter unserer Reichstagsparteien in Beratung getreten ist.

Unsere militärische Lage ist „besser als je vorher", so lautet das fachmännische Urteil Hindenburgs. Der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann und der schwedische Minister des Auswärtigen Lindmann haben sich dahin geäußert, daß der Friede früher Wirklichkeit werden könne, als angenommen werde. Dazu kommt das Urteil, das die nordamerikanische Militärkommission, die dem General Pershing zugeteilt war, in die Vereinigten Staaten zurückgebracht hat. Sie erklärte, daß ein Durchbrechen der deutschen Westfront als völlig ausgeschlossen zu betrachten sei,

[1] Suggestion = Beeinflussung.

[2] Illusion = Täuschung, trügerische Vorstellung.

Digitized by Google

daß an Deutschlands Niederwerfung durch Hunger nicht gedacht werden dürfe und daß es den Krieg, wenn nicht anders, noch ein Jahrzehnt tragen könne. Präsident Wilson solle die Entente zum Frieden mahnen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß der Plan, eine amerikanische Kriegsflotte zu improvisieren und ein gewaltiges amerikanisches Heer nach Europa zu senden, schon heute als undurchführbar bezeichnet werden darf, daß die Neigung der Kanadier, sich für England zu verbluten, an den Erfahrungen, die sie in Flandern machen, sehr merklich erlahmt, und daß Laurier in Quebek mit großer Energie gegen die allgemeine Wehrpflicht agitiert, so ergibt sich, daß der amerikanische Faktor jedenfalls alle Ursache hat, eher für einen Frieden als für Fortsetzung des Krieges ins Endlose einzutreten. Auch die materiellen Zustände der großen transatlantischen Republik führen zu demselben Schluß. Die Ernte hat keine erfreulichen Ergebnisse gebracht, die Arbeiter werden unruhig, und der finanzielle Zweck des amerikanischen Kriegslärms ist durch die bei der Entente untergebrachten gewaltigen Kriegsanleihen bereits so weit erreicht, daß es in Hinblick auf die Zahlungsfähigkeit Englands, Frankreichs, Italiens und namentlich Rußlands zweifelhaft geworden ist, ob für weitere Anleihen genügende Sicherheit geboten werden kann. Auf den Frieden arbeitet der unbeschränkte U-Bootkrieg mit nicht ermattender Energie hin. Das erste Halbjahr seiner Wirksamkeit hat der Entente fast fünf und eine halbe Million Brutto-Registertonnen gekostet, davon 811 000 Brutto-Registertonnen im Lauf des Juli, und es läßt sich schon jetzt sagen, daß die Augustbeute nicht geringer sein wird. Unsere Feinde aber geben jetzt selbst zu, daß sie durch Neubau von Schiffen die ungeheuren Verluste an Schiffsraum nicht wett machen können, die jeder neue Tag ihnen bringt. Sie haben uns im Lauf des Monats zwei neue Gegner aufgehetzt, Liberia, die kleinste, und China, die größte der fremdrassigen Republiken, aber niemand glaubt, daß dadurch ein Gewicht zugunsten der Entente in die Wagschale gefallen ist. Dagegen ist Japan rüstig am Werk, die Vorteile der Lage auszubeuten. Es baut weiter an der Vorherrschaft in Ostasien und rückt jetzt von der Mandschurei her weiter nach dem westlichen Sibirien vor. Neuerdings ist der Mikado beschäftigt, japanische Garnisonen in die von den Russen geräumten Städte zu schicken, natürlich geschieht es aus Freundschaft für den russischen Bundesgenossen, aber es dürfte den Russen ebenso schwer fallen, diese Japaner wieder los zu werden, als den Franzosen, die Engländer zur Räumung von Calais zu veranlassen. In Rußland geht der Prozeß der Zersetzung weiter. Die jetzt zusammengetretene Moskauer Konferenz darf keine Beschlüsse fassen, die Vollmacht dazu ist ihr ausdrücklich versagt worden, und es ist wahrscheinlicher, daß sie das gegenseitige Mißtrauen der Parteien steigert, als daß sie zu einer Verständigung führt. Die große konstituierende Versammlung aber, die das entscheidende Wort über die Zukunft Rußlands sprechen soll, wird von Termin zu Termin verschoben. Jetzt hat man die Wahlen zu dieser Versammlung vom 30. September auf den 25. November festgesetzt und am 11. Dezember soll sie zusammen-

Digitized by Google

treten. Wer aber vermöchte vorherzusehen, ob auch diese Termine eingehalten werden und was die zwei Monate bringen werden, die dazwischen liegen? Daß diese Ungewißheit über die Wendung der russischen Angelegenheiten wie ein Alb auf England und Rußland drückt, ist nicht zu übersehen. Nicht nur Poincarés Stellung, auch die Lloyd Georges ist dadurch erschüttert worden. Im „Labour Leader" hat jüngst einer der einflußreichsten geistigen Führer der englischen Arbeiterwelt mit blutigem Hohn über Lloyd Georges „Wahrheitsliebe" gespottet, und sein Konflikt mit Henderson über die Stellung Kerenskis zur Stockholmer Sozialistenkonferenz hat sein Ansehen weiter geschädigt. Das alles drängt zu einer Lösung, die im Sinn der ursprünglichen Pläne der Entente weder in Flandern, noch vor Verdun, noch am Isonzo gefunden werden kann. Die großen Worte, mit denen die leitenden Minister der Ententestaaten die Nationen, die sie vertreten, an ihrer Gewaltpolitik festzuhalten suchen, verfangen immer weniger, und der despotisch niedergehaltene Ruf nach Frieden beginnt trotz aller Strenge der Zensur sich geltend zu machen. Noch ist er nicht laut genug, um sich durchsetzen zu können, aber er wird allmählich zum Chor werden, dessen Stimme alle anderen übertönt. In England gibt der vortreffliche ehemalige Chefredakteur des „Economist", der bald nach Ausbruch des Krieges genötigt wurde, seine Stellung aufzugeben, F. W. Hirst, eine Wochenschrift „Common Sense", d. h. gesunder Menschenverstand, heraus, die mit großer Entschiedenheit darauf zeigt, wie England durch seine Finanz- und Kriegspolitik der eigenen Zukunft das Grab gräbt. Das aber wirkt auf den Ausgang hin, der kommen muß und kommen wird, wenn wir fest bleiben und den Heldenmut unserer Krieger durch einträchtiges Zusammenhalten unterstützen. Kaiser und Volk, Deutschland und seine Bundesgenossen fest aneinandergeschlossen werden uns den deutschen Frieden bringen, der, so Gott hilft, ein Weltfriede werden soll.

Wie ist ein Ausgleichsfriede möglich? Ein Wort über echten und falschen Pazifismus

Von Dr. jur. Ernst Emil Schweitzer, Breslau

Nachdem unendlich viel für und wider die Friedensresolution im Reichstage geredet und geschrieben worden ist, wird es hier vielleicht auch einmal einem Pazifisten, der abseits von der großen Masse seine eigenen Wege geht, gestattet, mit ein paar Worten seine Meinung darzulegen.

Ich bin der Überzeugung, daß sich die Friedensfreunde in Deutschland in einem verhängnisvollen Irrtum befinden. Wenn man die Verständigungsresolution des Reichstags kritisch betrachtet, so erscheint sie mir durchaus zu billigen in dem Sinne, wie sich auch unser Reichskanzler mit ihr einverstanden erklärt hat, nämlich daß wir, wenn wir einen ehrenvollen Frieden haben können, den Krieg keinen Tag länger führen werden, um gewaltsame Eroberungen zu machen.

Digitized by Google

Ganz verfehlt scheint mir nur der von unsern Verständigungsfreunden immer und immer wieder genährte Gedanke zu sein, daß dieser Versöhnungsfriede auszugehen hat von dem status quo ante (Zustand vor dem Kriege). Im Gegenteil ist meiner Überzeugung ein Ausgleichsfriede möglich lediglich auf der Basis des status quo nunc. Der jetzige Zustand ist entscheidend zu berücksichtigen; und wenn dies so viele unserer Politiker in unseliger Verblendung nicht erkennen, so liegt meines Erachtens dieser Irrtum darin begründet, daß man die rein militärische Position für den gesamten jetzigen Zustand nimmt. Man sagt sich ganz richtig: unsere Truppen haben Belgien besetzt, wenn wir aber ganz Belgien behalten wollen, wird niemals Friede; also ... Aber daraus folgt nur, daß die rein örtliche Besetzung gewisser Gebiete allein noch keinen sicheren Maßstab für die gegenwärtige militärisch-politische Lage gibt, und daraus folgt noch lange nicht, daß dieser status quo nunc bei der jetzigen Friedenspolitik auszuschalten ist, eben weil unter diesem Zustand in Wahrheit lediglich die gesamten realen Machtverhältnisse zu verstehen sind.

Diese Machtverhältnisse sind nun aber bei unbefangener Betrachtung die, daß bei unsern Feinden zwei Gruppen zu unterscheiden sind: die Westmächte, die zwar unter den jetzigen Verhältnissen ungeheure Opfer zu bringen haben, deren Kampfeswille aber durchaus noch nicht gebrochen ist, und anderseits Rußland und die unterworfenen Balkanstaaten, die das höchste Interesse an einem baldigen Frieden haben, und deren Völker auch in ihrer Gesamtheit friedenswillig sind. Von der Erkenntnis dieses Interessenunterschiedes wird eine zielbewußte deutsche Diplomatie auszugehen haben.

Unsere Verständigungspolitiker stehen dagegen — unerhörte Paradoxie der Weltgeschichte — völlig unter der Hypnose eines ausländischen Imperialisten, und zwar nicht etwa unter dem Banne eines Mannes, der seine Ideen mit der Macht des Schwertes zu stützen vermag, sondern eines Advokaten, der seine Politik auf einen Berg von Scherben aufbaut — des Russen Kerenski. Hielt sich doch jüngst der „Vorwärts“ sogar für verpflichtet, Kerenski gegen die Verdächtigung der Kriegshetze in Schutz zu nehmen.

Unsere Sozialdemokraten haben die materialistische Geschichtsauffassung ein halbes Jahrhundert zum Dogma erhoben, um in entscheidender Stunde zu verkennen, daß, wenn die russische Regierung die Parole des Friedens ohne Annexionen und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker ausgibt, dann hierfür keine Ideologie, sondern lediglich die gegenwärtige realpolitische Lage entscheidend ist. Man erkennt nicht, daß jene Parole weiter nichts als (wenn auch der gegenwärtigen kritischen Lage Rußlands angepaßter) russischer Imperialismus ist.

Daß in Wahrheit die russische Regierung nur scheinsozialistisch ist, daß jene Parole sie nur insoweit interessiert, als sie zu Lasten der Mittelmächte geht, ihr aber höchst gleichgültig ist in dem Augenblicke, wo die geheiligten Interessen der Ententestaaten

Digitized by Google

in Frage stehen, haben zwar die Leniniſten längſt erkannt, aber unſere Traumpolitiker geben ſich darüber den ſchönſten Illuſionen hin. Wann hat denn der Friedenspolitiker Kerenſki gegen die franzöſiſche Forderung auf Annexion Elſaß-Lothringens proteſtiert, wann hat er Selbſtbeſtimmungsrecht z. B. für Irland verlangt, wann hat er (charity begins at home) die nationale Unabhängigkeit Finnlands zugegeben? Und wie tief mußten unſere deutſchen Ideologen die Zipfelmütze ins Geſicht geſteckt haben, wenn ſie nicht einmal durch den Donner der ruſſiſchen Offenſive aus dem Traume von der Friedenspolitik der ruſſiſchen Regierung aufgeſtört werden konnten.

Ein Verſöhnungsfriede iſt nicht der Friede, der auf Programmbroſchüren und auf Reminiſzenzen, wie es früher einmal war, aufgebaut iſt, ſondern ein Verſöhnungsfriede iſt der Friede, der ſich deckt mit den realen gegenwärtigen Intereſſen der im Kriege befindlichen Staaten. Als dem Sozialiſten Göhre vor einiger Zeit von freiſinniger Seite zum Vorwurf gemacht wurde, daß er für den Scheidemannfrieden ſei, antwortete er in der „Hilfe" darauf, indem er nachwies, welch bedeutende Gebiete England von den Mittelmächten beſetzt halte und wie vorteilhaft es für uns ſei, wenn England alles wieder herausgeben müſſe. Ich habe dieſen Artikel nur mit Kopfſchütteln geleſen, habe mich immer wieder gefragt, ob denn dem Sozialiſten Göhre keinen Augenblick der Gedanke gekommen iſt, daß das kapitaliſtiſche England einer bloßen Formel zu Liebe wohl kaum auf ungeheuren Gewinn verzichten werde. Sollte (wovon ja grade der Erzberger-Vorſtoß ausging) unſer U-Bootkrieg bei aller wertvollen Unterſtützung unſerer Kriegführung nicht ausreichen, um den Kampfeswillen Englands in abſehbarer Zeit zu brechen, dann würde um des bloßen Gedankens eines annexionsloſen Friedens willen England, das ſich im Beſitze wertvoller Fauſtpfänder befindet, noch in 20 Jahren nicht Frieden machen.

Ein Friede iſt meiner Überzeugung nur möglich, wenn wir den Weſtmächten gewiſſe Zugeſtändniſſe machen und uns hierfür auf Koſten der Balkanſtaaten und Rußlands ſchadlos halten. Schon die Tatſache, daß Bulgarien niemals daran denken wird, auf Mazedonien zu verzichten, ſollte beweiſen, wie unhaltbar die Formel eines Friedens ohne Eroberung iſt. Wir haben fruchtbare Strecken des frivol in den Kampf getretenen Rumäniens in unſern Händen, weder die öſtliche, noch die weſtliche Demokratie wird den Krieg für jenen durch Schurken zugrunde gerichteten Staat auch nur einen Tag länger führen wollen. Und wenn die Regierungen wollen, die Völker werden es ablehnen, für die rumäniſche Mißwirtſchaft ihre Haut zu Markte zu tragen.

Des ferneren müſſen wir kraft des Nationalitätsprinzips von Rußland Kompenſationen in den Oſtſeeprovinzen verlangen. Der Fehler der Bethmannſchen Politik lag darin, daß dieſe den Verdacht erregte, einen Sonderfrieden mit Rußland zu bezwecken. Dieſer Friede mußte von ganz Rußland (einſchließlich der radikalen Sozialdemokraten) abgelehnt werden, weil man in ihm eine Vorſtufe zum Siege des „deutſchen Militarismus" ſah und eine Gefahr für die Freiheit Europas.

Digitized by Google

Ein Sonderfriede ist für Rußland unannehmbar, selbst wenn wir auf Eroberungen verzichten; auf jeden gemeinsamen Frieden aber muß Rußland eingehen, selbst wenn wir Forderungen hinsichtlich der deutsch-nationalen Gebiete Rußlands erheben. Die Westmächte aber opfern zwar die russischen Soldaten zu Hunderttausenden hin, sie selbst aber werden nicht daran denken, für Herrn Kerenski die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Für Herrn Kerenski — denn die Ostseeprovinzen sind der ungeheuren Masse des russischen Volkes wenig, der Frieden aber alles.

Zum Begriff des Auslanddeutschen

Von Dr. Gottfried Fittbogen

Der Verfasser einer programmatischen Schrift über das „Deutschtum im Ausland in unsern Schulen" (Leipzig, B. G. Teubner, 1913) kann das Erscheinen eines „Quellenlesebuches für Jugend und Volk, für Schule und Haus", dessen erster Band unter der Mitwirkung des Vereins für das Deutschtum im Ausland jetzt von den Dresdener Lehrern Holdegel und Jentzsch unter dem Titel „Deutsches Schaffen und Ringen im Ausland" herausgegeben ist (Leipzig, Verlag von Julius Klinkhardt, gebunden 3 Mk.), nicht anders als mit Freude begrüßen. Ohne den großen Krieg hätte man wohl noch längere Zeit auf etwas Derartiges warten müssen. Jetzt aber wird es seinen Weg gehen, wird, da es aus der Fülle des Materials möglichst solche Stoffe herausucht, die anschaulich und volkstümlich vom Auslanddeutschtum erzählen, auf angenehme Weise Belehrung spenden und das Verständnis für die Bedeutung der Auslanddeutschen verbreiten helfen.

Mehr zu sagen, erübrigte sich, wenn es nicht um der Wichtigkeit der Sache willen nötig wäre, einige Bemerkungen grundsätzlicher Art auszusprechen. Sie gelten einer großen Anzahl von Schriften, die sich mit dem Auslanddeutschtum beschäftigen. Manchem werden sie selbstverständlich erscheinen. Wer aber die einschlägige Literatur auch nur einigermaßen kennt, weiß Bescheid.

Es ist nur natürlich, daß wir uns auf dem verhältnismäßig neuen Gebiet noch nicht mit derselben Sicherheit bewegen wie auf einem längst vertrauten. Die Unsicherheit beginnt damit, daß über den Fundamentalbegriff, den des Auslanddeutschtums selbst, keine Einigkeit herrscht. Wer ist Auslanddeutscher?? Diese Frage wird von den verschiedenen Schriftstellern sehr verschieden beantwortet[1].

Immer wieder begegnet die Auffassung, daß die Niederländer, Vlamen, womöglich auch die Buren Deutsche seien. Das Bedauern darüber, das etwa vorhanden ist, daß die Niederländer sich im hellen Licht der Geschichte vom deutschen Volk gelöst und als eigenes

[1] Versuche zur Begriffsbestimmung sind bisher, soviel ich sehe, nur in meiner obengenannten Broschüre, in dem Anfang der Schrift von Hoeniger, Das Deutschtum im Ausland (B. G. Teubner, Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt") und in dem Aufsatz von Würzburger „Über den Begriff und die Statistik des Auslanddeutschtums" („Panther", 1916, Juliheft, S. 835 ff.) gemacht.

Digitized by Google

Volk konstituiert haben, kann doch diese Entwicklung selbst nicht rückgängig machen. Gerade ein Buch, das auch auf jugendliche Leser rechnet, hat mit besonderer Peinlichkeit dafür zu sorgen, daß nichts in ihm enthalten ist, was mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Wer es aber immer noch nicht glauben sollte, daß die Niederländer nicht bloß keine Deutschen sein wollen, sondern auch keine Deutschen sind, dem wäre die zwangsweise Lektüre des betreffenden Buches von Menne „Die Entwicklung der Niederländer zur Nation". Eine anthropogeographische Skizze (Angewandte Geographie I, 6, Frankfurt a. M., Heinrich Keller) zu verordnen.

Werden hier Fernerstehende, so werden andrerseits häufig Naheſtehende als Auslanddeutsche bezeichnet. Für viele ist der Reichsdeutsche, sobald er über die Grenze geht, Auslanddeutscher geworden. Das geht soweit, daß in einer Broschüre sogar die Soldaten unseres eigenen Heeres, die sich vorübergehend in Gefangenschaft befinden, als Gegenstand der Auslanddeutschen-Fürsorge betrachtet werden! Zweifellos, sie befinden sich zurzeit „im Ausland"; das ändert aber nichts daran, daß sie nach wie vor Reichsdeutsche sind. Der „Reichsdeutsche im Ausland" bleibt, solange er seine politische Zugehörigkeit zum Reich nicht aufgibt, d. i. solange er Reichsdeutscher ist, „Inlanddeutscher"; sein zufälliger Aufenthaltsort kann diesen seinen Charakter nicht aufheben. Darum müßte aus einem Buch über das Auslanddeutschtum jede Tätigkeit der Reichsdeutschen im Ausland, und sie mag noch so wichtig sein, wie z. B. der Bau der Bagdadbahn oder (in anderer Weise) die Ausgrabungen in Babylon, ausgeschieden werden. Das gehört auf ein anderes Blatt.

Als Auslanddeutsche bleiben demnach übrig: *die Deutschen, welche keine Reichsdeutschen sind.* Gleichgültig ist dabei, ob ihr Land ebenso altes oder teilweise noch älteres deutsches Land ist als der Boden des heutigen Deutschen Reiches oder ob ihre Vorfahren oder gar erst sie selbst aus dem heutigen Reichsgebiet ausgewandert sind.

Unser Verhältnis zu ihnen ist gefühlsmäßig einfach: sie sind Blut von unserm Blut. Begrifflich wie realiter jedoch liegt die Sache etwas komplizierter. Es ist nicht so wie Rein in seinem gehaltvollen, doch etwas einseitig politisch orientierten Vorwort zu dem Quellenlesebuch sagt, daß diese „abgesprengten Glieder unseres Volkstums doch noch als lebendige Glieder unseres *Vaterlandes* zu betrachten sind." Der deutsche Schweizer, der deutsche Österreicher, der deutsche Ungar — sie alle würden einigermaßen befremdet diese Auffassung ablehnen und sich zur Schweiz, zu Österreich, zu Ungarn als zu ihrem Vaterlande bekennen. Vielmehr sind sie, obwohl ihr Vaterland nicht das Deutsche Reich ist, doch Glieder unseres Volkes. Auf diese Dinge muß man achten, wenn man nicht stets und ständig den Anlaß zu Mißverständnissen, die durchaus nicht immer harmloser Natur sind, geben will.

Wie weit nun die Auslanddeutschen *lebendige* Glieder unseres Volkes sind, ist eine andere Frage, die sich nicht für alle gleichmäßig beantworten läßt. Das Wort Deutschtum klingt wie ein Bekenntnis, wird auch von unsern Gegnern so aufgefaßt. Es gibt

Digitized by Google

aber Fälle, in denen das „Deutschtum" dermaßen latent ist, daß man wohl von „Deutschen ohne Deutschtum" reden könnte, von Deutschen dem Fleisch, aber nicht dem Geiste nach. Hierfür würde es sich empfehlen, den farblosen Ausdruck „deutsches Element" zu gebrauchen. Es gibt zwei dicke Bände, welche dem Titel nach vom „Deutschtum" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erzählen (von Faust, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig); sieht man näher zu, so erkennt man vielmehr, daß die Bände vom Gegenteil handeln: wie das Deutschtum sich nicht als solches behaupten kann, sondern als bloßes Element im Amerikanertum aufgeht[1]. In dem Wort „Deutschtum" liegt nun einmal für den Gegner etwas Aufreizendes. Warum es also mit Pathos gebrauchen, wo es nicht einmal am Platze ist?

Auf diesem Gebiet liegt die Neigung zum völkischen Selbstlob besonders nahe. Leicht erscheinen die Deutschen in fremdvölkischer Umgebung als reine Lichtgestalten, als die Segenspender, denen dann ein unbegreiflicher Undank zuteil wird. Gewiß haben die Deutschen z. B. den Magyaren und Westslawen wertvolle kulturelle Güter übermittelt. Aber waren und sind wir selbst etwa den Römern und Franzosen für genossene kulturelle Anleitung so dankbar, daß sich darauf im politischen Leben ein besonders inniges Pietätsverhältnis gründen konnte? Zur Begriffsbestimmung des Auslanddeutschen gehört diese letztere Betrachtung insofern, als sie daran erinnert, daß der Auslanddeutsche, ebensowenig wie der Reichsdeutsche, ein Mustermensch, ein Wesen höherer Ordnung ist: die subjektive Wertung, die wir ihm als einem Blutsgenossen mit Recht zuteil werden lassen, ist an und für sich noch kein Beweis für seinen objektiven Wert.

Der Krieg hat, scheint es, der Beschäftigung mit dem Auslanddeutschtum einen kräftigen Impuls gegeben. Es wird Zeit, daß hierbei überall bewußte Nüchternheit waltet.

Notizen

Zwei Stimmen zur Reichstagsresolution. Professor Hans Delbrück schreibt im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher", es schiene, daß in England wirklich eine von einflußreichen Staatsmännern und breiten Volksschichten getragene Tendenz vorhanden sei, die einen Frieden der „Zufriedenstellung" (peace of contentment) auf dem Wege der Verhandlungen erstrebe. Sei dem so, so frage ich, ob von deutscher Seite etwas geschehen könne, um jener Tendenz in England zur Herrschaft zu verhelfen und dadurch die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Die Gefahr, dabei den Eindruck der Schwäche zu erwecken, liege vor, könne jedoch bei richtiger politischer Haltung vermieden werden. Dann heißt es: „Wenn nun Deutschland damit angefangen hat, von einem Frieden unter Bedingungen zu sprechen, über die sich verhandeln ließe, so war das nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern einfach die Folge davon, daß Deutschland nach der Kriegslage glauben durfte, die ihm nötigen Forderungen durchsetzen zu können. Wir führen einen Verteidigungskrieg und haben unsere Gegner so zurückgeworfen, daß sie nicht mehr hoffen dürfen, uns niederzuzwingen." Delbrück geht dann auf den Vorfall zwischen Reichskanzler und Reichstagsmehrheit ein und stellt fest, daß es in-

[1] Die amerikanische Ausgabe hat den richtigen Titel.

Digitized by Google

folge des Verhaltens des Reichskanzlers zwischen ihm und der Mehrheit an Vertrauen fehle. Das zeige sich auch bei der Einsetzung der Siebener-Kommission. „Man mag zugestehen, daß bei unserm dualistischen Regierungssystem die neue Methode als eine letzte Konsequenz angesehen werden kann, die ausnahmsweise angenommen werden darf. Aber der leitende Staatsmann muß dann auch in dieser Kommission der unbedingt leitende Geist mit überragender Autorität sein, und auch so bleibt die Prozedur immer höchst gefährlich. Das Parlament darf nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat werden. Ein leitender Minister, der wahrhaft das Vertrauen des Parlamentes besitzt, bedarf solcher Mitarbeit in der diplomatischen Aktion nicht, sondern muß sie sogar ablehnen. Kein englischer Minister würde sie sich gefallen lassen... Weshalb hat es Herr Dr. Michaelis für nötig gefunden, sich diesen Reichstagsausschuß an die Seite zu setzen? Nun sagen wir es rund heraus: weil er eben das Vertrauen des Reichstags nicht genießt. Wie wäre das bei den Vorgängen, die sich in den letzten vier Wochen abgespielt haben, auch möglich? Hätte Herr Dr. Michaelis es nicht Woche für Woche stillschweigend geduldet, daß ihm die Presse der Minorität seine Zustimmung zur Resolution der Majorität wegdeutete und ins Gegenteil verkehrte, so brauchte er sich jetzt nicht diesen Wohlfahrtsausschuß beizuordnen. Ist sich denn der Reichstag heute darüber klar, was der Herr Reichskanzler eigentlich will und welche Politik er verfolgt? Das deutsche Volk und die Welt ist sich jedenfalls darüber nicht klar, und nach den letzten Vorgängen weniger als je..."

Dr. Rudolf Schwandt schreibt in Nr. 20 der „Glocke" (sozialistisch): „...Wir werden zwar bleiben bei der Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, aber nur unter der Voraussetzung, daß ein solcher Friedenswille auf Gegenseitigkeit beruhe... Daher hat die Friedensresolution des Reichstags meines Erachtens nur den zulässigen Sinn, daß wir erklären, unablässig für die Sache des Friedens wirken zu wollen, und daß wir, falls die feindlichen Völker in Kürze ebenfalls zum Frieden bereit sind, uns für gebunden erklären, wenn es sein müßte, auch gegen die Absicht der Regierung, einen Verständigungsfrieden durchzusetzen. Sie hat aber unmöglich den Sinn, daß wir auch in dem Falle, wo die Feinde jede Verständigung abweisen, uns und der Regierung selber die Hände binden und uns Vorteile entgehen lassen wollen, die wir dann gerade um so nötiger hätten. Insofern kann die Regierung sich nicht binden lassen. Und unsere Feinde sollen wissen, daß sie in diesem Falle auch nicht gebunden werden wird, und daß sie sich einer verfehlten Spekulation hingeben, wenn sie hierauf bauen. Die Zeit, die Resolution ans Ende durchzuführen, ist noch nicht gekommen. Hoffentlich führen die Ententesozialisten sie recht bald herbei. Das Volk kann — wie in der Resolution geschehen — seine Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden erklären. Von der deutschen Regierung aber zu verlangen, sich jeden Gedankens auf eigene Vorteile zu entschlagen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Ententesozialisten haben kein Recht, sich darüber zu entrüsten; sie haben es ja selber verschuldet..." Schwandt weist dann mit kräftigen Worten, die als Zeugnis der Gesinnung innerhalb unserer nationalen Sozialdemokratie uns mit der lebhaftesten Genugtuung erfüllen müssen, den „Sirenengesang" der „Daily News" zurück, der Reichstag möge dafür sorgen, daß „die englische Demokratie" sich direkt an das deutsche Volk als Demokratie wenden kann. „Der englischen Demokratie", so lesen wir, „steht es ja jederzeit frei, sich ans deutsche Volk zu wenden; in einer entsprechenden Friedensresolution, sowie in Stockholm! Da ist nichts im Wege, sofern die Engländer nur ehrlich den Frieden wollten. Aber gerade dieser Wille besteht bei ihnen am allerwenigsten. Welch eine Zumutung: wir sollen uns ihrer würdig erweisen, ehe die Herren Engländer mit uns verkehren können! Welch ein Mangel an Stolz, wenn mit einem derartigen Verlangen eines englischen Hetzblattes eine deutsche Parteizeitung in der inneren Politik krebsen geht!"

Digitized by Google

Herr von Bethmann Hollweg und die deutsche Wehrkraft. Auch nach der Entlassung des fünften Reichskanzlers wird der Kampf gegen ihn in der alldeutschen und konservativen Presse in der leidenschaftlichsten und vielfach gehässigsten Weise fortgesetzt. Den Reigen führt wie immer Graf Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung" ein über das andere Mal die Anklage erhebt, daß Herr von Bethmann Hollweg der eigentliche Kriegsverlängerer sei. Als Beweis dafür muß nicht allein das angebliche Zögern des Ex-Reichskanzlers gegenüber der Mobilmachung, seine Unentschlossenheit während des Kriegsverlaufs, sondern — man höre und staune — auch seine sträfliche Vernachlässigung der deutschen Wehrkraft in dem halben Jahrzent vor Ausbruch des Weltkriegs herhalten. Mit sittlicher Entrüstung geißelt Graf Reventlow in Nr. 437 der „Deutschen Tageszeitung" vom 28. August „jene Politik, die mit Herrn von Bethmann Hollweg auch die sogenannte Reichstagsmehrheit in Friedenszeiten erfolgreich trieb: dem Heere und der Flotte nicht diejenigen Mittel ausreichend und rechtzeitig zukommen zu lassen, deren sie für die Stunde der Entscheidung bedurft hätten, um einen dem Deutschen Reiche aufgezwungenen Krieg in kurzem, erfolgreichem Ringen zu beenden". Nach Graf Reventlow wäre der Rückzug von der Marne, der Stellungskrieg, der Zeitgewinn für die Bereitstellung der englischen Hilfe, kurz die ganze lange Dauer des Krieges letzten Endes nur darauf zurückzuführen, daß Herr von Bethmann Hollweg es verabsäumt hätte, in den Jahren von 1909—1914 für die Aufstellung weiterer fünf bis sechs Armeekorps zu sorgen, mittels deren die durchschlagende Überlegenheit der deutschen Anfangsoffensive im Westen gewährleistet gewesen wäre. „Herr von Bethmann Hollweg wird vor Gott und der Geschichte als derjenige Reichskanzler dastehen, dessen Politik zur Folge hatte, daß das Deutsche Reich nicht nur politisch und diplomatisch völlig unvorbereitet in den Krieg hineinging, sondern daß auch das deutsche Heer zum erstenmal in starker Unterlegenheit gegen den westlichen Feind vorgehen mußte."

Es ist von Graf Reventlow höchst leichtsinnig, sich auf die Geschichte zu berufen. Denn der Historiker, der die Anschuldigungen des hitzigen Anklägers unter die Lupe nimmt, wird wahrheitsgemäß nur feststellen können, daß von allen Reichskanzlern, Bismarck nicht ausgeschlossen, auch nicht einer so viel für die Mehrung unserer Heeresmacht getan hat wie Herr von Bethmann Hollweg. Zahlenmäßig liegt die Sache vielmehr so, daß Herr von Bethmann Hollweg allein annähernd so viel getan hat, wie seine vier Vorgänger zusammengenommen! Unter Herrn von Bethmann Hollweg ist nämlich die Gesamtkopfzahl der Heeresstärke von 604 168 im Jahre 1909 auf 800 646 Mann im Jahre 1914, also um 196 478 Mann gestiegen, wovon 136 000 Mann auf die Wehrvorlage des Jahres 1913, die übrigen auf die Vorlagen der Jahre 1911 und 1912 entfallen. Demgegenüber hat während der langen Zeit von 1871 bis 1909 unter den vier ersten Kanzlern nur eine Gesamtvermehrung um rund 200 000 Mann stattgefunden. Speziell ist unter den beiden Kanzlern Hohenlohe und Bülow nur eine ganz minimale Vermehrung der Heeresstärke eingetreten. Es ist dabei ganz wesentlich das Verdienst Herrn von Bethmann Hollwegs, der die Heeresvorlagen von 1911, 1912 und 1913 mit der größten Entschiedenheit vertrat, gewesen, daß die unter ihm zustande gekommenen Heeresvermehrungen von einer sehr großen Majorität des Reichtags angenommen wurden, zu der, nebenbei bemerkt, auch das von Graf Reventlow mit Herrn von Bethmann Hollweg in einen Topf geworfene Zentrum und die Freisinnige Volkspartei gehörten. Ein Vorwurf, daß die große Wehrvorlage des Jahres 1913, die ihre einleuchtende Begründung erst in den Machtverschiebungen des Balkankriegs fand, nicht schon mehrere Jahre früher eingebracht war, würde natürlich auch nicht Herrn von Bethmann Hollweg, sondern in erster Linie die Heeresverwaltung treffen, die aber ausdrücklich in den Jahren 1911, 1912 und 1913 immer wiede bestätigt hat, daß die jeweils vorliegende Mehrforderung alles enthalte, „was wir gegenüber allen in Betracht kommenden Verhältnissen gebrauchen". Das war damals auch die Auf-

Digitized by Google

fassung der gesamten konservativen Tagespresse, sogar die „Deutsche Tageszeitung" hat am 29. März 1913 konstatiert, es sei sachlich nicht richtig, wenn hier und da die Auffassung vertreten werde, diese Vorlage sei ein Beweis dafür, daß die verantwortlichen Stellen bis vor kurzem ihre Pflicht in der Wehrfrage nicht voll erfüllt hätten; im ganzen betrachtet werde die Vorlage vielmehr allen für die Erhöhung unserer Wehrkraft erhobenen Anforderungen gerecht! Allerdings ist Graf Reventlow zuzugeben, daß als einzige Partei im Jahre 1913 die konservative eine Heeresvermehrung noch über die Wehrvorlage hinaus beantragt hat. Diese betrug aber nicht fünf bis sechs Armeekorps, sondern sage und schreibe zwei ganze Kavallerieregimenter, die mutmaßlich doch die von Graf Reventlow vermißte Überlegenheit der deutschen Anfangsoffensive im Sommer 1914 nicht hergestellt hätten. Folglich hätte auch die konservative Partei, um getreu im Stile Graf Reventlows zu argumentieren, durch ihre schweren Unterlassungssünden im voraus kriegsverlängernd gewirkt!

Sieht Graf Reventlow nun, wie fürchterlich er sich „vor Gott und der Geschichte" durch seinen blinden Eifer bloßgestellt hat?

In Wahrheit können seine durch nichts gerechtfertigten Vorwürfe nur dazu dienen, die großen Leistungen Herrn von Bethmann Hollwegs für die deutsche Wehrmacht, für die ihm das deutsche Volk die wärmste Dankbarkeit schuldet, in das hellste Licht zu rücken!

Friedrich Thimme

Japans Sieg in China. In der vom Hamburger Kolonialinstitut herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" schreibt Dr. P. Heile über Japans Sieg in China: Das Aktuellste und vollkommen Neue sind die Erklärungen des japanischen Ministeriums über die auswärtige Politik Japans, die Ende Juni vor dem neu zusammengetretenen Parlament abgegeben wurden. Sie enthalten kurz: 1. das Eingeständnis, daß Japan während der ganzen Krise in China die chinesische Politik durch den Ministerpräsidenten und jetzigen Diktator Tuan Tschi-jui geleitet hat; 2. daß das japanisch-englische Bündnis durch den Beitritt Japans zum Londoner Sonderfrieden-Abkommen neu befestigt worden ist, so daß Japans Sonderstellung im Osten seitdem als von England garantiert anzusehen ist, während Japan sich offenbar zur weitgehenden Unterstützung Englands und Sicherung seiner östlichen Interessen verpflichtet hat; 3. daß Japan gewillt ist, Kiautschou und die Südsee-Inseln festzuhalten und hierin offenbar bindende Zusage von England hat (Amerikas Einverständnis soll jetzt von der japanischen Sondergesandtschaft in Washington erwirkt werden).

Aus dem übrigen Inhalt ist als Ergebnis der Gesamtdarstellung der chinesischen Krise festzuhalten der Nachweis, daß sie, entstanden aus Amerikas Versuch, Chinas Gefolgschaft in seiner Kriegspolitik zu erhalten, in ihrem ganzen Verlauf nichts ist, als das Widerspiel der japanischen und amerikanischen Politik, bei der die chinesischen Figuren auf der offenen Bühne ihre Verfassungskämpfe ausfechten, während sie in Wirklichkeit nur für das amerikanische oder japanische Interesse benutzt werden. Der Sieg des Militaristenführers Tuan markiert die Niederlage der Wilsonschen mit den Demokraten arbeitenden Politik. Besonders beachtenswert ist die Aufdeckung des japanischen Geheimvertrages mit Tuan Tschi-jui über die Organisation der chinesischen Armee unter japanischer Leitung und mit japanischem Geld (Seite 566), wodurch das japanisch-chinesische Bündnis als Militärbündnis der beiden von Generälen geleiteten Regierungen nachgewiesen wird.

Die Phrase unserer Feinde, für das demokratische gegen das autokratische Prinzip zu kämpfen, wird im Artikel auf schärfste gegeißelt, indem folgender Vorfall in der japanischen Budgetkommission festgenagelt wird: „Als Terauchi seine Unterstützung der Militaristen in China gegen die Demokraten vorgehalten wurde in einer Zeit, da „die Demokratie in allen Teilen der Welt die Autokratie überwindet", während „in China und Japan noch die Bureau-

Digitized by Google

kratie über freiere politische Ideen herrsche", konstatierte der japanische Ministerpräsident, daß er solche politischen Tendenzen in der Welt nicht erkennen könne."

Liberias Vergewaltigung. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten stehen im Begriff, ein neues Beispiel dafür zu geben, was sie unter Freiheit und Selbstbestimmung der kleinen Nationen verstehen. Dem „Manchester Guardian" wird von seinem Londoner Korrespondenten geschrieben: „Ich höre, daß die Anti-Sklavereigesellschaft im Begriff steht, an die liberische Regierung die formelle Aufforderung zu richten, eine unparteiische Kommission einzusetzen zwecks Untersuchung der ihr angekündigten beklagenswerten Behandlung der Eingeborenen im Innern des Landes. Wichtige Veränderungen werden in Liberia infolge des endgültigen Bruches mit Deutschland (worüber kürzlich nähere Nachricht eintraf) folgen.

Es ist wahrscheinlich, daß eventuell Großbritannien, Frankreich und Amerika, die als Schutz- und Garantiemächte Liberias zu betrachten sind, eine weit schärfere Kontrolle der liberischen Angelegenheiten ausüben werden. Sicher ist, daß diese Kontrolle nach dem Kriege eintritt, wenn nicht schon vorher. Auf diesem Wege können verschiedene lang erwünschte Reformen erreicht werden.

Die beständigen Reibungen zwischen der liberischen Regierung und den Völkern im Innern sind notorisch und haben zu beklagenswerten Folgen geführt. Wir können von der Zukunft die Einrichtung einer festeren Regierung erwarten und einer nützlichen Zusammenarbeit zwischen Amerika, den alliierten Mächten und der liberischen Regierung."

Also die Beschützer der kleinen Nationen erklären hiermit offen, daß sie die Absicht haben, aus der freien Negerrepublik Liberia, für deren Erhaltung sie sich Deutschland gegenüber wiederholt eingesetzt haben, einen Schutzstaat nach Art von Ägypten, Tunis und Marokko zu machen! Das ärgste daran ist aber, daß Liberia zuerst zum Bruch mit Deutschland veranlaßt wurde, um einerseits den deutschen Handel in Liberia, andererseits die guten Beziehungen zwischen Liberia und dem Deutschen Reiche zu vernichten. Nachdem Liberia diese Wünsche seiner Schutzmächte erfüllt hat, lassen diese die Maske fallen und drohen offen mit Vergewaltigung.

Das Verhängnis des Nordens. Eine Schrift des norwegischen Obergerichtsadvokaten Dr. Hermann Harris Aall versucht den Norwegern „die übermütige und rücksichtslose Behandlung" begreiflich zu machen, die es durch England erfährt. Es ist ein Unglück, daß die Schiffsreeder ohne Widerspruch von seiten der öffentlichen Meinung die Oberhand erlangt haben und daß die Regierung sich diesen Privatinteressen nicht widersetzt hat. Es ist ein Unglück, sagt der Verfasser weiter, daß die Entente sich nicht einem geeinigten Norden gegenüber gesehen hat. Hätten die drei skandinavischen Reiche fest zusammengestanden, so hätten sie ihre unabhängige Stellung behauptet. So stehen sie unter dem Druck Englands, das einen zersplitterten, schwachen, unselbständigen Norden wünscht, um ihn ganz nach Gutdünken zu behandeln. Das Interesse der Ententemächte widerspricht in allen wichtigen Punkten dem der nordischen Reiche, während das der Mittelmächte mit dem der übrigen in allen wichtigen Punkten übereinstimmt, nämlich dem Verlangen nach der Freiheit der Meere und der völkerrechtlichen nationalen Freiheit ihrer Länder.

Japans Anteil an der Welt. Admiral Sato hat in der „Japan Chronicle" im Anschluß an das im letzten Herbst in Berlin erschienene Buch „Der nächste Weltkrieg" die Zukunftsaussichten Japans dahin zusammengefaßt: Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es sehr wahrscheinlich, daß der ferne Osten und die Südsee nach dem Kriege die Hauptzentren der wirtschaftlichen Tätigkeit der europäischen kriegführenden Mächte sein werden, aus dem Bestreben heraus, die verlorenen Kräfte zu ersetzen. Darum muß Japan sofort alle notwendigen Vorbereitungen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich treffen, um die Grundsätze von der Integrität Chinas und der offenen Tür daselbst aufrecht zu erhalten. In den industriellen

Digitized by Google

Kreisen Europas wird es zu revolutionären Reformen nach dem Kriege kommen, verursacht durch die vielen Versuche, Erfindungen und Entdeckungen, die während des Krieges gemacht sind. Da muß sich die japanische Industrie sehr anstrengen, um nicht zurückzubleiben und die jetzt eroberten Märkte zu erhalten. Darum darf sich die Industrie ja nicht verleiten lassen, um augenblicklichen Gewinns willen schlechte Waren auszuführen und damit deren Kredit auch für die Zukunft zu schädigen.

Chinesisch-amerikanisches Einverständnis. China beginnen die Augen aufzugehen. Es sieht die „offenbare Gefahr der Aufteilung Chinas durch Japan, Rußland, England, Frankreich". Um die Begehrlichkeit dieser Mächte solange in Schach zu halten, bis China sich selbst organisiert hat, denkt man in chinesischen politischen Kreisen an die Hilfe Amerikas. Ein Leitartikel des „Independent" schreibt unter dem Titel „Two peaceable republics": Das amerikanische und chinesische Volk sind viel ähnlicher als es äußerlich scheint. Gemeinsam ist beiden der Haß gegen Könige und Adelige und das Verlangen nach einer wirklichen Demokratie, aufgebaut auf Industrie und Handel mit möglichster Ausschließung des Soldaten. Vereint können sie diese Ideale erreichen; für sich allein oder im Bund mit Völkern anderer Ideale würden sie wahrscheinlich von den Wogen des Militarismus und der Autokratie überwältigt werden, die jetzt die Erde überschwemmen. Ein chinesisch-amerikanisches Bündnis wird auch das Gleichgewicht auf dem Stillen Ozean wieder herstellen, der jetzt völlig unter der Herrschaft der russisch-japanisch-britischen Koalition steht.

Neuerscheinungen

Die Feinde

Für „Englands Niedergang" glaubt Arnold Steinmann-Bucher eine neue Formel gefunden zu haben (L. Simon, Berlin, M. 5.—). Er will den Krieg aus der engen bedrückenden Zeit, „die aus Stunden und Tagen, aus Monaten und Jahren besteht, hinausstellen in die Jahrtausende". Er will den Krieg „aus dem Unfrieden der Burg hinausstellen in den ewigen Streit der Völker". Er will „ihn aus der Sorge um unsere innere Entwicklung einreihen in die Entwicklungsgesetze des Menschengeschlechts und seines Wohnsitzes, der Erde. Er beginnt mit der Zeit, „wo die Festländer der Erde sich aus dem Chaos zu heben strebten" und hört auf mit der „Durcharbeitung des Weltgedankens von Cromwell bis Lloyd George". „Nicht Weltbeglückung, sondern Weltbeherrschung war das Ziel: England, die Weltwerkstätte." „Trotzdem stand im Jahre 1914 die britische Ausfuhr unmittelbar vor der Gefahr, von der deutschen zum erstenmal überholt zu werden. Im Wirtschaftskrieg war also England schon vor dem Krieg besiegt und zwar durch seine heutigen Bundesgenossen — die Amerikaner. Eine einzige, aber doch schon vor dem Krieg bedrohte Überlegenheit war ihm verblieben: die Flotte, die Handels- und Kriegsflotte mit ihren Stützpunkten in aller Welt und von ihnen beschützt und zusammengehalten, das Kolonialreich, also die Seeherrschaft. Aber seine Inselstellung offenbart sich in ihrer ganzen Unzulänglichkeit; die Grundfesten des Weltreichs sind tief erschüttert; es droht sein Untergang. Für uns Deutsche beginnt also die Schuld da, wo wir deutlichen, unverkennbaren, nicht mißzuverstehenden Schicksalswinken aus dem Wege gehen, in diesem Krieg insbesondere, wenn wir, da England und wir die Stützen seiner Weltherrschaft eine nach der anderen fallen sehen, nicht alles daran setzen, diese selbst zu stürzen, zu unserem und der anderen Völker Heil. Einer so schweren Schuld gegenüber der Menschheit müßte die schwerste Sühne folgen." Das „Englische Seekriegsrecht im Weltkrieg" behandelt (mit einem Anhang englischer Urkunden) der Greifswalder Volksrechtler Prof. Dr. Heinrich Pohl. (Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.) „Von dem Seekriegsrechtsgebäude, das vor dem Kriege auf internationalen Konferenzen und in vielen gelehrten Werken aufgeführt worden ist, blieb im Verlauf dieses Weltkampfes kaum ein Stein auf dem andern. Dieselbe Macht, die sich lange jedem ernstlichen Versuche einer Kodifikation und Fortbildung des Seekriegsrechtes mit großer Energie und Zähigkeit entgegengestemmt hatte, England hat das Wenige, was bei Kriegsbeginn als unbestrittenes Seekriegsrecht gelten konnte, Stück für Stück zerschlagen. Nahezu das ganze Seekriegsrecht, soweit es vor dem August 1914 als internationales Gemeingut gelten konnte, hat England in Trümmer gelegt. Wenn der Janustempel geschlossen ist, wird man zum Wiederaufbau schreiten. Vielleicht wird schon der Friedensvertrag neue Grundlagen des Seekriegsrechtes zu formulieren suchen. Ist doch ein oft betontes

Digitized by Google

deutsches Kriegsziel: Die Freiheit der Meere! Es darf fürder nicht mehr möglich sein, daß England unter Mißachtung der neutralen Rechte uns zu erdrosseln versuchen kann. Friedensziele müssen Machtziele sein. Das neue Seekriegsrecht, die Freiheit der Meere, wie wir sie für unsere nationale Zukunft brauchen, kann nicht ‚im moralischen Fühlen aller Völker', nicht in irgendeiner ‚internationalen Polizeigewalt', überhaupt nicht in Phrasen und Utopien verankert, sondern sie kann nur auf dem Grunde gesteigerter deutscher Seemacht gesichert werden. Reale Garantien, nicht Paragraphen brauchen wir."

Karl Jünger sagt in einer Schrift „Die französische Freimaurerei und der Weltkrieg" (Baedeker, Essen, M. 1.—): „Den Geist, der sich in der französischen Freimaurerei offenbart, den Geist Voltaires und Rousseaus, Diderots und Dantons, Jeanne d'Arcs und Napoleons — wir Deutsche haben ihn schon im 18. Jahrhundert mit Kant und Fichte, Lessing, Goethe und Friedrich dem Großen innerlich überwunden. Und auch in diesem Weltkriege — das darf man schon heute aussprechen — hat jene Kultur, die ihren Gipfel im Goethe-Schillerschen Persönlichkeitsideal, im Kantschen Imperativ ‚Du sollst' erblickt, jenem revolutionären Freiheitsdrang gegenüber, der die Menschen aufstachelt, ihre Rechte zu wahren, statt sie den Weg zu führen, ihre Aufgaben als Verpflichtung zu erkennen, entscheidend gesiegt."

In der historisch völkerrechtlichen Einleitung zu dem ersten wissenschaftlichen Urkundenbuch über „Die Neutralisation und die Neutralität Belgiens" kommt Dr. Karl Strupp, der Mitherausgeber des Jahrbuchs für Völkerrecht (F. A. Perthes, Gotha, M. 5.—) zu dem Schluß: „Geht man davon aus, daß die Neutralisation Belgiens ein im Zeitpunkt ihrer Schaffung den europäischen Krieg verhütendes und daher vor dem Richterstuhl der Geschichte wohl bestehendes, aber nichtsdestoweniger ein Verlegenheitsprodukt mit deutlicher Spitze gegen Frankreich gewesen ist, und daß beide Parteien, Frankreich wie der Vierbund, im Falle eines ausgebrochenen Krieges zwischen ihnen die nicht Belgiens wegen verliehene Garantie nicht nur durch diplomatische Intervention auszuüben beabsichtigen, so erscheint das Resultat nicht befremdend, daß Belgien auf Grund der 1839 geschaffenen Vertragslage nicht verpflichtet gewesen ist, dem Einmarschbegehren Deutschlands gegen einen einfallsbereiten Feind sich zu widersetzen." „Die sittliche Berechtigung der Verletzung der belgischen Neutralität" sucht Dr. J. H. Labberton, ein Holländer, zu erweisen. (Übersetzung bei Karl Curtius, Berlin 1916, M. 2.—.) Labberton, den der Herausgeber als niederländischen Verwaltungsbeamten, Philosophen und Dichter einführt, sucht zu zeigen, daß Deutschland von seiner Vertragspflicht England gegenüber sittlich frei war, Belgien gegenüber aber gezwungen war, eine unvermeidliche Schuld auf sich zu nehmen, um einer höheren Pflicht zu genügen. „Bei der Abwägung von Recht und Unrecht", sagt dazu der Herausgeber, „ist die Einschätzung des sittlichen Wertes eines Volkes von entscheidender Bedeutung. Dr. Labberton ist fest überzeugt, daß Deutschland der gesunde sittliche Kern von Europa ist, von dem schließlich die sittliche Regeneration unserer todkranken Welt ausgehen wird und der deshalb nicht zerstört werden darf. Dieses Urteil ist um so wertvoller, als es von einem Ausländer herrührt, dessen Ansichten anfangs von den Auffassungen unserer Feinde beeinflußt waren." „Das vlämische Volk" in Geschichte und Charakter schildert Tony Kellen (Frankfurter zeitgemäße Broschüren, Hamm [Westf.] Breer & Thiemann. M. 1.—). Für die heutige Stellung der Vlamen zu uns sagt der Verfasser: „Die große Masse der Vlamen steht noch nicht auf deutscher Seite, aber unbekümmert um Dank oder Undank wird die deutsche Regierung in Belgien auch weiterhin für die Vlamen das tun, was ihr das Völkerrecht und ihr Gewissen gebieten. Deutschland wird für seinen Teil dazu beitragen, daß die Vlamen sich als Volk frei entwickeln können, daß sie die reichen Gaben ihrer Natur ausnützen und wieder Erben ihrer alten Kultur werden können."

In einer Betrachtung über die „Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika" kommt J. Hashagen zu dem Schluß: „Wenn die Vereinigten Staaten die Pflöcke ihrer Ostasienpolitik soweit zurückstecken, dann muß in ihrer allgemeinen Weltpolitik etwas vorliegen, was sie blind macht gegenüber den von Ostasien her drohenden Gefahren. Dieses Etwas ist nicht nur der Glanz der Kriegsgewinne, sondern vor allem die unerschütterliche Freundschaft für das stammverwandte englische Brudervolk. Zugleich läßt die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten aber auch die Schwäche der großen Republik erkennen. Mit moralischen Eroberungen einerseits und mit Geldverdienen andererseits läßt sich ein Weltreich weder gründen noch zusammenhalten und noch viel weniger mit Schwäche und freundlichem Verzicht. Dieser alte Satz wird sich auch für die Vereinigten Staaten bewahrheiten." Dr. Siegfried Benignus schreibt eine historisch-wirtschaftliche Studie über „Deutsche Kraft in Südamerika" (Politik Verl., Berlin). „Brasilien allein hat 408 000 Deutschsprechende, und zwar in den verhältnismäßig kleinen Südstaaten 393 000 (Rio Grande do Soul 170 000, Santa Catharina 100 000, Paraná 35 000, São Paulo 33 000, Rio de Janeiro 30 000, Espirito Santo 20 000, Minas Geraes 5000), in den großen Nordstaaten 15 000; Argentinien 70 000, Chile 40 000, Uruguay 5000, Paraguay 4000, Kolumbien 2500, Peru 1800, Venezuela 1200, Bolivien 700, Ecuador 500. Das ergibt mit einer Gesamtsumme von 533 700 Deutschsprechenden, die Einwohnerzahl etwa der Stadt Breslau

Digitized by Google

und 1¼% der 40 Millionen Menschen in Südameria und 5% der 10 Millionen Weißen. Der Zahl nach sind die Deutschen auch gegenüber der erdrückenden Masse der eingewanderten Romanen, vornehmlich der Italiener, verschwindend klein. Wird aber nach dem inneren Werte gemessen und die kurze Zeitspanne von kaum zwei Menschenaltern des eigentlichen Deutschtums auf südamerikanischem Boden berücksichtigt, so muß die deutsche Arbeit für die Entwicklung der so außerordentlich zukunftreichen Länder fast auf allen Gebieten des modernen Lebens mit an erster Stelle genannt werden. Die deutsche wissenschaftliche Arbeit und die Richtungslinien deutscher Kunst in Südamerika, die im Rahmen dieser Abhandlung nicht berücksichtigt werden konnten, sollen in einer besonderen Studie veranschaulicht werden. Trügen nicht alle Zeichen, so vollzieht sich in Südamerika mit Hilfe seiner unerschöpflichen Reichtümer im Laufe dieses Jahrhunderts der gleiche Prozeß, der in Nordamerika im vergangenen Jahrhundert eingetreten ist: die Südamerikastaaten werden zu Konkurrenten Europas. Für Deutschland gilt es, das deutsche Element in Südamerika in jeder denkbaren Weise zu stärken."

Zum Überblick über die „Jüdische Sprach- und Kulturgemeinschaft" bringt der Verlag R. Löwit, Berlin-Wien, eine statistische Studie über Entwicklung, Verbreitung, Aufbau, Sprachbildung, Wirtschaft der Bevölkerung heraus. Von den Juden in der Bukowina entwirft ein historisches, politisches, volkswirtschaftliches, völkerkundliches Bild eine Schrift von Dr. Salomon Kaßner (R. Löwit Verlag, Wien 1917, Kr. 2.—). F. A. Perthes, Gotha, erweitert seine Sammlung „Kleine Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben" durch einen Band über Polen, den E. Zivier, ein anerkannter Fachmann, geschrieben hat (M. 6.—). Wir sehen die erste zuverlässige, kurzgefaßte Geschichte Polens aus der Landeskunde sich entwickeln und im Zusammenhang mit der europäischen Staats- und Wirtschaftspolitik bis in die neueste Zeit hinein sich verflechten. Alte Zeichnungen und Verse von Gustave Doré aus dem Jahre 1854 zur Geschichte des russischen Absolutismus in Paris um das Jahr 1854 (der Frankreichs Mobilmachung gegen Rußland wahrscheinlich machte) werden von Albert Langen erneuert. (M. 5.—). Es ist eine „gepfefferte Persiflage auf den Größenwahnsinn des russischen Absolutismus, 500 Zeichnungen, die insbesondere den Krimkrieg-Zaren Nikolaus, den ‚majestätischen Herrscher mit dem Zwergenkopf' satirisch charakterisieren". Weltgeschichte ist hier Weltsatire geworden, die heute, nach Ablauf eines halben Jahrhunderts, wieder zeitgemäß geworden ist. „Wir sehen von irgendeinem Rurik oder Wiatscheslaw bis zum Krimkrieg-Zaren Nikolaus ein fortgesetztes Rennen gegen Konstantinopel — ewigen Rückzug — ewigen Tumult im Innern des heiligen Rußlands und die immer wiederkehrende Erkrankung an der ‚Zarenkolik'." Merkwürdige oder ergötzliche Zustände Rußlands von der ältesten Zeit bis auf Peter den Großen, nach alten Quellen und Urkunden aus den Archiven von St. Petersburg, Dresden, Venedig und Florenz geschildert, sammelt Prof. Dr. Leo Brenner „Altrussische Kulturbilder" (Falken-Verlag, Darmstadt). Von der russischen Revolution, ihren inner- und außerpolitischen Voraussetzungen, ihrem Ausbruch und ersten Verlauf entwerfen das erste zuverlässige Bild Paul Rohrbach und Axel Schmidt in Heft 7 der Sammlung „Die russische Gefahr" (J. Engelhorn, Stuttgart, M. 1.50). Die Aufnahme der Schrift in die Sammlung begründet Paul Rohrbach: „Wenn die russische Revolution dazu führen soll, daß Rußland aufhört, eine Gefahr in ganz besonderem Sinne für uns zu sein, so muß sie vor allen Dingen dahin führen, daß die Regierung, die schließlich aus der Revolution hervorgehen wird, dem Gedanken, Konstantinopel zu beherrschen, ein für allemal entsagt, und zweitens dahin, daß der großrussische Nationalismus darauf verzichtet, die übrigen Nationalitäten des heutigen Rußlands als gezwungenes Material und erzwungene Kraftquelle für seinen eigenen Eroberwillen zu benutzen. Bleibt Rußland trotz der Revolution ein Einheitsstaat im alten nationalistischen Sinn, in dem die dreiundfünfzig Prozent Ukrainer, Polen, Mohammedaner, Kaukasier, Finnländer usw. den siebenundvierzig Prozent Großrussen dazu dienstbar sein müssen, daß uns im Jahre 1950 eine waffenstarrende geschlossene Masse von zweihundertsiebzig ‚Millionen' Moskowitern überwältigend gegenübersteht, so kann gar keine Rede davon sein, die russische Gefahr als durch die Revolution beseitigt anzusehen. Das wäre sie nur in dem Fall, wenn eine starke Lockerung des bisherigen Zwangsverbandes zwischen den Großrussen und Fremdvölkern entsteht und fortdauert."

Engelbert Drerup, Professor in Würzburg, hat für den Volksvereins-Verlag M.-Gladbach eine aufklärende Schrift über „die Griechen von heute" (M. 1.—) geschrieben. Eine kleine zuverlässige Landeskunde, die bei unserer Unkenntnis von den Zuständen in Griechenland willkommen sein wird.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verl. M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 14. September 1917 • Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Livland

Von Dr. Paul Rohrbach

Riga genommen und Vormarsch in Livland! Wie weit es gehen wird, wissen wir nicht, aber jeder Tagemarsch, der unsere Truppen weiter bringt, wird auf altem deutschen Boden zurückgelegt. Erst weit in Nordosten, bei Narwa, wo der Abfluß des Peipussees in den Finnischen Meerbusen mündet, lag die Grenze des einstigen Römischen Reiches deutscher Nation. Dort stehen sich noch heute das Deutschordens-Schloß Narwa und die russische Trutzfeste Iwangorod gegenüber, wie im 16. Jahrhundert, als der Moskowiter sich zum Angriff auf die livländische Kolonie des alten Reichs anschickte. Werden auch dort einmal unsere Farben wehen? Die Gegner fürchten es, und schon sieht man uns in London, Paris und Rom im vollen Vormarsch auf Petersburg. Wir wollen geduldig sein und der Dinge warten; was geschah, kam auch schon über Erhoffen!

Gerade dort haben unsere Truppen beim Angriff auf Riga die Düna überschritten, wo der Mönch Meinhard, aus dem Kloster Segeberg in Holstein, einst die erste deutsche Siedelung auf livländischem Boden gebaut hat: die Kirche und das feste Haus von Üxküll. Zwanzig Jahre vorher hatten deutsche Kaufleute die Mündung der Düna aufgesegelt. Als Bischof Albert, der Bremer Domherr, nach Meinhards Tode die Leitung der jungen livländischen Kirche übernahm, gründete er weiter abwärts an einer Stelle, die den von Deutschland kommenden Handelsschiffen bequemer lag, Riga. Bereits in jenen Tagen, ganz am Anfang des 13. Jahrhunderts, wurde der Grund zum Rigaer Dom gelegt. Üxküll und sein Kirchlein blieben aber im Bewußtsein der Livländer immer denkwürdig als der Anfang des Deutschtums in diesem Lande. Meinhards Gebeine hat man von dort fortgebracht und sie im Chor des Rigaer Doms bestattet. Wer dort vor dem kleinen steinernen Schrein steht, in dem einst die Überreste des Apostels von Livland gesammelt wurden, der sagt sich, daß dies der Mann war, der vor mehr als 700 Jahren den Keim in den Boden pflanzte, aus dem die feste Eiche des baltischen Deutschtums emporwuchs. Jetzt, nach so vielen Jahrhunderten, betreten wieder deutsche

Digitized by Google

Heerscharen den Strand an der Düna, wo die gepanzerten Kreuzpilger Alberts den Lübecker Schiffen entstiegen, um dem Bischof das Livenland gewinnen zu helfen. Wer wollte, blieb da und nahm sein Teil nach deutschem Recht zum Lehen. Ritter, Priester und Kaufleute kamen, nur der deutsche Bauer nicht, denn der ging nicht über See. So blieb die Grundlage des einheimischen Volkstums in Livland erhalten — anders, als in dem gleichzeitig für Deutschland gewonnenen Koloniallande an der Elbe, Oder und unteren Weichsel.

Livland im alten, geschichtlichen Sinne, d. h. einschließlich Kurlands und Estlands, von der Memelmündung bis zum Narwafluß, ist deutsches Land geworden, aber die „undeutsche" Bevölkerung, die Letten und Esten, sind im Schatten der deutschen Kultur und mitgenährt von den geistigen Kräften des Deutschtums, das sie vordem mit dem Schwert unterworfen hatte, zu selbständigen Volkseinheiten geworden. Auch sie machen jetzt ihr Recht am Lande geltend. Die Zeit ist nicht mehr, wo dem deutschen Namen in Livland allein die Herrschaft gehörte. Der Morgen des selbständigen Aufstiegs für das Letten- und Estenvolk brach damals an, als Hamilkar v. Fölkersahm, der deutsche livländische Edelmann, den Anfang zu seinem Lebenswerk machte, der Emanzipation des livländischen Bauernstandes. Heute, wo Riga und das eigentliche Livland von neuem mächtig in den deutschen Gesichtskreis rücken, ist es wohl der Mühe wert, dieses Mannes zu gedenken, der zuerst erkannte, daß die Zukunft der baltischen Lande auf der Zusammenarbeit von Deutschen und Nichtdeutschen beruht. Ich habe, nachdem Kurland besetzt war, eine Sammlung von Bildern und Beiträgen baltischer Herkunft erscheinen lassen: „Das Baltenbuch"[1], um zu zeigen, daß die baltischen Provinzen ein Land deutscher Kultur sind. Darin steht auch ein Stück aus den Lebenserinnerungen Julius v. Eckardts, das von Fölkersahm handelt, und es scheint gut, gerade dieses im gegenwärtigen Augenblick einem weiten Leserkreise mitzuteilen. Eckardt erzählt von einem Gespräch Fölkersahms in Riga aus dem Jahre 1853:

Er sprach von der Zukunft des Landes, von dem ungeheuren Umschwung, der sich auf allen Lebensgebieten geltend machen würde, sobald erst der Bauernstand besitzlich und in Wahrheit die Grundlage unseres gesamten öffentlichen Zustandes geworden, von der Verpflichtung, welche auf jedem Livländer ruhe, an der großen Arbeit zur Hebung der ländlichen Bevölkerung teilzunehmen, von den Schwierigkeiten, die jeder einzelne zu überwinden habe, um zu einer richtigen Auffassung des Verhältnisses zu gelangen, in welchem deutsche und lettische Bewohner dieses Landes zueinander stehen müßten. „Und Sie selbst, Herr Baron," fragte der Zuhörer, als Fölkersahm seine Rede geschlossen, „wie sind Sie zu jenem Verständnis unserer Aufgabe durchgedrungen, das Sie als durch hundert Vorurteile erschwert bezeichneten und das in Livland vor Ihnen lang genug gefehlt hat? Wie ist Ihnen die Aufmunterung zu Ihrer Tätigkeit und zu dem Entschluß geworden, diesem Lande alle Ihre Kräfte zu widmen?" „Das will ich Ihnen sagen," erwiderte er — „ich habe diese Geschichte oft erzählt und erzähle sie gern noch einmal. Sie wissen, daß mir das Gut Rujen-Großhof gehörte und daß ich dasselbe selbst verwaltete. Mein Privatvorteil — und ich hatte allen Grund, denselben wahrzunehmen — ließ

[1] Im „Gelben Verlag", Dachau bei München 1916, Preis M. 2.50.

Digitized by Google

mir damals wünschenswert erscheinen, einen möglichst großen Teil meiner Bauernhöfe zum Hofe zu ziehen und meine Wirtschaft durch Anlegung von Vorwerken zu erweitern. Ich beschloß daher, einem meiner bäuerlichen Pächter zu kündigen. Der Zufall wollte, daß der Verwalter krank war und ich die Kündigung selbst aussprechen mußte. Zu diesem Zweck ritt ich an einem schönen Frühlingsabend in das Gesinde, dessen Einziehung ich beschlossen hatte. Es war einer der ersten warmen Abende des Jahres und die Sonne überglänzte das Tal, in welchem mein Opfer wohnte, mit ihren letzten goldenen Strahlen, als ich in dasselbe einbog. Der Bauer baute eben an einem neuen Hause; er stand, von seinem Weibe und seinen Kindern umgeben, in stiller Freude auf dem Dach, um dasselbe mit der üblichen Baukrone zu schmücken und das ‚Vaterunser' zu sprechen, das unsere Bauern merkwürdigerweise ihr Lebelang nicht vergessen. Er ahnte nicht, das hundert Schritte von ihm ein Mann stand, der die Absicht hatte, ihm zu sagen: ‚Dein Schweiß kommt von Rechts wegen mir zu gut. Auf Grund meines guten Rechts weise ich dir die Tür, um dein Haus in Besitz zu nehmen. Geh!'" — Die letzten Worte hatte Fölkersahm mit sichtlicher Erregung gesprochen; seine tiefe Stimme bebte und er hielt einen Augenblick inne. „Was ich in jenem Augenblick empfand," fuhr er nach einer Pause fort, „vermag ich nicht zu schildern. Die ganze Schmach unserer öffentlichen Zustände drückte mit einem Bleigewicht auf meine Schultern; ich wandte mein Pferd um und ritt langsam nach Hause. Ich gelobte mir in diesem Augenblick, daß es anders werden müsse, daß ich selbst und meine Mitbrüder daran verhindert werden müßten, unsere Hände nach den Früchten fremden Schweißes auszustrecken, daß ich nicht ruhen wollte, ehe die Baukrone auf dem livländischen Bauernhause vor Attentaten sicher gestellt werde, die man im Namen des Rechts ausübte. Dieses Gelöbnis habe ich gehalten und gedenke ich noch ferner zu halten — und glauben Sie mir, meine Herren," fuhr er, zu der übrigen Gesellschaft gewendet, mit dröhnender Stimme fort, — „glauben Sie mir, solange diese Baukrone nicht sichersteht, ist kein Haus im Lande sicher!"

Von jenem Tage an ist es mit der materiellen Lebenshaltung und geistigen Bildung der lettisch-estnischen Bauernschaft aufwärts gegangen. Die Anfänge dieser Entwicklung ruhen ganz und gar auf der Arbeit der führenden Schicht. Was der deutsche Großgrundbesitz für den eingeborenen Bauernstand getan hat, der jetzt fast die Hälfte aller Privatländereien in den drei Provinzen zu Erbe und Eigentum besitzt, das taten die deutschen Pastoren für die Sprache und Schule des Landvolks. Erst durch die wissenschaftliche deutsche Arbeit sind aus den beiden für den geistigen Ausdruck unbeholfenen Bauernsprachen des Lettischen und Estnischen Werkzeuge für den Unterricht, für die öffentliche Rede und jede Art von besserer Bildung geworden — angefangen mit der Übersetzung der Bibel und den Liedern des Gesangbuches.

Es war trotzdem nur natürlich, wenn das erwachsende geistige Selbstbewußtsein der Letten und Esten teilweise eine Wendung gegen das Deutschtum nahm, denn über allem erinnerten sich die beiden Völker doch daran, daß sie vor den Deutschen im Lande gesessen hatten und die Deutschen die Eroberer waren. Vergiftet wurde die Bewegung erst dadurch, daß die russische Regierung hier ein Mittel erkannte, um das Deutschtum an der Wurzel zu schädigen und der wildesten Hetze die Zügel schießen ließ. Welches Schicksal auch immer jetzt nach dem Kriege das baltische Gebiet

Digitized by Google

haben wird — als sicher wird man doch annehmen können, daß es nicht wieder einfach den Moskowitern zur Zerstampfung alles westlichen Kulturlebens bei Deutschen, Letten und Esten überlassen werden wird. Kurland ist seit lange deutsches Okkupationsgebiet; Süd-Livland fängt eben erst an, in den deutschen Machtbereich zu kommen. Dort wohnen Letten, bei denen die Hetze gegen Deutschland so stark Wurzel gefaßt hatte, daß sich auf den russischen Aufruf schon vor der Revolution sogar lettische Freiwilligenbataillone gegen unsere Truppen bildeten. Seit der Revolution aber ist ein scharfer Gegensatz der besitzlichen lettischen Großbauern gegen die Landverteilungspläne der sozialrevolutionären Partei in Rußland entstanden. Die landarmen russischen Bauern auf ihren kläglichen Höfen sehen mit Neid auf den reichen Letten. Russenfreundlich ist nur die lettische Sozialdemokratie in der großen Industriestadt Riga und die halbgebildete lettische „Intelligenz" geblieben, die außer durch das Russische keinen Anschluß an eine größere Kulturgemeinschaft hat. Noch weit anders steht es mit dem estnischen Volk. Hier kommt viel darauf an, daß wir die jetzige Lage richtig erfassen und demgemäß handeln.

Zwischen Esten und Deutschen haben auch während des schärfsten Drucks der russischen Herrschaft stets weit bessere Beziehungen bestanden, als zwischen Letten und Deutschen. Während sich die Letten bei Kriegsausbruch der russischen Deutschenverfolgung hingebend anschlossen, boten die Esten den Deutschen im Lande Burgfrieden an und haben ihn von Anfang an ehrlich gehalten. Der Este verachtet den Russen und respektiert das deutsche Wesen. Er ist nüchtern, weitblickend und fleißig, ein guter Ackerbauer, aber auch als Soldat und Seefahrer tüchtig. Die Letten sind Indogermanen, direkte Verwandte der Littauer; die Esten sind Verwandte der mongolischen Völker, von denen Türken, Magyaren und Finnen auf europäischem Boden leben. Esten und Finnen stehen sich unmittelbar nahe, was auch dadurch von Bedeutung ist, daß die nur etwas über eine Million zählenden Esten (die Letten sind etwa ebenso stark) Anschluß an die hohe finnländische Kultur jenseits des Meerbusens haben. Viele Esten studieren in Helsingfors, viele auch in Schweden, für das große Zuneigung beim estnischen Volke herrscht. Gleich nach dem Ausbruch der Revolution erklärte das estnische Volk seine Autonomie und setzte durch, daß die vorläufige St. Petersburger Regierung in die Vereinigung der estnischen Nordhälfte von Livland mit dem bisherigen Gouvernement Estland willigte. Ein gemeinsamer Landtag für das gesamte Estenland ist gewählt und zusammengetreten. Kerenski war im Anfang der Revolutionszeit selber in Reval, der alten estnischen Hauptstadt, und erklärte den Esten, sie sollten eine frei und große bemessene Autonomie haben; wenn sie aber ganz selbständig sein wollten, so würde das neue freie Rußland auch nichts dagegen einwenden. So berichteten damals die estnischen Zeitungen, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sie unwahr berichteten. Im ersten Augenblick floß ja die allrussische Revolutionsstimmung in der Tat von Freiheitsgedanken über. Das hat sich

Digitized by Google

nur leider bald geändert. Heute denken weder Kerenski noch die übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung mehr an wirkliche Selbständigkeit der Fremdvölker.

Der heutige Zustand ist der, daß es in Reval Vertreter der estnischen Autonomie und daneben russische Truppen und einen russischen Befehlshaber gibt. Der Kommissar der jetzigen russischen Regierung in Estland, Poska, zugleich der bedeutendste estnische Führer, hat gleich beim Zusammentritt des vom ganzen estnischen Volke gewählten Landtages sein Amt niedergelegt und erklärt, von dem Augenblick an, wo der Landtag bestehe, fühle er sich nicht mehr berechtigt, die Verwaltung kraft russischer Einsetzung zu führen; die oberste Gewalt stehe nunmehr beim Landtag. Es ist anzunehmen, daß Poska durch den Landtag als Haupt der estnischen Regierung wiedergewählt worden ist. Estland will autonomes Gebiet unter eigener Verwaltung werden. In der russischen Armee und in der Flotte dienen noch zahlreiche Esten, aber die nationalen Elemente in Estland haben auch ihrerseits trotz des russischen Widerspruchs mit der Bildung eigener estnischer Truppenteile im Lande begonnen. Die Lage ist also ähnlich wie in der Ukraine. Zwischen den Esten und Ukrainern und ebenso zwischen den Esten und Finnländern bestehen dauernd enge Beziehungen. Weder Esten noch Ukrainer haben die neuliche Tagung in Moskau, auf der Kerenski und Kornilow auftraten, beschickt, dagegen senden sie sich gegenseitig Vertreter zu ihren eigenen Kongressen. Die Deutschen im Lande können an diesen Dingen natürlich nicht teilnehmen; die russische Revolution hält sie ebenso niedergedrückt, wie es der Zarismus tat.

Sollte es im weiteren Verlauf der Kriegsereignisse dazu kommen, daß deutsche Truppen Nordlivland und Estland betreten, so erhebt sich neben den militärischen Fragen, die hier nicht erörtert werden können, auch eine sehr wichtige politische: soll dieses Gebiet als russisches, d. h. feindliches betrachtet werden, mit allen Folgen, die der Kriegszustand für ein solches mit sich bringt, oder eher als ein neutrales, das wir bei der Kriegshandlung notgedrungen besetzen müssen? Der praktische wie der prinzipielle Unterschied sind groß; auch die Haltung der estnischen Truppen wie des estnischen Teils der Bevölkerung kann sehr verschieden sein, je nachdem welchen Standpunkt die einmarschierende deutsche Macht einnimmt. Der Standpunkt der Deutschen im Lande kann nur der der Rettung vor dem feindseligen Russentum sein.

Von dem estnischen Volk ist als sicher anzunehmen, daß es der einfachen Wiedervereinigung als fremdstämmiges Untertanengebiet mit Rußland die entschiedenste Opposition entgegensetzen wird. Auf deutscher Seite kann, ganz abgesehen von dem, was jetzt unmittelbar während des Krieges geschieht, die grundsätzliche Haltung gegenüber den Esten, und sobald sie es wollen, auch gegenüber den Letten, nicht anders sein, als sie bei vernünftiger Politik auch gegenüber der Ukraine und Finnland sein müßte. Unser Interesse gebietet, daß wir alle diese Völker, vorausgesetzt, daß sie das Bestreben nach Selbständigkeit gegenüber dem moskowitischen Rußland zeigen, auch als selb-

Digitized by Google

ständige Größen anerkennen. Es versteht sich von selbst, daß sie dadurch auch zu Deutschland in bestimmte, von ihrer eigenen nationalen Willensäußerung abhängige Beziehungen treten. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die zukünftige Stellung des Deutschtums im baltischen Gebiet im Sinne seiner Entwicklungsfreiheit, seines materiellen und geistigen Besitzstandes gewahrt bleiben muß. Das baltische Deutschtum seinerseits hat in allen seinen politisch aufgeklärten Vertretern gelernt, daß es zusammen mit den nichtdeutschen Landeseingesessenen und in ähnlicher Art wie diese an dem Gedeihen des Landes interessiert ist und keinen Herrenstand darin mehr bildet, wie in der Kolonialzeit und ihren Ausläufern. Die Zukunft des baltischen Landes muß in gemeinschaftlicher Arbeit der Nationalitäten, die es bewohnen, aufgebaut werden, und der Pfad in diese Zukunft muß den Spuren jenes großen Livländers folgen, Fölkersahms, von dessen Wirken und dessen Denkweise wir vorhin eine Probe empfingen.

Vom inneren Unfrieden des deutschen Volkes

Von Friedrich Thimme

Im Juni vorigen Jahres ist ein Buch erschienen, in dem der Versuch unternommen wurde, dem inneren Frieden des deutschen Volkes durch eine gegenseitige offene Aussprache aller Parteien, Gruppen und Richtungen den Weg zu bereiten. Diesem von mir herausgegebenen Buche „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“ ist literarisch ein außergewöhnlicher Erfolg beschieden gewesen; schon nach wenigen Monaten mußte eine zweite Auflage ausgegeben werden, und eine dritte ist in Sicht. Freilich mußte auch in dem Vorwort zur zweiten Auflage auf die betrübende Tatsache hingewiesen werden, daß inzwischen die vielfachen Erörterungen über die Kriegs- und Friedensziele, über die von oben verheißene innerpolitische Erneuerung, über die Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln usw. immer gereizter und bitterer geworden seien. Um so eindringlicher wurde an die besten und pflichttreuesten Elemente aller Richtungen und Parteien appelliert, ihre Anstrengungen und Bemühungen zur Herstellung und Sicherung des inneren Friedens zu verdoppeln. Mit den stärksten Worten wurde das Pflicht- und Dankbarkeitsgefühl des ganzen deutschen Volkes gegenüber unseren Feldgrauen angerufen. Ich darf die Worte, mit denen ich die Vorrede der zweiten Auflage schloß, hierhersetzen; sie gelten auch heute noch, gelten heute doppelt und dreifach:

„Man redet bei uns soviel von der unauslöschlichen Dankbarkeit, die wir unsern Helden draußen schulden. Ist ein solches Wort nicht eine hohle Redensart, ja eine Lästerung in dem Munde eines jeden, mag er weit Rechts oder weit Links stehen, der nicht sein Letztes dazu beiträgt, daß es wie ein breiter Strom von geistiger und seelischer Kraft, von Einheit, Geschlossenheit und Zuversicht aus der Heimat zu unsern Feldgrauen vor dem Feinde dringe? Der nicht jedes Wort, das er schreibt und spricht, vor seinem Gewissen danach wägt, ob es

Digitized by Google

auch dazu beizutragen vermöge, daß denen da draußen das Herz und die Seele stark und fest erhalten bleibt? Nichts wird so bitter an der Front empfunden, das geht aus zahlreichen Feldbriefen der letzten Monate nur zu klar hervor, als wenn aus der Heimat statt selbstverständlichen Vertrauens und einträchtigen Gesamtwillens Hader und Streit, Bitterkeit und Zweifel hinausdringen. Nicht daran nimmt man im Felde Anstoß, daß bei uns verschiedene Richtungen und Strömungen um die Oberhand ringen; man weiß dort so gut wie hier, daß Gegensätze unvermeidlich, daß der Kampf der Geister notwendig ist. Aber der Ton und die Methoden, mit denen dieser Kampf so vielfach wieder geführt und leider auch hinausgetragen wird, können nur verstimmend wirken; sie müßten, wenn sie fortgesetzt würden, schließlich an der Nervenkraft des Heeres zehren, die in grausigen Kämpfen und unerhörten Strapazen auf das Äußerste gespannt ist. Darum, wer in Wahrheit etwas von der tiefen und demütigen Dankbarkeit empfindet, die unsere heiligste Pflicht ist, der möge es dem biblischen Patriarchen gleich tun, der so lange als sein Volk in der Schlacht stritt, die Arme emporhielt, weil nur so der Sieg zu sichern war. Es ist auch heute nicht anders. Die Arme und die Herzen aller hoch, in Einmütigkeit und in festem Vertrauen aller zu allen, in gläubiger und dankbarer Hingabe und Zuversicht, das ist die höchste Forderung der zur Entscheidung drängenden Stunde, das ist das Zeichen, in dem wir siegen werden."

Die Bemühungen um Herstellung des inneren Friedens sind denn auch von den verschiedensten Seiten mit aller Wärme aufgenommen worden. Es haben sich sogar neuerdings in Berlin und Köln a. Rh. eigene Ausschüsse für den inneren Frieden gebildet, die zielbewußt in dieser Richtung fortarbeiten wollen; auch an anderen Orten sind solche Ausschüsse im Entstehen begriffen. Aber es läßt sich leider nicht verschweigen, daß ein durchschlagender praktischer Erfolg allen sochen Bestrebungen nicht beschieden gewesen ist. Nicht der innere Friede, sondern der innere Unfriede hat seit Ausgang vorigen Jahres ständig zugenommen, die leidigen Erörterungen über Kriegs- und Friedensziele, über die innere Neugestaltung Deutschlands sind immer gereizter, leidenschaftlicher und erbitterter geworden. Nicht nur um Sachen, sondern auch um Personen — man denke nur an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg — wurde ein immer gehässigere Formen annehmender Kampf geführt. Auch der neue Reichskanzler ist alsbald zu einem Zankapfel zwischen den sich befehdenden Parteien und Richtungen geworden. Den Gipfelpunkt hat der wilde Streit der Parteien seit der Friedensresolution des Reichstags erreicht. Wir vertreten unsererseits die Friedensresolution keineswegs, die unserer Meinung nach nur dann ihren Zweck hätte erreichen können, wenn die Regierung sich mit voller, jeden Zweifel ausschließender Entschiedenheit auf ihren Boden gestellt und diesen Standpunkt unverrückt festgehalten hätte. Aber völlig selbstverständlich müßte es jedem Deutschen sein, daß die Anhänger der Friedensresolution ihre Stellung im besten Glauben, damit dem Vaterlande zu dienen, eingenommen haben. Statt dessen hat die konservative und alldeutsche Presse die Mehrheit des Reichstags mit den bittersten Vorwürfen, die sich bis zu der Anklage des Irrsinns, ja des Vaterlandsverrats steigerten, überhäuft. Gleiche Vorwürfe werden tagaus, tagein gegen alle diejenigen geschleudert, die der päpstlichen Friedensnote und der Wilsonschen Antwort (die bei aller Unver-

Digitized by Google

schämtheit des Tones doch keineswegs ganz im Sinne der Entente gehalten ist) eine gute Seite abzugewinnen suchen. In der „Deutschen Tageszeitung" vom 1. September wird z. B. die Stellungnahme der deutschen Demokratie zu Wilsons Note dahin ausgelegt, daß sie sich auf die Seite des Herrn Wilson selbst stelle. „Die Entente, deren Wortführer Herr Wilson in diesem Falle ist, und die Gruppen der deutschen Mehrheitsparteien marschieren Arm in Arm, um die deutsche Regierung zu zwingen, den Willen der Gegner zu erfüllen." Natürlich werden solche Vorwürfe von der anderen Seite zurückgegeben. Hüben und drüben wird mit den aufreizendsten Beschuldigungen operiert: der Gegner wirke kriegsverlängernd, besorge die Geschäfte der Feinde usw. Höher geht es bald nimmer. Mit Ekel und Widerwillen wendet sich der anständige Teil des deutschen Volkes von einer Kampfesart ab, die vielfach auch die bescheidensten Anforderungen des politischen und sittlichen Anstandes außer Acht läßt. Unsere Parteien mögen sorgen, daß das deutsche Volk den Widerwillen, den es gegen eine von ihnen geduldete niedrige Kampfesweise empfindet, nicht auf sie selbst übertrage!

Von dem neuen Reichskanzler, dem der Ruf größter Tatkraft und freudiger Entschlossenheit voraufging, hatte das deutsche Volk gehofft, daß er dem häßlichen und unwürdigen Streit im Innern, der unsere Nerven, unsere Fähigkeit zum Durchhalten, unsere Siegeschancen mehr schädigt als irgend etwas anderes, ein Ende bereiten werde. „Einigkeit im Inneren — eine kraftvolle Betätigung dieser Einigkeit nach außen", das sollte ja im Grundriß das Programm des Kanzlers Michaelis sein. Fast zwei Monate ist der neue Kanzler bereits im Amte, und er ist seinem Ziele auch nicht um Haaresbreite näher gekommen, im Gegenteil, der Wirrwarr ist größer als je. Ich kann alles das, was Paul Rohrbach im vorigen Hefte über die Notwendigkeit einer „politischen Offensive" gesagt hat, nur unterschreiben, indem ich es auf unsere inneren Verhältnisse ausdehne. Warum unternimmt der Kanzler nicht eine politische Offensive großen Stiles gegen die Wortführer des inneren Parteihaders? Warum statuiert er nicht an denen, die ihre Gegner geflissentlich der niedrigsten Motive zeihen, ein moralisches Exempel? Warum schüttelt er nicht diejenigen, die seine Worte so lange drehen und deuten, bis niemand mehr auf ihn irgend Vertrauen zu setzen vermag, mit zorniger Entschlossenheit ab? Sieht er denn nicht, wie der Hader und der Streit der Parteien, der innere Unfriede gerade darin seine Nahrung findet, daß in der Unklarheit über seine, des Kanzlers, Stellung zu den Kriegs- und Friedenszielen sein Charakterbild zu schwanken beginnt? Muß er nicht selbst fühlen, daß nur Klarheit und Wahrheit, die keine Entstellung duldet, ein großes und sicheres Vertrauen in seine Persönlichkeit und sein Wort, ohne das sich kein Kanzler auf die Dauer zu halten vermag, geben kann? Daß nur eine Persönlichkeit, die ganz rein und eindeutig als ein großer und geschlossener Charakter dasteht, das Volk noch aus seiner schon so weit gediehenen Uneinigkeit emporreißen und es zu kraftvoller Betätigung verjüngter Einigkeit nach außen zusammenzuschließen vermag?

Digitized by Google

Unsererseits vertrauen wir, daß der Reichskanzler Michaelis auch den Rest der Unklarheit, den seine letzten Äußerungen über die Friedensresolution noch zurückgelassen haben, alsbald abschütteln wird. Wenn er in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli in die Worte über die Resolution die vielberufene Wendung einflocht „wie ich sie auffasse", wenn er auch sonst die Neigung zeigte, seine Äußerungen zu sehr zu verklausulieren, so haben wir darin wohl nur den Ausfluß einer großen Gewissenhaftigkeit zu sehen, die die Worte nicht vorsichtig genug zu wählen weiß, um nachher nicht einer Abweichung im Handeln bezichtigt zu werden. Seither ist ja der „Sonderausschuß beim Reichskanzler", bestehend aus sieben von den fünf größten Fraktionen des Reichstags delegierten Abgeordneten und ebensoviel Mitgliedern des Bundesrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers selbst gebildet worden. Wie der Kanzler am 24. August im Hauptausschuß mitgeteilt hat, ist die neue Einrichtung vorerst nur als ein Versuch gedacht, aus dessen Praxis man erst lernen wollte, ob die Kommission beizubehalten, wie sie auszugestalten und wie ihre Zuständigkeit zu umgrenzen sei. Nach seiner Auffassung soll die Kommission eins der Mittel sein, um auf dem Wege, nicht überstürzten und radikalen Vorgehens, sondern der Entwicklung in das hineinzukommen, was wir für eine Veränderung und Besserung unseres innerpolitischen Lebens, damit auch für eine Befestigung des inneren Friedens nötig haben. „Bei richtiger Handhabung" erhofft der Kanzler von der Kommission eine wertvolle Befruchtung unserer politischen und vaterländischen Arbeit. Das heißt natürlich, daß der Kanzler, dessen eigenste Sache ja die richtige Handhabung ist, alles aufbieten wird, um den Sonderausschuß zu einer bleibenden Einrichtung im Sinne ständiger enger Fühlung und gedeihlicher gemeinsamer Arbeit zwischen Regierung und Parlament auszugestalten.

In der Öffentlichkeit hat die Niedersetzung des Sonderausschusses nicht überall gute Aufnahme gefunden. Nur aus dem Zentrum und der nationalliberalen Partei heraus, in denen man stets Bedenken gegen die volle Parlamentarisierung gehabt hat, sind zustimmende Äußerungen erfolgt. Die Linksparteien, die deutlich fühlen, daß die Kommission eher von der Parlamentarisierung ab als zu ihr hinführen müsse, haben die Neueinrichtung mit Spott und Hohn aufgenommen; als eine „Versuchsstation" wurde sie in einem großen Blatte bezeichnet. Ging der Linken die Berufung des Ausschusses nicht weit genug, so umgekehrt der Rechten schon viel zu weit. Der konservative Vertreter im Hauptausschuß, Graf Westarp, der sich von seiner Partei dann doch in den neuen Ausschuß delegieren ließ, griff den Reichskanzler am 22. heftig an: es sei durchaus zu tadeln, daß dieser in gemeinsamer Arbeit mit einem Ausschuß aus dem Reichstage an der Antwort auf die Papstnote und an sonstigen diplomatischen Maßnahmen arbeiten wolle; eine solche Tätigkeit des Reichstags überschreite dessen Befugnisse. Es sind dieselben Bedenken, die man auf konservativer Seite auch gegen die Befugnisse des Reichstagsausschusses für das Hilfs-

Digitized by Google

dienstgesetz hatte, wo ja ebenfalls ein Zusammenwirken zwischen Reichstag und Bundesrat vorgesehen war.

Von einem anderen Gesichtspunkt aus hat ein so einsichtiger, außerhalb des Parteigetriebes stehender Politiker wie Hans Delbrück Bedenken gegen den Siebenerausschuß erhoben: „Das Parlament darf nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat werden. Ein leitender Minister, der wahrhaft das Vertrauen des Parlaments besitzt, bedarf solcher Mitarbeit in der parlamentarischen Aktion nicht, sondern muß sie sogar ablehnen. Kein englischer Minister würde sie sich gefallen lassen." Den tieferen Grund für die Bildung des Ausschusses sieht Delbrück folglich darin, daß Michaelis sich eben des Vertrauens des Parlaments nicht gewiß gefühlt habe.

Mir scheint, daß Delbrück doch die Beweggründe des Reichskanzlers, der offenbar auf dem Wege des Ausschusses die stetige Berührung und das Vertrauen des Parlaments sucht, und überhaupt die Situation verkennt. Daß der Sonderausschuß sich zu einem Arbeiter- und Soldatenrat nach russischem oder zu einem Wohlfahrtsausschuß nach französischem Muster entwickeln könnte, ist doch wenig wahrscheinlich. Sollten überhaupt Abstimmungen in dem Ausschuß vorgenommen werden, so würden die sieben parlamentarischen Mitglieder auch in dem Falle ihres geschlossenen Zusammenhaltens doch nie die sieben Vertreter des Bundesrats, zu denen als achter noch der Reichskanzler tritt, majorisieren können. Im wesentlichen werden die Beratungen des Ausschusses für die Regierung nur informatorische Bedeutung haben. Nichtsdestoweniger erscheint es uns von großer Wichtigkeit, daß die Regierung, die bisher die wichtigsten Entscheidungen in den Kriegszielfragen über den Kopf der Volksvertretung hinweg traf — man denke nur an die vorzeitige Lösung der Polenfrage, die uns jetzt solche Schmerzen bereitet — jetzt erst eine Aussprache mit einem geschlossenen Kreise maßgebender Parlamentarier sucht. Das muß die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament ganz von selbst vertrauensvoller und enger gestalten. Das muß, was nicht weniger wichtig ist, dazu beitragen, daß bei künftigen Entscheidungen von großer Tragweite nicht die Regierungsweisheit allein, sondern zugleich die Stimme des Volkes in die Wagschale fällt. So können wir nur hoffen, daß die neue Einrichtung sich bewähren werde. In der „Deutschen Politik" ist ja oft genug auf die Notwendigkeit eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament als eine Vorbedingung für die Gesundung unserer gesamten innerpolitischen Verhältnisse hingewiesen worden. Ich darf auf meine vorahnenden Worte vom 20. April (Nr. 16) hinweisen: „Daß im übrigen die Krone nach den gewaltigen Erfahrungen des Weltkrieges mehr wie je das höchste Gewicht darauf legen wird, ihre Entschließungen im Einklang mit dem Volksempfinden zu halten, daß sie bei der Auswahl ihrer verantwortlichen Ratgeber ihr Augenmerk vor allem auch auf die Volksvertreter richten, und daß sie bei den wichtigsten Entschließungen nicht zuletzt in der auswärtigen Politik sich nach Möglichkeit den Rat der Volks-

Digitized by Google

vertreter und sonstiger Vertrauensmänner des Volkes sichern wird, das scheint uns heute auch ohne besondere gesetzliche Festlegung gesichert zu sein. Die Parole kann heute und für alle Zeit nur lauten: stärkstes und engstes Vertrauen, gemeinsame Arbeit, weitgehende Synthese zwischen Krone, Parlament und Volk."

Damals war es Herr von Bethmann Hollweg, auf den sich unsere Hoffnungen richteten. Heute ist es Herr Dr. Michaelis, der ein Gleiches, ja noch ein Mehreres und Größeres uns leisten soll. Aber freilich hat er mit der Einsetzung des Sonderausschusses und mit der Berufung von Parlamentariern in die Regierung, die nach seinen eigenen Worten ebenfalls dem großen Zwecke eines engern Zusammenarbeitens zwischen der Reichsleitung und den großen Parteien dienen soll, nur erst den Grund für die so dringend geforderte Zusammenarbeit zwischen Krone, Parlament und Volk gelegt. Seine Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz dem verheißungsvollen Anfang ein guter Fortgang folge. Bei „richtiger Handhabung" und Leitung der Arbeiten des Sonderausschusses, die natürlich nicht auf einen einzelnen Gegenstand beschränkt bleiben können und dürfen, sondern sich zweckmäßig auf die ständige Erörterung der unser Volk auf das tiefste bewegenden Frage, wie wir zum Frieden gelangen, weiterhin auch auf die Klärung des großen Problems ausdehnen sollten, wie die in der Osterbotschaft verheißene freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes am Staatsganzen in Wirklichkeit umzusetzen ist, kann und muß dieser Ausschuß ein wirkliches Bindeglied zwischen Regierung und Parlament werden. Die ernsteste Überlegung verdient es auch, ob nicht durch weitere Berufung von Parlamentariern zu Staatssekretären ohne Portefeuille bezw. durch Aufhebung des Verfassungsparagraphen, der es heute unmöglich macht, daß Reichstagsabgeordnete zugleich Bundesratsmitglieder sind, auch eine organische Verbindung zwischen Parlament und Regierung herbeizuführen ist. Unter allen Umständen muß es einer der höchsten Gesichtspunkte des Kanzlers sein und bleiben, das Vertrauen zwischen Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu festigen. Wir reden hier gewiß nicht einer schwächlichen Nachgiebigkeit gegenüber einem Machtstreben des Reichstags das Wort. Den Parlamentarismus im westmächtlichen Sinne lehnt ja sogar ein Teil unserer Sozialdemokratie ab, weil er ein Ausbeutungssystem von Berufspolitikern und Advokaten wird. Aber der Hetze, die gegen den Reichstag und seine Friedensresolution entfaltet wird, müßte der Kanzler, der doch die Friedensresolution als maßgebend mindestens für die Beantwortung der Friedensnote des Papstes anerkannt hat, unbedingt entgegentreten. Völlig unmöglich erscheint es, daß der Kanzler auch nur entfernt an eine Auflösung des Reichstags denken oder gar darauf hinarbeiten sollte; nichts könnte ja in schreienderem Widerspruch zu seinem Leitsatz vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament stehen. Ein gefährlicheres Experiment ließe sich überhaupt nicht denken; es müßte den inneren Unfrieden nahezu zum inneren Kriege steigern! Und welches

Digitized by Google

Schauspiel würde ein Wahlkampf, der sicherlich alle früheren Wahlkämpfe an wilder Leidenschaft weit hinter sich lassen würde, der staunenden Welt bieten! Eine größere Freude könnten wir unseren Feinden wirklich nicht bieten. Von Stund an würde ihr Entschluß fest stehen, erst einmal den Ausgang des Wahlkampfes und seine zerstörende Rückwirkung auf unsere Nervenkraft abzuwarten, ehe sie irgendeiner Friedensneigung Raum gäben.

Wir meinen, in dieser gespannten Situation könne sich der Kanzler gar nicht oft genug an das deutsche Volk wenden und es mit den eindringlichsten, machtvollsten, beschwörendsten Worten vor dem inneren Unfrieden, der unser stärkster Fehler, unsere größte Schwäche ist, warnen. Er sollte sich in dieser Beziehung nicht scheuen, unsern großen Widersacher Lloyd George zum Vorbild zu nehmen, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um das englische Volk zur vollsten Einigkeit zu mahnen. Wollte Gott, wir könnten wie Lloyd George in seiner jüngsten Liverpooler Rede sagen: „Unter uns herrscht Frieden! Wir haben alle Rassen-, Glaubens-, politischen und persönlichen Gegensätze fallen gelassen bei der Verfolgung des Zieles, wofür die Völker so grimmige Opfer bringen. Es gibt törichte und mißtrauische Leute, und einige von ihnen glauben, daß sie an nationalen Zielen nicht mitarbeiten sollten mit Leuten, die mit ihnen in anderen Fragen nicht übereinstimmen, weil sie dadurch gegen ihre Grundsätze verstoßen. Leute, die so denken und reden, entbehren jedes Nationalgefühls.“ Ach, es scheint, bei uns gibt es nicht nur einige solche Leute, sondern viele gar zu viele. Möge der Kanzler sie vor dem ganzen Volk an den Pranger stellen! Möge er dem deutschen Volk mit aller Kraft seiner energischen und entschlossenen Natur die einfache Wahrheit einhämmern, ja einhämmern, daß innerer Unfriede niemals zu äußerem Siege führen kann. Von oben her ist bis jetzt viel zu wenig in dieser Beziehung geschehen; es kann aber gar nicht genug geschehen! Der Reichskanzler hat einmal gesagt, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde. Wir wünschen mehr von ihm: daß er in Tat und Wahrheit ein Führer des deutschen Volkes sein möge. Ja, Kanzler, führe uns vor allem den Weg des inneren Friedens, es wird zur Einheit und Einigkeit auch der des Sieges sein!

Demokratische Pflicht

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Demokratie, die einen verfluchen sie, die anderen beten sie an, beide mit dem guten Gewissen, dadurch die Wohlfahrt nicht nur ihrer selbst, sondern der Gesamtheit zu sichern. Da müssen Mißverständnisse unterlaufen, nach deren Behebung sich die heute schroff gegenüberstehenden Meinungen erheblich nähern können. Man muß die Besorgnis hegen, daß sowohl Freunde wie Feinde der Demokratie von dem, worauf es bei ihr eigentlich ankommt, noch keinen richtigen Begriff haben. Die Men-

Digitized by Google

schen haben die Gedanken ihrer Interessen. Das ist richtig verstanden ein wahres Wort, aber es besagt nicht, daß Unversöhnlichkeit der Interessen auch zur Unversöhnlichkeit der Auffassungen führen müsse. Es gibt auch für entgegenstehende Interessen einen Ausgleich, und höhere wie tiefere Einsicht kann die unmittelbar aus oberflächlicher Erfahrung fließenden, insbesondere vom täuschenden Gefühl eingegebenen Meinungen berichtigen. Darum ist es gefährlich, den Satz vom Sein, das das Bewußtsein bestimmt, so oberflächlich aufzufassen, als ob wir Menschen in unserm Denken die reinen Sklaven unserer Verhältnisse wären. Wir dürfen vielmehr das Vertrauen hegen, daß unser Denken, wenn es nur angestrengt sein Ziel verfolgt, uns zum Herrn über unser Sein machen kann.

Demokratie ist wie seine Verdeutschung „Volksherrschaft" ein offenbar schlecht gewähltes Wort. Wen soll das Volk beherrschen? Sich selbst? So weit das einen Sinn haben könnte, seine Leidenschaften im Zügel zu haben, ist es nicht gemeint. Gemeint ist das Gegenteil von Herrschaft überhaupt, gemeint das Gegenteil derjenigen Herrschaft, die der Demokratie vorangeht, gemeint ist, daß das Volk nicht in Gehorsam gegen Befehle ihm übergeordneter Mächtiger lebt, sondern daß es in Freiheit lebt nach seinem eigenen Willen. Demokratie soll also die Herrschaft überhaupt aufheben und das Volk seinem eigenen Willen unterwerfen, d. h. in Wahrheit von jeder Unterdrückung frei machen. Dabei ist dieser eigene Wille des Volkes so gedacht, daß er möglichst den Willen aller Einzelnen im Volke miterfaßt und daß auch der letzte im Volke seinen Willen mit dem Gesamtwillen in Einklang bringe und den Gesamtwillen durch seinen eigenen Willen mit beeinflusse, ihn mitbilden helfe.

Hier tritt nun freilich eine große Schwierigkeit auf. Die Aktivität des Einzelnen wird dadurch sehr lahmgelegt, daß, um in einem Volke den Gesamtwillen zu konstruieren, das *Wählen* platzgreifen muß, durch das der Wille Vieler auf einen, den Gewählten, übertragen wird, um dann durch Beratung und Beschlußfassung unter einer zu Verhandlung fähigen Zahl von *Volksvertretern* den Willen des Volkes festzustellen.

Viele meinen, die Demokratie sei garantiert durch ein möglichst *radikales Wahlrecht*. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Daß kein Mißverständnis entstehe, der Ton liegt für gewöhnlich auf dem Eigenschaftswort „radikal". Wenn wir aber meinen, eben das *Wahlrecht* verwirkliche durch sich selber das Wesen der Demokratie, so ist das ein psychologischer Irrtum, der dadurch entsteht, daß das Volk mit Recht einen Fortschritt zur Freiheit darin erblickt, daß an Stelle von ihm *angeborenen* Herren von ihm selber *gewählte* treten, während es doch aber auch nicht vergessen darf, daß *auch gewählte* Herren Tyrannen, gefährliche Herren sein können. Man sehe nach Frankreich, England und Amerika! Erst da beginnt ein echt demokratisches Gefühl, wo das Wählen nicht nur als ein heiliges, hochzuschätzendes Recht empfunden wird, sondern auch als eine *leider* nicht zu vermeidende Notwendigkeit. Der fängt erst an,

Digitized by Google

Demokrat im besten Sinne zu sein, der nicht nur stolz darauf ist, wählen zu dürfen, sondern dem es leid tut, wählen zu müssen, der es bedauert, daß er nicht alles das selber machen kann, was er, wenn er wählt, vom Gewählten tun lassen muß. Demokratie ist Selbstregierung und Selbstverwaltung, sie unterstellt die Aktivierung der Kräfte aller Einzelnen für das Gemeinwohl. Da wäre das demokratische Empfinden am stärksten, wo das Bedauern, leider wählen zu müssen, am lebhaftesten empfunden würde. Bekanntlich entwickelt sich aber gerade durch das Wählen eine Verantwortungsflucht, die dem Begriff der Selbstregierung und Selbstverwaltung direkt widerspricht. Diese letztere fordert, daß jeder Staatsbürger für das Ganze mittätig ist, so sehr sich das nur irgend ermöglichen läßt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das wählen müssen ein bedauerliches Übel, weil es die Übertragung einer Willensmacht bedeutet, die man besser selber ausübte. Dieser Sachlage sind sich aber die wenigsten bewußt. Die meisten Menschen empfinden ihr Wahlrecht nur als ein Recht, dessen Ausübung ihr besonderer Stolz ist. Und die Wahl selber erzeugt leider die Neigung, zu meinen, nun brauche man selber nichts mehr zu tun, nun habe man einen Packesel, dem man alles aufbürden dürfe, dem man das alles abverlangen könne, was man eigentlich in erster Linie selber zu tun hätte. Man kann das in jedem Verein beobachten. Die Mitglieder wählen einen Vorstand. Statt in ihm nur ein Hilfsorgan zu erblicken, der berufen sei, ihre eigne Aktion zu möglichst hoher Wirksamkeit zu bringen, aber nicht im mindesten berufen sei, ihnen Arbeit abzunehmen, glauben die Vereinsmitglieder zumeist, nun hätten sie welche, die das Nötige zu besorgen berufen wären, sie selber aber seien nach erfolgter Wahl der Pflichten, die der Zweck des Vereins an sich setzt, los und ledig. In Wahrheit entspringt dies Verhalten ja auch zumeist der Tatsache, daß der Vereinszweck zunächst nur in den Köpfen und Herzen der Wenigen lebt, die hernach Vorstandsmitglieder werden, während die Mitglieder erst allmählich für die Zwecke des Vereins geworben werden.

So liegt's auch im Staate. Das Bewußtsein vom Staatszweck lebt nur erst in wenigen Köpfen, und die Wähler sind noch mehr Mittel in der Hand der Gewählten oder richtiger der zu Wählenden, als umgekehrt die Gewählten von den Wählern als ihre Organe empfunden werden. Und diese Tatsache ist's, die die Feinde der Demokratie schreckt. Sie fürchten, daß sich statt der Demokratie eine Demagogie entwickle, eine Tyrannis der Gewählten, und meinen, mit ihr sei für das Gemeinwohl keine Besserung gegenüber der Herrschaft der durch die tatsächlichen Verhältnisse Mächtigen geschaffen. Hier gibt es aber zweierlei zu erkennen: Die Demagogie ist eine Macht, mit deren Unausrottbarkeit so lange zu rechnen ist, als eine wahre Demokratie noch nicht besteht. Das einzige Mittel gegen Demagogie ist Demokratie, ist die Erzeugung jenes Geistes, der von allen Gliedern im Volke auch vom letzten im Volke bewußte Mitarbeit am Gemeinwohl fordert. Es muß daher die Demokratie in dem Sinne gepredigt werden, daß sie eine Erweiterung der Rechte, noch mehr aber eine

Digitized by Google

Erweiterung der Pflichten fordert. Die Demokratie hat zu verlangen, daß an die Stelle eines engen Egoismus, der nur an sich selber denkt, umfassender Gemeinsinn trete, der vom Ganzen zwar auch zu fordern habe, noch mehr aber für das Ganze sich verantwortlich fühle. Die von der Demokratie zu fordernde Selbsttätigkeit des Einzelnen muß im Mittelpunkt des ganzen Denkens und Fühlens stehen mit der alleinigen Einschränkung, daß es sich gleichzeitig in die Bedürfnisse des Ganzen einordnen muß.

Von dieser Stimmung und Gesinnung sind wir noch weit entfernt. Unser Volk ist noch stark behördensüchtig. Auch die meisten von denen, die sich schon Sozialdemokraten nennen, sie sind Sozialisten und Demokraten, weil sie das sozialdemokratische Programm anerkennen, aber von sozialistischer Gesinnung und wahrhaft demokratischem Empfinden ist bei ihnen noch wenig die Rede. Bei den Nicht-Sozialdemokraten steht es diesbezüglich noch schlimmer, aber das ist keine Entschuldigung für jene, die ihrem Programm nach von jener gemeinnützigen Stimmung und demokratischen Empfindung erfüllt sein müßten, weil nur dann wirkliche Demokratie möglich ist.

Man beachte, mit welchem Nimbus bisher Volksvertreter umgeben wurden. Die Behördensucht, das Autoritätsbedürfnis des Volkes drückt sich darin ganz deutlich aus. Man muß jemanden nur zum Abgeordneten wählen, und sofort erscheint er in den Augen vieler als ein viel klügerer und urteilsvollerer Mensch als vorher. Insbesondere sieht man ihn auch als einen Machtfaktor an, der gegen die Regierung und die Bureaukratie in Aktion gesetzt werden kann. Die letzteren empfindet man als feindliche Mächte, gegen die unter der Führung der Abgeordneten ein Kampf geführt werden müsse. In Frankreich, dem Lande formell durchgeführter Parlamentsdemokratie, fand ich vor dem Kriege in syndikalistischen Arbeiterkreisen umgekehrt eine Verachtung der Abgeordneten als „Volksverräter", die ihr Amt nur ausnützten, um sich selber und einer sie umgebenden Clique allerlei Vorteile auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen. Und in der Tat, wenn es in Frankreich möglich ist, wie mir versichert wurde, daß bei der Wahl ein Kandidat sich in einem Flugblatt öffentlich darauf berufen darf, daß er in einer Legislaturperiode so und soviel Hunderte oder Tausende Briefe im Interesse einzelner Wähler an Behörden geschrieben hat, so stellt das eine Korruption der Demokratie dar, die notwendigerweise zu einer Verachtung demokratischer Staatsformen führen muß, wenn das Heilmittel gegen diese Verderbnis nicht gefunden wird.

Damit kommen wir wieder auf einen Kernpunkt der ganzen Frage der Demokratie. Zumal jetzt im Kriege kann man die Beobachtung in besonders verstärktem Maße machen, daß der Abgeordnete vom Volke noch viel weniger als Gesetzgeber als vielmehr als Beschwerdeinstanz empfunden wird. Findet ein Bürger, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist, dann wendet er sich nicht selber an die gesetzlich

Digitized by Google

geordnete höhere Instanz, sondern er schreibt an einen Abgeordneten, der die Sache in Ordnung bringen soll. Dabei nennt der Beschwerdeführer oft genug nicht seinen Namen, oder wenn er ihn nennt, so bittet er, ihn ums Himmels willen zu verschweigen. Es gibt Leute und selbst Abgeordnete, die da meinen, in *solcher* Aktion betätige sich das Grundwesen der Demokratie. Die Wahrheit ist, daß das die reine Farce der Demokratie darstellt. Bei echt demokratischem Empfinden hält der Staatsbürger, der da findet, daß etwas nicht in Ordnung sei, sich für berufen und verpflichtet, selber für Abstellung des Fehlers oder Mißstandes zu sorgen, sich an die zuständige Behörde zu wenden, die er als *seine* Behörde empfindet, die ihm nicht feindlich gegenüberstehe, die er vielmehr als sein eigenes Hilfsorgan betrachtet. Dieser echt demokratische Geist fehlt im Volke noch außerordentlich. Die Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen die Feigheit, und die Unbeholfenheit, die noch gar nicht die Kraft in sich fühlt, selber für Abstellung eines Mißstandes tätig, unmittelbar aktiv zu sein, spielen noch eine große Rolle. Da steckt ein Hauptfehler für mangelnde Demokratie. Man wird sagen, wirtschaftliche Abhängigkeit mache solchen demokratischen Geist nicht möglich. Ich kann das nicht anerkennen. Auch bei Abhängigkeitsverhältnissen, wie sie heute bestehen, ist bei rechter Erziehung unendlich viel möglich. Auf diese Erziehung kommt es freilich an, ohne sie ist Besserung nicht möglich, man muß aber auch, um etwas erreichen zu können, an die Macht der Erziehung glauben. Kein Mensch meint, eine kompliziertere Maschine aus vielen hundert Eisenteilen könne ein ungelernter Arbeiter aufbauen und bedienen, jedermann ist überzeugt, daß, um in einer Druckerei ein schönes Druckwerk erzielen zu können, nicht nur eine gute Maschine, sondern auch ein geschickter und auf sorgfältige Arbeit bedachter Drucker notwendig ist. Die gesellschaftliche und staatliche Ordnung ist aber mit ihren verwickelten psychologischen Kräften ein so komplizierter Apparat, wie auch die feinste Maschine aus Eisen und Stahl es nicht sein kann. Um wieviel mehr tut da die Erziehung der Menschen not, die sie zu bedienen berufen sind, und welche große Erzieherarbeit wird notwendig, wenn grundsätzlich jeder Staatsbürger in die Maschine mit Erfolg regulierend soll eingreifen können!

Es liegt auf der Hand, wie nützlich diese echt demokratische Erzieherarbeit überall sofort einsetzen kann. Ein Soldat schreibt mir, von den Nahrungsmitteln, die für sie bestimmt seien, verkrümele sich ein ganzer Teil auf dem Wege von oben bis unten. Ich als Abgeordneter soll dafür sorgen, daß das anders wird. Ich soll den Kriegsminister dagegen in Aktion setzen. Wie soll ich das machen? Ob die gemeldeten Tatsachen stimmen, kann ich nicht feststellen. Und der Kriegsminister kann auch nichts anderes tun, als ein Aktenbündel herstellen lassen, für dessen Tatsachen-Richtigkeit er sich auch kaum wird verbürgen wollen. Jede angegangene Instanz wird Wert darauf legen, ihren Anteil an der Untersuchung *formell* einwandfrei geleistet zu haben. Auf diese Weise ist nicht vorwärts zu kommen. Die Einfügung des Abgeordneten als Be-

Digitized by Google

schwerdeinstanz erzeugt im wesentlichen nur ein Stück Bureaukratie, und kaum ein besonders gutes. Es ist richtig, die Volksvertreter sind auch dazu da, die Verwaltung zu kontrollieren, nicht aber, um in den einzelnen Fall regulierend einzugreifen, sondern um Anregung zur Verbesserung der Gesetzgebung zu erhalten. Im einzelnen Fall ist die Demokratie am stärksten entwickelt, je mehr die einzelnen Betroffenen selber die Sache so zu regulieren suchen, daß nicht nur sie selber, sondern auch das Ganze dabei am besten fahre. Ein Freund von mir, ein bekannter bedeutender Forscher, der eine Zeitlang an der Spitze einer in ganz Deutschland verbreiteten Organisation stand, sagte mir einmal, er habe sich als solcher als der „junge Mann" vieler gefühlt, die irgendwelche Beeinträchtigung ihrer Rechte nun durch ihn abwehren zu lassen bemüht waren, statt das selber zu besorgen. Hier ist der wahre Mangel nicht der Demokratie, sondern an Demokratie. Tu dein Ding selbst! Das muß jedem, der Demokrat sein will, zugerufen werden. Viele „echte Demokraten" werden ob solcher Aufforderung höchst überrascht sein, sie haben in ihrem ganzen Leben noch nicht daran gedacht, daß Demokratie nicht nur Rechte gibt, sondern auch, und dies erst recht, Pflichten auferlegt. Um so mehr tut es not, daß darüber Aufklärung geboten wird.

Je mehr wir noch über Mißstände in Staat und Gesellschaft zu klagen haben, um so sicherer dürfen wir sagen, daß eben dieser Mangel an demokratischem Geiste daran schuld sei. Kein noch so tüchtiger Verwaltungschef kann allein seine Verwaltung und all ihre Wirkungen günstig gestalten, wenn ihm der Geist der Gemeinnützigkeit und das Gefühl der Verantwortlichkeit von unten und aus dem ganzen Volke nicht entgegenkommt.

Nun möchte ich die Feinde der Demokratie fragen: Was könnt ihr gegen diesen Geist der Demokratie, wie ich ihn fordere, einwenden? Müßt ihr nicht zugeben, daß solche demokratische Kultur der Gemeinnützigkeit und des Gefühls, für das Gedeihen des Ganzen verantwortlich zu sein, geradezu wunderbare Wirkungen für die Wohlfahrt des Ganzen haben muß? Ihr meint, das sei Utopisterei? Ihr glaubt, solch ein ideales Menschenvolk, wie ich es fordere, sei unmöglich, und man müsse mit den Menschen rechnen, wie sie sind, und nicht, wie wir sie uns wünschten? Das wäre jedoch ein trostloser Standpunkt. Ihr könnt eure Welt der angeborenen oder durch gegebene Machtverhältnisse geschaffenen Autorität nicht aufrecht erhalten. Ihr werdet der Demagogie euch nicht erwehren können. Ihr müßt selber Demagogen werden, um durch noch größere Demagogie einer schwächeren Herr zu werden. Ist das eine erfreuliche Arbeit, ist das ein trostvoller Zustand, kann das auch nur eine Spur von Begeisterung auslösen?

Ich meine, wir tun besser daran, die Gefahren der Demagogie durch echte Demokratie zu bannen, einen Zustand zu erstreben, in welchem jeder Staatsbürger verantwortungsvoll, unter dem gleichen Recht, aber auch mit dem Gefühl der Verpflichtung zu gemeinnütziger Aktion am Wohle des Ganzen mitwirkt.

Digitized by Google

Es ist natürlich, daß ich mit meinen obigen Ausführungen nicht um Haaresbreite von allen demokratischen Forderungen, die die Selbstregierung des Volkes erst ermöglichen, abweiche. Ich kann den Feinden der Demokratie darin kein Zugeständnis machen, alle Kräfte im Volke müssen in zusammenlaufender Energie für das Gemeinwohl entfaltet werden. Aber den Autokraten und Machtanbeter möchte ich doch sehen, der der Öffentlichkeit mit Erfolg nachweisen könnte, daß die von mir geforderte Demokratie jemals schädlich zu wirken imstande wäre.

Die Zukunft Elsaß-Lothringens

Von Georg Wolf, Mitglied des Landtags, Straßburg

Auf die ernste Frage, die wir in dieser Zeitschrift erörtern möchten, gibt es eine kurze Antwort: Über die Zukunft Elsaß-Lothringens wird auf den Schlachtfeldern entschieden. Das Land fällt dem jeweiligen Sieger als Beute zu. So war es 1871, so ist es jetzt wieder: wir stehen unter dem tragischen Gesetz der Geschichte, „ein Stück Beute zu bedeuten", umstrittenes Grenzland zu sein. Als die Departements, die das frühere Elsaß und Deutsch-Lothringen umfaßten, im Frankfurter Frieden von dem besiegten Frankreich an das siegreiche Deutsche Reich abgetreten wurden, weinte das alte Vaterland um die verlorenen Provinzen, während das neue den wiedergewonnenen Brüdern zujubelte. Das abgetretene Volk selbst aber stand mit seinem Herzen auf seiten Frankreichs, dem es in der mit der Revolution einsetzenden neuen Geschichtsperiode innerlich vollständig gewonnen worden war, und durchlebte einen schweren Konflikt, von dem kein deutscher Stamm unserer Tage erzählen kann. Denn es bedurfte eines völligen Umdenkens und einer neuen geschichtlichen Einstellung, dem das innere Recht der deutschen Auffassung, die alte deutsche Lande dem neugeschaffenen Deutschen Reich als Morgengabe zuführen zu müssen glaubte, zu würdigen, die Theorie von den wiedergewonnenen Brüdern zu verstehen und sich langsam in den neuen, allem Anschein nach auf Dauer berechneten, Verhältnissen zurechtzufinden. Wenn ein Volk, das solches erleidet, sich wieder zurechtfinden soll, „dann braucht es viel Geduld und einen langen Frieden", meint mit Recht Hans Karl Abel am Schlusse seines Volksromans „Die elsässische Tragödie"[1], in der die Entwickelung von der Revolution bis zur Zeit kurz vor dem Weltkrieg mit epischer Meisterschaft und feinster Psychologie vor uns entrollt wird. Die Geduld war nicht immer vorhanden und der Friede hat nicht lange genug gewährt.

Was darum an unliebsamen Erscheinungen nach dem Kriegsausbruch zutage getreten ist, bis sie zum offenen Landesverrat und die öffentliche Meinung Altdeutschlands über Gebühr gegen die Elsaß-Lothringer in Harnisch gebracht hat, will aus den

[1] Meyer & Jessen, Berlin 1911.

Digitized by Google

eben angedeuteten geschichtlich-psychologischen Zusammenhängen heraus begriffen werden. In gewissen Kreisen waren die verwandtschaftlichen Beziehungen nach Frankreich hin noch so zahlreich und mannigfaltig, daß ein Krieg mit Frankreich eine Belastungsprobe darstellte, von der man sich im Reich keine ernste Vorstellung machte, und zu inneren Konflikten führte, die nicht jeder pflichtmäßig zu überwinden die Kraft hatte. Es war tief in unserer seelischen Gesamtstimmung begründet, daß wir von den ersten Anfängen positiv-politischer Betätigung an auf die Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, dem Vaterland der Söhne und dem Vaterland der Väter drangen. Auch das anfechtbare Brückenideal, wonach auf elsässischem Boden der Ausgleich germanischer und romanischer Kultur sich vollziehen und darum von den Bewohnern Zweisprachigkeit und Doppelkultur gepflegt werden sollte, will aus der Übergangszeit heraus verstanden sein, wo man vor klaren Scheidungen und Entscheidungen zurückwich und durch einen zum Teil auf Selbsttäuschung beruhenden Kompromiß das nationale Problem zu lösen suchte.

Die Halbheit dieses Versuches war dem Teil unseres Volkes, der sich dem Einfluß der deutschen Kultur vorbehaltslos unterstellt hatte und von hier aus die deutsche Art unseres Stammes neu erkannt und die deutsche Sprache als ihr untrügliches Kennzeichen mit neuer Liebe umfaßt hatte, schon vor dem Kriegsausbruch klar geworden. Ein entschiedenes Bekenntnis zum Deutschtum, bei scharfer Betonung unserer berechtigten Eigenart und verständnisvoller Würdigung der französischen Kultur und ihrer Schöpfungen in der französischen Vergangenheit des Landes, wurde als Forderung der Zeit verkündigt, der Heimatsgedanke müsse seine Weihe und Stütze im größeren Vaterlandsgedanken finden, das neue Elsaß sich als deutsches Elsaß fühlen lernen. Der Krieg mit seinem scharfen Entweder—Oder, der vielen die Tragik aller Halbheit schmerzlichst zum Bewußtsein brachte, hat allem Schwanken und Vermittelnwollen ein Ende gemacht. Zur Verteidigung von Heimat und Vaterland sind unsere Söhne und Brüder hinausgezogen, sie werden erfüllt vom deutschen Vaterlandsgedanken zurückkehren: Das erste, große gemeinsame Geschichtserlebnis, das Elsaß-Lothringen und das Reich in einer Front kämpfend und blutend vor gemeinsame Feinde gestellt hat, kann und wird jene geistige Gemeinsamkeit schaffen, ohne die das erhebende und verbindende gleiche Nationalbewußtsein organisch nicht erwachsen konnte. So kann der Krieg ein Segen werden für unser Land. Nur muß dazu während des Krieges alles aus dem Wege geräumt werden, was sich bisher dem vollen und rückhaltlosen Anschluß an das Deutschtum hindernd entgegengestellt hat.

Damit stehen wir vor dem Kernpunkt dieser politischen Untersuchung. Dazu bedarf der zu Eingang erwähnte Abelsche Satz einer Ergänzung: Ein Volk, das sich gegen seinen Willen in ein neues Staatsganzes hineingestellt, zurechtfinden soll, braucht vor allem eine richtige Behandlung. Von ihr hängt es ab, ob sich die Übergangszeit über Generationen erstreckt oder rascher verläuft, ob sie sich in ruhig aufsteigender

Digitized by Google

Linie bewegt oder unter stürmischen Krisen in Wellenlinien verläuft und der Zielstrebigkeit ermangelt. Und da müssen wir leider sagen: Die richtige Behandlung hat je länger, je mehr gefehlt. Politisch hat das Reich mit der Behandlung des Reichslands kein Meisterstück geleistet.

Wir sind rückschauend heute vielfach geneigt, die Schöpfung des Reichslands an sich als den Grundfehler zu bezeichnen, auf dem sich alles weitere von selbst ergeben mußte. Daß es eine Verlegenheitslösung war, der erst nachträglich ein nationales Mäntelchen umgehängt wurde, dürfte zugestanden werden. Die von dem Einheitsstaate Frankreich losgelösten Teile, die weder völkisch noch staatlich je eine Einheit gebildet hatten, hätten sich wahrscheinlich bei Angliederung an einen großen Staat ähnlicher Art rascher beruhigt und glücklicher gefühlt, als dies durch Stellung unter die Kuratel des Reichs der Fall sein konnte. Ob Preußen, das fast allein in Betracht kommen konnte, allerdings der ihm dadurch gestellten Aufgabe gewachsen gewesen wäre, ist fraglich. Denn die antidemokratische Regierungsmethoden des Preußen, das erst im Weltkrieg das Volk als solches mündig zu sprechen beginnt, hätten bei ihrer Anwendung auf die demokratisch gerichteten Elsässer doch wohl zu erheblichen Reibungen und Hemmungen geführt und der Kontrast der beiderseitigen politischen Atmosphären zu schweren Gewitterbildungen Anlaß gegeben. Es ist aber müßig, diesen Gedanken weiter zu verfolgen, denn heute läßt sich dieser Weg nicht mehr beschreiten, nachdem das Reich durch über vierzig Jahre hindurch den Elsaß-Lothringern die bundesstaatliche Form als Endziel ihrer staatsrechtlichen Entwickelung verkündet hat.

So war denn von Anfang an, noch ehe der vom Reichskanzleramt in Berlin aus verwalteten Reichsprovinz irgendwelche Rechte eingeräumt waren, der Gedanke der Autonomie die beherrschende Idee des politischen Strebens. Er überwand den Protestgedanken, der die naturgemäße erste Reaktion des annektierten Landes darstellte, und ward gemeinsames Gut der zunächst mehr nach territorialen Gesichtspunkten sich bildenden Gruppen im alten Landesausschuß (seit 1879), wie der politischen Parteien, die um die Jahrhundertwende auf den Plan traten und in der Zweiten Kammer (seit 1911) ausschlaggebend waren. Keine Regierung hat jemals Recht und Logik der Forderung bestritten, wohl aber ist vom Jahre 1879 ab allzulange nichts geschehen, um sie der Verwirklichung näher zu führen. Der entscheidende Fehler in der Behandlung des Landes bestand darin, daß man die Verfassung von 1879, die nur ein Provisorium sein konnte und wollte, aus Furcht vor dem entscheidenden letzten Schritt, der Erhebung des Reichslandes zum Bundesstaat, über 30 Jahre unangetastet ließ. In den Kämpfen um ihre Fortbildung verpuffte die beste Kraft der politischen Bewegung, die positive Arbeit kam darüber zu kurz. Die jüngere Generation verlor die Geduld, und Frankreichs Agitation unter kulturpolitischer Flagge fand neuen günstigen Boden. Das in der nationalistischen Bewegung zutage tretende

Digitized by Google

Selbstgefühl geriet auf Irrwege, weil die Regierung die normalen Wege versperrte, auf denen sie sich hätte ausleben und in positive Arbeit für das Volksganze umsetzen können. Der erste Augenblick zur Mündigkeitserklärung des bisher vom Reich aus bevormundeten Volkes wurde verpaßt. Diese Unterlassung ist durch die Reform von 1911 nicht mehr gut gemacht worden, so hoch der gute Wille und die staatsmännische Einsicht der Staatsmänner eingeschätzt werden müssen, die diese Reform durchgesetzt haben. Als vollends Graf v. Wedel, der erste Statthalter, der Herz und Verständnis für unsere innere Lage gehabt hat, infolge eines Konflikts zwischen Militär- und Zivilgewalt mit samt seinem Ministerium seine Entlassung nahm, war die letzte Möglichkeit, die Entwickelung in die rechten Bahnen zu leiten, dahin. Die Verhältnisse wurden von Jahr zu Jahr unerquicklicher und hätte über kurz oder lang zum Konflikt geführt, wenn nicht plötzlich der Krieg ausgebrochen wäre und eine völlig neue Lage geschaffen hätte.

Sucht man die Spannung zwischen Regierung und Volk, die schließlich die Lage in den letzten Jahren kennzeichnete, auf eine Formel zu bringen, so ist es nichts anderes als der Gegensatz zwischen autoritärer und demokratischer Staatsauffassung, durch den sie hervorgerufen worden ist und mit psychologischer Notwendigkeit hervorgerufen werden mußte. Mit den Methoden des Obrigkeitsstaates läßt sich eben ein demokratisch empfindendes Volk auf die Dauer nicht regieren, jedenfalls nicht innerlich umwandeln und für ein neues nationales Ideal gewinnen. Unser auf den Volksstaat hindrängendes politisches Fühlen konnte sich mit dem Zustande einfach nicht abfinden. Daß die leitenden Persönlichkeiten, die die Regierungsmacht verkörpern, ihm ohne sein Zutun, ohne jede Form geordneter Mitwirkung der Volksvertretung, nach ihm schlechterdings unerkennbaren Grundsätzen von Berlin her gesetzt wurden, daß ihre Ernennung wie ihre Abberufung jeweils wie Überraschungen wirkten, die um so peinlicher waren, als es an jeder Fühlung zwischen Volk und dem Organ des Reichs, das mit der Ausübung der Staatsgewalt betraut war, fehlte. So dürfte das Unbehagen sich erklären, das die politische Atmosphäre im letzten Jahrzehnt erfülle und keine Freude am politischen Betrieb mehr aufkommen ließ.

Dieses Versagen des Reichs hatte aber nicht nur innerpolitische Folgen für Elsaß-Lothringen, sondern auch Wirkungen nach außen, die unsere Diplomatie anscheinend übersah, weil elsaß-lothringische Fragen streng formal als innerdeutsche Angelegenheiten betrachtet wurden. Auch wir haben uns allezeit auf diesen Standpunkt gestellt, der Frankfurter Frieden war für uns die unbestrittene Grundlage unseres politischen Tuns. Aber wir haben oft warnend betont, daß diese Dinge in Frankreich und in der unter seinem Einfluß stehenden Mächtegruppe anders betrachtet werden daß die Entwicklung der Dinge bei uns aufmerksam draußen verfolgt wird und jeder Fall im Reichsland, jede Erörterung elsaß-lothringischer Fragen im Reichstag ein Echo weckt, das je nachdem eine Wiederaufrollung des Prozesses von 1871 näher

Digitized by Google

legt oder ferner rückt. Unter außerpolitischem Gesichtspunkt hätte auf eine möglichste Befriedigung begründeter elsaß-lothringischer Wünsche gedrungen, auf eine möglichste Befriedigung des dem Reich angegliederten Landes durch organische Eingliederung bei weitgehender Selbstverwaltung größter Wert gelegt werden müssen. Wie sagt doch Hermann Stegemann, der scharfsinnige Beobachter unserer Verhältnisse, in seiner Vorgeschichte des Krieges? „Solange die politischen Rechte der Elsaß-Lothringer geringer waren als die der französischen Staatsbürger, und Elsaß-Lothringen nicht als neues, ebenbürtiges Glied in die Reihe der deutschen Bundesstaaten aufgenommen wäre, fühlten sich die Franzosen in gewissem Sinne verantwortlich für das Wohlergehen der beiden Lande und die Elsaß-Lothringer sich stark von dem älteren bürgerlichen Staatswesen und seinem republikanischen Staatsideal angezogen."

„Um Elsaß-Lothringens willen" ist der Krieg mit ausgebrochen, und unsere Gegner stehen geschlossen hinter dem französischen Kriegsziel, der „Wiedergewinnung" Elsaß-Lothringens. Ob eine andere Behandlung dieser deutschen Lande diese Geschlossenheit nicht doch hätte in Frage stellen können? Auf jeden Fall wird die Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens ein ernstes Friedenshindernis sein und wird der Reichskanzler klug daran tun, mit ihr entschlossen und gänzlich aufzuräumen, um dem Frieden näher zu kommen. Es geht nicht mehr an, einen Rechtszustand bestehen zu lassen, den Paul Laband also umschreibt: „Das Reich hat kraft des Frankfurter Friedens die souveräne Gewalt über die drei von Frankreich abgetretenen Bezirke und kann über dieselben verfügen, wie es seinem Interesse und dem des Reichslands am besten entspricht."

Wir haben gesehen, wie weit man mit dieser souveränenen Nichtachtung der seelischen Faktoren gekommen ist. Leider haben wir selbst den größten Schaden von dieser falschen Politik, zumal der Krieg die Verhältnisse im Lande selbst keineswegs gebessert hat, und darum das allergrößte Interesse, daß eine Umkehr baldigst erfolgt. Wir glauben an den Sieg der deutschen Waffen, für den die Elsaß-Lothringer mit kämpfen und bluten, und in diesem Sinne besteht für uns kein Zweifel, daß wir nicht der Weltkoalition zur Beute fallen und abermals eine nationale Katastrophe, schlimmer als die von 1871, über uns hereinbricht. Aber wir wünschen im Innersten unseres Herzens, um unseres deutschen Vaterlandes willen, daß der Sieg nicht nur als ein Sieg der Macht, sondern auch als ein Sieg des Rechts anerkannt werde, und durch eine vor Friedensschluß erfolgende weitherzige und vertrauensvolle Regelung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse der Entente der moralische Scheingrund entwunden werde, mit dem sie auf Elsaß-Lothringen Anspruch erhebt, und damit der Vorwand genommen, den Krieg noch weiterhin in die Länge zu ziehen. Wir haben mit der irregeleiteten öffentlichen Meinung der Welt bezüglich Elsaß-Lothringens zu rechnen, die leise sogar in der Friedensnote des Papstes anklingt, und ihre Entwaffnung in diesem Punkt kommt auch einer gewonnenen Schlacht gleich!

Digitized by Google

So gebe man dem Lande den Weg frei zum Bundesstaat und erkläre sich bereit, mit dem Landtag von Elsaß-Lothringen über die Form des neuen Staates und seine Aufnahme in den deutschen Reichsverband eine Vereinbarung zu treffen. Man unterbinde ja nicht die Selbsttätigkeit des Landes in dieser seine staatliche Existenz betreffenden Frage und glaube nicht von draußen und oben her schaffen zu können, was organisch und gesund nur aus dem beteiligten Land und Volk herauswachsen kann. Das Recht der gesetzgebenden Organe des Reichs hat eine unübersteigliche Grenze, wo etwas dem Reichsland gegenüber grundsätzlich Neues, ein Staat, ins Leben treten soll. Einen Augenblick muß sich das Reich gewissermaßen seiner Souveränität entäußern, damit das so auf sich selbst gestellte Land in voller Freiheit seine Staatsform sich geben und den Anschluß an das Reich fordern kann. Höchstes Vertrauen ist das Geheimnis des Gelingens dieses einzigartigen, in der Verfassung nicht vorgesehenen Vorgangs. Wird das gewährt und kommt so eine freie, unzweideutige Willenskundgebung Elsaß-Lothringens zustande — und nach den klaren Erklärungen der Präsidenten der beiden Kammern ist daran im Ernste gar nicht zu zweifeln — dann kann das Deutsche Reich mit gutem Gewissen, nicht auf die Macht, sondern auf das Recht pochend, der Entente den Mund stopfen, wenn sie die elsaß-lothringische Frage zum Gegenstand von Erörterungen auf der Friedenskonferenz machen will.

Hat sich aber Elsaß-Lothringen die Form seines staatlichen Seins selbst geben dürfen, dann sind alle moralischen Hemmungen beseitigt, die dem frohen Bekenntnis zum deutschen Reichsgedanken bei vielen noch entgegenstanden. Und das für seine Regierung und ihren Kurs mit verantwortliche Volk wird selbst die Bürgschaft dafür übernehmen, daß es dem Reiche restlos und willig gibt, was ihm gebührt, und alle so oft geäußerten nationalen Bedenken werden sehr bald in nichts zerfallen. Die aus dem Feld heimkehrenden Söhne des Landes aber finden eine wohnlich eingerichtete Stätte und werden das Bewußtsein haben dürfen, ihrer Heimat die Freiheit mit erstritten zu haben.

Der Geist aber, in dem dies schwierige Werk begonnen und durchgeführt werden muß, ist kein anderer als der Geist der Neugestaltung, den Bethmann-Hollweg als die herrlichste Frucht des Krieges gepriesen hat, der Geist, der Staats- und Volksinteressen vereinigen, die Gleichberechtigung der Staatsbürger verwirklichen, den Obrigkeitsstaat zum Volksstaat fortbilden, die Scheidewand zwischen Krone und Volk beseitigen und die Regierungen in Einzelstaaten und im Reich auf der Grundlage des Vertrauens von Krone und Volk fester als je „stabilieren" will.

Digitized by Google

Gesichtspunkte für die Übergangswirtschaft

Von Arthur Dix

Wenn es auch unmöglich ist, inmitten des Krieges ein unbedingt sicheres, allgemeingültiges Schema für die Übergangswirtschaft aufzustellen, so wird sich doch sozusagen eine Skala der Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die verschiedenen Fälle ins Auge fassen lassen, die im Augenblick der Entmobilisierung herrschen können.

Die Lage des Arbeitsmarktes bei Kriegsende hängt in der Hauptsache ab von folgenden Voraussetzungen:

1. von der Art der Friedensbedingungen,
2. von der Jahreszeit des Friedensschlusses.

Die Art der Friedensbedingungen ist entscheidend dafür, auf welchen Stand unser Wirtschaftsleben durch die Übergangswirtschaft gebracht werden kann und soll. Die Friedensbedingungen entscheiden insbesondere über folgende Fragen:

Wird sich unsere Volkswirtschaft auf erweiterter Grundlage zu neuer Höhe entwickeln können — oder:

Wird sie innerhalb des alten Rahmens wesentlich aussichtsärmer sein infolge ungeheurer Steuerbelastung?

Ferner:

Werden wir unverzüglich freie Hand haben zu ausreichender Versorgung mit fremdländischen Rohstoffen und freiem Wettbewerb für die Wiederbelebung unserer Ausfuhr — oder:

Wird die Fortdauer des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege uns in beiden Richtungen mit schweren Hemmnissen bedrohen?

Diese sachgemäße Fragestellung klärt bereits vollauf genügend darüber auf, welch ungeheurer wirtschaftlicher Unterschied für die Zukunft gegeben ist in einem „guten" und in einem „faulen" Frieden.

Was die Jahreszeit des Friedensschlusses betrifft, so kommt hinsichtlich des Arbeitsmarktes vornehmlich in Frage, ob die Jahreszeit volle Nutzung aller landwirtschaftlichen Kräfte gestattet oder nicht. Auch für die Lage im Baugewerbe ist diese Frage von erheblicher Wichtigkeit.

Die Hauptarbeit der Übergangswirtschaft wird sich auf zwei Gebieten zu betätigen haben:

1. Ausbesserung der Kriegsschäden,
2. Umbau der kriegswirtschaftlichen Anlagen in solche der Friedenswirtschaft.

Die Ausbesserung und Beseitigung der Kriegsschäden ist ein ungeheuer weites Feld. Da ist jede Art von Raubbau wieder gut zu machen, die während des Krieges notgedrungen getrieben werden mußte, jedes wirtschaftliche Unterlassen, das sich aus Mangel an Arbeitskräften und Hilfsmitteln im Kriege nicht vermeiden ließ.

Digitized by Google

Hauptsächlich ist hier an drei Gruppen zu denken: an die Land-, Vieh- und Forstwirtschaft, an das gesamte Verkehrswesen und an das Bauwesen.

Die Landwirtschaft hat nicht mit alter Sorgfalt und Intensität betrieben werden können. Sie ermangelte der Arbeitskräfte, des Spannviehs und des künstlichen Düngers. Sie mußte rationelle Methoden der Fruchtfolge verlassen zwecks Deckung dringlichsten Augenblicksbedarfs. Die Felder, die Wirtschaftsformen sind wieder auf den alten Stand zu bringen, ebenso das tote und das lebende Inventar. Mit letzterem ist bereits die Viehwirtschaft umfaßt, die dem Kriegsbedarf manch schweres Opfer bringen und Schäden leiden mußte, die in der Übergangswirtschaft ausgebessert werden wollen. Auch in unserer Forstwirtschaft gebot der Kriegsbedarf schweren Raubbau, dessen Folgen in angestrengter Erneuerungsarbeit wieder ausgeglichen werden müssen. Übrigens gilt das Gleiche in gewissem Grade auch vom Bergbau, der mit schwächeren Arbeitskräften erhöhte Produktion leisten mußte ohne Rücksicht auf rationelle Formen der Ausbeute.

Ungeheuer war der Kriegsverschleiß im gesamten Verkehrswesen. Für sachgemäße Instandhaltung sowohl der Verkehrswege wie der Verkehrsmittel fehlten wiederum Zeit, Arbeitskräfte und Hilfsmittel. Bei wesentlich gesteigerter Inanspruchnahme aller Wege und Mittel des Landverkehrs war das nötigste Hilfsmaterial durch die Kriegsumstände zum Teil qualitativ erheblich verschlechtert, was den Verschleiß sehr beschleunigte. Eisenbahnen und Straßenbau, Reparaturwerkstätten für Lokomotiven, Wagen, Automobile usf. werden nach dem Kriege ebenso wie Lokomotiv- und Wagenbau alle Hände voll zu tun haben. Auch die volle Beschäftigung der Schiffswerften wird — mit großenteils wieder veränderten Aufgaben — andauern.

Ebenso wird das Baugewerbe, nicht nur durch den Umbau kriegswirtschaftlicher Anlagen in solche für die Friedenswirtschaft, sondern in hohem Grade auch durch das Nachholen im Kriege notgedrungen vernachlässigter Instandhaltungsarbeiten über und über beschäftigt sein.

Der Grad all dieser Beschäftigungen wird allerdings immer in einer gewissen Abhängigkeit stehen von dem Stande der Staats-, Gemeinde- und Privatfinanzen nach dem Kriege, d. h. von der Art der Friedensbedingungen. Ein Friede „ohne Entschädigungen", der den Staat und den Staatsbürger finanziell ungeheuer belasten würde, müßte auf allen Gebieten zu äußerster Sparsamkeit, ja zu im Sinne der notwendigen Ausbesserungsarbeiten schließlich durchaus unrationeller Sparsamkeit zwingen und auch in den hier besprochenen Zweigen das Wirtschaftsleben lähmen — sehr zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft.

Vielleicht in noch höherem Grade ist der Umbau der kriegswirtschaftlichen Anlagen in solche der Friedenswirtschaft abhängig von der Art der Friedensbedingungen. Von den Friedensbedingungen hängt es ab, in welchem Umfange die Rüstungsindustrie erhalten bleiben muß oder sich auf reine Friedenswirtschaft umstellen kann. Von den

Digitized by Google

Friedensbedingungen hängt es ab, über welche Rohstoff- und Absatzgebiete wir selbst verfügen können, welche Rohstoffe uns eventuell als Kriegsentschädigung zufallen, unter welchen Umständen und Bedingungen wir uns vom offenen Weltmarkt mit Rohstoffen zu versorgen vermögen. Von den Friedensbedingungen hängt es ab, wie der Stand des Volksvermögens nach dem Kriege in allen und jeden Beziehungen zu bewerten sein wird, wie sich unsere Valuta gestaltet, wie unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Nicht nur die gesamte Ausfuhrindustrie ist von der Entscheidung über diese Fragen in ihrer weiteren Entwicklungsfähigkeit durchaus abhängig, sondern auch die Versorgung des inneren Marktes mit Erzeugnissen aus fremden Rohstoffen wie überhaupt die ganze Preisbildung auf dem inneren Markt und schließlich auch das Tempo des Übergangs aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. —

Wenn wir die einzelnen Berufsgruppen des Wirtschaftlebens prüfen, so werden wir vorweg solche zu verzeichnen haben, die in die Friedenswirtschaft bezw. zunächst in die Übergangswirtschaft mit vollem Bedarf an Arbeitskräften hineintreten, und sodann solche, deren Umbau sich erst mit ausreichender Deckung des Rohstoffbedarfs und sonstiger Neuregulierung der Marktverhältnisse vollziehen kann.

An der Spitze steht die Landwirtschaft, die, sofern die Jahreszeit des Friedensschlusses es irgend gestattet, sofort alle ihr irgend verfügbar zu machenden Kräfte ansetzen muß, um dahin zu wirken, daß Deutschland nicht stärker als unvermeidbar von den Ernährungsschwierigkeiten betroffen wird, die nach dem Kriege fast überall noch in hohem Grade nachwirken werden. Die Landwirtschaft beschäftigte nach der Berufszählung von 1907 fast 10 Millionen Personen im Haupt- und 5,6 Millionen im Nebenberuf. Von den männlichen Landwirten im Hauptberuf standen gegen 4 Millionen im wehrfähigen Alter.

Im Bergbau- und Hüttenbetrieb, in dem während des Krieges sozusagen von der Hand in den Mund gelebt wurde und zur Auffüllung der geleerten Läger, zum Inganghalten von Industrie und Verkehr gleichfalls volle Beschäftigung durchgehalten werden muß, waren gegen 1 Million Personen beschäftigt, ganz überwiegend männliche Personen im wehrfähigen Alter.

Die Metall- und Maschinenindustrie forderte nach dem Stande von 1907 rund 2 Millionen Arbeitskräfte, die auch in der Übergangswirtschaft nötig sein werden, um den maschinellen Umbau in die Friedenswirtschaft und namentlich um das gewaltige Maß von Anforderungen des Verkehrswesens zu befriedigen. Auch das Baugewerbe wird erhebliche Anforderungen an die Metallindustrie stellen. Das Gleiche gilt für die Industrie der Steine und Erden, die über 700 000, und der Holzindustrie, die gegen 800 000 Personen beschäftigte. Das Baugewerbe selbst gab fast 2 Millionen Menschen Arbeit.

In einer besonderen Lage befindet sich die chemische Industrie. Sie beschäftigte 1907

Digitized by Google

zwar nur 160 000 Personen, hat im Kriege aber ganz gewaltig an Bedeutung gewonnen. Ihr wird die Umstellung in die Friedenswirtschaft verhältnismäßig leicht sein, zumal ihr auch im Friedensbedarf ein erweiterter Absatz gesichert ist: hat sie doch eine Menge Ersatzstoffe geschaffen, die in dauerndem Gebrauch bleiben werden, und es ist doch trotz aller ausländischen Nachahmungsversuche die Abhängigkeit des Auslandes von Erzeugnissen der chemischen Industrie Deutschlands nicht dauernd beseitigt.

Von anderen Industrien wäre zunächst noch der Papier- und der Lederindustrie zu gedenken. Beide haben aus Rohstoffmangel mit der Dauer des Krieges nur sehr notdürftig für Friedensbedarf arbeiten können und werden sich nach dem Kriege einer entsprechend starken Nachfrage gegenübersehen. In einer ähnlichen Lage befinden sich die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die auch während des Krieges teilweise reichlich beschäftigt waren (Konservenindustrie), aber auch nur für den Augenblicksbedarf arbeiten konnten und reichlich zu tun haben werden, wenn ihnen wieder reichlichere Rohstoffe zur Verfügung stehen — was freilich sowohl bezüglich der heimischen Produktion wie bezüglich überseeischer Zufuhr (wie Kakao, Tabak) nicht gleich in altgewohntem Maße der Fall sein wird.

Wohl am schwierigsten werden sich die Dinge für die Textil- und Bekleidungsindustrie gestalten. Beide zusammen beschäftigten $2\frac{1}{2}$ Millionen Personen, darunter viel weibliche Kräfte. Ihre Rohstoffläger sind aufgebraucht, ihre Betriebe vielfach stillgelegt. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß wir vor dem Kriege für rund 600 Millionen Baumwolle, für 400 Millionen Wolle, für 160 Millionen Seide einführten, dazu für mehr als 200 Millionen Garn; daß wir anderseits aber auch für mehr als 1 Milliarde Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustie ausführten. Es wird schon aus Gründen des Frachtraums und der Valuta unmöglich sein, in der Übergangswirtschaft gleich wieder soviel Rohstoff der Webwarenindustrie einzuführen, daß wir nicht nur die sehr angehäufte Nachfrage des Inlands befriedigen, sondern auch die Ausfuhrindustrie auf alte Höhe bringen können. Gerade die deutsche Textilindustrie dürfte wohl die größten Schwierigkeiten haben, auf dem Weltmarkt ihren alten Platz wiederzugewinnen. Ihr ist im Kriegsverlauf der stärkste Wettbewerb bereitet worden, und sie wird voraussichtlich die längste Zeit gebrauchen, bis ihr die Deckung des Rohstoffbedarfs in ausgedehntem Maße die Arbeit an der Zurückeroberung des Weltmarkts gestattet.

Die deutsche Textilindustrie wird es aber auch zu büßen haben, daß sie am meisten von allen deutschen Industrien ihre Erzeugnisse unter fremden Flaggen hat in die Welt gehen lassen, die demgemäß über die wirkliche Bedeutung dieser deutschen Industrie nur in den engsten Fachkreisen unterrichtet war. In Deutschland selbst mußte ja jeder Seidenstoff aus „Lyon" stammen, jeder Tuchstoff „englisch" sein! Die deutsche Textilindustrie wird in Zukunft gut tun, sich mehr als deutsche Industrie zu bekennen und

Digitized by Google

dem Auslande den Vorsprung zu vergegenwärtigen, den ihr Hochstand der deutschen Farbenindustrie gewährt. Dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege begegnen wir mit dauerndem Vorteil nicht, wenn wir uns durch Vermittelung konkurrierender Länder auf dem Weltmarkt unter deren Flagge mit unseren Waren einschleichen, sondern, wenn wir den Ruf nutzen, den deutsche Technik gerade durch diesen Krieg in der Welt errungen hat.

Doch das nebenher. Das Problem künftiger Gestaltung unserer Textilindustrie berührt zwar unsere Valuta, Handelsbilanz usf., auch den gesamten Wohlstand gewisser Bezirke Deutschlands, aber vergleichsweise weniger die Arbeiten der Demobilmachung, weil diese Industrie in besonders starkem Maße mit weiblichen Kräften zu produzieren gewohnt war.

Wenn wir im Vorstehenden die Zahl der in den Hauptindustrien beschäftigten Kräfte nur nach dem Stande von 1907, nicht nach dem oft schon beträchtlich höheren von 1914 wiedergeben konnten, so haben wir damit bereits einen gewissen Spielraum gewonnen, innerhalb dessen der Verlust an Arbeitskräften durch den Krieg ebenso als berücksichtigt gelten kann wie ein gewisses Mindermaß an Rohstoffen und eine vorläufige Verringerung der Ausfuhrmöglichkeiten. Vergegenwärtigen wir uns nur, daß allein in der kurzen Spanne von 1909—1913 die Einfuhr an Baumwolle von 532 auf 607 Millionen stieg, an Wolle von 357 auf 413, an Kupfer gar von 190 auf auf 335, an Rinds- und Büffelhäuten von 168 auf 322; daß anderseits im gleichen Zeitraum die Ausfuhr an Maschinen von 384 auf 680 Millionen stieg, an Eisenwaren von 352 auf 652, an Baumwollwaren von 321 auf 447 — so werden wir uns sagen können, daß Ein- und Ausfuhr gegenüber dem vor dem Kriege erreichten Höchststande ein ganz beträchtliches Herabgehen vertragen, ohne daß unsere Wirtschaft deshalb als „um Jahrzehnte zurückgeworfen" erscheinen müßte.

Letzten Endes aber hängt eben alles davon ab, wie die Friedensverträge aussehen werden, insbesondere davon, ob wir die Grundlagen unserer Volkswirtschaft irgendwie zu erweitern, ob wir das Übermaß finanzieller Lasten abzuwälzen, ob wir uns ausreichende Rohstoffbezüge unbedingt sicherzustellen und in welchem Grade wir die künftige Wettbewerbsfreiheit auf dem Weltmarkt zu gewährleisten vermögen.

Notizen

Was wird aus Polen? Von Friedrich Naumann, Verlag von G. Reimers in Berlin. Die Naumannsche Arbeit ist die Frucht einer Studienreise des Vaters des mitteleuropäischen Gedankens. In überaus lichtvoller Darstellung werden die Zustände in Polen geschildert, wobei die innere Zugehörigkeit dieses Landes zu Mitteleuropa klar aufgedeckt werden. Besonders bedeutsam erscheint es uns, daß der geschätzte Verfasser energisch mit der Theorie aufräumt, als ob Polen wirtschaftlich von Rußland abhängig sei. Den Schluß bildet ein Appell an die Mittelmächte, die Zeit nicht zu versäumen, Mitteleuropa noch während des Krieges in den Sattel zu heben.

Digitized by Google

„Livland, Rußland und wir" betitelt sich eine im Verlage von C. Bertelsmann in Gütersloh veröffentlichte Broschüre, die bereits in kurzer Zeit eine zweite Auflage erlebt hat. Der Verfasser M. Köhne gibt zuerst einen knappen historischen Überblick, wobei er ein erfreulich selbständiges Urteil zeigt. Vor allen Dingen lehnt er es rundweg ab, Patkul, wie es die ältere livländische Geschichtschreibung tat, zu einer Art baltischem Nationalhelden zu machen. Er sagt es offen, daß er an sich mit seiner Opposition gegen die von Karl XI. von Schweden in Livland durchgeführten Einziehung der Adelsgüter im Rechte war, aber der von ihm in die Wege geleitete Anschluß an Rußland hat dem Lande als Endsumme nur Unheil gebracht und daher ist sein Wirken nicht im Interesse des Landes, sondern nur des Adelsstandes gewesen. Zum Schluß wird ein Ausblick auf die Ostseefrage geworfen, deren Entscheidung die Einnahme von Riga hoffentlich bringen wird. Handels es sich doch um nichts geringeres, als um die Entscheidung, ob das mare balticum russisch-englisch oder deutsch-schwedisch werden wird.

Si tacuisses, philosophus mansisses[1]. Die „Stimmen aus dem Osten" hatten kürzlich die Meldung gebracht, daß sich Kerenski zu Anfang der Revolution für eine Selbständigkeit der baltischen Provinzen ausgesprochen habe. Hierzu bemerkte Professor Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" vom 5. September:

„Auf der russischen Seite ist sich alles bis weit in die Reihen der äußersten Linken in der Ablehnung der separatistischen Bestrebungen einig; wo hat denn Kerenski, wie in den „Stimmen aus dem Osten" behauptet wurde, ausgesprochen, daß er bereit sei, auf die baltischen Provinzen zu verzichten?"

Auf diese Frage hätte der Professor für russische Geschichte in Berlin leicht selbst die Antwort finden können, wenn er die von ihm zitierten „Stimmen aus dem Osten" sorgfältig gelesen hätte. In Nr. 33 war nämlich ein Artikel unter dem Tuel „Das Verhältnis der Esten zu Rußlands Volk und Regierung" erschienen. In ihm wurde aus dem führenden estnischen Blatte „Postimees" (vom 27. April) gemeldet:

„Am 23. April besuchte der damalige Justizminister Kerenski Estlands Hauptstadt Reval und wurde von dem Rechtsanwalt Strandmann im Namen des estnischen Volks herzlich begrüßt, wobei der Redner betonte, da eine volle Autonomie des Landes erwartet werde, sei bisher noch von keiner Seite die Loslösung Estlands vom Russischen Reich vorgeschlagen worden. Kerenski erwiderte: ‚Wir wünschen eine freie Vereinigung nach demokratischen Grundsätzen. Ehrlich und mit reinem Herzen kommen wir zu euch und sagen: Wenn ihr wollt, geht mit uns; wenn ihr aber nicht wollt, seid ihr frei.'

Aber für jeden Kenner der russischen Verhältnisse trug die von Professor Hoetzsch bezweifelte Nachricht auch ohne Kenntnis des Zitates aus dem „Postimees" den Stempel innerer Wahrheit in sich. Eilte doch Kerenski in den ersten Tagen der Revolution, als die Provisorische Regierung noch schwankenden Boden unter den Füßen fühlte, in ganz Rußland umher, um überall Bundesgenossen zu werben. Damals hatte er auch Finnland leichten Herzens die Selbständigkeit zugesagt, um kurze Zeit darauf ebenso leichtfertig, als er finnländischerseits daran erinnert wurde, mit der Beschießung der Hauptstädte des Landes durch die drei Festungen zu drohen. Ein deutscher Durchschnittsleser, der die russischen Verhältnisse wenig kennt, konnte daher wohl die Zweifelsfrage aufwerfen, ein Professor für russische Geschichte jedoch hätte diese Tatsachen nicht nur kennen sollen, sondern müssen. Axel Schmidt

[1] Hättest du geschwiegen, wärst du ein Philosoph geblieben.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Ein Beitrag zur Schuldfrage ist das kleine Buch von Dr. W. Stahl „Die diplomatischen Verhandlungen vor Ausbruch des Weltkrieges auf Grund der Farbbücher" (C. H. Beck, München, M. 1.80). Der Verfasser erkennt wohl die apologetische (und dadurch unzuverlässige) Tendenz der Farbbücher an. Aber durch methodische Kritik versucht er die subjektive Umdeutung der Schriftstücke abzubiegen. Es ergibt sich, was inzwischen bestätigt worden ist, mit zwingender Notwendigkeit, daß Rußland von vornherein fest entschlossen war, „dem Habsburger Staate bei seiner unaufschiebbaren Aktion gegen seinen nachbarlichen Störenfried in den Arm zu fallen, daß Frankreich dem teuer erkauften Bundesgenossen an der Newa willenlos Gefolgschaft leistete und daß England seinen tatkräftigen Versuch zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens unternahm, vielmehr durch sein bindendes Hilfeversprechen an Frankreich der Kriegspartei in Paris und Petersburg Oberwasser verschaffte, während Deutschland in seinem redlichen Bemühen, die europäische Kriegsgefahr zu beschwören, bis an die Grenze des mit Rücksicht auf seine staatliche Sicherheit Zulässigen ging, und Österreich-Ungarn von Anfang an jeden Gedanken an eine Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens und eine Schädigung russischer Interessen von sich wies und lediglich die Erhaltung seines territorialen Bestandes erstrebte."

Für das Interesse an den Prophezeiungen über den Weltkrieg zeugt die Untersuchung des Dr. F. Rohr über „Die Prophezeiung von der Entscheidungsschlacht des europäischen Krieges am Birkenbaum" (Verlag Temming, Bocholt i. W.), und die Übersicht über „Die Prophezeiungen über den Weltkrieg", die Prof. Dr. A. Kahle in einer kleinen Schrift zusammenstellt. (J. Stahl, Arnsberg i. W., M. —.50.)

„Die Weltlage am Schlusse des dritten Kriegsjahres" faßt Prof. Dr. Rich. Fester, Halle, von der militärischen und politischen Seite übersichtlich zusammen. (O Hendel, Halle a. S.) Er endigt mit den Sätzen: „Weder berauscht noch verzagt wollen wir als besonnene Deutsche nicht mehr als das Erreichbare. Wir haben keinen Grund zur Verzweiflung, solange wir militärisch und politisch geführt werden. Die zufällige Mehrheit des altersschwachen Reichstages schreckt uns nicht. Sie würde, wenn die Auflösung des Reichstages jetzt möglich wäre, vom Sturm des nationalen Unwillens weggefegt wie jene schon einmal von Erzberger in Marsch gesetzte Mehrheit des Kolonialskandals von 1906."

Die erste kurzgefaßte volkstümliche Darstellung von „Hindenburgs Siegeszug gegen Rußland" von Hans Niemann erscheint jetzt schon in dritter Auflage (E. S. Mittler, Berlin), ein Zeichen für die Brauchbarkeit des gediegen geschriebenen und ausgestatteten Buches. Was der Major R. Brandt in der Armee Hindenburgs von der Schlacht bei Tannenberg bis Warschau erlebt hat, schildert er in einem kleinen Buche, das vor allem durch die volkstümlich aufklärenden und unterrichtenden Schlachtberichte fesselt. („Unter Hindenburg von Tannenberg bis Warschau", E. S. Mittler & S., Berlin, M. 1.—.) Von dem Kronprinzen Ruprecht von Bayern entwirft Jos. Greg ein mit vielen Bildern geschmücktes Lebensbild. (Max Kellerer, München, M. 2.50.)

Kapitänleutnant Robert Morath erzählt seine U-Bootserlebnisse (unter denen die Versenkung des „Danton" im Mittelmeer den Höhepunkt bildet) selbst in einem kleinen, im Hutten-Verlag, Berlin, erschienenen Buch. In einem Sammelheft „Das fliegende Schwert" werden Wesen, Bedeutung und Taten der deutschen Luftflotte in Wort und Bild geschildert. M. 1.50, Verlag Stalling, Oldenburg.

Der Mars-Verlag Carl Siwinna, Berlin SW, eröffnet eine neue Sammlung „Kriegstagebücher" mit den Erinnerungen des Leutnants Herm. Richter aus dem „Vormarsch unter Kluck" bis vor Paris und vor Soissons. Ein rechtes Abenteuerbuch ist die Selbsterzählung M. Lesstikows „Zivilgefangener Nr. 759" (Scherl, Berlin M. 1.—). Ein deutscher Seemann schlägt sich durch die Entbehrungen, Leiden, Gefahren der Gefangenschaft als russischer Rekrut nach Archangelsk durch und gelangt auf einem neutralen Dampfer nach Deutschland. Der deutsche Wagemut setzt sich mit diesem Buch ein neues Denkmal. Curt Corinth, ein „Troubadour auf Feldwacht" hat seine Stimmungen aus dem Felde in Versen festgehalten (E. Diederichs, Jena, M. 1.—), in ernsten Tönen, die von allem Phrasenrausch sich fern halten. „Wir lugen, mit glanzlosen Augen, hinaus in den tobenden Raum — sind ur — uralt . . . nur unser Herz will nicht gleich sein Fühlen vergessen." „Aus der Satteltasche" veröffentlicht der Zeichner Ottmar Schwager zwölf lebendige, eindringliche Bleistiftzeichnungen aus Bulgarien und der Türkei, die von der Militärischen Verlagsanstalt München zu einem schön ausgestalteten Heft vereinigt sind. Über die deutschen Kriegszeitungen unterrichtet ein Sonderheft des Archivs für Buchgewerbe an Hand zahlreicher Reproduktionen und einer

Digitized by Google

Darstellung durch Prof. Dr. Schramm. Der Reichsverlag, Berlin, bringt eine Auslese aus der seit Anfang September 1914 erschienenen Feldzeitung des Gardekorps. („Garde-Feldpost" M. 2.—.) Eine Kriegschronik der Leibgarde-Husaren, von einem ihrer Mitglieder geschrieben, erscheint in dem Verlag Hugo Bermühler, Berlin-Lichterfelde. Die Feldbücher des Verlages Egon Fleischel in Berlin bringen in handlichen Ausgaben für M. 1.— Dichtungen von Schmidtbonn, Clara Viebig, O. Wöhrde, B. v. Münchhausen und anderen. Lauter einfache, volkstümliche Hausmannskost. Eine Übersicht über Land und Bevölkerung unserer Bundesgenossen hat für die Feldgrauen die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart in volkstümlicher Form herstellen lassen. („Unsere Bundesgenossen, ein Buch für die Feldgrauen in Ost und West", M. 1.—.)

Ein verwickeltes persönliches Schicksal ihres Verfassers macht die Kriegsberichte des Amerikaners Edwin Emerson, die unter dem Titel „Mit den deutschen Heeren" (Franz Hanfstaengl, München) erscheinen, höchst merkwürdig. Emerson hat als Kriegsberichterstatter die russische Front mit den Armeen Hindenburg und Prinz Leopold von Bayern besucht, ist mit der Armee Köveß durch Serbien gezogen, unter Liman von Sanders an den Dardanellen gewesen, mit den Bulgaren in Rumänien und Mazedonien, mit Djemal Pascha an der ägyptischen Front. Seine Berichte sind von aller Voreingenommenheit frei, ohne Überschwenglichkeit, kurz und sachlich. Dennoch ist schon im Jahre 1915 Emersons Name auf die Schwarze Liste der Engländer gekommen, weil er von den deutschen Fronten Kabelberichte über deutsche militärische Erfolge geschickt hatte, die von der englischen Zensur beanstandet wurden. Auch die Vorträge, die er im Frühjahr 1915 über die tatsächliche Kriegslage in Europa gehalten hatte, wurden ihm verübelt. Der Botschafter Gerard machte ihm infolgedessen in Deutschland alle möglichen Schwierigkeiten, darunter die, daß das Manuskript der Kriegsberichte nicht nach Amerika kommen durfte. Schließlich hat Gerard es sogar durchgesetzt, daß nach Ausbruch des Krieges zwischen Amerika und Deutschland die Schweiz Emerson das Asylrecht für politische Flüchtlinge versagte. Man kann in Deutschland die klugen Berichte also nicht ohne persönliche Anteilnahme lesen. Adolf Köster schildert die Kämpfe um Siebenbürgen und Rumänien in dem Buch „Die Sturmschar Falkenhayns" (Albert Langen, München, M. 1.50). Zum Schluß vergleicht er den Feldzug mit dem serbischen. „Der serbische — sagt er — war im ganzen nur ein Kesseltreiben gegen einen Feind, der nur Nachhutgefechte lieferte. Der rumänische Feldzug war ein Abbild des ganzen Krieges. Er brachte offene Bewegungsschlachten, Durchbruchsschlachten, Umgehungsschlachten, Stellungskrieg, Kampf um Hochgebirgsfestungen. In seinem Rhythmus, in dem Ineinanderspiel zwischen Falkenhayns und Mackensens Operationen setzte sich, wie in keinem andern Feldzug, eine überlegene Idee siegreich durch, die mit dem Gegner spielte wie die Katze mit der Maus. Und doch wird dieser Feldzug gegen einen andern Gegner gewonnen als der Serbe es war. Seine Führung überraschte immer wieder durch Elastizität und Hartnäckigkeit." Seine Kriegsberichte aus dem Westen sammelt derselbe A. Köster unter dem bezeichnenden Titel „Wandernde Erde" (Albert Langen, München, M. 1.50). Was er nämlich an der Westfront gesehen hat, ist „ein Meer von Lehm und Stein. Erstarrt und doch lebendig. Denn diese ganze Erde wandert. Jeden Morgen sind ihre Wege neu. Die Trichter werden zugeschüttet, neue geschlagen. Die Trichter wandern. Die Blöcke wandern auch die Toten haben keine Ruhe." Fernand van Langenhove, wissenschaftlicher Sekretär des Solvayschen soziologischen Instituts in Brüssel, Mitarbeiter der belgischen Dokumentensammelstelle, hat die Erzählungen der belgischen Franktireurs in einem Buche „Wie Legenden entstehen" (Füßli, Zürich 1917, M. 4.50) gesammelt und in ihrem Verhältnis zur Wirklichkeit geprüft. Er sucht ihren Ursprung ausfindig zu machen und ihre Verbreitung in das Licht der Massenpsychologie zu stellen. Der Verfasser schließt aus seinen Untersuchungen: „Für alle Berichte haben tatsächlich übereinstimmende Untersuchungen dargelegt, daß die Episoden unmittelbar der festgesetzten Wahrheit widersprechen. Das deutsche Heer vereinigte, als es in Belgien einmarschierte, die Gesamtheit derjenigen Bedingungen, welche nach den aufgestellten Gesetzen die größte Zahl der Entstellungen in der Wiedergabe beobachteter Tatsachen nach sich ziehen mußte. Die Entstehung von Berichten über die belgische Volkswut war deshalb innerhalb des deutschen Heeres unabwendbar; sie erscheint als ein gewissermaßen notwendiges, durch die Gesetze vorgeschriebenes Ereignis. Aber es sind nicht nur die, dieser Willensbeschränkung entsprungenen Benachtungen, welche die legendäre Eigenart dieser Berichte belegen. Genaue Beobachtungen bringen unmittelbare Beweise, indem sie den klaren Wiederaufbau der einzelnen Vorgänge ihrer Entstehung gestatten."

Die Beziehungen zwischen den militärischen Bedürfnissen und den Verkehrseinrichtungen untersucht für Deutschland Dr. R. Hennig in dem Buch „Grundzüge einer militärischen Verkehrspolitik" (Karl Heymann, Berlin, M. 8.—). Auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges werden im Zusammenhang die Gesetze und Regeln erforscht, „nach denen sich die Wechselwirkung zwischen militärischen Notwendigkeiten und friedlichen Wünschen auf dem umfangreichen Gebiet des Großver-

Digitized by Google

kehrs abspielt. So sehr die Ausgestaltung aller Verkehrsanlagen die Voraussetzung unserer militärischen Erfolge war, so sehr ist der Ausbau des Bahn-, Fluß- und Wegenetzes außer aus dem strategischen Interesse aus dem des allgemeinen Verkehrs und des wirtschaftlichen Lebens zu betrachten. Trotzdem gilt der Satz: Ein Staat, der die Absicht hat, im Krieg sich nicht auf eine lahme Defensive zu beschränken, sondern den Krieg, wenn irgend möglich, in einer kräftigen Offensive ins Feindesland zu tragen, wird gerade auch den Ausbau der grenznahen Straßennetze in einer möglichst vollkommenen und engmaschigen Ausführung als eine der wichtigsten Aufgaben betrachten müssen. Ebenso allgemein ist die Erkenntnis von der allgemeinen Notwendigkeit der Förderung des überseeischen Nachrichtenwesens."

General der Kavallerie z. D. F. v. Bernhardi bringt Erinnerungsblätter einer tapferen deutschen Frau, die in einem Feldlazarett der Ostfront ihren schwerverwundeten Gatten in den Sommermonaten 1915 gepflegt hat, mit einem Vorwort („Wie Helden sterben", S. Hirzel, Leipzig, Mk. 2.—) heraus. Es wird in der Öffentlichkeit — so schreibt General v. Bernhardi — viel geschrieben und mit Recht — über Kampf und Sieg, über die Heldentaten einzelner, über die glänzenden Stürme unseres Heeres, und die, die unerschütterlich aushalten, im tagelangen Trommelfeuer und sich den Sieg trotzdem nicht entreißen lassen: viel weniger aber hört unser Volk von dem stillen Heldentum in den Lazaretten und der opfervollen Tätigkeit derer, die unseren sterbenden Söhnen und Brüdern helfend und tröstend zur Seite stehen auf ihrem Schmerzenslager und in ihrer Todesstunde." „Krieg und Christentum" beleuchtet Pastor J. Wallow (G. D. Baedeker, Essen), Mk. 1.60. Er sieht die „ethische Siegesfrucht" des Krieges in der Vertiefung der Volksseele und der Einzelseele. — „Wenn das unseres Volkes Weg wird, dann wird späteren Geschlechtern diese Zeit des Blutes und der Tränen dennoch erscheinen als eine Stunde der neuen Geburt, des neuen Lebens aus millionenfachem Todesweh! Solch Erleben führt zur immer besseren Lösung des Problems: „Krieg und Christentum". G. Fraedrich äußert sich in dem 22. Heft der Religionsgeschichtlichen Volksbücher, „Des Heervolkes Seele" (Mohr, Tübingen, Mk. —.50) zu derselben Frage: „So wenig wie eine irgendwie dogmatische ist eine irgendwie konfessionslose Frömmigkeit draußen gewachsen. Von dem Aufbau eines neuen Seelenlebens in bewußter Selbstbildung, geistiger Arbeit und seelischer Auswahl kann demnach in keiner Weise beim Heervolke die Rede sein. Um so mehr aber ist sicher, daß tatsächlich die Fundamente zu einer neuen seelischen Haltung für eine neue Generation und Menschenart, für den neuen Typus des deutschen Menschen draußen gelegt werden." Den Eindrücken, die Björnstjerne Björnson „Vom deutschen Wesen" während der Jahre 1914—17 in Deutschland selbst, an den Fronten, in Polen, in Belgien, bei den Verbündeten bekommen hat, und die er nun in einem Sammelbuche bei Oesterheld, Berlin, herausgibt, hat Gerhard Hauptmann ein Geleitwort mit auf den Weg gegeben. Es ist ein schönes und überzeugendes Buch: Der zusammenfassende Schluß eines literarischen Werkes während des Weltkrieges, das uns, unserem Wesen und unserem Kampfe gerecht werden will. Wir wissen alle, was Björnson geleistet und mit welcher Entschlossenheit er die Partei des deutschen Volkes gegen seine Verleumder ergriffen hat. Und wir können aus diesen Blättern erfahren, wie treu er sich selbst und uns seitdem geblieben ist. Er hat nicht als Mitkämpfer Partei genommen — gehört er doch einem neutralen Staate an — sondern gleichsam als Sekundant, der die Waffe nur hebt, um unehrliche Hiebe zu parieren. Er ist uns gegenüber kein Lobhudler. Unser Volk ist zu gesund, zu groß, zu stark, als daß es sich nach Lobhudeleien sehnen, oder, wo sich solche aufdrängen, sie auch nur ernstlich beachten sollte. Wir schätzen den Freimut, wir fordern ihn. Freilich hat Björnson wie andere Skandinaven, gerade mit dieser Eigenschaft den Haß unserer Feinde auf sich gezogen, er sah es voraus. Er mußte das bei der Art unserer Gegner voraussehen: das hat aber seinen Entschluß, der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht wankend gemacht. Das alles werden wir nicht vergessen. — Endlich hat sich Björnson mit diesem Werk, das man in Hütten und Palästen dankbar bewegt lesen wird, im deutschen Herzen ein dauerndes Denkmal gesetzt." Gottfried Traub hat einen weiteren Teil seiner Eisernen Blätter zu einem Buche „Heimkrieg" (J. Engelhorn, Stuttgart, Mk. 2.50) gesammelt, Rudolf Presber seine Kriegsgedichte zu einem reich ausgestatteten Buche „Die Brücken zum Sieg". (Verlag Dr. Eysler, Berlin SW.)

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. F. Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verl.: M. 3.80, Ausland M. 4.70. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 21. September 1917 · Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

den 16. Sept. 1917

Ziel und Führung

Von Dr. Paul Rohrbach

Welches ist das Ziel, zu dem die neue Regierung uns führen will? Bestehen grundsätzliche, fest umrissene Gedanken über die Gestaltung der Dinge, die sich verwirklichen soll? Gibt es sie in bezug auf unser Kolonialreich, auf Belgien, auf Rußland und die dort um ihre Wiedererweckung zum politischen Dasein ringenden Völker? Gibt es sie für die mitteleuropäische Idee, für Polen, für unser zukünftiges Verhältnis zu England? Hat man bestimmte Wege und Methoden vor Augen, um aus dem Kriegs- in den Verhandlungszustand zu kommen? Besitzt man genügende Kenntnis aller auf diesem Gebiet vorhandenen Möglichkeiten?

Auf all diese Fragen über die Regierung haben wir keine Antwort. Es ist keine Klarheit und darum kein Vertrauen. Keine Klarheit und kein Vertrauen auch in der weiteren Frage, ob für das Verhältnis der auswärtigen und der inneren Politik das rechte Augenmaß besteht. Ein sehr unerfreulicher Zustand. Man könnte Vertrauen zu einer Regierung haben, auch wenn sie sich in Dunkelheiten hüllt, sobald feststeht, daß die Regierung ihre Aufgabe beherrscht. Nur muß man dann schon vorher Proben von der Fähigkeit gehabt haben, die Männern an der Spitze innewohnt. Man glaubt an den Löwen, sobald die Spur seiner Klaue da ist. Was aber zu sehen ist, sieht nach anderem aus, als nach Löwenklauen.

Die Berichte über den russischen Prozeß, bei dem die Aussagen der Generale Ssuchomlinow und Januschkewitsch erfolgten, liegen jetzt ausführlich vor. Sie bestätigen das Bild, das man beim ersten telegraphischen Bericht hatte. Das Eingeständnis der russischen Schuld am Kriegsausbruch ist vollkommen. In den Ländern der Entente hat man bis heute nicht gewagt, diese Stellen des Prozeßberichtes zu veröffentlichen.

Deutschland oder der deutschen Regierung die Schuld an der Weltkatastrophe zuzuschreiben, ist für keinen Menschen mehr möglich, der die Berichte aus Rußland kennen gelernt hat. Wo aber spürt man in der Behandlung dieses unvergleichlichen Vorteils,

Digitized by Google

der uns in den Schoß gefallen ist, die Klaue des Löwen dort, wo es darauf ankommt? Man spürt sie nicht, vielmehr Unfähigkeit, sich der vom Gegner selbst hingelegten Waffe richtig zu bedienen. Wir haben schon vor zwei Wochen darauf hingewiesen, welch ein Fehler es war, daß nicht sofort nach dem Bekanntwerden der Eingeständnisse Ssuchomlinows etwas Geeignetes unternommen wurde, um im voraus die zu erwartende Note Wilsons zu parieren. Gegen die amerikanischen Unverschämtheiten werden jetzt in ganz Deutschland Entrüstungsresolutionen beschlossen. Dergleichen ist selbstverständlich. Es mag auch für besonders bornierte Beurteiler im Auslande nützlich sein, es aus Deutschland bestätigt zu hören, daß zwischen der Nation und dem Kaisertum kein Zwiespalt aufgerissen werden kann, und am allerwenigsten mit so plumpen Mitteln, wie die amerikanische Politik sie braucht. Besser und wirksamer aber wäre es gewesen, wenn durch sofortige Ausnutzung der russischen Gelegenheit Wilsons Angriff gleich als kraftloser Stoß ins Leere zu Boden gefallen wäre. Blitzschnelles Handeln im Augenblick, wo die Gelegenheit sich bietet, ist das Zeichen politischen wie militärischen Könnens. Das ist die Klaue, an der man den Löwen erkennt. Wir müssen bei der russischen Angelegenheit noch eine Weile bleiben, weil sie typisch ist für die Art, in der bei uns auf der Regierungsseite gearbeitet wird. Wie die Dinge liegen, bleibt nichts übrig, als das Urteil, zu dem man gelangen will, auf „Indizien" aufzubauen. Diese sprechen dafür, daß es mindestens im vorliegenden Falle an der Schnelligkeit des Überblicks und an der notwendigen Vorstellung des moralischen Angriffsverfahrens gefehlt hat. Erstens durfte nicht soviel Zeit verloren werden, zweitens gab es keinen ungeeigneteren Weg an die Öffentlichkeit, zumal im Auslande, als das Wolffsche Bureau. Ohne in eine sachliche Kritik an den Leistungen dieses Instituts einzutreten, läßt sich objektiv feststellen, daß es für das feindliche und neutrale Ausland nur geringe Wirkungen zustande bringt. Große Tatsachen sprechen für sich selbst, mit und ohne Wolff, was aber nur Wolff anvertraut wird, bleibt von vornherein wirkungslos. Es wird hier nicht beachtet und dort totgeschwiegen. Das russische Geschehnis war ungeheuer. Der dichte Vorhang, den die politische Kunst der Entente davor gezogen hatte, wer schuld am Kriege sei, riß mit einem Ruck entzwei, von oben durch bis unten, und die Wahrheit wurde sichtbar. In dem Augenblick ging es wie Zähnklappen durch die Welt der Schuldigen. Man fürchtete im nächsten Augenblick eine Katastrophe. Man wartete mit Zittern auf die Nachricht des nächsten, des übernächsten Tages aus Deutschland. Man glaubte, der Reichstag würde zusammenberufen, eine große dramatische Verhandlung vor aller Welt in Szene gesetzt werden. Man sagte sich, daß ein solcher Schlag, sofort geführt, die hoffnungslose Verfinsterung des moralischen Heiligenscheins bringen würde, den die Entente um sich gebreitet hatte. Man war auf einen Schlag der Vernichtung gefaßt, denn es wäre unmöglich gewesen, die Vorgänge und Reden der Welt zu verheimlichen.

Aus Deutschland aber kam nichts. Dagegen kam am dritten Tage nach Ssuchom-

Digitized by Google

linow die Veröffentlichung der Note des Herrn Wilson im Haag. Wilson, Lloyd George und Co. werden nicht schlecht in Sorge gewesen sein, die deutsche Regierung könnte ihnen noch vorher das Bekenntnis Ssuchomlinows um die Ohren schlagen, daß ihnen Hören und Sehen samt der Note verging. Aus Deutschland kam immer noch nichts. Am sechsten Tage endlich kam Herr Mantler vom Wolffschen Bureau. Die Ausführungen, die der Reichskanzler ihm einhändigte, sind am besten damit charakterisiert, was der Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Kommerzienrat Mamroth, gleichsam vorahnend kurz vorher im „Tag" über unsere Art und Weise, die Öffentlichkeit zu benutzen, geschrieben hatte. Seine Charakteristik dort lautete mit einem Wort: wirkungslos! Wirkungslos darum, weil nicht in lebendiger Erkenntnis und Befolgung der psychologischen Gesetze geschrieben und geredet wird, nach denen es möglich ist, die Aufmerksamkeit der Welt zu erregen, sondern im Aktenstil, bureaukratisch. An einer einzigen Stelle in der von Wolff verbreiteten Darlegung findet sich auf die russischen Kriegstreiber der Ausdruck Verbrecher angewendet. Im übrigen ist es eine Satzfolge, wie nur je eine, bei der die bureaukratische Methode Pate gestanden hat: Ausführungen, gegen deren sachliche Richtigkeit keine Einwendung erhoben werden kann, die aber wirkungslos zu Boden fallen würden, selbst wenn ihre Verbreitung nicht noch der ungeeignetsten Stelle übertragen worden wäre.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, um die Frage nach den Eigenschaften unserer politischen Führung zu beantworten. Von dem Fehler unserer Friedensangebote an Rußland ist schon oft gesprochen worden, und auch davon, daß sie am verkehrtesten waren, nachdem die russische Revolution ausgebrochen war. Es ist fraglich, ob es dem General Kornilow gelingen wird, sich der obersten Gewalt zu bemächtigen und die Kräfte Rußlands, soweit solche noch vorhanden sind, wieder geschlossen in den Dienst Englands und der Entente zu stellen. Möglich, daß er mit den revolutionären Mächten nicht fertig wird und daß im Ergebnis des Bürgerkrieges das russische Chaos sich bis zur Kraftlosigkeit vergrößert. Möglich auch, daß die Transportschwierigkeiten, der Verpflegungsmangel und der Winter ohne Rücksicht auf die Revolution und Gegenrevolution mit Rußland ein vorläufiges Ende machen. Dringt aber Kornilow jetzt durch, richtet er die Militärdiktatur ein, führt er das Land wieder auf den Weg der monarchischen Sammlung, hat er Erfolge gegen die Fremdvölkerbewegung, so würde das alles nur darum geschehen, weil gerade während der Zeit, als anders gehandelt werden mußte, unsere Nichtkenner Rußlands dem Phantom des Sonderfriedensschlusses nachjagten und darüber die Gunst des entscheidenden Zeitabschnittes versäumten.

In der uns unbekannten Welt Rußland geschieht jetzt ein folgereiches Stück Weltgeschichte vor unseren Augen. Weltgeschichte ist es, wenn die Ukraine aufersteht, Weltgeschichte, wenn Finnland um seine Selbständigkeit den Kampf erklärt. Um das

Digitized by Google

ganz zu begreifen, muß man allerdings russische Geschichte kennen. Auch wenn man sie nicht kennt, gebietet der politische Instinkt, solche Gelegenheiten zu benutzen, um dem Feinde zu schaden. Ein Löwe der Staatskunst könnte hier schon ein ganz gutes Stück Klaue zeigen. Die Klaue muß dahin hauen, wo die Fuge zwischen den Großrussen, den Ukrainern und den Fremdvölkern sichtbar wird. Statt dessen heißt es: Auf die ukrainische Bewegung ist doch nichts zu geben. Warum? Vielleicht weil neulich bei den städtischen Wahlen in Kiew usw. die Ukrainer in der Minderheit geblieben sind? Als ob das ein Zeichen wäre! Wer weiß denn nicht, daß in den Großstädten des ukrainischen Gebiets die Russifizierung seit lange Fortschritte gemacht hat — die einzigen, die sie in der Ukraine erzielte! Der Genius des wirklichen Staatsmannes zeigt sich darin, daß er keine Gelegenheit vorbeiläßt, werdende Dinge, die uns nützen können, rechtzeitig zu erkennen und zu stützen. Heute liegen die russischen Dinge so klar, daß kein Zweifel mehr möglich ist. Ssuchomlinows Geständnis hat gezeigt, durch welche Kräfte die Macht Rußlands zum Überfall auf uns getrieben wurde. Nur ein Blinder vermag es zu verkennen, daß das Moment der zunehmenden russischen Überlegenheit auch hinter diesem Kriege darin bestehen wird, daß der Eroberungswille des moskowitischen Nationalismus nicht nur über das Großrussentum, sondern in dessen Dienst auch über die ebenso große Zahl nichtmoskowitischer Elemente zwangsweise verfügt. So lange das der Fall ist, bleibt es dabei, daß Rußland im Jahre 1950 die Kräfte einer Menschenmasse, die zwischen 250 und 300 Millionen liegt, wird gegen uns aufbieten können. Eine unermeßliche Verantwortung liegt auf unseren Staatslenkern angesichts der russischen Fremdvölkerfrage. Sie ist in großem, in dauernd politischem Sinne ein ähnliches Geschenk für uns, wie im Einzelfall das Geständnis Ssuchomlinows. Werden wir es auch hier, wo es sich um den Vorausblick in die Zukunft handelt, erleben, daß der Blick für das Wirkliche und Nutzbare nicht vorhanden ist? Wir getrauen uns nicht, auf diese Frage eine beruhigende Antwort zu geben. Wir wollten es ach wie gerne! Welcher besonnene Kritiker entschließt sich so leicht, zu bekennen: Ja es fehlt leider an Vertrauen! Was täten wir lieber, als unser Vertrauen auf unsere Staatsleitung erklären. Wie gerne wären wir dazu bereit, wenn sich irgendwo, wenn sich nur an einer einzigen Stelle die Spur der Löwenklaue zeigte! Wir sehen sie bisher aber nicht.

In Kürze wird man etwas von der Antwort auf die Papstnote hören. Vermutlich wird sie auch einen Satz oder einige über Belgien bringen. Der englische Führer Asquith hat am 26. Juli auf unterstrichene Weise gefragt, wie sich der neue deutsche Kanzler zu Belgien stelle. In der Parlamentsverhandlung vom 7. August ist in dem Frage- und Antwortspiel zwischen dem Abgeordneten Denman und dem Minister Lord Robert Cecil diese Sache von neuem aufs Tapet gebracht worden. Denman fragte, ob es sich nicht lohnen würde, herauszufinden, wie die „neue deutsche Regierung" sich stelle. Die ministerielle Antwort war: „Die britische Regierung be-

Digitized by Google

sitzt kein Kommunikationsmittel mit der deutschen Regierung." Das soll natürlich heißen, es sei nicht möglich, eine diplomatische Anfrage an Deutschland zu stellen; wolle Deutschland antworten, so habe es ja die Frage gehört und würde den Weg der Antwort zu finden wissen. Diese Vorgänge im Parlament sind darum von Bedeutung, weil auch aus anderen Anzeichen darauf geschlossen werden kann, daß die Partei in England, die in Belgien das Haupthindernis des Friedens sieht, wächst. Lloyd George kämpft täglich schwerer um seine Stellung und um den Krieg. Sein Krieg ist sein Kopf, zum mindesten moralisch. Er ist ein verlorener Mann, wenn nach den Opfern, die er dem englischen Volke zugemutet hat, der Krieg nicht den Ertrag bringt, mit dessen Zusage er die Opfer im voraus zu rechtfertigen versucht hat. Die Opposition gegen Lloyd George, die aus grundsätzlicher Friedensfreundschaft stammt, ist in England nicht hoch zu veranschlagen. Es gibt aber noch eine andere Opposition, deren jeweilige Stärke hauptsächlich von der militärischen Lage Englands und der Verbündeten abhängt, und sie ist viel gefährlicher. Die Opposition ist nicht grundsätzlich, denn sie nimmt den Krieg gerne, wenn er siegreich ist, aber sie zieht es vor, Lloyd George zu stürzen und Frieden zu machen, wenn kein Sieg für England in Aussicht steht, sondern bestenfalls ein Ausgang ohne Entscheidung, verbunden mit dem Zusammenbruch der großen Vermögen und der alten politisch sozialen Daseinsformen Englands und seiner bisher herrschenden Klasse. Lloyd George ist Demagoge und scheut sich nicht, um den Krieg und seinen Kopf zu retten, die Besitzenden den Instinkten der Masse auszuliefern. Das gefällt Leuten, wie Asquith, Balfour, Grey keineswegs. Sie sind nicht Helden des Grundsatzes, aber sie bedeuten politisch sehr viel für die Frage: Fortsetzung des Krieges oder Beginn der Verhandlungen. Man kann nicht verkennen, daß in England die Strömung jetzt wächst, die mit Verhandlungen beginnen möchte. Die Pazifisten wie die Realpolitiker müssen aber gleichermaßen der Kriegspartei zugestehen, daß England, wenn es Belgien in irgendeiner Form preisgibt, vor der Welt einen Sturz täte, der eine Katastrophe für die englische Machtstellung bedeutete. Englands Macht beruht zum Teil auf Schiffen und Geld, zum Teil aber, und nicht zum kleinsten Teil, auf dem Glauben der übrigen Welt an die englische Stärke. Zerbricht dieser Glaube, so sind Schiffe und Geld allein nicht mehr imstande, England zu halten. Gibt England Belgien preis, so ist der Kredit Englands zerstört — ein Schlag, den das englische Reich nie verwinden würde. Diese Erwägung ist für die englischen Politiker viel wichtiger als das tatsächliche Gefühl, Belgien moralisch verpflichtet zu sein. Einen Bundesgenossen preiszugeben, hat der englischen Politik niemals innere Schwierigkeiten gemacht; Belgien aber muß sie in ihrem eigenen Interesse noch unbedingter treu bleiben, als im belgischen. Die militärische und maritime Bedeutung Belgiens für Frankreich ist groß, aber selbst sie ist noch lange nicht so groß, wie in diesem Falle der Zwang, auf den politischen Kredit Rücksicht zu nehmen.

Digitized by Google

Hieraus erklärt sich der Wunsch derjenigen Elemente in England, die nicht Fanatiker des Deutschenhasses und Gefangene ihrer eignen Kriegsziele sind, sondern realpolitisch denken, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Er ist nach englischer Art so eingehüllt, daß niemand aus den Äußerungen ein Bekenntnis der Schwäche herauslesen soll, aber er ist da. Es ist noch etwas anderes da: das Anerbieten an die deutsche Adresse, auf kolonialem Gebiet Entschädigungen gegen Herausgabe von Belgien zu gewähren. Offene Andeutungen hierüber wagen sich noch nicht hervor. Zwischen den Zeilen kann man sie aber in allen friedensfreundlichen Organen und auch in manchen, die so tun, als ob sie nichts vom Frieden wissen wollten, finden. Man findet sie in verzerrter Form sogar in den Reden Lloyd Georges, der wiederholt seinen Standpunkt dahin definiert hat, daß die deutschen Kolonien Gegenstand der Verhandlungen auf dem Friedenskongreß sein sollten. Dies Zugeständnis, das Lloyd George sicher nicht freiwillig macht, ist die Hauptsache; alles andere ist Beiwerk, um das Gesicht zu wahren[1].

Wir sind der Meinung, daß, wenn sich eine klare Bereitschaft Englands zeigen sollte, für die Erhaltung seines eigenen politischen Kredits in der Welt den Preis vollkommen ausreichender Konzessionen an die überseeische Entwicklung Deutschlands zu zahlen, wir Belgien dann ohne weitere Bedingung in seiner vollständigen Souveränität und Unversehrtheit wiederherstellen sollten. Es gibt in der belgischen Frage für uns zwei Möglichkeiten. Die eine besteht darin, Belgien, gleichgültig auf welche Weise, zu einem Bestandteil unseres direkten Machtbereichs zu machen, so daß es in Wahrheit keinen belgischen Staat, der diesen Namen verdiente, mehr gibt. Die andere ist die, *Belgien ohne jede Bedingung, außer der einen, daß die Vlamen nicht wieder von den Wallonen vergewaltigt werden dürfen, beim Friedensschluß zu räumen.* Was dazwischen liegt, das ist vom Übel. Es wäre die alte Geschichte von dem Samniter Gavius Pontius, dem sein Vater riet: Lasse die gefangenen Römer ohne Lösegeld frei! — und darnach: Haue sie Mann für Mann nieder! Pontius aber wählte den Mittelweg und schickte sie unter das kaudinische Joch. Das war das Verkehrte. So wäre es auch für uns das unglücklichste, Belgien „wiederherstellen" und doch nicht in Wahrheit wiederherstellen zu wollen. Wir müssen uns daran erinnern, daß es von Anfang an nicht in unserer Absicht lag, die belgische Selbständigkeit anzutasten. Wir haben in diesem Punkte vor und auch noch nach unserem Einmarsch in Belgien Versicherungen abgegeben, und es wäre gut, sich offen und grundsätzlich dazu zu bekennen, daß wir jetzt Belgien nur dann aus der Reihe der selbständigen Staaten zu streichen berechtigt sind, wenn es sich um Dasein und notwendigste Sicherheit für uns handelt. Stände es so, dann brauchten wir keine weiteren Gründe beizubringen. Als England 1807 das Bombardement von Kopenhagen und die Fortnahme der dänischen Flotte unternommen hatte, und zwar ohne vorhergehende Anfrage, wie wir es bei Belgien getan haben, da begründete eine Proklamation des Königs von England vom 25. September 1807 die Hand-

[1] Vergl. hierzu auch die Notiz auf S. 1228.

Digitized by Google

lung mit folgenden Worten: Seine Majestät hege das Vertrauen, daß in den Augen Europas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens in der gebieterischen und nicht abzulehnenden, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht gefunden werden würde, für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange noch Zeit dazu war. Ebenso stellte sich die Parlamentsmehrheit auf den Standpunkt, aus allgemeinen Grundsätzen des Naturrechts wie des Völkerrechts sei „die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit" der Expedition gegen Kopenhagen zu behaupten.

Es gehört zu dem Kapitel der Unfähigkeit unserer Regierung und unserer Offiziösen, moralische Offensiven zu unternehmen, wenn auch das Material, das in den englischen Akten über Kopenhagen 1807 liegt, bisher ungenutzt geblieben ist. Breßlau im „Berliner Tageblatt" am 1. Februar 1915, und darnach wir haben wiederholt darauf hingewiesen, und ebenso ist bemerkt worden, daß England nicht daran gedacht hat, die dänische Flotte nachher zurückzugeben oder für die Umgekommenen und die zerstörten Werte Entschädigung zu zahlen. Es ist also auf seine eigene Handlungsweise aufmerksam zu machen, wenn es jetzt die Welt mit dem Spektakel über die belgische „Indemnität" erfüllt. Bei uns aber läßt man solche Gelegenheiten unverwertet liegen. Kaum daß man sich — zu wenig wirksam, weil zu sporadisch und zu wenig wiederholt — dazu aufgeschwungen hat, die Engländer darauf hinzuweisen, daß sie nicht von der Heiligkeit der Verträge über die belgische Neutralität reden dürften, weil sie bei früherer Gelegenheit den deutschen Durchmarsch durch Belgien selbst als diskutabel erklärt und die Belgier für den Fall, daß es dazu kommen sollte, auf Selbsthilfe verwiesen haben.

Dies alles sind offenkundige Dinge, und gerade nach englischer Auffassung könnte keine Rede von einem Unrecht im Falle Belgien sein, wenn im Falle Kopenhagen kein Unrecht, sondern Recht vorliegen soll. Trotzdem wäre es für uns sehr erwünscht, wenn wir Belgien aus jeder Art Zwangsabhängigkeit entlassen könnten, und wenn sich die Anzeichen, daß man in England uns das ermöglichen will, bekräftigten. Es ist nicht gut, ein Volk gegen seinen Willen unfrei zu machen, und die belgische Stelle am Körper Europas ist gefährlich. Sie würde auch für uns eine dauernde Gefahr bedeuten, denn ihr Besitz würde hinreichen, uns der Welt napoleonischer Politik verdächtig zu machen. Gegen eine Welt kann man mit guten Bundesgenossen sich im Kriege behaupten, aber es ist schwer, gegen das Mißtrauen einer Welt unausgesetzt gerüstet zu bleiben. Trotzdem: wenn wir sehen, daß England uns nach wie vor unser zukünftiges Leben — und dazu gehört als unbedingte Notwendigkeit die Wiederherstellung und kräftige Erweiterung unseres Kolonialbesitzes — nicht gönnt, wenn wir sehen, daß England nach wie vor sich nur für sicher hält, wenn wir zur See und über See schwach sind, dann allerdings bleibt uns nichts übrig, als auch in einem selbständigen Belgien nur den von England verlangten

Digitized by Google

Brückenkopf auf dem Festland gegen Deutschland zu sehen und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Wir erwarten, wie gesagt, daß bei der Beantwortung der Papstnote auch von Belgien die Rede ist. Wäre es doch so, daß wir dabei merkten: Ziel und Führung sind da! Rußland gegenüber wird unsere Politik so gemacht, als ob das Material zur Beurteilung der Lage an den maßgebenden Stellen nicht voll beherrscht würde. Man hat daher den Eindruck, daß entweder die Furcht, auf unbekanntem Gebiet im Dunklen danebenzugreifen, oder die Idee, es könne doch nichts Ernstliches da sein, was man in der Tat nicht weiß (!), unsere Diplomatie zwangsläufig im Routinegleis hält, obwohl Schwellen und Schienen schon in der Luft hängen. Das ist nicht angenehm, aber von Rußland läßt sich schließlich hoffen, daß die Russen wie bisher, so auch noch ferner die Politik für uns machen werden, die eigentlich wir machen sollten, und daß Finnländer und Ukrainer, wenn sie ihre Selbständigkeit erreicht haben, sich nicht dauernd daran erinnern werden, daß, während ihr Ringen begann, unsere Hand auf dem Rücken lag und unser Auge am Himmel spazieren ging. Mit England aber ist es anders. Die englischen Verhältnisse zu durchschauen, sollte nicht einmal für eine mittlere Diplomatie mehr schwer sein. Bei England, da verlangen wir, daß keine Fehler mehr gemacht werden, die den Krieg länger hinausziehen, als notwendig ist. England kann reif für den Frieden werden, wenn Lloyd George abtritt — und inwiefern es mit an uns liegt, ihn abtreten zu lassen, das hat man uns von England aus so deutlich gesagt, daß es nicht mehr die Schuld der Engländer wäre, wenn wir es nicht verstehen. Allerdings — eine ungeschickte Erklärung über Belgien könnte und würde es leisten, ihn zu halten. Hier brechen wir für heute ab. Zum Thema vom politischen Ziel und politischen Führertum gehört auch noch die Abfertigung an Herrn Wilson, die da wäre, wenn man Ssuchomlinows Geschenk an die deutsche Diplomatie besser benutzt hätte. So steht sie noch aus. Sie kann aber immer noch zu einem unerhörten Triumph der deutschen Sache gemacht werden, wenn ein Funke aus Genieland mit hineinkommt.

Deutschland und England nach dem Kriege

Von Gustav Roloff

Es ist nicht schwer, durch einen Vergleich mit den historischer Seemächten den Beweis zu erbringen, daß Deutschland durchaus befähigt ist, eine große Seemacht zu sein, denn alle materiellen und geistigen Kräfte, die dereinst Holland, Frankreich und England zu Seemächten ersten Ranges erhoben haben, sind in Deutschland reichlich vorhanden.

Holland war im 16. und 17. Jahrhundert die erste See- und Handelsmacht geworden durch die Hingabe seiner Bevölkerung an die maritimen Aufgaben des Frie-

Digitized by Google

dens wie des Krieges: durch die großen Leistungen im Schiffsbau, Fischfang, in überseeischen Unternehmungen, Waffenfabrikation und dergl. wurden alle Größen, die eine große Kriegsflotte braucht, geschaffen[1]. Freilich nicht alle maritimen Faktoren waren in derselben Weise entwickelt. Eine bedenkliche Schwäche lag in der ungenügenden Organisation des niederländischen Bundesstaates, der infolge der Abneigung vieler Bundesglieder gegen sogenannte „unproduktive" Ausgaben nicht eine große eigentliche Kriegsflotte errichten konnte, sondern seine Kriege vorwiegend mit den großen Kauffahrern, die ihm die Handelsgesellschaften oder andere Besitzer im Bedarfsfalle vermieteten, führten mußte. Allerdings waren diese Handelsschiffe bei der damaligen Unsicherheit der See auch für militärische Zwecke eingerichtet, aber die technische Vollkommenheit der zu speziell kriegerischen Zwecken gebauten Schiffe erreichten sie nicht, und ebensowenig genügte die militärische Disziplin von Offizieren und Mannschaften den kriegerischen Anforderungen. Einzelne geniale Admirale erkannten zwar die Schwächen des niederländischen Seewesens, vermochten aber nicht, sie abzustellen.

Frankreichs Seemacht, die die holländische im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts überflügelte, war ungefähr ihr Gegenteil: sie war weit weniger durch die Nation als durch den starken Staat geschaffen worden. Eine zahlreiche seemännische Bevölkerung, eine alte große Schiffahrt und eine Industrie, die für diesen Zweck arbeitete, kurz eine maritime Tradition gab es zu Beginn des 17. Jahrhunderts noch nicht; große Seeschiffe hatte Frankreich überhaupt nocht nicht, und seine Seekriege führte es mit fremden Kapitänen, die es samt ihren Schiffen anwarb. Erst Richelieus mächtiger Wille zwang seit dem zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts den Staat in die Bahnen der Kolonialpolitik und des Großhandels zur See, woraus sich die Notwendigkeit einer Kriegsflotte von selbst ergab. Sogleich machte sich nun der große Reichtum Frankreichs an materiellen Mitteln und Menschen — Frankreich war damals der volkreichste Staat Europas — geltend. Auf Betreiben der Krone entstanden binnen weniger Jahrzehnte vortreffliche Häfen, Werften, Reedereien, Kolonial- und Handelsgesellschaften, Geschützgießereien, Schulen für Matrosen und Offiziere, kurz alles, was zum Seewesen gehörte, wurde systematisch in großem Stile geschaffen. Lehrmeister für Schiffsbau und alle nautischen Angelegenheiten wurden aus dem Ausland berufen, das Rohmaterial lieferte bald das Inland, bald das Ausland. Da man sich an die besten ausländischen Muster hielt und die Franzosen stets treffliche Konstrukteure und Artilleristen gewesen sind, so waren die französischen Kriegsschiffe die größten und besten der Welt, ihre Geschütze waren leistungsfähiger, ihre Mannschaften besser durchgebildet und diszipliniert als die englischen und holländischen. Freilich haftete der jungen Flotte eine gefährliche Schwäche an: der Vorrat an brauchbaren See-

[1] Hierüber näheres in meinem Aufsatz: Die Entstehung der englischen Seevorherschaft. Preuß. Jahrbücher Bd. 123, 1906.

Digitized by Google

leuten war gering. Dieser Mangel erklärt sich aus dem Ursprung der Marine. Es war nicht möglich, die binnenländisch gerichtete Nation innerhalb weniger Jahrzehnte mit Teilnahme für die maritimen Dinge zu erfüllen; nur die schwache Küstenbevölkerung und geringe sonstige Bruchteile fühlten Neigung zum seemännischen Beruf. Daher war die französische Flotte zu Beginn eines Krieges nach längerer Friedenszeit unübertrefflich: an technischer Vollkommenheit konnte sich keine andere mit ihr messen. Aber wenn der Krieg erst größere Lücken in das Personal gerissen hatte, so war es schwierig oder gar unmöglich, sie auszufüllen; oft mußten zahlreiche Schiffe in den Häfen bleiben, weil es an Besatzung fehlte. Der Seegroßhandel war noch zu jung; er hatte noch nicht genügend weite Kreise in der Nation seemännisch ausbilden können, und gewaltsam die Nation zum Seedienst zu zwingen, lag nicht in der Macht des damaligen Staates. Diese Schwäche ist der französischen Flotte im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts verderblich geworden. Sie vermochte nach einigen Jahren die See nicht mehr gegen die verbündete englisch-holländische zu halten und mußte die Seeherrschaft an die englische abtreten.

Die britische Flotte, die Siegerin über Holland und Frankreich, zeigt eine Verbindung der guten Eigenschaften der beiden anderen Marinen. Wie Holland hatte England eine kräftige, durch die Praxis in Fischerei, Handel und kolonialen Unternehmungen maritim geschulte Bevölkerung und eine tüchtige Industrie zur Herstellung von Schiffen und Waffen, und wie Frankreich hatte es einen starken Staat, der schon seit dem 16. Jahrhundert für den Bau von besonderen Kriegsschiffen, für die Zusammenfassung aller maritimen Kräfte und eine tüchtige Disziplin sorgte. War auch die technische Vorbereitung auf den Krieg im Frieden nicht so systematisch und gründlich wie in Frankreich, so machte die Überzahl an geschulten Seeleuten, die man aus der Küstenbevölkerung und dem großen Seehandel stets erhalten konnte, diesen Vorteil Frankreichs reichlich wett. Und den Niederlanden war England durch seine staatliche Organisation und seine reicheren Hilfsquellen vollends überlegen.

Eines besonderen Nachweises, daß Deutschland alle die Größen, die England die Überlegenheit über seine Rivalen verschafft haben, in hohem Maße besitzt, bedarf es wohl nicht: starke staatliche Organisation, enge Verbindung der Nationalwirtschaft mit dem Seeverkehr, Hingabe der Nation und der Regierung an die Aufgaben zur See, technisches Können, Vorrat an Rohmaterial — alles ist so reichlich vorhanden, daß die deutsche Flotte sich innerhalb eines Menschenalters aus dürftigen Anfängen zum zweiten Platz emporarbeiten und im Kriege der englischen qualitativ[1] überlegen erweisen konnte. Ein Überflügelung Englands im Frieden wie einst durch Frankreich unter Ludwig XIV. war freilich nicht möglich, da der englische Vorsprung zu groß war und finanzielle wie politische Gründe ein solches Streben verboten. Die Opfer, die die deutsche Landmacht erheischte, hemmten naturgemäß die Entwicklung der Marine, und dann hätte ein Flottenbau mit dem ausgesprochenen Ziele, die englische

[1] qualitatis = der Güte nach.

Digitized by Google

Seerüstung zu erreichen, einen sofortigen englischen Angriff hervorgerufen, und eine solche herausfordernde Politik lag dem Deutschen Reiche fern. Diese natürlichen Bedingungen, die Deutschland zu einer großen Seemacht bestimmen, hat der Krieg nicht etwa beseitigt, er hat uns vielmehr durch ein neues Moment noch günstigere Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Bereits ist es Deutschland gelungen, zwar nicht England in derselben Weise zu schlagen, wie dieses früher Holland und Frankreich besiegt hat und die Seeherrschaft an sich zu reißen, aber die englische Seeübermacht erheblich einzuschränken und eine Hauptwurzel der englischen Lebenskraft so zu schwächen, daß Englands wirtschaftliche und militärische Stellung nach dem Kriege eine ganz andere sein muß als früher. Ein kurzer Vergleich unseres Seekriegs mit denen der Vergangenheit wird das deutlich machen.

In allen früheren Seekriegen vermochte England zugleich die feindlichen Schlachtflotten und den feindlichen Handel zu zerstören, so daß am Schluß der Kriege seine Gegner mehr oder weniger schiffsarm dastanden. Das Inselreich hatte dagegen seine Kriegs- und Handelsschiffe durch Kaperungen und Neubauten vermehrt, sowie seine kommerziellen Beziehungen durch die Vertreibung der feindlichen Flaggen vom Meere vergrößert. So hatte es durch zwei glückliche Kriege von 1688 bis 1715 seine Handelsflotten von 190000 Tonnen auf 300000 und den Handel von 7½ Millionen Pfund auf 14 Millionen Pfund gebracht — der Handel des besiegten Frankreich, das dreimal so volkreich war, betrug etwa den vierten Teil. Und am Schluß der Napoleonischen Kriege besaß England an Handels- wie an Kriegsschiffen weit mehr als die ganze übrige Welt zusammen; Frankreich, Holland, Dänemark, Spanien, die Hansestädte, die im 18. Jahrhundert einen beträchtlichen Teil der Weltschiffahrt besessen hatten, mußten in ihrer maritimen Arbeit wieder von vorn anfangen. Stets hatte in diesen Kriegen die englische Übermacht den eigenen Handel schützen können. Wenn z. B. die Franzosen versuchten, nachdem ihre Schlachtflotte mattgesetzt worden war, einen Handelskrieg mit Korsaren zu eröffnen, um England hierdurch tödlich zu treffen, so hatten die Engländer genügend Fregatten und andere leichte Fahrzeuge zur Hand, um die Handelsschiffe begleiten zu lassen und die Korsaren zu verfolgen; ohne Gefahr konnten nach der Überwältigung der feindlichen Schlachtflotte sogar Linienschiffe desarmiert werden, um Mannschaften für diesen Kreuzerdienst zu gewinnen. Dieser energische Kreuzerkrieg richtete die feindlichen Korsaren bald zugrunde; vorübergehend hatten sie sich wohl lästig machen, aber den Handel nicht ernstlich schädigen, geschweige denn unterbinden können. Es leuchtet ein, wie Kriege mit solchem Ausgang der Macht und dem Reichtum Englands zu statten kommen mußten. Je größer der Vorsprung der englischen Kriegsflotte vor denen der anderen Seemächte wurde, desto weniger angreifbar wurden seine Inseln, je größer der Unterschied zwischen den Handelsmarinen wurde, desto schwieriger mußte es werden sie auszugleichen, desto größer vor allem war der Goldstrom, den der eigne Handel und die Frachten für den fremden nach

Digitized by Google

England fließen ließen. Die Handelsflotte war also ein Kapital, das dem Nationalwohlstande dauernd ungeheure Zinsen trug, am stärksten immer während eines Krieges und unmittelbar nach dem Abschluß, da in solchen Zeiträumen fremder Wettbewerb wenig oder gar nicht vorhanden war.

Heute hat sich nun der Seekrieg in seinen beiden Zweigen gründlich zuungunsten Englands verändert. Zunächst ist die Übermacht der englischen Schlachtflotte nicht groß genug, um die deutsche in alter Weise niederzukämpfen oder in den Häfen einzuschließen. Beide Flotten halten sich im Schach und verhindern sich an größeren Unternehmungen, aber dabei mußte sich die englische Küste doch empfindliche Belästigungen gefallen lassen. Der Erfolg, der in dieser Einschränkung der englischen Bewegungsfreiheit und Sicherheit liegt, wird uns durch die scharfe Kritik an der „Untätigkeit" der englischen Flotte in britischen und französischen Zeitungen ausdrücklich bestätigt.

Vor allem aber ist im Handelskriege eine Wendung eingetreten. Allerdings hat die englische Übermacht ihre alte Praxis fortsetzen und die deutsche Flagge vom Meere vertreiben können, aber die Hoffnung, die sie damit verband, der deutschen Macht den Todesstoß zu versetzen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Auf der anderen Seite hat Deutschland im U-Boot ein Mittel gefunden, dem englischen Handel in einer Weise zuleibe zu gehen, wie es bisher nie möglich gewesen ist. Hierin liegt der charakteristische Unterschied unseres Seekrieges von den früheren: vor hundert und zweihundert Jahren brauchte England den Kaperkrieg nicht zu fürchten, heute können seine Schlachtschiffe und Kreuzer der unterseeischen Jäger auf seine Schiffahrt nicht Herr werden. Selbst wenn die englische Regierung sich entschlösse, Dutzende von großen Schiffen zu entwaffnen, um die Zahl der Torpedoboote und sonstiger Unterseebootsjäger zu vermehren, würde sie schwerlich den U-Booten das Handwerk legen können, aber sie ist dazu gar nicht in der Lage, weil diese Maßregel der deutschen Schlachtflotte freie Hand geben würde. „Könnten wir doch Mannschaften der Flotte in U-Bootsjäger verwandeln" hat einmal „Daily Chronicle" verzweifelt geschrieben und damit den schwachen Punkt in der englischen Rüstung deutlich bezeichnet.

Aus alledem folgt, daß England aus diesem Seekriege zum ersten Male nicht mit verstärkter, sondern ungeheuer geschwächter Tonnage hervorgehen, also sich in ganz anderer wirtschaftspolitischer Lage sehen wird als früher. Das Kapital, das ihm so gewaltige Zinsen trug und die englische Handelsbilanz stärkte, wird verschwunden oder gewaltig verringert sein, England wird sogar große Opfer bringen müssen, um die Lücken zu ergänzen; andere Staaten, die im Kriege ihren Frachtraum besser schonen konnten, werden im internationalen Verkehr eine größere Rolle spielen und viel von dem bisher nach England geflossenen Gewinn einheimsen. Daß Deutschland neben manchem Neutralen zu diesen Gewinnern gehören wird, darf man hoffen, da der größte Teil der deutschen Handelsschiffe gerettet ist und manches neue gebaut sein

Digitized by Google

wird: eins der wichtigsten Kriegsziele Englands, seiner Flagge die Herrschaft im Handel unangreifbar zu sichern, ist also gründlich verfehlt; seine Flagge wird härtere Konkurrenzkämpfe bestehen müssen als je seit Jahrhunderten.

Nicht besser sind die englischen Aussichten auf militärischem Gebiete. Bisher haben wir den Krieg geführt vorwiegend mit Erfindungen und Waffen, die erst im Kriege vollendet worden sind; was an U-Booten im August 1914 vorhanden war, war ja verschwindend gering. Im Frieden wird voraussichtlich der Bau von U-Booten in noch größerem Maßstabe betrieben werden, Deutschland wird also binnen kurzem für den Fall eines neuen Krieges imstande sein, England mit einer vielfach stärkeren U-Bootsflotte wirklich zu blockieren und damit sicher wehrlos zu machen. Daß Deutschland die Menschen und Mittel zur Lösung dieser Aufgabe besitzt, steht fest und schwerlich wird die Technik in absehbarer Zeit ein ausreichendes Gegenmittel gegen die U-Boote finden, da es ihr in drei Jahren trotz heißem Bemühen noch nicht gelungen ist. Mag auch England im Frieden seine Landwirtschaft verbessern und Vorräte an Lebensmitteln wie Rohmaterialien anhäufen, niemals werden diese Mittel ausreichen, den riesigen Bedarf eines großen Krieges auf längere Zeit sicherzustellen. Einen solchen Schlag wird England nicht mit gleicher Wirkung zurückgeben können. Gewiß wird es ebenfalls Dutzende oder gar Hunderte von U-Booten schaffen und mit ihnen die Jagd auf den deutschen Handel eröffnen, aber Deutschland wird weniger darunter leiden als England: hier hat die Kunst die Natur überwunden, die moderne Technik hat Englands bisherigen Vorteil, seine insulare Lage, in das Gegenteil verwandelt. Vermöge seiner kontinentalen Lage ist Deutschland weit weniger vom überseeischen Verkehr abhängig als England und noch weniger als heute wird es in einem künftigen Kriege durch zeitweilige Abschnürung vom Meere erschöpft werden können. Denn nach dem Kriege wird eine großzügige Versorgungspolitik einsetzen und überdies wird das mit Deutschland zusammenhängende Wirtschaftsgebiet durch die Neuregelung des europäischen Ostens und des nahen Orients vergrößert und gekräftigt sein: Deutschland wird also die gegenseitige Absperrung leichter tragen und länger aushalten können als England. Das unterseeische Handelsboot darf man in einer solchen Betrachtung beiseite lassen, denn einstweilen wird es noch nicht entfernt imstande sein, den Einfuhrbedarf großer Staaten zu decken. Wenn man sich gar der Hoffnung hingeben darf, daß Mesopotamien und der Suezkanal von der englischen Herrschaft befreit werden und Deutschland mit Hilfe seines türkischen Bundesgenossen den Persischen Meerbusen zur Basis eines U-Boots- und Kreuzerkrieges machen kann, so ziehen damit neue in ihrer Bedeutung noch gar nicht abschätzbare Gefahren für England herauf, Deutschland würde dagegen einen durch U-Boote nicht zu sperrenden Zugang zum Weltmeer, besonders zu seinen Kolonien, gewonnen haben.

Bleibt also im kommenden Frieden Deutschlands Kraft ungebrochen und wird gar der Osten in der angedeuteten Weise eingerichtet, so wird Deutschland, mag auch im

Digitized by Google

Westen ungefähr alles beim alten bleiben, unter günstigeren Bedingungen als England leben und von dem Inselreiche schwerlich eine neue ernstliche Drohung zu befürchten haben. Es ist begreiflich, daß die englische Regierung, die diese Entwicklung nicht verkennen kann, alles daran setzt, sowohl Deutschlands wirtschaftliche und militärische Kraft zu zerstören, wie den wichtigsten Teil des Orients in seine Gewalt zu bringen; vermutlich wird sie diesem Phantom[1] noch manche Hekatombe[2] zum Opfer bringen, bis sie sich doch von der unerbittlichen Notwendigkeit überzeugen muß, Deutschland in seiner ihm von der Natur der Dinge zugewiesenen Größe anzuerkennen, auf die eigene unbeschränkte Seeherrschaft zu verzichten und Deutschland als gleichberechtigte Weltmacht zu betrachten.

Das Fiasko des „lateinischen Bundes"

Von Dr. Erich Noether, Weimar

Eines der großen Reklameschilder der französischen Presse trägt die Aufschrift: „Die lateinische Union". Unter dieser wohlklingenden Bezeichnung verstehen die betreffenden Kreise Frankreichs einen Bund, der in erster Linie Frankreich, Italien, Belgien, dann aber auch die Länder der Pyrenäenhalbinsel umfassen soll. Nach bewährtem Rezept wurde eine Reihe von großen Zielen aufgestellt, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art, die zu erfüllen die Aufgabe des in Gedanken schon völlig ausgebauten Bundes bilden sollte.

Ungezählte Aufsätze und Flugschriften wurden geschrieben und versandt, sowie Versammlungen abgehalten, deren Beschlüsse von gutem Willen und schönsten Hoffnungen überflossen. Einzelne Zeitschriften, wie z. B. „La Renaissance" und Tageszeitungen, wie der „Gaulois", brachten dauernd große Artikel über die Ziele des neuen Bundes. Es wurde sogar eine eigene Zeitschrift „La revue latine" begründet, die sozusagen als Vereinsorgan anzusehen war.

So war theoretisch alles im besten Gange. Aber der praktischen Durchführung stellten und stellen sich unausgesetzt große Hindernisse in den Weg, „denn hart im Raume stoßen sich die Sachen" — und Interessen.

Untersucht man die geplanten Verbindungen im einzelnen, so ergibt sich, daß für ein französisch-belgisches Zusammenarbeiten die Vorbedingungen relativ am günstigsten sind. Bereits vor dem Krieg liefen vom Wallonenland zahlreiche politische Fäden hinüber nach Frankreich. Die geistigen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Brüssel und Paris waren sehr rege, es wird also wohl keiner großen Anstrengungen bedürfen, um den geplanten Bund an dieser Stelle festzukitten.

Schon ganz anders liegen die Verhältnisse in Italien. Als die „Sœur latine"[3] ihren Ausweis als Kulturnation dadurch erbracht hatte, daß sie das Dreibund-Bündnis tückisch zerriß, wurde sie ob dieses heldenmütigen Entschlusses von der „großen

[1] Phantom = Trugbild. [2] Hekatombe = Massenopfer. [3] Sœur latine = lateinische Schwester.

Digitized by Google

Schwester" Frankreich mit offenen Armen und lodernder Begeisterung empfangen. Dachte man doch in Paris, daß das Eingreifen Italiens das Kriegsglück wenden und den damals schon als nahe bevorstehend proklamierten Sieg der Alliierten in kürzester Frist bewahrheiten würde. Französische Politiker und Journalisten — eigentlich eine Tautologie[1] — berauschten sich in „erhabenen" Reden und Aufsätzen an den Gedanken der großzügigen kommenden Zusammenarbeit der beiden Schwesternationen und D'Anunncio schmetterte die Siegesfanfaren seiner Wünsche durch den Blätterwald und das Kabelnetz der Entente.

Mit fliegenden Fahnen stürmten die italienischen Truppen vor und — wurden geschlagen, immer und immer wieder geschlagen, so daß der „Vormarsch auf Wien" nach zwei Jahren blutigster Kämpfe immer noch am Isonzo, an der Eisenmauer Österreich-Ungarns, aufgehalten wird.

Wie eine Fata Morgana liegen Triest und Trient vor den italienischen Blicken, und allmählich beginnen einsichtsvolle Italiener zu merken, daß die Erreichung dieser Ziele doch nur eine trügerische Hoffnung darstellt. Deshalb wird von italienischer Seite nach und nach das politische Schwergewicht auf Faustpfänder im Balkan gelegt, eingedenk des Sprichwortes „der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache". So wurde Vallona von den Italienern besetzt, so ist die neuerdings proklamierte Schutzherrschaft Italiens über das — zum größten Teil allerdings von Österreichern besetzte — Albanien zu erklären.

Die ganze hier geschilderte Entwicklung hatte zur Folge, daß die heißglühenden Gefühle Frankreichs für Italien erheblich abgedämpft wurden. Denn einmal sucht Frankreich den Kriegseifer Italiens durch Aufstachelung zur Befreiung der unerlösten Gebiete wachzuhalten, dann aber liegt ein Vordrängen Italiens auf dem Balkan absolut nicht im Interesse Frankreichs. Die „lateinische Union" wird von Frankreich immer so verstanden, daß Frankreich in diesem neuen Gebilde die Führung hat. Deswegen finden alle imperialistischen Wünsche Italiens in Frankreich keine Gegenliebe. Da aber Italien als aufstrebende Nation sich durch Rücksichten auf das absterbende Frankreich nicht hemmen läßt, entstehen Reibungen und Streitigkeiten. Frankreich erklärt, von Italien nicht als alter Verwandter, auf dessen Erbschaft man spekuliere, behandelt werden zu wollen. Ebensowenig habe man Lust, als Aushilfsmittel gegen die Beseitigung innerer italienischer Schwierigkeiten zu dienen, d. h. Frankreich kann es nicht zulassen, daß die italienische Regierung, um inneren Unruhen vorzubeugen, imperialistische Ziele verfolgt, die Frankreichs Wünschen zuwiderlaufen.

Italien seinerseits klagt immer und immer wieder darüber, von Frankreich als der „jüngere unmündige Bruder" behandelt zu werden. So sind die politischen Voraussetzungen für ein dauerndes Zusammenarbeiten dieser Nationen nicht gerade die günstigsten.

Aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht werden sich einer Zusammenarbeit große

[1] Tautologie = doppelte Bezeichnung desselben Gedankens mit anderen Worten.

Digitized by Google

Schwierigkeiten entgegenstellen, denn einmal konkurrieren Frankreich und Italien mit verschiedenen Produkten auf dem Weltmarkt, dann aber fürchtet man in Frankreich, daß durch die geplante Masseneinwanderung italienischer Arbeiter — wie sie von Vertretern des lateinischen Bundes gefordert und dem kinderarmen Frankreich als notwendig hingestellt wird — die „Reinheit" der französischen Rasse leiden werde. Italien wiederum erklärt, nicht gewillt zu sein, das nun glücklich abgeschüttelte deutsche Wirtschaftsjoch mit einem französischen zu vertauschen.

Ob diese Basis gegenseitigen Mißtrauens nun gerade eine sehr feste Grundlage für dauernde wirtschaftliche Verbindungen geben wird, mag dahingestellt bleiben.

Wenn politische und wirtschaftliche Verhältnisse nicht günstig sind, so vermögen kulturelle Bande allein eine dauernde Einigung nicht herzustellen. Es wirkt ja auf die Pariser Bevölkerung ausgezeichnet, wenn eine italienische Abordnung am Denkmal der Stadt Straßburg einen Lorbeerkranz niederlegt, der am römischen Kapitol gepflückt wurde, für ein innerliches kulturelles Zusammenarbeiten braucht es doch wirklich andere Grundlagen als solche Äußerlichkeiten, und die französische Ansicht — wie sie von vielen Gelehrten und Schriftstellern vertreten wird —, daß die italienische Kultur in vielem von Frankreich abhänge, wird Italiens Selbstgefühl verletzen und so auch nicht gerade als festes Bindemittel dienen.

War für Belgien die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens ziemlich wahrscheinlich, ist sie für Italien nur schwer denkbar, so erscheint sie völlig ausgeschlossen bei dem Wunsch, auch die Pyrenäenhalbinsel in den lateinischen Kulturkreis einzubeziehen.

Über Portugal ist wenig zu sagen, auch in Frankreich scheint man das Gefühl zu haben, daß die „heldenhafte portugiesische Nation" doch eigentlich heute nur noch eine englische Kolonie ist, und sollten nationale Regungen, wie sie die letzten Unruhen in Lissabon darstellen, zum Erfolg führen, so würde ein sich auf sich selbst besinnendes Volk sicherlich nicht den Wunsch haben, das englische Leitseil zu zerreißen, um dafür an das Gängelband Frankreichs zu kommen.

So bleibt nur noch die Betrachtung Spaniens übrig. Wie alle übrigen Neutralen, so wurde auch Spanien nach allen Regeln der Kunst umworben. Von Frankreich aus wurden Abordnungen über Abordnungen geschickt, die die gemeinsamen Interessen betonen und auf die innigen Verbindungen der lateinisch-romanischen Rasse hinweisen sollten. Die unausgesprochene Hoffnung bei allen diesen Besuchen war, daß „die Stimme des Blutes" bei den Spaniern so laut sprechen würde, daß sie sich zum Kampfe für die „gerechte Sache" entschließen könnten. Spanien war und blieb aber von einer völlig unamerikanischen Neutralität. Die Sympathien des Volkes standen teils auf seiten der Zentralmächte, teils auf seiten ihrer Gegner. Die Stimmung dieser letzteren suchte die Entente auszunutzen, um hier die Hebel für ein späteres Zusammenarbeiten einsetzen zu können. Es ist ja auch zuzugeben, daß ein Teil des spanischen

Digitized by Google

Volkes Sympathien für Frankreich besitzt. Politisch wie wirtschaftlich ist eine dauernde französisch-spanische Einigung in der Theorie nicht ausgeschlossen. Aber auch hier gilt wieder, was bei Italien schon angeführt wurde: die imperialistischen Interessen der beiden Länder müssen unbedingt aufeinander prallen, und vor allen Dingen ist es das französische Tanger, das den Spaniern ein Dorn im Auge ist. Aus diesem Grunde allein werden die schönen französischen Hoffnungen unausführbar sein. Es kommt aber noch eines hinzu. Die enge Verbindung, die Frankreich während des Krieges mit England einging, hat die spanische Sympathie für Frankreich stark abgekühlt, denn kein Spanier, der für sein Vaterland fühlt, wird über die Tatsache hinwegkommen, daß der starke Felsen Gibraltar im englischen Besitz ist. So wäre die erste Forderung, die Spanien bei einem engen Bündnis an Frankreich stellen würde, doch wohl die, daß Frankreich seinen Bundesgenossen über dem Kanal veranlasse, Gibraltar den Spaniern zurückzugeben. Frankreichs erste Sorge bei Frage der Zurückgabe besetzten Gebietes dürfte aber doch wohl die näherliegende von Calais sein. Außerdem wird eine solche eventuelle spanische Forderung von der französischen Tagespresse heute schon mit aller Entschiedenheit und mit den Zeichen höchster Entrüstung abgelehnt.

Fassen wir kurz zusammen, so ergibt sich, daß der theoretisch so herrlich aufgebaute lateinisch-romanische Bund in der Praxis wohl auf eine Einigung mit dem wallonischen Belgien rechnen kann, daß aber Italien und Spanien für ein dauerndes Zusammenarbeiten mit Frankreich nicht in Betracht kommen und man deshalb heute schon von einem Fiasko des „lateinischen Bundes“ sprechen kann.

*

Seitdem diese Zeilen geschrieben wurden, haben sich zwei Gruppen von Ereignissen ereignet, die, äußerlich betrachtet, zwar eine Erstarkung des lateinischen Bundes darzustellen scheinen, in Wirklichkeit aber nur beweisen, auf wie schwachen Füßen der geplante Bund steht.

Es sind dies einmal die Bestrebungen, die südamerikanischen Staaten in die lateinische Union hineinzuziehen, und dann die Aufstandsbewegung in Spanien. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß der Grund für die Bestrebungen in Südamerika darin zu suchen ist, daß der Unionsgedanke in Europa nicht durchgeführt werden konnte und man deshalb — wie es bei der Entente ja überhaupt üblich ist — sich Hilfstruppen außerhalb Europas zu schaffen sucht.

Die Vorgänge in Spanien legen dar, daß die Ententestaaten die Liebe, die sie durch Überredung nicht erringen konnten, nunmehr durch unterirdische Machenschaften und Gewalttaten zu erlangen bestrebt sind. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Weg zu dem begehrten Ziele führen wird, und so kann man auch trotz — oder vielleicht gerade wegen — dieser Ereignisse weiterhin von einem Fiasko des lateinischen Bundes sprechen.

Digitized by Google

Offener Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik"

Von Leutnant d. R. Rein

(Mit Antwort von Dr. Friedrich Thimme.)

Sehr geehrte Herren!

Ich glaube mich nicht an eine falsche Adresse zu wenden, wenn ich diesen Offenen Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik" richte von der Überzeugung getragen daß Ihre Wochenschrift für innere Fragen kein Parteiblatt sein will, sondern alles unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik und unserer eigenen politischen Kultur, die auch natürlich nach außen zu wirken bestimmt ist, in Betrachtung zu ziehen geneigt ist.

Mitten im Weltkrieg sind wir drauf und dran, in einen schweren inneren Konflikt hineinzugeraten! Mit Staunen, so muß ich sagen, finden wir in den Zeitungen, die aus der Heimat kommen, Nachrichten, die von erneuten energischen Vorstößen der Parlaments-Mehrheit gegen die neue Regierung berichten. Der Ruf ertönt dringend und beinahe anmaßend: es wird Zeit, daß die Reichsregierung von den Mehrheitsparteien voll und ganz übernommen wird; das alte System hat abgewirtschaftet. Deutschland ist das einzige Land, das sich in politischer Beziehung noch nicht zu der kulturellen Höhe der Westmächte erhoben hat; folgen wir nach und nehmen wir Lloyd George und Wilson jeden Grund, sich über uns zu erheben.

Darf ich hier die Frage dazwischen stellen, ob schon jemand von den Reformern darüber nachgedacht hat, daß alle die Staaten, die seit langem schon „im glücklichen Genusse des parlamentarischen Regimes" sind, *während des Krieges das parlamentarische Regierungs-System* (d. h. die Herrschaft der Mehrheitspartei oder -Parteien) *aufgehoben haben*? In England, in dem infolge einer ganz besonderen ihm eigentümlichen politischen Entwicklung und seiner daraus sich ergebenden großen historischen Tradition das parlamentarische System erfolgreich gearbeitet hat, ist man, als der Krieg auch für England anfing schwerer Ernst zu werden, am Ende seiner bisherigen politischen Weisheit angelangt, und Gentlemen von beiden Seiten des Hauses mußten zusammentreten, um eine Kriegsregierung zu bilden. Frankreich setzte noch schneller ein Koalitions-Ministerium an Stelle der Parteiregierung. Ähnlich verfuhr Italien, und nur Amerika ist es, daß bisher die Parteiregierung der Demokraten noch beibehalten hat, wohl weil die Regierungsmaschine ohne den Antrieb seitens einer Partei überhaupt nicht laufen würde und der Präsident, einmal gewählt, mächtiger ist als jeder andere Herrscher auf Erden.

Und wir? Die richtige Schlagfertigkeit nach außen in militärischer und politischer Beziehung so dringend nötig habend wie kein anderer, wir bewegen uns am Schluß des dritten Kriegsjahres und am Anfang des vierten von einer politischen Krisis in

Digitized by Google

die andere! Wir müssen erleben, daß Berlin in seiner politischen Nervosität ganz zu vergessen scheint, daß wir auf Leben und Tod in einem mörderischen Kampfe stehen. Man ruft nach Experimenten mit dem parlamentarischen System, man verlangt die Besetzung der Stellen der Reichsregierung zum ersten Male in der deutschen Geschichte mit politischen Amateuren, man beschwört einen innern Kampf herauf, während alle, auch der letzte Mann, an der Front nach außen stehen sollten. Es ist kein Gefühl des Wohlbehagens, das uns durchströmt, wenn wir sehen, wie man zu Hause anfängt, ein gerüttelt Maß politischer Kraft in inneren Reibungen zu vergeuden und zu verbrauchen. Werden wir später nicht genug Zeit dazu haben? Wenn die Entwicklung zum parlamentarischen System, wie manche sagen, doch unvermeidbar sein soll, warum denn nicht ruhig noch ein oder zwei Jahre warten? —

Einst glaubten wir, daß Deutschland ein gütiges Geschick vor der Versumpfung im westeuropäischen und angelsächsischen Parlamentarismus bewahrt hat. Wir schienen in der Periode parlamentsherrlicher Hochflut aufgespart zu werden für ganz besondere Aufgaben; unser Freibleiben vor der Verirrung in die parlamentarische Sackgasse gab uns die Möglichkeit, den Gedanken und die Hoffnung zu pflegen, daß wir Deutsche dazu berufen sind, neue Formen, deutsche Methoden der Volksregierung zu finden, zu entwickeln, zu gestalten. Ja, ich darf sagen, einige nicht der schlechtesten Köpfe bei unseren Feinden haben, mehr oder weniger klar und deutlich umschrieben, diese Hoffnung im Herzen getragen. Ich werde nie vergessen, mit welcher von Dankbarkeit und edlem Neid getragenen Gesinnung jener amerikanische Bund für die Reform der Regierung der amerikanischen Städte in öffentlicher Volksversammlung für das deutsche Muster eintrat. Los von der Parteiregierung! Das ist der Gedanke nicht reaktionärer Kreise, sondern der Fortgeschrittensten unter den Fortgeschrittenen. Auf uns hoffen die Menschenfreunde. Und da wollen wir, im Schoße unendliche Möglichkeiten tragend, in den Sumpf des Parlamentarismus hineinsteigen, politisch um Generationen der Entwicklung nachhinken, anstatt endlich auch in politischer Form- und Gedankenbildung bildend aufzutreten — ohne das ein Weltvolk sein zu wollen sinnlos wäre. Wenn wir ein solches aber zu werden wünschen, wenn wir mehr vorhaben, denn als Kaufleute in allen Winkeln der Welt Geschäfte zu treiben, wenn wir bereit sind, staatsmännische Kräfte zu entwickeln, kulturpolitische Gedanken in die Menschheit der Zukunft zu tragen — dann sollten wir festhalten an veralteten, im Fichteschen Sinne wahrhaft undeutschen ausländischen Ideen und uns der Lloyd Georgeschen und Wilsonschen Philosophie in die Arme werfen?

Wir im Felde — ich glaube damit wirklich nicht nur für mich persönlich, sondern doch für einen recht erheblichen Teil der Front zu sprechen — verstehen keine Maßregel, die zu einem anderen Zwecke ergriffen wird als dem, den Krieg erfolgreich zu beenden. Was aber ist in diesen letzten Wochen in Berlin an politischer Nervenkraft aufgewendet worden! Wirklich nur im Dienste eines schwer im Verteidigungskriege

Digitized by Google

ringenden Volkes? Nicht auch für Nebenzwecke, Nebenabsichten, für Befriedigung eines Machthungers, der ja jeder politischen Völkerkraft mehr oder minder innewohnt? Hand aufs Herz, Reichstagsmehrheit, und prüfe dich.

Noch ist weniges nur verloren. Die Regierung besitzt die Kraft, dem nicht zur Ruhe kommen wollenden Spiel ein Ende zu bereiten. Sie braucht nur zu sagen: wenn ihr es so weit kommen lassen wollt, dann dürfen wir auch nicht vor dem Durchfechten des Konfliktes zurückschrecken. Hinter uns steht die Masse des Volkes. Ein Reichstag, der egoistische Politik treibt und nicht schlechthin vaterländische, muß und kann bei einer Auflösung im günstigen Moment und mit einer Agitation, die die Kernfrage in der richtigen Weise vor die Wähler bringt, beseitigt werden und wird durch einen neuen ersetzt werden, der den Gedanken wieder aufgreift: jetzt nichts anderes, als sich in Reih und Glied gestellt und die ganze Kraft für ein erfolgreiches Kriegsende eingesetzt!

Mit den besten Grüßen an die „Deutsche Politik"

Ihr sehr ergebener

Rein, Leutnant d. R.

Antwort

Sehr geehrter Herr!

Die Herausgeber der „Deutschen Politik" haben mich, da ich in ihr vorzugsweise die innerpolitischen Fragen bearbeite, gebeten, auf Ihren Offenen Brief zu antworten. Ich tue es um so lieber, als wir uns alle mit Ihnen in mancher Beziehung nahe berühren. Mit Ihnen schwebt es uns als ein großes Ziel unserer Zukunft vor, daß wir ein Weltvolk sein wollen, das auch in politischer Form- und Gedankenbildung führend auftreten soll. Mit Ihnen sind wir der Ansicht, daß wir dieses Ziel nicht erreichen können, indem wir sklavisch die Formen der westmächtlichen Demokratie, den Parlamentarismus Englands oder Frankreichs nachahmen und an Stelle einer starken über den Parteien stehenden Monarchie ein schwankendes Parteiregiment setzen, das uns nach außen zur Ohnmacht verurteilen müßte. Insofern also bei der Reichstagsmehrheit, der Sie so eindringlich zurufen, sich selbst zu prüfen, wirklich ein egoistisches Machtstreben, Nebenzwecke, Nebenabsichten unterlaufen sollten, könnten wir das nur gleich Ihnen verurteilen. Aber sollten nicht auch bei der Reichstagsminderheit, die alle Fragen der innerpolitischen Neugestaltung aus dem Gesichtspunkt heraus, daß es jetzt nur auf das eine ankomme, den Krieg siegreich zu beenden, auf das Ungewisse vertagen möchte, Nebenzwecke und Nebenabsichten in Frage kommen können? Es liegt doch auf der Hand, daß die verheißene Einführung des gleichen Wahlrechts der Vorherrschaft gewisser Parteien in Preußen ein Ende bereiten muß; wäre es da nicht begreiflich, wenn diese Parteien den Zeitpunkt der Neuregelung unter plausiblem Vorwande möglichst hinauszuschieben suchten? Wir sind weit entfernt, der Reichstagsminderheit solche egoistischen Nebenabsichten zu unterschieben; denn grundsätzlich sollte es heute

Digitized by Google

einem jeden Deutschen völlig selbstverständlich sein, daß jedem Volksgenossen der vaterländische Gesichtspunkt über alles geht. Aber dies Vertrauen sollte doch auch von der Reichstagsminderheit der Reichstagsmehrheit zugebilligt werden. Ohne allen Zweifel: wenn die Reichstagsmehrheit größere Volks- und Parlamentsrechte begehrt so hat sie dabei in erster Linie nicht ein ödes Machtstreben, sondern das Wohl des Volkes selbst im Auge. Es ist auch gar nicht an dem, daß die Reichstagsmehrheit geschlossen nach der Einführung des parlamentarischen Systems strebt. Das Zentrum z. B., das sogar gegen die Einführung des Sonderausschusses beim Reichskanzler bundesstaatliche Bedenken erhoben hat, ist ganz gewiß nicht in seiner Mehrheit, trotz des vielberufenen Erzberger auf das parlamentarische System aus; und sogar in der Sozialdemokratie mehren sich die Stimmen, welche für unsere Verhältnisse das westmächtliche Muster glatt ablehnen. Der schöne Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Peus im vorigen Hefte unserer Zeitschrift mag Ihnen zeigen, daß der einsichtigere Teil unserer Sozialdemokratie unter echter Demokratie nur einen Zustand versteht, in welchem jeder Staatsbürger verantwortungsvoll, unter gleichem Rechte, aber auch mit dem Gefühl der Verpflichtung zu gemeinnütziger Aktion am Wohle des Ganzen mitwirkt. Eine solche Demokratie, die nicht in erster Linie auf die Rechte, sondern auf die Pflichten und die Verantwortung sieht, die ist ihrer inneren Natur nicht westmächtlich, sondern echt deutsch, tief durchtränkt mit Kantischem und Fichteschem Geist, auch nicht etwa unvereinbar mit dem innersten Wesen unseres preußischen Königtums, das in dem Träger der Krone nur den ersten Diener des Staates sieht, sondern ihm kongenial. Begeistert haben wir von der „Deutschen Politik“ das Wort unsers Kaisers von dem Volkskönigtum der Hohenzollern aufgenommen, das selbst für die freie und freudige Mitarbeit aller Volksglieder am Staatsganzen die Tore hoch und weit aufmachen will. Das in der Tat ist die große Ziellinie unserer Zukunft, ist das Zeichen, in dem Monarchie und Demokratie ihre Synthese[1] vollziehen müssen. Nichts kann törichter sein, als das vielfache Gerede auf rechtsstehender Seite, daß jede Verleihung weiterer Rechte an Volk und Parlament die Monarchie gefährde. Vor einiger Zeit las man in der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Krone moralischen Selbstmord begehe, wenn sie dem Volk ein Mitbestimmungsrecht bei Kriegserklärung und Friedensschluß einräume. Das eben bekannt gewordene Telegramm Kaiser Wilhelms vom 20. August 1905 zeigt, daß dieser völlig auf anderem Boden steht. Er, der dem Zaren im japanischen Kriege riet, dem russischen Volke die lang gewünschte Möglichkeit zu geben, daß es die Entscheidung über seine Zukunft selbst treffe, oder an dieser Entscheidung teilnehme, wozu es ein positives Recht habe, wird sicherlich dem deutschen Volke ein gleiches Recht nicht vorenthalten wollen. So verschieden die Verhältnisse zwischen Rußlands Lage im Jahre 1905 und der unseren im heutigen Momente sind, es gelten doch heute erst recht die kaiserlichen Worte: „Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend daß es

[1] Synthese = Zusammenfügung der Teile zum Ganzen.

Digitized by Google

ganz unmöglich ist für irgendeinem sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes." Ganz undenkbar erscheint es, daß der Kaiser dem deutschen Volke, dem er während des Krieges in überströmenden Worten wieder und wieder sein Vertrauen und seine Bewunderung ausgesprochen hat, vorenthalten wird, was er 1905 dem russischen Volke zugebilligt sehen wollte. Mit gleicher Sicherheit dürfen wir annehmen, daß sein Wille auch in den Fragen der inneren Regierung auf ein weitgehendes und einträchtiges Zusammenwirken mit der Volksvertretung gerichtet ist. Wir glauben diesen seinen Willen schon in der Berufung von Parlamentariern in die Regierung und in der Berufung des Sonderausschusses beim Reichskanzlers zu sehen, und sind um so gewisser, daß es in diesen Dingen kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts geben kann. Wenn aber dem so ist, so bedarf es doch nur einer kraftvollen Führung, um die innerpolitischen Bestrebungen der Reichstagsmehrheit, die Ihnen solche Bedenken einflößen, in die rechten Bahnen zu lenken. Wissen unsere Linksparteien, daß des Kaisers Wille andauernd darauf gerichtet bleibt, den freien deutschen Volksstaat im Sinne eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts des Volkes an seinen Geschicken und voller Harmonie zwischen Krone und Parlament auszugestalten, so werden auch sie sich auf das freudigste um den Kaiser scharen und davon Abstand nehmen, auf dem Umwege über die eigene Macht das Volkswohl zu suchen. Es kommt unter diesen Umständen alles auf den leitenden Staatsmann an. Er muß jedes egoistische Machtstreben der Parteien, mag es nun von der Reichstagsmehrheit oder der Reichstagsminderheit ausgehen, auf das gemeinsame Ziel, das im Grunde alle wollen, das große, machtvolle, freie Deutschland hinzulenken wissen. Er darf nicht etwa darauf aus sein, durch irgendein Mittel, etwa gar durch das von Ihnen zum Schluß empfohlene Mittel eines Konflikts, d. h. eine Reichstagsauflösung, die bisherige Reichstagsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Das wäre, wie ich schon im vorigen Hefte ausgeführt habe, die unheilvollste Politik, die überhaupt eingeschlagen werden könnte; sie müßte den inneren Unfrieden zum bellum civile (Bürgerkrieg) steigern. Es bedarf einer solchen Katastrophenpolitik (Gewaltpolitik) auch gar nicht; mit entschlossenem Willen und sicherer Hand lassen sich die ungeberdig auseinanderstrebenden Kräfte der Parteien sehr wohl durch den Zwang zum Schaffen zusammenfassen. Der gemeinsamen Aufgaben sind ja so unsagbar viele; es gilt doch nicht bloß den Krieg siegreich zu beenden, nicht bloß den Frieden zu schließen, es gilt auch jetzt schon, aus unserem eigensten Wesen heraus für den deutschen Volksstaat die Formen zu schaffen. Sie selbst nähren die Hoffnung, und wir hegen sie mit Ihnen, daß wir Deutsche dazu berufen seien, neue Formen, deutsche Methoden der Volksregierung zu finden, zu entwickeln, zu gestalten. Ja, glauben Sie denn, daß wir diese je finden können, wenn wir nicht schon die Gegenwart benutzen, um uns in praktischer Arbeit für unseren Weltberuf auszurüsten? Bitter not tut uns freilich der große Meister, der uns bei dieser Arbeit leitet.

Digitized by Google

Ob wir das Zutrauen haben dürfen, daß Reichskanzler Michaelis dieser Meister sein wird? Wir sind, um die Wahrheit zu sagen, trotz einzelner verheißungsvoller Anzeichen nicht mehr so hoffnungsfroh wie im Anfang gestimmt. Die nächste Zeit schon wird es lehren, ob die Hoffnungen sich wieder befestigen können oder ob sie weiter herabgestimmt werden.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der „Deutschen Politik"
Ihr sehr ergebener
Friedrich Thimme.

Sozialreform und Behördenorganisation

Auch ein Kapitel der „Neuorientierung"

Von Dr. Otto Kriegk, Bremen

Das beste wäre, man könnte von der Krisis des Reichstags an den heißen Julitagen völlig schweigen. Leider aber steht der wirkliche Erfolg der seltsam leidenschaftlich aufgebauschten Aktion in stark umgekehrtem Verhältnis zur tatsächlichen Wirkung auf unser innerpolitisches Leben. Den Abgeordneten von Payer wird sein Wort: Seine Parteifreunde zögen es vor, in der Opposition zu bleiben, statt praktische Regierungsarbeit zu leisten, noch lange gereuen. Und man wird auch nicht vergessen, daß der Abgeordnete Schiffer, der etwas post festum noch Unterstaatssekretär geworden ist, die Passivität des Reichstages bei der Bildung von Michaelis' Beamtenministerium damit entschuldigt hat, daß der Reichstag ja nicht gefragt sei. Kurz, man hat heute in Kreisen, die ernsthaft und praktisch an der Ausgestaltung unseres staatlichen Lebens arbeiten wollen, das Gefühl, daß der augenblickliche Reichstag dabei als positiver Faktor auszuscheiden ist, um so mehr aber, insofern negativ in Rechnung gestellt werden muß, daß er jetzt jede Gelegenheit, parteipolitische oder verfassungstheoretische Meinungsverschiedenheiten mit Worten auszufechten, ergreifen wird. Es ist nichts für diese Stimmung im Hause der deutschen Volksvertreter bezeichnender als die Tatsache, daß im Verfassungsausschuß (schon der Name spricht Bände) sich nicht ein einziger gefunden hat, der auch auf die vorliegenden sozialpolitischen Anträge hinwies und darauf, daß sie mindestens die gleiche Bedeutung hätten, wie die Fragen der Parlamentsrechte in der Reichsverfassung.

Man hört endlich, nachdem schon viel verdorben ist, nachdem man Lloyd George und Wilson ein glänzendes Objekt neuer Hetzpropaganda höchst ungeschickt in die Hände gespielt hat, allerorten Stimmen gegen eine Demokratisierung nach westlichem Muster. Der Ruf: „Für Deutschland eine deutsche Demokratie", wobei das Fremdwort als recht unbestimmte Begriffsbezeichnung noch wirkt, dringt durch. Aber die Hauptsache übersieht man noch immer. Es kommt nicht nur darauf an, jetzt eine den Zeiten entsprechende Form der deutschen Reichsverfassung zu finden. Das Ziel liegt höher und

Digitized by Google

ist umfassender. Es gilt, mit festen Füßen auf den Formen unserer bisherigen Entwicklung stehen zu bleiben und von dort aus alles das mit allen Mitteln zu fördern, was unsern Staat stärker macht. Fester nach außen und fester nach innen. Von diesem Standpunkt aus erscheinen die notwendigen sozialpolitischen Reformen wichtiger als die Verfassungsreformen.

Was hat unsern Staat bisher nach außen und nach innen hin wirklich geschwächt? Nicht der, zwar auch ganz offenbare, Mangel einer engeren Verbindung von Parlament und Regierung, sondern der Mangel an rechtem Staatsgefühl, der gerade in den breitesten Schichten unseres Volkes, im sogenannten Mittelstand, noch mehr als in den politisch geschulten sozialistischen Massen zu beobachten war. Das Staatsbewußtsein zu wecken, ist unsere Aufgabe. Sie muß erst gelöst sein, ehe wir an Verfassungsfragen herangehen. Nur mangelndes Staatsbewußtsein und damit das Fehlen eines, gerade den Abgeordneten schulenden engen Verhältnisses zwischen diesem und seinen Wählern, war die tiefste Ursache dafür, daß die große Verfassungsdebatte der letzten Monate nur verhetzend und entzweiend gewirkt hat, ohne praktische Ergebnisse zu erzielen. Ein Volk, das wirklich mit seinem Staate eins ist, eine echte Volksregierung würden solche Debatten zu einem anderen Ausgang geführt haben.

Es hat bei ruhiger, von dem täglichen Wechsel der Ereignisse abrückender Betrachtung der Stimmungen und Anschauungen in Kreisen der liberalen Abgeordneten den Anschein, als ob die größere Zahl von ihnen noch immer im Staat den „Nachtwächter" sieht, der Waffenschutz nach außen und Rechtsschutz nach innen garantiert. Wissen sie wirklich nicht, daß das Volk als Gesamtheit heute von seinem Staate mehr verlangt, daß es Förderung seiner Wirtschaft, seiner Kultur fordert? Energische und erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, das ist der Quell, aus dem eine reine Staatsgesinnung fließt. Hier liegt die Aufgabe der Volksvertretung. Es ist einer der größten Nachteile unserer gesamten politischen Lage, daß unsere Abgeordneten als Gesamtheit, mit rühmlichen Ausnahmen, von der Notwendigkeit dieser Aufgabe nicht genügend durchdrungen sind.

Um so größer ist das Mißtrauen, mit dem viele der kommenden Reichstagstagung entgegensehen. In ihrem Mittelpunkt wird die Debatte über die Teilung des Reichsamts des Innern stehen. Und der Plan der Regierung, wie er bis heute vorliegt, muß dabei die sozialpolitischen Fragen wieder in den Vordergrund treten lassen.

In der Mitteilung über die großen Veränderungen in der Besetzung der Staatssekretariate und der preußischen Ministerien ist auch amtlich von dem Plan der Regierung Kenntnis gegeben, das Reichsamt des Innern zu zerlegen. Der betreffende Satz lautet: „Aus dem Reichsamt des Innern soll ein Reichswirtschaftsamt ausgeschieden werden, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik, sowie die Sozialpolitik zufallen, und das mit je einem Unterstaatssekretär für diese beiden großen Gebiete ausgestattet werden soll. Dem verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben neben

Digitized by Google

innerpolitischen auch militärische, kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten."

Das Reichsamt des Innern gliedert sich bekanntlich heute in vier Abteilungen. Sie umfassen in der zweiten Abteilung die gesamte Fürsorge für die arbeitenden Klassen, das Versicherungswesen, Genossenschaftswesen, Hypothekenbankwesen und Arbeitsmarktfragen. Der dritten Abteilung fallen die See- und Binnenschiffahrt, Auswanderungswesen, Fischerei und Angelegenheiten des geistigen Eigentums, Rechtsschutzes, das Maß- und Gewichtswesen, Medizinalwesen und land- und forstwirtschaftliche Biologie zu. In der vierten Abteilung werden alle handelspolitischen, handelsrechtlichen und handelsstatistischen Fragen bearbeitet. Der gesamte Rest der in die Kompetenz des Reiches laut Verfassung gehörenden Angelegenheiten fällt in die erste Abteilung, soweit nicht besondere Reichsämter dafür bestehen.

Bei der von der Regierung vorgeschlagenen Zerlegung würden also die Arbeiten der bisherigen Abteilungen 2 und 4 und der größere Teil der Abteilung 3 dem Reichswirtschaftsamt zufallen. Dabei würden für die Arbeiten der bisherigen sozialpolitischen Abteilung 2 ein Unterstaatssekretär und für die Schiffahrts- und Handelsfragen einschließlich der Industrie ein zweiter Unterstaatssekretär bestellt werden. Dem Reichsamt des Innern würde eine Fülle von Einzelmaterien, verstärkt durch etwa 12 von den sogenannten „Ressorts", die heute im ganzen 27 umfassen, zufallen. Außerdem blieben ihm, wie es heißt, die „innerpolitischen" Angelegenheiten. Das sind in der Hauptsache alle Verfassungsfragen und die Geschäfte für Bundesrat, Reichstag und Reichstagswahlen, Staatsangehörigkeitsfragen und die Angelegenheiten des Vereins- und Presserechtes.

Der von der Regierung vorgeschlagene Weg der Zerlegung macht also den gleichen Fehler, den der Reichstag bisher in der Behandlung der großen Reform gemacht hat, er trennt die Verfassungsfragen von den sozialpolitischen und gibt ihnen eine Bedeutung vor diesen, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Formen der Behördenorganisation schwebenden Reformfragen schon an sich eine starre Richtung zu geben geneigt sind. Welche Folgen dieser Fehler haben kann, erweist sich erst in ganzer Klarheit, wenn man kurz die Arbeit überblickt, die das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt schon jetzt und in den Jahren nach dem Kriege zu erledigen haben werden:

Da ist, um mit dem nächstliegenden anzufangen, die Vorbereitung und die Leitung der Übergangswirtschaft, weiter die beratende Mitarbeit in der Zeit der Friedensverhandlungen, die Durchführung der aus den Friedensverträgen sich ergebenden Arbeiten einschließlich eines neuen internationalen Rechtes für Handel und Schiffahrt, die Organisierung einer neuen Handelsvertrags- und Zollpolitik, Entschädigungsfragen und Regelung der Auslandsforderungen. Und dann die nicht mehr direkt mit dem Kriege zusammenhängenden Arbeiten einer neuen, auf stärkerem staatlichen Schutz beruhen-

Digitized by Google

den großzügigen Handelspolitik mit Einschluß einer völlig neuen Organisation des Konsulatswesens und des Handelsnachrichtendienstes.

Das wäre ein Teil der wirtschaftlichen Aufgaben, in den mit Absicht nur die Handel und Schiffahrt direkt betreffenden Fragen zusammengefaßt wurden. Sie bilden, und das galt es, rein in der Zusammenstellung zu zeigen, ein völlig geschlossenes Ganzes, das sich merklich abhebt von anderen auch wirtschaftlichen Aufgaben, wie es das wirtschaftliche Verhältnis der Bundesstaaten untereinander, Monopol- und Steuerfragen, Verkehrsfragen, Förderung der Landwirtschaft, Zolltarifstreitigkeiten unter den Bundesstaaten z. B. sind. Und sie heben sich noch weit mehr ab von der Bevölkerungspolitik, der eigentlichen Sozialpolitik und den Arbeiterfragen.

Kurz eine einfache Aufreihung der dem Reichswirtschaftsamte nach der heute von der Regierung geplanten Einteilung zufallenden Aufgaben erweist nicht nur auf das deutlichste, daß die Überlastung eines solchen Staatssekretariats der des bisherigen Reichsamts des Innern in nichts nachstehen würde, sondern auch, daß die unter ihm vereinigten Arbeiten an und für sich fernliegenden Gebieten angehören. Die erste Behauptung ist so klar, daß sich jedes weitere Wort erübrigt, sie wird auch durch die gesamten noch folgenden Ausführungen bekräftigt. Die zweite bedarf noch einiger näherer Erklärungen und muß, noch mehr, als das mit allgemeineren Momenten oben schon geschehen ist, dahin erweitert werden, daß heute ein großer Teil der hier der Wirtschaftspolitik zugeschobenen Arbeiten aus Gründen der Staatswohlfahrt viel eher der allgemeinen Politik zuzurechnen ist und damit dem eigentlichen Reichsamt des Innern zugeführt werden muß. Das sind vor allem die sozialpolitischen Aufgaben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind heute noch vielen, was sie vor Jahren allen waren, eng verknüpfte und unlösbare Disziplinen. Man hängt aber mit solcher Anschauung an den Anfängen unserer neumerkantilistischen Epoche fest und übersieht die Entwicklung. Als wir in den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Kriege mit der Sozialreform einsetzten, galt es tatsächlich nur einige ganz offene Mängel des liberalen Wirtschaftssystems zu beseitigen. Man wollte keineswegs die Volksinteressen, die man noch im schärfsten Gegensatz gegen die Staatsinteressen sah, mit staatlichem Zwange korrigieren. Aber hier holte, wie so oft in politischen und wirtschaftlichen Dingen, eine Maßnahme die andere. Wohl oder übel erlitten bei der Sozialreform einige Kreise tatsächlichen Schaden. Folglich bequemten sie sich zur Einführung der Reformen erst nach Drohung oder Gebrauch der Machtmittel durch den Staat. Das Endergebnis war, daß der Staat, der ursprünglich nur das Mittel der Reform war, der Zweck wurde. Es bildeten sich, wie Leopold v. Wiese einmal sehr gut definiert hat, drei Gruppen: die einen duldeten den Eingriff des Staates, weil dem Proletariat nun einmal nicht anders zu helfen sei, die zweiten begrüßten die positive Arbeiterpolitik um des dadurch an Kraft gewinnenden Zwanges halber, die dritten, und das ist die große Mehrheit, wollten Fortschritte in der Sozialreform um beider Ziele willen.

Digitized by Google

Das Ergebnis ist jedenfalls, daß heute Sozialreform eine rein politische Angelegenheit geworden ist. Verstärkt wird diese Tatsache dadurch, daß vor dem Kriege und jetzt erst recht eine Fülle von neuen sozialen Problemen aufgetaucht ist, die mit Wirtschaftspolitik noch weniger zu tun haben und die nur auf eine Erhaltung und Stärkung der staatlichen Kraft hinauslaufen. Das gilt sowohl von der Bevölkerungs- und Wohnungspolitik wie von der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Hier ist und muß, da das Ende des Krieges, mag er ausgehen wie er will, die stets drohende Gefahr eines neuen Überfalls nicht beseitigt, der Staat der Zweck sein. Und das in durchaus gleichem Maße, wie bei den Verfassungsfragen. Hier wie dort gilt es, Gruppeninteressen auszuschalten, müssen Regierung und Parteien nur Staatspolitik treiben. Man überlege weiter, daß manche der sozialen Arbeiterfragen, wie Änderung der Gewerbeordnung, Einführung der Tarifverträge usw., fast schon reine Angelegenheiten des Rechtes, auch der politischen Gleichberechtigung, geworden sind. Man bedenke schließlich, daß die Erweckung und Förderung des Staatsgefühls durch soziale Maßnahmen doch nur immer einen Teil der Bevölkerung, die städtische und die ländlichen Arbeiter, treffen kann, daß die große Masse selbständiger Bauern dem Staate durch reine Verwaltungsreformen gewonnen werden muß. Dann wird man Gründe genug haben, um sich der Tatsache nicht verschließen zu können, daß Sozialpolitik und Verfassungspolitik bei der Behördenorganisation des Reiches unter ein Staatssekretariat gehören, das man in Regierungskreisen heute zum Schaden des Reiches Dinge auseinanderreißen will, die nicht zu trennen sind. Man gebe also dem Reichsamt des Innern die innere Politik und die Sozialpolitik. Das ist die eine notwendige Veränderung an dem neuen Teilungsplan der Regierung. Darüber hinaus aber weisen wirtschaftliche Erwägungen noch auf eine weitere Einschränkung der Befugnisse des abgeteilten Staatssekretariates.

Ich habe weiter oben in der Aufzählung der wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben bereits zwei Gruppen unterschieden. Die eine umfaßt die Aufgaben des reinen Außenhandels einschließlich der wirtschaftlichen Demobilisation, die andere die Aufgaben unseres inneren Wirtschaftslebens. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Trennungslinie nicht ganz scharf ist, daß die Kompetenz zweier Reichsämter, von denen das eine ein reines Reichshandelsamt, das andere ein auch die Binnenwirtschaft bearbeitendes Amt sein würde, sich nicht immer ganz deutlich auseinander halten lassen. Aber volkswirtschaftliche Erwägungen und Tatsachen lehren uns, daß der, sagen wir einmal, theoretische nationalökonomische Standpunkt und damit auch die Praxis bei Außenhandelsfragen und bei binnenwirtschaftlichen Dingen sehr verschieden sein werden.

Wir treiben ohne Zweifel einem gewissen „relativen" Staatssozialismus entgegen. Wir haben bereits praktische Beispiele davon in der preußischen Hiberniaaktion, der Annäherung des preußischen Fiskus an das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, in der Ausgestaltung des Kalisyndikats zu einem staatlichen Zwangsverbande. Unsere

Digitized by Google

volkswirtschaftliche Literatur strotzt von Vorschlägen für das sogenannte „gemeinwirtschaftliche System". Die Reichsregierung pflegt seit Jahresfrist Beratungen über ein Petroleummonopol oder gar ein Getreidemonopol. Aber diese Zurückdrängung oder Bindung der privaten Initiative wird immer nur gefordert, wo es sich um binnenwirtschaftliche Fragen handelt. Dem Außenhandel will man das Vorrecht der eigenen Initiative lassen. Sollte es zum Getreidemonopol kommen, so wird es sich nur auf das inländische Getreide erstrecken. Die Pionierarbeit der Wiederanknüpfung der alten Handelsbeziehungen und der Erschließung neuer Rohstoffquellen kann, auch um der Kreditverhältnisse willen, der einzelne wesentlich besser leisten, als eine Organisation oder gar der Staat.

Diese Erwägung führt zu der bereits angedeuteten Forderung, die Angelegenheiten des Außenhandels und der Schiffahrt einem eigenen Reichshandelsamte zu übertragen und die der eigentlichen Volkswirtschaft, einschließlich der Steuerfragen, dem Reichsamt des Innern zu überlassen. Dieses würde dann die allgemeinen politischen, die sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten, am besten wohl mit drei Unterstaatssekretären, bearbeiten. An der Spitze müßte ein Staatssekretär, gleichzeitig Stellvertreter des Reichskanzlers, stehen, der alle Aufgaben in sich vereinigte und zusammenfaßte, die die innere Stärkung des Reiches betreffen. Durch Schaffung eines Reichshandelsamtes würde das Reichsamt des Innern von einer nicht organisch mit seinen übrigen Aufgaben zusammenhängenden Arbeit entlastet und würde gleichzeitig dem in Zukunft wichtigsten Erwerbszweige unseres Volkes die Vertretung gegeben, deren er bedarf.

Gleichzeitig würde es sich dann dringend empfehlen, die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes aufzulösen (die kolonialpolitische ist ebenso überflüssig) und ihre Kompetenzen dem Reichshandelsamt zuzuweisen.

Damit seien die Erörterungen über die Einzelheiten der Behördenorganisation abgebrochen. Die Probleme sind bei weitem noch nicht sämtlich berührt. Die Hauptsache ist aber erwiesen: Die Reichsregierung hat allen Grund, den bisherigen Vorschlag einer Teilung des Reichsamts des Innern aus politischen Motiven nochmals einer genauen Revision zu unterziehen. Gerade in diesem Punkte ist die Behördenorganisation mehr eine Angelegenheit des Volkes als ganzem, als der Verwaltung. Gleichzeitig sollte die Regierung noch einer anderen Erwägung Raum geben. Seit Jahrzehnten zeichnen sich die Gesetzesvorschläge unserer Regierung durch mangelhafte Durcharbeitung sehr unvorteilhaft aus. Das erschwert nicht nur die Arbeit der Volksvertretung, sondern reizt direkt zu großen theoretischen Debatten und zur Ausbildung einer Parlamentsbureaukratie, die für Regierung und Volk gleich gefährlich ist. Wenn wirklich ein neues politisches Deutschland geschaffen werden soll, dann mache man den Anfang mit praktischer Arbeit.

Digitized by Google

Während der Drucklegung der Arbeit sind verschiedene beachtenswerte Äußerungen zu der angeschnittenen Frage bekannt geworden. Nachdem zunächst der Plan der Regierung allgemein gelobt wurde, kann jetzt derjenige, welcher die unterirdischen Kanäle, durch die ein Anschauungswechsel in Regierungskreisen vorbereitet wird, kennt, feststellen, daß die allmählich gerade aus Kreisen des Außenhandels einsetzende Opposition an Einfluß gewinnt. Eine ganz scharf umgrenzte, von der obigen stark abweichende Anschauung hat nur der Hansabund geäußert. Er tritt amtlich für enge Verbindung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Die Form, in der er das tut, beweist aber, daß er sozialpolitische Erwägungen mit Interesse an der Förderung des Staates gar nicht angestellt hat. Er fürchtet nur neue Schwierigkeiten mit den Industriearbeitern, besonders falls ein besonderes Reichsarbeitsamt eingerichtet würde. Und tatsächlich würde eine solche Organisation über das Ziel hinausschießen. Nicht den durch den Krieg wenig geschädigten Industriearbeitern muß die größte soziale Fürsorge gelten, sondern den wirklich hart betroffenen Kreisen, wie dem Mittelstande. Würde der Hansaband sich von der numerischen Einseitigkeit seiner Auffassung frei machen, so würde er auch zu einer anderen Auffassung kommen.

Notizen

Der englische Kolonialminister über die Rückgabe der deutschen Kolonien. Der englische Kolonialminister, Mr. Walter Long, dessen Erklärung, die eroberten deutschen Kolonien würden unter keinen Umständen an Deutschland zurückgegeben werden, im Anfange dieses Jahres berechtigtes Aufsehen erregte, hat am 14. August im Unterhause eine Rede gehalten, die beinahe wie eine Zurücknahme jener Erklärung anmutet. Zwar hatte er schon früher die Bedeutung jener Erklärung insofern abgeschwächt, als er den Sinn seiner Rede dahin festlegte, er habe nicht als britischer Minister, sondern als Vertreter der Selbstverwaltungskolonien gesprochen, deren Opfer für Eroberung der deutschen Kolonien ihnen ein Anrecht darauf verbürge; aber auch diese Erklärung wird jetzt zurückgenommen. Mr. Long lobte nämlich, indem er von den Ergebnissen der Reichskriegskonferenz sprach, die von den Kolonien im Interesse des Reichs bezeigte Opferwilligkeit, sowie ihre hohe Vaterlandsliebe und ihr selbstloses Streben, die Interessen des Reiches zu fördern. Er greife nur zwei Gegenstände heraus — die Behandlung der deutschen Südseeinseln und Deutsch-Ostafrikas. Nichts habe ihn mehr überrascht, als ihr Entschluß, kein Dogma aufzustellen oder zu versuchen, ein Gesetz festzulegen oder zu sagen, das und das muß geschehen. „Was die Kolonien wünschten, war, daß England die Stärke ihres Empfindens anerkenne und daß diese nicht in dem Wunsche nach Gebietsvergrößerung wurzele, sondern in deren Wunsche nach einem dauerhaften Frieden nach dem Kriege, der den Frieden und die Sicherheit des britischen Reiches sicherstelle."

Professor Wilson kompromittiert den Gelehrtenstand. Wilson und Lansing wetteifern in ihren Noten und Erläuterungen in Unkenntnis über deutsche Verhältnisse. Heute wollen sie Deutschland das allgemeine Wahlrecht „erkämpfen", morgen wollen sie ihm verfassungsmäßige Zustände „verleihen". Die Anmaßung, die darin liegt, wird nur durch die Unbildung überboten. Wenn man es auch einem alten Praktiker, wie dem Rechtsanwalt Lansing zugute halten mag, sich als Minister des Äußeren bis auf die Knochen zu blamieren, so ist es für einen

Digitized by Google

Professor der Geschichte, der über Nacht Präsident der amerikanischen Republik geworden ist, arg bloßstellend, wenn er die politischen Verhältnisse fremder Staaten nicht kennt. Was jeder Student, ja jeder Schüler im Examen wissen muß, das sollte schließlich einem amerikanischen Professor kein Buch mit sieben Siegeln sein, zumal er nicht einmal die Entschuldigung hat, daß ihm als Stockengländer keine Literatur über Deutschlands politisches Leben zur Verfügung stände. Ist doch z. B. zu Anfang des Krieges Professor Hans Delbrücks Buch „Regierung und Volkswille" auch ins Englische übersetzt und damals von der gesamten amerikanischen Presse lebhaft besprochen worden. Bevor also Präsident Wilson weitere Weisheiten über Deutschland zum besten geben will, sollte er zuerst in Professor Wilsons Bibliothek das Buch von Professor Delbrück gründlich studieren.

Neuerscheinungen

Zur inneren Politik — Kulturpolitik

Zur deutschen Freiheit äußern sich fünf Professoren der Berliner Universität, Adolf v. Harnack, Friedrich Meinecke, Max Sering, Ernst Troeltsch, Otto Hintze (Verlag F. A. Perthes, Gotha, M. 1.80). Adolf v. Harnack grenzt die deutsche Freiheit gegenüber den Forderungen Wilsons ab: „Wir wollen die Freiheit aus unserer Vergangenheit, denn nur so können wir sie behaupten und fördern! Dazu gehört die untrennbare Einheit mit unserem sozialen Kaiser- und Königtum, von dem uns keine Macht der Erde scheiden kann." F. Meinecke umschreibt den Begriff der deutschen Freiheit: „Ein soziales Königtum, befreit von den Resten des alten Stand- und Privilegienstaates, auf Fühlung und Harmonie mit der Volksvertretung angewiesen, aber zugleich frei und stark genug, um ausgleichend und vermittelnd zwischen Mehrheiten und Minderheiten einzugreifen, und so die Synthese des tieferen Volkswillens zu finden und stark genug ferner, um die Nation nach außen in Krieg und Frieden kraftvoll und ruhig zu vertreten und zu führen, — das ist die Siegfriedstellung unserer politischen Macht und Freiheit." Max Sering und Ernst Troeltsch behaupten das Wesen der deutschen Freiheit gegen den Ansturm der westlichen Demokratie. Max Sering: „Wichtiger als alle Wahlrechte ist die Ausbildung von Lebensbedingungen, welche die Entfaltung der Anlagen und Kräfte nach jeder Eigenart ermöglichen und sicherstellen, wichtiger also die soziale Verfassung in Stadt und Land, die Beziehungen von Mensch zu Mensch, die großen Probleme der Erziehung und Bildung. Wichtiger als die Wahlrechtsfragen scheint mir auch die Beseitigung mancher Überbleibsel aus der Kleinstaaterei und dem alten Parteistaat oder gar der vor 110 Jahren aufgehobenen ostdeutschen Gutsherrschaft; ich rechne dahin jenen Hochmut, der im Verkehr mit Untergebenen oder Abhängigen vielfach hervortritt, die Unterschätzung der bildenden Hand durch eine oft sterile Tintenaristokratie und in der Beamtenschaft die Neigung zur Vielregiererei, die Meinung, andere gegen ihren Willen beglücken zu müssen." Ernst Troeltsch: „Im vollsten Gegensatze zu der Kriegsbegründung des Herrn Wilson nähern sich die staatlichen Lebensformen der kämpfenden Staaten einander an. Wir tun nämlich wie 1813 einen weiteren Schritt in das Wesen des modernen Großstaates hinein; wir vereinheitlichen den Reichsbau durch Milderung der Reibungen zwischen Preußen und dem Reich, erweitern damit die Volksrechte und rücken von dem alten preußischen Staatstypus ein Stück ab. Umgekehrt treten die atlantischen Großmächte aus der Selbstverständlichkeit unangreifbarer Herrenstellung heraus und müssen den inneren sozialen Problemen im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit die staatliche Fürsorge zuwenden. Damit sind sie, auch ihrerseits um das Leben kämpfend, unserem Staatstypus näher gekommen, und das ist sicherlich nicht bloß provisorische Kriegspolitik, sondern wird bleiben." Otto Hintze schreibt über Imperialismus und Weltpolitik: „Unsere deutsche Weltpolitik ist frei von Eroberungsabsichten. Sie verlangt aber selbstverständlich auch, daß unsere Gegner die ihren aufgeben." Houston Stewart Chamberlain äußert sich über „Demokratie und Freiheit" (H. Bruckmann in München). Er kommt zum Ergebnis: „Die in einem Staatswesen wirklich vorhandene „politische Freiheit" ist durch das Maß der vorhandenen inneren geistigen Freiheit der Bürger bedingt und kann nie größer als diese sein. Nur Männer, die zu Persönlichkeiten gereift sind, können frei sein; die anderen geraten durch politischen Wechsel aus einer Abhängigkeit in die andere. In den so marktschreierisch laut gepriesenen demokratischen Ländern ist herzlich wenig wirkliche Freiheit vorhanden: Lizenz, ja, d. h. Zügellosigkeit, gibt es dort viel, und sie hat sich auch bei uns in Deutschland, als Vorbote kommender demokratischer Segnungen, eingeschlichen; um uns aus diesem unausbleiblichen Schiffbruch des Menschenwesens zu retten, gilt es das Wesen der Freiheit zu erfassen und die innere Freiheit — d. h. die Freiheit der Persönlichkeit — im Kreise unseres dazu ausersehenen Vaterlandes immer weiter zu verbreiten. Die Politik hat noch nie

Digitized by Google

einen Menschen frei gemacht, und zwar, weil das ein Ding der Unmöglichkeit ist; freie Männer aber bilden mit Notwendigkeit einen Staat. Wie Fichte uns belehrte: Die Franzosen sind gescheitert, weil sie „die Persönlichkeit überspringend, die Freiheit wollten"; die Deutschen dürfen nicht aufhören, umgekehrt zu verfahren: „In ihnen soll das Reich ausgehen von der ausgebildeten, persönlichen individuellen Freiheit; nicht umgekehrt." Dieses noch nie dagewesene „Reich des Rechts", meint Fichte, kann „nur von den Deutschen errichtet werden, die seit Jahrtausenden für diesen großen Zweck da sind und langsam demselben entgegenreifen; ein anderes Element ist für diese Entwicklung in der Menschheit nicht da." Die Versuche „unter Umgestaltung des geltenden Staatsrechts die Grenzen zwischen den Befugnissen der Krone und des Parlaments zum Nachteil der ersten zu verschieben, formalpolitische Gesichtspunkte den großen nationalen und weltwirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands voranzustellen", veranlaßten den Grafen Yorck von Wartenburg, die beiden Herrenhausreden, in denen er seine Besorgnisse über eine solche Entwicklung zum Ausdruck brachte, in einer Schrift „Vaterländische Sorgen" (Curtius, Berlin) besonders herauszugeben. In einem Brief, der dieser Schrift angefügt ist, legt Verfasser die Grundsätze seiner Anschauungen nochmals dar: „Nicht um Repräsentation des souveränen Einzel-Individuums handele es sich dem deutschen Reichsgedanken nach, sondern um ein Zusammenwirken politischer und sozialer Gruppen durch Delegierte. Ströme lebendiger geistiger Kraft seien es, welche ein großes Volk durchfluten. Die werde man fruchtbar und nutzbringend machen weder auf dem Wege mechanischer Künsteleien wie Dreiklassenwahlrecht, Plural- oder Proportionalsystem, noch durch den brutalen Verzicht auf jeden konstruktiven Gedanken wie beim allgemeinen gleichen Wahlrecht, sondern nur dadurch, daß man der Idee der Repräsentation den Rücken kehrend die Wahlen auf andere Grundlage stelle, ganz modern und in Anknüpfung an den heutigen Stand der Entwickelung und doch auf dem Fundament germanischer Rechtsanschauungen." Für die Erhaltung einer wahrhaft konstitutionell-monarchistischen Staatsform ist es ihm dann wesentlich, daß die Krone eine feste und stabile äußere Politik ohne Verzicht auf koloniale Ausbreitung, aber mit dem Hauptziele einer gewissen Präponderanz auf dem europäischen Kontinent, nicht im Sinne einer systematischen Eroberungspolitik, aber einer Sicherung und tunlichen Erweiterung der nationalen Basis treibe. „Über deutsche Selbstverwaltung" hat Wilh. v. Blume eine Rektoratsrede in Tübingen gehalten (J. C. B. Mohr, Tübingen, M. 1.—). Für den Ausbau der Selbstverwaltung schlägt er vor: 1. Erweiterung der Aufgabe der Selbstverwaltungskörper (z. B. Übergabe der Polizei an die Gemeinden in Preußen). 2. Einschränkung der vorbeugenden Staatsaufsicht. 3. Bessere Abrundung der Selbstverwaltungskörper, so daß wir wirklich lebensfähig werden. Zusammenfassend sagt er: „Mehr Selbstverwaltung! Mehr Freiheit für die Bildung kleiner Verbände. Vor allem: Mehr Vertrauen zu der Fähigkeit dieser Verbände, sich selbständig zu entwickeln, nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil des Staates. Mehr Vertrauen! Der Denkschrift zu seiner Städteordnung setzte Stein die Worte voran: „Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen." Wir dürfen hoffen, daß das Reformwerk der kommenden Jahre von demselben Geiste getragen sein wird." Den Gegensatz zwischen „Stadt und Land" versteht Pfarrer Georg Koch (Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 30 Pfg.) aus zwei einander entgegengesetzten Tendenzen: dem Versuch unbedenklicher Ausnutzung der Konjunktur durch spekulatives Zurückhalten von Lebensmitteln und Boykottierung des städtischen Marktes, sowie der Neigung zu privatwirtschaftlicher und naturalwirtschaftlicher Abschließung. Aus der Erfahrung des Landpfarrers teilt K. mit, daß die Haltung des Bauerntums ihm wie vielen anderen seiner Amtsgenossen verständlich geworden sei. „Wir lernten begreifen, daß im Weltkrieg an die geistige Fassungskraft unseres Landvolks unerhörte Anforderungen herangetreten sind, Anforderungen, denen es innerlich nicht gewachsen war, nicht gewachsen sein konnte." „An das mittelalterlich-naturalwirtschaftlich gebundene und eingeengte Bauerntum sind im Weltkrieg Anforderungen herangetreten, die von seiner geistigen Fassungskraft nicht zu bewältigen waren, vor allem die Wucht des modernen Vaterlandsgedankens, des vaterländischen Staates. Der moderne, historisch gebildete Mensch liebt seinen nationalen Staat und blutet für ihn, weil er seine Geschichte kennt und aus seiner Geschichte heraus eine plastische Anschauung hat vom Vaterland. Der Bauer ist auch darin der mittelalterliche Mensch, daß sein Seelenleben gänzlich ungeschichtlich ist. Das Vaterland, das wir in seiner Geschichte in uns tragen, kennt er nicht, hat er nicht. Der moderne Vaterlandsgedanke ist der bäuerlichen Masse ein Begriff ohne bestimmten Inhalt, ohne alle Anschauung: Name, Schall und Rauch. Und diesem für sein Bewußtsein durchaus mystischen, abstrakten Wesen soll der Bauer zum Opfer bringen was ihm bisher „Vaterland" gewesen war, das Recht auf die freie Heimat! Das ging über seine Kraft, dem war er geistig nicht gewachsen. Der Gedanke, daß doch alles wieder an eine amtliche oder halbamtliche Sammelstelle geht, unterbindet die beste Opferfreudigkeit." Die abstrakten Schemen im staatlichen und nationalen Leben müssen für den Bauern mit persönlichem Inhalt gefüllt werden. Die Versöhnung von Stadt und Land ist zwar im Grunde eine volkserzieherische, im Augenblick aber eine verwaltungspolitische Aufgabe."

Digitized by Google

Die Leitsätze der Gedanken des vielbesprochenen Buches „Fürsten ohne Krone" gibt der Verfasser H. Nienkamp in einer Schrift „Grundlagen der Fürsten ohne Krone" (Vita, Berlin-Charlottenburg, M. 1.35). Dies die Zusammenfassung der Leitsätze: Richard Fry will eine Organisation schaffen, die sich zu dem „Kulturreich" entwickelt, das als dritte der höchsten menschlichen Organisationen neben Staat und Kirche tritt. Sein Kulturreich soll sich auf die Gebiete des Gemeinschaftslebens erstrecken, auf denen der Mensch nur als Persönlichkeit, als Mensch schechthin, nicht als Angehöriger eines Staates, als Bürger, in Betracht kommt. Während der Staat in der Hauptsache nur der negativen Freiheit dient, d. h. das Volk gegen Angriffe und Vergewaltigungen anderer Völker schützt, die einzelnen Menschen gegen gewisse Schädigungen an Leib und Gut durch andere, im übrigen aber jeden den Kampf ums Dasein mit den Mitteln kämpfen läßt, die ihm die Zufälle der Geburt, des Besitzes, der Stellung gewähren, will das Kulturreich für die positive Freiheit sorgen; es trägt der Verschiedenheit der Menschen Rechnung und will jedem die Möglichkeit geben, den besonderen Anlagen und Bedürfnissen seiner Persönlichkeit gemäß zu leben, soweit er dadurch nicht schädigend in die Freiheit anderer eingreift. Der Staat kennt nur die äußerliche Gerechtigkeit, die juristische, deren Göttin die Binde vor den Augen hat, und vor der der Mensch gleich Mensch und hundert Mark (eines Reichen) gleich hundert Mark (eines Armen) ist. Das Kulturreich strebt nach der inneren Gerechtigkeit, nach der Tugend des Maßes, das Menschen und Dinge nach dem Werte mißt, den sie füreinander haben, nicht nach den zufälligen Verknüpfungen der gegebenen Verhältnisse, sondern nach dem Nutzen, den sie füreinander und für das Gemeinwohl haben könnten, wenn sie in die zweckmäßigste Beziehung zueinander gesetzt wären. Deshalb nimmt Fry mit demselben Machtmittel den Kampf gegen die Unvernunft dieser gesellschaftlichen Ordnung auf. Den Adel der Persönlichkeit, den er durch seine Auslese schafft oder hervortreten läßt, faßt er durch seine Organisation zu einer geschlossenen Einheit zusammen und gibt ihr den Reichtum, der erforderlich ist, um die edlen Naturen von der Geldmacht der unedlen frei zu machen und ihnen innerhalb der Gesamtheit die Stellung zu sichern, in der sie als einzelne Naturen für ihre Umgebung und ihren bestimmten Wirkungskreis und in ihrer Vereinigung für das ganze gesellschaftliche Leben die Herrschaft der Unkultur brechen und für die innere Gerechtigkeit sorgen können."

Rudolf Eucken hat der neuen Auflage seiner gesammelten Aufsätze „Moral und Lebensanschauung (F. Meiner, Leipzig, M. 1.—) ein Schlußwort an die Feldgrauen hinzugefügt. Er verlangt darin mehr Selbständigkeit und Ursprünglichkeit des geistigen Lebens, einen kräftigen moralischen Aufschwung. „Das stieß vor dem Krieg auf den Widerstand einer Kultur, die sich fertig oder doch in sicherem Fortschritt befindlich glaubte und daher keiner eingreifenden Wandlung zu bedürfen schien. Das hat der Krieg jetzt gründlich verändert, er hat uns soviel Gewalt eines dunklen Schicksals über uns und auch soviel Erbärmlichkeit der Menschen vor Augen gestellt, er hat uns so viele Enttäuschungen bereitet, daß alles satte Behagen verflogen und uns das Leben wieder zu einem schweren Problem geworden ist. Aber neben den Enttäuschungen hat er uns auch viele erfreuliche Entdeckungen gebracht, Entdeckungen vornehmlich hinsichtlich der Kräfte unseres Volkes, sowie der Leistungsfähigkeit und des Heldentums unseres Heeres. Dem akademischen Lehrer aber wird niemand verargen, daß sein Blick dabei besonders auf den jungen Kräften ruht, welche aus wissenschaftlicher Bildung und Arbeit heraus zum Waffendienst für das Vaterland berufen wurden."

Zur Reform der Presse und des Pressegesetzes macht Ernst Posse Vorschläge in einer Schrift „Über Wesen und Aufgabe der Presse" (J. C. B. Mohr, Tübingen). Er kommt zu folgenden Ergebnissen: 1. Daß der Anonymität Schäden anhaften, wird kein Verständiger leugnen, aber sie könnten beträchtlich eingeschränkt werden, wenn man dazu überginge, gesetzlich den Nachweis zu fordern, daß alle Äußerungen im Allgemeinen Teil der Zeitung öffentliche Interessen vertreten und daß Verleger und Redakteur, die gegen diese Bestimmung verstoßen, sich der Möglichkeit der Bestrafung aussetzen. 2. Der Anzeigenteil muß scharf von dem Allgemeinen Teil getrennt werden. 3. Mit der Verantwortlichkeit ist in erster Linie der Redakteur (als der Leiter der Interessen der Allgemeinheit) belastet, in zweiter Linie der Verleger. „Freilich müßte man dann bei Verletzung des öffentlichen Interesses den Redakteur, wenn er den Nachweis führt, daß der Unternehmer ihn zu dem Delikt veranlaßt oder gezwungen hat, entlasten oder von Strafe freilassen und nur den Unternehmer bestrafen."

Briefkasten. Wir bitten den Einsender des Artikels „Irland und der zukünftige europäische Friede", Herrn W. Fink aus München, um Angabe seiner näheren Adresse, damit wir mit ihm in Verbindung treten können.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 20 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verleger M. 3.80, Ausland M. 4.20 / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 28. September 1917 • Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Standhaft und rechtschaffen

Von Dr. Bernhard Dernburg, Wirkl. Geh. Rat

Standhaft und rechtschaffen sind die Eigenschaften, die das deutsche Volk im höchsten Maße schätzt, die es am stärksten zu entwickeln versucht hat und die ihm in der ganzen Welt einen guten und ehrenvollen Ruf eingetragen haben. „Von Alters her im deutschen Volke war der höchste Ruhm, getreu und wahr zu sein." So stehen uns denn auch jene Künste nicht an, die sich im Kriege hoher Würdigung erfreuen: Lüge und Trug, Zweideutigkeit und Heuchelei, Intrige und Gemeinheit. Wo wir uns darin versuchen, erleiden wir einen hoffnungslosen und brutalen Mißerfolg. Unsere Lüge ist grob und unwahrscheinlich, unsere Zweideutigkeit kümmerliche Eindeutigkeit, unsere Intrige ohne Salz und ohne Grazie. Die Geschichte des Krieges bietet dafür hundert Beispiele. Und das Gesagte ist noch das wenigste, was man eigentlich über die Handhabung dieser unserem Wesen fremden und unsittlichen Kampfmittel behaupten müßte.

Als der Krieg ausbrach und wir mit all diesen Mitteln von unseren Gegnern wie mit einem Hagel zugedeckt wurden, wie nicht nur die Wissenden die Netze erkannten, mit denen die Feinde den deutschen Herkules eingefangen und wehrlos gemacht glaubten, als wir uns von der Wirksamkeit solcher Taktik überzeugten, stieg sie in unserer Schätzung, suchten wir sie nachzumachen. Aber sie paßt nicht zum deutschen Menschen. Wir sind knorrig aber sittlich, wir sind leichtgläubig aber ehrlich, wir sind gescheit aber unerfahren. Politisch sind wir nie gewesen; das zeigt mit ganz kurzen Intervallen die deutsche Volksgeschichte, seitdem es eine solche gibt. Nun hat der Kampf jeden Deutschen auch hinter der Front zur Abwehr aufgerufen, jeder fühlt seine politische Verantwortlichkeit, und so haben sich denn viele auch in der Bevölkerung Angesehene bemüßigt gesehen, in jenen Künsten der Diplomatie und Politik zu dilettieren, die sie früher in Stolz und aus Überzeugung weit von sich gewiesen haben. Das hat dann den Rückschlag selbstverständlich mit sich gebracht, und das Volk fühlt, wenn es auch noch nicht bewußt weiß, daß unser Heil liegt für Gegenwart und Zukunft in der Rückkehr zur alten Art „Standhaft und rechtschaffen".

Digitized by Google

Diese Empfindung liegt auf dem Grunde der Resolution, welche die Mehrheit des Deutschen Reichstages am 19. Juli angenommen hat. Sie bekennt den klaren Willen des deutschen Volkes zu sittlichen Zielen, zur Grundlage des Rechts, zur Wiederaufrichtung der gestürzten Ideale, zum erneuten Glauben an die transzendente (überirdische) Herkunft der Menschheit. Sie war ein Bedürfnis von Millionen Deutschen, die sie allerdings mit anderen Worten, aber aus demselben Geiste begründen zu müssen glaubten. Es ist ja leider so gekommen, daß, wer in diesen Zeiten von Würde und Recht, von Religion und Sittlichkeit, Wahrheit und Menschentum spricht als ein verstiegener Ideologe, wenn nicht gar als ein Schlimmerer, angeklagt wird; es ist dahin gekommen, daß ein Gegensatz zwischen Deutschtum und Menschentum nicht nur von unsern Gegnern aufgestellt worden ist. Hier hätten wir schon etwas mehr Überzeugtheit und Charakter zeigen dürfen!

Wegen ihrer sittlichen Grundlage bedarf diese Entschließung überhaupt keiner Entschuldigung. Aber man hat dem deutschen Volke vorgetragen, sie erwecke den „Schein der Schwäche", so stärke sie die Widerstandskraft unserer Gegner, und so verlängere sie den Krieg. Und weil man den Schein über die Sache stellt, sind viele Unüberlegte schleunigst in die Falle gegangen, die sich hinter dieser Formel verbirgt; die Formel derjenigen, die ohne Rücksicht auf sittliche Forderungen den Krieg zu verlängern wünschen. Nicht, weil man die Entschließung selbst für falsch hält, sondern für unklug und unzeitig, schicken sich viele an, die ihr innerlich anhängen, sie nach außen zu verleugnen. Dieses Zwittertum ist zum mindesten nicht standhaft. Man behauptet, die Unklugheit der Resolution sei erwiesen durch die Ablehnung, ja die Verhöhnung, die sie im Ausland gefunden habe. Ja, sollten denn unsere Gegner alsbald Pater peccavi[1] schreien und ihre Waffen klirrend zu Boden werfen? Oder was hat man erwartet? Werden die Herren, die die neue Vaterländische Partei aufrichten möchten, ihre Bemühungen etwa einstellen, weil im In- und Auslande sie von allen Seiten mit Ablehnung, ja mit Hohn begrüßt werden? Sind sie bereit, zuzugeben, daß sie unklug und unzeitgemäß gehandelt haben? Ich glaube nicht, denn auch sie sind Deutsche, standhaft und rechtschaffen. Aber hat man denn schon vergessen, daß diese Entschließung eine Notwendigkeit war, ein Zwang des Gewissens für die Vertreter der Partei, die die größte Zahl männlicher Deutscher an die Urne und in die Schützengräben schickt? daß sie gerade dazu da war, die innere Einigkeit des Volkes zu erhalten, die sie zerstört haben soll und die wichtiger ist, als die Zufriedenstellung patriotischer aber unbelehrbarer Intellektueller?

Wer aber der Ansicht ist, daß die Entschließung des Reichstages ein Zeichen der Schwäche sein könne, hat doch nur eine Pflicht, den Beweis zu führen, daß sie das nicht ist, selbst wenn er sie nicht mit angenommen hat. Wer glaubt, auf den Schein gegenüber dem Ausland, das doch über unsere Zustände oft genauer informiert ist,

[1] Pater peccavi = Vater, ich habe gesündigt.

Digitized by Google

als unsere deutsche Provinz, entscheidenden Wert legen zu wollen, müßte doch erklären: „Wir stehen nicht auf dem Boden dieser Resolution, aber ein Zeichen der Schwäche ist sie nicht. Wir sind nicht schwach, aber unklug, standhaft und rechtschaffen.“ Statt dessen verkünden diese Herren mit Buchstaben so groß, als wenn es sich um den Fall von Riga handelte, diese Resolution sei ein Zeichen der Schwäche, der Deutsche Reichstag sei nervenschwach, die berufene Volksvertretung außer Kontakt mit dem Volk. Und sie gründen darauf eine Partei, die Alldeutschen, die „vaterländische“. Sie gründen sie auf Wegen, die im hohen Grade bedenklich und uns sonst wesensfremd sind, unter Druck und mit einer Volksverführung, jene konservativen Herren, wie man sie sonst nur der Demokratie auszudichten pflegt.

Ich bestreite niemand den guten Glauben, ich halte aber dafür, daß es eine der gröbsten Unsitten ist, weder standhaft noch rechtschaffen, politischen Gegnern vorzuwerfen, daß sie unvaterländisch, bewußt oder unbewußt, handeln. Deshalb muß man es doch als eine große Unbescheidenheit festnageln, wenn sich eine Clique von Männern zusammentut, um unter der eingetragenen Schutzmarke „Väterländische Partei“ die Liebe zur Heimat und zu deren Ehre für sich allein in Anspruch zu nehmen und mit dem hehren Namen des Vaterlandes einen Stimmenfang zu treiben unter Druck und Beeinflussung, die nicht in Ordnung sind.

Den gleichen Mißbrauch betreibt die gleiche Seite in dem Verlangen nach einem „Hindenburgfrieden“. Mir ist nicht bekannt, daß der Marschall, der außerhalb jeder politischen Diskussion stehen sollte und dem das Hineinziehen in diese Dinge in der Seele zuwider ist, sich jemals über die Einzelheiten eines Friedens ausgesprochen hat, den die „Vaterländischen“ mit seinem Namen decken wollen. Weil ich nicht in denselben Fehler verfallen will, werde ich nicht wiederholen, wie er sich nach den Worten zweier Kanzler zum Frieden gestellt hat. So beginnt die neue Partei ihre Karriere mit einem usurpierten und einem erborgten Namen. Aber sie geht weiter. Die Einigkeit des deutschen Volkes will sie wieder herstellen, indem sie einen Riß macht zwischen sich und der Mehrheit der Volksvertretung und einen Riß zu machen sucht zwischen König und Preußenvolk. Um die Einigkeit aufrecht zu erhalten, darf von der inneren Reform im Deutschen Reich während des Krieges nicht die Rede sein. Der König muß die Osterbotschaft und die Erklärung vom 11. Juli 1917 zurücknehmen, sie sollen ein Fetzen Papier sein. Nichts darf geschehen, was den konservativen und reaktionären Hintermännern der Königsberger Gründung gegen den Strich geht. Sie berufen sich so gern auf die Bewegung, die im Jahre 1812 unter ähnlicher Devise von ihrer Stadt ausgegangen sei; sie halten das deutsche Volk für sehr vergeßlich. Schön war jene Bewegung und geboren in der Stunde der Not, aber die Jahre, die ihr gefolgt sind nach wiederhergestelltem Frieden, waren wohl die traurigsten in der Geschichte der deutschen und der preußischen Volksentwicklung. Reaktion, Heilige Allianz, Demagogenverfolgung, Deutscher Bund und ein geknebeltes Preußen und

Digitized by Google

zerschmetterte Hoffnungen ohne Zahl auf politische Freiheit, Selbst- und Mitbestimmung. Die „Vaterländischen" haben jene Erinnerungen wieder hervorgerufen, nicht ich. Sieh dich vor, deutsches Volk, daß dir aus dem Willen der Königsberger Epigonen nicht ein gleiches Schicksal bereitet werde! Bereit dazu sind sie genug.

Sie verwahren sich dagegen, daß das Ausland irgendwelchen Einfluß erhalte auf die Gestaltung innerer deutscher Verhältnisse. Sie haben es dabei ganz besonders auf den Präsidenten Wilson abgesehen, der in seiner überheblichen und brutalen Weise eine Demokratisierung des deutschen Volkes als Vorbedingung für einen dauernden Frieden verlangt hat. Daß wir das Ausland nicht brauchen, um unser eigenes Haus zu ordnen, darüber sind wir alle einig. Aber ich suche umsonst nach der Logik in den Folgerungen der Vaterländischen und ihresgleichen. Denn wenn das Ausland nichts mit deutschen Dingen zu tun haben soll, so müßten für sie doch jene Worte Wilsons überhaupt nicht existieren, und wir müßten unsere deutschen Dinge beschicken, als ob sie niemals ausgesprochen worden wären. Aber das gerade Gegenteil wird verlangt. Weil Wilson eine Demokratisierung verlangt, kommt prompt die Reaktion und sagt „justament nicht". Eine direktere Abhängigkeit von einer Forderung des Auslandes ist doch gar nicht denkbar, und hier kommt der Pferdefuß der ganzen Bewegung prachtvoll zum Vorschein. Der deutsche Liberalismus und die deutsche soziale Demokratie haben seit dreißig und mehr Jahren eine Demokratisierung der deutschen und preußischen Staatseinrichtungen verlangt. Sie verlangen eine Volksgeltung im Parlament und in der Regierung, verantwortliche Reichsministerien, ein freies Arbeitsrecht, eine Abänderung des preußischen Wahlrechts, die Aufhebung der Gesindeordnung für Landarbeiter und dergleichen mehr. Und es gibt heute kluge Konservative — in welcher Partei doch teilweise unsere besten und geschultesten Köpfe sitzen — die wissen, daß man sich diesen Dingen nicht länger widersetzen darf und es mutig „standhaft und rechtschaffen" aussprechen. Aber dazu, zu diesen klugen Leuten, gehören die „Vaterländischen" nicht. Sie verlangen, daß die deutsche Demokratie ihr Programm, dessen Notwendigkeit und alsbaldige Durchführung keine Zeit klarer erwiesen hat als dieser Krieg, einfach zurückstellen, daß der König von seinem Wort zurücktrete, und zwar, beeinflußt durch die gleich gerichteten Forderungen des Auslandes. Was wir selbst für recht, unabhängig und verantwortlich wie wir sind, erkannt haben, sollen wir nicht tun, weil der Rest der Welt, vier Fünftel der zivilisierten und unzivilisierten Erde, unter gleichen Bedingungen leben, stark und glücklich sind. Und dabei beruft man sich auf die Einigkeit, trieft von Loyalität und wirft sich zum Schutze der Rechte der Krone auf und stellt sich dabei zwischen Kaiser und Volk. Der Kaiser ist der letzte, der ihnen dankbar dafür ist.

Überhaupt die Wilsonsche Note. Nachdem sie in Deutschland in der sinnentstellendsten Weise wiedergegeben worden ist — der „Lokalanzeiger" druckt sie so ab, als ob der Präsident den status quo ante (den früheren Zustand) ablehne, den der Papst

Digitized by Google

fordert, und läßt ganz einfach aus, daß der Präsident Kriegsentschädigungen verdammt — wird von diesem Dokument behauptet, daß es die Note des Papstes ablehne. Mein Urteil über die Angriffe auf die deutsche Regierung habe ich ja bereits ausgesprochen. Mag der Präsident glauben, damit eine Wirkung zu erzielen, oder mag er nur Kummer und Entrüstung verursachen wollen, die Ausführungen sind töricht und unbescheiden. Sonst aber ist die Note des Präsidenten eine Zustimmung zu den Zielen des Papstes in aller Form, und diejenigen, die gegen die Wilsonsche Antwort, gestützt auf einen bäurischen Anwurf gegen die deutsche Regierung, Sturm laufen, wenden sich eigentlich, wahrscheinlich sogar bewußt, gegen die Anregungen des Papstes, gegen die sie nicht das Gleiche zu tun wagen. Was Wilson verlangt, ist, daß ein Friede geschlossen wird nicht mit der deutschen Regierung allein, von der er glaubt, und nach dem Wortlaut der Reichsverfassung anscheinend das Recht hat zu glauben, daß sie dazu berechtigt ist, sondern mit dem deutschen Volk in einer unzweideutigen und Sicherheit gewährenden Form. Ich frage die Vaterländischen, besonders die Unterzeichner des Aufrufes, die bisher Mitglieder liberaler Fraktionen gewesen sind, ob sie denn darauf verzichten wollen, daß das deutsche Volk bei dem Abschluß eines Friedens befragt, daß es zufriedengestellt wird, und ihn mit dem Votum seiner Mehrheit besiegle. Keine vorgängige andere Forderung, nicht eine einzige andere, stellt der Präsident, um auf den Gedankengang des Papstes vollkommen einzugehen. Aber nicht nur das deutsche Volk, sondern auch der deutsche Kaiser steht hier auf dem gleichen Standpunkt, und ich setze hier nebeneinander die Worte; ich wiederhole die einzige Bedingung des Präsidenten Wilson, und den klugen, aufgeklärten und menschlichen Ratschlag, den der Kaiser im Jahre 1905 dem russischen Zaren gegeben.

Präsident Wilson:	Der deutsche Kaiser an den Zaren:
Das Wort der jetzigen Beherrscher Deutschlands kann nicht als eine Bürgschaft für eine Schöpfung dauernder Art betrachtet werden, es sei denn, daß dieses Wort ausdrücklich als der Wille und die Absicht des deutschen Volkes bekräftigt wird. Wir müssen aus diesem Grunde neue Äußerungen über die Absichten der großen Völker abwarten.	Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder die Fortsetzung des Krieges triffst ... wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands ... indem Du dem russischen Volke die lang gewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen ... wozu es ein positives Recht hat.

In der ganzen Wilsonschen Note aber steht nicht ein Wort gegen die Monarchie oder den Kaiser. Die zitierte Stelle beweist ausdrücklich, daß Wilson den Frieden mit der deutschen Regierung schließen will, vorausgesetzt, daß es nach dem Willen des deutschen Volkes geschieht und seine Billigung findet.

Man muß das unterstreichen, denn wie auf ein Kommandowort — von anderer

Digitized by Google

Seite wird behauptet auf ein Kommandowort — ist ein Depeschensturm der Loyalität an den Kaiser ausgebrochen, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß Regierung und Volk durch die Wilsonsche Note getrennt werden sollen, daß die Saat der Untreue gesät, der Kampf gegen die Hohenzollern verkündet sei. Ich habe mich umsonst bemüht, an irgendeiner Stelle der Wilsonschen Antwort irgend etwas derartiges zu finden. Aber auf diese Loyalitätskundgebungen, die ja an sich mit Recht den Kaiser nur sehr erfreuen können, kam der erwartete Dank, der eine bequeme Folie für diejenigen schuf, die ihre Kaisertreue in ziemlich unnötiger Weise zu drahten sich nicht entbrechen konnten. Das ist nicht ganz gerecht gegen den großen Rest der Nation, der nicht minder loyal, seine Treue aber bescheidentlich im Herzen trägt. Zweckmäßig war es aber erst recht nicht, denn nun kommt wieder der Eindruck, als ob das deutsche Volk über den Frieden gar nicht befragt werden solle, und Wilson ein im höchsten Grade unerhörtes Ansinnen gestellt habe. Das paßt natürlich den „vaterländischen" Drahtziehern ganz ausgezeichnet, und es ist ein schönes Stück Demagogie, wer immer es angestellt hat, — das standhafte und rechtschaffene Volk hat leider wieder einmal nichts gemerkt.

„Der dümmste Mensch", pflegte der verstorbene Georg von Siemens zu sagen, „ist der, der glaubt, einem anderen etwas vormachen zu können." Statt tapfer und rechtschaffen einer klaren Linie zu folgen, versuchen ehrgeizige Politiker den Massen einzureden, daß man hinsichtlich seiner Kriegsziele dem Feinde etwas vormachen solle. Die Nationalliberale Partei hat am 19. Juli eine Erklärung abgegeben, die dem Sinne nach vollständig der Mehrheitsentschließung Ausdruck gibt, und deshalb und mit Rücksicht darauf, daß die Mehrheitsentschließung im Ausland doch kein Verständnis finden würde, hat sie dagegen gestimmt. Jetzt aber treten Redner dieser Partei auf, die gegen die Entschließung sprechen, betonen, daß die Nationalliberalen sie abgelehnt hätten, was nur dem Wort und nicht dem Sinne nach der Fall war, und was weder standhaft noch rechtschaffen ist. Der neue Kanzler hat sich dahin ausgesprochen, daß es ein Verbrechen sei, den Krieg nur um einen Tag zu verlängern, nachdem ein unserem Bedürfnis entsprechender Friede gesichert werden kann. Der Abgeordnete Stresemann aber hat in Kassel vor einigen Tagen in der meines Erachtens durchaus irrtümlichen Voraussetzung, daß England Friedensouvertüren gemacht habe — der Fühler über Belgien, wenn er erfolgt ist, beweist gar nichts — seine Zuhörerschaft (der Bericht meldet die Anwesenheit der höchsten Spitzen der Provinz) ermahnt, ja doch fest auszuhalten, da man doch noch viel bessere Bedingungen erzielen werde, und darauf hingewiesen, daß es doch kaufmännische Gewohnheit sei und das allerüblichste Verfahren, bei seinen Forderungen doch zunächst einmal etwas vorzuschlagen; nachlassen könne man ja dann immer noch. — Mit Verlaub, Herr Stresemann, das ist nicht die Gewohnheit der ehrbaren Kaufleute, sondern der Krämer. Wenn man aber schon solche Absichten hat, so darf man sie beileibe nicht in öffentlichen Ver-

Digitized by Google

handlungen aussprechen, besonders wenn man ein Mann ist, der eine verantwortliche Stellung und die Leitung einer großen Partei ambitioniert (erstrebt). Denn man sagt dann nicht mehr oder weniger, daß das letzte Wort doch nicht das letzte Wort ist, und der andere richtet sich gleich darauf ein, und man hat das schöne Spiel von zwei Schlauköpfen, die einander etwas vormachen wollen. Lieber doch, Dr. Stresemann, standhaft und rechtschaffen!

Auf die Wirkung auf das Ausland kann keine Politik verzichten. Aber für uns ziemt sich die Politik der Taten und nicht der Worte, jedenfalls nicht der Handel, der unaufrichtige, der doppelzüngige. Wir verstehen sie nicht zu gebrauchen. Und so lange wir nicht darauf verzichten können, unsere Schlafzimmergeheimnisse, wie den Vorschlag vom allerletzten Wort oder der Schwäche des deutschen Volkes vor einem breiten internationalen Publikum zu behandeln, bleiben wir politische Kinder. Das Ziel der deutschen Politik ist, durch Standhaftigkeit und Rechtschaffenheit im Betriebe unserer inneren Geschäfte, in unserer Kriegführung, in unseren diplomatischen Verhandlungen die innere Front unserer Gegner zu durchzubrechen, indem wir diejenigen Teile der fremden Völker, welche gleichfalls ehrlich, standhaft und rechtschaffen sind, davon überzeugen, daß sie Gesinnungsgenossen bei den Deutschen finden, damit sie gerade so wie bei uns sich zu einem gemäßigten und sicheren Frieden bekennen und zu einer Wiederherstellung der Ideale einer zerschlagenen Welt, zu denen die Reichstagsresolution von allen Völkern den ersten Anstoß gegeben hat. Dann werden sie von sich aus, wie wir es hier tun, Allengländer, Allfranzosen, Chauvinisten und Imperialisten, aus der Macht entfernen, und es werden Kombinationen von Staatsmännern entstehen, mit denen ein allzeitig gerechter, dauernde Zufriedenheit, Hoffnung auf Entwicklung sichernder Friede zustande gebracht werden kann; der einzige Weg dafür ist, wenn das deutsche Volk seinem Charakter treu bleibt und sich wiederfindet in der Parole: „Standhaft und rechtschaffen."

Dazu gehört aber ein letztes. Wir führen diesen Krieg zur Verteidigung unserer Heimat, zur Aufrechterhaltung unserer Eigenart und Kultur, für unsere geistige und materielle Entwicklung und für unsere Zukunft. Und weil wir das tun, sind wir gerechtfertigt. Aber wir wollen, wir dürfen uns dabei doch nicht verschleiern den absolut unmoralischen, ja schlimmer noch den amoralischen Zustand, in den die Welt gekommen ist, einen Zustand der Menschenschlächterei, der Wertzerstörung, der Brutalität, der zum Prinzip erhobenen Lüge und Heuchelei, der Erdrückung der persönlichen Freiheit, der Aufhebung der konstitutionellen Rechte, der Zerstörung der sittlichen Werte und der Revolte des transzendenten Empfindens. Nur wenn die Welt diesen Zustand, wie es sich gehört, auch verdammt, innerlich und äußerlich, wenn die Verherrlichung des Krieges, bei aller Bewunderung für die unerhörten Opfer und die persönliche Tapferkeit, ihren Kredit verliert, wenn wir uns zurückstellen auf diejenigen Ideale, in denen wir erzogen worden und aufgewachsen sind, die das deutsche Volk

Digitized by Google

zu einem der gesittetsten und gebildetsten Völker gemacht haben, werden wir auch den Widerhall bei den Feinden erwecken, der notwendig ist. Alles dieses kleine Gemarkte und Gefeilsche um ein Stückchen Land hier und ein anderes da und um Dinge rein materieller Art sichern weder die Zukunft der Welt noch unseres Landes. Alle Ideen, die dahin gehen, daß dieser Krieg nicht nach menschlicher Erwartung die letzte derartige abscheuliche Auseinandersetzung zwischen gebildeten Nationen ist, daß ein zweiter oder dritter punischer zu folgen habe, müssen ausgetilgt werden. Wir müssen wieder zu dem Bewußtsein kommen, daß unsere höchste Aufgabe ist, sittliche Menschen zu sein, die unter göttlichen Gesetzen auch in ihren irdischen Verrichtungen ewige Dinge zu betreiben haben. Das ist meines Erachtens auch der Geist der deutschen Nation. Er wird durch kleine Männer und niedrige Gesichtspunkte zurzeit durch einen künstlichen Nebel verhüllt und betäubt. Aber wir sind das Volk Martin Luthers, und in diesem Lutherjahre müssen wir, wie es die Mehrheitsresolution versucht hat, klar und deutlich unseren Willen zu einer gerechten Weltordnung und die Einsetzung unserer ganzen Kraft, sie zu erzielen, allem anderen voraussetzen. Und lutherisch müssen wir sprechen: „Hier stehen wir, wir können nicht anders. Gott helfe uns, Amen." Standhaft und rechtschaffen!

Die Forderung des Tages: Zeichne Kriegsanleihe!

Zum Kampf um den Frieden

Eine englische Darstellung der Kanzlerkrisis in Deutschland

Von Dr. Paul Rohrbach

Die liberale englische Zeitung „Manchester Guardian" gibt in fortlaufenden Heften eine Geschichte des Krieges heraus, die natürlich vom englischen Standpunkt aus geschrieben ist, aber sich durch das Bemühen um Unparteilichkeit und um ein möglichst objektives kritisches Eindringen in die deutschen Vorgänge, militärische wie politische, auszeichnet. Berühmt geworden ist z. B. die Darstellung des „Manchester Guardian" über die Beweggründe und die Folgen des Stillstandes der deutschen Offensive in Rußland im Herbst 1915, über die „östliche" und die „westliche" Schule und manches andere. Jetzt bringt die Nummer der „Kriegsgeschichte" vom 29. August eine an die verflossene Kanzlerkrisis geknüpfte Charakteristik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und der innerdeutschen Verhältnisse, die der Wiedergabe wert ist, weil sie zeigt, wie eindringlich man das, was bei uns geschieht, in England verfolgt, und welche Gedanken man sich darüber macht. Offenbar ist in und noch mehr zwischen den Zeilen verschiedenes enthalten, was sich an die deutsche Adresse richtet. Den richtigen Standpunkt hierzu zu finden, möchte ich einstweilen dem Urteil des Lesers überlassen und mich darauf beschränken, zugleich als Einleitung

Digitized by Google

und Antwort, dem englischen Stück einige Bemerkungen vorausschicken, die auch meinen Artikel im vorigen Heft der „Deutschen Politik" in bestimmter Richtung ergänzen sollen.

Man hat mir von neutraler Seite die Bemerkung gemacht, jener Artikel sei nicht hinreichend deutlich gewesen. Für mein Bewußtsein war er nicht undeutlich, aber ich bin bereit, ihn noch zu erläutern und zu vervollständigen. Es ist der Fehler unserer Politik während des Krieges gewesen, daß wir uns bemüht haben, unsere Gegner durch Schnittlinien in der Senkrechten von einander zu trennen. Als das Ideal erschien es uns, zum „Sonderfrieden" mit einem Angehörigen des Entente-Blocks, namentlich Rußland, zu gelangen. Das war ein Fehler, vielmehr hätte man versuchen sollen, die Schnittlinie nicht in der Senkrechten, sondern in der Wagerechten zu legen. Das heißt: Es ist schwer möglich, die gegen uns verbündeten Nationen und Regierungen von einander zu trennen; wohl aber wäre es möglich gewesen und ist es noch heute möglich, innerhalb jeder einzelnen Nation diejenigen Schichten zu finden, mit denen sich über einen Frieden reden läßt, der Deutschlands Lebensinteressen wahrt. In erster Linie interessiert uns dabei England, aber auch die anderen Ententemächte scheiden keineswegs ganz aus. Es gibt in England gewisse politische Schichten, denen der Gedanke nichts Zurückstoßendes hat, bei der Liquidation des Weltkrieges Deutschland „zufriedenzustellen", weil sie einsehen, daß auf andere Weise kein dauernder Weltfriedenszustand zu erreichen ist. Es gibt andere Schichten, die für eine solche Idee unter keinen Umständen gutwillig zu haben sind. Diese — in England sind sie verkörpert in Lloyd George — würden lieber alle Kräfte der Hölle loslassen, als Deutschland zufriedenstellen. Man wird hiernach verstehen, was wir unter der horizontalen Schichtentrennung im Lager unserer Gegner verstehen. Je nachdem mit welcher Schicht, zumal in England, wir im weiteren Verlauf der Ereignisse es zu tun bekommen, sind wir imstande unsere Bedingungen, Bereitschaftserklärungen und Zusagen zurückhaltender oder entgegenkommender zu formulieren. Es kommt alles darauf an, welche innere Gesinnung gegen uns wie für die Zukunft auf der verhandelnden Gegenseite erkennen. Das gilt namentlich auch für Belgien. Wir haben den Wunsch, in der belgischen Sache dem Rechtsempfinden der Völker und unserem eigenen inneren Rechtsempfinden Genüge zu leisten. Wir werden glücklich sein, wenn in bezug auf den Krieg im ganzen und in bezug auf Belgien im besonderen nicht ein bloßer Waffenstillstand, sondern ein wirklicher Friede zustande kommt; ein Friede, der Dauer verspricht, weil er auf Rechtsgrundlagen beruht. Es ist an den Freunden des Friedens in England, das ihrige zu tun, um das zu ermöglichen.

Der Sache eines solchen Friedens wird es in Deutschland dienen, wenn wir hier eine Regierung des wirklichen Volksvertrauens bekommen. Das soll nicht heißen, daß wir Herrn Wilson seinen Willen tun sollen, sondern im Gegenteil: daß er in die Grube fallen soll, die er sich gegraben hat. Dasselbe gilt gegenüber Lloyd

Digitized by Google

George, der sich unbesonnen und voreilig darauf festgelegt hat, er sei bereit, mit einer Regierung des Volksvertrauens in Deutschland Frieden zu schließen. Mit dieser zudringlichen Einmischung in unsere Angelegenheiten wollte er nicht etwa Deutschland wirklich zum „demokratischen" Ideal verhelfen, sondern er wollte im Gegenteil unsre freiheitliche Entwicklung hemmen, indem er hoffte, durch seine Taktik die reaktionären Elemente in Deutschland zu stärken. Wilson meint es entweder ebenso unehrlich, oder er ist ein sehr schlechter Psychologe. Von Lloyd George steht fest, daß er bösen Willens ist. Auf jeden Fall ist sicher, daß unsere Gegner innerlich um so schwächer an den Verhandlungstisch treten werden, je deutlicher sie fühlen werden, daß hinter derjenigen deutschen Regierung, die die Verhandlungen beginnt, wirklich das deutsche Volk steht. Es handelt sich heute gar nicht mehr um die Personen, auch nicht um die Herren Wilson und Lloyd George, sondern es handelt sich um die Völker, die mit einander in direkte Beziehungen treten wollen und müssen. Der Friede, scheint es, kommt von den Völkern, nicht von den Staatsmännern.

Wie muß das Ministerium des deutschen Volksvertrauens aussehen? Soll es den Charakter der neuen Deutschen Vaterlandspartei oder den der Reichstagsmehrheit tragen? Eine mittlere Linie dazwischen gibt es nicht mehr. Sie war in gewissem Sinne erträglich, so lange Bethmannsche Politik mit staatsmännischer Geste gemacht wurde, aber einen Bethmann-Ersatz gibt es nicht. Jetzt heißt es: Entweder — Oder. Wir wollen nicht untersuchen, wie die Reichstags-Resolution zustande gekommen ist, sondern wollen uns an das halten, was wir als ihren praktischen und grundsätzlichen Kern ansehen. Was ist das? Uns scheint es die Achtung vor dem Recht anderer Völker zu sein, gleichgültig ob groß oder klein. Sie ist ausgesprochen in dem Satz, daß es keine gewaltsamen Annexionen geben solle. Das ist nicht nur der Standpunkt der Reichstagsmehrheit, sondern das ist überhaupt deutsch gedacht. Wer unbekümmert um die Rechte anderer Völker nur deutsche Machtpolitik treiben will, der verschlechtert nicht nur den moralischen Kredit Deutschlands in der Welt und liefert den böswilligen Feinden Deutschlands immer neue Munition, sondern er verleugnet damit auch die Geschichte der eigenen deutschen Freiheit.

Die Regierung des deutschen Volksvertrauens muß der überzeugte und überzeugende Ausdruck der Reichstags-Resolution sein, nicht wie sie hüben und drüben verdeutet und verdacht, sondern wie sie gemeint ist. Der Abgeordnete Conrad Haußmann hat das schöne Wort gesagt:

> Gib uns den Mann, der das Panier der neuen Zeit erfasse,
> Und durch Europa bahnen wir dem Frieden eine Gasse.

Herr Haußmann hat gleich nach der Asquithschen Frage, ob der deutsche Reichskanzler bereit sei, sich bestimmt über Belgien zu äußern, ein Telegramm des Führers der holländischen Pazifisten, Herrn de Jong van Beek en Donk, erhalten, in dem es heißt:

„Der von der deutschen Majorität eingeschlagene Weg ist unserer Meinung nach der rich-

Digitized by Google

lige Weg zum Frieden, unter der Voraussetzung, daß die Majoritätsgesinnung in den Regierungen echten und überzeugenden Ausdruck findet. Wir sehen mit Besorgnis der Reaktion auf die kriegerischen englischen Ministerreden in der öffentlicher Meinung Deutschlands entgegen. Denn es ist schon einmal Chauvinisten der Entente gelungen, nämlich durch die Note vom Januar, den deutschen Friedenswillen zu lähmen, gerade als er eine Kraft der Ansteckung bewährte, die dem Kriegswillen der Ententevölker gefährlich wurde. Wir bitten Sie, die chauvinistischen Ministerreden in England ebenso zu durchschauen. Sie sind doch mit uns darin einig, daß der Friede kaum mit den jetzigen französischen und englischen Kabinetten abgeschossen werden wird. Gerade in England wachsen die maßvollen Kräfte gegen die Regierung. Hier wird allgemein der Gegensatz zwischen den Reden Asquiths und Bonar Laws lebhaft besprochen. Bonar Law und Lloyd George haben die Kanzlerrede vor ihren Völkern als Bekenntnis zum Annexionismus hingestellt. Asquith bezweifelt diese Deutung und fragt den Kanzler in klaren Worten, welche Stellung er Belgien gegenüber einnimmt. Asquith setzt sich hier zum erstenmal in einer Frage der auswärtigen Politik in Gegensatz zur gegenwärtigen Regierung . . ."

De Jong van Beek en Donk zitiert in seiner Depesche auch noch einige Sätze eines holländischen Korrespondenten in England, der sich folgendermaßen äußert:

„Wenn eine ähnliche Resolution (wie die der Reichstagsmehrheit) von einem Parlament der Ententeländer angenommen wäre, so könnte man der Durchführung seitens der Regierung sicher sein. Diese Sicherheit fehlt in Deutschland."

Der Absender des Telegramms an den Abgeordneten Haußmann ist eine Persönlichkeit von aufrichtigem Wollen und von scharfer Beobachtungsgabe gegenüber der öffentlichen Meinung aller kriegführenden Länder. Diplomaten der alten Schule sind zu dieser Art von politischer Feinfühligkeit nicht befähigt. Sie stehen der Forderung, sie in die Staatskunst einzuführen, skeptisch und ablehnend gegenüber. Sie können mit der Psychologie in der Politik nichts anfangen, sobald es sich um die Psychologie der Völker, nicht mehr um die bloßer Einzelpersonen handelt. Das ist schlecht für die Diplomaten und für die Sache, die sie zu führen haben, denn die Diplomatie der Zukunft wird mit der völkerpsychologischen Methode arbeiten müssen. Herr de Jong van Beek en Donk ist kein Deutschenfreund, ebenso wie er kein Ententefreund ist. Er wird in Deutschland häufig ein Freund der Entente genannt; ebenso aber in den Ententeländern ein Freund Deutschlands. Er ist in manchen Punkten nicht gerecht gegen Deutschland, aber die Arbeit und der gute Wille, die er in seinen Veröffentlichungen leistet (seine Organisation ist der Anti-Oorlog-Raad) sind unentbehrlich, wenn man sich über den Fortschritt des Friedensgedankens unterrichten will. Ich selbst habe mit dem Anti-Oorlog-Raad meine Auseinandersetzung gehabt, aber ich erkenne an, daß der Raad heute etwas bedeutet.

Die holländische Stimme betont die Notwendigkeit, daß Regierung und Volksvertretung in Deutschland innerlich einig gehen müssen. Auch wir sind dieser Meinung. Die gegenwärtige Regierung, insbesondere der Reichskanzler, sind mit dem Verdacht belastet, daß ihre eigentliche Meinung nicht die des Reichstags ist. Diesen Verdacht hat der Reichskanzler als unbegründet zurückgewiesen. Es ist aber der Eindruck zurück-

Digitized by Google

geblieben, daß etwas dabei nicht gestimmt hat. Es müssen Anstrengungen gemacht werden, unabhängig von allen Personenfragen, um diesen Eindruck zu tilgen. — Ich hoffe, daß ich jetzt deutlich genug gewesen bin, und ich darf nunmehr das Stück aus der Kriegsgeschichte des „Manchester Guardian" über Bethmann Hollweg und die deutsche Politik vielleicht ohne Besorgnis vor Mißdeutungen folgen lassen. Die Wiedergabe bietet, wo sie nicht in Anführungszeichen gesetzt ist, einen verkürzten Wortlaut. Bestimmte Stellen mußten mit Rücksicht auf die Verhältnisse unterdrückt werden.

„Bethmann Hollweg war der letzte Führer, der gehen mußte, von denen, die ihre Hand beim Kriegsanfang im Spiel hatten. Für den Mann der Straße war es erstaunlich, daß er so lange am Ruder war, während alle anderen Nationen, eine nach der anderen, sich der Führer entledigten, die sie in den Krieg geführt hatten. Diese Auffassung heißt den Mann verkennen und den besonderen Rückhalt, den er an der deutschen Politik hatte, ebenso wie seine ausgesprochene Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. An dieser Verkennung ist die Tagespresse der Entente im wesentlichen schuld, die in der Hoffnung, die Kriegsstimmung der Nationen, die mit Deutschland im Krieg liegen, aufzupeitschen, die Angriffe auf den deutschen Kanzler in den Vordergrund stellte und sich dabei den Haß gegen Bethmann zunutze machte, der zweifellos in gewissen Kreisen der Entente-Bevölkerung gegen ihn vorherrschte . . ."

Vor der Kanzlerkrisis im Juli

Des Kanzlers Ringen gegen die Konservativen und anderen reaktionären Elemente, sein allmähliches Herüberneigen von der Rechten zur Linken, erhielt einen entschiedenen Ausdruck in der Osterbotschaft des Kaisers mit dem Versprechen der Wahlrechtsreform. Dann folgte im Mai die Zusicherung einer Aufklärung über die Kriegsziele. Konservative und Sozialisten brachten gleichzeitig Interpellationen, um vom Kanzler eine gerade Erklärung über die Kriegsziele zu erhalten, aber sein Gegenzug war, daß er dem Reichstag seine Politik der Zurückhaltung in betreff der westlichen Kriegsziele auseinandersetzte und unbestimmte Vorschläge großmütiger Friedensbedingungen gegenüber Rußland äußerte, in der Hoffnung, daß Rußland die westlichen Alliierten beeinflussen möge. Der Kanzler beanspruchte in vollem Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung und der österreichisch-ungarischen Regierung zu sprechen, und eine Art Block von Nationalliberalen, Zentrum und Fortschrittlern billigte seine Haltung, während die Majoritäts-Sozialisten durchaus nicht unzufrieden mit dem Verlauf der Dinge zu sein schienen. Die Rechte schöpfte Besorgnis über diesen Block und behauptete, er sei in dem Verfassungsausschuß zwischen dem Kanzler und diesen Parteien vereinbart worden, als Gegengabe für die gemeinsame Zustimmung im Plenum sollte der Kanzler die Vorschläge des Ausschusses billigen. Die Alldeutschen begannen eine Agitation mit Telegrammen an Hindenburg, worin sie diesen mit ihren Kriegszielen zu identifizieren suchten, und mit Ankauf großer deutscher Tageszeitungen durch ein kapitalkräftiges Syndikat; in diesen Zeitungen wurde nun täglich gegen die Friedenspolitik und Reformabsichten des Kanzlers gehetzt. Unglücklicherweise aber unterließ der Kanzler es, sich, wie die Rechte es erwartet hatte, auf das Friedens- und Reformprogramm festzulegen. Er verweigerte eine bestimmte Erklärung der Friedensziele, und die Dinge zogen sich so unbefriedigt hin wie immer. Die Hoffnungen auf Separatfrieden mit Rußland schwanden mit der entrüsteten Ablehnung des Arbeiter- und Soldatenrates und der Grimm-Hoffman-Episode.

Plötzlich veröffentlichte Scheidemann einen höchst wichtigen Artikel im „Vorwärts" am

Digitized by Google

24. Juni, worin er auf Grund seiner Stockholmer Erfahrungen erklärte, die Demokratisierung Deutschlands sei ein notwendiger Schritt vor einem Verständigungsfrieden. Es folgten Artikel im „Berliner Tageblatt" von Dernburg und Fürst Lichnowski, worin drastische Reformen verlangt wurden, um Deutschland in eine Reihe mit der übrigen Welt zu bringen. Für einige scharfe Artikel von Professor Weber in der „Frankfurter Zeitung" verfiel letztere der Zensur.

Die Lage klärte sich. Auf der einen Seite: die Befürworter der Reaktion, des Krieges und eines „deutschen Friedens"; auf der anderen die Befürworter eines „Verständigungsfriedens" mit sofortigen Reformen — einem Eingeständnis, daß der Ruf der Entente nach Demokratisierung gerechtfertigt war. Da die Regierung Frieden nicht erlangen konnte, so mußte sie notwendig sich den Jingos zuneigen, wenn sie nicht eingestehen wollte, daß deren Kriegsziele unerreichbar wären. Aus den Beschimpfungen der reaktionären Presse konnte man ersehen, daß die Rückkehr der Sozialisten aus Stockholm energischer denn je die Formel zur Geltung gebracht hatte: „Demokratisierung um des Friedens willen"; und diese Bewegung war stark genug, um die Reaktionäre auf der ganzen Linie zur Defensive zu zwingen. Ein Zeichen von gewichtiger Vorbedeutung war das Manifest, das elf Männer, die man bis dahin als Verfechter anerkannt konservativer Grundsätze angesehen hatte, am 3. Juli veröffentlichten. (Hier wird das Delbrück-Harnack-Manifest im Wortlaut mit allen Unterschriften wiedergegeben.)

Inzwischen liefen die Arbeiten des Verfassungsausschusses weiter. Die Konservativen und das Zentrum widersetzten sich dem sozialdemokratischen Vorschlag des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Erwachsenen; die Konservativen stützten sich darauf, daß die kaiserliche Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht nicht versprochen habe, und vereinigten sich mit dem Zentrum und den Nationalliberalen zu dem Einwand, daß jeder Bundesstaat seine eigenen Angelegenheiten besorgen müsse ohne Einmischung des Reichs. Dennoch neigten sämtliche Parteien schließlich dazu, der fortschrittlichen Resolution zuzustimmen, die der Regierung die dringende Notwendigkeit einer Wahlreform ans Herz legte und „die gänzliche Gleichstellung der Bürgerrechte in allen Staaten des Reichs" anregte.

„Überhaupt mehrten sich, je mehr der Zusammentritt des Reichstags nahte, die Anzeichen einer stürmischen Session; man sagte, die Sozialisten seien entschlossen, eine neue Debatte über Kriegsziele und Frieden herbeizuführen. Eine allgemeine Überzeugung machte sich geltend, daß durch die Tölpeleien der Regierungspolitik Deutschland einem neuen Kriegswinter entgegengehen müsse, und dies verlieh der Forderung neue Kraft, daß die einzige Regierung, die möglicherweise das Land durch diese Prüfung hindurch würde führen können, eine im weitem Maße parlamentarische sein müsse. Die Majoritätssozialisten hatten so gut wie beschlossen, die neuen Kriegskredite abzulehnen, falls ihrer Forderung, einer Annahme der Formel „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" und für unmittelbare innere Reformen nicht nachgegeben würde. Wie Professor Delbrück sagte: „Das Rad der Geschichte rollt vorwärts und reißt uns mit." Er hatte recht. Aber die Regierung war töricht genug, den Versuch zu machen, es aufzuhalten, und die Wahlrechtsreform zu verschieben, als der Reichstag zusammentrat, indem sie die Neuteilung der Wahlkreise in dichtbevölkerten Gebieten debattieren ließ."

Die Krisis

Im Hauptausschuß des Reichstags widersetzte sich der Majoritätssozialist Ebert dem Vorschlag Spahns, des Zentrumsführers, erst die Kredite zu bewilligen und die politische Debatte folgen zu lassen. Erzberger unterstützte ihn; die Krisis hatte begonnen. Am nächsten Tag machte im Ausschuß Herr Erzberger einen Vorstoß gegen die optimistischen Berichte und Statistiken über den Tauchbootkrieg, die Helfferich und v. Capelle gegeben hatten. Zugleich verlangte er einen Verständigungsfrieden auf der Basis: Keine Annexionen und keine Entschädigungen und

Digitized by Google

sofortige innere Reformen. Die Rede war wie ein Blitzschlag ... Am nächsten Tage setzte Erzberger den Angriff fort, und der Kanzler gab eine Antwort, die allgemein nicht zufriedenstellend gefunden wurde, er verweigerte, sich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu erklären. Am gleichen Tage kamen Hindenburg und Ludendorff in Berlin an. Gleich darauf kehrte der Kaiser aus Wien zurück und fuhr sofort zum Kanzler. Später empfing er die Heerführer und den Kriegsminister. Die Krisis war in vollem Gange. Inzwischen hatte sich die Zentrumspartei fast ganz um Erzberger geschart, aber die Nationalliberalen suchten der Sache eine Wendung zu geben und sie allein gegen Bethmann Hollweg zu führen ...

Inzwischen suchten die Mittelparteien eine Formel, auf der sie sich alle gegen die Regierung einigen konnten, und am Abend des 7. Juli wurde angekündigt, Nationalliberale, Zentrum, Fortschrittler und Sozialisten seien zu einer Vereinbarung über ihre Ziele gelangt. Am nächsten Tage, einem Sonntag, trat am Nachmittag der Kronrat zusammen unter Vorsitz des Kaisers. Hier machte Bethmann Hollweg, so wird allgemein erzählt, den Vorschlag der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Der Kaiser neigte ihm zu, und es schien, als solle der Kanzler gegenüber dem einstimmigen Widerstand der preußischen Minister, die ihre Entlassung einzureichen drohten, Sieger bleiben. Indessen fiel keine Entscheidung. Am nächsten Tage forderte der Hauptausschuß vom Kanzler einen Bericht über die Vorgänge im Kronrat; er verweigerte die Antwort, worauf sich der Hauptausschuß in großer Erregung vertagte. Freisinn und Sozialdemokratie waren sehr erzürnt über Bethmanns Schweigen, das in der Tat stark dazu beitrug, ihm die linken Parteien abspenstig zu machen ...

Am 11. wurde der Kronprinz nach Berlin gerufen, um als Thronerbe zu Rate gezogen zu werden, da ihn gewissermaßen die Veränderungen mehr angingen, als den Kaiser ... „Augenblicklich begann er Parteiführer auszufragen, was ihre Meinung über die Lage und über Bethmann Hollweg sei. Es ist unwahrscheinlich, daß einer von ihnen energisch zu seinen Gunsten gesprochen haben sollte."

Während schon Gerüchte umliefen, daß der Kanzler seine Entlassung eingereicht habe und die „Vossische Zeitung" Dr. Michaelis, den preußischen Nahrungsmittelkommissionär, als seinen Nachfolger nannte, die Jingopresse aber sehr stark für Bülow Propaganda machte, wurde kurz vor Mitternacht an demselben Abend eine kaiserliche Botschaft veröffentlicht, die die Osterbotschaft erweiterte und dem preußischen Ministerium anbefahl, dem Landtag eine neue Vorlage über die Reform des preußischen Wahlrechts auf der Grundlage des gleichen Stimmrechts zu machen, und zwar so bald als möglich. Dies war ein Sieg des Kanzlers und ein unverkennbares Zeichen des Vertrauens des Kaisers. Es hatte den Anschein, als könne er bleiben. Aber die Kühle, mit der die Ankündigung in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde, bewies die Veränderung in der Volksstimmung seit Ostern. Was damals ein königliches Geschenk gewesen war, begegnete jetzt der Gleichgültigkeit. Eine neue Opposition erwuchs plötzlich dem Kanzler im Zentrum. Am 12. schrieb die „Germania": „Der Parteiausschuß sei zu der Meinung gekommen, daß in der Partei und in anderen Kreisen das Gefühl überwöge, der Kanzler sei kaum geeignet, die Friedensunterhandlungen zu führen." Aus München hörte man große Erregung über die geplante Parlamentarisierung. Die partikularistischen Interessen Bayerns schienen bedroht, weil Bethmann die Schaffung eines Staatsrates mit parlamentarischen Vertretern planen sollte. Auch hatte die Zentrumspartei als Ganzes einen wirklichen Widerwillen gegen eine echte Wahlreform. So verlor der Kanzler so gut wie all seine Stützen.

„Die drei Parteien der Linken, Zentrum, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten, beharrten noch bei ihrer Resolution. Es wurde versucht, die Mehrheitsparteien zur Zurücknahme oder Abänderung ihrer Formel zu überreden, ein paar Veränderungen in Worten wurden tatsächlich gemacht."

Digitized by Google

So stand Bethmann Hollweg allein gegen alle. Er hatte eine Regierungskrise in Preußen, wo fünf Minister wegen der Wahlreform, ein sechster wegen der Friedensformel ihre Entlassung eingereicht hatten; eine Regierungskrise im Reich, wo drei Unterstaatssekretäre zurücktraten; eine Krise im Bundesrat, wo die Vertreter Bayerns und anderer Staaten sich gegen die Parlamentarisierung stellten; und endlich eine Krise im Reichstag, wo sich die neue Majorität langsam von ihm zurückzog. Es hielt ihn niemand, und so fiel er. Am nächsten Tage, nachdem er am 14. Juli seine Entlassung eingereicht hatte, erschien der Dankbrief des Kaisers an ihn, zugleich mit der Ernennung von Dr. Michaelis zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten von Preußen.

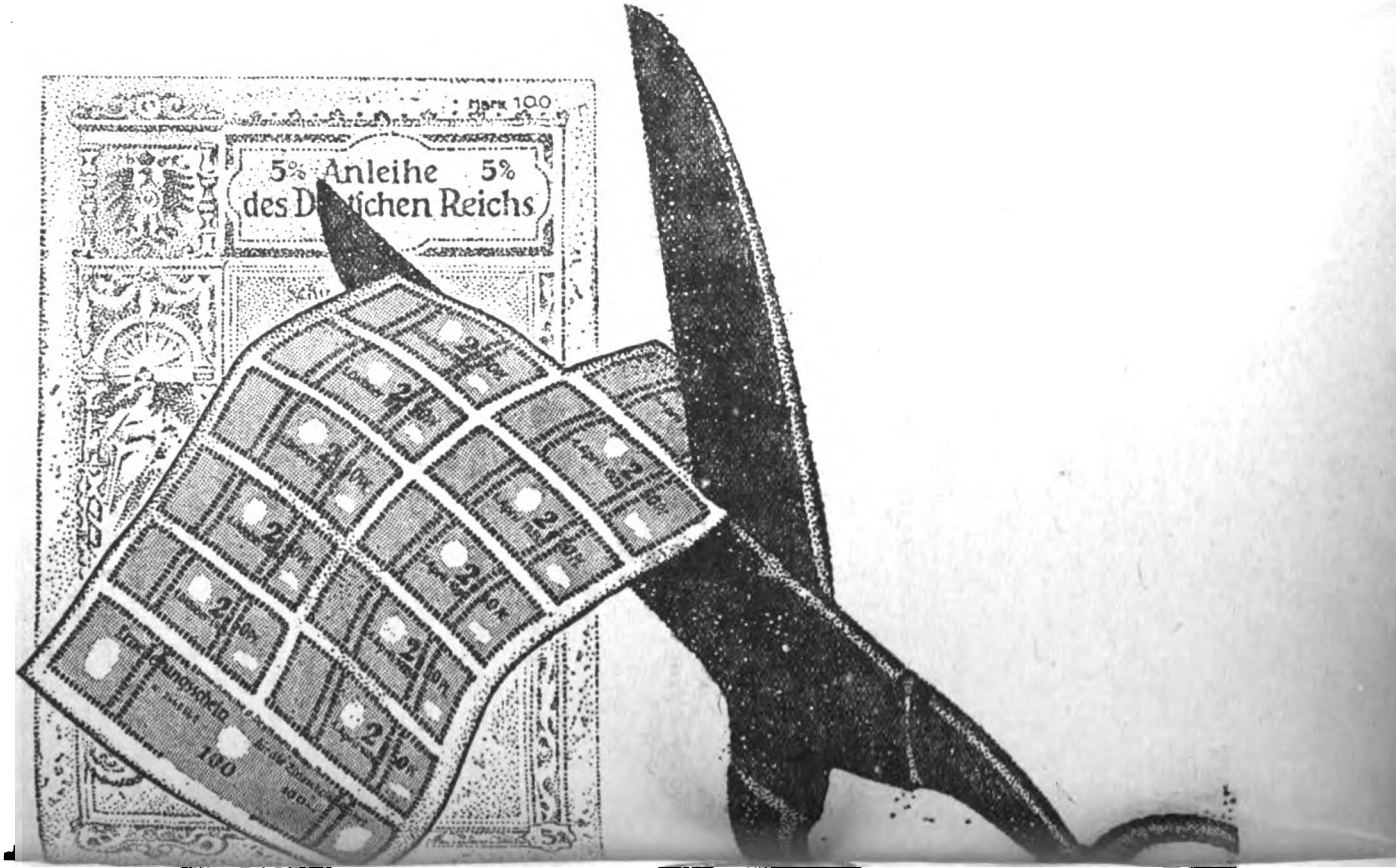
Rückblickende Betrachtung

Es ist eine Eigentümlichkeit der deutschen Reichsverfassung, daß der Kanzler mit Koalitionsmehrheiten regieren muß und infolgedessen jede Maßregel auf dem Wege des Kuhhandels durchbringt. Ebenso hat aber auch keine Partei jemals die Hoffnung, die Zügel der Macht zu ergreifen. Sie müssen sich mit dem Kanzler und seinen Staatssekretären abfinden, so lange es dem Kaiser beliebt, ihn im Amte zu halten. Häufen sich freilich Mißtrauenskundgebungen des Reichstags, so wird der Kaiser sie wohl beachten und seine Regierung wechseln müssen; er würde aber deswegen nicht seine Minister aus der parlamentarischen Mehrheit wählen. „Ein Hauptergebnis dieser Einrichtung war bisher gewesen, daß die Parteiführer, wie alle ihresgleichen, weit mehr auf die Interessen ihrer Partei, als auf die des Staates aus waren. Z. B. war es während der Krisis ... offenbar, daß es nationalliberale Taktik war, die Friedenspartei dadurch zu Fall zu bringen, daß die Nationalliberalen einen Systemwechsel zu wünschen vorgaben. In Wahrheit arbeiteten sie auf den Sturz des Kanzlers und die Vereitelung sowohl des Friedens als auch der Reformen hin, obwohl eine kleine Minderheit diese letzten Ziele aufrichtig begünstigte. Das Zentrum arbeitete ebenfalls für die Friedensresolution, zweifellos im Hinblick auf die große katholische Friedensbewegung, die in Österreich reifte, aber auch in Erwiderung der Volksstimmung und vor allem, um den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen."

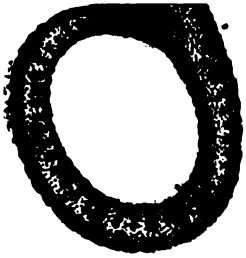
Numerisch schwach, war die konservative Partei im Reichstag tatsächlich die stärkste. Selbst ein flüchtiger Überblick über Deutschlands Geschichte seit Bismarck zeigt, daß kein Kanzler gegenüber der Opposition dieser Agrarier lange an der Macht bleiben kann. Selbst Bülow, der zu ihnen gehörte, mußte fallen, als er ihnen entsprechenden Anteil der Finanzlasten aufbürden wollte. Bei Bethmann Hollwegs Antritt fand er die protestantischen und katholischen Konservativen inmitten wildester Parteistreitigkeiten allmächtig. Von Anfang an haßten sie ihn. Er suchte sie dadurch zu beruhigen, daß er ihnen wichtige Ämter einräumte, aber die ganze Richtung seiner Politik wies nach links. Daher suchte er Unterstützung beim Zentrum. Das Zentrum hat kein eigentliches politisches und soziales Programm und schließt sehr verschiedene Mitglieder ein, vom großen katholischen Magnaten in Schlesien bis zur Industriebevölkerung im Rheintal. Es suchte daher zur Bewahrung seiner Einigkeit Linien der Politik zu verfolgen, die allen gerecht wurden und schien ans klugen Opportunisten zu bestehen, die mit seltenem Geschick die weltlichen Interessen des Katholizismus vertraten.

Die Wahlen von 1912 stärkten die Liberalen und Sozialdemokraten so sehr, daß sie eine wenn auch kleine Majorität bildeten; das Zentrum behielt seine Mitgliederzahl. Bethmann als die Zeichen der Zeit richtig. Er steuerte deutlich mehr nach links und konnte 1913 den Konservativen bei der großen Wehrbeitrags-Vorlage eine schwere Niederlage beibringen. Von da an führten die Konservativen gegen ihn Krieg bis aufs Messer. „Man halte sich immer ihre Macht vor Augen. Im Preußischen Landtag waren sie allmächtig, und Bethmann Hollweg war Ministerpräsident in Preußen gerade so wie Reichskanzler. Außerdem hatte Preußen im Bundes-

Digitized by Google



Digitized by Google



Nützet Euch, nützet dem Vaterland, zeichnet Kriegsanleihe

Digitized by Google

vat... das Übergewicht... So konnten die Parteien der Rechten des Kanzlers Entschließungen bei der Kriegserklärung erzwingen; dann wieder in der Frage des U-Bootkrieges und des Eintritts Amerikas in den Krieg. Die Kampagne gegen ihn war so stark und in ihren untergrabenden Einflüssen so tödlich, daß er niemals imstande war, die Kriegsziele kühn zu erklären, die ihm wirklich am Herzen lagen... So lange er die Unterstützung des Zentrums und der Linken genoß, war er verhältnismäßig sicher, und die wütende Opposition der Rechten trieb ihn allmählich nach links hinüber und stärkte die Hoffnungen der Linken auf eine neue Orientierung in der inneren Politik. Bethmann hatte außerdem einen Anfangserfolg, indem er die Majorität der Sozialdemokraten zur Unterstützung des Krieges gewann."

Bethmanns Gewissen

Alles in allem muß man sich gegenwärtig halten, daß Bethmann Hollweg den Krieg nicht wollte, ja, daß er in der Tat energisch dem Krieg sich widersetzt hatte, so weit es seine sensible Natur zuließ. Er haßte solche drastischen Schritte. Er hätte sich beim Ausbruch des Krieges zurückziehen können, denn der Krieg bedeutete die Umstürzung aller seiner Politik. Vor dem Kriege hat er wahrscheinlich den Versuch gemacht, zurückzutreten. Aber der Kaiser hatte ein unbegrenztes Vertrauen zu ihm und mochte ihn überdies sehr gern. Bethmann war eine anziehende Natur, offen, aufrecht und unzweifelhaft ehrlich — ein feiner Kopf an der Spitze des Deutschen Reiches. Aber er war kein Mann der Tat, keine dynamische Natur. Man könnte fast das Wort Grillparzers auf ihn anwenden, der sagte: „Für mich ist ein Entschluß gerade wie ein Schritt in die Unendlichkeit." Er war niemals imstande, sich zusammenzureißen und sich die genügende Freiheit zu schaffen, um den kühnen Weg der Tat zu gehen. Er hatte Ideen: er deutete die Tagesströmungen richtig, aber er wurde dauernd behindert durch seine Kreise, ebenso wie durch die Ereignisse. Gerade wie eine Fliege, die sich im Sirup festgeklebt hat, wohl einmal nach großen Anstrengungen einen Fuß frei bekommt, nur um zu entdecken, daß ihre anderen Beine noch tiefer im Klebstoff festsitzen, und so ist sie nicht imstande, ihre Flügel zu gebrauchen. Mit einem Wort, er war der typische Mann für die Übergangsperiode. Er fühlte, daß der Friede nötig war, um das deutsche Volk in eine harmonische Zusammenarbeit mit den undemokratischen Elementen der Verfassung zu bringen und damit in Einklang mit jenen demokratischen Bewegungen, die überall in der Welt an der Arbeit waren. Seine ganze auswärtige Politik zielte auf eine nähere Verbrüderung mit den Westmächten ab. Er unterstützte den interparlamentarischen Versuch, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, während Lord Haldanes Besuch in Berlin eine neue Ära in Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien in Aussicht zu stellen schien. Aber die ganze Zeit hindurch war er gezwungen, mit jenen Elementen zu Hause Kompromisse abzuschließen durch Anhäufung ungeheurer Rüstungen und durch neue Aufwendungen für militärische Vorbereitungen, welche die ganze Welt zu bedrohen schienen. Es ist wahrhaft tragisch, daß dieser Mann des Friedens als der verantwortliche Staatsmann den Weltkrieg anzuführen hatte...

In der heimischen Politik steuerte er einen bedeutsam geraden Kurs. Er fing als Staatssekretär des Inneren mit einer Gesetzgebung über das freie Versammlungsrecht an, und er endete mit und durch das gleiche Wahlrecht in Preußen. Er war Kanzler geworden zur Zeit des wildesten Parteikampfes, und es war ihm gelungen, Ordnung in den Reichstag zu bringen und ein gewisses Bestreben, an der Regierungsarbeit positiv mitzuwirken. Im Kriege erntete er die Früchte dieser Bemühungen, die Parteien zu einer Verständigung zu bringen. Er brachte die Sozialdemokraten dazu, ihren politischen Standpunkt aufzugeben und Seite an Seite mit dem übrigen Deutschland zu kämpfen. Aber Herr von Bethmann Hollweg war nicht imstande, seine Erfolge zu krönen. Die inneren Erneuerungen, von denen er oft sprach, hatten ihn in der Tat

Digitized by Google

gelehrt, politische Dinge anders zu sehen und zu werten. Ja, er hat sich wahrhaft in die Gedanken der Demokratie hinein versenkt, aber die Gedanken kristallisierten sich nie zu Taten, höchstens zu Reden. Die einzige praktische Leistung auf diesem Gebiet war sein Wort von „Dem Tüchtigen freie Bahn" und die Berufung organisierter Sozialdemokraten in Kriegsämter, wenn auch nur in beratender Stellung. Er war jedoch nicht glücklich in der Wahl seiner Mitarbeiter ...

Schwierigkeiten Bethmanns

Bethmann war dazu gekommen, sich auf die Zentrumspartei zu stützen, und so mußte er seine Politik der schwankenden Politik des mehr oder weniger reinen Opportunismus anpassen. Zu Anfang war das Zentrum ausgesprochen annexionistisch. In der U-Bootstreitfrage rettete es ihn gerade noch vor den konservativen Wölfen, anstatt ihm aber freie Hand zu geben, zwang es ihn, die letzte Entscheidung Hindenburg zu überlassen. „Diese Tatsache band für immer seine Hände und brachte ihn endlich zu Fall. Hindenburg, dessen Standbild auf dem Platz einer jeden deutschen Stadt steht, dessen Bild in jedem deutschen Hause hängt, war ein zu schwerer Block, als daß Bethmann-Hollweg ihn beiseite schieben könnte." Dann kam eine neue Katastrophe für Bethmanns Hoffnungen und seine Politik: die russische Revolution. Solche heftigen Ausbrüche haßte er von Natur. Er war als Beamter groß geworden und als Konservativer in den Reichstag gekommen. „Er war in der Tat die feine Blüte der deutschen Geheimratskultur; ein Konservativer von Natur, aber kein Reaktionär, ein loyaler Diener seines Kaisers, dem und für den er immer verantwortlich war." Er hatte sich mühsam aus dem siebenfachen Panzer des Konservatismus herauszuschälen, und da die Ereignisse schneller liefen als seine innere Entwicklung, so wurden ihm schließlich die Konzessionen entrissen.

Die russische Revolution endete alle Hoffnungen auf einen Separatfrieden mit Rußland; sie bedeutete weitere Jahre des Krieges, wenn Deutschland bis zum Ende durchkämpfen wollte. Außerdem brachte sie einen gefährlichen Gärstoff in den von Bethmann jahrelang so sorgfältig gekneteten Verfassungsteig. Bethmann erkannte, wie dringlich Reformen seien, aber war nicht imstande, darnach zu handeln. Auch die Osterbotschaft war nur ein Kompromiß. Weil es nur eine Botschaft war, konnten seine Gegner hoffen, ihn zu beseitigen, ehe sie Tatsache wurde; die Anhänger der Reform wiederum beargwöhnten den Entschluß der Ausführung. Die Alldeutschen verbreiteten, der Kanzler habe nicht die Unterstützung der Krone und der Obersten Heeresleitung. Die liberalen Elemente kamen allmählich zu der Überzeugung, daß es ihm an Kraft, Klarheit und Rücksichtslosigkeit fehle, die der Führer einer großen Nation während eines Sturmes braucht. Schmoller nannte ihn Fabius Cunctator ...

Epilog

„Der Epilog zur Krisis scheint nur dem Zyniker schön, und enttäuschte sogar Deutschlands Feinde. Die Mehrheit, die Bethmann Hollweg zu Fall gebracht hatte, wich zurück wie erstarrt über das, was sie angerichtet. Das war gerade der Augenblick, wo der Reichstag alle seine Forderungen hätte durchsetzen können. Aber er fand nicht zur Zeit den Atem wieder, und ehe er den Mund wieder aufgetan hatte, hatten die Machthaber ihren neuen Kanzler hineingeschoben, ohne daß der Reichstag in der Sache dieser Wahl ein Wort mitzureden gehabt hätte. Selbst später, als der neue Kanzler seine Rede hielt und eine zweite Gelegenheit sich bot, seinen Einfluß auf die neue Ernennung fühlbar zu machen, ließ er sich schwächlich diese zweite Chance entgleiten und warf die ganze Verantwortlichkeit für die Lösung der Krisis auf den Kanzler selber. Das Versagen hatte beim Reichstag selbst gelegen. Einen bemerkenswerten Sieg aber hat er doch erfochten: die Friedensresolution war mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen worden. Dies war ein großer Gewinn, dann sie hatten niemals von Bethmann

Digitized by Google

Hollweg eine solche Resolution erlangen können. Der neue Kanzler suchte durch eine zweideutige Zustimmung den Inhalt derselben zu verwirren, im Herzen aber schien er damit übereinzustimmen, und die Ausführung hing natürlich von dem neuen Staatssekräter des Auswärtigen ab.

Rußland muß!

Von Jakob Schaffner

Rußland muß in seiner jetzigen Gestalt aufhören zu bestehen, wenn der Krieg für Deutschland geschichtlich zu einem Ergebnis führen soll! Es gibt für die deutsche Nation kein anderes wirkliches geschichtliches Ziel, auch keines, das sich so von selber und aus der Natur der Tatsachen anbietet.

Es wird jetzt der Versuch gemacht, die Leute, welche die sogenannte östliche Lösung suchen, als „Russophoben", Russenfeinde zu bezeichnen, und das geschieht von Schriftstellern, die sonst auf jedes französische Unterhaltungsspiel schwören und noch bis gestern von einem Westeuropäer kaum zu unterscheiden waren. Seitdem Rußland seine Revolution hat, soll dort weiß geworden sein, was bisher schwarz war. Es wird krampfhaft übersehen, daß diese Revolution den Deutschen zehnmal so ablehnend gegenübersteht, als vorher die moskowitische Grundherrschaft, und daß dort frisch ausgeschlüpfte Kulturlehrlinge, die eben mit knapper Not der Knute entlaufen sind und noch nicht auf eigenen Füßen stehen können, bereits als die politischen Zucht- und Lehrmeister der Deutschen auftreten wollen. Wenn das aber vom sehr grünen Holz geschieht, was wird vom gehärteten kommen? Ohne Würde und Selbstachtung wird keine russische Frage zu lösen sein, darüber muß man die Russen selber hören. Der Deutsche ist nicht der Mann, von der Fortdauer des russischen Chaos[1] und der moskowitischen Korruption[2] Gewinn zu ziehen; dazu ist er von Hause aus zu sehr auf Reinlichkeit und Ordnung angewiesen, und er soll es bleiben, weil das die einzigen verläßlichen Grundlagen jedes gedeihlichen Tuns sind. Die alte englische Methode der gewissensfreien Ausbeutung und der zweckmäßigen Erregung von Verderbnis in fremden Volkskörpern ist für die Deutschen ebenfalls unbrauchbar. Ihnen fehlt das Talent dazu und zum Glück auch die Nötigung, weil sie als aufsteigendes Volk gesundere Grundsätze haben, sonst wären sie kein aufsteigendes Volk. Es mag unter den Suchern der östlichen Lösung Russenfeinde geben. Ich persönlich bin ein überzeugter Freund des russischen Volkes und der russischen Literatur. Ich sage so: „So lange die russischen Völker die moskowitische Geschichtsauffassung und die tatarische Kulturfeindschaft mit ihrem Fortschritt und der Entwicklung ihrer Eigenart bezahlen müssen, wird es für sie kein Glück und keine Zukunft geben! So lange sie infolge dieser willkürlichen Verkuppelung mit wesensfremden Gewalten auf die

[1] Chaos = Wirrwarr.

[2] Korruption = Sittenverderbnis, Bestechlichkeit.

Digitized by Google

Erfolge ihrer geographischen und geschichtlichen Lage und ihrer persönlichen Begabung verzichten müssen, um ein Reich stützen zu helfen, das nicht stehen kann und nicht stehen soll, kann nichts aus ihnen werden!" Es ist keine Rede von Befreiungsphrasen, und die Deutschen haben sie beim Stand ihrer Dinge so wenig nötig, wie irgendeine andere Phrase. Für sie handelt es sich einfach darum, die Welt in ihrem Teil so zu ordnen, daß ihre Entwicklung und ihr Werk darin gesichert ist, und daß die Welt mit dem deutschen Wesen fruchtbar und glücklich sein kann. Die Hauptforderung für den deutschen Menschen in Europa ist jetzt nur Deutschland. Einen andern Gedanken und ein anderes Ziel soll er nicht haben, denn es ist heute der gehaltvollste Gedanke und das aussichtsreichste Ziel, nicht weil die Monarchie die höchste staatliche Idee wäre, oder weil unsre seelische Anlage künstlerisch und musikalisch ist, sondern weil die deutsche Arbeit heute die entwickeltste und reifste wirtschaftliche Form darstellt, die es in Europa gibt. Mit dieser Form muß Europa rechnen, weil an ihr der deutsche Mensch zu Ansehen und internationaler Haltung und das Volk zu Größe und Macht kommen, und weil die deutsche Wirtschaft das geschichtliche Mittel ist, durch welches das kontinentale und bodenständige Mitteleuropa zu neuer Blüte geweckt werden wird. Nachdem seit der Entdeckung Amerikas die Entwicklung in gesteigertem Maße Mitteleuropa verlassen und den Verfall Deutschlands verursacht hatte, während gleichzeitig das neue Werden und Gedeihen sich beinahe ausschließlich zwischen den Küsten des Atlantischen Meeres entspann, ist heute zum erstenmal wieder nach langer stiller Erstarkungszeit Mitteleuropa im weltgeschichtlichen Sinn Kultur- Wirtschafts-, Militär- und Verkehrsmacht geworden, hat neue kapitalistische Methoden und gesellschaftliche Grundsätze hervorgebracht, und wenn daraus nun ein Dauerndes werden soll, so ist es nur möglich durch den rücksichtslosen und unbedingten inneren und äußeren Ausbau dieser Kräfte; in jedem andern Fall wird die europäische Möglichkeit zur Episode. Die deutsche Wirtschaft fühlt es unbedingt — nicht so die Geistigkeit! —, daß es für sie nur einen Durchbruch im größten Stil gibt, oder Abbau und Niedergang.

Es handelt sich bei diesen Aussichten um keine Annektionen, sondern um eine geschichtliche und kulturelle Organisation. Die westrussischen Völker müssen aus dem atlantisch-moskowitischen System ausgelöst und dem deutsch-mitteleuropäischen eingefügt werden, weil sie erstens zum wirtschaftlichen Hof der Mittelmächte in natürlicher Weise gehören als ihr nächstgelegenes Arbeitsgebiet, und weil sie zweitens auf die erschließende und schöpferische Wirkung der deutschen Arbeit angewiesen sind. Nur in enger Fühlung mit dem hochstehenden Mitteleuropa werden jene Völker zu einer geschichtlichen Bedeutung gelangen, und was in ihnen Geist, Kunst, Musik und Dichtung ist, was als Eigenart in ihnen lebt und webt, wird ebenfalls bloß unter dem Schutze des interessierten mitteleuropäischen Geistes gedeihen können. Es ist das unabweisbare Bedürfnis der deutschen Wirtschaft und des

Digitized by Google

deutschen Staates, sich eine feste und dichte Einbettung zu schaffen. Die Deutschen haben kein Bedürfnis nach einem starken Rußland, aber nach einer freien entwickelten Ukraine, einem tätigen Finnland, einem fruchtbaren Polen, denn sie sind als arbeitende und Werte schaffende Nation auf den Güter- und Kraftaustausch ihrer Nachbarn angewiesen; sie sind desto stärker, je wohlhabender und glücklicher ihre Nachbarn werden. Als Nachbar eines feindlichen und rückständigen russischen Staates — ob zaristisch oder revolutionär! —, der niemals zu einem ruhigen und gesicherten inneren Ausbau gelangt, wird den Deutschen immer das rechte kolonistische Vertrauen zur festländischen Tätigkeit fehlen; sie werden immer wie die Russen selber an Fernsüchten und Seesüchten leiden. Ihre Unruhe vor dem Osten wird nie abnehmen, auch nicht ihre Abhängigkeit vom Westen, so viel Armeekorps sie auch je und je aufstellen und so viele neue Schlachtschiffe sie bauen mögen, ganz davon abgesehen, daß man nicht mit Armeekorps und Schlachtschiffen fundamentale geschichtliche Fehler verbessern kann. Es kann niemand daran zweifeln, daß das England von 1920 sehr wenig dem England von 1913 mehr gleichen wird. Die Engländer haben begriffen, daß die deutsche Wirtschaftsmethode der ihren überlegen ist, und setzen diese Einsicht mit einem bemerkenswerten Schwung und großer Entschlossenheit in die Tat um. Das Jahr 1920 wird England im Besitz einer vollkommen modernen kapitalistischen Wirtschaft finden. Die englische Industrie wird aufhören, rückständig und spielerisch zu sein. Und das englische Imperium, das bis jetzt infolge des Freihandels für die deutsche Wirtschaft offenes Jagdgebiet war, wird durch den Schutzzoll, der unweigerlich kommen muß, abgeschlossen und der eigenen Industrie vorbehalten werden. Es wird noch mehr geschehen. Nicht nur das Wirtschaftsgebiet der Ententestaaten wird sich zu einem gegen die Zentralmächte feindlich gesinnten Großverband zusammenschließen, wenn möglich mit Handels- und Zolleinheit, sondern der ganze Atlantische Ozean mit allen Küsten und Hinterländern wird den Charakter einer politischen und wirtschaftlichen Entente annehmen, nachdem die kulturelle und geschichtliche vor dem Kriege längst geschaffen war, wenn sie auch erst während des Krieges stärker herausgearbeitet wurde. Wie wird sich eine deutsche Wirtschaft aber stellen, die auf den großbritischen Märkten durch die ebenbürtige englische, japanische und amerikanische Industrie konkurriert durch Zölle gehindert und durch Abkommen bekämpft, von der Entente boykottiert und in Südamerika verdrängt ist, und die auch versäumt hat, sich rechtzeitig andere Märkte und Kolonisationsgebiete zu öffnen? Man will Rußland retten? Rettet Deutschland! Niemand möge sich irren! Ein unversehrtes „gerettetes" russisches Reich wird im revolutionären Zustand stets ein Verbündeter der „demokratischen" Entente sein und im reaktionären ein Verschworener der imperialistischen; in beiden Zuständen wird es für Deutschland ein unbewegliches und unhandliches politisches Objekt bleiben, das auch im Bündnis nicht zu beherrschen, nicht einmal zu kontrollieren und auch nicht fruchtbar zu kapitalisieren wäre. Zu kapitalisieren und als geschicht-

Digitized by Google

liches Geschäft zu beherrschen sind für die Mittelmächte die losgelösten Gebiete der Ukraine, Polen, Finnland, Litauen, Livland, und sie allein sind für Deutschland wirtschaftlich und kulturell fruchtbar zu machen. Die zwölf Milliarden der Franzosen sind im weiten russischen Sumpf ohne sichtbare Wirkung ersoffen. Das gleiche Geld in den westrussischen Staaten angelegt wird sich nicht nur verzinsen, sondern wird Leben und Gestalt schaffen und moderne Geschichte wirken. Viele Festungen und Armeekorps werden überflüssig und können gespart werden, und wird Mitteleuropa nicht ein Paradies sein, so wird es doch eine Kornkammer und ein immer mit Gütern gefülltes Magazin werden. Es wird ferner ein ideenreiches, musikalisches, dichtendes und bildendes Menschheitszentrum sein, und zwar ein kontinentales, kolonistisches, das heißt bodenständiges und gehoben seßhaftes.

Die erhöhte Sicherheit, welche das deutsche Kulturwerk unter einer solchen geschichtlichen Ordnung der Dinge genösse, ist bereits angedeutet. Starke und gut ausgerüstete freie Volksheere wären seine Verbündeten. Man darf schon jetzt sagen, daß eine deutsche Nation, die sich gegenüber den Machtmitteln der ganzen übrigen Welt behauptet hat, in Zukunft auf ihrem geschichtlichen Weg unangreifbar sein wird. Sie wird es schon sein ohne neue Verbündete, auch gegen die unverminderte russische Masse; sie würde nur weniger schöpferisch und fruchtbar sein. Im Militär-, Wirtschafts- und Zollbündnis mit den westrussischen Nationen (dazu Südosteuropa und Westasien!) wäre sie vollends der Schwerpunkt eines Bundessystems geworden, dem auf keine Weise beizukommen wäre. Man spricht ängstlich von der russischen Rache und von der Sucht des zurückgeworfenen moskowitischen Staates nach dem Meer. An den Meeren säßen die freien mitteleuropäischen Völker und müßten wieder russische Provinzen werden, bevor die Tataren eine Küste beherrschten. Freiwillig werden sie kaum in diese Stellung zurückkehren, und bei der Verwahrung dagegen werden sie stets die Zentralmächte, die siegreichen, nicht die ohnmächtigen, im Rücken haben. Dieselben Zentralmächte werden mit den Armeen dieser freien Völker rechnen können, wenn es darum geht, einen neuen Vormarsch der Tataren aufzuhalten, vor allem aber werden sie mit ihrer unbedingten Überlegenheit und der Überlegenheit ihres geschichtlichen Systems rechnen können, die absolut ist. Da es sich bei allem um eine freiwillige menschliche und staatliche Vereinigung handelte, wäre es klar, daß das Bündnis nicht zu uferlosen Welteroberungsplänen mißbraucht werden könnte. Dies wäre um so weniger zu befürchten, als diese neue großwirtschaftliche Vereinigung mit ihrem inneren Ausbau und der Entwicklung ihrer Möglichkeiten vollauf beschäftigt wäre und bei steigendem Arbeitseinkommen sich viel zu wohl fühlte, als daß sie Zug zu Abenteuern verspürte. Zu Gewalttätigkeiten neigen nur Völker, die Hunger und Durst leiden und sich benachteiligt fühlen.

Aber Gemüter, aus denen die alte deutsche Dienstbarkeit und Niedrigkeit noch nicht ganz gewichen ist, zögen es dennoch vor, der Sekundant eines „starken" Rußland zu

Digitized by Google

sein, anstatt machtvoll und kühn mit dem weltgeschichtlichen Schläger im Vordergrund zu stehen und selber Sekundanten zu haben. Drei Jahre lang hörte man immer wieder den schwachen Spruch, daß die Engländer eben mehr Glück mit ihren Verbündeten hätten. Nach der wunderbaren Widerlegung, welche eben diese Verbündeten und Hindenburg beigebracht haben, verkriecht sich jene geschichtliche Hörigkeit hinter die polnische Frage. „Polen ist ein unsicherer Kantonist!" heißt es jetzt, und man ist bereits kleinmütig bereit, über einigen polnischen Schwierigkeiten das ganze große Geschäft fallen zu lassen. Die Klage ist nicht aus der Luft gegriffen, und jede Woche erhält sie neuen Stoff, gewiß. Der Charakter der Polen ist unzuverlässig, ränkevoll, dem deutschen Wesen abgeneigt, dienerhaft vor dem russischen, das die Knute zu führen weiß, und es gibt keine vollkommene Lösung der polnischen Frage. Aber was tut der Staatsmann, wenn er eines Mitgängers nicht sicher ist oder einen andern in die Mitgängerschaft drängen will? Oder wenn er mit einem Faktor rechnen muß, der ihm unbedingt feindlich ist? Er sucht diesen durch einen freundlichen lahmzulegen, und den unschlüssigen schreckt er durch die Schaffung eines Feindes. Es wäre gut, den Engländern nicht nur das demokratische Spucken abzusehen, sondern von ihnen auch etwas politische Praktik zu lernen. Anstatt unfruchtbar vor Hindernissen zu versiegen, muß der deutsche Mensch lernen, vor ihnen aufzuwachsen. Die polnische Frage zeigt nichts, als daß es nötig ist, auch die ukrainische und die litauische zu lösen! So lange es einen polnischen und einen ukrainischen Staat gab, bestand Feindschaft zwischen den Polen und den Ukrainern. Auch ein litauischer Staat kann nur unter dem Schutz Deutschlands gegen den polnischen bestehen, und mit der doppelten Flankenbedrohung durch den litauischen und den ukrainischen Staat, die beide Verbündete der Zentralmächte sind, wird ein polnischer Binnenstaat schon in Respekt zu erhalten sein, auch mit einem sinnverbündeten russischen Rumpfstaat im Rücken. Ganz im Wohlgefallen der Welt werden die Deutschen nie leben, sie werden vielmehr immer unter dem Mißfallen irgendeines andern und meist aller zu existieren haben; da ist es schon besser, wenn doch alles auf dasselbe herauskommt, als Selbstordner seiner Zukunft gehaßt und nebenher gefürchtet zu sein, anstatt die eingeschüchterte weltgeschichtliche Bestie im europäischen Käfig zu spielen. Gibt es den ukrainischen Staat noch nicht, so muß er werden. Es kommt jetzt für Deutschland und sein großes Volk darauf an, die letzten historischen fünf Minuten noch die Nerven zu behalten, bis von diesem ganzen glut- und blutheißen Ernteſommer auch die letzten und reifsten Früchte fallen. Diese Früchte werden heißen: Ukraine, Finnland, Litauen, Livland und so weiter. Fünf Minuten zu früh aufgehört aus falschverstandenen humanen Gründen, und das ganze furchtbare Ringen war wieder umsonst! Jetzt gibt es nur noch eins: Hindenburg zu Ende arbeiten lassen, und die russische Konkursmasse fällt vollends auseinander. Sie kann aber nur den Mittelmächten zufallen. Fürs Endhalten sind selbst die Anhänger der „westlichen Lösung"; sie wird sich aus der östlichen geben.

Digitized by Google

Schon beginnen die reifen Birnen zu fallen und die Bäume zittern ahnungsvoll. Noch einen Stoß und wir haben nicht das monſtröſe „Alldeutſchland", ſondern noch etwas viel Schöneres und Weitertragendes: das wieder erſtandene Europa, die erneuerte Hoheit und Selbſtherrlichkeit des Kontinents, die weltgeſchichtliche Freiheit und den Durchbruch des koloniſtiſchen Menſchen! Wenn man nicht das Zutrauen zur deutſchen Notwendigkeit unverbrüchlich beſäße, ſo müßte man die deutſche Nation auf den Knien bitten: „Halte durch jetzt noch eine kleine Weile, denn Europa wartet deiner als Erlöſer! In dir iſt die Zukunft! In dir iſt die Ordnung! Du biſt die Mutter der Fruchtbarkeit und der Vater der geſchichtlichen Vernunft! Niemand bezeugt es höher und leidenſchaftlicher als deine Feinde! Glaube dieſem Zeugnis und ſchaffe, Schöpfer, unbekümmert, weisheitsvoll, abſichtsreich, ſelbſtherrlich und geſchichtlich unwiderleglich!"

Es darf nach dieſem Krieg keine Möglichkeit übrig bleiben, die dem deutſchen Menſchen drohen und ihn ſchrecken kann! Das hat er durchaus nötig zur Herſtellung ſeiner menſchlichen Unabhängigkeit und der Luſt zu jedem mannsherrlichen und frauenlieblichen Tun draußen an den Grenzen und drinnen im lichten und würdig freien Reich. Und das hat Europa nötig, das an Deutſchlands Kraft und ruhiger Sicherheit geſchichtlich geneſen und an ſeiner Fruchtbarkeit erſtarken und neue Geſtalt werden will. Aber es iſt noch eines. Es iſt ſchon geſagt, daß Deutſchland beide Löſungen braucht, die öſtliche und die weſtliche. Sie ſind miteinander eng verknüpft. Der ruſſiſche Zuſammenbruch hat die Weſtmächte militäriſch geſchwächt. Zur See ſetzen dies Werk die deutſchen Unterſeeboote mit mathematiſcher Sicherheit fort. Man muß feſthalten, bis aus der Rechnung die kataſtrophale Ziffer hervortritt, und das iſt diejenige, welche das engliſche Weltreich nötigt, zum erſtenmal in ſeiner Geſchichte mit einem Feind zu verhandeln, die Ziffer dicht vor der unbedingten Verluſtziffer. Dieſe zu erſtreben, liegt nicht im deutſchen Intereſſe, auch nicht in der deutſchen Notwendigkeit. Die Welt iſt weit und für ein Deutſchland als Beherrſcher der öſtlichen Lage bedeutet es eine Selbſtverſtändlichkeit, als Großmacht zwiſchen andern Großmächten in freier Konkurrenz ſich darin zu bewegen. Aber es gibt nur einen Weg dazu: den völligen ruſſiſchen Staatsbankerott! Deutſchland hat die Macht, ihn herbeizuführen, und außerdem hat es die europäiſche Miſſion und alſo die geſchichtliche Pflicht. Rußland muß zum Ende kommen, wie die europäiſche Türkei zum Ende kam. Vorher gibt es keine Ruhe auf dem Kontinent. Das morſche Schwanken des ruſſiſchen Koloſſes bedeutet für das benachbarte Deutſchland eine ſtändige Lebensgefahr und damit für Europa, das ſchließlich an Rußland verbluten wird, wenn Deutſchland mit dieſem weißen Schrecken nun nicht ein Ende macht. Das iſt das eine. Das andere iſt, daß die atlantiſche Verſchwörung gegen Europa um den ruſſiſchen Stützpunkt gebracht werden muß! Es darf in der nächſten Geſchichtsperiode keine Zuchthauswand mehr geben, gegen die uns deutſche Menſchen die atlantiſche Koalition drücken kann!

Digitized by Google

Wer von der Freiheit des deutschen Menschen redet, muß vor allem mit dieser grundherrlichen Forderung Ernst machen! Niemand soll sie aufhalten wollen, es wäre ein Verbrechen an Europa! Jetzt ist allerreichste deutsche Großmut nötig gegen die Zukunft der jungen Nationen, die sich aus Europas Schoß losringen! Vatergefühle sind nötig im weitesten geschichtlichen Sinn! Und allerfeinste Weisheit ist nötig! Unerbittlichkeit ist nötig! Innere Freiheit ist nötig! Der russische Bankerott geht Deutschland soviel an, daß er bis zur letzten Kopeke vollstreckt wird, nicht mehr, nicht weniger! Und daß keine Kopeke der russischen Staatsschuld auf das Konto der jungen westrussischen Nationen verrechnet wird!

Die Regierungen der Mittelmächte gaben die fromme Losung aus, sich nicht in die inneren Zustände Rußlands einmischen zu wollen. Dazu ist zu sagen, daß die Kinder der heutigen Generation das Gegenteil bitter und leidenschaftlich wünschen werden, wenn dieser sanfte Wille sich durchsetzt und noch einmal zur Verklebung und Stumdung der russischen Frage führen sollte, denn auf ihre, der Kinder Häuser und Scheitel wird die wüste Masse niederstürzen, und zwar im unbewachten Augenblick. Deutschland steht auf dem Wendepunkt, durchzubrechen und höher zu steigen, oder anzuhalten und zurückzugehen. Höher gestiegen gibt es für die deutsche Nation kein russisches Verhängnis mehr, weil sie bloß durch dessen Beseitigung noch höher steigen kann. Angehalten und umgekehrt wie schon einmal im Lauf ihrer Geschichte muß der Berg aber stürzen, weil er sich bisher nur durch den deutschen Gegendruck überhaupt noch hielt, aber er wird in den Rücken des umgekehrten Deutschland schlagen, und die Trümmer werden sich als rohe russische Invasion über deutsche Landschaften wälzen, während gleichzeitig das atlantische Strafgericht mit bereit gehaltenen und infolge der fortdauernden russischen Versicherung ins Gigantische gesteigerten Machtmitteln von Westen herein schreiten wird. Sicher vor der Rache der Atlantischen wird bloß ein vollkommen bedingungslos auf seinem Boden herrschendes Deutschland sein. Der Boden Deutschlands ist Europa! Europa ist nur möglich durch den russischen Bankerott und die damit eng verknüpfte Liquidation Westeuropas und der atlantischen Drohung. So hängt unlöslich eins im anderen verankert. Rußland „konsolidieren" heißt Westeuropa stützen und die deutsche Lebensgefahr konsolidieren. Rußland stürzen heißt die atlantische Entente um den Hebelpunkt bringen und die deutsche Sicherheit gewährleisten. Das geschichtliche Mittel der Deutschen zum östlichen Frieden heißt deutsche Armee und Hindenburg. Die Mittel zum westlichen Frieden sind dieselben, dazu der russische Staatsbankerott und das Unterseeboot. Denkt an den Balkan! Niemand soll gelüsten, die Balkangreuel und die Balkangefahr in vervielfachten Schrecknissen und unabsehbaren Umrissen an der nahen Ostgrenze zu schaffen! Der Frieden muß im Osten vollkommen geldste Fragen und gereinigte Verhältnisse hinterlassen, die von den Zentralmächten geführt und kontrolliert werden, und sonst von niemand, keine Halbheiten, die den Atlantischen Gelegenheit zu „Inter-

Digitized by Google

ventionen" und Eingriffen schaffen, keine schmeichelhaften Verhältnisse zu faulen Größen, sondern Klarheit, Ordnung, Herrschaft, und zwar deutsche, ungestörte Arbeit und Fruchtbarkeit, festländische Entwicklung und europäische Freiheit und Größe. Haltet durch jetzt noch eine kleine Weile. In euch ist die Zukunft! In euch ist die Ordnung! Ihr seid die Mütter der Fruchtbarkeit und die Väter der geschichtlichen Vernunft! Schafft, Schöpfer, unbekümmert, weisheitsvoll, absichtsreich, selbstherrlich und geschichtlich unwiderleglich!

Rußland muß!

Denk' an die Zukunft Deiner Kinder! Zeichne Kriegsanleihe!

Der neue Kurs in Litauen

Von * * *

Dieser Tage ist in Litauen die erste litauische Zeitung seit der deutschen Besetzung „Lietuvos Aidas" erschienen. Zu den Herausgebern gehören die bekanntesten Vertreter der litauischen Intelligenz, an ihrer Spitze Anton Smetona. Das Erscheinen dieser Zeitung hat grundsätzlich weitreichende Bedeutung, und der Leitartikel der ersten Nummer, den wir nachstehend bringen, umreißt das Programm und die Grundlage des neuen Kurses nicht nur der deutschen Verwaltung in Litauen, sondern der Litauer selbst. Einige Rückblicke sind daher geboten.

Als die deutschen Truppen vor zwei Jahren in Litauen einmarschierten, kam ihnen das Volk und die Intelligenz der Litauer entgegen, bedrückt von dem schweren Joch des Russentums und seiner Vergewaltigungsmethoden. Man erhoffte von Deutschland nicht nur Befreiung vom Russentum, sondern vor allen Dingen die Möglichkeit eines Aufbaues nationaler, eigener Gestaltung des litauischen Volkslebens, man erhoffte Freiheit für alle in Litauen außerordentlich regen Anfänge eigener Existenz, kultureller, geistiger Selbstverwaltungsprinzipien. Die Notwendigkeit jedoch, im Operationsgebiet fast ausschließlich die Interessen der Besatzungstruppen zu wahren, Requisitionen und dergleichen in weitestem Umfange ausüben zu können, versagte die Möglichkeit, die Wünsche der Litauer zu befriedigen. Ein großer Teil der litauischen Hilfsgenossenschaften, kultureller Vereinigungen, mußte seine Tätigkeit einstellen, keine der litauischen Zeitungen konnte erscheinen.

Als am 5. November 1916 den Polen das Versprechen des Wiedererstehens eines polnischen Staates gegeben wurde, erwachten in Litauen gleiche Hoffnungen. Es geschah aber nichts dem Ähnliches. Das Wiederaufleben politischen Parteigeistes in Polen wirkte natürlich auch auf Litauen zurück, und die Polen Litauens fingen an, sich rege zu betätigen, indem besonders die polnische Gesellschaft Wilnas ihren Anschluß an Polen in Adressen und Kundgebungen an den Provisorischen Staatsrat forderte. Ebenso konnten die Weißrussen gewisse polnische Wünsche äußern und hatten in ihrer in Wilna erscheinenden weißrussischen Zeitung „Homan" die Möglichkeit, für ihr Volkstum zu arbeiten. Das Schweigen, das den Litauern auferlegt war, deren loyale Gesinnung dem Deutschen Reich gegenüber nie bezweifelt werden konnte, wurde immer drückender, besonders seit der Ausbruch der russischen Revolution den in Rußland verbliebenen Litauern die Möglichkeit gab, für eine Selbstverwaltung ihrer Heimat zu arbeiten. Es ist bekannt, daß in Rußland ein litauischer Landtag sich versammelt hat, der die Forderungen aufstellte, daß

Digitized by Google

1. das ganze ethnographische Litauen ein unabhängiger und neutraler Staat werden müßte;
2. daß die Neutralität Litauens durch die Beschlüsse des Friedenskongresses garantiert werden müsse;
3. daß an dem Friedenskongreß Vertreter Litauens teilnehmen müssen;
4. daß über die Regierungsform und die innere Gestaltung Litauens eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte konstituierende Versammlung entscheiden solle.

Analog den Bestrebungen der anderen fremdstämmigen Völker Rußlands gewannen auch die Kundgebungen der Litauer in Rußland weitreichende politische Bedeutung. Sie mußten auch nach Litauen selbst hinüberwirken, und infolgedessen konnten sowohl die Okkupationsregierung wie die Leitung der deutschen Politik sich nicht weiter der Tatsache verschließen, daß Litauen zur Selbstverwaltung reif sei, Staatssekretär Zimmermann hatte bereits vorher Vertreter des litauischen Volkes empfangen und ihnen die Zusicherung gegeben, daß das Deutsche Reich die Bedürfnisse der Litauer baldmöglichst anerkennen würde. Die Zivilverwaltung Litauens, die, wie bekannt, im Hauptausschuß des Reichstages scharf kritisiert worden ist, lenkte in andere Bahnen ein. Die Vorarbeiten zur Heranziehung der Vertreter der litauischen Bevölkerung in den Hauptfragen der Verwaltung und der Einrichtung des Landes waren bereits in vollem Gange, als der Hauptausschuß des Reichstages am 29. August in einem Antrag, der von nationalliberalen, fortschrittlichen, sozialdemokratischen und Zentrumsabgeordneten gestellt und dann einstimmig angenommen wurde, den Reichskanzler ersuchte, für die besetzten Gebiete Litauen und Kurland alsbald Vertretungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten, die vom Vertrauen aller Volksteile getragen seien. Sobald die militärischen Verhältnisse es gestatteten, seien alsbald Zivilverwaltungen an Stelle der militärischen Verwaltung zu schaffen.

Der erste Schritt zur Realisierung dieser Politik ist somit die Erlaubnis zur Herausgabe einer großen litauischen Zeitung. Gutem Vernehmen nach tritt demnächst ein Nationalrat in Litauen zusammen, an dem Vertreter der Litauer teilnehmen und der in vollem Einklang mit den Wünschen der maßgebenden politischen Parteien des Landes seine Tätigkeit als führender Faktor auf dem Wege der Selbstverwaltung Litauens beginnen soll.

In dem programmatischen ersten Artikel des neuen litauischen Blattes heißt es:

„Zwei lange Jahre hinderte der in unserem Lande tobende Krieg das Erscheinen des litauischen gedruckten Wortes. Schließlich änderten sich die Verhältnisse für unser Land so weit, daß es möglich wurde, „Lietuvos Aidas" herauszugeben.

In Anbetracht der Schwere und Wichtigkeit des Augenblickes haben wir uns, — die gesamte Intelligenz — Geistlichkeit und alle die imstande sind, die Feder zu führen — um die Zeitung geschart, ungeachtet aller Strömungen und Trennungen. Die Lage unseres Landes und unserer Heimat vereinigte uns alle um ihn. Wenn andere Länder, die weit mächtiger und glücklicher als wir sind, ihre volle Einigkeit in diesem schrecklichen Krieg bewahrt haben, so bedarf es für uns Litauer kaum noch Worte hierüber zu verlieren, zumal der vierte Teil der Bevölkerung infolge verschiedener Ursachen, freiwillig und unfreiwillig, seine Heimat verlassen mußte und daheim nur ein kleines Häuflein Intelligenter zurückgeblieben ist.

Von diesem Gedanken geleitet, werfen wir alles von uns, was voneinander trennt und treten zusammen auf der Grundlage gemeinsamer Arbeit, die uns einigt.

Wir fühlen, daß Schwierigkeiten nicht ausbleiben werden. Rings um uns sind die Fußspuren des Krieges. Überall, wohin man sieht, Jammer und Schreckniſſe. Hier Trümmer mit Gras bewachsen, dort wiederum zerfallene leere Wohnhäuser usw. Doch wir alle fühlen das Ende

Digitized by Google

des Krieges herannahen. In der Not wird die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geboren. Aus den Trümmern wird neues Leben erwachen, unvergleichbar mit dem, was vor dem Kriege war. Litauen hat unendlich viel gelitten. Es war gezwungen, auf diese oder jene Weise, auf seinen Schultern für andere die Lasten des Krieges zu tragen. Es verarmte, verlor Menschen und Vermögen ohne Zahl. Wer kann ihm den Schaden ersetzen? Nur allein die Freiheit! Wir wollen nicht zurückkehren unter die russische Herrschaft, die das Wachsen und Entwickeln des erwachenden Litauens hinderte, wir wollen auch nicht in die Hände derer fallen, die uns ihren Interessen gefügig machen würden. Wir wollen frei sein und mit eigenen Händen, wenn auch von anderen unterstützt, das zerstörte Litauen wieder aufbauen. Ein selbständiges Litauen zu wünschen, haben wir das Recht auch im Namen der Freiheit der Nationen. Wir haben die Hoffnung, daß dieser unser Wunsch zuletzt erfüllt werden wird, und die sittlichen Grundsätze und das Recht sollten die Oberhand gewinnen über die Macht der Staaten. Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, daß das Litauen des Altertums vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee nicht wiederkehren kann. Das von unseren Vorfahren errichtete Großfürstentum wird uns nur eine kostbare historische Erinnerung bleiben. Das Litauen von heute muß die Grenzen einnehmen, in denen von altersher das Volk der Litauer ansässig war. In diesem Gebiet werden die Fremdvölker in der Minderheit sein. Wir werden ihnen annehmbare Rechte einräumen müssen, in der Weise, wie dies auch in anderen freien demokratischen Regierungen zugestanden wird. Das Großfürstentum Litauen unterdrückte, solange es unabhängig war, in seinen Grenzen weder andere Bekenntnisse noch Völker. Es gewährte ihnen allen ein freies Dasein. Unsere Vergangenheit muß ein Vorbild für unsere Zukunft werden.

Darauf müssen wir uns schon jetzt, während des Krieges, vorbereiten. Schon jetzt müssen wir die Lage aufmerksam betrachten und dafür Sorge tragen, wer uns zu Hilfe kommen könnte, um Litauen frei zu machen. Wir alle müssen wie ein Mann zusammenstehen, um dieses Ziel zu erreichen. Die von uns allen gemeinschaftlich herausgegebene Zeitung muß eines der wichtigsten Mittel zur Lösung dieser Frage sein.

Mit den kämpfenden Riesen verglichen, ist Litauen nur ein kleines Land. Aus diesem Grunde zweifeln manche, ob die Stimme nach Freiheit gehört werden wird. Doch es ist nicht lange her, daß auch Griechenland, Bulgarien und andere kleine Nationen, die sich in gleicher Lage wie wir befanden, die heißersehnte Freiheit erlangten. Sie verdanken die Anerkennung ihrer Nationalität großen mächtigen Staaten, welche daran ihr Interesse hatten. Im Hinblick auf sie wird die Hoffnung Litauens gestärkt. Doch hängt das Glück und die Zukunft Litauens von unserem eigenen Handeln ab. Wir werden nur soviel Freiheit bekommen, soweit wir uns ihrer würdig zeigen werden, soweit wir verstehen werden, in sie hineinzudringen und uns mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden. Schon jetzt können wir sagen, daß selbst aus den Reihen der Litauer solche Menschen auftreten werden, die den Ernst der Stunde nicht verstehen und in ihrer Unwissenheit die einheitliche Arbeit auseinanderreißen werden. Andere wieder, Nichtlitauer, die wohl in Litauen geboren und groß geworden sind, aber die Bedürfnisse Litauens nicht erkannt haben, werden hinderlich im Wege stehen, der uns zur Freiheit führt. Wir müssen ihre Absichten erkennen und uns vor ihren Machenschaften hüten. Uns allen sind die Lebensbedingungen während der Kriegszeit schwer. Schwer, nicht nur wegen der Entbehrungen, sondern auch wegen der Ungerechtigkeiten, die ein Krieg mit sich bringt. Von Nöten und Sorgen umgeben, läßt man sich zuletzt von den Gefühlen der Stunde hinreißen und verliert die kalte Überlegung. Schmerzen und Bitterkeit verdunkeln den Verstand. Wachsamkeit ist erforderlich. Alle Ereignisse müssen nüchtern und aufmerksam beobachtet und gerecht bewertet werden. Da-

Digitized by Google

mit wollen wir nicht sagen, daß wir die Geschehnisse dieser Tage vergessen müssen. Es ist erforderlich, daß auch hierin alles, soweit möglich, geordnet und besprochen wird. Auch dafür soll die Zeitung ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Beachten wir, daß wir nur in der Einigkeit aneinandergeschmiegt, frei und unbehelligt bleiben können. Wie wir vereint um den „Aidas" Hand in Hand gehen, so wünschen wir, daß auch seine Leser uns verstehen und einheitlich fortschreiten möchten, um das gesteckte Ziel, „die Freiheit Litauens", zu erreichen. Die kämpfenden und nichtkämpfenden Staaten haben das Verlangen, den Krieg bald zu beenden. Vielleicht ist das Ende des Krieges nahe. Darum wir uns beeilen, zu arbeiten, vorzubereiten, ihm zu begegnen, damit wir die ernsten Stunden vor dem Frieden nicht verträumen.

Das walte Gott!"

Zeichne Kriegsanleihe und sorge, daß Deine Freunde das Gleiche tun.

Neuerscheinungen

Friedensfragen

Über „Recht und Krieg" äußert sich Prof. Dr. R. v. Hippel (S. Hirzel, Leipzig). In den allgemeinen Betrachtungen sagt H. über die Zukunft des Völkerrechts: „Das Völkerrecht wird auch nach dem Krieg bestehen bleiben, es wird in gewissem Umfang einen neuen Aufschwung erleben, denn friedliche Beziehungen der Völker sind nur unter einer Rechtsordnung möglich, und die heutige Friedenssehnsucht ist rechtlich der Wunsch nach Rückkehr des Völkerrechts an Stelle der Gewalt. Aber überall werden wir bei Schaffung und Anerkennung dieser Rechtsordnung scharf im Auge zu behalten haben: eine völkerrechtliche Bindung unserer Gegner ist für uns von Wert nur insoweit, als wir auf deren praktische Betolgung aus Zweckmäßigkeitsrücksichten rechnen können. Und nur soweit es mit nüchternster Einschätzung unserer eigenen praktischen Interessen verträglich ist, dürfen wir als Gegengabe unsererseits eine Bindung übernehmen." Unter den juristischen Anregungen und Belehrungen, die durch den Krieg gegeben worden sind, werden hervorgehoben: „Die absolute Monarchie, ein für uns überwundener Kulturzustand, hat mit dem Zusammenbruch des Zarismus in Rußland wohl endgültig abgewirtschaftet. Als fester Hort des Friedens und Rechts erwiesen sich die konstitutionellen Monarchen der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands. Sobald aber normale Verhältnisse wiederhergestellt sind, wird die Strafrechtsreform erneut in den Vordergrund des Interesses treten. Mit aller Entschiedenheit werden wir unsere staatlichen Grundlagen zu schützen haben gegen staatsfeindliche ausländische Einmischung und gegen Angriffe mit den Mitteln der Lüge und Bestechung in öffentlichen Angelegenheiten." Forderungen an die Zukunft stellt auch Prof. Dr. Gerh. Anschütz („Zukunftsprobleme deutscher Staatskunst". Karl Heymann, Berlin. M. 2,50). Auch Anschütz geht davon aus, daß wir auch weiterhin die Lasten für die Wehrmacht tragen müssen. „Aber wie die Pflichten des Volkes wachsen werden, so müssen auch die Rechte sich steigern." Es steht zu hoffen, vielmehr, es ist zu fordern, daß in der Friedenszeit, der wir entgegenschauen, eine umfassende Neuorientierung unserer gesamten inneren Politik einsetze, mit dem Ziel, unser öffentliches Wesen, unsere Verfassung und Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinde stärker, als es bisher der Fall war, mit dem Gedanken der politischen Freiheit und Gleichheit zu durchsetzen. Wohlfahrts- und Versorgungseinrichtungen sind gut, Demokratie und politische Gleichberechtigung sind besser. Scheuen wir uns nicht vor diesem Besseren. Es handelt sich nicht darum, durch Zugeständnisse die Macht und Autorität des Staates zu stärken. Je mehr der Staat seine Wurzeln einsenkt in die Breiten und Tiefen der Nation, um so mehr wird er eins werden mit der Nation und um so stärker wird er sein." „Folgerungen aus dem Weltkrieg" zieht ferner Freiherr v. Freytag-Loringhoven, der stellvertr. Chef des Generalstabs der Armee (E. S. Mittler & S., Berlin), nur haben seine Forderungen ihren Schwerpunkt im militärischen Gebiet, so sehr die Betrachtungen sich bemühen, auf der politischen und weltwirtschaftlichen Lage aufzubauen. Sie gipfeln in dem Kapitel „Wetter kriegsbereit": „Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, zu glauben, daß es möglich sei, den Krieg durch getroffene Vereinbarungen aus der Welt zu schaffen. Solche Vereinbarungen werden auch weiterhin, wie bisher, zwischen den Staaten von Fall

Digitized by Google

getroffen werden. Ein Ausbau internationaler Schiedsgerichte und die Beseitigung manchen Konfliktstoffes durch diese liegt im Bereich der Möglichkeit, aber alle dahingehenden Einigungen sind doch immer nur Verträge, die nicht imstande sind, die im Innern der Staaten gärenden Kräfte für alle Fälle einzuengen. Darum bleibt auch der Gedanke eines Weltbundes zur Erhaltung des Friedens eine Utopie, eine unerträgliche Bevormundung jedes selbstbewußten großen Volkes. Macht soll uns nicht vor Recht gehen, aber ebensowenig wollen und können wir ihrer entraten. Das deutsche Volk wird auch in Zukunft festen Zusammenschluß in seinem ruhmreichen Heere und in seiner lorbeergeschmückten jungen Flotte zu suchen haben." Die Friedensbedingungen, die nach seiner Meinung von der internationalen Sozialdemokratie anzustreben sind, hat Karl Kautsky in einer Schrift entworfen. (J. H. W. Dietz, Stuttgart. M. —.50.) Der erste Teil, der die grundsätzlichen Erwägungen enthält, die für ihn in der Nationalitätenfrage in Betracht kommen, ist erschienen, „Die Befreiung der Nationen". „Die Partei des Proletariats muß grundsätzlich, nicht bloß unter Umständen aus Gründen der Zweckmäßigkeit, jede Eroberungspolitik ablehnen, und sie darf dort, wo der von ihr abgelehnte Krieg Grenzveränderungen herbeiführt, nur solche gutheißen, die von der betroffenen Bevölkerung gewünscht oder doch wenigstens nicht als Vergewaltigung empfunden werden." Mit den „Kriegszielen nach Osten" beschäftigt sich M. Sering in der Einleitung zu der sorgfältigen wirtschaftlichen, politischen, ethnologischen Orientierung über Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, die Ukraine und die Ostjuden in Rußland, zu der sich die besten Sachkenner (Richard Pohle, E. Zechlin, A. Schmidt, A. Faure, A. Hermann, G. Fritz) vereinigt haben („Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas". B. G. Teubner, Leipzig). „Es handelt sich um die Befreiung von der den im Osten besetzten Gebiete gewaltsam auferlegten großrussischen Herrschaft und ihre Einbeziehung in das mitteleuropäische Schutz- und Trutzbündnis. Die Aufgabe wird durch die Demokratisierung des benachbarten Reiches nicht berührt. Denn die veränderte Verfassung wird schwerlich seine Eroberungslust dauernd zum Verschwinden bringen. Das Ausdehnungsverlangen war von jeher nicht allein vom Zaren und seiner Armee, sondern — ganz wie in den Vereinigten Staaten — gerade auch von der breiten Masse der Bauernschaft und seit seinem Aufkommen vom Großkapitalismus getragen. Die edelmütige Anerkennung der von den siegreichen Mittelmächten verkündigten staatlichen Selbständigkeit Polens durch die Provisorische Regierung ist von geringer Tragweite, da jede Aussicht auf Polens Wiedereroberung in diesem Kriege geschwunden ist. Auch weiß niemand, wie sich die politischen Verhältnisse in Rußland nach dem Kriege gestalten werden. Das heutige Rußland hat 170 Millionen Einwohner gegen 116 der beiden verbündeten Kernmächte. Bleibt die Grenze unverändert, so wird Rußland 1930 2½ Millionen 20jähriger Männer zählen gegen 1,3 Millionen in Deutschland und Österreich-Ungarn — eine Übermacht, welche die schwerste Versuchung zur Unterdrückung der Nachbarn einschließt. Werden die eroberten Gebiete von Rußland abgetrennt, so ergibt sich eine ungefähre Verminderung seiner Bevölkerung um ⅛ und bei Anschluß der Trenngebiete an Mitteleuropa eine Schwächung der russischen Militärmacht um ¼. Es wird ein ungefähres Gleichgewicht erreicht. Für die Eingliederung der besetzten Gebiete in Mitteleuropa sind alle Bedingungen gegeben. Sie sind ganz überwiegend von „Fremdstämmigen" bewohnt und gehören nach ihrer Geschichte und der Eigenart ihrer Bewohner durchweg dem westeuropäischen Kulturkreise an. Kurland hat vom Deutschen Orden ebenso deutsches Gepräge erhalten, wie das benachbarte Livland und Estland, die in russischer Gewalt blieben. Das übrige Besatzungsgebiet gehörte einst zu den vereinigten Königreichen Litauen und Polen. Aus diesen Gründen bildet von der Ostsee bis zu den Karpathen schon vom Mittelalter her das Privateigentum am Ackerlande die Grundlage der gesellschaftlichen Verfassung und gab ihr den individualistischen Zug, der Westeuropa von Großrußland scheidet. In Kurland herrscht die evangelische, in Litauen und den Stammsitzen der Polen westlich des Bug die römisch-katholische Kirche. Sie fand aber auch bei den Weißruthenen östlich und nördlich des Flusses einen breiten Anhang und hat traditionelle Neigungen auch dort hinterlassen, wo die russische Regierung die mit Rom „unierte" Kirche gewaltsam austrotete. Rom und Byzanz bildeten tiefe Gegensätze der Lebensanschauung und Lebensführung aus. In dem ganzen Gebiet ist die russische Herrschaft nicht älter als 100 bis 200 Jahre. Sie hat trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen das westeuropäische Wesen nicht auszulöschen vermocht, ihr Wegfall würde keine zivilisatorische Lücke hinterlassen und nur von wenigen bedauert werden, obwohl es die Russen verstanden haben, nach dem Grundsatze „Teile und herrsche" die Interessen der unteren Klassen auf dem Lande gegen die Oberschichten aufzuspielen. So drängt alles auf die Herstellung einer Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft, welche allerdings Zwischenzölle zum Schutze schwächerer polnischer Industrien nicht ausschließen dürfte. Der Wehr- und Verkehrsverband stellt allen beteiligten Völkern und Stämmen eine glückliche Entwicklung in sichere Aussicht." Dr. Hans Stölzle stellt in einer (bei Schweitzer, München, erschienenen Schrift) die Frage nach dem

Digitized by Google

„Deutschen Rechtsfrieden". Er prüft die Vorschläge der Friedensfreunde mit „streng juristischer Kritik" und kommt zu dem Schluß: „Wie die Leute das Vertrauen zur Rechtspflege verlieren, wenn die Bestrebungen überhand nehmen, möglichst alle Sachen durch Vergleiche aus der Welt zu schaffen, also das Rechtsbewußtsein des Volks zerstören, so „mag das deutsche Volk vor dem neuen Verfahren der Friedensfreunde bewahrt bleiben". Von der Idee des „Rechtsfriedens" ergriffen ist der tief religiös veranlagte Dr. Ludwig Zoepf, der Anfang Dezember 1916 „aus ethisch-religiösen Gründen" ein deutsches Friedensangebot verlangt hat. Trotz aller Anfechtungen ist er noch immer entschlossen, auf seinem „verlorenen Posten" auszuharren. Das zeigt die Sammlung von vier seiner Reden (die unter dem Titel „Das Ziel" im Verlag Naturwissenschaften, Leipzig, erschienen sind). Sie versuchen von der ethisch-religiösen Grundlage aus zur Ehrfurcht vor dem Prinzip des Rechts und des Ausgleichs aufzurufen. „Denn der Tüchtigste sein heißt nicht: das Meiste besitzen, sondern fähig sein, das größte Opfer zu bringen. Und jeder, der wahrhaft das Gute will — und dieser Wille ist im deutschen Volk, an den Kirchen aber liegt es, ihn allenthalben zu wecken und zu sammeln — muß nicht nur die Folgen eigener Schuld auf sich nehmen, und sühnen, sondern auch mittragen und die fremde Schuld mitsühnen. Wir sind wohl alle zur Erkenntnis gekommen, daß uns und das christliche Europa nur eines retten kann: die eindeutige Befolgung der christlichen Ethik. Es nützt uns selber nichts mehr, uns hinter dem Schild des deutschen Wesens zu verbergen; es nützt uns nichts, Gold für Eisen zu geben; an der Schönheit und Wahrheit der Psalmen wie der Mystik uns zu begeistern — das sind Spiele, die wir uns selbst vorspielen, wie wir es leider mit allem schon längst vor dem Kriege getan haben; ja, es nützt uns der Tod unserer Väter und Söhne nichts, denn die Wahrheit läßt ihrer nicht mehr spotten. Sie steht nicht mehr vor unserer Herzenstür, sie steht mitten im Herzen! Wir wissen: Die Zeit der Kompromisse mit der ewigen Wahrheit ist für uns vorbei! Entweder verzichten wir nun endlich ehrlich auf den Namen Christen und folgen weiter dem Szepter der Macht und gehen trotz aller Siege dem Untergang entgegen und mit uns Europa. Oder wir bringen das Opfer, uns, unserem Volke und Europa zum Heil! Übermenschlich dünkt uns dieses Opfer: Bereit sein, vielleicht auf alles zu verzichten, worauf wir „menschlich" ein Recht haben; bereit sein, zu verzichten um der Schuld vergangener Zeiten willen, zu verzichten denen gegenüber, die unseren Untergang gewollt haben, soviel Macht durch soviel Leid und Opfer nur zu erringen, um wieder darauf zu verzichten und „ärmer" zu sein, viel ärmer als zuvor. Und doch wir fühlen: das ist der Weg, den wir gehen müssen"! Sittliche Forderungen an die Diplomatie stellt A. v. Gleichen-Rußwurm in dem kleinen Heft „Diplomatie" (O. Reichel, Berlin): 1. Aufhören aller Geheimhaltung. 2. Anpassung an den fremden Nationalcharakter. 3. Ethisierung der Diplomatie („Großzügige Politik braucht sich ihres Friedenswillens nicht zu schämen"). „Von allen Helden, die der Tod versöhnt und verklärt hat, wird Europa sein neues Gesetz empfangen, die Ethik des Staates."

Eine Geschichte der Friedensschlüsse von der Zeit Napoleons bis zum Balkankrieg hat Prof. E. v. Wertheimer (Ullstein, Berlin. M. 1.—) gegeben. Aus der Reihenfolge der Friedensschlüsse ergibt sich ein Bild ihrer Technik und Leitmotive. Der Fürstenkongreß von 1808 wiederholt sich 1863 in Frankfurt a. M., die Konferenz von Algeciras 1906 ist ihr moderner Ausläufer. Präliminarien und Konferenzen sehen wir den Friedensschlüssen 1801, 1814, 1856 vorangehen. Aus der Gestaltung des Friedens durch den Willen einzelner Männer sehen wir die Geschichte in die Nationalpolitik einmünden, von der auch Bismarck im Berliner Kongreß der Schiedsrichter Europas wurde. An ihrem Ausgang wird der Friedenskongreß zu Münster und Osnabrück sich wiederholen. „Auf einer Friedenskonferenz werden sich unter dem Drucke der allgemeinen Sehnsucht der Völker nach Frieden auch ohne Wilson und die beteiligten Mächte zu gegenseitiger Aussprache zusammenfinden."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 1.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 1.80, Ausland M. 1.92. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 5. Oktober 1917 · Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Wo führt der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft?

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn dieser Krieg vorbei ist, so wird die Welt für das nächste Menschenalter wohl genug am Blutvergießen und an der Zerstörung der Werte haben. Wie lange aber wird diese Stimmung dann vorhalten und wo liegt die Gewähr dafür, daß der Weltfriedensbund, den unsere Feinde zu erstreben vorgeben, eine Wirklichkeit wird? Der Bund mag erhofft werden; eine sichere Aussicht aber ist er nicht, und so lange er es nicht ist, bleibt uns die Pflicht, auch ohne ihn an unsere nationale Sicherung zu denken. Sie ist es, die uns der Friede bringen muß. Geschieht das, so ist er ein „deutscher" Friede; wo nicht, so wird es ein Friede, den wir aus der Hand des Gegners nehmen müssen, und ein Friede, der kein Friede bleibt. Mehr als Sicherheit für unser nationales Dasein und unsere nationale Zukunft begehren wir nicht; die aber müssen uns werden.

Sicherung und Sicherheiten in diesem Sinn sind oft gebrauchte Formeln, bei denen es auf den Inhalt ankommt. Wo von ihnen die Rede ist, und wo es aufrichtig geschieht, nicht nur zur Verdeckung von Macht- und Eroberungsbegierde, da müssen Gefahren vorliegen, gegen die man die zukünftige Sicherheit begehrt. Welches sind die Gefahren, von denen Deutschland bedroht wird, die Gefahren, durch die es in den Krieg um seine Erhaltung hineingetrieben worden ist?

Die erste Gefahr ist diese. Wir sind ein Volk, das mit einem wachsenden Teil seiner Existenz darauf angewiesen ist, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Weltmarkt, Weltindustrie und Welthandel bedeuten Seehandel. Die Rohstoffe, die unser Gewerbe braucht, kommen bis auf Kohle und Eisen ganz überwiegend aus dem Auslande und zur See zu uns. Auch das Meiste von dem, was wir an verarbeiteten Waren an das Ausland abgeben, geht zur See hinaus. Jedes Stück aber, das zur See nach Deutschland kommt, muß am Ende seines Weges in den Winkel der Nordsee hineingelangen, der die Deutsche Bucht heißt. Die Ostsee spielt daneben keine

Digitized by Google

Rolle, und auch der Weg in die Ostsee führt durch die Nordsee. Unsere Wolle kommt aus Australien und Argentinien, unsere Baumwolle vom Mississippi und von Ägypten, die Erze die wir brauchen, kommen aus Spanien, Amerika, Indien, Kautschuk und Öle aus den afrikanischen Tropen, aus Brasilien, aus der Südsee, und so können wir bei Rohstoffen, bei Nahrungs- und Genußmitteln die Reihe fortsetzen — sie kommen von allen Enden der Erde, und die Kurse der Dampfer, die sie bringen, vereinigen sich vor der Mündung von Elbe und Weser. Geradeso ist es mit der Ausfuhr. Die Menschen, die die deutschen Waren kaufen, wohnen nicht nur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, sondern auch am Mittelmeer, in Indien und China, in Nord- und Südamerika, im Innern von Afrika und hinter den Gebirgen des tiefsten Asien. Bevor aber der deutsche Stoff, das deutsche Werkzeug, die deutsche Maschine den Weg zu ihnen finden und bevor die Schiffahrtslinien, auf denen sie wandern, überallhin auseinanderstrahlen, bilden sie ein enges Bündel, das aus dem Innenwinkel der Nordsee hervorschießt.

Was ist nun hierbei Besonderes? Das Besondere, daß vor der Nordsee die Insel Großbritannien liegt, an der alles vorbei muß, was zur See nach Deutschland will und von Deutschland kommt, und daß auf dieser Insel ein Volk wohnt, dessen Existenz noch mehr als die unserige auf Weltwirtschaft und Seehandel beruht. Seine Eifersucht auf unser Wachstum hat es uns zum Feinde gemacht, und nichts ist sicherer, als daß auch in Zuknnft Deutschland und England die beiden größten Industrievölker Europas, vielleicht die größten der Welt, sein und für ihre Erhaltung und ihren Fortschritt auf den Wettbewerb miteinander angewiesen sein werden. Dabei ist es ein Naturgesetz, an dem kein Weltfriedensgedanke und kein Weltschiedsgericht etwas zu ändern vermögen, daß derjenige Teil, der durch seine geographische Lage imstande ist, einen entscheidenden Druck auf den andern auszuüben, sich immer versucht fühlen wird, diese Gunst seiner Lage zu beuutzen. England hält uns, seit wir zum Weltwirtschaftsvolk geworden sind, im geographischen Gefängnis. Es hat den Schlüssel zu unserer Tür nach der überseeischen Welt in der Tasche, und es kann uns diese Tür schließen, solange es eine stärkere Flotte hat als wir. Es hat das diesmal getan und hat sich, getreu seinem immer befolgten Grundsatz, dabei sofort über Völkerrecht und Menschlichkeit hinweggesetzt, und keinerlei Gewähr dagegen ist vorhanden, daß es dasselbe in einem Menschenalter nicht wieder tut, wenn seine Seemacht groß genug dazu ist und wenn wir ihm von neuem als Handelskonkurrent gefährlicher werden, als es ertragen zu können glaubt. Dieses, unsere geographische Gefängnislage, ist die eine große Gefahr, gegen die wir uns für die Zukunft sichern müssen. Nur wenn uns der Friede hier eine genügende Sicherung bringt, so ist er, wir wiederholen es, ein „deutscher" Friede, anders nicht. Früher, als wir nur ein europäisches Binnenvolk waren, konnte uns die Lage Englands vor der Nordsee gleichgültig sein. Heute bedeutet sie für uns eine Notlage, aus der wir heraus müssen, wenn nicht unsere ganze

Digitized by Google

zukünftige Entwicklung aufs Spiel gesetzt werden soll. Wer billig denkt und wer imstande ist, die Dinge so zu nehmen, wie sie wirklich liegen, der muß uns das zugeben; nur wer unser Feind ist, wird so tun, als ob er es nicht sieht, und uns das Recht auf Hilfe und Rettung aus dieser Notlage verweigern.

Man sagt, die U-Boote seien ein Mittel gegen diese Not. Sie helfen uns viel in diesem Kriege, und sie bringen uns, so hoffen wir, Tag um Tag dem Frieden näher, aber die U-Boote sind ein Stück menschlicher Technik, und es hat noch nie von Anbeginn der Menschheit ein technisches Kampfmittel gegeben, dem nicht eines Tages eine überlegene Gegentechnik erwuchs. Noch ist das Mittel gegen die U-Boote nicht gefunden, aber eines Tages in Zukunft wird es gefunden sein. Daraus folgt, daß der Friede, den wir brauchen, England gegenüber nicht allein ausschließlich auf ein Mittel gegründet sein darf, das nur gut ist, solange der Feind kein technisch stärkeres Gegenmittel hat. England als schließender Riegel vor der Nordsee ist in den Tiefen der Erdrinde selbst verankert, und dagegen kann uns nur eins helfen: ein Druckpunkt zum Ansetzen eines Gegenhebels gegen England, der ein ebenso fest gegründetes Fundament hat. Den brauchen wir und der kann nirgend wo anders liegen, als in der Nähe der großen Lebenslinie, die die Hauptteile des englischen Weltreichs verbindet. Wo liegt diese Linie? Sie führt von Gibraltar durch das Mittelmeer und durch den Suezkanal nach Indien. So wie England vor der Nordsee liegt, durch die unsere Lebenslinie führt, so müssen wir, wenn wir England nicht preisgegeben sein wollen, uns vor die englische Lebenslinie legen. Dann steht eine Möglichkeit des Drucks gegen die andere, dann sind die Chancen gleich, dann hat England nichts vor uns voraus und wir nichts vor England. Zu dem Zweck müssen wir die Verbindung mit dem Orient und das Bündnis mit dem Orient halten. Zu dem Zweck müssen wir fest geeint bleiben mit Österreich und Ungarn, mit Bulgarien und der Türkei. Zu dem Zweck darf die Türkei nicht geschwächt werden oder lebenswichtige Teile ihres Besitzes verlieren. Zu dem Zweck muß es von Hamburg bis Bagdad heißen: Alle für einen und einer für alle, denn auch unsere Verbündeten sind jeder für sich allein dem Druck Englands und der Entente gegen ihre Lebensbedingungen nicht gewachsen. Hierhin also muß der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft uns führen. Dann haben wir auch das große Ziel erreicht: Meeresfreiheit!

Welches ist die zweite Gefahr, gegen die uns der Friede eine Sicherung bringen muß? Es ist der Mangel an Rückenfreiheit, unter dem wir und ganz Mitteleuropa infolge unserer Mittellage zwischen lauter starken Völkern leiden. Wir sind nicht rückenfrei gegen die Nordsee, nicht gegen Frankreich, nicht gegen Italien, das an unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn grenzt, nicht gegen Rußland. Es gibt überhaupt kein großes Volk in der Welt, das so von Natur umstellt ist, wie wir. Unsere Lage ist derart gefährdet, daß man sich keine ausdenken kann, die noch gefährdeter wäre. Gegen niemanden auf der Welt kann sich ein so gewaltiges und angriffsmächtiges Bündnis

Digitized by Google

zusammenschließen, wie gegen uns. Aus dieser zweiten Not müssen wir heraus wie aus der ersten. Die zweite Not, die fehlende Rückenfreiheit, wird überdies von Jahr zu Jahr gefährlicher werden, wenn wir nicht jetzt einen Weg finden, uns von ihr zu befreien. Wir sind ein Volk von heute nicht ganz 70 Millionen Menschen, mit einem jährlichen Wachstum von 0,8 Millionen, das fallende Tendenz zeigt. Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen, also der Kern von Mitteleuropa, haben jetzt 120 Millionen und eine Zuwachsrate von ungefähr 1,3 Millionen im Jahr. Rußland dagegen hatte vor dem Kriege 175 Millionen Einwohner und sein Jahreswachstum betrug 3 Millionen. England und seine Siedlungskolonien haben 62 Millionen und wachsen jährlich um mehr als eine Million, die Vereinigten Staaten von Amerika haben 110 Millionen und wachsen normaler Weise jedes Jahr gleichfalls um mehr als eine Million. Für die Mitte dieses Jahrhunderts müßte man demnach mit einem Rußland von nahe an 300 Millionen, mit einen England von etwa 100 und einem Nordamerika von etwa 150 Millionen Menschen rechnen. Machen wir für Deutschland die sehr optimistische Annahme, daß unsere jährliche Geburtenzahl nicht weiter abnimmt, so können wir in einem Menschenalter zwischen 90 und 100 Millionen Einwohner haben und Österreich-Ungarn nahe an 70 Millionen. Frankreich und Italien, als mutmaßlich hinter dem Krieg zum Abstiege verurteilte Nationen, bleiben bei dieser Rechnung auf der Gegenseite sogar noch außer Betracht, aber auch wenn sie zukünftig Völker zweiten Ranges sein sollten, so werden sie zusammen mit den Weltvölkern, die gegen uns stehen, auch späterhin keine geringe Gefahr für unsere Rückenfreiheit ausmachen.

Die größte Gefahr auf dem Festlande für uns ist die russische, wenn Rußland die Krisis, in die es jetzt gestürzt ist, überwindet. Die russische Gefahr für uns besteht 1. in der Größe, in der Volkszahl, in der Wachstumsschnelligkeit und dem inneren Wachstumsspielraum, über den das bisherige Rußland verfügt. Sie besteht 2. in der Maßlosigkeit, in der Eroberungssucht und in dem Deutschenhaß, die dem Charakter des herrschenden großrussischen Stammes innewohnt. Sie besteht 3. in der Naturnotwendigkeit des russischen Strebens nach dem Besitz des Bosporus und der Dardanellen. Rußland hat in diesem Kriege die Erfahrung gemacht, was es bedeutet, wenn ihm die Meerengen geschlossen sind. Die Meerengensperre gefährdet nach fester russischer Überzeugung Rußland im höchsten Grade und lähmt seine Kraft. Ob Rußland republikanisch oder absolutistisch ist, es wird immer nach den Meerengen streben. Das Anerbieten, ihm die freie Durchfahrt zu gewährleisten, wird es nicht anders als mit der Frage beantworten, die auch wir erheben würden, wenn man uns im Friedensvertrag die Freiheit der Meere garantiert anböte: Wer garantiert die Garantie im Konfliktsfalle? Sitzt aber Rußland in Konstantinopel und in Gallipoli, so schneidet es uns vom Orient ab. Die geographisch verankerte Gegendruckstellung gegen England geht uns dann verloren, und ebenso ist unsere Hauptsicherung

Digitized by Google

dahin, in Zukunft trotz Seesperre für den Notfall genügend Lebensmittel und Rohstoffe aus dem wiedererweckten Orient nach Mitteleuropa zu bringen. Rußland wird nie ein sicherer Nachbar und brauchbarer politischer Partner für uns sein. Schon Bismarck hat auf das Gefährliche einer Bindung an Rußland wegen des unberechenbaren Charakters der russischen Politik hingewiesen; dazu kommt heute der verstärkte Zwang des russischen Strebens nach der Herrschaft über die Meerengen.

Die russische Seite ist diejenige, nach der wir uns in wirksamer, ja in entscheidender Weise Rückenfreiheit verschaffen und damit die Gefahr unserer eingeschlossenen Mittellage für die Zukunft beheben können. Nichts aber scheint schwerer zu sein, als in Deutschland richtige Vorstellungen vom russischen Wesen zu gewinnen. Unsere Bemühungen um den Sonderfrieden mit Rußland sind der letzte Beweis dafür. Wir müssen erkennen, daß es drei Rußlande gibt: das moskowitische, das ukrainische und das von Moskau während der beiden letzten Jahrhunderte dem Abendland entrissene russische Westgebiet, das sich von der finnländischen Eismeerküste bis zur Weichselquelle erstreckt. Diese drei Rußlande müssen und können voneinander getrennt werden; dann sind wir nach Osten rückenfrei. Wir erleben es heute, wie die Ukrainer nach ihrer staatlichen Wiederauferstehung streben, wie Finnland sich losringt, wie die Esten von Rußland fortwollen, wie Kurland mit Riga, wie Litauen und Polen den Russen bereits entrissen sind. Unsere Politik muß sein, alles, was von der moskowitischen Oberherrschaft fortstrebt, bei seinem Willen zu selbständiger Organisation zu unterstützen und ihm zu helfen, daß es mit dem Abendlande Verbindung gewinnt. Dann ist das zweite Hauptziel des Krieges, die Zerbrechung des uns von allen Seiten im Rücken zusammenpressenden Ringes, erreicht. Dann haben wir auch an der zweiten entscheidenden Stelle den Ausgleich der Härte, mit der das Schicksal uns zu prüfen begonnen hat, seit wir den Aufstieg zum Weltvolk nahmen, erreicht. Dann stehen wir wenigstens nicht absolut schlechter da, als die anderen Weltvölker.

Rückenfrei nach Osten, mit Österreich-Ungarn, dem Balkan und dem Orient gemeinsam im Besitz einer die Nordsee-Gefängnislage ausgleichenden Stellung gegenüber der englischen Lebenslinie — so können wir hoffen, zukünftig in Frieden unsere Arbeit in der Welt zu tun, diesseits der Meere in der Heimat und jenseits der Meere in einem großen deutschen Kolonialreich zu Weltvolkstum und kraftvoll friedlicher Weltmacht uns emporhebend. So sieht der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft aus. Ihn und nur ihn müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir heute von der Möglichkeit eines nahenden Friedens sprechen. Rußland ist am Zusammenbrechen. Italien wankt. Die französische Kraft läßt nach. In England regt sich eine Friedensströmung. Sie stammt aus der Furcht jener Klasse, die England seit Jahrhunderten beherrscht hat, vor der zunehmenden Demokratisierung Englands. England ist bisher keine Demokratie gewesen, sondern es ist von einer wenig zahlreichen, politisch gut geschulten, im Überfluß und Reichtum lebenden Oberschicht beherrscht worden. Lloyd

Digitized by Google

George, der jetzige Diktator Englands, ist der erste englische Proletarier, der auf dem Wege der Demokratie zur Macht gekommen ist. Um den Krieg und um sich selbst zu retten und um die Massen, durch die er die einstmals regierenden englischen Kreise beherrscht, weiter mit sich in den Krieg zu reißen, liefert er ihnen immer mehr die politische Macht in England aus und führt den Krieg mit dem Portemannaie der Besitzenden. Daher fängt man in der englischen Oberschicht jetzt an, zu überlegen, ob es nicht besser ist, um von dem alten englischen Zustande zu retten, was noch zu retten ist, den gefährlichen Demokratisierer Lloyd George fortzuschicken und Deutschland einen Frieden der Verständigung anzubieten. Noch aber sind die Dinge nicht so weit, daß diese Stimmung in England zum Durchbruch käme. Noch hofft auch Herr Asquith, der vor einiger Zeit die nachdrückliche Frage wegen Belgien an den deutschen Reichskanzler stellte, uns einschüchtern und uns unvorteilhafte Bedingungen auferlegen zu können. Noch redet er nicht nur von Belgien, sondern auch von Elsaß-Lothringen, Serbien, Rumänien usw. Noch wirft er sich in die erheuchelte Pose des Richters über Deutschland. Noch hält er die moralische Offensivstellung gegen uns, dank der Unfähigkeit unserer Regierung und unserer Presse, den Feinden die moralische Offensive zu entreißen und sie an uns zu bringen. Noch müssen kräftige Schläge die Stellung treffen, von der Herr Asquith und Genossen ihren Ruf von der Demütigung Deutschlands ertönen lassen.

Das was uns also nottut, ist die Festigkeit des Willens zum Weiterkämpfen, bis England einsieht, daß sein Spiel verloren ist. Voll tiefen Vertrauens und Dankes haben wir Hindenburgs Wort empfangen: daß wir wirtschaftlich und militärisch für weiteren Kampf und Sieg gerüstet sind. Nun ist es an uns, unseren festen Glauben an unsere Kraft vor allen Völkern, kämpfenden und neutralen, zu beweisen. Nichts hat Wert, was nicht zur Tat wird. Heer und Marine leisten die Tat mit der Waffe, indem sie das Leben für das Vaterland einsetzen. Unsere Tat muß es sein, mit unseren Mitteln den entscheidenden Nachstoß zu führen, ohne den Erfolge und Siege nicht voll sind. Kriegsanleihe zeichnen, das ist der beste Nachstoß hinter der Einnahme von Riga und hinter der Abwehr in der Flandernschlacht. Zwölf Milliarden siebente Kriegsanleihe — sie werden auch für die zweifelnde, bald lockende, bald bluffende englische Friedensbereitschaft der wirksamste Nachdenkens- und Gewissensschärfer sein. Kein Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft, der wo anders hinführt, außer zur rettenden Gegenstellung gegen England und zur Rückenfreiheit nach Osten! Den Weg aber können wir gehen, wenn unsere Regierenden die Einsicht haben, ihn zu erkennen, und wenn wir selber, wir, das große mitarbeitende und mitfühlende Heer der Heimat, festen Schritts den Gang dorthin tun, wo das zur Tat wird, was wir empfinden: zur Stelle der Zeichnung für die Kriegsanleihe.

Digitized by Google

Zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens werden die gewaltigen Ergebnisse der Kriegs-Anleihen ebenso in die Wagschale fallen, wie unsere durch das Schwert errungenen großen Erfolge ---

Darum zeichne!

Digitized by Google

Vaterlandspartei und innere Reformen

Von Friedrich Thimme

Die „Deutsche Politik" ist seit ihren ersten Anfängen mit dem größten Nachdruck für die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung eingetreten. Wieder und wieder ist die gemeinsame Arbeit aller Deutschen an den großen Aufgaben, die unserem Volke im Kriege und nach wiederhergestelltem Frieden beschieden sind, ist die gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Verfassung im erneuerten, nach außen starken, im Inneren befriedeten Deutschen Reich als unser Programm festgelegt und verkündet worden. Müßte unter diesen Umständen die „Deutsche Politik" nicht die Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei", die sich ausdrücklich eine Einigungspartei nennt, und die genau gleich unserer Zeitschrift alle nationalen Kräfte ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammenschließen zu wollen erklärt, mit Freuden begrüßen? Ja, sie müßte und würde es tun, wenn die Persönlichkeiten, die an der Spitze der Vaterlandspartei stehen, die Gewähr gäben, daß es ihr ernst um die Einigung aller vaterländisch gesinnten Deutschen sei, und wenn ihre ersten Kundgebungen und Schritte sich im vollen Einklang mit dem angeblichen Zwecke hielten. Leider ist beides nicht der Fall!

Der geistige Vater und eigentliche Leiter der neuen Partei ist bekanntlich ihr Zweiter Vorsitzender, jener Generallandschaftsdirektor a. D. Dr. Kapp, der in seiner vorjährigen Brandschrift gegen Herrn von Bethmann Hollweg die „Parole Einigkeit", die keiner mit größerer Wärme, Eindringlichkeit und Entschiedenheit vertreten hat als der ehemalige Reichskanzler, geradezu verhöhnt und verspottet hat. „Die Parole Einigkeit", so ließ sich Herr Kapp damals, als es den Sturm auf Herrn von Bethmann Hollweg galt, vernehmen, „fängt an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht', das in der preußischen Geschichte eine unrühmliche Erinnerung ist. Die vom Reichskanzler geforderte Einigkeit bedeutet: Schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hofft alles, aber verschließt eure Sorgen in dieser größten, schönsten und schwersten Stunde deutscher Geschichte in eurer Brust."

Und jetzt kommt derselbe Herr Kapp und gibt seinerseits die „staatsverräterische" Parole aus: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Er ruft allen denen, die in der inneren Erneuerung Deutschlands das vornehmste innere Kriegsziel sehen, zu: Schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hofft alles, aber verschließt eure Wünsche und Forderungen in eurer tiefsten Brust! Er dekretiert einfach, die Entscheidung über alle innerpolitischen Streitfragen, auch über die, die der Kaiser und König ausdrücklich als reif zur Lösung anerkannt hat, müsse auf die Zeit nach dem Kriege verschoben bleiben. Das ist ein Selbstwiderspruch, so kraß, so ungeheuerlich, daß er von vornherein die Gründung des Herrn Kapp unheilbar kompromittieren muß. Die großen organisatorischen

Digitized by Google

Fähigkeiten des Herrn Kapp in allen Ehren; aber bei dieser Partei, die mit dem Rufe nach Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der Parteistellung geradezu mit dem Kalbe des verhaßten Herrn von Bethmann Hollweg pflügt, durfte und darf ein Mann nicht an der Spitze stehen, der sein Möglichstes getan hat, um die Parole Einigkeit zu diskreditieren. Sein Name bedeutet nicht Einigkeit und Harmonie, sondern Zwietracht und schrillen, unharmonischen Mißklang. So lange er die Leitung der Partei in Händen hat, wird immer in weiten Schichten der Bevölkerung das Mißtrauen rege sein, daß es ihm und seiner Parteigründung nicht um die Einigkeit Deutschlands, sondern um reaktionäre Nebenzwecke, um Vereitelung aller inneren, freiheitlichen Reformen zu tun sei.

Auch der erste Aufruf der Vaterlandspartei ist wahrlich nicht geeignet, solche Besorgnisse zu zerstreuen. Auch er ist, gleich der Haltung des Herrn Kapp, voll der gröbsten Widersprüche. Die Vaterlandspartei will angeblich in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte das deutsche Vaterland vor dem Erbübel der Uneinigkeit und Parteiung schützen und schirmen! Dabei beginnt sie ihren Aufruf mit einer ausgesprochenen Kampfansage gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags, die sie der Gefährdung des Vaterlandes und der Förderung unserer Feinde beschuldigt. Kann sie im Ernste der Ansicht sein, daß auf diesem Wege einer scharfen Befehdung der Mehrheitsparteien die Eintracht des deutschen Volkes herbeizuführen sei? Kann sie glauben, daß sie dem inneren Frieden mit ihrer deutlichen, von Herrn von Bethmann Hollweg mit Recht scharf verurteilten Unterscheidung zwischen vaterländisch gerichteten, nationalen Parteien und nicht nationalen diene; muß sie nicht vielmehr ganz genau wissen, daß sie den inneren Unfrieden, die Zwietracht, gerade alle diejenigen Übel, die sie bekämpfen zu wollen erklärt, schürt? Hat sie ein Recht, sich als eine Stütze einer starken kaiserlichen Gewalt auszugeben, wenn sie sich so in den schroffsten Widerspruch zu der kaiserlichen Parole des 4. August stellt, die keine Parteien, nur noch Deutsche gelten läßt, und wenn sie in schneidendem Gegensatz zu der kaiserlichen Osterbotschaft und zu dem Erlaß vom 11. Juli die innerpolitische Reformarbeit bis zum Friedensschluß eingestellt sehen will?

Nein, die Deutsche Vaterlandspartei kann das alles nicht! Der Aufruf der Partei ist von derselben inneren Unwahrhaftigkeit getragen, von der das Verhalten des Herrn Kapp erfüllt scheint. Vollends mit Unrecht nehmen die Gründer der Partei das Vorbild für sich in Anspruch, das die Provinz Ostpreußen vor hundert Jahren zur Zeit der Befreiungskriege gegeben habe. Jene Bewegung war aber doch, sehr im Gegensatz zu der Vaterlandspartei, ganz aus freiheitlichem Geist geboren. Einer der Männer und Helden von 1813, der hochgelobte ostpreußische Nationalheros Theodor v. Schön, hat auf den Königsberger Landtag das Wort angewandt: „Kant lebt noch, und nur weil er lebte, ist das Leben da." Ja, in Königsberg lebte der Geist des großen Philosophen, der auch alles staatliche Leben auf Freiheit und Pflichtgefühl zurückführen

Digitized by Google

wollte, lebte der Geist der glühenden Reformer von 1807—1813, des gewaltigen Freiherrn vom Stein, der Scharnhorst, Gneisenau, Boyen und wie sie alle heißen, deren ganzes Dichten, Trachten und hochgemutes Wirken nur darauf gestellt war, dem darniederliegenden Staatswesen durch innere Reformen, insonderheit durch eine lebendige Anteilnahme des ganzen Volkes an dem Staatswesen, neue Kräfte zuzuführen. Königsberg ist geradezu der geistige Mittelpunkt der wundervollen Reformzeit gewesen, in der wir nächst der Reformationszeit die schönste und leuchtendste, in tiefinnerer Glut erstrahlende Periode unserer vaterländischen Geschichte sehen. Und diesen Geist der freiheitlichen Reformen, der intensivsten Teilnahme des ganzen Volkes an dem Staate, diesen Geist, der die größte innere Kraftquelle des Volkes ist, der 1813 wie heute die gewaltigen Leistungen unseres Volkes zum guten Teil erst ermöglicht hat, will die in Königsberg gegründete, auf das Königsberg von 1813 pochende Vaterlandspartei unter der Ägide des Herrn Kapp lahmlegen, indem sie alle innere Reformtätigkeit bis zum Kriegsende unterbinden will! Sieht sie denn nicht, daß sie mit dem Erneuerungswillen auch den Siegeswillen eines großen Teils der Bevölkerung unterbinden und lahmlegen würde? Ich kann nur Wort für Wort unterschreiben, was der freikonservative Politiker Adolf Grabowsky im letzten Heft des „Neuen Deutschland" von dem Aufruf der Vaterlandspartei sagt: „Jetzt gilt es nur zu siegen! sagt der Aufruf. Also diese Männer, die sich als Vertreter des Vaterlandes aufspielen, wissen immer noch nicht, daß der innere Aufbau geradezu einen Teil des Siegeswillens der Nation bedeutet! Sie wollen die Einigkeit befördern und entäußern sich von vornherein des stärksten Einigungsfaktors, des Gefühls, daß jeder Einzelne im Volke sich als vollgültiges Glied des Ganzen betrachtet. Immer noch ist ihnen nicht der untrennbare Zusammenhang von äußerer und innerer Politik aufgegangen. Man möchte ganz am politischen Sinne der zum Führertum bestimmten Kreise verzweifeln, wenn man immer wieder derartigen Verständnislosigkeiten begegnet. Und so etwas wird erklärt kurz vor einem Winter, der, wie jeder weiß, so hart wird wie keiner jemals zuvor. In einem Augenblick, da es gilt, die ganze Volksmasse aufs stärkste am Vaterland zu beteiligen, legt man es darauf an, das Vertrauen der breitesten Schichten zu verscherzen. Auf diese Weise arbeitet man nur den unabhängigen Sozialdemokraten in die Hände ... Haben sich das die Verfasser und Unterzeichner des Aufrufs — zweifellos alles gute Patrioten — nur einmal klar gemacht? Sie wollen Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft, und sind auf dem besten Wege, uns alles zu verderben."

Zum Glück scheint es, daß wenigstens einzelne unter den Führern der Vaterlandspartei ein Gefühl dafür haben, auf welchen gefährlichen Irrweg der Aufruf der Partei lossteuert. Ausdrücklich hat Großadmiral von Tirpitz, der Erste Vorsitzende der Partei, in der Philharmonieversammlung vom 24. September betont, daß die Vaterlandspartei zu den innerpolitischen Fragen, speziell zu der preußischen Wahlrechtsreform,

Digitized by Google

keine Stellung nehmen wolle; „die (nämlich die Wahlrechtsreform) nimmt nun ihren Lauf“. Das steht in schroffem Widerspruch zu dem Aufruf der Partei, nach dem die Reform als eine der brennendsten innerpolitischen Streitfragen eben nicht ihren Lauf nehmen darf. Wir richten öffentlich die Anfrage an den Großadmiral Tirpitz, was denn nun in der Vaterlandspartei Geltung haben soll, sein Wort oder der damit in schneidendem Kontrast stehende Aufruf der Partei? Und wenn Herr Tirpitz, den wir alle als einen klaren, kein trübes Dunkel liebenden, willensstarken Mann kennen, für sein Wort als maßgebend für die Partei eintritt, so möge er Sorge tragen, daß die verkappten reaktionären Eierschalen, die die Deutung nahe legen, als solle das deutsche Volk auf dem Umwege über die Vaterlandspartei reaktionären Zwecken dienstbar gemacht werden, schleunigst aus dem Aufruf der Partei entfernt werden. Nur wenn jede Spur einer Absicht, den Geist von 1914, der zugleich der Geist von 1813 ist, auszuschalten, aus dem Aufruf und aus den weiteren Kundgebungen der Partei ausgemerzt wird, kann sie mit ihren Führern hoffen, über die alldeutsch gerichteten Schichten des Volkes hinaus in die breiten Massen des Volkes zu dringen.

Völlig undenkbar erscheint uns, daß die Regierung, so lange als die Vaterlandspartei sich nicht klar und eindeutig über alle ihre, auch ihre letzten Ziele geäußert hat, mit ihr gemeinsame Sache machen sollte. Wenn in der Presse soviel von einer amtlichen Förderung der Partei die Rede ist, so kann es sich dabei nur um nachgeordnete Amtsstellen handeln, die von dem Willen der Reichsleitung nicht unterrichtet sind, nicht aber um die Reichsleitung selbst. Mit aller Bestimmtheit hat sich der Reichskanzler Michaelis eben erst wieder in seiner Rede vom 28. September zu dem Geiste von 1914 bekannt. Dieser Geist von 1914 kann doch nicht etwa von Herrn Dr. Michaelis als ein Geist, „wie ich ihn auffasse“, definiert werden; vielmehr schließt er ganz unbedingt die Anerkennung aller Parteien als vaterländisch gerichteter im Sinne des Kaiserworts vom 4. August und den Willen auf eine innere Erneuerung des Volkes, auf die lebendige und verantwortungsfreudige Mitwirkung des ganzen Volkes am Staatsleben im Sinne der Osterbotschaft in sich. Es liegt denn auch offensichtlich zutage, daß der Reichskanzler keineswegs in der Friedensresolution des Reichstags eine „nervenschwache Kundgebung“ für einen Hungerfrieden sieht, wie könnte er sich sonst in der Antwort auf die Papstnote ausdrücklich auf sie beziehen? Ebenso sicher ist es, daß die Reichsleitung gar nicht daran denkt, der Parole der Vaterlandspartei auf Ausschaltung der innerpolitischen Streitfragen Folge zu leisten. Die Wahlrechtsvorlage wird kommen, wenn auch mit einer kurzen Verzögerung, und sollte eine reaktionäre Mehrheit sie ablehnen, so wird die Regierung nicht etwa die Hände in den Schoß legen — eine solche Unterstellung wäre geradezu ehrenrührig für die am Ruder befindlichen Staatslenker —, sondern alle verfassungsmäßigen Konsequenzen ziehen.

Die Regierung wird, so hoffen wir zuversichtlich, auch über Friedensresolution und

Digitized by Google

Wahlrechtsvorlage hinaus die innere Erneuerung unseres Staatswesens zielbewußt und methodisch fortführen, auch wenn sie in dem Tempo und dem Ausmaß der Reformen hinter den Erwartungen zurückbleiben sollte. Mit Nachdruck haben es Herr Dr. Michaelis und Herr Dr. von Kühlmann noch am 28. September betont, daß der Versuch, in dem Siebener-Ausschuß des Reichstags eine enge Fühlung der Reichsleitung und des Parlaments herzustellen, sich voll bewährt habe. Es kann also gar nicht beabsichtigt sein, es bei diesem ersten tastenden Schritte bewenden zu lassen; wir dürfen vielmehr hoffen, daß aus dem Versuch eine ständige Einrichtung werde. Die ganze Entwicklung drängt dahin, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament möglichst eng gestaltet wird. Wir möchten denn auch hoffen, daß dem Beschlusse des Verfassungsausschusses auf Streichung von Artikel 9 der Reichsverfassung, nach dem niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann, stattgegeben werde; die dagegen vorgebrachten Bedenken erscheinen wirklich nicht durchschlagend. Von größerer Bedeutung wäre es noch, wenn auch Artikel 11 der Verfassung, der dem Kaiser das Recht vorbehält, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, dahin erweitert würde, daß Kriegserklärung und Friedensschluß der Sanktionierung des Reichstags unterliegen. Wir brauchen nicht zu fürchten, daß die Krone in einer solchen Verfassungsänderung, die doch keineswegs, wie die reaktionären Zeitungen vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung" behaupten, einen Verfassungsbruch bedeuten würde, eine capitis diminutio maxima, eine starke und wesentliche Machtminderung, sehen würde; denn unser Kaiser hat ja in seinem Telegramm an den Zaren vom Jahre 1905 ausdrücklich anerkannt, daß das russische Volk auf eine solche Verfassungsveränderung ein positives Recht habe. Wie sollte nicht unser Volk, das sich doch tausendmal kaisertreuer bewiesen hat als das russische, ein um vieles größeres Anrecht auf ein gleiches Mitbestimmungsrecht haben!

Würden wir aber ein solches Mitbestimmungsrecht des deutschen Volkes verfassungsmäßig festlegen, was uns doch niemals von Seiten der Entente als eine schwächliche Nachgiebigkeit gegen einen Wilson ausgelegt werden könnte — eben weil der Kaiser sich lange vor dem Kriege zu dem Grundsatz eines solchen Mitbestimmungsrechts bekannt hat —, so würde uns das ohne allen Zweifel dem Frieden, den ein jeder von uns ersehnt, um ein gutes Stück näher bringen.

Dem gleichen großen Zwecke würde es dienen, wenn die elsässisch-lothringische Frage endlich in der Richtung eines autonomen Staatswesens reguliert würde. Es mag noch einmal nachdrücklich auf die wertvollen Ausführungen des Landtagsabgeordneten Georg Wolf in Nr. 38 unserer Zeitschrift hingewiesen werden, die der sorgsamsten Beachtung wert erscheinen.

Endlich sei auch die Fortführung der Sozialreform, der freiheitliche Ausbau des Koalitions- und Arbeiterrechts als ein Mittel in Erinnerung gebracht, unsere Arbeiter-

Digitized by Google

schaft, deren Erfüllung mit Staatsgesinnung das größte innerpolitische Erlebnis des Weltkrieges ist und bleibt, noch enger an unser Staatswesen zu fesseln.

Wir sehen bei allen diesen Reformen gar keine Gefahren, sondern nur große Vorteile für die Friedensfrage wie für unsere innerpolitische Entwicklung. Voraussetzung ist natürlich eine Regierung, die den starken und entschlossenen Willen zu einer kraftvollen Reformtätigkeit auf allen Gebieten hat. Eine solche Reformtätigkeit wird natürlich nicht ohne Kämpfe, ohne innere Reibungen abgehen, aber aus derartigen Kämpfen und Reibungen werden sich gewaltige geistige Energien und Kräfte genau wie in den Reformjahren 1807—1813 entwickeln, die uns auf der ganzen Linie in innerer Macht und äußerer Weltgeltung voranführen.

Wir rufen der Regierung aus voller Überzeugung zu: Nur keine Politik des inneren Stillstandes, wie sie die Vaterlandspartei als Parole ausgibt, nur keine Vogelstraußpolitik! Nein, eine klare und zielbewußte Reformpolitik, die das Volk mit sich fortreißt und zu höchster nationaler Tätigkeit entflammt. Der Siegeswille des Volkes könnte durch eine solche auf allseitiger Teilnahme beruhende Reformtätigkeit nicht geschwächt, sondern nur gesteigert werden; von aller Tätigkeit geht ja ein belebender Strom aus. In unserer Zeitschrift ist auch schon besonders von Rudolf Otto wiederholt dargelegt, wieso gerade jetzt während des Krieges eine energische Reformpolitik große Ergebnisse verheiße, weit größere als selbst im Frieden. Ja, auch im Sinne der Vaterlandspartei könnte durch nichts einer Entartung des parlamentarischen Machtstrebens so leicht begegnet werden, als durch das bereits von Herrn von Bethmann Hollweg aufgezeigte Mittel des Zwangs zum Schaffen an einem großen und ausgedehnten Reformwerk. Möge unsere Regierung also den Mut zu einer Reformtätigkeit ganz großen Stiles haben; so, nur so wird sie das Ziel, das die Vaterlandspartei vorgibt, das aber in Wahrheit unser aller Ziel ist, die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, d. h. des ganzen Volks, erreichen. Es gilt auch hier das schöne und verheißungsvolle Wort: Dem Mutigen gehört die Welt!

Hilf Deinen Söhnen und Brüdern im Felde! Zeichne Kriegsanleihe!

Finnland und die demokratische Entwicklung

Von einem demokratisch gesinnten Finnländer

Von Herrn Professor Rudolf Eucken, Vorsitzender der Deutsch-Finnländischen Gesellschaft, ist uns folgender Artikel eines namhaften finnländischen Gelehrten zugegangen, der aus politischen Gründen noch nicht in der Lage ist, mit seinem Namen öffentlich hervorzutreten.

Für Finnland hat eine neue Zeit im Zeichen großer konstitutioneller und Verfassungsreformen begonnen. Das finnische Volk wird — so hofft man künftighin — sich in Übereinstimmung mit seiner Eigenart entwickeln und schließlich in einem

Digitized by Google

selbständigen Staate seine Kräfte nach innen und nach außen frei entfalten können.

Aber ebenso wie kleine Staaten und ein Volk im allgemeinen ihre Vorbilder bei den größeren suchen und mit oder gegen ihren Willen unter deren Einfluß kommen, so ist es natürlich, daß das finnische Volk, welches so lange in seiner Entwicklung gehemmt worden ist und warten mußte, um seine Reformbestrebungen erfüllt zu sehen, darauf gewiesen ist, Rat, Leitung und Vorbilder bei anderen Völkern zu suchen, die in ihrer Entwicklung weiter gekommen sind und reichere Erfahrungen gemacht haben.

Wenn es nun von dem finnischen Volke abhinge, selbst den politischen und kulturellen Anschluß zu wählen, ohne den Finnland sich nicht helfen kann, bei welchen der großen Nationen Europas würde es wohl dann die Vorbilder suchen und finden, welche am besten die wahren Interessen der finnischen Demokratie fördern könnten?

Vielleicht bei dem großen Zukunftsland Rußland, welches bis jetzt hinsichtlich politischer und sozialer Freiheit weit hinter Finnland zurückgestanden hat. Man mag vielleicht behaupten, daß Rußland jetzt mit einem einzigen Sprung die alten Kulturvölker erreichen und sogar überflügeln wird. Innerhalb gewisser kritikloser Kreise ist diese Auffassung gar nicht ungewöhnlich; daß sie vollständig unrichtig ist, braucht kaum hervorgehoben zu werden; nur der mit den allgemeinen Gesetzen der Entwicklung Unbekannte stellt sich dieses als möglich vor. Neue Gesetze zu votieren, auf den schönsten humanitären und demokratischen Grundsätzen aufgebaut, ist noch nicht dasselbe wie Bedingungen für ihre Durchführung und Verwirklichung auf eine solche Weise zu schaffen, daß sie dem ganzen Volke zugute kommen. — Es wird noch eine geraume Zeit verfließen, ehe überhaupt das russische Volk Gelegenheit erhält, sich ungestört den großen inneren Reformen zu widmen. Daraus entstehen die Schwierigkeiten, sich über ihren Inhalt zu einigen und sie in die Praxis umzusetzen. — Besonders zwei Umstände sind zu erwägen; der eine ist die relativ geringe und noch in mancher Hinsicht unerprobte Organisationsfähigkeit der slawischen Völker. Der andere ist die außerordentlich große finanzielle Schwierigkeit, mit der dieses Volk während einer unabsehbaren Zukunft kämpfen muß, und die vielen sozialen Neugestaltungsansprüchen hindernd im Wege stehen wird.

Vielleicht werden Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, welche so oft als die großen Stammländer der modernen Demokratie bezeichnet werden, dem finnischen Volke die Richtlinien geben, die seine zukünftige Entwicklung leiten werden? Viel haben diese Völker unzweifelhaft der Menschheit geschenkt. In Frankreich sind ja die großen Grundwörter: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zuerst ausgesprochen worden, und viel Blut ist ihretwegen geflossen. In England hat die jetzige politische Freiheit, wenn auch mit einem sehr starken Zusatz von Aristo-

Digitized by Google

kratie, unter langem Kampf sich zu einem recht hohen Grade technischer Vollendung entwickelt, und die lange verzögerten sozialen Reformen werden wohl früher oder später auch dort verwirklicht werden. In den Vereinigten Staaten bedeutet die Herkunft, die höhere Bildung und die Bureaukratie wenig im Vergleich mit dem materiellen Wohlstande — in welchem Maßstabe dieser Wohlstand die Formen und den Umfang angenommen hat, welche die im Zeichen des Klassenkampfes wirkende Demokratie betreffen, ist eine ganz andere Frage.

Es lohnt sich, etwas näher die großen Freiheitsideale zu beurteilen, wie sie sich in Wirklichkeit in Frankreich ausnehmen. Ungeachtet, daß das allgemeine Stimmrecht seit Jahrzehnten bestanden hat und trotzdem das Parlament allein die gesetzgebende Gewalt besitzt, sind die sozialen Ungerechtigkeiten nur in äußerst geringem Maße ausgeglichen worden. In wenigen Ländern nimmt die Ausbeutung des Proletariats so empörende und schamlose Formen wie in Frankreich an. In wenigen Ländern besteht ein solcher Gegensatz zwischen den offiziellen Theorien und dem wirklichen Leben, und in wenigen Ländern ist der soziale Egoismus und Indifferentismus stärker ausgeprägt. In wenigen Ländern erfahren die unteren Schichten der Bevölkerung in ebenso hohem Grade wie in Frankreich die Folgen von der Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der Regierenden, sowie die Folgen von dem Mangel an Bestimmtheit und Stabilität der Regierung und der Verwaltung. Ein berühmter französischer Volkspsychologe, G. Le Bon, äußerte unter anderem: „In Frankreich betätigt sich die Demokratie nur in Reden. Die lateinischen Demokratien sind rein theoretisch geblieben. Die Aristokratie des Vermögens hat sich an die Stelle der der Geburt gesetzt und ihre Privilegien sind nicht geringer als die jener."

Wer mißt die Tiefe des sozialen Elends in England und den Vereinigten Staaten Nordamerikas? Welch hartnäckiger Widerstand, welch vollkommener Mangel an Verständnis ist nicht immer bis zum heutigen Tage auch den geringsten Ansprüchen der sozialen Reformen begegnet. Wie oft sind nicht im Namen der politischen Freiheit und des Individualismus Forderungen einer wirklich sozialen Freiheit abgelehnt worden. Welches Zeugnis enthalten die Schilderungen von „dem Volk des Abgrundes" in London und anderen Großstädten, von dem traurigen Schicksal der englischen Landbevölkerung, von den Verhältnissen in Indien und Irland. — Wenn das englische Weltimperium jetzt infolge des Krieges auf natürlichere und richtigere Maße beschränkt werden könnte, so wäre es wohl wahrscheinlich, daß der Widerstand gegen viele Reformansprüche bald gebrochen sein würde, aber vorläufig ist die politische Gleichheit sehr unvollständig, vor allem sind die sozialen Ungerechtigkeiten groß.

In Amerika hat die Sozialdemokratie kein gelobtes Land. Die ganze Atmosphäre ist dort so, daß ihr Dogma meistens von jedermann abgeschworen wird, der einige Stufen zu dem Tempel des goldenen Kalbes erreicht hat. In der Tretmühle

Digitized by Google

des Großkapitalismus und der Großindustrie fragt man nicht viel nach dem Leben und der Wohlfahrt des Einzelnen. Schutz- und andere soziale Gesetze gibt es in äußerst begrenzter Anzahl, und diese sind oft dazu da, um gebrochen zu werden, nicht am wenigsten infolge der Korruption, die auch im öffentlichen Leben in bedenklichster Weise um sich gegriffen hat.

In Europa gibt es ein Land, welches besonders während der letzten Jahre von allen Ecken und Kanten mit Beschuldigungen wegen Autokratie und Reaktion, wegen Zwangsherrschaft und Volksfeindschaft, wegen Militarismus und Bureaukratie, außerdem noch mit vielen anderen Beschuldigungen überhäuft wird. Welcher Demokrat der Jetztzeit könnte wohl seine Vorbilder in oder im Anschluß an Deutschland wählen, an dem Lande, welches von all dieser vernichtenden Kritik getroffen wird?

Es ist nicht zu leugnen, daß die deutsche Staatsgewalt in strammen und oft wenig anziehenden Formen hervortritt. Auch kann man nicht in Abrede stellen, daß das Volk an alten erprobten Institutionen festhält, daß Deutschland seinen Militarismus ebenso hat wie andere Länder den ihren haben, daß die Regierung bestimmt und zielbewußt, oft konservativ und selbstgenügsam, aber rechtschaffen und nicht von jedem parteipolitischen Windstoß abhängig ist. Aber es muß auch daran erinnert werden, daß Deutschland ohne eine so bestimmte Regierungsgewalt niemals die sozialen Reformen hätte durchführen können, derengleichen man vergebens in anderen Ländern sucht und deren glückliche Verwirklichung es als sicher erscheinen läßt, daß man mit Erfolg den Kampf gegen die noch bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten zu Ende führen wird.

In Deutschland entbehrt man allerdings der großen demokratischen Phrasen. Auch ist es wahr, daß die politische Freiheit in gewissen deutschen Staaten, besonders in Preußen, bisher sehr begrenzt gewesen, daß ein — praktisch zwar nicht allzu bedeutender — Standesunterschied aufrecht erhalten worden ist usw. — Aber wo ist wohl während des Weltkrieges der Bürgersinn innerhalb aller Parteien reger gewesen und vor allem: wo ist die staatliche Organisationsfähigkeit größer und besser imstande gewesen, an alle Klassen das zu verteilen, was dem schwer bedrängten Volke zur Verfügung stand? Das deutsche Volk hat sich nicht darüber zu beklagen brauchen, eine starke und tatkräftige Regierungsmacht und einen brauchbaren Verwaltungsorganismus zu besitzen.

In einer baldigen Zukunft wird die politische Freiheit in Deutschland, speziell in Preußen, vollständiger verwirklicht werden. Es wird natürlich hiergegen eingewendet, daß die in Aussicht gestellten Reformen unter dem Drucke einer Zwangslage versprochen wurden. Dieses ist teilweise richtig, aber es benimmt ihnen keineswegs ihre große Bedeutung. Welche große Reformansprüche werden wohl ohne Zwang von einer oder andern Art, der den natürlichen Widerstand des Bestehenden bricht,

Digitized by Google

durchgeführt? Aber eins ist sicher: in dem Deutschland unserer Tage ist es nicht möglich, feierlich gegebene Versprechungen und Versicherungen zu widerrufen. Auch kann man davon überzeugt sein, daß Deutschland das Neue mit all der Gründlichkeit und Planmäßigkeit, welche es kennzeichnet, schaffen wird. Aber man muß es den Deutschen nicht verdenken, wenn sie bei den parlamentarischen und demokratischen Reformen es ablehnen, die staatliche Eigenart, die in einer starken und tatkräftigen Regierungsgewalt besteht, aufzugeben, die mit Nachdrücklichkeit und Folgerichtigkeit ihre Aufgaben vollführen kann.

Die Erfahrungen verschiedener Länder und Zeiten haben gezeigt, daß große soziale Reformen nicht auf andere Weise als von einer kräftigen, zielbewußten und in nötiger Ausdehnung unabhängigen Staatsgewalt konsequent durchgeführt werden können. Dieses enthält jedoch zunächst, daß die Regierungsgewalt, die vollziehende Gewalt, erwähnte Eigenschaften aufweisen muß, die Staatsform mag dann monarchisch oder republikanisch sein. Ein Parlament kann nur während einer vorübergehenden Zeit und unter ausnahmsweisen Verhältnissen, dann auch nicht ohne Gefahr, die eigentliche Regierungsgewalt handhaben: unter normalem Verlauf des Staatslebens muß dieselbe bei einem Monarchen, einem Präsidenten, einem Staatsrat oder einem andern Regierungskollegium, bestehend aus einer geringen Anzahl von Mitgliedern, konzentriert sein.

Das Beispiel Deutschlands zeigt, daß eine starke Regierungsgewalt für die Verwirklichung der sozialen Reformen innerhalb des Staatslebens erforderlich ist.

Die Ansprüche einer solchen Regierungsmacht liegen sogar auch im Innersten im Wesen der Sozialdemokratie. Bei revolutionärem Durchbruch haben der Individualismus und das individualistische Element in jeder Freiheitsbewegung ihr Recht; aber wenn das Staatsleben wieder befestigt wird, liegt es gerade in dem Interesse der sozialreformatorischen und sozialdemokratischen Ideen, eine starke Staats- und Regierungsmacht zu schaffen. Welchen lähmenden Einfluß der Mangel einer solchen ausübt, beweist Frankreich, wo man trotz aller Demokratie nicht weit auf dem Wege sozialer Reformen fortgeschritten ist, dieses gerade nicht am wenigsten infolge der Schwäche der Regierungsgewalt.

Streiflichter zur Weltlage XII

September 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Wichtige Ereignisse in ununterbrochener Folge haben dem hinter uns liegenden September den Charakter eines bedeutsamen Wendepunkts in der Geschichte des Weltkrieges verliehen und uns seiner endgültigen Entscheidung unzweifelhaft

Digitized by Google

näher geführt. Wie stets richten sich die Blicke dabei zunächst auf den Verlauf des Kampfes an den Fronten im Westen, Osten und Süden. Wir haben alle Ursache mit dem Gefühl steigender Dankbarkeit zu den Männern aufzuschauen, die unsere militärischen Operationen leiten, und nicht minder zu den Offizieren und Soldaten, welche die Gedanken in Wirklichkeit umsetzen, die im Großen Hauptquartier gereift waren. In Flandern und im Kampfgebiet, in dessen Mittelpunkt Verdun liegt, haben Engländer und Franzosen mit nur geringen Erholungspausen, die ihre furchtbaren Verluste gebieterisch vorschrieben, immer aufs neue versucht, die Heldenwand zu durchbrechen, die wir ihnen entgegenstellen. Und immer aufs neue brach die Wut ihrer Angriffe zusammen; auch wo es ihnen gelang, über zerschossene Schützengräben in unsere Vorstellungen einzudringen, brachte ihnen der Erfolg des Augenblicks keinen dauernden Gewinn. Aber der Kampf hat einen Charakter angenommen, vor dem alles verblaßt, was die Geschichte — auch die dieses Krieges — von übermenschlichen Leistungen zu berichten weiß. Noch niemals sind so gewaltige Zerstörungswerkzeuge tätig gewesen, noch niemals haben alle Kräfte menschlichen Erfindungsgeistes sich so völlig in den Dienst des Kriegsgedankens gestellt, und haben Infanterie, Artillerie, die Geschwader der Flieger, die Divisionen der Torpedoboote und die jetzt ebenfalls nicht mehr vereinzelt kämpfenden U-Boote ihren Willen so ausschließlich auf den Gedanken des Sieges um jeden Preis gerichtet. Das Leben jedes einzelnen ist ein selbstverständlicher Einsatz geworden für die Zukunft des unsterblichen Vaterlandes und der Generationen, die nach uns an den Früchten des Sieges, im Bewußtsein der Opfer, die ihm gebracht wurden, zu sittlicher Größe emporwachsen sollen. Noch geht der Kampf weiter und wir unterschätzen unsere Feinde nicht. Auch sie wissen, daß es um Sein oder Nichtsein geht, aber das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen, können sie nicht haben wie wir. Trotz der großen Worte, mit denen ihre Führer und ihre Presse um sich wirft, beginnt der Zweifel an ihnen zu nagen und die Einheitlichkeit der Gesinnung zu zersetzen, die durch eine Fälschung der Wahrheit über den Ursprung des Krieges, ursprünglich uns entgegentrat. Die Enthüllungen des Ssuchomlinowprozesses, die Entschleierung des Geheimnisses, mit dem der russisch-französische Vertrag von Januar 1917 verdeckt wurde, und die nicht mehr abzuweisende Erkenntnis, daß nicht wir, sondern England, Frankreich und Rußland diesen Krieg von langer Hand vorbereitet haben, das alles hat in seiner Summe dahin geführt, daß erst einzelne Stimmen und jetzt bereits ein Chor von Stimmen, den man vergebens zu unterdrücken bemüht ist, darauf dringt, daß ein Ende des Völkermordens endlich gemacht werde. Von den pazifistischen Regungen in England und Frankreich hören wir weniger als tatsächlich im Gang ist. Es spricht die höchste Wahrscheinlichkeit dafür, daß das päpstliche Friedensmanifest in Zusammenhang mit einer englischen Anregung steht, wofür unter anderem auch die Tatsache spricht, daß der Inhalt der Note Benedikts XV. mehr mit den Interessen der Entente als mit denen der Mittelmächte rechnet. Das

Digitized by Google

aber ist leicht zu verstehen. Der Papst ist der allezeit getreuen deutschen und österreichischen Katholiken ohnehin sicher; das abtrünnige Frankreich und das ketzerische England — in dem übrigens in den Kreisen der Aristokratie schon seit Jahren der Übertritt zum Katholizismus zunimmt und zeitweilig fast Mode war — zu gewinnen, aber ist ein Ziel, das die Kurie zu keiner Zeit aus dem Auge verloren hat. Wenn der Papst jetzt die irischen Bischöfe nach Rom geladen hat, kann es sich nur um einen großen Dienst handeln, den er den Engländern zu leisten im Begriff steht. In Frankreich hat der Grand Orient[1] offenbar gespürt, daß sich Dinge vorbereiten, die seinem bisher vorherrschenden Einfluß gefährlich werden könnten, und er wettert daher neuerdings gegen Klerikale, Pazifisten und alles was sonst nicht in sein Horn stößt. Da die Mitglieder der französischen Regierung und die überwiegende Zahl der Parlamentarier in Kammer und Senat zu ihm gehört, hören wir aus diesen Kundgebungen die Stimme des offiziellen Frankreich. Inzwischen haben nun die Regierungen der Mittelmächte sämtlich Benedikt XV. ihre Antwort zugehen lassen und soweit es irgend möglich war, ohne ihrerseits der Entente überflüssige Zugeständnisse zu machen, es an weitgehender Zustimmung nicht fehlen lassen. Daß die deutsche Antwort auf die Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Reichstags hinwies, hat in unserer öffentlichen Meinung keineswegs volle Zustimmung gefunden. Die lange Reihe der Proteste, die sich gegen Wilsons Versuch richten, einen Gegensatz zwischen Kaiser und Volk zu konstruieren, zeigen deutlich, wohin der Wille unseres Volkes weist.

Immerhin glauben wir, daß die vom Vatikan ausgegangene Bewegung nicht verloren gehen wird, und daß der Gedanke an Boden gewinnt, eine Verständigung zu suchen, die zum Frieden führt. Die Voraussetzung dafür ist freilich eine Umkehr unserer Feinde, die sich jetzt noch in Friedensprogrammen bewegen, deren formulierte Bedingungen sich kurzweg als verrückt bezeichnen lassen. Es ist, als ob der Boden der Wirklichkeit ihnen verloren gegangen wäre und sie sich, wie man in England sagt, „into a fools paradise“ bewegen. Der Eindruck ist um so berechtigter, als die beiden Helfer, auf deren entscheidendes Eingreifen die beiden Westmächte rechneten, Amerika und Rußland, versagt haben. Wir haben soeben aus dem Munde von Asquith die Bestätigung dieser Ausführungen zu hören bekommen. Er, der alle Schliche der englischen Geheimpolitik kannte und billigte, der Schuld daran trägt, daß der Krieg wie ein überreifes Geschwür zum Ausbruch kommen mußte, hat die Stirn, zu behaupten, daß England für den Frieden der Welt kämpfe, und englische Friedensbedingungen zu formulieren, die klingen, als ob seine Tanks alles zermalmend den Weg zum Rhein und darüber hinaus nach Berlin und München gefunden hätten: die Räumung der von uns besetzten Gebiete in Frankreich und Rußland, Elsaß-Lothringens und Belgiens, Erfüllung der „gerechten und längst fälligen“ Ansprüche Italiens und Rumäniens, Restituierung Serbiens und Erweiterung seines Besitzstandes,

[1] d. h. die Freimaurerei.

Digitized by Google

und schließlich noch ein heuchlerisches Eintreten für polnische, griechische!! und südslawische Forderungen. Der Donner der Geschütze und der Todesruf der Divisionen, die bei Hollebeke und Langemark und an der ihnen verwehrten Straße, die nach Ypern führt, zusammengebrochen sind, hat ihm die Antwort auf die unerhörte Anmaßung dieser phantastischen „Friedensbedingungen" gegeben. Es muß schlimm um England stehen, wenn man seine Standhaftigkeit durch die Vorspiegelung solcher unerfüllbarer Illusionen aufreitschen muß. Eine Antwort unsererseits, welche die Räumung ganz Afrikas, den Abmarsch aller Engländer aus Indien, die Proklamierung der Unabhängigkeit Irlands und Maltas, der Rückgabe von Gibraltar an Spanien und von Cypern, Suez und Aden an die Türkei als deutsche Friedensbedingung feststellte, wäre eine entsprechende Gegenleistung. Aber wir haben solche Bedingungen, obgleich sie keineswegs aus historischen und moralischen Gründen zu verwerfen wären, nicht aufgestellt. Was wir erstreben, ist die zu allen Zeiten völkerrechtlich anerkannte Konsequenz eines siegreichen Krieges in denkbar maßvollster Fassung. Und davon werden die großen Worte von Asquith uns ebensowenig abbringen, wie die ohnmächtige Phraseologie Wilsons, das hysterische Revancherufen Frankreichs oder die unklare Weisheit der wechselnden Gewalthaber in Petersburg, Moskau oder Mohilew — denn wer kann sagen, wo der Sitz der tatsächlichen Regierung Rußlands heute liegt oder morgen liegen wird.

Die Erschütterungen, die der Lauf des September den Russen gebracht hat, finden ihresgleichen nur in den Ereignissen des März, als die 400jährige Herrschaft der moskowitischen, nach Petersburg verpflanzten Zaren zusammenbrach, um jener Republik das Regiment zu überlassen, die nicht weiß, wie sie leben und wie sie sterben soll. Die September-Agonie begann mit dem Fall von Riga, dessen Einnahme sich als eine Waffentat ersten Ranges darstellt, deren Folgen sich jetzt noch nicht absehen lassen. Haben sie zunächst Riga und das daranschließende neue Okkupationsgebiet von dem schier unerträglich gewordenen Joch der Russen befreit, so blickt man mit Sorgen auf die nördlich davon noch lebenden baltischen Deutschen, die so gut wie wehrlos einer unberechenbaren Willkür preisgegeben sind. Gott schenke ihnen Kraft und Klugheit, die schweren Tage, denen sie entgegengehen, zu überstehen. Dem 3. September folgte der 7. September, der den Bruch zwischen Kornilew und Kerenski einleitete. Es steht auch heute noch keineswegs mit Sicherheit fest, wer die Schuld an dem Konflikt der beiden Männer trägt, von denen jeder behauptete, daß ihn nur der eine Gedanke beherrschte, das unglückliche Rußland zu retten. Auf dem Moskauer Kongreß haben beide die Lage des Augenblicks mit hohem Pathos in den finstersten Farben geschildert. In England hatten diese Reden sofort ein allgemeines Angebot russischer Werte und einen panikartigen Rückgang des Rubelkurses zur Folge. Es war der Tag, an dem Lloyd George seine Rede in Birkenhead hielt, deren verstärktes Echo wir jetzt von Asquith gehört haben, der damit wohl seine Anwart-

Digitized by Google

schaft auf die Nachfolge des Diktators anmeldet, da die steigende Krisis in Rußland das Ausspielen höherer Trümpfe forderte. Um nämlich Kornilow den Boden unter den Füßen zu untergraben, trat Kerenski mit der Ankündigung hervor, daß eine große gegenrevolutionäre Verschwörung entdeckt sei. Er warf sich nunmehr den bisher von ihm bekämpften Extremisten des Sowjet, den Bolschewiki, in die Arme. Schon am 3. September waren die Großfürsten Paul und Michail Alexandrowitsch mit ihren Gemahlinnen, der eine in Zarskoje, der andere in Gatschina, verhaftet worden. Man hat sie später freigeben müssen, weil ihnen keinerlei Schuld nachgewiesen wurde. Aber das Ausſprengen des Gerüchts von der Verschwörung, für welche der Prokureur des Moskauer Kriminalgerichts das Material geliefert hatte, hatte die gewünschte Wirkung. In Petersburg, Moskau, Kiew und in Tobolsk, wo der unglückliche Zar noch immer weilt, fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Die Männer der Duma wurden kompromittiert, und bald hieß es, daß auch Kornilow gegen die Revolution agitiere. Die Welt ist in diesen Tagen über den Verlauf der Ereignisse nur durch den Telegraphen Kerenskis unterrichtet worden, und dieser Telegraph hat schamlos gelogen. Die Schlacht bei Luga scheint niemals geschlagen worden zu sein, und wir wissen nicht, wie weit der Anmarsch Kornilows gegen Petersburg gelangte. Feststehend ist nur das eine, daß es den Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats gelang, Kornilow zu isolieren. Er mußte, von seinen Truppen im Stich gelassen, sich schließlich gefangen geben. Jetzt ist er in Mohilew interniert und von seinen Anhängern hat nur der Hetman der Don-Kosaken sich bisher der Verhaftung entziehen können. Am 15. war der Sieg Kerenskis oder vielmehr der Sieg der Bolschewiki entschieden. Kerenski errichtete sein Direktorium, in dem er den Vorsitz übernahm und sich den Kriegsminister Werchowski, den Marineminister Werderewski, Tereschtschenko, den Minister des Auswärtigen, und Nikitin, den Minister der Posten und Telegraphen, an die Seite setzte. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts sind diesen wirklichen Regenten gegenüber nicht mehr als Figuranten; am 16. ward dann kundgetan, daß Rußland fortan Republik sei. Was das zu bedeuten hat, zeigt die zwei Tage vorher gefaßte Entschließung der Bolschewiki, die die Forderungen des landhungrigen Bauern genehmigte, die gesamte Industrie unter staatliche Kontrolle stellte, alle Geheimverträge für aufgehoben erklärte, die Befriedigung der Forderungen Finnlands und der Ukraine, Auflösung von Duma und Reichsrat und Gleichheit aller Russen von dem Gesetz verlangte. Diese Beschlüsse hat der Kerenskische Telegraph gleich danach als von einer späteren Versammlung des Sowjet für aufgehoben erklärt; aber auch diese Nachricht hat sich nicht bewahrheitet, vielmehr haben die Führer des Menschiwiki, Tscheidse und Zeretelli stark an Einfluß verloren und der erstere seine Stellung als Vorsitzender des Sowjet niederlegen müssen. Dagegen haben die von Tschernow, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, geführten sozialrevolutionären Bauern sich den Maximalisten genähert, die jetzt die ausschlaggebende

Digitized by Google

Partei sind und auch Kerenski in Abhängigkeit halten, so daß dessen Stern zu verbleichen beginnt. Es ist schwer, aus dem Chaos dieser Wandlungen einen Einblick in die kommenden Dinge zu gewinnen. Da zum Programm der Bolschewiki auch der sofort abzuschließende Frieden und die Abschaffung der Todesstrafe gehörte — beides Forderungen, die in der großen Masse der Bevölkerung sehr populär sind — ist es wohl möglich, daß sie sich noch längere Zeit behaupten. Kerenski arbeitet auf Bildung eines Koalitionsministeriums hin, in das auch die geistigen Spitzen der Duma Aufnahme finden sollten, stößt aber dabei auf den nachhaltigen Widerstand der Bolschewiki, die zunächst festgestellt haben wollen, wie weit die Duma im Einverständnis mit Kornilow gestanden habe. Dafür aber liegen stark belastende Symptome vor. Belastet ist auch die diplomatische Vertretung der Entente, namentlich der englische Botschafter, Buchanan, und die Haltung der englischen und französischen Presse hat, wie nicht anders möglich war, den Verdacht gesteigert. Sie alle hatten „auf das falsche Pferd gesetzt". Fragt man, welche positive Bestrebungen durch den Verlauf der Krisis gewonnen haben, so lautet die Antwort: die Fremdvölker Rußlands! Die Ukrainer, Finnländer, Kaukasier, die Mohammedaner, traten mit ihren Forderungen nachdrücklicher hervor als bisher, und es kann kaum noch bezweifelt werden, daß, wenn die demokratische Republik Rußland sich als politische Wirklichkeit behauptet, sie auf föderativer Grundlage aufgebaut werden wird. Die Krisis ist vor allem eine Krisis für die ausschließliche Vorherrschaft des Großrussentums, aber es ist jetzt noch zweifelhaft, ob nicht auch Ukrainer und Finnländer durch die Macht der Tatsachen zu einer vollen politischen Selbständigkeit geführt werden. Darüber jetzt schon das letzte Wort zu sagen, ist verfrüht, aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß sogar in konfessioneller Beziehung das Streben nach einer Absonderung ohne allen Zweifel vorhanden ist. Parallel mit diesen das innere Leben Rußlands bestimmenden Tatsachen hat die befreiende Tätigkeit Deutschlands in Kurland und in Litauen Gestalt gewonnen. Unter Heranziehung von Vertretern der Gesamtbevölkerung beider Gebiete sind Erklärungen erlassen worden, die sich mit voller Bestimmtheit von Rußland ab- und den Mittelmächten zuwenden. Der Schutz des mächtigen Deutschen Reiches ist von ihnen angerufen worden und dieser Ruf ist nicht wirkungslos verhallt. Sie sind unseres Schutzes gewiß und gehen einer Zukunft entgegen, die ihnen unter Wahrung ihrer Eigenart eine glückliche Zukunft verheißt. Daß der litauische Vertrauensrat in Wilna getagt hat, ist dabei als politisch bedeutsame Tatsache besonders hervorzuheben.

Mit sehr gemischten Gefühlen folgen wir der Entwickelung des politischen Lebens in Polen. Der vorläufige Staatsrat hat die Einberufung der Legionäre, die österreichische Untertanen sind, zur Teilnahme an dem Kampfe, der zur vollen Befreiung Galiziens führen wird, damit beantwortet, daß er demissionierte, was um so auffallender ist, als er genau wußte, daß Verhandlungen schwebten, die einen weiteren

Digitized by Google

Ausbau des Provisoriums in der Richtung zu weitergehender Selbständigkeit ins Auge faßte. Aber nicht darauf kam es den Herren an, ihre Kundgebung trug alle Merkmale des Haschens nach Popularität, was um so bedenklicher war, als ihnen gleichfalls nicht unbekannt geblieben ist, daß mittlerweile lebhaft in Polen für die Entente gearbeitet wird, deren platonisches Interesse an ihrer Zukunft die Polen aus den Lehren der Geschichte doch kennen sollten. Ohne sich dadurch beirren zu lassen, haben am 12. September beide Kaiser ein Manifest erlassen, das am 15. in Warschau und Lublin veröffentlicht ward, welches die Staatsgewalt in Polen in der Hauptsache schon jetzt in die Hand einer nationalen Regierung zu legen und die Rechte und Interessen des Volkes einem neuen erweiterten Staatsrat anzuvertrauen sich bereit erklärt. Den Okkupationsmächten werden, in wesentlicher Übereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes, nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszustand erfordert. Es knüpft sich daran der Ausdruck der Hoffnung, daß dieser neue Schritt zur Verwirklichung eines selbständigen polnischen Staates, Polen „im freien selbstgewollten Anschluß" an die Mittelmächte, einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegenführe. Angeschlossen ist der Text des Patents über die Staatsgewalt im Königreich Polen, in 6 Artikeln. Seither ist der Regentschaftsrat eingesetzt worden und sind die Vorbereitungen zur Bildung des Staatsrats im Gang. Das weitere wollen wir abwarten. Sollte auch diesmal Polen versagen, so ist ihm eben nicht zu helfen. Diejenigen Polen, auf welche die Verantwortung für die Tatsache fällt, daß die Polen keinen Finger für die Befreiung ihres Vaterlandes gerührt haben, trifft eine schwere historische Schuld, deren direkte und indirekte Folgen sich noch nicht absehen lassen.

Eine historische Schuld hat auch der Präsident Wilson auf sich geladen, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß U. St. America noch lange an den Folgen seiner Fehler und der inneren Unwahrhaftigkeit seines Tuns und Lassens zu tragen haben wird. England, dem zunächst die Vorteile der Politik des Präsidenten zufielen, wird ihm schließlich ebensowenig dankbar sein wie Rußland, das bereits jetzt in den Amerikanern eigennützige Ausbeuter russischer Bodenschätze sieht, oder wie Japan, das sich keinerlei Illusionen darüber hingibt, daß es in den Vereinigten Staaten einen künftigen Feind zu bekämpfen hat und schon jetzt bemüht ist, die Lage vorzubereiten, die ihm den künftigen Sieg sichern soll. Am wenigsten Dank hat Wilson aber von den Bürgern des eigenen Staates zu erwarten. Sie werden ihn gewiß nicht zum drittenmal auf den Präsidentenstuhl setzen und den Tag verfluchen, da an die Stelle des Scheins amerikanischer Freiheit, die Tyrannei des Wilsonschen Militarismus getreten ist. Das alles ruht noch im Schoße der Zukunft, aber die meisten unserer Zeitgenossen werden diesen Ausgang noch erleben. Die so viel Lärm hervorrufende Affäre Luxburg dankt ihr Dasein dem System Wilsonscher Diplomatie, die, mit allen Schlichen eines unbedenklichen Detektivgewissens vertraut, völkerrechtliche Schranken mißachtet und

Digitized by Google

die geheiligten Rechte der Neutralität zynisch mit Füßen tritt. Damit soll nicht gesagt sein, daß Graf Luxburgs Vorgehen zu billigen ist. Auch in chiffrierten Depeschen sollten Ausdrücke vermieden werden, die in malam partem gedeutet werden können, zumal wo es sich um das Erteilen von Ratschlägen handelt, die nicht notwendig sind. Wie mit argentinischen Fahrzeugen zu verfahren war, konnte füglich dem Ermessen unserer Admiralität überlassen werden.

Der Sturz des Kabinetts Ribot, und daß Painlevé heute Ministerpräsident ist, bedeutet keine Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs. Es wird auch weiterhin auf englischen Krücken weitergehen, so lange die Kräfte reichen. Als unser Gesamturteil können wir die Worte E. Dillons im Septemberheft der „Fortnightly Review" uns zu eigen machen: „In England bespricht man heute, nachdem man 5½ Million Mann ins Heer, ½ Million in die Flotte gesteckt hat, als Hauptgegenstand dauernd den Frieden, nicht aber die eben begonnene Offensive in Flandern. Und in Deutschland ist man überzeugt, daß einige Verbandsmächte die Nerven verloren haben. Nur ein jahrelanger Krieg ist imstande zu verhindern, daß sich Mitteleuropa mit seinen 170 bis 180 Millionen Menschen und durch die Möglichkeit, durch den U-Bootkrieg Amerika abzuschneiden, durchsetzt. Wenn der Verband dies (zu verhindern) nicht erreicht, so haben alle weiteren Opfer keinen Zweck."

Zeichne Kriegsanleihe! Das ist der sicherste Weg zum Frieden!

Warum hat England noch keine Brotkarte?

Mitgeteilt von Prof. D. Dr. R. Otto, M. d. A., Marburg

Über diese Frage schreibt mir einer meiner Freunde, ein besonders guter Kenner englischer Verhältnisse, in einem Briefe an mich. Ich finde seine Ausführungen sehr bemerkenswert, besonders da er Gesichtspunkte hervorkehrt, die mir sonst nicht entgegengetreten sind. Mit seiner freundlichen Erlaubnis gebe ich seine Ausführungen im folgenden kurz wieder.

... Sie fragen mich: „Warum England keine Brotkarte eingeführt hat?" Der Grund ist einfach. Schon seit langer Zeit hat man in England über eine ungenügende Verwaltung geklagt. Endlich hatte man zwar ein einheitliches System eingeführt, nämlich die sogenannten „County Council" oder Bezirksräte. In den Städten hat diese Neuerung sich auch glänzend bewährt, auf dem Lande bleibt aber trotzdem die wirkliche Verwaltung in den Händen der „Squires" (des kleinen Landadels) des „Justice of the Peace" (eine Art polizeilicher Landrat) und des Pastors. Aber selbst in den Städten bleiben die Einrichtungen des öffentlichen Lebens völlig unzureichend, um die nach deutschen Begriffen allernotwendigste öffentliche Fürsorge durchzuführen. Vor dem Kriege hatte man z. B. kein Verzeichnis der Einwohner von

Digitized by Google

London. Die Polizei in den großen Städten war nicht einmal imstande, die Namen der Einwohner in den bekanntesten Straßen festzustellen, wenn nicht das Adreßbuch, das ein Privatunternehmen ist, vorhanden gewesen wäre. Infolgedessen hat England einfach nicht die Mittel, um eine gerechte Lebensmittelverteilung unter der Bevölkerung in die Hand zu nehmen. Wenn es dazu endlich doch gezwungen werden sollte, so müßte man einen ganz neuen Verwaltungsapparat schaffen. Als die Gewerkschaften vor einiger Zeit eine solche Lebensmittelverteilung verlangten, wurde ihnen einfach gesagt, es sei ganz unmöglich, die nötigen fünfzigtausend Beamten anzustellen und auszubilden; man hätte nicht einmal die nötigen weiblichen Mitarbeiter. Die Polizei wurde auch gebeten, die Sache zu unternehmen, aber die Polizei war auch nicht imstande, einzugreifen, denn im Anfang des Krieges hat man die große Mehrzahl der Polizeibeamten in die Armee eingereiht und die übrigen reichen nicht einmal aus, um die Ruhe und Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die Friedensrichter („Justices of the Peace") und die Vorsitzenden des Bezirksrates (County Councils) sind auch durch Einziehung zum Heere als Offiziere so vermindert, daß sie auch außerstande waren, den nötigen Apparat zu stellen. Nach und nach muß England eben auch die so oft verhöhnte „Bureaukratie" sich anschaffen, und es hat schon den Anfang hierzu gemacht und zwar nach gutem deutschen Muster, aber vorläufig ist England tatsächlich nicht in der Lage, eine so verwickelte Sache wie die Brotkarte mit Erfolg durchzuführen.

Die Not ist schon längst da. Überall werden die Klagen laut, daß die Reichen alles kaufen können und die Armen verhungern müssen. Lady Warwick z. B. hat neulich einen bitteren Mahnruf erlassen, aber die Regierung ist eben hilflos. Die fest zusammengefügten und sehr autokratischen Gewerkschaften und die reichen Klassen in England leiden wohl auch, aber eigentliche Not ist unter ihnen nicht vorhanden, und diese sind die herrschenden Klassen, die allein imstande sind, ihren Wünschen Ausdruck zu geben. Unbeschreiblich duldsam und stumpfsinnig ist die beständig unterernährte untere Klasse in England. Der sehr gescheite national-ökonomische Forscher Booth (nicht „General" Booth) hat ein unbeschreiblich düsteres Bild von dieser stummen Masse entworfen, und „General" Booth in seinem Buche „Das schwärzeste England" („Darkest England") hat die Farben womöglich noch schwärzer gemalt. Selbst nach der letzten Wahlreform wird kaum ein Sechstel der Bevölkerung im Parlament vertreten. Fünf Sechstel sind ausgeschlossen von der Wahl[1], und auf dem Lande ist von

[1] Der Briefschreiber will hiermit offenbar nur andeuten, daß der größte Teil der Bevölkerung auch nach Annahme des neuen Wahlgesetzes vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sein wird, weil er nicht imstande ist, seine persönlichen Wahlkosten, die nach wie vor vom Kandidaten getragen werden müssen, zu bezahlen, ebensowenig den von jedem Kandidaten bei seiner Aufstellung zu hinterlegenden Betrag von 3000 Mark, welcher zugunsten der Staatskasse verfällt, falls der Kandidat nicht mindestens 1/8 aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Nach dem neuen Wahlgesetz erhält zwar

Digitized by Google

einem freien, geheimen Wahlrecht beinah ebensowenig die Rede als bei den Negern in den Südstaaten von Nordamerika.

Fleisch soll in England noch vorhanden sein, aber wie Runciman (der frühere englische Minister) betont hat, aus dem einfachen Grunde, daß man die Wiesen umgeackert hat und das Vieh deswegen abgeschlachtet werden mußte. Aber die umgeackerten Wiesen sind zum Teil wegen Mangel an Arbeitern nicht bestellt worden und zum Teil wegen Mangel an Düngemitteln kaum imstande, auch nur das Saatkorn zurück zu liefern! Im Parlament ist schon mehrmals hervorgehoben worden, daß der Viehbestand so bedenklich gesunken ist, daß der kleine Mann überhaupt seine Felder nicht düngen könne. Sachverständige in England klagen darüber, daß diese Felder, anstatt sie mit Kartoffeln zu bepflanzen, mit Getreide besät sind, denn aus bekannten Gründen ist die Gefahr vorhanden, daß die frisch umgeackerten Wiesen keine nennenswerte Ernte einbringen.

Natürlich leiden in erster Linie die Kinder und die Alten, und über die erschreckenden Sterblichkeitsziffern unter den Kindern, namentlich in London, Leeds, Manchester, Liverpool usw. werden die Klagen in den englischen Zeitungen immer lauter. Die ärmere Klasse in England aß auch früher schon weniger Fett als dieselbe Klasse in Deutschland, aber dafür wurde zweimal soviel Zucker auf den Kopf gerechnet als in Deutschland. Heute ist Zucker nicht mehr für Geld zu haben, und die Armen und ganz besonders die Kinder der Armen leiden entsprechend. Vom Hungern bis zum Aushungern ist es zwar weit, aber hungern tut die große Mehrzahl von Englands Bevölkerung unzweifelhaft schon jetzt, und für die Brotkarte ist es schon längst zu spät.

Vernunft — Vorteil — Vaterlandsliebe gebieten Dir! Zeichne Kriegsanleihe!

Notizen

Eine vernünftige englische Stimme zur Frage des Anschlusses Polens an das Weltmeer. Die englische Wochenschrift „The New Statesman" schreibt in ihrer Nummer vom 28. 7 in einem längeren Aufsatze über die Liga der Nationen: „Das Problem der Wiederherstellung eines selbständigen Polens ist ein solches, in welchem nationale und wirtschaftliche Fragen eine gleiche Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens reichen weit hinaus über die Grenzen der geographischen Nationalität bis an die See bei Danzig und bis zu den industriellen Gegenden Schlesiens. Keine Lösung ist möglich, solange wie das Deutsche Reich und das neue selbständige Polen auf der Grundlage internationalen Wettbewerbes und Feindseligkeit organi-

so ziemlich jeder volljährige Bürger das Stimmrecht, aber nur der kleinere Teil der Bevölkerung wird in der Lage sein, seine Stimme für den Mann seiner Wahl abzugeben, da selbst die Arbeiterpartei wegen der großen Höhe der Wahlkosten nicht in der Lage sein wird, in allen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen. Vergleiche Tönnies, „Entwurf einer englischen Wahlreform" in Heft 22, 1917, der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

siert sind. Man nehme den Fall der Nordgrenze des neuen Polens. Wenn die politische Grenze genau dem nationalen Bestande folgen soll, so würde ein schmaler Gebietsstreifen längs des westlichen Ufers der Weichsel von Thorn bis westlich Danzig dem selbständigen Polen hinzugefügt werden. Aber einen schmalen Streifen Polens mitten durch Preußen hindurchlaufen zu lassen und dann einen dauerhaften Frieden zu erwarten, hieße sich Sinnestäuschungen entweder aus Unwissenheit oder aus Optimismus hingeben. Der Vorschlag, Westpreußen und den deutschen Hafen Danzig zu einem Teil Polens zu machen und so Ostpreußen von Deutschland zu trennen, ist eine noch unheilvollere Phantasie. Die Alternative ist die, West- und Ostpreußen bei Deutschland zu lassen. So wird Polen um so mehr von seinem nördlichen, wirtschaftlichen Ausgang zur See bei Danzig abgeschnitten. Hier haben wir einen Gegensatz, der durch unversöhnliche politische und wirtschaftliche Ideale geschaffen wird. Unter dem alten System gibt es hier keinen Ausweg. Aber es gibt eine gangbare und praktische Lösung: Wenn die Liga der Nationen und der Grundsatz des wirtschaftlichen Wegerechts zusammen mit den Mitteln, die wir angezeigt haben, den Grundsatz in Kraft zu setzen, eingerichtet werden. Denn das sind zwei Hauptbedingungen einer Versöhnung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Idealen und Bedürfnissen: Erstens eine Garantie politischer Rechte für solche Polen, welche innerhalb der preußischen Provinzen Deutschlands bleiben würden, und für solche Deutsche, die in dem selbständigen Polen eingeschlossen sein würden. Zweitens die Garantie eines wirtschaftlichen Wegerechtes für Polen auf der Weichsel und den deutschen Eisenbahnen nach Danzig und der See. Beide Bedingungen können erfüllt werden durch eine Liga der Nationen, aber nur, wenn dafür Sorge getragen wird, daß ein Mittel vorhanden ist, durch welches Polen vor einer autoritativen Körperschaft, wie die von uns vorgeschlagene Kommission und der Gerichtshof, jede Klage vorbringen kann, daß die Garantie des wirtschaftlichen Wegerechts nicht verletzt wird."

Diese durchaus sachlichen und vernünftigen Ausführungen des uns gegenwärtig wahrlich nicht freundlich gesinnten englischen Blattes sollten doch auch die Polen zum Nachdenken veranlassen.

Warum sich Wilson für die „Rückgabe" von Elsaß-Lothringen an Frankreich ins Zeug legt. Man schreibt uns: „Den Amerikanern ist das Eindringen in die deutsche Kaliindustrie mit dem Zweck der Beherrschung des Kalimarktes durch die deutschen Maßnahmen mißlungen. Heftig genug waren die Kämpfe, die zwischen Kalisyndikat und Außenseitern (Amerikanern und ihren Helfern) geführt wurden. Als Bewohner des Ortes, wo früher der Sitz des Syndikats war, habe ich sie mit lebhaftem Anteile verfolgt.

Nun sind bekanntlich die elsässischen Lager allein imstande, den Weltbedarf auf lange Zeit hinaus zu decken. Fällt Elsaß an Frankreich, so ist es den Amerikanern ein leichtes, den erschöpften Schuldnern gegenüber die elsässische Kaliindustrie in ihre Hand zu bringen und dadurch das deutsche Monopol auszuschalten, das deutsche Kalikapital und die deutschen Arbeiter zu ruinieren. Daher der Kampf für „Demokratie und Zivilisation". Probst, Rektor

Vor der Welthungersnot. Der Krieg — schreibt das Stockholmer Blatt „Politiken" im Leitaufsatz — bedroht die Welt mit einer Hungersnot. Die andauernd zurückgehende Bodenproduktion birgt große Gefahren in sich. Bei den Mittelmächten lebt man infolge der Absperrung aus der Hand in den Mund und hilft sich durch Rationierung von Jahr zu Jahr durch. Aber auch aus den Verbandsländern, besonders aus Amerika, kommen überraschende Mitteilungen, die dartun, daß die Vorräte mit rasender Schnelligkeit schwinden; die Herbsternte wird minimal, die Preise steigen ungeahnt schnell. Amerika durchlebt eine Weizenkrise, die die Preise um 500 v. H. in die Höhe trieb. Die Kornkammer der Welt, Argentinien, hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen müssen, um selbst das nötigste zu haben. Die Vereinigten Staaten hat-

Digitized by Google

ten nacheinander zwei schlechte Ernten. Trotzdem erfolgte 1915 und 1916 eine gewaltige Ausfuhr nach den kriegführenden Westmächten, die die Vorräte verschlang. Die Kriegführenden zahlten gute Preise, und letzteren folgt die Ware und geht außer Landes. Die Folge ist, daß nun in den Vereinigten Staaten selbst Brotknappheit herrscht. Die vorige Ernte war schlecht, die gegenwärtige versprach im April nur 63 v. H. einer Mittelernte. Nach dem Ausfuhrverbot Argentiniens bleibt dem hungernden Europa nur Australien als Lieferant übrig; aber dessen Anbaufläche ist gering, die Zufuhr von dort beschwerlich. Indien kann kaum etwas entbehren. Hierzu kommen U-Bootkrieg, Landverwüstungen und dergl. Die Getreidefrage der Welt nähert sich einer Katastrophe um so mehr, als die Bodenpflege drei Jahre vernachlässigt werden mußte. Die Felder sind schlecht gepflügt und besät. Mit der Vieh- und Fleischfrage ist es ähnlich schlecht bestellt. Mit raschen Schritten nähert sich die Welt einer Hungersnot von einer Größe, wie sie bisher nie gedroht hat.

Preis und Qualität nach amerikanischer Auffassung. Anfangs des Jahres war man in den Vereinigten Staaten der Ansicht, daß infolge der hohen Lebensmittelpreise der Anbau von Korn und andern Lebensmitteln so ausgedehnt würde, daß infolgedessen nach dem Kriege eine große Preisermäßigung zu erwarten sei. Die hohen Preise für Nahrungsmittel während der letzten zwei bis drei Jahre seien das beste Mittel gewesen, um die Landwirtschaft zu einer erhöhten Produktion anzufeuern. Die Verbraucher, Politiker und Staatsmänner, sollten sich vor Augen halten, daß eine Erhöhung des Preises unzweifelhaft zu einem größeren Angebot von Lebensmitteln führt. Das beste Beispiel für die Vorteile verbilligter Produktion und gut organisierter Verteilung der erzeugten Produkte sei das Geschäft der Standard Oil Co. Dieses Geschäft war mehrere Jahrzehnte nach dem Grundsatze geführt, daß bei einem Mangel an Petroleum der Preis sich erhöhte. Eine größere Erzeugung war die Folge; bald traf eine Überproduktion ein, und die Preise sanken. Die Hauptfrage bei einem solchen Massenmaterial ist die Art der Aufspeicherung und des Transportes sowie der Verteilung an die Verbraucher. Wenn die Regierung die Preise gesetzlich reguliert oder Maximalpreise festgesetzt hätte, würde in den Vereinigten Staaten niemals die gewaltige Produktion eingesetzt haben, die in Wirklichkeit erfolgte, welche jetzt mehr als 425 Millionen Mark ausmacht.

Ebenso ist es bei dem Lederhandel eine Tatsache, daß hohe Preise für Häute billige Schuhe hervorrufen. Der einzigste Weg, um überhaupt Häute zu bekommen, ist, einen bestimmten Preis zu bieten. Wenn diese Preisanerbietungen im Innern von Asien, Afrika oder Südamerika einen Anreiz zum Verkauf der Häute bieten, werden Lieferungen erfolgen. Dadurch wird vielleicht genügend Leder wieder beschafft werden.

Als Secretam in Amerika den Kupferpreis von 12 auf 15 Cents erhöhte, wurde zum erstenmal in 100 Jahren Indien statt eines Kupfer einführenden Landes, ein Ausfuhrland für Kupfer. Als H. H. Rogers 15 Jahre später die Kupfervorräte der Welt kontrollieren wollte, verletzte er alle wirtschaftlichen Gesetze Rockefellers, durch welche dieser sein großes Vermögen in Erdöl gemacht hatte. Rogers kaufte das Kupfer zum Preise von 17 Cents auf, anstatt Methoden zu finden, um es in den Industrien zu verteilen und die Nachfrage zu erhöhen. Aber die ökonomischen Gesetze arbeiteten und arbeiten unbeeinflußt hiervon. Infolge des hohen Kupferpreises von 17 Centimes ging die Nachfrage zeitweilig zurück. Dann wurde der Preis bei 12 Centimes längere Zeit gehalten, weil sich Vorräte unterdes aufgesammelt hatten, und durch diesen niedrigen Preis wurde die zweite große Entwicklung in der Elektrizitätsindustrie herbeigeführt.

Als Großbritannien Sprengstoffe und Pulver in großen Mengen von den Vereinigten Staaten wünschte, erhöhte es den Preis von 55 auf 100 Cents. Mindestens 200 Millionen Mark wurden auf die neuen Anlagen von Sprengstoffabriken in den Vereinigten Staaten verwandt;

Digitized by Google

die Folge war, daß die Alliierten bald sehr bedeutende Mengen in den Vereinigten Staaten zu weniger als 50 Cents per lb kaufen konnten.

Dieses selbe Resultat wurde noch Anfang des Jahres bei Volkswirten der amerikanischen Landwirtschaft erwartet, als die Preise für Mais, Weizen, Baumwolle und Kartoffeln in die Höhe gingen. Wenn die menschlichen Anstrengungen von einer günstigen Witterung unterstützt werden, wird erwartet, daß die Ernte der nächsten Jahre reichlich den größeren Bedarf decken wird.

Die Welt wird keineswegs reicher. Mengen und nicht Preise machen den Reichtum aus und fördern die Stärke der Nationen. Jetzt werden die Grundlagen gelegt für Mengenerzeugung und daraus erfolgenden Reichtum in der Zukunft. Aber wer auf Grund des gegenwärtigen Geldüberflusses Schulden macht oder auf Grund der Kriegsgewinne oder Kriegsfabrikation mit Krediten arbeitet, muß sich darüber klar sein, daß die Zukunft für die ganze Welt nicht auf Kriegspreisen beruht, sondern auf Reichtum, der durch die Massenerzeugung hervorgerufen wird.

Neuerscheinungen

Die Feinde

Die beiden neuen Bücher von Stephen Graham, „Russia and the world" (neue Ausgabe London, Cassell 1917), und Gregor Alexinsky, „Russia and Europe" (übersetzt von Bernard Miall (London Fisher Union 1917), bezeichnen in ihrer völligen Verschiedenheit den Gegensatz konservativer und liberaler Auffassung des englisch-russischen Verhältnisses. Unter viel naiver Literatur dieses Krieges gehört Grahams Buch zu den naivsten. Man versteht, warum die englische Regierung nach der Revolution (das Buch ist vor ihr geschrieben) dem Verfasser die Pässe zur Reise ins demokratisierte Rußland verweigerte. Gleich die Einleitung erzählt, wie die Bevölkerung eines Kosakendorfes im Altai im August 1914 fest überzeugt war, Rußland habe mit England Krieg bekommen. Und so geht es weiter. Die in der Neuauflage hinzugekommenen Nationalitätenschilderungen sind fast auf jeder Seite geradezu grotesk. Die der Russen berichtet zu allererst, wie die Soldaten sich geweigert hätten, die österreichischen und deutschen Leichen als unrein zu begraben. Über Finnland wird die Anmerkung gemacht (S. 129): „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die anscheinende Härte Rußlands gegen Finnland der Furcht vor schwedischer Intrige zuzuschreiben ist; die lokale Selbständigkeit Finnlands ist nicht ernstlich bedroht." Das Kapitel über die Judenfrage enthält nach dem Bericht über eine Unterhaltung mit dem englischen Lord Oberrichter Reading (Sir Herbert Samuel), dem Graham seine Illusionen über die Zukunft der Juden in Rußland zu nehmen versuchte, die Bemerkung (S. 162): „Die englischen Juden, die gegen das uns verbündete Rußland agitieren, sind augenscheinlich mehr Juden als Engländer." Besonders pikant ist der Abschnitt über die Amerikaner: „Die amerikanischen Ideale sind nicht unsere Ideale. Ich hoffe, Amerika wird nicht aufgefordert werden, sei es als Kriegführender oder Friedensstifter in den Kampf einzutreten. Sollte das aber doch der Fall sein, so wäre es gut, wenn die Engländer sich kein falsches Bild von den Amerikanern und den amerikanischen Idealen machten." Wozu der Verfasser sogleich beizutragen versucht, mit dem Schlußergebnis: „Amerikas unglückliche Gewohnheit ist: alles was es berührt zu amerikanisieren." Das Buch des bekannten minimalistischen Sozialisten und früheren Duma-Abgeordneten Alexinsky ist eine unvergleichlich ernstere Arbeit aus dem entgegengesetzten Gesichtspunkt. Während Graham überall das echte Rußland in der Abwendung vom Westen verkörpert sieht, schildert Alexinsky im wesentlichen vorurteilslos Rußlands große Verpflichtungen gegen den Westen in Volkswirtschaft, Kriegswesen, Politik, Literatur und allgemeiner Geistesbildung. Trotz einiger obligater Kriegshiebe auf die deutsche Durchdringung namentlich im Wirtschaftlichen stellt man sich nicht ohne Vergnügen vor, wie die breite und gerechte Auseinandersetzung der deutschen Kulturgrundlagen Rußlands auf englische Leser wirken dürfte. Gerade den berüchtigten Nihilismus Pisarews und Tschernyschewskys ist der Verfasser boshaft oder wahrheitsliebend genug auf den englischen Utilitarismus zurückzuführen. Für die Gegenwartspolitik ist ein gewisses Maß von Spannung gegenüber dem heutigen Frankreich bemerkenswert. Sie zeigt sich nicht nur in immer wiederholter Polemik mit dem neuesten französischen Kulturhistoriker Rußlands Haumant, sondern macht sich gelegentlich auch in längeren Vorwürfen gegen den westlichen Herzensverbündeten Luft: „Die Liebe und Bewunderung, die die russischen Demokraten für Frankreich als Heimat der Revolution empfinden, erklärt die Verblüffung, mit der sie manchmal,

Digitized by Google

in Wahrheit sogar häufig, die Gleichgültigkeit des französischen Mittelstandes gegen die innerpolitische Lage Rußlands b obachten. Sicherlich können wir nicht sagen, daß die französische Bourgeoisie Sympathien für die russische Reaktion gezeigt hat, aber sie ist vielleicht zu duldsam dagegen ... Freilich erklärt sich die Zurückhaltung der französischen Gesellschaft in russischen Angelegenheiten aus der Tatsache, daß Frankreich immer Gläubiger ist, ein Gläubiger denkt im allgemeinen nur an seine Zinsen und die Rückzahlung seines Kapitals; die Art und Weise, wie sein Schuldner zahlt, interessiert ihn nicht besonders ... Durch die Zeichnung der Anleihe von 1906 verhinderte das republikanische Frankreich den Sturz der zarischen Autokratie: Ist es zur Entrüstung darüber berechtigt, daß die russischen Demokraten, gegen die es Partei ergriff, ihm ihre tiefe Verblüffung und bittere Enttäuschung nicht verhehlten, selbst wenn sie sich mit der Hefnigkeit und geringen Höflichkeit aussprachen, wie in Maxim Gorkis Brief „an das schöne Frankreich", dessen Hand einem ganzen Volk den Weg zur Freiheit verschlossen habe?" Wie es um unsere Kenntnis Rußlands vor dem Kriege bestellt war, deutet der Balte Th.-H. Pantenius in seiner „Geschichte Rußlands" an, die wohl nur infolge des Krieges erst jetzt, neun Jahre nach dem Erscheinen der ersten, in zweiter Auflage erscheinen kann (R. Voigtländer, Leipzig.) In dem Vorwort hat er gesagt: „In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurden die Verhältnisse in den baltischen Provinzen in zahlreichen Schriften in deutscher Sprache behandelt, aber die Lage der Dinge im eigentlichen Rußland wurde in ihnen nur soweit berührt, als sie eben mit der baltischen Frage in Verbindung stand. Man mußte im allgemeinen in Deutschland den großen Wandlungen, die sich in Rußland teils schon vollzogen, teils anbahnten, ziemlich verständnislos und deshalb mehr oder weniger teilnahmslos gegenüberstehen, weil man mit der Geschichte Rußlands, die doch erst den Schlüssel zur Einsicht in seine Gegenwart bot, nicht vertraut war. Wohl hatte Theodor Schiemann sie bis zu Iwan dem Schrecklichen behandelt, hatte Brückner umfangreiche Monographien über Peter den Großen und Katharina II. veröffentlicht, aber es ist, so viel ich weiß, kein Versuch gemacht worden, die Geschichte Rußlands den gebildeten Deutschen in einem handlichen, nicht zu umfangreichen Werk vorzuführen." Pantenius hat demgegenüber seine Aufgabe darin gesehen, das Interesse an der Geschichte Rußlands in erhöhtem Maße wach zu rufen. „Wir blicken immer nur nach Westen, nach England und Frankreich, und meinen, daß Rußland uns wenig Interessantes bieten kann. Sehr mit Unrecht. Die russische Sprache eröffnet uns den Zugang zu einer eigenartigen, reizvollen Literatur, und die sozialen Zustände Rußlands können, da sie noch Verhältnisse jeder Art, von den allerursprünglichsten bis zu hochentwickelten, aufweisen, zu einer Fundgrube der Erkenntnis für unsere Geschichtschreiber und Volkswirte werden. Die Geographie des Riesenreiches bietet noch eine Fülle ungelöster Probleme, und die Geschichte Rußlands ist reich an interessanten vollkommen Entwicklungen und Charakteren." Jetzt ist uns die Zeit und die Not ein besserer Lehrmeister gewesen, als es die eindringlichen Worte von Pantenius und das Gewicht seiner Darstellung zu tun vermochten. Für dieses Gewicht ist die Frage bezeichnend, die Pantenius (im Jahre 1908) gegen den Schluß seiner Darstellung dahin aufgeworfen hat: „ob Deutschland ein inneres Erstarken Rußlands wünschen kann". Darüber, so meint Pantenius, dürfen wir uns nicht täuschen: „in weiten Kreisen der russischen Gebildeten lebt ein bitterer Haß gegen die Deutschen. Er ist historisch aus der Rolle entstanden, die deutsche Abenteurer im 18. Jahrhundert in Petersburg spielten, und aus der leidigen Tatsache, daß die Dutzmeister der Kaiser Alexander I. und Nikolaus I. Deutsche waren. Er hat dann bis heute Nahrung aus dem Umstande gezogen, daß der Deutsche oft ausdauernder, pflichttreuer und sparsamer ist als der Russe und ihn deshalb im Kampf ums Dasein nicht selten überwindet. Der deutsche Offizier, der deutsche Kaufmann, der deutsche Landwirt bringen es in Rußland mitunter weiter als ihre russischen Genossen, und es geschieht dann wohl, daß sie mit einem unberechtigten Hochmut auf diese herabblicken. Schlimmer noch ist, daß dem Russen die deutschen Tugenden unsympathisch sind. Die deutsche Treue, auch im kleinen, erscheint ihm leicht als Pedanterie, deutscher Fleiß als Streberium, deutsche Pflichttreue, die das Gesetz zur Geltung bringt, auch wenn dadurch Leid verursacht wird, als Härte. Er achtet den Deutschen, aber es wird ihm schwer, ihn zu lieben." Es zeugt von der Reife seiner politischen Meinung, wenn der Verfasser fortfährt: „Trotzdem muß es uns willkommen sein, wenn Rußland auch eintritt in die Reihe der Kulturvölker, denn es ist nicht anders: je höher die Kultur in einem Lande steht, um so mehr Werte hat es zu verlieren, um so friedlicher wird es." Ein neuer Band der Sammlung Ostsee und Ostland „Die baltischen Provinzen" enthält „Bilder aus baltischer Vergangenheit" (F. Lehmann, Berlin, M. 3.—.) Herausgeber ist Arend Buchholz. Die von ihm gewählten Bilder zeigen, daß „die geistige Heimat des Baltenlandes alle Zeit in Deutschland lag". „Russisches hat nicht auf die Balten abgefärbt, und Esten wie Letten sind ohne jeden Einfluß auf sie gewesen, sie waren, sind und bleiben kerndeutsch." Man ermißt aus diesen Bildern, wieviel geistiger Gewinn aus den baltischen Kreisen in ihre Umgebung übergegangen ist, wieviel Förderung deutsches Wesen und deutsche Kultur aus baltischen Kreisen gewonnen haben. Maxim Gorki schildert seine

Digitized by Google

„Kindheit" in einem bei Ullstein, Berlin, erschienenen Buch (M. 3.—). Das Buch ist mehr als der Ausdruck persönlicher Erinnerung. Es ist nicht nur seine Person, von der der Dichter erzählt, sondern jener enge, dumpfe, von qualvollen Eindrücken mannigfachster Art erfüllte Bannkreis, in dem bis auf den heutigen Tag das einfache russische Volk vegetiert. Die erste Sammlung der authentischen Berichte und Kundgebungen über „Die russische Revolution" wird als Sonderausgabe des „Europäischen Kriegs" von Felix Meiner in Leipzig herausgebracht. (M. 1.—.)

Prof. Hatschek umschreibt „Die Staatsauffassung der Engländer" in einem Vortrag der Gehestiftung (B. G. Teubner, Leipzig): „Das äußere und das innere Staatsideal stehen unvermittelt nebeneinander: dort die Unfreiheit der übrigen Nationen im Verhältnis zu England, hier die durch den Individualismus getragene politische Freiheit des Engländers. Ein Konflikt zwischen diesen beiden Idealen wäre in der Brust eines jeden Engländers, wenn er nicht bloß seine eigene, sondern auch die Freiheit anderer für wichtig hielte, unvermeidlich. Aber die in England herrschende Parteisitte und die parlamentarische Etikette haben ihn der Möglichkeit eines solchen Konflikts überhoben. Denn seit Mitte des 19. Jahrhunderts gilt als einer ihrer Grundsätze, daß die auswärtige Politik nicht Gegenstand des Parteigegensatzes werden darf. Die Tatsache, daß die Engländer in auswärtigen Angelegenheiten ihr inneres Staatsideal verleugnen, ist namentlich für sie eine bedauerliche Tatsache. Das hat die Vorgeschichte des Weltkrieges gezeigt. Das Land, das vor allen andern die politische Freiheit des Staatsbürgers verwirklicht hat, zeigt eine solche mittelalterliche Rückständigkeit politischer Auffassung, sobald es die andern Staaten neben sich betrachtet. Und noch mehr! Auf dem Gebiete, auf welchem das innere englische Staatsideal vorbildlich sein könnte, wir meinen die Parlamentszentrale der auswärtigen Angelegenheiten, versagt jenes Staatsideal." Adolf Hasenclever verdanken wir die erste politische „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert" (1798—1914). (Halle, Verlag M. Niemeyer.) Von der Bedeutung dieser Leistung kann man sich von dem Ausgangspunkt her eine Vorstellung machen, den der Verfasser für seine Geschichte einnimmt. Er fragt nämlich zu Beginn nach der Tatsache, die Ägypten im 19. Jahrhundert eine so bedeutende Rolle hat spielen lassen, während es in den früheren Jahrhunderten für die gesamte Entwicklung der europäischen und orientalischen Welt kaum in Betracht kommt. Hasenclever beantwortet die Frage dahin, diese Tatsache sei die Verschiebung der wichtigsten politischen Interessenkreise, wie sie sich im Zeitalter der Französischen Revolution und des ersten Kaiserreichs vollzogen habe. „Seitdem ist die ägyptische Frage nur ein Teil der orientalischen Frage. Der Besitz Ägyptens entscheidet über den vorwaltenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß in einer bedeutsamen Scheide zweier Welten. Insbesondere entscheidet der Besitz Ägyptens über den Rivalitätskampf zwischen England und Frankreich, der während der ganzen Dauer des 19. Jahrhunderts vorgewaltet hat (bis er im Jahre 1904 in dem Marokko-Vertrag mit einem völligen, unbestrittenen Sieg Englands geendigt hat). Inzwischen hat England den letzten Schritt getan, um das Pharaonenland, wenn auch noch nicht unmittelbar dem britischen Weltreich als neue Kolonie einzuverleiben, so doch aus dem Gesamtstaatsverband des osmanischen Reiches, dem es seit 1517 angehörte, loszulösen. Die Waffen mußten und müssen heute noch entscheiden, ob diese völkerrechtswidrige Tat durch die europäischen Mächte schließlich als zu Recht bestehend anerkannt oder ob sie rückgängig gemacht werden wird. Wie Ägyptens Schicksal seit Napoleon Bonapartes berühmter Expedition vom Jahre 1798 mit der Politik der europäischen Mächte unlösbar verknüpft ist, wie das Pharaonenland seitdem aufgehört hat, in der Welt des Orients sein Sonderdasein zu führen, so wird über seine politische Zukunft nicht in dem heißen Sand der syrischen Wüste oder an den Ufern des uralten Stromes entschieden, sondern, wie einst in den Tagen der großen Revolution, auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Nordfrankreichs: nicht von dem Teilerfolge auf einem Nebenkriegsschauplatz, sondern von dem Enderfolge des gewaltigsten Kampfes, in dem die Welt jemals gestanden hat, hängt das schließliche Schicksal auch des Pharaonenlandes ab."

Eugen Kühnemann hat über „Deutschland und Amerika" Briefe an einen deutsch-amerikanischen Freund veröffentlicht, die bei C. H. Beck in München herauskommen. Kühnemann sieht den Kampf hauptsächlich unter geistigen und sittlichen Gesichtspunkten und stellt aus seiner Erfahrung in Amerika fest: „Amerika bedeutet keinen Fortschritt und keine Lehre für die sittliche Welt. Es lebt uns keinen neuen Gedanken einer höheren Menschlichkeit vor. Im Gegenteil! Die Sünde, die an der europäischen Kultur haftet, erscheint nirgends so schreckhaft nackt und ungehemmt wie hier: die gewissenlose blinde Selbstsucht der Geldgier als der alles beherrschende Gedanke. Sie trägt nirgends offener und verletzender als hier das Kleid in der Häßlichkeit ihrer Heuchelei, die den Dienst der Menschlichkeit im Munde führt, wo kalter Vorteilssinn denkt und handelt. Der Glaube, daß hier eine reinere Menschlichkeit in Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit erscheine, war ein Wahn. Deutsch-Amerika mußte an jener weltgeschichtlichen Aufgabe der Stunde scheitern, weil das englische Amerika in der Betätigung des angeblich amerikanischen Gedankens versagte. Das amerikanische Volk ist fast das einzige,

Digitized by Google

dem der Krieg nicht zur geistigen Erneuerung wurde, Amerika ist in diesem Augenblick unter den Kriegsvölkern das seelisch ärmste Land." Prof. Dr. Hans v. Frisch untersucht die Beziehungen zwischen „Monroedoktrin und Weltpolitik" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Alfred Hölder, Wien), „um die zweifelhafte und widerspruchsvolle Politik der Vereinigten Staaten seit Kriegsbeginn im Zusammenhang mit der Vergangenheit zu verstehen." In der Tat weist der Verf. nach, daß die Union mit stets wachsendem Erfolge schon lange eine gewalttätige Expansionspolitik betrieben hat, die sie mit einer Schnelligkeit sondergleichen zu einer Weltmacht ersten Ranges emporgehoben hat. Ein typisches Beispiel für diese Politik ist ihm das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba, auch der Aufstand in Panama wird als ein Beispiel der gewalttätigen Politik Amerikas nachgewiesen. Die Monroedoktrin ist „für den Politiker eine bequeme Formel, mit der er viel und vielerlei beginnen und erreichen kann. Sie ist, wenigstens in ihrer neueren Form, nur dazu bestimmt, den ureigenen Interessen dieses einen Staates zu dienen, und dank ihrer Dehnbarkeit kann sie diesen Zweck durch prompte Assimilierung an momentane Verhältnisse vorzüglich erfüllen. Diese Anpassungsfähigkeit geht so weit, daß selbst der ungeschminkte Imperialismus durch die Doktrin gedeckt wird, obwohl er logisch wie juristisch in diametralem Gegensatz zu ihr steht. Allerdings kann die Motivierung, deren sich die Amerikaner dabei bedienen, vor keinem Forum bestehen, denn sie ist nicht nur unlogisch und inkonsequent, sondern geradezu unwahr. Diesen heuchlerischen Zug, der für die ganze imperialistische Politik der Vereinigten Staaten charakteristisch ist, finden wir in ihrem heutigen Verhalten wieder; nach ihren Reden zu urteilen, liegt ihnen nichts mehr am Herzen, als den Frieden in Europa herbeizuführen, ihre Taten aber sind die seit Jahren ununterbrochen fortgesetzten Lieferungen von Kriegsmaterial an unsere Feinde, an deren Sieg sie aus finanziellen Gründen allein Interesse haben."

Für „die römische Frage" gibt Dr. Klemens Löffler (Verl. Breer & Tiemann, Hamm) eine Orientierung über ihre Geschichte und ihre neuesten Erörterungen. Als beste relative Garantie wird ein legales Verhältnis zwischen dem Papsttum und dem italienischen Königtum angesehen. „Beide würden sichergestellt, wenn der Kirche treu ergebene Katholiken im öffentlichen politischen Leben eine Macht bildeten, die die Monarchie stützt und den dem Heiligen Stuhl feindlichen Aktionen entgegentritt. Zum Schluß beschäftigt sich der Verfasser mit der Frage, ob der Papst auf der Friedenskonferenz vertreten sein solle. Vom unserm deutschen Standpunkt ist aber nach Ansicht des Verfassers zu bemerken, daß uns der Gedanke eines Friedenskongresses nur höchst unsympathisch sein kann. Denn wir würden, wie auf der unglückseligen Algeciras-Konferenz, denselben fest zusammengeschlossenen Mächten gegenüberstehen, die uns seit Jahren niederzuhalten suchen, mit denen wir nun schon zwei Jahre den schwersten Krieg führen und die uns natürlich auch auf dem Kongreß, noch verstärkt durch das unneutrale Amerika, zu majorisieren suchen würden. Daß die Idee des gemeinsamen Friedensschlusses von unserem schlimmsten Gegner ausgegangen ist, genügt, um sie uns widerwärtig zu machen. Also möge uns der Himmel in Gnaden davor bewahren. Sollte sich aber ein solcher Kongreß nicht vermeiden lassen, so haben wir gewiß keinen Grund, der Beteiligung des Papstes entgegenzutreten. Denn er wäre die einzige Macht, die sich, frei von politischen und nationalen Ansprüchen rein im Interesse des Christentums und der Humanität betätigen könnte."

Ein Musterbeispiel für die Aufklärung über das Ausland, wie wir sie nach dem Krieg brauchen, ist für die Wirtschaftspolitik ein wirtschafts-politisches Handbuch über Rumänien, das Dr. Onciul bei F. A. Perthes, Gotha, veröffentlicht. In sechs Abschnitten werden Land und Leute, die wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und sozialen Verhältnisse unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und der zur Verfügung stehenden statistischen Daten geschildert. Dieser Art sorgfältig gearbeiteten und übersichtlich gedruckten wirtschaftlichen Baedekers gibt man gern gute Wünsche mit auf den Weg.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 50 Pfg. • Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 12. Oktober 1917 • Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Entwurf einer Kanzlerrede

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Aufgabe eines jeden einzelnen Staatsmannes innerhalb der menschlichen Kulturgemeinschaft heißt heute in einem Wort: dem Frieden eine Gasse! Der Leiter der Politik unseres Verbündeten Österreich-Ungarn, Herr Graf Czernin, hat in einer auch von uns warm begrüßten Rede das Bild einer neuen Weltordnung des Friedens entworfen, die aus diesem Weltkriege wird hervorgehen können, wenn unsere Gegner sich entschließen, den Weltfriedensgedanken, den auch sie auf ihre Weise im Munde führen, nicht nur mit doppeldeutigen Worten, sondern im Geist und in der Wahrheit zu verehren. Graf Czernin hat darauf hingewiesen, welche Tatsachen unseren Verbündeten und nicht minder uns gestatten, diese Sprache zu führen. Er hat aber auch seine Zweifel betont, ob in der Tat auf seiten der Entente bereits ein aufrichtiger Friedenswille, das heißt ein solcher, bei dem die Gegner darauf verzichten, uns zu beugen und uns an unseren Grenzen zu verkürzen, besteht. Ich kann mich diesem Zweifel nur mit tiefem Bedauern anschließen, vor allem, was die verantwortlichen Staatsleiter auf der Gegenseite angeht, an deren Erklärungen wir uns zu halten haben. Diese Erklärungen sind, wie Graf Czernin richtig hervorgehoben hat, im Vergleich zu den früher aufgestellten Kriegszielen der Entente bescheidener geworden, aber sie nehmen sich immer noch heraus, über Teile von unserem und unserer Verbündeten Staatsgebiet in einer jeden Friedensgedanken ausschließender Weise zu verfügen und sogenannte moralische Kriegsziele aufzustellen, bei denen mit unerträglicher und frivoler Anmaßung wider das bessere Wissen der Beteiligten Deutschland in die Rolle des schuldigen Friedensstörers gedrängt werden soll. Die Entente glaubt diese täuschende Verkleidung ihres gegen Deutschland geschlossenen Angriffsbündnisses nicht entbehren zu können; sie mag sich gesagt sein lassen, daß, solange sie sie nicht fallen läßt, der Friede noch im weiten Felde ist. Das deutsche Volk ist von wahrhafter Friedenssehnsucht erfüllt, aber es wird den Frieden nicht nehmen, wenn die Hände, in die es einschlagen soll, unwahrhaftig und Lügen auf den Lippen derer sind, mit denen der Friedensschwur getauscht werden soll.

Digitized by Google

Auch wir können uns den Gedanken des Grafen Czernin zu eigen machen, daß eine wahrhafte, allgemeine und weitgehende Abrüstung geeignet wäre, anderweitige Sicherheiten gegen die Wiederholung von Einkreisungsangriffen auf uns, die zu erstreben uns sonst nahe liegen müßte, entbehrlich zu machen. Man sollte erwarten, daß unsere Gegner hierauf bereitwillig eingingen, denn wenn sie vorgeben, für die Sicherheit der Welt gegen den vermeintlichen deutschen Militarismus zu kämpfen — welche Sorge könnte ihnen in dieser Richtung dann noch bleiben, wenn auch Deutschland das Abrüstungs- und mit ihm das Schiedsgerichtsprinzip, mit einem Worte die zukünftige Weltfriedensordnung so ein Graf Czernin sie gezeichnet hat, ohne Vorbehalte annimmt? Wen soll dann Deutschland noch bedrohen oder vergewaltigen? Hier wird sich, ich fürchte, der wahre Charakter der Entente gegenüber Deutschland ebenso offenbaren, wie er es bisher bei allen Gelegenheiten getan hat, und hier wird auch Graf Czernin zu seinem und zu unserem Schmerze recht behalten, wenn er einen Zeitpunkt voraussieht, wo unsere Gegner nach ihrem Willen und ihrer Wahl statt durch unsere redliche Friedensbereitschaft, wie wir und unsere Verbündeten sie wiederholt und zuletzt noch auf den dankbar begrüßten Appell des Papstes hin kundgetan haben, nach weiteren furchtbaren Opfern auf beiden Seiten durch den fortschreitenden Zwang der Notwendigkeit an den Verhandlungstisch werden gebracht werden müssen. So ungern wir es dazu kommen lassen — so wünschen wir nicht verstanden zu werden, als ob wir unsererseits der Entente einen Generalverzicht anbieten, den sie sich auf jeden Fall gut schreibt, um auf unseren guten Willen zurückzugreifen, wenn es eines Tages mit den großen Drohungen und salbungsvollen Invektiven nicht mehr geht.

Österreich-Ungarn wünscht keine Vergrößerung, wenn die internationale Abrüstung von unseren Feinden angenommen wird. Dasselbe gilt ebenso von uns. Wir hegen den dringlichen und aufrichtigen Wunsch, es auch in bezug auf Belgien trotz aller dazwischengekommenen Ereignisse ohne Einschränkungen bei dem Inhalt der Depesche des Staatssekretärs v. Jagow an den Botschafter Fürsten Lichnowsky in London vom 4. August 1914 bewenden lassen zu können. Darin wird der damaligen englischen Regierung von uns erklärt, daß Deutschland auch im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien auf keinen Fall belgisches Gebiet zu annektieren gedenke, und daß wir nur deshalb die Neutralität Belgiens verletzt haben, weil es für uns eine Frage auf Leben und Tod war, dem Angriff Frankreichs durch Belgien hindurch auf uns, den wir nach sicheren Informationen gewärtigen mußten, zuvorzukommen. Die einzige Macht der Welt, die imstande wäre, uns entgegen unserer Absicht und entgegen unserem Empfinden für die Rechte Belgiens andere, unerwünschte Gesichtspunkte für die Behandlung der belgischen Frage aufzudrängen, wäre England, wenn es uns durch sein Verhalten davon überzeugt, daß es uns dauernd zu erniedrigen und unsere Lebensinteressen zu unterdrücken bestrebt ist, und daß ihm Belgien als Werkzeug hierzu dienen soll.

Digitized by Google

Die englische Regierung bemüht sich vergeblich, die Welt vergessen zu machen, daß England noch vor nicht langer Zeit über die Neutralität Belgiens im Kriegsfall verhältnismäßig kühl gedacht hat. Sie hat den Belgiern nach belgischem Zeugnis seinerzeit den Rat gegeben, wenn ihre Neutralität von uns angegriffen würde, für sich selber zu sorgen. Die englische Regierung hat sich im voraus jedes Rechtes begeben, aus einem Verfahren wie dem, das wir zu unserem größten Bedauern gegen Belgien anwenden mußten, moralisches Kapital zu schlagen, als sie das Bombardement von Kopenhagen und die Fortführung der dänischen Flotte im Jahre 1807 rechtfertigte. England überfiel Dänemark im Frieden ohne Ankündigung, handelte also viel rücksichtsloser als wir, da wir gegen Belgien vorgingen. Es sagte, die dänische Flotte dürfe kein Werkzeug Napoleons gegen England werden. Vom 2. bis 5. September 1807 wurde Kopenhagen bombardiert, ganze Stadtteile verbrannt, Hunderte von Menschen, Zivilbevölkerung der Stadt, getötet. Dann lieferte die dänische Regierung die Flotte aus. Was die Engländer nicht mitnehmen konnten, verbrannten sie. Am 25. September erließ der König von England eine Proklamation: „Seine Majestät hegt das Vertrauen, daß in den Augen Europas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens gefunden werden wird in der gebieterischen und nicht abzulehnenden, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht, für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange es noch Zeit dazu war."

In der Parlamentsdebatte über den Vorfall sagte der englische Minister des Auswärtigen George Canning: „Soll behauptet werden, daß in einem Augenblick unmittelbarer Gefahr und dringender Notwendigkeit wir auf ein Verfahren hätten verzichten sollen, das — behufs der Gegenwehr gegen und der Abwendung von schlimmen Ereignissen, die unsere Sicherheit und Existenz bedrohten — Klugheit und Politik geboten, weil wir, wenn wir unter dem Andrang gesunken wären, den Trost haben würden, die Autorität Pufendorfs für uns anführen zu können?" Unter den Vertretern der Regierungsmehrheit sagte der Abgeordnete Lushington: „Das erste Gesetz des Naturrechts, der Grundlage des Völkerrechts, ist die Erhaltung des Menschen. Auf der Kenntnis seiner Natur muß die Lehre von seiner Pflicht beruhen. Wenn sein Gefühl ihm eine mächtige Gefahr zeigt, und seine Vernunft ihm das Mittel an die Hand gibt, diese Gefahr abzuwehren, dann muß er den sophistischen Schwätzer verachten, der ihm sagt, es sei eine moralische Pflicht, die er anderen schulde, zu warten, bis die Gefahr über sein törichtes Haupt hereinbreche, damit er dem für seine Vernichtung ausersehenen Werkzeug keinen Schaden zufüge. Wegen dieses allgemeinen Grundsatzes des Naturrechts und des Völkerrechts behaupte ich die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit der Expedition gegen Kopenhagen!"

Diese Zeugnisse werden genügen. Und ist es etwa noch nötig, England weiter daran zu erinnern, daß es auch nicht daran gedacht hat, Dänemark nachher eine Ent-

Digitized by Google

schädigung anzubieten, während die Welt jetzt mit Geschrei wegen Indemnität für Belgien von England und von seinen Verbündeten aus erfüllt wird. England mißt hier sich selbst und andere in nichts weniger als ehrlicher Weise mit ungleichem Maße. Es spottet das eine Mal, wenn es ihm so recht ist, über das Völkerrecht, indem es den Begründer dieses Rechts in neuerer Zeit, Pufendorf, ironisch im Hinblick auf seine eigenen Interessen abtut, und es wirft sich zum Wortführer des Völkerrechts auf, sobald politische Taktik es ihm vorteilhaft erscheinen läßt, obwohl es selbst früher den Grundsatz verkündet und nach ihm gehandelt hat: alle Verpflichtungen einer Regierung stehen zurück hinter der einen, für die unmittelbare Sicherheit des Volkes zu sorgen!

So steht es mit der englischen Behauptung, England vertrete in der Sache Belgiens das Gewissen der Welt und das Völkerrecht. Englands Verhalten ist frei von Rücksichten auf Menschheitsgewissen und andere moralische Größen dieser Art; es ist diktiert durch politische Taktik und politischen Nutzen. Darum hat es sich auch nicht gescheut, seinen Bundesgenossen zu helfen, die sicher nicht den Anspruch erheben können, in besonders naher Verbindung mit dem moralischen Gewissen der Welt zu stehen. Die englische Politik hat es sich seit der Regierung des verstorbenen Königs Eduard VII. angelegen sein lassen, in Frankreich das Gefühl des Gegensatzes gegen Deutschland zu schüren, und die in der Heilung begriffene französische Wunde wieder aufzureißen und offenzuhalten, um an Frankreich ein Werkzeug gegen Deutschland zu haben. Wir haben viele Zeugnisse dafür, daß dieses die Absicht Englands war, und einige besonders eindrucksvolle befinden sich unter den Berichten der belgischen Gesandten, in denen es einmal heißt, der Weltfriede sei noch nie so gefährdet gewesen, wie seit der König von England sich, seinen Worten nach, damit beschäftige, ihn zu befestigen. Trotzdem gab es bis zum Ausbruch des Krieges in Frankreich immer noch eine starke Friedenspartei, die unter anderen geführt wurde von Jean Jaurès. Jaurès ist am 31. Juli 1914 ermordet worden, damit der Krieg seinen Lauf nehmen könne. Zwei Tage vor der Ermordung hat er einen Brief an den Belgier van der Velde geschrieben. Diesen Brief hat der Abgeordnete Scheidemann seinerzeit im Reichstag verlesen; in ihm kommen folgende Stellen vor: „29. Juli. Die Lage würde eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie die serbische Sache nicht als eine russische (im Sinne der Verträge, die Frankreich an Rußland banden) ansehen würde. Es läge in der Macht der französischen Regierung, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht für die Knutenwirtschaft des weißen Zaren bluten lassen. Europa wird von Asien verschlungen. ... Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg schwören."

Digitized by Google

Wo ist hier von dem moralischen Gewissen der Welt bei der mit England verbündeten, zum Kriege treibenden Regierung Frankreichs die Rede? Wo hat England einen Versuch gemacht, die schädlichen Kräfte, von denen der große französische Patriot vor seiner Ermordung, die dem Kriege freie Bahn geben sollte, in nur zu wohl wissenden Worten redet? Wie anders, um wieviel näher dem Ideal eines allumfassenden Gewissens der Kulturmenschheit war die Stimmung, der in jenen Tagen des nahenden Verhängnisses ein Vertreter des vielgeschmähten deutschen Militarismus, der Generaloberarzt und Generalstabschef v. Moltke, in der Denkschrift Ausdruck gab, die er am 28. Juli 1914 niedergeschrieben hatte und in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli seinem Mitarbeiter, dem jetzigen Oberstleutnant v. Haeften, übergab! Darin heißt es, wie wir kürzlich gehört haben:

„Rußland trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa 12 Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden der deutschen Grenze und an der Ostsee. Falls jetzt Deutschland mobil macht, so wird Rußland sagen, „ich werde von Deutschland angegriffen", und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern. Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das nur geschaffen sein soll, um Angriffsplänen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen... Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzelten Gefühle der Bundestreue, einen der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen sollte, der über dessen Existenz entscheiden muß. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen. Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß unvermeidlich ist, den Kampf nach zwei Fronten aufnehmen müssen."

„Dieser Krieg", sagte der Generaloberst v. Moltke weiter, „wird sich zu einem Weltkriege auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand."

Das ist die Stimme eines Mannes, dem das gewaltige Instrument der deutschen Armee in die Hand gegeben war, dem es oblag, den obersten Kriegsherrn in der Frage des Gebrauchs dieses Werkzeuges zu beraten, und der in Wahrheit wußte, was Weltgewissen und europäische Verantwortlichkeit war, als er angesichts der russischen Mobilmachung vor der furchtbaren Wahl stand, entweder durch weiteres Zögern die

Digitized by Google

Gefahr einer Katastrophfe über Deutschland zu bringen oder in den Weltkrieg einzutreten. In jener Nacht vom 30. auf den 31. Juli sagte der deutsche Generalstabschef: „Wenn Deutschland jetzt noch mit dieser Maßnahme, d. h. der Mobilmachung, zögert, um etwa Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, so bedeutet dies, falls, wie vorauszusehen, diese Verhandlungen mißlingen, den Eintritt Deutschlands in den Krieg unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Wir würden damit unseren Gegnern gestatten, den Krieg in deutsches Land zu tragen. Von Tag zu Tag wird unsere militärische Lage, wenn wir mit der Mobilmachung zögern, ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu den verhängnisvollsten Folgen für uns führen."

Zu derselben Nacht und zu derselben Stunde belogen der russische Kriegsminister General Ssuchomlinow und der russische Generalstabschef General Januschkewitsch im Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen Ssasonow nach ihrem eigenen Geständnis ihren Kaiser, der ihren befahl, die angeordnete Mobilmachung zurückzunehmen, indem sie ihm ihren Gehorsam vorspiegelten, in Wahrheit aber die Kriegsmaschine unwiderruflich in Gang setzten. Läßt sich ein stärkerer Gegensatz des moralischen Verantwortlichkeitsgefühls denken, als das Ringen des deutschen Generalstabschefs mit sich selbst um den Entschluß zur Mobilmachung unter dem Druck der äußersten Gefahr für die Sicherheit des Vaterlandes, und dem unmenschlichen Ausruf frivoler, verbrecherischer Befriedigung, der dem russischen Generalstabschef nach dem Protokoll der Vernehmung der beiden Generale entfuhr, als ihm der Kriegsminister durchs Telephon mitteilte, der Kaiser werde belogen, es bleibe bei Mobilmachung und Krieg!

In jenen furchtbaren Tagen, da die russische Mobilmachung uns keine Wahl ließ, als zu den Waffen zu greifen, um uns aus schwerer Daseinsgefahr zu retten, da hat sogar die englische Regierung selbst begriffen, daß wir nicht imstande waren, untätig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Kein anderer, als der englische Minister der jetzige Lord Grey hat durch seine Depesche an den Botschafter Buchanan, in der er diesen beauftragte, Rußland zu warnen, daß Deutschland die russische Mobilmachung möglicherweise mit der Kriegserklärung beantworten werde, die richtige Einsicht in das Verhängnis unserer eingekreisten Lage gezeigt. Warum aber hat Grey, wenn er den Frieden wollte, wie England ihn gewollt zu haben vorgibt, den Botschafter nicht beauftragt. in St. Petersburg dieselben Worte zu sprechen, mit denen der deutsche Botschafter in Wien die österreichisch-ungarische Regierung auf alle Fälle um Berücksichtigung unseres Wunsches, nicht in den Weltkrieg gerissen zu werden, in dem Augenblick anging, als die — auf unser Ersuchen loyal gewährte — Nachgiebigkeit Österreich-Ungarns den Frieden noch retten zu können schien?

Eine Zwangslage von so entsetzlicher Schwere darf sich für Deutschland nicht wiederholen. Gehen England und die Entente darauf ein, die Möglichkeit ihrer Wieder-

Digitized by Google

holung dadurch auszuschließen, daß es Österreich-Ungarns und unseren Vorschlag auf Friedensschluß ohne gewaltsame Gebietsvergrößerung für alle Kriegführenden, ohne Zwangsentschädigungen, ohne feindselige Wirtschaftsmaßnahmen nach dem Kriege, mit allgemeiner Abrüstung und gemeinsamem Aufbau einer neuen sittlich-politischen Weltordnung annimmt — so dürfen alle unsere jetzigen Gegner unseres guten Willens bis zum Ende sicher sein. Wenn aber nicht, so kommen die Verantwortung und die Folgen auf ihr Haupt. Wir können verlangen, daß man unsere Ehrlichkeit würdigt und daß man bekennt, welches Schicksal uns zugedacht war. Herr Grey hat Deutschland gleich nach dem Ausbruch des Krieges verdächtigen wollen, weil wir nicht auf seinen Vorschlag einer Konferenz über den serbisch-österreichischen Konflikt im letzten Augenblick eingegangen sind. Dieser Vorwurf wird immer wiederholt, wenn es gilt, die Einkreisungspolitik und den Einkreisungskrieg der Entente zu beschönigen. Eine Konferenz, während Rußland weiter mobilisierte, mit dem Ziel, das die Generale Ssuchowlinow und Januschkewitsch eingestanden haben? Und was hat Herr Miljukow, der gleich nach der russischen Revolution Minister des Auswärtigen in Rußland wurde, als das Ziel der russischen Politik gegenüber Serbien und Österreich-Ungarn vor dem Kriege zugegeben? Gegenüber Serbien, dem Vorspann Rußlands gegen Österreich-Ungarn, auf dem die Mordschuld von Serajewo lag? Herr Miljukow gibt die Zeitung „Rjetsch" heraus, und zu dieser ein besonderes regelmäßig erscheinendes Jahrbuch. 1916 druckt er in diesem Jahrbuch über Serbien und Österreich-Ungarn folgende Sätze:

„Serbien sah hierin, das heißt in der österreichischen Annexion Bosniens, mit Recht den Umsturz seines nationalen Ideals: der Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein Groß-Serbien. Natürlich erwartete es bei dieser Gelegenheit die erste ernstliche Probe der Unterstützung von Rußland.... Serbien stand vor dem Dilemma, ob es eine nationale Einigung innerhalb oder außerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie erlangen solle, d. h. entweder mit Hilfe Rußlands oder durch Unterwerfung unter Österreich."

Was ist das? Das ist das Bekenntnis zum Programm der Zertrümmerung Österreich-Ungarns um Serbien willen. Das klare und unmißverständliche Geständnis: Serbien habe wählen müssen, ob es mit Hilfe Rußlands seine nationale Einigung außerhalb Österreich-Ungarns erlangen wollte, d. h. also durch Eroberung von Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Dalmatien, den ungarischen Banat usw., oder ob es ein Bestandteil Österreich-Ungarns werden sollte. Das also war 1916 die Meinung Herrn Miljukows, der damals eine besondere Vertrauensperson des Ministers Ssasonow war und nicht lange darnach selber Minister des Auswärtigen wurde. Demgegenüber mutet man uns und Österreich-Ungarn als Beweis unseres ehrlichen Friedenswillens eine Konferenz über Serbien zu, während Rußland mobilisiert, und

Digitized by Google

die Gefahr einer erdrückenden feindlichen Übermacht für den Tag des Kriegsausbruchs sich für uns mit jeder Stunde rettungsloser verdichtet! Das heißt bei unseren Gegnern Schutz des europäischen Gewissens und Bewahrung des Verantwortlichkeitsgefühls der Entente vor der Welt gegenüber der Schuld Deutschlands und Österreich-Ungarns am Kriege!

Unter den moralischen Kriegsgründen der Entente spielen eine besondere Rolle noch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Freiheit der kleinen Nationen. Gibt es eine stärkere Satire darauf, als die Behandlung Griechenlands und der europäischen und außereuropäischen Neutralen in ihrer politischen Selbstbestimmung, ihrer Verkehrs- und Wirtschaftsfreiheit durch die Entente? Hat Deutschland etwas gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Freiheit der kleinen Nationen? Wollen wir einem Volk das Selbstbestimmungsrecht versagen und ihm seine Freiheit nehmen? Nein, aber die Entente will es und tut es! Wir geben zu, daß bei einigen Staaten Verhältnisse besonderer Art vorliegen, die der absoluten Durchführung des Grundgesetzes vom nationalen Selbstbestimmungsrecht, sofern es auf jede nationale Minderheit ausgedehnt werden soll, Schwierigkeiten machen. Solcher Fälle gibt es aber bei der Entente weit mehr als bei den Mittelmächten, und die Entente denkt nicht daran, sie nach ihren angeblichen Grundsätzen zu erledigen. Sie will es nicht, und sie wird es nicht. Deutschland aber ist bereit, alles was in dieser Beziehung notwendig und praktisch möglich erscheint, mit aufrichtiger Sympathie zu fördern. Deutschland begleitet mit Bewunderung und Teilnahme den mutigen Kampf der finnländischen Nation für ihr Recht und ihre Freiheit. Deutschland erblickt in Irland eine Nation, die ohne Zweifel ein geschichtliches und moralisches Recht auf erhöhte Selbständigkeit hat. Deutschland verfolgt mit lebhaftem Interesse den Versuch des ukrainischen Volkes, einer Gemeinschaft von mehr als 30 Millionen Menschen, seine staatliche Selbständigkeit wiederzuerlangen, und es wird, wie bei Finnland, so auch bei den Ukrainern und bei anderen, bisher von dem herrschenden und erobernden großrussischen Volk unterdrückt gehaltenen Nationalitäten nicht zögern, ihre Selbständigkeit anzuerkennen und ihre Beteiligung an den Friedensverhandlungen zu verlangen, sobald jene den Beweis ihrer Fähigkeit zur politisch-nationalen Konsolidation unter den gegenwärtigen Verhältnissen erbracht haben. Nichts liegt der deutschen Politik dabei ferner, als der Wunsch, neue und unerwünschte Abhängigkeiten an die Stelle der alten zu setzen. Vollkommene Entwicklungsfreiheit wird auch hier allein imstande sein, eine friedliche Zukunft der Völker selbst und die Ruhe Europas zu gewährleisten.

Deutschland begrüßt endlich mit Freuden auch das Prinzip der inneren Volksfreiheit aller Orten. Wir hoffen um so mehr darauf, daß sich die Fähigkeit und das wahre Recht der Völker auf Selbstbestimmung in Zukunft besser durchsetzen werden, als gerade auf Seiten der Entente die Geschichte der Entstehung des Weltkrieges gezeigt hat, daß die Völker ohne ihr Wissen und Wollen von entschlossenen und bedenken-

Digitized by Google

freien Gruppen, denen an der Entzündung des Vernichtungskrieges gegen Deutschland und Österreich-Ungarn lag, in die Katastrophe hineingerissen worden sind. So war es in Frankreich, so war es in Rußland, so war es aber auch in England. Nichts ist absurder, als wenn die kriegstreibenden Staatsmänner und Politiker der Entente von der Notwendigkeit des demokratischen Prinzips sprechen — sie, die entgegen aller wahren Demokratie den Weltkrieg ihren Völkern über dem Kopf entzündet haben! Dies ist es, was gesagt werden mußte, um unsere innerliche Stellung zur Weltfriedensidee, die in jeder Beziehung auch die unsere ist, zu kennzeichnen. Wir begrüßen sie in Hoffnung und tiefer, wahrhaftiger Sehnsucht, aber wir weisen jeden Versuch, über uns zu richten, auf das schärfste zurück. Wir bedürfen auch keiner Belehrung über Menschlichkeit, wie England, das die Missionare, die Frauen und Kinder in unseren afrikanischen Kolonien mißhandelte und sie der Roheit der Schwarzen preisgab, wie Frankreich, das sich in Dahomay, in Marokko und bei sich zu Hause mit Schande in der Behandlung deutscher Bürgerlicher und Kriegsgefangener bedeckt hat, wie Rußland, dessen Soldaten mit unnennbarer Brutalität in Ostpreußen gehaust haben, und wie Herr Wilson, dessen Organe die furchtbaren Leiden unserer Gefangenen in Rußland, die ihrer humanen Hilfeleistung empfohlen waren, kaltherzig und abweisend mit anzusehen imstande waren. Wir beten zu Gott um den ersehnten und glücklichen Weltfrieden, aber wir sind auch bereit, wenn die Gegner es nicht anders wollen, für uns und für die Welt weiter mit dem Schwerte um ihn zu ringen.

Denk' an die Zeichnung der Kriegsanleihe!

Englische Freiheit

Von D. Emil Fuchs, Pfarrer

Unvergeßlich ist mir der 5. November 1903. Da schritt ich mit einem hochgebildeten deutschen Großkaufmann durch die Gassen der Slums von Manchester. „So schlecht wie Sie, habe ich noch nie einen Menschen über England urteilen hören," sagte er, der sein Leben drüben zugebracht hatte, mir nach mancherlei Rede und Gegenrede über das Wesen Englands. Da bat ich ihn, mich doch einmal an die Stätte meines Wirkens zu begleiten, in die Gassen des Elendes, wo ich die armen sinkenden deutschen Männer, Frauen, jungen Männer und Mädchen aufzusuchen hatte, um sie womöglich dem vollen Verkommen zu entreißen. Nun ging er neben mir durch diese Gassen, deren endloses Gewirr — nur dem Kundigen zugänglich — die nördliche Hälfte von Englands größter Industriestadt bildet. Die Dämmerung senkte sich allmählich nieder, in den Straßen flammten die Strohfeuer auf, da man Guy Fawkes verbrannte, der am 5. November 1605 das Parlament in die Luft sprengen, Englands Volksfreiheit vernichten wollte. Aber mitten unter dem Volke, das den Sieg

Digitized by Google

seiner Freiheit feierte, zog mein Begleiter immer enger den leichten Mantel um sich, immer müder blickten die menschenfreundlichen Augen und dann sagte er: „Nun lebe ich 30 Jahre in England. Daß es aber in England solche Zustände in solcher Massenhaftigkeit gibt, das habe ich nicht gewußt."

Ja, wer von denen wüßte es, der drüben war und Englands freie Größe rühmte? Wer von denen weiß es, die jetzt noch Englands freie Verfassung, Englands „Demokratie" rühmen und preisen. Aber der Pfarrer weiß es, der durch die endlosen Gassen gegangen ist, hatte dort sein Amt und erlebte mit den Menschen, wie England seine Masse zertritt und verkommen läßt, in einer Weise und Großartigkeit, die uns Deutschen einfach undenkbar ist. In keiner deutschen Großstadt findet man das, was man die Slums der englischen Städte nennt, in keiner deutschen Großstadt dies unendliche Meer absoluter Verkommenheit und Schmutzigkeit, der Trunksucht von Männern und Frauen und Mädchen. — Wenn wir durch eine deutsche Stadt gingen und es begegneten uns immer und immer zerlumpte Gestalten, betrunkene Weiber, wir würden sagen: Was ist in dieser Stadt nicht in Ordnung? In England fragt niemand so, zu alltäglich ist die Erscheinung. Und wer am Samstagnachmittag, dem free Saturday afternoon, durch die Slums geht, dem begegnen die Reihen junger Mädchen die Arme verschlungen, total betrunken hin und her wankend.

Wer die Zustände dort kennt und erforscht hat, der weiß, daß *England keine „Demokratie"* ist, *sondern eine Aristokratie, die vom Blute ihres eigenen Volkes lebt*, wie sie vom Blute Indiens und der andern unterworfenen Länder lebt. So habe ich damals geurteilt, als ich drüben lebte. Das ist kein Urteil der Kriegsleidenschaft.

Eine Aristokratie ist England. Es ist in dieser Zeitschrift schon die Rede gewesen vom Wahlrecht, wie es jetzt nach mancherlei Verbesserungen geworden ist[1]. „Niemand ist ohne weiteres Wähler. Man kann auf das Wahlrecht Anspruch haben, entweder als Besitzer eines Grundstückes oder als Pächter oder als Haushaltungsvorstand schlechthin, weiter als Mieter oder als Dienstbote. Als Haushaltungsvorstand wird man noch nachzuweisen haben, daß man ein Jahr lang Gemeindesteuern bezahlt hat, als Mieter, daß man dieselbe Wohnung ein Jahr lang inne gehabt hat und daß sie mindestens 10 £ (200 M.) jährliche Miete wert ist."

Kein deutscher Staat könnte wagen, ein Wahlrecht mit solchen Beschränkungen zu schaffen. Aber abgesehen davon, daß diese schon so wirken, daß die finanziell besseren Lebenslagen bedeutend mehr zu Wort kommen, wirkt dahin auch die Bestimmung, daß jeder seine Berechtigung zur Wahl vor der Wahl nachzuweisen hat. Es ist umgekehrt wie bei uns, wo das Wahlrecht nur durch eine besondere Feststellung genommen werden kann. Dort muß es durch eine Feststellung der dafür festgelegten Voraus-

[1] Augenblicklich wird in einer Kommission des Unterhauses ein Gesetzesvorschlag beraten, der jedem Mieter einer Wohnung von 200 Mark das Wahlrecht verleiht, wenn er sie 6 Monate bewohnt hat.

Digitized by Google

setzungen ausdrücklich erteilt werden. Das ist für jeden Reichen und Angesehenen eine Kleinigkeit, für jeden Armen und Unbekannten eine große Sache und schwierige Lage. Aber dieses Wahlrecht allein bewirkt noch nicht die absolute Herrschaft der Aristokratie. Hinter ihm steht eine höchst üble Wahltradition. Erst Gladstone hat im Jahre 1871 die Wahl durch schriftliche geheime Abstimmung eingeführt. Bis dahin war die Wahl eine öffentliche Schlacht zwischen den beiden Kandidaten auf einem öffentlichen Platz des Mittelpunktes des Bezirks. Hier redeten sie gegeneinander, schlugen sich ihre Anhänger und gruppierten sich hinter sie, und es galt als gewählt wer die größte Masse hinter sich sah. Es liegen also die Zeiten, die uns Dickens in den „Pickwickier" schildert, noch gar nicht so weit zurück. Wie mußte aber bei solch einem öffentlichen Massengruppieren die Abhängigkeit der Wähler, die Familienbeziehungen, die Nachbarschaften, die finanziellen Machtmittel, direkte und indirekte Bestechung, Bezahlen von Getränken und Vergnügungen wirken, besonders, wenn nach altem englischen Brauche angesehene Mitglieder eingesessener mächtiger Familien die Kandidaten waren. Ein Wahlaustrag nach sachlichen Gesichtspunkten war damit gänzlich unmöglich gemacht. Von jenen Zeiten her ist aber noch ganz selbstverständlich, daß die großen mächtigen Familien des Landes es sind, die ihre Söhne ins Parlament senden, ihr Einfluß und ihre Stellung sind zur Wahl in einer Weise ausschlaggebend, wie wir es uns kaum vorstellen können. Wir würden es einen Terrorismus allerschlimmster Art nennen, was der Engländer kaum empfindet, weil dieser Einfluß der großen Familien ihm eine Selbstverständlichkeit ist, und ihm geradezu religiös geheiligt ist durch den merkwürdigen Nimbus, der jede dieser hoch-aristokratischen Familien umgibt. Denn der „demokratische" Engländer treibt einen Kult mit seiner Aristokratie, den wir überhaupt nicht verstehen können. Alle englischen Zeitungen, auch die liberalen, bringen täglich Spalten, ganze Spalten über Familienereignisse, Trauungen, Verlobungen, Taufen der aristokratischen Familien, in einer Ausführlichkeit, wie bei uns kaum jene Blätter und Zeitschriften, deren volksverwüstenden Byzantinismus wir bedauern.

Das hängt zunächst einmal mit der Frömmigkeit des Volkes zusammen. Das Wesen der Frömmigkeit, die von der Staatskirche gepflegt wird, heißt Ehrfurcht. Ehrfurcht im guten Sinn, wie sie ein wesentlicher Zug jeder Frömmigkeit ist, spricht z. B. in wundersamer Weise in einem Kingsley, Ehrfurcht vor der Natur, vor allem, was Gott schuf, vor dem Menschen und seiner Arbeit. Aber daneben steht jene Ehrfurcht, die einfach Ehrfurcht vor dem irdisch Hohen und Glanzvollen ist. Ihr ist die Welt eine große Aristokratie, die überirdische Spitze Gott, dann die irdische Spitze, der König und seine Aristokratie, die Erzbischöfe und Bischöfe, die hohe Aristokratie (Herzöge und Grafen) des heiligen England. Die religiösen Sektierer sind keineswegs innerlich stark genug gegen diese Frömmigkeit, um nicht sehr stark unter ihrem Einfluß zu stehen Das gibt eine allgemeine Volksstimmung, in der das Hinaufschauen zur Aristokratie eine unüberwindlich starke beherrschende Kraft besitzt.

Digitized by Google

Eng damit zusammen hängt das Konservative im englischen Volke, das jeder mit Staunen empfindet, der hinüber kommt. Man denke, am 5. Nov. 1903 feierte das englische Volk noch die Entdeckung der Pulververschwörung (Gunpowderplots) des Jahres 1605 als Volksfest. In Deutschland wird die Schlacht bei Leipzig als solche nicht mehr gefeiert, denn wir haben inzwischen zu viel Umwälzendes erlebt. Das hat England eben nicht in dieser Weise. Draußen in der Ferne vollzog sich seine große Geschichte und sein Wachstum. Im Innern war es immer nur ein größer, fetter, reicher, klüger, weltgewandter Werden derselben Geistesart, auf denselben aristokratischen Verfassungsgrundlagen, in denselben unzerbrochenen Grenzen des Meeres. Da blieben die alten Familien die Volksführer, und wo neue Führer aufstiegen, traten sie zu ihnen hinzu. Ganze Volksschichten, die neu sich hinzudrängten in plötzlichem Aufstieg geistiger Umwälzung, innerem Gegensatz und innerer Respektlosigkeit gegen die alten Herrscher gab es nicht. Und heute noch ist es das höchste Ideal auch des aufsteigenden Arbeiters, ein gentleman zu werden. Ein eigenes Ideal dieser aufsteigenden Schicht ist nicht vorhanden.

So sind in England auch die gesellschaftlichen Lebensformen der Aristokratie bis ins engste Familienleben hinein herrschend geworden. Das gibt dem englischen Leben seine imponierende Vornehmheit und dem Engländer die weltbeherrschende Sicherheit des Benehmens. In Deutschland wurden die Lebensformen des gebildeten Bürgertums ausschlaggebend, wie dessen Geistesleben unsere Volksart bestimmte. Das bedeutet die Enge, die Kleinlichkeit, die Kleinbürgerlichkeit unseres Wesens, dazu aber auch die Arbeitsamkeit, das Pflichtgefühl, die Familienhaftigkeit des deutschen Sinnes.

In diesem Sieg des Bürgertums über die Aristokratie liegt die Tatsache eingeschlossen, daß in Deutschland dies in engen, armen Verhältnissen lebende Bürgertum etwas hatte, was es über die Aristokratie erhob, das ist die durchgehende hohe Bildung des deutschen Bürgertums, und von ihm getragen, des gesamten deutschen Volkes. — England hat keinen unter seinen ganz Großen, der ein Mann der Schule und der Erziehung des Volkes oder gar der Kinder gewesen wäre. Der Weg zur Größe ist in England der Weg aristokratischen Herrschens und Sicherhebens über die andern. — Umgekehrt hat Deutschland keinen wirklich „Großen", der nicht wenigstens daneben noch aufs stärkste durchdrungen gewesen wäre von der Bedeutung der Schule, der Volksbildung, der Volkserziehung, wenn er nicht selbst ein Volksbildner und Erzieher war. Unsere Großen haben alle mitgearbeitet an der Erhöhung der geistigen und sittlichen Erziehungskraft des deutschen Volkstums. Es ist einer der großen Dienste, die Dr. M. Luther über seine religiöse Bedeutung hinaus dem deutschen Volke geleistet hat, daß er in seinen Gebildeten, in seinen Fürsten, den Beamten der Fürsten dies Bewußtsein volkserzieherischer Pflichten wachgerufen hat. Es erwachte nicht nur in den protestantischen Fürsten, auch in den katholischen. Am

Digitized by Google

stärksten allerdings lag es in den großen Fürsten aus dem Hause der Hohenzollern.

So steht in England eine mit aller Weite, Vornehmheit, Fähigkeit zum Imponieren ausgerüstete Aristokratie, in aller Welt ihre Herrscherfahrung beständig übend und mehrend, über einem Volke, dem eine wirkliche Erziehung niemals gegeben wurde. — Ich sage „eine wirkliche Erziehung", denn seit 1870 bemüht sich England, dem Vorbilde Deutschlands zu folgen und eine allgemeine Volksschule zu schaffen. Nominell ist der Schulzwang eingeführt. Was man aber in England eine Schule nennt, ist eine Anstalt so primitiver Art, ohne Verständnis für die Bedeutung der Disziplin, ohne Verständnis für die Bedeutung einer genügenden Bildung des Lehrers selbst. Sie gibt höchst mangelhafte Kenntnisse. Was aber noch viel wichtiger ist, sie gibt gar keine Lebenserziehung. Dazu ist eben der Lehrer — in den meisten Fällen vielmehr die Lehrerin — es ist bezeichnend, daß in England der Mann diesen Beruf kaum ergreift — an Bildung, sozialer Stellung gar nicht befähigt. Die Kinder entwachsen der Schule, ohne die starken Antriebe zur Selbstüberwindung, Selbstbeherrschung, Selbstzwang zur Arbeit zu bekommen, die bei uns die Schule mit ihrer energischen Disziplin und ihren kraftvollen Anforderungen an die Selbsttätigkeit stellt. Der Erfolg ist, daß der heranwachsende Mensch den Versuchungen des Alkohols und der Faulheit gegenüber keine Widerstandskraft hat. Mir scheint dies die wichtigste Ursache der Massenverkommenheit in den untern Schichten Englands. Alle gutgemeinten, gewiß bewundernswerten Versuche der Heilsarmee, Church Army usw., können daran nichts ändern. Sie ziehen einzelne — im Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln und Kräften sehr wenige — aus drm Sumpf heraus, trocknen diesen selbst aber nicht. Das könnte nur eine nationale Erziehung tun, zu der Englands Aristokratie weder Einsicht noch Fähigkeit besitzt.

Wie ohnmächtig man dieser Verkommenheit gegenübersteht, zeigt die englische Armenpflege an einem Beispiel grausiger Art: Wenn ein Mann oder eine Frau oder eine Familie in England der öffentlichen Armenpflege anheimfallen, so steckt man sie ins Workhouse, ein Arbeitshaus, in dem Männer, Frauen, Kinder getrennt leben, verpflegt werden, beschäftigt werden, so weit die Kraft reicht. Aber sie kommen erst wieder heraus, wenn sie die Möglichkeit selbständiger Existenz nachweisen können. Wie soll das aber der, der vom Leben abgeschieden dort sitzt.

Man denke sich im „geknechteten" Deutschland eine Maßregel von solcher Härte und Grausamkeit. Sie ist so völlig undenkbar, wie wir eben auch einem Material von Menschen gegenüberstehen, auf das solche Maßregeln anzuwenden sinnlos und zwecklos ist. Wir haben eben doch nur sehr wenige, bei denen wir auf eigene Willenskraft und Ehrgefühl gar nicht mehr rechnen können.

Wer aber in der Welt weiß und macht darauf aufmerksam, wie sehr das öffentliche Leben in England und Amerika von solchen uns unglaublichen Grausamkeiten gegen

Digitized by Google

den Armen durchsetzt ist. Dann erst verstehen wir es, welches Maß der Wahrheit dahinter steht, wenn die Russen, die jetzt aus Amerika, wohin sie geflüchtet waren, in ihr Vaterland zurückkehren, dort sagen, „daß die Vereinigten Staaten anmaßender und tyrannischer gegen ihre Bürger seien als selbst der russische Zar" („Frankfurter Zeitung" vom 26. Sept. 1917, 1. Morgenblatt). Die Vereinigten Staaten sind eine Demokratie wie die englische, nur nicht mehr gebaut auf die Herrschgewalt einer alten Aristokratie, sondern neuer Geldmänner.

Für das politische Leben ist der Erfolg, daß aus den unteren Schichten wohl einzelne besonders begabte Männer aufsteigen, die sich zum Kreise der Führer gesellen daß aber in den Massen durchaus keine Fähigkeit ist, ihre eigenen Lebensbedürfnisse über die nächsten materiellen hinaus zu begreifen. Man hat es früher als einen Vorzug der englischen Arbeiterbewegung hingestellt, daß sie nur materielle Ziele habe und von der Ideologie der deutschen Arbeiterbewegung nicht angekränkelt sei. Wer die Zustände in England wirklich kennen lernte, mußte das fast als blutigen Hohn empfinden. In Deutschland trug die Arbeiterbewegung, dank ihrer Ideologie, die allgemeine Menschheitsziele erstrebte, die gesamte Arbeiterschaft empor und schmolz sie zu einer Einheit zusammen. In Englnnd war die Arbeiterbewegung eine Sache der höchstbezahlten Schicht der gelernten Arbeiter. Diese strebten empor, das Ziel im Herzen, möglichst engen Anschluß an die aristokratische Welt zu finden oder möglichst in deren Abglanz und nach deren Vorbild leben zu können. Die unter ihnen stehende Schicht der ungelernten Gelegenheitsarbeiter und Tagelöhner empfanden sie kaum als Standesgenossen, denen sie Mitvertretung schuldig waren. Damit ist aber wieder gesagt, daß die Masse des Volkes außerstande war, sich einen Zusammenschluß zu schaffen, in dem ihre Bedürfnisse auch nur annähernd eine wirksame Vertretung gegen die herrschende Aristokratie fanden.

Und erleben wir es nicht jetzt im Weltkrieg, was von Torheit und Falschheit herrschende Männer in England ihrem Volke bieten können? Wie sie selbst gelegentlich nicht wissen, daß Deutschland große, alte Gebietsteile auf dem linken Rheinufer hat, so können sie solches Nichtwissen in vielfach gesteigerter Weise bei ihren Massen voraussetzen. Sie können den Stand des Krieges den Massen so günstig wie möglich schildern. Diese wissen ja nicht, wo all diese Städte und Länder zu suchen sind, in denen sich der Krieg abspielt. Sie können über Deutschland und sein Volk das Unglaublichste mitteilen. Fähigkeit zur Prüfung ist in diesem Volke nicht vorhanden. Ein Verleumdungsfeldzug, wie die Entente ihn führt, ist ja nur möglich unter der Voraussetzung einer so gänzlichen Unbildung, wie sie die Massen in England beherrscht. Hier liegt auch für die Zukunft eine große Gefahr. England wird jederzeit auch in seinen Massen die Kriegsbegeisterung entfesseln können. Die führenden Männer brauchen ja nur mit Hilfe der gekauften Presse diesen Massen das Nötige vorzureden von Eroberungssucht, Verbrechen usw., und das

Digitized by Google

Kriegsfeuer gegen dies andere Volk brennt. Eine Fähigkeit, diese Dinge nachzuprüfen, ist im englischen Volke nicht vorhanden, eine Partei, die im Interesse der Volksmasse, von ihr wirklich getragen, diese nachprüfen und die wirklichen Interessen der Volksmasse gegen die Aristokratie vertreten könnte, ist nicht da. Deshalb werden die Arbeiterführer in Parlament und Regierung immer wieder zu Werkzeugen der Aristokratie. Es fehlt hinter ihnen die tragende und bindende Gewalt einer Masse, die auch nur ein wenig mit eigenen Augen die Dinge anschauen kann. Und was das Schlimme ist, es ist trotz der jetzigen Erfahrungen kaum daran zu denken, daß England eine solche Urteilsfähigkeit der Masse hervorbringt. Es fehlen dazu die Voraussetzungen im Bildungszustand des Volkes. Hier ruht einer der großen Irrtümer, den unsere Sozialdemokratie begeht, indem sie mit einer Sicherung des Weltfriedens rechnet durch die Stimmung der Volksmassen. Ja, wenn überall wie in Deutschland die Volksmassen gebildet und selbstbewußt genug wären, ein eigenes Urteil und eine eigene Stimmung zu haben.

Wenn deshalb England und Amerika die Frechheit haben, uns die Demokratisierung unserer Regierungsformen gewissermaßen als Friedensbedingung aufzudrängen, so wollen wir ihnen den Gegenvorschlag machen: Es muß eine Friedensbedingung werden, daß alle Völker eine Volksbildung von solcher Gewissenhaftigkeit und tüchtigen Wirksamkeit einrichten, daß durch sie ein selbständiges Urteil in politischen Dingen ermöglicht und das einfache Spielen mit dem eigenen Volke verhindert wird. Der einzige, der imstande wäre, eine solche Friedensbedingung zu verwirklichen und ihre Verwirklichung zu kontrollieren, ist bis jetzt der vielgeschmähte deutsche Schulmeister.

Das erzogene und geschulte deutsche Volk übt eine Kontrolle seiner Regierung und hat in der Frage Krieg oder Frieden eine ausschlaggebende Stimme trotz unsers Regierungssystems. Die „demokratischen" Völker des Westens haben das nicht und hatten es nie und werden es so bald nicht haben. Es ist keine Volksmasse da, die hinter Führern mit eigenem Willen und Urteil stehen kann.

Wirkliche Volksführer müßten in England vor allem gediegene Schulen für das Volk fordern. So lange man diese Forderung nicht hört, wird man wissen, daß ein Zerbrechen der Aristokratie und ein Fortschritt zur Demokratie in England nicht in Betracht kommt. Verschiebungen, die drüben vorgehen, sind dann immer nur Verschiebungen der Macht innerhalb der aristokratischen Gruppen. Diese stärken ihre Macht allerdings sehr oft durch volksfreundliche Maßregeln. Gerade Lloyd George verstand das in weitgehender Weise, sich Macht zu schaffen durch Begünstigungen der Masse. Man beachte aber, wie sehr Lloyd George für die materiellen Interessen der Masse sorgte, wie wenig Erziehungsfragen für ihn in Betracht kamen. So lange das aber nicht geschieht, wird die feste Grundlage nicht angetastet, auf der in England die Macht der Aristokratie ruht, die Unbildung des Volkes.

Digitized by Google

Deshalb hat in England eine Änderung des Wahlrechtes nicht die Bedeutung wie bei uns. Gewiß, es ist sehr wichtig, wie tief hinab in die Masse hinein die Möglichkeit zur Mitbeteiligung am politischen Leben geht. Es ist auch für den Staat sehr wichtig, daß alle seiner Glieder an seinem Leben beteiligt sind. Aber eben diese Beteiligung ist ja nur ein Schein, wenn diese Massen geistig gar nicht imstande sind, den Vorgängen auch nur annähernd zu folgen. Die Massen in England werden ganz einfach von der Aristokratie dirigiert, und dort besteht die Kunst der Politik einfach darin, das Schlagwort zu finden, das den dumpfen Instinkt der Masse mitreißt, *Politik als Massenerziehung ist nicht vorhanden* und kann nicht vorhanden sein, denn ihr fehlen die Grundlagen.

Ich weiß, ich setze mich damit in scharfen Widerspruch zur landläufigen Meinung, daß in England mehr politische Fähigkeit vorhanden sei als bei uns. Dies ist richtig für die herrschende Aristokratie. In ihr steckt einmal die aristokratische Herrschfähigkeit und dann die Gewohnheit von Jahrhunderten, Gewohnheiten des Herrschens und Leitens nach innen und außen. Für die Volksmasse ist es falsch. Diese erlebt in Deutschland das politische Leben ungleich intensiver mit, erlebt es wirklich mit, weil die geistigen Voraussetzungen da sind. In England folgt sie willenlos dem Einfluß einer der aristokratischen Gruppen. Allerdings gilt das in Deutschland nur von der innern Politik. Auch die äußere Politik mitzuerleben, dazu reift unser Volk erst jetzt und wie viel wird es noch lernen müssen, bis auch nur seine Führer das eine wissen, daß *andere Völker wirklich andere Völker sind* und nicht mehr den Weltfrieden auf den Glauben bauen wollen, daß das englische Volk ein Volk von Charakter und Aufbau und Urteil sei wie das deutsche. Man muß so intensiv in einem Volke gelebt haben wie ein Seelsorger, um einzusehen, wie anders das ist.

Verstärkend auf diese ganze Sachlage wirkt die Technik der politischen Beeinflussung. Sie ist für uns jetzt recht gut zu studieren an den Reden Lloyd Georges, aber doch nur für den, der diese innerhalb der englischen Volksart sehen kann. Die politische Massenbeeinflussung in England ist herausgewachsen aus der religiösen. Englands Freiheit ist ja geschaffen in den religiösen Kämpfen der großen Revolution. *Die religiöse Beeinflussung ist in England aber nicht Erziehung, wie sie es bei uns durch Luther wurde, sondern Suggestion.* Mit allen Mitteln der Nervenerregung wird auf den Menschen eingeredet, eingesungen, eingearbeitet, bis er in einen solchen Zustand willenloser Erregtheit kommt, daß er sich den Einflüssen der religiösen Gewalt hingibt, die ihn bearbeitet. Wir kennen das aus den Versammlungen der Heilsarmee. Sie tut das in groben Formen, was mehr oder weniger fein jede kirchliche Gemeinschaft in England tut. Diese Macht der Suggestion wird in ungeheuerstem Maße auf die Politik übertragen, und der ist Englands Führer, der am geschicktesten und gewaltigsten die Masse des Volkes in dieser Suggestion zu erhalten weiß. Da sich nun diese Macht der Suggestion abnützt, so muß jeder Führer einmal

Digitized by Google

herabsteigen, wenn der andere kommt, der mit neueren Mitteln und stärkerer Gewalt die Masse in seine Suggestion einfangen kann. Ich habe während des Burenkrieges diese Massensuggestion eines ganzen Volkes miterlebt. Wir haben auch in der ersten Kriegszeit in Deutschland nicht annähernd das von Unfähigkeit, sich innerlich ein freies Urteil zu wahren, erlebt, was sie damals in England Monate und Monate alle beherrschte. Dann kam die Ernüchterung und kamen neue Suggestionen. So lebt dies Volk weiter, jetzt unter der Suggestion, die uns als Hunnen und Barbaren zeichnet, morgen vielleicht unter der Suggestion, die wieder Verständigung mit uns sucht, wenn die Zeit einen Mann in die Höhe trägt, der dies will und die Fähigkeit hat, die Suggestion Lloyd Georges zu überwinden und die seine an die Stelle zu setzen.

Erst unter diesem Gesichtspunkt verstehen wir die groteske politische Weiß-Schwarzkunst der englischen Politiker. Sie ist immer auf diese Suggestion des eigenen Volkes gestimmt und berechnet. Wir wollen froh sein, daß solches in Deutschland nicht nötig und nicht möglich ist.

Was mir beim Beobachten dieser Tatsachen klar geworden ist, ist eines: **Alle Fortschritte des Wahlrechtes haben nur dann Bedeutung, wenn eine Volksmasse dahinter steht, die sie benutzen kann**, d. h. die über den augenblicklichen finanziellen Vorteil hinaus ein Urteil über ihre Lebensinteressen hat. Ist diese Volksmasse nicht vorhanden, so ist alle Demokratisierung der Wahlrechts nur eine Täuschung und eine Lüge. Allerdings England hat mit der größten Geschicklichkeit diese Lüge gehandhabt und sich den Anschein eines „demokratischen" Staatswesens gegeben, während es gleichzeitig seine Volksmassen in der furchtbarsten Verkommenheit und Sklaverei der herrschenden Aristokratie hielt, die Massen durch sich selbst, weil sie in ihrer geistigen Unfähigkeit zu selbständigem Urteil Diener dieser Aristokratie waren und blieben.

Umgekehrt galt und gilt Deutschland als das Land solcher Sklaverei. In Deutschland aber hat man mit der größten Gewissenhaftigkeit das geistige Leben auch der Massen gepflegt und gehoben. Nun haben wir Massen von eigenem Urteil, von der Fähigkeit, sich selbst Führer zu schaffen und sich hinter sie zu stellen. Wenn man das Denken der Völker über England und Deutschland verfolgt, so muß man auch sagen, daß auch das Urteil über die Völker von Forschern und Nichtforschern, Politikern und Gelehrten mit einer unglaublichen Oberflächlichkeit gebildet wird. England mit seinen Slums das gesegnete Land der Volksfreiheit, Deutschland mit seinen Volksschulen das verfluchte Land der Volksvernichtung.

Wir wollen endlich einmal diese Tatsachen ausspielen, nicht nur um das Urteil der andern über uns zu korrigieren, sondern auch um für uns selbst den Weg deutlicher zu sehen. Gewiß, wir wollen diesem unserm Volk, dessen Bildung und Urteilsfähigkeit wir so stolz den andern zeigen können, auch wirklich entsprechend seiner Urteils-

Digitized by Google

fähigkeit voll und ganz am Staatsleben beteiligen. Wir wollen aber auch wissen, daß das Wahlrecht allein eine solche Beteiligung am Staatsleben gar nicht ermöglicht. Es gehört die Bildung der geistigen Fähigkeiten dazu, die ein Urteil, ein selbständiges Urteil ermöglicht. Ohne diese Bildung wird die wahlberechtigte Masse nur ein Werkzeug in der Hand der herrschenden Aristokratie. Nur mit dieser Bildung ist Selbstregierung des Volkes möglich. Wer also wirkliche Beteiligung des Volkes am Staatsleben wünscht, muß an der Erhöhung seiner Bildung, geistigen Fähigkeit, Urteilsfähigkeit mitarbeiten. Gerade jetzt zeigen sich auch bei uns dafür neue Wege.

Wer sein Vaterland liebt, zeichnet Kriegsanleihe!

Belgien als französische Ostmark

Von Dr. Gustav Roloff

Seit drei Jahren erfahren wir täglich, welche Rolle Belgien im politischen Feldzug unserer Feinde spielt. Der gewaltsame Einmarsch diente ihnen als Beweis unseres sorgfältig vorbereiteten Planes, die harmlosen Nachbarn zwischen Pyrenäen und Ural zu überfallen, aus der Niederschlagung des völkerrechtswidrigen Frankreichkriegs wurden die Greuel zur Aufhetzung der Neutralen und der Friedensfreunde im eignen Lager, sowie zur Begründung phantastischer Sühneforderungen an Deutschland geschaffen, und jetzt verlangt man unbedingte Preisgabe des Königreichs als Beweis des deutschen Friedenswillens. Wir lassen heute diese Zukunftsfrage beiseite und werfen nur einen Blick auf die letzten Friedensjahre Belgiens; wenn einmal die Beziehungen der Mächte zu Belgien einen Maßstab zur Beurteilung ihrer auswärtigen Politik abgeben sollen, so wird sich schnell ergeben, wo Angriffsabsichten zu finden sind.

Der bayrische Landtagsabgeordnete Dr. Paul Dirr hat sich das Verdienst erworben, den Nachweis zu liefern[1], wie Belgien im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege immer mehr ein politisches Werkzeug Frankreichs und damit der Entente geworden ist. Die Regierungen, wie wichtige Teile der öffentlichen Meinung hüben und drüben sind an dieser Französierung und an tausendfachen Neutralitätsverletzungen in gleicher Weise schuldig. Das Material, das Dirr zusammenbringt, Äußerungen der Presse, offizieller und nichtoffizieller Persönlichkeiten, Beschlüsse von Körperschaften aller Art, Dokumente aus dem geheimen Brüsseler Archiv und dergl., lassen einen Widerspruch gegen diese Tatsache gar nicht aufkommen.

Seit der Begründung des belgischen Staates haben Volk und Regierung in Frankreich

[1] Belgien als französische Ostmark. Zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin, Kirstein 1917.

Digitized by Google

nicht aufgehört, an der Gewinnung Belgiens zu arbeiten, bestand doch ein besonderer Posten im französischen Staatshaushalt, um die französische Propaganda im Auslande, vornehmlich in Belgien, durch Besoldung von Zeitungen und Wanderrednern, durch Vereinsgründungen, Theaterstücke, Films und dergl. zu unterstützen. Mit welchem Erfolge, das stand schon im Jahre 1905 einem vlämischen Patrioten vor Augen: „Ein Vierteljahrhundert", schreibt er besorgt, „dürfte hinlänglich genügen, um die belgische Frucht vollständig reif werden ... und in Frankreichs Hände fallen zu lassen." Ein besonderer Schwung kam in diese Agitation seit Frankreichs Annäherung an England. Das Inselreich, das mehr als zwei Jahrhunderte Brüssel und Antwerpen gegen Frankreich geschützt hatte, ließ nun, da es den kleingewordenen Nachbar mit seiner stagnierenden Bevölkerung nicht mehr zu fürchten hatte, den französischen Bemühungen um das Scheldeland freien Lauf; Belgien wurde eins der wichtigsten Felder in der Einkreisungspolitik. An die Spitze der Propaganda stellte sich der Gesandte Gérard: „Das Bulletin der Genter Vereinigung (von wallonischen Franzosenfreunden) konnte 1906 rühmend hervorheben, daß ihre Vorstandsschaft mit französischen Orden ausgezeichnet worden sei, die der französische Gesandte Gérard in Gegenwart der französischen Konsuln von Antwerpen und Gent feierlich überreicht habe. Von etwa 1905 an kann überhaupt ein enges und unverhohlenes Zusammenarbeiten der Assoziationen mit den französischen Konsularbehörden festgestellt werden." Auf den Kongressen der Agitationsvereine in Namur, Lüttich, Brüssel, Antwerpen, Gent und anderen Städten erschienen Mitglieder der französischen Gesandtschaft und priesen die Herrlichkeit ihres Landes; die französische Regierung warf 125000 Franks für französische Schulen in Belgien aus, deren Bestimmung der Gesandte ohne Scheu verkündete: „Wir werden," sagte er in Lüttich, „hier nicht kleine Chauvinisten, wohl aber gute Franzosen und gute Republikaner heranbilden ... Die Schule (in der die Hälfte der Schüler belgische Kinder waren) ist ein vorgeschobenes Stück des französischen Vaterlandes." Mit Recht bemerkt Dirr hierzu: „Man stelle sich vor, ein deutscher Gesandter in Brüssel hätte bei ähnlicher Gelegenheit sich derart frei ausgesprochen! Welch ein Geschrei wäre losgegangen über den unverschämten Pangermanismus!" Aber kein Wort fiel von amtlicher Seite gegen dieses offen gegen Verfassung und Freiheit des belgischen Staates gerichtete Treiben. Vielmehr ließen die hingebenden Dankesworte, die König Albert für die traditionelle Freundschaft und die „geistigen Berührungspunkte" zwischen Frankreich und Belgien fand, und die Huldigungen, die das Parlament der französischen Verfassung und Verwaltung darbrachte, vermuten, daß die Staatsgewalt derartige Bestrebungen gern sehe. So blieb es auch ohne Widerspruch, daß ein hoher belgischer Staatsbeamter die Franzosen und Belgier als eine Familie bezeichnete: „eine künstliche Grenze kann uns nicht trennen", und ein belgischer Abgeordneter bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Longwy dem Präsidenten Poincaré versicherte, daß die Wallonen „ge-

Digitized by Google

nau wie Sie leben, dieselbe Sprache sprechen, Ihre Gefühle und Ihre Erwartungen teilen". (1912.)

Es versteht sich, daß diese französische Propaganda zugleich eine ausgesprochene Feindschaft gegen alles Vlämische enthielt, gegen „diese gehackte Mundart, die nur ein schlechtes Platt, eine Verzerrung des Niederländischen ist". Die Franzosenfreunde riefen ihre Bundesgenossen zu Hilfe, um die belgische Gesetzgebung im antivlämischen Sinne zu beeinflussen; so legte ein aus Belgiern und Franzosen bestehender Kongreß in Mons nachdrückliche Verwahrung ein gegen die vlämischen Wünsche im Unterricht wie in der Rechtssprache und ersuchte, „daß der Unterricht im Französischen rechtmäßig als Hauptfach betrachtet und namentlich auch in der Brüsseler Mittelbevölkerung einheitlich durchgeführt wird". Bald darauf legte dieselbe Bruderschaft der Regierung einen förmlichen Feldzugsplan vor, wie der Kampf gegen die Sprache der niederländischen Volksmehrheit geführt werden sollte, und ein wallonischer Heißsporn forderte, als der Plan einer vlämischen Hochschule in Gent immer weitere Kreise ergriff, im „Matin" Frankreich zum Einschreiten dagegen auf: „Kann Frankreich bei dem Streite beiseite stehen? Wir sind nicht minder als Elsaß-Lothringen französische Ostmark." (1911.) Die französische Regierung säumte nicht, die ersehnte Unterstützung zu leisten. Im Jahre 1912 begründete der Handelsminister David die Beteiligung Frankreichs an der Weltausstellung in Gent mit der Notwendigkeit, dort der vlämischen Bewegung entgegenzutreten: „Die Kammer kennt die verschiedenen Strömungen, die einander in Belgien die Vorherrschaft streitig machen. Es gibt in Gent eine Hochschule mit französischer Lehrsprache. Vor kurzem hat man versucht, einige Professoren durch solche mit anderer Sprache zu ersetzen. Die ganze Stadt, die ganze gebildete Bevölkerung hat sich dem widersetzt mit einer Kraft, die den Ausschlag zum Besseren gab, denn bis zur Stunde ist die Hochschule noch französisch, und man darf die berechtigte Erwartung hegen, daß sie es bleiben wird." Wiederum ließ sich die Regierung diese Pariser Bevormundung gefallen, in der wallonischen Presse erntete David sogar Beifall, und nur die Führer der Vlamen wiesen diese Einmischung in innerbelgische Fragen zurück und forderten die Kammer auf, dasselbe zu tun. Dieser Appell an das politische Selbstgefühl der Volksvertreter verhallte freilich wirkungslos. Angesichts dieser Würdelosigkeit von Parlament und Regierung wird man in folgenden Worten des Grafen du Bois (1910) ein Bekenntnis weiter wallonischer Kreise sehen dürfen: „Wallonien ist französisch, Volk und Boden ein Teil Frankreichs. Hoffentlich wird man bald mit der grotesken Legende aufräumen, die von dem belgischen Volk erzählt, es sei ängstlich auf die Behauptung seiner Unabhängigkeit bedacht. Frankreich hat das Recht, ja die Pflicht, die französische Bewohnerschaft Walloniens als den Rest der französischen Nation zu beanspruchen." Und unmittelbar vor Ausbruch des Krieges sollte eine besondere Zeitschrift begründet werden, um den hochverräterischen Gedanken vom „Departement Wallonien" zu vertiefen und zu verbreiten!

Digitized by Google

Hand in Hand mit Französierung und Haß gegen die Flamen ging natürlich die Feindschaft gegen Deutschland. Die Lütticher Franzosenfreunde verbreiteten z. B. im Jahre 1913 massenweise Propagandapostkarten, auf denen es hieß: „Deutschland ist der Feind! Wallonen, es gibt außer den Flaminganten noch andere, gegen die wir kämpfen müssen: das ist Deutschland, das germanische Ungeheuer, welches seine furchtbaren Greifarme nach uns streckt." Verfälschungen der deutschen Nationalhymne, auf die wir erst im Kriege aufmerksam geworden sind, wurden von Paris aus schon seit Jahren in Belgien verbreitet und daraus die wildesten Beschuldigungen gegen Deutschland hergeleitet: es wolle alle kleinen Länder verschlingen, um die Zivilisation zu zerstören. Die Verleumdungen der deutschen Kultur, diese herrliche Geistesblüte der Entente, wurde in Belgien mit besonderem Nachdruck gepflegt: der französische Chauvinismus, schrieb der in Belgien wohlbekannte und angesehene französische General Langlois im Jahre 1911, wolle über andere Nationen herrschen, „um bei diesen Wissenschaft, Kunst, Zivilisation, die Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verbreiten. Der Pangermanismus aber sucht nichts anderes als den Gewinn, die Befriedigung seiner unersättlichen Habsucht, kurz das, was ihm materiellen Nutzen schafft". Der Sieg der Deutschen würde „der Sieg der Dummheit" sein, verkündete der Wallonenführer Jennissen und forderte, daß Deutschlands Nachbaren sich verständigten, „um es in seinen Grenzen zu blockieren". Zur besseren Vorbereitung dieser Blockierung beteiligten sich viele Wallonen an der Verstärkung der französischen Wehrkraft durch Sammlungen für die französische Luftflotte. „In den wallonischen Städten, aber auch in Gent und Antwerpen spendeten besonders die Handels- und Börsenkreise Gaben, in Antwerpen schenkte die Theatervereinigung 100 Franken. Ein dortiger Kegelklub hielt im Kaffeehaus des Varietetheaters ein Sportfest ab zugunsten des französischen Flugwesens."

Natürlich ergoß sich die wallonische Liebe auch auf England, den anderen Widersacher Deutschlands, und die Neutralität wurde schließlich völlig abgetan. Der Abbé de Laumoys hielt am 21. Oktober 1913 im Institut St. Louis in Brüssel eine Vorlesung, die, wie Dirr ausführt, die Anschauung des Ministerpräsidenten wiedergab. Hierin wird die Notwendigkeit betont, „die belgische Armee vorwärts auf die Ostgrenze zu konzentrieren" und mit England und Frankreich ein enges Bündnis abzuschließen. Allerdings untersagten die Verträge von 1831 ein solches Bündnis, „aber es ist nicht mehr vernünftig, sich an diese Verbote zu halten" ... „mit England müssen wir die Mittel festsetzen, um die Unversehrtheit unseres Landgebietes zu erhalten. Ohne in aller Form auf die gemeinsame und alte Bürgschaft, wie sie im Jahre 1830 geschaffen wurde, zu verzichten, wollen wir doch dieser Bürgschaft einen wirksameren und realeren Schutz zufügen, der in einem Bündnisvertrag mit England besteht". Also zum Schein Beibehaltung der alten durch Verträge garantierten Neutralität, um sich unter Umständen auf sie berufen zu können,

Digitized by Google

tatsächlich Anschluß an eine europäische Mächtegruppe — ein Spiel, nicht klüger als ehrlich! Daß die Regierung aber tatsächlich in diesem Sinne in ihren Machenschaften mit dem englischen und französischen Generalstab gehandelt hat, braucht heute nicht mehr erwiesen zu werden, Dirr zeigt uns aber, daß auch die belgische Öffentlichkeit über die französisch-englischen Pläne nicht im Dunkeln gewesen sein kann: in Büchern, Flugschriften und Zeitungsartikeln wurde in Frankreich, England und Belgien der Gedanke erörtert, „daß im Falle eines internationalen Konfliktes, wo Belgien das Schlachtfeld werden könnte, ausländische Truppenkörper bei uns einmarschieren würden".

Die Leute, die Teilnahme Belgiens am Kriege im Dienst der Entente vorbereiteten, predigten zugleich den rücksichtslosen Volkskrieg: „sobald der erste feindliche Vorposten an der Grenze gemeldet wird, dann ihr Bauern, Waldhüter, Bürgerwehren und Soldaten drauf! Die Jagd ist offen!" ... „man kann die Lebensmittel und die Brunnen vergiften, man kann die Scheunen anzünden, worin der Feind schläft; jedes Mittel ist gut, wenn es sich um die Verteidigung handelt." Man kennt die Früchte die diese Hetzereien getragen haben.

Man mag hinsehen, wohin man will, jedes Dokument wird zu einer wuchtigen Anklage der französischen und belgischen Regierung sowie der wallonischen Wortführer, auf der anderen Seite fällt dagegen helles Licht auf die loyale und defensive Haltung der Vlamen und der deutschen Politik. Deutschland hat in keiner Weise die feindselige Agitation herausgefordert; es hat weder versucht ähnliche Beziehungen zu den Vlamen anzuknüpfen wie die Franzosen zu den Wallonen, noch hat es gar die Unabhängigkeit und Sicherheit Belgiens bedroht wie es von Frankreich her so oft geschah, es hat vielmehr die Verteidigung der Unabhängigkeit Belgiens und damit die Sicherung seiner Westflanke allein den Vlamen überlassen. Aus deren Reihen sind in der Tat Proteste gegen die Hingabe an Frankreich laut geworden. Unzufriedenheit mit der Preisgabe der politischen Selbständigkeit wie Besorgnis für ihre von den Franzosen und Wallonen bedrohte Eigenart sprachen aus ihren Worten: „Wir erleben jetzt", schrieb die „Vlaamsche Hoogeschool" im April 1913, „in Belgien eine Unsumme von niedriger Knechtseligkeit gegen Frankreich ... Frankreich und kein Ende! Es könnte einem übel davon werden". Eine Gruppe „freier Antwerpener Bürger" führte ihren Landsleuten die friedenstörende Tätigkeit der französischen Diplomaten und Konsuln vor Augen und stellte die Schulen und Theater, die aus Frankreich Zuschüsse empfingen, an den Pranger; das Antwerpener „Handelsblad" wendete sich gegen die Preßerörterungen über den Durchzug englisch-französischer Truppen durch Belgien und tadelte scharf die Sünden der wallonischen Franzosenfreunde gegen die Neutralität: „sie haben Deutschland verdächtigt, Mißtrauen gegen Deutschland gesäet und bei uns Belgiern Gefühle genährt, als wären wir Bürger Frankreichs. Wir werden stets Widerspruch erheben gegen diese rein fran-

Digitized by Google

zösische und vollständig unbelgische Haltung. Wir Vlamen vermeinen unsere belgischen Gefühle besser zu beweisen, indem wir uns nicht in die Zwistigkeiten unserer mächtigen Nachbaren mischen, und wir enthalten uns vor allem, feindliche Gefühle gegen eine Nation wie die deutsche zu wecken, die als Kulturvolk stets Anspruch auf unsere Achtung und Bewunderung erheben kann".

Seit drei Jahren dürfte die Erkenntnis von der verderblichen Wirksamkeit der französisierenden Agitation noch weitere Fortschritte gemacht haben. So schreibt das Antwerpener Wochenblatt „Ons Land" im Juli 1916, „die Regierung sandte ihre Landeskinder in den Tod, nicht zur Verteidigung der belgischen Staatsinteressen oder der Unantastbarkeit des belgischen Bodens". . . . „Wir zogen hinein zur Verteidigung unserer westlichen und südlichen Nachbaren, die bekanntlich unseren tiefsten eigenen Bedürfnissen feindlich gegenüberstehen."

Wenn somit die Vlamen mehr und mehr erkennen werden, von wem allein sie Förderung ihrer nationalen Kultur erwarten dürfen, so haben andererseits auch wir Gelegenheit gehabt, die Zähigkeit und den Drang dieses Volkes nach Selbstbestimmung und Freiheit zu erkennen. Wird den Vlamen in einem künftigen Belgien durch feste Abgrenzung ihres Sprachgebietes und durch sonstige administrative Einrichtungen der ihnen zukommende politische Einfluß gesichert, so werden sie — mit dieser Überzeugung legt man das Dirrsche Buch aus der Hand — zu verhindern wissen, daß Lüge und Betrug, wie „Ons Land" sagt, aufs neue Belgien zum Bundesgenossen Frankreichs machen.

Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft, Lebensversicherungs-Gesellschaft, Postanstalt.

Verschwundenes Gold

(Die Wirkungen des „Goldpools".)

Von Dr. Adolf Roeder, Berlin

Vor kurzem war ein Jahr verflossen, seitdem die Bank von England die bis dahin täglich veröffentlichten Angaben über die Goldbewegung in London unterdrückt. In Finanzkreisen hatte dieses Vorgehen seinerzeit schon großes Aufsehen erregt, und man war sich sofort darüber im klaren gewesen, daß die Bank allen Grund hatte, ein solches Vertuschungssystem anzuwenden. Untersucht man heute die Entwicklung des Instituts in dem Anfang August verflossenen Jahre unter gleichzeitiger Betrachtung der Verhältnisse bei anderen Notenbanken der uns feindlichen Länder, so gewinnt man einen guten Einblick in die Absichten der Leiter der Bank von England, und es gelingt, ihre für viele undurchsichtige Goldpolitik des Schleiers zu berauben.

Digitized by Google

Die Berichterstattung über den Goldverkehr der Bank von England mit dem Ausland hatte schon mehrere Wochen hindurch, bevor sie eingestellt wurde, merkwürdige Unstimmigkeiten gezeigt. Nach den bekanntgegebenen Goldzuflüssen und Goldabflüssen hätte nämlich jeweils am Ende einer Bankwoche ein Überschuß der Goldeingänge über die Goldausgänge vorhanden sein müssen. Was war aber tatsächlich der Fall? In den Ausweisen der Bank von England trat häufig eine Abnahme des Barvorrates zutage. In der Zeit von Anfang Juni bis Ende Juli 1916 waren wiederholt wöchentliche Reinzugänge von mehr als 1 Million Pfd. Sterl. oder auch von annähernd 1 Million Pfd. Sterl. Gold gemeldet worden, während die Bank von England ihren Ausweisen zufolge in manchen Wochen Gold verloren und in der ganzen Zeit nur einen Zuwachs an gelbem Metall von etwa 560 000 Pfd. Sterl. erhalten hatte. Auf diese Widersprüche, die um so schwerer wogen, als es sich in beiden Fällen um amtliche Veröffentlichungen handelte, wurde namentlich auch von der amerikanischen Fachkritik mit Nachdruck aufmerksam gemacht. So bemerkte das „Commercial and Financial Chronicle" in New York zu den Mitteilungen über die Goldbewegung, daß sie nicht ganz genau mit den Tatsachen übereinstimmten. „Man hält es", so wurde ferner ausgeführt, „wegen des Kriegszustandes nicht für wünschenswert, die genauen Einzelheiten anzugeben. Da man nicht in der Lage ist, mit den Tatsachen übereinstimmende Berichte zu veröffentlichen, so hat man sich dafür entschieden, für den Augenblick gar keine auszugeben." Der „vorübergehende" Zustand dauert aber nunmehr schon ein Jahr an, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird ihm so bald kein Ende gesetzt werden. Mittlerweile sind nämlich Ereignisse eingetreten, die wohl die Bank von England zwingen, die Gestaltung des Goldverkehrs weiter geheim zu halten.

Wie noch erinnerlich sein dürfte, brachten im September vorigen Jahres die Londoner „Times" die Nachricht, daß Frankreich, Rußland und Italien beschlossen hätten, einen Teil ihrer Goldbestände an England abzuliefern, um dessen Zahlungen an das Ausland und Ankäufe von Kriegsmaterial, Lebensmitteln usw. im Ausland zu erleichtern. Mit Begeisterung schrieben kurze Zeit darauf die englischen Finanzblätter über diesen „Goldpool"[1], daß durch ihn die Lage der Bank von England befriedigender gestaltet werde, und es wurden weitere Vereinbarungen zur Stärkung der Goldreserven des englischen Zentralnoteninstituts angekündigt. Eine von diesen Abmachungen war offenbar in der im Dezember 1916 erfolgten Ernennung der Bank zur Korrespondentin der New Yorker Bundesreservebank zu erblicken, die mit dem Wunsche in Verbindung stand, die Kriegsfinanzierung Englands in der Weise zu erleichtern, daß die Wechsel der Ententestaaten in Amerika diskontiert und den Engländern allzu große Goldverschiffungen erspart werden sollten. Die Erwartung der Briten, daß ihre Goldvorräte möglichst unversehrt bleiben würden, hat sich freilich nicht erfüllt, doch kehren wir zunächst zum „Goldpool" zurück.

[1] Zwischenstaatliche Vereinigung zur Verwertung von Goldbeständen.

Digitized by Google

In Deutschland war es schon im Juni 1916 aufgefallen, daß in den Wochenausweisen der Bank von Frankreich eigenartige Veränderungen vor sich gegangen waren. Es erschien nämlich ganz unvermittelt eine Zweiteilung des Goldbestandes in „Gold in der Kasse" (or en caisse) und „Gold im Ausland" (or à l'étranger). Der Posten „or à l'étranger" tauchte zum ersten Male im Ausweis vom 8. Juni 1916 mit 69,2 Millionen Frank auf, um Ende Juni auf 271,1 Millionen Frank anzuwachsen. Die Vermutung lag nahe, daß das „or à l'étranger" an eine ausländische Bank abgeführt worden war, die die Verfügung über das Gold erhalten hatte, während der Bank von Frankreich nur eine entsprechende Goldforderung gegen die Bank zustand. Um welches Institut im Auslande es sich dabei handelte, war nicht schwer zu erraten: um die Bank von England. Ohne Zweifel hingen die großen Goldankünfte in London, die in den Ausweisen der Bank von England jedoch nicht sichtbar geworden waren, mit der Abzweigung des „or à l'étranger" bei der Bank von Frankreich zusammen, und durch die Einstellung der Berichterstattung über den Goldverkehr sollte jeder Einblick in die Funktionen des „Goldpools", der schon um die Mitte des Jahres in seinen Grundzügen festgestanden haben dürfte, verwehrt werden.

Ganz verborgen blieb indes die Entwicklung der Goldbewegung nicht, da ja die Goldabflüsse aus der Bank von Frankreich, beziehungsweise die Trennung des Goldes in „or en caisse" und „or à l'étranger" gewisse Anhaltspunkte gaben. Nachdem das Goldabkommen zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien im September vorigen Jahres getroffen worden war, setzte eine sehr lebhafte Steigerung des „or à l'étranger" ein. Hatte sein Bestand Anfang September schon mehr als das Doppelte der Ende Juni 1916 mit 271 Millionen Frank ausgewiesenen Summen, nämlich 574 Millionen Frank, betragen, so war er Ende Dezember vorigen Jahres bereits auf einer Höhe von 1693 Millionen Frank angelangt, und im Ausweis der Bank von Frankreich vom 2. August 1917 belief er sich sogar auf 2037 Millionen Frank. Gleichzeitig hat sich das „or en caisse" von 4499 Millionen Frank Anfang Juli vorigen Jahres auf 3265 Millionen Frank am 2. August 1917 vermindert.

Bei der Russischen Staatsbank begegnet man einer ähnlichen Entwicklung. Hier beliefen sich die Goldguthaben im Ausland am 6. Juli 1916 auf 1683 Millionen Rubel und am 1. August 1917 auf 2308 Millionen Rubel. Das in den Kassen der Bank befindliche Gold wies dagegen in dieser Zeit eine Abnahme von 1541 Millionen Rubel auf 1291 Millionen Rubel auf. Auch bei der Banca d'Italia ist ein Rückgang des Barvorrates zu beobachten, und zwar sind die in einem einzigen Posten zusammengefaßten Goldbestände in Münzen und Barren, in Goldwechseln auf das Ausland, in Silber, sowie in Staatsnoten und Scheidemünzen von 1070 Millionen Lire am 30. Juni 1916 auf 900 Millionen Lire am 30. Juni 1917 gesunken.

Digitized by Google

Sieht man sich die Veränderungen im Goldvorrat der Bank von England in den letzten zwölf Monaten an, so wird man von diesen Goldabflüssen aus den genannten Banken keinen Niederschlag entdecken. In der Zeit vom 29. Juni 1916 bis zum 2. August 1917 hat sich nämlich der Barvorrat des englischen Instituts sogar von 61,3 Millionen Pfd. Sterl. auf 52,5 Millionen Pfd. Sterl. verringert. Diese Entwicklung muß als außerordentlich ungünstig bezeichnet werden, da ja den Engländern ein sehr erheblicher Teil des Goldes der Teilnehmer am „Goldpool" zur Verfügung stand. Hatte doch die Bank von Frankreich allein mindestens 1766 Millionen Frank in der in Frage stehenden Zeit an das Ausland, also vorwiegend England, abgegeben. Die Lage der Bank von England erscheint aber in einem noch trüberen Lichte, wenn man auch die bei der Russischen Staatsbank und der Banca d'Italia zu beobachtenden Veränderungen des Goldbestandes in Betracht zieht.

Den Direktoren der Bank von Frankreich und der französischen Regierung dürfte das Verschwinden des Goldes aus der Zentralnotenbank sehr schmerzlich sein, zumal da nur geringe Aussicht besteht, es später zurückzuerhalten. Ein großer Teil des Goldes ist sicherlich über England nach Amerika befördert worden, um bei der Bezahlung der gewaltigen Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten an die Alliierten verwendet zu werden. Hervorzuheben ist, daß sich in Frankreich der größte Teil des Volkes im unklaren über diese Vorgänge befindet, da fast in der gesamten Presse die Ausweise der Bank von Frankreich in ihrer früheren Form, also ohne Unterscheidung von „or en caisse" und „or à l'étranger" veröffentlicht werden. Natürlich ergibt sich hierbei eine beträchtliche Zunahme des Goldvorrates, die aber nur scheinbar ist, weil ja die Bank über einen großen Teil des Goldes, das „or à l'étranger", das Verfügungsrecht verloren hat. Diese Irreführung der Öffentlichkeit in Frankreich, die von deutscher Seite wiederholt scharf gerügt worden ist, wird von der französischen Regierung damit entschuldigt, daß das Gold nach Friedensschluß der Bank von Frankreich zurückerstattet werden müsse, und es wird darauf hingewiesen, daß die Zahlungsfähigkeit Englands außer Frage stehe. Damit ist aber durchaus noch keine Gewähr für die Rückgabe geboten, um so weniger als auf Grund des französischen Golddarlehens an England nach Mitteilung des Finanzministers Ribot Frankreich Kredite in doppelter Höhe des Darlehens eingeräumt worden sind, deren Abdeckung zunächst erfolgen muß, bevor das Gold wieder herausgegeben wird. Ganz leicht dürfte sich demnach sein Rückfluß nach Frankreich nicht vollziehen, und eine viel größere Rolle als die Zahlungsfähigkeit des englischen Bundesgenossen spielt die der Franzosen. Bedenkt man außerdem, daß sich die Handels- und Zahlungsbilanz für Frankreich im Kriege sehr unbefriedigend gestaltet hat, so wird man damit rechnen müssen, daß die Abdeckung der Kredite und die Wiedergewinnung des Goldes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Werden sich diese ungünstigen Wirkungen des „Goldpools" auf die Lage der Bank von

Digitized by Google

Frankreich erst in der Zukunft in vollem Umfange äußern, so hat sich heute schon die unerfreuliche Tatsache herausgebildet, daß durch die Abgabe des Goldes an England die Qualität der französischen Banknote erheblich verschlechtert worden ist. Am 6. Juli 1916 waren die von der Bank von Frankreich im Betrage von 16046 Millionen Frank ausgegebenen Noten durch das in den Kassen der Bank befindliche Gold von 4499 Millionen Frank mit 28 Proz. gedeckt, während sich das Deckungsverhältnis am 2. August 1917 bei einem Notenumlauf von 20312 Millionen Frank und einem Goldvorrat von 3265 Millionen Frank nur noch auf 15,9 Proz. stellte. Eine Verkürzung der Golddecke ist auch bei der italienischen und der russischen Banknote eingetreten. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in Rußland, wo am 6. Juli 1916 die im Umlauf befindlichen Noten der Russischen Staatsbank in Höhe von 6533 Millionen Rubel durch 1541 Millionen Rubel „Gold in den Kassen", also mit 23,7 Proz., gedeckt waren, während das Prozentverhältnis am 1. August 1917 bei einem Notenumlauf von 13646 Millionen Rubel und einem Goldbestand von 1291 Millionen Rubel nur noch 9,4 Proz. betrug. Was das zu bedeuten hat, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die russischen Banknoten kurz vor Kriegsausbruch fast volle Golddeckung hatten.

Der „Goldpool" hat, wie man wohl sagen darf, auf die finanziellen Verhältnisse Rußlands, Frankreichs und Italiens einen höchst verderblichen Einfluß ausgeübt. Allerdings hat sich nicht allein in diesen Ländern die Deckung der Banknoten sehr erheblich verschlechtert, sondern auch in England, das ja nur einen geringen Teil des „gepoolten" Goldes behalten konnte und noch erhebliche Mengen seines eigenen Goldes verlor, während gleichzeitig der Notenumlauf der Bank von England stark erhöht werden mußte, und die Ausgabe von Currency Notes[1], die gleichfalls im Gold der Bank von England Deckung finden, beträchtlich vermehrt wurde. Hatte am 5. Juli 1916 der Notenumlauf der Bank von England 36,3 Millionen Pfd. Sterl. und der Barvorrat 60,3 Millionen Pfd. Sterl. betragen, so stellten sich die entsprechenden Zahlen am 2. August 1917 auf 40,4 Millionen Pfd. Sterl. bezw. 52,4 Millionen Pfd. Sterl. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Betrag der Currency Notes von 123,8 Millionen Pfd. Sterl. auf 168,5 Millionen Pfd. Sterl. Selbst wenn man den übrigens unverändert gebliebenen Betrag von 28,5 Pfd. Sterl. Gold, der als besondere Deckung für die ausgegebenen Currency Notes dient, zu dem Barvorrat der Bank von England hinzurechnet, so ergibt sich für die englischen Banknoten und die Currency Notes zusammengenommen eine schwache Golddeckung. Immerhin hat der „Goldpool" England Vorteile gebracht; denn es wurde auf diese Weise verhindert, daß die Bank von England ihr eigenes Gold in noch stärkerem Maße an Amerika abgeben mußte. Vor allem haben aber die Vereinigten Staaten Grund dazu, das Zustandekommen des „Goldpools" zu preisen. da ein

[1] Notstands-Noten.

Digitized by Google

So wird der Friede erreicht

•

Der nächste Baustein zum Frieden sei der Erfolg der Kriegs-Anleihe

•

Darum zeichne!

•

Digitized by Google

großer Teil ihrer Goldzufuhren auf sein Konto zu setzen ist. Wie sehr der Goldschatz Amerikas im letzten Jahre gestärkt werden konnte, läßt sich u. a. daran erkennen, daß der Goldvorrat der Bundesreservebanken sich Anfang Juli dieses Jahres auf 1317 Millionen Dollars gegen 555 Millionen Dollars um die gleiche Zeit des Vorjahres belief und weiter auch daran, daß die Goldeinfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1916 977 Millionen Dollars und der Überschuß der Goldeinfuhr über die Goldausfuhr 685 Millionen Dollars betrugen. Durch den „Goldpool" sind die Bande, die die Alliierten zusammenhalten, noch fester gezogen worden, die finanziellen Verknüpfungen innerhalb der Entente haben sich aber noch verwickelter gestaltet, und es ist sehr die Frage, ob Frankreich, Rußland und Italien, ja auch England nach dem Kriege das verschwundene Gold wieder aus dem Wirrwarr herausfinden werden.

Notizen

Ein englisches Loblied auf die demokratische Kontrolle in Deutschland. Der bekannte demokratische Abgeordnete im englischen Unterhause, Philipp Snowden, fällt im „Labour Leader" vom 6. September über den Siebener-Ausschuß des Deutschen Reichstags folgendes höchst anerkennende Urteil: „Die Bewegung im Sinne einer demokratischen Überwachung der auswärtigen Politik schreitet in Deutschland fort und ist schon bis zu einem Grade gediehen, der weit über das Maß der Überwachung, die das englische Unterhaus besitzt, hinausgeht. Es ist stets eine Frechheit von Seite englischer Minister gewesen, es so hinzustellen, als ob der Deutsche Reichstag nichts zu sagen habe und damit die demokratischen Vollmachten des Unterhauses zu vergleichen. Das englische Unterhaus hat keinerlei Kontrolle über die auswärtige Politik und Balfour hat noch eben gesagt, es sollte sie auch nicht haben. Freilich kann es Kredite verweigern; das aber kann der Reichstag auch und dessen Haushaltsausschuß hat viel weitergehende Rechte in Steuersachen als das Unterhaus. Aber die Kontrolle des Reichstags über die auswärtige Politik ist soeben viel weiter gegangen als sie irgendeins der Parlamente der kriegführenden Länder übt. Der Kanzler präsidiert einem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in dem Vertreter von fünf Reichstagsparteien sitzen, um die Antwort auf die Papstnote aufzusetzen. Das ist schon im voraus eine Antwort auf Wilsons aufgesetzte Forderung nach einer demokratischen deutschen Regierung. Wir begrüßen diese Veränderungen in Deutschland von Herzen und hoffen ernstlich, daß die Bewegung schnell weiter gehen wird. Wenn Deutschland erst völlig demokratisch gemacht ist, können wir auf die gleiche Revolution in England und Amerika hoffen."

Neuerscheinungen

Bücher der Geschichte

Friedrich Meinecke hat der vierten Auflage seines so schnell berühmt gewordenen Buches „Weltbürgertum und Nationalstaat" (Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, Oldenburg, München) ein beachtenswertes Nachwort hinzugefügt. Er erhebt aus der Einigung aller Kräfte zum Krieg und von dem gemeinsamen Boden aus, den wir durch ihn empfunden haben, die „für alle Parteien und die Regierung gültige" Forderung, uns neu zu orientieren. „Die Bedürfnisse der Machtpolitik werden auch in Zukunft das Verfassungsleben des Deutschen Reiches im letzten Grund bestimmen, und der preußische Militarismus, um dessentwillen sich das „preußische" System im Innern hat erhalten können, wird auch in Zukunft unsere Wehr und Waffe in der Welt sein müssen. Aber seine Formen werden ohne Schaden für seine Leistungsfähigkeit etwas umgestaltet und geändert werden

Digitized by Google

können, um der Wehrkraft der Nation ihre breiteste und stärkste Grundlage zu geben. Der liberale Bürger und sozialdemokratische Arbeiter wird, wie jetzt im Krieg, so auch in Friedenszeit, mit Freuden dem Heere dienen, wenn ihm Vertrauen geschenkt wird und wenn ihm alle Rechte gegeben werden, die er als Mitverteidiger des Staates beanspruchen kann. Man wird wieder anknüpfen können an die volkstümlichen Gedanken der Scharnhorstschen und Boyeschen Heeresreform, ohne das feste Rückgrat des Berufsheeres zu opfern, das Kaiser Wilhelm I. und Roon zur Geltung gebracht haben. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber sie ist lösbar und für den modernen Menschen, der seine Doktrinen gern der Erfahrung opfert, leichter lösbar, als für die Menschen des 19. Jahrhunderts, die ihre Erfahrung noch gern zur Doktrin erstehen lassen." Insbesondere erhebt sich für ihn die Frage, wie sich das Verhältnis Preußens zum Deutschen Reiche gestalten soll. „Die Lösung dieser Aufgabe ist die Voraussetzung für die Lösung der weiteren Aufgabe, Preußen und Deutschland in ein wahrhaft organisches und harmonisches Verhältnis zu einander zu bringen. Wenn unserem Heerwesen die volle Synthese von Volksheer und Berufsheer gelingt, so wird auch unserem Staatsleben die volle Synthese vom preußischen Organismus und Reichsorganismus gelingen. Denn kein Grund liegt dann mehr vor, die preußische Eigenart unter allen Umständen ängstlich zu schonen. Das Mißtrauen gegen die sozialen Mächte des neuen Deutschlands hält die preußische Eigenart aufrecht; das Vertrauen zu ihnen, das aus diesem Krieg emporsprießt, wird es gestatten, die preußische Eigenart so weit zu mildern, daß auch das ganze neue Deutschland mit Vertrauen auf sie blicken kann." Als überflüssige Ecken und Kanten des preußischen Systems bezeichnet er insbesondere das Wahlrecht und die Besiedelung des Ostens. Nur in der Reform des Wahlrechts und der energischen Weiterführung der inneren bäuerlichen Besiedelung des Ostens sieht er die Möglichkeit, Preußen mit Deutschland und die in Preußen bisher vorwaltenden sozialen Schichten mit den breiteren Massen des Volkes endgültig zu versöhnen.

„Der Krieg im Lichte der idealistischen Philosophie vor hundert Jahren und ihre Wirkung auf die Gegenwart" wird von Lic. Wilh. Braun einer Betrachtung unterzogen (C. Bertelsmann, Gütersloh). Der Verfasser stellt fest: „Zu welch praktisch verschiedenen Ergebnissen die Theorien der einzelnen spekulativen Vertreter des Idealismus geführt haben, zeigt der Gegenstand, der uns hier beschäftigt: Der Krieg, von Kant aus seinen Voraussetzungen heraus bekämpft, von Fichte und Hegel aufs lebhafteste befürwortet. Kant starb 1804, Fichte 1814, Hegel 1831, Schelling 1854. Schon diese Daten zeigen, daß Kant am Eingangstor der großen Bewegung der Freiheitskriege, Schelling am Ausgangstor gestanden hat. Das spiegelt sich auch in ihrem Urteil über den Krieg: Kant völlig ablehnend, Fichte und Hegel begeisterte Kronzeugen des Krieges, Schelling reflektierend die objektive Notwendigkeit des Krieges begründend." Der Verf. ergänzt diese Reihenfolge durch die ethische Begründung des Krieges damit, daß der Staat seine Unabhängigkeit, seine Ehre und seine geistige Welt aufrecht erhalten muß und der Einzelne mit Einsatz seines Lebens im Gehorsam an diesem Ziele mitzuarbeiten hat. Indem Dr. W. Mogk „Kants Ansichten über Krieg und Frieden" darstellt (Falken-Verlag, Darmstadt, M. 3.—), weist er nach, daß die Vereinigung von verstandesmäßiger Aufklärung und gefühlsmäßiger Vertiefung in ihnen ganz dem Geist des 18. Jahrhunderts gemäß ist. Dies zugleich aber Kant so in die Zukunft weist, daß Fichte, der Philosoph der Freiheitskriege, auch in seinen Ansichten über Krieg und Frieden ein Schüler Kants ist: „Die Reden an die deutsche Nation atmen Kantischen Geist." „Die Männer, welche den preußischen Staat in der Zeit der Freiheit wieder hergestellt haben, hatten mehr oder weniger die Kantsche Philosophie in sich aufgenommen. Wenn es auch eine historisch wohl zu kühne Behauptung von Cogén ist, daß die deutsche Heeresverfassung aus dem Geiste Kants entstanden sei, so ist doch die Wirkung Kants mit seinen Ansichten über Krieg und Frieden auf die Folgezeit wenigstens nicht zu unterschätzen." Eine Abwehr eines katholisch klassizistischen Literatur- und Kulturprogramms ist das Buch von Christoph Flaskamp (Verlag J. Schnell, Warendorf i. W.). „Die im katholischen Deutschtum bisher gezeitigten Energien, die stärkste Anerkennung verdienen, genügen im bisherigen Umfang und vielfach auch in der bisherigen Form keineswegs zum Neubau der deutschen Kultur. Und leicht könnte es sein, daß ihnen die zum Durchbruch nötigen ergänzenden Kräfte eher als aus den „eigenen Reihen" aus konsequent liberalen Kreisen, denn der konsequente Liberalismus (Liberalismus steht hier und an allen Stellen im Sinne einer unzulänglichen Weltanschauung, nicht dem einer politischen Partei) führt zur Erkenntnis der Inkonsequenz und Ungenüge der neueuropäisch-liberalen Bildung, zuströmen werden, wie damals in der Romantik. Die neueuropäisch-liberale Bildung selbst aber ist keine genügende Grundlage und kein füllender Gehalt für die neue deutsche Kultur; diese wird vielmehr nur auf den tieferen und breiteren, von der Romantik wieder aufgedeckten Grundlagen ihrer vormaligen Größe bestehen und ihren Beruf voll auswirken, oder aber sie wird nicht bestehen."

In einer Schrift „Friedrich der Große und Bismarck im Kampf gegen die Koalitionen" legt Prof. Dr. Walter Hoch (Friedr. Gutsch, Leipzig) die Frage vor, was heute Bismarck tun würde.

Digitized by Google

Er beantwortet sie so: „So verwegen es scheinen mag, die Gedankengänge eines Genies zu finden, so dürfen wir doch als ausgemacht annehmen, daß sein einziges Ziel gewesen wäre, die Entente zu sprengen oder sich doch die Möglichkeit einer Verständigung und Annäherung zu wahren. Jedenfalls können wir uns nicht der Einsicht verschließen, daß es nicht unser Ziel sein kann, England dauernde und mächtige Bundesgenossen zu schaffen. Wir haben den Krieg doch nicht deshalb bekommen, weil wir „Einfallstore" hatten. Gebietsabtretungen müssen wir als das ansehen lernen, was sie in der Geschichte immer gewesen sind. Es sind keine „Friedensgarantien". Gewiß, sie schwächen den Gegner, verbessern die strategische Lage, schaffen aber auch dauernde Feindschaft. Daß für die Politik nicht bloß strategische Gesichtspunkte in Betracht kommen können, zeigt uns Bismarck. Auch dieser furchtbare Krieg wird vorüber gehen, aber die neuen Gegensätze, die die Friedensbedingungen aufreißen, werden bleiben. Hier können uns nicht Schlagwörter helfen, sondern nur der Geist unsrer Großen, den das Volk in sich aufgenommen hat. Er muß aber auch zu jener gegenseitigen Verständigung und Einigung führen, die allein uns retten kann."

Im Vergleich der Taten des Großen Friedrich mit denen unserer Zeit kommt der General A. v. Janson in einem Buch über „Des großen Königs Erbe", das sich vorzugsweise mit der Organisation, der Taktik und Strategie des Friederizianischen Heeres beschäftigt (Gebr. Paetel, Berlin), zu dem Ergebnis: „Wir schlagen uns heute unter günstigeren Voraussetzungen als Friedrich der Große. Das Volk in Waffen in seiner großartigsten Ausgestaltung, keine Söldner, kein fremdes Element einschließend, kämpft für sein Dasein. Dieses Volk ist eins mit seinen Fürsten und seinem Kaiser, dem obersten Kriegsherrn, — eine moralische Macht ohnegleichen. Ein Teil dieses Volkes bemannt die Flotte, die sich dem Heere ebenbürtig erwiesen hat. Wir sind auf dem Wasser nicht mehr abhängig vom guten Willen eines Bundesgenossen. Wir haben allen Grund zum festen Vertrauen auf einen guten Ausgang. Wie aus dem Siebenjährigen Kriege soll das Reich hervorgehen als der „Staat der Zukunft". Das bedingt die größtmögliche Stärkung durch den zu erkämpfenden Frieden. Mit Recht hat kürzlich ein deutscher Jurist (Professor Rückmann) darauf hingewiesen, daß Friedrich seinen Siegespreis schon vorweggenommen hatte." Darum konnte er sich, wenn auch schweren Herzens entsagend, mit der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege zufrieden geben, er, der einen Krieg ohne Eroberungen so schwer verurteilte. Um so mehr konnte er dies, weil nach menschlicher Berechnung die durch den Krieg geschaffene Weltlage einen langen Frieden gewährleistete. Nichts weniger als dieses würde jetzt bei einer Rückkehr zum Zustande vor dem Kriege der Fall sein, in absehbarer Zeit hätten wir neue Angriffe von allen Seiten zu gewärtigen. So gestärkt und widerstandsfähig, daß niemand uns aufs neue anzugreifen wagt, muß Deutschland aus diesem Kriege hervorgehen.

Emil Ludwig hat der neuen erweiterten Ausgabe seiner künstlerisch hochinteressanten Bismarck-Biographie (S. Fischer, Berlin) als Vorrede die Gedenkworte vorausgesetzt, die er in Konstantinopel am 1. April bei der feierlichen Pflanzung einer Bismarckeiche durch die deutsche Botschaft und Kolonie gehalten hat. Er nennt darin Bismarck den greifbarsten deutschen Charakter. „Deutsch in Treue, Glauben, Mut; deutsch aber auch im Zwiespalt des Innern, in der Wirrnis der Triebe, in Gewalten und Hemmungen der Seele, deutsch als Mensch mit seinem Widerspruch. Je ferner die Zeit seines Wirkens rückte, um so reicher, um so wahrer entwirkte sich vom Hintergrunde seiner Taten die Gestalt, und erst seit die Deutschen in seinen persönlichen Dokumenten erkannten, wie viele Zartheit neben so viel Härte wohnte, wie die Blässe des Gedankens immer hinter der Röte seiner Tatkraft schimmerte, als sie in das Netzwerk dieser Menschenseele blickten, — da erst wurde Bismarck eine Gestalt jener Zeit seines Wirkens! Denn nun konnte sich jeder deutsche Charakter in ihm spiegeln. Da ist er auch zum Vorbild geworden! Wir sahen, wie schwere Arbeit dieser Mensch an sich selbst geleistet hat, um immer wieder die Idee über die Passion herrschen zu lassen; wie er die Quadriga seiner Leidenschaften zähmte, um die gebändigten in nutzbaren Schritt zu bringen. Die Tugenden des Menschen sind über die Welt verteilt; kein Volk tut gut, sich allein in ihrem Besitz zu wähnen und sich ihrer zu rühmen. Aber Beherrschung seiner selbst: das ist wohl eine sehr deutsche Tugend, und wie in Bismarck sich Trotz und Pflichtgefühl, wie Lebensgefühl und Herrschaft, wie Wille zur Macht und Wille zur Einsamkeit sich gegenseitig die Wage halten, sich ergänzten und korrigierten, um eines Werkes, einer Sache willen: das ist ein deutsches Schauspiel gewesen, und das gibt ein deutsches Vorbild — für euch, die Jugend!" Bismarcks Verhältnis zu den Frauen stellt in Romanform E. Kißling-Valentin dar. („Bismarck und die Frauen", Grethlein, Leipzig.)

Helden der Geschichte: Alexander der Große ist der Held zweier neuer Bücher: der klassischen Biographie Droysens (die R. v. Decker, Berlin, neu auflegt) und des Dramas von Max Pulver (Kurt Wolff, Leipzig). Rein ist das Bild in keinem. Droysens ruhige vorbildliche Klarheit wird durch den aufdringlichen Hinweis des Verlags auf die „überaus interessante persönliche und aktuelle Einleitung" des „geistesverwandten" Sven Hedin getrübt, das lebhaft dramatische Bild Pulvers durch die Neigung

Digitized by Google

seines Helden zu blasser unfruchtbarer Reflexion. Der Versuch Albert Kösters, ein Bild Gottfried Kellers zu zeichnen (Gottfried Keller, B. G. Teubner, Leipzig) hat bei uns und draußen soviel Anklang gefunden, daß er schon in dritter Auflage erscheinen kann. Der aufrechte Schweizer, „der in allem Ungemach sich nie verhärtet hat und eine große Menschenliebe still verschlossen mit sich trug", der ein Sohn seines Landes blieb und doch des großen Zuges nie ermangelte, der ihn über Landesgrenzen hinaus den Menschen suchen ließ, kann heute recht als ein Symbol gelten, ein Gruß hoher, freier Gesinnung „an die Tapferen im Felde", an die der Verfasser diesmal zuerst gedacht hat.

Die Quellen: Den Forderungen der Zeit wird auch die Quellensammlung von B. G. Teubner für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen gerecht. Die Themen aus der alten und mittelalterlichen Geschichte sind so ausgewählt, daß aus gleichartigen Vorgängen vergangener Jahrhunderte Rückschlüsse auf unsere Zeit gezogen werden können. Mit Bändchen über Friedrich den Großen, das Weltbürgertum und Staatsgefühl von 1750—1822, über die sittlich-geistige Wiedergeburt zu Anfang des 19. Jahrhunderts werden Wurzeln der heutigen Zeit aufgedeckt. Mit einem Heft Italien werden wir mitten in das politische Problem des Weltkrieges gestellt. Schule und Haus werden Nutzen aus den Heften ziehen. Wie sehr noch immer das Bedürfnis besteht, die Vergangenheit aus den Quellen kennen zu lernen, beweist eine neue Reihe von Quellen-Büchern R. Voigtländers, Leipzig. Horst Kohl führt in drei Bänden „Deutschlands Einigungskriege 1864—71" (—.70—1.20 M.) an Hand von Briefen und Berichten der führenden Männer unmittelbar in die Zeit, in der Deutschland sich zum Einheitsstaat entwickelte; in die Gedankenwelt und Taten der Männer, die den Einheitsstaat geschaffen haben. — „Aus großen Meistern der Naturwissenschaften" nennt der Leipziger Verlag Tob. A. Barth eine neue Sammlung von volkstümlichen Schriften von L. Boltzmann, Ernst Mach, W. May u. a. (M. —.45.) Den von deutschen Verlegern schon seit langem gepflegten Unternehmungen reiht sich neuerdings auch eine österreichische an. Der Schulwissenschaftliche Verlag A. Haase (Prag, Annahof) legt in Einzelheften Quellen zur österreichischen Geschichte vor.

Die handlichen, gut gearbeiteten Hefte führen in die Tage der Hussitenkriege, den Kampf Königs Siegmund um Prag (M. 1.20), in die Bestrebungen der Böhmischen Brüder (M. 1.20), den Briefwechsel Maria Theresias mit Josef II. (M. —.85), Verlag A. Haase, Leipzig 1917. Die Ansiedlung der Deutschen in den Karpathenländern. Als nachträgliche Gabe zum fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum König Wilhelms II. von Württemberg bringt der Fremdenverkehrsverband Württemberg-Hohenzollern ein Erinnerungsbuch heraus unter dem Titel „Hie gut Württemberg allewege". Die Einzelbeiträge handeln von sozialen, industriellen, gewerblichen kulturellen Fragen — ein Zeichen der Anhänglichkeit an das angestammte Haus, der Freude über das heimische Land.

Länderkunde: Zwei brauchbare Hilfsmittel für Schule und Haus bringt die Kartographische Anstalt G. Freytag & Bern (Wien-Leipzig): einen Weltatlas mit 58 Hauptkarten und ausführlichem Verzeichnis geographischer Namen (geb. M. 4.20) und einen geographisch-statistischen Universalatlas (geb. M. 4.50), den Prof. A. L. Wickmann bearbeitet hat. Beide Atlanten haben handliches Taschenformat und lassen doch an Übersichtlichkeit nichts vermissen. In „Natur und Geisteswelt" (B. G. Teubner, Leipzig) erscheint schon in zweiter Auflage das kleine Buch von P. Thomsen über „Palästina und seine Kultur in fünf Jahrtausenden", eine Skizze über die Ergebnisse der Ausgrabungen und Forschungen in Palästina. Dem Freunde des Morgenlandes wird die berichtigte Ausgabe des Buches willkommen sein.

Die Schicksale des Grenzlandes Ostpreußen in den Kriegen vergangener Zeiten stellt eine Schrift des Stellvertretenden Generalkommandos, I. Armeekorps, zusammen. Tartareneinfälle während des Schwedisch-Polnischen Krieges 1656—57, Russenherrschaft in Ostpreußen und Königsberg im Siebenjährigen Krieg, Bedrängnis in der Franzosenzeit von 1806/12 sind die Hauptkapitel in dem bewegten Schicksal des vielumstrittenen Grenzlandes.

Briefkasten. Herr stud. phil. Otto Helmut Burckhardt wird gebeten, seine nähere Feldadresse mitzuteilen zur Ermöglichung einer Beantwortung seines Briefes.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 19. Oktober 1917 • Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Luther als deutscher Politiker

Von D. Emil Fuchs, Pfarrer zu Rüsselsheim

Darf man von einem „Politiker" Luther überhaupt reden? War der gewaltige Mann in der Politik nicht ein Kind? Wie kindlich das durch lange Jahre festgehaltene Vertrauen zu dem „jungen Blut", Kaiser Karl V., wie kindlich der immer wiederkehrende selbstverständliche Glaube, daß auch die Dinge dieser Welt nach dem Gewicht des göttlichen Wortes und im Gehorsam gegen die höchsten Ideale geregelt und gestaltet werden könnten, würden und müßten. Wie kindlich seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Kaiser und deutschen Fürsten. Als Untertanen des Kaisers faßt er sie, die ihm gehorchen müssen. Von dem ganzen verwickelten Ringen, Verhandeln und gegenseitigen Eingrenzen der Macht weiß er nichts und will er nichts wissen. Wie kindlich seine ganze Stellungnahme gegenüber den großen politischen Plänen Philipps des Großmütigen, seines bedeutenden Gegenspielers in den Reihen der führenden Männer des Protestantismus. Philipp der Großmütige, der Politiker, will den großen Bund der protestantischen Fürsten und Städte gegen den Kaiser. Gegenseitig wollte man sich schützen und durch die Verpflichtung zum gegenseitigen Schutz zu einer starken Macht werden. — Ja konnte denn überhaupt ein Fürst, eine Stadt, ein Land als solches dem Protestantismus beitreten, ohne gleichzeitig die Frage aufzuwerfen, wie erhalte und habe ich Schutz vor den deutlichen Plänen des Kaisers, der sie alle zur Rechenschaft ziehen, den Protestantismus ausrotten und gleichzeitig durch Niederwerfen der protestantischen Fürsten seine kaiserliche Macht aufs höchste steigern wollte? Für Luther war und blieb es Unrecht, gegen den Kaiser zu rüsten und sich zu verbünden. Mit Mühe und Not rangen ihm die Juristen das Zugeständnis ab, daß protestantische Fürsten sich gegen einen Angriff des Kaisers zur Wehr setzen dürften.

Wie verhängnisvoll wurde hier die kindliche Vorstellungswelt des gewaltigen Mannes. Zum Führer eines Volkes erhoben, fehlt ihm der Blick für die realen Notwendigkeiten der Machtpolitik. So ruht mit auf ihm die Schuld, daß der Kaiser bei

Digitized by Google

seinem entscheidenden Angriff kein genügend vorbereitetes Bündnis des Protestantismus traf, sondern eine zersplitterte, in sich unsichere und unschlüssige Schar. Mit auf ihm ruht die Verantwortung, daß durch seinen Gegensatz zu Zwingli es dem Protestantismus unmöglich gemacht wurde, sich innerlich zu einen zu starker Widerstandskraft nach außen. — Das bedeutet nicht nur eine dem Protestantismus ungünstige Entscheidung im Kampfe mit dem Katholizismus. Es war der Fürst des spanischen Weltreiches, der die Macht der deutschen Fürsten im Schmalkaldischen Krieg unter sich beugte. Es war eine der Entscheidungen, die Deutschlands Unselbständigkeit für die kommenden Jahrhunderte entschied. Wurde der Protestantismus schließlich durch Moritz von Sachsen gerettet, der Schlag, den die deutschen Städte empfangen hatten, der Schlag, der dem deutschen Fürstentum und seinen Einheitsbestrebungen zugefügt war, war nicht mehr gut zu machen. Es war die Lage geschaffen, die zum Dreißigjährigen Krieg drängte.

Oder ist „kindlich" nicht vielleicht zu günstig geurteilt? War es nicht auch die mönchische Enge? Sie stellt im Streit mit Zwingli die dogmatische Meinung über die Notwendigkeit politischer Einigung gegen Kaiser und Rom. Sie zeigt sich in der Ablehnung der Klugheiten der hohen Politik, wie in der Ablehnung der neuen Methoden der Geldwirtschaft. Ja es ist etwas von unüberwundener mönchischer Enge dabei und es ist etwas von jenem kleinbürgerlichen Geist dabei, der Fürsten und Reich und ihre Verhältnisse anschaut wie die Verhältnisse von Nachbar Hans und Kunz und Bürgermeister und Pfarrer und Amtmann. Spüren wir doch in den Fürsten der Zeit diesen kleinbürgerlichen Geist, der sich hohen Zielen nicht erschließen kann. Wie muß Philipp der Großmütige mit diesem Geiste ringen. Es war eben im deutschen Fürstentum noch keine Reife zur hohen Weltpolitik vorhanden. Erst mit ihm und dann Moritz von Sachsen wachsen deutsche Politiker mit weltweitem Blick. Zu spät und zu schwach. — Wäre Luthers gewaltige Kraft von solchem Blick geleitet gewesen, was hätte geschaffen werden können? Es hätte Deutschland einig erhalten, in einem gewaltigen Sturm ein Volk eines deutschen Geistes, unter deutschen Fürsten werden können? Wenn, ja wenn. — Und doch ist es unrecht, solche „Wenns" trauernd zu sagen.

Diese Kindlichkeit ist doch die Kindlichkeit des urgewaltigen Genies, dem die geheimnisvollen Instinkte mehr zeigen als die größte Klugheit des Politikers sieht. Durch die Kleinbürgerlichkeit hindurch wirkt das Schauen des Propheten und über die mönchische Enge hinaus hebt es sich einer Zukunft entgegen, die damals noch niemand ahnen und mit keiner politischen Klugheit und Zielsetzung umfassen konnte.

In dem genialen Mann lebt ein übergewaltiges Bewußtsein, daß des deutschen Volkes Schicksal durch ihn und an ihm entschieden wird. Man lese die Schrift voll Sturm und Haß und Liebe und Zorn, die er dem deutschen Volke nach dem Reichs-

Digitized by Google

tag zu Augsburg gewidmet hat[1]. Wie iſt dieſe Schrift durchdrungen und durchblutet von dem Bewußtſein: „Ihr könnt mich töten, ihr könnt mein Werk vernichten. Dann vernichtet ihr die Zukunft unſers Volkes, dann kommt in unendlicher Zwietracht, in Aufruhr, den zu dämpfen die geiſtige Kraft fehlt, die ſittliche Stärke nicht mehr da iſt, Deutſchlands Untergang:

„Nach meinem Tod ſollen ſie aller erſt den Luther recht fühlen, Wie wol auch jtzt, wo ich jnn ſolchem Bepſtiſchem und Pfeffiſchem Aufruhr ermordet werde, Do will ich einen Haufen Biſchoff, Pfaffen und Münche mit mir nemen, das man ſagen ſoll, Doctor Martinus ſei mit einer großen Proceſſion zum grabe bracht, Denn er iſt ein großer Doctor uber alle Biſchove, Pfaffen und Münche, darum ſollen ſie auch mit ihm zum Grabe gehen auf dem rucken, das man davon ſingen und ſagen ſoll, Und wölen alſo zur letzte ein walrfertlein miteinander tun, ſie, die Papiſten, jnn Abgrund der helle ... jch zu meinem Herrn Jheſu Chriſto, dem jch in wahrheit und friede gedient habe[2]."

Worauf ſich dieſe Gedanken beziehen, zeigt der Zuſammenhang der Schrift, aber auch Stellen aus der Schrift: Vermahnung an die Geiſtlichen zu Augsburg[3]."

Luther iſt der Anſicht, daß mit dem Wegfallen des Schwergewichtes, das ſeine geiſtige Autorität und Kraft all den wilden, zügelloſen Aufruhrbeſtrebungen in Deutſchland entgegen ſetzte, eben dieſer Aufruhr mit neuer wilder Gewalt losbrechen würde:

„Denn ſo jhr auf ewrem trotz und pochen beharren wollt, ſo ſolt jhr wiſſen, daß des Müntzers Geiſt noch lebt, und meines beſorgens mechtiger und ferlicher, den jhr gleuben oder jtzt begreifen künd. Es gilt ewch mehr denn uns, wie wol er uns feinder iſt denn ewch, Aber wir haben einen trotz wider jhn, Gott ſei lob jnn ewigkeit; wollt Gott jhr hättet denſelbigen auch, nemlich das reine wort und rechtſchaffen gebet[4]."

Man erſchrickt faſt vor der Kraft des Haſſes und des Selbſtbewußtſeins in dieſen

---

[1] „Warnung an ſeine lieben Deutſchen". Dieſe Schrift findet ſich in der Ausgabe von Luthers Werken von Arnold E. Berger, 3. Bd., S. 195 ff. Jch benutze die Gelegenheit, auf dieſe ganz vortreffliche dreibändige Ausgabe hinzuweiſen. Sie iſt erſchienen in Meyers Klaſſiker-Ausgaben, Leipzig und Wien, Bibliographiſches Jnſtitut.

Nach ihr ſollte jeder greifen, der die Kulturbedeutung Luthers verſtehen lernen will und eine Vorſtellung der Kraft, Wucht und beherrſchenden Schönheit ſeiner Sprache zu gewinnen ſucht. Unter dieſen beiden Geſichtspunkten iſt die Auswahl der Schriften getroffen. Sie gibt Luthers urſprüngliche Sprache ohne Moderniſierung, dazu Einleitungen von unübertrefflicher Feinheit des Verſtändniſſes für Luther und Luthers Bedeutung.

Wer gerade die Kulturbedeutung Luthers eingehender kennen lernen will, der gehe an den Werken des Herausgebers nicht vorüber: A. E. Berger, Die Kulturaufgaben der Reformation — M. Luther in kulturgeſchichtlicher Beleuchtung — Urſachen und Ziele der deutſchen Reformation.

Ein Bild des Reformators übermittelt auch das Werk: Luther in ſeinen Worten und Werken von Martin Rade in der Sammlung: Die Klaſſiker der Religion herausgegeben v. Pfannmüller, Huttenverlag, Berlin.

[2] Obengenannte Ausgabe S. 199 f.

[3] Bergers Ausgabe Bd. 3, S. 47 ff.

[4] Bergers Ausgabe Bd. 3, S. 51.

Digitized by Google

Stellen. Die mächtigsten, finster-stolzen Stellen des Nibelungenliedes treten vor die Augen, wenn man dies liest. Aber wie deutlich fühlt sich dieser Mann auch als Mittelpunkt und Prophet seines deutschen Volkes.

Aber sieht man hier nicht auch in der Tiefe ein anderes politisches Ziel instinktiv, gefühlsmäßig erfaßt vom genialen Geist hinter all der Kindlichkeit und mönchischen Enge, die zuerst entgegenleuchtet. Der Prophet des deutschen Volkes ringt mit dem klugen Staatsmann Philipp dem Großmütigen um sein Amt, seine Stellung als Mittelpunkt und Prophet des gesamten deutschen Volkes. Ohne sich verstandesmäßig dessen klar bewußt zu sein, weiß er, daß alle diese Fürsten, so sehr sie ihm anhängen, doch ihre eigenen Vorteile, Aufgaben und Pflichten und Vorurteile haben. Er fühlt, daß er in eine Partei hineingezogen wird, die sich gar nicht als seine Partei restlos darstellen kann, die sein Lebenswerk nur als ein Mittel zu einem andern Zweck benutzen muß und kann. Dagegen wehrt er sich. Alle diese protestantischen Fürsten bilden nur einen Teil des deutschen Volkes und auch ihr Bund wäre nur ein Teil. Er aber ist der Prophet und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Deshalb gehört seine Liebe dem Kaiser. Es lebt durchaus in seiner Seele jener Glaube an das Kaisertum, der im ausgehenden Mittelalter das deutsche Bürgertum und Bauerntum erfüllte, aus dem die Märe vom Barbarosse im Kyffhäuser usw. geboren wurde. Der Kaiser ist die Obrigkeit des ganzen Volkes und keine Partei. Im Glauben an den gegenwärtigen Kaiser Karl verbindet sich diese Liebe zum Kaisertum wieder mit jener Kindlichkeit, die wir schon kennen lernten.

So steht Luther auch in der äußeren Politik durchaus mit dem Kaiser zusammen. Wie er sich gegen jeden Aufruhr gegen den Kaiser wehrt, so verfolgt er mit leidenschaftlicher Anteilnahme die Türkenkriege, und er ist mit die Ursache, daß die protestantischen Fürsten für sie dem Kaiser unbedingte Gefolgschaft leisten. Dabei wußte er wie sie, daß der endgültige Sieg über die Türken und über Franz I. bedeutete, daß der Kaiser sich mit aller Macht gegen den Protestantismus wenden würde. Sie lassen ihn nicht im Stich. Das ist das Bewußtsein der deutschen Aufgabe in Luther.

So will Luther keine Partei werden im politischen Leben der Deutschen. Deshalb wehrt er sich auch so kraftvoll gegen Philipp des Großmütigen Pläne von einer Verbindung mit Zwingli und den Schweizern. Nicht nur die politische Klugheit haßt sein Gottvertrauen in Philipp und Zwingli, er haßt auch den Inhalt ihrer Pläne. Je mehr sie um der politischen Klugheit willen ein Zurückstellen des dogmatischen Streites suchen, desto mehr holt er ihn hervor. Gott soll die Sache entscheiden und nicht aus Klugheitsgründen die Wahrheit vertuscht werden. Aber er will auch dies Bündnis nicht.

„Was aber soll werden", so fragten die Fürsten, so fragen wir heute noch? —

Digitized by Google

Am 18. November 1529, als das Kommen des überall siegreichen Kaisers drohte und Philipp von Hessen aufs eifrigste ein Bündnis betrieb, riet Luther seinem Kurfürsten davon ab:

„Will Kaiserliche Mayestät wider uns, so soll kein Fürst noch Herr uns wider ihn schützen, sondern man lasse dem Kaiser Land und Leute offen stehen als die seinen und befehle die Sache Gott. Soll auch niemand anders von seinem Fürsten und Herrn begehren, sondern ein jegliches soll dann für sich selbst stehen und seinen Glauben erhalten mit Darstreckung seines Leibes und Lebens und nicht die Fürsten mit in Gefahr ziehen oder mit Schutzsuchen beschweren, sondern den Kaiser lassen schaffen mit den Seinen wie er will, so lange er der Kaiser ist."

Nur das sollen die Fürsten verweigern, selbst mit Hand anzulegen zur Verfolgung der Protestanten. Wieder steht ihm dabei die Einheit der deutschen Nation vor Augen:

„So ist auch zu bedenken: wenn es schon recht wäre, sich also wider den Kaiser zu setzen und ginge an, so müßten wir weiter und den Kaiser verjagen und selbst Kaiser werden; denn der Kaiser müßte sich wehren und würde da kein Aufhören sein, bis ein Teil, läge... Welch ein unaussprechlich Morden und Jammer würde da werden, daß ein Fürst sollte lieber drei Fürstentümer verlieren, ja lieber dreimal tot sein, denn solchen Jammers Ursach sein oder dazu helfen."

Hinter all diesen Worten aber muß man das obengeschilderte Selbstbewußtsein des Propheten fühlen, um sie ganz zu verstehen: Ja er will schutzlos vor dem Kaiser seines Volkes stehen und dann soll sich zeigen, wie weit der Kaiser mit aller äußern Gewalt diese seine innere Kraft bändigen und niederwerfen kann. Er will seiner Gewalt preisgegeben sein wie zu Worms und dann soll und wird sich wie dort das ganze Leben des Volkes um ihn drehen. Er wird vielleicht getötet werden. Aber das wird sein wie der jüngste Tag für alle, die es mit erleben und in der beispiellosen Erschütterung wird das geistige Leben des ganzen Volkes sich bilden und erneuern um seine Glaubensüberzeugung und aus seinem Wesen. — Dagegen aber wehrt er sich, daß eine Partei in Deutschland ihn und sein Werk mit Beschlag belegt. Dann ist er nur noch ein Gewicht in der Wagschale dieser Partei, dann werden alle, die aus andern Gründen dieser Partei entgegenstehen müssen, auch ihm entgegenstehen. Die große geistige Entscheidung in ihrer einzigartigen Wucht wird dem Gesamtvolke abgenommen und dafür eine behagliche und bequeme Sicherheit unter dem Schutz eines mächtigen Volksteiles den Anhängern des Neuen geboten. Für diesen Schutz tauschen sie es ein, daß auf eine Erneuerung des Gesamtvolkes verzichtet werden muß.

Da stehen wir vor dem, was Luther eigentlich wollte: Die Erneuerung des Gesamtvolkes. Es ist das, was wir ihm vor allem danken müssen. Aber hat Luther das wirklich gewollt? Ist es nicht nur ein zufälliger Erfolg seines Auftretens, während er der große Individualist (Einzelpersönlichkeit) war, der seiner Wahrheit lebte, seine Wahrheit vertrat, seine Glaubensüberzeugung ausbaute, unbekümmert um die andern. Sagt er nicht selbst einmal:

Digitized by Google

„Philippus (Melanchthon) macht es anders wie ich. Ihn bewegen die großen Fragen der Politik und Religion. Mich drückt nur private Sorge."

Er will es damit aussprechen, wie sehr ihm die innern Seelenkämpfe alles sind. Und entspricht dem nicht sein Verhalten zu Worms (1521)? Es war eine große, mächtige Partei unter den Ständen des Reiches, die sehr gern mit ihm gegangen wäre. Er sollte nur in seinen religiösen Überzeugungen so weit nachgeben, solche vermittelnde Formulierungen annehmen, daß es unmöglich war, ihn zum Ketzer zu stempeln. Dann wollte man ihn als Führer einer Volksbewegung gegen die Mißbräuche der Kirche auf den Schild heben, zu Ehrenstellen befördern. Dann sollte er die Möglichkeit einer kirchlichen Reform geboten bekommen. Über seine kirchlichen Reformpläne freute man sich ja bis in gut katholische Kreise hinein seit den Thesen gegen den Ablaß.

Luther war dafür nicht zu gewinnen. Ungebrochen von Furcht und nicht angekränkelt von diesen Gedanken staatlicher Klugheit verkündete er seine religiöse Überzeugung und brach dadurch mit denen, die nichts weiter sein wollten als kirchliche Reformer.

Ja, hier ist er der „Individualist". In schweren Kämpfen hatte er sich vom mittelalterlichen Gedanken losgerissen, daß irgendwelche kirchliche Werke die Gnade Gottes und damit den Eingang in die Ewigkeitswelt verdienen könnten: Gott liebt dich ohne alle Werke und vor allen Werken und Gott hat vor allen Werken, dir in der Gestalt Christi und der Botschaft Christi ein Ziel der Vollendung gezeigt, dem er dich zuführen will, weil er dich liebt. Vertraue ihm, gehe den Weg, den er dich führt und die sittliche Vollendung kommt zu dir als seine Gabe. Alles Gemachte und Gekünstelte ist seitdem von Luther abgefallen. Der sein, der ich bin, das ist das wichtige. Gott liebt nicht, was ich an mir erkünstle, sondern, was ich bin. Eine gewaltige ungebrochene Wahrhaftigkeit ist die Kehrseite dieser neuen religiösen Erkenntnis.

Aber es wäre falsch, darüber zu vergessen, daß Luther ebenso unbedingt ein Mann der Gemeinschaft ist. Er ist ein Mann der Kirche, ehe der Bruch mit ihr kommt. Nach dem Bruch ist er ein Mann des Volkes. Die Gemeinschaft ist für ihn das erste und das Aufsteigen der Überzeugung, die ihn aus der alten kirchlichen Gemeinschaft losreißt, stellt ihn um so fester in die neue Gemeinschaft des Volkes hinein.

So muß man auch bei der Tagung zu Worms im Hintergrund schauen und fühlen seine großen Schriften, vor allem die „An den christlichen Adel deutscher Nation". Warum die großen Schriften, warum dieser Aufruf an die Stände des Reiches, warum jene gewaltige Schilderung der Mißstände, die es zu beseitigen gilt? Doch deshalb, weil er eine Erneuerung des deutschen Volkes will, eine Erneuerung gewaltigster Art. Warum zog er nach Worms und nahm die Todesgefahr auf sich? Weil er vor dem gesamten deutschen Volke Rechenschaft geben wollte über das, was ihn bewegte. Aber mit den Reformern kämpft er nicht nur um das trotzige Recht seiner eigenen Überzeugung. Er kämpft auch um Recht und Möglichkeit, die Menschen, sein

Digitized by Google

Volk so gewaltig vom alten Glauben und alten kirchlichen Wesen loszureißen, daß daraus die tiefe, volle Erneuerung des deutschen Wesens kommen kann, die er erstrebt. Es ist das der erste Gang des politischen Kampfes, den er dann wieder, wie schon geschildert, mit Philipp dem Großmütigen auskämpfen muß: Soll sein Werk Sache einer Partei, einer kirchlichen Reformpartei werden, oder soll es die aufwühlende Gewalt behalten, durch die allein die ganze gewaltige geistige Umwälzung werden konnte. Dazu war er ja nur gegen den Ablaß aufgetreten. Nicht seine eigene neue Überzeugung wollte er aussprechen, sondern einen ernsten sittlichen und religiösen Schaden vom Volksleben und der kirchlichen Volkserziehung abwehren.

A. E. Berger in seinen genannten Werken weist auf diese Tatsachen hin, ebenso Troeltsch in seinen „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen". Bei ihm kommt allerdings Luthers überragende, einsame Größe und seine auf ihr beruhende Einwirkung ins Leben der Nation zu kurz. Berger jedoch weiß mit feinem Verstehen beides zu schildern.

Einzigartig, einzigartiges Erleben hatte ihn von der Kirche des Mittelalters losgerissen, einzigartig gewaltige Kraft des Willens, der Sprachbegabung, der künstlerischen Darstellung war ihm gegeben, tiefes, gemütvolles Empfinden hob ihn über alle seine Zeitgenossen hinaus, ein Mensch, ein Individuum ohne Gleichen an Stärke und Umfang der Begabung ist er. Aber nie ist ihm seine Persönlichkeit auch der Zweck seiner Arbeit. In jedem Augenblick ist sie ihm ein Mittel im Dienste einer Sache. Ja, zuerst mußte er sich durchringen zu der Erkenntnis, seinen Weg zu Gott und seiner Welt gefunden zu haben. Sobald ihm aber die unendliche Angst vor dem strafenden Gott, den die Kirche ihm vor Augen gehalten hatte, abgenommen ist, sobald er weiß, daß Gott ihn, den Martin Luther trotz seiner Sünden und mangelhaften Verdienste liebt und zur Vollendung führen will, stellt er sich hinein in die Arbeit für die andern. Ja, das ist ihm einer der wichtigsten Dienste, den der rechtfertigende Glaube dem Menschen leistet. Er befreit ihn von der Angst um sein Seelenheil und befreit ihn dadurch zu einem fröhlichen Dienste an den andern. Nachdem er von Christus erlöst ist, will der Christ ein Christus werden für die andern. Eine wundervoll feine Erkenntnis der menschlichen Seele liegt darin. Nur wo sie geknechtet ist, ist sie individualistisch, mit der Sorge für sich allein belastet. Sobald sie innerlich frei ist zu eigenartig geistiger Entwicklung, lebt sie für die Gemeinschaft, denn das Gemeinschaftsleben ist Stätte, Nahrung und Ziel aller eigenartig geistigen Entwicklung. Ohne sie ist die innerste geistige Eigenart gelähmt und um ihre Betätigungsmöglichkeiten gebracht. Je reiner, eigenartiger, geistiger der „Individualismus" (die Sorge fürs eigene Ich) ist, desto mehr ist er auch Gemeinschaftsgeist und Arbeit für die Gemeinschaft. — So ist es bei Luther. Er ist ein Gelehrter von großem Wissen. Aber er schreibt nur gelegentlich gelehrte lateinische Bücher. Seine Gelehrsamkeit wird ihm zum Mittel, die Geister aufzurütteln. Er ist sich dessen voll bewußt und rühmt sich:

Digitized by Google

Wohl könnte ich auch gelehrte Bücher schreiben wie meine Gegner. Sie sollen aber ein Büchlein schreiben, das den einfachen Mann packen kann wie die meinen.

Er ist ein Künstler, ein Dichter. Er ist es auch wieder nicht. Alle seine künstlerische Begabung ist nur Mittel zum Zweck, Menschen zur letzten Entscheidung über die Ziele ihres geistigen Wesens zu drängen. Er war, wie er selbst es scherzhaft bezeichnet, der „deutsche Papst" geworden. Alle Macht seiner Volkstümlichkeit steht im Dienste der großen Aufgabe, die er mit übergewaltigem Willen ergriffen hatte, der Erneuerung seines deutschen Volkes.

Wir sahen, wie er um diese Aufgabe kämpft, der Prophet der Deutschen zu sein und das gesamte deutsche Volk in einer kirchlichen und religiösen Erneuerung zu einem geschlossenen, selbständigen geistigen Leben und politischen Wesen zu führen. Die Zeitverhältnisse waren mächtiger wie er. Kein Kaiser stellte sich ihm zur Seite. Die Masse der Stände des Reiches stellten sich gegen ihn. Der ihm angeschlossene Teil der Fürsten wollte naturgemäß lieber alle eigene Fürstenmacht in Bewegung setzen, sich zu halten, als auf die Märtyrergedanken Luthers eingehen. So fand er gegen seinen Willen den Schutz der Fürsten und wurde gegen seinen Willen das geistige Oberhaupt einer Partei innerhalb Deutschlands, in der denn doch noch sehr viel andere Interessen galten und wichtig waren neben den religiösen. Philipp der Großmütige siegte über Luther. Aus der Reformation entwickelte sich der Bund der protestantischen Stände in Deutschland, ein Bund protestantischer Territorien gegenüber den katholischen, in jedem Territorium galt ein Glaube, aber nicht die lutherische Glaubensfreiheit; Deutschland zerspaltete sich in zwei Gruppen und zerfleischte sich im Dreißigjährigen Krieg. — Und doch hatte Luther nicht vergebens gekämpft und gearbeitet. Politisch unterlag er, dessen Verhalten nur auf dem Gefühl beruhte, den klugen, ausgearbeiteten Gedanken des hessischen Philipp. Aber er brachte dem deutschen Fürstentum in diesem Augenblick das Bewußtsein einer Aufgabe, die für Deutschlands zukünftiges Schicksal entscheidend wurde, die Aufgabe der Volkserziehung. Die Kirche versagte damals. Da rief Luther den „christlichen Adel deutscher Nation" auf, und je enger sein Bund mit dem Fürstentum wurde, desto mehr verlangte er auch von den Fürsten, daß sie sich dieses Bundes würdig erwiesen. Er verlangte das von den ihm verbündeten Fürsten mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der er Papst und Kirche angegriffen hatte, Luther war und wurde nie Fürstendiener, sondern wagte erstaunlich freimütig auch den ihm nahestehenden Fürsten seine Meinung zu sagen. Zunächst traten ihm die trefflichen sächsischen Fürsten zur Seite, dann Philipp von Hessen, dann breitete sich der Geist über viele deutsche Fürsten aus, auch die katholischen Fürsten Deutschlands wurden davon ergriffen. Mit immer größerer Gewissenhaftigkeit fühlte sich der deutsche Fürst als Verwalter auch des geistigen Wohles seines Volkes, die Einrichtung von Schulen und die Einrichtung einer Gesamtvolkserziehung wurde einem jeden heilige Gewissenspflicht. Friedrich Wil-

Digitized by Google

helm I., Friedrich der Große sind leuchtende Beispiele dieses Fürstentums, das sich für das geistige Werden und Entwickeln seines Volkes verantwortlich fühlt. In den katholischen Staaten wurde die katholische Kirche umgebildet zu einem solchen System der religiösen Volkserziehung. Vor allem traten hier die Jesuiten an die Spitze. Das Vorbild dazu hatte aber Luther geschaffen. Er schuf eine staatliche Volkserziehung auf Grund seiner religiösen Zielsetzungen. Das geschah zunächst in Sachsen. Dort wurden die Visitationen durchgeführt, tüchtige Pfarrer eingesetzt, Schulen geschaffen. Dort werden die Katechismen dem Volke gelehrt. Jeder, auch der einfachste Mann und die einfachste Frau sollten eine Vorstellung ihrer göttlichen Menschenwürde und Menschenpflichten haben, dadurch den Weg zum göttlichen Ziel für sich selbst finden, aber gleichzeitig auch zu tüchtigen, zuverlässigen Gliedern des Staatswesens erzogen werden. Letzteres hält Luther den deutschen Obrigkeiten immer wieder vor: Ihr müßt für rechte Erziehung sorgen, damit ihr rechte Untertanen habt, damit überhaupt auf eine gesegnete, kraftvolle Zukunft des deutschen Volkes und eurer Staaten gerechnet werden kann. Man hat sich das Verständnis für Luthers Tätigkeit auf diesem Gebiete verbaut, indem man diese seine erzieherischen Einrichtungen als Gründung einer neuen Kirche betrachtete. Daran dachte er gar nicht. Er wollte nach wie vor ein Glied der einen allgemeinen Kirche bleiben. Hätte er dem eine Gegenkirche entgegenstellen wollen, so hätte er allenfalls an eine Sammlung der wirklich Gläubigen zu kleinen, stillen Gemeinden im Lande gedacht. Darüber war er sich ganz klar, daß die Massen eben nicht im vollen Sinne des Wortes Christen seien, deren Gemeinschaft die christliche Kirche bilde. Nein, er verzichtete auf jeden Versuch solcher „Kirchenbildung" und stellte dafür sich und alle die, die er zu innerer Erneuerung erweckt hatte, dem Staate zur Verfügung zur Erziehung des Volkes. Der Staat sollte die Einrichtungen treffen, die Gelder schaffen. Er stellte die frommen, tüchtigen Leute von selbständigem Gewissen, eigener Überzeugung, Erfahrung der geistigen ewigen Werte und Liebe Gottes, durch die eine wirkliche Volkserziehung erfolgen konnte. Selbstverständlich war ihm die religiöse Grundlage. Und das mit Recht. Wer die geistige Geschichte der Menschheit genau verfolgt, wird erkennen, daß die innerste Geschlossenheit des Menschenwesens erst dann erreicht wird, wenn der Mensch gegenüber den innersten Werten, die in der Religion ihm entgegentreten, eine klare, einheitliche Stellung eingenommen hat. So bilden sich auch die Völker um ihre Religion, und wo die Religion keine starke Stätte mehr im Volksbewußtsein hat, verlieren die Völker ihre geistige Anziehungskraft, können auch kleine Volkssplitter nicht mehr in sich geistig hineinziehen und einschmelzen, können nicht mehr wachsen. Wir haben ein sehr lehrreiches Beispiel dafür an der Unfähigkeit des großen deutschen Volkes, die Elsaß-Lothringer, die Dänen, die Polen in sich einzuschmelzen. Es konnte das einem Volke nicht gelingen, das jene innere geistige Geschlossenheit, die durch Religion hergestellt wird, nicht mehr kannte. Nicht in klarem verstandes-

Digitized by Google

mäßigem Bewußtsein, aber in der gefühlsmäßigen Ahnung des genialen Mannes schuf deshalb Luther die religiös begründete Volkserziehung durch den Staat Man nannte das später die evangelischen Landeskirchen. Mit Unrecht. Landeskirchen sind erst daraus geworden, als die protestantischen Staaten katholische Gebiete erwarben. Statt nun irgendwie ein staatliches Erziehungssystem zu schaffen, das sich der Kräfte beider Kirchen bediente, löste man das vorhandene Erziehungssystem immer mehr vom Staate los und schuf eine zweite Kirche innerhalb des Staates, kam also nicht zu einem staatlichen Erziehungssystem, sondern zu zwei privilegierten Kirchen im Staate. Damit drängte man die evangelischen Kirchen in jenen Gegensatz zum protestantischen Volksempfinden, den sie heute noch nicht überwunden haben. Je mehr man dann erkannte, daß die Jugenderziehung wenigstens Pflicht des Staates sei, desto mehr kam man dazu, eine interkonfessionelle Jugenderziehung zu schaffen, die nun allerdings in Gefahr geriet, der erzieherischen Kräfte zu entbehren, die im religiösen Leben wurzeln.

Aber Luthers Schöpfung ist ein Wegweiser in die Zukunft. Mit der Tatsache dieses privilegierten Kirchentums ringt die Religiosität in unserm Volke. Durch sie wird alles, was sich der herkömmlichen Form anpaßt, gestärkt, alles, was eigene Wege geht geschwächt. Der Weg muß sein ein einheitliches, das ganze Volk umfassendes System der Volkserziehung zu schaffen, in dem die aus der katholischen, die aus der protestantischen Kirche, die aus andern religiösen Kreisen und Stimmungen kommenden Kräfte ihre religiöse Wirksamkeit zur Stärkung der geistigen Kraft und Eigenart unseres Volkes alle miteinander entfalten können. Denn Deutschlands Religiosität lebt in dieser Mannigfaltigkeit und nicht in der erzwungenen Einheitlichkeit. Das ist wieder das Erbe Luthers und seiner trotzigen Überzeugungskraft. Auch hier ist er doch nicht unterlegen. Er wurde in die Partei einbezogen. Er erreichte aber doch, daß der Überzeugungstrotz, die unbedingte Wahrhaftigkeit in Deutschland stärker blieben als der Parteigeist. Und wie das erzieherische Pflichtgefühl der Fürsten das deutsche Volk langsam wieder aus dem Elend des Dreißigjährigen Krieges herauszog und zum Weltvolk bildete, so zerbrachen sein Wahrheitsmut und Überzeugungstrotz nach und nach die Schranken aller dogmatischen Engen und ließen das Suchen nach jener Frömmigkeit unbedingten eigenen Erlebens wieder aufsteigen, die in Luthers Gestalt vor den Augen des deutschen Volkes einmal lebendig geworden war.

Ich habe in meinem Artikel „Englische Freiheit" darauf hingewiesen, wie sehr der deutsche Erziehungsgeist auch für unser politisches Leben wirksam ist und wirksam sein muß im Gegensatz zur Scheindemokratie Englands. Wer die Macht und Bedeutung dieser Erziehung spürt — und wer spürt sie heute nicht — der soll auch daran denken, daß Luthers Geist und Ringen diesen Geist dem deutschen Volke eingeprägt und zum ersten Male in Organisationen verkörpert hat.

Auch ein anderes lehrt der Vergleich mit England. Dort siegte die Aristokratie

Digitized by Google

und bestimmte die Lebensformen und den Geist des gesamten Volkes. In Deutschland siegte die Kleinbürgerlichkeit, die in Luthers Enge, aber auch in Luthers Pflichtgefühl, Gewissenhaftigkeit, Familiengeist und Erziehungskraft verkörpert ist. Die Enge dieses Wesens machte damals eine wirksame politische Vertretung und Gestaltung unmöglich und liegt noch schwer auf uns, hemmend in vielen, vielen Dingen. Wir spüren sie auch in der Unfähigkeit, unsere gute Sache nach außen wirkungsvoll zu vertreten. Sie ist aber auch wieder der unzerbrechliche Arbeitsgeist, das unüberwindliche Pflichtgefühl, der starke Familiensinn und das starke Erziehungsbedürfnis unsers Volkes. Auch dies Erziehungsbedürfnis macht uns oft den andern unbequem, und doch ist es eine Kraft, die uns aus dem Dreißigjährigen Krieg wieder aufrichtet, und deren Erfolge in diesen schweren Jahren wesentlich uns aufrecht erhielten.

Die Verantwortung für die geistige Erziehung des Volkes legte Luther auf die Fürsten. Er legte sie den Fürsten auf, denn Fürstentum, das war eben die Obrigkeit und die Darstellung und Verwirklichung der Volkseinheit. Nur in den Städten stand an ihrer Stelle der Rat. An die Fürsten und die Räte wendete sich Luther mit seinen Forderungen.

Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, dem die Gemeinschaft so wichtig war, auch die Wichtigkeit der zusammenfassenden Macht des Staates erkannte. Mit der Weltkirche hatte er gebrochen. Die von ihr vorgeschriebenen Werke schienen ihm ohne Wert. Aber gewaltigen Wert legte er nun allen Werken bei, in denen ein Christ dem andern zum Helfer wird. Deshalb ist das Elternamt ein heiliges Amt und die Familie eine heilige Stätte. Hier wird das kommende Geschlecht für sein Lebensglück und seine Gewissenserkenntnisse gebildet. Deshalb ist jeder Beruf ein heiliges Amt. In ihm betätigt der Mensch seine Kraft für die andern. Der geringsten Magd Dienst ist heiliger Dienst, so sie ihn in Treue und Fleiß tut, heiliger als alles Wallfahrten und Messehören. Über all diesen Diensten aber steht der Dienst der Obrigkeit, die Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit im Lande aufrecht zu erhalten hat als Gottes Dienerin. Es ist nicht nur der Spruch der Bibel „Seid untertan der Obrigkeit", die ihn hier bestimmt. Daraus erklärte sich nicht die gewaltige Leidenschaft, mit der er für Staat und staatliche Obrigkeit eintritt.

Im religiösen Leben tritt ihm an Stelle der kirchlichen Werke die sittliche Entwicklung des Menschen. An Stelle der kirchlichen Gemeinschaft tritt ihm die Gemeinschaft sittlicher Betätigung und Arbeit mit ihrer Zusammenfassung im Staat. Für dessen Unabhängigkeit von kirchlicher Oberherrschaft kämpft er, seine Heiligkeit stellt er für das menschliche Seelenleben fest. Allerdings, eines nimmt er dem Staat, wie jeder irdischen Gewalt, die Herrschaft über Seele und Überzeugung. Wer sich gegen die Obrigkeit wendet, ist der Strafe schuldig. Aber niemand darf um seiner religiösen Überzeugung willen gestraft und verfolgt werden. Auch gegen die Schwärmer fordert

Digitized by Google

er das Einschreiten der Staates nur um der aufrührerischen Gedanken und der Unruhe und des Zwiespaltes willen, den sie ins Land bringen. Allerdings dehnt er diese Gesichtspunkte allmählich auf Dinge aus, die für unser Gefühl durchaus nicht mehr darunter fallen. Hier regt sich der mittelalterliche Geist in ihm, der doch im Staate nur eine Meinung gelten lassen kann.

Von hier aus erklärt sich seine Stellungnahme zum Bauernaufstand (1525). Man hat ihn hier vielfach angegriffen und wieder verteidigt. Diese leidenschaftlichen Schriften sind die notwendige Folge seiner leidenschaftlichen Hingabe an den Staat und seine Gemeinschaft und Aufgabe. Nachdem er anfangs zu Versöhnung und Vermittlung geraten hat, erhebt er nach dem Ausbruch des Aufstandes seine Stimme und fordert von der Obrigkeit die rücksichtsloseste Unterdrückung. Auf jede Weise muß Ordnung und Recht und Gemeinschaft aufrecht erhalten werden gegen die entfesselten Leidenschaften. Ob in einer Zeit noch schwacher staatlicher Autorität andere Mittel möglich waren? — Jedenfalls ist es bei ihm nicht eine selbstsüchtige Parteinahme für Fürsten und obern Stände, sondern die unbedingte Überzeugung, daß nur so die staatliche Gemeinschaft und damit die sittliche Gemeinschaft der Menschen aufrecht erhalten werden können. Man lese diese Schriften und man wird diese glühende Überzeugung daraus spüren[1].

Allerdings „Oberkeit", das sind für Luther die Fürsten, an ihrer Spitze wohl der Kaiser, aber der kam für die Fragen der Volkserziehung, der Erhaltung der innern Ordnung kaum in Betracht, ebensowenig die Räte der Städte. Es bleiben die Fürsten. Aber auch ihnen gegenüber sieht Luther vor allem die Aufgabe. Sie sind Vertreter des Staates, der Ordnung, Schutz, Friede und Gerechtigkeit handhaben muß:

„Ein jeglicher Herr und Fürst ist schüldig, die Seinen zuschützen und yhn Friede zu schaffen. Das ist sein ampt, dazu hat er das schwerd."

„Wo aber ein Herr oder Fürst solch seines Ampt und befehls nicht wahr nimpt und leßt sich dunken, er sei nicht um seiner untertanen willen, sondern um seiner schenen gelben haare willen Fürst, als hette yhn Gott darum zump Fürsten gemach, daß er sich seiner gewalt, gut und ehren freuen solle, luft und trotz drinnen haben und sich drauff verlassen, der gehert unter die heyden, ia er ist ein narr[2]."

Das gehört zum Größten, was Luther geleistet hat, daß er dies Bewußtsein der Verpflichtung, dies Bewußtsein Vertreter eines Höhern, des Staates zu sein, den Fürsten eingeprägt hat. Das Wort: „Der Fürst ist der erste Diener des Staates" entsteht aus dieser geistigen Welt.

Dies Pflichtgefühl der Fürsten, besonders stark ausgeprägt in der Hohen-

[1] Diese Schriften s. in der Ausgabe von Berger 2. Bd., S. 253ff.

Luthers Stellung zur Obrigkeit ist geschildert in der Schrift: „Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei" bei Berger 2. Bd., S. 59ff., auch in der Schrift: „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können" ebenda S. 327ff.

[2] Berger 2. Bd., S. 364, 365.

Digitized by Google

zollernmonarchie, hat in Deutschland ohne Zweifel der Monarchie die starke Stellung gegeben, die sie bis heute hat und hoffentlich behauptet. Es hat uns vor den furchtbaren Erschütterungen bewahrt, durch die viele andere Völker in die neue Zeit völkischer Selbständigkeit hineinschreiten mußten.

Mit diesem Pflichtgefühl aber vereint war das Gefühl der Heiligkeit staatlichen Lebens im Volk. Wie stark spüren wir es heute und dazu wieder das Bewußtsein der geistigen Aufgabe des Staates, seiner Aufgabe der Volkserziehung. Indem der Staat diese in die Hand nahm, wurde er uns immer mehr die Zusammenfassung der sittlichen Gemeinschaftsaufgaben und immer größer wurde der Wert, den wir in ihm empfanden. In der leidenschaftlichen Seele des großen Volkmannes schlummerte doch vieles, was den Klugen seiner Zeit zu hoch, zu unwirklich, zu fern schien und was doch langsam mit den Jahrhunderten zu Gestaltung und Wirklichkeit wurde. — Was wäre unser deutsches Volk ohne den Geist der Erziehung? Was wäre es ohne die Glut des Staatsempfindens, die voll und heilig zum ersten Male von Luther empfunden wurde. Wie sollte es standhalten ohne die sittlichen Kräfte, die aus der Volkserziehung geboren in andern Völkern nicht in gleicher Weise wirksam sein können.

Und es ist nicht ein Zufall, daß der Mann, in dessen glühender Seele alle diese Wertungen zum ersten Male lebendig wurden, der Mann, der so leidenschaftlich darum kämpfte, ein Prophet der Deutschen und nicht Mann einer Partei zu sein, daß der auch der Schöpfer der deutschen Sprache wurde. Er schuf das Gefäß und Band der geistigen Einheit, der er Werte und Gefühle und Ziele gab.

Wäre es nicht falsch, wenn wir heute Luther nur feiern wollten als den Heros des Protestantismus? Der Gründer der protestantischen Kirchen ist er gar nicht, den Protestantismus allerdings schuf er. Aber darüber hinaus war er der Prophet der deutschen Einheit, ahnte er das Ziel eines deutschen Geisteslebens in der freien Überzeugung des einzelnen gegründet, im frohen Dienste eines jeden an der Gemeinschaft verwirklicht. Er ahnte die Zukunft eines gewaltigen deutschen Staates, erfüllt von heiligen Erziehungs- und Kulturaufgaben. Er ahnte das und kämpfte um das, was damals Unmöglichkeiten waren.

Wollen wir nicht auch an ihn denken als den Propheten deutscher Geisteseinheit, deutscher Kulturaufgaben, deutscher Staatsgesinnung und als den Staatsmann, dessen Seele schon von diesen Dingen beherrscht war, dessen Tun dadurch bestimmt, als es noch unmöglich war, sich auch nur klare Gedanken davon zu machen?

Digitized by Google

Die Schuldigen am Kriege

Von Konrad Haußmann

Der Herr Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann hat uns die Rede, die er am 10. Oktober im Reichstage gehalten hat, freundlichst zur Verfügung gestellt. Wir halten ihre wörtliche Veröffentlichung für notwendig, nicht nur, weil sie die Schuldfrage lückenlos beantwortet, sondern auch unsere Kriegziele nicht machtpolitisch, sondern ethisch begründet.

Meine Herren, der Herr Staatssekretär des Auswärtigen kann heute in Wien unseren Bundesgenossen sagen, daß der Reichstag seine Politik der Verteidigung der Grenzen unserer Reiche unterstützt, daß die Mehrheit vom Juli im Oktober festgeschlossen steht, gefestigt noch durch die hemmungslosen Angriffe der Gegner, welche abgeschlagen worden sind. Er kann ferner sagen, daß wir die Leistungen der Bundesgenossen für das Gesamtziel dieser gemeinsamen Kriegführung aufs höchste anerkennen und daß wir auch eine einheitliche politische Front mit den Bundesgenossen herzustellen als eine gemeinsame Kraftquelle ansehen und darum schon in keinem einzelnen Lande einseitige Eroberungsziele für möglich halten; endlich, daß der sympathische Kommentar, den der Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, den beiden konformen Antwortnoten auf die päpstliche Note gegeben hat, als Anfang ideale Ideen realpolitisch zu gestalten, unseres allerhöchsten Interesses wert ist. Im übrigen sind wir in den letzten Monaten eingetreten in eine Periode der Publikationen. Im Ssuchomlinowprozeß ist für Deutschland eine wichtige Fundgrube der Wahrheit eröffnet worden. Lord Haldane hat Mitteilungen über das Jahr 1912 gemacht. Der geschwätzige und wichtigtuerische Herr Gerard hat Kaiserblätter in amerikanischen Zeitungen veröffentlicht. Der Russe Burzew hat die Depeschen des Kaisers und des Zaren aus dem Jahre 1904 im Winterpalast an sich gebracht und herausgegeben, und die französische Funkenstation hat, wie uns gestern die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, an die Funkenstation in Nauen eine Anfrage wegen der Vorgänge vom 29. Juli gerichtet. Es sind aus diesen Publikationen lichtbringende Tatsachen zu erheben. Es ist ein Arsenal von Waffen für Deutschland eröffnet worden, das wir nicht rosten lassen wollen.

Wenn dabei auf die Schuldfrage des Krieges eingegangen wird, so hat das nicht nur eine geschichtliche Wichtigkeit, die wir zurückstellen könnten, sondern auch aktuelle Bedeutung für die Zielsetzung in diesem Kriege. Wollen wir wissen, wohin der Krieg führen soll, so brauchen wir Klarheit darüber, woher er kam. Denn wenn die Entente recht gehabt hätte, daß auf sie wie auf eine arglose Lämmerherde Deutschland als der böse Lämmergeier sich herabgestürzt hätte, so hätte sie recht, reale Garantien gegen uns zu fordern, und wenn die Alldeutschen mit ihrer Zwangsidee recht hätten, daß die feindlichen Regierungen und Völker sich seit Jahren zu gemeinsamer Vernichtung Deutschlands entschlossen hätten, dann hätten wir recht, wenn wir unsere Sicherungen in der Zukunft uns nur in der Form der „strategischen Bollwerke" vorstellen könnten.

Es ist auch deshalb gut, hier an dieser Stelle darauf einzugehen, weil die Regierungen in der Atmosphäre von Unfehlbarkeit, in welcher sie sich traditionell bewegen, mit ihren Versicherungen in allen Ländern etwas an Gewicht verloren haben. Ich möchte vorweg ein Wort über die Frage der deutschen Schuld sagen. Denn wenn wir ein Recht zur Kritik der Anderen in Anspruch nehmen, dann dürfen wir nicht

Digitized by Google

blind gegen unsere eigene Politik sein. Ohne unsere Mitwirkung wäre die Entente nicht zu einem festen Bündnis geworden. Die Wege des Fürsten Bülow waren nicht die Wege eines Mannes, der seine Straße gerade vor sich sieht und genau weiß, was er will, der über die Schwierigkeiten die Jahre hindurch ein bestimmtes Ziel anstrebte, sondern er hat mitunter Politik betrieben wie ein Spaziergänger, der seinen Weg ab und zu auch anders einschlagen kann. So entstand jene Politik der verwirrenden Freundlichkeiten und Provokationen. Diese Politik hat zugleich gespiegelt den kapriziösen Geist des Herrn v. Holstein, welchem schon der Staatssekretär des Auswärtigen Herbert Bismarck nachgesagt hat, daß er zeitweilig mit Wahnvorstellungen zu kämpfen gehabt hat. Es waren aber auch, um gerecht gegen der Fürsten Bülow zu sein, interne Hemmungen und Antriebe, die mitunter stark auf ihn eingewirkt haben. Die dadurch geschaffene Beunruhigung war mitbestimmend für den Grundriß des Weltkriegs. Die alldeutsche Gesinnung hat niemals Kraft in der Regierung gehabt, aber sie hat das Mienenspiel und die Gebärden der Regierung zum Teil mitbestimmt, und dadurch war es den Gruppen in den feindlichen Ländern, in England, in Frankreich und in Rußland, die den Krieg wollten, möglich, vor ihren Völkern eine „deutsche Gefahr" an die Wand zu malen, die tatsächlich nicht bestanden hat. Die feindlichen Kriegsmacher hätten niemals in den Kanzleien, in den Zeitungsredaktionen, in den Versammlungen so einwurzeln können, wenn sie nicht ein „Defensivbündnis gegen die deutsche Bedrohung" glaubhaft hätten machen können. Es war absolute Pflicht der deutschen Staatskunst, mindestens einer Großmacht die volle Beruhigung darüber zu geben, daß sie sich darauf verlassen könnte, daß unsere Politik sie niemals bedrohen würde. Es gibt zahlreiche Beispiele, dies zu illustrieren. Ich habe neulich darauf hingewiesen aus Anlaß des Briefwechsels unseres Kaisers mit dem Zaren aus den Jahren 1904 und 1905, daß fast unmittelbar, nachdem der Vertrag von Björkö vom 24. Juni 1905 unterschrieben worden ist, die antifranzösische Algesiraspolitik gemacht worden ist, welche im direkten Gegensatz zu dem franzosenfreundlichen § 2 des Vertrages von der Björkö-Insel stand. Ebenso ist die Unternehmung der Militärmission in Konstantinopel eine solche, die man nicht gleichzeitig mit dem scharfen Flottentempo machen durfte. Es war an und für sich nach meiner Meinung richtig, zur militärischen Erstarkung der Türkei beizutragen, denn es war unsere Mission, einen Damm gegen den Balkanehrgeiz Rußlands und gegen dessen Plan auf Konstantinopel zu errichten. Man konnte es auch umgekehrt machen: England an seinem nervösen Punkt berühren; dann aber hieß es, Rußlands Ehrgeiz schonen und dann auf die Militärmission und die Bagdadbahn verzichten. So aber wurden beide Großmächte unter dem gleichzeitigen Druck einer deutschen Gefahr gehalten, die in Wahrheit gar nicht bestand.

Diese aus dem Bülowschen Gleise auch nachher nicht herausrangierte Politik hat in Europa jene grausame Atmosphäre schaffen helfen, die die große Explosion vom Juli 1914 möglich gemacht hat. Aber um der Gerechtigkeit willen muß mit Nachdruck hingefügt werden: Auch Bülow hat den Krieg nicht gewollt, ja mehr als das, er war schon einer der geschicktesten Wächter am Pulverfaß, ein genialer Löser täglicher Schwierigkeiten, er war ein großer Diplomat, aber kein Staatsmann, umgekehrt wie sein Nachfolger.

Damit komme ich zu der Schuld der anderen. Als England seine „glänzende Isolierung" aufgegeben hat, um Bündnispolitik zu treiben, gab es für seine Staats-

Digitized by Google

kunst zwei Wege. England konnte die Entente cordiale zur größten Kriegsdrohung Europas auswachsen lassen oder zum Konzert Europas umstimmen. Ein Mann, den man den Vater der Entente genannt hat, Sir Thomas Barclay, einer jener Engländer, die auch heute noch nicht ausgestorben sind, die ein Verantwortungsgefühl gegenüber Europa haben, hat im Juli 1914 Worte geschrieben, die wir den Engländern ins Stammbuch schreiben müssen. Ein Freund hat ihn gefragt:

Trauern Sie nicht manchmal über die fürchterliche Wandlung der Entente cordiale aus einem Werkzeug des Friedens zur größten Kriegsdrohung, die je existierte? Niemand hat die Geschichte dieser Wandlung geschrieben; haben Sie je daran gedacht, es zu tun?

Und darauf schrieb Sir Thomas Barclay, der noch lebt:

Daß die Entente pervertiert worden ist, steht außer Frage; daß sie von vielen Stellen zu Zwecken, die patriotisch gewesen sein mögen, aber sicherlich irreführend, absichtlich so dargestellt worden, daß sie den Anschein erweckte, eine antideutsche Bewegung zu sein, ist eine allbekannte Tatsache. Zum Glück haben weisere Erwägungen wieder die Oberhand gewonnen. Noch vor ein paar Monaten wäre ich meines Freundes Anregung, die Geschichte zu schreiben, gefolgt. Heute würde es keinem nützlichen Zweck mehr dienen, die Schürer der internationalen Gegensätze bloßzustellen. Sie sehen ja schon die Torheit einer Agitation ein, welche die Grundlagen des europäischen Konzerts untergrub.

Er schließt:

Mir scheint, Englands Stellung ist augenblicklich derart, daß es die Rolle zwischen Deutschland und Frankreich spielen könnte, die Frankreich zwischen England und Rußland gespielt hat. Sein Stand in der zeitgenössischen Diplomatie als Freund beider Teile ist einzig. Möge Gott ihm die Staatsmänner geben, die fähig sind, die edelste Mission zu erfüllen, die je in den Bereich seines Geschicks gekommen ist.

In der Tat, der deutsch-französische Ausgleich, über den Kaiser Wilhelm II. auf Björkö nachgesonnen hat, war der Schlüssel zum Frieden. Wollte England Krieg, so mußte es den Ausgleich verhindern; wollte es den europäischen Frieden, so konnte es ihn hier verankern. England ging entschlossen jahrelang den Weg, den Gegensatz zu verschärfen. Es gab in Frankreich viele starke und besonnene Politiker, die nicht wollten, daß die Kräfte der Nation sich in der Revancheidee verzehrten. Sie arbeiteten so lange mit Hoffnung auf Erfolg, als nicht das Vorgefühl des unausbleiblichen Sieges beim kommenden Waffengang das Kräfteverhältnis zugunsten der Militärparteien verschoben hatte. Will sich ein Volk in seiner Gesamtheit der Kriegshetzer und der Anreize seines Temperaments erwehren, so reichen nicht die klugen Warnungen von Friedensfreunden, sondern es muß hinzukommen der Zweifel an dem Ausgang des Krieges, in den es hineingehetzt wird. In Frankreich wuchs aber von Jahr zu Jahr das latente Sicherheitsgefühl: „die englische Hilfe ist uns sicher". Die Schuldigen kennt man nicht nur in England. Die erste Rangstufe nimmt ein der Zeitungsfürst Lord Northcliffe. Er hat fortwährend Pfeffer in die heilenden Wunden Frankreichs gerieben. Er rühmt sich jetzt, daß er den Krieg „prophezeit" habe. Er kann sich noch mehr rühmen: er kann sich rühmen, unablässig gebohrt zu haben, daß seine Prophezeiungen in Erfüllung gehen sollen. Er und das ihm nahestehende Reutersche Bureau und die Drahtzieher vom „Foreign Office" haben im Jahre 1911 die Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich zuzweit um jeden Preis zu verhindern gesucht, und hierfür liegt als urkundlicher Beweis vor der unvergeßliche Hetzartikel der „Times" im Juli 1911 während der Marokkokrisis, in dem es heißt:

Selbst wenn Frankreich so kleinmütig wäre, die deutschen Kompensationsansprüche nur einen Augenblick ernsthaft in Erwägung zu ziehen, so dürfte England diesen Kleinmut nicht dulden.

Nach 1911 hat Sir Edward Grey den Entschluß gefaßt, einen anderen Weg zu

Digitized by Google

gehen, einen Weg, der zum europäischen Konzert hätte führen können. Er zeigte leider nicht dieselbe Kühnheit und Rücksichtslosigkeit wie die Männer, die die Partie der englischen Kriegsfreunde spielten. Damals war der psychologische Augenblick gegeben nach dem großen Schreck von 1911; das war der „Tag und die Stunde", wo eine Umkehr durch große Staatsmänner hätte eingeleitet werden können.

Nun finden wir im Weißbuch von 1914, wie in einer Anwandlung von Reue, ein denkwürdiges Geständnis von Sir Edward Grey in der Form eines guten Vorsatzes:

Wenn der europäische Friede gewahrt werden kann und die jetzige Krisis gefahrlos vorübergeht, so wird es mein eigenes Bemühen sein, irgendeine Übereinkunft hervorzurufen, an der Deutschland teilhaben kann, durch welche es gesichert ist, daß keine aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland durch Frankreich, Rußland und uns gemeinsam oder einen von uns verfolgt werde. Der Gedanke war bisher zu utopisch gewesen, um den Gegenstand endgültiger Vorschläge zu bilden; aber wenn die gegenwärtige Krisis, die so viel schärfer ist als jede andere, die Europa seit Generationen bestanden hat, gefahrlos vorüber ist, hoffe ich, daß die Erleichterung und die Reaktion, die darauf folgen wird, eine entschiedenere Annäherung der Mächte ermöglichen wird, als es bisher der Fall war.

Ich antworte Sir Eduard Grey: er irrt sich. Schon die Krisis von 1911 war so scharf wie keine zuvor. Schon damals war eine Reaktion und Erleichterung erfolgt, und in jenem Augenblick hätte er die Situation verstehen und ergreifen müssen. Das war der Zeitpunkt, um die Grundlage für ein europäisches Konzert zu legen, das England bei gutem Willen mit Bethmann Hollweg hätte schaffen können.

Es wurde auch im Jahre 1912 ein Versuch gemacht. Er war staatsmännisch angelegt, aber mit untauglichen Mitteln und Menschen ausgeführt worden. Es handelte sich damals darum, jenes trügerische Übergewichtsgefühl in der Entente zu zerstören, das die treibende Kraft zur Weltkatastrophe war, weil es allein dem Ententechauvinismus die feste Position gab, die er sonst nie hätte erringen können. Es hatten auch weite Kreise in der Entente das Gefühl, daß ein Sicherheitsventil geschaffen werden muß; aus dieser Stimmung kam die Reise Haldanes zustande. Es gibt bessere Formeln als die von Bethmann Hollweg; aber sie war gut genug und hätte ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie von England angenommen worden wäre. Die Formel: „England wird in jedem Deutschland aufgezwungenen Kriege neutral bleiben" hätte England nicht gebunden. Nach Ausbruch eines Krieges stand es immer noch bei ihm, wie das Beispiel von Italien gezeigt hat, den Tatbestand der Kriegsentstehung anders als Deutschland auszulegen. Aber sicher ist das Eine: ein England, das diese Formel angenommen hätte, hätte nicht in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges als bedingungsloser Verbündeter Rußlands und Frankreichs handeln können. Es hätte sich für England die psychologische Notwendigkeit ergeben, eine Beteiligung an dem Weltkriege davon abhängig zu machen, ob sein Rat von Rußland gehört worden wäre oder nicht, und damit hätte das Übergewichtsgefühl, der Versucher, an seiner unheimlichen Kraft verloren. Dafür haben wir einen dokumentarischen Nachweis. Das „Nowoje Wremja" schreibt im Juli 1914:

Das Übergewicht der Entente zu Wasser und zu Lande rechtfertigt eine energischere Sprache in den Ratsversammlungen Europas.

Die englische Regierung hätte schon um ihrer öffentlichen Meinung willen bei Ausbruch einer Weltkrisis in Petersburg und Paris als Freund handeln müssen, der sich in einen Neutralen verwandeln konnte, wenn der Rat Englands mißachtet worden wäre. Aber die Haldane-Mission scheiterte, warum, darüber wird einmal später viel zu sagen sein. Immer unauflöslicher knüpfen sich die Verkettungen und die Bindungen Englands. Einmal über das andere erklärte die englische Regierung, daß man

Digitized by Google

noch „freie Hand“ habe. Das war technisch und staatsrechtlich zutreffend. Aber seitdem der Schutz der französischen Nordküste von England übernommen worden war, hatte England die Ehre nicht mehr frei, sondern gebunden. Rußland und Frankreich wußten Bescheid, aber das englische Volk wußte nicht Bescheid. England behauptet, für die Heiligkeit der Verträge zu kämpfen, möchte es doch auch für die Bekanntmachung aller Verträge kämpfen, damit die Völker ihre Heiligkeit in aller Helligkeit nachprüfen können. Trotz alledem hatte die englische Staatskunst noch die Möglichkeit, einen großen und kühnen Entschluß in den kritischen zwölf Tagen zu finden und der Welt den Frieden zu erhalten. Zur Vermeidung des Weltkrieges hätte es genügt, wenn jenes Telegramm von London nach Petersburg gegangen wäre, das von Berlin am 30. Juli nach Wien gegangen ist. Damals hat Bethmann Hollweg ein Telegramm aufgegeben, das nicht in unserem Weißbuch steht, aber seitdem gottlob veröffentlicht worden ist und dessen Fehlen im Weißbuch mich immer wieder überrascht:

„Wir weigern uns, in einen Weltbrand hineingezogen zu werden, dadurch, daß unser Verbündeter unsern Rat mißachtet.“

England hatte auch den Rat nach Petersburg gegeben, die Mobilmachung nicht zu überstürzen. Aber dort hörte man mit Recht heraus, daß England auch mitmarschieren werde, wenn der Rat mißachtet würde: England hätte doch gewiß das Gleiche tun können, wie wir gegenüber Wien. Denn ein festeres Bündnis als das zwischen uns und Österreich-Ungarn hat es nicht gegeben und gibt es nicht. Grey fand nicht die Entschlossenheit — sie wäre nicht vergeblich gewesen, denn in den kritischen zwölf Tagen — das wissen wir da jetzt aus dem Ssuchomlinow-Prozeß, den die Republik Rußland gottlob öffentlich hat verhandeln lassen, während die Republik Frankreich gegen den gedungenen Mörder von Jean Jaurès heute noch nicht prozessiert hat — rang auch in Petersburg noch eine starke Friedenspartei mit den Kriegsmachern. Drei Minister, der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister und noch ein anderer waren für eine Friedenspolitik. In diesem letzten Augenblick, am 29. Juli, traf das Telegramm unseres Kaisers bei dem Zaren ein, in welchem steht, daß „seine Regierung mit aller Kraft alles tut, um eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland zu fördern“. Darauf gab der Zar jenen telephonischen Befehl an seinen Generalstabschef und Kriegsminister, die Mobilmachung aufzuhalten. Warum fanden Herr Ssasanow, Herr Ssuchomlinow und Herr Januschkewitsch den Mut, diesem Befehl entgegenzuhandeln und ihrem Zaren die Befolgung vorzulügen? Weil sie von England die innere Gewißheit erhalten hatten, das England in jedem Fall mitmarschiere; und darin liegt die große, die weltgeschichtliche Schuld von England! Damals wurde die Kriegsmaschine von Rußland angekurbelt im Vertrauen auf Englands Hilfe. Ich möchte hier die Depesche, die erst vor zwei Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen“ veröffentlicht ist und die auch merkwürdigerweise nicht im Weißbuch steht, hier einschalten, weil Frankreich jetzt in dem Funkspruch von Lyon behauptet hat, wir hätten am 29. Juli ein „Ultimatum“ an Rußland ergehen lassen und dadurch den russischen Mobilmachungsbefehl vom 29. Juli hervorgerufen. Die Depesche beweist das Gegenteil. Unser Auswärtiges Amt hat an den Gesandten Grafen von Pourtalès telegraphiert:

Weisen Sie, bitte, Herrn Ssasanow erneut sehr ernst darauf hin, daß wir durch das weitere Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen zur Mobilmachung gezwungen sein würden. Dann aber werde der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein.

Digitized by Google

Das ist kein Ultimatum. Die Depesche trägt nicht nur das Datum, sondern auch die Stundenzahl: Eingetroffen 4 Uhr 35 Minuten, also nach der Zeit, in welcher Herr Januschkewitsch bereits seinen Mobilmachungsbefehl in der Tasche hatte. Denn er hat um 3 Uhr unserem Militärbevollmächtigten das falsche Ehrenwort gegeben, daß kein Mobilmachungsbefehl ergangen sei und als Zeuge vor Gericht beschworen, daß er ihn schon zur Ausführung in der Brusttasche hatte. Also ist diese ganze Aktion des Mobilmachungsbefehls überhaupt vor jener Depesche, die ein angebliches Ultimatum enthalten soll und die jenen Mobilmachungsbefehl veranlaßt haben soll, vor sich gegangen und die allerneueste französische Darstellung fällt zusammen. Es liegen hier noch vier wichtige Dokumente aus dem Ententelager vor. Reuter hat am 29. aus Petersburg gemeldet:

In russischen Augen ist der Würfel gefallen, und nur ein politisches Wunder kann den Krieg abwenden. Eine teilweise Mobilisierung ist schon beschlossen, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß die ungeheure militärische Maschinerie bald in ihrer Gesamtheit in Bewegung gesetzt sein wird. Ein Kaiserliches Manifest wird heute abend erwartet. Im Vertrauen auf Englands Unterstützung, über die Zweifel meist geschwunden sind, ist die russische Öffentlichkeit bereit, den Krieg auf sich zu nehmen.

Am 30. Juli Reuter aus Petersburg:

Die Abfahrt der englischen Flotte aus Portland hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und im Verein mit Japans friedfertiger Versicherung die russische Entschlossenheit, bei der Stange zu bleiben, mehr als befestigt.

Die „Times" am 2. August aus Petersburg:

Die Wahrheit zwingt mich zu sagen, daß in Rußland hoch und niedrig mit der tiefsten Sorge darauf wartet, die Entscheidung Großbritanniens zu erfahren.

Die Artikel der „Times" haben viel dazu beigetragen, Hoffnung zu erregen. Aber sollte entgegen der russischen Erwartung das englische Parlament auf der Neutralität bestehen, so würde ein schrecklicher Umschwung der Stimmung erfolgen.

Die russische „Rjetsch" meldet am 1. August:

Die Mächte des Dreibundes waren am 30. Juli vollständig darüber informiert, daß die britische Regierung sich endgültig dafür entschieden hatte, im Falle eines Konfliktes zwischen den Mächten des Dreibundes und Rußland und Frankreich sich von vornherein aktiv an die Letztgenannten anzuschließen und gleich zu Anfang aktiv militärische Maßnahmen zu unternehmen. Die Erklärung Englands in diesem Sinne hat eine außergewöhnliche Erleichterung in Petersburg und Paris geschaffen.

Wir wollen uns dabei erinnern, daß sich Herr Churchill gerühmt hat, die Mobilmachung der Flotte auf eigenes Risiko vorgenommen, also einen aufreizenden Akt ohne Befragung seines Kabinetts vollzogen zu haben, der die russische öffentliche Meinung so beeinflußt hat. So hat Grey die Kriegstreiber gewähren lassen und ist durch ihr Treiben mit hineingerissen worden. Wir können nicht sagen, daß unsere Politik fehlerlos gewesen sei; aber die Schuld ist keine moralische, sondern eine intellektuelle: Sie bestand in einer Sterilität an diplomatischen Ideen; denn die Verständigungsbasis war doch am 29. und 30. gefunden: Eine gewisse Demütigung Serbiens war von Petersburg und London so gut wie zugestanden. Österreich war grundsätzlich bereit, neben der territorialen Integrität auch die serbische Souveränität zu schonen, und der Fortgang der Operationen Österreichs gegen Serbien einschließlich Belgrads wurde für den Frieden als kein unüberwindliches Hindernis von der Ententediplomatie angesehen. Alles drängte damals zu der Grey-Lichnowskyschen Formel, die endlich am 30. Juli durch Europa telegraphiert wurde. Zwei Tage vorher hätte sie unaufhaltsame Heilkraft gehabt.

Digitized by Google

Aber immer wieder muß betont werden: moralisch war unser Handeln in diesen zwölf Tagen sauber. Das sage ich nicht nur, weil ich Vertrauen habe zu dem politischen Charakter des Herrn von Bethmann. Es muß heute von dieser Stelle aus die Befriedigung ausgesprochen werden, in welcher Gesinnung in der Nacht vom 30. Juli zum 1. August 1914 der deutsche Generalstabschef, der verantwortliche Berater des Kaisers, dachte und handelte. Das Wertvolle an den authentischen Aufzeichnungen des Oberstleutnants v. Haeften, die die „Norddeutsche Allgemeine" am 21. September gebracht hat, ist, daß sie nicht bloß Daten und Telegramme, sondern auch Motive geben. Er hat in der Nacht vom 30. zum 31. Juli mit dem Generaloberſten v. Moltke, dem Chef des deutschen Generalstabs, unter vier Augen Besprechungen gehabt. Moltke hatte bereits zwei Botschaften über die Mobilmachung in Rußland erhalten, als er sich folgendermaßen äußerte:

Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das doch nur geschaffen sein sollte, um Angriffen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden, und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen, wenn nicht ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde den Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. Deutschland will dieſen ſchrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Ehe ich Seiner Majestät die Mobilmachung antaten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der beiden bisher eingetretenen Meldungen über die russische Mobilmachung abwarten. Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkrieg auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende des Krieges machen. Wie das alles enden soll, das ahnt heute niemand.

Aus jedem dieser Worte spricht ein starkes Verantwortungsgefühl. So dachte und handelte Generaloberst v. Moltke — zur selben Zeit, als mit der größten Leichtfertigkeit die Generalstabsoffiziere in Petersburg, zuwider dem Befehl des Zaren, den Krieg entfesselt hatten. Vorgestern ist noch von dem Chef des Nachrichtendienstes, Major Nicolai, den wir im Ausschuß haben reden hören, in der Presse eine Mitteilung gekommen, welche gleichfalls einen wertvollen Beleg in derselben Richtung bildet.

Nicht minder frivol als in Petersburg ist es damals in Paris zugegangen. Die französischen Machthaber belogen ihr Volk, wie Ssuchomlinow und Januschkewitsch ihren Souverän. 14 Tage vor Jaurès Tode hatten die militaristischen Blätter geschrieben, daß Jaurès am ersten Tage der Mobilmachung erschossen werden müßte. Als er dann programmäßig erschossen war und das Volk in der Stimmung des Volksaufstandes sich befand — so berichtet die „Kriegsgeschichte" des „Manchester Guardian", den gestern der Herr Minister des Auswärtigen wiederholt zitiert hat und der gerade in dieser Kriegsgeschichte eine wichtige Quelle geworden ist —, als er dann erschossen war und das Volk sich in der Stimmung des Volksaufstandes befand, weil man ihm, dem Volke, den Hochwächter des Friedens gemordet hatte, dem es allein die Rettung des Friedens noch zutraute, unterſchlug die franzöſiſche Regierung ihrem Volke die ruſſiſche Mobilmachung 24 Stunden lang, veröffentlichte aber die deutsche Gegenmaßnahme, die Erklärung des Kriegszustandes, und stellte sie als einen unprovoziert gegen Frankreich gerichteten Angriffsakt dar. Jetzt wandte sich das französische Volk natürlich vom inneren Feinde ab, entschlossen, das Vaterland gegen den äußeren Feind zu verteidigen, und diese Lüge vom unprovozierten Angriff wirkt bis auf den heutigen Tag fort. So verfälschten die verantwortlichen Männer in Frankreich den Tatbestand vor ihrem Souverän, dem französischen Volke. Am vorigen Sonnabend ist in Frankreich im Parlament von jenen letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges gesprochen worden, und sowohl Herr Malvy als Herr Viviani

Digitized by Google

haben sich auf die Besprechungen, die sie mit Jaurès am letzten Tage vor dessen Ermordung gehabt haben, berufen; sie haben aber von diesen Besprechungen die wichtigste Stelle wiederzugeben unterlassen. Wir verdanken es der wertvollen Broschüre des Kollegen David: „Wer trägt die Schuld am Kriege?", daß wir die Stellen, die die „Humanité", das Blatt Jaurès, am 31. Juli, also am Tage nach der Ermordung, gebracht hat, kennen und damit auch die Äußerungen von Jaurès. Hier hat Herr Marcel Cachin die Worte Jaurès' mitgeteilt. Er führt an, daß Jaurès zuerst mit dem Minister des Innern Malvy eine Unterredung gehabt hat, daß er dann mit Viviani sprechen wollte, der ihn nicht vorließ und an Abel Fery verwiesen hat, und daß er zu Malvy gesagt hat:

Rußland muß den englischen Vorschlag annehmen; wenn nicht, dann hat Frankreich die Pflicht, ihm zu sagen, daß es ihm nicht folgt, daß es mit England zurückbleiben wird. Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist das, was eintritt, nicht mehr gut zu machen, und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein.

Jener „Druck" ist nicht erfolgt und „La France est terriblement engagée"! Das also war die Auffassung des größten Patrioten, den Frankreich gehabt hat, und davon besitze ich einen höchst persönlichen Überzeugungsbeweis, weil mir Jaurès 30 Tage vor seiner Ermordung Auge in Auge gesagt hat:

Die Politik von Frankreich muß sein, Frankreich aus der Verkettung von Rußland loszulösen und Frankreich und Deutschland zur Annäherung zu führen.

Meine Herren, so handelte man in den Ländern, die sich auf ihre Demokratie und ihre Volkssouveränität so viel zu gut tun. Wenn man sich diese ganze Verkettung von bösem Willen und Hilflosigkeit geschichtlich vergegenwärtigt, dann muß man die klare politische Folgerung daraus ziehen:

Zum Ersten: Die Souveränität des Volkes ist eine Farce, wenn die Regierung sich nicht dem Volke gegenüber verantwortlich fühlt, es nicht zu belügen, noch belügen zu lassen.

Zum Zweiten: Die Regierungen müssen das Volk so bilden und unterrichtet halten, daß es sich nicht mühelos belügen läßt. Sonst ist die demokratische Parole „vox populi, vox dei" (Volksstimme — Gottesstimme) eine Blasphemie.

Wir brauchen die Organisierung eines internationalen Gewissens, eine zwischenstaatliche Organisation, wie es der Plan von Lord Bryce und der Organisation für einen dauerhaften Frieden vorsieht. Eine ihrer Hauptaufgaben wird es sein, die Irreführung der öffentlichen Meinung in allen Ländern zu verhindern.

Zum Dritten: Die Diplomaten sollen nach Erziehung und Charakter mindestens ebenso sorgfältig ausgesucht werden, wie die Offiziere des Generalstabs, wo der Grundsatz herrscht: dem Tüchtigen freie Bahn! aber Gott sei Dank auch der Grundsatz, daß auch auf den Charakter gesehen werden muß. Wir brauchen Männer, die sich auf die völkerpsychologische Methode verstehen, wachsam und schlagfertig sind, Männer, die Vertrauen erwecken und die selber Menschenvertrauen haben. Unsere Diplomaten dürfen nicht von ihren hohen Aufgaben durch niedrige Kundschafterdienste abgezogen, sie müssen in eine ernstere Schule genommen werden, als es bisher der Fall gewesen ist. Wenn man liest, was Graf Lurburg in seinen Depeschen getan hat, so ist das eine so schnoddrige Leichtfertigkeit in der Behandlung der schwerwiegendsten Dinge, daß man angesichts der außerordentlichen Wirkungen, die er ausgelöst hat, moralisch und praktisch, sagen muß: es muß eine Reformation unserer Diplomaten an Haupt und Gliedern eintreten.

Digitized by Google

Aber, meine Herren, noch dringlicher als die Frage: wer ist schuld am Kriege? — ist die Frage, wer ist schuld, daß der Krieg fortdauert? Hier ist in allererster Linie der Machthaber von Nordamerika, der Präsident Wilson, zu nennen. Ich will nicht auf die ungeheuren Munitionslieferungen eingehen, die er England und dem russischen Zarismus geliefert hat zu einer Zeit, da er mit der konstitutionellen Monarchie Deutschlands noch im Frieden lag; nicht davon sprechen, wie sich die Werkstätten des Friedens in Nordamerika in Werkstätten des Todes verwandelt hatten, wofür die Geschichte kein Beispiel hat; ich müßte zu Wilson als Mensch zum Menschen sprechen, und das will ich nicht; der Menschheit ganzer Jammer hat diesen mächtigen Mann nicht angepackt. Aber ich will als Jurist zum Juristen sprechen. Wilson war der vorbestimmte Hüter des Völkerrechts in diesem Kriege. Nicht nur seine eigenen Worte wiesen ihm diesen Weg, auch die Geschichte des nordamerikanischen Volkes, auch das starke Rechtsgefühl, das Hunderttausende seiner Landsleute eigen ist. Die Forderung der Freiheit der Meere wurzelt tief in der amerikanischen Geschichte. Was besagt diese Forderung von der Freiheit der Meere? Sie besagt, daß den Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande nach Möglichkeit die Leiden des Krieges erspart bleiben sollen. Präsident Wilson selbst bekannte sich vor aller Welt als Wächter dieses Rechts und hat ausgerufen:

„Ich werde um dieses Prinzip kämpfen um jeden Preis und ohne Kompromiß, von welcher Seite es auch verletzt werde."

Noch war die Freiheit der Meere vor dem Kriege nicht gewonnen. Es kam unendlich viel darauf an, die völkerrechtlichen Fortschritte, die man im Frieden erstritten hatte, im Kriege nicht wieder zu verlieren. Präsident Wilson hatte die Macht und das Recht, die Nichtkombattanten zu schützen. Hätte er es getan, so wären die beiden furchtbaren, kriegverlängernden Methoden niemals Wirklichkeit geworden: die englische Hungerblockade und der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg. Das läßt sich beweisen. Als sich im Februar 1915 England und Deutschland anschickten, einen entscheidenden Schritt über die Grenzen des bis dahin geltenden Völkerrechts zu tun, das heißt, als England seine Blockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung verschärfen wollte und Deutschland den scharfen U-Boot-Krieg gegen die Handelsschiffe ankündigte, machten die deutsche und englische Regierung dem Rechtsstandpunkte des Präsidenten Wilson und dem eignen Rechtsgefühl ihrer Völker eine entscheidende Konzession. Die deutsche sowohl als die englische Regierung erklärten ihre Maßnahme als Repressalie. Wer „Repressalien" proklamiert, der gesteht zu, daß er aus dem Völkerrecht herausgetreten ist. Ja, mehr als das, er gesteht zu, daß er in das Völkerrecht wieder zurücktreten wird, wenn das Unrecht aufhört, gegen das die Repressalie erklärt wurde. Aber Wilson hatte noch stärkere Handhaben. Grey hatte ihm explicite in der Wilhelminanote und Herr v. Jagow in der Note vom 17. Februar 1915 versprochen, die neue Methode in dem Augenblick aufzugeben oder gar nicht zu beginnen, falls der Feind wieder in die Grenze des Völkerrechts zurückkehrt. Die guten Worte der deutschen Note zitiere ich wörtlich:

Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des Gewichts, das sie in die Wagschale des Geschickes der Völker zu werfen berechtigt und imstande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, die der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machten, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg finden, die Beachtung der Londoner Seekriegserklärung auch von seiten der mit Deutschland kriegführenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die humanere

Digitized by Google

Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gerne die Folgerung ziehen.

Wilson hat dann darauf zwei gleichlautende Noten an Deutschland und an England geschickt, und der Inhalt von beiden ist im wesentlichen dahin zusammenzufassen: Ihr beginnt euren Hungerkrieg nicht und ihr beginnt euren scharfen U-Boot-Krieg nicht. Wilson hatte dabei nicht nur Vollmacht und Zusagen durch die Regierungen, er hatte die Sicherheit der Resonanz bei den Völkern, dem Rechtsgefühl der ganzen Welt.

Gewiß, das will ich nicht leugnen, gab es in Deutschland eine Gruppe, die in der englischen Blockade eine willkommene Gelegenheit sah, die Rechte der Kriegführenden zu erweitern, aber das Volk und die Regierung stand nicht hinter ihnen: Es muß einmal deutlich gesagt werden: die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sieht in dem verschärften U-Boot-Krieg nur ein furchtbares Abwehrmittel gegen einen furchtbaren Rechtsbruch des Feindes, das seinen moralischen und juristischen Grund in dem Augenblick verliert, da der Feind wieder zum Recht greift.

Auch in England bestürmten eine große Reihe von Männern das Auswärtige Amt, sich auf den Salisburyschen Standpunkt zu stellen, der noch im Burenkrieg galt und den Grey noch im Januar zu wahren versprochen hatte: „Nahrungsmittel für die nichtkombattante Bevölkerung der Feinde hereinzulassen." In diesem Sinne erhob auch der „Manchester Guardian" die Stimme:

Wir machen Herrn Winston Churchill darauf aufmerksam, wenn er von den Deutschen als Kindermördern spricht, daß man Kinder durch Granaten ebenso wie durch Hunger töten kann,

und an anderer Stelle:

Wir wollen nicht Deutschland besiegen durch den Hunger seiner Greise, Frauen und Kinder, und, würden wir es wollen, so hätten wir nicht die Stirn, dagegen zu protestieren, daß die Deutschen unsere Nichtkombattanten durch Bomben töten.

Aber wichtiger als dieser moralische und rechtliche Protest war ein realpolitisches Argument, das die damals noch einflußreiche Zeitung „Nation" angeführt hat. Sie schreibt:

Wenn Präsident Wilson den Ruin der Baumwollstaaten mit einem Waffenausfuhrverbot beantworten würde, wie dann? Wir müssen dem Rechtsstandpunkt des Präsidenten Wilson Konzessionen machen; sonst ist es um die tatkräftige Unterstützung des englischen Krieges in Amerika geschehen.

Das war die wichtigste Planke in der Plattform, der wahren Liberalen Englands, die sich vergeblich um Recht und Menschlichkeit bemühten. So war also die psychologische Situation, die damals der Vermittlungsvorschlag von Wilson vorfand. Deutschland hat den Vermittlungsvorschlag von Wilson angenommen und England ihn am 15. März abgelehnt, und Wilson hat diese Kränkung von England hingenommen. Wenn er die Konsequenz aus seinem Rechtsstandpunkt und aus seinen eigenen Worten gezogen hätte, dann brauchte er nur damals zu sagen: Ich liefere den Engländern meine Waffen und Munition nur so lange zur Tötung der deutschen Soldaten („for killing germans"), so lange England mir erlaubt, von meinem Recht Gebrauch zu machen, der deutschen nichtkombattanten Bevölkerung Brot zu liefern. Er hatte dieses Machtmittel. Hätte er es angewandt, so wäre kein deutscher Nichtkombattant an der englischen Blockade gestorben, und kein englischer Nichtkombattant hätte auf hoher See durch deutsche U-Boote sein Leben verloren. Der Krieg wäre längst vorüber. Ich bemerke, daß damals die „Lusitania" noch nicht versenkt war

Digitized by Google

und daß auch die deutsche Diplomatie damals noch nichts getan hatte, um das amerikanische Prestigegefühl zu verletzen. Der zweite Hauptschuldige ist Lloyd George. Er hat im Dezember 1916, als die Welle der Friedensregung noch vor der etwas zu lange zaudernden Friedensnote der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 auch durch England ging, sein eigenes Kabinett mit vollem Bewußtsein zerschlagen, weil er wußte, daß darin Minister waren, die damals begonnen hatten, sich nach einem Ausweg aus dem Krieg umzusehen. Es waren Männer, welche die Überzeugung vertraten, die Diplomatie dürfe nicht mit verschränkten Armen dastehen und warten, bis sich der Krieg zu Ende geblutet. Diese Leute wollten natürlich nur einen Frieden, der sich mit Englands Ehre und Sicherheit vereinbaren ließ. Lloyd George sah mit großer Besorgnis die Wolke des Friedens am Horizont sich ballen. Es liefen Fäden zwischen Washington und London und Reden in anständigem Ton zwischen Berlin und London. Da hielt er seine knockout-Rede. Das war der Wendepunkt des Krieges. Damals rief Lloyd George die Bestie im Menschen, nicht nur im englischen Menschen, wach. Der kriegsvergnügte Zwilist Lloyd George sprach so roh vom Kriege und so gemein vom Feinde, wie kein anständiger englischer Soldat — und es gibt deren viele — zu sprechen gewagt hätte. Gerade aus den Kreisen der englischen Armee kamen damals Proteste gegen diese Rede. Man hat sie „Boxerrede" genannt und ist dabei höflich gewesen. Es gibt auch „faire" Boxer. Lloyd George aber hat damals geboxt wie der Negerboxer Jack Johnson, welcher spuckt und kratzt und den Gegner schmäht. So hat er als agent provocateur dieser Boxergesinnung in ganz Europa gewirkt. Wenn bei uns monatelang maßvolle Elemente zurückgedrängt worden sind, wenn auch die Wellen der chauvinistischen Leidenschaften bei uns hochgingen, so hat daran Lloyd George das Hauptverdienst, wenngleich ich nicht bestreiten will, daß die betreffenden Kreise ihm auch manchen wertvollen Liebesdienst geleistet haben.

Damit bin ich angelangt bei der vorwurfsvollen Frage: Wer ist schuld in Deutschland, daß dieser Krieg noch fortdauert? Ich mache der Regierung nicht den Vorwurf, daß ihre Gesinnung schlecht ist. Wir haben zu der Gesinnung von Bethmann Hollweg, den wir gekannt haben, von Anfang an das volle Vertrauen einer richtigen Richtung gehabt, und auch von der jetzigen Regierung haben wir den Glauben, daß sie den Krieg nicht verlängern will. Aber es genügt nicht, daß man rechten Sinnes ist — die Politik, die große Politik ist heute die Kunst des Ausdrucks und darf daher nicht zögernd und tastend ihre wahre Richtung enthüllen. Wir haben am 19. Juli eine klare Politik im Reichstag vorgeschlagen. Zwei Monate lang hat die Regierung eine Haltung eingenommen, die keine volle Klarheit darüber aufkommen ließ, daß hinter dieser Politik das offizielle Deutschland steht, sie hat dadurch mit beigetragen, daß die psychologischen Augenblicke, wo unsere Resolution in der Welt hätte voll wirken sollen, verpaßt wurden. Dann aber — will ich anerkennen — hat die Regierung entschiedene Schritte getan anläßlich der Beantwortung der Papstnote, und sie hat, bevor diese Papstnote beantwortet worden ist, am 8. September eine Zusammenkunft sämtlicher Staatssekretäre herbeigeführt, und das ist innerpolitisch ein geschichtlicher Schritt, weil es die erste antizipierte Sitzung eines kommenden Reichsministeriums, einer gemeinschaftlichen Beratung großer politischer Angelegenheiten durch verantwortlich zusammenarbeitende Staatsmänner wenigstens in der Form der Begutachtung ist. Dann hat am 10. September die Reichsregierung, geführt von dem Staatssekretär des Auswärtigen, mit sieben Bundesratsmitgliedern

Digitized by Google

und sieben Reichstagsmitgliedern die Antwortnote vereinbart und nicht nur den Text der Note, sondern auch ihre weiteren Absichten, also ihre Politik, dargelegt und zu dieser jedenfalls die Zustimmung der Mehrheitsparteivertreter erhalten. Dann hat am 11. September, am Tage nachher, laut der Presse die Zusammenkunft der maßgebenden Staatsmänner und Vertreter anderer Stellen unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden; hier ist wieder die Gesamtpolitik des Staatssekretärs des Auswärtigen von allen Stellen gebilligt worden. Es liegt formell und materiell eine Übereinstimmung der öffentlichen Gewalten über die auswärtige Politik vor, und meine Partei kann dieser Politik materiell ebenso zustimmen, wie dies der Abgeordnete Fehrenbach namens des Zentrums und der Abgeordnete Gradnauer namens der Sozialdemokratie erklärt hat.

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat uns nun gestern noch weitere Verlautbarungen seiner Politik gegeben. Er hat sich auch über Elsaß-Lothringen, worauf ich gleich zu sprechen komme, ausgesprochen; er hat sich über die belgische Frage nicht direkt, sondern indirekt ausgesprochen, worüber noch ein Wort zu sagen ist. Das, was er über die Rede des Herrn Asquith am 26. September gesagt hat, muß ich als richtig erklären. Die Rede in Leeds ist ein Rückfall in den imperialistischen Geist der Ententenote vom Januar 1917. Er fordert für das „treue" Rumänien und für Italien Annexionen, und er fordert Elsaß-Lothringen. Wenn England durch Asquith Elsaß-Lothringen als Kriegsziel proklamiert, dann erklärt ihm das ganze deutsche Volk: Er hat damit den Kampf auf Tod und Leben angesagt. Wir nehmen den Handschuh auf und wiederholen nun unsere Majoritätsresolution, nicht um des Friedens willen, sondern um des Krieges willen. Unsere Majoritätsresolution gab die Hand zum Frieden, wenn die Feinde ihn wollten; sie ist eine Kampfansage, wenn sie ihn nicht wollen, sie ist eine Waffe, die aus einer Scheide und einem Schwert besteht. Nicht „mit verschränkten Armen", sondern mit geschwungenem Arm, in dem das Schwert ist, antworten wir, wenn die Antwort der Entente demjenigen entspricht, was Asquith formuliert hat. Die Gesinnung der Majorität soll dazu helfen, daß wir mit gutem Gewissen kämpfen, und die Feinde mit schlechtem. Unser Kampf soll leichter werden, der der Feinde schwerer.

Der englische Generalstabschef hat recht, wenn er vor einigen Wochen auf die Frage, wer diesen Krieg gewinnen würde, gesagt hat: „Das könne kein Soldat entscheiden, das hinge von der Heimatfront ab, hinter den kämpfenden Nationen ständen die Nerven der Völker." Welches sind nun die Vorbedingungen dafür, daß die Heimatfront hält, sowohl bei uns, wie in Feindesland? Das Rechtsgefühl, der Selbsterhaltungstrieb des Volkes muß sich geschlossen hinter den Krieg stellen. Der Chauvinismus darf nicht allein die Fortsetzung des Krieges fordern; die Isolierung des Chauvinismus in der andern Land, das ist die Aufgabe der politischen Strategie. Wenn es England gelänge, mit unserem Rechtsgefühl, mit unserem Selbsterhaltungstrieb sagen wir einmal Separatfrieden zu machen, wenn heute vor dem deutschen Volke ein ehrenvoller, gerechter Friede auf diplomatischem Wege erreichbar schiene, glauben Sie, die Herren von der Rechten könnten den Versuch wagen, den Krieg fortzuführen, der aufgehört hätte, ein Volkskrieg zu sein? Nun, möglich, daß sie es wagen würden, aber sie würden diesen Krieg verlieren und die Feinde würden ihn gewinnen.

Aber die feindlichen Regierungen sind nicht imstande, diesen Separatfrieden mit unserem Rechtsgefühl und unserem Selbsterhaltungstrieb zu schließen, denn ihre Ziele

Digitized by Google

gehen gegen unsere Sicherheit, gegen das Recht und gegen unsere Ehre. Wir aber können diese politische Strategie zur Anwendung bringen. Wir haben das ungeheure Machtmittel in der Hand, die feindlichen Regierungen vor ihren feindlichen Völkern als die Schuldigen an der Fortführung des Krieges bloßzustellen.

Wird unsere Regierung dieses Machtmittel anwenden? Sie hat bereits eine Gelegenheit verpaßt, im Juli, als die Asquithsche Frage gestellt wurde. Aber noch ist es nicht zu spät. Die Stoßkraft der Majoritätsresolution in Feindesland hängt davon ab, ob die Regierung sich in Kampfstellung gegen die alldeutschen Majoritätsfeinde stellt, oder ob sie weiter versucht, die mittlere, die schwankende Linie zu halten. Der Herr Staatssekretär hat ja gestern die Erklärung abgegeben: „außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratungen gelöst werden könnte". Er hat also flüsternd, durch die diplomatische Blume das Versprechen gegeben, daß Belgien freigegeben werden würde — er hat es den Diplomaten gesagt, er hat unterlassen, es ihren Völkern zu sagen — denen es ihre Diplomaten nicht weitersagen, sondern das Gegenteil suggerieren. Herr v. Kühlmann hat hinzugefügt: „Wenn sich die Ententepolitiker anstellen, keine Klarheit zu bekommen, so ist das ja eine Unwahrheit." Aber statt diesen Vorwurf zu erheben, wäre es noch weiser gewesen, den Vorwand dem Gegner durch volle Klarheit ein für allemal zu entwinden. Nach allem was in einheitlicher Reihe vorliegt, nach dem, was Bethmann Hollweg in seiner gerade auch an die belgische Regierung gerichteten Note, die der Kaiserliche Brief von Potsdam mit veranlaßt hat, über die Nichtdemütigung der anderen Völker ausgesprochen hat, nach dem, was Zimmermann in seiner Note an Wilson erklärt hat, daß wir nicht die Einverleibung Belgiens fordern, nach dem, was auf Grund wochenlanger Erwägungen der Reichsregierung in der Konferenz der Staatssekretäre, bei dem Kaiser und im Siebeneraussschuß einheitlich festgelegt worden ist, nach dem, was gestern der Herr Staatssekretär hier gesagt und nicht gesagt hat, sind wir jener Situation nahe, in der eine wohlanständige Frau im fünften Monat auf die Frage, die an sie gestellt wird, errötend keine Antwort gibt, während das, was sie unter dem Herzen trägt, in den nächsten Monaten doch mit aller Gewißheit für alle in die Erscheinung tritt, weil es aus Naturnotwendigkeit ins Dasein treten muß. Darin liegt kein Grund zur Scham sondern ein Grund zum Stolz, wenn man eine gerechte Politik unter dem Herzen trägt. Der Weg zum Bruch mit den Alldeutschen führt über die belgische Frage.

Man soll nicht ungerecht gegen die Alldeutschen sein. Eine primitive Geistesverfassung ist, vollends in einem Kriege, in allen Ländern in großen Schichten vorhanden, die Herren wollen behalten, was okkupiert ist, sie wollen die Demütigung unserer Feinde ringsum in die Landkarte einzeichnen; eine napoleonische Herrschaft schwebt ihnen vor, die selbst Napoleon nicht hat halten können, und dabei hatte Napoleon den versöhnenden Zauber des Genies, den ich vergeblich unter Ihren Führern suche. Zudem hat Napoleon auch niemals die psychologischen Kampfesmethoden verschmäht, die Ihnen so verächtlich scheinen. Meine Herren Alldeutschen! Unter Ihnen sind tapferste Männer, wie sie unser Volksheer aus allen Parteien und Klassen stellt. Auch Sie haben Großes in diesem Kriege geleistet, aber nicht als Alldeutsche, sondern als Deutsche. Viele von Ihnen haben das Herz, alle die Lunge auf dem rechten Fleck. Aber darüber kann kein Zweifel sein: Mit Ihrer Gesinnung kann die Welt keinen Frieden schließen. Sie glauben an die Macht des Terrors und meinen

Digitized by Google

Deutschland könnte und sollte die seelischen Gewalten dieser Erde standrechtlich erschießen. Das ist ein furchtbarer Irrtum. Unsere Feinde sind keine Feiglinge, und wenn sie es wären, was wären unsere Siege wert? Die gegen uns kämpfenden Nationen haben ein großes Ehrgefühl und einen starken Selbsterhaltungstrieb. Sie würden gegen ein Deutschland alldeutscher Gesinnung à outrance kämpfen. Die Alldeutschen sind die Vogelscheuchen der Friedenstauben, die Vogelscheuchen der Bundesgenossen, die Vogelscheuchen der Nachbarlichkeit, und sie sind die Schrittmacher der Kriegsverlängerer in der Entente. Aber ich mache ihnen keine Vorwürfe. Sie sind mit Blindheit geschlagen und wissen nicht, was sie tun. Aber die Regierung ist nicht blind. Wenn sie dem psychologischen Studium nach Kühlmanns Rezept obliegt, muß sie wissen, wieviel der alldeutsche Lärm zur Aufrechterhaltung der feindlichen Heimatfront leistet. Darum darf sie den Konflikt mit den Alldeutschen nicht scheuen, sie muß ihn suchen. Gegen diese Forderung wiegen alle Bedenken diplomatischer Taktik federleicht. Man kann auch nicht einen Weltprozeß in letzter Instanz mit advokatischen Mitteln gewinnen. Ich stelle fest, daß der Staatssekretär des Auswärtigen materiell die richtige Politik machen will, aber für die Taktik trägt er die Verantwortlichkeit.

Innerpolitisch haben wir gesehen, daß mit den bisherigen Methoden nicht die enge Fühlung mit dem Parlament erreicht werden kann, welche die Regierung selber für notwendig hält. Gestern war die enge Fühlung nicht vorhanden, und dies war kein Vorteil für die Regierung und für die Wirkung, die wir im Lande und nach außen erwarten.

Ich darf auch ausdrücklich hinzufügen, daß wir bei unseren gestrigen Erklärungen und unseren Abstimmungen uns von dem Entschluß haben leiten lassen, die Krisenhaftigkeit nicht in die Formen des Konflikts überzuführen, weil es für Deutschland kein Heil wäre. Aber daraus sollen auch bei der Regierung keine falschen Schlüsse gezogen werden. Davor warne ich. Wir haben eine Zurückhaltung geübt, die geschichtliche Bedeutung haben wird und bis an die Grenze dessen gegangen ist, was nach unserer Meinung verantwortet werden kann.

Noch sind die Vorbedingungen für die richtige äußere und innere Politik nicht gegeben, nur die Regierung von morgen kann diese Politik machen.

Wir brauchen ein Ministerium von Männern, die begriffen haben, daß der deutsche Krieg mehr ist als ein bloßer Kampf ums Dasein. Der deutsche Krieg geht auch um Menschheitsziele. Es gibt keine Menschheitsziele, für die Deutsche nicht gearbeitet, gekämpft und gelitten haben. Die ganze Geschichte des deutschen Geistes ist ein Ringen um Menschheitsziele. Wir verleugnen durch die dauernde Betonung des rein egoistischen nationalen Zwecks unsere eigene Geschichte. Als wir den Freiheitskrieg führten, da kämpften wir nicht nur für unsere Existenz und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit, wir kämpften für das Recht und für die Freiheit, nicht nur für unser Recht und für unsere Freiheit. Aber nicht allein unsere Geschichte weist uns den Weg, die Völkerfreiheit in unseren politischen Willen aufzunehmen — es ist die politische und strategische Forderung der Stunde. Eine Nation, die mit einer so ungeheuren Kraftentfaltung die Menschheit überrascht wie wir, die kann die Welt nur mit der Größe dieser Macht aussöhnen, wenn sie deutliche Zeichen gibt, daß hinter dieser Kraft ein Weltgewissen steht. Wehe der Nation, die der ganzen Welt zuruft: Oderint, dum metuant! Sie würde schließlich unter dem Haß der ganzen Welt zusammenbrechen. Wir Demokraten haben die europäische Sen-

Digitized by Google

dung unseres Vaterlandes vom ersten Tage an gespürt, als unsere Söhne gegen den Zarismus in den Krieg gerufen wurden. Schon die 48er haben die Befreiung der baltischen Provinzen gefordert, ich weiß es von dem 48er, der mein Vater war.

Aber die Siege Hindenburgs sollten auch denen die Augen geöffnet haben, die ganz vom nationalen Egoismus verblendet waren. Hindenburg und Ludendorff haben im Osten Staatengebilde aus den Angeln gehoben und die Geschicke ganzer Völker erneut zur Entscheidung gebracht, die schon alle Hoffnung verloren hatten. Aber unsere Siege würden fruchtlos bleiben, hätten wir sie als engherzige Nationalisten erfochten. Nicht nur die erlösten Völker und die, die noch der Erlösung harren, die ganze rechtgesinnte Welt fragt uns: Kommt ihr als Unterdrücker oder als Befreier? Darauf können Worte und Proklamationen allein die Antwort nicht geben — das kann nur die Tat: Wir müssen Zeichen geben, daß wir würdig sind, für die Völkerfreiheit zu kämpfen — einen Anspruch, den die Feinde zu Unrecht erheben. Das können wir nur, wenn wir die deutsche Freiheit aufrichten und es vor aller Welt deutlich machen, daß wir nicht im Westen die Zustände einzuführen beabsichtigen, die wir im Osten beseitigen wollen.

Mit einem Wort: wir brauchen ein Ministerium des deutschen Geistes und des deutschen Volksvertrauens. Der Majorität steht nicht der Sinn nach parlamentarischen Kraftproben, wo es sich ziemt, daß alle unsere Gedanken, Sorgen und Hoffnungen darauf gerichtet sind, wie Deutschlands Heere die schwerste und blutigste Kraftprobe ihrer Geschichte bestehen. Aber diese Zurückhaltung, die uns eine klare patriotische Pflicht ist, macht die Verantwortung an den leitenden Stellen um so schwerer. Unser Volk hat es um seinen Kaiser und König verdient, daß ihm der letzte Entscheidungskampf erleichtert wird.

Notwendigkeit und Voraussetzungen des Parlamentarismus

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Parlamentarisches Regiment und Demokratie sind nicht dasselbe. Je undemokratischer das Wahlrecht ist, aus dem das Parlament hervorgeht, um so mehr kann ein parlamentarisches Regiment zum Gegenteil der Demokratie führen, oder um uns rein deutsch auszudrücken, um so mehr kann ein parlamentarisches Regime mit dem Volksinteresse, wenn man unter dem letzteren das Interesse wirklich des ganzen Volkes versteht, im Widerspruch stehen. Aber auch wenn das Wahlrecht ein ganz demokratisches ist, braucht das parlamentarische System darum doch noch keine Gewähr für Wahrung der Interessen des ganzen Volkes zu bedeuten, wenn nämlich das Volk es noch nicht versteht, nicht nur seinen Interessen gemäß zu wählen, sondern die Gewählten auch bei der Stange zu halten, daß sie wirklich die Interessen des Volkes wahrnehmen und nicht anderen Interessen, vor allem auch den eigenen dienstbar werden. Auch Gewählte können Tyrannen werden, auch Volksvertreter Betrüger sein.

Digitized by Google

Das Wählen ist äußerlich ein so einfacher Vorgang, der Stimmzettel ist so leicht abgegeben, und psychologisch setzt sich der Gedanke leicht fest, daß mit der Wahl der Wille des Wählers in den des Gewählten übergegangen sei, während in Wirklichkeit der Wahlakt doch ein viel komplizierterer Vorgang ist, der vielerlei psychologische Irrungen möglich macht. Insbesondere können die Wähler weit mehr in der Gewalt des Gewählten sein, als der Gewählte in der Gewalt der Wähler.

Die Sozialdemokratie ist daher auch nie geneigt gewesen, die Demokratie des bloß formalen Wahlrechts zu überschätzen, und ebensowenig hat sie vom Parlamentarismus an sich wer weiß welche Wunderleistung für das Wohl zumal der Arbeiterklasse erwartet. Die wirtschaftliche Umgestaltung, die sie vom Sozialismus erwartet, ist ihr immer viel wichtiger erschienen, erst im Verein mit dem Sozialismus erscheint ihr Demokratie überhaupt möglich und Parlamentarismus auch dann erst nützlich, wenn der Sozialismus als Macht dahinter steht.

Darum war auch die Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen die Monarchie von jeher nur sehr bedingt und, wo sie hervortrat, weit mehr durch persönliche Beweggründe als durch sachlichen Gegensatz erzeugt. Eine Monarchie, die es fertig bringt, sich wirklich in einigem Grade als die über den Klassen stehende objektive Macht zu betätigen, die sie heute zumal sein will, kann der Arbeiterklasse als ein durchaus erwünschtes Gegengewicht gegen rücksichtslose Klassenherrschaft gelten. Republikanische Agitation hat denn auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die doch wohl die abgeklärteste auf dem Erdenrund darstellt, gar keine Rolle gespielt. Man war sich klar darüber, daß der eigentliche Interessengegner ganz wo anders sitze.

Das parlamentarische System läuft darauf hinaus — darüber kann kein Zweifel sein und das soll man ehrlich eingestehen — die Entscheidung über das Schicksal des Volkes nicht mehr dem Monarchen zu überlassen, sondern sie in die Hände der Volksvertretung zu legen. Nicht der Monarch soll mit selbstgewählten Ratgebern oder solchen, die sich ihm aufdrängen, über das Schicksal des Volkes entscheiden, sondern die vom Volk gewählten Volksvertreter sollen mit ihrem Willen bestimmen, wie das Volk zu führen sei. Eine Feindschaft gegen die Monarchie oder gar gegen den Monarchen braucht darin nicht zu liegen. Die Monarchie hat ihren Zweck nicht in sich selber, sondern in der Tatsache ruht ihre Lebensberechtigung, daß ihre Herrschaft nicht nur möglich und wirklich, sondern auch nützlich ist. Das Volk ist nicht um der Monarchie, sondern die Monarchie um des Volkes willen da. Gestalten sich die Dinge daher so, daß die Monarchie ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, weil die Aufgabe zu groß und zu schwer geworden ist, als daß sie ein einzelner Mensch allein verantwortlich tragen könnte, dann muß um der Sache willen ein stärkerer Träger der Verantwortung gesucht werden. In dieser Lage befinden wir uns aber im Grunde schon, seitdem die absolute Monarchie durch die konstitutionelle ersetzt wurde. Seit 1848 entscheidet über das Schicksal des deutschen Volkes die Volksvertretung mit. Seit

Digitized by Google

1848 haben wir das parlamentarische System insofern, als der Volksvertretung der Weg gebahnt ist, ihrem Willen im Staate sein Recht zu verschaffen. Wessen Wille sich durchsetzt, ob der des Monarchen oder der der Volksvertretung, das liegt nicht an irgendwelchen Gesetzesparagraphen, sondern das hängt ganz von den handelnden Persönlichkeiten in Monarchie und Volksvertretung ab. Der Volksvertretung Macht oder Ohnmacht ist ihre eigene Schuld, ihr eigenes Verdienst. Kein Zweifel, daß die Volksvertretung um so weniger Macht entfalten kann, je mehr sie durch Parteiung in sich zerspalten ist, und je mehr die Parteien gegen einander und gegen die Regierung sich kritisch verhalten und, statt Verantwortung zu übernehmen, sie mit der Kritik anderen zuschieben. Bisher hat der deutsche Reichstag noch keinen Regierungswillen an den Tag gelegt, seine Parteien haben sich in der Kritik erschöpft, das verantwortliche Regieren aber der von Kaiser und Bundesrat bestimmten und beeinflußten Regierung überlassen. Jede Partei hat erklärt, die Regierung mache es falsch, und jede Partei hat festgestellt, daß sie die Probe auf die Richtigkeit ihrer Auffassung nicht machen könne, weil ihr die Macht fehle. Die bekomme sie aber später. Damit schoben die Parteien selber die eigentliche Pflicht, jetzt zu regieren, der monarchischen Regierung zu. Der Reichstag war nur Mitgesetzgeber und Kontrollinstanz.

Insbesondere die Sozialdemokratie konnte auf Grund ihrer taktischen Auffassung nicht mitregieren. Sie wollte es auch gar nicht, sie lehnte die Verantwortung im Kapitalistenstaate ab. Wenn jetzt das Wort „Parlamentarisierung" immer mehr in den Vordergrund der Erörterung tritt, wenn die Volksvertretung die Forderung stellt, daß nach ihrem Willen regiert werde, so kann diese Forderung nur klarerweise dadurch Erfüllung finden, daß das Parlament an sich selber die Forderung stellt, aus sich heraus einen regierungsfähigen und sich verantwortlich fühlenden Willen zu schaffen. Besonders auch die Sozialdemokratie wird sehr wichtige Schlußfolgerungen ziehen müssen. Parlamentarisches Regiment verlangen heißt von der kritischen Theorie zur wirklichen praktischen Politik übergehen, heißt, statt zu sagen, wie es mal später werden soll, die Entscheidung treffen, was jetzt in diesem Augenblick geschehen soll und kann, heißt grundsätzlich zum praktischen Opportunismus (Politik für den gegebenen Augenblick) übergehen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt selber den Ruf nach parlamentarischer Regierung erhebt, so geben zwei Tatsachen dazu die Veranlassung. Einerseits traut die Sozialdemokratie der Monarchie nach den seit den Februarerlassen gemachten Erfahrungen nicht die erforderliche Macht zu, auch mit ihrem besten Willen das Gemeinwohl gegen das Klasseninteresse durchzusetzen, anderseits hält sie sich selber für berufen und verpflichtet, im Rahmen des parlamentarischen Systems alle Kraft daran zu setzen, das einseitige kapitalistische Klasseninteresse zurückzudrängen. Übrigens würde auch das parlamentarische Regierungssystem einem Monarchen, der nicht nur Monarch, sondern auch eine starke Persönlichkeit ist, reichste Gelegenheit lassen, starken Einfluß aus-

Digitized by Google

zuüben. Auch wenn die Volksvertretung die letzte Verantwortung haben will, so kann der Monarch als dauernder Träger der Staatshoheit, als ständiger Vermittler der in der Volksvertretung miteinander ringenden Mächte sehr wohl eine bedeutsame Rolle spielen. Das hängt ganz von der Tüchtigkeit seiner Persönlichkeit ab. Zum mindesten ist die Aufgabe, mit dem aus der Volksvertretung hervorgehenden oder doch von ihr unmittelbar abhängigen Minister zu verhandeln, weit interessanter und auch würdiger, als mit irgendwelchen an sich Unverantwortlichen darüber zu beraten, wie man wohl am besten regieren könne, müsse, um mit dem ewig nörgelnden Parlament leicht fertig werden zu können. Für einen Monarchen, dem das Wohl seines Volkes am Herzen liegt, der sich gerne an der Spitze eines selbstbewußten und starke regierende Kräfte hervorbringenden Volkes weiß, kann es keine Beeinträchtigung seiner Stellung sein, wenn er seine Ratgeber, ohne die er ja nicht regieren kann, in Einklang mit der Volksvertretung wählt.

An dieser Stelle wäre ein Wort darüber zu sagen, daß Parlamentarisierung der Regierung nicht bedeutet, daß nur Parlamentsmitglieder Minister werden können. Das parlamentarische System ist dann da, wenn kein Minister im Amte bleibt, den die Mehrheit der Volksvertretung nicht will. Man meint, das parlamentarische System werde wortgewandten, aber sachlich wenig unterrichteten Advokaten und Journalisten zu Sitzen in der Regierung verhelfen. Die bisherigen sachkundigen Beamten würden dadurch zurückgedrängt. Es scheint doch, daß man da gar zu sehr von Begriffen der Vergangenheit ausgeht. Sachunkundige Schwätzer dürften doch um so weniger Aussicht auf Ministerposten haben, je mehr Verantwortung mit dem Ministeramt verbunden ist. Übrigens gehören in die Regierung vor allem *Männer von klarem und starkem Willen*. Es gibt auch Beamte, die vor lauter Sachkunde nie auf eine neue Idee kommen. Ferner aber haben in Zukunft ganz andere Männer als Advokaten und Journalisten besondere Aussichten auf Ministerposten, vielmehr werden diesen die *Führer der großen Organisationen* im wirtschaftlichen und sozialen Leben, auch eine Art Beamte, entschieden den Rang ablaufen. Die Zeiten des demokratischen Kleinbürgertums sind vorbei, und damit weichen auch seine Führer, die gerade Rechtsanwälte und Journalisten waren, zurück, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht auch in Zukunft aus diesen beiden Ständen bedeutende politische Führer des Volkes hervorgehen können. Aber auch die Führer der großen Organisationen aller Art, einschließlich natürlich der Arbeiterorganisationen, und auch der sehr bedeutsamen Gebilde der modernen *Gemeinden* werden auch parlamentarisch immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Es ist kein Zufall, daß kürzlich zwei Oberbürgermeister großer Städte in die Regierung hineinberufen wurden. Das Bürgermeisteramt ist in den letzten Jahrzehnten zu einer ganz hervorragenden Schulung für Regierungstätigkeit geworden.

Was aber die Beamten betrifft, so gehört zur Parlamentarisierung der Regierung

Digitized by Google

unbedingt auch die Politisierung der Beamten, die volle Befreiung der Beamten von allem Gewissensdruck auf ihre politische Überzeugung. Es muß zur Selbstverständlichkeit werden, daß jeder Beamte sich zu derjenigen politischen Überzeugung bekennen darf, der er in seinem Gewissen innerlich zustimmt. Dann werden auch die Beamten in allen Parteien vertreten sein und von ihrem Sachverständnis im Rahmen ihrer politischen Überzeugung Gebrauch machen können. Die Beamten werden vor dem Volke von dem Makel befreit, daß ihre Meinung keinerlei Ansehen beanspruchen könne, weil sie von der jeweiligen Regierung sich abhängig fühlen.

Es besteht also gar kein Grund, anzunehmen, daß einer Regierung, die der Volksvertretung unmittelbar verantwortlich ist, die erforderliche Sachkunde fehlen werde, wohl aber ist zu erwarten, daß eine solche Regierung, die mit der Volksvertretung das Volk hinter sich weiß, eine Regierung des starken Willens sei, viel mehr als dann, wenn es von dem Zufall abhängt, ob der Monarch bei eigener Auswahl zufällig eine starkwillige Persönlichkeit ausfindig macht.

Die größte Reform muß aber die Volksvertretung, die in ihrem Sinne regiert haben will, an sich selber vollziehen. Das Parteiwesen, das im Volke besteht und dort auch nicht entbehrlich ist, muß in der Volksvertretung in dem Sinne verschwinden, daß unter allen Umständen ein Einheitswille der Volksvertretung erzeugt werden muß, der der Wille einer möglichst großen Mehrheit zu sein hat. Die Parteien, die ihre Vertreter in ein Parlament entsenden, das selber regieren will und soll, haben die Verpflichtung, ihre Parteigrundsätze im Parlament soweit zurückzustellen, als es die Bildung eines Willens der Volksvertretung notwendig macht. Sind die Wahlen vorüber, so ist durch die Stärke der Parteien der Wille des Volkes festgestellt. Dieser Wille ist zu respektieren. Jede Partei ist als gleichberechtigt anzuerkennen und aus dem Willen der verschiedenen Parteien ist ein regierungsfähiger Wille der Volksvertretung zu bilden. Man spottet vielfach über die widerspruchsvolle Mehrheit von Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie, die so gar nicht regierungsfähig sei. Das ist sie freilich nicht, wenn jede Partei ausschließlich nach ihrem doktrinären Parteiprogramm regieren wollte. Das geht nicht, es muß eine mittlere Linie gesucht werden, auf der man sich praktisch trifft. Das ist eine unvermeidliche Notwendigkeit, die auch den Parteigenossen im Lande begreiflich gemacht werden muß. Das kann nicht schwierig sein, denn ein anderes ist, möglichst viele Parteigenossen in die Volksvertretung zu bringen, ein andres, den Willen zur Volksvertretung zur Geltung zu bringen. Wenn durch solche Klarstellung aus fanatischen Parteigenossen mehr mit Andersdenkenden rechnende Staatsbürger werden, so ist das sicher auch kein Schade. Wenn die Parteien fortfahren wollen, nur die Klikket zu spielen, dann können sie starr bei ihren Parteigrundsätzen verharren. Wollen sie aber die Volksvertretung wirklich regierungsfähig machen, dann ist das rein parteigemäße Verfahren unmöglich. Der Zwang, eine regierungsfähige

Digitized by Google

Mehrheit zu bilden, wirkt in dem Sinne unerbittlich. Er kann aber auch nur gut erzieherisch auf die Parteien wirken. Gegenseitige Achtung, Duldsamkeit und besseres gegenseitiges Verständnis werden an die Stelle der heutigen Verhetzung treten, wenigstens muß das kommen, wenn die Volksvertretung in der Tat durch einheitlichen Willen und allgemeines Ansehen vor dem Volke zu starker Geltung kommen soll. Damit ist ein großer Gewinn verbunden. Die Politik, die heute in ihrer Entartung die besten Geister vielfach abstößt, wird dann die vornehmste Lebenskunst, für deren gutes Gedeihen alle guten Geister der öffentlichen Meinung mitwirken müssen.

Es ist davon die Rede gewesen, daß bei unsern westlichen Feinden das parlamentarische System und die Demokratie, wie wir sie im Kriege bei ihnen kennen gelernt hätten, sich in keiner Weise bewährt hätten. Einmal ist diese Behauptung nicht ohne weiteres begründet. Wir müßten es erst selber erlebt haben, daß der Feind bei uns so tief im Lande stünde, wie wir in Frankreich stehen, und wir müßten erst so viele Mißerfolge haben wie England, um darüber ein Urteil zu haben, was in solchem Falle eine Regierung zu leisten hat. Man muß doch ehrlich zugestehen, was die beiden Regierungen unter so erschwerten Umständen fertig gebracht haben, ist keine geringe Leistung.

Aber es soll gar nicht behauptet werden, daß es keine Entartung im parlamentarischen System gäbe. Das Parlament eines Volkes ist so wie das Volk selbst, es wird durch den Volkscharakter in seiner Art bestimmt. Um davon ein klares Bewußtsein zu bekommen, braucht man nur in die verschiedenen Parlamente von Berlin, London, Paris, Brüssel, Stockholm usw. einmal hineinzuhören. Wir haben nicht die Verpflichtung, Entartungen anderer Parlamente nachzuahmen. Es wird allerdings notwendig sein, daß die öffentliche Publizistik mit dem größten Nachdruck alles tut, was möglich ist, die politischen Sitten zu verbessern und einem Parlament, das zu regieren sich berufen fühlt, seine Verantwortungspflicht stets hell vor Augen zu führen. Daß wir es andererseits nötig haben, daß eine Schule für Führer des Volkes eröffnet werde, das zeigt uns doch eben die jetzige Kriegszeit. Wir haben hervorragende militärische Führer. Daß wir aber Überschuß an politischen und insbesondere diplomatischen Kräften hätten, das können wir gewiß nicht behaupten. Diese Kräfte können aber nur wachsen, wenn den Volksvertretern die Aufgabe gestellt wird, diese Führer entweder selber zu stellen oder doch bei ihrer Auswahl maßgebend mit tätig zu sein. Erst wenn der Reichstag berufen ist, das Recht auf Führung des Volkes zu verleihen, wird er selber für Männer, die solche Führerbegabungen haben, ein geeigneter Ort der Betätigung sein. Heute ist er viel zu sehr eine Stätte breiter Beredsamkeit.

Das parlamentarische System ist auch bei uns unerläßlich, um das deutsche Volk mit einheitlicher Geschlossenheit dem Ausland gegenüberzustellen, es ist unvermeidlich, um eine gewisse Festigkeit auch in der innern Politik zu sichern. Darum wäre unendlich viel gewonnen, wenn es dahin kommen könnte, daß nicht mehr darüber

Digitized by Google

gestritten werden müßte, ob das parlamentarische Regierungssystem überhaupt einzuführen sei, sondern wie es für die Volkswohlfahrt möglichst vollkommen ausgestaltet werden kann. Nicht das ist kluge Politik, Widerstand unter allen Umständen zu leisten, auch dann, wenn der Widerstand letzten Endes vergeblich sein muß, sondern, dem was da kommen will und kommen muß, die vollkommenste Form zu geben. Jede Partei ist berufen und befähigt, an dieser Aufgabe mitzuwirken. An sich will keine Partei die Volksvertretung für die Regierungsführung zur Ohnmacht verdammen. Darum aber sollten alle Parteien sich darüber einigen: Die Volksvertretung muß für ihre Aufgabe, das Volk zu führen, so sehr wie möglich befähigt werden. Das sollte aller Parteien gemeinsames Ziel sein!

Brief an die „Deutsche Politik"

Zur innerpolitischen Lage gehen uns von einem führenden Parlamentarier folgende Ausführungen über die inneren Beweggründe der Politik der Mehrheitsparteien zu:

Die kurze Reichstagstagung hat eine verwirrend große Zahl von Zwischenfällen gebracht, die, weil sie der Reihe nach die Portefeuilles verschiedener Ressortchefs berührten, jeweils an der Festigkeit der Reichsregierung gerüttelt haben. Da die Reichsregierung schon zuvor in ihrer Politik nicht sicher erschien, so pflanzten sich jene Einzelerschütterungen unwillkürlich auf die Reichsregierung als Ganzes selbst fort. Am schwersten war der Stoß am vorigen Dienstag.

1. Die Regierung hatte an diesem Tage das Rechtsgefühl des deutschen Volkes gegen sich aufgebracht. Sie bediente sich als Waffe im parlamentarischen Redekampf der Andeutung des Hochverrats, obwohl sie wußte, daß der Reichsanwalt wegen des unzureichenden Materials eine Anklage gegen die drei Abgeordneten zu erheben widerraten hatte. Naumann sprach als das Gewissen Deutschlands.

2. Die Regierung hat sich diesen drei Männern gegenüber ins Unrecht gesetzt und ihnen damit eine ganz neue Beleuchtung in den Augen der deutschen Arbeitermassen gegeben. Die Unabhängige Sozialdemokratie war gerade lahm gelegt durch die neue Kriegszielproklamierung der Entente; wer Elsaß-Lothringen fordert, der schafft im deutschen Volk eine Atmosphäre, in der Männer nicht gedeihen, die den Frieden um jeden Preis fordern, und unseren Waffen kein Glück wünschen. Nun stehen sie als Märtyrer vor der Öffentlichkeit, und ihr Pathos klang zum ersten Male nicht so hohl wie sonst.

3. Die Regierung hat — ebenfalls als Waffe im Redekampf — über die Vorkommnisse in unserer Flotte dunkle und irreführende Andeutungen gemacht, die dazu angetan sind, die trügerischen Hoffnungen der Feinde auf unseren inneren Zusammenbruch zu ermutigen. Vom Grafen Westarp bis Scheidemann weiß jeder Abgeordnete, daß er auf den Geist und die Zucht unserer Flotte stolz sein kann. Über die Versionen, die heute Reuter von den Zuständen in der deutschen Flotte verbreitet, wird die englische Marine am meisten lächeln — sie weiß Bescheid, aber die feindlichen Völker wissen nicht Bescheid, und ihre Kriegshetzer haben eine neue und unerwartete Waffe in die Hand bekommen. Die politische Spannung ist nach Vertagung des Reichstags größer als je.

Man kann eine Spannung nach den Gesetzen der parlamentarischen Physik auf doppelte Art lösen: Entweder durch ein Votum der Volksvertretung, welches der Regierung ihr Vertrauen oder ihr Mißtrauen ausspricht. Der erstere Weg kam nicht in Frage, denn einmal würde keine einzige Partei des Reichstages am Schluß der Tagung der Reichsregierung ein generelles Ver-

Digitized by Google

trauensvotum ausgesprochen haben, und zum zweiten kann die Reichsregierung grundsätzlich kein Vertrauensvotum fordern, weil sie nach einer immer noch nicht aufgegebenen Tradition das Vertrauen des Parlaments nicht offen zur Grundlage ihrer Amtsführung machen soll. Bleibt der zweite Weg des Mißtrauensvotums. Dies ist der offene Konflikt im Parlament, — das fordern die Sozialdemokraten. Aber diesen Weg zu gehen, kann und will sich der bürgerliche Teil der Majorität nicht entschließen. Dafür sprechen folgende Gründe: Die bürgerlichen Parteien sind der Überzeugung, daß das Ministerium von morgen eine neue Periode der deutschen Geschichte einleiten wird in der inneren wie in der äußeren Politik. — Sie ziehen es daher vor, daß die bedeutsame Wendung vor sich geht im vertrauenden Einverständnis aller politischen Machtfaktoren in Deutschland. Eine Lösung aus dem freien Entschluß der Krone ist willkommener und tragkräftiger, als eine ertrotzte Lösung; sie ist verheißungsvoller für die Zukunft und heilsamer für die Gegenwart. Ich fasse zusammen:

1. Die Forderung, die im Parlament erhoben worden ist nach einem „Ministerium des deutschen Geistes und des deutschen Volksvertrauens" wird heute überall im Lande laut. Wir brauchen diese Regierung auch für die Zeit nach dem Frieden, vor allem aber gerade heute, weil der Krieg noch dauert. Das ist heute keine Forderung der Parteipolitik. Wen prinzipielle Gründe nicht überzeugen, der möge sich wenigstens von dem Gesichtspunkt der militärischen Zweckmäßigkeit leiten lassen. Unsere Heimatfront muß so fest sein wie die Front draußen. Dann, aber nur dann, werden wir den Entscheidungskampf siegreich bestehen.

2. Man schreckt vor dem offenen Konflikt auch deshalb zurück, weil Wilson als amerikanisches Kriegsziel die deutsche Uneinigkeit proklamiert hat. Das Ehrgefühl des deutschen Volkes mag Wilson keine Schadenfreude bereiten: Man erkennt in dem Ratschlag, einen Konflikt herbeizuführen, die Hoffnung des Feindes auf die Schwächung der deutschen militärischen Kraft.

3. Der Reichstag ist es der Front schuldig, daß er ihr nicht auf die Nerven geht. Die Soldaten draußen haben das Vertrauen, daß sich bei gutem Willen, in gemeinsamen Beratungen die Schwierigreiten lösen lassen, und darum werden sie kein Verständnis dafür haben, daß Machtproben erzwungen werden.

4. Es gibt aber noch schlimmere Dinge als den Konflikt. Das ist das Treibenlassen des Staatsschiffes im gegenwärtigen Fahrwasser. Wir wollen es nicht wahr haben, daß die Führerkraft nur noch im deutschen Heere lebt. Die Majorität hofft darauf, einem Manne folgen zu können, der auf Grund einer klaren Willensrichtung ihr Vertrauen hat, und damit das Recht und die Macht, die Führung in der Hand zu behalten, die ihm dann keine Parteigruppierung streitig machen wird.

Notizen

Michaelis — Capelle. Aus dem Felde, wo neben der alldeutschen Propaganda seit dem 21. Juli — das zeitlich mit dem Abgang Bethmann Hollwegs und der Friedensresolution des Reichstags zusammenfallende Datum ist historisch nicht ohne Bedeutung — die amtliche Aufklärungsarbeit blüht, flattert in immer größeren Massen ein Flugblatt in die Heimat, das die Überschrift „Himmeldonnerwetter" trägt. Darin heißt es unter anderem: Jedesmal beim Eintreffen der Zeitungen packt die Soldaten eine geheime Angst. Was für einen Krakeel werden sie — natürlich die Reichstagsabgeordneten — nun wieder angezettelt haben? An welchen Grundpfeilern unseres staatlichen Daseins wird gerade die Sprengpatrone gelegt? usw. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese Stimmung im ganzen Heere obwaltet; zu uns dringen wahrlich auch andere, sogar ganz andere Stimmen. Aber wundern sollte es uns nicht, wenn

Digitized by Google

angesichts der letzten Vorgänge im Reichstage sich im ganzen Lande die geheime und quälende Angst verbreitete: was mögen unsere leitenden Staatsmänner nur wieder für Unheil anrichten! Es war schon von Übel, wenn der Kriegsminister von Stein bei der Interpellation wegen der Vaterlandspartei aus der mehr soldatischen als politischen Empfindung heraus, daß der Hieb die beste Parade sei, allerlei Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Hindenburg und Ludendorff aus obskuren Flugblättern, von denen kein Mensch hierzulande etwas wußte, an das Tageslicht zog. Es war von größerem Übel, daß der Vizekanzler Helfferich durch sein schroffes und gereiztes Auftreten — zum wievielten Male eigentlich? — einen Bruch mit dem Reichstage provozierte. Der Übel größtes aber war die Art und Weise, wie der Reichskanzler Michaelis und der Staatssekretär v. Capelle am 9. Oktober die traurigen Vorkommnisse in der Marine als ein politisches Kampfmittel ausbeuteten. Es wird jetzt verbreitet, daß der Staatssekretär v. Capelle, insofern er seine Mitteilungen über die Vorkommnisse zu Beschuldigungen gegen die Abgeordneten Haase, Dittmann und Vogtherr von der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion ausweitete, den Absichten des Reichskanzlers nicht entsprochen habe, und es wird im Zusammenhang damit der bevorstehende Rücktritt Capelles angekündigt. Wir können demgegenüber nur in das Urteil der alldeutschen „Deutschen Zeitung" einstimmen: „Eine moralische Stärkung erfährt das Charakterbild des Reichskanzlers durch die Opferung Capelles nicht." Der Reichskanzler ist es doch gewesen, der dem Staatssekretär des Reichsmarineamts das Stichwort zu seinem Auftreten gegeben hat; er ist es auch gewesen, der nicht nur auf die drei beteiligten Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, sondern auf die ganze Partei mit ihren Hunderttausenden von Anhängern ohne Not den Schatten der Mitschuld und Mitverantwortung warf. Vor allem aber hat der Kanzler die Bedeutung der beklagenswerten Vorgänge, natürlich ohne es zu wollen, aufgebauscht, indem er sagte: „Es handelte sich um alles. Es mußte der Widerstand gebrochen werden. Es war ein kritischer Moment": Worte, die doch den Eindruck erwecken müssen, als habe die revolutionäre Bewegung in der Marine einen höchst bedenklichen Umfang erreicht. Da war das, was Capelle sagte — es habe sich nur um einige wenige Leute an Bord unserer Flotte gehandelt, die das Beispiel der russischen Revolution nachzuahmen geplant hätten; die umlaufenden Gerüchte seien aber maßlos übertrieben; die Schlagfertigkeit der Flotte sei nicht einen Augenblick in Frage gestellt gewesen — weit klüger und staatsmännischer. Dr. Michaelis kann nicht einmal zu seiner Entschuldigung anführen, daß er von den Ausfällen der Unabhängigen Sozialdemokraten, die die Vorgänge in Wilhelmshaven in die Debatte gezogen hatten, überrascht worden sei. Der Gegenstand ist ja offensichtlich schon vorher in einem parlamentarischen Ausschuß, sei es im Siebener-Ausschuß, sei es im Hauptausschuß, verhandelt worden, so daß der Kanzler über die absolute Unmöglichkeit, den Gegenstand im Plenum zu erörtern, vollauf unterrichtet sein mußte. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage, ob eine Strafverfolgung gegen die drei Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden könne, schon lange vor dem 9. Oktober von allen maßgebenden Instanzen, insbesondere von dem zuständigen Reichsanwalt auf das sorgfältigste untersucht worden ist, und zwar mit absolut negativem Ergebnis; sonst hätte eben die Anklage erhoben und der Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten gestellt werden müssen. Unter diesen Umständen hätte die Regierung, die die Provokation der Unabhängigen Sozialdemokraten mit mathematischer Sicherheit voraussehen mußte und vorausgesehen hat, die Vorkommnisse rechtzeitig in der Presse auf eine Weise bekanntgeben sollen, die eine üble Wirkung möglichst ausschloß. Statt dessen hat sie ihre Enthüllungen sorgfältig aufgespart, um sie im denkbar ungeeignetsten Moment und in denkbar ungeschicktester Weise als ein Kampfmittel in die Wagschale zu werfen. Die Art, wie es geschah, widerspricht schlechthin dem ele-

Digitized by Google

mentarsten rechtlichen Empfinden des Volkes. Niemals darf man Tote, auch wenn sie auf Grund eines Gerichtsurteils erschossen hat, als Zeugen aus dem Grabe heraufbeschwören, wo keine Möglichkeit mehr besteht, sie mit denen zu konfrontieren, deren Mitschuld nur durch sie erwiesen werden kann? Wir sind überzeugt, daß das unbefangene Volksempfinden unbeschadet des Abscheues, den es vor jedem vaterlandsverräterischen Treiben hat, mit einem klaren und entschiedenen Nein antwortet. Und zu dieser moralischen Bloßstellung des kanzlerischen Vorgehens gesellt sich der schwere Schade, den es uns im Ausland zugefügt hat. Wie wird die Äußerung von dem „kritischen Moment", die in der Retouchieranstalt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" allerdings in Fortfall gekommen ist, von der Ententepresse ausgebeutet werden! Die englischen und französischen Zeitungen triumphieren: „Was bei der deutschen Marine geschah, sei offenbar ein Wendepunkt des Krieges"! Der „kritische Moment" muß viel, viel schlimmer wirken, als die „kriegsverlängernde" Friedensresolution vom 19. Juli. Wahrlich, der „Deutschen Vaterlandspartei", die gegen die Friedensresolution des Reichstags fortgesetzt das ärgste Trommelfeuer aufführt, bietet sich jetzt ein weit dankbareres Feld für ihre Betätigung. Der Reichskanzler ist auf dem besten Wege, die Reichstagsmehrheit, die in der Öffentlichkeit viel angegriffen war, vollständig herauszupauken. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb die Mehrheit am Schluß der Tagung so still und friedlich auseinandergegangen ist. Ein Mißtrauensvotum, ein ungestümes Verlangen nach dem parlamentarischen Regime hätte in ihrem Sinn in diesem Moment nur geschadet und das, was kommen muß, aufgehalten. Das bureaukratische System Michaelis' mit seiner Unklarheit und Ungeschicklichkeit gräbt sich so sicher, so konsequent sein eigenes Grab, daß jedes Nachhelfen vom Übel wäre.

Das neue russische Kabinett. Die russische Revolution zeitigt einen Ministerverbrauch, der nicht viel hinter der zarischen Regierung zurückbleibt. Bereits das vierte Mal ist es nötig geworden, ein neues Ministerium zusammenzustellen. Nach französischem Muster sind es dabei immer dieselben Männer, die nur in anderer Reihenfolge zur Regierung herangezogen werden. Wiederum ist zwar Kerenski für unentbehrlich angesehen worden. Wiederum aber ist es ihm nicht gelungen, ein Koalitionskabinett aus führenden Männern des bürgerlichen und sozialistischen Lagers zu bilden. Sowohl die Kadetten als auch die Sozialisten, bei Kerenski unterstützen, haben sich nicht entschließen können, ihre besten Pferde aus dem Stalle zu holen. Weder Miljukow, Schingarew, Roditschew von den Kadetten, noch Zeretelli, Tscheidse, Skobelew von den Sozialisten sind in die Regierung eingetreten. Ein Blatt der Maximalisten, die die ganze Koalition der Sozialisten mit den bürgerlichen Elementen auf das lebhafteste bekämpfen, spottet über dieses Kabinett, in das die beiden Parteien nur „Schleichpatrouillen" abgesandt hätten, um den Gegner zu beobachten. In diesem Kabinett der Unbedeutendheiten sind außer Kerenski nur der Handelsminister Konowalow zu nennen, der als Führer der Moskauer Großkaufmannschaft schon einmal diesen Posten unter Kerenski inne hatte, ihn damals aber wegen Übergriffen der Sozialisten in sein Ressort aufgab. Ferner der Bauernführer Awksentiew, der bisher das Ministerium des Innern verwaltete und jetzt das der Landwirtschaft übernommen hat. Das wurde bisher von seinem Fraktionsgenossen, dem Sozialrevolutionär Tschernow zum großen Unbehagen der Besitzenden geleitet, weil er mit großer Rücksichtslosigkeit auf die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes lossteuerte. Zum Schlusse wäre noch zu erwähnen, daß Tereschtschenko das Amt des Minister des Äußern beibehalten hat. Er ist es noch nicht müde geworden, die sozialistischen Taktlosigkeiten auch den fremden diplomatischen Vertretungen gegenüber mit seinem Namen zu decken. Die jetzige Kabinettsbildung bedeutet also höchstens einen Waffenstillstand im Kampfe der beiden Lager um die Regierung. Daß die Kadetten nach wie vor gewillt sind, bei ge-

Digitized by Google

gebener Gelegenheit wieder auf eigene Hand Politik zu treiben, geht auch daraus hervor, daß drei ihrer bedeutendsten Rechtsanwälte und Dumamitglieder Maklakow, Teſſenko und Adſhemow oſtentativ die Verteidigung Kornilows übernommen haben. Noch mehr Gefahr droht freilich der Koalitionsregierung von ſeiten der Maximaliſten, die Kerenſki und alle Parteien, die ſeine Politik unterſtützen, aufs heftigſte angreifen. Gerade in den letzten Wochen hat dieſe Partei bedeutſame Fortſchritte in ihrem Kampfe um die Macht gemacht. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der bisher eine minimaliſtiſche Mehrheit aufwies, haben ſie bereits erobert. Auf der demokratiſchen Konferenz ſpielten ſie eine bedeutende Rolle, zumal der linke Flügel der Sozialrevolutionäre unter Tſchernow oft mit ihnen geht. Auch auf dem bevorſtehenden Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte wollen ſie energiſch den Kampf gegen Tſcheidſe und Zeretelli aufnehmen, die noch bisher im ſtändigen Ausſchuß dieſes Verbandes die Führung beſitzen. Gelingt ihnen letzteres — und es iſt nicht völlig ausgeſchloſſen, — ſo iſt es mit Kerenſki und der Koalitionsregierung zu Ende. Rußlands innere Politik nähert ſich alſo kritiſchen Tagen.

Neuerſcheinungen

Bücher über Luther

Die vierhundertſte Wiederkehr des Geburtsjahres der Reformation fällt in eine Zeit neuer weltgeſchichtlicher Orientierung. Das enthebt die Beurteilung Luthers der Begrenzung durch die religiöſe Überzeugung ſeiner Betrachter. Der Weg, den der kluge Jeſuit Grisach (Profeſſor in Innsbruck) mit ſeinem großen gelehrten Lutherwerk beſchritten hat: den unbeugſamen Tatſachen der Vergangenheit auch darin gerecht zu werden, daß die hiſtoriſchen Folgerungen der Reformation nicht verleugnet werden, kann unter Wirkung der Zeitereigniſſe auch von denen begangen werden, die von ihrer religiöſen Anſchauung aus in Luther den Gefallenen, den Abtrünnigen, den Ketzer ſehen. Die menſchlichen Seiten ſeiner Perſönlichkeit brauchen nicht mehr die einzigen verſöhnenden Momente zwiſchen den ſtreitenden Parteien zu ſein. Zum Zauber ſeiner Perſönlichkeit, zur religiöſen Innigkeit ſeiner deutſchen Schriften, der Feſtigkeit ſeiner Kundgebungen, der die Herzen gewinnenden Freundlichkeit und der gewaltigen, alle Widerſtände niederzwingenden Kraft, von denen Grisach bewundernd erzählt, kann jetzt auch die vorurteilsloſe Würdigung der weltpolitiſchen Wirkungen ſich geſellen, die wir Luther verdanken. Karl Jentſch hat in einem Aufſatz über Luther in der „Neuen Rundſchau“ vom Jahre 1917 geſagt: der Streit über Luther ſei aus der Arena haßerfüllter Kämpfe mit Knüppeln und Giftpfeilen allmählich ins Laboratorium leidenſchaftsloſer wiſſenſchaftlicher Analyſe überführt worden. Wir können heute den Satz wagen, daß die innere deutſche Einigkeit Luther aus dem Laboratorium ins Leben, aus der Umſtrittenheit auf den Boden der inneren und äußeren Einheitlichkeit geſtellt hat, die der Krieg für Deutſchland erbracht hat.

Freilich kommen die Bücher, die Luther zu Ehren in dem Gedenkjahre erſchienen ſind, von proteſtantiſcher Seite. So gleich die bequeme Zuſammenſtellung deutſcher Gedanken und Gedichte aus vier Jahrhunderten, in der ſich der Wandel im Urteil über Martin Luther durch die Jahrhunderte ſpiegelt (G. Manz, Martin Luther in deutſchem Wort und Lied. Berlin, Verl. des Ev. Bundes, M. 2.50.) Aber von der hier ausgebreiteten Fülle der Zeugniſſe großer Männer über ihren Eindruck von der Perſönlichkeit Luthers wird auch der bezwungen werden, der auf der Gegenſeite noch immer einen Reſt Gegnerſchaft in ſich trägt. Denn nicht wenige Männer der Vergangenheit haben aus Luthers Perſönlichkeit das Bewußtſein und den Willen zur Größe gezogen. So Hebbel, wenn er aus Luthers Leben die Lehre gewinnt: die Gefahr ergreift Löwen. So Jean Paul, wenn er Luthers Proſa eine halbe Schlacht heißt. So Goethe, wenn er, den Blick auf Luther gerichtet, an Rochlitz am 1. Juli 1817 ſchreibt: „Wir können unſeren Luther nicht höher ehren, als wenn wir dasjenige, was wir für Recht der Nation und dem Zeitalter erſprießlich halten, mit Ernſt und Kraft, und wäre es auch mit einiger Gefahr verknüpft, öffentlich ausſprechen.“ Vor allem aber iſt es die Wirkung der Perſönlichkeit Luthers auf Bismarck, die uns durch die Verhältniſſe der Zeit nahe tritt. Denn auch er war ein Kämpfer nach innen und außen und er hat aus ſeinen Eindrücken der Kindheit mit dem thüringiſchen Land nicht nur die Wartburg und die Bibelüberſetzung, ſondern auch das Bild Luthers mit in ſein Leben und Streiten als ein ſtilles und freies Vorbild hinübergenommen. Die Schrift von Bezzel: Luther — Bismarck (Müller & Fröhlich

Digitized by Google

München) gehört hierher, und auch die Darstellung von Bismarcks Leben und Schaffen in einem Romanzyklus durch Karl Hans Strobl, von dem zwei Bände: „Der wilde Bismarck" und „Eisen und Blut" bei Staackmann, Leipzig, herausgenommen sind, mag man in den Tagen mit besonderem Nutzen lesen, die dem Andenken Luthers gewidmet sind.

Im übrigen betrachten die Bücher, die zu Ehren Luthers herausgekommen sind, Persönlichkeit und Auftreten von verschiedenen Seiten. Ein einfaches, anspruchsloses Lutherbild entwirft Dr. H. Mosapp („Dr. Martin Luther und die Reformation", Westermann, Braunschweig). Von der rein menschlichen Seite sieht ihn eine nichtgenannte deutsche Frau, die ihren „Bekenntnissen zum Reformationsjahre" den frauenhaften innigen Teil vorangesetzt: Warum ich Luther lieb habe. (F. H. Perthes Gotha.) Ein „Buch für das deutsche Volk zum Reformationsjubelfest 1917" ist die Schrift von Otto Schulze „Dr. Martinus", (F. H. Perthes, Gotha) eine aus den Quellen aufgebaute volkstümliche Darstellung des Lebens und Wirkens Luthers. Die vornehmsten literarischen Denkmäler sind zwar Bücher, die das Bildnis Luthers aus eigenen Werken aufbauen. Wie einfach groß, echt feierlich wirkt das Lebensbild, das Dr. Franz Ehrin Luther aus dem symbolisch stark en Luthe bilde Lucas Cranachs vom Jahre 1540 und aus eigenen Schriften, Briefen, Reden und den zeitgenössischen Quellen gibt („Luther", F. A. Perthes, Gotha M. 3.—), denen Luthers Bild noch vertraut, lebendig, achtunggebietend vor Augen stand. Welch unmittelbaren tiefen Eindruck von dem Reichtum und der Tiefe des Geistes erhalten wir durch die Auswahl aus Luthers Schriften, die Martin Rade für die Sammlung „Die Religion der Klassiker" herausgegeben hat, (Hutten-Verl., Berlin M. 4.—) indem er Luthers theologischen, staatlichen, menschlichen Anschauungen in sachlich geordneten Gruppen durch einzelne Sätze aus seinen Schriften belegt. Luther ist, wie Rade im Vorwort sagt, „unter den großen Unbekannten, die wie die Sterne am Himmel unserer Geisteswelt leuchten, einer der Größesten und Unbekanntesten". Die Weitschichtigkeit und sprachliche Schwierigkeit seines Werkes mag daran schuld sein. Jetzt, wo man im Ausgang einen „echten Luther" hat, hat man dafür keine Entschuldigung mehr. Kleine Beiträge, die das Bild Luthers oft scharf und hell aus den kleinen Vorkommnissen des Lebens beleuchten, gibt die Sammlung „Anekdoten und Kernsprüche", die bei R. Lutz (Stuttgart) erschienen ist. „Luthers Frühzeit", seine Universitäts- und Klosterjahre als die Grundlage seiner geistigen Entwicklung, stellt, soweit sie sich in ihrem tatsächlichen Verlauf für uns übersehen läßt, Th. Th. Neubauer dar. (Erfurt, Verlag Keyser.) Luthers Werk in seinen Nachwirkungen würdigt Dr. Hermann Schulz „Was wir der Reformation zu verdanken haben" (Ev. Bund, Berlin geb. M. 2.—). Die Lust am Arbeiten und an der Wahrheit, der Wille zur Einigung der Volksgenossen stehen dabei voran. Nicht nur aus dem Geist der Reformation, wohl aus dem Geist unserer Zeit stellt der Verfasser die Frage, die bejahen zu können sein herzlichster Wunsch ist: Wird der Fortgang der Reformation gelingen? Wird „vor dem Wahnsinn dieses Krieges und derer, die ihn begonnen haben, vor dieser grenzenlosen Verleugnung ihrer höheren Sittlichkeit, vor dieser wüsten Entfaltung der menschlichen Selbstzucht, der Glauben an ein Walten des Rechts bestehen können?" „Werden wir Treitschkes Forderungen in seiner Politik erfüllen, die Luther geistesverwandt sind: daß richtig verstandene Macht, d. h. schaffende, bauende, fördernde Macht, die mit dem sittlichen Geist verwandt ist und an die Stelle des Schlechten, das Gesunde an die Stelle der Fäulnis setzt, in Wahrheit neues Recht erzeugt?" Adolf von Harnack hat für die Stadt Berlin zum 31. Oktober 1917 eine Festschrift verfaßt, die Martin Luther im Rahmen der Grundlegung der Reformation betrachtet (Weidmann, Berlin M. 1.—). Der Schwerpunkt liegt auf den Kämpfen, in denen sich das Leben des Reformators abgespielt hat. „Um zu zeigen, warum sie nötig waren und wie gewaltig und herzbewegend der Mann gewesen, der sie geführt hat." „Das Reformations-Jubiläum soll Luthers Bild aufs neue vor Augen führen, damit wir Kraft gewinnen und Treue halten." „Luthers Bedeutung für uns liegt nicht nur in seinem Werke, das sich immer wieder aus sich selbst erneut — sie liegt auch in seiner Persönlichkeit, die als Vorbild und Kraft über die Jahrhunderte hin in unserm Vaterlande fortwirkt. Unter allen echten und großen Deutschen ist er der echteste und größte."

Am unmittelbarsten baut der Pfarrer Emil Fuchs sein Bild von „Luthers deutscher Sendung" (Mohr, Tübingen M. —.80) in die gegenwärtige Zeit. Er will durch das geistige Bild Luthers „deutschen Idealismus verdolmetschen, Liebe zum deutschen Volk und seiner Arbeit wecken, deutsche Frömmigkeit pflegen". Auch ihm wird Luther zum einigenden Symbol seines Volkes. Wie ihn soll auch uns jene innerste Notwendigkeit zur Gemeinschaft zwingen. „Wir sind nicht wir selbst, wenn wir unser Inneres nicht irgendwie zu einer Gestaltung in der äußeren Wirklichkeit bringen. Das ist für jeden Menschen das Bilden der eigenen Überzeugung und das Finden einer Überzeugungsgemeinschaft. Das bedeutet für jeden Menschen die Gestaltung einer Lebensgemeinschaft in Ehe, Familie und Volk und Staat. — Und deshalb ist jeder Mensch mit gewaltiger Liebe gebunden an das Volk, an die Heimat, die ihn in seinem innersten Wesen bildete. In ihr nur kann er seinem innersten Wesen nach den

Digitized by Google

Widerklang und das Verstehen finden, ohne das er verkümmern muß. — Der Staat und seine Form, alle Lebensformen der Volksgemeinschaft sind geschaffen von denen vor uns, die Träger derselben geistigen Art vor uns gewesen sind. In ihnen ruhen die Anknüpfungspunkte für das, was wir nun begehren als Weiterentwicklung dieser Gemeinschaft zu einem Sein, in dem unser Wesen seine volle Auswirkung und seine innere Befriedigung findet. Wie mächtig gestaltend hat Luther auf die Staatsbildung des deutschen Volkes gewirkt. Durch die Kirche hat er den Staat zur Erziehungsanstalt für inneres Wesen und sittlichen Willen gemacht. Nie mehr hat der deutsche Staat diese Pflicht von sich abwälzen können. Er ist für uns ein Gebilde, das eine gewaltige Verpflichtung für das geistige Wohl eines jeden seiner Untertanen fühlt und fühlen muß. Was in Friedrich Wilhelm I., in Friedrich dem Großen und in dem ganzen Gebilde des preußischen Staates als ernstes, starkes, erzieherisches Pflichtgefühl lebt, das ist aus diesem seinem Geiste. Durch ihn ist preußisches Beamtentum mit seinem innerlichen, starken Pflichtgefühl gebildet. Dieser Geist hat in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht zu der Volkssache und Sache der Volkserziehung gemacht, die sie ist. Dieser Geist schuf die Ideale westlicher Demokratie und zu der von unten aufsteigenden aus kleinen zu großen Gebilden fortschreitenden Selbstverwaltung. Er lebte in Stein. Er lebt in der sozialen Gesetzgebung und ihrem Verantwortungsgefühl für jeden einzelnen Staatsbürger. Er lebt in den Idealen der Sozialdemokratie, die nur in Deutschland so gewaltig Boden finden konnten, wo ein ganzes Volk schon längst weiß, daß der Staat keine Gemeinschaft gemeinsamen Nutzens ist, daß der Staat die gemeinschaftliche Sorge für die Hebung der Innerlichkeit des Volkes sein soll."

Zum Schlachtruf nationaler Leidenschaft wird das Lebensbild Luthers in dem Sonderabdruck der 3. Auflage der „Deutschen Kirchengeschichte" A. Kirschs (E. Wiegandt, Leipzig), und auch Pfarrer D. Ernst Cremer benutzt die Betrachtung „Weltkrieg und Reformationsjubiläum" zu „nationalen" Mahnungen. (Hamburg, Agentur des Rauhen Hauses.) Mit Berufung auf Luther und Religion wird dem alldeutschen Gedanken von Gewalt nach außen und Reaktion nach innen das Wort geredet: „Es muß uns sehr ernst stimmen, wenn wir sehen, daß in unserm Volk Kreise mehr und mehr Einfluß gewinnen, die fürchten, wir könnten zu sehr siegen. Woher diese undeutsche Gesinnung bei Deutschen? Woher diese sentimentale Scheu zu herrschen, wo Gott die Herrschaft gibt, zu annektieren, was Jahrhunderte hindurch deutsches Land war, und vielleicht wirklich noch etwas mehr? Sie kann doch nur darin ihren Grund haben, daß man nicht wünscht, daß der Geist in der Welt mächtig wird, der noch in Deutschland die Führung hat." „Die Aussicht auf die zunehmende Demokratisierung Preußens, das in demselben Augenblick die Jesuiten zuläßt, eröffnet die Aussicht auf eine Zeit, da sich mit dem Massenansturm des Unglaubens die ganze Klugheit und Entschlossenheit des geborenen und geschworenen Feindes unserer Kirche vereinigen wird, um dieselbe jeden Einflusses auf unser Volk zu berauben, ja ihr, wenn es möglich wäre, völlig den Garaus zu machen. Aber Triumph dieser unserer Feinde würde es sein, wenn das Gedächtnisjahr der deutschen Reformation das Jahr der deutschen Revolution würde. Werden sie diesen Triumph erleben?"

Prof. D. C. Mirbt nimmt das Lutherjubiläum zum Anlaß für eine Schrift „Mission und Reformation" (Bertelsmann, Gütersloh). Aus der Lehre Luthers sucht er uns in der Aufgabe zu bestärken, die deutsche Mission weiterhin den deutschen Kolonien selbstlos dienen zu lassen. Dr. phil. Aug. Graf v. Pestalozza veröffentlicht „Montagsandachten im Lutherjahr 1917". Mit Dichtung und Wahrheit über Luthers Werdegang beschäftigt sich Leopold Cordier. Luther und Fichte stellte in einer Schulrede Arthur Hofmann zusammen. Emil Zeißig schildert Luther „den treuen Diener seines Volkes, den ersten Prediger der Glaubensfreiheit, den Schöpfer der neuhochdeutschen Schriftsprache und den Vater allgemeiner Schulgedanken". (Herm. Beyer, Langensalza.) Die erste volkstümliche, kritisch durchgesehene und erläuterte Ausgabe der Werke Luthers ist im Urteil in der Klassikerbibliothek des Bibliographischen Instituts (Leipzig) herausgekommen. Sie bringt ausgewählte, vollständige deutsche Schriften und gibt ein vielseitiges Bild von Luthers schriftstellerischer Tätigkeit und ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung. (Drei Bände geb. M. 9.—.)

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50 Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 26. Oktober 1917 • Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Diplomatie und deutsche Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Ich erhielt folgenden Brief:

Jena, d. 7. Okt. 1917

Sehr geehrter Herr Doktor!

Die „Deutsche Politik" und Ihre Aufsätze darin sind mir ein angenehmes Orientierungsmittel geworden. Wenn ich mich heute mit vollem Vertrauen persönlich an Sie wende, so geschieht dies einerseits, um Ihnen etwas abzubitten, — denn ich war einmal Ihr Gegner. Andererseits erkenne ich aus Ihrem Gedankengange eine Richtung, die man sonst bei unseren deutschen Politikern vermißt. Ihr Weg ist, soviel ich bis heute erkenne, der Weg, den wir nehmen müssen, um zu wirklicher Weltpolitik zu kommen. Ich schreibe Ihnen, um Ihnen einmal die Lage und die Hoffnungslosigkeit anzuvertrauen, die mich und noch viele verständige Menschen beherrschen.

Einmal auf dem kleinen chilenischen Dampfer „Aysen" von Valparaiso nach Iquique fanden sich im Rauchsalon einige deutsche Herren zusammen und sprachen von der Heimat. Im Laufe der Unterhaltung fiel Ihr Name, und es kam zu Meinungsverschiedenheiten. Sie sollten den deutschen Klubs in Südamerika einige Wahrheiten gesagt haben, die die Mehrzahl nicht gelten lassen wollte und ich auch nicht. Nur ein alter Herr aus Bolivien sagte: Rohrbach hat recht! 1914 kam ich von drüben, um mich einige Monate zu erholen. Da brach der Krieg aus, und da ich nicht militärdienstfähig bin, so hatte ich Muße, zu studieren: erst das Erhebende und jetzt das Niederziehende, Häßliche, weswegen wir und manchem in meiner Lage in letzter Zeit oft der Mut ausgeht.

Ich komme also mit viel Vertrauen zu Ihnen und möchte wissen, was Ihre Meinung von unserer Lage und unserer Zukunft ist? Bei der Hilflosigkeit unserer Diplomatie — ich erinnere an den letzten Fall des Grafen Luxburg — braucht sich niemand im Lande zu wundern, wenn Kenner äußerer Verhältnisse das Vertrauen und die Hoffnung verlieren. Unser Volk im allgemeinen merkt bei seiner geringen politischen Schulung gar nichts von der Wichtigkeit solcher traurigen Vorkommnisse. Man geht darüber zur Tagesordnung über und verscherzt die Zukunft eines 70 Millionen-Volkes. Wenn es Ihre Zeit erlaubt, sehr geehrter Herr Doktor, so bitte ich um eine Meinungsäußerung und empfehle mich Ihnen inzwischen als

Ihr ganz ergebener

(gez.) E. Keßler.

Digitized by Google

Hierauf meine Antwort:

Sehr geehrter Herr Keßler!

Den „Ayſen" kenne ich gut. Ich bin 1913 auf ihm von Panama nach Lima gefahren, und wir hatten auf ihm einen Vorſchmack unſerer heutigen Kriegsernährung. Was die deutſchen Klubs angeht, ſo habe ich meines Wiſſens nur einmal in der deutſchen „La Plata-Zeitung" eine kleine Erfahrung behandelt, die ich mit meiner Frau im Klub von Buenos-Ayres machte und die uns allerdings etwas wunderte. Sonſt habe ich die deutſchen Klubs, namentlich an der Weſtküſte, nur im beſten Andenken. Aber dieſe Dinge ſind jetzt ja alle lange vergangen und wir haben von Wichtigerem zu reden, als von Ihrer einſtigen Kritik an meinen Reiſegedanken. Sie brauchen ja da mir nichts abzubitten: wer an den Weg baut, hat viele Meiſter.

Nun wollen Sie meine Meinung hören, wie es mit der deutſchen Zukunft ſtehe. Ich werde oft in Zuſchriften von Leſern der „Deutſchen Politik" darnach gefragt und ich muß allmählich wohl annehmen, daß mir ein freundlich geſinnter Kreis zutraut, ich hätte etwas zu ſagen. Ob es mir gelingen wird, dieſes Vertrauen zu rechtfertigen, weiß ich nicht; da ich aber nun ſchon ſo oft darauf angeredet bin, will ich es verſuchen.

Ihr Brief beklagt ſich über unſere Diplomatie. Das iſt ein wichtiger Punkt für die Fragen unſerer nationalen Zukunft, aber doch nicht der wichtigſte. Unſere diplomatiſchen Fehler und Mißerfolge ſind nur Symptome für tiefer ſitzende Schäden, Symptome dafür, daß wir geiſtig noch nicht in das Weltvolkstum hineingewachſen ſind, zu dem wir uns in materieller Hinſicht entwickeln. Aber gut, bleiben wir zunächſt bei unſerer deutſchen Diplomatie. Sie leidet an zwei inneren Mängeln, die ihr vielfach auch dort eigen ſind, wo Perſönlichkeiten von beſtem Wollen die Geſchäfte führen. Mit gelegentlichen Ausnahmen, die ſich durch angeborene Talents erklären, fehlt unſeren auswärtigen Vertretern das Verſtändnis dafür, wie wichtig es iſt, nicht nur mit dem engeren Kreiſe der Regierung, ſondern auch mit den bewegenden Kräften der öffentlichen Meinung eines fremden Landes Fühlung zu halten. Ein Stück der öffentlichen Meinung iſt die Preſſe. Den deutſchen Diplomaten liegt es ſelten, weder daheim noch draußen, mit Preſſeleuten frei und geſchickt zu verkehren. Die Preſſe iſt ihnen ihrem Gefühl nach etwas mehr oder weniger Unangenehmes, was beſſer gar nicht da wäre, womit man ſich — unſtandesgemäßerweiſe im Grunde — abgeben, womit man verkehren muß, da es eben Einfluß hat. Unſere Durchſchnittsdiplomaten denken alle: wie ſchön könnte unſer Beruf ſein, wenn man nichts mit den ekligen Zeitungen zu tun hätte!

Umgekehrt denkt und handelt der engliſche und franzöſiſche Diplomat. Er geht mit Luſt und Befähigung auf das Pſychologiſche in der Politik aus, er ſpürt alle Gelegenheiten auf, um Fühlung mit den Schattierungen des öffentlichen Urteils in dem Lande, wo er tätig iſt, zu bekommen. Er ſpielt mit Geſchick und kordialem Behagen, nicht ſelten mit der Meiſterſchaft des Genies auf dem Inſtrument der Preſſe.

Digitized by Google

Es ist ein großer Irrtum, sich einzubilden, daß Engländer und Franzosen immer gleich mit groben Bestechungen in der Presse arbeiten. Das haben sie meist gar nicht nötig. Dem Entente-Diplomaten ist der Journalist keine Figur, mit dem man sich nur notgedrungen abgibt, den man unwillkürlich fühlen läßt, daß er vom Standpunkt der diplomatischen Exklusivität in eine niedere Welt gehört, sondern der Journalist ist ihm ein wichtiger, vollwertiger, und wo erforderlich, durchaus eingeweihter Bundesgenosse für jeden verfolgten Plan. Der nichtdeutsche Diplomat ist ebenso wie der Presse, so auch gegenüber der ganzen übrigen Gesellschaft des Landes, in dem er arbeitet, lebhafter, schmiegsamer, interessanter, einflußreicher, vor allen Dingen aber psychologischer und daher beliebter, als der deutsche. Das kommt daher: er ist nicht eingesponnen in den versteinerten, bei uns aber leider noch lebendigen, alle psychologische Befähigung im voraus tötenden Begriff der Exklusivität, des erhabenen Gefühls einer weltenweiten gesellschaftlichen Aussonderung von der übrigen Menschheit. In dieses wird unsere Diplomatie schon mit ihrem grünsten, hinter den Ohren noch feuchten Nachwuchs eingetaucht. Die Atmosphäre, in der unsere diplomatischen Anwärter aufwachsen und die sie nachher überallhin mitnehmen, ist ein Stück vornehm sein sollendes Krähwinklertum aus der Zeit, wo die Staatskunst eine Hofkunst war, und die Menschen für um so gottbegnadeter galten, je näher den Hof- und Staatsgeschäften sie atmen durften. Anderswo ist man mit dieser Chineserei fertig, wenigstens für den Gebrauch in der praktisch-politischen Vernunft. Der deutsche Diplomat aber läuft oft genug noch mit diesem ihm selbst unsichtbaren, von anderen Leuten aber weithin erkannten pomadisierten Wergzopf auf dem Rücken umher. Das Schlimme ist eben, daß er ihn nicht sieht. Daher verstehen die Herren oft auch nicht, was man von ihnen will, wenn man sie kritisiert.

Der zweite Fehler ist die ungeeignete Vorbildung und das viel zu geringe Wissen vieler deutschen Diplomaten: politisch-historisch, volkskundlich, wirtschaftlich. Woher sollen sie es auch haben, bei der unzureichenden Schulung, die sie genießen, und bei dem unseligen System, sie auf dem ganzen Erdball umherzuversetzen? Früher, z. B. als Bismarck preußischer Gesandter in Petersburg war, konnte der Diplomat allerdings seiner Aufgabe genügen, wenn er Fühlung mit den obersten persönlichen Spitzen der Regierung hielt, wo er beglaubigt war. Das waren die einfachen Zeiten, wo es in den meisten Ländern noch keine elementaren, rasch fortschreitenden politischen Lebensvorgänge bei den Völkern gab, wo die Politik, namentlich die auswärtige, noch wirklich von einem kleinen Kreis maßgebender Persönlichkeiten gemacht wurde. Wie anders aber steht es damit heute! Das nationale und staatliche Leben ist in den letzten 50 Jahren überall unendlich verwickelter geworden, seine Wirkungen drängen sich mit der stärksten Energie in die Politik jedes größeren Staatswesens hinein. Unsere Diplomatenarbeit und unsere Diplomatenvorbildung laufen aber immer noch nach dem alten Schema, und es ist traurig zu sehen, wie hilflos und unwissend viele unserer

Digitized by Google

Vertreter den allgemeinen Verhältnissen der Länder gegenüberstehen, in die man sie geschickt hat. Das Flickwerk, mit dem man seit einiger Zeit hier zu bessern sucht, taugt nichts.

Die Vorbildung soll verbessert werden. Das geht aber nicht, wenn man es bei einer allgemeinen Vorbildung für alle diplomatischen Erfordernisse bewenden lassen will. Kein Mensch kann den Stoff in sich aufnehmen, den er brauchen würde, um Universaldiplomat zu sein. Die Kleinigkeit Rechts- und Staatswissenschaft, die jetzt die Grundlage der Diplomatenschulung bildet, bedeutet heute nur noch sehr wenig im Vergleich zu der Masse von Dingen, die einer beherrschen müßte, wenn er überall im diplomatischen Sattel gerecht sein will. Man muß daher die Methode wechseln. Man muß abgegrenzte Gebiete des diplomatischen Dienstes und der diplomatischen Vorbildung schaffen: das lateinische Amerika, das britische Gesamtreich, die Union, Ostasien, den Orient, Rußland usw. Für jeden dieser Bezirke gehört eine besondere bis in die Tiefe greifende Vorbildung. Man darf nicht jemanden von Kalkutta nach Bogota oder von Buenos Ayres nach Peking versetzen.

Aus dieser Einteilung des auswärtigen politischen Dienstes nach Regionen müssen natürlich die Spitzen, die Botschafterstellen bei den großen Mächten, ausgenommen und der freien Verwendung hervorragender Einzelpersönlichkeiten vorbehalten bleiben. Die höchsten Aufgaben der Politik sind überhaupt nicht durch bloße Schulung, auch die denkbar beste nicht, zu bewältigen, sondern sie sind Sache des Genies. Dieses aber wird stets imstande sein, ja es wird an dieser Befähigung erkannt, sich untergebener geschulter Kräfte zu bedienen. Das ist auch die einzige Art, in der die Geschäfte des Staats im Mittelpunkt, bei der obersten Reichsleitung, geführt werden können. Es kann heutzutage keinen Reichskanzler und keinen Staatssekretär des Auswärtigen mehr geben, der selber die Summe der politischen Materialien beherrscht, auf deren Kenntnis die verantwortlichen Entscheidungen beruhen. Das zu fordern, wäre unverständig und unbillig. Fordern müssen wir aber, daß nicht unwissende, einseitige oder halbwissende Menschen an den Stellen sitzen, wo das Material für Kanzler und Staatssekretäre vorbereitet wird. In dieser Beziehung ist es leider nicht möglich, über den Stand der Dinge bei uns beruhigt zu sein. Sowohl die ungenügende Vorbildung, als auch die exklusiv-beschränkte Denkweise unserer Durchschnittsdiplomaten, die nur das Gegenbild der geistigen Beschränktheit unseres Kleinbürgertums aus früherer Zeit ist, verschulden es, daß innerhalb unserer Politik im ganzen wie im einzelnen mitunter Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden, ohne daß den entscheidenden Stellen alle notwendigen Tatsachen gegenwärtig sind. Ich bin mir bewußt, welch ein Vorwurf das ist, aber ich bin nicht in der Lage, ihn abzuschwächen oder zu unterlassen, denn ich glaube seit lange genügende und genügend überprüfte Beobachtungen gemacht zu haben, um sowohl das erstaunliche Nichtwissen als auch die ebenso erstaunliche persönliche Ungeeignetheit nicht weniger deutscher Diplomaten auf dem Felde

Digitized by Google

ihrer Arbeit bezeugen zu können. Schmerzlich zu sagen für einen Deutschen, aber Verschweigen hilft leider nichts — um so weniger, als im Weltkriege Proben der Unwissenheit, ja des Nichtwissenwollens und der Nichtbefähigung geliefert worden sind, über die später die öffentliche Abrechnung nicht ausbleiben kann.

Natürlich gibt es unter den deutschen Diplomaten auch Männer, denen wegen ihres Wissens ebenso wie wegen ihrer Charakterfreiheit die größte Achtung gebührt. Ich fürchte aber, es ist nicht die Mehrzahl. Wie sollte das auch erwartet werden können bei der mangelhaften und trotz gelegentlichen Nachdenkens über Besserung immer noch gedankenlosen Methode der Ausbildung und bei dem Geist beschränkten, nicht einmal auf Leistungen, sondern auf das seelische Ausdörrungsprodukt der Exklusivität gegründeten Hochmuts, der nur zu sehr in unserer Diplomatie sein Wesen treibt? Hier liegt auch der Grund für die Sorge, daß es möglicherweise nicht so leicht bei uns besser werden könnte. Unsere Diplomatie hat ein gut Teil der Schläge verdient, die sie in diesem Kriege getroffen haben. Vielleicht aber kommt ihr von da aus, unter Mithilfe der öffentlichen Kritik, auch die Einsicht, wo sie versagt hat und warum sie versagt hat. In jedem Fall ist es Sache der Nation, zu fordern, daß die schweren organisatorischen Mängel beseitigt werden. Dieser Teil der Aufgabe ist sogar verhältnismäßig einfach. Die psychologische Umkehr allerdings, die wird schwerer sein. Man wird dazu bei der inneren Tüchtigkeit des deutschen Charakters und bei der überlegenen Technik der Auslandsdiplomatie in die Schule gehen müssen, und man wird vielleicht dort anknüpfen können, wo bisher unsere besten politischen Erfolge gereift sind und wo auch diplomatisch Gutes geleistet wurde, z. B. im Orient.

Ich habe länger über die Diplomatenfrage geschrieben, weil die Fragen und Klagen, auf die ich antworten soll, fast alle von den Schäden an dieser Stelle ausgehen. Zur Staatskunst gehört aber noch mehr, als selbst eine noch so gute auswärtige Vertretung der nationalen Interessen. Zum wirklichen Staatsmann gehört vor allen Dingen ein sicheres Gefühl, ich möchte sagen, ein unfehlbarer Instinkt für das Weltgeschichtliche. Er muß die Geschehnisse zu befragen verstehen, so daß sie ihm Rede stehen. Wie oft habe ich mit Politikern, Diplomaten und Nichtdiplomaten, über Dinge gesprochen, denen ich zufällig ein längeres und eindringlicheres Studium zugewandt hatte, als sie — z. B. russische! Fast immer konnte man nach wenigen Augenblicken des Gesprächs an der Fragestellung der Gegenseite merken, ob das weltgeschichtliche Moment, die großen Zusammenhänge, erkannt waren, geahnt wurden, oder nicht. Allerdings, es gibt auch Leute, die fragen überhaupt nicht, sei es weil sie es für unter ihrer Würde halten, die Vorstellung aufkommen zu lassen, es könne sie jemand belehren (zumal einen Diplomaten!), sei es weil ihrer in begnadeten Harmlosigkeit nicht einfiel, es könne wissenswerte politische Dinge geben, die sie nicht wüßten. Von diesen aber wollen wir nicht reden.

Richtig zu fragen auf Gebieten, wo die Einzelvorstellungen noch fehlen, sind nur

Digitized by Google

bedeutende Menschen fähig. Unter den heutigen Verhältnissen denke ich dabei an eine Sache, bei der es so recht deutlich hervortritt und bei der zugleich unendlich viel für uns darauf ankommt, ob jemand den weltgeschichtlichen Charakter der Fragestellung erfaßt, um die es sich handelt. Ich meine die Ukraine und das russische Fremdvölkerproblem. Wie man an leitender deutscher Stelle über die ukrainische Frage denkt, ist mir nicht bekannt. Ursprünglich war man ihr gegenüber in weitesten Kreisen bei uns nicht ganz von dem Empfinden frei, das jedem aus seinem Schülerleben bekannt ist, wenn er sich gegen eine als unbillig empfundene Zumutung, unterrichtet zu sein, mit der protestierenden Antwort wehrt: Aber das haben wir ja gar nicht gehabt! Nun ja, die Ukraine werden die meisten von uns, auch die Staatsmänner, bis zum Weltkrieg nicht „gehabt" haben. Beim Examen in praktischer Weltgeschichte wird aber nicht darnach gefragt, was in den Lehrplänen stand oder nicht stand, nach denen wir Unterricht nahmen. Wer den Ereignissen in der Ukraine nicht instinktiv anmerkt, daß hier ein Stück Weltgeschichte in Wiederanknüpfung an längst versunken geglaubte Geschehnisse anhebt, der versteht die Gegenwart des Weltkrieges nicht als Staatsmann zu befragen — und was für die Ukraine gilt, das gilt auch für die ganze Frage der russischen Fremdvölker. Die Weltgeschichte ist am Werk, einen gewaltigen Umbau vorzunehmen. Sie hat nichts dagegen, unsere Staatsmänner, wenn sie ihr den Befähigungsnachweis bringen, als Architekten dabei anzustellen. Man hört aber, bei unserer Regierung beständen Bedenken, sich um den Baumeisterposten zu bewerben, weil letzthin bei den Kommunalwahlen in einigen ukrainischen Städten die Ukrainer nicht die Mehrheit erreicht hätten. Das hält man für ein gewichtiges Zeichen gegen die Bedeutung des ukrainischen Verlangens: los von Moskau! Hier scheint die Fähigkeit der Fragestellung nicht gerade weltgeschichtlich entwickelt zu sein.

Der zweite Instinkt, den der Staatsmann der deutschen Zukunft braucht, ist der für die moralische Linie, die in der großen Politik (ja, auch in der Politik!) unter allen Umständen festgehalten werden muß. Die weltgeschichtlichen wie die moralischen Linien vermögen nur feine, freie und wissende Geister zu erkennen — Exklusivität taugt nichts dazu, sie macht unwissend und unfrei. Bei uns gilt es jetzt, zum zweitenmal mitten im Kriege, einen neuen Leiter der Reichspolitik zu finden. Wir stecken überdies in einer Gefahr, die fast noch größer ist, als die, unbefähigte Diplomaten in der auswärtigen Politik ertragen zu sollen. Der Geist des 4. August ist bei uns in Gefahr; es sind starke Feinde gegen ihn aufgestanden, die ihn töten, die statt seiner den Klassengeist wieder in Deutschland lebendig machen wollen, und der letzte Vorstoß war wissend oder unwissend in dieser Richtung gezielt. Wie tüchtig hat sich demgegenüber die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag gehalten! War es nicht eine Freude, ihr nationales Bekenntnis und ihre politische Besonnenheit in allen praktischen Fragen zu verfolgen? Trotzdem werden gegen ihre Stellung in der politischen Arbeitsgemeinschaft der Nation Minen gelegt. Das ist vielleicht der einzige, jedenfalls aber ein

Digitized by Google

sicherer Weg für uns, am letzten Ende den schon gewonnenen Krieg noch zu verlieren. Hier hebt sich die Aufgabe des Mannes, den wir suchen, weit über alle Diplomatie aus der bloßen Diplomatenkunst auf die höchste Stufe des Staatssittlichen: der Wahrheit eine Gasse wie dem Frieden! Der Wahrheit und auf dem Wege zur Wahrheit dem Vertrauen!

Ein früherer Staatsmann bietet sich jetzt mit Eifer an, den Reichswagen zu lenken: Fürst Bülow. Er hält sich für fähig, ihn durch alle die Schwierigkeiten zu führen, die uns umdrängen. Trotzdem ist er nicht der rechte Mann, denn dem Vertrauen, aus dem allein der Friede kommen kann, wird er die Gasse nicht bahnen, weder nach außen noch im Innern. Er mag noch soviele Politiker empfangen, bei Zeitungsleuten werben, noch soviel Kandidaten finden, die an Portefeuilles aus seiner Hand glauben — er wird im Innern nur als „Ferment der Dekomposition" wirken, und die Feinde draußen werden sagen: das ist der Mann der Politik mit dem doppelten Boden, die Deutschland jetzt machen will! Fürst Bülow ist ein Diplomat, aber keine moralische Figur großen Stils. Er kann sagen und selber von sich glauben, was er will — er hat doch, als er unsere Politik lenkte, die sittlichen Antriebe nie vorangestellt, und er müßte jetzt zuviel von dem verleugnen, was er früher betrieben hat. Fürst Bülow will alle Parteien auf sich einigen, er verspricht allen etwas von dem, was sie möchten, er will der Mann der Reichstagsmehrheit und der Alldeutschen sein, und er wird nichts erreichen, als den Abmarsch aller derer aus positiver politischer Arbeit, die ihm nicht trauen, und die Auslöschung der Friedensbereitschaft bei den Gegnern, soweit sie sich jetzt eben zu regen beginnt.

Fürst Bülow glaubt, die Parteien der Mehrheit dadurch zu gewinnen, daß er sich für eine Vermehrung des parlamentarischen Einflusses stark macht, und er rechnet zugleich auf die alldeutsche Rechte, weil er sich zutraut, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundriß sich die Alldeutschen gefallen lassen. Beide Rechnungen sind falsch. Wenn Fürst Bülow wissen will, welch eine Wirkung seine Kanzlerschaft auf die Feinde Deutschlands hervorrufen wird, so mag er sich an die Aufnahme seines Buches über die deutsche Politik in den Ländern der Entente erinnern. Sie lautete einstimmig: Hier empfiehlt sich der Kanzler den Alldeutschen! Was aber die Parlamentarisierung angeht, so werden ihre Freunde im Reichstag sie am allerwenigsten mit dem Fürsten Bülow machen wollen, und die Freunde des Fürsten Bülow werden mit ihm alles andere eher machen wollen, als die Parlamentarisierung. In solchen aufs höchste gespannten Augenblicken eines weltgeschichtlichen Kampfes ist und bleibt die einfachste und älteste Weisheit die beste, und diese Weisheit lautet: Ehrlich währt am längsten!

Wenn wir uns in Diplomatie und Politik hierzu in wahrhaft großen Zügen hindurcharbeiten, so wird uns auch der Glaube an unsere Zukunft wiederkehren.

In diesem Vertrauen grüßt Sie aufrichtig Ihr ergebener Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Das Schicksal des Nordens

Von Dr. Herman Harris Aall, Christiania

Zur Einleitung. Im Sommer dieses Jahres erschien in Christiania ein Buch, das man — wenn ich, um die Meinung in Kürze klar zu machen, einen platten Ausdruck gebrauchen darf — ruhig zu den literarischen Sensationen des Weltkrieges rechnen darf. Es heißt „Nordens skjaebne", zu deutsch: „Das Schicksal des Nordens", und sein Verfasser ist ein bekannter und angesehener norwegischer Jurist und Rechtsphilosoph: Dr. Herman Harris Aall. Ein Norweger: dies wolle man wohl im Auge behalten. In Norwegen hat sich die öffentliche Meinung, wenigstens soweit sie in der Presse zum Ausdrucke gelangt, so überwiegend und in solchen Formen zugunsten der Entente erklärt, daß ihre Haltung mit den Anforderungen der Neutralität kaum noch zu vereinen ist; und die Regierung hat die Karten, die sie gegen England in der Hand hatte — und sie hatte mehrere sehr gute Karten — so geschickt verspielt, daß sie das Land in völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von England versetzt hat. Und gerade in diesem Lande erscheint nun ein Buch, das zweierlei beweist: erstlich, daß der deutsche Rechtsstandpunkt im Kriege, einschließlich der umstrittensten Fragen, wie des Einmarsches in Belgien und des U-Boot-Krieges, unanfechtbar ist; und sodann, daß die Ententepolitik für die skandinavischen Staaten, und insonderheit für Norwegen, eine unmittelbare dringende Bedrohung und Lebensgefahr bedeutet. Ich sage: beweist; denn die auf gründlicher Kenntnis beruhenden, mit seltener Umsicht geführten Darlegungen Aalls sind, wie auch Professor Rudolf Kjellén anerkannt hat, in seltenem Grade bündig und unwiderlegbar. Ich hoffe, daß sich eine deutsche Ausgabe der vortrefflichen Schrift wird ermöglichen lassen; einstweilen sei hier als Probe ein kürzerer Abschnitt daraus mitgeteilt, in dem ein Hauptgedanke des Buches entwickelt wird und der geeignet erscheint, von Geist und Methode des Buches eine Anschauung zu vermitteln. Dr. Albert Dresdner

1. Es ist kein Zufall, daß die beiden Reiche Rußland und England sich zu einem Bündnis gefunden haben. Sie sind seit langem Geistesgenossen gewesen, ihr äußeres Bündnis ist der selbstverständliche Ausdruck einer inneren Zusammengehörigkeit, die nur der Schein verbarg.

Die politischen Pläne der einen dieser Großmächte gegenüber Norwegen—Schweden waren vor dem Kriege bereits auf gutem Wege zu ihrer Vollendung.

Aber der Krieg hat einen anderen Verlauf genommen, als man hoffte. Und im jetzigen Augenblick würde Rußland—England schwerlich damit gedient sein, die tapferen schwedischen und norwegischen Heere gegen sich zu haben. Folglich versichern Rußland—England beim Himmel, bei ihrer eigenen fleckenlosen Vergangenheit und was sonst in der Eile erdacht werden kann, daß nichts jemals ihrem Willen und Gedanken ferner gelegen haben könne, als die Abscheulichkeit, sich an der skandinavischen Halbinsel zu vergreifen. Und folglich können wir ihnen nicht trauen, sondern müssen erst untersuchen, was ihre Interessen als wahrscheinlich andeuten, und ob es etwa früher vorgekommen sein sollte, daß sie bei ihrer Ehre usw. im Westen versichert und im Osten gehalten haben.

Im Jahre 1856 gingen England—Frankreich den bekannten Vertrag mit Norwegen—Schweden darüber ein, daß wir in keiner Weise Rußland Rechte irgendwelcher Art über irgendeinen Teil unserer Länder einräumen sollten. Diese historische Tatsache gibt Anlaß zu Erwägungen.

Digitized by Google

Zu diesem Zeitpunkte sind die beiden Länder also davon ausgegangen, daß Rußland wünschte, sich Herrschaft über norwegisch-schwedisches Land zu verschaffen. Welchen Grund haben sie dazu gehabt?

Rußland ist bekanntlich das zweitgrößte Reich der Welt. Es hat von Raub gelebt; in den letzten Jahrhunderten sind nicht 10 Jahre vergangen, ohne daß es neues Gebiet von der annähernden Größe unseres Landes sich unterworfen hätte; es breitet sich vom Stillen Meere im Osten bis zur Ostsee im Westen und erstreckt sich vom nördlichen Eismeer bis gegen die persische Bucht im Süden. Hier jedoch wird es aufgehalten, im Südosten von englischen Interessen, im Südwesten bei Konstantinopel von türkisch-österreichisch-deutschen, im Nordwesten von Schweden und Norwegen. Dieser Zustand war für Rußlands Interessen unerträglich. „Das russische Reich", sagt ein russischer Professor, „wird seine Eroberungspolitik fortsetzen, bis es seine natürlichen Grenzen gefunden hat." Aber Rußlands natürliche Grenzen werden nur von den umgebenden Weltmeeren bezeichnet: vom Stillen Meer im Osten zum Atlantischen Meer im Westen, und vom Eismeer im Norden zum Indischen Meere im Süden. Rußland hat keine anderen „natürlichen Grenzen", als die umgebenden Weltmeere. Der ausgeprägte Eroberungsdrang, von dem es geleitet wird, wäre an sich selbst Grund genug. Es kommt jedoch mehr hinzu, der Grund, den der russische Professor Mitrofanow in den „Preußischen Jahrbüchern", April 1914, in der Weise aufführte: „Wir fühlen uns von allen Seiten, von der Türkei, von Schweden (Norwegen und Schweden), von Österreich eingeengt und versperrt — und wir sind enschlossen, uns den Platz zu verschaffen, der uns zukommt."

2. Das Gesetz für Rußlands Ausbreitung ist der Satz vom geringsten Widerstande und dem größten Gewinne. Wo der Gewinn am größten ist, wird die Eroberung versucht, begrenzt von der Rücksicht auf die Schwierigkeiten. Wo der Widerstand am geringsten ist, wird sie auch versucht, begrenzt von der Rücksicht auf die Wertlosigkeit.

Würde eine Eroberung Nordnorwegens Rußland Werte bringen? Unzweifelhaft. Nordnorwegen hat mächtige Eisenlager, einige der größten Kupferfelder Europas mit Kiesmengen, wie sie wenige andere Länder besitzen, mit einer für den Transport so günstigen Lage, daß sie beinahe einzig ist. Es hat außerdem einige der größten Fischereien Europas, eine tüchtige Seebevölkerung, die die Bemannung der russischen Handelsflotte (die einen der schwächsten Punkte in der Großmachtstellung Rußlands bildet) sichern könnte. Außerdem hat es jetzt reiche Kohlenlager auf Spitzbergen, nur zweieinhalb Tagereisen von Tromsö. Die Entfernung von Petersburg nach Narvik ist nahezu dieselbe wie von Petersburg nach Alexandrowsk, nämlich 1190 bezw. 1100 km. Aber für Rußland können die Vorteile, die mit Alexandrowsk verbunden sind, keinen Vergleich mit dem Besitze Narviks aushalten. Das kann man schon aus der erhöhten Versicherungsprämie ersehen, die die Schiffe für die Fahrt

Digitized by Google

nur bis Finnmarken zu bezahlen haben. Die Entfernung z. B. von Edinburg nach Narvik ist ungefähr 1800 km, die von Edinburg nach Alexandrowsk 2700 km, also halbmal mehr, und dieser Abschnitt ist ebenso schwierig und gefahrvoll, wie die beiden ersten zusammen. Außerdem aber liegt Narvik nicht weit von Drontheim, das einer der größten Häfen der Welt ist oder doch mit Leichtigkeit werden kann. Das wäre also die Rücksicht auf die Entfernung vom Weltmarkt und Weltverkehr des offenen Meeres und die Rücksicht auf einen guten Hafen an diesem Meere.

Rußlands peinliche Lage hat endlich während des Krieges kritischen Charakter erhalten. Das war, als Dänemark seine Sunde für den Verkehr sperrte. Dadurch ist Rußland in die Ostsee eingeschlossen, seine Bundesgenossen von ihm abgesperrt. Und damit ist Rußland zur See Deutschland preisgegeben. Deutschland beherrscht die Ostsee. Falls Rußland ans Atlantische Meer grenzte, würde dessen Verkehr mit der Außenwelt nicht von deutschen U-Booten haben zum Stehen gebracht werden können, wenn er auch gehemmt worden wäre. Der Krieg würde wahrscheinlicherweise einen anderen Verlauf genommen haben, wenn Rußland gegen das Atlantische Meer hin hätte frei atmen können; und ein neuer Krieg wird wahrscheinlicherweise anders ausfallen, falls Rußland Gelegenheit dazu bekommt.

An diesen Werten können die Interessen Rußlands am Besitze Nordnorwegens gemessen werden. „Dagsposten" in Drontheim brachte denn auch am 22. März 1916 einen Artikel mit der Frage, ob Rußland die Absicht habe, Nordnorwegen zu kaufen. Die Frage hatte ihre Gründe: es ist kein Geheimnis, daß innerhalb politischer Kreise Rußlands Pläne über den Weg bestanden haben, sich einen Ausgang zum Atlantischen Meere zu öffnen.

3. Aber England?

Als Frankreich und Rußland Bundesgenossen wurden, entstand eine Flankengefahr für Skandinavien; und diese Flankengefahr hat sich zu einer Umschließung ausgebildet, als England sich im Jahre 1904 mit Frankreich und im Jahre 1906 mit Rußland verbündete. Später ist die Umschließung noch vollständiger geworden: England befestigte mit Eifer in den späteren Jahren die Shetlandsinseln und die Orkneyinseln und errichtete dort starke Flottenstationen (Scapa Flow, Kirkwall, Lerwick). Die Absicht war deutlich für alle, die etwas von der Weltpolitik ahnen. Während dieses Krieges hat es die Nordsee gesperrt. Nun will es die Aalandsinseln in Pacht nehmen. Beide Westmächte fürchten Rußland. Aber die Furcht hat in der Richtung Nord nicht denselben Charakter wie in der Richtung Süd. Die Ausbreitung gegen Westen und Nordwesten ist für sie nicht gefährlich, wohl aber Rußlands Bewegung gegen Südwesten und Süden. Deshalb führten sie den Krimkrieg und schlossen Rußland ein ins Schwarze Meer.

Und aus demselben Grunde hielt England im Jahre 1878 den siegreichen Marsch Rußlands nach Konstantinopel auf und beraubte es der wichtigsten Ergebnisse des Sieges über die Türkei.

Digitized by Google

Die Gründe, die diese englische Politik bestimmten, waren sehr einfache und gewiß richtige: es war die Furcht davor, daß Rußland sich bis nach Indien ausdehnen und England aus diesem reichen Lande verdrängen könnte. Die Gründe sind noch immer vorhanden, sind aber nun, nach 1878, durch zwei neue Gründe verstärkt worden: Englands Interessen in Ägypten und Persien.

Augenblicklich ist das Verhältnis also so, daß Englands Interessen im bestimmten Widerspruch zu den russischen stehen bei den Dardanellen, in Kleinasien, Persien und Indien. Der Gegensatz ist so groß, daß die Meinung viel für sich hat, England habe sich Rußland angeschlossen, um auf diese Weise Rußland in Krieg mit Deutschland zu bringen und geschwächt zu sehen: wie der belgische Gesandte in St. Petersburg am 30. Juli 1914 mitteilte, geschah es erst auf die Zusage der Unterstützung durch England, daß die Kriegspartei in Rußland die Oberhand bekam.

Die Sache ist die: wenn Rußland bis nach Konstantinopel kommt, so bedeutet das nicht, daß die russische Ausdehnung aufhört; es würde eine Drohung bedeuten, die ein weiteres Vorrücken gegen englische Grenzen ankündigte, näher und auf sicherer Basis — eine gefährlichere Nähe.

4. Ganz anders liegen die Verhältnisse zwischen Englands und Rußlands Interessen im Norden. Wenn Rußland sich bis zum Atlantischen Meere vorstreckt, so ist damit seine Ausdehnung in dieser Richtung abgeschlossen. Weiter kann es nicht kommen. Hier im Norden wird es nicht ein noch gefährlicherer Feind für England werden können, so wie im Süden. Es hat vom geographischen Gesichtspunkte seine „natürlichen Grenzen" gefunden. Man wird einwenden, daß Rußland dann sich auch eine Flotte schaffen würde, die gefährlich werden könnte. Aber die Erfahrungen der Kriegsgeschichte lehren, daß man zum Seekriege nur greift, wenn man mit seinen Widersachern nicht durch Krieg zu Lande fertig werden kann. Und das konnte England nicht wegen seiner Lage. Rußland befindet sich dagegen in der vorzüglichen Stellung, seine sämtlichen Kolonien als ein zusammenhängendes Ganzes zu Lande zu haben. Es wird deshalb immer in seinem ungeheuren Festlande eine Stütze für seine Kriegsoperationen haben. Das ist der Gedanke, den Bismarck in seinem bekannten Bilde eines Kampfes zwischen Rußland und England als eines Kampfes zwischen einem Elefanten und einem Walfisch ausdrückte. Von den beiden Mächten wird nur England genötigt sein, eine größere Flotte, ganz wie bisher, zu behalten; Rußland kann dabei beharren, die Vorteile des festen Landes zu bewahren, und darauf verzichten, eine Seemacht zu werden. Aber eben deshalb wird England auch von keinem Angriff zur See von dieser Seite her bedroht. Und deshalb wird es auch keinen Grund haben, russische Interessen in der angedeuteten Richtung zu hindern.

Sogar im Gegenteil.

Der Drang nach geographischer Freiheit gegen das offene Meer hin hat in Rußland jetzt eine fast explosivartige Stärke erreicht. Nachdem die Ostsee ein „Mare clausum" (ge-

Digitized by Google

schlossenes Meer) geworden ist, die Türkei die Dardanellen, England in Persien den Weg zum Indischen Meere und das Eis Archangelsk und Wladiwostok geschlossen hat, ist Rußland einem armlosen Riesen zu vergleichen: es kann weder geben noch entgegennehmen. Selbst über die Bottnische Bucht ist sein Handel durch Minen und Unterseeboote gestört. Nun ist Konstantinopel natürlich ein ansprechenderer Aufenthaltsort als die kalten Gegenden im Norden. Aber Petersburg liegt nun einmal in dieser Gegend. Und außerdem stößt Rußland da unten außer auf die türkischen auch auf österreichische, rumänische und bulgarische und vor allem englische Interessen. Es ist vom Gesichtspunkt des englischen Interesses aus deshalb eine naheliegende und kluge Politik, dem mächtigen russischen Drang zum Meere ein Ventil im Norden zu öffnen und so den Druck von der Richtung nach Süden abzulenken. Und vom Gesichtspunkte russischen Interesses aus liegt dasselbe nahe nach dem Gesetze, daß eine Bewegung dahin strebt, wo der Widerstand am geringsten ist, und daß ein Ergebnis mit möglichst wenigen Opfern zu erreichen gesucht werden muß. Diese Gesetze haben Gültigkeit als gute Grundsätze auch innerhalb der Politik.

5. Aber nicht nur als „Ableiter" für Rußlands gefährliche Interessen deuten die englischen Interessen in diese Richtung: England hat auch selbständige Interessen daran, eine möglichst leichte Verbindung mit Rußland zu haben. Die wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen den beiden Reichen hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vergrößert. Englisches Kapital ist stark an den Goldminen des Urals und noch mehr an denen Sibiriens interessiert. Ebenso an russischen Wäldern, Fabriken — und an der russischen Presse. Lord Northliffes Gesellschaft ist ein Hauptaktionär am „Temps" und dem „Nowoja Wremja".

Andererseits scheint es, als ob die russische Politik ihre Unterstützung bei der „Times" durch Mittel erworben hat, die allzu „blank" waren: Nachrichten von Anfang Juni teilten mit, daß Mr. Outhwaite im Unterhause die Regierung darüber interpellierte, ob der Minister des Auswärtigen in Rußland nachfragen wolle, in welchem Umfang die „Times" Zuschuß von der Regierung des Zaren empfangen habe. Man kann Rußland in wichtigen Hinsichten als eine Handelsprovinz Englands bezeichnen.

Die wirtschaftlichen Interessen haben bekanntlich in der Neuzeit das größte Gewicht. Man hat in alten Tagen Kriege wegen verschiedener Ideeninteressen, religiöser, politischer usw., geführt. Jetzt dagegen denkt weder der eine noch der andere zivilisierte Staat daran, irgendeinen Krieg anzufangen, um z. B. die tyrannische Alleinherrschaft in einem Nachbarreiche zu brechen oder dessen unterdrückte Völkerstämme zu befreien: weder England noch Frankreich haben einen Krieg mit Rußland angefangen, um die von diesem unterdrückten Finnen, Juden, Ukrainer usw. zu befreien. Auch haben nicht England und Rußland Krieg gegen Frankreich eröffnet, um die unterjochten Algerier, Tunesier oder Marokkaner zu befreien. Wohl aber, um Geld zu gewinnen: man denkt

Digitized by Google

nur an jenen Artikel, der in der „Saturdey Review" bereits im Jahre 1897 erschien und über das Verhältnis zwischen Deutschland und England sagte: „Jahrelang haben Nationen um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie da nicht mehr Grund haben, Krieg zu führen um einen Handel von Milliarden?" Oder Watchmans Artikel in der „National Review" September—Oktober 1913[1] über Weltpolitik: „Deutscher Handel und deutsche Industrie werden von Jahr zu Jahr abhängiger vom Überseeverkehr. Durch unsere gegenwärtige Überlegenheit zur See und mit unserer strategischen Stellung sind wir im Falle eines Krieges imstande, diesen Überseehandel zu vernichten, nicht zum mindesten, wenn Holland und Belgien als ein Glied in unser Blockadesystem eingehen." Der Plan eines Krieges gegen Deutschland, um dessen Markt zu gewinnen, scheint bereits damals entschieden gewesen zu sein.

6. Nun sind die wirtschaftlichen Interessen ein Hauptgrund für den ganzen englischen Krieg. Es ist vom Haupte der englischen Regierung im Parlament (am 11. März 1915) ausgesprochen worden, daß dies eine Hauptaufgabe für den englischen Kampf gewesen sei, vom ersten Tage des Krieges an. Und in einer Neujahrsrede 1916—17 erklärte der englische Minister in St. Petersburg, Buchanan, daß die englisch-russischen wirtschaftlichen Interessen die gleichen seien. Es ist Englands Hauptziel gewesen, die deutschen Märkte zu erobern und damit natürlich vor allem diese Märkte bei Englands Bundesgenossen. Um dies in Ordnung zu bringen, sind während des Krieges verschiedene gemeinsame englisch-russische Bankunternehmungen und andere Geschäfte gegründet worden, besonders Bergwerke und Fabriken. Die russischen Goldfunde in Sibirien, Ural und Finnland haben auf englisches Kapital magnetisch gewirkt. Aber dazu kommt, daß England während des Krieges Rußland ungeheure Anleihen hat gewähren müssen. Zum Entgelt hat es sich — nach alten Grundsätzen — Konzessionen und Kontrolle gesichert. Russischen Beamten muß ja in Geldsachen bekanntlich auf die Finger gesehen werden. Und das Ergebnis davon war, daß während des Krieges eine wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen England und Rußland errichtet worden ist, die aller Berechnung nach diese beiden Länder lange Zeiten hindurch zusammenhalten wird, falls nicht die Revolution in Rußland unberechenbare Momente hervorbringen sollte. Und selbst die Bedeutung einer solchen ist nach dem Einsatz englischen Kapitals und englischer Politik unter erprobten Methoden erheblich abgeschwächt.

Aber dadurch ist das Verhältnis derart geworden, daß englische wirtschaftliche Interessen die freieste Verbindung zwischen England und seinem russischen Markte verlangen müssen.

[1] Zitiert aus Knud Barfod, „Dänemark während des Weltkrieges", S. 13. Der Verfasser bemerkt, man sage, daß „Watchman" Deckname für Lord Landsdowne, den englischen Minister des Auswärtigen, Greys Vorgänger, sei.

Digitized by Google

7. Dazu kommen die sozialpolitischen. Es hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß die Kapitalsinteressen der englischen Gesellschaft doch mehr mit denen Rußlands als Deutschlands übereinstimmen, wo die Demokratie eine gewaltige Macht geworden ist und Anzeichen für die politische Richtung der Zukunft gibt. Und der Krieg hat, abgesehen davon, daß er die Verbindung zwischen den sozialpolitischen Interessen in den beiden Ländern befestigte, selbst neue derartige Bande zwischen ihnen geknüpft, starke Bande auf wirtschaftlicher Grundlage.

8. Hierzu treten dann noch die militärischen Gesichtspunkte. Es ist zweifellos ein außerordentlicher strategischer Vorteil für die beiden größten Weltmächte, daß sie gegenseitig einander ergänzen und auf diese Weise militärische Überanstrengungen ersparen können. Wenn die größte Landmacht der Welt und ihre stärkste Seemacht Bundesgenossen sind, sollten sie die Weltmacht unter sich teilen können nach ihrem Belieben, ohne sonderliche militärische Opfer für die Kriegsart, die der Bundesgenosse vertritt. Nach diesem Gesichtspunkte waren denn auch, wie wohlbekannt, die gemeinsamen Kriegsoperationen der russischen Militärmacht und der englischen Marinemacht wirklich geplant. Auch die geographische Stellung der beiden Länder gibt ihnen in Gemeinschaft eine strategische Übermacht über andere mögliche Feinde. Auf den Vorteil, der für beide in all diesen Hinsichten liegt, sind die beiden Mächte sehr wohl bedacht. Die Gefahr, die für andere daraus entsteht, wird vielleicht seinerzeit auch von anderen Staaten bemerkt werden als denen, die sie jetzt erfahren haben.

Sollte der Krieg nun für die Entente günstig ausfallen, so werden also Englands Interessen — ebenso wie die Frankreichs — voraussichtlich in langen Linien mit den russischen parallel laufen. Fällt der Krieg ungünstig für sie aus, werden die beiden Länder erhöhte Gemeinschaft in Interessen militärischer Natur bekommen haben; ihre gemeinsame Niederlage wird sie zu gemeinsamen Revanchepläne zusammenschweißen, deren glücklicher Ausfall gerade auf ihrem Bündnis beruhen wird.

9. Zu dieser Interessengemeinschaft zwischen England—Rußland auf Kosten der Länder Skandinaviens tritt eine Reibung zwischen den Interessen Englands und Norwegens: Norwegen hat die viertgrößte Handelsflotte der Welt. Diese Flotte hat im Welthandel eine Rolle gespielt und macht sich in unbequemer Frachtkonkurrenz geltend. Jetzt während des Krieges hat sie sich sicherlich als ein nützlicher Diener für die Verbindung der Entente ausgewiesen. Aber sie hat auch Ärgernis erregt dadurch, daß sie Anspruch darauf machte, die Frachtsätze bestimmen zu wollen. Die britische Regierung ist im Begriff, ihre ganze Schiffsflotte zu nationalisieren. Aber die Absicht dabei ist nicht nur die, englische Bürger gegen englische Schiffsreederei zu beschützen, sondern vor allem England, darunter auch die englische Schiffsreederei, gegen die anderen Länder zu beschützen. Seit den Tagen der Navigationsakte ist die englische Handelsflotte Englands Augapfel und seiner Staatsinteressen erstes Ziel gewesen. Wir können also davon ausgehen, daß dieser Interessengegensatz, der bereits ent-

Digitized by Google

standen ist und zum Teil sogar schon in der englischen Presse kräftigen Ausdruck gefunden hat, nach dem Kriege verschärft hervortreten wird. Kann eine deutsche Industrie- und Handelskonkurrenz bestimmende Ursache dazu werden, daß England einen Angriffsverband gegen Deutschland schafft, so kann eine Seefahrtskonkurrenz England nicht gleichgültig sein. Es hat bereits angefangen, fremden Schiffen, die es zu Pflichtreisen zwingt, Steuern für England auferlegen zu wollen.

10. Alle diese Verhältnisse deuten darauf hin, daß Englands Interessen nicht Rußlands Interesse widerstreiten, festen Fuß in Norwegen zu fassen. Es würde ja vielleicht auch kein vollkommenes Glück für England sein, wenn Rußland das Atlantische Meer erreicht. Aber man muß in allen Verhältnissen des Lebens die Kunst lernen, Vorteil und Verlust gegen einander zu wägen, und das zu wählen, was den größten Überschuß an Werten gibt. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. In der Beschränkung seines Begehrens der Meister über allen Meistern. Und für den Gewinn, freie Verbindung mit seinen Handelskolonien zu haben, muß auch England in etwas auf die frühere Form der Sicherheit gegen Rußland verzichten: die, daß die skandinavische Halbinsel wie ein Stoßkissen, ein „Puffer" zwischen den beiden Weltreichen lag.

Die frühere Form. Aber eine Form ist nicht entscheidend. Es können neue Formen gefunden werden. England hat bereits eine gefunden während dieses Krieges. Rußland wollte zu den Dardanellen. Es ließ sich auf die Länge kein Bündnis zwischen den beiden Weltreichen auf anderer Grundlage ordnen. Rußland wollte sonst nicht mit. So ergaben sich England und Frankreich in diesem Punkt — in Verträgen. Rußland sollte wirklich die Dardanellen bekommen — von England. Aber vor dem Einlauf — ein wenig zur Rechten und zur Linken — liegen Tenedos, Imbros und Lemnos. Die beiden ersteren sind türkisch, die letzteren griechisch.

Zufolge Vereinbarung zwischen den Beschützern der Nationalitätsprinzipien, der kleinen Staaten, der Freiheit und des Restes der Ideale der Welt sollte Rußland die türkischen Gebiete auf dem Festlande besetzen dürfen und England — den Schlüssel zur „Pforte für den Einlauf drehen", indem es die drei genannten Inseln besetzte. Auch den Besitz des neutralen Griechenlands, Lemnos. Es hat sie bereits besetzt. Man kennt das System: Gibraltar, Suez, Aden, Kapstadt, Singapore mit Seekriegshäfen für England und notwendiger Anlegestelle für alle. Rußland erhält den „freien Besitz" der Pforte. Aber England nimmt den Schlüssel und behält ihn.

11. Dieses System bedarf keiner sonderlichen Abänderung, um in Nordeuropa in zufriedenstellender Weise für Rußland wie für England angepaßt zu werden. Es gilt nur, daß die beiden Reiche darüber zur Verständigung gelangen. Auch darin haben sie bereits Übung. Persien wurde nicht gefragt, bevor die beiden Reiche im Jahre 1907 es zwischen sich in „Interessesphären" aufteilten. Es gibt also Präzedenzfälle für eine leichte Ordnung gegenseitiger Interessen bei etwas gegenseitigem Entgegen-

Digitized by Google

kommen, z. B. für die, daß Rußland eine Handelsbahn und einen Exporthafen an einer wohlgeeigneten Stelle in Nordeuropa erhält. Und England willigt darin ein, jedoch unter der Voraussetzung, selbst den „Schutz" des Ortes zu übernehmen und — in dieser Absicht einen Kriegshafen dort zu unterhalten. Dadurch erhalten Rußland wie England die freie Verbindung, die für beider starke Handelsinteressen notwendig ist. Und England sichert sich dagegen, daß Rußland etwa größeren Besitz oder Einfluß an dem Orte erlangen sollte, als es England passen würde. Je nachdem die Verbindung steigt und die Interessen größeren und und freieren Spielraum verlangen, sieht man sich genötigt, den Hafenplatz auszudehnen und findet ihn verhältnismäßig leicht weiter nach Süden. Hierbei müssen — wegen des Gleichgewichtes — auch die englischen Rechte erweitert werden. Und jedesmal wird die Sache zwischen Freunden abgemacht und geordnet werden, bevor man dazu kommt, an solche Bagatellen zu denken, wie z. B. die, daß Lyngen und Narvik ja bis zu einem gewissen Grade in einem Lande liegen, das einmal selbständig war und damals Norwegen hieß.

Der Gipfel der Gefahr wird dadurch erreicht, daß Norwegen nun von Schweden getrennt ist. Der Schutz, der für uns darin lag, daß ein Anfall auf den einen Staat einen Krieg mit beiden bedeutete, ist fortgefallen. Eine kluge Politik hätte möglicherweise das Unglück verbessern können.

Die Negermassakers in Amerika

Von Professor D. Adolf Deißmann

Schmachvolle Rassenkämpfe zwischen Weißen und Negern, Pogrom und Gemetzel sind in den Vereinigten Staaten innerpolitische Begleiterscheinungen des Krieges geworden. Wir haben hier bisher so gut wie nichts darüber erfahren. Soeben zu uns gelangte amerikanische Brief- und Preßstimmen zeigen aber daß es sich um Vorfälle ernstester Art handelt, durch welche die jetzt als die große Reklamezeile des amerikanischen Kriegsplakats der Welt gepredigte Demokratie aufs furchtbarste bloßgestellt worden ist und sich selbst entehrt fühlt.

Schon am 28. Mai 1917 waren in East St. Louis (Illinois) Negerkrawalle ausgebrochen. Anlaß dazu war die Heranziehung farbiger Arbeitskräfte aus dem Süden für die Industrien der nördlichen Stadt; durch diese Konkurrenz fühlten sich die weißen Arbeiter bedroht, und die gegenseitige Erbitterung kam zur Entladung. 40 schwarze ein Dutzend weiße Verwundete und zahlreiche verbrannte Negerhütten waren das Ergebnis der ersten Schlacht. Der zweite, viel blutigere Mordtag, der 64 Negern (nach anderen Angaben über 100) und 4 Weißen das Leben kostete, zahllose Verwundete in die Hospitäler lieferte und große Teile der Negerquartiere in Asche legte, war der 2. Juli. Ich habe immer einen Widerwillen gegen die Verwertung der Kriegsgreuel

Digitized by Google

zur gegenseitigen Verhetzung der Völker gehabt, und der Bedarf an Greueln unserer Feinde ist bei uns nicht groß, da er im Kriege stets dann bei der einen Partei eintritt, wenn die andere militärisch gut steht. Ich zitiere darum aus einem amerikanischen Bericht eine Schilderung der Greuel, nicht um die Greuel breitzutreten, sondern um zu zeigen, daß das christliche Gewissen in den Vereinigten Staaten angesichts dieser Dinge nicht geschwiegen hat. „Der Christliche Apologete" (Cincinnati, Ohio) vom 11. Juli 1917 berichtet:

„..... Der Mob schoß auf die Neger, als sie aus den brennenden Häusern flohen. Viele wurden in die lodernde Glut zurückgejagt. Des Abends brannten sämtliche Negerquartiere. Um 8 Uhr wurde Kriegsrecht verhängt und es wurden endlich 193 weiße Ruhestörer verhaftet. Die Willkürakte der weißen Bevölkerung begannen damit, daß Neger aus den Straßenbahnwagen gezogen, gestoßen, geschlagen und geschossen wurden. Als ein Neger in den Kopf geschossen wurde, klatschte die wütende Volksmenge in die Hände. Die weißen Frauen und Mädchen stürzten sich wie Megären auf die farbigen Weiber, die sie in der unmenschlichsten Weise schlugen, mit Füßen traten und mit Knüppeln ihre Zähne herausgeschlagen haben. Die begangenen Greueltaten und die Bestialität der weißen Bevölkerung spotten jeder Beschreibung."

Das ist ein deutsch-amerikanisches Urteil; aber auch die englische Presse Amerikas drückt, wie eine vor mir liegende Übersicht in „The Literary Digest" vom 14. Juli 1917 zeigt, ihren Abscheu in ebenso starken wie ernsten Worten aus. Und der Herausgeber des in New York erscheinenden christlichen Blattes „The Christian Advocate", Dr. James R. Joy, der seinen Leitartikel vom 12. Juli 1917 „Entehrung der Demokratie" überschreibt und mit dem ironischen Satz beginnt, der einzige Trost bei den Negermassakers in St. Louis sei der, daß sie nicht im Süden passiert seien, weil man sonst wieder gegen den Süden gehetzt hätte, schließt mit den bitteren Worten, wenn solche Dinge ungestraft geschehen könnten, dann solle man die amerikanischen Truppen aus Europa zurückrufen und das Geschwätz sein lassen, daß man „die Welt sicher machen wolle für die Demokratie", die ein so schmutziges Unrecht zulasse.

Geradezu erschütternd sind begreiflicherweise die Stimmen der christlichen Negerpresse. Der in New Orleans für die Negermitglieder der Bischöflich Methodistischen Kirche herausgegebene „Southwestern Christian Advocate" sagt am 12. Juli 1917 in Besprechung des Gemetzels, weder die amerikanische Geschichte noch die Weltgeschichte kenne ein ähnliches Beispiel von Brutalität, kaltblütigem Morden und ungezügelter Gesetzeslosigkeit in Gegenwart der ordentlichen Behörde; Amerika habe jetzt den Rekord an Grausamkeit erreicht und stehe damit selbst über Deutschland (das nichts weniger als prodeutsche Organ vertritt die gegen uns gerichtete Greuelphrase). Das Blatt gibt dann nach Erzählungen von Augenzeugen allerdings Einzelheiten des Pogroms von einer Furchtbarkeit, die kaum übertroffen werden kann; ich verzichte aus den angegebenen Gründen darauf, sie hier zu wiederholen.

In seinem trefflichen Buch „Christian Service and The Modern World" (Der Christendienst und die moderne Welt), New York 1915, S. 120, erinnert der Ge-

Digitized by Google

neralsekretär des „Federal Council of the Churches of Christ in America“ (Bundesrat der Kirchen Christi in Amerika), Dr. Charles S. Macfarland, gegen die amerikanische Selbstgerechtigkeit charaktervoll ankämpfend, an die früheren amerikanischen Methoden der Behandlung der Farbigen: „... Let the Red Man answer. And the Black Man“ („Laßt den Roten Menschen Antwort geben. Und den Schwarzen Menschen“). Der Schwarze Mensch gibt jetzt eine Antwort, aber nicht über frühere Methoden, sondern über eine von Menschenblut beschmutzte und vom Qualm brennender Negerhäuser verdunkelte Gegenwart, die Gegenwart der welterlösenden amerikanischen Demokratie. „Herr Präsident, warum reden Sie nicht?“ fragt Herrn Wilson im Namen von zwölf Millionen christlicher Farbigen das oben zitierte Negerblatt am 9. August in einem von tiefer Erregung zitternden Leitartikel, nachdem über ein Monat vergangen war, ohne daß etwas Entschiedenes gegen die Urheber des Gemetzels geschehen war. „Schweigen Sie etwa deshalb, weil die Opfer nur Neger sind? Sie und nur Sie können das in diesen Zeitläuften nötige Wort sprechen. Werden Sie es tun? Dürfen wir auf Sie zählen, oder sollen wir eines anderen warten?“ Nun, Wilson mag reden oder weiter schweigen, ein anderer tritt auch für diese Verfolgten ein, und die Sympathie der gesamten Christenheit ist den Märtyrern von East St. Louis sicher.

Schwer hat sich während dieses Krieges die weiße Rasse an den Farbigen versündigt; zu Hunderttausenden hat man sie aus ihrer tropischen Heimat nach dem Norden verfrachtet als Kanonenfutter und Schwindsuchtsbeute, um weißes Blut zu schonen. Und im gleichen Jahre, in welchem die stolze amerikanische Nation als Welterzieher zur Demokratie der Menschen- und Völkerrechte in den Krieg eintritt, muß sie die Schmach des Negermassakers erleben. Wir begreifen die tiefe Scham der Christen drüben und hoffen, daß in diesem klassischen Einzelfall die christliche öffentliche Meinung über die niederen Rassen- und Konkurrenzinstinkte allmählich doch noch siegen wird. Amerika wird andererseits begreifen müssen, daß wir in unserem Lande an einem anderen Begriff der Demokratie arbeiten, als er in East St. Louis zum Ausdruck kam.

Verständigungsfrieden und Reichstags-Resolution

Von Dr. G. v. Schulze-Gävernitz, M. d. R.

Trotz aller Kriegsfanfaren hüben und drüben ist der Gedanke des Verständigungsfriedens auf dem Marsche. In drei Jahren heißen Ringens hat sich eine Weltlage herausgearbeitet, welche dem nüchternen Beurteiler immer unabweisbarer den Gedanken aufdrängt, daß dieser Krieg — auch darin einzigartig — nicht mit einem Siege im alten Sinne des Wortes beendet werden kann.

Dieser psychologische Weltzustand ist ein gewaltiges Ergebnis des Krieges; denn vor drei Jahren glaubten beide Seiten an die Zerschmetterung des Gegners. Dem-

Digitized by Google

gegenüber aber besteht auch heute noch in Deutschland, wie in England, eine tiefgewurzelte und weitverzweigte Hoffnung gegenseitiger Vernichtung.

Nicht wenige Deutsche, ehrliche und leidenschaftliche Patrioten, hoffen England mit dem U-Boot in der Weise auf die Knie zu zwingen, daß es wie ein ausgehungertes Raubtier winselnd aus seiner Höhle herauskriecht und jede unserer Bedingungen schluckt. England zahlt Kriegsentschädigung, tritt Flottenstationen und Kolonien ab und — so verkündete erst neulich ein alldeutscher Häuptling — „die englische Flotte wird in Kiel interniert". Der historisch geschulte Kopf fragt dem gegenüber: Ist es denkbar, daß eine Weltmacht, die in drei bis vier Jahrhunderten unendlicher Kämpfe aufgebaut wurde, in ebensovielen Monaten zusammenbricht? Aber wo Meinung gegen Meinung unbeweisbar gegenübersteht, stelle man sich auf den Boden unbezweifelter Tatsachen.

Als solche stehen fest zunächst das U-Boot: Es ist ein Ruhmestitel des deutschen Reichtags seit Jahren, auf die U-Bootwaffe, leider umsonst, hingewiesen zu haben. Tirpitz bevorzugte das Großkampfschiff. Deutschland trat mit so wenigen U-Booten in den Krieg, daß zunächst ihre Anwendung beschränkt blieb. Hierzu trat das völkerrechtliche Bedenken, daß die U-Bootwaffe aus technischen Gründen eine unterschiedslose Behandlung gegnerischer und neutraler Schiffe erfordert. Aber England zerbrach das Völkerrecht durch die von Wilson seiner Zeit als „illegal" bezeichnete Blockade zur Aushungerung Deutschlands. Es zerbrach den schwer errungenen Grundsatz, daß der Krieg nur gegen Kombattenten, nicht gegen die feindliche Zivilbevölkerung geführt werde. Hatte doch noch 1913 der erste englische Kronjurist Lord Loreburn[1] erklärt: der Blockade-Gedanke sei gegen die Deutschen wirkungslos, weil niemand Deutschland verhindern könne, sich über die Neutralen zu verproviantieren. Als England das Leben und die Gesundheit unserer Frauen und Kinder bedrohte, waren die rechtlichen und moralischen Bedenken gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg beseitigt. Nachdem bis gegen Ende 1916 unser U-Bootbestand erheblich gewachsen war, forderte eine nahezu einstimmige öffentliche Meinung bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hin den rücksichtslosen U-Bootkrieg. Kein Reichskanzler hätte hier Widerstand leisten können, trotz schwerer Bedenken eines kleinen internen Kreises; dieselbe öffentliche Meinung, welche vor drei Jahren den Krieg mit England allzuleicht genommen hatte, verspottete jetzt den Gedanken einer Militarisierung Amerikas. Offiziöse und offizielle Stimmen versprachen damals den Zusammenbruch Englands durch Hunger „in wenigen Monaten" oder bis zur „neuen Ernte", so auch unser von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichtes Telegramm an Mexiko. Diese Prophezeiung ist zusammengebrochen. England hatte nach gutem Vernehmen im Juli 1917 sogar mehr Weizen als in dem allerdings höchst ungünstigen Monat April. Das U-Boot hat den Materialnachschub nach Flandern nicht verhindern kön-

[1] Vergl. Loreburn-Niemeyer, Privateigentum im Seekrieg. München 1914. Seite 90.

Digitized by Google

nen, wo das Artilleriefeuer neuerdings „in nie dagewesener Heftigkeit“ rast. Ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß es England bisher nicht „an den Kragen geht“, liegt darin, daß England den zu Kriegszwecken verwandten Frachtraum (mehr als 50 Prozent der Gesamt-Tonnage) noch nicht sichtbar einschränkt, um Tonnage zur Verproviantierung frei zu bekommen. Erst wenn die Saloniki-Expedition heimgerufen und die mesopotamische und ägyptische Offensive abgebaut würde, so wäre dies ein Beweis dafür, daß die Entbehrungen im Mutterlande das Maß des Erträglichen übersteigen; denn das Hemd ist näher als der Rock. Einen Ausweg fand England nicht nur in der Zuhilfenahme neutraler Tonnage, sondern vor allem in der Mehrausnützung des vorhandenen Schiffsraumes zu mehr als 40 Prozent. Nach Berichten neutraler Reisender ist die Nahrungsknappheit in England heute zwar fühlbar, aber noch geringer als in Deutschland. Letzthin, wenn es um das Dasein des Landes geht, kann der Engländer zähe und ausdauernd hungern, wie wir Deutsche.

Gegenüber diesen unbequemen, aber feststehenden Tatsachen ist mit um so größerer Genugtuung auf der andern Seite festzustellen, daß das U-Boot in unserer Hand sich als äußerst wirksame Waffe bewährt und Englands Schiffsraum, auch für die kommende Friedenszeit, dezimiert, daß es friedfertige Strömungen in Arbeiter- wie in Kapitalistenkreisen fördert und den Krieg gegen den Seeherrscher vom Land auf das Wasser hinausgetragen hat. Der Zweifel, „ob die Sache noch zahlt“, greift in England immer weiter um sich; darüber läßt die englische Presse, wie der neutrale Reisende keinen Zweifel. Zudem wird die Zahl der deutschen U-Boote von 1917 zu 1918 erheblich wachsen. Zusammenfassend: Das U-Boot scheint England nicht zu zerbrechen, aber zu erweichen.

Aber auch in England muß unter fürchterlichen Opfern der Gedanke von der Unbesiegbarkeit Deutschlands zum Durchbruch gelangen. Wenn Erniedrigung und Verstümmelung des Vaterlandes von uns verlangt wird, so werden wir erforderlichenfalls noch Jahre durchhalten. Einer meiner begeisterten U-Boot-Freunde schrieb mir im Februar 1917, daß England bis zum Sommer sicher vernichtet sei. Ich erwiderte: „Ich bin optimistischer als Sie, denn wenn Ihre Karte nicht schlägt, gebe ich das Spiel noch lange nicht verloren.“

Unsere Front im Westen steht fest. Wenn England in dem Maße „fortschreitet“ wie bisher, so ist in Jahrzehnten vielleicht die Maas- oder gar die Rheinlinie erreicht, aber dann auch Englands letztes Mannesblut verspritzt. Aber England setzt seine Hoffnung auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Dem gegenüber steht fest, daß wir infolge einer reichlichen Kartoffelernte diesen Winter weniger hungern werden als letzten. Überhaupt ist der Gedanke sinnlos, eine Nation auszuhungern, die in Friedenszeiten den weit überwiegenden Teil ihrer Kartoffelernte zu Spiritus verbrennt. Unsere Kartoffelknappheit ging auf mangelhafte Verteilung und unerwünschte Verfütterungen zurück. Beides wird abgestellt werden. Das Ernsteste ist der Mangel

Digitized by Google

an gewissen Rohstoffen; aber hier spornt England, nicht in seinem Interesse, unsern technischen Genius von Erfindung zu Erfindung. Manches wird nach dem Kriege weltmarktsfähig bleiben — Luftstickstoff, Gipsschwefel, auch wohl künstlicher Gummi. Papier wird heute im großen versponnen und verwoben, und im Notfall geht man im Sommer barfuß, im Winter nach flämischem Vorbild in Holzschuhen; letztere erschienen mir nicht nur warm und dauerhaft, sondern sogar kleidsam an den Füßen einer hübschen blonden Vlämin, die damit den Takt zum Tanze klappte.

Über Wollen und Wünschen der Menschen hinaus weist eine unentrinnbare Notwendigkeit England und Deutschland auf den Weg der Verständigung. Um ihn gangbar zu machen, räume man zunächst gewisse Hindernisse zweiten Ranges aus dem Wege.

Hierzu gehört die sogenannte Schuldfrage. Die Untersuchung dieser Frage ist nicht nur historisch hochinteressant, sondern, um ähnliche Weltzusammenbrüche zu vermeiden, auch praktisch sehr bedeutsam. Deutschland hat am wenigsten Ursache, die gründliche Untersuchung dieser Frage zu scheuen, insbesondere nach den Enthüllungen Sfuchomlinows. Aber die Untersuchung der Schuldfrage stellt der historischen Forschung eine Aufgabe, bis zu deren Erledigung die Menschheit unmöglich auf den Frieden warten kann. Außerdem wissen wir: Kriegstreiber gab es in allen Ländern, der gefährlichste wohl war der Großfürst Nikolai. Aber einzelne Menschen hätten diese Katastrophe nicht machen können, wenn die Weltlage nicht seit Jahren im Innersten ungesund gewesen wäre.

In gleicher Linie steht die Entschädigungsfrage. Entschädigung zahlt dem Sieger der Besiegte. Bei einem Frieden ohne Sieger und Besiegte wäre der einzig anwendbare Grundsatz, daß jeder die von ihm angerichteten Schäden selber bezahlt. Aber wie will man feststellen, welcher Nationalität die Kugeln und Sprengstoffe waren, die den Schaden anrichteten? Übrigens dürften die von den Russen im Osten — Ostpreußen, Galizien, Polen — angerichteten Verwüstungen die Sachschäden im Westen weit übersteigen.

Vor allem und in erster Linie erfordert der Verständigungsfrieden die Unverletztheit territorialer Lebensinteressen der Hauptbeteiligten — besser so zu formulieren als den „Status quo".

Zu diesen Lebensinteressen, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, wenn der Krieg nicht um Jahre verlängert werden soll, rechne ich folgende:

1. Für England die Souveränität Belgiens und die Herrschaft über Ägypten und den Suezkanal[1] — nicht die innerbelgische Staatsform, nicht der Bestand des Kongostaates.

2. Für Frankreich die wiederhergestellte Ehre des Degens und die territoriale Unverletztheit

[1] In diesem Punkte können wir dem geschätzten Verfasser nicht beistimmen. Ägypten muß wieder türkischer Besitz werden. Die Red.

Digitized by Google

(Calais nicht mindee als Briey) — nicht aber bei honoriger Form etwaiger Grenzverschiebung der koloniale Besitzstand, der eine riesenhafte Belastung für das blutleere Land nach den entsetzlichen Opfern des Krieges bedeutet.

3. Für Rußland die Unberührtheit des eigentlichen Rußlands, insbesondere die Nichteinmischung des Auslandes in die Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Moskau — nicht die staatliche Neuordnung jenes westlichen Fremdvölkergürtels, welcher, vom Zaren mit Gewalt von Europa abgerissen, dem Mütterchen Rußland niemals verwuchs.

4. Für Deutschland die Unverletztheit des Reichsgebietes einschließlich Elsaß-Lothringens und die Wiederherstellung der asiatischen Türkei, wozu wir durch Bündnis, Ehre und Interesse verpflichtet sind, endlich eine gewisse koloniale Sättigung unseres schmalen, kinderreichen und rohstoffarmen Landes — nicht die innerdeutsche Staatsform des Reichslandes, nicht eine politische oder wirtschaftliche Vorzugs- oder Monopolstellung in der Türkei, die Deutschland gar nicht beansprucht, endlich auch nicht der Status quo der bisherigen kolonialen Grenzen.

5. Für Österreich-Ungarn Triest und eine endgültige Befriedung Serbiens — nicht der Trentino und nicht das kleinrussische Ostgalizien. — Die Verneinungen deuten auf mögliche Verhandlungen, Vergleiche, Verschiebungen.

Aber auch die soeben aufgestellten Bejahungen, welche eigentliche Lebensinteressen berühren, waren zu Beginn des Krieges in Frage gestellt; sie sind heute aus dem Streite ausgeschieden bis auf den Anspruch Frankreichs auf Elsaß-Lothringen und den Englands auf das Zweistromland. Trotz des Schwalles verhüllender Redensarten steht fest, daß der Krieg heute weiter geführt wird, für ein französisches Elsaß-Lothringen und eine englische Brücke von Kairo nach Indien für französische Revanche-Idee und britischen Imperialismus. Im Gegensatz hierzu hat die russische, die amerikanische, die deutsche und die österreichische Regierung unter Ausschaltung jeder Lebensbedrohung des Gegners sich auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt, ebenso die große moralische Autorität des Papsttums. Wilson hat den Anspruch Frankreichs auf Elsaß-Lothringen ausdrücklich abgeschüttelt.

In diesem Zusammenhang wurde die Reichstags-Resolution vom 19. Juli dieses Jahres von Bedeutung. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß das Ausland die Erklärungen jeder deutschen Nurbeamtenregierung mißachtet, nicht als ob diese Beamten nicht treffliche und ehrliche Männer wären, sondern weil man ihnen nicht zutraut, sich und ihr Wort gegenüber stärkeren, wenn auch unsichtbaren Gewalten hinter ihrem Rücken gegebenenfalls durchzusetzen. Das Ausland erblickt — ob zu Recht oder zu Unrecht — in einem Reichstagsbeschluß eine Gewähr gegen unverantwortliche Kriegstreiber und Eroberungspolitiker. Die Reichstags-Resolution wurde mit großer Mehrheit, die bis weit nach der Rechten hinging, gefaßt; auch die nationalliberale Partei, die dagegen stimmte, gab eine inhaltlich gleichwertige Erklärung ab, während die Gegner auf der äußersten Rechten und äußersten Linken durch ent-

[1] Zum Fremdvölkergürtel gehört vor allem die Ukraine. Wohin die 30 Millionen Ukrainer nach dem Kriege gebucht werden, ist die wichtigste Frage des Krieges, da davon die Eindämmung der russischen Gefahr abhängt. Die Red.

Digitized by Google

gegengesetzte Hoffnungen zusammengeführt wurden. Der Reichstag, seit Kriegsbeginn ein Ornament, trat damit wollend und bestimmend in den Vordergrund der Weltbühne. Insofern bildet die so viel bestrittene Resolution einen geschichtlichen Wendepunkt ersten Ranges. Die letzten Beweggründe, welche die Reichstagmehrheit bestimmten, entziehen sich der Öffentlichkeit. Kein Angriff und keine Schmähung darf den Abgeordneten veranlassen, die auferlegte Verschwiegenheit zu brechen. Ich gehe nicht weiter als der Abgeordnete Stresemann in den „Deutschen Stimmen" vom 25. Juli 1917: „Es konnte nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Sozialdemokraten für eine vorbehaltlose Bewilligung der Kredite nicht zu haben waren." „Wir haben uns mit der Frage zu befassen, wie es draußen in der Welt aussehen würde, wenn 110 Stimmen gegen die Kreditvorlage abgegeben würden." „Erzberger kam soeben aus Wien. Seine Beziehungen zu den dortigen leitenden Kreisen sind bekannt." Wenn die Reichstags-Resolution dazu dienlich war, um Sozialdemokraten und Österreicher bei der Stange zu halten, so war sie notwendig und gerechtfertigt. Seitdem haben die englischen und die französischen Arbeiter gegen ihre Regierungen sich für Verständigung und Verhandlung erklärt, und die italienischen Sozialisten verlangen stürmisch und drohend den Frieden. — Keine geringen Folgen des ersten Schrittes. Nun, nachdem die Resolution einmal gefaßt war, und die ausdrückliche Zustimmung der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung gefunden hatte, hätte im Interesse der inneren Einheit auch derjenige schweigen sollen, welcher die Resolution als einen Fehler betrachtete. So haben auch die Gegner des rücksichtslosen U-Bootkrieges kein Wort mehr verloren, nachdem er einmal beschlossen war.

Trotzdem wurde gegen diese Resolution und die sie beschließende Mehrheit eine Agitation entfesselt, die ihresgleichen sucht. Wir wissen, wie viel ehrliche Begeisterung in dieser Vaterlandsbewegung zum Ausdruck kommt; wir sahen, wie treuen Patrioten die Zornesröte auf die Stirne stieg bei dem Gedanken, daß so viele Opfer „umsonst" gebracht seien. Aber Begeisterung und Zornesröte sind schlechte Berater der Politik, die mit nüchternem Verstande — kalt wie die Hundeschnauze — gemacht werden soll. Der Politiker, der Gemütswallungen nachgibt, ist ebenso verloren, wie ein „zorniger" Chirurge am Operationstisch oder ein „begeisterter" Stratege in seinem Bureau, von dem aus er telephonisch die Feldschlacht leitet. Sie alle wissen, daß ihre Kunst in dem Können besteht, kühlen Kopfes das Höchstmögliche aus widrigen Gegebenheiten herauszuholen. Es rächt sich heute bitter, daß unsere intellektuelle Welt, vor allem unsere Universitäten, dem Spezialistentum verfielen und seit Jahrzehnten die Politik „dem dazu Berufenen" überließen. Sehen sie denn nicht, daß sie gegen dieselbe Reichstagsmehrheit Sturm laufen, welche, turmhohen Hindernissen zum Trotz, die preußische Wahlrechtsreform durchsetzen soll? Ermessen sie nicht, was Kohlenknappheit in diesem Winter bedeutet? Sie erneuern das Gerede vom „innern Feind" zu einer Zeit, da die feindlichen Kugeln alldeutsche wie sozialdemokratische Schädel einschlagen ohne Unterschied.

Digitized by Google

Die sehenden Hintermänner und Geldgeber der Bewegung aber sollten sich fragen, ob nicht auch ihnen das Dasein des Vaterlandes höher steht, als die Aufrechterhaltung eines noch so eingewurzelten Klassenprivilegs.

Gott sei Dank hat der Kaiser, sehr im Gegensatz zum Zaren, den Weg eines geordneten Fortschrittes rechtzeitig gewählt, indem er ungezwungen seine Unterschrift unter die Zusage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gesetzt hat und damit der Entrechtung der Mehrzahl seiner Untertanen ein Ende zu bereiten entschlossen ist. Hinter ihm stehen die Manen Steins und Scharnhorsts. Kein wichtigerer Akt der preußischen Staatsgeschichte seit der Bauernbefreiung! Denn auch die Revolution von 1848 und die ihr folgende Verfassung hat die Klassenherrschaft, gegen welche die großen preußischen Monarchen des 18. Jahrhunderts ohne durchgreifenden Erfolg angekämpft hatten, in parlamentarischer Verkleidung bestehen lassen. Heute, im äußersten Daseinskampfe, tun wir den letzten Schritt zur Vereinheitlichung der Nation und zur Vollberechtigung aller ihrer Kinder, von denen jedes, der Besitzende nicht mehr als der Besitzlose, seine Pflicht tat. Dem fernhin schauenden Geistesauge taucht damit ein neues Deutschland aus dem tosenden Wogenschwall des Weltenwetters, frei nach innen, Befreier nach außen, größer und stärker als das alte, trotz des Verzichtes auf Eroberungen. Unser teuerstes Blut ist nicht umsonst geflossen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Von einem im Felde befindlichen Unteroffizier wird uns geschrieben:

„Wenn ich mir gestatte in einigen Zeilen mich an Sie zu wenden, bitte ich, es mir nicht übel nehmen zu wollen, wenn ich hierdurch Ihre Zeit nutzlos in Anspruch genommen haben sollte. Wir unterhalten uns natürlich wie überall über den Frieden, wann und wie er kommen wird, über die Friedensresolution des Reichstages, annexionslosen Frieden usw. Der größere Teil der Redner hierbei sind (ältere) Sozialdemokraten. Da die Unterhaltung, wenn sie in Fluß kommt, von allen mehr oder weniger dazu benutzt wird, um über das, was man hört und liest ein Verständnis zu gewinnen, so verlaufen dieselben stets ungetrübt. Die Vorenthaltung von genauer umrissenen Friedensbedingungen seitens unserer Regierung hat uns dagegen schon manches Kopfzerbrechen gekostet, wie es ähnlich auch schon anderen gegangen sein wird. Nachdem es mir gelungen ist, trotz aller der Mehrheit des Reichstages zuzählenden Zeitungen, die von uns gelesen werden, in unseren kleinen Verhältnissen manchen unter uns, wie auch mir selbst, klar zu machen, daß es nicht bedingungslos heißen kann „Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigung" ohne damit zu sagen, daß wir grundsätzlich einen anderen Standpunkt als den der Mehrheit einnehmen, halte ich dies auch für andere möglich und insbesondere durch unsere Regierung, die keinen Schaden durch mehr Klarheit in den Kreisen kleinerer Verhältnisse nehmen würde; jedoch will ich mir ein Urteil darüber nicht erlauben. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß wir ein wachsendes Volk sind. Nach Rohrbach „Der deutsche Gedanke" betrug im Jahre 1816 die Einwohnerzahl in unseren jetzigen Reichsgrenzen etwa 25 Millionen, 1855 war die Einwohnerzahl auf 36 Millionen, 1870 auf 41 Millionen, 1893 auf vielleicht 50 Millionen, 1910 auf 65 Millionen gewachsen. Unter Berücksichtigung aller mitsprechenden Faktoren rechnet Rohrbach damit, daß wir ungefähr um das Jahr 1930

Digitized by Google

auf eine Einwohnerzahl von 80 Millionen steigen werden. Betrachtet man beide Zahlen, die von 1816 mit 25 Millionen und die von 1930 mit 80 Millionen, dabei sich vorstellend, daß sich diese fast auf die gleichen Grenzen des von uns Deutschen bewohnten Landes beziehen, so wird man sich eingestehen müssen, daß unwillkürlich naturgemäß ein Druck von innen nach außen entstehen muß, der der höheren Menschenzahl Gelegenheit geben will zu leben. Dieser Druck wird mit der wachsenden Zahl von Deutschen innerhalb der gegebenen Grenzen immer größer, dem die Grenzen aber so lange, als für alle Bewohner Lebensmöglichkeiten gegeben sind, genügend Widerstand entgegensetzen können. Daß die Grenzen überhaupt bisher diesen Widerstand leisten konnten, ist nur der Technik des Verkehrs zu danken, ohne diese hätte der Druck des Lebenwollens die Grenzen schon längst gesprengt und nach irgendeiner Richtung ausgedehnt und erweitert. Die modernen Verkehrsverhältnisse gestatteten aber und vermochten der gewaltig steigenden Zahl von Deutschen angenehme Lebensmöglichkeiten zu geben, wodurch eine Ausdehnung der Grenzen sich erübrigte, uns aber von eben diesen Verkehrsverhältnissen abhängig gemacht hat. Der freie Verkehr zu Wasser und zu Lande ist daher eine Lebensnotwendigkeit für uns, den wir uns daher unter allen Umständen erhalten müssen, wenn wir nicht ein Leben für immer führen wollen, wie es uns jetzt der Krieg auferlegt. Wenn daher ein Frieden verlangt wird ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, so darf das nie geschehen, ohne gleichzeitig die freie nicht begrenzte Entfaltung mit der dazu offenen Tür nach allen Ländern zu verlangen. Wie es damit aussieht und was man beabsichtigt, haben die verschiedenen Tagungen unser Feinde in Paris und London uns bereits gezeigt. Solange man uns die freie unbegrenzte, wirtschaftliche Entfaltung sowie die offene Tür verschließt, sind wir auf Annexionen angewiesen. Das Wachsen unseres Volkes verlangt es; dem natürlichen Druck von innen aus muß Rechnung getragen werden. Da dieser Krieg uns gezeigt hat, was Verträge unter Völkern für eine Bedeutung haben, besonders wie England völkerrechtlich aufgestellte Bestimmungen zur geeigneten Zeit auslegt, ist uns keine Sicherheit durch solche Verträge gegeben, die uns die Sicherheit der offenen Tür, falls sie uns zuerkannt wird, gewährleistet; wir müssen uns diese selbst verschaffen, nicht dadurch, daß wir annektieren, sondern indem wir von uns besetztes Gebiet besetzt halten, oder sonst in einer Weise unseren Einfluß dort sichern, der so groß sein muß, falls man es wagen sollte, uns die offene Tür zu schließen, wir in unseren Lebensbedingungen nicht gehindert sind, bezw. einem Feind diese zu hindern erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Diese einer unserer Unterhaltungen zugrunde gelegte Betrachtung wollte ich Ihnen mitteilen, auch deswegen, weil mancher, der zum Ausdruck brachte, daß wir dem Frieden doch näher kommen würden, wenn man dem Wunsch unserer Feinde auf eine sofortige volle Durchführung zur Demokratisierung nachkommen würde, einsehen mußte, daß ganz gleichgültig, welche Regierungsform in Deutschland besteht, im Prinzip nicht über diesen Punkt zu einem Frieden kommen kann. Eine gegebene Antwort: Ja da müssen die (Wilson, Lloyd George) schon weg, wenn sie mit unserem Kaiser keinen Frieden machen wollen.

gez. R. R. ..., Unteroffizier.

Indem wir uns eine ausführliche briefliche Antwort vorbehalten, möchten wir hier nur betonen, daß die Formel „Ohne Annexionen" zwar einen Gewaltsfrieden ausschließt. Deswegen braucht er aber noch kein Verzichtfrieden zu sein, sondern kann und soll ein Verständigungsfrieden werden, der allen Völkern die Existenz- und Entwicklungsmöglichkeit bietet. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in Polen von uns bereits anerkannt ist, dürfte dieses Mal, wie Friedrich Naumann kürzlich ausgeführt hat, das Leitmotiv des kommenden Friedenskongresses werden, wie das Prinzip der Legitimität, das des Wiener Kongresses war, auf der die jetzige politische Landkarte beruht.

Digitized by Google

Notizen

Die neuesten Kundgebungen der Deutschen Vaterlandspartei. In Nr. 40 der „Deutschen Politik" war an den Ersten Vorsitzenden der Deutschen Vaterlandspartei die öffentliche Anfrage nach der Stellung der Partei zu den Fragen der inneren Politik, speziell zu der preußischen Wahlrechtsreform, gerichtet worden. Durch ein neuerliches Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen der Partei und durch einen neuen Aufruf vom 12. Oktober ist diese Frage klar und deutlich dahin beantwortet worden, daß die Vaterlandspartei keinerlei innerpolitische Ziele verfolge. Ausdrücklich heißt es in dem Rundschreiben: „Die Partei hat nichts mit innerer Politik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu tun. Sie läßt jedem seine Überzeugung auf diesem Gebiete. Sie mischt sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten der Bundesstaaten und nimmt daher auch keine Stellung zu der preußischen Wahlrechtsreform." Freilich hält dann das Rundschreiben doch den Paragraphen der Satzung aufrecht, wonach alle Mitglieder der Partei mit allen Kräften dahin zu wirken verpflichtet sind, daß bis zum Friedensschlusse der innere Zwist ruhe: eine Bestimmung, die wieder dahin erläutert wird, es sollen nicht Streitigkeiten um die Reichsverfassung mitten im schweren Daseinskampfe im Vordergrunde stehen. Wir wollen uns der hin und wieder laut gewordenen Befürchtung, als ob die Vaterlandspartei also doch gegen Verfassungsreformen im Reiche, wenn auch nicht in Preußen Stellung nehme, nicht anschließen. Aber auch abgesehen von den Fragen der inneren Politik im engeren Sinne bleiben schwere, sehr schwere Bedenken gegen die Vaterlandspartei bestehen; ja sie werden durch die neuesten Kundgebungen eher noch verstärkt. Mir scheint es völlig widersinnig zu sein und zu bleiben, wenn die Vaterlandspartei sich auf der einen Seite mit scharfen Worten gegen den „unheilvollen Zustand dauernden inneren Zwistes" wendet, auf der anderen Seite es aber mit einer drastisch anmutenden Offenheit als ihren Zweck bekennt, die Reichstagsmehrheit zu zersetzen: „Ja wir wollen aufdecken, daß die Mehrheit vom 19. Juli innerlich zerfallen ist, daß die Urheber des erneuten Friedensangebotes die irregeführte Gefolgschaft immer mehr verlieren. Wir wollen zeigen, wo die wahre Mehrheit des deutschen Volkes steht." Das heißt doch den Teufel durch Beelzebub den inneren Zwist durch den inneren Kampf austreiben. Sieht denn die Vaterlandspartei nicht, daß es kein sichereres Mittel der Volksveruneinigung gibt als den Versuch, die Mehrheitsparteien innerlich auszuhöhlen und in eine Minderheit zu verwandeln? Sieht sie nicht, daß ihre Kampfansage es geradezu zu einer Ehrensache für die Mehrheitsparteien machen mußte und gemacht hat, auf dem Boden der Resolution vom 19. Juli stehen zu bleiben, was sie um so leichter können, als die Regierung selbst durch den Mund des Kanzlers wieder und wieder erklärt hat, daß im Rahmen der Resolution sich ein ehrenvoller, für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ausreichender Friede sehr wohl erreichen lasse? Ohne das aggressive Vorgehen der Vaterlandspartei würde die Friedensresolution, schon weil sie auf der feindlichen Seite kein Echo gefunden hat, ganz von selbst Geltung und Bedeutung verloren haben; jetzt aber ist sie zumindest für die 212 Mitglieder der Reichstagsmehrheit zu einem point d'honneur geworden, von dem sie nicht mehr lassen können. Daran kann und wird sich nichts ändern, selbst wenn die Wählermassen der Mehrheitsparteien dank der Agitation der Vaterlandspartei ihren Abgeordneten erklären sollten, daß sie nicht mehr hinter ihnen ständen. Schwerlich würde sich auch nur ein Abgeordneter der Mehrheitsparteien durch eine solche Haltung der Wähler veranlaßt sehen, sein Mandat niederzulegen. Hat nicht der auf dem Boden der Vaterlandspartei stehende Landtagsabgeordnete D. Traub trotz eines klaren und entschiedenen Mißtrauensvotums seiner Wähler sein Mandat unter allen Umständen festhalten zu wollen erklärt, und wird er nicht von den der Vaterlandspartei zugehörigen Blättern wegen solcher Charakterstärke noch höchlich gepriesen? Ist es wohl zu glauben, daß die Abgeordneten

Digitized by Google

der Mehrheitsparteien, von denen bisher wenigstens nicht einer schwankend geworden ist, weniger Charakterstärke zeigen sollten? Man sieht, der von der Vaterlandspartei eingeschlagene Weg der inneren Zersetzung der Mehrheitsparteien kann gar nicht zu dem Ziele der Partei führen, vielmehr nur dahin, die innere Einheit und den inneren Frieden des Volkes zu untergraben und aufzulösen. Wenn es aber klar ist, daß die Vaterlandspartei ihre Zwecke auf dem öffentlich vorgezeichneten Wege nicht erreichen kann, so erhebt sich die Frage: hat sie für diesen Fall noch weitere Mittel und Wege in petto? Will sie es etwa dahin treiben, daß die Regierung, die heute selbst auf dem Boden der Friedensresolution steht, den Reichstag noch während des Krieges auseinanderjagt, und, da während des Krieges nun einmal Neuwahlen ausgeschlossen sind, ohne und gegen die Verfassung regiert? Ist dies etwa das letzte und eigentliche Ziel der Vaterlandspartei? Es sei ausdrücklich betont: Wir unterstellen nicht, wir fragen bloß. Wir hoffen von ganzem Herzen, daß solche Pläne nicht vorhanden sind. Zu denken gibt immerhin, daß der letzte Aufruf der Vaterlandspartei erklärt: „Die Partei wird jede Reichsleitung freudig unterstützen, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden Verzichtfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält." Es gibt auch zu denken, daß in den auf dem Boden der Vaterlandspartei stehenden Blättern immer lauter der Ruf nach Diktatur erschallt. Vor einer solchen Politik aber, die unser Vaterland nach unserer ehrlichen Überzeugung ins Verderben, geradezu in Anarchie stürzen müßte, könnten wir nur aufs dringendste warnen.

Dr. Friedrich Thimme.

Frankreichs Hoffnung auf Amerika. Während die Ententepresse in Europa die Aussichtslosigkeit des Weiterkämpfens noch nicht recht einzugestehen wagt, mehren sich die Anzeichen dafür, daß man dem amerikanischen Publikum stärkere Nerven zutraut, indem man in der dortigen Presse besprechen läßt, daß ohne bedeutende amerikanische Hilfe die Westfront nicht zu durchbrechen ist. Ein offenes Wort und einen deutlichen Appell in dieser Richtung stellt der Bericht dar, den die vor kurzem unter General Pershing von der Westfront nach Amerika zurückgekehrte Militärkommission erstattet hat.

Denselben Zweck scheint die New Yorker „Tribune" mit der Veröffentlichung eines Artikels zu verfolgen, in dem der amerikanische Zeitungsmann Fred B. Pitney, der seit Anfang des Krieges in Frankreich geweilt hatte, die traurige Lage dieses Landes schildert. Der Artikel ist sicherlich sehr geeignet, die alten, aus den Zeiten des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges stammenden Sympathien der Nordamerikaner für die französische Republik zu beleben und zu heben. Nachstehend geben wir einiges aus dem Auszuge, den die „Continental Times Correspondenz" (in Nr. 51 vom 27. Sept. 1917) veröffentlicht hat. Danach ist Frankreich mit seinen Reserven bald zu Ende. „Männer mit nur einem Auge werden in Frankreich nach der Front zurückgeschickt ... Ein großer Teil des Jahrganges 1918 ist heute schon in den Schützengräben. Und dabei stellt die Klasse 1918 weniger als 250000 Mann, ja kaum mehr als 200000. Einschließlich aller Krüppel könnte der neue Jahrgang nicht 225000 Mann aufbringen." Pitneys Angaben über die französischen Verluste an Toten dürften am meisten auf das Gefühl der Nordamerikaner wirken, die in ihrer Gesamtheit durchaus nicht nur Regungen des Geschäftssinnes zugängig sind. „Im März 1916 war die Zahl der auf französischer Seite Getöteten auf 822000 Mann angewachsen. Im März 1917 betrug sie beinahe das Doppelte, und heute betrauert Frankreich nahezu 2 Millionen Tote. (Die Zahlen bestätigen die Angaben unserer Heeresleitung, daß die Offensiven in Frankreich unseren Gegnern Verluste kosten, die in keinem Verhältnis zum Erfolge stehen.) Pitney gibt auch eine Unterredung wieder, die er kurz vor seiner Rückkehr nach Amerika mit einem hohen französischen Beamten über die Frage Menschenbeschaffung gehabt hat. Sie zeigt, daß nur die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe das verblutende Frankreich ausharren läßt, wie sogar das schnelle Ein-

Digitized by Google

setzen größerer Truppenmassen direkt gefordert wird. Der französische Beamte meinte u. a.: „Das amerikanische Volk müßte es lernen, als seine Pflicht zu empfinden, seine Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie es nicht mit schönen Worten betrunken machen läßt; es müßte Tatsachen und Ziffern verlangen, wie viele amerikanische Soldaten bereits nach der Front geschickt worden sind." Das Bekanntwerden dieser Ziffern dürfte das französische Volk nicht weniger interessieren, als das nordamerikanische. Ob allerdings diese Ziffern die Franzosen befriedigen würden, das bleibt dahingestellt. Wenn sie sie in Vergleich zu den eigenen Verlusten setzen könnten, dann wohl schwerlich. Allerdings wird ihre vorsorgliche Regierung sie vor der damit verbundenen schmerzlichen Enttäuschung möglichst lange zu bewahren wissen. E. B.

Englische Angst vor der Aufrollung des Fremdvölkerproblems in Rußland. Einer der besten Kenner der auswärtigen Politik Englands, E. J. Dillon, macht in einem Aufsatze „Rußland und die Friedensgefahr" im verspätet eingetroffenen Juliheft der „Fortnightly Review" höchst interessante Ausführungen zur russischen Fremdvölkerfrage, die den Beweis erbringen, wie recht die „Deutsche Politik" hatte, das Fremdvölkerproblem in das Zentrum seiner Erörterungen über Rußlands Zukunft zu stellen: „Jedenfalls ist der militärische Arm Rußlands für lange Jahre gelähmt. Das bedeutet mancherlei Gefahren für den Verband. Die hauptsächlichste ist die Entstehung einer autonomen finnischen und einer oder mehrerer baltischen, sowie einer kleinrussischen Unterrepublik. Da die ersteren ohne weiteres deutschfreundlich wären, bedeutete das eine deutsche Ostsee. Die Ukraine aber müßte sich wirtschaftlich und politisch an Mitteleuropa anlehnen. Deutschland würde dadurch zur Vormacht in Osteuropa, der slawische Markt ein germanisches Monopol. Nur eines, fährt E. J. Dillon fort, kann Deutschlands mitteleuropäische Ziele zunichte machen: ein starkes, unabhängiges Polen. Was immer auch Deutschland an Belgien und Frankreich herausgeben muß, kann nicht hindern, daß es der Führer eines mitteleuropäischen Bundes und damit des ganzen europäischen Festlandes wird. Die Schaffung eines starken polnischen Staates aber kann diese Gefahr abwenden. Wollen und können die Verbandsmächte dies durchsetzen? Ohne dies wird auch Amerikas Eingreifen die Folgen des russischen Zusammenbruchs nicht wieder gut machen können."

Was E. J. Dillon befürchtet, weil es eine Schwächung Rußlands bedeutet, müssen die Mittelmächte versuchen, zur Bannung der östlichen Gefahr auszugestalten. Besonders interessant sind aber seine Ausführungen zur polnischen Frage. Da Polens Lage zwischen Deutschland und Rußland eine gegebene Tatsache ist, so haben wir uns von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß Polen in den mitteleuropäischen Interessenkreis hineingezogen werden müsse, wobei seine kolonisatorischen Wünsche nach Weißrußland abzulenken wären. Niemals aber dürfen Polens Interessen nach Litauen oder in die Ukraine übergreifen, weil sonst diese Gebiete wieder näher an Rußland herangeschoben werden würden. Daß ein auf seine ethnographischen Grenzen zurückgedrängtes Polen nicht mit Rußland zusammenleben kann, sieht auch E. J. Dillon ein, weswegen er die Polen versucht, durch Ausmalen des großpolnischen Traumgebildes auf die Seite der Entente herüberzuziehen.

Die Angst der Entente, daß Mitteleuropa die russische Fremdvölkerfrage aufrollen werde, ist müßig, — das ist bereits von den verschiedenen Nationalitäten, die Rußland bewohnen, selbst geschehen. Wie weit die Bewegung schon fortgeschritten ist, geht aus dem Kijewer Nationalitätenkongreß hervor, zu dem sich Vertreter der Ukrainer, Tataren, Georgier, Letten, Littauer, Esten, Juden usw. versammelt hatten. Der Versammlung war sich darüber einig, daß Rußland den Fremdvölkern möglichst weitgehende Autonomie erteilen müsse. Der vielgenannte Ministerpräsident Kerensky hatte zwar durch einen Vertreter seine persönlichen Sympathien mit den Wünschen der Fremdvölker aussprechen lassen, aber er hatte sich doch gescheut, sich auf die Forderungen festzulegen. Wie wenig Kerenskis Ver-

Digitized by Google

sprechungen wert sind, zeigt deutlich die Tatsache, daß der an anderer Stelle betont hat, daß die Frage, ob Rußland eine föderalistische oder eine zentralistische Republik sein werde, erst von der konstituierenden Versammlung entschieden werden könne. Es ist also verständlich, daß die Fremdvölker mit Recht nach wie vor starkes Mißtrauen gegen die Verheißungen des revolutionären Rußlands hegen. Finnländer und Polen waren auf dem Kongresse nicht vertreten. Sie ließen zwar ihre Sympathien für den Fremdvölkerkongreß aussprechen, jedoch erklärten sie, an ihm nicht teilnehmen zu können, weil Finnland und Polen ihre völlige Selbständigkeit von Rußland erstreben.

Die demokratische Konferenz in Petersburg. Die Hoffnung der Sozialdemokratie durch eine Konferenz die auseinanderstrebenden Kräfte der Demokratie wieder zusammenzuschweißen, ist in die Brüche gegangen. Die sozialdemokratische Presse beurteilt daher die Lage sehr pessimistisch. So schreibt z. B. das Blatt der Minimalisten „Rabotsch. Gas.": „Der Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie wird die Revolution zugrunde richten und den Boden für die Kontrerevolution vorbereiten. Die maximalistische Taktik, die gegenwärtig die Mehrheit der Arbeiter mitreißt, birgt in sich eben diese Gefahr. Mögen die Maximalisten in ihrem Glauben recht haben, daß eine Regierung des Arbeiter- und Soldatenrates die Revolution und das Land vor allen Gefahren retten, daß sie dem Volke „Frieden, Brot und Freiheit" geben könnte. Allein die Demokratische Konferenz hat gezeigt, daß dieser Glaube nicht nur von der Mehrheit der Demokratie selbst nicht geteilt wird, sondern daß eine solche Regierung als Signal zum Bürgerkriege dienen wurde, wobei gegen denselben auch breite Schichten der Demokratie sein würden. Zufrieden mit dem Gang der Konferenz ist nur die Partei der Maximalisten. Ihr Blatt „Katolsch Paty" schreibt am 2. Oktober triumphierend: „Das Land geht nach links, die Regierung nach rechts. Das ist die kürzeste Formel, die die ganze innere Lage Rußlands in diesem Augenblick kennzeichnet. Ja, das Land geht nach links, und zwar nicht in Tagen, sondern in Stunden." „Djen" das Blatt Kerenskis, fügt dieser Bemerkung folgende pessimistische Randbemerkung hinzu: „Diese fabelhaft schnelle Wendung des Landes nach links müßte sogar die leichtsinnigsten Leute auf ernste Gedanken bringen. Das Land, welches nach sechs Monaten der Revolution sich nach links, und zwar nicht in Tagen, sondern in Stunden, zu wenden beginnt, ist eine wunderbare und rätselhafte Erscheinung. In Wirklichkeit — und darin liegt der ganze Ernst der Lage — wendet sich nicht das Land, sondern das maximalistisch-internationalistische Publikum nach links. Es geht tatsächlich nach links, und zwar in einer Zeit, wo im Lande des politischen Indifferentismus, die Apathie und die Unzufriedenheit mit der Revolution im Zunehmen begriffen sind. Die Wendung nach links der ohnedies linken Kreise bedeutet beim Zusammenbruch und beim Wegfall von der Revolution ganzer sozialer Schichten ein Zeichen des nahen Endes. Die fieberhafte Röte auf den Wangen eines Schwindsüchtigen täuscht manchmal: sie zeugt immer von der vorhandenen Krankheit."

Neuerscheinungen

Die Bundesgenossen

Die Reise des Kaisers auf den Balkan hat Augen und Aufmerksamkeit von neuem lebhafter auf die südlichen Bundesgenossen gelenkt. In der Literatur kommt die Teilnahme an den Verbündeten nicht mehr in gleicher Intensität wie früher zum Ausdruck. Nur wo im Bereich der Bundesgenossen eigenes geistiges und literarisches Leben sich regt, werden ernsthafte Probleme sorgsam durchdacht und besprochen. Es ist kein Zufall, daß schwache Ansätze zu eigenem literarischen Ausdruck in bescheidenem Maße bei den Bulgaren sich finden. Auch darin spricht sich der dort erwachende Wille eines starken Volksstammes aus.

Die Arbeiten über die Türkei gehen allein von Deutschland aus. Ein Überblick über das Türkentum in seiner gesamten völkischen und geschichtlichen Bedeutung, sowie über die besondere Entwicklung des

Digitized by Google

osmanischen Staatswesens nach seinen geographischen Grundlagen ist das Buch des Wiener Professors E. Oberhummer „Die Türken und das osmanische Reich" (B. G. Teubner, Leipzig, M. 3.—), eines ausgezeichneten Sachkenners und geschickten Führers durch die Geographie, Geschichte, Gegenwartskunde des Landes. Ein Rückblick auf das bis in das Jahr 1914 in Geltung gewesene System der Kapitulationen gibt Dr. A. Frhr. v. Overbeck, Prof. an der Universität Freiburg (Schweiz), „Die Kapitulationen des Osmanischen Reiches" (J. U. Kerns Verl., Breslau. M. 0.80). Zum ersten Male wird in der kurzen Schrift der ganze einschlägige Normenkomplex einer gedrängten Darstellung unterzogen. Türkische Volkspoesie gibt im Originaltext mit Anmerkungen K. Lokotsch in den kleinen Texten Markus & Webers (Bonn) heraus.

Karg an Zahl und Gewicht sind die deutschen Publikationen über Österreich. Und doch zeigt die kurze Schrift zur Aufklärung über Österreich-Ungarn (Land, Völker, Staat) durch Prof. Dr. Karl Sapper, Straßburg (Verlag Natur und Kultur, München 1917), wie nötig wir es haben, uns von dem Land, den Völkern, dem Staat der nächstliegenden Bundesgenossen richtige Vorstellungen zu machen Von dem „Deutschtum in Galizien" gibt die Schrift von Th. Zöckler einen lebhaften Begriff. (Heimat und Welt-Verlag, Dresden, M. 1.—).

Um so sicherer fließt die Literatur aus Österreich-Ungarn selbst: über Geschichte, die Lage im Kriege, die Zukunftsaufgaben Österreich-Ungarns im eigenen Lande und für den Aufbau des neuen Europas. Die Geschichte wird durch ein ausgezeichnetes Werk Berthold Moldens gefördert: die erste Geschichte der für die österreichische Politik entscheidenden sechs Jahre der Graf Ahrenthalschen Ära (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, geb. M. 6.—). Die Annexion Bosniens und der Herzegowina — die bosnische Frage, das Sturmzentrum der jüngsten europäischen Politik — steht im Mittelpunkt. Denn in Ahrenthal hat sich für die Öffentlichkeit der Entschluß zur Annexion verkörpert. Der diplomatische Feldzug, den er in dieser Frage führte, hat ihm die Anerkennung einer hervorragenden Potenz auch seitens der Feinde eingebracht. Österreich-Ungarn sieht in der Lösung der bosnischen Frage die Lösung, die Österreich vor dem Schicksal bewahrte, die größte politische Tat der letzten Vergangenheit, eine Tat aus Initiative und Verantwortlichkeitsgefühl, aus starkem Glauben an die Sache des Vaterlandes. Molden hat recht, die entschlossene und tapfere Stimmung in Österreich-Ungarn bei Ausbruch des Weltkrieges auf die Haltung in der bosnischen Krise zurückzuführen, deren Ausgang „das Ansehen in der Habsburgischen Monarchie gehoben hat". Eine Beschäftigung mit Ahrenthal führt also tiefer in die unmittelbaren Voraussetzungen des Weltkrieges selbst hinein. Ein persönlicher Gewinn kommt hinzu: Ahrenthal ist eine Persönlichkeit von hohem Reiz: frei von Selbstgefälligkeit und äußerem Pathos, erfüllt von innerem Pathos und männlicher Entschlossenheit. Es ist Österreich Ungarn, das mit dem Verfasser die Frage stellt, die wir in Deutschland so oft an Bismarck angeknüpft haben: Wie hätte sich Ahrenthal in den Jahren 1912/14 verhalten? Es ist das Urteil Österreich-Ungarns, dem Molden am Schluß seiner fesselnden und wahren Darstellung Raum gibt: „Die sechs Jahre, während welcher Graf Ahrenthal regierte, waren für Österreich-Ungarn eine Zeit vorbauender und aktiver Verteidigung."

Die österreichisch-ungarischen Kriegsberichte, die ersten zuverlässigen, mit ausgezeichneten Karten erläuterten Kampfschilderungen aus Streffleurs Militär blatt, werden mit Heft 5—6 fortgesetzt. Sie enthalten den Herbstfeldzug 1914 am San und an der Weichsel und den Feldzug von Krakau. (Verlag L. W. Seidel, Wien, M. 3.— und 3.60.)

Karl Junker, der Herausgeber des großen österreichisch-ungarischen Sammelwerkes „Dokumente zur Geschichte des europäischen Krieges 1914/16" läßt neben der großen Sammlung eine Auswahl der wichtigsten Dokumente erscheinen, von denen das erste Heft vorliegt. Nur die wichtigsten Dokumente sind übersichtlich zusammengestellt, um der österreichischen Schule und dem Hause einen Dienst zu erweisen. (M. Perles, Wien; der vorliegende Band 1 reicht bis in den August 1915.) Daß das wissenschaftliche Leben in Österreich trotz des Krieges in allen Disziplinen rüstig weitergegangen ist, bekundet der reiche Almanach der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien für das Jahr 1916. (A. Hölder, Wien, M. 6.80.)

Mit dem Kompler aller Zukunftsfragen beschäftigt sich Erwin Hanslik (4. Schrift des Instituts für Kulturforschung „Österreich als Naturforderung", Wien, Verlag des Instituts 1917, M. 1.25). Das heißt mit dem Verhältnis Österreichs zu den Komplexen Erde und Menschheit, Erde und Staat, Staat und Menschheit: „Um 1500 ist die europäische Staatslage so geworden, daß Österreich als Naturforderung zur geschichtlichen Notwendigkeit werden konnte, weil Österreich damals die Aufgabe zuteil wurde, den Osten vom Orient zu befreien." „Von Konstantinopel bis Wien gab es keinen Staat, der dem Vordringen der Türken hätte Widerstand leisten können. Weil es kein Bulgarien, Serbien, Siebenbürgen und Ungarn gab, mußte der westliche Landschaftsstaat Österreich zum West-Österreich werden, das die fremde Menschheit abwehrt. Die Kräfte östlicher und westlicher Völker wurden in einem Gemeinwesen zusammengefaßt, damit dieser Lebenszweck dieser abendländischen Gesamtheit er-

Digitized by Google

fällt werde." Darum ist es sicher, „daß alle Versuche, die Einheit des Völkerzusammenhanges im österreichischen Raume aufzuheben, Schiffbruch leiden müssen. Wenn in den Türkenzeiten Deutsche, Tschechen, Magyaren, Rumänen, Serben, Bulgaren und Polen sich enger aneinander angeschlossen haben, so ist mehr als ein bloß vorübergehendes Völkerbündnis dadurch ins Leben getreten. Immer und immer wieder sind von neuem die Völker der Erde rund um die Donau zur Einheit zusammengefügt worden." Alois Freiherr von Czedik erinnert darum im Vorwort zu seiner „Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916" (1. Bd. 1861—1893, Verlag Karl Prochaska, Teschen) mit Recht an den Satz des hervorragendsten Geschichtschreibers Franz Palacky: Österreich müsse geschaffen werden, wenn es nicht schon bestünde. „Der Zusammenschluß der Lande an der mittleren Donau ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, das Aufsteigen der Ostmark zu Ostreich ist nicht bloß im dynastischen Interesse erfolgt. Weit mehr war es das Bedürfnis der sich aneinander schließenden Länder nach der Führung durch die Dynastie. Wie die Babenberger aus Oberfranken, ebenso wurden die Habsburger aus der Schweiz geholt. Sie waren im Sinne ihrer Zeit der äußere Ausdruck der aus inneren Gründen sich vollziehenden Ländervereinigung." Auch darin erinnert das Buch von Czedik an die grundsätzliche Auseinandersetzung von Hanslik, daß auch er in der heutigen Monarchie nur Vorstufen eines noch im Werden begriffenen politischen Körpers sieht. Hanslik hatte gesagt: „Es wird noch vie er Arbeit bedürfen, bis in diesem Gebiete der stärksten Völkerzerklüftung in Europa das Staatsleben mit dem Völkergefüge in Übereinstimmung sein wird." Czedik schließt aus einem Überblick über die parlamentarische Lage und den Komplex der öffentlichen Zustände, daß Österreich ohne Zweifel einer Überprüfung der staatlichen Einrichtungen entgegengehe." Um durch geschichtliche Orientierung der Praxis vorzuarbeiten, hat Czedik, selbst ein Mann der praktischen Politik, das Werk geschrieben. Die politischen Erscheinungen der Zeit werden aus dem Zusammenhang mit der Vergangenheit erklärt, aus der Grundlage aller verfassungsmäßigen Zustände in Österreich, den Verfassungsgesetzen der Jahre 1860—61, der Staatsgrundgesetze der Jahre 1873, 1886, 1907. Durch objektive Zusammenfassung der von 1861 von den einzelnen Ministerien geleisteten Arbeit erweist Czedik die Notwendigkeit des nationalen Friedens im Nationalitätenstaat. Unmittelbaren Anlaß zu dieser Darstellung mag der Umstand gegeben haben, daß die Einberufung des Reichsrates durch Karl I. nach dreijähriger Pause nach den Erfahrungen des Weltkrieges gezeigt hat, daß die Vertreter der österreichischen Volksstämme den alten nationalen Hader nicht vergessen haben.

Noch tiefer in den Bereich der künftigen europäischen Politik führen zwei neue Erscheinungen: Im 27./28. Heft der Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen behandelt Paul von Fazekas das „Staatsrecht des Weltkrieges" (R. Strache, Warnsdorf). Folgendes ist sein Standpunkt: „Mitteleuropa kann nur mit europäischen Mitteln geschaffen werden. Man kann es nur mit der ehrlichen, konzentrierten Arbeit der Völker, die es erkämpft haben, nicht aber mit den verrosteten Krummsäbeln der Adelskurien aus vermoderten Phrasen herausmeißeln." Von da aus werden die Faktoren und Normen festgestellt, die sich aus dem großen Weltereignis als staatsrechtliche Basis des Weltkrieges für Ungarn und die Monarchie herauskristallisieren. Er stellt hierbei die Theorie in den Vordergrund: Verfassung kann nur sein, was der Allgemeinheit frommt, was mit der Logik vereinbar ist und was Fortschritt und Entwicklung fordert. Die Völker der Monarchie wollen statt Staatsrecht den rechten Staat, statt Theorie das volle frische Leben. „Ich halte die Nationalpolitik der herrschenden Klasse für schlecht, nicht nur, weil sie mit Mitteln der nackten Gewalt arbeitet, sondern weil diese Gewaltmittel unter den Bürgern Zwietracht säen, ohne das Magyarentum zu stärken, weil sie das Magyarentum sogar schwächen, und die Wahrheiten des Gründers Ungarns, die Thesen einer wirklich nationalen Politik, mit hohlen chauvinistischen Schlagworten ersetzen. Ungarisch-national kann nur heißen, was Stephan bezweckte: eine starke Dynastie, starke Völker, die mit ihrem Herrscher und untereinander in Frieden leben, und ein starker ehrlicher Anschluß an den benachbarten Westen." Die praktische Nutzanwendung der Theorie gibt Dr. Max Smolensky „Die Italiener in Österreich-Ungarn" (Manz-Verlag, Wien). Er geht von den Satze Renners aus: „Noch einmal, so scheint es, gibt die Geschichte diesem Reiche Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen und ein großes, für die künftige Welt bedeutsames Vorbild zu verwirklichen: das Bild einer kleinen Internationale, deren Formen sich dereinst in der Organisation der gesamten Weltwirtschaft wiederholen sollen", und wendet sie auf die internationale Frage an: „Nur wenn die öffentliche Meinung aufräumt mit allen jenen Begriffen, wie dem Fulefanz nationaler Eitelkeit usw., die eine österreichische Nation veranlassen, auf die andere als geringwertig herabzusehen und sie alle mit- und untereinander in Zank und Hader brachten, dann wird jenes große Haus gebaut werden können, das „Haus für zehn Parteien", wie es Renner nennt. In diesem schönen Hause, das einem neuen, großen Österreich Unterkunft bieten soll, ist auch Platz für die Italiener." „Der italienische Bürger der Monarchie ist dem Staatsgedanken nie untreu geworden, darum lassen sich aus ihnen Bürger eines modernen Österreich machen." „Wenn einmal die Glocken den Weltfrieden eingeläutet haben werden, so behandle man die Italiener nicht allgemein als Stief-

Digitized by Google

kinder, die für den Treubruch des ihnen stammverwandten Königreiches verantwortlich zu machen sind. Man vergesse nie, daß gerade die nationale Gliederung der Monarchie für ihr Wirtschaftsleben in wertvollster Weise nutzbar gemacht werden kann, im Verständnis für die weltwirtschaftliche Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes müssen sich die einzelnen Nationen des Reichs begreifen und schätzen lernen. Ungeheure Mengen von geistigen Produktivkräften sind in dem mannigfaltigen Völkermaterial der Monarchie aufgestapelt. Sie zu wecken und im Interesse der Gemeinschaft auszunützen ist Pflicht der Staatslenker, die dabei des guten Willens der Völker selbst keineswegs entraten können."

Karl Renner veröffentlicht kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkriege unter dem Titel „Marxismus, Krieg und Internationale" (Stuttgart, J. H. W. Dietz N. 4. —). Während des Krieges erschienene Arbeiten werden durch verbindende und zusammenfassende Kapitel zu einem Buche vereinigt, das die Spuren „der leidenschaftlichen Empfindung und des geistigen Wirrsals zeigt", „in das die Arbeiterschaft der Welt durch den Krieg verstrickt worden ist, und das aus der Überzeugung heraus entstanden ist, daß ihr nur marxistische Forschung Abhilfe schaffen kann". Dennoch wird das Buch zu einer Orientierung über den ganzen Umfang der in der Sozialdemokratie durch den Krieg aufgeworfenen Probleme. Renner beurteilt das Verhalten der Sozialdemokratie zu Kriegsbeginn so: „Die Tatsache, daß die Proletariate aller kriegführenden Länder spontan, scheinbar wider die Verabredung die Sache ihres Volkes und Landes sofort zu der eigenen gemacht haben, hat das ganze überlieferte Denken der Sozialisten herausgefordert und ihr Gewissen mit Recht gequält. Zwei Probleme sind also dem Marxisten gestellt gewesen: 1. Die zwingenden Gründe zu erklären, warum die Massen ausnahmslos, von der kleinsten Gemeinde und Hilfsaktion bis zu Parlament und Heer, sich zu ihrem Land gestellt haben. 2. Wenn die Solidarität eines jeden mit seinem Volk und Land Tatsache ist, wo bleibt dann die internationale Solidarität und die gemeinsame Friedensbürgschaft? Das erste Problem erklärt Renner aus dem Fortschreiten des Proletariats, das, je mehr es fortschritt, um so mehr mit dem Gemeinwesen identisch wurde, in dem es lebte. „Jede Gefahr, die dem Gemeinwesen droht, bedroht um so mehr auch die arbeitenden Klassen und gerade sie am meisten. Sie sind in der widerspruchsvollen Lage, daß die Vorteile des gemeinen Wesens zwar in erster Linie, wenn auch nie allein, den herrschenden Klassen zufließen, die Nachteile aber vorwiegend ihnen. Mit der fortschreitenden Durchstaatlichung der Volkswirtschaft müssen wir also immer mehr damit rechnen, daß das Schicksal des Proletariats eines Landes mit dem Geschick des Staates zusammenfällt. Dieser Umstand bewirkt, daß die Proletariate, je reifer sie sind, um so mehr in die Zwangslage geraten sind, auch den Staat als Einrichtung vorübergehend, vor allem im Kriege, zu der ihrigen zu machen." Die tieferen Gründe dafür liegen nach Ansicht Renners im Kapitalverhältnis selbst. „Das ist die besondere Eigenheit des Krieges von heute, daß er über das Schicksal der Industrie des Landes entscheidet, somit über das nationale Kapital als soziales Verhältnis, das heißt Unternehmer und Arbeiter zusammen genommen. Während er das Grundeigentum und die Landwirtschaft außerhalb des Kriegsschauplatzes selbst beinahe nicht beeinträchtigt. Und so erklärt sich die auf den ersten Blick ganz frappante Tatsache, daß in allen Ländern das Landvolk wie das Kleinbürgertum, weder aktiv noch passiv, weder parlamentarisch noch sonst in der öffentlichen Meinung eine nennenswerte Rolle spielt, daß der Krieg nicht getragen erscheint vom Industrievolk und daß in seinem Vordergrund das Proletariat steht. Und wieder so, daß je weiter ein Land und ein Proletariat vorgeschritten ist, das Proletariat um so enger in den Krieg verstrickt erscheint, daß in England die Vertreter des Proletariats den Krieg direkt geführt haben wie einen Wahlkampf, mit ganzer Leidenschaft geradezu als Werbeoffiziere." Dennoch statuiert in einem Schlußkapitel Renner scharf den Unterschied zwischen dem Proletariat und dem Nationalisten. „Die kennzeichnende Unterscheidung des Sozialisten vom Nationalisten ist die, daß er eine dauernde rechtliche Friedensordnung über die Nationen theoretisch für möglich und praktisch für notwendig hält, und durch seine politische Arbeit auch dauernd herbeiführen will, und zwar negativ, um Krieg auszuschließen, positiv, um in vereinter Friedensarbeit die Menschheit der höchsterreichbaren Kultur zuzuführen. Das deutsche Proletariat hat denn auch von dem Augenblick an, wo die russische Revolution der großen und herrlichen Bruderpartei die Freiheit der Aktion wiedergab, sofort und ohne Rückhalt die Verständigung mit ihr gesucht, es wird durch die unbeirrbare, auch durch Verkennung und Verleumdung unbeirrbare Ausdauer seiner internationalen Gesinnung auch die Proletariate des Westens zum Verhandlungstisch zwingen, es wird kraft des festen Besitztums seines wissenschaftlichen Erbes nach Karl Marx die Utopie des Internationalismus fortbilden helfen zur wissenschaftlichen Praxis einer neuen Internationale, die die Menschheit und den Friede der Welt sein wird."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.— Einzelnummer 20 Pfg. • Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

2. Jahrgang • 2. November 1917 • Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Reformation und Liberalismus

Von D. Erich Foerster, Frankfurt a. M.

Den Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen hat man lange Zeit als einen engen und unmittelbaren angesehen. Es ist edelstes Erbe der Aufklärungszeit, in Luther vor allem den Helden der Gewissensfreiheit zu sehen, der in seinem Kampfe gegen die Obrigkeit der mittelalterlichen Kirche und ihr Heiligkeitsideal auch dem Verlangen nach bürgerlichen Rechten und Freiheiten, nach Freiheit des Denkens, der Wissenschaft, und nach ungehemmter Entfaltung aller persönlichen Kräfte die Bahn gebrochen habe. Der Held von Worms ist unzählige Male als reinster Ausdruck für die Selbständigkeit der Persönlichkeit, und die christliche Freiheit als Ausgangspunkt der bürgerlichen Freiheit gefeiert worden. Eindringende Forschung an der Reformationsgeschichte und an Luther selbst haben an diesem Urteil gerüttelt. Je tiefer man sich in Luthers eigentümliche Gedankenwelt versenkte, je vorurteilsloser man die leidenschaftlichen Angriffe von sozialistischer und ultramontaner Seite prüfte, je klarer man die Wesensart des modernen Geistes erkannte, um so fraglicher mußte es werden, ob sich diese Schätzung von Luthers Tat halten ließe. Immer deutlicher erkannte man, wie eng Luther mit den Strömungen des ausgehenden Mittelalters zusammenhing, wie groß der Anteil anderer Richtungen an der Entwicklung der modernen Kultur, von wie einschneidender Bedeutung die Umbildung der europäischen Denkweise um die Wende des 17. zum 18. Jahrhunderts gewesen ist.

Daß die „christliche Freiheit" und das Streben nach bürgerlichen Freiheiten und Rechten wenig miteinander zu tun haben, hätte man eigentlich schon aus Luthers berühmtester Programmschrift vom Jahre 1520 ersehen können. Man versteht den Titel dieser Schrift „von der Freiheit eines Christenmenschen" nur dann recht, wenn man das Wort Freiheit in Anführungszeichen setzt und das Wort eines Christenmenschen unterstreicht. Der Titel will mystisch verstanden sein, etwa so wie der von Augustins „De civitate Dei". Sie handelt von der wunderlichen Freiheit, die ein Christenmensch erstrebt und besitzt und die ganz etwas anderes ist als äußere Freiheit.

Digitized by Google

Das macht der zweite Teil der Schrift vollends klar; denn in ihm wird ausgeführt, daß es sich mit der christlichen Freiheit sehr wohl verträgt, allen menschlichen Ordnungen untertan zu sein, und daß in christlicher Frömmigkeit kein Antrieb liegt, ein solches Joch der Unterordnung abzuschütteln. Der Unterschied ist nur der, daß der wahre Christ seine Gebundenheit nicht mit Furcht und Zittern trägt, sondern mit Lust und Liebe, also fester gebunden ist.

Auch in der Erklärung der christlichen Freiheit, wie sie die Auslegung des Galaterbriefes enthält, ist mit aller Deutlichkeit unterschieden worden zwischen der wahren Freiheit, die man nicht hoch genug schätzen kann, und der weltlichen und leiblichen Freiheit, die nicht mehr als ein Tropfen ist.

Dieser Grundgedanke Luthers bestimmt nun die Eigenart der Lutherischen Volkserziehung und der Lutherischen Ethik. Der Inhalt des Willens Gottes, in dessen Erfüllung sich der Christ als im Gnadenstand befindlich erweisen soll, ist nach Luthers Lehre ausschließlich die Arbeit an der eigenen Heiligung, die Übung in Demut, Geduld, willigem Kreuztragen, Bekenntnistreue und Einleben in die Offenbarungen Gottes, und die Übung der Nächstenliebe, mit der der Christ seine ganze Kraft in den Dienst der andern stellt, ihre Fehler und Sünden duldet und vergibt, um ihretwillen Kränkungen und Lasten trägt und ihnen das Zeugnis des Evangeliums nicht schuldig bleibt. Eine Auffassung vom Inhalt der Sittlichkeit, die durch ihre Innerlichkeit und Tiefe ergreift; aber irgendein Antrieb zum Kampfe um eine Veränderung der Stellung des einzelnen in der menschlichen Gesellschaft, zur Erweiterung seines freien Spielraums, zur wissenschaftlichen und technischen Beherrschung der Natur liegt nicht darin. Dies alles ist Nebensache, es trägt nichts aus für das eigentliche Ziel des Lebens, es hindert nicht und fördert nicht.

Ja noch mehr: Luthers Schöpfungsglaube stellt einem solchen Streben ein noch stärkeres Hemmnis in den Weg. Denn die Welt, die Gott geschaffen hat, ist ihm nicht nur die Natur, die dem Lebensdrange des einzelnen immer wieder unüberwindlichen Widerstand entgegenstellt, sondern umfaßt auch die geschichtlich gewordenen Weltverhältnisse mit all ihren Härten und Unbegreiflichkeiten, mit ihrem Druck auf den einzelnen, mit ihrer Unfreiheit und Ungleichheit, mit der Herrschaft der Gewalt und des Mammons, mit der Unterordnung des Weibes unter den Mann, des Bauern unter den adeligen Herrn, des Fürsten unter den Kaiser. Luther gleicht den Gedanken der Güte Gottes mit seiner Urheberschaft einer solchen Welt ganz nach den Überlieferungen des älteren Christentums durch die Betonung des Sündenfalls aus. Die Welt, die Gott ursprünglich geschaffen hat, war freilich ganz anders, war voll Gleichheit und Freiheit. Aber die Absicht der Erschaffung einer solchen Welt wurde durch den Sündenfall und die fortzeugende Erbsünde gehindert. Um ihretwillen mußte Gott das Paradies zuschließen. Die in Sünde gefallenen Menschen brauchten eine andere Welt, eben die Welt unserer Erfahrung. So haben sie's verdient, und so

Digitized by Google

fordert es die Heilabsicht ihrer Erziehung. Dann aber ist es ein Frevel und eine Auflehnung gegen Gottes Ordnung, diese Welt ändern und die Lage des einzelnen in der Welt verbessern zu wollen. Die Welt ist dem Christen nicht gegeben, daß er sie umschaffen soll, sondern daß er sich durch sie erziehen läßt. Das haben die Mönche freilich ganz verkehrt angefangen, indem sie die Welt flohen und sich damit dem Kreuz entzogen, das Gott auf das Leben in der Welt gelegt hat. Der wahre Christ soll das Kreuz des Weltlebens gerade auf sich nehmen, um sich in dieser Schule vollenden zu lassen. Und nur in einem einzigen Falle ist ihm Selbstbehauptung, Anwendung von Gewalt, Überlegenheit, Vergeltung erlaubt; nämlich wenn ihm von Gott ein Amt gegeben ist, wenn ihn der Gehorsam gegen ein klares Wort der Bibel dazu zwingt, wie es darin steht über die weltliche Obrigkeit, daß sie das Schwert nicht umsonst trägt, und wie es dem Hausvater gesagt ist, er solle Herr sein über Familienglieder und Gesinde. Dann also, wenn die Erfüllung einer Liebespflicht gegen Dritte, gegen ein großes Ganzes, gegen die Zukunft Strenge und Härte dem Nächsten gegenüber verlangt.

Diese Grundgedanken von Luthers Ethik zeigen, wie weit er davon entfernt war, den Christen einen Anstoß zum Kampfe um bürgerliche Freiheiten zu geben.

Das kann man sich im einzelnen klarmachen, z. B. an Luthers Stellung zum Bauernaufstand. Indem ich sie erwähne, möchte ich mich dagegen verwahren, als teilte ich den von sozialistischer und sektiererischer Seite erhobenen Vorwurf gegen Luther, den man gerade auf seine Haltung in diesen Wirren gegründet hat. Ich glaube vielmehr, wer das Ganze übersieht, wird auch hierbei einen imponierenden Eindruck von Luthers Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit empfangen. Man sollte das Wort „wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" nie zitieren ohne Hinzufügung des andern „von den wütigen, rasenden und unsinnigen Tyrannen, von den Bluthunden, die die Schrift Bestien nennt". Aber darum handelt es sich nicht, sondern um Luthers grundsätzliche Stellung zu den Forderungen der Bauern, die Leibeigenschaft aufzuheben. Luther schreibt ihnen dazu:

„Es soll keine Leibeigenschaft sein, weil uns Christus davon befreit hat. Was ist das? Das heißt christliche Freiheit ganz fleischlich machen. Hat nicht Abraham und andere Patriarchen und Propheten auch Leibeigene gehabt? Lest St. Paulus, was er von den Knechten, die zu der Zeit alle Leibeigene waren, lehret. Darum ist dieser Artikel stracks wider das Evangelium und räuberisch, damit ein jeglicher seinen Leib, so eigen worden ist, seinem Herrn nimmt. Denn ein Leibeigner kann wohl Christ sein, gleichwie ein Gefangener Christ ist und doch nicht frei ist. Es will dieser Artikel alle Menschen gleich machen und aus dem geistlichen Reich Christi ein weltliches äußerliches Reich machen, welches unmöglich ist. Denn weltliches Reich kann nicht bestehen, wo nicht Ungleichheit ist in Personen, daß etliche frei sind, etliche gefangen, etliche Herrn, etliche Untertanen."

Und an einer andern Stelle:

„So ihr euch rühmet und gerne höret, daß man euch Christen nenne, und dafür wollet gehalten sein, so werdet ihr auch das leiden, daß ich euch euer Recht behalte. Höret nun zu,

Digitized by Google

liebe Christen, euer christliches Recht! So spricht Christus: Ihr sollt dem Übel nicht widerstehen, sondern wer euch zwingt eine Meile Wegs, mit dem gehet zwei Meilen, und wer dir den Mantel nimmt, dem laß auch den Rock, und wer dich auf die eine Backe schlägt, dem halte auch die andere dar. Ja, Christus spricht: Wir sollen Gutes wünschen denen, die uns beleidigen und bitten für unsere Verfolger und lieben unsere Feinde und wohltun unseren Übeltätern. Dies sind unsere christlichen Rechte, lieben Freunde. An diesen Zeichen begreift wohl ein Kind, das christliches Recht ist, nicht viel sträuben wider Unrecht, nicht sich wehren, nicht zum Schwert greifen, nicht sich rächen, sondern dahingeben Leib und Gut, daß es raube, wer da raubt. Wir haben doch genug an unserm Herrn, der uns nicht lassen wird, wie er verheißen hat. Leiden, leiden, Kreuz, Kreuz ist des Christen Recht und kein anderes."

Schärfer kann doch wohl das Unternehmen nicht abgewiesen werden, aus der christlichen Freiheit bürgerliche Freiheiten abzuleiten, als in diesen Worten.

Ebenso charakteristisch scheinen mir Luthers Äußerungen über das Recht bewaffneten Widerstandes gegen den Kaiser, die Karl Müller kürzlich einer eindringenden Untersuchung unterworfen hat. Es handelt sich dabei um Luthers Gutachten zu der für die protestantischen Fürsten immer brennender werdenden Frage, ob sie dem Kaiser entgegentreten dürfen, wenn er sie mit Gewalt zwingen wolle, die alte Kirche wiederherzustellen. Ich reihe einige von Luthers Sätzen aneinander:

„Der Kurfürst hat dem Kaiser als seiner Obrigkeit Gehorsam zu leisten. Käme der Kaiser mit Heeresgewalt, um Luther zu fangen oder zu töten, so müßte ihn der Kurfürst in seinem Land einfach walten lassen, dürfte keinen Widerstand leisten und die Gefangennahme und Hinrichtung Luthers nicht hindern. Alles andere wäre Empörung. Der Kaiser ist sein Herr mit Zustimmung Gottes und der Menschen, d. h. rechtmäßig gewählt, mögen sie auch gottlos sein. Nur in einem Falle dürfte der Kurfürst zu den Waffen greifen; nämlich auf Grund eines ganz besonderen Gebotes Gottes, etwa so wie es einst den Königen Judas gegeben wurde. Unrecht des Oberherrn macht das Unrecht des Untertanen nicht recht. Das Evangelium verlangt einfach Unrecht leiden. Auch dann nicht, wenn ein Oberherr sich etwa verpflichtet hätte, nach Landesrecht oder fürgestellten Artikeln zu regieren, und das nachher nicht hielte; das macht nichts aus. Ein Fürst hat auch Gott gelobt, Gottes Recht zu halten; wer sollte ihn aber richten dürfen, wo er es nicht tut? Für die Juristen mag nach weltlichem und päpstlichem Recht die Pflicht des Gehorsams auf einer Art Vertrag beruhen; bricht ihn der Kaiser, so sind auch die Fürsten frei. Handelt er gegen seine Wahlkapitulation, so dürfen sie Widerstand leisten. Aber nach der Schrift liegt es anders. Da ist die Obrigkeit einfach göttliche Ordnung, d. h. von Gott gesetzt, und, solange sie besteht, besteht auch die Pflicht des Gehorsams. Rüstungen und Bündnisse sind Zeichen des Unglaubens, der Gott nicht zutraut, daß er seine Sache selbst führen könne."

Welch Licht fällt von solchen Sätzen auf die Politik des brandenburgisch-preußischen Staates vom Siebenjährigen Krieg bis zu 1866, auf diese Politik, die keinen andern Rechtstitel hatte, als das natürliche Verlangen des jungen Staates, Macht und Weltstellung zu gewinnen!

Überblicken wir diese Ethik Luthers, so wird es unmöglich, in der Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse, die nach der Reformation in den deutschen Territorialstaaten ausmündete, nur etwa eine Verkümmerung der Gedanken Luthers zu sehen.

Digitized by Google

In diesen Staaten gab es nichts von bürgerlicher Freiheit, keine Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, keine politischen Rechte des Individuums, keine Selbständigkeit der Staatskunst, ja es gab kaum Glaubens- und Gewissensfreiheit. Auch ein noch so liebevoll suchendes Auge entdeckt in diesen Staaten keinen Ansatz zur bürgerlichen Freiheit. So wird das Urteil zwingend, daß sie durch die Reformation nicht begründet, nicht einmal gewollt ist. Der Kampf um bürgerliche Freiheiten und Rechte des einzelnen hat vielmehr einen andern Ursprung. Es ist hier nicht der Ort, das im einzelnen darzulegen; es genügt, daß er sein religiöses Pathos und seine Stoßkraft nicht aus den Anregungen der Lutherischen Reformation empfangen hat, sondern aus der Umformung des Denkens und Empfindens, die sich auf angelsächsischem Boden vollzog. Hier faßte der Gedanke Wurzel, daß alle Unfreiheit und Ungleichheit auf Erden wider Gottes Willen sei, Ausgeburt der Sünde und Willkür der Menschen, und daß die Ehre Gottes von seinen Gläubigen die Herstellung eines Zustandes erforderte, in dem alle Menschen gleiche Rechte und Freiheiten haben. So scheint der Gedanke der Demokratie ein dem deutschen Luthertum fremdartiger zu sein, und zweifellos ist er in die politische Bewegung des deutschen Volkes erst durch Anregungen des Auslandes hineingetragen worden.

Sollen wir deshalb urteilen, daß der deutsche Liberalismus eine der Lutherischen Reformation entgegengesetzte Bewegung darstellt? So einfach liegen die Dinge nicht. *Das Luthertum hat den Liberalismus allerdings nicht erzeugt, aber es hat ihn mannigfach beeinflußt und umgebildet.*

Diese Umbildung vollzog sich zunächst so, daß die Lutherische Ethik ihm starke Widerstände entgegensetzte.

Ein solcher Widerstand ist der Gedanke ewiger Gesetze des Gemeinschaftslebens, in dem das Luthertum eine seltsame Mischung aus menschlich willkürlichen, veränderlichen Elementen und unveränderlichen, sinnvollen Notwendigkeiten erkannte. Darin lag eine starke Mahnung zur Vorsicht und zur Selbstbescheidung. Ein zweiter Widerstand lag in dem Gedanken des Berufes. Indem die Lutherische Ethik den einzelnen anleitete, den Gebrauch von körperlichen und geistigen Machtmitteln vor sich selbst durch ein Amt und einen Auftrag zu rechtfertigen, wies sie ihn darauf hin, immer und überall nach seiner Pflicht zu fragen, und erzog in ihm das Gefühl der Verantwortung für ein jenseits des eigenen Lebenskreises liegendes Größeres, Familie, Vaterland, Wissenschaft, Humanität. Und drittens, indem das Luthertum die Unterscheidung zwischen religiöser und bürgerlicher Freiheit in das Bewußtsein eingrub, entzog sie dem Kampf um bürgerliche Freiheit das religiöse Pathos, das diesen Kampf so leicht verfälscht und verunreinigt. Sie gab uns die Gelassenheit, die Gestaltung bürgerlicher Rechte und Freiheiten und des Anteils des einzelnen an der öffentlichen Gewalt als Fragen der Zweckmäßigkeit zu behandeln, für die es kein allgemein gültiges göttliches Gesetz gibt. Sie gab uns die innere Ruhe, auch unbefriedigende Ver-

Digitized by Google

hältnisse zu ertragen und unsere Kraft nicht ausschließlich in der Politik zu verbrauchen. Denn immer blieb uns gewiß, daß die Würde einer freien Persönlichkeit davon unabhängig ist, ob jemand unter demokratischer oder monarchischer Staatsform lebt, ob er Anteil an der Regierung hat oder Untertan ist.

Diese Widerstände mußten auf deutschem Boden das Wesen der demokratischen Bewegung tiefgreifend verändern. Ich möchte es so formulieren, sie bildeten die Demokratie um in den Liberalismus.

Dazu aber kam noch ein anderes, der größte und bedeutendste Beitrag der Reformation zur Stärkung der liberalen Bewegung. Er besteht in der Betonung der Innerlichkeit, der Seelen- und Charakterbildung als der obersten sittlichen Pflicht des Christen. Darin liegt ein stärkster Antrieb zur Selbsterziehung. Aber schon Luther hat daraus auch die Pflicht der Nächstenliebe für die führenden Stände abgeleitet, Volksbildung und Volkserziehung zu treiben. Indem die Lutherischen Staaten diese Aufgaben in die Hand nahmen, schufen sie langsam aber unaufhaltsam, was die Voraussetzung bürgerlicher Rechte und Freiheiten ist, sie erzogen die Persönlichkeiten, die für sie reif waren und die sie zu gebrauchen verstanden. Das Luthertum leistete dem Individualismus, dem Verlangen nach Rechten und Freiheiten im bürgerlichen und öffentlichen Leben den unschätzbaren Dienst, ihn mit seelischem Gehalt zu sättigen.

Es mußte ein Zeitpunkt kommen, da der Wert der Persönlichkeit so groß wurde, daß die Gemeinschaft des Staates ihn um seiner selbst willen nicht mehr übersehen konnte, da er um seiner eigenen Erhaltung und Machtsteigerung willen in eine Verbindung mit der liberalen Bewegung trat, um die Persönlichkeitskräfte in seinen Dienst zu ziehen und sie für sich auszunützen, indem er ihnen Freiheit der Betätigung und Anteil an der Leitung des Staates gewährte. Die ganze Größe des Freiherrn von Stein besteht darin, daß er in der schwersten Notzeit Deutschlands den Entschluß faßte, den Staat durch die Ausdehnung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten in der Masse des Volks fest zu verankern, und damit den Anfang machte, den Obrigkeitsstaat in den Volksstaat umzuwandeln.

Die Reformation ist nicht die Urheberin der demokratischen Bewegung, aber sie hat sie tiefgreifend beeinflußt, indem sie sie zum deutschen Liberalismus umbildete. Die Treue gegen die Reformation verlangt, diesen Unterschied zwischen angelsächsischer Demokratie und deutschem Liberalismus im Bewußtsein zu erhalten.

Wilhelm II., Wilson und der Friede

Von Eugen Kühnemann

Der Deutsche tut sicher sehr recht daran, wenn er Amerika als einen neuen Feind im Kriege durchaus ernst nimmt. Es ist niemals klug, einen Gegner zu unterschätzen. Diesem Gegner stehen große Hilfsmittel einer unerschöpften Macht zur

Digitized by Google

Verfügung. Und Amerika oder besser Wilson ist in diesem Augenblick fest entschlossen, seine ganze Macht in diesen Krieg mit Deutschland hineinzuwerfen. Darüber sollte kein Zweifel bestehn. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die ganze Rüstung gegen Deutschland sei nur ein Vorwand; sie gehe in Wahrheit gegen Japan. Allerdings wirkt auch hier einer jener eigentümlichen Glücksfälle, an denen amerikanisches Leben so reich ist. Das Schicksal schenkt ihnen eine wunderbare Gelegenheit, die schweren Mängel und Rückständigkeiten ihrer nationalen Bereitschaft abzustellen. Sie werden als eine neue Macht aus dieser Entscheidung hervorgehen und mit einem neuen Gewicht in die Welthändel eingreifen. Volle 51 Prozent der gesamten nationalen Einkünfte stecken sie in die Neubildung ihres Heeres und ihrer Flotte hinein. In der Zeit des stärksten Wettrüstens mit England hat Deutschland niemals auch nur die Hälfte der Geldsummen für seine Flotte aufgewendet, welche Amerika jetzt für die amerikanische Flotte verbraucht, die schon zuvor an Zahl der Schiffe die zweite, an kriegerischem Wert die dritte der Welt war. Sie schaffen ein neues ungeheuerliches Maß für den Wetteifer der Rüstungen und verkünden, indem sie den Taumel des Militarismus aufs höchste treiben, mit echt amerikanischem Lächeln, daß dies alles geschehe, um den Militarismus in der Welt zu vernichten. So werden sie freilich auch gegen Japan künftig besser und anders als vorher gerüstet sein. Aber das nächste Ziel der ganzen Vorbereitung ist ohne Frage Deutschland.

Wir sollen das wissen und uns danach einrichten. Aber falsch wäre es doch, über dem Ernst der Lage zu übersehen, was sie an Hoffnung und Stolz für uns in sich birgt. Schon daß Amerika in den Krieg eingriff, war nichts anderes als das Anerkenntnis, daß der deutsche Sieg nah und unabwendbar erschien. Aus vielen Gründen wollte Amerika den Sieg Englands und die Niederlage Deutschlands[1]. Aber es glaubte, dies Ziel sicher zu erreichen, wenn es unter dem Deckmantel der Neutralität mit allen verfügbaren Mitteln die Feinde Deutschlands unterstützte, ohne selber in den Krieg einzugreifen. In klarer Voraussicht verfolgte es dabei ein eigenes großes Ziel, die Weltherrschaft des amerikanischen Geldes. Es hielt den Zusammenbruch des kleinen Deutschland in dem ungleichen Kampfe gegen die Welt für unvermeidlich. Gegen Ende des Jahres 1916 begriffen die amerikanischen Staatsleute, daß die Feinde Deutschlands sich dem Ende ihrer Kräfte näherten. Die Sonderbotschafter Englands und Frankreichs brachten bald darauf die vollkommene Bestätigung dieser Einsicht. Da griff Amerika ein und mußte eingreifen um seines eigenen Zieles, um jener Weltherrschaft des amerikanischen Geldes willen. Der amerikanische Krieg ist der nackte Krieg des machthungrigen und geldgierigen Kapitalismus, — ein schamloser Beutezug. Dies ist für uns der erste Grund zur Hoffnung und zum Stolz, — daß es die Nähe des deutschen Sieges war, welche den amerikanischen Krieg herbeizwang.

[1] Siehe hierüber mein Buch „Deutschland und Amerika. Briefe an einer deutsch-amerikanischen Freund". München, C. H. Beck, 1917.

Digitized by Google

Einer der größten Züge in diesem Weltkrieg ist der Zwang der Wahrheit, der in ihm waltet. Erbarmungslos und unwiderstehlich treibt er in allen Mächten, die an ihm beteiligt sind, den wahren Charakter und die wahren Beweggründe heraus und läßt Unwahrheit und Unechtheit in sich selbst zerfallen, wie es an Rußland am deutlichsten sich offenbart hat. So wirkt der Zwang der Lage weiter in der Stellung, die die neuen Freunde Amerika sofort geben mußten. Sie haben tatsächlich abgedankt und auf ihre Selbstständigkeit verzichtet und beugen sich vor Amerika als dem wirklichen Führer und letzten Retter. Allerdings spielt hier bewußte Schlauheit der Berechnung mit. Sie kennen die grenzenlose Eitelkeit Wilsons, der als ein wesentlich literarischer Mensch nicht genug bekommen kann vom Beifallsklatschen des Volks und — nach dem Wort Kuno Fischers — die Lorbeeren wie Salat zu essen liebt. Aber es bleibt doch wahr, daß man aus allem deutlich heraushört: ohne Amerika waren wir verloren. Dies ist für uns der zweite Grund zur Hoffnung und zum Stolz.

Die Feinde haben den wertvollsten Thron, den sie zu vergeben haben, an den größenwahnsinnigen Schulmeister abgetreten, der in Amerika Weltgeschichte spielt. Wir haben es endlich und viel zu spät begriffen, wie sie vor allem vom Geiste aus uns zu entwurzeln und zu vernichten suchen. Jene in Deutschland mit unangebrachter Entrüstung viel beschrieenen Verleumdungen und Lügen sind in Wahrheit die Waffen in einem ganz bewußten und in seiner Art — welche die Niedertracht ist — bewundernswürdigen Feldzuge. Sie wollen die Welt überreden, daß die heilige Sache der Menschheit und Menschlichkeit die Vernichtung Deutschlands verlangt. Sie gewinnen gegen uns die Meinung der Welt. Die Meinung der Welt aber wird entscheidend für die Anordnung der Mächte in diesem großen Für und Wider. Die Bedeutung dieses Feldzuges wächst, je aussichtsloser es wird, Deutschland in dem Felde der Waffen zu besiegen. Hätten sie uns einmal auf dem Schlachtfeld entscheidend geschlagen, so würden sie in den guten Deutschen plötzlich eine Menge von liebenswerten Zügen finden und Deutschlands Unentbehrlichkeit für das Ganze der Weltbildung in beweglicher Großmut preisen. Daß sie es nicht tun, beweist, wie sie an dem kriegerischen Siege zweifeln. Sie haben die Hoffnung, uns auf dem Schlachtfelde niederzuwerfen, aufgegeben. Sie glauben nicht einmal mehr an die Aushungerung Deutschlands. Also bleibt allein die Vernichtung im Geiste. Ihr Eifer in diesem Felde malt nur ihre Verzweiflung. Darum ist es eine Freude für uns, daß Wilson auf diesen geistigen Krieg so viel Kraft verwendet. Dies ist für uns der dritte Grund zur Hoffnung und zum Stolz. Er glaubt selber nicht an den kriegerischen Sieg über Deutschland, so wenig wie an den Sieg der wirtschaftlichen Vernichtung, so gewalttätig und rücksichtslos er sich um diesen in der Vergewaltigung der Neutralen müht, unbekümmert darum, daß er damit alle seine eigenen früheren Redensarten vom heiligen Recht der Neutralen in Spott und Hohn verkehrt. Der Krieg unserer Feinde also wird von einem Thron geleitet, der bei ihnen der höchste ist, vom Thron der Lüge und Entstellung. Nach der Fassung,

Digitized by Google

die sie dem Kampfe gegeben haben, sagen wir am besten: vom Thron der demokratischen Phrase. Diesen Thron haben sie an Wilson abgetreten. Sie erkennen ihn als den Herrscher an, der die großen Losungsworte dieses Kampfes prägt. Sie haben sich damit völlig unter die Botmäßigkeit Amerikas gestellt. Nichts bezeichnet deutlicher die Schlichtheit der deutschen Seele selbst im Kriege als dies, daß wir an einen ähnlichen Kampf des Geistes gar nicht gedacht haben. Uns schien der Sachverhalt so klar: wir standen als die Überfallenen in gerechter Selbstverteidigung im Kriege um Sein und Nichtsein gegen eine Welt. Was war da weiter zu reden? Es war nur zu tun und zu handeln. Aber eine neue Freudigkeit soll es uns in unserm Ringen geben, daß der deutsche Sieg die ungeheuerste Gasblase der Lüge zum Platzen bringen und in der reinen Luft einer neuen Welt auflösen wird. Einstweilen sollen wir verstehn: Wilson, der neue Zar unserer Feinde, glaubt an die Möglichkeit eines einzigen Sieges über uns, des Sieges der demokratischen Phrase. Also muß das ganze Märlein am Leben bleiben: Deutschland trägt an diesem Kriege die Schuld; das liegt daran, weil es beherrscht wird von einer militärischen Kaste und Autokratie, die ihrem Wesen nach immer über finsteren Plänen für Krieg und Eroberung brütet. Das deutsche Volk trägt keine Mitschuld, da es sein Geschick nicht selbst bestimmt, sondern von jener militärischen Autokratie mißleitet und gegen seinen Willen vergewaltigt wird. Und unschuldig und hold kommt der letzte Wink: wollte nur das deutsche Volk seine Verfassung ändern und sein Geschick in die eigene Hand seiner Selbstbestimmung nehmen, wir würden ihm gerne den Frieden geben. Dann könnten wir nämlich Vertrauen haben, daß auch Deutschland aufrichtig den Frieden will. Denn die Demokratie ist der Friede.

Man kann den Deutschen nicht eindringlich genug sagen, daß sie gradezu alles aufgeben würden, wenn sie die verruchte angelsächsische List in diesen Winken Wilsons nicht durchschauten. Denn es sieht wahrhaftig so aus, als wären manche, unbeschadet aller Entrüstung über die plumpe Einmischung in deutsche Verhältnisse, nicht übel geneigt, auf den amerikanischen Gedankengang einzugehn. Sie sagen etwa, daß wir doch selber sehen, wie die sogenannte Demokratisierung eine innere Notwendigkeit unseres deutschen Lebens ist. Also tun wir ihnen doch den Gefallen! Demokratisieren wir die Verfassung Deutschlands und beseitigen wir so das letzte Hindernis für den Frieden.

Aber sollten wir wirklich noch immer nicht begriffen haben, daß die Worte angelsächsischer Staatsmänner — schopenhauerisch zu reden — niemals Einsichten, sondern immer nur Absichten ausdrücken oder — richtiger — verbergen! Was liegt ihnen daran, wie Deutschland regiert wird oder sich regiert? Noch in der „Lusitania"-Note rühmte Wilson die erleuchtete Menschlichkeit, die von jeher die kaiserliche Politik ausgezeichnet habe. Jetzt erklärt er dieselbe kaiserliche Politik für barbarisch und verbrecherisch. Je nachdem eben gerade die Absicht steht. Sie würden mit Leichtigkeit in andern Zusammenhängen die erleuchtete Freiheit in Deutschland preisen. Nein! Es

Digitized by Google

liegt ihnen nur an einem, an der Niederlage Deutschlands. Sie setzen ihre allerletzte Hoffnung auf innere Unruhen, auf den möglichen Ausbruch der Revolution. Darum und darum allein winken sie mit demokratischen Änderungen in der Verfassung. Jede Beunruhigung, die sie in das innere Leben Deutschlands tragen, fördert ihren letzten Zweck. Es wäre arg, wenn sie von der Gutgläubigkeit alten deutschen Torensinns erreichten, was sie gegen die Heldenkraft der deutschen Krieger nicht haben durchsetzen können. Hier würden nicht einmal die Federn verderben, was das Schwert gewonnen hat. Sondern das Volk selber würde in seiner Torheit verspielen, was es in seiner Kraft erwarb.

Es hieße zugleich, die beste Stärke opfern, die wir im sittlichen Urteil über den Krieg besitzen, und die den schönsten Teil unseres Ruhmes bilden wird, wenn sich die Schlammfluten der Lüge nur erst verlaufen. Denn wir würden zugeben: ja, wir sehen ein, daß wir unsere Verfassung ändern müssen, damit ihr die Sicherheit des Friedens habt. Als trügen wir die Schuld am Kriege! Aber das ist gerade unsere sittliche Stärke daß wir die Angegriffenen sind und im Kriege gerechter Selbstverteidigung stehen. Es ist ein längst veralteter Aberglaube einer kindlichen Staatslehre, als bedeute die äußere Form der Verfassung etwas für ihren Gehalt an Freiheit oder Friedlichkeit. Es kann Monarchien geben, die wahre Freistaaten sind. Sie sind es, wenn in ihnen keine andere Gewalt gebietet als das Gesetz, das das Volk sich selber gibt. Es gibt Republiken, die durchaus keine Freistaaten sind, wie denn die verächtlichste Art der Gewaltherrschaft in der amerikanischen Oligarchie der Plutokratie (soll heißen: Herrschaft des Geldsackes) regiert. Rom war Republik und der größte Kriegsstaat der Erde. Die französische Demokratie trug im Revanchegedanken den unauslöschlichen Zunder des Krieges. Die englische Demokratie hat durch Krieg und Eroberung ein Viertel der Erde unterworfen. Sie birgt den Krieg als die Seele ihres Bestehens in der grundsätzlichen Todfeindschaft gegen jede Flotte, die der englischen Flotte zum wirklichen Nebenbuhler wird. Die amerikanische Demokratie bot trotz der aufrichtigen Friedensliebe von neun Zehnteln des Volkes keine Gewähr für den Frieden, sobald die kapitalistischen Interessen der plutokratischen Kaste, die in ihr herrscht, den Krieg vorzogen.

Dies ist das Eigentümliche der angelsächsischen Demokratie, daß sie auf lauter Voraussetzungen beruht, die nie geprüft werden, vielleicht, weil sie keine Prüfung vertragen. Der Satz: „Die Demokratie ist der Friede" gehört dazu. Er ist eine dreiste Lüge. Vollends in der Wendung gegen Deutschland stellt er die offenbaren Tatsachen auf den Kopf. Der große Friedensfürst dieser Jahrzehnte heißt Wilhelm II. und nicht Wilson. Deutschland war durch mehr als 43 Jahre die unbedingt zuverlässige Vormacht des Friedens. Es ist zu eigen, wie der angelsächsische Gedanke in seinen Anklagen gegen den Feind fortdauernd sich selbst verrät. Von England ist wahr, was über Deutschland eine Lüge ist, daß bei ihm der oberste Grundsatz gilt: „Macht ist Recht."

Digitized by Google

Von England ist wahr, was England über Deutschland lügt, daß bei ihm keine Verträge gelten, die dem englischen Interesse widerstreiten. Und so fort durch alle Kapitel. So ist von Wilson buchstäblich wahr, was über Wilhelm II. gesagt falsch ist, daß er nämlich eine beständige Gefahr für den Frieden bedeutete. Wilson ganz persönlich sorgte dafür, daß der Stoff zum Streit mit Deutschland niemals ausging. Wilson ganz persönlich erhielt den Kriegsfunken im Glühen, als Kongreß und Volk ihn austreten wollten. Wilson ganz persönlich entschied den Ausbruch des Krieges, der keineswegs eine rechtliche Notwendigkeit war. Wilson ganz persönlich warf — gegen die Erwartung des Volkes — die ganze Macht Amerikas derart in den englischen Krieg, daß unabhängige amerikanische Blätter schrieben: „Amerika ist jetzt nur noch eine englische Kronkolonie und in nichts unterschieden von Australien oder Kanada." Wilson will den englischen Sieg, die deutsche Niederlage. Er ist es, der Amerika zu einer reinen Autokratie seines erwählten Schulmeisters gemacht hat, — Amerika wird ihn alsbald als seine Zuchtrute erkennen. Amerika ist in diesem Augenblick zaristische Autokratie, Deutschland ist in einem viel höheren Grade wahrhaftiger Volksstaat der berufenen Kräfte. Jeder Satz der amerikanischen Anmaßung ist eine Unwahrheit.

Hinter allen jenen Worten aber lauert ein Anspruch, dessen furchtbare Gefahr sofort erkannt und zurückgewiesen werden muß. Wilson vollzieht den größten Bruch mit aller amerikanischen Überlieferung. Seit Washingtons Abschiedsbotschaft galt es für den obersten Glaubenssatz der amerikanischen Politik, daß Amerika sich fernhalten müsse von jeder Einmischung in europäische Verwicklungen und vor allen Dingen von verstrickenden Bündnissen mit europäischen Mächten. Die Botschaft des Präsidenten Monroe begründete in diesem Sinne den höchsten Grundsatz alles staatlichen Handelns für Amerika in der Monroedoktrin. Hiernach erklärten die Vereinigten Staaten — offenbar als eine Art Gegenforderung für ihre Enthaltung von allen Einmischungen in Europa —, daß keine europäische Macht sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen habe, keine in Amerika kolonisieren, keine einen Einfluß ihres politischen Systems auf amerikanischem Boden suchen dürfe. Sie behielten sich den amerikanischen Weltteil vor als den Einflußbereich ihrer Macht und ihres Gedankens. Wilson hat die Vereinigten Staaten jetzt tatsächlich zu einem Mitglied in dem größten Bunde europäischer Mächte gemacht, allerdings indem er mit jener eigentümlichen Scheu vor den Tatsachen, die die angelsächsische Demokratie bezeichnet, das ausdrückliche Wort vermeidet. Er hat die Zurückhaltung Amerikas in europäischen Angelegenheiten völlig durchbrochen und abgestreift. Was er erstrebt, ist die Weltherrschaft des angelsächsischen Gedankens. Bei dieser Weltherrschaft soll hinfort Amerika an Stelle Englands die führende Macht sein. Schon redet er wie ein kleiner Weltrichter, als habe er das letzte Wort für die Ordnung aller Dinge auf Erden. Wilson bedeutet das Ende der Monroedoktrin. Amerika wird die

Digitized by Google

Folgen spüren und später erkennen, wie es durch Wilson die Demokratie aufgab in Autokratie und die amerikanische Unabhängigkeit von Europa in überstiegenem Weltimperialismus. In Wilson wurde Amerika zu einem völligen Hohn auf sich selber. Deutschland erbrächte den abschließenden Beweis seiner politischen Unfähigkeit und Ohnmacht, wenn es von diesem Manne Losungsworte annähme für sein inneres Leben und ihm entgegenkäme.

Dies heißt nicht, daß wir nicht den deutschen Staat im Sinne des wahrhaftigen Volksstaats und der reinsten Freiheit auf Erden auch für seine Friedensarbeit umbilden sollten. Das ist für uns Notwendigkeit und Pflicht, aber nicht, weil andere es wünschen, sondern weil es die Wahrheit und Größe des deutschen Volkes, wie der Krieg sie offenbart, verlangt. Aber wir sollen nie vergessen, daß jedes Locken von Amerika her nur feindliche List ist, die unsern Untergang will, und daß jedes deutsche Hören auf solche Lockung Dummheit wäre. Die Feinde erspähen mit angelsächsischer Schlauheit jeden Punkt der leisesten Schwäche in unserem Willen. Nur der unbeugsame Wille und das stärkste Halten auf unser Recht macht Eindruck auf englischdenkende Menschen. Wir sollen uns auch nicht überheben und überstiegene Forderungen machen. Aber wir sollen mit Kraft und Bewußtsein tun, was wir bisher unbewußt getan haben: Wir sollen die Wahrheit offen und rückhaltlos sprechen lassen. Das ist unser hohes Glück in diesem Kriege, daß unsere Feinde ohne Lüge gar nicht kämpfen können, unsere Sache dagegen die Sache der Wahrheit ist. Denn wir kämpfen allein für unser gutes Recht auf Leben, wir haben ein Recht auf eine Gestalt der Welt, die unser deutsches Leben für lange friedliche Jahrhunderte sichert. Was aber ist die Wahrheit? Dies, daß wir auf dem Schlachtfelde gesiegt haben, daß keine Möglichkeit besteht, uns den Sieg wieder zu entwinden, und daß wir wirtschaftlich durchhalten können. Die Feinde wissen es. Die letzte Schwäche, die sie erspähen, ist die mangelnde Entschiedenheit in der Betonung unseres Willens. Sie deuten sich diese als innere Unsicherheit. Solange sie an eine solche glauben, versuchen sie es mit dem echt anaelsächsischen Mittel der Einschüchterung und Verblüffung, mit dem sie z. B. gegen die Deutsch-Amerikaner einen so vollkommenen Sieg gewonnen haben. Nehmen wir ihnen die letzte Selbsttäuschung! Sprechen wir offen und selbstbewußt unsere deutschen Forderungen aus. Wir lassen das geschlagene Frankreich nach Elsaß-Lothringen als seinem Rechte rufen. Wir dulden, daß Amerika das französische Verlangen unterstützt. Wir vernehmen den Anspruch des frechen Italiens, das nichts geleistet hat, auf angeblich italienische und offenbar slawische Gebiete Österreichs. Wir hören mit Geduld auf die Zauberformel des zusammenbrechenden Rußlands von dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, bei dem Rußland nur gewinnen, Deutschland fast nur verlieren könnte. Nur das siegreiche Deutschland verlangt nichts und erweckt den Eindruck, als wisse es nicht, was es will. Hier ersehen die Feinde unsere Schwäche. Solange das dauert, werden sie reden, als hätten sie uns die Be-

Digitized by Google

dingungen vorzuschreiben. Sie werden dadurch die Welt und ach! so manchen im deutschen Volke verwirren. Nehmen wir ihnen den Wahn! Zeigen wir mit dem offenen Wort der Wahrheit, wie stark wir sind, und wie stark wir uns wissen, und, wenn schon von Bedingungen die Rede sein soll, daß einstweilen wir allein sie zu stellen haben. Ordnen wir bei aller Mäßigung unser Haus nach außen und innen nach den Bedürfnissen unseres Lebens. Es darf nicht länger geschehen, daß die Welt und die Feinde selber unter dem Eindruck bleiben, als habe Deutschland ihren Forderungen zum Frieden zu genügen. Denn der Eindruck ist falsch, Deutschland aber soll wahr sein.

Offener Brief an Präsident Wilson über die augenblickliche Wirtschaftslage Hollands

Von C. J. K. van Aalst

„De Amsterdammer Weekblaad voor Nederland" vom 20. Oktober veröffentlicht nachstehenden von dem Präsidenten der Nederlandsche Handelmaatschappij und der N. O. T., Herrn C. J. K. van Aalst, dem bedeutendsten Kaufmann Hollands, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Offenen Brief. Er ist darum besonders bemerkenswert, weil van Aalst keineswegs zu den Deutschfreunden Hollands gehört.

Herr Präsident,

Ohne Zweifel beginnen die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Holland einigermaßen gespannter zu werden.

Von unserer Seite aus betrachtet ist dies sehr milde ausgedrückt.

Verzeihen Sie mir, wenn ich erkläre, daß wir das Empfinden haben, als ob Ihre Regierung ohne Erbarmen uns den Fuß auf den Nacken setzt, einen Fuß, der in einem Stiefel steckt, der ebenso rauh und ebenso schmerzhaft zu treten weiß wie jener Reitstiefel, der noch vor kurzer Zeit in Ihrem Lande in solch strenger Weise verurteilt wurde.

Ich würde es nicht wagen, so freimütig zu sprechen, wenn ich nicht stets — ich bin es noch immer — ein Freund Ihrer Nation und Ihrer Rasse gewesen wäre.

Daher halte ich mich für berechtigt, Ihnen unumwunden meine Ansicht kund zu tun; ich kann nicht glauben, daß das Ohr Amerikas sich meinen Ausführungen verschließen wird.

Amerika versucht uns zur Vernunft zu bringen — nicht durch Argumentationen oder durch einen zarten Druck, sondern dadurch, daß es ... uns von der Zufuhr abschneidet.

Indem es ihnen die Bunkerkohlen, die es sehr gut entbehren kann, verweigert, hält es unsere Schiffe fest.

Sie hindern uns daran, die Verbindung mit unseren Kolonien, die doch zu den wichtigsten Elementen unseres Wirtschaftslebens gehören, aufrecht zu erhalten.

Halten Sie dies wirklich für gerecht? Nähert sich dies nicht sehr stark demselben

Digitized by Google

System „Macht über Recht", welches durch die Traditionen Ihres Landes, Ihres Volkes und Ihrer Geschichte so glühend verdammt wird?

Einige tausend Tonnen von Lebensmitteln und Viehfutter, welche seitens unserer Regierung gekauft und bezahlt sind, in Ihren Häfen jedoch festgehalten werden, waren für unser Volk und zwar für unser Volk allein bestimmt.

Sie waren an unsere Regierung konsigniert unter N. C. T.-Bedingung. Sie sind nur ein Bruchteil jener Menge, über welche ein schriftlicher Vertrag mit der britischen Regierung getätigt wurde.

Dieser Vertrag wurde lange vor dem Zeitpunkt abgeschlossen, mit welchem Ihr Land an die Seite der Alliierten trat.

Unsere Distributionsbureaus und Familienväter haben sich auf diesen Vertrag, der zugunsten der ihrer Sorge anvertrauten Personen getätigt wurde, verlassen.

Durch das Verhalten der Regierung der Vereinigten Staaten hat dieses Abkommen nach Ansicht vieler Holländer eigentlich den Wert .. „eines Fetzen Papiers" erhalten.

Niemand in Holland hat von Ihrer Seite eine derartige Politik der „Angsteinjagung" einem kleinen Volke gegenüber erwartet.

Wie kann dies als etwas anderes bezeichnet werden, da Sie, indem Sie unsere Schiffe festhalten und uns von der Verbindung mit unseren Kolonien abschneiden, die Rechte einer friedlichen und unschuldigen Nation verletzen, die ihren Forderungen nicht durch Waffengewalt genügenden Nachdruck verleihen kann, die es jedoch wagt, die Würdigung ihrer Forderungen mit Nachdruck zu verlangen.

Wir denken nicht daran, unsere Dampfer und Waren gegen die Sache, für welche Sie streiten, zu verwenden.

Als seefahrendes und koloniales Volk empfinden wir es jedoch als einen unerträglichen und unverdienten Hohn, daß unsere doch schon so sehr beschränkte Freiheit von einem Lande als dem Ihrigen eingeschnürt wird und zwar in dem alleinigen Bestreben, uns durch Übermacht zu zwingen ... was zu tun?

Damit aufzuhören, Deutschland mit Lebensmittel zu versorgen!

Herr Präsident, Sie gestatten mir, diesen Irrtum eben zu berichtigen. Es ist eine lächerliche Behauptung, daß wir Deutschland ernähren!

Gesetzt den Fall, daß wir dies tun wollten, so wären wir doch dazu nicht imstande. Mit unserer ganzen Ausfuhr kann der Bedarf Deutschlands nur auf ein paar Tage gedeckt werden.

Lautere Wahrheit ist, daß Holland, um bestehen zu können, mit der Zeit ein Einfuhrland geworden und geblieben ist.

Fast alle für unser Wirtschaftsleben notwendigen Güter müssen aus dem Ausland bezogen werden.

Unser nationales Dasein würde zusammenstürzen, wenn wir ohne die Zufuhr auskommen müßten.

Digitized by Google

Sehen Sie nicht ein, daß wir einen unentbehrlichen Teil der Einfuhr geregelt nur dadurch erhalten können, daß wir ihn zu einem gewissen Umfang durch eine Ausfuhr kompensieren, welche — winzig und unbedeutend im Vergleich zu den Bedürfnissen großer Nationen — einem Lande, wie dem unsrigen, ein ungeheuer wichtiges Tauschobjekt verschafft? Stets streben wir danach, den Tauschverkehr nach beiden Seiten stattfinden zu lassen.

Hierdurch lege ich gleichzeitig unsere verwundbaren Stellen bloß. Es wäre nutzlos, sie zu verbergen. Sie sind übrigens auch allgemein bekannt. Von allen Seiten hat man sie sich auch zunutze gemacht.

Sie selbst sind gerade daran es zu tun.

Sie, — gestatten Sie diese Bemerkung, — der Sie an allerletzter Stelle daran hätten denken dürfen.

Eine kleine Nation befindet sich in großer Bedrängnis.

Ziemt es sich nun für das amerikanische Volk, sie ihrem Schicksal zu überlassen, mit ihr Mißbrauch zu treiben, sie unnötigerweise ins Elend zu stoßen?

Ich darf Sie an ein anderes Volk erinnern, welches früher klein war und der Hilfe bedurfte. Es zitterte unter der Bedrohung eines der stärksten Königreiche des Jahrhunderts und erhob trotzdem seinen Anspruch auf Recht, Freiheit und Unabhängigkeit.

Einer der ersten, welcher jenem kleinen Volke in seinen schweren Tagen die Freundschaftshand darbot, war eine Republik in Europa, wo die Unabhängigkeit der kleinen Völker stets als ein heiliges Gut angesehen wurde.

Gerade in diesem Lande wurde der Hilferuf der „Empörer" am wärmsten beantwortet. Von diesem Lande aus wurde die Begeisterung für ihre Sache durch Buch und Flugschrift in ganz Europa angefacht, dieses Land war es, welches mit offener Hand seine Hilfe anbot.

Muß ich noch mehr Einzelheiten in Ihr Gedächtnis darüber zurückrufen, wie Holland sich an die Seite der amerikanischen Empörer stellte, als ihr Volk im Verlauf danach strebte, sich die Anerkennung seiner souveränen Ansprüche auf Selbständigkeit und Freiheit zu erobern?

Der anti-amerikanische „Tory" war kaum in den neu-holländischen Staaten zu finden, welche von einem Volke holländischen Ursprungs geschaffen wurden.

Als die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet war, traten viele Offiziere Hollands in den Dienst Ihrer Armee.

Die Festungen am Hudson wurden von einem holländischen Ingenieur erbaut, der ein großer Freund George Washingtons war.

Bereits im Jahre 1777 wurde in Amsterdam ein Kriegsschiff für die junge Nation erbaut.

Zum erstenmal wurde ihre Flagge von Holland, nämlich bei St. Eustatius, durch Salutschüsse begrüßt.

Digitized by Google

Im Jahre 1782 wurde John Adams von den Generalstaaten im Haag als Abgesandter des Nordamerikanischen Kongresses empfangen, wodurch Holland, gleichzeitig mit Frankreich, als erstes Land in Europa die Vereinigten Staaten offiziell anerkannte.

Es sind Amsterdamer Bankiers gewesen, welche den kämpfenden Kolonisten die notwendigen Gelder verschafften.

Namen wie Franklin, Trumbull und Adams hatten in Holland einen volkstümlichen Klang, während Van der Capellen, Calkoen und andere sich als begeisterte Anhänger der amerikanischen Sache zu erkennen gaben.

Noch vor einigen Jahren, nämlich im Jahre 1913, wurde von Ihren Landsleuten in dem Gebäude im Haag, in welchem die erste amerikanische Gesandtschaft ihren Sitz hatte, eine Gedenktafel angebracht. Die Inschrift lautet: „Zum Zeichen einer mehr als dreihundertjährigen, innigen Freundschaft und der großen Erkenntlichkeit des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Holland."

Diese Tatsachen lege ich Ihnen nicht etwa in der Form eines Wechsels vor.

Zweifellos darf ich Ihnen jedoch einen größeren Wert beimessen als einem reinen Kuriosum.

Darauf begründe ich unseren Anspruch auf Gerechtigkeit, Billigkeit und eine loyale Behandlung und unsere Bitte um Wohlwollen und Unterlassung jeden Zwanges.

Es wird Ihnen zweifellos ein leichtes sein, gegenüber Holland eine gerechtere Haltung einzunehmen.

Auch wird es nicht schwer sein, Ihre Bundesgenossen von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Unter den geschichtlichen Ereignissen, welche ich wieder einmal durchgelesen habe, berichtet uns eins von der großen Hungersnot in der Stadt Baltimore während Ihres Krieges im Jahre 1812.

Ein Holländer, mit Namen Klaus Taan, brach die britische Blockade und kam den Bürgern mit einer Anzahl holländischer Getreideschiffe zur Hilfe.

Wollen nun die Vereinigten Staaten das Gegenteil erreichen und das holländische Volk durch ein grausames System der Aushungerung und Verelendung erniedrigen? Dieses System wird sicherlich keinen Erfolg haben!

Für uns würde es nur ein vorübergehender Schicksalsschlag sein, — für Sie jedoch — eine ewige Schande. Ich behaupte, daß man es (das System) nicht in die Tat umzusetzen braucht.

Worauf wir Anspruch erheben ist . . . eine gerechte Politik.

Mit der größten Hochachtung verbleibe ich, Herr Präsident,

Ihr dienstfertiger
Van Aalst.

15. Oktober 1917.

Digitized by Google

Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees

Von Ahmed Emin Bei, Chefredakteur des „Sabah"

Konstantinopel, Ende September

Wie bekannt, hält das jungtürkische Komitee jedes Jahr im September einen Kongreß ab, an dem diesmal wiederum die Mitglieder des Zentralausschusses, Abgeordnete aller Provinzen, Deputierte und Mitglieder des Senats teilnahmen. Den Vorsitz führte Talaat Pascha, der türkische Großwesir. Zur Verlesung kam der Jahresbericht, der interessante Einzelheiten über die Tätigkeit der Partei und der türkischen Regierung enthielt. Es mag hier ein Überblick über die Hauptpunkte dieses Berichtes gegeben werden.

In dem einleitenden Überblick der allgemeinen politischen und militärischen Lage wird die Fortdauer des Krieges als eine Folge „des Despotismus und der Anmaßung Englands" bezeichnet, das seine Weltherrschaft auf den Leiden der ganzen Menschheit aufbauen und erhalten wolle. Aber die Siegeszuversicht der Partei hat keine Schwächung trotz dieser Fortdauer des Krieges erfahren, da der Krieg im allgemeinen zugunsten des Vierbundes weitergeht und da die Hoffnung besteht, daß die vom Feinde noch besetzten Teile der Türkei bald erlöst sind.

Auf dem landwirtschaftlichen Gebiet wurde während des verflossenen Jahres tüchtig gearbeitet. So nahm vor allem der Gebrauch moderner Maschinen und Ackerbaugeräte außerordentlich zu, und da man mit der neugegründeten Schule für landwirtschaftliche Mechaniker gute Erfahrungen gemacht hatte, wurde die Vergrößerung dieser Anstalt und die Gründung eines ähnlichen Instituts in Konia beschlossen. Auch das Gesetz über die landwirtschaftliche Dienstpflicht und die Maßnahmen zur Förderung des Anbaues haben sich bewähret. Es wurden in dem Berichtsjahre 8 Millionen Kilo Saatkorn verteilt, die Oberfläche des bebauten Bodens betrug insgesamt 40 Millionen Dönum, auf denen in der Hauptsache etwa 4 Millionen Tonnen Getreide erzeugt werden können. Diese Organisation, im Kriege geschaffen, wird auch nach dem Kriege weiter bestehen und vervollkommnet werden. Gegen die Heuschreckenplage wurde unter der Leitung von deutschen Fachmännern erfolgreich gekämpft. Die Vorarbeiten zur Gründung von 4 landwirtschaftlichen Laboratorien und Versuchsstationen sind beendet, auch liegen nunmehr die Pläne für die Errichtung großer Bewässerungsanlagen vor. Die landwirtschaftliche Bank wird eine neue Grundlage erhalten, die es ihr erlauben soll, in allen Fragen der Bodenreform selbst die Initiative zu ergreifen.

Auch die Erhebungen über die Lage der Gewerbe in der Türkei sind beendet. Für Konstantinopel, Smyrna und Brußa wurde eine vollständige Gewerbestatistik angefertigt, die sich gegenwärtig im Druck befindet. Über ein Gesetz zur Förderung der Zuckerindustrie wird soeben im Staatsrat beraten. Das eigentliche Gesetz zur Förde-

Digitized by Google

rung der Industrie in der Türkei wird einige Änderungen erfahren, so daß es den landwirtschaftlichen Bedürfnissen des Staates besser angepaßt ist. Die ersten Gesetze zum Arbeiterschutz werden gerade vorbereitet, ferner soll das System der Gewichte vereinfacht und vereinheitlicht werden.

Hinsichtlich der Förderung der Schiffahrt wurde festgestellt, daß während des Berichtsjahres die Erlaubnis zum Bau von 155 Schiffen von über je 500 Tonnen gegeben wurde, wobei das Holz von der Regierung umsonst geliefert worden ist. Ein Gesetz zur Förderung des Handels zur See ist in Vorbereitung. Im ersten Jahre des Weltkrieges wurden 18, im zweiten 39 und im dritten Kriegsjahre 86 Schürfscheine und 6 Konzessionen erteilt. Für den besseren Abbau der reichen Kohlenlager in Eregli wurden weitgehende Verfügungen getroffen, sowie die Dienste ausländischer Fachleute in Anspruch genommen. Die Bemühungen um die Neuorganisation des Forstwesens, das unter der Leitung eines österreichischen Forstmannes steht, waren erfolgreich. Mehrere Schulen zur Heranbildung von Forstbeamten wurden gegründet. Auch die Frage der Hebung der Viehzucht und der Vermehrung der Viehbestände wurde in Angriff genommen. In nächster Zukunft wird eine Gruppe ausländischer Fachmänner damit beauftragt werden, alle wirtschaftlichen Fähigkeiten der Türkei, einschließlich derjenigen auf dem Gebiete des Bergbaues, eingehend zu prüfen.

Die grundlegende Organisation des Unterrichtswesens wurde im Laufe des Berichtsjahres vollendet. Die Zahl der Volks- und Mittelschulen soll tunlichst vermehrt und ferner sollen neue Lehrerseminare geschaffen werden. Die Universität von Stambul, deren Grundlage ebenfalls umgeändert wurde, wird ein neues Gebäude erhalten. Erwähnt wird ferner der schon erfolgten Sendung von 500 Waisenknaben nach Deutschland und die demnächst stattfindende weitere Sendung von 500 jungen Türken zur Ausbildung in der Landwirtschaft.

Im Justizwesen hat man Reformen vorbereitet, die es in Einklang bringen soll mit den wirklichen Erfordernissen des Landes und den Geboten einer modernen Zeit. Der Richterstand soll eine Hebung in jeder Beziehung erfahren, an Stelle der „Medschelle" wird ein neues bürgerliches Gesetzbuch treten.

Ein neues Gesetz betreffend die Verwaltung der ländlichen Distrikte wird dem Parlament in der nächsten Session unterbreitet werden, ferner sollen Vorschläge über eine teilweise Änderung der Provinzialverwaltung im allgemeinen gemacht werden. Das Gesetz über die Volkszählung und die Führung der Statistik der Bevölkerungsbewegung ist schon fertiggestellt. Für diese statistischen Angelegenheiten wird ein Fachmann aus Deutschland angestellt werden, der auch die gesamte Arbeit der Volkszählung übernehmen soll. Auch mag ein Gesetz erwähnt werden, das die Einsetzung, Entlassung, Belohnung und Bestrafung von Staatsbeamten auf eine gesunde Basis stellt. Das Gefängniswesen schließlich wurde während des Berichtsjahres schon zum Teil reformiert.

Digitized by Google

Hinsichtlich des Verkehrswesens ist das bedeutendste die Aufstellung eines Programmes neuer Eisenbahn- und Hafenbauten. Der Bau zweier wichtiger Linien wird allein schon militärischer Gründe wegen raschestens begonnen werden. Die Vorarbeiten für die die 200 Kilometer lange Strecke Okdschi—Goel—Kunan—Tschanakkale, die 125 Kilometer lange Strecke von Diabekir und die Eisenbahnen im Wilajet Adrianopel werden in diesem Jahre abgeschlossen, so daß mit dem Bau bald begonnen werden kann. Trotz des Krieges sind die Straßen- und Wegebauten in einem zufriedenstellenden Tempo fortgeschritten. Um die Heranbildung von Technikern der verschiedensten Gebiete zu beschleunigen, wird die technische Hochschule in Pancaldi ausgebaut werden.

Der Bericht schließt mit dem Dank der Partei für den früheren Vorsitzenden Said Halim Pascha, unter dessen Präsidentschaft der Abschluß des Bündnisses mit Deutschland erfolgt und damit die Politik des Türkischen Reiches in eine gesunde Bahn geleitet worden sei.

Von den Arbeiten und Plänen, die der Kongreß schon für das kommende Jahr gutgeheißen hat, nenne ich folgende: Es soll ein neues Gesetz über die Ansiedlung der Nomaden und die damit zusammenhängenden Verwaltungsprobleme ausgearbeitet werden. Ferner sollen ein ethnographisches Museum, ein Nationalarchiv und ein nationales Museum mit einer historischen Dokumentenbibliothek gegründet werden. Hiermit soll sich eine noch zu gründende Generaldirektion für nationale Kunst- und wissenschaftliche Werke befassen, deren Aufgabe es auch sein würde, die Ausfuhr nationaler Kunstwerke und Dokumente zu verhindern. Weiter sollen Organisationen geschaffen werden, die sich mit der sozialen Fürsorge, dem Arbeiterschutz, der sozialen Hygiene und dergleichen mehr zu befassen hätten.

Dem unbekannten Kanzler

Ein offener Brief von Jedermann

Es hat sein mißliches, nicht für den Tag zu schreiben, zumal wenn die Ereignisse Purzelbaum schlagen. Während ich diese Zeilen schreibe, verwaltet Herr Dr. Michaelis noch das oberste Reichsamt, wenn sie gedruckt werden, sitzt oder steht vielleicht bereits ein anderer an seiner Stelle. Niemand weiß heute seinen Namen. Alle wissen nur, wer es nicht länger bleiben darf, viele vermeinen es auch es zu wissen und sagen und schreiben es jedem, welcher der Bewerber und Anwärter es nicht werden kann.

Es hat aber auch sein Gutes und ist sogar nicht ohne Reiz, in das Zwielicht des dämmernden Tages hinein zu schreiben. Man kann noch Wünsche haben, die geschäftige Phantasie kann noch je nach Laune und Stimmung in lichten oder dunklen Farben Zukunftsbilder malen. Der Unvorsichtige, Unbelehrbare oder Tollkühne wird

Digitized by Google

den Mantel des Propheten umlegen, trotz des restlosen Zusammenbruchs aller auf kurze Sicht ausgestellten Prophezeiungen. Vorsichtige legen daher von jeher den Eintritt ihrer Prophezeiungen mindestens über die Stunde ihres Todes hinaus.

Mit dem unbekannten Kanzler kann man noch von Mensch zu Mensch reden. Gerade weil er noch unbekannt ist, steht er noch unmittelbar faßbar uns gegenüber. Ist er erst ein bestimmter Mensch, ein Herr mit Namen, Rang und Titel, so wird er uns fremd, entfernt schon die steife, ehrfurchtgebietende Anrede „Exzellenz" jede Vertraulichkeit. Den unbekannten Kanzler kann man noch gut lutherisch deutsch mit dem volkstümlichen, feldgrauen „Du" ansprechen

Drum nichts für ungut. Was wünschen wir von Dir? Hab' keine Sorge, daß ich Dich mit der Forderung erschrecke, ein Bismarck zu sein. Solche Kerle wachsen auch bei anderen Völkern nicht dutzendweis in jeder Generation. Es genügt, wenn Du, ohne Genie zu sein, Geist, Ideen, gesunden Menschenverstand und entschlossenen Willen besitzt, kurz gesagt — ein Mann bist. Ein Mann der Arbeit, aber auch ein Mensch von Humor, sei er aus Menschenliebe oder Menschenverachtung, oder — besser noch — aus beiden geboren, der lachen kann und uns wieder lachen macht, trotz Krieg und Kriegesnot. Ein Mann, der mit der ganzen erdgeborenen Kraft ungebrochenen Willens in den großen Stunden der Entscheidung die unschätzbare Gabe der Wurstigkeit gegen die Lächerlichkeiten und Erbärmlichkeiten, gegen die Ängste und Sorgen der Kleinen, Allzukleinen hat.

Genieße mit grimmigem Behagen die Kost die unsere deutschen Zeitungen dem deutschen Bürger Tag für Tag vorsetzen und laß Dir weder den Appetit noch das Vertrauen auf deutsche Kraft und Einigkeit verderben, auch wenn Du das „Berliner Tageblatt" und die „Deutsche Tageszeitung" nacheinander liesest. Nimm's hin als deutsche Art.

Laß Dir den Schlaf nicht rauben durch das Gezeter ängstlicher Inhaber alten Besitzes vor drohendem Umsturz und Revolution, behalte den Glauben an des deutschen Volkes Tüchtigkeit. Es gibt kein regierungswilligeres, kein leichter regierbares Volk als das deutsche, auch wenn in deutschen Parlamenten, in Reich, Staat und Städten manchmal mit unheiligem Eifer und Zorn leeres Stroh immer und immer wieder gedroschen wird.

Schreite mit gelassener Ruhe durch das wirre Durcheinander von Hof, Regierung, Parlament und Presse und denke daran, wenn sich „Berlin" in Fieberhitze toll gebärdet, daß daneben in gleichmäßigem Pulsschlag die deutsche Arbeit ihren Gang geht in Stadt und Land.

Sei ein Mann der Tat und ein Mann der Rede, denn in der Zeit der drei großen P: Presse, Parlament und Publikum gehört Rednergabe ebenso zu den unentbehrlichen Ausrüstungsstücken des Regierenden wie einst Krone und Zepter, Purpur und Schwert. Dem Pomp von einst entspricht heute die Reklame, beide sind Mittel der Massenwirkung.

Digitized by Google

Sei Hüter des Regiments dem Parlament und der Heeresleitung gegenüber. Richte wieder Recht und Macht von Politik und Verwaltung im Krieg auf. Denn Politik muß Schlachten-Sieg zum Kriegsgewinn gestalten, und so Glänzendes das Militär in Strategie und Taktik leistet, die militärische Verwaltung ist die schlimmste Bureaukratie, und die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte eines Volkes von 70 Millionen lassen sich nicht nach den für besetzte Gebiete oder für Zeiten einer wirklichen Belagerung notwendigen Formen der militärischen Verwaltung entwickeln.

Und Dein Programm? Offensive Politik nach außen und innen. Habe Zivilkurage und wage auch Galopp zu reiten mit Tod und Teufel um die Wette. Die Friedensresolution des Reichstages in Ehren. Nicht sie hat uns draußen und drinnen geschadet, sondern der wüste Streit um sie, auch nachdem sie längst geschichtlich erledigt war. Ein apostolisches Glaubensbekenntnis ist sie aber nicht, trotz der eifrigen Bemühungen des einen oder anderen ihrer Verfasser. Heute und für die nächste Zeit stehen die Zeichen im Felde und in der Politik auf Kampf. Es geht aufs Weißbluten, und in diesem erbüterten Ringen müssen wir auch politisch zur Offensive übergehen können.

Unsere Gegner gehen aufs Ganze, auch gegen die neutralen Länder um uns, heute handelspolitisch, morgen vielleicht auch militärisch. Wir müssen unseren Feinden und den letzten europäischen Neutralen durch die Tat beweisen, daß wir Europas Schicksal, Selbständigkeit und Freiheit verteidigen, daß wir auch für sie kämpfen. Die Offensive gegen Italien wird, wenn an den erfolgreichen Anfang das siegreiche Ende sich anschließt, die Schweiz von dem Alpdruck, in den Krieg wider Willen hineingezogen zu werden, befreien.

Wir müssen aber auch — selbstverständlich soweit es in unserem Können steht, ihr wirtschaftliches Dasein, ihre Lebensmittelversorgung mit sichern, nicht aus Menschenliebe — Staaten müssen selbstisch handeln, sondern aus eigenem Interesse in sachlichen Vergleichen des Aufeinanderangewiesenseins und des Austausches — Ware gegen Ware, Wert gegen Wert.

Im Innern gibt es keinen anderen Weg, soll dieser Krieg gewonnen werden und der Gewinn gesichert bleiben, als den der Zusammenfassung und Entfaltung aller Kräfte des Volkes. Mit der Diktatur und dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren, weshalb auch so viele Politiker eifrig danach rufen, aber nur für kurze Zeit und nicht in einem Volkskrieg. Der Weg der schöpferischen Reform unserer Verfassung und Verwaltung bedeutet für alle im Besitz wohnenden Schichten und Personen ein hartes Umdenken und Umlernen; wenn aber ihre politische und ihre soziale Stellung auf Parlamentsmacht beruhen, dann wären sie des Untergangs wert. Sie sind es nicht.

Sei ein Erzieher; weder ein rechthaberischer, empfindlicher Professor, der dem Reichstag seine eigene Überlegenheit mit spitzen Worten recht nachdrücklich beweisen möchte, noch ein wichtigtuender Schulmeister, der sein aufgeblähtes Selbstgefühl prahlerisch in die Welt hinausschreit, für beides haben wir — Gott sei's geklagt — bereits rechte Vertreter.

Digitized by Google

Sei ein Erzieher zur politischen Sachlichkeit. Wir sind noch kein politisches Volk, wir wollen und sollen erst eins werden. Wir hatten eine schlechte politische Kinderstube in unserer Kleinstaaterei, wir entbehren noch der gefestigten, großen politischen Überlieferung und Übung. Halt' Dir — wenn Dir der Groll aufsteigen will, vor Augen, daß etwas über 100 Jahre zurück Deutschland ebensoviele Staaten und Stäätchen zählte, von den europäischen Großmächten Österreich und Preußen bis zum letzten elenden Reichsdorf hinab, wie Jahre seit Christi Geburt verstrichen waren. Trotz Reichsdeputationshauptschluß, trotz Napoleon und Freiheitskriegen, trotz Eisenbahn und 1848 und 1859 steckten wir noch bis an die Schwelle des neuen Deutschen Reiches und darüber hinaus in der Kleinstaaterei. Trotz Bismarck sind wir ein politisch unfertiges Volk. Das ist unsere Schwäche und unsere Stärke. Wir haben noch Entwickelungsmöglichkeiten, können aber auch, wie so oft in unserer Geschichte, im Zustand des Unfertigen verrotten.

Sei ein Mann und ein Erzieher, dann wird Dir folgen durch dick und dünn, durch Not und Tod zum Sieg und Frieden Jedermann

Würzburg

Von Friedrich Thimme

Keine der zahlreichen Parteitagungen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben, hat nach außen einen annähernd so starken Eindruck hervorgebracht wie der Würzburger Parteitag der Sozialdemokratie. Alle Welt hat das Zielbewußtsein, die Entschlossenheit und das taktische, ja staatsmännische Geschick, mit der die sozialdemokratische Parteileitung auf diesem Parteitage operiert hat, bewundern müssen. Ein so ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie wie der Freiherr Oktavio von Zedlitz und Neukirch hat nicht umhin gekonnt, die „geradezu meisterhafte" Regie von Würzburg der Reichsleitung als Muster vorzuhalten. In der Tat, von den unmittelbar voraufgegangenen Verhandlungen der letzten Reichstagstagung, insbesondere von dem Verhalten der Reichsleitung auf ihr, hebt sich der Würzburger Parteitag geradezu leuchtend ab. Dort das Streben, die wichtigsten Angelegenheiten einschließlich der Reden der leitenden Staatsmänner aus dem hellen Licht des Plenums in das Halbdunkel der Ausschüsse zu verlegen; hier die unbekümmerte Erörterung aller und jeder Fragen vor der breitesten Öffentlichkeit; dort ein ängstliches Ausweichen des Reichskanzlers vor jeder entschiedenen und klaren Stellungnahme; hier rückhaltlose Klarheit und Offenheit auch hinsichtlich des — durch den Krieg hinreichend erklärten — starken Rückgangs an Mitgliedern und Beiträgen! Dort bei der Erörterung der alldeutschen Propaganda im Heere eine völlige Zerfahrenheit des Regierungsvorgehens, größtes Ungeschick schon in der Verteilung der Rollen, eine beklagenswerte Unsicherheit in der Beurteilung der Psyche der Volksvertreter, eine unbegreifliche Unfähigkeit,

Digitized by Google

die Wirkung der eigenen Worte im Inlande und Auslande vorabzuschätzen, nach dem Mißlingen des mit unzulänglichen Mitteln unternommenen Vorstoßes offener Zwiespalt an den höchsten Stellen, Konfliktsluft und Krise; hier höchste Kunst in der Beherrschung der Massen, feinste Berechnung der öffentlichen Rückwirkung, ein staatsmännischer Zug fast in allen Reden und Beschlüssen! Im Reichstage ein wilder Kampf zwischen der Regierung und den Parteien, der Parteien untereinander, förmliche Entartung und Würdelosigkeit der Debatten, Skandalszenen; in Würzburg eine ruhige, sachliche Austragung aller Meinungsverschiedenheiten, bereitwillige Unterordnung unter das demokratische Mehrheitsprinzip, musterhafte Tonart! Wahrlich, die Sozialdemokratie darf zufrieden und mehr als zufrieden mit dem äußeren Eindruck des Parteitages sein; sie wird von ihm noch lange zehren können.

Aber der Würzburger Parteitag legt nicht nur ein beredtes Zeugnis für die innerhalb der Sozialdemokratie herrschende Regierungskunst ab, die unserer Regierung leider abhanden gekommen zu sein scheint; er bedeutet auch den Beginn einer neuen Epoche in dem Dasein der Partei. Von Haus aus war die Sozialdemokratie doch eine schlechthin revolutionäre Partei, die dem nationalen Staat wie der bürgerlichen Gesellschaft mit einer völlig doktrinären Verneinung gegenüberstand. Praktisch ist dieser Standpunkt ja schon seit langem nicht mehr in Reinkultur durchgeführt worden; an die Stelle der reinen Negation trat die parlamentarische Kritik, erst im Reichstage, dann auch in den Landtagen und Kommunen, zunächst wesentlich negativ gehandhabt, allmählich aber positiven Einschlag gewinnend. Solange das Sozialistengesetz in Kraft war, das die Ausbreitung der Sozialdemokratie künstlich niederhielt, mußte die kritische Negation, der Ausblick auf Revolution und Zukunftsstaat überwiegen; erst nach seinem Fortfall konnte, im Zusammenhang mit dem starken Wachstum der Partei, eine revisionistische, auf praktische Politik ausgehende Richtung aufkommen.

Vor dem Kriege zeigte das Gesicht der Sozialdemokratie einen ausgeprägten Januskopf; auf der einen Seite trug es sozialrevolutionäre, auf der anderen sozialreformerische Züge. Man weiß, wie scharf sich die inneren Gegensätze in der Sozialdemokratie erhitzten; auf den jährlichen Parteitagen prasselten sie mit Donner und Blitz aufeinander. Bis zuletzt blieb die revisionistische Richtung, so sehr sie als Sauerteig innerhalb der Partei wirkte, in der Minderheit. Charakteristisch ist, daß auf dem letzten Parteitage vor dem Kriege das des revolutionären Beigeschmackes nicht entbehrende Thema des Massenstreiks mit besonderer Heftigkeit erörtert wurde; damals lag der Sozialdemokratie der Gedanke, den Ausbruch eines Krieges durch ein solches Gewaltmittel unmöglich zu machen, noch gar nicht so fern. Die harte Wirklichkeit setzte solchen Träumereien ein Ziel. Der Geist des 4. August ergriff mit elementarer Gewalt auch die Sozialdemokratie. Gegenüber dem offenbaren Vernichtungswillen besonders auch des zaristischen Rußlands erschien die Verteidi-

Digitized by Google

gung des Vaterlands als eine selbstverständliche Pflicht. Die ersten Kriegskredite hat die ganze Sozialdemokratie mit voller Einmütigkeit bewilligt. Aber die durch das gewaltigste Erleben für eine Weile unterdrückten Gegensätze in der Sozialdemokratie kehrten bald mit verstärkter Gewalt zurück. Gerade in den immer wieder von neuem an sie herantretenden Fragen des Krieges und des Friedens schieden sich die Geister. Hier kann die innere Geschichte der Sozialdemokratie während des Weltkrieges nicht verfolgt werden; genug, es kam schließlich im dritten Kriegsjahre zur vollen Parteispaltung. Auf die eine Seite traten die Anhänger des 4. August, wie man sie wohl schlechtweg genannt hat, verstärkt vor allem durch die von je auf praktische Arbeit gestellten Vertreter der freien Gewerkschaften; auf die andere die radikalen Elemente der „Unabhängigen", die alsbald wieder ganz in die negative Kritik zurückfielen und oft genug mit den entschiedensten Gegnern alles Sozialismus, den reaktionären Konservativen, in den parlamentarischen Abstimmungen zusammengingen. Seither wogte zwischen den feindlichen, nunmehr völlig getrennten Brüdern der heftigste Kampf, — es galt ja die Daseinsfrage, welcher von beiden Richtungen die sozialistischen Massen zufallen würden. Für die sozialdemokratische Mutterpartei wurde es unter diesen Umständen eine gebieterische Notwendigkeit, eine Heerschau über ihre Anhänger zu halten; nur so konnte sie volle Klarheit gewinnen, ob und wie weit diese ihre Haltung seit Kriegsbeginn billigten. Der Parteitag hat der Parteileitung diese Klarheit und Gewißheit gebracht: er stellte sich geschlossen hinter die Führer des 4. August, hinter Scheidemann und Ebert, die in aller Form zu Vorsitzenden der Partei erkoren wurden. Noch trat freilich bei der Mehrzahl der Delegierten der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der ganzen Arbeiterklasse ergreifend zutage, aber die Voraussetzung blieb dabei doch, daß die sozialistische Minderheit sich dem Standpunkt der Mehrheit unbedingt zu unterwerfen habe. Mit der Wiedervereinigung hat es also seine guten Wege. Nur vollendetes Ungeschick oder übler Wille der Regierung und der bürgerlichen Parteien könnte es dahin bringen, daß die Sozialdemokratie von der durch den Parteitag sanktionierten Position des 4. August hinweg an die Seite der unabhängigen Sozialdemokraten gedrängt würde.

Fast schien es nach dem Vorgehen der Reichsregierung in der letzten Reichstagstagung, als ob es ihr wirklich um ein Hinausdrängen der Sozialdemokratie aus der Linie des 4. August, zur Freude aller scharfmacherischen Elemente, zu tun gewesen wäre. Der Sozialdemokratie wird man es hoch anrechnen dürfen, daß sie sich in ihrer grundsätzlichen Haltung nicht beirren ließ. Zwar hat der Parteitag die schärfste Kampfansage gegen den Reichskanzler, die schon der Abgeordnete Ebert im Reichstage ausgesprochen hatte, noch einmal auf das nachdrücklichste unterstrichen. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die diesem Reichskanzler überhaupt die Kriegskredite weigern wollten. Ein solcher Beschluß wäre natürlich ein grober taktischer Fehler gewesen, denn er hätte die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb der Mehrheitsparteien,

Digitized by Google

ihre rückhaltlose Anerkennung als eine vaterländische, nationale Partei schwer gefährdet. Zum Glück ist ein derartiger Beschluß aus der von Stolten-Hamburg betonten Erkenntnis heraus, daß man die Kredite doch nicht der Regierung, sondern der Nation bewillige, vermieden worden. Mag immerhin die künftige Bewilligung der Kriegskredite durch den Parteitag an die — vom sozialdemokratischen Standpunkt aus selbstverständliche — Voraussetzung geknüpft sein, daß sie im Interesse der Landesverteidigung geboten seien, der Grundsatz der Landesverteidigung selbst, der unversehrten Erhaltung des Reiches, einschließlich Elsaß-Lothringens, hinsichtlich dessen die Sozialdemokratie sogar die Anwendbarkeit des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ablehnt, ist von dem Parteitag rein und unbedingt anerkannt worden. Wenn er von gewaltsamen Annexionen und Entschädigungen nichts wissen will, so ist es doch nicht bloß aus sozialistischen Grundsätzen, sondern aus sehr realpolitischen, die Zukunft Deutschlands scharf ins Auge fassenden Erwägungen heraus. Unter allen Umständen bedeutet der Parteitag ein bewußtes und freudiges Bekenntnis zum nationalen Staat, zur positiven praktischen Arbeit am Staate, in Gemeinschaft mit den übrigen Parteien, und zur Mitverantwortung am Staate. In allen Reden der sozialdemokratischen Führer, der Scheidemann und Ebert, der David und Landsberg, der Peus und Winnig und wie sie alle heißen, klingt dies entschiedene Bekenntnis, klingt ein starker und hinreißender, bejahender Optimismus durch. „Wir haben", so sagte der Abgeordnete Dr. David, „einen tatkräftigen, tatfreudigen Optimismus. Ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur im Innern, geachtet im Kreise der andern freien Völker, ein reiche Frucht tragender Zweig am Baume der Menschheit: das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung." Auf den gleichen bejahenden Optimismus ist die wundervolle Rede Scheidemanns über die Zukunftsaufgaben der sozialdemokratischen Partei gestellt, die den Höhepunkt des ganzen Parteitages bedeutet. Sie ist die eigentliche Programmrede des praktischen Sozialismus und als solche von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung. Sie öffnet, wie es ein anderer sozialdemokratischer Redner ausgedrückt hat, das Tor zu begeisterter, hoffnungsfroher Arbeit! Mit allem Nachdruck hat Scheidemann es darin ausgesprochen: „Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Nützen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Barbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden nach dem Krieg eine ganz andere Rolle spielen als zuvor."

Digitized by Google

Man hat auf rechts stehender Seite an den Äußerungen Scheidemanns, überhaupt an dem Auftreten der Sozialdemokratie auf dem Würzburger Parteitage bemängeln wollen, daß sich darin ein unbändiger Machtwille ausspreche. Ja, ist denn ein solcher Machtwille nicht etwas ganz Natürliches? Lebt er nicht auch in den übrigen Parteien, vorab in der konservativen? Begreift sich der Widerstand, den die konservative Partei dem von der Krone verheißenen gleichen Wahlrecht entgegensetzt, nicht aus der Furcht, die Macht im Staate Preußen zu verlieren? Wir sehen in dem Machtwillen der sozialdemokratischen Partei, sobald er sich mit dem nötigen Verantwortungsgefühle paart, nicht einen Nachteil, sondern einen Vorteil, denn, um es ehrlich herauszusagen, er bedeutet eine Triebkraft, deren wir schlechterdings nicht entraten können, wenn wir die Neuordnung Deutschlands im freiheitlichen und sozialen Sinne durchführen wollen. Gewiß, die Forderung der Sozialdemokratie auf eine völlige Demokratisierung und Sozialisierung unserer Verfassungs- und wirtschaftlichen Verhältnisse geht nach unserer Auffassung zu weit. Aber sie stellt doch auch nur ein Ideal vor, das mit aller Entschiedenheit ausgesprochen, von der Sozialdemokratie schrittweise in praktischer Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien zu erreichen gestrebt wird. Mit nüchterner Klarheit hat es Scheidemann konstatiert: „Zur Erfüllung unserer großen Zukunftsaufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben." Daß die praktische Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien der Sozialdemokratie manche Resignation auferlege, hat auch der Abgeordnete Peus anerkannt: „Wir allein werden kaum von morgen ab die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rückhalt. Besser eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserem Geiste hineintun. Bisher hat es gefehlt an allen Parteien. Auch wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Glied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unserer Grundsätze zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungssozialisten nennen, weil wir mit regieren wollen."

Kann es deutlicher ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie in bewußter Ablehnung ihres früheren intransigenten Standpunktes heute bereit und freudigen Willens ist, mit den übrigen Parteien und mit der Regierung am nationalen Staat mitzuschaffen und die Verantwortung für ihn mitzutragen? Das ist doch etwas un-

Digitized by Google

säglich Großes; es wirft ein helles Licht auf unsere nationale Zukunft, weit über den Krieg hinaus. Der Würzburger Parteitag kodifiziert gleichsam die nationale und positive Haltung der Sozialdemokratie im Weltkriege, ohne die unser Durchhalten, unser Sieg von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre, noch heute ausgeschlossen ist, für alle Zeiten. So bedeutet und besiegelt er letzten Endes nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für unsere nationale Gemeinschaft eine neue Epoche. An unserer Regierung, an unseren bürgerlichen Parteien aber ist es, dafür zu sorgen, daß diese nationale Gemeinschaft eine geschlossene bleibe.

Dieser Gesichtspunkt darf auch bei der gegenwärtigen Regierungskrise nicht außer acht bleiben. Es war nicht der letzte Fehler Herrn Dr. Michaelis', daß er so gar nichts tat, um die offensichtliche Bereitschaft der Sozialdemokratie zu freiheitlichen und sozialpolitischen Reformen auszunutzen. Die Ära Michaelis hat uns auch nicht den kleinsten Fortschritt in sozialer Hinsicht gebracht, eher schien sie einen Rückschritt anzudrohen. Sollte Herr Dr. Michaelis am Ruder bleiben, so müßte das gründlich anders werden. Sollte aber ein anderer Reichskanzler kommen, so wird es hoffentlich ein solcher sein, der gleich Herrn von Bethmann Hollweg die unendlichen Kräfte, die in dem Schoß unserer ganzen, nicht bloß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlummern, für das Wohl und die Zukunft unseres Vaterlandes restlos wirksam zu machen weiß!

Brief an die „Deutsche Politik“

Ein Brief aus dem Felde. Im letzten Hefte der „Deutschen Politik“ war davon die Rede, daß uns aus dem Felde fortgesetzt Briefe zugehen, die keineswegs auf das „Himmeldonnerwetter“ gegen die Reichstagsmehrheit und die Friedensresolution gestimmt sind. Aus einem dieser Briefe, der in die Form eines „offenen Briefes“ an Herrn Leutnant d. R. Rein und Herrn Dr. Friedrich Thimme (vgl. deren Schriftwechsel in Nr. 38 der „D. P.“) gekleidet ist, mögen die hauptsächlichen Stellen abgedruckt werden. Sie verdienen um so mehr Beachtung, als der Verfasser, wie er selbst sagt, nicht den Vorzug hat — Offizier zu sein, dafür aber der Front selbst angehört, die wohl mehr wie 90 Prozent unserer Frontsoldaten in treuem Heerbann hat:

„Rein — Herr Leutnant Rein, ein Gefühl des Wohlbehagens ist es nicht, wenn wir im vierten Jahre draußen vor dem Feinde stehen und zu Hause eine immense Kraft in politischen Kämpfen von seltener Rücksichtslosigkeit und Heftigkeit aufgerieben wird. Aber statt des Wohlbehagens empfinden wir einen gerechten Zorn über die maßlosen Hetzereien der Alldeutschen, die in mancherlei Maskerade zu uns in die Schützengräben zu kommen versuchen, um uns für ihren Wahnsinn zu gewinnen. Und wenn unser Zorn noch einer Steigerung fähig ist, dann gilt derselbe der ostelbischen „Deutschen Vaterlandspartei“, die uns ihre Aufrufe in die Front schickt, die wir von einem leibhaftigen Herzog und einem, zwar verdienten, aber außerhalb des Dienstes befindlichen Admiral, gezeichnet und von Männern kontrasigniert finden, von denen ganz auffallenderweise sämtliche Herren Titel führen, die auch dem Laien verraten, daß deren Träger aus der großen Krippe leben, die der Volksmund so drastisch aber treffend die „Staatskrippe“ nennt. Diese Treibereien werden in der Front — ich spreche für die Majorität der Soldaten, nicht für manche Offiziere — einstimmig als politische Giftmischerei verurteilt und

Digitized by Google

abgelehnt. Wollte ich Ihnen die feldgrauen Ausdrücke hier wiedergeben, mit denen man hier draußen Stellung zu diesen politischen Gesundbetern nimmt, so müßte ich Reminiszenzen aufziehen, die für die politische Diskussion in diesem Rahmen nicht geeignet sind. Wer aber von England 100 Milliarden Mark Kriegsentschädigung haben will, soll heraus in die Gräben kommen und die Entschädigung selbst holen. Wir lehnen diese Politik ab, wollen politisch geführt werden, wie wir militärisch geführt sind.

Damit aber, Herr Leutnant, wollen und werden wir nicht noch ein bis zwei Jahre warten, sondern wir verlangen sichtbare Taten in diesem Augenblick, in dem die Schädelpyramiden den Himmel zu erreichen drohen, in dem Augenblick, in dem die Erde sich satt am Blute unserer Kameraden und Brüder getrunken hat und das Meer von Tränen, die Feuer des Hasses, des Neides und der Habsucht zu ersticken drohen, die diesen Krieg entfesselt haben und seinen Mord jetzt stündlich von neuem erglühen lassen!

Die historische unbestrittene Unfähigkeit unserer Politik, ihre abenteuerlich anmutenden Dummheiten der jüngsten Vergangenheit, die ungezählten Unterlassungssünden auf politischem und diplomatischem Gebiet haben uns, neben den Versuchen der Verzögerung und Verschleppung in der inneren Politik, jeden Funken von Vertrauen in die politische Führung geraubt, und deshalb allein — nicht wegen der schönen Augen der übrigen Europäer und Amerikaner — ruft das Volk und mit ihm die Front nach sofortigen Reformen. Wir wollen politische Führung, keinen Machiavellismus, und da uns in den traditionellen Kreisen Männer von diesen Qualitäten nicht erstanden sind, soll das Parlament den Wenigen, die läßig und unverantwortlich die Leitung in der Hand haben, die Ziele und die Marschroute vorschreiben. „Politik ist die Kunst des Möglichen" — bei uns ist alles Mögliche und Unmögliche versäumt und nun soll und muß alles, auch das Allerletzte, geschehen, um das Mögliche möglich zu machen — also um Politik überhaupt treiben zu können!

Wir denken dabei nicht an ein Plagiat englischer oder französischer Gewohnheiten, wir fühlen allein, was uns frommt, und von der Bastille bis zum Newski-Prospekt haben wir gelernt, wie wir unser Haus im gesetzlichen Rahmen umbauen können, indem wir Fehler vermeiden, die uns im Osten und Westen warnen. Wir wollen also, um mit Ihnen zu sprechen, „in politischen Dingen formen und gedankenbildend auftreten!"

Die Reichsregierung hält die Hand aufs Herz — sie hat sich geprüft, und die gesamte Front steht entschlossen hinter ihr. Diese Versicherung zu Ihrer Beruhigung, Herr Leutnant, wir kämpfen alle mit, wenn es dem — Frieden gilt! Und Ihr Plan, den Reichstag aufzulösen und neu zu wählen, begrüßen wir freudigen Herzens — 300 oder mehr Abgeordnete, die auf dem Boden des 19. Juli stehen, liefern wir Ihnen gerne, schon deshalb, weil wir unser Vaterland und unser Volk lieben. In hoc signo vinci."

Notizen

Ein Beispiel amerikanischer Freiheit. Geheimrat Prof. Eucken schreibt uns: Jeder, welcher die nordamerikanischen Verhältnisse aus eigner Anschauung kennt, weiß, wie viel geringer der Rechtsschutz und damit auch die persönliche Freiheit der einzelnen in allen Lebensstellungen bei Beamten, Geistlichen, Lehrern, Arbeitern usw. ist, als bei uns in Deutschland. Ein besonders krasses Beispiel dessen brachte die jüngste Zeit. Die „Neue Züricher Zeitung" vom 7. Oktober berichtet darüber: „Die „Times" meldet aus New York: Der Senat der Universität von Columbia hat zwei seiner Mitglieder, die Professoren Henry Dana und Dr. Mc Keen Cattell, wegen illoyaler Gesinnung aus der Fakultät ausgestoßen. Diese Maßnahme wurde mittelst Rundschreiben allen Universitäten des Landes mit-

Digitized by Google

gestellt und durch folgende Tatsachen begründet: Prof. Cattell, der ein Katheder für Psychologie inne hat, hatte sich an den amerikanischen Kongreß gewendet und ihn aufgefordert, sich den Truppensendungen nach Europa zu widersetzen, während Prof. Dana, ein Enkel des berühmten amerikanischen Dichters Longfellow, sich durch seine Mitarbeiterschaft an der vom Peoples Council unternommenen pazifistischen Propaganda kompromittiert hat." Die Columbia-Universität ist die größte und wohl auch einflußreichste aller amerikanischer Universitäten. Zwei alte angesehene Gelehrte wurden, weil sie nicht mit dem Strom des augenblicklichen Deutschenhasses dort schwimmen, einfach „ausgestoßen"! Wie würde man sich in Amerika über uns aufgehalten haben, wenn eine deutsche Universität sich in einer so summarischen Weise Mitglieder entledigt hätte, die ihren eignen Weg gehen! Welches Recht aber hat ein Volk, in dem so etwas, wie es scheint, ohne Widerspruch zu finden, vorkommt, sich uns gegenüber als einen Vorkämpfer der Freiheit aufzuspielen?

Der deutsch-russische Gegensatz. In der „Kölnischen Zeitung" vom 23. Oktober 1917 (Nr. 1014) macht Professor Dr. Philipp Hiltebrandt in einem Artikel über die „Polnische Frage" folgende höchst treffende Bemerkung über den bleibenden Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland. Besonders bedeutsam erscheint uns die Hervorhebung, daß die Einführung der Republik nicht geeignet ist, den Gegensatz abzuschleifen, sondern ihn vielmehr verstärkt.

„Als Deutschland die Verteidigung der Türkei gegen die russischen Absichten auf Konstantinopel übernahm, war es mit normalen Beziehungen zwischen beiden Mächten vorbei. Der Krieg hat vollends zwischen beiden Völkern einen Abgrund gegraben, den zu überbrücken nur Doktrinäre und Phantasten sich einbilden können. Denn der Kampf gegen Deutschland war für Rußland ein Volkskampf im wahrsten Sinne des Wortes. Alle Kreise der Nation, selbst die Weiber, nahmen an ihm teil, und er wurde mit einer verzweifelten Erbitterung und unsagbaren Aufopferung geführt. Auch die russische Demokratie mußte ihn im Widerspruch zu ihren pazifistischen Ideen und anfänglichen Plänen fortsetzen, wenn sie sich nicht von vornherein in den Augen des russischen Volkes diskreditieren wollte. Es liegen nicht die geringsten Anzeichen vor, daß diese feindselige Stimmung gegen Deutschland nach Friedensschluß verschwindet, es ist vielmehr aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß der russische Expansionstrieb nach der Wiedererstarkung des Reiches von neuem erwachen, und durch den Haß der Demokratie gegen das angebliche autokratische Deutschland verstärkt, sich mit verdoppelter Kraft gegen das Deutsche Reich richten wird. Angesichts dieser Sachlage und der schweren Erfahrungen, die man während der Russeneinfälle in Ostpreußen gemacht hatte, hätten selbst die eifrigsten Verfechter eines Bündnisses mit Rußland auf der Abtretung der bekannten strategischen Flußlinien bestehen müssen. Denn verzichtete man auf sie, so blieb Rußland in seiner für Deutschlands Existenz lebensgefährlichen Position. Das Reich würde allmählich ganz von der Gnade Rußlands abhängig und dann in Zukunft infolge des ungeheuren Anwachsens seiner Bevölkerung nach dem Ausbau seiner strategischen Bahnen eine für Deutschland weit gefährlichere Stellung als im Jahre 1914 einnehmen. Bestand man aber auf der Abtretung der genannten Flußläufe, dann war Rußlands militärische Position in Polen so gut wie vernichtet. Polen (d. h. der Rußland verbliebene Rest) stellte dann für Rußland nicht viel mehr als einen breiten Korridor zur deutschen Grenze dar, in dem sich keine russische Armee mehr halten konnte und dessen Besitz für den russischen Staat mehr eine Last, denn einen Vorteil bedeutete. Eine wirkliche Aussöhnung zwischen beiden Staaten war unter diesen Verhältnissen unmöglich, denn Rußland hätte Deutschland niemals verziehen, daß es von diesem um alle Früchte seiner zweihundertjährigen polnischen und orientalischen

Digitized by Google

Politik gebracht wurde. Wenn Deutschland nicht auf alle seine Erfolge verzichtete und Konstantinopel den Russen freigab, blieb es sich für das deutsch-russische Verhältnis ziemlich gleich, ob Rußland Polen teilweise oder ganz verlor: in dem einen wie in dem anderen Falle hatte Deutschland künftig mit der Feindschaft seiner östlichen Nachbarn zu rechnen."

Jugoslawische Probleme. In der in der Schweiz herausgegebenen Zeitschrift „Jougoslavie" findet sich ein Artikel, dessen Schluß uns sehr beachtenswert erscheint, weil es das südslawische (= jugoslawische) Problem gut beleuchtet. Unter Jugoslawen versteht man die Gesamtheit der Serben, Montenegriner, Kroaten und Slowenen. Wir geben ihn in der Übersetzung der „Österreichischen Rundschau" (Heft 2, 1917) wieder: „Heute kämpft dieses Volk nicht nur für die Frage von Wappen, Fahnen, Alphabete, Kalender, und selbst nicht um die dynastische Frage, aber es fordert soziale und wirtschaftliche Reformen. Seine Gedanken konzentrieren sich um Fragen des inneren und äußeren Friedens, um bis nun vernachlässigte Fragen nationaler Kultur und Wohlfahrt. Heute besteht das Problem nicht mehr in der Frage: was will Serbien den Kroaten und Slowenen einräumen, sondern vielmehr: wird sich die Einigung der jugoslawischen Rasse mit Hilfe der serbischen Regierung oder gegen diese vollziehen? Wird die Vereinigung mit Serbien oder gegen Serbien erfolgen?

Mit einem wohlgesinnten Worte für Italien sollen diese Ausführungen schließen. Die Jugoslawen waren, im Hinblicke auf die italo-jugoslawische Frage, niemals unbescheiden, aber was von ihnen im Pakte von London, Italien und Serbien verlangen, wäre für die Jugoslawen ein Selbstmord . . . Italien begeht ein Unrecht gegenüber dem eigenen Volk, gegenüber dem slowenischen und kroatischen Volk und gegenüber den Jugoslawen . . . Seit der russischen Revolution sind die Tage dahin, in denen einige Männer das Schicksal eines Volkes entscheiden konnten. Die Künste professioneller Diplomatie sind heute ausgespielt. Es ist eher das italienische Volk, nicht aber Herr Sonnino, welches sich an das jugoslawische Volk wegen seiner rechten Forderung wird wenden müssen. — Bis dahin leisten Italien und Serbien, indem sie im Namen der Geschichte, des „sacro egoismo", der strategischen Grenzen und des Paktes mit Serbien rein jugoslawische Gebiete fordern, nur große Dienste für Österreich-Ungarn. Sie werfen darin die Frage auf. Ein serbo-kroatisch-slawonischer Staat, innerlich durch die besonderen nationalen Verhältnisse geschwächt und ohnmächtig, äußerlich von einem starken Italien beherrscht, welches rücksichtslos über nationale Notwendigkeiten hinweggeht und eine große Anzahl von Jugoslawen unterdrückt; oder eine Föderation innerhalb eines reorganisierten und modernisierten Österreich-Ungarn."

Neuerscheinungen

An dem Haß gegen England scheiden sich noch immer die Geister. Auf der einen Seite stehen die Hasser, die sich unermüdlich in dem Schrei nach dem Vae victis ergehen. Lorenz Morsbach („England und die englische Gefahr", Weidmann, Berlin, M. 1.20) ist der englische Imperialismus mit dem Anspruch auf die Herrschaft zur See „seit den Tagen der Königin Elisabeth nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt eine Gefahr geworden. Um so mehr als auch in den Vereinigten Staaten die angelsächsische Rasse England wirksam unterstützt". Damit ist „zur Ausführung des schon lange verkündeten Anglismus, einer Verbrüderung aller Englisch redenden Staaten, ein wichtiger Schritt getan". „Angelsachsen zogen einst von der flandrischen Küste nach Britannien hinüber. Heute stehen dort wieder Germanen vor den Toren Britanniens. Nicht um ein fremdes Volk zu unterjochen, sondern um sich und die Welt von der unersättlichen Macht eines entarteten einstigen Brudervolkes zu befreien. Schon dämmert der Tag des Weltgerichts." An Irlands Schicksal sieht Chatterton-Hill eine Warnung an Deutschland für das, was es im Falle eines englischen Sieges zu erwarten hätte. („Moloch England", Verlag Das Größere Deutschland, Dresden, M. 1.—.) „Die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten vereinigen sich mit zähem unbändigem Haß und unauslöschlichem Rache-

Digitized by Google

bedürfnis, um die „Bestrafung" Deutschlands als das eine, große Ziel erscheinen zu lassen, an welchem unentwegt festgehalten werden muß!" In einer Schrift „Das Ende der englischen Weltherrschaft" stellt Kapitänleutnant Walter Frobenius als Deutschlands vornehmstes Kriegsziel wieder die Sicherung der „Freiheit der Meere" hin. (Curtius, Berlin, M. 1.—.) „Für die Rohstoffversorgung müssen wir in Besitz eines Kolonialreiches gelangen, welches uns von Auslandslieferungen unabhängig macht." Dieses Kolonialreich kann Zentralafrika sein, „wenn wir uns auch zu Herren der Afrika umlagernden Inseln machen, und wenn wir England auch aus dem Mittelmeer und von den arabischen und persischen Küsten vertreiben." England muß außerdem „einen sehr beträchtlichen Teil des Schiffsbaues abtreten, der sofort nach Friedensschluß, nach Möglichkeit schon gefüllt mit den ersten Rohstofflieferungen zu stellen ist." Für die andere Seite spricht Missionspräses Immanuel Genähr in seinen „Vaterländischen Herzenserleichterungen" („Beiträge zur Kriegsseelenkunde der Engländer", Bertelsmann, Gütersloh, M. 3.—). Aus der neuesten englischen Erbauungsliteratur werden Beispiele unglaublicher Verirrung des englischen Geistes zusammengestellt, wahnwitzige Äußerungen des Kriegshasses. Eine solche Sammlung hat als es trauriges Kriegsdokument Anspruch auf Existenz. Um so mehr als es erfreulicherweise der deutsche Theologe den englischen (und den meisten deutschen) Amtsbrüdern nicht gleich tut und er das Predigen von Rassegefühl für verächtlich ansieht. „Der Haß ist keine Tugend und keine Stärke, sondern das Gegenteil davon. Ist er schon ein Verhängnis im Leben, dann erst recht im Kriege. Es müßte uns bange sein um den Ausgang dieses furchtbaren Völkerringens, wenn unsere tapferen Feldgrauen haßerfüllt wären. Es müßte uns bange sein um die Zukunft unseres Volkes, um die Sache der Menschheit, wenn wir, wie etwa die Franzosen seit 1870, dem Haß Raum geben wollten. Nach abgeschlossenem Frieden darf keine Fortsetzung des Krieges im Gemüte folgen. Hüten wir uns darum vor der Sucht des Verallgemeinerns, auch den Engländern gegenüber, die bei uns jetzt mit Recht als unsere ärgsten Feinde gelten. Wir dürfen nicht in unsere Herzen eine Mauer des Hasses aufrichten wider unsere Feinde, müssen vielmehr unser Herz reinhalten von Haß und Verachtung gegen die Glieder der uns feindlichen Völker, trotz all dem Schweren, das durch ihre Leiter über uns kommt. Wie soll denn sonst das Ziel, das wir beim Friedensschluß doch erreichen wollen, erreicht werden? Es soll doch nach dem Friedensschluß nicht eine Kluft der Gesinnung bestehen bleiben, die unser deutsches Volk in Haß und Verachtung von den andern Völkern trennt!" Von Leidenschaft und Tendenz frei stehen eine Reihe von Schriften zwischen diesen beiden Lagern, die sich um die Feststellung des Tatsächlichen bekümmern. Professor Dr. Fr. Brie gibt in einem Heft der Sammlung Meereskunde einen kurzen Überblick über den „Britischen Imperialismus" (E. S. Mittler, Berlin, M. —.60) seine Ursachen und seine Ausbreitung. „Die ganze Struktur des britischen Reiches beruht auf seinem wirtschaftlichen Imperialismus; Haupteigenschaften des englischen Charakters sind unzertrennbar mit dem religiösen Imperialismus verbunden. Für die Erkenntnis, daß angesichts der neueren Entwicklung der Nationen der britische Imperialismus immer mehr das Aussehen eines Anachronismus gewinnt, ist, daß England von heute noch nicht reif." Zu dieser Erkenntnis tragen diesmal zwei von verschiedenen Standpunkten geschriebene Schriften über Indien bei. Dr. Sten Konow, Professor für Geschichte Indiens in Hamburg, der für B. G. Teubners „Aus Natur und Geisteswelt" eine kleine Ländertunde und Geschichte Indiens geschrieben hat, spricht sich auch über die Zukunft Indiens aus: „Die Engländer haben die materielle Entwicklung gefördert und, gerade weil sie nicht Inder wurden, bei den Indern das Bewußtsein erweckt, daß sie ihnen gegenüber eine Einheit bilden: eine wirkliche Nation ist im Entstehen. Damit diese sich frei entwickeln und damit sie ihre Kultur zu neuer Blüte bringen kann, muß sie früher oder später Herr im eignen Lande werden. Es ist dabei weniger von Bedeutung, ob dies innerhalb oder außerhalb des Rahmens des britischen Weltreichs geschieht. Sollte Indien die Stellung einer sich selbst verwaltenden britischen Kolonie erlangen, würde sicherlich auch die Forderung auftauchen, daß Indien dasselbe Recht haben müsse, in der Politik des Weltreichs mitzureden wie die anderen freien Kolonien, und es fragt sich, ob dies vom britischen Standpunkt aus möglich ist. Auf alle Fälle kann die bisherige Lage nicht bestehen bleiben." Für den erstarkenden Nationalismus in Indien ist ein Zeugnis die (über die politischen Verhältnisse in Indien gut unterrichtete) Schrift des Inders Lala Lajpat Rai „Betrachtungen über die politische Lage in Indien" (Otto Wigand, Leipzig 1917, M. 1.—.). Der Verfasser hofft, daß „es unmöglich sein wird, die Inder in die bisher innegehabte untergeordnete Stellung zurück zu weisen." Prof. Heinrich Spies beschäftigt sich in einer Schrift der Sammlung „Meereskunde" (Mittler, Berlin) mit „Englands Mannschaftsersatz in Flotte und Heer". Sp. kommt zu dem Schluß: „Der etwas behaglich satte, hier und da bereits genießerisch träge gewordenen Individualgeist der viktorianischen Zeit ist durch den Krieg beiseite geschoben. Das interessanteste Problem im neuen England wird das Verhältnis des insularen Individualismus zum kontinentalen Organisationszwang des Staates sein, militärisch innere und außerpolitisch (Land und Reich) sowie wirtschaftlich." „Die Tätigkeit der britischen Flotte im Weltkriege." Organisation und Leistungen

Digitized by Google

der Flotte beschreibt Prof. Macneile Dixson, Glasgow (O. Füßli, Zürich, M. 1.20) vom englischen Standpunkt aus.

Mit den Aussichten des Handelskrieges beschäftigt sich Schulrat Hans Scherer („Das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet und seine Beziehungen zur Weltwirtschaft", A. Haase, Leipzig). Er kommt zu dem Schluß, daß die Volkswirtschaften des Vierverbandes weder geographisch noch wirtschaftlich ein geschlossenes Ganzes bilden, also keine Ausgleichsmärkte bilden können. Vor allen Dingen werde Rußland auf Deutschland angewiesen bleiben, nicht weniger Italien. „Auch in der Welt wird Deutschland nicht zu verdrängen sein. Südamerika und Kanada sind Zukunftsländer auch für Deutschland."

Eine Abgrenzung der innerpolitischen Aufgaben Deutschlands auf den Kreis des eigenen Landes und der eigenen Bedürfnisse gegenüber dem Ansturm in den westlichen Demokratien England, Frankreich und Amerika gegen Deutschland nimmt Prof. Dr. Paul Herre vor. (Otto Spamer, Leipzig.) „Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist bereit und entschlossen, den Notwendigkeiten einer neuen Zeit Rechnung zu tragen. Aber es sollte einem jeden, der sich aufrichtig um die Festigung des deutschen Daseins bemüht, erste Vorbedingung sein, nicht jenseits der nationalen Grenzen andersgeartete Vorbilder zu suchen, sondern das neue Deutschland bodenständig aus dem Alten weiterwachsen zu lassen."

Im übrigen bekommt das Problem „Amerika als Feind" aus einer Schrift des Münchner Professors und Direktors der Handelshochschule Moritz Julius Bonn (erstes Heft der „Die Staaten im Weltkrieg", München, Georg Müller) neue Beleuchtung. B. ist bis Februar 1917 in Amerika gewesen. Seine Schrift ist das Tagebuch eines aufmerksamen, klugen, urteilsfähigen Betrachters, das wie ein Memoirenwerk fesselt und spannt und doch die realpolitischen Grundlagen nie verliert. Wilsons Stellung zum Krieg erfährt folgende Beurteilung: „Hinter den politischen Phrasen Wilsons standen konkrete staatsmännische Ziele. Wilson hat einsehen müssen, daß er mit dem moralischen Druck weder imstande ist, die Streitenden zu trennen, noch Amerikas vermeintliche Rechte zu wahren." „Ohne die Erklärung des Kriegszustandes wäre Wilson kaum in der Lage gewesen, seinen Wunsch an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, durchzusetzen. Da diese Friedensverhandlungen die künftige Gestaltung der Welt bestimmen werden, so ist es vom amerikanischen Standpunkt aus selbstverständlich, daß man dabei zu sein wünscht." „Dazu kommen noch wichtige Gründe in der inneren Politik. Präsident Wilson ist nicht imstande gewesen, das Auseinanderstreben der die amerikanische Nation bildenden Nationalitäten zu verhindern." „So wurde der Krieg dazu benutzt, um die Einheit herzustellen, die der Frieden nicht zu erhalten vermochte." „Auf der anderen Seite hat der Präsident die Gelegenheit benutzt, die großen Geldinteressen und die schwere Industrie unter die Staatskontrolle zu bringen. Er ist stets der Feind der Trusts gewesen. Er war nie von Wallstreet und der Morgan-Gruppe abhängig. Diese sind vielmehr in Wahlzeiten die Geldgeber der republikanischen Partei gewesen und damit die schwerste Gefährdung der demokratischen Partei, die an Mut ein arm ist. Es ist jetzt eine prächtige Gelegenheit vorhanden, die republikanischen Kapitalisten für patriotische Zwecke bluten zu lassen." „Wilsons letzte politische Äußerung, seine Rede vom 14. Juni, zeigt, daß sich die allgemeinen Ziele seiner Politik stark verschoben haben. Aus dem Staatsmann, der einen Frieden ohne Sieg wollte, ist den veränderten Umständen entsprechend ein solcher geworden, der den Status quo ante nicht anerkennen will und vor allem die Rechte kleinerer Nationalitäten wahren möchte. Es ist kein Zweifel, daß diese Schwenkung in erster Linie Elsaß-Lothringen einbegreift. Frankreich ist immer derjenige Alliierte gewesen, der in den Vereinigten Staaten die meisten Sympathien genoß. Elsaß-Lothringen gilt dem Durchschnittsamerikaner als unterdrücktes französisches Land. Die Zabern-Affäre hat ihm den hierfür notwendigen Beweis seiner Meinung noch geliefert."

Mit Frankreich beschäftigt sich Oberrealschul-Direktor Dr. G. Ost („Unser Irrtum über Frankreich", Verlag Das Größere Deutschland, Dresden, 0.60). „Der Glaube der meisten Deutschen an eine besondere neuere Dekadenz Frankreichs ist falsch. Was wir für Anzeichen dafür halten, findet sich entweder bei allen Kulturvölkern oder hängt mit bestimmten Zügen seines Wesens zusammen. Gewiß hat es gewaltig gelitten, aber wir nicht minder. Ist es nach 50 Jahren nicht wieder zu Kräften gekommen, so wird es sich in seiner elastischen Lebenszähigkeit nach 100 Jahren wieder aufrichten und unseren Nachkommen von neuem opferreiche Überraschungen bereiten, wenn wir jetzt nicht vorsorgen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 711. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 30, Augsburgerstr. 711. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.— Einzelnummer 20 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 9. November 1917 • Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der neue Reichskanzler

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Leser der „Deutschen Politik" werden bemerkt haben, daß an dieser Stelle von Anfang an Herrn Dr. Michaelis' Reichskanzlerschaft nicht als das angesehen worden ist, was Deutschland nach dem Rücktritt Herrn von Bethmann Hollwegs brauchte. Nachdem diese Episode, die objektiv — wenn auch von allen Beteiligten ungewollt — neben einigem Schaden auch einigen Nutzen gebracht hat, an ihr Ende gelangt ist, braucht in ihre Einzelheiten und in ihren Verlauf nicht mehr eingegangen zu werden. Mit Herrn Dr. Michaelis scheidet ein Mann von gutem Wollen und bedeutendem Können, nur auf einem anderen Gebiete als dem der Leitung des Deutschen Reiches im Weltkriege, vom Kanzlerposten, und es ist sehr zu hoffen, daß seine Fähigkeiten auf einem Gebiet, das mehr das seinige ist, dem Staatswesen erhalten bleiben. Das, was zu befürchten stand, sowohl wenn Dr. Michaelis Kanzler blieb, als auch wenn die Wahl auf einen Kandidaten der Rechten fiel, war die Durchstreichung jenes Zeichens, in dem allein wir fähig sind, diesen Krieg zu gewinnen: des kaiserlichen Worts, fortan gäbe es in unserem Vaterlande keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Daß es sich tatsächlich zuletzt hierum handelte, ist manchen guten und warmen Vaterlandsfreunden vielleicht nicht deutlich gewesen, aber es war so.

Gestützt auf den Wechsel in der Stimmung weiter Kreise, der durch die großen Waffenerfolge im Osten und Süden hervorgerufen ist, dachte man an mehr als einer Stelle daran, mit der Sozialdemokratie brechen und einen Block der bürgerlichen Parteien gegen sie herstellen zu können. Das wäre im Erfolg ein wahrer Frevel an Deutschlands gutem Geiste geworden. Wenn es heute überhaupt noch ein Mittel für uns gibt, im Kampf um unser nationales Dasein eine Niederlage zu erleiden, so ist es die Sprengung unserer Volkseinheit im Willen zum Siege. Wir dürfen uns leider ja nicht darüber täuschen, daß es auch bei uns Elemente der radikalen Linken gibt, die in ihrer politischen Verblendung oder in ihrem vaterlandslosen Doktrinarismus

Digitized by Google

soweit gehen, daß sie die Besiegung oder zum mindesten den Mißerfolg Deutschlands im Weltkriege wünschen, weil sie davon den Sturz derjenigen Gewalten bei uns erwarten, die ihren radikalen Zukunftsgedanken im Wege stehen. Diese Gesinnung braucht menschlich-persönlich nicht ehrlos zu sein, aber sie ist feindselig gegen den Staats- und Volksgedanken gerichtet. Wir kennen sie von Rußland her, wo die Parole lautete: nur die Niederlage im Kriege kann uns innerpolitisch weiterhelfen! In Rußland war unter dem Zarismus so etwas begreiflich, und zeitweilig, z. B. im Krimkrieg und im japanischen Kriege, hat die Mehrheit der gebildeten Russen so gedacht. In Deutschland ist es ein Wahnsinn — der Wahnsinn einer kleinen Minderheit, der solange nichts zu bedeuten hat, wie die Führer der sozialdemokratischen Mehrheit imstande sind, mit ihrem Einfluß den der extremen Minderheitsfanatiker niederzuhalten. Dazu haben sie den entschiedensten Willen und dazu sind sie ohne weiteres fähig, solange sie mit den übrigen vaterlandsfreundlichen Parteien in einer Reichstagsmehrheit zusammenarbeiten können. Stößt man sie aber hinaus, so trifft der kurzsichtig geführte Schlag nicht nur sie, sondern dieser Treubruch gegen das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr" lähmt auch ihre Kraft, an ihrem Teil das Vaterland gegen Unverstand, Aufwiegelung und allerlei Versuche zu verzweifeltem Spiel zu schützen.

Diese Gefahr ist jetzt abgewandt. Dem neuen Reichskanzler, Graf Hertling, muß man danken, daß er durch die Übernahme seines Amtes bei hohem Alter und beeinträchtigten körperlichen Kräften uns vor politischen Experimenten bewahrt hat, die schweres Unheil nach sich gezogen hätten. Diese eine Tatsache ist zunächst ein Gewinn, dessen entscheidende Bedeutung nur der ermessen kann, der eine Vorstellung davon hat, auf welche Klippen unser Schiff von denen getrieben werden sollte, die jetzt die Zeit für günstig hielten, auch die gemäßigte und vaterländisch gesinnte sozialdemokratische Mehrheit aus der nationalen Arbeitsgemeinschaft zu entfernen.

Was die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling darüber hinaus noch bedeutet, wird sich in Kürze zeigen. Innerpolitisch sind nach den Vorgängen bei dieser Ernennung kaum große Überraschungen zu erwarten. Er ist ein konservativer Mann entschieden katholisch-kirchlicher Richtung, aber er hat durch die Verhandlung mit den Parteien vor Übernahme des Amtes und durch seine Bereitschaft, die Wahlreform in Preußen durchzuführen und Parlamentarier der Mehrheit weiter in die Regierung zu berufen, anerkannt, daß er den Forderungen der Lage nachgeben will. Das ist ein Beweis grundsätzlich staatsmännischen Denkens; es kommt nun darauf an, wie praktisch regiert werden wird. Viel verdorben könnte immer noch durch eine Politik der kleinen und kleinlichen Hindernisse gegen die Durchführung des prinzipiell schon Zugestandenen werden, aber dergleichen ist von einem Mann wie dem neuen Reichskanzler nicht zu erwarten, der jedenfalls ein klares Verständnis für die Bedeutung politischer Abmachungen hat. Trotzdem bleibt unwillkürlich die Frage übrig, ob und

Digitized by Google

inwieweit Graf Hertling sieht, wie sehr durch die näheren Umstände, unter denen er sein Amt übernommen hat, eine neue noch ungeschriebene deutsche Verfassung neben der alten, geschriebenen sich zu entwickeln begonnen hat.

Darauf kommt es an, und ebenso auf die Erkenntnis, daß es jetzt kein Zurück mehr zur alten, sondern nur noch ein Vorwärts zum Ausbau und zur Festigung der neuen gibt. Es wäre wirklich eine geistige Großtat, wenn ein Mann in diesem hohen Alter den immensen Entschluß zu einer derartigen Änderung seines Standpunkts fast von einem Tage zum anderen im vollen Bewußtsein seiner Tragweite und mit klarem Willen zu den Konsequenzen gefaßt hätte! Hat Graf Hertling dies getan, so werden wir auch bald eine durchgreifende, die Kriegspropaganda auf der feindlichen Seite zerstörende Wirkung seiner folgerichtigen ferneren Haltung zu spüren bekommen.

Die große Frage ist: wie wird die auswärtige Politik jetzt dem Frieden zugeführt werden? Nach Riga und Oesel und vor allen Dingen nach dem Isonzo und Tagliamento wird sie leichter zu führen sein, als vorher, aber sie kann trotzdem starke Irrwege einschlagen. Von falschen Gedanken ist man innerhalb der Regierung an entscheidenden Punkten keineswegs frei, und das selbst bei Persönlichkeiten, wo es Wunder nehmen sollte. Der Unterstaatssekretär Dr. August Müller, der zur sozialdemokratischen Mehrheit gehört, hat z. B. in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" sich über Rußland im folgenden Sinne geäußert:

Die bewußte planmäßige Verwirklichung des Gedankens der Autarkie Deutschlands und seiner Verbündeten (ein Gedanke, der natürlich nur eine relative Verwirklichung erfahren kann, aber doch von unschätzbarem Wert ist, wenn er richtig angewandt wird) nimmt dem Wirtschaftskrieg, der uns immer angekündigt wird, seine Schrecken und macht dieses Kampfmittel unserer Gegner wirkungslos. Dieses namentlich dann, wenn unsere auswärtige Politik gleichfalls entschlossen die Konsequenzen aus den britisch-amerikanischen Drohungen zieht und den Frieden so vorbereitet, daß er eine enge Anlehnung an unsere, uns jetzt feindlichen Nachbarn im Osten ermöglicht. Wichtiger als Mitteleuropa in dem engen Sinn, der jetzt diesem Begriff anhaftet, ist seine Ergänzung und naturgemäße Erweiterung durch die, hier in den „Sozialistischen Monatsheften" so lange und so nachdrücklich vertretene Herstellung guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zum russischen Reich, das in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht keinen Gegensatz zu Deutschland und seinen Verbündeten zu bilden braucht, weil seine wirtschaftlichen Interessen es genau so intensiv zu guter Nachbarschaft zum Westen zwingen wie die Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten zum freundschaftlichen Verhältnis zum Osten. Die östliche Orientierung unserer Politik, als Voraussetzung eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses, bedeutet die Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit auch für die Zukunft. Diese Erkenntnis in politische Tat umgesetzt und im Verein mit der Einstellung Deutschlands auf die für die Übergangszeit sich möglichst selbst genügende Wirtschaftsweise wird den Briten und Amerikanern die Illusion zerschlagen, die sie sich mit ihren Wirtschaftsplänen machen.

Dieser Standpunkt eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Regierung bei uns ist sehr interessant. Ich habe keine Vorstellung darüber, ob auch der neue Kanzler, was

Digitized by Google

Rußland angeht, ihm zuneigt, oder ob der Staatssekretär von Kühlmann, bei dem vielleicht die Führung der auswärtigen Geschäfte sein wird, ähnlich denkt. Möglich, daß es der Fall ist, aber die Konstruktion Dr. A. Müllers würde darum nicht richtiger werden. Sie ist von Grund auf irrig, und mit Rücksicht auf die sehr beachtenswerte Stelle, von der sie ausgeht, möchte ich sie zum Anlaß nehmen, die Grundlinien der Kriegspolitik, die jetzt unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling eingeschlagen werden müssen, kurz festzustellen.

Durch die russische Revolution und durch die italienische Niederlage werden jetzt zwei unserer Gegner mattgesetzt oder werden es in kurzem sein. Aus Rußland lauten die offiziellen Nachrichten schlimm genug und die privaten noch viel schlimmer. Sehr eingeweihte Kenner der Lage aus Rußland selbst haben ihre Überzeugung dahin erklärt, es sei ausgeschlossen, daß der russische Kriegsorganismus sich auch nur in dem beschränkten Maße wie jetzt den Winter über hält. Die Auflösung aller Verhältnisse schreitet so fort, daß Chaos und Niederbruch in unerhörtem Umfang vor der Tür stehen. Dieser Entwicklung durch fortgesetztes Mühen um Verständigung mit Rußland vorzugreifen, haben wir nicht die geringste Veranlassung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat gegenüber den „Friedensbedingungen" des Sowjets wieder nichts Eiligeres zu tun gehabt, als im Namen Deutschland beide Arme auszubreiten und herzbrechende Augenaufschläge nach dem Sowjet zu richten. Das ist ganz im Sinne der moskowitischen Rettungsgesellschaft der drei Herren, die in einigen großen Berliner Zeitungen von der Linken bis zur Rechten über Rußland schreiben, aber diese wissen wenigstens, was sie mit ihrer Politik wollen, während die „Norddeutsche Allgemeine" nur aus offiziöser Unfähigkeit, in die russischen Dinge hineinzusehen, so schreibt. Auf diese Weise erreicht man alles andere eher, als daß der so rückhaltlos umworbene Russe der sehnsüchtigen „Norddeutschen" endlich das Taschentuch zum Friedens-tête à tête im Sonderzimmer zuwirft.

Das was Dr. Müller sachlich will und was auch der Politik des Reichskanzlers gegen Rußland zum Zielpunkt dienen muß, nämlich die Organisierung eines möglichst großen Teils von Europa gegen die englischen Absichten hinter dem mititärisch-politischen Friedensschluß, das wird besser dadurch erreicht, daß man die russische Auflösung fortschreiten läßt, bis sie ihr natürliches Ziel erreicht hat: die Herauslösung der Fremdvölker aus der moskowitischen Herrschaft. Rußland unter dem Moskowitertum von neuem geeint, wird uns durch seine Größe, seine riesenhafte Volkszahl und Vermehrung und durch sein wirtschaftlich-geographisch bedingtes Verlangen nach den türkischen Meerengen bald wieder so gefährlich und feindlich sein, wie vorher. Der Deutschenhaß und der Wille, Konstantinopel zu besitzen, werden dem demokratischen oder sozialistischen Rußland genau so zu eigen sein, wie dem zaristischen. Darüber können nur ganz norddeutsch allgemeine Kenner Rußlands sich Täuschungen hingeben. Ganz anders aber steht es, wenn es nach dem

Digitized by Google

Kriege nicht nur ein Großrußland oder Moskowien gibt, sondern auch eine Ukraine, ein Polen, ein Finnland, ein Litauen, ein baltisches Gebiet, alle von Moskau getrennt und auf die Anlehnung an Mitteleuropa angewiesen; dann ist der Moskowitismus ungefährlich und die kräftige Erweiterung der mitteleuropäischen Interessengemeinschaft durch östliches Gebiet, auf die Dr. Müller mit Recht so großen Wert legt, ist auf eine Art und Weise beschafft, die uns wirklich hilft.

Mit einem moskowitisch beherrschten Gesamtrußland dauernd in Frieden zu leben, ist eine Utopie, die dem guten Herzen, aber nicht der weltpolitischen Kenntnis derer, die sie hegen, Ehre machen mag. Dazu kommt, daß es der sicherste Weg ist, gegen England zu siegen, wenn wir seine Bundesgenossen mattsetzen werden oder sich selbst mattsetzen lassen. Das gilt für Rußland wie für Italien. In Italien liegt das Ergebnis von unserer und unserer Bundesgenossen Kraftanstrengung unmittelbar vor jedermanns Augen. Rußland gegenüber ist aber der Triumph unserer Stärke in Wahrheit noch viel gewaltiger, weil seine Macht so unvergleichlich viel größer war. England kann nur kämpfen, wenn es Bundesgenossen findet. Die Aufgabe, ein moskowitisches Gesamtrußland, das Konstantinopel zu gewinnen hat, dauernd und sicher der englischen Bundesgenossenschaft fern und in der Freundschaft mit Deutschland zu erhalten, wird, fürchten wir, die norddeutsch allgemeinen Fähigkeiten übersteigen, und vielleicht sogar noch für bessere als diese zu groß sein. Wir haben unsere Friedensbereitschaft erklärt und halten trotz unserer gewaltigen Triumphe auch noch heute unverändert an ihr fest, sobald in England — auf dieses allein kommt es an — Bereitwilligkeit sich zeigt, die falsche moralische Löwenhaut fallen zu lassen, die angemaßte Richterrolle aufzugeben und unsere Lebensinteressen anzuerkennen. Es wäre aber Torheit, von uns aus jene Entwicklung in Rußland zu unterbrechen, die uns durch die Auflösung der russischen Verhältnisse jenes ungeheure Gut der Rückenfreiheit im Osten zu gewähren im Begriff ist, das unsere ganze Weltlage mit einemmal zum Besseren wenden würde. Es ist verkehrt, wenn man ein aufgelöstes Rußland haben kann, lieber ein unter dem eroberungssüchtigen und deutschfeindlichen Moskowitertum (mag dieses auch noch so demokratisch, sozialistisch, republikanisch sich geben!) geeinigtes und von ihm beherrschtes zu behalten — bloß damit dies konservierte Moskowiterreich für uns ein Gegengewicht gegen England bilde. Nie wird das Russentum bereit sein, sich an uns anzuschließen und innerlich mit uns zusammenzugehen; wer das glaubt, jagt einer politischen Theorie nach, die nicht zur Praxis werden kann. Hier wird sich zeigen, auf welchen außenpolitischen Weg uns die neue Reichskanzlerschaft bringt.

England war bisher, von den Dardanellen abgesehen, an einer einzigen Stelle von uns entscheidend geschlagen: in Rußland. Jetzt ist es das nach einer zweiten: in Italien. Die Italiener haben den Lohn ihrer Verräterei erhalten, und es ist nur zu bedauern, daß das brave italienische Volk es ist, das die verbrecherische Torheit und Großmanns-

Digitized by Google

sucht seiner Führer zu büßen bekommt. Für Italien wie für Rußland gilt, daß die Ereignisse dort in erster Linie auf England zurückwirken müssen, um den Kampf der englischen Kriegspartei um ihren Krieg und ihre eigene Rettung in den Augen der nüchternen und von Natur billiger denkenden Elemente zu diskreditieren. Vor kurzem erhielt ich aus dem Felde ein Stück aus einem englischen Instruktionsbuch für den Offiziersunterricht zugesandt. Darin stand: „Wodurch gewinnt der Offizier das Vertrauen der Soldaten?" Antwort: Durch verschiedene Methoden, wenn er:

a) . . . . . .
b) . . . . . .
. . . . . .

h) „blutdürstig (blood-thirsty) ist und immer daran denkt, den Feind zu töten sowie seine Leute darin zu unterstützen."

Das steht in einer Ausgabe des englischen Generalstabs für den englischen Offizier. Auf diesem Stande ist das noble England angekommen, um seinen Krieg noch zu gewinnen! Es sollte wirklich nicht mehr viel deutsche Diplomatie dazu gehören, um die Bundesgenossenschaft selbst des moralischen England gegen dies unmoralische zu gewinnen. Graf Hertling wird hier seine Kunst zeigen können, hier im Westen — und was den Osten angeht, in der richtigen und aktiven Behandlung der höchst brennend gewordenen finnländischen Frage!

Finnland nach den Landtagswahlen

Von H. Gummerus

Die Neuwahlen zum finnländischen Landtage Anfang Oktober führten zu einer schweren Niederlage der sozialdemokratischen Partei. Während diese in dem im August aufgelösten Landtage eine schwache Mehrheit hatte — 103 Plätze von im ganzen 200 — ist ihre Fraktion jetzt zu 92 zurückgegangen. Die übrigen 108 verteilen sich auf die bürgerlichen Parteien in folgender Weise: Altfinnen 33, Jungfinnen 24, Bauernbund (Agrarier) 26, Schwedische Volkspartei 21, Finnische Volkspartei 4. Von diesen Parteien traten die altfinnische, die jungfinnische und die kleine neugebildete finnische Volkspartei in den Wahlen als ein geschlossener Block auf, dem sich in einem Wahlkreis auch die Schwedische Volkspartei anschloß.

Diese Niederlage der Sozialdemokratie ist das äußere Hauptmerkmal des Wahlergebnisses. Sie beweist, daß die Mehrheit des finnischen Volks die innere Umsturzpolitik der Sozialdemokraten nicht mitmachen will. Das Volk will einer Partei, die ihre Mehrheitsstellung im Landtage dazu benutzen wollte, um weitgehende gesellschaftliche und politische Neuerungen zugunsten der Arbeiterklasse unter Vernachlässigung der Interessen der übrigen Klassen durchzusetzen, einer Partei, die anarchistisch gefärbte, jeder gesetzlichen Ordnung widerstrebende Elemente in sich schließt, sein Vertrauen

Digitized by Google

nicht mehr schenken. Namentlich der Umstand, daß streikende Arbeiter nicht selten sich der Hilfe der maximalistischen russischen Soldaten bedient haben, hat die Erbitterung der bürgerlichen Gesellschaft erregt. Zwar darf man die sozialdemokratische Führung für diese bedauerliche Erscheinung nicht direkt verantwortlich machen. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Führung es unterlassen hat, den Ausschreitungen mit genügender Schärfe entgegenzutreten.

Dagegen wäre es vollständig falsch anzunehmen, daß das entschlossene Auftreten der Sozialdemokraten für die Unabhängigkeit des Vaterlandes in den Wahlen ihnen geschadet habe. Im Gegenteil, das offene Eintreten sozialdemokratischer Führer — wie des früheren Regierungschefs Tokoi, des Vorsitzenden des aufgelösten Landtags Manner und des Vorsitzenden des Grundgesetzausschusses Mäkelin — für die volle Unabhängigkeit Finnlands, hatte weite Kreise unter den bürgerlichen Parteien zu ihren Gunsten gestimmt. Hätten sie nicht so schroff ihre sozialen Umsturzpläne in den Vordergrund geschoben, hätten sie nicht in ihrer äußeren Politik sich zu sehr auf die Unterstützung der russischen Sozialisten, namentlich der Maximalisten verlassen, so wären sie als Leiter der Selbständigkeitsbewegung eher gestärkt als geschwächt aus den Wahlen herausgekommen. An sich war es keine schlechte Taktik, Beziehungen mit den Maximalisten anzuknüpfen, die ja in Rußland das reichsauflösende Element bilden und sich für das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht Finnlands ausgesprochen haben. Aber die finnländischen Sozialdemokraten haben den Fehler gemacht, ihre Politik zu sehr von dem erhofften Sieg der Maximalisten, deren Macht sie überschätzten, abhängig zu machen.

Immerhin, dies muß ausdrücklich betont werden: der Wahlausgang darf keineswegs als eine Entscheidung des Volks gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen gedeutet werden. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß unter den bürgerlichen Parteien gerade der Bauernbund, der für diese Bestrebungen einmütig eingetreten ist und in dem aufgelösten Landtag für das sogenannte Selbständigkeitsgesetz vom 18. Juli stimmte, den größten Zuwachs — sieben Plätze — aufzuzeigen hat.

Was nun die bürgerlichen Parteien überhaupt betrifft, so sind sie mit der Losung: gesetzliche Ordnung im Inneren, Selbständigkeit nach außen, in die Wahlen gegangen. In der Frage aber, in welchem Maße die staatliche Selbständigkeit Finnlands in diesem Moment erzielt werden kann, gehen die Ansichten auseinander. Die klare politische Linie: alles für die volle Unabhängigkeit, für die vollständige Trennung von Rußland einsetzen, keine endgültige Abmachung auf der Grundlage der fortgesetzten Vereinigung mit dem russischen Reich, wird ohne Zweifel von der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Aber auch die „Gemäßigten" haben in dem neuen Landtage unter den Altfinnen, den Jungfinnen und der Schwedischen Volkspartei hervorragende Vertreter. Immerhin dürfte

Digitized by Google

unter den Bürgerlichen im neuen Landtage mindestens die Hälfte im jetzigen Augenblick die Unabhängigkeitsbestrebungen vertreten.

Als dann die russische Regierung einige Vertreter ihrer juristischen Kommission nach Helsingfors schickte, um mit dem Senat und der von diesem im Frühjahr ernannten Grundgesetzkommission zu verhandeln, wurde die Opposition noch stärker. Das Hauptorgan des Bauernbundes, „Ilkka", schrieb am 15. Oktober: „Die Tatsache, daß die Entwürfe der finnländischen Grundgesetzkommission zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Finnland und Rußland und zu neuer Regierungsform für Finnland bereits von einer russisch-finnländischen Kommission behandelt wird, ist geeignet, in unserem Lande großes Aufsehen zu machen. — Nach den Entwürfen der Grundgesetzkommission bleibt Finnland von Rußland abhängig. Aber die öffentliche Meinung der überwältigenden Mehrheit des finnländischen Volks verlangt die volle Selbständigkeit Finnlands. — Es war kaum vorteilhaft, diese Entwürfe jetzt zu veröffentlichen, denn sie können im Auslande als ein Ausdruck des finnländischen Volkswillens ausgelegt werden. Jedenfalls hätte bei der Veröffentlichung die Tatsache klar dargelegt werden müssen, daß die große Mehrzahl des finnländischen Volks gegenwärtig (d. h. nach den Wahlen) unbedingt die volle Unabhängigkeit erstrebt."

Noch schärfer spricht sich „Svenska Tidningen", ein Organ der „Aktivisten", aus. „Diese Verhandlungen, — schreibt das Blatt am 16. Oktober — die heute fortgesetzt und wahrscheinlich abgeschlossen werden, können dem Vaterlande nur schaden. Es ist empörend, daß einheimische Männer in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage daran arbeiten, eine Brücke zwischen Finnland und Rußland zu bauen. Diese Verhandlungen können nur Unklarheit und Mißverständnisse schaffen und dadurch dem neuen Landtage die Arbeit noch mehr erschweren. Wenn die Verhandlungen zu einem „Ergebnis" führen, wagen wir vorauszusetzen, daß der Landtag die Gesetzvorlage, wie jede andere Maßnahme, die darauf abzielt, Finnland an Rußland zu ketten, ablehnen wird."

Das radikale Blatt täuscht sich sicher nicht: der Entwurf der Grundgesetzkommission wird gewiß im Landtage einer scharfen Opposition begegnen. Immerhin kann derselbe seitens der „Gemäßigten" auf Unterstützung rechnen, obwohl es an Kritik und Abänderungsvorschlägen auch von dieser Seite nicht fehlen wird. Die Hauptorgane der jungfinnischen und der altfinnischen Partei, „Helsingin Sanomat" und „Uusi Suometar" haben sich mit dem Entwurf im großen und ganzen zufrieden erklärt und sehen in demselben eine gute Grundlage der künftigen Abmachung mit Rußland. Von großer Bedeutung ist es auch, daß er in der Hauptsache von der öffentlichen Meinung in Rußland günstig aufgenommen worden ist. Die russische Regierung hat wahrlich allen Grund, womöglich noch in der letzten Stunde eine Verständigung mit Finnland zustande zu bringen, und das um so mehr, je mehr sich die deutschen Truppen Petersburg nähern und je hoffnungsloser die Lage der russischen Flotte im Finnländischen Meerbusen wird.

Digitized by Google

Aber wird nicht eben dieses Heranrücken der deutschen Streitkräfte Finnland von einer voreiligen Abmachung abhalten? In der Tat, mit einem Gegner zu paktieren, der mit jeder Woche innerlich mehr geschwächt wird, und vor der drohenden äußeren Gefahr sich kaum lange wehren kann, wäre politisch sehr unklug. Um zu verstehen, daß trotzdem einsichtsvolle finnländische Politiker, die doch ihr Vaterland lieben und auch sie die vollständige Trennung von Rußland als die glücklichste Lösung ansehen, eine Verständigung mit der russischen Regierung gerade jetzt zustande bringen wollen, muß man zwei Umstände in Betracht nehmen.

Erstens die drohende Hungersnot. Seitdem die Zufuhr von Lebensmitteln von Rußland fast vollständig aufgehört hat, steht Finnland, das zu seinem Unglück eben in diesem Jahre eine sehr schlechte Ernte gehabt hat, vor der grauenvollen Aussicht, in wenigen Monaten ganz ohne Brot zu sein. Wie kann man — so sagen sich diese Politiker — unter solchen Umständen eine aggressive Politik gegen Rußland führen und dadurch die Möglichkeit einer größeren Getreidezufuhr ganz abschneiden?

Zweitens die unsichere politische und militärische Lage. Man ist in Finnland darüber noch immer im unsicheren, ob man mit dem Eintreten Deutschlands für die Unabhängigkeit Finnlands rechnen kann oder nicht. Wer weiß — so sagt man sich — ob nicht der Friede zwischen Rußland und Deutschland binnen kurzem zustande kommt? Und wer weiß, ob dabei der Stellung Finnlands überhaupt gedacht wird? Muß es nicht im Interesse Finnlands liegen, die jetzt angebotene Gelegenheit zu benutzen, um eine Abmachung mit Rußland auf gute Bedingungen zu erzielen?

Es ist klar: In der deutschen Offensive in Livland liegt für die Finnländer eine Aufforderung zum Ausharren. Namentlich die Eroberung von Ösel und Dagö hat die Stimmung in Finnland sehr gehoben. Aber das lange Warten in diesen drei, vier Kriegsjahren hat die Finnländer pessimistisch gemacht. Weiß überhaupt jemand, ob die Offensive wirklich so weit kommt, daß Finnland unmittelbar berührt wird?

Freilich, es gibt, Gott sei Dank, in Finnland auch Optimisten. Es gibt seit zwei, drei Jahren eine starke, zielbewußte Unabhängigkeitsbewegung, die allmählich auch in den großen Massen Boden gewonnen hat und die bis auf das äußerste jedem Paktieren mit dem Erbfeinde sich widersetzen wird. Diese Bewegung fußt in der festen Überzeugung, daß Deutschland Finnland nicht im Stiche lassen wird. Aber auch die festeste Überzeugung braucht einige Nahrung um leben und sich ausbreiten zu können. Was haben die finnländischen Aktivisten den klugen und vorsichtigen Erwägungen der „Gemäßigten" anderes entgegenzustellen als Mutmaßungen und Wahrscheinlichkeiten? Finnland braucht um seinem Unabhängigkeitsziele unentwegt nachgehen zu können nicht nur die vagen Hoffnungen, zu denen der Vormarsch der Deutschen gegen den Finnischen Meerbusen berechtigt: es braucht auch ein offenes bestimmtes Wort der Anerkennung seiner Ansprüche auf ein unabhängiges staatliches Dasein. Das ganze Volk Finnlands hofft dieses Wort von seiten Deutschlands zu hören. Aber wie wird es sich stellen, wenn dieses Wort ausbleibt?

Digitized by Google

Man wirft es den Finnländern vor, das sie in dieser schweren Stunde der Entscheidung zersplittert sind, daß die Parteien im Inneren einander bekämpfen und nach außen hin keine einige Front aufzeigen können. Der Vorwurf ist berechtigt, aber nur zum Teil. Die Finnländer sind kein Idealvolk, sie tragen in sich dieselben scharfen Gegensätze wie jedes Volk, das der modernen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unterworfen ist; und das um so mehr, weil die zarische Regierung in Finnland, um den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Besitz offen zu halten, einerseits die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft aufstachelte, andererseits die vom Landtag angenommenen Gesetze nicht bestätigte. Daß sie aber auch nach außen in diesem Augenblick anscheinend zersplittert dastehen, das beruht nicht darauf, daß sie sich nicht um das hohe Ziel der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes einigen könnten. Dieses Ziel steht jedem Finnländer klar vor Augen. Nur braucht Finnland, um sich auch über die Mittel zu einigen, einen festen Anhaltspunkt für sein Handeln.

Im Innern der Willkür der russischen Okkupationsarmee preisgegeben und von den Greueln einer furchtbaren Hungersnöt bedroht, braucht Finnland, um der Versuchung einer voreiligen Verständigung mit Rußland widerstehen zu können, die Gewißheit, andere Bundgenossen zu haben als — die russischen Maximalisten.

Streiflichter zur Weltlage XIII

Oktober 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Wenn uns im September der Lauf der Ereignisse einen Wendepunkt in der Geschichte dieses Krieges anzuzeigen schien, so hat der Oktober diese Wendung zugunsten der Mittelmächte bereits gebracht. Die wütenden Angriffe in Flandern, an der Aisne und Maas haben unseren Feinden den ersehnten Durchbruch unserer Verteidigungslinie, der allein von maßgebender Wichtigkeit hätte sein können, nicht gebracht. Sie haben ganz ungeheure Verluste erlitten, denen gegenüber der neue Erfolg, dessen die Franzosen sich rühmen können, so schmerzlich immer er für uns ist, doch völlig verblaßt. Den Engländern hat die erneute Beschießung Londons und der übrigen befestigten Orte und Kriegsanlagen, die unsere Zeppeline aufsuchten, aufs neue gezeigt, daß die Überlegenheit im Luftkampfe uns gehört und der Schutz, den sie an ihrer insularen Lage zu haben meinten, aufgehört hat, während die Versenkung des Geleitzuges, den ihre Zerstörer „Rose" und „Strongbow" verteidigten, ohne schließlich sich selber schützen zu können, bewiesen, daß selbst an den Shetlandsinseln, die dem Sitz der englischen Kampfflotte zunächst liegen, es Sicherheit vor der Kühnheit unserer Torpedoboote nicht gibt. Der französische Admiral Degouy weist darauf hin, daß man in dem verbündeten Frankreich erst nach 4 Tagen von dieser für England so beschämenden Katastrophe erfahren hat und klagt darüber, daß der Angriffsgeist „la mentalité offensive" so

Digitized by Google

ganz auf deutscher Seite zu finden sei. In noch höherem Grade trat diese unbestreitbare geistige und moralische Überlegenheit unserer Heeresleitung und unserer Truppen, zu Wasser wie zu Lande, bei der glorreichen Expedition ans Licht, die den Rigaschen Meerbusen zu einem deutschen Gewässer machte und uns Oesel, Dagö, Moon und die kleinen Inseln in die Hände spielte. Es war ein Meisterzug unserer Strategie und eine an Geschlossenheit der Ausführung und Ausdauer im Vorwärtsdrängen musterhafte Leistung von Mannschaft und Flotte. Und doch muß man die Frage aufwerfen, ob die jüngste in Gemeinschaft mit unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen durchgeführte Offensive gegen Italien nicht noch höher einzuschätzen ist. Das Urteil wird sich darüber erst fällen lassen, wenn man die Ergebnisse dieser beiden glänzenden Waffentaten würde übersehen können. Die alte Frage: was wird man daraus machen? muß erst beantwortet sein, wenn der Vergleich gezogen werden soll. Nun wollen freilich Engländer und Franzosen den Italienern zu Hilfe eilen, aber es ist zweifelhaft, ob der gewiß vorhandene Wille ausführbar ist, und wenn ja! ob es rechtzeitig eintreffen kann. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Italiener als Lohn ihres Verrats und der Erinnerung an 11 vergebliche Isonzoschlachten, hunderttausendfältige Todesopfer, aber keinen Fetzen fremden Landes behalten werden. Unberechenbar aber ist die Nachwirkung, welche ihre furchtbare Niederlage auf das Verhalten derjenigen Elemente haben wird, die schon längst darüber einig sind, daß Cadornas Kriegspolitik und Sonninos Diplomatie ein Unglück für das Land sind. Im Vordergrunde des Interesses aber steht noch immer der Zersetzungsprozeß, der sich unaufhaltsam auf russischem Boden vollzieht. Es gehört die erstaunliche Hartnäckigkeit von Professor Hoetzsch dazu, um sich noch immer über die russische Wirklichkeit zu verblenden. Suchen wir uns den Verlauf der Ereignisse, die sich auf russischem Boden abgespielt haben, in ihren Hauptzügen zu vergegenwärtigen. Nachdem der Sfuchomlinowprozeß und das noch immer nicht ganz aufgeklärte Abenteuer Kornilows mit der Verurteilung des einen und der Verschickung des anderen nach Bychow seinen Abschluß gefunden hatten, bildete Kerenski ein Koalitionsministerium, dem er als Ministerpräsident und Generalissimus vorstand. Stellvertretender Ministerpräsident wurde der Handelsminister Konowolow, Tereschtschenko behielt das Auswärtige, Werchowski den Krieg, Werderewski die Marine. Das Innere fiel Nikitin zu, Prokopowitsch die Verpflegung, Gwosdew die öffentlichen Arbeiten, Kischkin Fürsorgewesen, die Volksaufklärung Salaskin, die Wege Liverowski, Bernatzki Finanzen, Kultus Kartaschew, Kontrolle Smirnow, Maljontowitsch die Justiz. Endlich der Vorsitzende des Hauptökonomiekomitees Tretjakow. Von diesen Ministern gehören nur 4 der Partei der Kadetten an, die übrigen Sozialdemokraten (Minimalisten) oder Sozialrevolutionären aber den letzteren gehören die wichtigsten Ministerien und die Leitung. Am Abend des 8. Oktober wurde diese Liste veröffentlicht. Schon vorher hatte eine sogen. demokratische Konferenz getagt, die ihre Sitzungen bereits am 5. Oktober schloß und ihre Vollmachten auf einen

Digitized by Google

Rat übertrug, der 240 Köpfe zählte und als Fundament für das Vorparlament dienen sollte, das auf Antrag des Kaukasiers Zeretelli beschlossen wurde und das berechtigt sein sollte, die provisorische Regierung zur Verantwortung zu ziehen und sie zu interpellieren. Am 9. Oktober bestätigte die provisorische Regierung dieses Vorparlament. Aber gleich die erste Sitzung verlief überaus stürmisch. Die neue maximalistische Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrats hatte sogleich einen gegen das Vorparlament gerichteten Beschluß angenommen, weil ihm die zu einem Drittel (120 gegen 240) vertretenen bürgerlichen Parteien zu stark zu sein schienen. So konnte es geschehen, daß das Vorparlament, dessen erste Sitzung bis 6 Uhr morgens dauerte, in einen vollen Mißerfolg auslief und daß der stärkste Eindruck, den es hinterließ, die in die Versammlung hineingeworfenen Worte des Bolschewiks Kamenew waren: Wir wollen weder Duma, noch Reichsrat, noch Todesstrafe! Das ist das politische Glaubensbekenntnis der Maximalisten und gewiß werden sie dabei bleiben. Der Abschluß war eine völlige Verwirrung und die „Nowoje Wremja" mag recht haben, wenn sie ihre Eindrücke dahin zusammenfaßt: „Etwas Unsinnigeres als was in dieser Nacht geschah, kann man sich nicht vorstellen." Da die hier eingetroffenen russischen Zeitungen nur bis zum 14. Oktober reichen, sind wir für das weitere auf die Nachrichten angewiesen, die der Telegraph und die Korrespondenten französischer und englischer Blätter geben. Zurzeit tagt ein Sowjet (Rat) der russischen Republik, der am 18. eröffnet wurde, 555 Mitglieder zählt und bestimmt ist, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, gleichsam als Ersatz derselben, überwachend der provisorischen Regierung zur Seite zu stehen. Die konstituierende Versammlung, die am 26. November zusammentreten soll, wird aus 730 Personen bestehen, was fast genau der Zahl der Vertreter im Pariser Nationalkonvent vom 20. September 1792 entspricht (750) und könnte zu ähnlich blutigen Ereignissen führen. Duma und Reichsrat sind aufgelöst, in allen Städten aber regieren die Komitees, in denen fast ausnahmlos die extremen Elemente überwiegen. Das gilt nächst Petersburg und Kronstadt, namentlich von Moskau, das nach einer soeben erfolgten Zählung 1 645 000 Einwohner hat.

In das Chaos, das im Kampf um die sich ablösenden staatlichen Organisationen immer haltlosere Formen annahm, schlug am 13. die Nachricht von der Besetzung Oesels wie eine aus heiterem Himmel fallende Bombe ein. Hatte schon die Einnahme von Riga sehr ernste Sorgen erregt, so war jetzt die Folge eine Panik. Es ist sehr schwer gewesen, ein allgemeines Flüchten aus Petersburg zu verhindern, und auch die provisorische Regierung hat sich sehr ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, nach Moskau überzusiedeln. Es scheint, daß nur der Druck des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats sie daran verhindert hat. Das nächste was geschah, war die Überführung dreier Generäle, die wahrscheinlich als Anhänger Kornilows verdächtig waren, nach Bychow auf der Halbinsel Kola. Es waren die Generäle Elsner, Demkin und

Digitized by Google

Markow, die jetzt dem unglücklichen Kornilow Gesellschaft leisten können, vorausgesetzt, daß man es gestattet und ihnen nicht Einzelhaft auferlegt. Kerenski trat als Generalissimus zurück, und an seine Stelle wurde ein wirklicher General Woloschenko gesetzt, über dessen besondere Gaben wohl erst die Zukunft uns belehren wird. Fünf junge Offiziere wurden zu Armeeführern ernannt und für die Verteidigung Petersburgs, die offenbar für dringend notwendig gehalten wird, der Plan des Generals Tscheremissow angenommen. Reval, Hapsal, Pernau nebst den naheliegenden Gebieten sollen militärisch verstärkt werden, ebenso die Küsten Finnlands. Auch ein neuer Generalquartiermeister, Diedrichs, ist ernannt worden. Zugleich aber wird laut nach englischer Hilfe gerufen und zwar wird dabei an ein Durchstoßen der englischen Flotte durch Nordsee und Ostsee zum Finnischen Meerbusen gedacht! Als ob sie den Entschluß, den sie drei Jahre lang nicht finden konnten, nun plötzlich auf die Nachricht von dem Versagen der russischen Kraft fassen werden. Den in Rußland anwesenden See- und Landoffizieren werden die weitesten Zugeständnisse gemacht. Die Leitung der Marine ist zum Teil, die der eventuellen Verteidigung der Aalandsinseln ganz in ihre Hände gelegt. Trotzdem scheint es mit der Wiederherstellung der Disziplin nicht vorwärts zu gehen. Die Mörder auf dem „Petropawlowsk" sind noch immer nicht bestraft worden, und die Offiziere, die von den meuternden Matrosen gefangen gehalten werden, noch immer nicht freigegeben worden. Im Innern aber dauern die blutigen Unruhen fort; es würde viele Seiten Raum erfordern, aufzuzählen, was alles an Greueltaten von Pöbel und Soldaten im Laufe des letzten Monats verbrochen worden ist. Besonders schlimme Fälle, wie die Ermordung des Generals von Hirschfeld an der rumänischen Front, als er seine Untergebenen zur Erfüllung ihrer militärischen Pflichten anhalten wollte und diese ihn nun völlig nackt an einen Baum banden und mit Bajonettstichen umbrachten, werden von den russischen Zeitungen ausführlich erzählt, über anderes, wie über die „Pogrome" in Charkow, Tiraspol, im brennenden Astrachan geht man mit einer kurzen Notiz hinweg, obgleich dabei noch weit Schlimmeres vorgegangen sein mag. Denn in Rußland geht — wie ein langer Artikel der „Nowoje Wremja" vom 12. Oktober erzählt — die grüne Schlange um. Victor Hehn in den köstlichen Aphorismen „de moribus ruthenorum" (Stuttgart 1892, Verlag von J. G. Cotta) erklärt uns die Bezeichnung. „Wenn man mit dem Champagner der Zivilisation den Tribut gezahlt hat, lassen sie sich Schnaps kommen, um ihr Herz zu vergnügen. Auch leiden sie alle am delirium tremens. Die Meisten leiden am letzteren erst in dem leichteren Stadium, d. h. sie sehen bloß Teufelchen (Tschortotschka); andere sehen schon die grüne Schlange; die am übelsten dran sind und dem gewissen Tode verfallen, sehen den blutigen Jungen (Krowawy maltschik)." Diejenigen von denen die „Nowoje Wremja" spricht, daß sie die grüne Schlange sehen, sind die russischen Bauern, die jetzt, seit das Branntweinverbot mißachtet wird, ihr Korn zurückhalten, um Branntwein

Digitized by Google

zu brennen, um teils selbst zu trinken, teils teuer zu verkaufen. Vielfach kommt es dann vor, daß infolge des Mißbrauchs von Branntwein die Schnapsniederlagen in ehrlicher Entrüstung erstürmt und zertrümmert werden. Wenn aber der Branntwein aus den Fässern ist und das kostbare Naß durch die Gassen fließt, wird die Versuchung so stark, daß auch die entrüsteten Zerstörer der Alkoholniederlagen ihr nicht widerstehen und schließlich alle drei Stadien, die Teufelchen, die grüne Schlange und der blutige Knabe in schneller Folge bei allen erscheinen, die an dem moralischen Werk der Branntweinvertilgung beteiligt waren. Die Judenpogrome in Beßarabien sollen meist diesen Anfang nehmen. Man muß Gorki gelesen haben, um die Seelenzustände zu verstehen, die aus dem Russen die Bestie machen, die dann unzweifelhaft aus ihm spricht und handelt. Es wäre noch vieles zu sagen, um den Zusammenbruch des heutigen Rußland voll verständlich zu machen. Die Energie, die bei einzelnen Personen trotz allem zutage tritt, kann darüber nicht täuschen, daß anhaltendes folgerichtiges Handeln von keinem von ihnen zu erwarten ist. Sie halten eine Zeitlang durch, dann versagen sie: nadojelo (ich habe es zum Überdruß getan, ich kann nicht mehr). Jetzt kann es bereits von der Mehrzahl aller Besitzenden heißen, sie haben die Freiheit und die Revolution satt bekommen und sehnen sich nach einem Herren. Aber auch von Kerenski wird es bald heißen: nadojelo! und das Strohfeuer des Enthusiasmus, den der Gedanke der Verteidigung Petersburgs hervorrief, wird ebenso verfliegen, wie all die Freiheitsideale, mit denen man Rußland und die Welt berauschte. Der „Temps“ schreibt an der Spitze einer Betrachtung über die russischen Zustände: Die Bürde der Freiheit: einst war es der Titel einer Komödie, heute der eines Trauerspiels!

Sollte man denselben Ausspruch nicht auch auf die in Frankreich, Amerika und in England herrschende „Freiheit“ anwenden dürfen? Nach unseren Freiheitsbegriffen ist sie in keinem dieser Länder vorhanden. Nur ist es merkwürdig, daß in Frankreich die Tyrannei von einem Mann ausgeübt wird, an dem nichts Imponierendes aufzuweisen ist, während in England der Kelte Lloyd George es verstanden hat, seiner rastlos arbeitenden Phantasie die Bulldog-Naturen der Carson, Churchill und Genossen dienstbar zu machen und in Amerika die salbungsvolle Heuchlerseele Wilsons, das leidenschaftliche Interesse der Geldmacher an sich gefesselt hat. Das Ergebnis aber, das sich in allen drei Staaten und ähnlich in dem Italien d'Annuncios für die Völker ergab, war der Verlust ihrer Freiheitsrechte und ein brutaler Zwang, für den es keine Grenzen überhaupt nicht mehr gibt. Sie alle wissen bereits, daß sie Einsatz auf Einsatz in dem hohen Spiel, das sie spielen, verloren haben, aber sie treiben das Pferd, auf das sie gesetzt haben, mit Peitsche und Sporen an. „Der deutsche Renner fällt vor dem englischen zusammenbrechen“, schrieb die „Daily Mail“ vom 10. Oktober, und am 15. hieß es in demselben Blatt: „Die Karte wird bei der Friedenskonferenz das Wort haben. So lange Deutschland stark genug ist, Land der Alliierten zu be-

Digitized by Google

haupten, ist es auch stark genug, einen deutschen Frieden zu schließen." Deshalb dürfe England nur als Sieger auf deutschem Boden mit uns verhandeln! Und in diesem Wahn stürmen Engländer und Franzosen immer aufs neue an und opfern Hunderttausende auf Hunderttausende, ohne jenes Zusammenbrechen zu erreichen, an dessen Möglichkeit von Tag zu Tag der Glaube mehr schwinden wird. Frankreich krankt an seinen „Affären" wie fast ununterbrochen im Lauf der Geschichte seiner dritten Republik und dabei verblutet ihm die eigene Kraft und fremdes Blut verfälscht ihm Rasse und Zukunft. Auch England glaubt nicht mehr aus eigener Kraft das Ziel zu erreichen und ruft nach Amerika, in dessen Abhängigkeit es bereits politisch und finanziell steht. Seine Stellung in Ostasien ist verloren und Japan dort der Herr, wo bisher englischer Einfluß gebot. Amerika verspricht, wenn der Winter vorüber ist, seine Flieger über den Ozean zu Hilfe zu schicken und seine Truppen zu senden, wenn sie beisammen sein werden und wenn die Schiffe gebaut sind, welche sie hinüberfahren sollen. Alle aber haben sie drohende Sorge zu tragen: Frankreich, seine Schlappen im algerisch-tunesischen Hinterlande und in Marokko, England in Indien und in Irland, Italien in Tripolitanien. Man lese, was über diese Probleme das jüngste Heft des „Neuen Orient" (Band 2, Heft 2) an Material vorbringt, das uns von Engländern, Franzosen und Italienern wohlweislich verschwiegen worden ist.

Überall wendet sich das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker gegen seine Urheber und werden Stimmen laut, wie die der Mrs. Besant in Indien, oder seinerzeit die des Iren Casement, der wie ein mahnender Rächer die Iren zum Kampfe gegen englische Tyrannei anfeuerte. Auch die Welt der Neutralen, die dank den Erfolgen Deutschlands ihre Neutralität noch behauptet, wird allmählich den Bann los, der sie an die schließliche Überlegenheit der Alliierten glauben ließ. Sie beginnen der Wirklichkeit mehr zu glauben, als englischen Telegrammen und Zeitungen und als dem unwahren Tugendpathos Wilsons. Mir liegt der Brief eines patriotischen Schweden vor, der unglücklich ist, daß in diesem Kriege Schweden nicht an der Seite Deutschlands in diesem Krieg eingegriffen hat. Er schreibt u. a.: „Wenn wir nur eine bessere Regierung hätten als die neue, dann würden wir die Pazifizierung Finnlands übernehmen können. Aber mit diesen kurzsichtigen Pazifisten und international angehauchten Großkapitalisten, die mit den Sozialdemokraten ein pactum turpe (einen schändlichen Pakt) geschlossen haben, ist nichts anzufangen. Für eine nationale Politik mit weitgehenden Zielen ist in dieser bunten Gesellschaft kein Verständnis vorhanden. Glücklicherweise ist die Lage an der Ostsee für Deutschland so günstig, daß für Brantings Pläne kein Boden mehr da ist. Auch handelspolitisch sind wir von Deutschland so abhängig, daß ein Abbrechen der Handelsverbindungen mit Deutschland für uns dem Selbstmorde gleich käme. Branting ist also als Minister, wenn nicht ganz unschädlich, doch im ganzen ungefährlich, wie die Verhältnisse momentan liegen. Und seiner Tätigkeit als Agitator sind durch seine verantwortliche Stellung als Minister

Digitized by Google

Schranken gesetzt, die er früher nie gekannt hat!“ Das ist gewiß richtig und wäre mutatis mutandis auch auf andere Neutrale anzuwenden. England und Amerika halfen uns, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten und dabei, so glauben wir fest, wird es noch bleiben.

Am 15. August ist Seine Majestät der Kaiser nach seinen bedeutsamen Besuch in Sofia Gast des Sultans in Konstantinopel gewesen. Der von den Engländern vertriebene Khedive Abbas Hilmi war zurzeit dort. Gleichzeitig traf die Nachricht vom Tode des englischen Gegenkhediven Hussein Kamel ein, der plötzlich gestorben ist. Als seinen Nachfolger hat Lloyd George Ahmed Fuad, einen Sohn jenes Ismael Pascha eingesetzt, mit dem Disraeli das glänzende Geschäft abschloß, das England zum Herren des Suezkanals machte.

Gedanken zur Verwaltungsreform[1]

Von Ulrich v. Hassell, Regierungsrat

Der Aufforderung des Herrn Professors Stein, in der „Deutschen Politik“ über die Verwaltungsreform zu sprechen, komme ich gern nach. Ich halte die Frage der Verwaltungsreform für keine politische Frage und glaube daher mich nicht durch den Umstand abhalten lassen zu sollen, daß ich zu vielen innen- und außenpolitischen Fragen einen anderen Standpunkt einnehme als diese Zeitschrift. Im übrigen ist es wohl richtig zu betonen, daß ich lediglich persönlichen Auffassungen Ausdruck gebe, nicht aber etwa im Auftrage oder Namen des Verbandes der preußischen Landkreise spreche.

Ein alter Praktikus der preußischen Staatsverwaltung bin ich nicht. Wenn ich es trotzdem unternehme, einige Worte — nicht über Einzelheiten, sondern über allgemeinere Fragen — zu sagen, so möchte ich das damit rechtfertigen, daß ich durch meine Laufbahn Gelegenheit gehabt habe, eine ganze Reihe von Verwaltungen kennen zu lernen, nämlich neben der preußischen Justizverwaltung und allgemeinen Staatsverwaltung den Kolonialdienst im Bereich des Marineamts und den auswärtigen Dienst, während ich zurzeit als Direktor des Verbandes der Landkreise in enger Fühlung mit den preußischen Kreisverwaltungen stehe.

An Auslandserfahrungen anknüpfend möchte ich meinen Ausführungen den Gedanken voranstellen, den Herr Professor Stein im Heft 33 dieser Zeitschrift hervorgehoben hat, den Gedanken nämlich, daß die Persönlichkeit des Beamten wieder mehr zur Geltung kommen müsse, daß der Beamte Freude am Wirken und Freiheit zur Initiative haben und ein Mann sein müsse mit Verantwortung und Verantwortlichkeitsgefühl. Die Entwicklung in unserm festgefugten, instanzenreichen,

[1] Dieser Aufsatz wurde bereits vor mehreren Wochen geschrieben, mußte aber wiederholt mit Rücksicht auf wichtige, zu behandelnde Tagesereignisse zurückgestellt werden.

Digitized by Google

immer größer und verwickelter werdenden Verwaltungskörper ist dieser Forderung nicht günstig gewesen. Es kommt dazu, daß selbständige Persönlichkeiten „kantig" und daher unbequem zu sein pflegen, auch leicht einmal „anstoßen". Solche Leute waren in den letzten Jahrzehnten nicht beliebt, die Parole „Um Gottes willen nicht anstoßen" stand bedenklich hoch in Ehren. Im übrigen wird dem einzelnen höheren Beamten fast in der Mehrzahl der Fälle durch ein Kollegium oder eine höhere Instanz oder — am häufigsten — durch einen Vorgesetzten die letzte Verantwortung abgebürdet. Insbesondere ist die Zahl der Fragen sehr groß, in denen ein Ministerium das letzte Wort zu sprechen hat, ein Zustand, der eine starke Überlastung der allzu vielköpfig werdenden Zentralstellen zur Folge hat, und zwar mit vielen Dingen, die für diese Behandlung ganz ungeeignet sind. Die Entscheidung trifft dann schließlich der Sache nach ein vortragender Rat, der nicht die Verantwortung trägt. Die Notwendigkeit zur freien Entscheidung mit unmittelbarer Wirkung in der Welt der Tatsachen ist also für den Beamten in der Staatsverwaltung verhältnismäßig selten gegeben. Kann man denn aber diese Selbständigkeit dem Durchschnittsbeamten der höheren Laufbahn überhaupt zutrauen, und darf man sie ihm im Interesse des Ganzen einräumen? Ein starker Beweis dafür wird in den überseeischen Ländern geliefert, der Beweis, daß der Zwang zur Selbständigkeit auch zur Selbständigkeit erzieht und den Erfolg in erstaunlich weitem Umfange für sich hat. Unter den jungen, sich schnell entwickelnden und verändernden Verhältnissen da draußen sind plötzlich alle Gerüste und Stützen versunken, die im geordneten Zuhause den Mitteleuropäer sichern und halten. Nicht nur die jungen Kaufleute, die Außenposten für ihre Firma verwalten, sondern ebenso auch junge Konsular- und Kolonialbeamte, die an vorgeschobenen Orten das Interesse des Reichs wahren, haben keine Möglichkeit, hinter Vorgesetzten oder Kollegien Deckung zu suchen oder nach gleichliegenden Vorgängen zu verfahren. Selbst an den größeren Plätzen sind die Ansprüche die an die Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit des einzelnen Mannes gestellt werden, sehr groß. Die Persönlichkeit ist auf sich selbst gestellt, „Nummern" sind nicht zu brauchen. Die Leute draußen sind nun im Durchschnitt nicht klüger und nicht besser vorgebildet als zu Hause; etwas Abenteuerlust oder Drang in die weite Welt, die sie hinausgetrieben haben, genügen auch nicht, um sie ohne weiteres als Elite erscheinen zu lassen, der eben mehr zugemutet werden darf. Wir können also durchaus für die heimatlichen Verhältnisse Schlüsse aus der Tatsache ziehen, daß diese auf sich selbst gestellten jüngeren Leute ihre Sache im großen und ganzen gut gemacht und mitgeholfen haben, uns die Weltstellung zu erringen, die England das dringende Bedürfnis fühlte zu vernichten. Ich habe an anderer Stelle[1] versucht zu zeigen, wie notwendig es ist, bei uns Volkswirtschaft und Weltwirtschaft materiell und geistig miteinander zu verschweißen. Auch die Verwaltungsreform darf unter

[1] Roter „Tag" vom 1. April 1917.

Digitized by Google

diesem Gesichtspunkt beleuchtet werden. Ein Mittel, das wohl zu erwägen wäre, scheint mir ein stärkerer Austausch von Auslands- und Inlandsdienst. Er braucht nicht zur Regel zu werden. Aber für den Beamtenkörper sowohl wie ganz besonders für manche Behörden würde eine gewisse Durchsetzung mit Auslandsbeamten nur nützlich sein können.

Der Kernpunkt wird damit freilich noch nicht getroffen. Er liegt einmal in der ganzen Handhabung der Verwaltung, in der Bewertung der Persönlichkeit, sodann aber, wie Herr Professor Stein treffend hervorhebt, in der hier zur Erörterung stehenden Organisation. *Hat denn nun die geplante organisatorische Verwaltungsreform in der Tat als eines der Hauptziele diese Hebung der Entschlußkraft und Wirkungsfreudigkeit der Beamten?* Es werden ja die verschiedensten Zwecke als richtunggebend genannt, z. B. die Ermöglichung sparsamerer Verwaltung, sodann die Vereinfachung des Geschäftsverkehres u. a. m. Die letztere wird man ohne weiteres als ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, gelten lassen. Bei der ersteren liegt es schon schwieriger. Niemand wird, gerade bei der voraussichtlich bedrängten finanziellen Lage des Staates in den nächsten Jahrzehnten, an der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit zweifeln. Aber es ist überaus gefährlich, bei einer Reform, die aus unmittelbar sachlichen Gründen erforderlich ist, den Sparzweck zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Wir haben Beispiele genug erlebt, bei denen kleinliche Sparsamkeit große Aufgaben beeinträchtigt hat. Letzten Endes wird solche Sparsamkeit dann meist die Quelle sehr viel größerer finanzieller Aufwendungen. *Der Gesichtspunkt sachlicher Notwendigkeiten darf auf keinen Fall durch den der Sparsamkeit verfälscht werden.* Eine zweckmäßig eingerichtete Verwaltung mit einfachem Geschäftsgang, die sich gleichzeitig einen selbständig und freudig arbeitenden Beamtenkörper heranbildet, wird auf die Dauer mittelbar und unmittelbar auch die sparsamste sein.

Legt man nunmehr bei Einzelfragen der organisatorischen Reform den vorangestellten Gesichtspunkt der Förderung der Beamtenpersönlichkeit als Maßstab an, so wird man sich gegen zweierlei aussprechen müssen. *Gegen allzuviel Instanzen und gegen eine ausgedehntere Anwendung des Kollegialsystems.* Die Verringerung der Instanzenzahl wird gewöhnlich mit der Begründung bekämpft, daß man nicht von einem Idealzustande vollendeter Gewissenhaftigkeit, Gesetzeskenntnis und Urteilskraft der Beamten, sondern von der Tatsache ausgehen müsse, daß man es mit notwendig mangelhaften *Menschen* zu tun habe; das erfordere die Sicherstellung richtiger Entscheidung durch Beteiligung mehrerer Stellen hintereinander. Demgegenüber wird man wohl die „Menschlichkeit" der Beamten, nicht aber die Wirksamkeit des vorgeschlagenen Mittels allgemein zugeben können. So nötig die Möglichkeit einer mehrfachen Prüfung oder Nachprüfung in wichtigen Angelegenheiten auch zweifellos ist, so zweckwidrig und gefährlich ist eine Übertreibung des Grundsatzes sowohl in

Digitized by Google

der Richtung zu vieler Instanzen, als auch in bezug auf den Kreis der Angelegenheiten, die überhaupt eine solche Behandlung erfordern und ertragen. Die Erziehung zu äußerster Gewissenhaftigkeit sowohl wie zur Verantwortungsfreudigkeit wird durch Beschränkung der Instanzen ebensosehr gefördert, wie die Beschleunigung des Verfahrens. Fehlentscheidungen, die dann unabänderlich sind, müssen in den Kauf genommen werden, können im übrigen aber auch auf dem Gebiete der Verwaltung (im Gegensatz zur Rechtspflege) sehr häufig nachträglich irgendwie ausgeglichen werden. Zur Verringerung der Instanzen ist es nicht ohne weiteres erforderlich, eine Behörde, eine Stufe des bisherigen Behördenorganismus, überhaupt aufzuheben; es kann in den einzelnen Angelegenheiten der Instanzenzug auch ohne das eingeschränkt werden. Aus anderen Gründen aber — sparsame Einrichtung der Verwaltung, Vereinfachung des Organismus und des Geschäftsgangs — ist die Frage, ob nicht eine der Provinzialbehörden — Regierung oder Oberpräsidium — ganz gestrichen werden können, in den Vordergrund der Erörterung getreten. Die Gründe dafür und dagegen können hier nicht im einzelnen durchgegangen werden. Man wird auch betonen müssen, daß man schwerlich mit völliger Sicherheit die Wirkung einer so einschneidenden Maßnahme voraussehen kann; die lebhaften Schilderungen des Zustandes, der nach Ansicht der Freunde bezw. Gegner der Maßnahme infolge ihrer Durchführung eintreten wird, haben nur einen sehr bedingten Wert. Ich persönlich möchte glauben, daß eine gründliche Reform kaum anders möglich ist als durch solche Verminderung unseres allzu behördenreichen Verwaltungsorganismus, und zwar durch Aufhebung der Regierung. Die ursprüngliche Einrichtung, das sei hier nur kurz erwähnt, lief der Sache nach auf nur zwei Verwaltungsinstanzen hinaus, auf den Kreis und den Regierungsbezirk; der Oberpräsident war ohne erhebliche eigene Verwaltung als mehr repräsentative Spitze gedacht. Aus dieser Tatsache ist nun von manchen Seiten gefolgert worden wenn überhaupt eine Behörde fallen solle, so müsse es das Oberpräsidium sein, das sich gegen die Absicht zu einer wirklichen Verwaltungsbehörde entwickelt habe; außerdem sei die Vereinigung der gesamten bisher bei den Regierungen liegenden Verwaltungstätigkeiten beim Oberpräsidium deshalb bedenklich, weil der Bezirk für eine wirksame Verwaltung zu groß sei und ferner auf diese Weise eine viel zu umfangreiche, schwerfällige Behörde geschaffen würde. Der historische Grund trifft meines Erachtens nicht zu; die tatsächliche Entwickelung läßt sich nicht beiseite schieben, und diese Entwickelung hat in erstaunlich kurzer Zeit dazu geführt, fast überall nicht die Regierungsbezirke, sondern die Provinzen zu wirklichen Gebietseinheiten werden zu lassen, dank vor allem der Gestaltung der Selbstverwaltung. Die Provinzen ebenso wie die Kreise, nicht die Regierungsbezirke, sind lebendige, sich immer mehr entwickelnde Selbstverwaltungskörper geworden; an die Verwaltungseinheit auf dem Gebiete der Selbstverwaltung und die zunehmende wirtschaftliche Einheit ist zweckmäßig auch der Staatsverwaltungsbezirk anzuknüpfen.

Digitized by Google

Durch die enge Berührung mit der Selbstverwaltung wird die Staatsverwaltung am besten davor bewahrt, ein totes Gerüst zu werden. Was die Größe der Bezirke angeht, so ist zu bedenken, daß vor hundert Jahren an den Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen gemessen ein Regierungsbezirk reichlich so weitläufig war, wie heute eine Provinz. Die Rheinprovinz ist vielleicht die einzige die nach ihrer ganzen Struktur eine Teilung verlangen und ertragen würde, ohne daß es übrigens deshalb erwünscht wäre, eine reine Industrieprovinz zu schaffen. Der große Umfang der zu schaffenden Provinzialbehörde endlich ist zuzugeben; dieser Nachteil muß in den Kauf genommen werden, läßt sich im übrigen durch geeignete Gestaltung der Behörde ganz erheblich abschwächen. Erfolgt eine Beseitigung der Regierung, so sollte sie vollständig sein; die von manchen Seiten befürwortete Aufrechterhaltung von Rumpf-Regierungsabteilungen für einzelne Zweige muß notwendig den Zweck der ganzen Reform vereiteln.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen meines Erachtens besonders wichtigen Gesichtspunkt hinweisen, nämlich den der Einheit der Verwaltung. Manche Stimmen haben befürwortet, bei Aufhebung der Regierungen der Schul-, Steuer-, Landwirtschafts- und Medizinalverwaltung eigene, vom Oberpräsidenten unabhängige Spitzen in der Provinz zu geben. Ein solches Verfahren würde ganz außerordentlich bedenklich sein. Diese Einzelzweige lassen sich nicht ungestraft aus der übrigen Verwaltung völlig herausbrechen. Wir haben die Ressort-Trennung schon an der obersten Stelle, in den Ministerien. In der Provinz ist es unbedingt erforderlich, die Einheit der Verwaltung (abgesehen von den technischen Berg- und Eisenbahnverwaltungen) durch die gemeinsame Spitze zu wahren; der eine Zweig berührt den anderen unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen provinziellen Interessen so eng, ein Ineinandergreifen findet so häufig statt, daß die gemeinsame Spitze — bei aller wünschenswerten Selbständigkeit der Zweige — zur Vermeidung schädlichen Ressortpatriotismus und überzüchteten Spezialistentums unbedingt erforderlich ist.

Das Kollegialsystem findet heute in der Justiz und in der Selbstverwaltung sehr ausgedehnte Anwendung, in der eigentlichen Staatsverwaltung tritt es dagegen hinter der „bureaumäßigen" Form zurück. Hauptfall in der letzteren Verwaltung ist die kollegiale Gestaltung der Regierungsabteilungen II und III. In der Justiz läßt sich für das Kollegialsystem mit einigem Grunde der Gesichtspunkt geltend machen, daß eine größere Sicherheit für eine objektive Würdigung aller Seiten des Falles vor der res judicata geschaffen werden soll. Die Selbstverwaltung beruht wesentlich auf der Tätigkeitsform der „Beratung"; es handelt sich da um Interessenabwägung, und die kollegiale Bearbeitung ist ohne weiteres als zweckmäßig gegeben. Ganz anders in der eigentlichen Staatsverwaltung. Die Exekutive, die hier in Frage steht, beruht auf Autorität und bedeutet Entscheidung. Hier ist das Feld des einzelnen Beamten, der als Vertreter des Staatsgedankens und Staatsinteresses bestellt

Digitized by Google

ist, als solcher empfindet und die Verantwortung der Entscheidung übernehmen muß. Tatsächlich besteht denn auch das Kollegialsystem der Regierungsabteilungen mehr in der Theorie. Die Notwendigkeit von Beschlußbehörden (Provinzialrat usw.), auf die nicht näher eingegangen werden soll, wird hierdurch nicht berührt.

Ganz unmöglich ist das Kollegialsystem bei der unteren Verwaltungsbehörde, dem Landrat. Alles beruht hier auf der verantwortungsfreudigen, unverbrauchten Persönlichkeit. In ihm vereinigt sich in besonders wirksamer Weise Staatsverwaltung und Selbstverwaltung. Ihn für das erstere Gebiet durch ein Kollegium zu erdrosseln, für das letztere durch einen neben ihm stehenden gewählten Kreishauptmann zu „entlasten", wie das beides vorgeschlagen worden ist, wäre geradezu widersinnig. Die Stellung des Landrats erhält pulsierendes Blut in immer wachsendem Maße durch die sich gewaltig entwickelnde Selbstverwaltung der Kreise; letztere ist für ihn ein wichtigeres Lebenselement als die oft erörterte Eigenschaft als „politischer Beamter", auf die der heutige Landrat vielleicht ganz gern verzichten würde. Staatsbeamter im wahren Sinne des Wortes muß er freilich daneben bleiben. Fallen die Regierungen, so wird sich sein Verwaltungsbereich außerordentlich vermehren. Schon jetzt ist er in größeren Kreisen überlastet, die weitere Vermehrung wird daher eine bedeutende Vergrößerung der Behörde im Gefolge haben müssen. Es wäre bedauerlich, wenn das zwei Folgen haben würde, die nahe liegen: Erstens eine Bureaukratisierung der Behörde (kleine „Regierung") und Verstärkung der Schreibtischarbeit, die die lebendige Fühlung mit dem Kreise erschwert. Um das zu verhindern, wird der Unterbau der Verwaltung auf dem Lande verstärkt und im übrigen der Landrat auf Nebengebieten entlastet werden müssen. Hier kommen z. B. die Militärsachen und vielleicht die Versicherungsangelegenheiten in Betracht; ferner wird — nach meinem persönlichen Dafürhalten — eine Abtrennung der Steuersachen auf die Dauer nicht zu umgehen sein, aber eine Abtrennung nur der eigentlichen Arbeit — ganz sollte der Zusammenhang zwischen Landratsamt und Steuerveranlagung nicht gelöst werden. Die andere bedauerliche Wirkung einer Vergrößerung des Landratsamts wäre eine Hinausschiebung des für Ernennnng zum Landrat durchschnittlich geforderten Dienstalters. In Deutschland besteht ohnehin die gefährliche Neigung, den Beamten erst zu spät in eine verantwortliche Stellung gelangen zu lassen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich hier allmählich ein Wandel anbahnte; jedenfalls wird man gut tun, auch für das vergrößerte Landratsamt kein höheres Dienstalter zu verlangen als das heute übliche.

Nur einige wenige Punkte aus dem wichtigen Gebiete der Verwaltungsreform habe ich berühren, nur einen kleinen Teil der gemachten Vorschläge erwähnen können. Die Zahl der letzteren ist Legion. Der für die Behandlung der Sache ernannte (inzwischen Minister des Innern gewordene) besondere Kommissar hat selbst um Wünsche und Anregungen gebeten, und in der Tat muß ihm diese freiwillige Mitarbeit willkommen

Digitized by Google

sein. Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Reform wird aber die Beachtung der Erfahrung sein, daß Werke dieser Art nur gelingen können, wenn ihr wesentlicher Aufbau das Geisteserzeugnis Eines oder Weniger ist. Einer (oder doch eine kleine Zahl) muß den Ton kneten nach dem Bilde, das er sich — aus eigenen Gedanken und fremden Anregungen — geformt hat. Je wichtiger und schwerwiegender die Entscheidungen sind, die zu treffen sind — und es sind große Entscheidungen nötig zur Verwaltungsreform —, desto stärker sind die Bedenken, die gegen sie geltend gemacht werden können. Ganz wichtige Entscheidungen sind gewöhnlich von der Art, daß sich die Für und Wider annähernd die Wage halten. Daher die Leichtigkeit, sie zu kritisieren! Solche Entscheidungen muß schließlich einer treffen, einer, der entschlossen die Gewichte beiseite schiebt und aus dem staatlichen und praktischen Instinkt heraus den Ausschlag gibt.

Leider blüht dann dem so entstandenen Werke bei uns gewöhnlich das Schicksal, ein Kompromißgegenstand zu werden. So wertvoll die Mitarbeit der Vielen im Vorstadium ist, so gefährlich wird die, sagen wir kurz, parlamentarische Behandlung am Ende. Es wird geflickt und gebessert nach Herzenslust. Der eine wünscht dies und der andere „zum Ausgleich" das. Ein Schritt erregt Bedenken —: man tut ihn nicht zurück, aber man tut ihn halb. Eine Änderung zieht die andere nach sich, oder — noch schlimmer — notwendige Folgerungen aus einer vorgenommenen Änderung zu ziehen, wird übersehen. Eine unförmliche Masse bleibt zurück, der Spiritus ist verflogen. Möge der preußischen Verwaltungsreform dieses Schicksal erspart bleiben!

Grenzen der Organisationsmöglichkeit in der Ernährungswirtschaft

Von Dr. Fritz Elsas, Vorstand des städtischen Lebensmittelamts Stuttgart

Jede organisatorische Tätigkeit ist an Schranken gebunden, die in den Verhältnissen begründet sind. Grundtatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, wenn auch im einzelnen Fall durch ihr Vorhandensein Wünsche und Pläne schwer beeinträchtigt oder unmöglich gemacht werden. Solcherlei Grundtatsachen, die die Organisation der Volksernährung entscheidend beherrschen, gibt es zwei:

Im landwirtschaftlichen Betrieb, dessen Leistungsfähigkeit an sich schon durch die natürlichen Voraussetzungen selbst unter den besten Arbeitsverhältnissen infolge der Beschaffenheit des Bodens und der Witterung eine begrenzte ist, ist jedes im Betrieb erzeugte Gut gleichzeitig Konsumgut und Produktionsmittel, d. h. jedes landwirtschaftliche Erzeugnis ist ein Gut, das für den Verbrauch im allgemeinen zur Deckung des Nahrungsbedarfs geeignet ist und gleichzeitig wiederum geeignet ist, als Produktionsmittel, als Mittel zur Erzeugung anderer Erzeugnisse, im landwirtschaftlichen Betrieb selbst Verwendung zu finden. Brotgetreide ist das allerwichtigste

Digitized by Google

Gut, die Grundlage der Ernährung für die Bevölkerung, gleichzeitig aber ist es als Futtermittel oder als Saatgut ein außerordentlich wichtiges Produktionsmittel für die Landwirtschaft. Selbst die hochwertigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft, die zunächst nicht mehr für den eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb verwendungsfähig erscheinen, sind nicht ausschließlich menschliches Verbrauchsgut. So spielt Milch nicht nur als Nahrungsmittel für den Menschen, sondern gleichzeitig, besonders bei dem Mangel an Kraftfuttermitteln, bei der Schweine- und Jungvieh-Aufzucht eine außerordentliche Rolle. Am stärksten zeigt sich dieses Doppelwesen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei der Viehhaltung: sie ist Produktionsmittel als Spannkraft, Düngerlieferant, Milch-, Butter- und Käselieferant; sie ist Verbrauchsgut als Schlachtvieh. Die Zusammenhänge zwischen Kartoffelernte und Schweinemast sind bekannt. So ist der landwirschaftliche Betrieb ein Produktions-Organismus, in dem letzten Endes alle Vorgänge organisch miteinander zusammenhängen.

Dieser Zusammenhang der Verwertungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im landwirtschaftlichen Betrieb selbst ist eine entscheidende Tatsache, mit der die kriegswirtschaftliche Organisation unter allen Umständen rechnen muß. Alle Wünsche und Pläne, die, mögen sie im einzelnen noch so gut und noch so berechtigt sein, vorgetragen werden, kommen an dieser entscheidenden Tatsache nicht vorbei. In diesem Zusammenhang liegt aber auch der Schlüssel für alle Fragen, die Klärung und Lösung bei der Durchführung der kriegswirtschaftlichen Organisation heischen; hierin allein liegt der Ausgangspunkt, der es ermöglicht Entscheidungen darüber zu treffen, was für den landwirtschaftlichen Betrieb und die Aufrechterhaltung seiner Erzeugung unbedingt erforderlich ist, was entbehrt werden kann, und welche Preise für die Lieferungen, die dem Markt zugeführt werden, zu bezahlen sind. Erst für die Preisfestsetzung des vierten Kriegswirtschaftsjahrs 1917/18 wurden diese Zusammenhänge des landwirtschaftlichen Betriebs restlos erkannt und als Ausgangspunkt genommen. Die mangelnde Einsicht in diese Zusammenhänge ist es in erster Linie gewesen, die zu den häufig schweren und verfehlten Eingriffen in die Landwirtschaft und zu unrichtigen Verhältniszahlen bei der Bewertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse geführt hat. Nicht selten hat sich bitter gerächt, daß die Erkenntnis der Produktionszusammenhänge im landwirtschaftlichen Betrieb unter Alltagsforderungen und Alltagswünschen verloren ging und häufig aus der Not eines Augenblicks geborene Eingriffe in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß erforderlich wurden, die zwar der augenblicklichen Not ein Ende bereitet haben, aber eine Schädigung des Produktionsgangs auf kurze oder längere Zeit zur Folge hatten. Wenn es auch möglich ist, zwangsweise Fabrikbetriebe umzustellen, ja selbst wenn es möglich ist, technische Schulungen der Menschen in verhältnismäßig kurzer Zeit von Grund aus umzuwandeln, so bleibt es ein Ding der Unmöglichkeit, den landwirtschaftlichen Betrieb in kurzer Zeit in seinem Produktionsverhältnis so umzugestalten, daß ein vollstän-

Digitized by Google

diger Wandel eintritt und Wege geschaffen werden, die den natürlichen Voraussetzungen widersprechen.

Von ebenso großer Bedeutung wie die inneren Zusammenhänge des landwirtschaftlichen Betriebs sind wirtschaftsgeographische Tatsachen. Das deutsche Wirtschaftsgebiet zerfällt in große Erzeugungs- und in große Bedarfsgebiete. Die weiten Fluren in Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Mecklenburg, Oldenburg und wieder in Süddeutschland Teile Bayerns und Württembergs sind rein landwirtschaftliche Erzeugungsgebiete. Auf der andern Seite haben das Vorkommen natürlicher Bodenschätze und die Entwicklung besonderer Teile der Industrie Zusammenballungen gewaltiger Menschenmassen geschaffen. So entstanden reine Verbrauchs-Gebiete, wie Groß-Berlin, die Industrie-Reviere in Westfalen, Rheinland, der Saar, Oberschlesien und Sachsen. Verhältnismäßig klein ist der Teil, in dem landwirtschaftliche Anbaugebiete durchsetzt sind von industriellen Verbrauchsgebieten, wie in Mitteldeutschland, Württemberg und Baden.

Auch die landwirtschaftlichen Anbaugebiete tragen tiefgreifende Unterschiede. Im Norden und Osten überwiegt Großgrundbesitz, in Hannover Großbauerntum, in Bayern ein starkes bodenständiges Mittelbauerntum, im übrigen Süddeutschland vorwiegend Kleinwirtschaft bis herunter zur Zwergwirtschaft. Der Größe des Betriebs entsprechend ist die Form der Bewirtschaftung des Bodens. Wo Großgrundbesitz, ist im wesentlichen extensiver Getreidebau, wo Klein- und Mittelbauerntum ansässig, findet sich Viehwirtschaft und Verarbeitung von deren Nebenerzeugnissen besonders stark verbreitet. Art und Größe des Betriebs sind daneben auch bestimmend für die psychologischen Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung: im Osten und Norden Großgrundbesitz in den Händen verhältnismäßig weniger Besitzer, aufs stärkste auf die Zufuhr landwirtschaftlicher Arbeitskräfte angewiesen, im Süden und Südwesten Eigenbesitz des Landwirts, im weitesten Umfang verbunden mit Bewirtschaftung des gesamten Betriebs durch Angehörige des eigenen Haushalts; im Norden und Osten Großbetrieb mit allen technischen Mitteln der Großwirtschaft ausgestattet, schon im Frieden auf die Marktbelieferung eingestellt, im Süden und Südwesten einfachere Betriebsformen, aber stärkerer genossenschaftlicher Zusammenschluß, um den Klein- und Mittelbetrieben die Vorteile der gemeinsamen Marktbelieferung zu verschaffen; beim Großgrundbesitz für den Einzelnen schwer übersichtliche Verhältnisse, vielfach eine Bureaukratisierung der Wirtschaftsweise und der Wirtschaftsführung, beim Klein- und Mittelbauerntum einfache Verhältnisse, die der Nachbar leicht überschaut und kennt, aber auch stärkerer Hang zur Beibehaltung alter und veralteter Wirtschaftsweise.

Diese wirtschaftsgeographischen Tatsachen sind für die Versorgung der Verbrauchsgebiete von außerordentlichem Einfluß. Da, wo Verbrauchs- und Landwirtschaftsgebiete wechselseitig miteinander gemischt sind, wie vielfach im Süden, wo dem Land-

Digitized by Google

wirt die Einsicht möglich ist in die Anforderungen, die an den Industrie-Arbeiter gestellt werden, und der Industrie-Arbeiter selbst den Zusammenhang mit der Landwirtschaft nicht verloren hat, werden die Ernährungsverhältnisse sich auch im Kriege leichter gestalten. Anders da, wo die großen Menschenanhäufungen sind, wie in Berlin und in den großen Industrie-Gebieten. Die Belieferung aus benachbarter ländlicher Umgebung vermag nur einen kleinen Bruchteil des Bedarfs zu decken. Weiter abgelegene Erzeugungsgebiete müssen zur Versorgung herangezogen werden, die Lieferungs-Verbindungen werden unpersönlich, zum rein sachlichen Geschäft. Kein Urteil ist hierin enthalten über die Vorzüge und Nachteile des landwirtschaftlichen Großbetriebes oder über die Vorzüge und Nachteile des Kleinbesitzes. Lediglich Tatsachen sind festgestellt, die bei der Organisation der Kriegswirtschaft als unveränderlich hingenommen werden müssen.

Innere Gesetzmäßigkeit des landwirtschaftlichen Betriebs und wirtschaftsgeographische Verhältnisse bilden die Grenzpunkte, innerhalb deren Organisations-Möglichkeiten für die Ernährungswirtschaft offenstehen.

Brief an die „Deutsche Politik“

Hochschulprofessoren und Reichstag. Von Herrn Albert Paß geht uns folgende Zuschrift zu: „Die Erklärung der 906 Hochschulprofessoren, welche jetzt in der Presse veröffentlicht wird und von der ich soeben Kenntnis bekomme, veranlaßt mich, zu diesem politischen Vorstoß gegen den Reichstag, bezw. seiner Mehrheit, welche die Friedensresolution angenommen, Stellung zu nehmen. Ich darf vorausschicken, daß ich im Juli, als ich gerade während der Krisetage wieder einmal in Berlin weilte, aus dem Verhalten des Reichstages, bezw. seiner Mehrheit nicht klug wurde und im Kreise meiner Parteifreunde meinen Unwillen bekundet habe, um so mehr, als ich aus allem, was ich erfuhr, ersehen mußte, daß in einem unerhörten Maße hinter den Kulissen gearbeitet wurde und zwar mit Mitteln, die wohl Ursache hatten, das Licht zu scheuen. Der Kanzlersturz, der Umfall der Nationalliberalen, die erst für eine Friedenserklärung des Reichstags waren, gehören hierhin. Damals wie heute habe ich die Resolution nicht für zweckmäßig gehalten, schon allein aus dem Grunde, weil der Mehrheit eine beträchtliche Minderheit gegenüberstand und dadurch neue innerpolitische Kämpfe schädlichster Art hervorgerufen werden mußten. Wenn zum mindesten die Nationalliberalen für die Resolution gestimmt hätten, die ja auch zuerst durch ihre Vertreter ihr Einverständnis erklärt hatten, wäre die Wirkung in außen- und innerpolitischer Hinsicht eine ganz andere gewesen.

In hohem Maße aber trifft die Regierung die Schuld, daß sie, falls eine Entschließung des Reichstages gewünscht wurde oder doch zu erwarten war, es nicht verstanden hat, in dieser hochwichtigen Frage der Außen- wie Innenpolitik die Führung zu nehmen, so daß die Entschließung des Reichstages, der dahinter geschlossen stehen mußte, eine gewaltige Anklage wider unsre Feinde wurde.

Das aber ist ja das alte Lied und Leid, was eben Herrn v. Bethmann Hollweg wie Herrn Michaelis zum Vorwurf gemacht wird: die Unfähigkeit, wirklich Führer zu sein.

Das Volk läßt sich gern und willig führen, und wohl kein Volk besitzt geradezu so viel Verständnis für vertrauensvolles Unterordnen und Folgen wie das deutsche. Nur muß es Vertrauen zu seinem Führer haben und fühlen: derjenige, der die Leitung hat, hält die Zügel

Digitized by Google

wirklich fest in der Hand und versteht zu lenken. Mit Redensarten, wie „die Zügel sich nicht aus der Hand nehmen lassen", ist hier nichts getan. Taten beweisen nur. Das unbedingte Vertrauen von Heer und Volk zur Obersten Heeresleitung beruht ja eben auch darauf, daß Hindenburg und Ludendorff es stets vermieden haben, von beabsichtigten Taten zu reden. Die Taten redeten stets für sie und festigten das Vertrauen ins Grenzenlose.

Nun aber die Resolution durch die Mehrheit des Reichstages im Einverständnis mit dem Kanzler gefaßt wurde und er sich auf ihren Boden stellte, war es Aufgabe der Regierung, mit ihr geschickt zu operieren, d. h. sie außenpolitisch zu verwerten. Die Gunst des Augenblicks kam ihr dabei sogar zu Hilfe: die Kerenski-Offensive in Galizien und der Ssuchomlinow-Prozeß. Anstatt aber den Augenblick jedesmal zu erfassen und ein machtvolles „Ich klage an" vom hohen Forum des Reichstages unseren Gegnern entgegenzuschleudern, blieb es bei matten Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und des „Wolffs Bureau".

Nur so war es möglich, daß Leute wie Erzberger und Scheidemann in unverantwortlicher und unverständlicher Weise schalten und walten und sich dabei den Anschein geben konnten, als handelten sie im Auftrag.

Nur so war es möglich, daß gegen die Reichstagsresolution und die Mehrheit so lange von den Rechtsparteien und Nationalliberalen agitiert wurde, bis die Resolution in ihrer Wirkung zur Posse wurde.

Wir weisen es weit von uns und zwar mit Recht, daß Herr Wilson es unternehmen will, Zwietracht ins deutsche Volk zu bringen. Aber wir tun dem Herrn in derselben Stunde den Gefallen und zeigen uns uneinig in einer Frage von entscheidendster Bedeutung.

Warum? Weil uns ein politischer Hindenburg und Ludendorff fehlt.

Nur so ist auch die Erklärung der 906 möglich. Sie strotzt geradezu von einem Unverständnis für die politische Tragweite dieser Erklärung.

Ein Reichstag, der den 4. August 1914 zu seinen Sitzungstagen zählt, ein Reichstag, der bisher sämtliche Kriegskredite einstimmig oder doch mit überwältigender Mehrheit bewilligt hat, braucht nicht mehr den Beweis zu erbringen, daß er sich noch als Volksvertretung ansehen darf.

Sicherlich hat dieser Reichstag vor wie während des Krieges Fehler begangen und politisches Verständnis in dieser oder jener Frage vermissen lassen. Aber auch hier liegt die Hauptschuld bei der Regierung, die es nicht verstand, sich das vom Reichstage verschreiben zu lassen, was sie wollte. Darin besteht aber das ganze Geheimnis der Kunst und des Erfolges eines wirklichen modernen Staatsmannes, daß er sich von seinem Parlamente sagen läßt, was er will. „Die berufenen Leiter" des Staates aber haben es — im Gegensatz zu unsern Heerführern — nicht verstanden, sich von der Masse des Volkes tragen zu lassen und es doch wirklich zu lenken. Und so wartete das deutsche Volk noch immer auf seinen politischen Hindenburg."

Notizen

Aus dem Narrenschiff der Zeit. „Es ist freilich möglich, daß die formelle Lösung der Krise sich noch um einen Tag verzögert, da Abgeordneter Dr. Stresemann, der Führer der nationalliberalen Fraktion, einen Unfall erlitten hat. Er hat gestern abend beim Speisen einen kleinen Knochen verschluckt, der zwar wieder entfernt werden konnte, die Heilung der Verletzung wird aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen."

Solches stand am 1. November in der „B. Z. am Mittag" zu lesen. Tiefbedauerlicherweise

Digitized by Google

konnte aber diese Nachricht leicht übersehen werden, da die Redaktion zwar zur Hervorhebung für fetten Druck gesorgt, doch die andere welterschütternde Nachricht vom gleichen Tag, die Waffenstreckung von 60 000 Italienern, an die Spitze des Blattes gesetzt hatte. Im Abendblatt der „Vossischen Zeitung" wurden aber erfreulicherweise die beiden Ereignisse ihrer Bedeutung entsprechend unmittelbar nebeneinander gestellt. Nur durch einen Strich getrennt, steht nebeneinander:

„Gestern haben die verbündeten Truppen der 14. Armee dort einen neuen großen Sieg erfochten."

„Dieser Einladung (zur Besprechung mit dem Grafen Hertling) konnte der Abgeordnete Stresemann jedoch nicht Folge leisten, da er gestern abend nach einem kleinen Unfall beim Essen die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte und deshalb heute ans Zimmer gebannt war."

Ein betrübender Beweis für die fortschreitende militaristische Verseuchung Deutschlands ist, daß zwar der Heeresabendbericht erschienen dagegen ein Abendbericht über den Gesundheitszustand des Abgeordneten Stresemann nicht ausgegeben worden ist.

Referendum. Uns geht aus unserem Leserkreise folgende Zuschrift zu. Sie enthält den Vorschlag, über die Frage Macht- oder Verständigungsfrieden ein Referendum (Volksabstimmung) zu veranstalten. Wenn sich auch der Ausführung des Gedankens große praktische Schwierigkeiten entgegenstemmen würden, so schien uns dennoch der Vorschlag erwägenswert:

„Die Sorge um den inneren Frieden des deutschen Volkes zwingt mir die Feder in die Hand, um Sie zu bitten, folgenden Vorschlag den Lesern der „Deutschen Politik" zwecks Herbeiführung einer Aussprache zu unterbreiten.

Die Vertreter sowohl des „Machtfriedens" als auch die des „Verständigungsfriedens" behaupten die Mehrheit des Volks hinter sich zu haben. Sie erkennen somit alle an, daß letzten Endes das deutsche Volk selbst zu bestimmen hat, welche Richtung die schicksalsschwangere Politik einschlagen soll. Es ist daher für die Wiederherstellung des inneren Friedens notwendig zu erfahren, wie die Mehrheit des deutschen Volkes denkt. Die Befreiung der öffentlichen Wechselrede vom Wiederkauen unbeantwortbarer Fragen ist die Vorbedingung aller Burgfriedensbestrebungen. Eine allgemeine Reichstagsneuwahl, wobei selbstverständlich die Front als wichtigster Faktor mitstimmen müßte, ist wegen des Wahlsystems nach Wahlkreisen ausgeschlossen. Auch gibt eine Neuwahl keine Antwort auf alle Fragen, bezw. eine einzige Antwort für alle Fragen, die, getrennt beantwortet, abweichende Beantwortungen erfahren würden. Lassen wir daher lieber den Reichstag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, bestehen und denken wir daran, daß er auch das lebendige Wollen unsrer gefallenen Helden darstellt, sozusagen ein Testament ihrer politischen Ideale.

Zur Ergänzung des Reichstages und gewissermaßen als Richtlinien für sein Handeln in der Gegenwart schlage ich die sofortige Einführung des „Referendums" (Volksabstimmung) im Deutschen Reiche vor, wie es seit lange in der Schweiz erfolgreich besteht. Durch eine solche allgemeine Befragung des Volks auf Ja oder Nein, eventuell auch der Frauen, über einfach und genau gestellte Fragen würde man eine klare Willensäußerung zu den verschiedenen strittigen Problemen erhalten, könnte mit Hindenburg die schwierigen, staatsrechtlichen, inneren Reformen ohne Bevorzugung der Nutznießer bestehender Mißstände auf die ruhigere Friedenszeit verschieben und doch den Wünschen der mutig duldenden und hoffnungsvoll notleidenden Volksmassen Rechnung tragen. Deutschland würde damit der Entente ein schönes Beispiel edelster Demokratie, im Sinne der Peusschen Gedanken in einer der letzten Nummern, geben.

Digitized by Google

Klarheit und Wahrheit würden allen denen, die im Trüben fischen wollen aus der Möglichkeit freier, vollkommen gleichwertiger Willensäußerung und aus der geschärften Verantwortung und Bedeutung jeder einzelnen Stimme neu erstehn.

Mit treuem Lesergruß Ihr sehr ergebener

Joh. Burghardt, Gutsbesitzer."

Die Wahlen in Finnland. Wenn man die Wahlen in Finnland verstehen will, so muß man sich sagen, daß es zwei Wahlparolen gegeben hat: eine außerpolitische und eine innerpolitische Frage, liefen dabei nicht immer nebeneinander, sondern oft durcheinander. Bei der außerpolitischen handelt es sich um die Selbständigkeit Finnlands. Im Endziel waren sich alle politischen Parteien einig, daß es sich dabei um eine völlige Trennung Finnlands von der russischen Republik handeln müsse. Die Wege, die man einschlagen wollte, waren aber verschieden. Sozialdemokratie und Agrarier (Kleinbauernpartei) scheuten nicht vor einem offenen Bruche zurück, wobei sie ihre Hoffnung auf den Sieg der Maximalisten in Rußland setzten. In den bürgerlichen Parteien dagegen gab es viele Elemente, die eine solche Politik augenblicklich für aussichtslos ansahen, wenn nicht von auswärts Hilfe käme. Schließlich hat sich aber auch bei ihnen unter Führung des langjährigen Präsidenten der Kammer Svinhufvud ein Verband gebildet, der seine Kandidaten darauf verpflichtete, die Selbständigkeitsfrage in den Vordergrund des Wahlkampfes zu rücken. Neben dieser auswärtigen spielten jedoch noch innerpolitische Fragen eine große Rolle. Die bürgerlichen Parteien befürchteten, daß bei einem Fortbestehen der sozialdemokratischen Majorität des vorigen Landtages nicht nur eine Radikalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse (Streikfreiheit, Achtstundentag, Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen) Platz greifen würde, sondern auch die Vorherrschaft des Parlamentes, zu dessen Vollzugsorgan der Senat (Kabinett) herabgedrückt werden würde. In der Tat ist es den bürgerlichen Parteien gelungen, die sozialdemokratische Majorität zu brechen. Die Verteilung der Mandate ist folgende:

	Alter Landtag	Neuer Landtag
Sozialdemokraten	103	92
Agrarpartei	19	26
Vereinigte finnische Bürgerliche	56	61
Schwedische Volkspartei	21	21
Christliche Arbeiter	1	—

Da die Sozialdemokraten und die Agrarier geschlossen für die Selbständigkeit stimmen, und ca. 40 Bürgerliche sich auf die Svinhufvudsche Parole vereinbart haben, so dürfte die Selbständigkeitsfrage weiter im Fluß bleiben, weil für sie die nötige Zwei-Drittel-Majorität vorhanden ist. Freilich über eine weitere Ausgestaltung des finnländischen Staatswesens herrscht bei ihr noch keine Einigkeit. Dazu kommt, daß die Lebensmittelkrise immer bedenklichere Formen annimmt, zumal die russische Regierung das von Finnland gekaufte russische Getreide bisher nicht geliefert hat. Die drohende Hungersnot, die im März zu erwarten ist, beginnt alle politischen Fragen um so mehr in den Hintergrund zu rücken, als die russische Soldateska aufs rücksichtsloseste requiriert, ohne auf die Finnländer Rücksicht zu nehmen. Naturgemäß hat unsere Landung auf Ösel die Erwartung der Finnländer aufs höchste gespannt und ihre Blicke auf Mitteleuropa gerichtet. Von diesen Ländern ist aber bisher keine Stimme laut geworden, die den finnländischen Freiheitskampf begrüßt hätte. Vor Jahren stellten sich einmal deutsche Gelehrte an die Spitze, als es galt, die Finnländer in ihrem Kampfe um die Verfassung zu stärken. Heute, wo das finnländische Volk sich waffenlos gegen russische Bedrückung

Digitized by Google

wehren muß, wäre solch ein Wort der Sympathie und Anerkennung seitens deutscher Gelehrter und Politiker nicht nur eine Gewissenspflicht, sondern auch eine politische Tat.

Eine Stimme aus Dänemark. Prof. N. A. Schröder-Hadersleben schreibt uns: Auch in nichtpolitischen Zeitschriften findet man bisweilen sehr vernünftige Ansichten über Politik ausgesprochen. So haben wir z. B. früher auf die jetzt leider eingegangene christliche Zeitschrift „Frit Vidnesbyrd" („Freies Zeugnis"), die von dem dänischen Prediger und Schriftsteller Morten Pontoppidan herausgegeben wurde, mehrmals hingewiesen und gezeigt, daß der Herausgeber über das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland sowohl in früherer als auch in gegenwärtiger Zeit durchaus gesunde Ansichten vertrat. Neuerdings finden wir in einer dänischen Handelszeitung, dem Zentralorgan für dänischen Handel und Industrie, einen Aufsatz, der treffliche Gedanken über den „Jubel der Alliierten" enthält. Ich gestatte mir, aus diesem Artikel ein paar Abschnitte auszuwählen und sie den Lesern der „Deutschen Politik" vorzulegen:

„Eine der interessantesten Erscheinungen im Weltkriege ist der unverdrossene Jubel der Alliierten — jedenfalls ihr Pressejubel. Vernünftige und nüchtern denkende Menschen können sicherlich nicht einsehen, daß sie bisher etwas Bejubelnswertes gehabt haben — aber gleichwohl vergeht kaum eine Woche, ohne daß die Telegramme von Jubel in Paris, London, New York, Petersburg, Rom usw. Meldung machen. Und stets bekommen die Beteiligten den Jubel in den verkehrten Hals.

Man jubelte in Paris, London usw., als Italien seine Bundespflichten gegenüber Deutschland und Österreich verräterisch brach, vergaß aber zu jubeln, als es sich zeigte, daß die Italiener richtige Stümper waren, welche, obgleich sie nur eine Front zu hüten hatten, diese nicht einmal zu halten vermochten.

Man jubelte in Paris, London usw., als Rumänien den Mittelmächten in den Rücken fiel, vergaß aber zu jubeln, als die Verräter vor Ablauf eines Monats aus ihrem eigenen Lande hinausgejagt und unschätzbarer Vorräte den Deutschen in die Hände gefallen waren.

Man jubelte in Paris, London usw., als Amerika etwa acht Tage, nachdem Mr. Wilson das Programm „Friede ohne Sieg" proklamiert hatte, mit Deutschland brach. Man wollte die Heuchelei in dem Prangersinn der smarten Herren nicht sehen, diese zarte Moral, welche es zuließ, daß deutsche Frauen und deutsche Kinder möglicherweise Not litten, weil Amerika augenblicklich nicht Lieferant war, wogegen die amerikanischen Nerven tief erschüttert wurden, als Aussicht vorhanden war, daß englische und französische Frauen und Kinder hungern mußten, weil Amerika Lieferant war. Eine feigere Falstaff-Moral hat die Welt niemals gesehen. Aber wir glauben denn auch, daß der Jubel schon vorüber gegangen, allein deshalb, weil nichts da ist, worüber zu jubeln wäre. — — —

Man jubelte in Paris, London usw., als Hindenburg und Ludendorff ihren umfassenden Rückzug vornahmen, und träumte wie 1870 von einem Parademarsch nach Berlin, ohne sich Sedans zu erinnern. Man jubelt nicht mehr — nun man gesehen hat, daß der Rückzug durchaus kein Sieg der Alliierten war, sondern im Gegenteil eine große Verbesserung der deutschen Front."

So geht es noch eine kleine Weile weiter. Dann kommt der Verfasser auf Dänemark selbst zu reden und schließt seinen bemerkenswerten Aufsatz mit folgenden Worten:

„Abgesehen von dem Blut, das der Krieg fordert, raubt er ja auch Werte. Und hier muß man sich erinnern, daß das Geld, das Dänemark an dem Kriege verdient hat, das hat es von Deutschland erhalten, wogegen Verluste, Entbehrungen, Schließungen, Abhaltungen — alles dieses, was im Augenblick dänischen Handel und Industrie bedroht, ausschließlich auf Englands Sichzumherrnmachen über das, was Dänemark darf und nicht darf, zurückzuführen ist.

Digitized by Google

Ist also für die Alliierten kein Grund vorhanden, zu jubeln, so haben die dänischen Chauvinistenblätter ebensowenig Grund dazu, die in frommem Echo ihnen nachjubeln und jede Gelegenheit benutzen, um Mißstimmung zwischen Dänemark und Deutschland herbeizuführen, so daß es soweit kam, daß die deutsche Regierung offiziell einschreiten mußte, sogar gegen „Berlingske Tidende".

Aber in dem allen liegt doch ein Trost. Und das ist der, daß die Regierung, was man ihr auch sonst nachsagen kann, in diesem Punkt kalten Kopf behalten hat und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des dänischen Volkes sich von allen Abenteuern ferngehalten hat. — — —"

Der Verfasser — er heißt H. Hinrichsen und ist Redakteur — hat recht. Ob aber die dänische Regierung wirklich die große Mehrheit des dänischen Volkes hinter sich hat, ist sehr fraglich. Wenigstens gibt es nicht wenige einsichtsvolle und urteilsfähige Männer, die die Verhältnisse in Dänemark kennen, welche anderer, ja entgegengesetzter Meinung sind. Aber hierauf kommt es zunächst nicht an. Hauptsache ist, und das ist sehr erfreulich, daß Ansichten wie die obigen heutzutage in Dänemark fast ganz unwidersprochen gedruckt werden können. Etwas Ähnliches wäre vor dem Kriege — mutatis mutandis natürlich — nicht möglich gewesen.

„Das zukünftige Europa". Die polnische Zeitung „Dziennik Polski" beschäftigte sich vor kurzem mit dem „internationalen Gedanken". Sie meinte dazu: „Dieselben internationalen Elemente, die durch die Arbeit, Begeisterung und Energie Amerika geschaffen haben, müssen auch jetzt ein modernes zukünftiges Europa schaffen. Der Engländer, Schotte, Pole, Tscheche und Deutsche sind, ohne ihre Nationalität zu verlieren, Amerikaner geworden. Weshalb sollte derselbe Engländer, Pole, Deutsche oder Franzose nicht Europäer werden und anstatt die wüsten Flächen Amerikas zu bebauen, Kultur- und Wirtschaftspionier des östlichen Europa werden können? Könnten nicht die unermeßlichen Schätze Rußlands von und für alle Nationen ausgebeutet werden? Die nationalen Rechte aber müssen gegenseitig geachtet werden, keiner dürfte den anderen beherrschen, sämtliche Kriegsschulden müßten zusammengelegt werden, und alle Nationen müßten gleichzeitig daran arbeiten, diese Schuld zu tilgen. Alle Gewinne aus den Unternehmungen der ganzen Welt müssen der gesamten Menschheit zugute kommen. Das ist die größte Notwendigkeit, wenn die Menschheit nicht durch die Folgen des Krieges unterdrückt werden soll. Die Schätze der Erde und der Unternehmer müssen die Schäden, welche durch den Krieg verursacht sind, wieder gut machen."

Neuerscheinungen

Politik und Geschäft

Philosophen, Theologen, Politiker haben sich während des Krieges um die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Religion und Politik, Politik und Moral bemüht. Über die Forderungen der Ethik an die Politik ist nirgends so viel gesprochen und geschrieben worden als bei uns. Um die realen Voraussetzungen der Politik hat man sich wenig gekümmert. Daß die Politik nur ein Stück des alltäglichen Lebens ist, bedingt durch die Grundsätze und Forderungen des menschlichen Daseins überhaupt, ist kaum irgendwo gesagt worden. Die Politik blieb außerhalb des Lebens, damit man ideale Forderungen an sie herantragen konnte. Der ersten Schritt, die Politik dem Leben und das Leben für die Politik zurück zu gewinnen, tut Walther Rathenau in einer neuen Schrift „Vom Aktienwesen" (S. Fischer, Berlin). Statt des Philosophen spricht der Geschäftsmann. Statt des Staatsmannes der geschäftliche Organisator. Für den unklaren Idealisten der nüchterne Denker, für den Doktrinär der Mensch. Er spricht ohne Prätention zum Arbeiter, zum Werkführer, zum Industriellen, zum Staatsmann, zum Philosophen. Kurz gesagt für alle und jedermann. Die Politik wird von der eingebildeten Höhe, auf die anmaßende Vertreter sie gestellt haben, auf den Erdboden heruntergeholt. Aus dem Mysterium der Auserwählten wird ein Gemeingut des einfachen, verständigen, aufnahmebereiten Menschen. Das Großunternehmen, wie es sich bei uns unter dem Zwang

Digitized by Google

des gewaltigen Wettbewerbs und in einem ungeheuer beschleunigten Tempo entwickelt hat, wird als nationalwirtschaftlicher, der Gesamtheit zugehöriger Faktor, als das Spiegelbild eines kleinen Staates von heute, eines Großstaates vor hundert Jahren begriffen. „Ich wüßte keine Zeit und keine Stelle der Erde, Amerika eingeschlossen, wo jahraus, jahrein mit gleicher Geschwindigkeit, Sicherheit, Verantwortung ein ähnliches Tagesmaß von Verfügungs- und Verwaltungsarbeit schöpferischer Art geleistet worden wäre, wie an den leitenden Stellen unserer Großunternehmungen." Von diesem Vergleich aus fällt auf die Vorzüge des Großunternehmens dem Staate gegenüber einiges Licht: „Von staatsmännischer Arbeit unterscheidet sich seine Tätigkeit durch die Ausschaltung hemmender Instanzen, durch die Notwendigkeit schleunigster Entschließung und durch ie dlngeteiltheit der Verantwortung." In unmittelbaren Zusammenhang mit der Politik wird das Wesen des Geschäftsunternehmens da gesetzt, wo es als Glied im Wirtschaftsganzen eines Landes und der Welt betrachtet wird. Daraus erhellen sich Vergangenheit und Zukunft. Die Vergangenheit: denn wie wir uns durch den wirtschaftlichen Ausschwung die Berechtigung zu staatlicher Machtstellung erwarben, so sind wir, weil wir das Land der europäischen Großunternehmungen geworden sind, auch gezwungen worden, den heutigen Krieg zu führen. (Aus denselben Gründen freilich auch befähigt, den Krieg zu führen, denn der Krieg „hätte nicht sechs Monate lang geführt werden können, wenn nicht die deutsche Großunternehmung die Umstellungsfähigkeit erwiesen hätte, die erforderlich war, um neun Zehntel des deutschen Produktionsbetriebs auf Rüstungsarbeit zu werfen und die Wehrmaterialerzeugung zu verhundertfachen. Die Vorgängerin unserer Industrie, die englische, die um ein weniges in der Konzentration und Beweglichkeit zurückgeblieben ist, bedurfte eines Zeitraumes, der uns das Leben gekostet hätte, wenn wir ihn für uns hätten in Rechnung stellen müssen: nämlich zweier Jahre, und auch in diesem Zeitraum hätte die englische Industrie versagt, wenn nicht die reichere, höher konzentrierte und technisch vorgeschrittenere amerikanische ihr zu Hilfe geeilt wäre.") Und an die Zukunft wendet sich der Satz: „Die Großunternehmung bedarf der unmittelbaren, rechtzeitigen und maßgebenden Unterrichtung, des Einblicks, ja des Einflusses auf benachbarte Gebiete. So groß, blühend und mächtig sie sei, sie schwebt also unaufhörlich in Lebensgefahr, kämpft immer um ihr Leben. Die Leistungshöhe, die technische Führerschaft zu verteidigen, bedeutet den eigentlichen Wettkampf der Nationen. Mit ihm verglichen, erscheint der Kampf um Absatzgebiete als der untergeordnete." Die Forderung an die nächste Zukunft ist die der staatssozialistischen Weiterbildung des Großunternehmens. „Nicht die Verstärkung des privatwirtschaftlichen Gedankens wird ihm beschieden sein, sondern die bewußte Einordnung in die Wirtschaft der Gesamtheit, die Durchdringung mit dem Geist der Gemeinverantwortlichkeit und des Staatswohls." „Der Wettbewerb der Völker und die Rationalisierung der Produktionsvorgänge führt dazu, daß vom Urstoff bis zur verfeinerten Fertigware die Herstellung unter denkbarer Verringerung der Zwischengewinne, der Transporte und Verluste und unter möglichst einheitlicher Überwachung sich vollzieht." Vergleichspunkte zwischen Staat und Geschäft wie der Sache nach ergeben sich weiterhin für den Kreis der dabei beteiligten Personen. Die Frage nach den Rechten und den Pflichten des Aufsichtsrates ist zugleich die Frage nach Rechten und Pflichten des Parlaments. Rathenau vertritt die Auffassung, „daß übermäßige persönliche Macht durch Einschaltung hemmender, etwa parlamentarischer Instanzen, vor heftigen Entschlüssen bewahrt wird, und es ist manchmal behauptet worden, der gegenwärtige Krieg hätte vermieden werden können, wenn nicht lediglich staatsmännischer und dynastischer Verkehr, sondern auch parlamentarische Beratung die Verhandlungen getragen hätte. Denkt man die Instanz hinweg, von der die Geschäftsführer der Großunternehmung wissen, daß sie befugt ist, Einsicht und Aufklärung zu verlangen, ja Genehmigungen zu verweigern, von der sie anderseits erwarten können, in schwierigen Lagen, Verhandlungen, Geschäftsabschlüssen unterstützt zu werden, so wird der wertvolle Vorteil ersichtlich, den das bloße Vorhandensein dieser Aufsichtsbehörde gewährt: Stetigkeit." „Zu einer für das Dasein des Unternehmens entscheidenden Bedeutung steigert sich aber die Wirkung des Aufsichtsrats, wenn Krisen des Geschäftsganges oder der Geschäftsführung eintreten. Der Aufsichtsrat wird dann ohne Veränderung seiner Verfassung selbsttätig zum Direktorium." Die Nachfolge ist dann niemals unlösbar, „denn wenn auch starke und persönliche Kräfte im Rahmen ihrer selbstbestimmten Arbeitsweise schlechthin unersetzlich sind, so liegt gerade darin Problem und Aufgabe organischer Nachfolgeschaft, daß Werk und Leistung in neues Gleichgewicht gesetzt werden, und daß durch den Wechsel der Geschlechter zugleich der Wechsel der Umwelt in das lebendige Gefüge eindringt. Diese Schicksalsfrage der Führerschaft aber ist die höchste und verantwortungsvollste Aufgabe des Aufsichtsrats, an ihr muß sich in gegebenen Abständen seine Menschenkenntnis und organisatorische Kraft erproben." (Im Gegensatz zum Brauch des Staates, für den man „Staatsmänner von irgendwoher holt und irgendwohin setzt". Weshalb Rathenau das Prinzip der Übertragung der Gewalt auch im Staate in Geltung wissen will. „Eine streng parlamentarische, zu dauernder Mitwirkung an den Regierungsgeschäften berufene Volks-

Digitized by Google

vertretung wird die eigentliche Führung der Politik einem aus ihrer Mitte gewählten Kabinett übertragen.“) Noch wichtiger ist die Identität im Wesen des Staates und des Geschäfts für das Wesen ihrer Führer. „Politisches und geschäftliches Wirken“, sagt Rathenau, „ist nicht minder persönlich als künstlerisches Schaffen.“ Es zielt gleichfalls auf die Verwirklichung eines innerlich Erschauten ab. Was Politik und Geschäftskunst entscheidet und sie in Gegensatz zu Wissenschaft und Verwaltung setzt, ist der Blick auf das Kommende. „Für die kommende Gestaltung von Zeit und Lage, von Bedürfnis und Technik, von Organisation und Methode. Und dies Kommende handelt es sich nicht bloß dunkel vorzuempfinden und theoretisch zu erkennen, sondern lebendig zu sehen und schöpferisch im Vorhandenen zu verankern.“ Der Entwicklungsprozeß, der von dem Geschäft des privaten Unternehmers zum Großunternehmen, vom monarchisch zum parlamentarisch regierten Staat führt, beginnt hier und dort mit dem Menschen und endet im Geschäft wie in der Politik in dem Menschen: allen Syndizierungen, allem Zusammenschluß, allen Verwaltungsräten, Aufsichtsräten, Kommissionen und Parlamenten zum Trotz. Die Wirtschaftsordnung, die mit gewaltigen Komplexen zu rechnen gelernt hat, und der Staat, der seine Existenz durch den Willen und das Mitgehen seiner ganzen Bevölkerung bedingt, in die Wirtschaft und die Politik der ganzen Welt verflochten sieht, kommen zu dem einen Schluß, der als ewiges Gesetz alles Weltgeschehen bestimmt: daß Arbeit und Recht von Millionen nur durch das Wirken weniger wahrhaft schöpferischer Persönlichkeiten geführt wird. Großunternehmen und moderne Politik, die vom einzelnen hinweg in die Masse, aus dem eigenen Land in die Welt weisen, werden im innersten Grund nur zusammengehalten durch den schöpferischen Menschen, der den Willen und die Ziele des Volks und der Welt in sich trägt und aus der geheimnisvollen Kraft genialer Intuition die Wege ahnt, die daraus in die Zukunft führen. Noch wenige Jahre vor dem Krieg tobte bei den Historikern, Philosophen und Politikern der Streit, ob Kollektivismus oder Individualismus die Grundform menschlicher Entwicklung seien. Sollte der Krieg diesen Streit dahin entscheiden, daß weder Kollektivismus noch Individualismus, sondern ihre Synthese die Grundprinzipien des Weltgeschehens sind? Damit wäre für die Verständigungstheorie, die heute in der Politik nach Geltung ringt, die organische Grundlage geschaffen. Sie wäre nicht mehr eine Theorie schwächlicher Friedensfreunde, sondern Erkenntnis der Kräfte, die die Zukunft der Welt bestimmen. Denn sie ruht auf der Einsicht, daß der Staat seine Individualität erhalte, stärke, ausbaue, um ein starkes Glied in einer Kette von Starken zu sein. Sie aber trüge auf das Leben des Staates das geistige Prinzip, das die Voraussetzung aller Bildungsideale gewesen ist, die unsere großen Männer aufgestellt haben: die persönliche Art des Individuums so stark werden zu lassen, wie es ihm bestimmt sei und es dann einzuordnen in den Dienst und die Ziele der Allgemeinheit. Es ist im Ausland viel besprochen und bespöttelt worden, daß Herr von Bethmann Hollweg an die Spitze dieser Bewegung einer allgemeinen Verständigung zu stellen sich erkühnte. Und doch folgte er nur dem im Wesen des deutschen Geistes liegenden Drang, der seit Jahrhunderten seine Ideale und sein praktisches Handeln durch das Gesetz zu bestimmen strebte, daß nur starke, ihres eigenen Wertes bewußte Einzelwesen eine kraftvolle Gesamtheit zu bilden imstande sind. In der Zeit der Luthergedenktage ist es richtig, sich an solche Zusammenhänge zu erinnern, uns darauf zu besinnen, wie fremd blinder Chauvinismus und politische Absperrungstendenz dem deutschen Wesen sind, auf das gerade sie sich zu stützen nicht müde werden. In der Zeit der militärischen Notwendigkeiten heißt es sich daran erinnern, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse die Länder ganz anders gruppieren als die militärischen, daß, wie schon ein den Zollunionisten so nahestehender Mann wie Friedrich List die Wandelbarkeit der politischen Allianzen betonte, so schon jetzt die Anzeichen dafür zu sehen sind, daß merkantilistische Versuche, „Zollannäherungen“, Boykottierungen die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung im Bunde mit gesteigertem nationalem Selbstbewußtsein nicht zu hintertreiben vermögen.

Druckfehlerberichtigung: Auf dem Umschlag der vorigen Nummer ist der Name des Verfassers des Artikels „Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees“ nicht richtig angegeben. Er muß, wie im Text richtig geschrieben ist, Ahmed Emi Bei heißen.

Zur gefl. Beachtung! Wir empfehlen unseren Lesern angelegentlich, den beigeklebten Prospekt von S. Fischer Verlag einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer. Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 16. November 1917 • Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Spielleitung, Herrschaften, Spielleitung!

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Seit einem Vierteljahr, seit jenem Tag, an dem Herr Matthias Erzberger in seinem in allen Lebenslagen gleich unfehlbaren Selbstgefühl die Fensterscheiben des Reichshauses eingeschlagen hat, damit frische Luft einziehe (wie damals so anschaulich und bildhaft geschrieben wurde), spielen Regierung, Reichstag und Presse dem baß erstaunten deutschen Volke und den frohlockenden Feinden eine Grotesk-Tragikomödie vor, betitelt „Die Krise".

Wie einfach und leicht muß es sein, ein großes Reich zu regieren! Seit einem Vierteljahr ist Deutschland ohne Regierung. Wir haben seitdem weder eine bureaukratische noch eine parlamentarische Regierung. Was sich seit einem Vierteljahr in „Berlin" bekämpft, befeindet, katzbalgt, ist schlimmer als völlige Regierungslosigkeit, ist Regiererei von allen möglichen und unmöglichen Herren, die ein Zipfelchen der Macht oder der öffentlichen Meinung in Händen haben. Die Schuldfrage kritisch zu untersuchen sei späterer Geschichtsforschung vorbehalten, sich darüber zu streiten, mag man den Beteiligten überlassen, weder haben wir die Zeit zu dem einen, noch sollten wir unsere Nerven in nutzlosem Zwist zerfasern. Wir müssen zur Ruhe und in Ordnung kommen.

Seit einem Vierteljahr arbeitet die Regierungsmaschine nur noch dank der Zuverlässigkeit unserer Bureaukratie. Sie könnte die Alltagsarbeit auch noch länger ohne Oberhaupt und Leitung leisten. Im Krieg stehen wir aber an sich schon Tag für Tag vor neuen Entscheidungen von unübersehbaren Folgen. Im gegenwärtigen Augenblick erleben wir einen der gewaltigen, vielleicht den Ausgang entscheidenden Höhepunkte des Schicksalsdramas des Weltkrieges, und wir sind ohne politische Führer. Kein Wort ist zu hart und zu bitter, diesen Tatbestand zu kennzeichnen. Nur die zwei Fragen seien gestellt: Regt sich denn nicht bei einem der Beteiligten die Scham? Ist denn kein Rest von gesundem Menschenverstand vorhanden?

Als Entschuldigung mag vorgebracht werden, es sind die Geburtswehen eines neuen,

Digitized by Google

des parlamentarischen Systems. Gut. Nehmen wir die Erklärung hin in Erinnerung an manche verpfuschte Gelegenheit unserer deutschen Geschichte. Seit wann aber ist es Brauch, diesen interessanten und natürlichen Vorgang in breitester Öffentlichkeit vorzuführen? Es gehörte zwar zu den üblen Sitten etlicher Zeitungen, bevorstehende frohe Familienereignisse hoher Herrschaften möglichst frühzeitig den in Ehrfurcht und Neugierde ersterbenden Klatschbasen beiderlei Geschlechts mitzuteilen, aber es schadete niemanden. Was uns an Klatsch und Tratsch, Zank und Stank über die bevorstehenden Änderungen in der Reichsregierung seit Wochen in Morgen-, Mittags- und Abendblättern dargeboten wurde, ist ein Skandal und ein schwerer Schaden zugleich. Stellenbesetzungen gehören zu den schwierigsten und heikelsten Aufgaben jeder Leitung, mag's sich um solche des Reichs oder eines Warenhauses handeln. Ihre Lösung verlangt Takt und Sachlichkeit. Sicherlich sind diese beiden auch im bureaukratischen System nicht immer zu finden, aber bei ihm spielen sich die Kämpfe und Treibereien wenigstens hinter verschlossenen Türen ab. Das öffentliche Verfahren in diesen Fragen fördert aber nicht nur allzusehr das Menschlich und Allzumenschliche zutage, sondern ist auch sachlich schädlich. Es verwirrt und verzögert die Lösung, zumal bei unzulänglicher Spielleitung. Das ist des übeln letzten Vierteljahrs erste und letzte Ursache, daß wir im Gebiet der Politik im großen wie im kleinen keinen Führermenschen gehabt haben. Unser Übergang von dem bureaukratischen zu einem parlamentarischen Regierungssystem vollzog sich nicht als der freie Entschluß einer starken Regierung in Übereinkunft mit einem starken Parlament, sondern ein herrschaftungewohntes Parlament handelte einer schwachen Regierung Zugeständnisse ab. Unsere Regierung glich einer Behörde, die weder Fähigkeit und Willen hat, nach alter Art stark zu regieren, noch die Gabe besitzt, sich auf die veränderten Umstände und Formen des Verhandelns und Handelns eines neuen Systems, bei dem das Parlament Anteil an der Regierung nimmt, einzustellen. Wir sind nicht so arm an politischen Talenten; auch unter unsern Beamten nicht, obwohl es unseres Beamtentums Stolz und — Vorsicht war, unpolitisch zu sein. Der leitende Staatsmann und sein Personalienrat hätten nur längst über den Kreis der bisher als die alleinberechtigt geltenden Anwärter hinaus sehen, in der jüngeren Beamtenschaft, in Industrie, Handel und freien Berufen nach fähigen politischen Köpfen sich umschauen und sie kennen müssen. Es ist dem deutschen Volke sehr teuer zu stehen gekommen, daß im Krieg aus allerlei Rücksichten Beamte in ihren Stellungen belassen worden sind, die im Frieden bereits überaltert, geschweige den Anforderungen des Krieges gewachsen gewesen sind. Beim Militär hat die Rücksicht auf Niedrighaltung des Pensionsetats nie in diesem Umfang bestanden, im Krieg war sie ganz außer Kurs gesetzt. Hätte Herr von Bethmann mit der gleichen Entschlossenheit und sachlichen Rücksichtslosigkeit wie die militärischen Stellen vom ersten Kriegstag an unzulängliche Beamte auf Wartegeld gesetzt, hätte er junge Beamte und fähige Privatleute, gleichviel

Digitized by Google

welcher Partei und Konfession, zu leitenden Posten berufen und ihnen Freiheit und Möglichkeit des Wirkens gegeben und gelassen, so hätten wir viel Geld, Papier und Verordnungen gespart und hätten heute eine hinreichende Auswahl von Anwärtern für Minister- und Staatssekretärposten.

Das Niederdrückende an der Krise war der Mangel nicht bloß an Leitung der führenden Staatsmänner, sondern auch des Versagens der Spielleitung bei der Besetzung der Posten wie in der Aufmachung des ganzen großen Staatsschauspiels der Bildung einer neuen Regierung.

Von den Mühen und Plackereien hinter den Kulissen darf und soll das Publikum nichts wissen. Die Vorstellung muß frei von allen Erdenresten mühseliger Arbeit sein, das gilt auch für das Welttheater. Auf unserer politischen Bühne spielt bereits die Kritik und nächstens wohl auch noch das Publikum mit. Dabei liegen — das ist ein Glück und deshalb ist die Verwirrung doppelt peinlich — die Dinge gar nicht hoffnungslos. Gegen den Reichstag kann und will kein Vernünftiger regieren, und mit dem Reichstag läßt sich regieren, auch in seiner jetzigen Zusammensetzung. Vor allem kann niemand, der deutsche parlamentarische Geschichte auch nur oberflächlich kennt, im Ernst glauben, daß eine Neuwahl einen völlig veränderten Reichstag brächte.

Nicht am Reichstag liegt es; Zusammensetzung und Art der Regierung ist das Entscheidende, auch wenn der Reichstag 397 regierungsfromme Abgeordnete zählte.

Geschichte oder Politik

Von Jakob Schaffner

Es scheint, als solle für die Deutschen der ganze Heereszug zerfallen in die Fragen Theodor Wolff oder Reventlow, Alldeutsche oder Geschäfts- und Friedensdeutsche, sechzig- oder fünfundsechzigprozentiger Parlamentarismus, und von Kriegführung, was man so unter Kriegführung versteht, sei wenig mehr die Rede. Während in Italien und an der Düna der Atem der Geschichte hörbar braust, gellen in den Berliner Straßen die Lärmpfeifen der Politiker. Täglich viermal durchziehen die politischen Ausrufer die Quartiere. „Parlamentarismus als Vorstufe der Verständigung mit Westeuropa!" „Rückgabe der Ostgebiete als Vorstufe der Verständigung mit Rußland!" „Wir brauchen ein versöhntes England!" „Wir brauchen ein starkes Rußland!" „Wir müssen Amerika gefallen!" „Wir dürfen die Demokratie nicht vergrämen!" Und dann kommen die Schlachtrufe der Alldeutschen nach einer starken Monarchie und einem großen und mächtigen Deutschen Reich. Die können sich nun wieder keine innern Freiheiten gleichzeitig mit äußerer Größe vorstellen, und so bleibt jede Partei auf ihrem Bürgersteig, und was einig und vaterländisch gewaltig sein müßte, beginnt auseinander zu laufen und sich zu beschreien. Geschichtliche Forderungen versucht man mit der Gebärde abzutun: „Ach, ihr werdet ja ausgehalten!"

Digitized by Google

Politische Bestrebungen begegnen dem Ruf: „Ihr treibt die Mühle unsrer Feinde!“ Die Regierung ergeht sich in persönlichen Bekenntnissen und Selbsterklärungen. Alles miteinander scheint zu sagen, daß die Geschichtsführung sich zu verwirren beginnt, und daß im Reich keine überlegene Kraft mehr gebietet. Hat das vorige Regime Schiffbruch gelitten, so ist es natürlich, daß nach ihm die nächstgrößte Gewalt im Land nach der Herrschaft strebt. Aber diese innern Erschütterungen und Beunruhigungen wirken bereits auf äußere Geschäfte hinaus. Auf allen Seiten werden unbedenklich und mit vollkommener Selbstverständlichkeit Parteipolitik und geschichtliche Notwendigkeiten durcheinander geworfen. Eines ist Politik und das andere ist Geschichte, und national große Epochen zeichnen sich durch den Umstand aus, daß beide, Politik und Geschichte, zur überlegenen Wirkung kommen.

Wenn die Deutschen zu ihrer militärischen Kraft auch noch geschichtliche Größe und politischen Schwung aufbrächten, so wäre ihre Wirkung in der Welt vollkommen. Heute ist sie unvollkommen, denn ihre Gebärde ist unentschlossen; sie reden von Verständigung und Verzicht, und der Eindruck, den sie in der Welt hervorrufen, ist entsprechend flau und erweckt Mißtrauen. Er verführt zur Fortsetzung des Krieges, und diese Verführung des Gegners gilt als eine Schuld der deutschen Politik; bezahlen muß sie das deutsche Volk und die Menschheit. Man kann nicht dem Frieden mit dem Dröhnen der Panzerfaust und kriegerischen Worten dienen, aber noch schlimmer ist es, einen Krieg mit versöhnlichen Worten und einladenden Gebärden zu führen, wenn er kein Bruderkrieg ist, sondern ein unerbittlicher Feindeskrieg auf Tod und Leben. Jeder Zustand muß seine Gesinnung unbedenklich und durchschlagend besitzen und zeigen. Dieser Krieg ist nicht nur ein Geschäftskrieg, sondern ein Verfassungskrieg, nämlich um die Weltverfassung, also ein Geschichtskrieg im allergrößten Stil. Viele Deutsche wollen ihn aber im häuslichen Stil führen, wollen auf die Geschichte verzichten und das Geschäft begleichen, und von jener Größe, welche der Augenblick zu verlangen scheint, bemerkt man wenig mehr an ihnen.

Zu einem solchen Tun wäre nichts zu sagen, wenn darin nicht eine Gefahr für die deutsche Schöpfung läge. Es ist ganz gewiß geschichtlich falsch und unzulänglich gedacht, daß dem Deutschen zur Freundschaft aller Nationen nichts fehlt als eine „demokratische“ und westeuropäisch parlamentarische Verfassung. Ich bin von der tiefen Ehrlichkeit Theodor Wolffs überzeugt und von seiner reinen und warmen Menschlichkeit, aber ich glaube nicht an seinen Leitspruch. Der Grund der westeuropäisch atlantischen Absage an Deutschland liegt in Geschäfts- und Machtfragen wie von Alters her, und die politische Verfassung Deutschland-Preußens dient nur als Vorwand. Frankreich war auch der Feind des Deutschen Reiches, als es noch gar keine Verfassungsfragen gab, und die Engländer und Franzosen bekriegten sich lange vor Theodor Wolff und auch vor Ernst Reventlow bitter und hartnäckig aus Machtfragen, wie sie jetzt miteinander Deutschland bekämpfen. Die Russen waren ihnen nicht zuwider,

Digitized by Google

obwohl sie „noch“ unfreier lebten als die Deutschen, und von den Japanern, ihren andern Bundesgenossen, weiß man bis jetzt wenig Demokratisch-Revolutionäres. Theodor Wolff wird sofort das Wort Militarismus aussprechen. Ich kann jetzt Ssuchomlinow sagen und habe die Lacher auf meiner Seite, obwohl dabei nichts zu lachen ist. Wir haben einen Militarismus, und die Russen und Franzosen hatten ihn auch, und eines Tages mußte die Maschine losgehen oder als Revolution explodieren; da war es für die Deutschen immer noch besser, daß sie losging, denn als rings eingekesselte Nation müssen sie stark und gefaßt bleiben, nämlich geschichtlich, oder sie müssen aufhören, geschichtlich zu existieren. Auch Amerika führt keinen inneren Verfassungskrieg gegen uns, sondern wie alle andern einen äußern um die Weltverfassung, einen Geschäftskrieg und Geschichtskrieg. Die deutsche Verfassung ist Vorwand, und wie die Wilsonsche Note auf den päpstlichen Aufruf deutlich durchscheinen läßt, ist selbst der Krieg gegen Deutschland zum Teil ein Vorwand, nicht geschäftlich, aber militärisch; das militärische Ziel Wilsons ist ein militarisiertes Amerika, dazu kann es nicht den eigentlichen schwarzen oder vielmehr gelben Mann an die Wand malen, was sehr kindlich wäre, sondern er nimmt dafür viel diplomatischer den deutschen Militarismus, aber gemeint ist der japanische. Theodor Wolff hat vollständig recht, wenn er die deutsche Verfassung als eine deutsche innere Angelegenheit gegenüber Wilson betont, aber er ist mit schuld, daß sich Wilson in deutsche Angelegenheiten mischt, weil er seine innern Entwicklungsforderungen stets mit dem Mißfallen Westeuropas und Amerikas begründet. Er selber hat zum großen Teil jenen Leuten Mut gemacht, den Deutschen in die Schule zu schwatzen. Er sollte seine Abweisung auch nach der andern Seite voll machen und aufhören, das Wohlgefallen der Welt seinen Wünschen als Esel vorzuspannen; er würde sogleich viel mehr Gehör und Nachfolge dafür finden und Lust dazu erwecken. Das eine ist eine häusliche Angelegenheit der Familie, und das andere ist eine geschichtliche Machtfrage, und die Lösung kann für Deutschland auf natürliche Weise nur heißen: „Frei und mündig nach innen! Stark und unbedingt nach außen!“ Und beides aus aller Kraft und mit ganzem Gemüt! Man kann die Fragen freilich auch künstlich lösen und ihnen jede List und Gewalt antun, muß aber darauf gefaßt sein, daß sie sich rächen werden.

Georg Bernhard kommt in der „Vossischen Zeitung“ in der Folge überraschender Wandlungen zu dem Grundsatz: „Wir brauchen ein versöhntes starkes Rußland!“ Gemeint ist damit die Rückerstattung aller besetzten russischen Gebiete, einbegriffen das bereits geschichtlich konstituierte Königreich Polen. Es ist für den Freund russischer Dichtung und Gefühlsweise verständlich, daß ein deutscher Mensch von Bildung und Gemüt ein versöhntes russisches Volk wünscht. Aber abgesehen davon, daß dies Volk niemals versöhnt sein wird, weil der Deutsche dort stets die unbeliebte Person ist, so bringt den Deutschen schon der nächste Schritt ins strenge und gefahrvolle Gebiet der

Digitized by Google

Geschichte. Ein starkes Rußland hat Friedrich den Großen und Preußen an den Rand des Untergangs gebracht. Ein starkes Rußland hat in Ungarn die aufflackernde Flamme der Freiheit erdrückt. Mit dem starken Rußland im Bund war Metternich in Österreich und die Reaktion in Preußen allmächtig. Ein starkes Rußland drückte den Deutschen von Jahr zu Jahr empfindlicher auf ihren kontinentalen Weg nach Bagdad und an den Persischen Golf. Ein starkes Rußland hat schließlich den heutigen Krieg gemacht, Ostpreußen und Galizien überschwemmt, die deutschen Gefangenen zu Tausenden im Elend verkommen lassen, ohne daß es eine menschliche Möglichkeit gab, ihr Los zu erleichtern, und mit der vollzogenen Revolution ist im Grund nichts anders geworden, denn der Russe ist gefährlich, solange er lebt, ob monarchisch oder republikanisch. Er ist seit der Revolutionierung kein bekehrter Verbrecher, er ist nur ein augenblicklich machtloser Verbrecher. An eine Umwandlung des nationalen Charakters ist durchaus nicht zu glauben! Die Revolution wandelt auch nicht die geschichtliche und geographische Lage der russischen Masse um, sondern muß sie notwendigerweise unberührt lassen. Siegt aber die Revolution und hat die Aufklärung und geistige Entwicklung des russischen Volkes zur Folge, so steigt damit der geschichtliche Gefahrzustand der deutschen Nation ins Unermessene, denn die erzogene und disziplinierte russische Masse wird alsdann unwiderstehlich sein, nicht nur für Deutschland. Der Rückgabe der russischen Gebiete müßte unbedingt auch die Lösung des türkischen Verhältnisses folgen, wenn sie einen Sinn und die gewünschte Wirkung haben sollte. Die Deutschen müßten auf den kontinentalen Durchbruch nach Südosten verzichten, und da sie auch auf die Forderung der westlichen Sicherheit und die Freiheit der Meere verzichten müssen, wenn sie den Atlantischen gefallen sollen, so wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als nach der Rückgabe des Elsaß wie in früheren Zeiten wieder mit der Massenausfuhr von überschüssiger Volkskraft zu beginnen.

Die Nachbarn der Deutschen haben immer nur nach einer Seite Maßnahmen zu treffen. Die Deutschen als Zentralvolk müssen mehr tun, weil geschichtlich mehr von ihnen verlangt ist, und diese Nötigung, nach allen Seiten zu wirken und zu bauen, zu wachen und zu wehren, bringt jenes Mehr von Leistung und auch von Fehlern ins deutsche Leben, das Freund und Feind daran bemerken. Es bedingt für den Deutschen von vornherein ein Mißlingen, die nationalen Fragen nur nach einer Seite lösen zu wollen, denn seine Lage und Gefahr ist vielseitig und muß stets allseitig gelöst werden, oder sie bleibt ungelöst und wirkt als Schwäche ins Ganze zurück. Die Gegenwart zeigt ja auch, daß die Fähigkeit und die Kraft zu dieser Art von geschichtlichem Dasein durchaus vorhanden sind; es scheint nur da und dort an Mut und Selbstvertrauen zu fehlen, auch an Allseitigkeit und Staatsmannschaft. Nötig ist für das deutsche Volk nicht ein starkes Rußland und ein starkes England und so weiter, sondern ein aufgelöstes Rußland und ein auf seine wirkliche Kraft zurückgeführtes

Digitized by Google

England. Das Mißfallen oder Wohlwollen dieser Mächte ist nicht gleichgültig, aber von zweiter Bedeutung und kann von einem Tag zum andern wechseln, auch bei „parlamentarischem Regime"; bloß Einrichtungen, die auf wirklicher Macht und Kraft beruhen, sind verläßliche Beruhigungen für die Zukunft der Nation und ihrer Kinder, für welche die Gegenwärtigen doch allein diesen entsetzlichen Krieg führen. Die Russen sind in ihrer heutigen Verfassung kein bündnisfähiger Staat, und in ihrer wiederhergestellten werden sie's wegen der Türkei erst recht für Deutschland nicht sein. Bündnisfähig für Deutschland sind von Natur die freien Nationen der Esten, Litauer, Finnländer, Polen und Ukrainer; gibt es sie noch nicht, so muß man sie mit allen Mitteln unerbittlich anstreben. Alsdann wird Rußland aufgehört haben, gefährlich zu sein, denn wie soll ein Rußland ohne diese ausschlaggebenden großen Gebietsteile noch europäische Wirkung tun? Aber mit ihnen, ihrer Industrie, ihren Bergwerken ihrem Kulturboden, ihren Häfen und Flotten, ihren Feldern und Städten und ihren fünfzig Millionen intelligenter Bürger wird es immer eine Drohung bedeuten. Und der öffentliche Charakter dieses Staates wird sein und bleiben unter allen Verfassungen, was er stets war: gewalttätig, willkürlich, unzuverlässig, feindlich, gefährlich und mystisch unbegrenzt beeinflußbar. Schon taucht das zarische Losungswort Konstantinopel im „revolutionierten" Rußland wieder auf, das noch gestern streng verleugnet war. Die Zeiten erlauben nicht, während eines Vernichtungskrieges mit Sicherheiten zu spielen. Keine Annexionen: vielleicht gut, wer weiß. Aber auch keine Sicherheiten? Und die Kinder? Und — Ostpreußen? Noch jeder Farmer fand sich betrogen, der sich mit der Bestie vor seinem Zaun „verständigte", anstatt sich vor ihr zu schützen. Ich liebe das russische Volk, darum wünsche ich, daß das deutsche künftig vor ihm sicher sei. Mag der Weg zum neuen Mitteleuropa Schwierigkeiten haben, so muß man ihn trotzdem begehen. Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Und deutsch sein, hieß noch immer, scheinbar Unmögliches möglich zu machen. Die entgegengesetzte neuste Vergrämungsparole beweist nichts als vergrämte Seelen. Wir aber stehen unter dem Eindruck werdender Geschichte. Was wir heute nicht bezahlen wollen, dafür müssen wir morgen zahlen, ohne es zu haben!

Es wird immer klarer, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre vorkrieglichen internationalen Richtungen wieder aufnimmt. Sicherlich ist der Nationalismus nicht die höchste Weisheit und der letzte und großmütigste Gedanke des humanen Menschenfreundes. Ein Sach- und Seelenbündnis aller Völker der Erde ist ein Traum, mehr, ein Gedanke, eine wache ergreifende Anschauung von allerhöchstem Wert und tiefster erzieherischer Bedeutung. Aber er ist unter deutscher Mitwirkung bloß dann zu verwirklichen, wenn heute unbedingt die deutsche Kraft und Bedeutung erhalten bleibt und mit ihr der deutsche Sachbestand und die deutsche nationale Hoheit in der Welt. Man beginge einen Mißgriff, die Sozialdemokratie um ihrer menschlichen Ziele willen an ihrer nationalen Ehre zu kränken. Aber die Sozialdemokratie begeht einen

Digitized by Google

Mißgriff ersten Ranges, der sich an ihr rächen wird, wenn sie ihr Reich der Zukunft mit der deutschen geschichtlichen Gegenwart bezahlen will. Sie muß begreifen, daß sie nur als Teil der siegreichen deutschen Nation auf deren altem Kulturboden stehend heute diese Rolle spielen und diesen geachteten Einfluß ausüben kann, und daß sie mit der vorzeitigen Auflösung des deutschen Nationalbestandes, ja mit jeder Schwächung desselben in der Gegenwart an Ansehen und Einfluß verlieren und zur Bedeutungslosigkeit herabsinken wird. Sie muß streng und unerbittlich darauf bedacht sein, mit einer starken und geachteten Nation in jene ersehnte Zeit zu kommen, die ihre Hoffnungen zu verwirklichen verspricht; im andern Fall wird sie sich um die Erwartung betrogen finden, gerade ihre innigsten und deutsch-unmittelbaren und ursprünglichen Träume zu Welttatsachen zu machen, weil andere Willensrichtungen und Doktrinen siegen werden, die bedeutend mehr mit Eitelkeit und Machtgelüsten durchsetzt sind. Man braucht der deutschen Sozialdemokratie nicht näher zu erklären, was damit gemeint ist; sie hat jene Triebe schon vor dem Krieg genugsam kennen gelernt. Die Abfuhren und Beschämungen, die sie während des Krieges erleben mußte, sind vollends allbekannt. Sie lassen deutlich erkennen, daß ohne die Furcht vor einer starken deutschen Nation England und die gesamte Entente niemals ernstlich auf eine wirkliche Abrüstung und auf einen Weltbund mit der Grundlage absoluter Freiheit und Gerechtigkeit eintreten wird. Hinterläßt dieser Krieg ein geschlagenes Deutsches Reich, so ist es auf lange aus mit allen Menschheits- und Völkerträumen, ja es wird davon so still werden, als hätte noch niemand den Gedanken gehabt. Das ist ein überraschender Grund, warum ein deutscher geschichtlicher Sieg menschlich unbedingt nötig ist: um jene Nationen, die jetzt die Völkerhoffnungen als Scheinwaffe gegen die deutsche Nation mißbrauchen, nachher zu zwingen, aus Furcht diese kommende Weltverfassung verwirklichen zu helfen. Die deutsche Regierung dürfte aber mit solchen trostvollen und fruchtbaren Gesichtspunkten etwas mutiger verkehren. Kein Fürst der Erde wird behaupten wollen, daß die Monarchie und besonders die seine der einzige Zustand sei, unter welchem ein Volk glücklich sein könne. Aber ich möchte auch nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie das Wesen des Menschen so im tiefsten verändern werde, um der Menschheit zu ermöglichen, fortan ohne alle Beirrungen und Anfechtungen durch die Regungen des Ehrgeizes, des Machthungers, der (kollektiv betriebenen) Besitzgier, des Neides und so fort existieren zu können. Auch macht mir die Haltung der jetzt lebenden Sozialdemokraten nicht den ergreifenden und tiefen Eindruck, den ich nötig habe, um persönlich an sie zu glauben, gerade an sie. Ich gestehe sogar, daß ich nicht glaube, weil ich sie lau und politisch finde. Sie stimmten im Jahr 1914 für die Kriegskredite, um ihre Partei nicht zu vernichten. Märtyrer sind sie also nicht. Sie haben sie gerettet und fangen nun an, dagegen zu stimmen. Heilige sind sie auch nicht. Politik! Keine Geschichte! Nicht einmal sozialdemokratische! Die Sozialdemokratie scheint heute eine

Digitized by Google

große Vergangenheit zu haben. Dem Christentum ging's ebenso. Man muß also mit vermehrtem Nachdruck auf die Gefahr aufmerksam machen, daß um eines gespenstischen Dogmas willen, das in den Gegenwärtigen keine Lebensfähigkeit und keine Leidensbereitschaft mehr besitzt, die Zukunft einer Nation gefährdet wird, die mehr ist als ihr Teil. Die wenige Leidensbereitschaft, die in der Haase-Gruppe noch lebt, wird reichlich aufgehoben durch die bürgerlich-politisierte, ganz unergriffene und wenig würdige Gebärde, mit welcher Leiden herausgefordert und dann ertragen wird. Propheten und Apostel sind auch sie nicht. Hier braucht's mehr als Lärm! Hier heißt's große Menschlichkeit entfalten! Wer will behaupten, daß sie entfaltet sei? Entfaltet ist nur das rote Fähnchen und das alte Schlagwort. Das rote Fähnchen bei der Eisenbahn bedeutet Gefahr und Halt! Wer hat heute Augen und Ohren? Vielen schlägt das Herz im Hals, aber es ist nicht immer ein großes Herz, das da schlägt.

Die Alldeutschen sind heute die bestbeschrieene nationale Körperschaft. Alle großen Blätter sind ihre Feinde. Sie selber gründen ebenfalls Blätter, aber es sind keine großen. (Warum begnügen sich konservative und alldeutsche Zeitungen immer mit einem so bescheidenen geistigen Standpunkt? Das „reaktionäre" Deutschland hat keine konservative Zeitung vom weltgültigen Schlag eines „Temps" oder einer „Times", die beide konservativ sind.) Diese Blätter sind bereits eifrig dabei, die Verständigungstheodore und die Verzichtfriedriche zu bekämpfen. Schön, wenn sie auch sonst noch etwas tun. Es ist nicht wichtig, ob ein Blatt unterstützt wird oder nicht. Das „Berliner Tageblatt" ist mit Recht stolz auf seine eigene Geschäftskraft, aber die Feststellung, daß andere Blätter „ausgehalten" werden, ist noch kein Beweis gegen die Nützlichkeit der darin vertretenen Ansichten, so wenig wie eine ebenfalls nachgewiesene Unterstützung liberaler Blätter dartut, daß deren Behauptungen auch falsch sind. Andrerseits: die alldeutschen und konservativen Blätter stellen sich streng auf den geschichtlichen Boden und halten sich an die Lehren der Vergangenheit, die sich stets wiederholen. Daran tun sie zweifellos gut, denn die gleichen Lagen und Verhältnisse bei gleichem Charakter werden zwischen Nachbarn immer dieselben Vorgänge hervorrufen, und in Europa ist vorläufig wie nirgends sonst dafür gesorgt, daß Lagen und Charaktere unveränderlich bleiben. Die französische Nation hat durch ihre Revolution weder ihre Lage noch ihren Charakter verändert, bloß daß das siegende Bürgertum die geschichtliche Tradition der Könige übernahm, aber die Tradition blieb, weil sie die einzig mögliche nach der Lage war, und der Charakter blieb, weil dieselbe Lage weiter wirkte. Aber die Konservativen sind Realisten nur auf geschichtlichem Gebiet, auf dem politischen sind sie selbstherrliche Idealisten. Und die Fortschrittlichen sind Realisten nur auf politischem Gebiet; geschichtlich sind sie zum Teil kosmopolitische Träumer, was kein Schimpf an sich ist, aber ein Fehler an der Nation vom Tag, deren Bestand einer beinahe geschlossenen kosmopolitischen Gefährdung unterliegt, nämlich von den Politikern des ganzen übrigen Weltall, Wilson,

Digitized by Google

Lloyd George, Poincaré, Kerenski, Boselli, abgesehen von den namenlosen, aber einmütigen Mitläufern der fünf Erdteile. Diese unerbittliche Tatsache betrachtet der geschichtliche deutsche Mensch mit gerechter Unruhe. Er beantwortet sie ernst und gefaßt mit der sittlichen Entschließung, daß er in irgendeiner würdigen Form naheliegende festländische Sicherungen braucht, um sich für seine Nation eine ungefährdete und fruchtbare Zukunft versprechen zu können. Mit jenem europäisch mit absichtsvollem Fleiß beschrienen groben Gesichtsmaterialisten hat er nichts zu schaffen; ihn weisen wir dem englisch-französischen Geschäftsimperialisten zur Gesellschaft zu, dessen geistiger Bruder er ist. Aber Sicherheiten verlangen auch die „fortschrittlichen" und „demokratischen" Atlantischen, und es wird also darauf ankommen, wer geschichtlich so stark ist, um sie sich zu verschaffen. Dieser geschichtlich Starke wird dann zugleich der sittlich Berechtigte sein. Die „Alldeutschen" fühlen, daß diese beiden Möglichkeiten in der deutschen Nation enthalten sind. In ihnen schlägt leidenschaftlich der Puls der Gegenwart, aber bloß einer, der rechte, weil sie die rechte Hand sind. In den andern schlägt der linke, denn sie sind die linke Hand. Und eine Hand weiß nicht, was die andere tut. Das ist der Zustand. Wir aber haben es mit dem ganzen Leib, der ungeteilten Nation zu tun, die Geschichte schafft mit der rechten und Politik mit der linken Hand. Eine Nation kann auf die Dauer nur stark und opferfreudig vor ihrem Schicksal stehen, wenn sie sich im Innern frei und würdig weiß, und zwar unbegrenzt. Hier kann man keine Zugeständnisse machen, vollends keine verweigern. Die Atlantischen scheinen auf diesem Gebiet eine Überlegenheit zu besitzen, wenigstens sieht man sie nie bereit, um innerer Entwicklungen willen äußere Notwendigkeiten hintan zu setzen. Die Deutschen sind leicht zu ausschließlich. Auch sie müssen Politik und Geschichte gleichzeitig schaffen! „Frei und mündig nach innen, stark und unbedingt nach außen!" Über den Grad läßt sich streiten; die Zeit wird ihn reifen. Aber über den Grundsatz ist nicht zu streiten; von seiner Erfüllung hängt das Glück der Nation ab.

Der Unteroffizier ist nicht die Krone der Schöpfung, auch nicht der Leutnant. Auch nicht der Schutzmann. Die Atlantischen kämpfen gegen den Militarismus angeblich, die Deutschen tatsächlich. Die Monarchie zum Kapitalpunkt zu machen, wäre kindisch. Auf Treu und Glauben national abzurüsten, weil die Entente oder Wilson es verlangen, idiotisch. Was bleibt also übrig? Siegen und dann weiter sehen. Geschichtlich absolut siegen und politisch ebenfalls. Man braucht sich nicht vor einem befreiten deutschen Volk zu fürchten, drinnen nicht, eher draußen, denn der Freie, der ein hohes Gut zu verteidigen hat, schlägt grimmiger zu als der Unfreie, dem es nicht so wohl zu Hause ist. Es ist nicht bloß menschenfreundlich, sondern auch staatsmännisch, der Nation Gründe zu schaffen, um siegen zu wollen, siegen zu müssen, je mehr, desto besser!

Die Deutschen wollen von Herzen abrüsten, weil in der militärischen Abrüstung das

Digitized by Google

einzige Heil für die nächste Generation liegt, welche die Kriegskosten tragen muß, aber zuerst müssen sie sich behauptet haben. Sie haben noch andere, edlere und menschlichere Gründe für die Abrüstung, an die selbst die des Herrn Wilson in Amerika nicht heran reichen, denn mit sittlichen Ideen lassen sie sich so wenig schlagen wie mit stofflichen Waffen, darin haben sie von Alters her Überlieferungen. Aber das Geschäft der Abrüstung müssen sie selber überwachen und führen, und vielleicht führen sie bloß deshalb diesen letzten und furchtbarsten Krieg, um nachher dazu imstande zu sein. Dieser Krieg wird die Wirkung haben, das deutsche Volk geschichtlich vollkommen gereift und freimütig zu machen, so freimütig, wie eben bloß ein Starker sein kann, und so mutig und kühn in der Leistung von echten und weittragenden Allgemeingeschäften, wie es bloß dem absolut Freien beschieden ist. Unter den Gefallenen dieses Krieges muß auch der Unteroffizier und der Schutzmann liegen, und der Bureaukrat dazu. Wird ihnen dieser rühmliche Tod nicht gelingen, so müssen sie später eines unrühmlicheren sterben.

Auch das Weltbündnis der Nationen müssen die Deutschen zu schaffen beanspruchen, weil allein sie jetzt die Größe haben, Geschichte zu machen. Jede andere Nation ist dafür zu selbstisch und voreingenommen. Die von England und Wilson den Deutschen auferlegte „Demokratisierung" hat Frankreich geleistet, um habgieriger und rachsüchtiger, ehrgeiziger und zänkischer zu werden, als es je war. Nach geschichtlicher Auserwähltheit sieht das nicht aus. Es hat keine Fehler begangen wie Deutschland, sondern Verbrechen wie England und Rußland. Die Deutschen ihrerseits haben nicht die Voreingenommenheit, nur mit Monarchien verhandeln zu wollen. Sie sind naiv und so überwältigend selbstverständlich, daß sie in aller Unschuld während der größten Siegesaussichten von Verbrüderung und Verständigung sprechen. Das können sich nur diese verlästerten und verlachten Träumer leisten und dann noch das große und maßlose Volk der Russen. Sonst besitzt niemand die geschichtliche Bewegungsfreiheit, und die Russen besitzen sie auch bloß infolge ihres sittlichen und nationalen Zusammenbruchs. Wenn die Deutschen nun Propheten und Apostel haben, so können sie die Welt mit kühner Hand und frommem Herzen wie eine verlangende Frau erobern.

So hat es schließlich doch einen Sinn, daß die Deutschen die Versöhnungshand bieten, während ihre Kanonen am Isonzo und an der Düna krachen? Habt noch eine Weile Geduld, und es wird alle Saat aufgehen. Und wenn ihr guten Samen gesät habt, so seid nicht unruhig, sondern glaubt und laßt euch nicht irre machen. Es ist natürlich, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. Das Wort bezieht sich aufs Wohltun, das sei dabei unvergessen! Eine Nation allein ist in diesem unermeßlichen Kampf kein zureichendes Ziel mehr. Das einzige würdige Ziel ist die Wohlfahrt der Menschheit, ihr Glück, ihre höhere Vernunft, nicht die geschäftliche, ihre Frömmigkeit, nicht die muckerische, ihre Tugend, nicht die kleine, sondern die große, freie, freu-

Digitized by Google

dige des Herzens, das sich selbst überwunden hat. Die Stufe zu diesem Altar, die letzte, die zu ersteigen war, heißt aber noch heute und morgen: deutsche Nation! Es fließt viel Blut um sie. Möge viel Segen nachher zurück strömen.

Aber um zum Anfang zurückzukehren: Nicht Politik oder Geschichte, sondern Politik und Geschichte!

Norwegens Interessen im Kriege

Von Dr. Hermann Harris Aall, Christiana

Wegen seiner offenen Kritik an der Stellung Norwegens zu den kriegführenden Mächten in seinem Buche „Das Schicksal des Nordens", aus dem wir in Nr. 43 ein Kapitel veröffentlicht haben, ist Dr. Aall, Christiania, von der englandfreundlichen Presse Norwegens heftig angegriffen worden. In „Norges Handels og Sjökartstidende" vom 6. September 1917 hat sich Dr. Aall energisch zur Wehr gesetzt und die Angriffe glänzend abgeschlagen. Seine Polemik begnügt sich aber nicht damit, die Angriffe der Gegner kritisch zu beleuchten, sondern sie enthält eine Fülle von positiven Ausführungen, die allgemeines Interesse beanspruchen. Wir geben einige Abschnitte unter Weglassung des polemischen Teiles wieder, weil sie die Probleme des Krieges und Norwegens Stellung zu ihnen in helles Licht rücken.

Das Unrecht der Neutralen gegen die Mittelmächte

Ich habe hervorgehoben, daß weder die Entente noch die Neutralen gegen die Zentralmächte völkerrechtsmäßig gehandelt haben: die Nordseesperre und andere Maßregeln brachen unseren Handel mit ihnen und für sie ab. Die Maßregeln führten einen neuen Kriegsbegriff ein, „die Kriegszone", in welcher Großbritannien — gemäß seiner eigenen Erklärung vom 2. November 1914 — in Mengen Minen ausstreute, um den Verkehr über den Atlantischen Ozean zu hemmen. Diese Verfügungen waren ein grober Bruch der Pariser Konvention, der Haager Abkommen und der Londoner Deklaration. Und alle Neutralen protestierten dagegen. Die Neutralen hätten sich deshalb zu einer gemeinsamen Politik gegen jene Verfügungen zusammenschließen sollen, um das Völkerrecht aufrecht zu erhalten. Aber wenn wir uns vor ihnen beugten, war es in jedem Falle unsere Pflicht, uns auch vor den entsprechenden Maßnahmen von seiten der Zentralmächte zu beugen. Sonst würden wir eine Kriegspartei der andern gegenüber begünstigen und auf diese Weise unneutral werden. Ja, wir waren dazu aus mehreren weiteren Gründen verpflichtet: Weil die Entente begonnen hat, üben die Zentralmächte Repressalien. Weil die Kriegszone der Entente auch Fahrwasser zwischen Neutralen umfaßt, die Kriegszone der Zentralmächte aber nur Gewässer um die Länder ihrer Feinde herum. Und weil die Zentralmächte angeboten haben, ihren Kampf einzustellen, sowohl den Unterseeboots- (28. Februar 1915), als auch den gesamten Krieg (12. Dezember 1916), und abschlägige Antwort erhalten haben.

Die Neutralen haben indessen nicht dementsprechend gehandelt. Sie haben sich vor

Digitized by Google

den Rechtsbrüchen gebeugt, gegen die sie protestierten, und sie haben sich nach ihnen eingerichtet. Sie haben sogar die Tonnage, die dem Völkerrecht zuwider daran gehindert wurde, nach den Ländern der Zentralmächte zu fahren, zur Verfügung des Rechtsbrechers, der Entente, gestellt. Dagegen haben sie den Repressalien der Zentralmächte gegen diese Rechtsbrüche getrotzt. Daher richten sich die Repressalien der Zentralmächte nicht nur gegen ihre erklärten Feinde, sondern auch gegen Neutrale, welche die Pflicht ihrer Neutralität nicht durchführten.

Englands Gewaltpolitik

Die menschliche Natur fordert eine gewisse Vernunft in allen ihren Handlungen. Auch der Krieg muß einen gewissen Sinn haben. Und dieser Sinn ist, der Menschheit die Selbsterhaltung zu sichern. Der Krieg darf nicht der Selbstmord der Menschheit werden. Deshalb muß ein Kriegführender seine Angriffe gegen denjenigen richten, der sein Gegner ist, und das ist die Streitmacht des Feindes, aber nicht das friedliche Volk. Er darf nicht die Streitmacht durch das Volk angreifen. „Seit mehreren Jahrhunderten ist es der wichtigste Satz des Kriegsrechts gewesen, daß ein Krieg nicht zwischen Völkern, sondern zwischen deren Heeren und Flotten geführt werden muß," sagt einer der gründlichsten Kenner des Völkerrechts, P. Eltzbacher. Dieses Prinzip hat im Lauf der Zeit in der Pariser, Petersburger und Haager Konvention sowie in der Londoner Deklaration Ausdruck gefunden. Es ist im großen und ganzen von den Festlandstaaten mit Preußen und später Deutschland an der Spitze verfochten worden und hat in dem Rechtssatz Gestalt angenommen, daß das Privateigentum unverletzlich sein soll: Aus dem Anrecht der friedlichen Bevölkerung auf Leibesfrieden folgt auch das Anrecht auf Lebensmittel. So liegt die Sache zu Lande.

Diesem Standpunkt steht derjenige entgegen, daß der Zweck des Krieges allem voranzugehen habe. Dieser Grundsatz ist von England verfochten worden. Vom ihm ausgehend hat sich England geweigert, das Privateigentumsrecht zu Wasser anzuerkennen, sogar mit Bezug auf neutrale Schiffe. Als sich die neutralen Staaten im Jahre 1807 gegen den englischen Grundsatz zusammenschlossen, erklärte England, es werde „mit Gottes Hilfe fortfahren", des Nächsten Gut überall wegzunehmen, weil „dies zu allen Zeiten wesentlich zu Englands Macht auf dem Meere beigetragen habe". Kraft desselben Grundsatzes versuchte es, die überfallenen Buren dadurch zu lähmen, daß es ihre Frauen und Kinder in „Konzentrationslagern" unterbrachte und 30 000 Personen das Leben in der ausgesprochenen Absicht nahm, Einfluß auf das Burenheer auszuüben.

Deutsche Wissenschaftler und Diplomaten haben England vorgehalten, daß es die Kriegsgefahren vermehre, indem es so das Plünderungsrecht zu Wasser aufrecht erhielte, das zu Lande als ein Verbrechen angesehen wurde. Ferner, daß es sich selbst in Versuchung führte, einen Krieg anzufachen, um sich die Flotte, die Waren und die Kolo-

Digitized by Google

nien anzueignen, die andere besaßen, und um diese anderen daran zu hindern, so stark zu werden, daß sie eine Rechtsordnung an Stelle der englischen Gewaltordnung verlangen könnten. Vergebens. Hundert Jahre hindurch hat Großbritannien seinen Grundsatz befolgt und seine Despotie dadurch aufrecht erhalten, daß es stets die zweitstärkste Macht auf dem Festlande gegen die stärkste aufstachelte, um selbst am allerstärksten zu werden; befestigt hat es seinen Vorrang mittels des Grundsatzes des Zwei-Mächte-Standards seiner Flotte.

Im Jahre 1856 wurde England indessen zu einem Zugeständnis dem andern Standpunkt gegenüber genötigt: Mit Hilfe der Neutralen sollte die friedliche Bevölkerung des feindlichen Landes berechtigt sein, ihr Leben auch mittelst Zufuhren übers Meer aufrecht zu erhalten. Das war eine Erweiterung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums zu Lande; er sollte unter gewissen Bedingungen auch zu Wasser gültig sein, sogar England gegenüber. England gelang es aber, die Verabredung an enge Grenzen zu binden. Es sollte gestattet sein, die Häfen und Küsten des Feindes in der Absicht zu „blockieren", seiner Kriegsmacht zu schaden, auch wenn die Zivilbevölkerung darunter leiden würde.

Während des ganzen Krieges ist England bekanntlich seinen guten Vorsätzen abtrünnig geworden — — zugunsten seiner früheren sündhaften Gewohnheiten. Sogar über das Blockaderecht hinaus. Die englische Aushungerung stützt sich nicht auf ein solches Recht, denn sie bricht die beiden ersten Gebote der Londoner Deklaration darüber, nämlich daß, wenn eine Blockade als vorliegend erachtet wird, die Absperrung nicht zwischen den neutralen Häfen unterbinden darf und daß sie „effektiv" sein muß. Die Nordseesperre blockiert gerade die neutralen nordischen Länder — — Deutschland dagegen nicht; dessen Ostseeküste liegt weit vom Schuß. Deshalb hat sogar Präsident Wilson, der doch wahrlich nicht zugunsten Deutschlands parteiisch ist, England wiederholt vorgeworfen, daß die Nordseesperre nicht als Blockade aufrecht erhalten werden kann, sondern dem Völkerrecht widerspricht. So z. B. in der Note vom 30. März 1915. Nur die ausweichende Nachgiebigkeit der Neutralen hat England gestattet, seine Rechtsverletzung den Zentralmächten gegenüber aufrecht zu erhalten.

Norwegens verfehlte politische Haltung

Gegen mich als Bürger und als Wissenschaftler sind ehrenrührige Beschuldigungen gerichtet worden, weil ich die Politik aufrechterhielt, zu der sich unser Land über hundert Jahre lang, von 1803 an, bekannt hat. Mein Beweggrund ist einfach genug. Ich habe nach meiner Rechtsauffassung gehandelt, weder aus Freundschaft, noch aus Feindschaft. Aber keiner hat die Kraft, den Kampf gegen das Unrecht der ganzen Welt zu führen. Daß ich gegen unsere Kriegspolitik zum Worte gegriffen habe, hat seinen Grund darin, daß ich mein Bürgerrecht in Norwegen besitze und deshalb nationale Pflichten habe. Wir sind die erste seefahrende Nation der Welt. Für kein

Digitized by Google

anderes Volk hat die Sicherheit auf dem Meere so große Bedeutung wie für uns. Unsere Handelsflotte und unsere Zufuhren bedingen unseres Volkes Leben. Und da wir nicht die Macht haben, sie zu sichern, müssen wir wünschen, sie durch Recht sicherzustellen. Das würde dadurch geschehen, daß das Privateigentum für unantastbar erklärt würde, zu Wasser wie zu Lande, im Kriege wie im Frieden, und auf der Grundlage völkerrechtlicher Verbände. Eine solche Rechtsregel aber hat Großbritannien bekämpft und unterbunden, während Preußen und später Deutschland ebensolange für sie gekämpft haben. Sie machte den Hauptpunkt im Konflikt zwischen England und Deutschland auf der Haager Konferenz im Jahre 1907 aus, und sie ist der Hauptpunkt jetzt im Weltkriege. Deutschland bot 1907 sogar an, seinen Flottenbau einzuschränken, wenn England den Grundsatz anerkennen wollte. Aber England schlug ab, und dieser abschlägige Bescheid bedeutete eine Drohung. Da baute Deutschland seine starke Flotte, um mit Macht zu beschützen, was es mit Recht nicht verteidigen sollte.

Deshalb stimmen unsere Interessen auf dem Meere mit Deutschland überein. Und ich habe mir erlaubt, den Gesichtspunkt hervorzuheben, ob es verantwortlich ist, die Stimmung gegen diejenigen zu schüren, deren Interessen mit unseren allerwichtigsten und lebensnotwendigsten einig sind.

Daß aber die deutschen U-Boote — in Deutschlands eigenem Interesse — den Kampf für die Befreiung der Welt von der englischen Seedespotie führen, das hat eine Bedeutung, die wir uns klarzumachen verpflichtet sind. Wir können den Unterseekrieg nicht bekämpfen, ohne die zukünftige Sicherheit unseres eigenen Volkes zu bekämpfen. Wer garantiert uns, daß wir nicht selbst wieder derselben Aushungerung ausgesetzt werden, wie 1807—1814 und wie Deutschland jetzt? Wo sind die Norweger, die nicht eine nationale Pflicht anerkennen, unser Volk gegen solche Verhältnisse zu wappnen? Sind wir nicht imstande, über des Augenblicks Vorteile und Anforderungen hinaus zu sehen? Erwartet jemand den Gewinn, den die Freiheit der Meere, die Sicherung unserer Flotte und unserer Zufuhren für uns bedeuten würde, ohne jedes Opfer?

Aber selbst, wenn wir die Wahl treffen wollten, unsere Zukunft für die Vorteile der Gegenwart zu verspielen, meldet sich eine neue Frage: Würden wir das überhaupt können? Würde unser Einsatz gegen die U-Boote etwas bedeuten, nachdem neun Zehntel der Welt sie nicht hat besiegen können? Die Antwort ist gegeben. Können wir aber den Unterseekrieg nicht besiegen, so müssen wir ihn vermeiden. Das sind wir unseren Seeleuten und unserer Flotte schuldig. Das muß unsere Politik erstreben, — und nicht, dem Unterseekrieg zu trotzen. —

Dies ist der nationale Grund zu meiner politischen Ansicht über den Krieg seit langer Zeit vor seinem Ausbruch. Will England die Unkränkbarkeit des Privateigentums zur See anerkennen und Deutschland das Plünderungsrecht Englands auf-

Digitized by Google

nehmen, so ändere auch ich meine Richtung. Ohne eine Sekunde zu zögern. Und aus demselben Grunde bin ich gegen die Auffassung aufgetreten, die uns dazu geführt hat, unsere Bestrebungen darauf einzustellen, den größtmöglichen Vorteil aus dem Kriege zu ziehen, anstatt unsere Unabhängigkeit von den Kriegführenden zu sichern. Wie weit wir diese Aufgabe lösen könnten, ist eine Frage für sich. Aber zunächst muß diese Richtung als völkerrechtlich und politisch richtig erkannt werden. Und gerade diese Erkenntnis hat gefehlt.

Wir hatten auch Mittel, beiden Seiten Zugeständnisse abzugewinnen: Das Mittel wäre eine gemeinsame nordische auswärtige und Handels-Politik — Holland eingeschlossen — gewesen. Damit hätten wir die Macht gehabt, die Nordseesperre auszuschalten. Die Entente hätte nicht alle Zufuhren von unseren Ländern oder über unsere Länder entbehren können. Noch weniger hätte sie die Gefahr laufen können, uns in das Lager ihrer Feinde zu treiben. Damit aber würden wir auch den Unterseekrieg ausgeschaltet haben. Das entsprach Deutschlands ausdrücklichem Angebot vom 28. Februar 1915. Und damit würden wir endlich unsrer Seeleute Leben und unsre Handelsflotte beschützt haben, was jetzt unterblieben ist. Aber wir fanden, es gehe uns nichts an, daß Frauen und Kinder in dem uns an Religion und Blut verwandten Volke verhungerten. Und die Nemesis hat unsre Unbarmherzigkeit an unsren eigenen Seeleuten heimgesucht.

Was haben wir nun dadurch politisch gewonnen? Gibt es einen Norweger, der nicht errötet, wenn er daran denkt, was wir jetzt täglich dulden? Daß wir unsrem Tyrannen helfen, seine Tyrannei über uns aufrechtzuerhalten? Die schwedische Kompensationspolitik war nationsbewußt, aber nicht profitabel. Ist jemand jetzt im Zweifel darüber, daß wir auch wirtschaftlich gewonnen haben würden, wenn wir zusammen mit Schweden eine nordische Kompensationspolitik gewagt hätten — und wir bei Friedensschluß unsre Flotte unversehrt behalten haben würden? Vom Herbst 1916 an haben wir die Früchte unsrer Politik in den zwei ersten Kriegsjahren gepflückt. Diejenigen, die mit Rücksicht auf „unsre alte Freundschaft" im Westen, aus Furcht und aus Gewinnsucht uns in diese Abhängigkeit geführt haben, tragen die Verantwortung für unsre Verluste an Seeleuten, Flotte und — nationaler Ehre. Die haben mehr als ich Veranlassung, ihren Standpunkt zu rechtfertigen.

Was geht in Böhmen vor?

Von Rudolf Rotheit

Nach zweieinhalbjähriger Abwesenheit, die durch Untersuchungshaft, Kriegsgerichtsverhandlung und Strafgefangenschaft ausgefüllt war, traf Dr. Karl Kramarz, durch kaiserliche Gnade der Freiheit wiedergegeben, Mitte Oktober wieder in Prag ein. Sein Einzug glich nicht nur einem Triumphzug, wie man zu sagen pflegt; es war

Digitized by Google

tatsächlich ein solcher. Um einen ungekrönten König scharte sich in seltener Einmütigkeit ein ganzes Volk. Auf dem Bahnhof begrüßten den Heimkehrenden, als hervorragendsten Bürger der Stadt, die Vertreter der Prager Gemeindeverwaltung. Die Leiter seiner eignen Partei huldigten ihm als ihrem obersten Führer. Redner anderer Parteien legten ihm, als einem nationalen Märtyrer, ihre Ehrerbietung zu Füßen, und auf der Straße feierte ihn, vor seinem Hause sich stauend, die Volksmenge als ein leuchtendes Vorbild im politischen Kampfe. Mitten in schwerer Kriegszeit erlebte Prag auf diese Weise einen Jubeltag; ein nationaler Sieg von weittragender Bedeutung war errungen.

Von diesem Augenblick an waren die Tschechen ganz wieder obenauf und sofort gingen sie zum Angriff über. Die Stimmung in Prag hatte im Kriegsverlauf starke Wandlungen durchgemacht. Von freudiger Erwartung gewisser Ereignisse im Spätherbst 1914, die sich dann doch nicht einstellten, weil von den Karpathen bis zur Hauptstadt Böhmens der Weg zu weit war, verfiel man in tiefsten Schrecken, als die Militärbehörde scharf zufaßte und, von anderen Maßregeln abgesehen, Herrn Kamarz mitsamt verschiedenen Freunden glattweg abführen ließ. Im Dezember 1915, am Thronbesteigungstage Kaiser Franz Josephs, fand man es unter solchen Umständen für angebracht, mit der Faust in der Tasche äußerste Ergebenheit dadurch zu markieren, daß sich zum ersten Male ganz Prag — jedes Haus ohne Ausnahme, einschließlich des tschechischen Volkshauses — mit schwarzgelben Fahnen schmückte. Seitdem lebte man in steter Sehnsucht nach einem Wunder, einer plötzlichen Wendung, einer Herzerhebung, bis eine solche denn auch wirklich eintrat — allerdings nicht so, wie man es sich vorgestellt hatte, sondern eben durch die Freilassung des Herrn Dr. Kamarz und seiner Mitverurteilten.

In den Festreden des Kramarz-Tages wurde bereits unter Begeisterungsstürmen das Ziel der neu in die Wege geleiteten politischen Kämpfe gewiesen. Es war dies freilich nichts anderes als das alte staatsrechtliche Programm des Tschechentums, das erst wieder am 30. Mai 1917 in einer feierlichen Erklärung kundgetan worden war: Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates in seinen geschichtlichen Grenzen. Gerade in diesem Augenblick jedoch mit solchem Nachdruck und Lärm erneut vorgetragen, bedeutete es eine bewußt schroffe Kampfansage an die Deutschen, die Magyaren, an den österreichischen Staat und das ganze Gefüge der Doppelmonarchie. Politische Versammlungen in Prag folgten rasch nacheinander, und ehe man sich's versah, stand, von den Tschechen absichtlich herbeigeführt, die ganze Misere der Nationalitätenerwürfnisse wieder auf der Tagesordnung.

Zur nachdrücklicheren Führung des Kampfes auf tschechischer Seite wurde vor allem das agitatorische Hauptblatt des Tschechentums, die „Narodni Listy", dessen Hauptaktionär Dr. Kramarz ist, redaktionell umgestaltet. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hatte sich das Blatt seit der Verhaftung des Dr. Kramarz (Weihnach-

Digitized by Google

ten 1914) zu gemäßigterer Haltung bequemt. An die Stelle verhafteter Schriftleiter waren vorsichtigere Männer getreten, die sich schlecht und recht ins Unvermeidliche fügten. Kaum war Kramarz nach Prag heimgekehrt, so schritt man daran, diese Lückenbüßer im Redaktionsstabe des Blattes abzusägen und den Radikalismus in seine früheren Rechte wieder einzusetzen. Die erste Nummer unter der neuen Leitung — dritte Oktoberwoche — brachte neben einem Leitartikel von Kramarz, der in hoffnungsvollem Hinweis auf die Zukunft die tschechische Einigkeit pries und zu deren Aufrechthaltung mahnte, einen Aufsatz über die — durch eine Zeichnung veranschaulichten — „geschichtlichen Grenzen des Tschechenstaates", die außer Böhmen, Mähren und Schlesien auch die Slowakei, also einen beträchtlichen Teil des heutigen Königreichs Ungarn, einschließen und sich hinabziehen bis zur Donau mit freiem Zugang (einem „Korridor") zum Meer, was, wie Dr. Baernreither jüngst im österreichischen Herrenhaus feststellte, mit den Absichten der Entente übereinstimmen würde.

In Hinblick darauf, daß die Prager Versammlungs- und Parteibeschlüsse gleichfalls auf die Angliederung der Slowakei an das erträumte Tschechien abzielen, wandte sich im ungarischen Parlament der Abgeordnete Vadasz mit einer geharnischten Anfrage an die Regierung wegen dieser gegen die Integrität Ungarns gerichteten Umtriebe. Ministerpräsident Dr. Wekerle erwiderte, es sei ihm nicht nur an allerhöchster Stelle, sondern auch von österreichischen Regierungskreisen verbürgt worden, daß solche Bestrebungen dort keinerlei Stütze fänden, und der österreichische Justizminister habe ihm bereits bestimmte Zusagen hinsichtlich einer entsprechenden Änderung des österreichischen Strafgesetzes gemacht; es müßte gefordert werden, daß solche Umtriebe auch in Österreich unter Strafe gestellt werden und daß „in dieser Monarchie niemand fortwährend den Karren unserer Feinde schiebe". Vorläufig, bis zur Änderung der Strafbestimmungen in Österreich, so fuhr Wekerle fort, „müssen wir schon im Interesse der Kriegführung entschieden fordern, daß ähnliche Bestrebungen in der Presse durch die Zensur verhindert werden."

Der tschechische Widerhall ließ nicht lange auf sich warten. Voll Hohn und Schmähungen fielen die „Narodni Listy" über Wekerle und die Magyaren her. Wekerle habe nichts Gescheiteres gewußt, als die Tschechen an oberster Stelle zu verpetzen und die österreichische Polizei gegen sie aufzurufen. „Die Magyaren sind am Ende mit ihrer gewalttätigen Nationalitätenpolitik und fürchten sich vor dem öffentlichen europäischen Tribunal ... Wenn es wahr ist, daß dieser Krieg vor allem die Völkerkarte Europas umgestalten wird, dann stehen die Magyaren Aug in Aug vor einem schreckhaften Problem. Der magyarische Staat ist eine Sünde gegen die Natur. Wenn in ihm die allgemeinen Grundsätze und Bedingungen erfüllt wären, kraft deren ein Staat entsteht und sich hält, dann würde dieser Staat die Probe nicht aushalten ... Eine bloß mechanische Vereinigung trägt den Zerfall in sich ... Die Stunde der Not ist im Anzug. Von fern erklingen bereits die Fanfaren der zu Nationalstaaten wieder-

Digitized by Google

geborenen Völker, und die Magyaren haben Angst, Europa vor die Augen zu treten." Übrigens — so schließt der Aufsatz — sind die Magyaren, die sich von Österreich abgesondert haben und für die Österreich Ausland ist, am wenigsten befugt, in der Frage des tschechischen Staates mitzureden.

Man beachte, daß dieser Aufsatz, der zudem von Beleidigungen gegen die Magyaren strotzt, nicht etwa im feindlichen Ausland, sondern in einer Großstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie erschienen ist, und man wird an diesem Beispiel erkennen, wie sehr den Tschechen der Kamm geschwollen ist, mit welcher Unbekümmertheit sie heutzutage um sich schlagen. Die unmittelbaren Leidtragenden sind indes nicht die Magyaren, die sich als beati possidentes (die glücklichen Besitzer) mit einiger guten Laune schließlich darüber hinwegsetzen könnten; wer am schärfsten und unmittelbarsten davon betroffen ist, das sind die Deutschen der Sudetenländer.

Sie haben es vorausgesehen, daß es so kommen werde. Schon im Juli dieses Jahres, bald nach der Begnadigung der Tschechenführer, erließ der Deutsche Volksrat für Böhmen einen in den dortigen Blättern veröffentlichten Aufruf, worin zu lesen war: „Die inneren Feinde arbeiteten schon sein langem mit Verrat und Tücke dem äußeren Feinde in die Hände, um auf den Ruinen des Vaterlandes neue, fremde Staaten aufrichten zu können. Die inneren und äußeren Feinde sind auch die Feinde unseres Volkes ... Verrat folgte auf Verrat. Fahnenflucht war die Regel. Und jede dieser Schandtaten kostete Hunderten deutscher Väter, Brüder und Söhne das Leben." Der Aufruf erklärt, die Deutschen seien nicht gewillt, „auf die Erfüllung ihrer Forderungen, die sie von der unerträglichen tschechischen Mehrheitsherrschaft befreien soll, noch länger zu warten," das deutsche Volk „will sein Recht auf die Scholle der Heimat, sein Recht auf die deutsche Sprache in Amt und Gericht ... Die Deutschen sind sich mit allen im Staate maßgebenden Kreisen darin einig, daß der Weg hierzu über eine großzügige Verfassungsreform auf dem Boden der nationalen Autonomie führt, und sind bereit, an diesem Werke, das die Zukunft des Kaiserstaates sicherstellen soll, freudig mitzuarbeiten."

Inzwischen haben sich die Verhältnisse von Tag zu Tag nur noch verschlimmert. Wie tief das Gift sich eingefressen hat, erfährt man aus einer im österreichischen Herrenhaus eingebrachten Anfrage an die Regierung, weshalb einzelne Bezirke Böhmens über ihre Leistungsfähigkeit hinaus zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse herangezogen werden, während man andere Bezirke schonend behandelt. Diese Anfrage, von so besonnenen Männern wie Graf Karl Schönborn, Fürst Fürstenberg, Fürst Hohenlohe, Graf Waldstein, Dr. Baernreither, Dr. v. Plener unterschrieben, bestätigt durch die bloße Tatsache, daß sie gestellt wurde, die Mitteilungen des Grafen Nostiz und des Abtes Hellmer von Stift Tepl in Böhmen, die im Herrenhaus erzählten, daß in deutschen Gemeinden Böhmens nicht einmal Erdäpfel mehr vorhanden seien, während tschechische Gemeinden im Überfluß leben. Es mag dies eine

Digitized by Google

kleine Probe davon sein, was in einem Tschechenstaate die Deutschen neben politischer Bedrückung unter Umständen auch materiell zu erdulden hätten.

Ist es da ein Wunder, wenn — unseres Wissens zum erstenmal — von deutscher Seite in aller Form der Ruf nach Errichtung einer Provinz Deutsch-Böhmen ertönt, wenn also die Deutschen über ihre bisherige Forderung der kulturellen und politischen Autonomie im Rahmen des jetzigen Böhmens hinaus eine völlige Abtrennung von Tschechisch-Böhmen verlangen? Eine Aufforderung, in diesem Sinne zu handeln, erging von der Reichenberger Stadtverordnetenversammlung an alle deutsch-böhmischen Städte, Bezirke und Gemeinden. Der Reichenberger Bürgermeister Dr. Bayer erklärte aus diesem Anlaß, man müsse los von den Tschechen, da nur so die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und den tschechischen Machtgelüsten ein Gegengewicht geboten werden könne.

Dieser bemerkenswerte Vorgang darf als eine Antwort gelten auf die Hervorholung des alten Rezepts politischer Doktoren aus verschiedenen Lagern, den österreichischen Staat zur Heilung seiner inneren Krankheiten auf föderativer Grundlage umzugestalten. Damit er zur Ruhe gelange, soll der bisher von Wien aus „zentralistisch" regierte Nationalitätenstaat Österreich in einen Bund selbständiger Nationalstaaten umgewandelt werden. Der Gedanke der Förderation, von den Tschechen seit jeher verfochten, hat zweifellos in den letzten Zeiten auch außerhalb des Tschechentums an Boden in Österreich gewonnen. Höchst bedauerlich ist dabei nur, daß eine anational fühlende kleine Gruppe unter den Deutschen in Österreich sich so sehr bereit zeigt, mit den Föderalisten durch dick und dünn zu gehen, daß sie sich nicht scheut, über die Deutsch-Böhmen dabei zur Tagesordnung hinwegzuschreiten und sie dem Staate Tscheschien mit Haut und Haaren zu überliefern... Und noch bedauerlicher ist es, daß diese Gruppe sogar in einem Teile der reichsdeutschen Presse Mitläufer findet. Diesen Leuten und den anderen Föderalisten ruft nun die Reichenberger Stimme zu: „Gut, wenn ihr einen Bundesstaat haben wollt — in Himmels Namen, dann aber soll Deutsch-Böhmen nicht dem Königreich Tschechien angehören, sondern als Staatswesen mit Eigenleben Mitglied des Bundesstaates sein!" Wie das mit der von den Tschechen zäh verfochtenen „Einheit und Unteilbarkeit Böhmens" in Einklang zu bringen ist, darüber brauchen sich die Deutschen nicht den Kopf zu zerbrechen; das sollen die Föderalisten sich selbst tun. Fest steht, daß die Deutschen Böhmens nur dann in die föderalistische Laube gehen würden, wenn sie als national in vollem Umfange gleichberechtigtes Glied in den Föderativstaat eintreten könnten. Daß sie aber unter allen Umständen, ungeachtet der sonstigen deutsch-österreichischen Zersplitterung, die Unterstützung der anderen Deutschösterreicher in den großen politischen Fragen für sich haben — mit Ausnahme der erwähnten winzigen Gruppe — dafür zeugt der Ausspruch des Herrenhausmitgliedes Beurle in den jüngsten Debatten über die Zustände in Böhmen: „Die Alpendeutschen fühlen

Digitized by Google

ich eins mit den Deutsch-Böhmen in treuer Gemeinbürgschaft. Die Verteidigung ihrer Stellung betrachten wir als Verteidigung unserer eigenen Stellung, als erste und heiligste Pflicht der Nationalität."

Die japanisch-deutschen Beziehungen nach dem Kriege

Von Professor Dr. Senga Tsurutaro

Der nachstehende Artikel eines bedeutenden japanischen Politikers, Professor Dr. Senga Tsurutaro-Kioto, den er in der japanischen Zeitschrift „Taiyo" vom 15. Juni veröffentlicht hat, erscheint wert, der Öffentlichkeit bei uns mitgeteilt zu werden. Er enthält Einseitigkeiten und Schiefheiten, insbesondere scheint der Verfasser den deutschen Charakter wenig zu kennen; sonst würde er uns nicht Aufgeben der Bundestreue gegen die Türkei zumuten. Auch über die Aussichten Deutschlands auf Sieg oder Niederlage, über Abrüstung und desgleichen wollen wir mit Professor Senga Tsurutaro hier nicht diskutieren. Interessant ist uns nur seine politische Stellungnahme.

Seit dem Ausbruch des Kriegs sind verschiedene Prophezeiungen darüber unternommen worden, welche Gruppe der Kriegführenden schließlich als Sieger aus dem Kampf hervorgehen werde. Die Ententemächte haben sich verrechnet, als sie annahmen, Deutschland würde innerhalb eines Jahres oder gar innerhalb von sechs Monaten geschlagen sein. Auch unter den Japanern war diese Ansicht weit verbreitet. Englands Eintritt in den Krieg dürfte lediglich auf Grund dieser irrtümlichen Ansicht erfolgt sein. Hätte England geglaubt, daß der Krieg sich solange hinziehen würde, so hätte es wahrscheinlich nicht gegen Deutschland zu den Waffen gegriffen. Auch Deutschland seinerseits hat sich verrechnet: Deutschland bildete sich ein, die Verletzung der belgischen Neutralität würde nicht genügen, um England zum Eingreifen zu bringen, und es würde daher imstande sein, Frankreich und Rußland innerhalb eines Jahres, vielleicht sogar eines halben Jahres zu besiegen. Keins der beteiligten Länder würde den Krieg unternommen haben, wenn es von Anfang an eine klare Vorstellung darüber gehabt hätte, daß der Krieg sich jahrelang hinziehen würde, ohne die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg über die Gegner. Kurz gesagt, der Krieg ist zurückzuführen auf falsche Schätzung, sowohl auf englischer wie auf deutscher Seite. Der chinesisch-japanische Krieg war eine Folge der Unkenntnis Chinas über Japans wirkliche Stärke. Und der russisch-japanische Krieg wurde entfesselt, weil man in Rußland die Leistungsfähigkeit Japans unterschätzte. Man sieht also, daß jeder Krieg sich zurückführen läßt auf falsche Berechnung entweder auf der einen oder auf beiden Seiten. Kein Land würde einen Krieg unternehmen, wenn es die Unmöglichkeit, den Gegner zu besiegen, klar vor Augen sähe. Feindseligkeiten werden niemals rein aus rechtlichen oder politischen Gründen eröffnet. Sie werden eröffnet, weil

Digitized by Google

der Kriegführende auf den Sieg rechnet. Man wird sagen können, daß im gegenwärtigen Krieg heute beide Parteien bereuen, gegen die andere zum Schwert gegriffen zu haben. Aber wenn die Dinge einmal soweit gediehen sind wie jetzt, kann keine der kämpfenden Parteien aufhören, jede von ihnen muß die kriegerischen Operationen fortsetzen in der Hoffnung, am Ende doch noch, koste es, was es wolle, den Sieg davontragen zu können. Da erhebt sich die Frage: „Welche Gruppe wird schließlich den Sieg erringen?" Eins ist wohl zum mindesten klar: Deutschland wird nicht imstande sein, einen absoluten Sieg zu erkämpfen. Zur Erreichung eines solchen Ergebnisses fehlt es ihm an der unerläßlichen Truppenzahl. Deutschland ist militärisch nicht stark genug, um Petersburg oder Paris zu erobern. Und doch wäre für einen absoluten Sieg Deutschlands die Einnahme von Petersburg und Paris die unerläßliche Vorbedingung. Wenn ein solcher positiver Sieg Deutschlands nicht möglich ist, so kann der Krieg entweder unentschieden bleiben oder mit einer Niederlage Deutschlands enden. Bei der gegenwärtigen Kriegslage ist es unmöglich, vorauszusagen, ob der Krieg unentschieden bleiben oder mit einer Niederlage Deutschlands enden wird. (Nach der Einnahme von Riga, Oesel und der Niederlage der Italiener wirkt dieser Satz geradezu grotesk. Man darf eben nicht übersehen, daß der Aufsatz bereits im Juni geschrieben wurde. Die Schriftleitung der „D. Pol.") Angesichts des Umstands, daß Deutschland keinen Überschuß militärischer Leistungsfähigkeit mehr in Reserve hat, muß man von der Annahme ausgehen, daß es nicht mehr in der Lage ist, die Offensive zu ergreifen, aber wenn Deutschland sich entschließt, sich auf die Defensive zu beschränken, so werden die Alliierten es schwierig finden, Deutschland zu schlagen. Es wird sehr die Frage sein, ob es den Alliierten jemals gelingen wird, ihre jetzt von deutschen Truppen besetzten Gebiete den Feinden gänzlich wieder zu entreißen.

Was die Seekriegführung anlangt, so handelt England unzweifelhaft gegen das Völkerrecht, indem es seine Blockade der Nordsee durchführt und alle Verbindungen zwischen Deutschland und anderen Ländern abschneidet. Auf der anderen Seite verletzt auch Deutschland das Völkerrecht, indem es zum U-Bootkrieg seine Zuflucht nimmt, um neutrale Handelsschiffe von England und Frankreich fernzuhalten. Es ist aber mindestens zweifelhaft, ob Englands völkerrechtswidrige Handlung die Wirkung haben wird, Deutschland in die Knie zu zwingen, mit anderen Worten, ob die Blockade imstande sein wird, Deutschland auszuhungern. Auf der anderen Seite wird man sagen können, daß Deutschland, selbst wenn es imstande wäre, den Krieg unter Wasser mit tausend U-Booten durchzuführen, es doch schließlich unmöglich finden würde, den Seeverkehr zwischen England und Amerika vollkommen lahmzulagen, obwohl es unzweifelhaft durch diese Mittel England in große Not bringen kann. Wenn aber die Entbehrungen in beiden Ländern eine erhebliche Zeit weiter andauern, würden dadurch vielleicht einer Beendigung des Krieges durch gegenseitige Zugeständnisse die Wege geebnet werden.

Digitized by Google

Angenommen, daß der Krieg unentschieden bleibt, so werden an den Grenzen der kriegführenden Staaten keine wesentlichen Änderungen eintreten. Entweder wird die Lage vor dem Krieg in allen Einzelheiten wieder hergestellt werden oder es mag auch sein, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben und Russisch-Polen unabhängig gemacht wird. Belgien wird sein verlorenes Gebiet wieder erhalten. Aber im übrigen wird alles beim alten bleiben. Wenn Deutschland sich zu Zugeständnissen entschließen muß, so mag vielleicht die Errichtung eines unabhängigen Königreichs Polen unter Zusammenlegnng von Russisch- und Deutsch-Polen die Folge sein. Was den Balkan anlangt, so wird sich dort außer in bezug auf die Türkei keine Änderung ergeben. Die zukünftige Gestaltung von Griechenland, Bulgarien, Serbien, Rumänien und Montenegro wird zu einigen Auseinandersetzungen führen, aber, wenn der Krieg unentschieden bleibt, wird in der Gesamtlage dieser Länder keine wesentliche Änderung eintreten. Dagegen unterliegt es kaum einem Zweifel, daß die Türkei zu einer recht kläglichen Stellung herabgedrückt werden wird. Selbst wenn der Krieg unentschieden bleiben sollte, würde der Besitzstand der Türkei erhebliche Änderungen erleiden, denn die europäischen Mächte haben schon längst den Wunsch gehegt, die Türken nach Asien zurückzudrängen, weil die Türken einer anderen Rasse angehören als die übrigen Völker Europas, und weil sie Eindringlinge auf dem Boden Europas sind. Deutschland hat keineswegs von allem Anfang an Sympathien für die Türkei gehabt. Ausschließlich militärische Erwägungen haben in Deutschland den Wunsch gezeitigt, die Türken auf der deutschen Seite zum Eingreifen zu bewegen. Die Ententemächte werden über die Frage der Erledigung der Türkei mit Deutschland verhandeln und können dabei von der Überzeugung ausgehen, daß Deutschland nicht ernsthaft zögern wird, die Türkei zu opfern, die infolgedessen in eine höchst schwierige Lage geraten wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf Grund einer Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland Konstantinopel an Rußland, und Ägypten endgültig an England abgetreten wird, und daß als Gegengabe Deutschland seine sämtlichen überseeischen Kolonien wieder erhält.

Es erhebt sich die Frage, ob die Rüstungen der Mächte zu Lande und zur See irgendeiner Beschränkung unterworfen werden können, wenn der Krieg unentschieden bleibt. Meiner Meinung nach kann von der Auferlegung solcher Beschränkungen keine Rede sein, denn der preußische Militarismus wird nicht niedergeworfen sein. Der Grund, warum Amerika so laut nach Rüstungseinschränkung schreit, ist darin zu suchen, daß die Vereinigten Staaten selbst so schlecht gerüstet sind. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten lehnt sich gegen eine Verstärkung der amerikanischen Rüstungen im Wettbewerb mit anderen Nationen auf. Unter diesen Umständen bleibt für die Vereinigten Staaten nichts übrig, als auf die anderen Mächte im Sinne einer Rüstungseinschränkung einzuwirken. Wenn England für die Vernichtung des preußischen Militarismus sich einsetzt, so liegt der wahre Grund

Digitized by Google

darin, daß die englische Armee mangelhaft ist. Wenn Rußland auf der ersten Friedenskonferenz für eine Beschränkung der Rüstungen eintrat, so lag der Grund dafür darin, daß es seine Rüstungen bis zur äußersten Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ausgedehnt hatte und daher versuchen mußte, auf andere Staaten in dem Sinne einzuwirken, daß diese von weiteren Rüstungen Abstand nähmen. Es zeigt es sich, daß jedes Land, das für die Abrüstungsidee eintritt, letzten Endes sein Augenmerk auf die eigenen Aussichten im Ernstfall gerichtet hat und weit davon entfernt ist, die sogenannten gemeinsamen Menschheitsinteressen am Herzen zu haben.

Aber selbst wenn man dem Problem ernsthaft näher treten sollte, würden seiner praktischen Lösung die größten Schwierigkeiten im Wege stehen. Nach welchen Grundsätzen sollte z. B. das Maß der Einschränkungen bei den einzelnen Ländern geregelt werden? Einige Leute meinen, die Einschränkung sollte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl oder zur Gebietsgröße der einzelnen Länder erfolgen. Aber das ist nicht annehmbar, denn dann würden allein Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten — von China ganz zu schweigen — in Rüstungsfragen obenauf sein. Käme es zum Krieg zwischen einem großen und einem kleinen Land, so würde es doch gänzlich unmöglich sein, das größere zu veranlassen, nur einen entsprechend kleinen Teil seiner Truppen zu mobilisieren. Mit anderen Worten, eine solche Maßregel würde eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die kleineren Staaten bedeuten. Kurz, die Theorie der Rüstungseinschränkungen ist unpraktisch und läßt sich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen werden gerade die Ententemächte angesichts der bitteren Erfahrungen, die ihnen dieser Krieg gebracht hat, das Bedürfnis empfinden, ihre Rüstungen zu verstärken und werden in der Vergrößerung ihrer Heere und Flotten miteinander wetteifern.

Von allen Mächten wird England am stärksten das Bedürfnis empfinden, seine Rüstungen zu vergrößern. Es hat gelernt, daß seine Flotte nicht so leistungsfähig ist wie es dachte, und daß seine Armee viel zu wünschen übrig läßt. England wird sicher seine ganze Tatkraft aufbieten, um diesen Mängeln abzuhelfen. Die Vereinigten Staaten werden diesem Beispiel folgen müssen, und die andern Nationen: Frankreich, Rußland sowohl wie Deutschland, werden sich mit gleichem Eifer der Aufgabe der Rüstungsverstärkung widmen mit dem unvermeidlichen Ergebnis, daß alle Weltmächte bis zur Erschöpfung in dieser Richtung sich anstrengen werden.

Nun wird die Frage entstehen, welche Macht schließlich, wenn das Wettrüsten in dieser Weise weiter betrieben wird, diplomatisch den größten Einfluß wird ausüben können. Wenn es Deutschland wieder gelingt, die vielen diplomatischen Fehler, die es in den letzten Jahren begangen hat, wieder gut zu machen, wenn das Steuer seiner auswärtigen Politik in die Hand eines gewandten Diplomaten, wie Bismarck einer war, gelegt wird, mag es zu einer dominierenden Stellung in der Welt sich erheben.

Digitized by Google

Es ist unvermeidlich, daß der augenblickliche Krieg Deutschland zum Bewußtsein seiner ungeheuren Kraft gebracht hat. Die Überzeugung hat sich ihm sicherlich aufgedrängt, daß, hätte es nur mit einer einzelnen unter den Ententemächten zu tun gehabt, es diese mit absoluter Sicherheit besiegt hätte. In diesem Bewußtsein wird Deutschland zweifellos eine selbstsichere Haltung einnehmen. Aber um eine überragende Stellung für Deutschland zu erringen, muß seine politische Leitung in Hände gelegt werden, die so geschickt wie die Bismarcks sind.

Setzen wir nun einmal den Fall, daß der Krieg mit einer vollkommenen Niederlage Deutschlands endet, so erhebt sich die Frage, was mit dem Gebiet des Deutschen Reiches geschieht. Wenn es gelingt, Deutschland seiner Kampfkraft vollständig zu berauben, so wird das natürlich wichtige Änderungen bezüglich des Reichsgebiets und auch bezüglich der Rüstungsmöglichkeiten für Deutschland im Gefolge haben. Zu Land wird von ihm die Schleifung der gegen Frankreich und Rußland errichteten Festungen gefordert werden. Seine Land- und Seemacht wird in einer Weise beschränkt werden, die das Ende des preußischen Militarismus bedeutet. In territorialer Beziehung wird Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückfallen, und Deutsch-Polen erlangt entweder seine Unabhängigkeit oder wird von Rußland annektiert. Auch Schleswig-Holstein wird unabhängig, und Hannover wird wohl Preußen wieder abgenommen werden. Königsberg, eine wichtige Festung an der russischen Grenze, wird ebenfalls russisch werden. Auch ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Deutschland als Bundesstaat in die Brüche geht, und daß Deutschland wieder in eine Reihe von Kleinstaaten zerfällt wie früher. Sollte es dahin kommen, so wird Deutschland in einen Zustand der Machtlosigkeit verfallen, der ihm den Platz selbst noch hinter Mächten zweiter Klasse anweisen würde.

Aber selbst wenn dieses Äußerste sich vermeiden ließe, eins bleibt sicher: im Falle einer vollkommenen Niederlage Deutschlands wären die Tage des preußischen Militarismus gezählt.

Sollte Deutschland seine politische Stellung in der Welt verlieren, so würden auch sein Handel und seine Industrie einen gewissen Rückgang erfahren, da diesen der Rückhalt einer mächtigen Regierung fehlen würde. Trotzdem ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß Deutschlands Handel und Industrie nicht tödlich getroffen werden. Kein Friedensvertrag kann Deutschlands Entwickelung auf diesem Gebiet für die Dauer niederhalten, es wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der Heimat zu einer neuen Blüte kommen. Der Unterschied zwischen den in dieser Beziehung vor und nach dem Kriege obwaltenden Verhältnissen wird nicht so bedeutend sein, wie angenommen werden könnte. Wenn die Ententemächte sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland entschließen und die deutsche Einfuhr durch hohe Zollschranken aussperren, so wird das selbstverständlich Deutschland in eine schwierige Lage bringen. Aber es ist absolut unmöglich für die Ententemächte, durch eine der-

Digitized by Google

artige Maßregel die Gesamtheit der in Deutschland erzeugten Waren zu treffen. Die Vereinigten Staaten werden sich zweimal besinnen, ehe sie sich einer solchen Politik anschließen, wenn sie Waren von guter Qualität von Deutschland billiger als von England und Frankreich beziehen können, und der Handel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird bald wieder in voller Blüte sein. Auch China würde deutsche Waren nicht zurückweisen, und es wird sich auf den chinesischen Märkten eine große Nachfrage nach solchen entwickeln.

Was nun gar die deutsche Wissenschaft anlangt, so kann nicht angenommen werden, daß eine Niederlage Deutschlands sie ernsthaft beeinflussen könnte. Es gibt Leute, die die Ansicht vertreten, Blüte und Niedergang der Wissenschaft eines Landes stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Steigen und Fallen seiner politischen Machtstellung. Aber das ist nicht immer richtig. Deutschland hat den hohen Stand seiner Wissenschaft keineswegs erst infolge der Konsolidierung seiner politischen Macht erreicht. Selbstverständlich ist nicht zu bestreiten, daß die deutsche Regierung durch ihre kräftige Unterstützung viel dazu beigetragen hat, den Fortschritt der deutschen Wissenschaft zu sichern. Aber ihr gegenwärtiger Hochstand ist doch in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Deutschen eine außerordentliche natürliche Befähigung für wissenschaftliche Studien besitzen. Die Deutschen verfügen im höchsten Maße über die Eigenschaft der Gründlichkeit im Verfolgen wissenschaftlicher Studien, eine Eigenschaft, die die wesentlichste Vorbedingung für wissenschaftliche Erfolge ist. Unter diesen Umständen wird, auch wenn das Kriegsglück gegen Deutschland entscheidet, dieses Land nicht aufhören, der Mittelpunkt der wissenschaftlichen Weiterentwickelung der Welt zu sein. Manche Leute glauben, die Vereinigten Staaten würden nach dem Krieg die bisher von Deutschland innegehabte Stellung als Mittelpunkt der Weltwissenschaft einnehmen, aber das scheint mir eine sehr oberflächliche Auffassung zu sein. Die Amerikaner sind ein Volk, das seiner Natur nach zu gründlichen wissenschaftlichen Studien schlecht geeignet ist. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß die wissenschaftlichen Fortschritte Deutschlands allmählich auch wieder zu einer Hebung seiner politischen Stellung beitragen werden und daß sie auch auf die deutsche Industrie einen sehr erheblichen fördernden Einfluß ausüben werden. Um nur eins von vielen Beispielen anzuführen: Japan kann Farbstoffe in der Qualität, wie sie von Deutschland geliefert werden, nicht herstellen. Das Studium der Chemie der Farbstoffe erfordet die vereinigten Bemühungen vieler Gelehrter und die Hergabe reichlicher Geldmittel für experimentelle Zwecke. Es gibt nur sehr wenige japanische Gelehrte, die bereit wären, ein solches Spezialstudium mit Gründlichkeit zu betreiben, und die japanischen Erwerbsgesellschaften tun nichts, um solche Studien materiell zu unterstützen. Im Gegensatz hierzu sind selbst deutsche Privatbetriebe jederzeit bereit, in dieser Hinsicht große finanzielle Opfer zu bringen. Mir erscheint es danach klar, daß Deutschland seine wissenschaftliche Führerstellung nach wie vor behalten wird.

Digitized by Google

Wenn wir uns nun fragen, welche Änderungen die Beziehungen zwischen Japan nd Deutschland erleiden werden, wenn Deutschland vollständig besiegt wird, so üssen wir gestehen, daß uns ein solcher Ausgang des Krieges nicht als in Japans nteresse liegend erscheint. Abgesehen davon, daß Kiautschou und einige Südsee-nseln in unsern Besitz übergehen, wird Japan keinen erheblichen Nutzen davon er-arten können. Vom Marinestandpunkt aus betrachtet sind die Inseln strategisch für apan kaum von Wichtigkeit, da wir ein Bedürfnis, dort Flottenstationen zu errichten, icht als vorliegend erachten können. Andererseits aber wird eine vollkommene Nieder-ge Deutschlands England große Vorteile eintragen. Schon allein der Besitz er bisherigen deutschen Kolonien in der Nähe Australiens wird für England einen rößeren Gewinn bedeuten als alle Vorteile, die Japan als Folge dieses Krieges er-ngen könnte. Desgleichen kann England ungeheure Interessen in Afrika erwerben, enn es die dortigen deutschen Kolonien mit Frankreich teilt. Und um die Liste seiner eutestücke zu vervollständigen, sei noch die Erwerbung Ägyptens von der Türkei er-ähnt. Wenn Deutschland endgültig besiegt wird, wird Englands weltbeherrschende tellung nicht nur im Osten, sondern auch in Europa endgültig feststehen, weil man ch dessen wird bewußt bleiben müssen, daß der Krieg, der andernfalls gegen Ruß-nd und Frankreich entschieden worden wäre, von den Alliierten dadurch gewonnen orden ist, daß England diesen beiden Ländern zu Hilfe gekommen ist. In Anbetracht es Kolonialbesitzes, der England ohnehin schon im fernen Osten gehört, wird es in iesem Teil der Welt vorherrschen. Während also Japan so gut wie nichts gewonnen aben würde, würde England, vom deutschen Druck befreit, der ihm bislang Zurück-altung auferlegte, im fernen Osten eine neue Geschäftigkeit entfalten. Es würde seine irtschaftlichen und politischen Ziele in China ohne jegliche Hemmung verfolgen und ürde, da es in Indien und Australien ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die nteressen anderer vorgehen könnte, dem fremden Handel dort alle nur möglichen indernisse in den Weg legen, besonders aber dem japanischen, wodurch Japans tellung im fernen Osten sowohl politisch als auch wirtschaftlich auf das schädlichste einflußt werden würde. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß dieser Zustand sehr ange anhalten würde: Rußland wird eine sehr rapide Entwicklung durchmachen, enn es sich erst einmal auf seine nationalen Kräfte besinnt. Im Gegensatz zu Frank-eich mit seinem beschränkten Staatsgebiet und seiner zurückgehenden Bevölkerung erfügt Rußland über ein ungeheures Gebiet, und es ist alle Wahrscheinlichkeit dafür orhanden, daß seine Bevölkerung einen schier unbegrenzten Zuwachs erfahren wird. Unter diesen Umständen ist es nicht schwer vorauszusagen, daß über kurz oder lang England und Rußland um die Oberherrschaft zu kämpfen haben werden. Die Frage, ob in einem solchen Falle Japan auf die Seite Englands oder Rußlands sich stellen oder neutral bleiben sollte, kann späterer Prüfung vorbehalten bleiben. Aber was uns heute unmittelbar berührt, ist die Erkenntnis, daß Japan durch das

Digitized by Google

mit Sicherheit im Falle eines vollständigen Sieges der Alliierten zu erwartende hochfahrende Auftreten Englands in sehr ernsthafte Schwierigkeiten geraten wird.

Selbst wenn der Krieg mit einer vollständigen Niederlage Deutschlands endigen würde, würde sich der japanische Bedarf an deutschen Erzeugnissen auch nach dem Krieg nicht wesentlich ändern. Auch wissenschaftlich wird Japan sich weiter an Deutschland um Unterweisung wenden müssen. Wie vor dem Krieg werden japanische Studierende nach Berlin zu eilen wünschen, um ihre wissenschaftliche Ausbildung dort zu vollenden.

Zum Schluß mag erwähnt werden, daß die Verfügnng über Kiautschou und die Südseeinseln Japans besondere Aufmerksamkeit bei den Friedensverhandlungen erfordern wird. Selbst wenn der Krieg unentschieden bleibt, muß Japan sich weigern, Kiautschou an Deutschland zurückzugeben. Deutschland hat, als es die Pachtung Kiautschous von China durchsetzte, unvernünftig gehandelt. Wenn es auch richtig sein mag, daß die Rückgabe der Liaotung-Halbinsel seinerzeit das Ergebnis der Intervention der drei Mächte war, so hat doch Deutschland eine führende Rolle dabei gespielt. Auch die Besitzergreifung von Port Arthur durch Rußland erfolgte nach vorheriger Beratung mit Deutschland. Die Einmischung Rußlands und Frankreichs in der Liaotung-Angelegenheit geschah auf Betreiben Deutschlands, und Deutschland hat denn auch als Belohnung für die damals geleisteten Dienste die Verpachtung Kiautschous von China verlangt. Japan hat sich damals von Deutschland in dieser beschämenden Weise bedrücken lassen müssen, und es muß nun seine Ansprüche auf Kiautschou bei der Friedenskonferenz mit allem Nachdruck geltend machen, da Deutschland es sonst verachten würde.

Abgesehen von dem praktischen Wert, den Kiautschou für uns hat, muß Japan selbst um den Preis eines neuen Krieges die Rückgabe dieses Gebiets an Deutschland verweigern, denn nur so kann es Deutschlands Achtung erzwingen. Dabei ist zu bedenken, daß die Gefahr eines Krieges mit Japan Deutschland in große Verlegenheit bringen würde, während Japan eine solche Eventualität mit verhältnismäßiger Ruhe ins Auge fassen könnte. Für die japanische Flotte würde es ein Leichtes sein, Deutschlands Handelsschiffe zu vernichten, so daß Deutschland, solange der Kriegszustand mit Japan andauerte, keinen Handel mit China treiben könnte. Wenn Japan es unternimmt, die zwischen Deutschland und China verkehrenden deutschen Handelsschiffe zu vernichten, wird Deutschland über kurz oder lang sich gezwungen sehen, unter Verzicht auf Kiautschou mit Japan Frieden zu schließen.

Was nun die Südseeinseln anlangt, die Japan besetzt hat, so wird es sie an Deutschland zurückgeben müssen, wenn England und Frankreich sich bereit finden lassen, die in ihrer Hand befindlichen deutschen Kolonien den bisherigen Eigentümern zurückzugeben. Aber die Rückgabe der Südseeinseln darf keine bedingungslose sein. Japan muß durchsetzen, daß Deutschland sich verpflichtet, keine Flottenstationen, keine

Digitized by Google

Kriegsschiffankerplätze daselbst zu errichten, keine militärischen Besatzungen daselbst zu unterhalten und die Zahl der nach dem Osten zu entsendenden Kriegsschiffe einzuschränken. Kurz, Japan kann in die Rückgabe unter der Bedingung willigen, daß Deutschland die Inseln nur für wirtschaftliche Zwecke benutzt.

Notizen

Finnische Charakteristik des Imperialismus der Entente. Eine finnische Zeitung widerlegte vor kurzem die Lehre, daß jedes kleine Land, das auf dem Wege eines größeren Landes zum Meere liege, seine Freiheit verliere und nur als Mittel für die Ausdehnungsgelüste der größeren dienen solle, durch den Hinweis auf die Karte Europas, daß auch viele Beweise für das Gegenteil vorhanden seien. Erhebe doch Deutschland, trotz seines so viel erörterten „Imperialismus", keinen Anspruch auf die Beherrschung Hollands oder Dänemarks, sondern lasse diese Staaten ihr Leben für sich leben und sich gemäß ihrer Eigenart entwickeln. Welches Recht habe also Rußland zu der Forderung, daß Finnland nur zur Befriedigung der strategischen und anderen Interessen des russischen Reiches leben solle?

England und die Neutralen. Die holländische Zeitung „Handelsblad" führt kürzlich aus, daß trotz aller Behauptungen Lloyd Georges über die wirksame Bekämpfung der U-Boote der verfügbare Schiffsraum fortwährend geringer werde. Die Entente wird darum bald dazu übergehen müssen, energische Maßregeln gegen die Neutralen zu ergreifen. So sei kein Zweifel, daß die holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen in den Dienst der Entente gestellt werden, denn schon hätten zwei in Holland ansässige Dampfergesellschaften ihre Dampfer abgeben müssen. Diese Schiffe seien mit holländischen Seebriefen versehen worden, so daß also die Rechte des holländischen Staates verletzt würden.

Das Ende des englisch-japanischen Bündnisses. Nach dem „Japan Advertiser" bedeutet Amerikas Teilnahme am Krieg vom Standpunkt der auswärtigen Politik die Annäherung Englands und Amerikas, also das Bündnis der englisch sprechenden Völker. Beide Staaten werden die Grundlagen aller britischen Industrie, Spinnerei und Schiffahrt, deren Niedergang den Niedergang des britischen Imperialismus bedeuten würde, in gemeinsamer Arbeit weiterhin zu sichern suchen und damit von selbst in Gegensatz zu Japan kommen, dessen zukünftiger Wohlstand von seinen Fortschritten auf diesen beiden Gebieten abhängt. „Japan versucht jetzt, Britanniens Handelsdomäne zu betreten. Wer kann bestreiten, daß Japan britischen Neid auf sich ziehen wird, wie es Deutschland tat." „Wenn das amerikanische Flotten- und Heeresprogramm ausgeführt sein wird, wird es für Britannien an der Zeit sein, das englisch-japanische Bündnis durch eine englisch-amerikanische Annäherung zu ersetzen, und die Bewachung von Australien und Neuseeland von der amerikanischen und nicht von der japanischen Flotte ausgeführt werden. Dann wird das englisch-japanische Bündnis beiseite geworfen werden, wie ein Fächer, wenn das heiße Wetter vorüber ist."

Das russische Furcht vor Amerika. Die „Torg. Prom. Gas." hält es für angebracht, über das Programm der von den amerikanischen Eisenbahningenieuren durchzuführenden technischen Veränderungen folgende aufklärende Notiz zur Beruhigung des Publikums zu geben: „Entgegen den im Publikum zirkulierenden Gerüchten wird festgestellt, daß die amerikanischen Ingenieure absolut nicht selbständig arbeiten, sondern nur den obersten Abteilungsleitern beigegeben sein werden zur Unterweisung in den amerikanischen Methoden und daß sie nach Erfüllung ihrer Mission wieder nach Amerika zurückkehren werden."

Nationalisierung der türkischen Wirtschaft. Die bulgarische Handelszeitung beschäftigt

Digitized by Google

sich in ihrer letzten Nummer mit dem „jähen Umschwung im Wirtschaftsleben der Türkei nach der Seite der Nationalisierung hin". In der letzten Zeit sind eine Reihe von nationaltürkischen Wirtschaftsgründungen entstanden; in wenigen Monaten sind allein in der Provinz, die bisher eigentlich Objekt des Wirtschaftslebens gewesen ist, 15 größere türkische Handelsvereinigungen (Aktiengesellschaften und Genossenschaften) gegründet worden. Davon entfallen 8 auf Anatolien (Smyrna, Eskischehir, Konia, Angora, Josgad), 7 auf Syrien (Beirut, Latakieh, Tripolis, Haifa, Cäsarea und Libanon). In Angora handelt es sich um eine „Handels- und Webereigesellschaft"; in Smyrna ist eine „Einfuhrgesellschaft und Ausfuhrgesellschaft"; in Beirut eine „Handels- und Industriegesellschaft"; in Latakieh eine „Gesellschaft für Tabakhandel"; in Tripolis eine „Landwirtschaftsgesellschaft"; im Libanon eine Korneinfuhrgesellschaft" ins Leben getreten. Ein Hauptzug, der durch alle diese Neuerungen der Türkei geht, ist die Betonung des nationalen Gedankens, Herr und Beamtenschaft sind fast rein türkisch umgestaltet worden, türkisch müssen die Geschäftsschilder verfaßt sein, türkisch die Sprache der kaufmännischen Unternehmungen. In diesem rein nationalen Sinne sucht man die Formen der Erwerbsgesellschaften, der Banken usw. zu gestalten und nach Möglichkeit türkisches Kapital zur Mitarbeit heranzuziehen. Jedenfalls ist die Betonung dieses Grundsatzes ein mächtiger Ansporn zu nationalen Fortschritten und Einigung.

Skandinavische Zusammenarbeit. „Morgenbladet" beschäftigt sich im Anschluß an die Könige- und Ministerbegegnung mit der Möglichkeit skandinavischer Zusammenarbeit. Bis jetzt seien die Aussichten zu solcher gemeinsamer Arbeit gering. Dänemark und Schweden neigten dem Süden, Norwegen dem Westen zu. Auch sei der schwedische Nationalismus skandinavischem Zusammengehen nicht günstig, die schwedische Goldpolitik direkt gegen Dänemark und Norwegen gerichtet. Dennoch könnten die drei Länder zusammengehen, ohne ihre verschiedene Individualität und Neigungen aufzugeben.

Neuerscheinungen

Bücher über Erziehung

Rudolf Eucken legt sein Buch über „Sinn und Wert des Lebens" in 5. Auflage vor. (Quelle & Meyer, Leipzig.) Zwischen ihr und 4. Auflage liegen Beginn und Verlauf des Weltkrieges. Nach E.s Meinung hat die durch den Weltkrieg erzeugte Lage für die Herausarbeitung eines dem deutschen Wesen gemäßen Typus folgende Aufgabe gestellt: „Wir haben im Verhältnis zu anderen Völkern schwere Enttäuschungen erfahren und sind auf die eigene Kraft zurückgeworfen. Das treibt dazu, unsere nationale Art stärker herauszuarbeiten und auch der Vergangenheit gegenüber mehr Selbständigkeit zu erringen. Aber es gilt dabei die Gefahr fernzuhalten, uns vom Ganzen der Menschheit abzusondern, die geistigen Aufgaben vor den Forderungen des Tages zurückzustellen, über einem Hangen am Augenblick zu vergessen, daß wahre Gegenwart nicht innerhalb des Zeitlaufs liegt, sondern nur in Erhebung über ihr entstehen kann. Früher ließ uns das Streben nach Weite des Lebens oft die Sorge um seinen Charakter vergessen, nun wollen wir über dem erstrebten und höchst notwendigen Charakter nicht die Weite verlieren! Daß wir so viele noch zu lösende Probleme in uns tragen, das zeigt, daß wir uns noch keineswegs ausgelebt haben, sondern uns noch im Werden befinden und noch weiter wachsen können, daß wir trotz einzelner greisenhafter Züge im Kern noch ein jugendliches Volk sind." Den Wandlungen, die der Krieg in unserer geistigen Einstellung hervorgerufen hat, geht auch Max Scheler nach, der eine „nationalpädagogische Erörterung" über „Die Ursachen des Deutschenhasses" (Kurt Wolff Verlag, Leipzig) veröffentlicht. Die Zukunft braucht: „Eine neue Ausbalanzierung des Marthahaften und Mariahaften in uns, auch des nördlichen und südlichen, des protestantischen und katholischen, der bisherigen übertriebenen Nurarbeitseinstellung mit Kontemplation, Freundeskunst, Gebet, Sinn für Gnade, Ruhekunst und mit Sinn für alles das, was sich nicht ‚machen' läßt, sondern wachsen muß. Betrachten wir den Geist der letzten vierzig Jahre nicht als einen „Höhepunkt" der deutschen Geschichte, sondern als eine schwere tragische Notwendigkeit, die das neue Zeitalter der Arbeit für uns mit sich brachte, und als schmerzensreiche, hoffentlich nicht vergebliche Lehrzeit unseres wei-

Digitized by Google

politischen Daseins und Handelns. Nehmen wir die ‚notwendigen unabwendbaren Mißverständnisse' der diesem Wesen entsprungenen Institutionen und Lebensformen hin als einen tragisch, d. h. objektiv unabwendbar und subjektiv unentrüstet und eben darum demütig empfundenen Tribut an die menschliche Enge und die menschliche Sünde — ohne den falschen Versuch zu machen, sei es unsere Feinde zu unseren Institutionen zu bekehren oder uns den übrigen anzupassen. Suchen und heischen wir nicht und nirgends nach Liebe, sondern lassen wir den Haß der Welt sich langsam selbst verschlingen an der Anschauung der Werke, die wir in der kommenden Friedenszeit hervorbringen." Den beiden Zukunftsaufgaben, die Eucken bezeichnet: unsere nationale Art stärker herauszuarbeiten und die richtige Einstellung zum Ganzen der Menschheit zu finden, widmen sich eine Reihe von Büchern und Schriften. Es ist dabei ein Zeichen für gesundes Selbstbesinnen, daß das Nachdenken bei den Führern im geistigen Leben anfängt. So ruft Oskar Metzger gen. Hoesch zur Fortbildung der Lehrer in den höheren Schulen in einem auf den Grundlagen der Pädagogik und Philosophie Paulsens beruhenden Buch „Die Fortbildungsfrage im höheren Lehramt" (Quelle & Meyer, Leipzig 1917) auf. „Wir sollen uns vorläufig noch nicht auf ferne Ziele allein einstellen, sondern kräftig in dem Kreise wirken, der uns der nächste ist", sagt der Verf. Die große Pflicht der nächsten Zeit ist der innere Ausbau. Wie sich der Lehrer selbst erzieht, ist die Kernfrage aller Erziehungsprobleme. „Um uns die innere Überlegenheit über die Jugend zu wahren, bedarf es einer gewissen Lebenskunst, die mit Welt- und Lebenskenntnis als ihrer Voraussetzung notwendig verbunden ist; ihr Geheimnis heißt: Abstand gewinnen." Als oberstes Mittel hierzu ruft der Verf. seine Amtsgenossen zu philosophischer Vertiefung auf, die er nicht mit dem herkömmlichen Unterricht in der Philosophie gleichsetzt, sondern mit selbständiger Einkehr in das Maß der eigenen Kraft und Pflicht. Wie die Philosophie zur tieferen Erkenntnis, so soll dann gründlichere wissenschaftliche Bildung zu klarerem Wissen leiten. „Wir müssen den Sklavenstand, aus dem unser Beruf hervorgegangen ist, umschaffen zu einem Adelsstand." Im ganzen aber gilt es, „alle Energien zur Weiterarbeit nach innen zu sammeln, hier stark zu werden, um dann wieder mit neuer Kraft alle Anregungen, die von außen kommen, zu verarbeiten." Auch die „Neuorientierung der Volksschule" leitet W. Popp (Beyer, Langensalza, M. 0.70) nach innen. „Gewisse unangenehme und bedenkliche Erscheinungen in unserem staatlichen und besonders innerpolitischen Leben, an denen es schon lange nicht mehr fehlt, haben nicht darin ihre Ursache, daß die Volksmasse zuviel Bildung hätte, sondern darin, daß sie zu wenig hat. Eine Regierung von edlen Absichten und geschickter Hand wird niemals ein Zuviel an Volksbildung zu fürchten haben; was ihr allein ernste Schwierigkeiten machen, was das ganze Volksgauze in Gefahr bringen kann, ist allemal nur ein Zuwenig an Einsicht und Intelligenz, die, unzureichend entwickelt, ihre Absichten nicht verstehen oder mißverstehen lassen." „Einheit großer Volksschichten aber setzt mindestens Bildungsnähe, wenn nicht Gleichheit voraus und nicht zuletzt eine gewisse Bildungshöhe." Und schließlich führt auch die Rede Ernst Bumms „Über das Frauenstudium" (A. Hirschwald, Berlin) in diese „Einheit großer Volksschichten". Er findet „die Schwierigkeiten des Frauenstudiums und die Bedenken, die ihm entgegenstehen" im Beruf, nicht im eigentlichen Studium. Er zitiert folgendes Beispiel: „Von unseren Studentinnen sind 649 zum Beruf gelangt, aber 528 von diesen, also 81 Proz., sind unverheiratet geblieben und haben ihrer natürlichen Lebensbestimmung entsagt. Und von den Verheirateten klagen manche, daß es ihnen schwer wird, die Pflichten des Berufes mit denen der Frau und Mutter zu vereinigen. Nicht einmal für den Beruf der Ärztin vermag B. sich einzusetzeu, da die Frau den Anforderungen dieses Berufes weder physisch noch psychisch gewachsen sei. Es wäre also nicht gut, so schließt B., wenn das Frauenstudium Mode werden sollte. „Allen den Frauen, die das heilige Feuer in sich fühlen, sollen die Pforten der Universitäten weit offen stehen. Aber die Mehrzahl der Frauen, und gerade der Frauen der mittleren Stände, die der Anreiz zum Studium am ehesten trifft, muß ihrer natürlichen Bestimmung erhalten bleiben."

In den Kreis der nationalen Probleme der Schule führt die Frage nach dem „deutschen Gymnasium", die wieder vielfach erörtert wird. Rudolf Slawitschek greift zurück auf die Worte Kaiser Wilhelms auf der Schulkonferenz des Jahres 1890: Wir müssen als Grundlage das Deutsche nehmen. („Die Grundlagen der neuen Zeit", Verein zur Verbreit. gemeinnütz. Kenntnisse, Prag.) Von einer Untersuchung über den organischen Einbau des bisher so schwer vernachlässigten Unterrichtsfaches der Erdkunde in den Unterrichtsbetrieb der höheren Schulen („Das deutsche Gymnasium und die Erdkunde", Karlsruhe, Braun) kommt Neumann zu dem Schluß, „daß das Deutsche Gymnasium ohne Griechisch den durch den Krieg gezeitigten Bedürfnissen unseres Volkes hinsichtlich seiner allgemeinen Bildungsschule am besten Rechnung trage". Die Frage „Homer oder die Nibelungen" beantwortet Emil Fricke (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) mit dem Satze: „Der deutsche Unterricht muß das Umfassendere sein." Ein Stück der Besinnung auf unsere nationalen Aufgaben ist auch die Stellung zum Reichsjugendwehrgesetz. Aus der Überlegung, daß die deutsche Weltaufgabe nicht zuletzt

Digitized by Google

eine geistige ist und daß wir uns nicht die hohen geistigen, sittlichen Traditionen unserer nationalen Erziehung rauben lassen dürfen, vereinigen sich unter der Führung von Fr. W. Foerster und Alex. v. Gleichen-Rußwurm eine Reihe deutscher Pädagogen, Philosophen, Mediziner („Das Reichsjugendwehrgesetz", Verlag Naturwissenschaften, Leipzig 1917). Programmatisch sagt der Philosoph Leonard Nelson zu Beginn der Sammlung: „Es wäre verfehlt, den jungen Menschen in eine Organisation zu pressen, deren Notwendigkeit er infolge mangelnder Reife nicht verstehen kann, und deren Anforderungen ihm daher als gewalttätige Eingriffe erscheinen könnten, deren Duldung für ihn eine Preisgabe seiner persönlichen Würde und damit auch seines Charakters bedeuten müßte. Er wird sich entweder angesichts der unüberwindlichen Widerstände dem Zwange fügen und somit sein Gewissen abstumpfen, oder er wird, seinen Charakter bewahrend, sich im Kampf mit der Gewalt aufreiben. Die Militärorganisation ist von solcher Art, daß sie keinen Widerstand zuläßt und auch keinen zulassen darf. Sie würde sonst die Stärke verlieren, deren sie nach außen bedarf, und durch deren Preisgabe sie sich ihrem eigenen Zwecke entfremden würde. Mit der Eigenart und der Wichtigkeit ihres Zweckes verträgt es sich nicht, ihre Einrichtungen aus dem Gesichtspunkt der Volkserziehung zu regeln. Gerade hieraus aber geht klar hervor, daß, je mächtiger der Staat wird und je tiefer er durch seine Machtorganisation in das Leben der einzelnen eingreift, wir desto dringender solcher Einrichtungen bedürfen, die die ohnehin schwachen und furchtsamen Menschenherzen stärken und stählen, damit sie nicht zu elenden Werkzeugen im Dienst einer seelenlosen Staatsmaschine werden. Treten die militärischen Anforderungen an den Menschen in einem Stadium seiner Entwicklung heran, wo sein Pflichtbewußtsein noch nicht genügend entwickelt ist, um ihn den Unterschied zwischen Pflichterfüllung und blindem Gehorsam verstehen zu lassen, wo sein Charakter noch nicht die Gelegenheit gehabt hat, die Probe der sittlichen Tapferkeit zu bestehen, und wo zudem seinem Verstande die Bedeutung und Notwendigkeit der militärischen Organisation noch nicht faßbar ist, so erwächst ihm eine unermeßliche Gefahr, Schaden an seiner Seele zu nehmen." Darum darf „die Schule nicht länger der Abrichtung der Menschen dienen, sondern sie soll ihn durch wahrhafte Erziehung zum Bewußtsein seiner Menschenwürde führen. Von so erzogenen Menschen würde das Wort Fichtes gelten, daß der Staat ‚an ihnen ein Heer hätte, wie es noch keine Zeit gesehen'."

Der Aufklärung über das Wesen unserer Staatsverfassung nach innen und außen widmet sich eine neue Schriftenreihe, die Wilhelm Heile und Walther Schotte unter dem Titel „Der Deutsche Volksstaat" im Buchverlag der „Hilfe" herausgeben. Die Reihe wird eröffnet mit einer Schrift von Naumann über den „Kaiser im Volksstaat". Naumann gibt in der Einführung das Programm der Sammlung: „Ruhig und sicher gehen wir unseren Schritt weiter zum deutschen Volksstaat, dabei das vollendend, was unserer Vorväter edelster Hoffnungstraum war. Die Ideen der deutschen Freiheitskriege beleben dabei unsere Seele, die Worte der Denker und Dichter sind unsere Begleiter. Aus dem Volke der Untertanen gestaltet sich auf Grund des 19. Jahrhunderts im blutigen Ringen des Weltkrieges am Beginn eines neuen und anderen Zeitalters ein Volk von Staatsbürgern, die für ihr Vaterland zu sterben aber auch zu denken und zu leben wissen. Nachdem ein Volksheer, wie es noch keins gab, unvergeßliche Proben seiner gleichmäßigen ruhigen Heldenhaftigkeit abgelegt hat, wird keine Macht der Welt diesem Volksheere nach seiner Heimkehr sein Bürgerrecht vorenthalten oder verkürzen wollen, und niemand wird behaupten, daß der Staat unsicher sei in den Händen der Gesamtheit seiner Glieder." Ziel und Richtung dieser neuen Rechte werden durch den Satz bestimmt, daß das deutsche Volk „weiter aufwärts steigen will im Rahmen der Lebensformen, die in der Werdezeit des Deutschen Reiches entstanden sind." Die heilsame Mischung der Zukunft quillt „aus der Zusammenarbeit von Kaiser und Volk, von monarchischen Ämtern mit parlamentarischen Vertretungen".

Briefkasten. Herr stud. phil. Otto Helmuth Burckhardt, zurzeit im Felde, wird gebeten, seine gegenwärtige Adresse anzugeben.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.– Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 23. November 1917 • Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 18. November 1917

Ententedämmerung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die „Stimmen aus dem Osten", eine von unserem Mitarbeiter, Dr. Richard Bahr, herausgegebene Korrespondenz über russische, finnländische und baltische Fragen, enthält in ihrer jüngsten Nummer von besonders gutunterrichteter Seite eine Zuschrift über den vorläufigen Sieg der Maximalisten in St. Petersburg, in der ein Augenzeuge über die Anarchie berichtet, die schon vor den letzten Kämpfen um die oberste Gewalt in Rußland herrschte. Darin heißt es zum Schluß:

Mögen die Leute es nur so weiter treiben; es ist ja traditionell bei ihnen. Schon in den ersten Schuljahren wird ihnen in der Geschichtsstunde eingeprägt: „Unser Land ist groß und reich, doch es herrscht keine Ordnung in ihm. Kommt und regiert uns." Das galt damals den Warägern. Heute bezeugen Japan, Amerika und England große Lust, diese Rolle zu übernehmen. Doch ein Kosakenoffizier in Helsingfors hat mir gesagt: „Der einzige Mann, der bei uns noch Ordnung schaffen kann, ist der Kaiser Wilhelm II. Möge er bald kommen und das Reich vor dem Untergang retten."

Der demokratische russische Revolutionär, dem man das vorhält, wird antworten: Hier sieht man ja eben (die Kosaken gelten als die Schutztruppe der Gegenrevolution), wie die Gesinnung unserer Reaktionäre ist; ihnen wäre es am liebsten, wenn Wilhelm II. beim Einzug nach Petersburg gleich Nikolaus II. an der Leine mitbrächte! Es ist aber nicht nötig, bis zu den Kosaken zu gehen, um in Rußland die Einsicht zu treffen, daß die Lage nach jeder Richtung hin hoffnungslos ist. Wir brauchen jetzt nur noch den immer weitergehenden Fortschritt der Zersetzung zu erwarten. Privatnachrichten, die ich aus Rußland über Schweden erhalten habe, deuten die Möglichkeit an, daß Kerenski in einem Spiel auf Tod und Leben den Aufstand der Maximalisten absichtlich sich habe entwickeln lassen, um dann durch gewaltsames Durchgreifen die Lage zu heilen. Das wäre nicht unglaublich, aber wenn es richtig ist, so würde es zeigen, daß die Lage in Wahrheit auch mit solch desparaten Mitteln nicht heilbar, sondern überhaupt unheilbar ist. Die Wurzel des russischen Übels ist doppelter Art. Sie besteht erstens darin, daß der Geist des russischen Volkes nicht fähig ist, aus sich

Digitized by Google

heraus eine organisch-politische Ordnung zu erzeugen. Alles was an staatlichen Ordnungen in Rußland seit dem Ende der tatarischen Epoche unter Peter dem Großen geschaffen worden ist, geht auf die Hilfe ausländischer Elemente, in erster Linie deutscher zurück. Diese scheiden jetzt aus. Für uns in Deutschland, überhaupt für den Westeuropäer, der Rußland nicht aus eigener Erfahrung kennt, ist es sehr schwer, dies psychologische Moment in der Beurteilung des Russentums voll zu berücksichtigen. Unwillkürlich ist man geneigt, von ihm abzusehen, weil man sich nicht vorstellen kann daß es von solch entscheidendem Gewicht, ja, daß es überhaupt als wirksame Kraft vorhanden sein könne. Es ist auch nicht möglich, die russische Psychologie jemandem anzudemonstrieren, der sie nicht kennt, und im Verkehr mit der Petersburger Diplomatie oder der großen russischen Geschäftswelt lernt niemand sie kennen. Dazu muß man Rußland von innen heraus erfahren, das russische Volk und die russische Geschichte studiert haben. Unsere Staatsmänner und Politiker, die sich jetzt den Kopf über einen Frieden mit Rußland zerbrechen, werden dabei nie auf den richtigen Standpunkt kommen, solange sie glauben, für russisches Geschehen und russisches Handeln seien ohne weiteres dieselben Gesetze in Geltung, wie für abendländisches.

Der zweite unheilbare Schaden in Rußland ist das die Gesellschaft und den Staat zerstörende Verlangen der Bauernschaft nach Enteignung und Aufteilung des gesamten öffentlichen und privaten ländlichen Grundbesitzes zu gunsten der Bauerngemeinden. Wird das durchgeführt, so hört auf absehbare Zeit alle volkswirtschaftliche, politische und soziale Ordnung in Rußland auf, zumal die Bauern entschädigungslose Überantwortung des Landes verlangen. Das Bauerntum macht ungefähr vier Fünftel der Bevölkerung des eigentlichen Rußlands aus. Es ist eine dumpfe und ungebildete Masse, deren elementare Bewegung aber mit unwiderstehlicher Kraft wirkt. Mit ihrer Hilfe kann durch eine anarchische Opposition jede Regierung, die Rußland nach irgendwelchen Gesichtspunkten höherer Ordnung in der auswärtigen und inneren Politik leiten will, zersprengt oder niedergetreten werden. Kerenskis Regierung ist je länger, desto mehr zu einem Kampf gegen die Anarchie geworden, die sich ohne Rettung aus den Forderungen der Bauern für Rußland ergibt. Wer auch immer, sei es Kerenski, sei es ein Nachfolger in dem hoffnungslosen Bemühen, in Rußland Ordnung zu schaffen, aufstehen mag — er wird nicht dauernd gegen die Verbindung irgendwelcher uferlos radikaler Theoretiker mit den in ihrem Landhunger besinnungslosen Bauern aufkommen können. Die Dinge ständen noch etwas anders, wenn die Armee in der Hand der Regierung wäre oder dorthin zurückgebracht werden könnte. Das ist aber nicht der Fall, weil sich nicht nur alle Disziplin aufgelöst hat sondern die Armee auch selbst aus bewaffneten Bauern besteht, die nur auf den Augenblick warten, wo sie sich ihren Landanteil fordern können. Über die Zustände, die jetzt in der Armee und in der Hauptstadt herrschen, heißt es in dem bereits erwähnten russischen Brief an die „Stimmen aus dem Osten", die Soldaten übten eine geradezu

Digitized by Google

wahnsinnige despotische Macht aus und seien dabei von der furchtbarsten Roheit. Der Verfasser schreibt aus Petersburg:

Ich habe es selbst gesehen, wie ein Soldat einen Schutzmann seiner Stiefel berauben wollte. Er hatte ihn zu diesem Zweck bei den Beinen ergriffen und schleppte ihn, an den Stiefeln zerrend, durch den Straßendreck. Die Stiefel saßen jedoch zu fest. Da bat er einen vorübergehenden Soldaten, ihm zu helfen. Der bohrte einfach sein Bajonett dem Schutzmann durch die Brust und spießte ihn so an den Boden. Dann rissen sie dem immer noch lebenden Schutzmann die Stiefel von den Beinen und ließen den Bedauernswerten ruhig auf der Straße liegen. Dies war nur das Erlebnis eines Tages. Ähnliche Bilder habe ich häufig gesehen. Es ist in Petersburg Brauch, daß Lastwagen voller Soldaten oder Gesindel vor die wohlhabenden Häuser fahren und die Wohnungen ausräumen. Das geschieht am hellen Tage. Niemand denkt daran, es den Strolchen zu verbieten. — Viele reiche Damen gehen wie die Bäuerinnen mit einem Tuch um den Kopf gebunden auf die Straße, um nicht belästigt und beraubt zu werden. Unter diesen Umständen, und da die Anarchie im ganzen Reich von Tag zu Tag immer schlimmer wurde, hoffte man in Petersburg vielfach auf die Deutschen als die Erlöser und Ordnungbringer. Als Riga genommen war, flohen große Truppenteile kopflos über Dorpat hinaus. Viele Soldaten versteckten sich in den Sümpfen am Peipus-See. Hätten die Deutschen nicht halt gemacht, die Front stünde heute wohl schon bei Narwa—Pleskau—Dünaburg. Auch das Oberkommando hatte jede Hoffnung verloren. Ich habe in Petersburg selbst die Telegramme gelesen, die den Befehl an die Behörden enthielten, Livland und einen großen Teil Estlands zu räumen.

Wir sollten in Deutschland endlich begreifen, welch eine ungeheure, auf die Nachwelt fortdauernde weltgeschichtliche Tat es war, daß die Stärke unserer Heere und unsere innere Widerstandsfähigkeit gegen den Kriegsdruck Rußland zerschmettert haben. Dies riesenhafte Gebilde politisch nationaler Herrschaft einer Minderheit von Großrussen über eine zusammengenommen größere Anzahl nicht moskowitischer Stämme und Völker im Dienst moskowitischer Machtpolitik — ist es nicht mehr! Es ist nicht mehr, und es wäre politischer Wahnsinn, zu versuchen, es von uns aus wieder ins Leben zu rufen, indem man nach Mitteln ausschaut, mit dem Gesamtrußland, das in der Auflösung begriffen ist, doch noch zum Friedensschluß zu gelangen. Ein lebensfähiges Rußland wird nicht wieder entstehen, und wer es künstlich schaffen oder anerkennen will, der versündigt sich damit nur an denjenigen Völkern innerhalb der heutigen russischen Grenzen, die noch eine bessere Zukunft haben, als das anarchische Moskowitertum. Wir können jetzt nichts Besseres und nichts Klügeres tun, als dem Prozeß der Selbstzerstörung, in dem Rußland begriffen ist, seinen Fortgang lassen und gleichzeitig in geeigneter Weise dafür wirken, daß die lebensfähigen Bestandteile aus diesem wilden Wirrsal für sich gesondert herausgezogen und im Sinne einer haltbaren europäischen Zukunftsordnung organisiert werden. Ein Leser der „Deutschen Politik" in Hamburg schreibt mir hierzu:

Ich kenne Ihren Standpunkt, den Sie in unserer Ostmarkenfrage einnehmen seit langer Zeit und teile ihn vollkommen. Deshalb gerade wäre ich und vielleicht auch mancher andere Leser der Politik Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns in einer der nächsten Nummern der Zeitschrift einmal auseinandersetzen wollten, wie wir Deutschen uns beim Friedensschluß verhalten sollen,

Digitized by Google

wenn nach Ihrer Ansicht Großrussen, Polen, Ukrainer, vielleicht auch Finnen, Letten usw. als selbständige Vertragsschließende auftreten werden. Die Interessen all dieser Völker, zumal der Polen und Ukrainer, sind doch fast immer diametral entgegengesetzt; ich brauche bei den beiden letzteren doch nur an das sogenannte Cholmer Land zu erinnern, um die ganze Schwierigkeit des Fragenkomplexes an einem einzelnen Beispiel zu beleuchten. Liegt da nicht die Gefahr sehr nahe, daß bei wirklicher oder vermeintlicher Bevorzugung eines Einzelnen der andere Teil vor den Kopf gestoßen wird . . .?

Die Frage ist berechtigt, aber sie ist leicht zu beantworten. Der einzige wirkliche Gegensatz, der zwischen den nichtmoskowitischen Völkern des bisherigen Rußland besteht und ernsthaft bei der Neuordnung der östlichen Verhältnisse in Rechnung gezogen werden muß, ist der zwischen Polen und Ukrainern. Auch Letten und Esten, Letten und Litauer, Georgier und Armenier lieben sich nicht, aber die Maßstäbe sind hier so klein, daß man sich über diese Differenzen nicht den Kopf zu zerbrechen braucht. Was aber Polen und Ukrainer angeht, so ist die Lösung dieser Schwierigkeit dadurch gegeben, daß man Polen nach Nordosten hin so reichlich wie möglich mit weißrussischem Gebiet ausstattet, um ihm eine Entschädigung für alle sonstigen notwendigen Verzichte zu geben, und im übrigen unberechtigte Ansprüche des Polentums wie die Ukraine durch einander in den notwendigen Schranken hält. Daß nicht einer oder der andere Teil oder beide sich mit Moskau gegen uns vereinigen, dafür ist schon dadurch gesorgt, daß ein Anschluß Polens oder der Ukraine an den Moskowiter mit der Aufgabe der eigenen politischen Freiheit und des eigenen nationalen Besitzstandes zugunsten des früheren Unterdrückers beginnen müßte.

Der unermeßliche Wert, den die Zertrümmerung der russischen Macht für uns hat, zeigt sich darin, daß wir den glänzenden Sieg in Italien nicht nur erfechten konnten, sondern ihn auch zu verfolgen imstande sind. Der Niederbruch Rußlands und Italiens zusammengenommen ist das Ende aller Siegeshoffnungen für die Entente. Mit unzweifelhaftem Scharfblick haben die führenden englischen Politiker schon im Herbst 1915 erkannt, daß, wenn Rußland als Kampfgenosse ausscheidet, der Krieg für die Entente nicht mehr zu gewinnen ist. Im Sommer 1916 schien es noch einmal, als ob Rußland als kriegsfähiger Faktor sich würde geltend machen können. Die wiedergesammelte russische Kraft erschöpfte sich aber in dem an sich nicht unbedeutenden, aber rechtzeitig zum Stillstand gebrachten Erfolg der galizischen Offensive. Das war das Letzte von Bedeutung, was Rußland für die Entente tat. Als es ausschied, konnte man drüben hoffen, Amerika werde als kriegführende Macht Ersatz leisten. Schon diese Rechnung war zweifelhaft. Die Ereignisse in Italien aber, die, wie gesagt, nur dadurch möglich geworden sind, daß die russische Kriegführung zum praktischen Aufhören gebracht worden ist, haben offenbar die schwerste Krisis eingeleitet, der die Entente bisher ausgesetzt war. Man braucht sich dabei noch nicht einmal besonders an den Nachrichten zu freuen, daß der englische Botschafter in Petersburg einen Zug für seine Heimreise durch Schweden bestellt habe oder daß Lenin und Trotzky die

Digitized by Google

englische und französische Regierung aufgefordert hätten, ihr militärisches und ziviles Aufsichtspersonal aus Rußland abzuberufen. Das könnte ja rückgängig gemacht werden, falls Kerenski wieder in Petersburg einzieht. Die Kraft Rußlands wird er auch dann nicht wieder herstellen können, aber er wird vielleicht versuchen, doch noch bei der Entente zu bleiben. Wir können dem gleichmütig zusehen, wenn wir nur von dem unsinnigen Gedanken ablassen, von uns aus durch Friedensschlußversuche die russische Anarchie beenden helfen zu wollen, wo doch bei ruhigem Gewährenlassen und Nachhilfe im richtigen Augenblick aus dem jetzigen Chaos derjenige Stand der Dinge im Osten sich wie von selber entwickeln wird, an dem uns das meiste gelegen sein muß.

Italien ist für uns und ebensogut für Österreich-Ungarn von Rußland und nur von Rußland her gekommen, und der italienische Schlag wirkt jetzt auf die Entente im ganzen. Er äußert sich zunächst darin, daß der schon seit einiger Zeit sich anbahnende Konflikt zwischen dem englischen Regierungsdiktator Lloyd George und dem militärischen Oberbefehlshaber General Haig auch nach außen hin sichtbar wird. Lloyd George hat seine Kritik an der englischen Heeresleitung in die kostbare Form gekleidet, daß er sagt, man betrachte es zwar mit Recht in England als großen Erfolg und als Beweis hervorragender Tapferkeit und Geschicklichkeit, wenn man einige tausend Meter auf flandrischem Boden vorrücke und einige Gefangene mache, was aber würde man erst sagen, wenn es gelänge, so wie die Mittelmächte, 50 km (jetzt schon erheblich mehr) hinter die feindliche Front vorzustoßen, 200000 Gefangene zu machen und über 2000 Geschütze zu erbeuten! Das ist bitter für General Haig zu hören. Sofort hat sich denn auch die Parlamentsopposition gegen Lloyd George bereit gemacht, die Erschütterung seiner Position, die durch die Zwietracht mit dem Militär sich zu ergeben scheint, auszunutzen. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß wenn etwa Asquith das Erbe Lloyd Georges antreten sollte, er imstande oder auch nur willens wäre, eine Wiederherstellung der militärischen Lage zugunsten Englands anzustreben. Damit ist es vorbei. Muß Lloyd George abtreten, so wird, wer nach ihm kommt, die Aufgabe übernehmen müssen, den Krieg zu liquidieren. Zu dem Ende wird alle Schuld auf Lloyd George geworfen werden, und zwar so, daß behauptet wird, er habe den Krieg verdorben; das Militär und die Heeresleitung seien untadelig gewesen und hätten sicher glänzend gesiegt, aber Lloyd Georges politische Fehler hätten es ihnen unmöglich gemacht.

Umgekehrt aber kann auch Lloyd George, wenn er wirklich den Gedanken fassen sollte, selber den Krieg durch einen, im englischen Sinne gesprochen, „faulen" Frieden zu beenden, und hinter dem Kriege sein großes Programm der inneren Demokratisierung und Sozialisierung Englands auf Kosten der oberen Zehntausend durchzuführen, sich dadurch zu helfen versuchen, daß er sagt: alles wäre gut gegangen, wenn nicht die Oberste Heeresleitung Ungenügendes geleistet hätte! Auf diesem Punkt sind die Dinge bei der Entente jetzt angekommen. Auch die Regierungskrisis in Frankreich,

Digitized by Google

die scheinbar über eine innerpolitische Angelegenheit ausbrach, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Widerspiegelung der russischen und der italienischen Katastrophe. Das Kabinett Clemenceau kann wirklich nur als ein Schritt der Verzweiflung gewertet werden. In England wie in Frankreich beginnen die Folgen dieses vernichtenden Doppelschlages, den die Entente erlitten hat, sich eben erst zu äußern — und wir werden schwerlich lange zu warten brauchen, bis die Fortsetzung erscheint.

Holländische Nachrichten aus England betonen, daß tatsächlich ein Konflikt zwischen Lloyd George und der militärischen Kriegsleitung bestehe, und weiterhin, daß Lord Northcliffe sich in dieser Angelegenheit an die Seite der militärischen Führer stelle. Man spreche davon, daß eine neue Regierung kommen werde mit Lord Lansdowne als Ministerpräsident. Asquith als Minister des Äußern, Balfour für die Kolonien, Smuts als Kriegsminister, Mc. Kenna als Finanzminister und Runciman als Marineminister. „Spectator" sagt, daß der Rücktritt Lloyd Georges notwendig sei für die Sicherheit der Nation. „Diese Äußerung des gemäßigten konservativen Wochenblattes ist sehr wichtig, weil bis jetzt die Angriffe auf Lloyd George nur von den extremsten Elementen der Tories oder der Radikalen herrührten." Jedenfalls sind auch in England die Dinge jetzt in ein Entwicklungstempo gekommen, das der Entscheidung zustrebt.

Nationale Autonomie

Von Reichsratsabgeordneten Franz Jesser, Wien

Der Gedanke, durch Gewährung der „nationalen Autonomie" den nationalen Wirren in Österreich ein Ende zu machen, hat auch im Deutschen Reiche viele Freunde gefunden. In diesem guten Glauben an die Heilslehre werden die Reichsdeutschen dadurch bestärkt, daß nicht nur die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, sondern auch manche deutschbürgerlichen Politiker und sehr viele politische Theoretiker sich zu ihr bekennen. Und als nun auch die Regierung das Schlagwort aufgriff und eine Verfassungsreform ankündigte, schien der Sieg dieser bestechenden Idee gesichert zu sein. Nur wenigen reichsdeutschen Beobachtern ist bekannt geworden, daß die Arbeiten des Verfassungsausschusses eingestellt sind, weil Tschechen und Südslawen die Mitarbeit verweigern. Ebenso unbekannt ist ihnen der diametrale Gegensatz zwischen den deutschen und slawischen Sozialdemokraten geblieben. Bekannter ist der energische Widerspruch der ungarischen Regierung gegen die slawischen Ansprüche auf ungarisch-kroatisches Staatsgebiet. Tatsächlich ist nie ein Karren so arg verfahren worden, als der, auf dem die Glücksfee „nationale Autonomie" in das Land geführt werden sollte. Aus dem Karren erheben sich alle bösen Geister der Monarchie — alte, die man längst gebannt glaubte, neue, die man nie geahnt hatte. Was ist nun diese vielgenannte „nationale Autonomie"? Vieldeutig ist sowohl das Wort „national" als

Digitized by Google

auch das Wort „Autonomie". Als „Nation" gilt den einen das Sprachvolk, den anderen das Staatsvolk. „Autonomie" wird als Selbstsatzung, Selbstbestimmung bald im Sinne der Selbstregierung, bald im Sinne der Selbstverwaltung ausgelegt. „Regierung" setzt volle oder doch weitgehende Souveränität eines politischen Körpers voraus, „Verwaltung" hingegen die Anerkennung einer übergeordneten Regierung, den Verzicht auf Souveränität. Die politischen Folgen der Zuerkennung der Souveränität an politische Körper sind entweder Auflösung des ursprünglichen Gesamtstaates in mehrere von einander unabhängige Staaten oder starke Lockerung des verbindenden Bandes. Auf das frühere Cisleithanien, jetzt Österreich, angewendet, müßte diese Lockerung eine radikale Verfassungsänderung im Gefolge haben. Die aber zieht eine Änderung des Verhältnisses zu Ungarn nach sich. Eine radikale Verfassungsänderung in Österreich ist stets auch eine Krisis der Gesamtmonarchie.

Selbstbestimmung im Sinne der Souveränität fordern alle slawischen Völker. Die tschechischen Sozialdemokraten haben in Stockholm den Grundsatz aufgestellt: „Jeder Nation ist das Recht zuzuerkennen, sich als selbständiges Ganze, ausgerüstet mit allen Attributen einer vollständigen Unabhängigkeit, zu konstituieren." „Wir fordern für den tschechischen Staat alle Attribute der Souveränität, auf die ein Bundesstaat Anspruch erheben kann, und dessen Grenzen nur durch das, was das Gesamtreich zur Führung einer einheitlichen auswärtigen Politik, zu seiner Verteidigung und zur Sicherung seiner notwendigsten (!) wirtschaftlichen und finanziellen Funktionen benötigt, also auch eine eigene nationale Vertretung und eine dieser verantwortliche vollziehende Gewalt." Ausdrücklich lehnen sie die Auffassung des Begriffes „nationale Autonomie" ab, wie sie der deutschen Sozialdemokratie eigen ist. Diese hat nämlich bisher diese Autonomie nur für national-kulturelle Angelegenheiten zuerkennen wollen, nicht aber für die wirtschaftliche, sozialpolitische und verkehrspolitische Gesetzgebung. Pro foro mundi anerkennt die tschechische Sozialdemokratie das Recht jedes Volkes auf Souveränität — pro foro interno aber spricht sie es den dreieinhalb Millionen Deutscher in den Sudetenländern ab. Sie operiert nämlich plötzlich mit einem anderen Begriffe „Nation", mit dem territorial-staatsrechtlichen.

Es ist übrigens allen slawischen Nationen eigentümlich. Zuerst wird von den Tschechen, Südslawen und Polen jener Raum abgesteckt, den sie für ihre Ausbreitung für nötig halten. Sodann verlangen sie für diesen „Staatsraum" das Recht der Selbstbestimmung und zwar als völkisches Recht des in diesem Raume ziffermäßig stärksten Volkes. Ihm gebühren die Rechte eines Herrenvolkes, den Angehörigen anderer Sprachvölker nur die Rechte eines beherrschten Volkes. Hier handelt es sich also nicht, wie bei der deutschen Forderung der Staatssprache für den Verkehr der k. k. Behörden untereinander um die gesetzliche Feststellung des Geltungsbereiches einer Sprache,

Digitized by Google

sondern um die der Vorherrschaft eines Sprachvolkes über Teile eines anderen. Diese Auffassung kommt in einer Rede Dr. Smerals, eines Führers der tschechischen Sozialdemokratie, am 14. Oktober d. J. klar zum Ausdruck: „Man müsse die Deutschen anzulocken verstehen, sonst kommen sie uns nicht in den Käfig herein." Ein anderer Führer, Dr. Meißner, setzt ebenfalls die Eingliederung der norddösterreichischen Deutschen in den tschechischen Staat als selbstverständlich voraus.

Dagegen haben die deutschen Sozialdemokraten der Sudetenländer Einspruch erhoben und das Recht der „nationalen Autonomie" für das deutsche Sprachvolk in Anspruch genommen.

Noch ausschweifender sind die Forderungen der tschechischen Politiker um Kramarz und Klofac. Sie beanspruchen die Grafschaft Glatz, Ratibor mit Umgebung, ganz Nordungarn bis unmittelbar vor Budapest und bis tief hinab in die Theißniederungen. Halten wir nun noch die südslawischen Forderungen daneben: Halb Steiermark und Kärnten mit zahllosen Deutschen, das ganze Banat und die ganze Batschka! Von Deutschösterreich bleibt nur ein jämmerlicher Torso übrig, von dem ungarischen Staate aber so gut wie nichts.

Die Forderungen der Polen sind in Deutschland bekannt; auch sie dehnen die „nationale Autonomie" auf Teile eines fremden Staatsgebietes aus. Nur einem Volke sprechen alle Slawen das Recht auf Selbstbestimmung ab — den Deutschen Österreichs. Daß auch sie Anspruch erheben könnten, mit den Deutschen im Reiche staatlich vereinigt zu werden, bestreiten die Slawen — denn die Deutschen in Böhmen sind eben Angehörige der „böhmischen" Nation, und jeder Versuch, sich dieser Beherrschung zu entziehen, gilt als Hochverrat gegen den „böhmischen" Staat, als alldeutsche Wühlerei und Preußenheuchelei. Die Slawen setzen alle Hoffnungen auf die Friedenskonferenz, die ja den „Völkern" Mitteleuropas die Freiheit bringen soll. Kann es einen schnöderen Mißbrauch das Wortes Freiheit geben als diesen freiheitlich umkleideten schrankenlosen Imperialismus?

Nun rechnen allerdings die Führer der Slawen mit der unangenehmen Möglichkeit, daß die Ententemächte doch nicht siegreich genug sein könnten, uns das slawische Joch aufzulegen. Für diesen Fall halten sie durch ihren Adel den alten Länderföderalismus als Durchgangsstation zu ihrem Endziele bereit. Auch würden sie im schlimmsten Falle mit einem nur auf das tschechische Sprachvolk beschränkten Bundesstaate vorlieb nehmen. Damit aber die nähern sie sich der deutschen sozialdemokratischen Auffassung. Und hier erst wird die „nationale Autonomie" zu einem für die einheitliche, geschlossene Politik der Deutschen gefährlichen Schlagworte.

Was ist diese „reine nationale Autonomie" nach deutsch-sozialdemokratischer Auffassung? Leider können wir auch diesmal keine klare Erklärung geben, sondern müssen feststellen, daß innerhalb der Partei die größten Meinungsverschiedenheiten herrschen. –

Digitized by Google

Das Brünner Programm lautet: „1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländee werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen nationaleinheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt." In diesem Programme stecken zwei Formen der nationalen Autonomie — die national-kulturelle und eine beschränkte wirtschaftlich-soziale. Die erste soll geübt werden von den zu einem Verbande zusammengefaßten völkischen Selbstverwaltungsgebieten, die zweite von jedem einzelnen dieser Gebiete, unabhängig von jedem anderen. Da solche Gebiete (Kreise) nur kleinräumig sein können, so kann sich das Gesetzgebungsrecht dieser Kreisparlamente nur auf Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohlfahrtsangelegenheiten niederer Ordnung beschränken, während die Gesetzgebung großen Stiles dem Reichsparlamente vorbehalten bleibt.

Dagegen haben schon damals die Tschechen eingewendet, daß es nicht angehe, die Wirtschafts- und Verkehrsangelegenheiten nicht als nationale anzusehen. In der Tat! für einen Tschechen ist es wirklich eine sonderbare Zumutung, gerade in Wirtschafts- und Verkehrsfragen auf die Zusammenfassung aller tschechischen Kreise zu verzichten und sie nur auf das Schul- und Bildungswesen zu beschränken. Das tschechische Sprachgebiet bildet ein geographisch so wohl abgerundetes Ganze, ist ein so typisch zentralisiertes Land, daß die meisten Wirtschafts- und Verkehrsinteressen tatsächlich dem ganzen Volke gemeinsam sind, für die Tschechen gibt es also nationale Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Aber auch die Verfasser des Programmes handelten streng sachlich als Deutsche, als sie eine nationale Gemeinsamkeit nur für national-kulturelle Angelegenheit für nötig hielten.

Die Siedelung des deutschen Volkes in Österreich ist in zwei, nur bei Taus zusammenhängende große Gruppen geteilt — die sudetenländische und die donau-alpenländische. Ihnen fehlt daher die unmittelbare Verkehrsgemeinschaft und ihre Wirtschafts- und Verkehrsinteressen sind nur insofern gemeinsam, als sie Reichsfragen sind. Aber selbst jedem einzelnen dieser Wohngebiete fehlt diese zwingende Gemeinsamkeit. In beiden haben wir es mit typischen dezentralisierten Räumen zu tun — in den Sudetenländern mit Randgebieten um einen tschechischen Kern, in den Alpenländern mit selbständigen Tallandschaften.

Das Brünner Rezept ist also auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten; denn das deutsche Westschlesien hat mit dem Egerlande so wenig unmittelbare wirtschaftliche Gemeinsamkeiten wie mit Tirol. Es ist daher nur logisch, daß das Brünner Programm den zu errichtenden nationalen Bundesstaaten keine Souveränität in wirtschaftlichen Angelegenheiten einräumt, weil sie nur formalen Wert hätte. Es ist aber ebenso lo-

Digitized by Google

gisch, daß die Tschechen die Beschränkung auf die national-kulturelle Autonomie als eine sachlich unbegründete Hemmung ihrer nationalen Entwicklung bezeichnen. Ähnliches gilt auch für die Südslawen; für sie ist die Adria das zusammenfassende wirtschaftliche und Verkehrsband.

Stärker als alle geistreichen Konstruktionen erweisen sich die geographischen Verhältnisse. Eine Verwirklichung des Brünner Autonomieprogrammes würde zwar die alten Kronländer zerreißen, viele geographische Wirkungen dieser Raumgebiete aber nicht außer Kraft setzen. Die tschechischen Kreise würden zuletzt doch gemeinsame nationale Wirtschafts- und Verkehrspolitik treiben und sich allmählich die wirtschaftliche Souveränität erstreiten. Das deutsche Randgebiet aber zwischen Oderberg und Eger kann es zu einer solchen Gemeinsamkeit niemals bringen — seine einzelnen Teile bleiben selbständig, ja abgeschlossen von einander und müssen endlich der Anziehungskraft des tschechischen Zentrums verfallen. Für diese dezentralisierten Landschaften gibt es nur eine wahre sachliche Gemeinschaft — die im Gesamtreiche. Darum sind die Deutschen das eigentliche Reichsvolk, die einzigen, für welche das Österreichertum mehr ist als ein dynastischer Begriff. Was für die nordösterreichischen Deutschen gilt, gilt auch für einen Teil der alpenländischen. Auch sie würden bei einer Staatsreform im Sinne des Brünner Programms in den wirtschaftlichen und politischen Bann der südslawischen Ländermasse um die Adria geraten. Tschechen und Südslawen können sich daher mit der deutsch-sozialdemokratischen Auffassung befreunden, wenn wider Erwarten die Friedenskonferenz ihre staatsrechtlichen Ideale nicht erfüllen könnte. Ihr Endziel ist eben dann nur hinausgeschoben — für sie arbeitet die Zeit und die räumlichen Tatsachen.

Darum bedeutet jede Form der Föderalisierung Österreichs eine schwere Schädigung des Deutschtums als nationale Gesamtheit und politischer Faktor.

Nur andeutungsweise sei auf die praktischen Schwierigkeiten einer einverständlichen Auflösung der Kronländer hingewiesen. Landesschulden, Landesgarantien, Landesverpflichtungen, gemeinsame Einrichtungen u. a. m. sind wahrhaftig nicht leicht reinlich und gerecht aufzuteilen.

Die angedeuteten praktischen Schwierigkeiten steigern sich selbstverständlich, wenn die Umwandlung zu einem Bundesstaate im slawischen Sinne erfolgt — sie türmen sich zu Montblanc-Höhe, wenn Ungarn in dieses Experiment hineingezogen wird.

Sogar die einfachste Voraussetzung einer bescheidenen Verwaltungsreform im Rahmen der bestehenden Verfassung — die Neueinteilung zahlreicher Amtssprengel der ersten Instanz nach nationalen Gesichtspunkten — ist eine mühselige Arbeit; denn schon hier sind Widerstände zu überwinden, die sich aus dem Handel und Wandel, dem bürgerlichen Leben und den Gesetzen des Raumes ergeben — Hindernisse des Alltagslebens der breiten Massen. Und selbst wenn ein Parlament die nationelle

Digitized by Google

Abgrenzung im ganzen Reiche, die Kreiseinteilung usw. endlich geregelt hätte — an einem Probleme würde zuletzt doch die radikale Reform scheitern: an dem Probleme der finanziellen Autonomie der Nationen. Sollen von nun an die armen Völker ihre Bedürfnisse aus ihren eigenen Steuereingängen bestreiten und jedes Zuschusses des Gesamtstaates entbehren? Und soll man den reicheren Völkern zumuten, aus ihrer Tasche zuzuschießen, ohne irgendeinen Einfluß auf die Gebarung mit diesen Zuschüssen zu haben? Die Liste läßt sich beliebig verlängern.

Eine zweite notwendige Auseinandersetzung ist die über den Minoritätenschutz. Soll er einheitlich für das ganze Reich durchgeführt werden, trotzdem die nationalen Siedelungsverhältnisse, das Alter und die Art der Minderheiten länderweise grundverschieden sind? Diesen Verschiedenheiten wird man noch keineswegs gerecht, wenn man hier das Personalitätsprinzip, dort das Territorialprinzip anwendet. Es ist ein anderes derlei Probleme auf dem Papiere zu lösen und ein anderes diese theoretische Lösung einem national, landsmannschaftlich und parteimäßig zerklüfteten Parlamente abzuringen.

Immerhin sind die Fragen der Abgrenzung, der Neueinteilung mancher Amtssprengel, der Kreiseinteilung, der Reform des Wahlrechtes in den Gemeinden, Kreisen und Ländern in absehbarer Zeit lösbar. Es wäre ein großer Gewinn, wenn sich die deutschen Freunde der nationalen Autonomie mit dem Möglichen bescheiden würden, d. h. mit der kronlandsweisen Regelung der nationalen Verhältnisse, der Reform des Wahlrechtes und der Einführung der Selbstverwaltung.

Es ist nicht wahr, daß dieser Weg über die Kronländer ungangbar ist. Mähren und die Bukowina haben einen großen Teil des Ausgleichswerkes durchgeführt, selbst in Böhmen stand man vor dem Abschlusse. Zerschlagen hat dort das Werk der tschechische Panslawismus. Wenn man es für unmöglich hält, die lokalisierten Schwierigkeiten zu überwinden, wie will man dann zur Einigung gelangen, wenn alle Schwierigkeiten Österreichs zusammengeballt dem Parlamente vorgelegt werden! Man traut sich die Kraft zu Österreich-Ungarn auf dem Wege parlamentarischer Abstimmungen in einen Nationalitätenbundesstaat umzuwandeln und vermag nicht einmal die proletarischen Parteien der Nationen über die grundsätzlichen Auffassungen von dem Wesen der nationalen Autonomie zu einigen. Die nächstliegende Aufgabe ist für die Deutschen die Durchführung der völkischen Selbstverwaltung in den verschiedensten Formen innerhalb der bestehenden Kronländer des Einheitsstaates.

Diese Autonomie gewährt den Angehörigen der Sprachvölker die Erhaltung und Pflege völkischer Eigenart und Kultur, vermindert die Reibungsflächen und dient dem nationalen Frieden besser als die Errichtung von Nationalstaaten, die niemals verzichten werden, die volle Souveränität zu erringen, daher stets bereit sein werden, die gesamtstaatliche Gemeinsamkeit auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten zu

Digitized by Google

verringern. Der nationale Kampf hat nur eine andere und gefährlichere Form angenommen. Sobald sich aber die Deutschen für den Einheitsstaat und für diese Form der völkischen Selbstverwaltung aussprechen, müssen sie sich gegen jede gesetzliche Zusammenfassung sämtlicher Angehörigen eines Sprachvolkes, d. h. gegen die Konstituierung der „Nation" als Rechtssubjekt oder gar als „Staatlichkeit" aussprechen. Was ihnen versagt ist — der Zusammenschluß mit den Deutschen im Reiche — können sie nicht den anderen gewähren; täten sie es, so kämen sie unter die Räder.

Welche Stellung nimmt nun die österreichische Regierung ein? Eine so zweideutige, daß Wekerle sich am 30. Oktober d. J. zu folgender sehr deutlicher Drohung gezwungen sah: „Da die verantwortlichen Elemente in Österreich die tschechisch-südslawischen Aspiratoren nicht energisch zurückweisen, so müssen die verantwortlichen Männer der Monarchie vor Seiner Majestät erscheinen und eine Klärung fordern. Der gegenwärtig ungeklärte Zustand darf nicht länger geduldet werden." Während die österreichische Regierung offiziell an dem Einheitsstaate und den Kronländern festhält und nur in diesem Rahmen nationale Autonomie gewähren will, deuten andere Vorgänge auf viel weitergehende geheime Versprechungen an die Slawen.

Welches Interesse hat nun aber das Deutsche Reich an all diesen Streitfragen? Die reichsdeutschen Sympathien für die sozialdemokratischen Vorschläge zur Verfassungs- und Verwaltungsreform beruhen auf der Meinung, daß nur auf diesem Wege die inneren Wirren in der Monarchie oder doch wenigstens in Österreich beendet werden können. Noch immer — trotz Posen und Westpreußen — herrscht die Legende — der nationale Kampf sei ein Kampf um die Sprache und Schule, ein Kulturkampf. Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Meißner hat schon vor dem Kriege in der Zeitschrift „Der Kampf" unumwunden erklärt, daß das natürliche Streben der Nationen nach Selbständigkeit und Selbstverwaltung sich auch auf Angelegenheiten ökonomischen und politischen Charakters erstrecke. Wenn man nicht auch diese Angelegenheiten national scheide (man bedenke: Eisenbahnen, Wasserstraßen, Bahntarife, Industrieförderung u. a. m.), werde der Kampf der Nationen um größeren Einfluß nicht aufhören ... es werde zur gegenseitigen Bekämpfung noch Stoff genug sein.

Die Verwirklichung der deutschen sozialdemokratischen Vorschläge beendet also den Kampf ebensowenig, wie die Einführung des allgemeinen Reichsratswahlrechtes „die geschlossenen Nationalparteien zur Auflösung gebracht und den Nationalismus zu einem ungefährlichen, untauglichen politischen Prinzipe" gemacht hat. Dr. Renner hat sich leider als ein umgekehrter Prophet erwiesen — der Nationalismus hat gerade durch das Wahlrecht eine solche Verstärkung erlangt, daß er die internationale Sozialdemokratie gesprengt hat. Auch die sozialdemokratische nationale Autonomie wird die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen — der individuelle nationale Kampf wird zu einem Kampfe der gesetzlich konstituierten Nationen werden. Dann aber

Digitized by Google

wird er erst recht ein Kampf um die Macht, vor allem aber ein erbitterter wirtschaftlicher Kampf werden. Reichsdeutsche Mitteleuropäer haben ihre Pläne auf der Überzeugung aufgebaut, daß die österreichischen Slawen wider ihr wirtschaftliches Interesse handeln würden, wenn sie die Vorteile eines großen Weltwirtschaftsgebietes unausgenützt ließen. Auch in diesem Falle war der Wunsch der Vater des Gedankens. Leider ist auch diese Voraussetzung falsch. Diese deutschen Mitteleuropäer unterschieben ihre eigenen Anschauungen und Wünsche den Slawen. Was für die deutsche Wirtschaft mit ihren weltwirtschaftlichen Interessen gilt, gilt nicht für die in den Anfängen der Industrialisierung begriffenen nichtdeutschen Völker. Es gilt aber auch nicht für die hochentwickelte tschechische Industrie, für die Handels- und Finanzkreise dieses Volkes; denn diese betrachten die slawischen Gebiete der Monarchie und den nahen Balkan als ihre Domäne, als das ihnen zustehende Expansionsgebiet. Die reichsdeutschen und deutschösterreichischen Unternehmer erscheinen ihnen daher als die gefährlichsten Konkurrenten. Die tschechische und südslawische Presse hat nie verhehlt und erstere hat es erst jüngst unter der neuen Leitung der tschechischen Politik durch Kramarz laut verkündet, daß die Errichtung des tschechischen und südslawischen Staates allein geeignet ist, Deutschland vom Balkan und Vorderasien abzuschneiden und so den deutschen „Weltherrschaftsplänen" ein Ende zu machen.

Tschechen und Südslawen haben vor dem Kriege rege politische und finanzielle Beziehungen zu den Ententestaaten besessen — sie werden sie nach dem Kriege noch inniger gestalten. Darum hat England so großes Interesse an dem „Selbstbestimmungsrechte der Völker" und an der „Demokratisierung und nationalen Autonomie" in Österreich.

Die Umwandlung Österreich-Ungarns in einen Nationalitätenstaat im Sinne der slawischen Forderungen ist gleichbedeutend mit dem Verluste des Krieges für Deutschland, sowie mit der Vernichtung von mehr als dreieinhalb Millionen Deutschösterreichern. Aber auch die Verwirklichung der deutschen sozialdemokratischen Vorschläge führt zu demselben Ergebnisse; denn die Zuerkennung des Rechtes auf Staatlichkeit in national-kulturellen Angelegenheiten wird sofort als ein ungenügendes Zugeständnis von den Slawen erklärt werden. Sie werden also den Kampf um die „volle Souveränität" weiter führen — jedoch in einer viel günstigeren Position. Es gibt nur eine Form der nationalen Autonomie, die den berechtigten Forderungen der nichtdeutschen Völker, aber auch des deutschen Volkes entspricht und „das alte Österreich nicht von Oberst zu Unterst kehrt": der nationale Ausgleich innerhalb der einzelnen Kronländer des Einheitsstaates! Der dornenvolle Ausgleichsweg muß wieder eingeschlagen werden, Hindernis um Hindernis beseitigt werden. Völker können nicht gleich einzelnen Genies oder himmelblauen Ideologen Hindernisse überfliegen. Nur diese Lösung kann unter der festen Führung der Regierung im Einverständ-

Digitized by Google

nisse der Parteien erfolgen — jede andere Lösung nur mit brutaler Vergewaltigung der Deutschen durch die Macht der siegreichen Feinde auf der Friedenskonferenz oder durch einen Staatsstreich der Krone mit Unterstützung der Entente. In einem österreichischen Parlamente wird nie über die Errichtung eines Bundesstaates abgestimmt werden!

Ständige Fachausschüsse des Reichstags

Von Justizrat Bamberger

Vielfach ist während des Krieges die Forderung erhoben worden, dem Reichstag müsse ein größerer Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte des Reiches eingeräumt werden. Bestimmend für dieses Verlangen war anscheinend nicht sowohl ein kleinliches Streben nach Machterweiterung, als vielmehr die ehrliche Überzeugung, daß eine engere Fühlung zwischen Regierung und Volksvertretung für die bedrohten Interessen des Reiches auf dem Gebiete der inneren und auswärtigen Angelegenheiten zweckmäßig, ja notwendig sei. Aus diesen Erwägungen heraus entstand der Hauptausschuß des Reichstages in seiner gegenwärtigen Gestalt, aus denselben Erwägungen ergab sich das Bedürfnis nach Errichtung einer aus Vertretern verschiedener Parteien zusammengesetzten Körperschaft, die einen Beirat der Regierung bilden soll. Ein politischer Ausschuß des Reichstages, wie man ihn bezeichnen kann, wird namentlich während der Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist, die Verbindung zwischen der Regierung und der Volksvertretung aufrecht erhalten. Er wird eine Verständigung der beiden Gewalten in großen politischen Fragen anbahnen und erleichtern. Vielleicht kann man darin den Ansatz zu einer Fortbildung des Reichsstaatsrechts erblicken. Dieselben und noch stärkere Gründe sprechen aber dafür, daß neben den politischen Ausschuß Fachausschüsse treten. Wiederholt habe ich die Errichtung eines ständigen Finanzausschusses und eines ständigen Justizausschusses befürwortet[1]. Die Zweckmäßigkeit der Maßregel ergibt sich nicht nur aus der Kriegslage, sondern aus den Erfahrungen, die in langer Friedenszeit gesammelt sind. Nach Artikel 5 der Reichsverfassung wird die Reichsgesetzgebung durch den Bundesrat und den Reichstag gemeinsam ausgeübt; Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen sind erforderlich. Die gemeinsame Arbeit beider Versammlungen ist mithin notwendig. Sie wird auch stets geleistet. Doch geschah dies bisher nicht von vornherein, sondern nur am Schlusse der gesetzgeberischen Tätigkeit. Der Reichstag wird mit einer neuen Vorlage regelmäßig erst dann befaßt, wenn die Regierung ihre Arbeit beendet hat. Bei den Erwägungen, ob überhaupt ein bestimmter Gesetzentwurf eingebracht werden, welchem Zweck er dienen, welche Gestaltung er erfahren soll, ist

[1] Vgl. meine Aufsätze: „Ein ständiger Finanzausschuß" in dea „Grenzboten" vom 31. Mai und 30. August 1916 und „Ein ständiger Justizausschuß" im „Recht" vom 16. Mai 1917.

Digitized by Google

die Volksvertretung unbeteiligt. Sie wird vielmehr vor eine abgeschlossene, fertige Vorlage gestellt. Lehnt sie sie ab, so ist die ganze darauf verwendete Arbeit der zuständigen Regierungsstelle unnütz gewesen. Kostbare Zeit ist verloren, die Kraft zahlreicher Beamten ist zwecklos in Anspruch genommen. Gleichzeitig hat sich eine gespannte Lage entwickelt. Die Ablehnung erscheint als ein Mißerfolg, eine Niederlage der Regierung. Die Mehrheit des Reichstags hat einen Sieg über die Regierung davongetragen, den ihre Presse schonungslos ausbeutet. Die Minderheit ist unzufrieden, weil sie in der Minderheit geblieben ist, unzufrieden aber auch mit der Regierung, die mit mehr Geschick und mit mehr Tatkraft vorgehen mußte. So sieht sich die Regierung von beiden Seiten angegriffen und mit Vorwürfen überschüttet. Nun erst erhebt sich die Frage, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, sich von vornherein vorbeugend mit dem Reichstag in Verbindung zu setzen. Unmittelbar läßt sich dies freilich nicht ausführen, da der Reichstag nahezu 400 Mitglieder zählt und ein berufenes Organ des Reichstags für den Zweck fehlt. In natürlicher Folge der Ereignisse treten Personenveränderungen, auch an leitenden Stellen, ein. Dadurch erwachsen neue Kosten für die Allgemeinheit. Die neuen Beamten sind mit den an sie herantretenden Aufgaben nicht so vertraut, wie die abgehenden es waren, sowohl nach der sachlichen wie nach der persönlichen Seite hin. Das Vertrauen, das durch lange Führung der Geschäfte, durch mannigfaltige Beziehungen, die sich daran knüpften, erworben war, überträgt sich nicht ohne weiteres auf einen Nachfolger. Daß eine solche Lage der Dinge zum Nachteil der Staatsgeschäfte Stockungen hervorruft, liegt auf der Hand. Die Zahl der im Laufe der Jahre abgelehnten Gesetzesvorlagen ist nicht gering. Eine statistische Nachweisung nach der Richtung wäre sicherlich lehrreich. Wie steht es aber, wenn es nicht zu einer Ablehnung kommt? Nach einer kurzen, selten eindringenden Beschäftigung mit der Vorlage überweist man sie einer Kommission. Diese Kommission ist nicht etwa eine seit Jahren bestehende Körperschaft, in der bewährte Sachverständige in ständiger Zusammenarbeit einander wechselseitig belehrt und persönlich schätzen gelernt haben, sondern sie wird ad hoc gewählt, um über den vorliegenden Gesetzentwurf innerhalb einiger Wochen ein Gutachten abzugeben. Gründliche Studien zu machen, fehlt es regelmäßig an Zeit. Bis die Mitglieder sich in einander eingearbeitet haben, ist die gegebene Frist verstrichen. Die Vertreter der Regierung, die als Fachmänner monate- oder gar jahrelang auf dem Gebiet gearbeitet und ein natürliches, eigenes Interesse an der Sache gewonnen haben, sind von vornherein im Übergewicht. Von Vorarbeiten, wie statistischen Materialien, legen sie aus naheliegenden Gründen nur dasjenige vor, was ihnen zweckmäßig erscheint. Gegen Änderungsvorschläge können sie jederzeit geltend machen, daß die Entscheidung nicht bei ihnen, sondern bei den verbündeten Regierungen stehe. So erklärt es sich, daß die Kommissionsarbeit, zumal wenn sich noch parteipolitische Interessen geltend machen, das gewünschte Ergebnis oft vermissen läßt. Der Reichstag selbst,

Digitized by Google

der schon seiner großen Mitgliederzahl wegen an ruhiger, sachlicher Behandlung gehindert ist, ist selten in der Lage, durch „Amendements", die schnell vorgeschlagen und schnell beschlossen werden, das Gesetzeswerk vollkommener zu gestalten. Parteipolitik und Rücksicht auf die Wähler macht sich bei den öffentlichen Verhandlungen im Reichstag noch störender geltend, als bei den vertraulichen Beratungen in der Kommission. Infolge dieses Verfahrens kommen nur zu oft Gesetze zustande, die nach Form und Inhalt mangelhaft sind, und schon nach kurzer Zeit Richtigstellungen und Abänderungen erfordern. So konnte es geschehen, daß der sogenannte Generalpardon (§ 68 des Gesetzes über den Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913) vom Reichstag, wie vom Bundesrat beschlossen wurde, obwohl der Gegenstand dieser Bestimmung, der Erlaß von landesgesetzlicher Strafe und Steuer, verfassungsmäßig nicht unter die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung fällt. Solche Übelstände werden vermieden, wenn ständige Ausschüsse für die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung vorhanden sind, die in dauernder Fühlung mit der Regierung stehen, die nicht erst nachträglich zur Prüfung fertiger Entwürfe, sondern von vornherein herangezogen werden, um in gemeinsamer Beratung diejenige Verständigung über neue Vorlagen zu finden, die schließlich doch unter erschwerten Verhältnissen gefunden werden muß. Als das dringendste Bedürfnis auf diesem Gebiet erscheint mir ein ständiger Finanzausschuß. Hätte ein solcher der Regierung zur Seite gestanden, so wäre die Finanzgesetzgebung des Reiches während des Krieges voraussichtlich nicht so schleppend, wohl aber weit fruchtbarer gewesen, als es der Fall war. Man hätte den nationalen Aufschwung, die Begeisterung, die alle Kreise der Bevölkerung erfaßt hatte, im wohlerwogenen Interesse der so stark angespannten Reichsfinanzen nutzbar gemacht, wie dies in England geschehen ist, wo Lloyd George im ersten Kriegsjahr mit weitem Blick die Staatseinnahmen um 6 Milliarden jährlich vermehrt hat. Es war freilich bequemer für die Finanzverwaltung, im März 1915 zu erklären, neue Einnahmen seien nicht erforderlich, da man die Rechnung über die Kriegskosten beim Friedensschluß den Gegnern präsentieren könne. Dieser Standpunkt der Sorglosigkeit war aber so unhaltbar, daß wenige Monate später eine ganze Reihe Steuervorlagen eingebracht wurden. Wie lange hat sich die Regierung bitten und drängen lassen, bis sie unter beständigem Klagen über die Schwierigkeit der Aufgabe den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Kriegsgewinns einbrachte! Die Aufgabe war nicht schwieriger zu lösen, wie eine andere. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Besteuerung des Kriegsgewinns, die ich seit dem März 1915 befürwortete, in Dänemark, Schweden, Norwegen, in England, Frankreich und Italien längst Gesetzesvorschläge hervorgerufen hat, bevor der deutsche Entwurf im Frühjahr 1916 dem Reichstag zuging[1]. Auch noch in diesem Entwurf wurde die Verwirklichung des Steuergedankens bis zum Ende des Jahres 1916 hinausgeschoben, indem man im

[1] Vgl. v. Eheberg, „Die Kriegsfinanzen", A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung. Leipzig 1917.

Digitized by Google

Gegensatz zu allen übrigen Staaten nicht die im einzelnen Rechnungsjahre sich ergebende Einkommensvermehrung erfaßte, sondern nur den Vermögenszuwachs, der mit Ablauf des dritten Jahres etwa noch vorhanden sein würde. Damit wurde im Ergebnis zum Nachteil der Gesamtheit eine Belohnung auf Verschwendung, waghalsige Spekulation, Betätigung eines fragwürdigen Kunstsinnes und einer ebenso fragwürdigen Wohltätigkeitsliebe ausgesetzt und die Neigung zu Hinterziehungen und Schiebungen aller Art begünstigt. Selbstverständlich kommt das Reich auch um den Steueranspruch in allen Fällen, in denen der Pflichtige in Konkurs verfällt, selbst wenn dies erst im Jahre 1917 geschieht. Denn auch die Erhebung der Steuer geht ganz langsam, beinahe tropfenweise unter zartester Schonung der bedauernswerten Steuerpflichtigen vor sich [1]. Die Zukunft wird lehren, wieviele Millionen, wenn nicht Milliarden, die Reichskasse durch die verfehlte Ausgestaltung des Gedankens eingebüßt hat. Dieser Rückblick ist schon um deswillen nicht ohne praktische Bedeutung für die Gegenwart, weil die Besteuerung derjenigen Kriegsgewinne, welche seit dem 1. Januar 1917 erzielt sind, nicht mehr unter das erwähnte Gesetz fällt, sondern erst noch zu beschließen ist. Von weit größerer Bedeutung für unsere Frage ist aber das gewaltige Gesetzgebungswerk, das zum Wiederaufbau der Finanzen notwendig wird. Daß viel kostbare Zeit und Gelegenheit für diesen Zweck unwiederbringlich verloren ist, wurde oben schon hervorgehoben. Es ist ohne weiteres klar, daß ein längeres Zögern ernste Folgen nach sich ziehen würde. Nach Beendigung des Krieges können die dann erforderlichen Mittel unmöglich noch durch Kriegsanleihen aufgebracht werden. Dann kann man nicht erst in Erwägungen und Beratungen darüber eintreten, woher man die Milliarden nehmen will, die zur Bezahlung fälliger Ansprüche auf Pension, Zinsen der Anleihen und sonstiger unaufschiebbarer Ausgaben notwendig sind. Diese Fragen müssen dann längst erledigt, die Gesetze müssen erlassen und die Gelder beschafft sein. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist die empfohlene Vereinfachung und Abkürzung der Gesetzgebungsarbeit geboten. Daß sie außerdem dazu dient, Reibungen und Streitigkeiten mittels sachlicher Tätigkeit im begrenzten Kreise von Sachverständigen vorzubeugen, ist ein weiterer Vorzug, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Heute weiß man aus vielen Erfahrungen, daß positive Arbeit in einer kollegialen Körperschaft wohl das beste Mittel ist, um parteipolitische Bestrebungen zurückzudrängen. Für die Regierung endlich vermindert sich nicht allein die Last der Verantwortung, wenn sie mit einem vom Reichstag bestellten Ausschuß in einen regelmäßigen Austausch der Ansichten tritt, sondern sie erlangt zu gleicher Zeit damit eine gewisse Bürgschaft dafür, daß die aus gemeinsamer Arbeit hervorgehende Vorlage nicht im Papierkorb verschwindet.

Was die Frage nach einem ständigen Justizausschuß anlangt, so könnte es schei-

[1] Vgl. meine Schrift: „Kriegsgewinn- und Kriegserbschaftssteuer" (Finanzwirtschaftliche Zeitfragen, her. von v. Schanz und Wolf, Heft 19, Ferd. Enke, Stuttgart 1916).

Digitized by Google

nen, als ob sie nicht brennend wäre. Doch braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, wie viele Tausende von Kriegsverordnungen erlassen sind, die tief einschneiden in die Lebensbedürfnisse der gesamten Bevölkerung, wie jeder Tag neue Verordnungen bringt, — um auch diese Frage als sehr erwägenswert erscheinen zu lassen. In bezug auf das Justizwesen erließ der Bundesrat am 9. September 1915 eine Verordnung zur Entlastung der Gerichte, am 7. Oktober 1915 eine Verordnung zur Entlastung der Strafgerichte. Am 18. Mai 1916 folgte die Verordnung über Änderungen der Verordnung vom 9. September 1915. Sie hob verschiedene Teile der letzteren wieder auf, namentlich das ganze Mahnverfahren vor den Landgerichten, stellte die beseitigte Erstattungsfähigkeit der Kosten wieder her und regelte die eingeführte Beschränkung der Berufung anderweitig. Im März 1917 erschien ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege. Er dient demselben Zweck, die Gerichte zu entlasten. In Artikel 14 hebt er die ganze Verordnung zur Entlastung der Strafgerichte auf. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der überaus schnelle Wechsel der Vorschriften und der damit verbundene Aufwand an Zeit und Arbeit vermieden wäre, wenn man vorher mit Richtern, Rechtsanwälten und Laien Fühlung genommen hätte. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß die Justizverwaltung dies getan haben würde, wenn ihr ein berufenes Organ für den Zweck zur Verfügung gestanden hätte. Nun fehlt es im Reichstag doch nicht an Richtern und Rechtsanwälten, noch an Vertretern von Industrie, Handel und Landwirtschaft, die in ihrer Berufstätigkeit Gelegenheit haben, sich über die Vorzüge und Nachteile des gerichtlichen Verfahrens ein Urteil zu bilden. Wenn ein so zusammengesetzter Ausschuß dauernd zur Verfügung des Reichsjustizamtes steht, um als die berufene Stelle den Wünschen und Bedürfnissen des rechtsuchenden Publikums Ausdruck zu geben und sich über die Richtlinien eines Gesetzentwurfes, dessen Ausarbeitung beabsichtigt wird, zu äußern, so wird eine solche Aussprache auch wenn die Mitglieder des Ausschusses kein entscheidendes Wort zu sprechen haben, in manchen Beziehungen zu einer Klärung und Einigung führen und den Boden für fruchtbare Arbeit vorbereiten. Dann wird auch der so oft gehörte Vorwurf, man hätte rechtzeitig Männer der Praxis befragen sollen, von selbst in Wegfall kommen. — Gilt das, was bisher aufgeführt wurde, von der Rechtspflege im allgemeinen, so gilt es insbesondere von der Strafrechtspflege unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen. Das drohende Gespenst einer starken Zunahme der Verbrechen läßt sich nicht verscheuchen. Denn die Gefahr liegt in der Natur des Krieges selbst begründet, zumal eines so erbitterten Krieges, von solcher Dauer, der so viel Millionen Männer ins Feld geführt, bei den Daheimgebliebenen soviel Entbehrungen mit ihren natürlichen Folgen hervorgerufen hat. Daher ist nicht nur für eine nahe Zukunft mit einer beträchtlichen Steigerung der Straffälligkeit zu rechnen, sondern diese Steigerung ist in bedenklichem Grade bei Erwachsenen, in erschreckendem bei Jugendlichen bereits eingetreten. In Friedenszeiten wurden jährlich 230000 Freiheitsstrafen in Deutsch-

Digitized by Google

land verhängt. Gesetzt den Fall, daß diese Zahl sich verdoppelt, so müssen ohne Verzug noch einmal so viel Gefängnisse gebaut, noch einmal so viel Gefängnisbeamte angestellt werden, um bei Gesetzesübertretungen die Männer hinter Schloß und Riegel zu bringen, die mit Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens das Vaterland verteidigt haben. Oder sollte es vielleicht andere, bessere Mittel geben, um Vergehen zu sühnen, Mittel, die nicht zu einer Strafe für die steuerzahlenden Bürger werden, die vielmehr der Staatskasse Einnahmen zuführen, die den Täter wirklich bessern, indem sie ihn zur Arbeitsamkeit anhalten, die vor allem nicht die furchtbare Wirkung haben, neue Verbrechen hervorzurufen? Die Lösung dieser Frage duldet keinen Aufschub[1]. Sie wird sich um so eher erreichen lassen, je schneller die Justizverwaltung in die Lage kommt, sich mit fachkundigen Vertrauensmännern des Reichstags über die einzuschlagenden Wege zu verständigen. Ein ständiger Justizausschuß wird zu diesem Zweck besonders wertvoll sein.

In dem Zusammenhang liegt vielleicht der Gedanke nahe, ob das, was für die Finanzen und die Rechtspflege angebracht erscheint, sich nicht auch für die Landwirtschaft empfiehlt. Die Frage dürfte zu bejahen sein. Gewiß wird es für eine gründliche und ersprießliche Behandlung der Vorlagen, die die Landwirtschaft angehen, nur nützlich sein, wenn die Beschlußfassung und Ausarbeitung durch die Regierung im Einvernehmen mit einem ständigen Landwirtschaftsausschuß vor sich geht, der aus Reichstagsmitgliedern zusammengesetzt ist, die den großen, mittleren und kleinen Grundbesitz vertreten. Das Gleiche gilt aber auch für alle übrigen der Mitwirkung des Reichstags unterliegenden Geschäfte. Daß endlich auch mehrere minder umfangreiche Gebiete demselben Ausschuß überwiesen werden können, bedarf keiner näheren Begründung.

Gegen die Bildung ständiger Fachausschüsse wurde das Bedenken erhoben, die Bedeutung des Reichstages könne dadurch verringert werden. Ich teile die Befürchtung nicht. Sollten aber wirklich einige Reden weniger „zum Fenster hinaus" gehalten werden, so wäre das wohl kein Unglück. Der innere Wert der parlamentarischen Tätigkeit kann durch die empfohlene Einrichtung m. E. nur erhöht werden. Man kommt auf diesem Wege zwar nicht zu einem politischen Parlamentarismus der Machtgelüste, wohl aber zu einem sachlichen Parlamentarismus ernster, positiver Arbeit.

[1] Vgl. meine Schrift: „Geldstrafe statt Gefängnis", Ferd. Enke, Stuttgart 1917.

Digitized by Google

Volksheer und Volksschule

Von Seminaroberlehrer Th. Bäuerle, Backnang (Württemberg), z. Zt. Leutnant d. L.

I.

Man sagt, der preußische Schulmeister habe die Schlacht von Königgrätz gewonnen. Das ist gewiß eine sehr übertriebene Behauptung. Nichts schadet der Schule mehr als eine Überschätzung ihrer Leistung. Es haben zu allen Zeiten und so gewiß auch bei Königgrätz noch ganz andere Dinge zum Gelingen beigetragen. Aber ein richtiger Gedanke liegt doch jener Behauptung zugrunde, nämlich daß die Leistungsfähigkeit eines Heeres wesentlich beeinflußt wird durch den Bildungsstand der Heeresangehörigen. Dies gilt in besonderem Maße für ein Volksheer.

Die Zusammensetzung und der Geist eines Heeres sind ein sicherer Maßstab für das Verhältnis zwischen Macht und Masse, d. h. zwischen Regierung und Volk. Das stehende Heer ist die Schule des Volksheeres. Volksheere selbst schafft nur der Krieg, bezw. der Kampf um die Macht. Zur dauernden Einrichtung wurden sie durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrpflicht schließt die Anerkennung in sich, daß die Sache des Staates zugleich und grundsätzlich Sache des Volkes ist. Der Begriff des Volksheeres will zum Ausdruck bringen, daß das Volk in seinen verschiedenartigen Lebensäußerungen und in allen seinen Schichten eine Einheit ist, daß das Wohl der einzelnen Volksgruppen vom Ganzen abhängt und dem Ganzen nützen muß.

II.

Dem Entwicklungsgang des Heeres entspricht die Entwicklung der Schule. Während aber das Wort „Volk" in der Bezeichnung „Volksheer" die Gesamtheit aller Volksgenossen umspannt und als ein Ehrentitel aufgefaßt werden will, liegt die Sache bei dem Begriff der Volksschule offenbar wesentlich anders. Die Volksschule gilt im Gegensatz zu der „höheren" Schule als die Schule für das „niedere" Volk, für den großen Haufen, für die „Ungebildeten". Das ist von vornherein ein übler Beigeschmack, der an der Volksschule, ihrer Arbeit und ihren Lehrern hängt.

Und doch sind auch an der Wiege der Volksschule die wirtschaftlichen, religiösen und bürgerlichen Umwälzungen Pate gestanden: die großen Entdeckungen am Ende des 15. Jahrhunderts und die großen religiösen Umwälzungen des 16. Jahrhunderts. Und seitdem waren die großen Wandlungen des Kulturlebens für die Volksschule von entscheidendem Einfluß.

Daß die Volksschule die Teilnahme an der Volkskultur vermitteln solle, war freilich anfänglich nur die verschrobene Meinung einiger Sonderlinge und Querköpfe. Erst als durch die großen Volks- und Staatsumwälzungen Bedeutung und Gefahr der Masse erkannt wurden, ging man auch in der Volksschulbildung bewußt daran,

Digitized by Google

über das rein Technische hinaus ihr kulturelle Aufgaben zuzuweisen. So sind die Schulen die Gradmesser der Kultur, die Volksschulen insbesondere Maßstab für die in dem Staat vorhandene Wertung des Volkes geworden. Die allgemeine Schul- bezw. Bildungspflicht bringt zum Ausdruck, daß der Staat ein gewisses Maß von Können und Wissen als für sein Gedeihen unumgänglich nötig hält.

Seitdem in den Winkelschulen des Mittelalters der erste Sonnenstrahl einer, wenn auch sehr ungenügenden Bildung durch eine schmale Ritze in das Dunkel des Volkslebens gedrungen war, ist dieser Drang nach Licht und der Trieb aus der Enge stumpfen Dahinlebens mächtig gewachsen. Die Bewegung läßt sich nicht mehr aufhalten. Sie hat auch auf das Gebiet des politischen und staatlichen Lebens übergegriffen. Die wach gewordenen Volkskräfte drängen nach Verantwortung und Betätigung. Darum müssen wir durch planmäßige Einwirkung das heranwachsende Volk auch zum richtigen Verständnis und zur Wertung des Staates nnd der staatlichen Notwendigkeiten erziehen. Und da gerade unser deutsches Staatswesen — trotz des Geschreies unserer Gegner über unsere Barbarei — neben der Ausübung der Macht auch Schutz und Förderung vor allem der das Gemeinschaftsleben beeinflussenden Kultur auf seinen Schild geschrieben hat, so ist Erziehung zum Staat zugleich Erziehung zu deutscher Kultur und ist andererseits Vermittlung deutscher Bildung zugleich Erziehung zur Freude und zu stolzer Erhebung am Deutschtum und am Vaterland.

III.

So gehören Volksheer und Volksschule zusammen. Beide sind Kinder derselben geschichtlichen und kulturellen Entwicklung; beide stehen im Dienst der öffentlichen Erziehung, die Volksschule am Anfang, das Volksheer am Ende. Familie, Schule, Berufslehre, Heeresdienst sind die vier Stufen, auf denen sich die Erziehung zum Manne aufbaut.

Die Familie ist die Vermittlerin des in einem Volk vorhandenen und von den Eltern vererbten Rassen- und Kulturgutes. Sie ist die Quelle aller Volkskraft, Anfang und Ziel aller Erziehung. Der Staat steht und fällt mit der Gesundheit der Familien. Die Schule übernimmt von der Familie einen Teil ihrer Aufgabe: je unbefriedigender die Lage der Familie, um so größer ist der Anteil an den Erziehungsaufgaben, die die Schule übernehmen muß. Dadurch unterscheidet sich die Volksschule wesentlich von den sogenannten höheren Schulen, daß sie neben ihren andern Aufgaben noch ein großes Stück Erziehungsarbeit zu leisten hat. Ihre eigentliche Aufgabe ist eine technische und eine kulturelle: technisch, sofern die Schule den werdenden Mann mit den fürs Leben allgemein nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszurüsten hat, kulturell, sofern sie das überkommene Kulturgut zu vermitteln und zur Teilnahme an dieser Kultur zu erziehen hat. Daß beides, die Einführung in das Arbeitsleben und in das Kulturleben eine Einführung in das nationale Leben ist und

Digitized by Google

daß für Arbeit und Kultur der Staat der sichere Hort und mächtige Förderer ist, das dem Schüler beizubringen, ist Erziehung zum Staat. In diesem Sinne dient aller Unterricht der staatsbürgerlichen Erziehung; Erziehung zum Staat muß daher vielmehr Unterrichtsgrundsatz als Unterrichtsfach sein. Im Beruf werden die von der Familie ererbten und gepflegten, von der Schule aus- und weitergebildeten Kräfte einem bestimmten Zweck innerhalb der Volksgemeinschaft nutzbar gemacht. Der Mensch wird dadurch ein Teil des Ganzen; aus der Weite allgemeiner Menschenbildung durch Familie und Schule kommt er nunmehr in die Enge des Berufslebens. In dieser Verengung verliert er dann gar zu leicht den Sinn und Blick für das Ganze, reißt der Faden ab, der ihn mit der Gesamtheit verbindet und verkümmert schon in den Anfängen das in den wenigen Volksschuljahren geweckte und vertiefte Gefühl von der Größe und Zusammengehörigkeit von Volk und Staat.

Und doch kommt hinter dieser Einführung in das Berufsleben und hinter jener durch den so frühen Abschluß der Volksschulbildung entstandene Lücke der Heeresdienst als Abschluß und Höhepunkt der Erziehung des Mannes. Hier tritt er in den unmittelbaren Dienst des Ganzen; hier dient er allen, indem er zum Schutz und zur Verteidigung des Vaterlandes ausgebildet wird; hier tritt jeder aus der Enge und Absonderung seines Berufslebens wieder heraus zur Ausübung des allen Männern gemeinsamen, weil für den Bestand jedes einzelnen Berufs gleich notwendigen Berufs des Soldaten.

Der Staatsbürger aber wird durch die Gründung eines eigenen Herdes die lebendige Brücke von der Gegenwart in die Zukunft.

IV.

Ich will versuchen, in groben Umrissen die Folgerungen aus den bisherigen Ausführungen zu ziehen.

Unsere Volksschule muß zur deutschen Schule werden; sie muß den Beigeschmack der Armenschule endgültig verlieren und zwar sowohl in ihrem Verhältnis zu den andern Schulen, als auch in ihrem eigenen Auf- und Ausbau. Die Volksschule muß aus ihrer Vereinzelung herauskommen. Es fehlt vielfach noch an jeder organischen Verbindung zwischen Volks- und „höheren" Schulen. Vom Standpunkt der Volkserziehung aus dürfen Stand oder Vermögen der Eltern für den Schulweg des Kindes nicht ausschlaggebend sein. Begabten Kindern muß der Weg zu den höheren Schulen und zu vertiefter Bildung von Rechts wegen nicht als Wohltat offen stehen. Es würde aber von nicht geringer Selbstüberhebung zeugen und eine ungeheure Verantwortung bedeuten, wenn etwa die Lehrer sich einbilden würden, die „Begabten" oder die „Tüchtigen" aus der Masse herausfischen zu können. Dagegen müßten die Eltern den schärfsten Einspruch erheben und mit ihnen alle die, deren Begabung und Tüchtigkeit trotz dem Urteil der Lehrer und trotz den Schulzeugnissen

Digitized by Google

im Leben sich durchsetzten. Wie im einzelnen die Frage einer größeren Vereinheitlichung unseres Schulwesens, auch die Frage der jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Einheitsschule gelöst werden soll, das ist vielmehr Sache der Politiker in Staat und Gemeinde, als des Pädagogen. Dieser muß aber überall seine Stimme erheben, wo Zweckmäßigkeitsfragen zu Prinzipienfragen gestempelt werden, und wo die Gefahr der Veräußerlichung droht. In dieser Gefahr sind wir heute.

„Freie Bahn dem Tüchtigen!" ist ein schönes Wort. Und doch wird's dem verflossenen Reichskanzler, der das Wort gesprochen, schon manchmal zumut gewesen sein wie jenem Mann, von dem Schiller sagt:

„Doch dem war kaum das Wort entfahren,
Möcht er's im Busen gern bewahren."

Man hat jenen Ausspruch in seiner Anwendung auf die Schule viel zu sehr aufs intellektuelle Gebiet hinübergespielt und hat es vielfach so ausgelegt, als ob jeder Begabte vermöge der Schulen auf der sozialen Leiter möglichst hoch steigen, kurz, womöglich Staatsbeamter und zwar höherer oder gar hoher Staatsbeamter werden müsse. Welche Überschätzung des Intellekts, welche Verachtung der andern Berufe, welche Verkennung der Tüchtigkeit! Wahrhaftig: Untüchtige sind nirgends etwas nutz, weder oben noch unten, oben allerdings noch weniger als unten; aber wir brauchen die Tüchtigen überall; jeder Beruf und jeder Stand braucht Führer. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" heißt Anerkennung der Leistung in jedem Beruf und Stand, freie Bahn dem Tüchtigen auch im einfachsten Beruf. Sorgen wir nur dafür, daß der Tüchtige auch überall zu leben hat!

Es werden also nach wie vor noch eine sehr große Zahl von „Tüchtigen" auf die Volksschule angewiesen sein. Darum ist die wichtigste Forderung der Volkserziehung immer noch die: *Ausgestaltung und Ausbau der Volksschule zu einer den andern Schulgattungen gleichwertigen — nicht gleichartigen Anstalt.* — Das heißt vor allem: Weiterführung der Volksschule über das 14. Lebensjahr hinaus durch *Einrichtung und Ausbau der sogenannten Fortbildungsschulen.* Das ist die für die Zukunft weitaus wichtigste Forderung auf dem Gebiet des Erziehungswesens. Die Fortbildungsschulpflicht muß mindestens bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt werden, und auch für die Zeit zwischen 18 und 20 Jahren müssen noch freie Bildungsgelegenheiten geschaffen werden. Was aber vor allen Dingen gefordert werden muß, das ist die gründliche Beseitigung aller einengenden Schranken, die den Weg zu den Stätten der Bildung und zum sozialen Aufstieg versperren. Das ist der große Jammer der Volksschule und der Volksschüler: sie finden überall den Weg versperrt und den Aufstieg erschwert. Mit der inneren Vertiefung und Erweiterung der Volksschularbeit muß daher die Abschaffung aller unnötigen Schranken Hand in Hand gehen.

Vor allem verträgt sich der Einjährigen-Schein mit den hier gezeichneten Gedanken

Digitized by Google

nicht. Es darf in diesem Sinne keine zweierlei Volksgenossen, keine zwei Klassen von Soldaten geben. Die Tüchtigen und Fähigen findet man auch ohne Schein heraus, und wieviel Unfähigkeit und Unbildung verbirgt sich oft hinter dem mühsam und mit viel Geld- und Zeitaufwand erhaltenen Stück Papier!

Darüber hinaus muß aber der Heeresdienst so gestaltet sein, daß er sein Ziel: Ausbildung zu voller Wehr- und Mannhaftigkeit und Erziehung zum Staatsbewußtsein auch erreicht. Das stellt hohe Aufgaben an die militärischen Führer aller Grade. Neben dem Drill brauchen wir Selbsttätigkeit, neben Disziplin und bedingungslosem Gehorsam die freie Pflichterfüllung des freien Mannes. Neben die körperliche und die militärisch-technische Bildung muß noch die geistige und die sittliche Bildung treten — auch in der Heereserziehung.

Das sind teilweise neue Aufgaben, die dem Heeresdienst gestellt werden. Sie ergeben sich aber aus der Stellung der Heereserziehung im Gesamtplan der Volkserziehung, ebenso wie aus den Erfahrungen dieses gewaltigen Krieges. Trotz der ungeheuren Massenheere und trotz der ins Riesenhafte gewachsenen Bedeutung der Technik für die Kriegführung stellt der Krieg an die Widerstandskraft, den moralischen Wert und die Selbsttätigkeit und Entschlußfähigkeit des einzelnen große Anforderungen. Das kommt auch in vielen Befehlen und Verfügungen unserer militärischen Führer immer wieder zum Ausdruck. Gleichzeitig aber ist die Zahl der Ausbildungszweige für den Soldaten, insbesondere den Infanteristen so gewachsen, daß ihre Bewältigung ohne weitgehende Spezialisierung schier unmöglich ist. Darum hat die Heereserziehung das größte Interesse an einer besseren geistigen und körperlichen Vorbildung des waffenfähigen Volkes. Nur dann kann der so nötige und unentbehrliche Drill zugunsten einer größeren Durchgeistigung der Ausbildung eingeschränkt werden, wenn unsere Rekruten geistig und körperlich beweglicher als bisher in das Heer eintreten.

Es hat sich in diesem Krieg gezeigt, wie mächtig der moralische Faktor ins Gewicht fällt. Wir sind unsern Gegnern in der Führung und in militärisch-technischer Hinsicht, sowie großenteils auch hinsichtlich unserer Rasseeigenschaften überlegen. Sind wir's auch hinsichtlich des Staatsbewußtseins? Dem Soldaten darf nie das Bewußtsein davon verloren gehen, wofür er kämpft, bezw. wofür er im Ernstfall zu kämpfen hat. Diese Erziehung zum deutschen Staatsbewußtsein ist auch eine wesentliche Aufgabe der Heereserziehung. Nie im ganzen Leben des Mannes ist die Gelegenheit dazu so günstig wie hier: alle Stände, Berufe, Konfessionen sind hier beisammen zu dem gleichen Zweck: ihre Kräfte für den Schutz und die Größe des Vaterlandes zu stählen. Dann muß ihnen aber auch durch entsprechende Belehrung — nicht bloß durch gelegentliche patriotische Ansprachen — die Größe und Schönheit, aber auch die Verwundbarkeit dieses Vaterlandes gezeigt werden. An Stoff dazu fehlt es wahrlich nicht: die deutsche Geschichte als die Verwirklichung jahrhunderte-

Digitized by Google

langen Sehnens, das deutsche Volk daheim und draußen, das deutsche Land und die deutsche Arbeit, die deutsche Kultur und der deutsche Staat: all das sind Wege zur Erziehung zu deutschem Soldatengeist wie zu Bürgersinn und Bürgerstolz.

Dann erst würde die Heereserziehung ihre Aufgabe ganz erfüllen, wenn sie nicht nur Formen, sondern auch Inhalte böte. Die von ihr schon bisher geleistete, so überaus wertvolle sozial-ethische Erziehung zum Gehorsam, zu Ein- und Unterordung und zur Autorität würde eine wesentliche Vertiefung erfahren, wenn der künftige Staatsbürger auch wüßte, warum und daß Ordnung, Gehorsam und Autorität nötig sind. Das alles stellt an die militärischen Führer aller Grade, besonders an Wissen, Können und Machtausübung der dem Manne zunächststehenden Unterführer besondere Anforderungen. Der Distanzbegriff ist hier oft bis in Groteske veräußerlicht, und der Unterschied zwischen dem, was mancher Vorgesetzte auf und unter dem Soldatenkittel hat, ist oft sehr groß. Doch das wäre ein Kapitel für sich, wert, einmal ausführlicher behandelt zu werden. Bei den Führern muß in Heer und Schule eingesetzt werden. Alle Volkserziehungsfragen sind Fragen nach Persönlichkeiten, und aus allen Forderungen ernster Männer ertönt immer und immer wieder der Ruf nach Persönlichkeiten, nach Menschen. Und der alte Diogenes geht immer noch um, um am hellen Tag mit seiner Laterne nach — Menschen zu suchen.

Zur Frage der militärischen Aufklärung

Von Johannes Fischer, Heilbronn

Die Debatten im Reichstag über die Frage der militärischen Aufklärung veranlassen mich dazu, ein paar Anmerkungen aus der praktischen Arbeit heraus zu machen. Vorausschicken möchte ich, daß ich diese Arbeit betrieb, lange ehe sie regelmäßig organisiert war und von oben herab angeordnet wurde. Das Bedürfnis dafür drängte sich mir von den ersten Stunden meines Soldatenlebens an immer stärker auf. Wenn es, mit einer leichten Übertreibung, auf eine Formel gebracht werden soll, so ist es die, daß, wenn ein Rekrut — jung oder alt — vor seinem Eintritt in das Militär nicht wußte, daß Deutschland um seine höchsten Lebensnotwendigkeiten im Kampfe steht, er es in der Kaserne nicht erfuhr und auch nichts davon merkte.

Für den gewöhnlichen Garnisondienst ist die ganze militärische Vorbereitungszeit Handwerk, das weithin nach alten Vorgängen weiterbetrieben wird, ohne viel danach zu fragen, ob da am Ende Besichtigung und Manöver steht, wie im Frieden, oder höchste Selbstverleugnung und Lebenshingabe, wie jetzt im Kriege. Das soll zunächst noch gar kein Vorwurf sein, aber es ist in weitem Umfang Tatsache.

Und nun möge man sich folgendes eigene Erlebnis dazu vergegenwärtigen. Ich trat als ungedienter Mann 35jährig ins Heer ein. Der erste Tag war mit Herumstehen und Warten ausgefüllt und jeder suchte damit auf seine Weise fertig zu werden. Neben

Digitized by Google

mir stand ein gleichaltriger, auch ungedienter Mann, der sehr freudlos und mürrisch in die Sache hineinging, während ich ein Soldatenlied vor mich hinsummte. Der neue Kamerad redete mich schließlich an: „Wie alt bist jetzt du und was bist du?“ Ich teilte ihm beides mit und erhielt die höchst erstaunte Antwort: „Und du magst auch noch singen?“ Dann kam eine Unterhaltung in Gang, die zeigte, wie dieser Mann sich bisher um Volk und Staat auch rein gar nicht gekümmert hatte. Der Staat war noch so gut wie gar nicht in sein Bewußtsein getreten, und es fehlte ihm auch jede irgendwie klare Vorstellung davon, was Volk und Staat für sein eigenes persönliches und berufliches Leben zu bedeuten hätten. So fühlte er es als eine unerhörte Vergewaltigung, daß dieser Staat nun zu ihm auf die Höhe des Schwarzwaldes hinauf kam und ihn aus seiner Familie und seiner Arbeit herausriß, für Zwecke, die ihm so gut wie nichts bedeuteten bisher. Und nun kam der Staat gleich mit den höchsten Anforderungen an ihn heran, die er überhaupt je einmal an seinen Bürger stellen muß; verlangte die Bereitschaft, unter Umständen das ganze Leben für ihn einzusetzen. Wer fühlt da nicht eine ungeheure, klaffende Lücke, die so nicht bleiben durfte, wenn für diesen Mann sein militärischer Dienst, innerlich gesehen, nicht einfach über sein Vermögen gehen sollte. Es ist doch völlig klar, daß hier nicht mit den Kriegsartikeln allein auszukommen ist, sondern daß eine staatlich-politische und volkswirtschaftliche Aufklärung unbedingtes Erfordernis ist. Sie ist aus Gründen der rein militärischen Leistungsfähigkeit und in Rücksicht auf die ganze seelische Verfassung des Heeres unentbehrlich, wenn man nicht von vornherein auf alle die Höchstleistungen auf allen Gebieten verzichten will, die nur ein inneres Erfülltsein von der Größe und Bedeutung der gestellten Aufgabe auslöst und auf die man im Kriege überall angewiesen ist.

Es war für mich vollständig klar, daß für Leute mit diesem geistigen Zuschnitt, mit dieser volkswirtschaftlich-politischen Unwissenheit die Kriegsaufgabe viel zu groß abgesteckt ist, und von dieser Seite aus drängte sich die Notwendigkeit, hier helfend einzugreifen, unerbittlich auf. Alles Moralisieren über mangelnden guten Willen, über schlechte Stimmung, Überdrüssigkeit usw. ist einem großen Teil der oben beschriebenen Menschen gegenüber ein grobes Unrecht und hilft gar nichts. Vielmehr muß man versuchen, diesen Volksgenossen im Soldatengewand zu helfen, mit ihrem Volk, seinem Staat, seiner Wirtschaft, seiner Kultur so in lebendigen innern Zusammenhang zu kommen, daß sie sich ihrer Beteiligtheit an dem allen klar bewußt werden und für ihren Bestand sich ebenso verantwortlich, wie daran lebhaft interessiert fühlen.

Das ist nicht mit Befehlen und Gesetzen, nicht mit Drohung und Strafe, auch nicht einfach mit patriotischen Aufforderungen und Mahnungen zu erreichen. Es helfen auch rein abstrakte Beweisführungen der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit des Weiterkämpfens überhaupt und der Mitarbeit des einzelnen nicht allzuviel

Digitized by Google

Die großen politischen und wirtschaftlichen Linien verlaufen zumeist so vollständig außerhalb dessen, was bewußt in den Gesichtskreis sehr vieler Zeitgenossen in ihrer Tagesarbeit trat, daß sie ihnen zunächst noch nicht viel beweisen. Darum ist auch das Hereinnehmen der Kriegszielfragen in diese Aufklärungsarbeit vollständig überflüssig, ja sie belasten und verwirren nur die Arbeit und schädigen den Erfolg. Was aber wirklich nottut, ist, daß man — bildlich gesprochen — mit dem einzelnen Kameraden seine Lebenswanderung noch einmal rückwärts durchgeht, und ihm zeigt, wo und wie er selbst, sein Berufszweig, sein eigenes Heimatland und schließlich das ganze Volk in ihren verschiedenen Lebensbeziehungen entscheidend beeinflußt wurde, durch das Deutsche Reich und seine Ausgestaltung, durch den Staat und seine Tätigkeit. Man muß ihm helfen, so vieles, was in der hinter uns liegenden Friedenszeit, oft über die Köpfe, das Verstehen und den Willen breiter Volksschichten hinweg, von Gesetzgebung und Verwaltung des Staates geschah, nun in rückschauender Betrachtung in ihrer Wirkung und ihrem Erfolg sehen und entsprechend würdigen zu lernen. Man muß auch bemüht sein, dem Mann an einzelnen entscheidenden Wendungen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Werdens zu zeigen, welchen Anteil an diesen Leistungen auch sein Stand, seine soziale Schicht hatte und was an günstiger Wirkung, für die beteiligten Zeitgenossen schon oder für später, davon ausging. Der Mensch muß ein lebendiges Bewußtsein davon bekommen, daß er nicht gewissermaßen „staatlos", „volklos" durch die Zeiten gehen kann, sondern daß er in seinen eigenen Möglichkeiten sehr weitgehend getragen oder gehemmt ist, durch Volk und Staat überhaupt und vor allem durch Geist und Art, die für beide bestimmend und in der Zielsetzung richtunggebend sind. Das ist dann erst der Boden, in dem die Millionen von Soldatenbürgern so fest verankert und verwurzelt sind, daß sie die ungewöhnlichen, alles bisherige Maß übersteigenden Anforderungen des Staates erfüllen können.

So gesehen, ist aber die ganze Aufklärungsarbeit auch im höchsten Maße im Interesse aller politischen Parteiarbeit gelegen. Unter diesem Gesichtspunkt betrieben, bietet die Aufklärungstätigkeit, die ja jetzt auch formell in der Bezeichnung Unterrichtstätigkeit heißt, auch keine zu großen Schwierigkeiten, und wird obendrein wirklich gern und dankbar aufgenommen von den Soldaten. Ich habe dabei immer eingeleitet damit, daß wir unser Verhältnis zum Krieg nicht in erster Linie als Soldaten, sondern als Bürger und Träger des Staates zu gewinnen suchen, aber auch sehr oft beobachtet, wie Menschen, die darüber ganz klar sahen, über manche äußeren Erschwerungen des Krieges sehr viel leichter wegkamen in ihren militärischen und bürgerlichen Verhältnissen. Das ist aber doch das Entscheidende, daß möglichst vielen geholfen werde, die innere politische Ausrüstung zu bekommen, die zu solch bürgerlich-staatlichen Höchstleistungen unerläßlich ist, wie sie jetzt von jedem verlangt werden. Es ist ein Glück, daß man dafür schon aus Tatsachen und Leistungen der Vergangen-

Digitized by Google

heit heraus all das holen kann, was notwendig ist und nicht zu Spekulationen greifen muß, die im Wogen des Kampfes doch noch alle unsicher sind. Und Menschen, die mit dem Werden ihres Volkes und Staates eins geworden sind, haben damit die Quellen gefunden, aus denen ihnen Kraft und Wille zuströmt für alles, was der Krieg auch noch auf ihre Schultern legen muß.

Notizen

Industrie und Presse in Italien. Die italienische Zeitung „Avanti" nimmt Ende Oktober die Angaben über Neuinvestierungen während der Kriegszeit im Betrage von 1082 Millionen in Industriebetrieben zum Anlaß, um die kapitalistische Großindustrie-Entwicklung anzugreifen. Der überwiegende Teil dieser Neuinvestierungen seien nicht etwa neues Kapital, sondern Gewinnrücklagen, komme also einer Entziehung der Kriegsgewinnsteuer gleich. Zugleich betont der „Avanti", daß die Großindustrie systematischen Einfluß auf die Presse des Landes suche und finde und daß sie sie ihren Zwecken dienstbar zu machen wisse. So unterstehe der „Corriere della Sera" dem Einfluß kapitalkräftiger Baumwoll- und Woll-Interessenten usw.; Hauptaktionär sei der Senator Pirelli, einer der größten Gummi- und Automobilreifen-Fabrikanten, während Parodi, Rolando-Ricci, Peronne und der Ingenieur Pontremoli den „Secolo" kontrollierten.

Der annektionistische Sonnino. Die „Nationalzeitung" in Basel berichtet am 28. Oktober, Sonnino habe sich in einer langatmigen Polemik gegen den Papst mit voller Deutlichkeit zum annektionistischen Programm bekannt: die Verbündeten seien zur Prüfung jedes ernsthaften Friedensvorschlages bereit, aber ernsthaft sei ein Friedensangebot nur dann, wenn es die verschiedenen Erwerbswünsche der Entente befriedige. Ob Sonnino auch heute noch auf dem annektionistischen Standpunkt steht?

Gedanken über die zukünftige auswärtige Politik Japans. Ein Professor der Universität Tokio gibt im „Japan Weekly Chronicle" folgendes Programm: China gegenüber empfiehlt der Professor Freundschaft, Vermeidung von Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten, ausgenommen wenn Chinas Integrität bedroht ist, Entwicklung der chinesischen Naturschätze in Verbindung mit China und Eröffnung von Schulen. Was Amerika anbetrifft, so meint er, daß es zu politischen Zusammenstößen kommen wird. Die Japaner dürfen nicht dulden, daß ihre wirtschaftliche Entwicklung auf dem Stillen Ozean und in China durch amerikanischen Druck (Amerikas Kriegsrüstungen) gehindert werde. Japans Herrschaft über die deutschen Südseeinseln möge einige Wirkung haben, um einen Krieg zu vermeiden, der sonst zwischen Japan und Amerika ausbrechen könnte. Betreffend England befürwortet der Professor eine Festigung des englisch-japanischen Bündnisses, doch denkt er sich dies so, daß Japans Macht seinen Willen gegenüber dem Bundesgenossen zur Geltung bring n muß. Der Verfasser glaubt, daß es in Zukunft infolge von Rußlands Vordringen in das Mittelmeer und den Indischen Ozean zu Zusammenstößen zwischen England und Rußland kommen wird und Japan dann die vorteilhafte Rolle eines Schiedsrichters wird spielen können. An eine Feindschaft zwischen Deutschland und Japan glaubt der Professor nicht, ebensowenig wie an eine Freundschaft. Er hält es für ausgeschlossen, daß sich Deutschland und Rußland vereinigen werden, um Japan anzugreifen.

Die „weiße Gefahr". „Paris-Genève" vom 11. Oktober gibt einen Artikel aus Tokio „Daily Messenger" wieder. In diesem wird gesagt: Wir dürfen diesen Völkern, die der Zufall der Lage einer deutschen Kolonie zu unseren Verbündeten gemacht hat, weder einen Mann noch einen Pfennig schicken. Unsere Rolle muß sich streng auf die Herstellung von Kriegsmaterial

Digitized by Google

beſchränken. Man hat in Europa von der gelben Gefahr geſprochen. Wir Aſiaten haben im Gegenteil das Recht, von der weißen Gefahr zu ſprechen. Die Weißen wollen die ganze Erde ziviliſieren. Iſt ziviliſieren nicht gleichbedeutend mit ausbeuten und ſelbſt ausrotten? Das einzige Mittel für uns iſt ſtark zu ſein, um unſeren Willen diktieren zu können, wenn der Krieg vorüber iſt. Die Einmiſchung der Mächte Europas, wie auch Amerikas in die inneren Angelegenheiten Aſiens muß aufhören und wird aufhören.

Afrikaniſche Zukunftspläne Englands. In einem kleinen Buche „Der Anteil der Schwarzen am Kriege" beſpricht Sir Harry Johnſton die etwa nötigen Änderungen in der Regierung über die ſchwarzen Völker nach dem Kriege. Der Verfaſſer iſt überzeugt, daß die afrikaniſchen Stämme, die früher unter deutſcher Herrſchaft geſtanden haben, nicht wünſchen werden, unter dieſe zurückzukehren. Sollte es aber doch der Fall ſein, ſo iſt er der Meinung, daß man ihnen das geſtatten müſſe, möge der Krieg ausfallen wie er will. In allen Gebieten tritt der Verfaſſer für die ungeminderte Anerkennung der Rechte der Eingeborenen auf den Landbeſitz, für die Vertretung der Eingeborenen in der Ortsverwaltung, für die Erleichterung der Erziehung und für die Benutzung der Landeseinkünfte ausſchließlich für Land und Leute ein.

Ein nordiſcher akademiſcher Klub, der kulturelle Aufgaben verfolgt, iſt in Stockholm begründet worden.

Engliſch-ſchweizeriſche Ausſtellungen. In engliſch-ſchweizeriſchen Kreiſen wird das Projekt erörtert, in London nach dem Kriege eine Ausſtellung ſchweizeriſcher Meiſter und in der Schweiz eine Ausſtellung engliſcher Maler zu veranſtalten.

Neue Ausſiedlung der wolhyniſchen Deutſchen. Wohl kein Volksſtamm dürfte in dieſem Kriege ſo Schweres erduldet haben, wie die einige Hunderttauſend zählenden wolhyniſchen Deutſchen. Im Jahre 1915 wurden ſie beim Herannahen der deutſchen Heere in grauſamſter Weiſe vertrieben, einigen, die Angehörige im ruſſiſchen Heere hatten, gelang es, auf kurze Zeit noch einmal in ihre ſchon ausgeräumten Wohnſtätten zurückzukehren, bis nach einigen Monaten, im Februar 1916, auch der Reſt, Greiſe, Weiber, Kinder, rückſichtslos nach Sibirien getrieben wurden. Tauſende ſtarben an Seuchen und vor Hunger, während ſie von einem Gouvernement ins andere geſchleppt wurden. Nur ein kleiner Teil war von den Deutſchen erlöſt und befindet ſich jetzt durch die Hilfe des Fürſorgevereins für deutſche Rückwanderer vorwiegend in Deutſchland. Nach Ausbruch der Revolution kehrten in den erſten Monaten des Freiheitsrauſches Tauſende aus Orenburg und Aſtrachan uſw., die in Dörfern unter Tataren, Kirgiſen und Koſaken, oder in Konzentrationslagern lebten, auf ihre ehemaligen Heimſtätten zurück. Es kam zu blutigen Schlägereien mit denen, die inzwiſchen ſich dort häuslich niedergelaſſen hatten, zum Teil galiziſchen Flüchtlingen. Jetzt haben dem „Russkoje Slowo" vom 10. Auguſt zufolge die Militärbehörden erneut angeordnet, daß die aus den Grenzkreiſen verſchickt geweſenen und dorthin wieder zurückgekehrten Koloniſten unverzüglich auszuſiedeln ſeien. Die Ausſiedlung hat bereits begonnen. So müſſen ſie zum dritten Male ihrer Väter Erbe verlaſſen. Auch den wolhyniſchen Deutſchen gegenüber iſt man ſo wieder in die Bahnen des zariſtiſchen Rußlands eingelenkt; ein warnendes Beiſpiel für alle Deutſchen in Rußland, die dort noch von einer deutſchen Zukunft träumen, und eine ſcharfe Mahnung an uns Reichsdeutſche, für eine geſicherte Zukunft dieſer Gehetzten, um ihres deutſchen Namens willen Verfolgten, Vorſorge zu treffen. Eine Sicherſtellung nicht nur der wolhyniſchen, ſondern auch der übrigen deutſchen Koloniſten in Rußland, (an der Wolga, in Südrußland und im Kaukaſus) im ganzen etwa 2 Millionen Menſchen, iſt jedoch nur denkbar, wenn neues Siedlungsland gewonnen wird, das von großruſſiſchen Eingriffen frei iſt.

Finniſcher Proteſt gegen Amerikas Neutralenpolitik. „Sedsenska Dagbladet" (Malmö)

Digitized by Google

vom 1. November teilt folgende Äußerung des finnländischen „Hufvudstadsbladet“ mit: „Der von der amerikanischen Regierung gefaßte Beschluß, den von Finnland gekauften und bezahlten Weizen nicht hinauszulassen, ist ein neuer Beweis der rücksichtslosen Politik, die Wilson trotz der großen Deklamationen über Menschlichkeit und die Existenzberechtigung der kleinen Nationen einschlagen zu können glaubt. Schon früher ist mit Recht hervorgehoben worden, daß, wenn auch Englands Auftreten gegen die Neutralen und auch seine Verbündeten sich durch große Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet hat, diese Haltung Englands doch nichts ist im Vergleich zu dem, was Amerika, seitdem die Handhabung der Einkreisungs- und Aushungerungspolitik in seine Hände übergegangen ist, sich gegen Staaten herausnehmen zu können glaubt, mit denen es doch offiziell freundschaftliche Verbindungen aufrechterhält. Diese Politik, deren Wirkungslosigkeit gegen die Mittelmächte täglich deutlicher wird, schadet in hohem Grade den Lebensinteressen der neutralen und freundschaftlichen Staaten und erzeugt notwendigerweise eine feindliche Stimmung gegen den Verband, die sich schon bei Gelegenheit fühlbar machen wird. Jede solche Maßnahme muß unbedingt eine Steigerung der Sympathie für die Mittelmächte mit sich führen.

Für Finnland ist die amerikanische Maßnahme ein harter Schlag. Was besonders die Gefahr einer deutschen Besetzung betrifft, so wird Amerikas Vorgehen die Folge haben, daß man sich in Finnland eher nach dieser Besetzung sehnt, als sie fürchtet, da man weiß, daß Deutschland stets dafür gesorgt hat, daß die von ihm besetzten Gebiete keinen Mangel an Lebensmitteln leiden.“

Neuerscheinungen

Neuorientierung der Universitäten

Die Geschichtswissenschaft ist von der Methode und der Person Lamprechts abgerückt. Wenn man das noch nicht früher gewußt hätte, müßte man es jetzt aus dem Vorwort folgern, mit dem sein Schüler Dr. Arthur Köhler die Rektoratserinnerungen Lamprechts[1] einleitet. Dieses Vorwort ist eine einzige Entschuldigung. Der Auftrag sei „der letzte Wille Lamprechts, ein teures Vermächtnis und eine unabweisbare Pflicht vollempfundener Pietät“. Von dieser Pflicht habe ihn auch nicht die Rücksicht auf seine amtliche Stelle an der Universität entbinden können und dürfen. Lamprechts „zweifellos teilweise subjektiven Gedanken über Erlebtes (nicht einmal das Erlebnis soll der Gelehrte subjektiv wiedergeben dürfen, und schon daß er sie „teilweise subjektiv“ dargestellt, darf man wagen, einem Gelehrten zum Vorwurf zu machen!), seine Eindrücke und Empfindungen aus dem Rektoratsjahr sollen möglichst in voller Reinheit zur Darstellung kommen, mögen sie gleich diesem oder jenem nicht willkommen sein.“ Solche Erklärungen passen nicht in das Gebiet der Wissenschaft, deren Wesen Objektivität, also Sachlichkeit sein soll. Sie zeigen wieder, wie es um die Sachlichkeit als wissenschaftliches Prinzip innerhalb der Kreise bestellt ist, die ihr in ihrer Arbeit dienen sollen. Denn nicht den jüngeren Dozenten trifft die Schuld, wenn er am Ende des Vorworts seine vielen Entschuldigungen mit dem Urteil über Lamprecht krönt, das selbst nur eine große Entschuldigung ist: „Das Buch möge dem Andenken des großen Historikers dienen, dessen Genialität auch aus diesen persönlichen Dokumenten herausleuchtet“; sondern die einflußreichen Kreise, bei denen anzustoßen der jüngere Dozent befürchten muß.

Würden sich die Erinnerungen Lamprechts in den Skizzen der Feierlichkeiten, Feste, Zeremonien und Würden erschöpfen, die ihm während des Rektorats oblagen, hätte es solcher

[1] Erschienen bei F. A. Perthes, A.-G., Gotha.

Digitized by Google

Einschränkungen seines Herausgebers nicht bedurft. Es wäre ein hübsches frisches Erinnerungsbuch herausgekommen, das gezeigt hätte, daß auch der älter gewordene Historiker mit jugendlicher Empfänglichkeit Menschen und Erlebnissen begegnete. Weil aber Lamprecht auch als Rektor seinen wissenschaftlichen Neigungen nicht abschwören konnte, steht neben solchen persönlichen Erinnerungsbildern eine Reihe kühner Entwürfe zur Reform des Universitätsbetriebes und der versteckten und offenen Kämpfe, die sie ihm eintrugen. Lamprechts Pläne gingen auf die Umgestaltung des reinen Dozentenbetriebs an den Universitäten, auf eine persönliche Fühlung zwischen Lehrenden und Lernenden. Als einem frischen aktiven Menschen genügte ihm die unpersönliche Vorlesung nicht. Es drängte ihn, die strenge Scheidewand niedergelegt zu sehen, die gemeinhin den Studenten vom Lehrer trennt. Als Ideal schwebte ihm die Arbeitsweise von Laboratorien der modernsten Disziplinen, der Chemie und der technischen Wissenschaften, vor, weil da im Wechselspiel zwischen Lehrern und Schülern die Kräfte hüben und drüben freier und fruchtbarer sich entfalten. Lamprecht sagt darüber in seinen Erinnerungen: „Die Übung, bis dahin als Lehrform intimster Art aufgefaßt, wurde von einer Masse von Menschen überschwemmt, von denen viele nur Staatsexamensinteressen verfolgten. Aber wenn man nun diese abzog, so blieben immer noch Mengen von Studenten übrig, die wahrhaft hungrig waren nach wissenschaftlicher Betätigung und doch nur dann zu ihr gelangen konnten, wenn man die bisherige Praxis eines verhältnismäßig geringen Mitgliederkreises aufgab. Nun haben einzelne Universitäten oder wenigstens einzelne Disziplinen einzelner Universitäten die alte Praxis trotz alledem mehr oder minder beibehalten. Die Folge davon war, daß die Mehrzahl der Studierenden sozusagen wild aufwuchs ohne einen Unterricht in der zeitgemäßen Höhe, den ihnen die Universität eingestandenermaßen zukommen lassen konnte. Es war dies natürlich ein grober Mißbrauch, der mehr als alles andere auf die Notwendigkeit der Umbildung der Universität hinwies. Wo aber die Masse der Studenten zugelassen wurde, da schwollen natürlich die Übungen derart an, daß der mit ihnen verbundene Zweck kaum noch oder überhaupt nicht mehr erreicht werden konnte. Es war also klar, und die einfache Ehrlichkeit der Fortentwicklung gebot es: hier mußte die Zahl der Übungen vergrößert werden. Wenn man aber vergrößerte, konnte man da nicht zugleich staffeln? Und schloß dann diese Staffelung nicht erst die Organisation in sich ein, die nötig war, um den Studenten „systematisch" und nicht, wie bisher dem Zufall bei der Wahl preisgegeben, in richtiger Stufenfolge in die einzelnen Teile des ungeheuer angewachsenen Wissenschaftsstoffes einzuführen? So entwickelte sich zunächst aus dem treibenden Motiv der Frequenz heraus der Gedanke, aus dem einfachen Seminar ein Institut mit einer ganzen Anzahl von Übungen, von einem Dutzend oder vielleicht noch mehr bis zu zwei Dutzend herzustellen und diese Übungen so gegeneinander zu staffeln, daß ein gleichmäßiger Fortschritt der historischen Übungen erreicht werden konnte. Natürlich trat damit das Institut noch ganz anders wie bisher an die Stellung der Vorlesung, entwickelte aber auch zu gleicher Zeit einen Charakter, der eine um vieles vertiefte wissenschaftliche Bildung gewährleistete." Diese Forderungen klingen und sind natürlich. Man denke nur an die amerikanischen Universitäten, die den deutschen im Lehrbetrieb zweifellos überlegen sind. Professor Dr. Albrecht Penck hat in einem Bändchen Erinnerungen aus der Austauschprofessur sehr freimütig darüber gesprochen: „Bei uns steht der Hochschulbetrieb auf dem Boden der Lehre, in Amerika im Zeichen der Erziehung. Erziehung ist ein Schlagwort, das drüben in zahlreichen Gesprächen unendlich oft gebraucht wird. Man erörtert, wie man den besten Bürger des Staates erzieht, wie man am besten Gelehrte erzieht, wie man erzieht zu wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Professor steht nicht wie bei uns dem Studenten als Meister gegenüber, sondern als wissenschaftlicher Erzieher zur Seite. Viel vertraulicher ist der Umgang zwischen Professor und Studierenden als bei uns. Das wird schon wesentlich dadurch erleichtert,

Digitized by Google

daß die Anrede „Herr“ entfällt, sobald man den Titel Professor gebraucht. Man wird im Laboratorium begrüßt mit den Worten: „Wie geht's, Professor?“ — Das klingt viel herzlicher als das steife „Guten Morgen, Herr Geheimrat!“ Aber nicht bloß in der Form, auch in Wirklichkeit ist das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten in Amerika vertraulicher als bei uns. Viel mehr als bei uns wird der Unterricht in das Laboratorium verlegt. Schon für das ganz junge Semester gibt es praktische Übungen. Hier kommen sie in persönliche Berührung mit den Professoren oder wenigstens den Assistenten, die mehr, als es unsere Universitätsverfassung zuläßt, zum Unterrichte herangezogen werden. Weniger scharf als bei uns ist die Grenze zwischen Lernendem und Lehrendem, und zwar am wenigsten scharf an den großen Universitäten, wo dem leitenden Professor zahlreiche Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die zwischen ihm und den Studierenden eine Brücke schlagen. Neben dem Ordinarius, dem Seniorprofessor, gibt es ein oder zwei Juniorprofessoren, die ihm untergeordnet und nicht nebengeordnet sind wie bei uns der Extraordinarius. Dann gibt es Instruktoren und Assistenten, ja, vielfach beteiligen sich schon ältere Studierende beim Unterrichte der jüngeren. So kommt der Student viel mehr als bei uns mit Lehrenden zusammen, die wenig älter sind als er, und fühlt weniger den Abstand vom Lehrer als bei uns. Das ist von großem Werte; denn kein Lehrender darf aufhören zu lernen, und die beste Übung des Lernens ist das Lehren. Aber es hat den Nachteil, daß der Student aus dem Gängelband des Lehrers oft nicht herauskommt und nicht lernt, ohne Assistenz zu arbeiten. Nicht nur die regelmäßigen Lehrer einer bestimmten Universität wirken auf den Studierenden; überall bemüht man sich, dessen Interesse möglichst allseitig zu erwecken und die wenig entwickelte Freizügigkeit zu ersetzen dadurch, daß man fremde Gelehrte zum Worte kommen läßt.“ Man höre zum Vergleich mit diesen Feststellungen nur ein paar Sätze aus dem Buch von Lamprecht: „Indem die Übungen so gestaffelt wurden, war zu gleicher Zeit auch die Kluft zwischen der Universität als Staatsanstalt und der als Bildungsinstitut überbrückt. Sehr leicht war in einem derart organisierten Institut eine Einrichtung zu treffen, wonach der Kreis der ersten, mehr elementaren Übungen denjenigen Anforderungen entsprach, die man etwa für die Erreichung eines wissenschaftlichen Lehrerzeugnisses zweiter Stufe aufstellen muß; und nicht minder ließen sich die höheren Übungen so ausgestalten, daß ihr ganzer oder teilweiser Besuch die Erreichung der Ziele gewährleistete, welche in den Staatsprüfungsordnungen für ein Oberlehrerzeugnis (ein Zeugnis ersten Grades) aufgestellt sind.“ Man erkennt dann, daß Lamprechts Bemühen dahin zielte, die Universitäten aus Lehranstalten zu Bildungsanstalten zu machen. Lamprecht hat in seinem Institut für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig seine Gedanken zu verwirklichen Gelegenheit gehabt. Aber zwischen und in den Zeilen seiner Rektoratserinnerungen steht deutlich genug zu lesen, wieviel Widerstand und Mißverständnissen er bei seinen Fachgenossen ausgesetzt war. Er war es bis auf Kleinigkeiten hinunter. So wenn er eine akademische Auskunftsstelle errichten wollte, bei der die Studierenden sich Rats holen sollten. Von den großen Gesichtspunkten gar nicht zu reden, wie dem, den „recht eng gewordenen geistigen Horizont zu befreien und einem höheren Horizont zuzuführen“ oder an den deutschen Universitäten „den internationalen und universellen Zug zu stärken. Die Möglichkeiten hierzu“, resigniert Lamprecht, „seien nicht eben stark vertreten“.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 30. November 1917 • Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Zur neuen Reichstagstagung

Von Friedrich Thimme

Als der Reichstag am 11. Oktober nach höchst unerfreulichen und unerquicklichen Debatten auseinanderging, herrschte eine schwüle Konflikts- und Krisenstimmung. Jetzt, wo er am 29. November wieder zusammentritt, hat sich das damals drohende Gewitter längst entladen. Der Reichskanzler Dr. Michaelis und der Vizekanzler Dr. Helfferich, die beide, der eine durch sein taktisches und rednerisches Ungeschick, der andere durch sein brüskes Auftreten, im Reichstage unmöglich geworden waren, sind beseitigt. An ihre Stelle sind in Graf Hertling, dem früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, und Herrn von Payer, dem Führer der freisinnigen Volkspartei, zwei unserer erfahrensten Parlamentarier an die Spitze der Reichsgeschäfte getreten. Ein anderer, nicht minder gewiegter Parteiführer, Geheimrat Dr. Friedberg, der Vorsitzende des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei und Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, hat die Vizepräsidentschaft des preußischen Staatsministeriums übernommen. Die leitenden Stellen im Reiche wie im Staate Preußen sind sonach mit den ausgesprochenen Vertrauensmännern des Zentrums, der nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei besetzt worden. Auch der sozialdemokratischen Partei war ein Regierungssitz zugedacht worden, der aber von ihr aus der Besorgnis heraus, daß ihres Bleibens in der Regierung doch nicht sein werde, nicht angenommen wurde. Immerhin hat die Sozialdemokratie, da sie ihren moralischen Anspruch auf einen Regierungssitz nicht aufgegeben, sondern auf die freisinnige Volkspartei übertragen und ausdrücklich Herrn von Payer als ihren Vertrauensmann anerkannt hat, als indirekt an der Regierung beteiligt und für die Regierung mitverantwortlich zu gelten. Hinter der Regierung Graf Hertling—von Payer—Friedberg stehen also vier große Parteien des Reichstages mit rund 270 Mitgliedern, einer starken Mehrheit. Die vier Regierungsparteien, wie man sie wohl nennen darf, haben sich auch mit dem leitenden Staatsmann noch vor seiner Ernennung über ein gemeinsames außen- und innerpolitisches Arbeitsprogramm ge-

Digitized by Google

einigt. Danach wird in der auswärtigen Politik auch hinfort die deutsche Antwortnote an den Papst die Richtschnur bleiben. In der inneren Politik ist die loyale und rasche Durchführung der preußischen Wahlrechtsreform nach den kaiserlichen Manifesten, die Aufhebung der politischen Zensur, die schärfere Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilgewalt, die Schaffung von Arbeitskammern und der freiheitliche Ausbau des Koalitionsrechts (Fortfall von § 153 der Gewerbeordnung) zur Grundlage genommen worden.

Der tiefere Sinn dieses Aktionsprogrammes liegt darin, daß die Mehrheitsparteien, einschließlich der nationalliberalen Partei, mit der Regierung darüber schlüssig geworden sind, unter Zurückstellung anderer Fragen den Burgfrieden von neuem aufzurichten und bis zum Schlusse des Krieges aufrecht zu erhalten. Es wird den Parteien der Linken gewiß nicht leicht geworden sein, auf weitergehende Wünsche und Forderungen im Sinne der Beschlüsse des Verfassungsausschusses des Reichstags zu verzichten. Aber ohne eine solche Entsagung wäre eine Einigung mit Graf Hertling auf der einen Seite, der sich insbesondere auf die Aufhebung des vielgenannten neunten Paragraphen der Reichsverfassung nicht einlassen wollte, mit der nationalliberalen Partei auf der anderen Seite, nicht zu erreichen gewesen. Daß die nationalliberale Partei sich an den Abmachungen der Mehrheitsparteien und damit an dem Regierungsblock beteiligt hat, ist von der größten Bedeutung für die Beschwichtigung der Bedenken, die sich unwillkürlich in einem Teil der protestantischen Bevölkerung gegen einen Zentrumskanzler erhoben hatten, für die Tragfähigkeit und die Dauer der neuen Regierung überhaupt, nicht zuletzt für die Verankerung des neuen Burgfriedens im Volke. Mit voller Zuversicht wird man jetzt, wo eine so starke Majorität hinter der Regierung steht, auf die rasche und glückliche Durchführung des gemeinsamen Aktionsprogramms rechnen dürfen. Das gilt selbst von den jetzt endlich herausgekommenen Vorlagen zur Reform des preußischen Landtages, wenngleich es noch keineswegs feststeht, ob die große Majorität der nationalliberalen Landtagsfraktion ihrem nun auf die Durchführung des gleichen Wahlrechts verpflichteten Führer Friedberg folgen wird. Mag es hierüber auch noch zu Schwierigkeiten und Kämpfen kommen, mögen auch im Schoße der Reichstagsmehrheit selbst manche Keime des Zwiespalts liegen — man denke nur an die verschiedene Auffassung der Friedensfragen in der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei —, im ganzen ist doch durch die enge Fühlung zwischen der Regierung und einer großen Mehrheit des Reichstags, die sich aus der letzten Krise heraus ergeben hat, die größtmögliche Gewähr gegen ihre Wiederkehr gegeben worden.

So tritt der Reichstag am 29. November unter unvergleichlich viel günstigeren Aussichten als bei seiner letzten Tagung zusammen. An der Spitze der Reichsleitung treten dem Reichstag anstatt parlamentarisch ganz ungeschulter, durch ihr taktisches Ungeschick immer wieder von neuem Anstoß erregender Bureaukraten gewiegte Parla-

Digitized by Google

mentarier und Parteiführer von großer diplomatischer Gewandtheit gegenüber, die sich sicherlich als Meister in der Behandlung der Parlamente erweisen werden. Durch die Vereinbarung des gemeinsamen Aktionsprogramms, durch die Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Anschauungen und Wünsche innerhalb der verbündeten Parteien ist von vornherein ein großes Maß von Konfliktsstoffen ausgeschaltet worden. Es verlautet, daß die Mehrheitsparteien überhaupt die Reden nach Möglichkeit auf kurze Erklärungen beschränken und die Arbeiten rasch abwickeln wollen. Nichts Besseres könnte geschehen, um dem Reichstag das Ansehen, von dem er nicht zuletzt durch die oft ganz unfruchtbaren Debatten und die in ihrem Gefolge auftretenden, immer wiederkehrenden Krisen in der Tat viel eingebüßt hatte, zurückzugewinnen. Man weiß, wie sehr in den letzten Zeiten das Argument gegen den Reichstag und insbesondere gegen die Linksparteien ausgespielt worden ist, daß sie gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele stehe, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen suchten. Indem die Mehrheitsparteien jetzt freiwillig im Einverständnis mit der Regierung sich auf ein Mindestprogramm festgelegt haben, das im Reiche bis zum Kriegsschluß im wesentlichen bloß sozialpolitische Reformen vorsieht, haben sie ihren Gegnern diese Waffe aus der Hand geschlagen. Man darf es hoffen, daß die Mehrheitsparteien in der beginnenden Reichstagstagung es sich stets vor Augen halten werden, von wie großer und fundamentaler Bedeutung der Ausfall dieser Tagung für den Reichstag selbst sein wird. Es ist doch nicht an dem, daß durch die Berufung von Parlamentariern an die Spitze der Reichs- und Staatsregierung das Regierungssystem bereits im Sinne des Parlamentarismus abgeändert wäre. Verfassungsrechtlich ist alles beim alten geblieben; die Krone ist mit dem einmaligen Betreten des neuen Weges, ihre Ratgeber im Einverständnis mit der Volksvertretung zu erwählen, noch keineswegs gebunden, bei späteren Gelegenheiten denselben Weg von neuem einzuschlagen und auf ihm fortzuschreiten. Sie wird es aber sicherlich tun, wenn die Erfahrung zeigt, daß es der rechte Weg ist, und daß er zu ersprießlichen Resultaten führt.

Man darf es geradezu heraussagen: das Maß des künftigen Einflusses des Reichstags wird ganz wesentlich von dem Maße abhängen, in dem sich die jetzige Vereinbarung zwischen der Regierung und den vier Mehrheitsparteien untereinander bewährt. Wird der geschlossene Burgfriede trotz aller in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten, trotz aller Versuche der von der Mehrheitsbildung ausgeschlossen gebliebenen Parteien, ihn zu untergraben, aufrecht erhalten, erweist sich die jetzt geschaffene Mehrheit als eine dauernde und konsistente, zunächst bis zum Schluß des Weltkrieges, bleiben uns bis dahin alle weiteren inneren Krisen erspart, so ist gar nicht daran zu zweifeln, daß wir auf dem eingeschlagenen Pfade zu dem deutschen Volksstaate, beruhend auf der Einheit zwischen Krone, Parlament und Volk, kommen werden, der unser aller Sehnsucht und Ideal ist.

Digitized by Google

Es ist aber nicht bloß eine Frage unserer innerpolitischen Zukunft, ob der gegenwärtige Reichstag alle weiteren Krisen von sich und der Regierung fernzuhalten weiß, es ist auch eine Frage unserer Existenz schlechthin. Mehr wie je ist offenbar geworden daß unser Durchhalten im Weltkriege, unser Sieg abhängig ist von den seelischen Kräften unserer äußeren und inneren Front. Durch nichts vielleicht aber sind diese seelischen Kräfte so sehr beeinträchtigt worden, wie durch den steten inneren Hader und die Krisen daheim. Es ist gar nicht zu sagen, wie viel an Freude, an Vertrauen, an Hoffnung unserem kämpfenden und leidenden Volke durch den unseligen inneren Unfrieden geraubt ist. Tausendfältig kamen und kommen die Stimmen von der Front, die uns mahnen und beschwören: seht ihr denn gar nicht, wie sehr die Nachrichten von der Zerrissenheit und dem Hader zu Hause, der gerade in den Parteien und den Parlamenten so kraß zutage trat, uns quälen und niederschlagen? Der Deutsche Reichstag kann nicht von der Schuld freigesprochen werden, daß er ein nur zu günstiger und fruchtbarer Nährboden für diesen inneren Zank und Streit gewesen ist. Wir wollen nicht die leidige Schuldfrage aufwerfen, wer mehr dazu beigetragen hat, die Links- oder die Rechtsparteien mit Einschluß der Vaterlandspartei oder auch die Regierung. Es wird hier der Spruch der Bibel gelten: „Wir sind allzumal Sünder." Aber jetzt, wo das verheißungsvolle Einvernehmen zwischen der Krone, der Regierung und dem weitaus größten Teil des Reichstages hergestellt ist, muß dieses Einvernehmen durchaus festgehalten, muß jede fernere Krise unter allen Umständen vermieden werden, muß die Einheit und Geschlossenheit der inneren Front der erste und höchste Gesichtspunkt sein. Das gilt vor allem von den Mehrheitsparteien als den beati possidentes[1]. Wer von ihnen den Burgfrieden brechen würde, indem er mit Wünschen und Forderungen kommt, die durch das vereinbarte Aktionsprogramm ausgeschaltet sind, wer die Rücksichtnahme auf die verbündeten Parteien außer Acht läßt, der macht sich der schwersten Verantwortung schuldig.

Selbstverständlich würden auch die nicht in die Mehrheitsbildung einbegriffenen Parteien der Sünde am Vaterlande schuldig werden, wenn sie ihrerseits das Einvernehmen der Mehrheitsparteien untereinander und mit der Regierung zu stören unternähmen. Man wird es nachsichtig beurteilen, wenn sie sich so rasch nicht in die neugeschaffene Situation zu finden vermögen und gegen die Krone, gegen die Regierung und vor allem auch gegen die nationalliberale Partei noch immer Sturm laufen. Den Mehrheitsparteien darf geraten werden, solch Toben, das doch nur dem Wetterleuchten nach dem abziehenden Gewitter gleicht, nicht tragisch zu nehmen und sich möglichst wenig darum zu kümmern; sie sind ja die beati possidentes[1], und es liegt nur bei ihnen, es zu bleiben. Wenn erst die rechtsstehenden Parteien sehen, daß die Mehrheitsparteien gar nicht daran denken, über das vereinbarte Mindestprogramm hinaus eine radikale Parlamentarisierung und Demokratisierung durchzuführen, und

[1] den im Besitz (der Macht) Glücklichen.

Digitized by Google

wenn sie begreifen, daß ihr Widerstand gegen die festgefügte Phalanx der Krone, der Regierung und der großen Mehrheit der Volksvertretung machtlos bleibt, so werden sie schon in sich gehen. Sie können ja gar nicht anders, wenn es ihnen, wie sie sagen, in erster Linie um den Sieg zu tun ist; denn der Sieg hängt an der Nervenkraft unseres Volkes, und diese verträgt gewiß keine weiteren inneren Krisen und Erschütterungen mehr.

Unsere Mehrheitsparteien mögen es sich in jedem Falle gesagt sein lassen, daß jetzt nicht die Zeit zu müßigen Auseinandersetzungen, sondern zum Handeln innerhalb der selbstgezogenen Schranken ist. Je eher sie die mit der Regierung vereinbarten Reformen zu einem guten Ende führen, je mehr sie überhaupt rasche und zweckmäßige Arbeit leisten, um so mehr werden sie sich und dem Vaterlande nützen. Man sagt, ein jeder sei seines Glückes Schmied. Die Mehrheitsparteien haben es in der Hand, nicht nur sich selbst in dem Vertrauen ihrer Wähler zu befestigen, nicht nur dem Reichstage all das Ansehen zurückzugewinnen, das er angeblich schon ganz durch die wiederholten Krisen und durch das Drängen auf Verfassungsreformen verloren hätte, sondern es auch dahin zu bringen, daß das Volk aus den kommenden Verhandlungen des Reichstags neuen Mut, neue Kraft zur Ausdauer, neue Hoffnung auf ein sieghaftes Ende des Weltkriegs schöpft. In diesem Sinne rufen wir dem Reichstage ein mahnendes Glückauf zu!

den 25. November 1917

Kriegs- und Friedenswende?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Nachrichten, daß die russische Maximalistenregierung und die mit ihr zusammengehenden Elemente ernsthaft bereit sind, Frieden mit den Mittelmächten zu schließen, verdichten sich in der Ententepresse und in den neutralen Blättern zusehends. Daß bei uns keine amtlichen oder halbamtlichen Stimmen die Verhandlungen bestätigen, ist weder ein Beweis für, noch einer gegen die Tatsächlichkeit derartiger russischer Anregungen und ihrer Aufnahme bei den Mittelmächten. Wenn überhaupt eine beiderseitige Fühlungnahme stattfindet, so würde sie vorläufig doch nicht offizielle Wege gehen, sondern nur durch gewisse parteipolitische Kanäle. Bevor man der grundsätzlichen Frage nähertritt, ob ein Friedensschluß mit den maximalistischen Machthabern erwägenswert ist oder nicht, muß natürlich Klarheit darüber bestehen, ob die Maximalisten imstande sind, sich so lange im Besitz der obersten Gewalt zu halten, bis ihre Vertreter mindestens den Vertrag unterzeichnet und die Demobilisierung der Armee durchgeführt haben. Solange das nicht feststeht, hat es eigentlich kaum Zweck, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen der Friedensschluß mit Rußland möglich wäre. Vom Standpunkt der reinen Nützlichkeit aus wäre es für uns und unsre Verbündeten das beste, das russische Chaos auch weiterhin sich selbst zu über-

Digitized by Google

lassen. Wir haben oft betont, daß die Auflösung Rußlands das wirksamste, ja das allein durchgreifend wirksame Mittel zur Bewahrung Deutschlands und Europas vor dem Wachstum der russischen Gefahr ist. Wollten aber die Maximalisten wirklich selbst einen Frieden schließen, in dem die Selbständigkeit des zweiten und dritten Rußland — der Ukraine und der Westgebiete — gegenüber dem ersten, dem moskowitischen Rußland, nicht nur in Worten, sondern in Wahrheit anerkannt wird, so wäre das ja etwas anderes. Einstweilen haben aber neben Lenin und Trotzky auch noch der Kosakengeneral Kaledin samt den Politikern und Heerführern das Wort, die den Krieg an der Seite der Entente fortsetzen und auf jeden Fall die „Einheit Rußlands", d. h. die Herrschaft der Moskowiter über die Ukrainer und die Fremdvölker, bewahren wollen. Man kann sagen, daß hierin alles in Rußland einig ist, außer natürlich den Maximalisten und, ebenso natürlich, den Fremdvölkern. Aus Sorge um den maximalistischen Verzicht rufen diese Kräfte die Entente, die selber, weil Rußland aus dem Kriege ausscheidet, in den Grundfesten kracht, um ihre Hilfe an und halten z. B. Frankreich verzweifelt und beschwörend vor, was aus ihm werden würde, wenn Rußland eines Tages nicht mehr an Deutschland grenze. Am 11. Oktober dieses Jahres schrieb Professor Tarlo im „Djen" (Nr. 166) aus Anlaß der Anweisungen, die Skobelew wegen Kurland und Litauen unter der Formel: Anerkennung vollen Selbstbestimmungsrechts, in verzichtfreundlichem Sinne für die Pariser Konferenz bekam:

Für Rußland ist jedenfalls diese „volle Selbstbestimmung" mit dem völligem Verlust Kurlands und Litauens gleichbedeutend. Aber nehmen wir an, daß die Regierung der russischen Republik Kurland und Litauen aufgeben, und daß es Skobelew auf der Reise zur Konferenz gelingen wird, seine Begleiter von der Zweckmäßigkeit der Losreißung dieser beiden großen Gebiete von Rußland zu überzeugen. Allein wie wird sich dazu eine andere Republik, und zwar die französische, stellen? Denn wir dürfen nicht vergessen, daß Frankreich seine eigene Sache für verloren und hoffnungslos verspielt, seine nationale Sicherheit für ernstlich kompromittiert halten wird, falls der Krieg einigermaßen erheblich die politische Macht und die Zukunft Rußlands untergraben, namentlich aber, falls Deutschland sich vor Rußland durch eine Reihe von Staaten decken wird, die für das Deutsche Reich nicht so sehr Pufferstaaten, die die Verteidigung sichern, als Ausfallstore sein und neue Angriffe und Aufmärsche erleichtern werden. Wenn Kurland und Litauen in den Grenzen der russischen Republik verbleiben, so wird Rußland nicht aus der Reihe der Mächte entfernt, mit denen Deutschland zu rechnen haben wird. Falls aber die „vollständige Selbstbestimmung" zum Verlust dieser Gebiete führen sollte, so würde man über Rußland als eine Macht, der eine Stimme in europäischen Angelegenheiten zukommt, ein Kreuz stellen müssen. Über uns sind jetzt derartige Katastrophen hereingebrochen, daß das unmittelbare Bewußtsein uns bedrohender weiterer Prüfungen sich bereits abgestumpft hat. Der Verlust Kurlands und Litauens erscheint den Verfassern der Instruktion und vielleicht Skobelew selbst offenbar nicht als die schwerste Katastrophe, aber für die Franzosen bedeutet dies: den einzigen Bundesgenossen auf dem Kontinent durch einen Streifen selbständiger Staaten von Europa getrennt zu sehen und an seinem völligen Zusammenbruche beteiligt zu sein.

Hier wird also vorausgesetzt, daß Polen sowieso als selbständiger Staat, nicht als ein zur Verfügung Rußlands stehendes politisches Schattengebilde, aus dem Kriege

Digitized by Google

hervorgeht. In dem Falle würde Rußland, falls Litauen und Kurland wieder russisch werden, noch mit einer schmalen Gebietsstrecke an Deutschland grenzen. Denken aber die Maximalisten ernstlich an Frieden, so müssen sie nicht nur auf Kurland und Litauen samt Riga und den baltischen Inseln, die ja schon verloren sind, als auf großrussische Untertanenländer verzichten, sondern sie müssen auch Finnland, Estland und Livland, vor allen Dingen das estnische Gebiet vom Finnischen Meerbusen bis über die livländische Mitte hinaus, das nichts von dem Fortdauer russischer Herrschaft wissen will, freigeben. Russisches, d. h. moskowitisches Land, liegt nur ganz am Ostende des finnländischen Busens, wo um Petersburg die ursprünglich den Finnen und Esten verwandte Bevölkerung durch eine russische ersetzt ist. Ein Verzicht der Maximalisten auf die weitere Beherrschung des nichtrussischen, von 1721 bis 1815 von Rußland unterworfenen Westgebiets, das sich von der finnischen Eismeerküste bis zur Weichselquelle ausdehnt, würde die dauernde Freiheit der Ukraine und wahrscheinlich auch die Autonomie der Kaukasusvölker zur natürlichen Folge haben. Wir können nur wiederholen, daß es jetzt die höchste Zeit ist, das Programm von der Selbstbestimmung der Völker und der Freiheit der kleinen Nationen dem moskowitischen Rußland gegenüber offen aufzustellen. Nehmen die Bolschewiki es an und schließen daraufhin wirklich Frieden, dann gut, immer vorausgesetzt, daß nicht morgen Kaledin, Kerenski, Nikolai Nikolajewitsch oder irgendein bisheriger Höchstkommandierender in Petersburg einzieht, der sich weigert, nach den Anweisungen der Maximalistenregierung den Waffenstillstand an der Front einzuleiten. Stürzen aber die Bolschewiki, so ist das erst recht kein Grund, die Verkündung des Programms der Selbständigkeit der Fremdvölker gegenüber Moskau hintanzuhalten. Hiermit darf schon deshalb jetzt keine Zeit mehr verloren werden, weil wir es sonst erleben, daß die Engländer diese Waffe erst in der Türkei gebrauchen, und sie uns dann in Rußland aus der Hand nehmen.

Die Fortschritte in Mesopotamien und Palästina werden von der englischen Politik konsequent unter dem Schema: Befreiung der dortigen nichttürkischen Völker von der Herrschaft der Türken behandelt. England stellt nicht etwa das Kriegsziel der Einverleibung von Bagdad, Jerusalem, Damaskus usw. in das englische Reich auf, sondern es sagt: diese arabische Bevölkerung und das zu schaffende autonome jüdische Gemeinwesen im Heiligen Lande dürfen nicht wieder den Türken ausgeliefert werden! Mit diesem Satz arbeiten die Engländer unermüdlich unter den dortigen Einwohnern, und sie werden, wenn die Dinge soweit sind, eine Wolke von Zeugen dafür herbeischaffen, daß diese Menschen auf keinen Fall wieder türkisch werden wollen. So macht man Politik im Kriege, wenn man sein Handwerk versteht. Nicht lange, und wir werden es erleben, daß, so wie es den Polen schon geschah und wie es den Finnländern durch den Vorschlag der schwedischen Besetzung Finnlands jetzt geschieht, auch den Ukrainern, Armeniern und Georgiern, den Esten und Letten ihre Befreiung von der Moskowiterherrschaft unter englischer Garantie statt unter der der Mittelmächte an-

Digitized by Google

geboten wird. Die Entente und Amerika lassen Rußland fallen und in Grund und Boden sinken, sobald keine Aussicht auf die Niederwerfung der Bolschewiki und die Rückkehr der Kriegspartei ans Ruder mehr ist. Dort auf der Gegenseite hat man aber auch ein feines praktisches Gefühl dafür, was politisch wertvolle und zukunftsreiche Kräfte sind. Das sind in Rußland die nichtmoskowitischen Völker, und darum wird die Ententepolitik sich alle Mühe geben, in nähere und nähere Fühlung mit diesen zu kommen, sobald die Würfel über das Schicksal Rußlands im ganzen gefallen sind.

So oder so — es wird offenbar bei der Richtigkeit des englischen Standpunktes sein Bewenden haben, wie er schon im Sommer 1915 im ersten Schreck über die schweren russischen Niederlagen und in besserer Kenntnis der damaligen russischen Notlage, als wir sie besaßen, geäußert wurde: ist Rußland erledigt, so ist der Krieg für die Entente nicht mehr zu gewinnen. Mit Rücksicht auf den italienischen Zusammenbruch ist er auch dann nicht mehr gewinnbar, wenn Amerika als Ersatz eintritt. Amerikas Mitwirkung am Kriege hat für England außerdem, wie früher schon bemerkt, die Gefahr, daß je länger der Krieg dauert, ein Sieg, wenn er wirklich zu erlangen sein sollte, nicht mehr Englands, sondern Amerikas Sieg wird. Das alles ist die Folge der Ereignisse in Rußland. Sie sind und bleiben das Größte, was unsere Waffen bisher geleistet haben und leisten werden. Hier ist diejenige überwältigende neue Tatsache geschaffen, deren es bedurfte, wenn der stockend gewordene Gang des Krieges eine Wendung erfahren sollte. Rußlands tatsächliches Ausscheiden (hätte uns doch ein guter Geist vor den Fehlern bewahrt, die verursachten, daß es nicht schon viel früher geschah!) ist von solcher Bedeutung, daß selbst ohne nähere Untersuchung der Einzelheiten gesagt werden kann: Ein Unternehmen, das auf Mitwirkung Rußlands bis zu Ende gebaut war, kann überhaupt nicht zu dem gedachten Ziele kommen, und fortgeführt werden, sobald Rußland versagt. Die Kriegs- und Friedenswende liegt ohne Frage in den — erst zum Teil erkennbaren Folgen, die sich von hier aus ergeben müssen.

Natürlich wird man versuchen, es Rußland entgelten zu lassen, was durch die Revolution an den Kriegszielen der Entente angerichtet ist. Wirklich beikommen kann Rußland aber nur eine Ententemacht: Japan. Überdies hält jede russische Regierung gegen die anderen Ententegenossen eine höchst wirksame Waffe in der Hand: den Staatsbankerott. Die Maximalisten werden sich kaum besonders scheuen, sie anzuwenden. Nur Japan braucht auch davor keine Angst zu haben — für seine Lieferungen an Rußland hat es sich gedeckt. Japan kann auf Kosten Rußlands sein Interessengebiet abrunden und im übrigen den gleichmütigen Zuschauer der Ereignisse spielen — kühl bis ans Herz hinan auch gegen die Entente. Dafür scheint uns ein Aufsatz in der offiziösen „Japan Times" so charakteristisch und überzeugend zu sein, daß wir ihn vollständig mitteilen möchten. Er ist ein Zeichen dafür, wie man sich drüben in Japan auf „Kriegs- und Friedenswende" einrichtet.

Digitized by Google

„Japan Times", Wochenausgabe vom 14. Juli 1917: „Mr. Adachis Artiele."

Das japanische Volk im allgemeinen und die japanische Armee und Marine im besonderen sind einer ganz ungeheuren Summe eines an Torheit grenzenden Heroismus fähig, zumal wenn sie es sich in den Kopf gesetzt haben, daß die nationale Ehre auf dem Spiel steht oder daß jemand in einer verzweifelten Notlage von ihnen Hilfe erwartet, besonders wenn dieser Jemand ein Verbündeter ist.

Aber der Gedanke, daß Japan seine Armee nach Europa in den Kampf entsenden könnte, erscheint bei einigermaßen kaltblütiger Betrachtung als ein ganz ungeheuerlicher Blödsinn, ja als ein geradezu selbstmörderischer Akt von Verrücktheit.

Wollte Japan eine Armee von einer Million Streitern nach Europa entsenden — und die Entsendung einer geringeren Truppenmacht könnte nur als ein herzloser und scheußlicher schlechter Witz sowohl für Japan selbst als auch für seine Verbündeten erachtet werden — wer würde die Ernährung, die Munitionsversorgung und die Beschaffung der Kleidung für eine solche Armee übernehmen? Japan selbst würde für seine Leute zu sorgen haben! Es gibt keine andere mögliche Antwort auf diese Frage. Und wenn Japan sich damit befassen müßte, die Herstellung und den Transport der Ausrüstung und der Lebensmittel für seine eigene Million Soldaten in Europa zu übernehmen, so soll man sich doch einmal überlegen, was das für die russischen Truppen an der Ostfront bedeuten würde. Es würde nichts weniger bedeuten als die Preisgabe der gesamten russischen Armee als ein höchst zeitgemäßes und willkommenes Opfer für die Geschütze der Deutschen . . .

Es ist leicht genug für einen Universitätsprofessor, bei einer Versammlnng in irgendeinem Sommeraufenthaltsort, oder für einen beredten Vaterlandsfreund im Kongreß die zündende Frage an seine Zuhörer zu richten: Warum kämpft Japan nicht heute in Frankreich? Es hat doch eine Million Soldaten, ausgebildete Soldaten marschbereit daheim, oder etwa nicht? Warum also übernimmt Japan nicht sein Teil an der gemeinsamen Aufgabe in dieser Stunde der Not?

Ein Volksredner setzt sich mit Leichtigkeit über solche Kleinigkeiten hinweg, wie sie die Notwendigkeit der Beschaffung der Schiffe für den Transport einer Armee von einer Million Soldaten auf einen zehntausend Seemeilen entfernten Kriegsschauplatz darstellt. Aber für den Transport einer Armee nach Europa braucht man Schiffe, jedenfalls sind Schiffe das einzige Transportmittel, über das Japan zu diesem Zweck selbst verfügt.

Ende 1916 ergaben die amtlichen Angaben des Verkehrsministeriums folgende Zahlen: Japan besaß 2159 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 1 696 631 Bruttotonnen. Aber wir hatten nur 447 Dampfer von mehr als 1000 Bruttotonnen und deren Gesamttonnage bezifferte sich auf 1 431 077 Tonnen. Aus der Zahl dieser größeren Schiffe und im Rahmen ihrer Tonnage würde Japan die Transportmittel für die Beförderung seiner Armee nach Europa zu suchen haben. Von der obengenannten Zadl von Dampfern entfallen 31 auf die regelmäßigen subventionierten überseeischen Linien. Diese stellen die Schiffe von 5000 bis 13 500 Tonnen, deren Dienste die japanische Regierung sofort in Anspruch nehmen könnte. Sie sind weitaus das Beste, was wir haben. Sie gehören den drei Hauptvertretern der ostasiatischen Schiffahrtsinteressen an: der Nippon Yusen Kaysha, der größten Schiffahrtsgesellschaft Japans und einer der größten der Welt, der Osaka Shosen Taisha und der Toyo Kisen Kaisha, die eine Flotte von allergrößten Dampfern in der Stille-Ozean-Fahrt unterhält.

Gesetzt, die Regierung requirierte für ihre Zwecke diese sämtlichen Dampfer der subventionierten Linien, so stünden ihr dadurch insgesamt rund 300000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung.

Die nicht subventionierten Linien mögen über 272 Dampfer von mehr als tausend Tonnen

Digitized by Google

mit einer Gesamttonnage von 715 000 Tonnen verfügen. Man kann nicht gerade behaupten, daß diese Dampfer sehr geeignet für Truppentransporte sind. Eine Anzahl würde allenfalls für die Beförderung von Ausrüstungsgegenständen in Betracht kommen.

Die Frage ist also: wie viele Mannschaften könnten die vorerwähnten Schiffe von insgesamt 300 000 Tonnen von Japan nach Frankreich befördern und, was wichtiger ist, wieviel von dem Material können sie befördern, das notwendig ist, um diese Leute an der Front mit allem zu versehen, was sie brauchen. Und dann die wichtigste Frage, wieviel Zeit würden sie brauchen, um die verlangte Million hinüberzubringen? Es ist unmöglich, hierüber tatsächliche und genaue Zahlenangaben zu machen aus dem einfachen Grunde, weil Japan bis jetzt noch niemals in der unglücklichen Lage war, ein so verrücktes Experiment zu unternehmen. Irgendwo ist einmal konstatiert worden, daß auf jeden Mann bei Gelegenheit der Gallipoli-Unternehmung etwas über vier und eine halbe Tonne Schiffsraum benötigt wurde, um ihn und seine Ausrüstung auf den Kriegsschauplatz zu befördern. Legt man diesen Satz zugrunde, so würden wir mit den zur Verfügung stehenden 300 000 Tonnen zweiundeinhalbes Jahr brauchen, um eine Million Soldaten nach Frankreich zu schaffen. Und wenn der Krieg so lange dauern sollte, ... so könnten wir von Glück sagen, wenn wir am Ende dieser zweiundeinhalb Jahre von unseren Million Soldaten noch 30 000 an der Front hätten, die am Leben und kriegsverwendungsfähig wären. Das wäre doch der ungeheuerlichste Unfug, der jemals im heiligen Namen der Vaterlandsliebe begangen worden wäre! ...

Und was wird inzwischen aus der Aufgabe Japans, für den Frieden in Indien und dem fernen Osten zu sorgen? Und doch stellt diese Aufgabe, im fernen Osten nach dem Rechten zu sehen, die einzige Verpflichtung dar, die Japan aus der englisch-japanischen Allianz erwächst. Nur aus ihr läßt es sich überhaupt rechtfertigen, daß Japan am Krieg teilgenommen hat, und die Entsendung japanischer Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz würde bedeuten, daß als eine Folge von Japans Teilnahme am Krieg der Zweck vereitelt würde, um dessentwillen es teilgenommen hat!!

Und noch eins: für Japans Lebensnotwendigkeiten ist es unendlich viel wichtiger, daß in China Ordnung und Wohlstand herrsche, als daß Großbritannien Deutschland in Flandern besiege. Nun kann man wohl sagen, daß die augenblicklichen Zustände in China weit entfernt sind von denen, die in den märchenhaften Vorstellungen der Pazifisten über das Neue Jerusalem leben. Das Militärkabinett des Generals Tuan ist gestürzt, aber die Peiyang-Partei mit dem gewaltigen Chang Hsun und den Militärgouverneuren vieler nördlicher Provinzen an der Spitze wird nicht lange untätig zuschauen, wie Tuan chi jui im Staube liegt. Es wird berichtet, daß schon heute Peking und die umliegenden nördlichen Distrikte unter Kriegsrecht gestellt worden sind. Die beiden Yangtse-Provinzen Anhwei und Hupei, die Nachbarprovinz Honan und die beiden Ostprovinzen Fukien und Chekiang sowie die hauptstädtische Provinz Chili und vier weitere nicht genannte Provinzen sollen ihre Unabhängigkeit erklärt haben.

Es gibt ein kleines unscheinbares Wörtchen: Demokratie. Es dient einer Unsumme von Sünden in den Augen der freiheitliebenden Amerikaner als Deckmantel. Aber, was heutzutage in China alltäglich auf den Hauptblättern der Zeitungen im Namen der Demokratie in dicken Lettern gefordert wird, geht noch weit über diese amerikanischen Begriffe hinaus.

Die Vereinigten Staaten verfügen über eine beneidenswerte Dickfelligkeit, wenn sie beim Krachen aller dieser politischen Bomben und unterseeischen Torpedos in China den traumlosen Schlaf des Gerechten zu schlafen vermögen. Das erklärt sich nur daraus, daß Amerika China nicht kennt und, was wichtiger ist, daß es auch gar nicht nötig hat, China zu kennen. Aber Japan ist nicht in dieser glücklichen Lage: es kennt China zu gut, um sich angesichts der Ereignisse eine philosophische Gemütsruhe zu bewahren, und diese Kenntnis ist für uns eine

Digitized by Google

Lebensnotwendigkeit. Und uns erschiene — wenn selbst unsere militärischen Stellen keine Bedenken hätten — die Entsendung einer Million Truppen zur Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen in Europa wie die Tat eines Narren, der eilt, um beim Löschen eines Brandes jenseits des Flusses zu helfen, während sein eigenes Haar brennt.

Japan ist ein verhältnismäßig kleines Ländchen und seine Hilfskräfte entsprechen seinem Umfang. Wahrhaftig, der eine Staat Texas kann das ganze japanische Reich einschließlich Korea und Formosa fassen und hat noch 2000 Quadratmeilen darüber. Und eine Million gut ausgerüsteter und bewaffneter Soldaten bedeuten für Japans Kräfte mehr, als zehn Millionen für die Vereinigten Staaten. Amerika hat keine Ahnung, welche schier übermenschlichen Anstrengungen es Japan gekostet hat, eine Armee, wie es sie besitzt, auf die Beine zu bringen. Amerika wird das nie begreifen können. Aber Japan weiß es!

Amerika könnte drei Millionen Tonnen an Handelsschiffen in einem Jahre aufbringen, wenn es sich das nur halbwegs ernsthaft vornähme. Für Japan würde das die heroischsten Opfer mehrerer Generationen bedeuten. Wir sollten eine Million Soldaten nach Europa senden? Sollten unsern ganzen nationalen Verteidigungsapparat, die Frucht einer fünfzigjährigen geduldigen Arbeit und unglaublicher Opfer verschiffen und unser eigenes Land vollständig verteidigungslos lassen — und wofür? Um uns am Leben zu erhalten, die wir andernfalls zum Untergang verdammt wären? Um für Japans Ehre einzutreten, die irgendjemand besudelt hätte? Nein, nichts von dem, sondern damit deutsche Geschütze nach Herzenslust unter ihnen aufräumen könnten, wenn sie nach monatelanger Fahrt untüchtig und im größten Durcheinander in Frankreich an Land kommen! Und all das just weil einige wohlmeinende Leute sich die herrliche hochmoralische Idee in den Kopf gesetzt haben, den Japanern vorzuerzählen, daß ihnen jetzt die eine nie wiederkehrende Gelegenheit sich biete, für die großen Prinzipien der — Demokratie zu kämpfen. Und selbst wenn die japanische Regierung bereit und entschlossen wäre eine solche Expeditionsarmee nach Europa zu entsenden, so würden nach meiner felsenfesten ehrlichen Überzeugung die japanischen Soldaten sich weigern zu gehen. Ich glaube nicht, daß die Regierung imstande sein würde, sie zum Mitgehen zu zwingen. Das Volk — und die Soldaten — in Japan haben die Gewohnheit angenommen, nach dem Warum zu fragen. Die abendländischen Begriffe des Individualismus haben in letzter Zeit bei uns gewaltig an Boden gewonnen. In Amerika hat man offenbar gar keine Ahnung davon, wie stark demokratische Vorstellungen und Ideen die politische Denkweise in Japan revolutioniert haben.

Japan ist auf dem besten Wege zu derselben Art von repräsentativer Verfassung, wie die, deren England sich erfreut. Das steht gewiß nicht in Einklang mit den Vorstellungen über das politische Leben Japans, die sich noch in den meisten amerikanischen Köpfen erhalten haben. Es bleibt aber darum nicht weniger wahr!

Kurz, der Gedanke der Verschickung der japanischen Armee nach Europa ist absurd und unausführbar. Das kann nicht oft und entschieden genug gesagt werden!!

Wir wollen zu der vielfältigen Ironie dieses japanischen Autors sowohl was Amerika als auch was England und die Entente angeht, kein Wort hinzufügen. Wir sind auch weit davon entfernt, für Deutschland irgendwelchen Honig darin suchen zu wollen. Ein japanischer Politiker denkt an Japan und an nichts als Japan. Nur könnte es nach Lage der Dinge uns eine Zeitlang ja so ganz recht sein!

Digitized by Google

Brief an Se. Heiligkeit den Papst Benediktus XV., Rom

Von Iman Abdul Raschid Ibrahim[1]

Der Friedensappell Eurer Heiligkeit richtet in diesem Augenblick in den zivilisierten Ländern aller Glaubensbekenntnisse die Aufmerksamkeit der Völker auf den Zustand der allgemeinen gegenseitigen Vernichtung, in welchem sich die Menschheit mit steigender Wut seit mehr als drei Jahren und ohne die Hoffnung eines baldigen Endes befindet.

Jedoch, wenn es in Wahrheit als ein schrecklicher Zustand betrachtet werden muß, wenn sich Bürger feindlicher Staaten bewaffnet überfallen um sich gegenseitig zu vernichten, so besteht doch in solchem Falle die Hoffnung, daß die Schrecken einmal aufhören, wenn beide Teile Frieden schließen oder der eine Teil sich dem andern unterwirft. Als das größte der Greuel, weit schlimmer noch als die Schrecken und das Elend des grausamsten Krieges, muß angesehen werden, wenn die friedliche, unbewaffnete und loyale Zivilbevölkerung eines Landes durch die militärische Macht und durch den von der Regierung zu diesem Zwecke bewaffneten Pöbel des eigenen Staates ausgeplündert, versagt, verfolgt, getötet und ausgerottet wird.

Ich alter Mann, der am Rande des Grabes steht, klage das christliche russische Volk und seine aufgeklärte Regierung vor Gott und den Menschen der erwähnten Greuel gegenüber meinen unglücklichen Glaubensgenossen an, und als mohammedanischer Geistlicher glaube ich keinen besseren Weg finden zu können, um an das schweigende Gewissen der christlichen Welt zu appellieren, als indem ich mich an die zentrale Persönlichkeit der abendländischen Christenheit wende.

Seit mehreren Jahrhunderten arbeitet Rußland an unserem Untergang: eines unserer Länder nach dem andern hat es unterjocht, um deren Bevölkerung vom Erdboden zu vertilgen.

Es hat die Krim-Tataren zum Teil ausgerottet, zum Teil aus dem Lande ihrer Väter in die Fremde getrieben, um den kümmerlichen Rest widerstandslos brutalisieren zu können.

Nachdem es die größere Hälfte der Kasan- und der Astrachan-Tataren, sowie der Völkerschaften des Wolga-Tartariens vernichtet hatte, hat Rußland die Reste dieser Völkerschaften einer jahrhundertelangen Knechtung und Verfolgung auf allen Lebensgebieten ausgesetzt.

Es zerstörte das turanische Königreich Sibirien, um die Völker dieses Landes teils mit den barbarischsten Mitteln auszurotten, teils in unwirtliche Gegenden zu vertreiben, wo sie der kulturellen Degradation, der physischen Degeneration, der grausamsten ökonomischen Ausbeutung und politischer Unterdrückung preisgegeben waren und sind. Das Land, das man den Einheimischen raubte, wurde zur welthistorisch

[1] Der Verfasser ist ein hoher mohammedanischer Geistlicher Rußlands.

Digitized by Google

berüchtigten Verbrecherkolonie gemacht, in welchem der Abschaum der russischen Verbrecherwelt jahrhundertelang auf Kosten der unterdrückten Reste der Ureinwohner die Rolle einer herrschenden und privilegierten Bevölkerungsgruppe spielte.

Dasselbe Rußland brach unter zahlreichen Feldzügen und Straferpeditionen von echt assyrischer Grausamkeit die Widerstandskraft der ritterlichen Baskiren, um ihr Land unter russische Abenteurer und Regierungsgünstlinge zu verteilen, während die beraubten und unterdrückten Ureinwohner massenweise an Hunger und Elend zugrunde gingen.

Rußland führte einen jahrzehntelangen Kampf gegen die Freiheit der Bergvölker des Kaukasus, deren Trümmer jetzt in der Fremde vegetieren müssen, während ihre Heimat geknechtet, ihre Brüder vernichtet und ihr Land von der russischen Regierung an fremde Kolonisten verteilt worden ist.

Als letztes Opfer in dieser langen Reihe unterjochter Länder und gemordeter Völker kam das vor einem Menschenalter eroberte Turkestan, dieses alte türkische Kulturzentrum und noch während des Mittelalters eines der zivilisiertesten Länder der Welt. Die Geschichte der kurzen russischen Herrschaft in Turkestan ist aber bereits, ebenso wie die Geschichte der übrigen unterdrückten Provinzen Rußlands, ein trostloser Bericht der Knechtschaft, der Brutalität, der Ausbeutung und der Greuel, deren Ende für die gepeinigte Bevölkerung noch immer nicht abzusehen ist.

Auch der Sturz des fluchbeladenen alten Regimes hat die verzweifelte Lage der unterdrückten Völkerschaften Rußlands in keiner Weise verbessert; die Berichte dieses letzten Sommers reden von derselben grausamen Verfolgung und erbarmungslosen Vernichtung der schutzlosen Bevölkerungen, wie dies dem russischen Volkscharakter und seinem traditionellen Haß gegen alle andern Völker entspricht.

In der Semiretschesk-Provinz von Turkestan wird nach dem Bericht des Kirgisen-Repräsentanten Kassymbrakof an den Mohammedaner-Rat Rußlands die traditionelle russische Nationalitätenpolitik auch unter dem neuen Regime fortgesetzt, das heißt, die Kirgisen mit Gewalt aus ihren Oasen in die Wüste oder in die unwirtlichen Berge vertrieben und das geraubte fruchtbare Land unter russischen Bauern und Kosaken verteilt. Industrielle Anlagen, Mühlen, Kulturanstalten, welche den Kirgisen gehören, werden dem Erdboden gleichgemacht; ihre Gärten werden von den Kosaken niedergehauen, die Häuser niedergerissen und auch die Gräber der Toten zerstört. Das auf diese Weise „frei" gemachte Land verteilen die Russen unter einander. Wenn sich die vertriebenen Besitzer in die Nähe ihrer früheren Wohnorte wagen, werden sie überfallen, mit Schlägen mißhandelt, ihrer letzten Kleidungsstücke beraubt und wie die wilden Tiere aus Flinten beschossen. Das Ganze geschieht unter den Augen der Petrograder Revolutionsregierung, ihrer örtlichen Kommissare und des lokalen russischen Arbeiter- und Soldatenrates, die alle rechtzeitig über die Vorfälle benachrichtigt worden sind.

Digitized by Google

Die russische Zeitung „Rjetsch“ — das Organ des früheren Ministers Miljukow — berichtet aus der zentralasiatischen Stadt Saissan, daß dort bewaffnete russische Soldaten am hellen Tage und auf dem Marktplatze, mitten in der Stadt eine friedliche Kirgisenmenge überfielen und eine förmliche Jagd auf die schutzlose Menge anstellten; als Opfer ihrer Flintensalven blieben viele Verwundete und Tote auf den Straßen liegen. Als Ursache dieses Blutbades gibt das russische Blatt an, daß ein Kirgise sich geweigert hat, sich von einem russischen Soldaten Geld erpressen zu lassen. Das Organ Miljukows („Rjetsch“ vom 8. September 1917) konstatiert, daß eine mohammedanische Depesche nach Petrograd über diesen Vorfall gar keine Folgen gehabt hat. Dabei charakterisiert dasselbe russische Blatt die Kirgisen als ein „gutes, ehrliches und friedliches Volk“ und als die „eingeborene, im höchsten Grade anständige Bevölkerung des Landes“. Über das weitere Schicksal dieses Volkes, von dem auch das soeben zitierte führende Organ des russischen Imperialismus nichts als Gutes nachsagen kann, gibt näheren Aufschluß ein Bericht des Repräsentanten der Mohammedaner Russisch-Zentralasiens Herr Chodshajef aus Taschkent. Er berichtet auf dem II. allrussischen Mohammedanerkongreß wie folgt: Die Ausrottung der Mohammedaner wird fortgesetzt, wie unter dem alten Regime. Nachdem der Generalgouverneur Kuropatkin zu diesem Zwecke Waffen unter die russischen Kolonisten ausgeteilt hatte, wird die Metzelei immer größer. (General Kuropatkin wurde aus diesem Grunde von den Mohammedanern angeklagt, aber vom russischen Gericht des neuen Regimes freigesprochen.) Das Resultat ist, daß bis Ende Juli dieses Jahres (1917) bereits etwa 50000 waffenloser Kirgisen — Frauen und Kinder eingerechnet — niedergemetzelt sind. Auf die Bitten und Forderungen der Mohammedaner schickte die provisorische Regierung eine Untersuchungskommission und Soldaten zum Schutze der Kirgisen gegen die bewaffneten russischen Kolonisten aus. Aber die Soldaten der provisorischen Regierung begannen selber die Kirgisen auszurotten und ihre Habe zu rauben; um zu beweisen, daß die Kirgisen keinen Schutz auch bei der provisorischen Regierung finden können, töteten dieselben zum Schutze der Kirgisen eigens ausgesandten Regierungssoldaten vor den Augen der erwähnten offiziellen Untersuchungskommission der provisorischen Regierung 200 Personen in der Nähe der Stadt Pischbek und an einem andern Ort 40 Personen.

Wenn man auf dem Wege nach Przewalsk fährt, so sieht man auf beiden Seiten des Weges Massen von Leichen — Männer, Frauen und Kinder — stellenweise sogar ganze Leichenhaufen. Das alles ist das Werk russischer Soldaten und Kolonisten. Das Elend der verfolgten Bevölkerung ist unbeschreiblich; zahllose aus ihren Wohnsitzen vertriebene Kirgisen sterben des Hungers in der Wüste oder in den Bergen. Die Mohammedaner haben sich wiederholt an die provisorische Regierung, an den Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten und an die lokalen Behörden gewandt, aber alles vergeblich.

Digitized by Google

Der Repräsentant des Semiretschensk-Gebietes, Sabis Jussupof, bemerkte auf dem Kongresse zu diesem Bericht: „Ich bestätige alles das, was Chodshajef berichtet hat und teile nur noch folgendes mit. Die Regierungskommissariate des Bezirkes Saissan verhafteten eine Menge wohlhabender Mohammedaner und ließen sie nachher wieder frei, nachdem sie je 5000—15 000 Rubel Geld erhalten haben“...

Dies sind die Methoden der jahrhundertelangen russischen Expansion von dem Oberlauf der Wolga — die ja nur zum kleineren Teil ein russischer Fluß ist — nach dem Osten.

Im christlichen Abendlande aber hat man bisher von dem 400jährigen imperialistischen Vernichtungszug Rußlands gegenüber dem turanischen Orient nichts gewußt oder nichts wissen wollen. Angefangen von Iwan dem Grausamen bis zum modernen Demokraten Kerenski fanden und finden im russischen Völkergefängnis zahllose Torturen und Morde an den unterworfenen Völkerschaften statt — aber nur Gott und die Weltgeschichte kennen sie. Die meisten der Opfer schweigen für immer, und das christliche Abendland, welches Rußland als gleichberechtigten zivilisierten Staat anerkannt und damit die Mitverantwortlichkeit für alle russischen Verbrechen übernommen hat, hat nie ein Wort zu unserem Schutze gesprochen.

Auch in Europa tritt das moskowitische Rußland seinen unglücklichen Opfern gegenüber mit wilder Grausamkeit auf. Man braucht nur auf die Geschichte der russischen Herrschaft in Estland oder Finnland, in Polen oder in der Ukraina hinzuweisen. Man braucht sich nur der barbarischen Roheiten zu erinnern, welche noch vor einigen Wochen von den russischen Soldaten an der katholischen und uniierten Zivilbevölkerung der Stadt Kalucz begangen worden sind und welche nach dem Bekenntnis der offiziellen russischen Armeezeitung („Die Armee und Flotte des freien Rußland“) darin gipfelten, daß russische Soldaten den Frauen Brüste und Hände abschnitten oder kleine Kinder in Stücke rissen u. a. m. —

Aber alle diese grausamen Verbrechen erscheinen unbedeutend gegenüber dem, was Rußland im Laufe der letzten Jahrhunderte im turanischen Osten getan hat. Die „Fremdvölker“ von der Wolga bis zum Baikalsee sind bereits zum größten Teile vernichtet und die fortschreitende Vernichtung der Völker zwischen der Wolga und dem Amu-Darja können wir noch heute als Zeugen miterleben.

Das zivilisierte und christliche Abendland ist bis zu dieser Stunde ein schweigender Zeuge jener schrecklichen Verbrechen gewesen; es wird vielleicht weiter schweigen. Ich aber kann nicht länger schweigen und deswegen möchte ich so laut rufen, daß es im Lärm des Weltkrieges gehört werden soll: es gibt noch Gräßlicheres als alle Schrecken eines Weltkrieges, in welchem bewaffnete Männer feindlicher Staaten einander bekämpfen. Dies ist, wenn der eigene Staat mit bewaffneter Macht gegen eine schutzlose und loyale Zivilbevölkerung wütet, um sie erbarmungslos zu vernichten.

Ich klage das christliche Rußland an, dies im Laufe von Jahrhunderten getan zu

Digitized by Google

haben, und ich klage das aufgeklärte revolutionäre Rußland an, dies auch jetzt mit Bewußtsein weiter zu tun.

Auf das edle Friedenswerk Eurer Heiligkeit aber rufe ich den Segen Allahs herab, vor dessen Augen die guten Werke gleich gut sind, ob sie nun ausgehen von den Bekennern des Propheten von Mekka oder von denen des Jesus von Nazareth.

Abdul Raschid Ibrahim,
Achund der Mohammedaner des Gouvernements Tobolsk.

Stockholm, 2. Oktober 1917.

Rußlands Imperialismus

Von Dr. E. Jenny

Vorbemerkung: Dr. Jenny ist Schweizer, hat aber den größten Teil seines Lebens als Industrieller und Großgrundbesitzer in Rußland zugebracht, so daß er wie wenige geeignet ist, über die russische Agrarfrage ein eigenes Urteil abzugeben.

In die öffentliche Meinung Deutschlands schleicht sich nachgerade als ein gefährlicher Lehrsatz die Auffassung ein, mit dem Sturz des Zarentum sei der russische Ausbreitungsdrang niedergebrochen und unter dessen Trümmern begraben. Immer von neuem kehrt dieser Gedanke als nahezu feststehende Wahrheit wieder, bei Männern aller Parteien und selbst bei sehr feinen politischen Köpfen. Ein Satz, der ohne nähere Untersuchung hingenommen, in hohem Maße irreführend werden muß.

Ganz unbeschadet der vernünftigen Einsicht, daß mit Rußland nach dem Kriege ein erträgliches politisches Einvernehmen zu erlangen und rege wirtschaftliche Wechselbeziehungen zu pflegen Deutschlands wohlverstandenes Interesse ebensosehr erheischt wie die Rücksicht auf den unauslöschbaren deutsch-englischen Gegensatz, muß die Frage des Verschwindens oder doch Verwischens des russischen Imperialismus genau erkannt sein. Andernfalls würde sich das erstrebte Verhältnis zu Rußland auf falscher Voraussetzung aufbauen. Nur klare Erkenntnis aber bietet Gewähr gegen Fehlschlüsse und verhängnisvolle Mißgriffe, während ein Vorhandensein der geleugneten Ausbreitungstendenzen an sich noch lange nicht einer ersprießlichen Einrenkung der deutsch-russischen Verhältnisse nach dem Kriege zu widersprechen braucht: es handelt sich eben nur um richtige Behandlung. Diese wieder ist aber abhängig von durchaus nüchterner Beurteilung der wirklichen Sachlage. Darum ist es beängstigend, wenn selbst so hervorragende Leute wie Prof. Alfred Weber an weit sichtbarer Stelle („Voss. Ztg.“) einem demokratischen Rußland schlechtweg ein nichtimperialistisches Rußland gleichsetzen können! Als ob irgendwie eine Garantie gegeben wäre, daß der Imperialismus gänzlich und für alle Zeiten ausgetilgt wäre und nicht unter den Trümmern des Zarismus hervor wieder auferstände!

Digitized by Google

Man schaue nur scharf und unbefangen hin, und siehe: er lebt[1]. Er lebt in der tiefsten Seele des Volks, in dessen Überlieferungen, in dessen Wirtschaftsweise fort; ja, er versucht sogar heute bereits empor zu kommen. Dieser Hinweis soll beileibe nicht gegen diejenige Richtung angeführt werden, wie sie z. B. Georg Bernhard so klar in jenem Blatt vertritt und ich sie völlig teile, und welche unter Betonung naturgegebener weitgehender wirtschaftlicher Ergänzungsmöglichkeiten beider Länder auf eine entsprechende Annäherung hinzulenken sucht. Das Weiterwuchern des Imperialismus in Rußland wäre an sich auch durchaus keine Behinderung solcher Wechselbeziehungen; nur muß solche Strömung richtig erkannt und in ein unschädliches Bett geleitet werden. Hierzu bedarf es jedoch eingehender Kenntnis der im russischen Volk lebenden Traditionen und der seine Lebenstriebe bestimmenden wirtschaftlichen Gewohnheiten. Denn aus diesen beiden Quellen erfließen die ins Weite strebenden Flüsse russischer Sehnsüchte, die zum breiten Strome des Imperialismus zusammenmünden und deren schweres Gefälle es einzudämmen gilt. Nicht aber darf man sich betören lassen von den inhaltlosen Phrasen, die Luftblasen gleich als flüchtige geistige Zersetzungsprodukte heute aus dem Sumpf der Revolution aufsteigen. Man vergesse nicht, daß das schöne Gerede vom annexionslosen Frieden und der Selbstbestimmung aller Volksstämme aus einem Lande erschallen, dessen kostbarste Provinzen in Feindesland gefallen sind! Man bedenke, ob die Propheten des neuen Völkerparadieses ihre Grundsätze noch verkünden würden, wenn ihre Heere etwa bis vor Berlin vorgerückt ständen?

Schon das Verhalten der ach, so „zeitweiligen" Regierung praktischen Fragen gegenüber wirft ein eigentümliches Licht auf ihre Lehrsätze. Wer anders als Kerenski wies die Finnländer darauf hin, daß Helsingfors unter den Kanonen der russischen Zitadelle liege? Maßt sich nicht die freiheitliche Regierung ausdrücklich alle Vorrechte der Hoheitsgewalt an, die der Zar unter Bruch der finnländischen Verfassung widerrechtlich an sich gerissen, und wirft sie nicht Truppen über Truppen nach Finnland? Und wer stemmt sich teils mit offenem Widerspruch, teils mit hinhaltend listigen Ausflüchten gegen die Forderungen der Ukrainer, wenn nicht die Petersburger Machthaber der glorreichen Revolution? Sieht dies nach Völkerbeglückung durch Selbstbestimmungsrecht aus?

Doch wir wollten tiefer in die Frage des Imperialismus eindringen, ohne uns bei diesen oberflächlichen und vielleicht vorübergehenden Äußerungen aufzuhalten, oder über sie zu rechten. Befragen wir die Geschichte, was dem Zarentum zugrunde lag, als es die

[1] Auch das gegenwärtige Friedensangebot der Maximalisten und die angebliche Zustimmung der Mehrheit des russischen Volkes dazu sind kein Gegenbeweis, obwohl den Fremdvölkern die Selbstbestimmung ihrer Geschicke freigestellt werden soll. Wenn das russische Volk jetzt derartigen Vorschlägen zustimmt, so äußert sich darin lediglich die Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.

Digitized by Google

territoriale Ausbreitung des Russenreichs vollzog, dann sehen wir, daß seit den ältesten Zeiten bis auf den gestrigen Tag die treibende Kraft im Neusiedlungsdrange des russischen Volks lag. In jenen grauen Zeiten, da Rjuriks Abkömmlinge „die russischen Länder sammelten", war es das russische Volk mit seinem länderhungrigen halbnomadischen Ackerbau gewesen, das über die Grenzen des Stammlandes in den grenzenlosen nordöstlichen Waldbereich eindrang, die ugro-finnischen Stämme ins eigene Volkstum verwob, dadurch Russenland schuf und manchmal unter Teilfürsten stellte, längst bevor die schwere Faust der Moskauer Zaren zwecks Einverleibung zugriff. Dieser Prozeß zieht sich durch die gesamte russische Geschichte hindurch nach allen Himmelsgegenden: nach Süden streifende entlaufene Leibeigene und Kosaken rangen den Tataren Provinz um Provinz ab; ländergierige Siedler zwängten sich als Keile nordwestlich zwischen die Siedlungen der Schmuden, Litauer, Letten ein; die Kosaken Jermaks durchzogen den Ural und ganz Sibirien, und unerschöpfliche Bauernschwärme quollen aus den mittelrussischen Gebieten in den noch volksärmeren Raum nach. Und dies setzte sich bis in die neueste Zeit fort. Wie ein riesenhafter Mollusk quoll Rußland immerfort über seine Grenzen hinaus, auf der Suche nach jungfräulichem Land, um dessen erste Kraft zu nehmen und dann ... den stöbernden unsteten Stab weiterzusetzen. Selbst entgegen dem Verbot der zarischen Obrigkeit; diese Versickerung drang durch die Siebmaschen der strengsten behördlichen Absperrungen hindurch, und noch am Ende des letzten Jahrhunderts fanden in der Mandschurei, im Küstengebiet, in Ostturkestan die Beamten bei Inbesitznahme des Landes Hunderte von jeder Eroberung vorausgeeilten russischen Dorfsiedlungen vor. Ein ungeheurer innerer Druck scheint ständig, während vieler Jahrhunderte, die Volksmassen nach außen hin gepreßt zu haben; einen Ausdehnungsdrang erzeugend, der nichts anderes war, als ein instinktiver Imperialismus. Er war freilich nie in feste Begriffe, zu klingenden Losungen gefaßt; aber er wirkte unwiderstehlich, stumm und starr. Ein Imperialismus nicht durch Kriegszüge blinkender Heere, sondern durch ein unscheinbar sickerndes träges und doch zähes Gerinnsel grauer Menschen. So lehrt uns die Geschichte die Art russischer Ausdehnung. Der Zar mit seinem Erobererwillen sprach jeweils nur das nachträgliche Wort; war aber doch nur das Vollzugsorgan des Volksdranges.

Als den Ausgangspunkt dieses unbeholfenen, aber mit schwerfälliger Wucht sich durchsetzenden Ausdehnungsbedürfnisses finden wir die niedere Stufe landwirtschaftlicher Technik. Der Russe hing an ihr nicht sowohl infolge seines Phlegmas und aus Trägheit, als vielmehr, weil nie die Einengung durch unüberschreitbare Grenzen ihm einen Zwang zu besserem Landbau auferlegte. Auch ihn hätte unüberwindlicher Landmangel vermocht, sein Land in wirksamere Nutzung zu nehmen. Aber solange vor ihm noch unermeßliche Waldgebiete winkten, blieb er durchs Mittelalter hindurch bei der rohesten Brennwirtschaft; und nachher ging er über die wilde Feldgraswirtschaft und den Dreifelderbau nicht hinaus, weil er rings um sich herum

Digitized by Google

noch freies Land witterte. Dies nahm seinen Fortgang bis in dieses Jahrhundert hinein. Erstmals die Stolypinsche Agrarreform suchte nicht allein neues Siedlungsland zu beschaffen, sondern die Siedler zugleich zu intensiverem Landbau anzusetzen! Bis dahin konnte die ungepflegte, ja mißhandelte Scholle der wachsenden Familie den Unterhalt nicht mehr dauernd gewähren. Nur zwei Wege der Abhilfe gab es dann: entweder den Fortschritt zu intensiver Ackerkultur, oder die teilweise Aussiedelung. Ersteres kann nur eintreten bei Druck von außen, d. h. bei Landmangel. Im zweiten Falle, bei „Grenzenlosigkeit" des Nahrungsgebietes, stellt sich dem zentrifugalen Ausbreitungsdrang kein Gegendruck entgegen; es entstand jener „zerfließende Imperialismus", wie ich ihn nennen möchte, der seinen Urkern im russischen Bauertum und der Zurückgebliebenheit seiner Wirtschaft hat.

Und er wird so lange fortbestehen, unwiderstehlich trotz seiner unscheinbaren Weise, als der russische Bauer nicht dazu gelangt, sich zu höheren, ergiebigeren Formen der Landnutzung aufzuschwingen. Dies aber wird und kann nur erfolgen in dem Maße, als unübersteigbare Grenzdämme weiterer Ausdehnung ein Ziel setzen. Daß solche Schutzwehren im Westen Rußlands erstehen und den Schwall ostwärts lenken bis zu seiner völligen Abstauung, das muß ebensosehr Voraussetzung wie Ziel jedes dauernden Einvernehmens Deutschlands mit seinem östlichen Nachbar sein. Hier berührt sich die Frage des russischen Imperialismus aufs engste mit der künftigen Gestaltung deutsch-russischer Beziehungen. Ist erst der Kern- und Ausgangspunkt des ersteren richtig erkannt, dann kann die Quelle verstopft werden. Neben der Errichtung einer kräftigen Abwehrlinie und der Ableitung der unruhigen Triebe ostwärts kommt die bewußte Förderung eines gesunden wirtschaftlichen Aufschwungs Rußlands in Betracht, der in einem Agrarland bei der Hebung landwirtschaftlicher Erzeugung und bäuerlicher Konsumkraft anzusetzen hat. In dem Maße, als der russische Landmann sich auf seiner Scholle zu begnügen lernt, wird die Stoßkraft des bisherigen Ausdehnungstriebes abflauen. Hier ist der Angelpunkt jenes tief im Volke wurzelnden imperialistischen Dranges; von hier aus ist er allmählich zu beheben, einerlei ob seine offene Äußerung einer zaristischen oder demokratischen Regierung zufällt!

Um noch mit einem Wort auf die zweite Quelle einzugehen, aus der der russische Imperialismus bisher Kraft und Richtung erhielt. Es ist die mittelalterliche, mystische Sehnsucht nach der orthodoxen Metropole, Byzanz. Ihr volkstümlicher Name „Zarenstadt" besagt übrigens nicht sowohl Stadt der Zaren — die noch nie dort residierten — als vielmehr eine Bildung wie „Zar-Kanone" oder „Zar-Glocke", die etwa ein Weltwunder bezeichnen soll: die Glocke der Welt, die Stadt der Welt. Byzanz ist dieser Traum, die ewige und gewaltigste Stadt, das Weltenhaupt, umwoben vom Schein uralter Heiligtümer. In unzähligen Sagen, Heldenliedern lebt das Goldene Byzanz, einst die lockende Beute der fahrenden warägisch-russischen Korsaren, im Herzen der

Digitized by Google

russischen Massen fort. Die tiefe, dämmernde Mystik der russischen Volksseele ist jahrhundertelang mit brünstiger Sehnsucht auf Byzanz gebannt gewesen und bebt heute noch im Volke nach. Das ist der geistige Expansionsdrang, der der Volksseele eine Art von Imperialismus einhaucht. An ihn klammerten sich die allgemein bekannten, sehr realpolitischen Bestrebungen nach dem nächstliegenden warmen Meere, wie ihn die händlerische Bourgeoisie heute hegt. In letzterer Hinsicht könnte den wahren Bedürfnissen unschwer Genüge getan werden, durch Gewährung freien Schiffsverkehrs (sogar der Kriegsfahrzeuge, unter Sicherung völliger Gefahrlosigkeit für die Türkei). Dann würde der unklare traditionelle Zug nach Konstantinopel nicht mehr durch klare Erfordernisse genährt werden. Ohnedies ist er mählich schwächer geworden, schon durch die östliche Wendung der völkischen Siedlungstendenzen. Im übrigen muß wachsende politische Einsicht, vor allem die klare Erkenntnis der Unmöglichkeit, das Ziel zu erreichen, den mystischen Drang beheben, ihn ernüchtern. Im Tageslicht der Wirklichkeit verfliegen die Nachtgespenster munkelnden Spuks und raunender Sagen. Das war das Schicksal aller Völker; es wird auch einem modernen Rußland nach Abstreifen mittelalterlicher Zwangsvorstellungen beschieden sein. Der Prozeß wird beschleunigt werden, wenn beim Frieden an Rußlands Südgrenze einerseits den legitimen Bedürfnissen durch eine „völkerrechtliche Durchschleusung" der Meerengen Rechnung getragen wird, anderseits aber eine starke, unantastbare Türkei als starker Wall die russischen politischen Bestrebungen abdämmt.

Dann mag der vorhandene unstete Drang zur Ausdehnung sich ostwärts wenden. Er wird sich mit der Zeit mildern und allmählich ganz versiegen. Jedoch nicht eher als sein Urquell abgegraben wird, d. h. bis verfeinerte Bodenkultur und bessere landwirtschaftliche Technik den russischen Boden zu reichlicherer Ernährung des Volkes heranholt, letzterem erst wahre Seßhaftigkeit schenkt, seinen unsteten Wandertrieb in modernerer Wirtschaftsweise besänftigt und zum Absterben bringt.

Bis dahin wird der unsinnige Expansionsdrang in den Massen des russischen Volkes wühlen und, ganz gleich unter welcher Regierungsform immer, die Grundkraft seines Imperialismus abgeben. Das möge man einsehen; dann nur kann ein nachbarliches Einvernehmen deutscherseits in zweckmäßiger und dauernder Weise erzielt werden. Es wäre aber die größte Gefahr, statt dieser nüchternen Einsicht das leichtfertige und unüberlegte Axiom (Grundsatz) von der „nichtimperialistischen russischen Demokratie" zu setzen. Ganz abgesehen davon, wie lange diese Demokratie überhaupt vorhalten wird. . . .

Digitized by Google

Schweden und Finnland

Von * * *

Von einem Finnländer wird uns der nachstehende Aufsatz zum Abdruck zur Verfügung gestellt:

Der deutsche Vormarsch in Livland, die Eroberung von Riga, Ösel und Dagö und die Zurückdrängung der russischen Flotte aus dem Riga-Meerbusen haben auf die öffentliche Meinung in Schweden einen starken Eindruck gemacht. Allgemein wurde als der nächste Schritt der deutschen Seestreitkräfte die Besetzung der Alandsinseln erwartet, eine Maßnahme, die die Interessen Schwedens auf das nächste berühren müßte. Die ententefreundliche, liberale und sozialdemokratische Presse schlug sofort Alarm und ergoß sich in erregten Besprechungen der „deutschen Gefahr", die Schweden jetzt bedrohe und die nach ihrer Ansicht viel bedenklicher sei als die nach der russischen Revolution ganz in den Hintergrund getretene russische Gefahr. Gerade diejenigen Zeitungen, die die russischen Befestigungen auf den Alandsinseln als für Schweden wenig gefährlich erklärt hatten, sprachen jetzt mit der größten Besorgnis von der Eventualität, daß Deutschland auf dieser Inselgruppe dicht vor der Einfahrt nach Stockholm eine Marinebasis errichten würde.

Aber auch in konservativen, sonst deutschfreundlichen Kreisen empfand man ein Gefühl des Unbehagens. Was würde mit Schweden geschehen, wenn Deutschland mit seiner Flotte die ganze Ostsee unbestritten beherrschen würde? Würde nicht Schweden in vollständige Abhängigkeit von Deutschland herabsinken? Was müßte von Schweden getan werden, um dies zu verhindern? Die Antwort lag nahe: Schweden müßte selbst die Alandsinseln provisorisch besetzen, um einer deutschen Besitznahme zuvorzukommen. Dies wurde ausdrücklich von dem konservativen „Nya Dagligt Allehanda" in einem bemerkenswerten und viel besprochenen Leitartikel Anfang Oktober ausgesprochen. Freilich ging das Blatt von der Voraussetzung aus, daß Schweden nur mit der Einwilligung sowohl der Entente als der Zentralmächte die Inselgruppe besetzen sollte, um nicht seine Neutralität aufs Spiel zu setzen.

Die liberale Presse stellte sich zu diesem Vorschlag zunächst ablehnend, indem sie ihn als einen Ausdruck aktivistischer Bestrebungen bezeichnete. Aber im Grunde genommen war man dem Gedanken gar nicht so abgeneigt, wie es scheinen konnte. Hatte man doch schon im Sommer dieses Jahres in führenden liberalen Kreisen die Besetzung Alands im Einverständnis mit der Entente lebhaft erörtert und eine Kundgebung der ländischen Bevölkerung für die Wiedervereinigung mit Schweden zustande zu bringen versucht. Die sozialdemokratische Presse hielt ihr Urteil vorsichtig zurück. „Sozialdemokraten", Brantings Zeitung, zitierte den Artikel der „Nya Dagligt Allahanda" ohne Kommentar, indem sie nur seinen „hetzfreien Ton" rühmte.

Im Laufe der Diskussion machte sich aber die Auffassung geltend, daß Schweden

Digitized by Google

nicht nur die Alandsinseln, sondern ganz Finnland besetzen sollte. Es begegneten sich hier in merkwürdiger Weise die Aktivisten und Halbaktivisten einerseits, die Parteigänger der Entente andererseits. Die Aktivisten haben schon lange den Gedanken verfochten, daß Schweden als Befreier Finnlands auftreten und dadurch die Machtstellung Schwedens in der Ostsee heben sollte. Die Ententefreunde, eifrig unterstützt von französischen und englischen Agenten, arbeiteten für diesen Plan hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie es auf jeden Fall verhüten wollen, daß Finnland unter den politischen Einfluß Deutschlands käme.

An die Öffentlichkeit kam dieser erweiterte Plan zuerst in einer kürzlich in Stockholm erschienenen anonymen Broschüre: „Der Weg der Linken. Die Verfassungsrevision und die Lösung der Ostseeprobleme", deren Verfasser „Ein Radikaler" sich zeichnet. Der leitende Gedanke der Schrift ist, daß die Linke, um die in den Wahlen besiegte Partei der Rechten in der inneren Politik noch weiter zurückzudrängen, eine energische nationale Politik nach außen treiben soll. Und zwar sei die wichtigste Aufgabe Schwedens in diesem Augenblick Finnland zu helfen. Dies könne auf zwei Wegen geschehen: einerseits indem man dem hungernden Bruderlande Lebensmittel schickt, andererseits indem Schweden Finnland militärisch zeitweilig besetzt.

Die letztere Maßnahme begründet der Verfasser mit dem Hinweis auf die Gefahr, die für Schweden dadurch entstehen würde, wenn Deutschland die Alandsinseln besetzt und wenn Finnland durch den Vormarsch der Deutschen gegen Petersburg von den russischen Truppen befreit wird und sich unabhängig erklärt. Dadurch würde Deutschland tatsächlich die ganze Ost- und Südküste der Ostsee von Tornea nach Kiel beherrschen, was für Schweden viel schlimmer wäre als die russische Gefahr. Diese Perspektive sei aber auch für Rußland äußerst gefahrvoll. Rußland würde Finnland zehnmal lieber in Vereinigung mit Schweden als in den Händen Deutschlands sehen. Auch für Frankreich wäre ein deutsches dominium maris baltici verhängnisvoll. Nach dem Zusammenbruch der russischen Macht müsse Frankreich als Gegengewicht gegen Deutschland im Osten Stütze bei Polen und Schweden suchen. Es müsse daher Frankreich sehr daran liegen, Schweden eine möglichst starke Stellung in der Ostsee zu verschaffen.

Für diejenigen — setzt der Verfasser fort — die somit von der deutschen Gefahr bedroht werden, gilt es, in derselben Stunde zu handeln, in der die deutsche Heeresmacht ernstlich gegen Petersburg vorgeht. Es steht außer jedem Zweifel, daß die russischen Truppen dann — mit oder ohne Widerstand — Finnland räumen werden. Wahrscheinlich kann die Festung Helsingfors — Sveaborg eine Zeitlang mit Erfolg verteidigt werden, aber angesichts einer deutschen Offensive dürfte das Schicksal auch dieser Festung bestimmt sein. Wieviel besser wäre es dann für Rußland, wenn es Finnland nach einer Verabredung mit einer neutralen Macht wie Schweden über die Besitznahme des Landes vorläufig räumen könnte! Eine Verabredung

Digitized by Google

könnte zwischen Rußland, Frankreich und Schweden darüber geschlossen werden, daß Schweden Finnland besetzt und das Land bis Friedensschluß besetzt hält. Für Rußland würde dies eine größere Möglichkeit bedeuten, sich gegen Südwest zu verteidigen, und eine Sicherheit vor jeder Bedrohung von der Grenze Finnlands her. Für Frankreich würde es ein beträchtlicher Schritt nach dem oben angegebenen Ziel sein, jenseits Deutschland eine neue, ansehnliche Macht zu schaffen. Schweden würde bei einer derartigen Politik in voller Übereinstimmung mit seiner während des ganzen Krieges getriebenen Neutralitätspolitik — oder richtiger gesagt, als eine Konsequenz derselben, — eine Aufgabe des Friedens und der Menschlichkeit in diesem unheilvollen Weltbrande, der in seinen späteren Phasen mehr als jemals die meisten anderen Völker Europas unter unfruchtbaren kriegerischen Anstrengungen zu Sklaven machen wird, erfüllen. Für Finnland schließlich würde ein derartiges Eingreifen Schwedens der einzige Weg zur Rettung vor Anarchie und Hungersnot sein.

„Aber — fragt der Verfasser — wie wird sich Deutschland zu dieser Politik stellen? Selbstverständlich müßte man der Einwilligung Deutschlands im voraus versichert sein, aber es sind offenbar wichtige Umstände vorhanden, welche Deutschland veranlassen würden, sich der hier vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu widersetzen. Die rücksichtslosen, alldeutschen Imperialisten werden allerdings nicht gern ihre Pläne auf eine deutsche Herrschaft von Kiel nach Tornea, es sei dann nominell nur bis an den Finnischen Meerbusen, fallen lassen. Aber die vereinigte Linke Deutschlands, die glücklicherweise, je länger der Krieg dauert, desto mehr die Führung der deutschen Politik übernimmt, hat sich wiederholt gegen Annexionen und imperialistische Abenteuer ausgesprochen und hat sich bekanntlich durch keine strategischen Überraschungen der von einseitig militärischen Gesichtspunkten geführten Kriegsleitung von diesem Standpunkte abbringen lassen. Der deutschen Regierung, die außerdem von der Schwere alter Versehen gegen Polen gedrückt wird, dessen „Befreiung" vom russischen Joch aus natürlichen Gründen alles andere als ein Vorteil für „den Befreier" geworden ist, dürfte ebenfalls eine schwedische Besetzung von Finnland bis auf Friedensschluß Vorteile bieten, die vielleicht nicht zu unterschätzen sind und deshalb nicht übermütig zurückgewiesen werden sollten. Die Angriffsfront gegen Rußland würde dadurch verkürzt und große, verlustreiche Kriegsoperationen werden erspart werden. Das Problem der Regierung Finnlands und die Fürsorge für das Land würden von den Schultern des deutschen Volkes genommen werden, die schon jetzt von vielen Sorgen und schweren Lasten gedrückt werden. Die alldeutschen Imperialisten würden vermutlich saure Miene zeigen. Aber auch in Deutschland geht die Demokratisierung unerbittlich vorwärts und diesen sauren Mienen dürften die deutsche Regierung und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wenig Gewicht beimessen. Diejenigen, die in Deutschland jetzt die Verantwortung fühlen und tragen, werden vielmehr eine vollkommen neutrale Initiative Schwedens in der finnländischen Frage als eine Erleichterung begrüßen."

Digitized by Google

„Die einzigen Mächte, die möglicherweise ernsthaft etwas gegen diese Politik einzuwenden haben könnten, sind die anglo-sächsischen Mächte: England und die Vereinigten Staaten. Bei dem Gegensatz zwischen französischer und anglo-sächsischer Politik, der in den letzten Abschnitten des Krieges immer deutlicher zum Vorschein gekommen ist, hat sicherlich auch die Frage nach der Machtstellung in der Ostsee eine Rolle gespielt. Einer einmütigen französisch-russischen Forderung, die von Schweden und durch Vermittlung Schwedens auch von Deutschland gutgeheißen werden würde, können sich jedoch England und die Vereinigten Staaten schwerlich widersetzen. Zwar haben diese Mächte — nach verschiedenen Zeichen zu urteilen, — sich schon lange angeschickt, durch friedliche Vereinbarungen für eigene Rechnung das russische Erbe zu übernehmen, und es ist anzunehmen, daß sie wenig Lust haben würden, etwas davon abzugeben, wenn die Zeit ihnen gestatten würde, alles zu haben. Aber vor dem schnellen deutschen Vormarsch in den Ostseeländern müssen ihre natürlichen Bedenken dem unmittelbaren Bedürfnis weichen, dafür zu sorgen, daß die alte baltische Machtstellung Rußlands wenigstens nicht ungeteilt in die Hände Deutschlands fällt." — — —

„Wir sehen also, wie die immer größere deutsche Gefahr die schwedische Politik, die wahrhaftig national und gleichzeitig neutral sein will, direkt auf den Weg führt, den wir einschlagen müssen, um die Aufgabe zu erfüllen, die die drohende Notlage der Anarchie und Hungersnot in Finnland stellt."

Die Broschüre schließt mit einer Ausführung über die Rückwirkung dieser Außenpolitik auf die inneren Verhältnisse Schwedens. Diese Politik würde in weit höherem Grade eine nationale Politik sein als diejenige der Rechten und würde das zersplitterte schwedische Volk wieder einigen. Was Finnland betrifft, sei es nicht undenkbar, daß es, nachdem es durch Schweden befreit worden wäre, ein Interesse daran haben würde, auch für die Zukunft als selbstständiges und unabhängiges Land in nahem Anschluß an Schweden zu leben. Jedenfalls würde Schweden durch eine derartige Politik sich eine so geachtete Stellung erwerben, daß seine Neutralität in allen Phasen des Weltkrieges gesichert wäre. —

So weit der schwedische Verfasser. Seine außenpolitische Auffassung ist, wie man sieht, ganz von Entente-Gesichtspunkten bestimmt. Der Schrecken vor dem Gespenst der „deutschen Gefahr" beherrscht vollständig seine Gedanken und zwar liegen ihm dabei ebenso sehr Frankreichs als Schwedens Interessen am Herzen. Fast könnte man, wenn man seine Ausführungen liest, zweifeln, ob der Verfasser ein Schwede und nicht vielmehr ein Franzose ist. Jedenfalls steht er unter starker französischer Beeinflussung.

Die Naivität der Beweisführung der Broschüre liegt auf der Hand. Es kann doch wohl nicht vorausgesetzt werden, daß Deutschland der schwedischen Besetzung Alands seine Zustimmung geben könnte, wenn diese Maßnahme, wie der Verfasser wünscht, ganz im Interesse der Entente getroffen werden würde. Auch fällt es sehr auf, daß er

Digitized by Google

nach der Ansicht des am nächsten Beteiligten — Finnlands — gar nicht fragt. Er spricht zwar schöne und edle Worte über die Rettung Finnlands, vergißt aber, daß Finnland das Recht hat, den Weg selber zu wählen, auf dem es gerettet werden möchte.

Aber wie naiv und unpolitisch die Darstellung dieser Broschüre auch ist, sollte man die von ihr vertretene Richtung nicht unterschätzen. Es gibt in Schweden in allen Parteien ernste, erfahrene Politiker, die sich mit dem schwierigen Problem beschäftigen, wie man eine schwedische Besetzung Finnlands durchführen könnte, ohne es weder mit der Entente noch mit Deutschland zu verderben und zugleich die Interessen Finnlands zu wahren.

Als Beispiel mag ein Leitartikel des gemäßigten deutschfreundlichen „Aftonbladet" vom 8. November angeführt werden. Die Zeitung gibt unumwunden zu, daß die Idee von der Neutralisierung Finnlands durch die schwedische Okkupation ihr sehr sympathisch ist und zwar auch aus dem Grunde, daß ihre Ausführung den weiteren Zuwachs der Machtstellung Deutschlands in der Ostsee verhindern und die Stellung Schwedens stärken würde. Leider sei es sehr schwer, ja fast unmöglich, den verschiedenen sich berührenden Interessen der betreffenden Mächte Rechnung zu tragen. Für jeden Fall stellt das Blatt folgende Grundsätze auf:

1. daß eine friedliche schwedische Okkupation während des Krieges nur mit der Einwilligung der beiden kriegführenden Machtgruppen und außerdem mit der Zustimmung Finnlands in Frage kommen kann;

2. daß das Gebiet Finnlands nach dem Kriege entweder überhaupt nicht oder nur durch die Abtretung Alands an Schweden geschmälert werden darf, das letztere nur für den Fall, daß Finnland selbst sich bereit erklärt, aus historischen Gründen und um für das Risiko und die Aufopferungen Schwedens, für den Schutz und die Befreiung Finnlands einen Ersatz zu bieten, diese Inselgruppe Schweden zu überlassen;

3. daß das Endziel die Schaffung eines freien, finnländischen Staates ist, dessen künftige Unabhängigkeit durch einen internationalen Vertrag gesichert wird, wobei Schweden und die beteiligten Großmächte als Bürgen verpflichtet werden.

Es ist bemerkenswert, daß der Gedanke an die endgültige Abtretung der Alandsinseln an Schweden in diesem Artikel offen ausgesprochen wird. In Finnland hat man diesen Gedanken bisher sehr bestimmt zurückgewiesen. So schreibt die Helsingforser Zeitung „Hufvudstadsbladet" vom 30. Oktober anläßlich des oben angeführten Artikels der „Nya Dagligt Allehanda": „Es ist der schwedischen Zeitung nicht klar geworden, daß jedes Vorgehen, das auf eine Zerstückelung Finnlands abzielt, als eine gegen uns gerichtete feindliche Tat betrachtet werden muß."

Diese Befürchtung, daß Schweden die Alandsinseln für sich behalten wollte, muß die Finnländer gegen die geplante Besetzung der Alandsinseln oder des ganzen finnländischen Landgebietes stimmen. Außerdem spüren sie hinter dem Plan, wie er in der

Digitized by Google

oben angeführten Broschüre entwickelt wird, die Absicht, Finnland in das Interessenbereich der Entente hineinzuziehen, und dafür möchten sie sich höflichst bedanken.

Aber man darf diesen Plan doch nicht nur aus diesem Gesichtspunkte beurteilen. Ganz objektiv gesehen, ist Schweden das Land, das die Befreiung Finnlands am nächsten interessieren müßte. Anfang des Krieges hat man in Finnland auf die Hilfe Schwedens recht große Hoffnungen gesetzt, und wenn auch diese Hoffnungen bald betrogen wurden, indem die große Mehrheit des schwedischen Volkes die Aufforderungen der Aktivisten zurückwies, und sich mit der passiven Neutralitätspolitik des Herrn Wallenberg abfand, so besteht doch die Tatsache, daß die weitere Gestaltung des Schicksals Finnlands Schweden auf das nächste berühren muß. Freilich, einem mit der Entente verbundenen Schweden würden die Finnländer mit dem größten Mißtrauen begegnen, weil sie sich längst davon überzeugt haben, daß die Rettung Finnlands in dem Anschluß an die Zentralmächte liegt. Um so wünschenswerter käme ihnen ein gemeinsames Vorgehen Schwedens und Deutschlands in Finnland. Leider ist an ein solches Zusammengehen Schwedens mit Deutschland vorläufig nicht zu denken, so lange der Geist Brantings die Politik Schwedens bestimmt.

Der Sieg über Italien

Von Alwin Saenger, München

„Der Schauer der Niederlage, der über alle hinwegstreicht, bringt Junker und Volk für Augenblicke näher."

Alfred Capus, de l'Académie française.

Es gibt, so dürfen wir aus tiefer Überzeugung schreiben, in diesen Tagen, da die Heere der verbündeten Kaiserreiche mit siegreichen Fahnen der Dogenstadt entgegenziehen, keinen Staatsbürger ihrer Nationen, der nicht den vorwärts stürmenden Soldaten in dem befreienden Gefühle eines großen Geschehens folgte. Die Einheit wie in der Stunde der Berliner Schloßrede kehrt wieder und führt den Deutschen in Schloß und Hütte, im Palast des industriellen Kapitalismus und im Hinterhaus des proletarischen Wohnens, in Rittergut und Kate nochmals auf dem Boden gemeinsamer Gedanken, Wünsche und Hoffnungen zusammen. Ich fühle als Sozialdemokrat in diesen Augenblicken, daß auch der preußische Junker ein deutscher Junker ist.

Sieg über Italien!

Was muß es dem Historiker bedeuten, die Blätter der Geschichte zu wenden und rückwärts schauend von den langobardischen Zeiten über die Epochen der Hohenstaufen und Ottonen seine Betrachtungen bis zu dem Tage zu vollenden, da Franz Josef nach Solferino erschüttert ausrief: „Lieber eine Provinz verlieren, als noch ein-

Digitized by Google

mal so Gräßliches erleben," bis zu dem Tage, da Ferdinand Lassalle seinen italienischen Krieg verfaßte, bis zur heutigen Stunde! Welche Anregung wird der Politiker gerade jetzt in dem Studium der großen österreichischen Frage finden, wo ihn über Grillparzers berühmtes Wort von Radetzky: „In seinem Lager ist Österreich" die Brücke zur Gegenwart führt. Der militärische Sachverständige wertet die unerhörten, beispiellosen Siege von seinem fachwissenschaftlichen Standpunkt aus. Uns sei all' dieses jetzt fern. Uns führen die Geschehnisse jenseits der Alpen zu der Frage nach dem deutschen Recht in diesem Weltkrieg. Denn dieser italienische Sieg, der uns tiefer und tiefer in Feindesland führt, bedeutet uns die ruhmvollste Verwirklichung der Hypothese von der Verteidigung Deutschlands. Die politische und rechtliche, die moralische und ethische Legitimität unserer Kriegsteilnahme ersteht in dem italienischen Siege in wahrhaft gigantischer Größe vor uns. Der glorreiche Sieg unserer Waffen ist ein Sieg der Sittlichkeit. Wir haben es oft und immer wieder gesagt, es weiter zu verkünden dürfen wir gerade in letzten Entscheidungen, so sehr wir einem Verständigungsfrieden nachstreben, nicht erlahmen: Der Verlauf des großen Krieges beweist es, daß wir ein großes Gut verteidigen mußten; der militärische Verlauf selbst zeugt für uns, für die Unantastbarkeit unseres Handelns. Kein Volk der Erde hätte sich gegen eine vernichtende Übermacht siegreich halten können, kein Volk der Welt hätte den Sieg gegen Frankreich, den russischen, serbischen, rumänischen und italienischen Sieg zu erkämpfen vermocht, wenn nicht in seinem Gewissen und Streben ein ewiges Recht lebte. Nur ein Volk, das in seinen Taten und Werken weiterleben soll, kann sich mit dieser ewigen Lebenskraft halten, wie wir es getan und wie wir es weiter allen Gewalten zum Trotz auch fürderhin tun werden. Es ist kein chauvinistisches Gejauchze, das wir in „Siegerstimmung" anheben wollen; aber wir wollen gegenüber einer Welt, die uns mit gemeiner Beschimpfung und Waffengewalt zu töten versucht, auch nicht die bescheidenen Lumpen sein.

Das Raubgelüst nach dem linken Rheinufer und unserem deutschen Lande Elsaß-Lothringen, nach Konstantinopel und dem deutschen Handel fand seine konzentrierteste Originalität in der Politik des italienischen Freundes. In Italien fand deutsche Sehnsucht menschliches Glück. Sein politisches Reich wuchs mit unserer und des Bundesgenossen Hilfe empor. Es brach um des Raubes willen die Treue; ihm durften wir seit den Maitagen 1915 mit dem stolzen, verachtenden Worte des 4. päpstlichen Paul über den spanischen Philipp entgegentreten: „Ja, mein Freund, der mich belagert hielt, der meine Seele suchte." Italien ist das weltgeschichtliche Symbol für die Niedrigkeit der Kriegsgründe der Gesamtkoalition gegen uns geworden. Kein Meißel wird aus den Tafeln der Geschichte den Eintrag kratzen: Italien, der Verräter.

Es beliebt einer landläufigen Darstellungsweise, dem italienischen Volke in stark betontem Gegensatze zu seiner Regierung ein besonderes Zeugnis seines Wohlverhaltens auszustellen; wir können dem nicht bei dieser Bewertung unseres Sieges voll

Digitized by Google

zustimmen. Gewiß stehen wir dem italienischen Volke innerlich anders, wie dem englischen oder französischen gegenüber. Aber jener so oft gehörten Gegenüberstellung können wir billigerweise nur so weit folgen, als uns dieselbe genügend charakterisiert erscheint, wenn wir dem italienischen — von der Entente ja auch für den Konzern der „westlichen Demokratie" reklamierten — Volke unser Bedauern über seine geringe Fähigkeit, einer verbrecherischen „militaristischen" Regierung erfolgreich zu widerstehen, aussprechen. Im übrigen wird auch Italien — so glauben wir bestimmt — den kriegverlängernden Weg des „nationalen Verteidigungs-Ministeriums" nach den Vorbildern seiner heutigen Bundesgenossen zunächst beschreiten und es wird sich nicht von dem Werte eines Verständigungsfriedens ad hoc bei einer noch so vernünftigen, diplomatischen Aktion überzeugen lassen. Auch das italienische Volk wird bis zur endlichen Erleuchtung noch weiter die Söhne seines Landes dem englisch-französischen Vernichtungswahnsinn opfern. So besteht auch kein Anlaß, die Bedeutung des italienischen Sieges nicht vor der Welt zu unterstreichen, die für uns mit der Niederlage des langjährigen Bundesgenossen gegeben ist. Die Katastrophe des Heeres gerade in dem Lande, dem wir nicht nur nichts nehmen, sondern in starkem, freundschaftlichen Friedenswillen in einem Augenblick eigenen bedrohten Lebens erhobene Wünsche, soweit es bei der Wahrung persönlicher Ehre möglich war, erfüllen wollten, muß mit der weiteren Entwicklung der Dinge grade auch bei den neutralen Mächten zu einer nachhaltigen Gesundung des Urteils über Verursachung und Verschuldung des Weltkrieges beitragen.

Wir können hungern und frieren, dulden und leiden, entsagen und harren, entbehren und überwinden, die schwarze Nacht eines einsamen Menschenlebens draußen irgendwo in der Welt ertragen, es scheint in dunkle Kerkerzelle noch das Licht der Sonne, wenn in der Brust der Imperativ wacht: es kommt der Tag, an dem du dir aus Unrecht dein Recht schaffen wirst. Vergeltung für Unrecht, das ist's, was auch die Volksheere im Süden zu weltgeschichtlichen Siegen führt. Es ist die Sprache der Vernichtung zwar, die gesprochen wird, und die wir für immer aus der menschlichen Gemeinschaft bannen zu können hoffen; aber diese Antwort auf eine wider unseren Willen gestellte Frage ist ihrer Rechtfertigung nach ethisch so hochstehend, wie die Verteidigungsrede des Unschuldigen vor dem Tribunal. Das Mittel stand nicht in unserer Wahl; der Zweck ist rein. Nach bald vierjährigem Leiden vollzieht sich ein Gericht, dessen Urteil in der neutralen Welt um so mehr zur Wirkung und Anerkennung gelangen wird, da die ganze Lügenorganisation des Feindes mit ihrer Rede über die zusammenbrechende Schwäche des Reiches noch unmittelbar vor dem Spruch wahre Orgien feierte. Und da so die Grundtendenzen dieses Weltkrieges klar wie selten in der Genesis des italienischen Sieges zum Durchbruch kamen, dürfen wir ihn wohl das größte Erlebnis dieser 3½ Jahre des Kämpfens, der Verleumdung, des Duldens, des Hoffens, des Siegens nennen.

Digitized by Google

Das deutsche Volk erlebt die Stunde seiner vollkommensten Rechtfertigung. Und wieder einmal steigen wir durch des Tages Gewölk hinauf auf den Berg der deutschen Einheit und deutschen Zukunft und schauen im Geiste das Land, in dem Goethe einst für die Menschheit schuf. Und wir dürfen als Vermächtnis für Kinder und Enkel dem Herzen einprägen, daß wir da drunten auf italienischem Boden kämpfen, sterben und siegen für heiliges deutsches Recht.

Notizen

Die Reform des osmanischen Eherechts. Vor einigen Wochen hat die Türkei einen weiteren Schritt auf dem Wege der Reform getan, den sie unter der Leitung ihres Justizministers begangen hat: mit der Reform des osmanischen Eherechts. Der „Osmanische Lloyd" berichtet hierüber: „Die gesamte Verwaltungsform, die als eine Errungenschaft dieses großen Krieges angesehen werden kann, bewegt sich in der Richtung auf die Umwandlung des alten theokratischen Staatsgefüges in einen modernen Einheits- und Reichsstaat. Es ist daher ganz natürlich, daß man die bisher noch fehlenden Rechtsgarantien zu schaffen sucht und vor allem der Familie, dieser Urzelle des Staates, eine festere Grundlage gibt, als sie bisher gehabt hat, dadurch, daß der Staat die Bürgschaften und Sicherheiten für die Institution übernimmt Die Eheschließung war bisher ausschließlich eine Angelegenheit des religiösen Rechtes, unter dessen Schutze sie abgeschlossen wurde. So war es bei den Mohammedanern wie bei den Nichtmohammedanern. Wie bei den ersteren der Imam, so war bei den letzteren der Priester oder der Rabbiner derjenige, der den Rechtskontrakt, den die beiden Ehegatten eingingen, abschloß und ihm die Weihe gab. Das neue Gesetz, das unter Hinzuziehung der angesehensten Rechtsgelehrten des Landes ausgearbeitet worden ist, bestimmt nun, daß der Ehevertrag ‚nikiah' bei den Mohammedanern — vor dem Hakim, dem Richter oder dessen Stellvertreter abgeschlossen werde. Die Ehe ist also künftig eine Rechtsangelegenheit, und daher wird sie auch von einem ernsteren und gleichzeitig dem Standpunkte der Frau aus humaneren Gesichtspunkte betrachtet. Der Leichtigkeit der Ehetrennung, die nach dem Urteil unserer osmanischen Zeitgenossen eine der Ursachen war, die der normalen Zunahme der Bevölkerung im Wege standen, wird dadurch ein starker Riegel vorgeschoben. Falls ein Ehemann sich von seiner Frau scheiden lassen will, was er bisher nach seinem souveränen Ermessen tun konnte, so muß er nunmehr zunächst vor einem Ehegericht die Notwendigkeit der Ehescheidung nachweisen. Wenn die Mitglieder dieses Einigungsgerichtes zu keinem übereinstimmenden Urteil kommen können, so fällt die Entscheidung einer höheren Instanz zu, die dann ausschlaggebend ist. Vom Standpunkt der positiven Frauenrechte aus ist diese Neuerung ein gewaltiger Fortschritt, der sich noch überdies auf die Urteile aller Theologen und Rechtsgelehrten stützt, so daß er auch nach dieser Seite hin einwandfrei ist. Diese neue Auffassung der Ehe gesteht der Frau Gleichberechtigung zu, die auch in den Bestimmungen über die Polygamie zum Ausdruck kommt. Ohne daß sie diese durch die Religion geheiligte Einrichtung ganz beseitigt, gesteht jetzt die neue Gesetzgebung der Frau das Recht zur Entscheidung zu, ob sie sich einer solchen Ehe fügen will oder nicht."

Die Durchdringung Südamerikas durch die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten, so schreibt die „Nacion" in Buenos Aires, beginnen Südamerika „friedlich zu durchdringen". Als Wanderredner hat Charles L. Chandler von der Universität Harward, Bibliothekar für südamerikanische Geschichte und Literatur, an den Universitäten Argentiens Kurse abgehalten, die sich auf den Güteraustausch zwischen Argentinien und den Vereinigten Staaten bezogen und

Digitized by Google

der Erforschung der Bedürfnisse der modernen Märkte dienten. Im August d. J. kam Chandler nach Argentinien in Begleitung von drei Vertretern bedeutender industrieller Unternehmungen im Süden der Vereinigten Staaten, die einige Monate lang sorgfältig die Aussichten studieren wollen, die sich der nordamerikanischen Industrie für Erhaltung und Erweiterung der von ihr während des Krieges errungenen Stellung nach dem Kriege bieten werden. Chandler hat sich ausführlich hierüber geäußert: Er weist darauf hin, daß Lateinamerika in den Vereinigten Staaten immer größeres Interesse erwecke. Er sieht davon ab, trockene Ziffern über den täglich wachsenden Umfang des Handels der Vereinigten Staaten und Argentiniens zu geben, führt vielmehr die Art und Weise an, in der durch Maßnahmen auf geistigem Gebiete der wirtschaftlichen Durchdringung Argentiniens vorgearbeitet wird. Dahin gehöre vor allem die Pflege der spanischen Sprache. Er gibt hierfür folgende Belege: „In New York sind es zurzeit über 15 000 Schüler, die Spanisch lernen. An der Universität Princeton ist aus privaten Stiftungen von 100 000 Dollar eine Professur für spanische Sprache errichtet worden, und Kaufleute und Industrielle von irgendwelcher Bedeutung lassen da ihre Söhne Spanisch lernen. In Chattanooga besuchen 500 Schüler öffentliche Schulen, an denen der spanische Unterricht obligatorisch ist. Ein anderer Weg, um Lebensäußerungen Lateinamerikas in den Vereinigten Staaten zu erwecken, ist die Abhaltung von Kursen über argentinische Geschichte. So hat in Knoxville Herr José León Suarez (Sohn), ein argentinischer Student, hierüber Vorträge in der Sommerschule der Universität Tenessee vor 50 Lehrern gehalten, die das Gehörte nun an ihre Schüler weitergeben werden. Auch an der Universität von Nord-Carolina besteht ein Lehrstuhl für südamerikanische Geschichte mit 100 Hörern, den zurzeit Dr. W. A. Pierson einnimmt. Eine Reihe von jüngeren Argentiniern hält in den Vereinigten Staaten Spezialkurse ab, die den anerkennenswerten nützlichen Zweck verfolgen, ihr Land den Nordamerikanern bekannt zu machen." Chandler schloß die Unterhaltung mit dem Worten: „Ich bin gewiß, daß diese fleißige Kulturpropaganda mächtig dazu beitragen wird, die Beziehungen aller Art zwischen beiden Nationen enger zu gestalten."

Die Welthungersnot. Für den „Nieuwe Rotterdamsche Courant" entnimmt der Verfasser zweier Artikel über die drohende Welthungersnot dem „Ned. Landbouw Weekblad" Zahlen über die ungünstigen Getreidevorräte, die in der letzten Woche des August 1917 für die Vereinigten Staaten z. B. nur 1 320 000 Tonnen gegen 1 568 000 Tonnen im Vorjahr betragen hätten. Er sagt hierzu, „man könnte sich vielleicht wundern, daß gerade die Vereinigten Staaten eine so ungünstige Ziffer aufweisen, weil sie noch nicht lange Zeit direkt im Kriege seien. Aber die ungeheuren Munitionslieferungen an die Entente hätten auch schon früher eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Munitionsfabriken zur Folge gehabt." Dann wird auf den Mangel an Düngemitteln, Kali bei der Entente, Salpeter bei den Zentralmächten und den europäischen Neutralen hingewiesen. Auch in den südamerikanischen Staaten sowie in Indien seien die Ernteergebnisse ungünstig, und man müsse also annehmen, daß in der nächsten Periode Europa auf seine eigene Produktion angewiesen sein werde. Im zweiten Artikel weist der Verfasser auf die wachsende Sterblichkeit infolge des Krieges hin, bespricht dann den Militarismus, der gerade bei den Zentralmächten eine immer stärker werdende Gegenbewegung ausgelöst habe, und weist auf die friedensfreundlichen Bestrebungen des österreichischen Kaisers hin.

Der Schiffbau in Amerika. Nach dem Bericht des Nachrichtenamtes in Washington (committee of public information) ist der gegenwärtige Stand des amerikanischen Schiffbaues außerordentlich günstig. Im Auftrag des Schiffsbauausschusses befinden sich gegenwärtig 1039 Schiffe im Bau. Hiervon sind 353 mit 1 253 900 Tonnen Holzschiffe; 58 mit 207 000 Tonnen aus gemischtem Material; 225 mit 1 663 800 Tonnen Stahlschiffe; 403 Schiffe verschiedener Typen, alle über 2500 Tonnen, mit 2 800 000 Tonnen, die von in- und aus-

Digitized by Google

ländischen Privatunternehmungen bestellt wurden, sind während ihrer Herstellung beschlagnahmt worden. Das bringt die Gesamttonnage der zurzeit im Bau befindlichen Schiffe auf 5 924 700 Tonnen. Neuerdings sind Vorkehrungen und Ermächtigungen getroffen zum Bau von weiteren 5 Millionen Tonnen. Das bringt die dem Schiffbauausschuß unterstehenden Neubauten auf die Gesamthöhe von fast 11 Millionen Tonnen. Einen weiteren Zuwachs erfuhr die Flotte durch Übernahme von 103 internierten deutschen Schiffen mit insgesamt 611 799 Tonnen.

Neuerscheinungen

Die Feinde

Die russische Gefahr wird weiterhin von dem Kreise der Rohrbach-Schule eindringlich gemacht. Zuletzt weist sie Richard Pohle in dem ersten Heft der von Rohrbach herausgegebenen Sammlung „Die russische Gefahr" („Rußlands Ländergier", Engelhorn, Stuttgart) aus dem Gedankenkreis Kuropatkins, „des Vertreters des russischen Eroberergedankens" und seiner „Denkschrift" nach. Er zieht aus der Geschichte der beiden vorausgegangenen Jahrhunderte russischer Geschichte die Lehre für die Gegenwart, daß es Rußlands Aufgabe sei, seine Grenzen zu erweitern, zur Herrschaft über die inneren Meere: die Ostsee, das Schwarze und das Kaspische Meer zu gelangen und die Grenzvölker mit der „kernrussischen Bevölkerung zu verschmelzen". „Eine Großmacht von der Stärke Rußlands", so begründet Kuropatkin seine Forderungen, „kann ohne die Erfüllung dieser Aufgaben nicht existieren, weil sie auf dem Wege ist, am Ende des 20. Jahrhunderts eine Bevölkerungszahl von nahezu 400 Millionen zu erreichen." „Das Gewicht dieser Ausführungen", sagt Rohrbach im Vorwort, „besteht darin, daß die entscheidenden Argumente aus dem feindlichen russischen Lager selbst kommen." An einem einzelnen Problem weist die russische Gefahr Wilhelm Knorr nach: „Die Donau- und die Meerengenfrage" (Gustav Kiepenheuer, Weimar 1917). Die Schrift beweist nach der Betonung der Wichtigkeit des Donauproblems für Deutschland und die europäische Politik, welch ein System von Hindernissen Rußland, solange es konnte, aufgebaut hatte, um die Donau nicht zu einem Handelsweg für Mitteleuropa werden zu lassen. Sie zeigt ferner, wie eng die Schiffahrt auf der Donau mit der durch die türkischen Meerengen zusammenhängt und wie zwischen der russischen und der englischen Meerengenpolitik Deutschland keine andere verfolgen darf, als: die Meerengen bleiben in türkischer Hand! Daraus ergibt sich, wie absolut das russische Interesse hier gegen das deutsche geht. Die Argumente dieser Schule werden gestützt von einer Reihe Draußenstehender. Der Geograph Albrecht Penck umschreibt in einem Heft der Sammlung Meereskunde „Die natürlichen Grenzen Rußlands" (E. S. Mittler, Berlin, M. 0.60). Er weist den Mangel an inneren Gründen für die Zugehörigkeit der nach Westen über die Grenzen des Russentums hinausgreifenden Gebiete zum eigentlichen Rußland nach. „Die herrschenden Großrussen haben weder die apathisch sich verhaltenden Weißrussen, noch die politisch regsameren Ukrainer sich anzugleichen vermocht." (Neuartig ist die Auffassung Pencks, daß allein die Autokratie, nicht das russische Volk den ungezügelten Eroberungsdrang Rußlands verursacht hat.) Die Ostsee als germanisches Territorium verlangt der Norweger Jon Alfred Mjöen („Germanen oder Slawen?" Curtius, Berlin). Er wünscht die Ostmark „als äußerstes Bollwerk des Germanentums gegen das Slawentum. Die politischen Vorteile, die Norwegen und Schweden haben würden, wenn Rußlands Grenze östlich der Narva, des Peipussees und Dünaburgs liefe, sind unschwer zu übersehen. Ein deutsch-finnischer Gürtel: Suwalki—Kowno—Kurland—Livland—Estland—Finnland — zwischen Rußland und der Ostsee. Ein Blick auf die Landkarte wird uns leicht überzeugen, daß ein solcher Gürtel, der sich im Laufe der Zeiten germanisieren ließe, eine Scheidewand zwischen die kleinen Nationen auf der skandinavischen Halbinsel und ihren einzigen Feind setzen würde." Max Böhm legt sich in einem in der Sammlung „Kurland in Vergangenheit und Gegenwart" erschienenen kleinen Bändchen über die äußere und innere Geschichte des Lettenvolkes („Die Letten") die Frage vor, wie sich die Letten, vor eine Wahl zwischen Rußland und Deutschland gestellt, verhalten würden. Die „weitaus überwiegende Landbau treibende Bevölkerung (zu der auch die Handwerker und Kleingewerbetreibenden in den Städten zu rechnen sind) wird bald erkennen, auf wessen Seite ihr Vorteil liegt. Sie werden sich willig in die neuen Verhältnisse fügen, weil sie sich der Wesensverwandtschaft mit der germanischen Rasse bewußt sind, weil ihre ganze Wirtschaftsmethode auf der deutschen fußt." Ein neuer Überblick über Litauen und sein Volk ist das Buch von Dr. W. Gaigalat (Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1917, Frankfurter Vereins-Druckerei). Eine kurze, zusammenhängende Darstellung der „Großen russischen Revolution", ihren historischen Voraussetzungen und ihrem Verlauf bis zur zweiten Koalitionsregierung gibt nach russischen Quellen und mit zahlreichen Abbildungen versehen E. Berow im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, heraus (M. 2.50).

Digitized by Google

Zur ostasiatischen Frage äußern sich Dr. Schrameier „Die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen“ und Alfred Manes „Die Südsee im Weltkrieg“ (E. S. Mittler, Berlin, je M. 0.60). Schrameier untersucht die Sachlage: „Nicht mehr hat England den maßgebenden Einfluß; es hat ihn an Japan abtreten müssen. Das aufstrebende und unternehmende Volk hat den günstigen Augenblick benutzt, um sein Ideal eines Zusammengehens der ostasiatischen Länder zu verwirklichen. Natürlich ist der Zusammenschluß zunächst nur unter Japans Führung möglich. Englands Ansehen aber ist geschwunden, und wenn es Japan auch nur zurzeit als den mit Wahrung seiner Interessen im Osten Beauftragten bezeichnet, so tritt doch jetzt schon offen zutage, wie der Bevollmächtigte sich in seine neue Rolle als ausschlaggebender Faktor im Osten hineinfindet.“ Manes betrachtet die Sachlage in ihrem Verhältnis zu Deutschland: Mit keinem Volke ist der Abschluß auf kommerziellem wie auf politischem Gebiete leichter wie mit Japan. „Unerläßliche Voraussetzung für ein Einvernehmen mit Japan ist die Anerkennung seiner Vorherrschaft auf dem ostasiatischen Festland und mindestens in der nördlichen Südsee, wenn nicht gar in der gesamten Südsee einschließlich Australien und Neuseeland.“ Auch nach der Meinung von Justus Hashagen drohen der anglikanischen Welt von Japan Gefahr. („England und Japan seit Schimonoseki“, Essen 1915, G. D. Baedeker.) In der pazifistischen Richtung (die nur für die nächste Zeit von Japan hinter die kontinental-asiatischen, d. h. chinesischen zurückgestellt worden sind) „stößt Japan notwendig nicht nur mit den Lebensinteressen der weißen Kolonien Englands und ihrer Annexe, sondern namentlich auch mit den Vereinigten Staaten zusammen.“ Sogar „bei einer Verfolgung der japanischen Ostpolitik in der bisherigen Weise hält Hashagen Zusammenstöße mit England für unvermeidlich.“ Die Literatur über England erhält eine (für die Beurteilung der U-Bootfrage) wertvolle Ergänzung durch die deutsche Bearbeitung eines Blaubuches, das dem englischen Parlament und anderen Interessenten ein Mittel in die Hand geben sollte, sich über die Lage der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung zu orientieren. („Der Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf Englands“, Jena, G. Fischer, M. 3.00.)

Im allgemeinen bemerkenswert ist die Meinung H. Herkners über unser Verhältnis zum Ausland („Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien“, M. 0.80). Darin wird die Annahme der deutschen Volkswirte an den Fragen der Auslandspolitik mit derjenigen der feindlichen Volkswirte verglichen. „Es kann, so sagt Verf., nicht in Abrede gestellt werden, daß dieses Gebiet in England, Frankreich und Amerika mit größerem Erfolg angebaut worden ist. Das bezieht sich auf die Literatur nicht weniger als auf den Unterricht. Wir haben leider der London school of Economic and Political Science und der in gleicher Richtung hin wirksamen école libre des Sciences politiques, welche für die Ausbildung der Diplomaten eine besondere Section Diplomatique besitzt, nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Wir sind eben alle vor dem Krieg viel zu sehr geneigt gewesen, die ganze Auslandpolitik den zukünftigen Diplomaten als ausschließliche Domäne zu überlassen, obwohl deren Leistungen ein so unbedingtes Vertrauen schon längst nicht mehr rechtfertigen. Wenn unsere Volkswirte in Zukunft sich eindringlicher mit Weltpolitik beschäftigen sollten, so würden sie nur an die stolze Tradition anzuknüpfen haben, die gerade von unseren größten Volkswirten und Sozialisten ausgegangen ist.“ Unsere Generation hat auf diesem Gebiete unendlich viel nachzuholen, unsere ‚Unkenntnis des ausländischen Denkens‘ ist geradezu ‚erschreckend‘ gewesen.“ Auch Karl Meinhof spricht („Eiserne Zeit“, Bertelsmann, Gütersloh, M. 0.20) über unser Verhältnis zum Ausland. „Wir müssen für das Ausland endlich den richtigen Maßstab gewinnen. Man möchte nun heute alles Ausländische beseitigen. Das war vor hundert Jahren ebenso und 1870 auch. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, daß es damit getan ist, daß man einige Fremdworte abtut und einige fremde Sitten beseitigt. Die Hauptsache bleibt die Gesinnung. Wenn wir nichts weiter sein wollen, als Leute, die schlicht und einfach ihre Arbeit tun, dann sind wir nicht in Gefahr, den Fremden nachzulaufen und sie nachzuahmen. Im Grunde ist das nichts als Eitelkeit, daß man mehr vorstellen will, als man ist. Und diese Eitelkeit muß uns unser Pflichtbewußtsein verbieten. Aber auch vor dem entgegengesetzten Fehler haben wir uns zu hüten, daß wir tun, als wären nur die Germanen, nur die Deutschen rechte Menschen, — alle andern nicht. Das eben ist ja Englands Hochmut, daß es nur das eigene Volk gelten läßt. Diesen Fehler wollen wir nicht nachahmen, denn der ist nur eine neue Form der Eitelkeit.“

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kobe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Schubert in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 7. Dezember 1917 • Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Das neue Preußen

Von Friedrich Thimme

I.

Zum dritten Male innerhalb weniger Menschenalter schlägt die Geburtsstunde eines neuen Preußen. In der Reformzeit von 1807—1813 hat das Hohenzollernhaus zum ersten Male das enge Bündnis zwischen Volk und Staat herzustellen gesucht. Das Revolutionsjahr 1848 hat an die Stelle des absoluten Preußen, das in der Zeit nach den Freiheitskriegen sich noch einmal im Sattel aufgerichtet hatte, das konstitutionelle Preußen treten lassen. Aber das neue Preußen, das damals entstand, war ein Klassenstaat; indem es sich auf das ganze Volk zu stützen vorgab, beließ es den bemittelten Klassen einen bevorrechteten Platz. Der Klassenstaat blieb bestehen, auch als der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich die Rechtsgleichheit aller Deutschen herstellte. Es klaffte seither ein tiefer Zwiespalt zwischen dem Reichsorganismus und dem preußischen Organismus. Jetzt, mitten in den Schauern des Weltkrieges, ist die Stunde gekommen, wo das, was in den Epochen der Freiheitskriege und der Revolution von 1848 nur angebahnt wurde, vollendet werden soll: in dem neuen Deutschland ein neues Preußen, in dem alle Glieder des Volkes in gleichem Maße, ohne Unterschied der politischen Rechte, zu der freien und freudigen Mitarbeit am Staatswesen berufen werden sollen. Am 24. November sind dem preußischen Landtage die drei Gesetzentwürfe zugegangen, die die Grundlage des neuen Preußen bilden sollen. Sie bringen für das Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht, das sich vom Reichstagswahlrecht nur durch einige Kautelen, das Erfordernis dreijähriger Staatszugehörigkeit und einjähriger Wohnsitzdauer, unterscheidet, für das Herrenhaus eine freiere und modernere Ausgestaltung, die sich vor allem auf das freilich nicht restlos durchgeführte Prinzip der berufsständischen Vertretung stützt, daneben für beide Häuser des Landtages einige etatsrechtliche Veränderungen, die auf eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses hinauslaufen. Auf den Inhalt der Vorlagen im einzelnen einzugehen, wird sich uns

Digitized by Google

noch öfter Gelegenheit bieten; jetzt gilt es vor allem den Geist zu kennzeichnen, von dem die Vorlagen erfüllt sind.

Der Geist, aus dem die Reformvorlagen geboren sind, kommt besonders wirkungsvoll in der dem Wahlrechtsentwurf beigegebenen Begründung zum Ausdruck. Es sind in erster Linie ethische Momente, auf die die Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten gestützt wird: „Der Krieg fordert von dem preußischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatstreu gefunden; das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatstreue Haltung kann es sich dabei handeln; es handet sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat." Mit diesem ethischen Moment der unumschränkten Vertrauenswürdigkeit des Volkes, das der Krieg in das hellste Licht gerückt hat, wird ein staatspolitisches verknüpft: die Tatsache, daß die Zeit nach dem Kriege den preußischen Staat vor Aufgaben stellen werde, deren Schwierigkeit alles bisher gekannte Maß übertreffe, Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gewaltigste und völlig neue Anforderungen stellen würden. Es wird nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber man liest es zwischen den Zeilen der Begründung, daß nur eine durchgehend gleiche Verteilung der politischen Rechte die unendlichen Kräfte auslösen könne, die nach einem schönen Worte Gneisenaus in dem Schoße der Nation schlummern. Ausdrücklich verwirft die Begründung aus den völlig gewandelten Voraussetzungen heraus, die der Weltkrieg geschaffen hat, ein abgestuftes Wahlrecht. „Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung versagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat, wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit restlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigungen in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben. Das

Digitized by Google

dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten, unmeßbaren Wertes. Die preußischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staat gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann."

Das ist eine Sprache, wie man sie bisher in der Begründung preußischer Gesetzentwürfe nicht kannte. Nur unfreundlicher Wille kann ihren tiefen sittlichen Ernst, der auf das preußische Volk seinen Eindruck nicht verfehlen wird, in Phrasenhaftigkeit umdeuten; in Wahrheit ist sie ganz erfüllt von der Ehrfürchtigkeit, die nach einem Wort unseres Kaisers großes Erleben erweckt. Ungewöhnlich ist an der Begründung der Wahlrechtsvorlage auch der Ton stählerner Entschlossenheit und Zielsicherheit. Es ist die Sprache einer Regierung, die unbedingt auf dem gleichen Wahlrecht bestehen will, und alle Brücken, die etwa zu einem abgestuften oder berufsständischen Wahlrecht führen könnten, von vornherein hinter sich verbrannt hat. Hier tritt deutlich zutage, was die Gegner der Wahlreform mit Spott und Hohn abstreiten möchten: daß die Krone in dieser bedeutsamen Frage allerdings die Führung hat und behaupten will. Wer sich die bisherigen Verlautbarungen Kaiser Wilhelms zur Wahlreform seit der Thronrede von 1908 ins Gedächtnis ruft, wird daran nicht einen Augenblick im Zweifel sein können. Schon damals stellte sich der Monarch bewußt in den Vordergrund: „Es ist mein Wille, daß die auf der Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren." Auch die Osterbotschaft und der Wahlrechtserlaß vom 11. Juli betonen die ganz persönliche Stellungnahme des Kaisers: „Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden ... Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr." Auch Graf Hertling hat es ja in seiner ersten Kanzlerrede mit voller Deutlichkeit unterstrichen: „Sie alle wissen, in welch großzügiger Weise in dem mächtigsten deutschen Bundesstaat von der höchsten Stelle die Initiative zu einer weitgehenden Reform ergriffen worden ist." Hiernach sollte von der beleidigenden Unterstellung, als ob dem Träger der Krone der Entschluß zur Wahlrechtsvorlage von den Linksparteien und ihrem Werkzeug Bethmann Hollweg geradezu abgepreßt worden sei, nicht mehr die Rede sein; sie ist einfach nicht wahr.

Die feste und entschlossene Haltung, die der Monarch und mit ihm die ganze Regierung in der Wahlrechtsfrage eingenommen hat, läßt erwarten, daß es gelingen werde, sie durch alle Schwierigkeiten und Gefahren der parlamentarischen Behandlung hin-

Digitized by Google

durchzusteuern. An schweren Kämpfen und Auseinandersetzungen wird es ja nicht fehlen. Von seiten der im Abgeordnetenhause überwiegenden konservativen Partei droht geschlossene Gegnerschaft; auch in der freikonservativen Partei wird die große Mehrzahl nicht für das gleiche Wahlrecht zu haben sein. Von den Mittelparteien, dem Zentrum und der nationalliberalen Partei, wird man annehmen dürfen, daß sie bis auf einen Bruchteil sich schließlich für die Vorlage entscheiden werden. Von den Linksparteien ist das selbstverständlich, obwohl auch sie manches gegen die Vorlage einzuwenden haben, so vor allem gegen die Kautelen, mit denen das gleiche Wahlrecht eingeschränkt werden soll. In der Tat erscheinen diese Bestimmungen als eine Anomalie in dem sonst so klaren, einfachen und geschlossenen Aufbau des Gesetzes. Wenn für die Gleichheit des Wahlrechts die gleichen Opfer maßgebend sind, die ein jeder Volksgenosse gebracht hat, so ist nicht wohl einzusehen, wieso erst eine bestimmte Aufenthaltsdauer in einer Gemeinde diese Opfer wirksam werden lassen darf. Mag es immerhin richtig sein, daß, wie die Begründung der Wahlrechtsvorlage ausführt, die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen, wie der seßhafte Teil, so kann das doch nicht ins Gewicht fallen gegenüber der überragenden Tatsache der Gleichheit der gebrachten Opfer. Es kommt hinzu, daß die ausschließende Wirkung jener Bestimmung vor allem einen großen Teil unserer Feldgrauen treffen würde, die nach der Rückkehr aus dem Felde sich in zahllosen Fällen erst eine neue Existenz und einen festen Wohnsitz suchen müssen. So muß man hoffen, daß die Einschränkungen des gleichen Wahlrechts, auf die auch unsere Rechtsparteien nicht allzu viel Wert zu legen scheinen, aus der Vorlage wieder ausgemerzt werden. Freilich wäre es ein schlechter Tausch, wenn dafür andere Einschränkungen, etwa hinsichtlich der Steuerleistung durch die Rechte durchgedrückt würden. Im ganzen droht der Vorlage keine größere Gefahr, als wenn in langwierigen Kämpfen um Einzelheiten, die gegenüber den großen Gesichtspunkten nicht in Frage kommen sollten, die öffentlichen Leidenschaften immer mehr aufgepeitscht werden. Für die Freunde der Vorlage sollte es ebenso wie für die Regierung die Hauptsache sein, daß unser innerpolitisches Leben, um mit den Worten der Osterbotschaft zu reden, so rasch wie irgend möglich von dieser schwierigsten und dornigsten Frage entlastet wird.

Mit der Annahme der Wahlrechtsvorlage durch das Abgeordnetenhaus, die schon erhebliche Schwierigkeiten haben wird, ist das große Werk der Wahlreform erst zur Hälfte vollbracht; es gilt dann noch die Zustimmung des Herrenhauses zu gewinnen, in dem der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht sicherlich nicht geringer sein wird als im Abgeordnetenhause. Zwar hat die Regierung gegen das Herrenhaus eine Waffe in dem Pairschub, d. h. in der Berufung einer größeren Anzahl neuer Mitglieder auf Grund allerhöchsten Vertrauens, in der Hand: eine Waffe, von der in früheren Fällen, z. B. bei der Kreisordnung von 1872, in der Tat mit Erfolg Gebrauch gemacht worden

Digitized by Google

ist. Ob aber die Regierung zu diesem Mittel in einem Augenblick greifen wird, in welchem sie vorschlägt, die bisher unbeschränkte Zahl der von der Krone aus allerhöchstem Vertrauen zu berufenden Mitglieder auf 150 festzusetzen, bleibt doch einigermaßen zweifelhaft. Schon jetzt beträgt die Anzahl der so berufenen Herrenhausmitglieder über 100; die Regierung könnte also, wenn sie sich innerhalb des Rahmens der neuen Vorlage halten will, bei einem Pairschub nur etwa 50 neue Mitglieder berufen, eine Anzahl, die, wenn das Herrenhaus energisch Opposition gegen die Wahlrechts- und vielleicht auch die Herrenhausvorlage machen will, nicht einmal genügen möchte. Doch darf man wohl vertrauen, daß das Herrenhaus, das auch in seiner konservativen Majorität immer den großen und weiten Gesichtspunkten des staatlichen Interesses mehr zugänglich gewesen ist als die wesentlich vom Parteistandpunkte beherrschte konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses, nicht eine kleinliche Obstruktionspolitik treiben wird.

Um die Herrenhausvorlage wird der Kampf allem Anschein nicht weniger entbrennen als um die Wahlrechtsreform. Zwar die Leitgedanken, die der Vorlage zugrunde liegen: die vorwiegende Begründung auf dem berufsständischen Prinzip, die stärkere Berücksichtigung der Selbstverwaltung im weiteren und modernen Sinne, also auch der ländlichen Selbstverwaltung usw., sind des allgemeinen Beifalls aller derer sicher, die nicht wie die Sozialdemokratie eine Erste Kammer grundsätzlich verwerfen. Auch daß die Vorlage in Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene den bisherigen erblichen Mitgliedern und dem altangesessenen größeren Grundbesitz, die bisher zusammen das Gros der Herrenhausmitglieder stellten, eine freilich gegenüber der bisherigen sehr beschränkte Vertretung belassen will, wird kaum mit Fug beanstandet werden können. Die Öffentlichkeit darf nicht verkennen, daß namentlich den bisher erblich berechtigten Mitgliedern des Herrenhauses ein großes Opfer zugemutet wird. Die Schwere dieses Opfers sollte namentlich denen vor Augen stehen, die nun zu einer stärkeren Vertretung im Herrenhaus auf Kosten der bisher Berechtigten berufen werden. Aber leider scheint es, als ob die ziffernmäßige Begrenzung der einzelnen Berufsvertretungen auf allen Seiten Unzufriedenheit und Begehrlichkeit weckt. Schon melden sich innerhalb der Landwirtschaft und des Großgrundbesitzes mißvergnügte Stimmen. Handel und Industrie, die bisher eine gesetzliche Vertretung im Herrenhaus überhaupt nicht hatten, sind durch die ihnen nunmehr zugedachten 72 Sitze, wie die neuesten Beschlüsse des deutschen Handelstages lehren, noch nicht zufriedengestellt. ebensowenig der Handwerkerstand mit den in Aussicht genommenen 12 Sitzen. Vollends muß sich die Arbeiterschaft dadurch zurückgesetzt fühlen, daß für sie eine Vertretung überhaupt nicht vorgesehen ist. Man versteht diese Auslassung, über die auch in der sonst ausgezeichneten Begründung der Vorlage kein Wort verloren wird, einfach nicht. Wenn der Grund nur darin gesucht werden sollte, daß der Arbeiterschaft noch die staatlich geordnete Vertretung fehlt, so wäre dem bald abzuhelfen;

Digitized by Google

das Arbeitskammergesetz steht ja in naher Sicht. Anscheinend ist aber der Grund für die Nichtberücksichtigung der Arbeiterschaft in der Herrenhausvorlage darin zu suchen, daß die Arbeiterschaft als die zahlenmäßig stärkste Volksklasse erwarten darf, schon im Abgeordnetenhause zu einer kräftigen Einwirkung auf die Gesetzgebung zu gelangen. Würde der Arbeiterschaft nun auch im Herrenhause, das doch als ein Gegengewicht gegen die demokratischen und nivellierenden Kräfte und Strömungen gedacht war und ist, eine entsprechende Vertretung zufallen, so möchte sie nach den Erwägungen des Gesetzgebers ein förmliches Übergewicht über alle übrigen Stände gewinnen. Unsererseits sind wir der Ansicht, daß eine mäßige Vertretung der Arbeiterschaft im Herrenhause — und wenn sie auch nur 36 Sitze bekäme — der Ersten Kammer, die sonst mit einem Odium belastet bliebe, nur zum Vorteil gereichen könnte. Auch das Herrenhaus muß hinfort, wenn es nicht den Zusammenhang mit dem ganzen Staatswesen verlieren soll, mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt sein.

Im großen und ganzen wird jedenfalls anzuerkennen sein, daß die drei Vorlagen zur Reform des preußischen Landtags ganz erfüllt sind von einem modernen und fortschrittlichen Geiste, von dem Geist auch der Augusttage 1914, und daß sie geeignet sind, die lebendigste Teilnahme des ganzen Volkes an der staatlichen Arbeit und den großen Zukunftsaufgaben Preußens zu gewährleisten. Und darum hoffen wir von ganzem Herzen, daß sie bald, möglichst bald unter Dach und Fach kommen. Wir verstehen es, daß viele das alte Preußen, dessen Neugeburt sich in den Stürmen des Weltkriegs vollzieht, mit aller Kraft festhalten möchten. Aber gegen die gewaltige Zeit kann kein Widerstreben helfen. „Hin ist hin!“ so schrieb Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., am 7. April 1848 an einen Vertreter des vormärzlichen Preußen. „Man kann darüber noch lange in preußischen Herzen trauern, aber zurückzubringen ist nichts; möge man jeden Versuch der Art aufgeben! Getrost das neue Preußen anzuschauen und wieder aufbauen helfen, das ist die Aufgabe jedes Patrioten.“

Möchten die Vertreter des vorauguſtlichen Preußen sich zu der Höhe und zu der Vornehmheit der Gesinnung des Prinzen Wilhelm aufschwingen! Dann werden sich das alte und das neue Preußen wahrhaft harmonisch miteinander vermählen.

Berlin, den 2. Dezember 1917

Der russische Schritt zum Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Ereignisse entwickeln sich so, wie das vor einiger Zeit hier als möglich angenommen wurde. Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den in Rußland gegenwärtig im Besitz der Macht befindlichen Politikern haben begonnen, und der Reichskanzler, Graf Hertling, hat in seiner Rede am 29. November erklärt,

Digitized by Google

in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung könnten „diskutable Grundlagen" für eine Besprechung über den Frieden erblickt werden. Welcher Art diese „diskutablen Grundlagen" im einzelnen sein sollen, ist nicht gesagt worden. Wenn die Worte den Sinn haben sollen, daß in Zukunft die eigentliche russische Gefahr für Deutschland und für Europa, das heißt die Oberherrschaft und das politisch-militärische Verfügungsrecht des Großrussentums über die nichtrussischen Völker des heutigen Rußland, beseitigt sein soll, so wäre zu schließen, daß die Maximalistenregierung in St. Petersburg sich mit der Anerkennung des Prinzips der freien Selbstbestimmungsrechte aller zum bisherigen russischen Reiche gehörigen Nationen einverstanden erklärt hat. Mehr brauchen wir für den Frieden mit Rußland, wie hier des öfteren ausgeführt worden ist, nicht. Dieses russische Zugeständnis aber brauchen wir allerdings. Vom Standpunkt der Maximalisten bedingt es im Augenblick auch keine großen inneren Schwierigkeiten, denn die Ideale dieser Richtung sind, im Prinzip wenigstens, nicht nationalistisch, sondern sozialpolitisch. Der Wunsch der russischen Maximalisten geht zurzeit weniger dahin, die großrussische Herrschaft über die 53 Proz. Nicht-Großrussen im alten Rußland aufrecht zu erhalten, als womöglich den sozialdemokratischen Gedanken in seiner radikalsten Gestalt über die ganze Welt, auch über Deutschland, zu verbreiten. Der Friedensschluß mit einem nichtsozialistischen Deutschland, mit einer deutschen Regierung von der Art der gegenwärtigen, bedeutet für die Maximalisten eine starke Selbstüberwindung, die sie nur notgedrungen zu üben bereit sind. Es kann aber wohl sein, daß Lenin, Trotzki und ihre Kollegen in der augenblicklichen obersten Gewalt in Rußland durch die innere Logik der Dinge nicht nur zum Friedensschluß mit Deutschland, sondern darüber hinaus vielleicht noch zu der Bitte an uns gebracht werden, ihnen irgendwie zu helfen, daß sie aus den Klauen der Entente loskommen. Das soll keine Prophezeiung sein, aber Möglichkeiten dieser Art sind nicht ausgeschlossen. Ebensowenig dürfen wir uns freilich einer Täuschung darüber hingeben, daß, soweit bei den jetzigen Bolschewiki das Großrussentum durch Persönlichkeiten oder geistige Einflüsse vertreten ist, über kurz oder lang auch der alte Gedanke der großrussischen Herrschaft über die unterworfenen „Fremdvölker" wieder aufkommen und mit den echten maximalistischen Prinzipien in Streit geraten wird. Vorläufig aber ist der Zwang zum Friedensschluß, der von der vollkommenen Auflösung aller Verhältnisse in Rußland, des Transportwesens, der Verpflegung, der Staatsautorität, der militärischen Disziplin, der Zahlungsmittel usw. ausgeht, so stark, daß das Verlangen nach Frieden auf jeden Fall die Herrschaft gewonnen hat. Es wird nun entscheidend sein, ob die Bolschewiki so lange am Ruder bleiben, bis die Freigabe des bisherigen russischen Westgebiets an seine Völker zur Ausübung ihres politischen Selbstbestimmungsrechts und die Entlassung der russischen Fronttruppen nach Hause zustande gekommen sind.

Die Vorstellung, daß in Rußland alsbald nach dem Friedensschluß geordnete Ver-

Digitized by Google

hältnisse wiederkehren werden, ist allerdings nicht glaubhaft. Es soll seitens einiger handelspolitischer Körperschaften in Deutschland an die Regierung die Bitte gerichtet worden sein, dafür zu sorgen, daß wir „sobald wie möglich" wieder in haltbare, dauerhafte Beziehungen zu Rußland kommen. Dieser Wunsch setzt voraus, daß es nach dem Friedensschluß bei einer anerkannten und verfügungsfähigen, dauernden Regierungsgewalt in Rußland bleiben wird — was wenig wahrscheinlich ist. Die inneren Auseinandersetzungen über die Enteignung des privaten Grundbesitzes, die Landverteilung an die Bauern, den Staatsbankerott, die Sozialisierung der industriellen Betriebe und eine Menge anderer tief einschneidender Fragen werden Rußland noch auf lange hinaus in starken inneren Zuckungen und Kämpfen festhalten. Es ist kaum denkbar, daß eine starke Staatsgewalt, sei es persönlicher, sei es republikanisch-demokratischer Art, in Kürze aufkommt, und die Kraft gewinnt, Ordnung zu schaffen, Ordnung in dem Sinne, daß die Landfrage geregelt wird, die begehrliche Masse sich einer starken Hand unterwirft und die Hilfsmittel des Staates, geistige wie materielle, wieder gesammelt werden. Alles das wäre möglich, wenn man es in der russischen Revolution mit einer Wiederholung der großen französischen zu tun hätte. Wer dergleichen glaubt, ist aber tief im Irrtum. In Rußland fehlen die organisatorischen Kräfte. Am Eingange der russischen Geschichte steht jener überlieferte Ruf der Slawen von Groß-Nowgorod an die schwedischen Wikingerfürsten jenseits der Ostsee: Kommt und seid Fürsten über uns, in unserem Lande herrscht keine Ordnung! Das ist in letzter Zeit über Rußland sehr häufig gesagt worden, wiederholt auch in der „Deutschen Politik". Aber weil es in Wahrheit das ABC alles Verständnisses für Rußland und die russischen Dinge ist, darum muß es immer von neuem gesagt werden. Wir können froh und glücklich sein, wenn die Gefäße, in die der Gedanke der Staatsordnung und Regierung gegenwärtig in Rußland gefaßt ist, solange heil bleiben, bis der Frieden fertig ist. Schon der Friedensschluß mit Rußland wird eine Art Wettlaufen mit dem Eintritt des nächsten Stadiums der russischen Anarchie sein. Darüber hinaus sich jetzt schon Gedanken über die Ordnung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum zukünftigen Rußland und dergleichen machen zu wollen, ist ein Beweis nicht ganz geringer Naivität in der Beurteilung russischer Verhältnisse.

Das große Problem ist nun, wie das Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege auf die Entente wirken wird. Rußland existiert nicht mehr, soweit es sich um sein Dasein als Kriegsfaktor handelt. Das kann schon heute gesagt werden, und es ist nicht einmal entscheidend für diese Auffassung, ob ein formeller Friedensschluß mit Rußland in nächster Zeit zustande kommt oder nicht. Auf jeden Fall hat die russische Kriegsfähigkeit aufgehört. Damit muß die Entente rechnen und damit rechnet sie schon heute. Kann sie daran denken, trotz Rußlands Ausscheiden und trotz der starken Schwächung Italiens, die sich möglicherweise noch durch weitere Niederlagen fortsetzen wird, den Krieg zu einem Ende zu führen, der ihren Sieg und Deutschlands

Digitized by Google

Niederlage bedeutet? Von uns aus gesehen, wird man natürlich geneigt sein, das für eine Unmöglichkeit zu erklären. Es kommt aber in diesem Falle nicht darauf an, was wir uns für Vorstellungen machen, sondern welches die Vorstellungen sind, von denen die maßgebenden Kräfte auf der Ententeseite beherrscht werden. Sie können objektiv falsch sein, aber sie können trotzdem imstande sein, die Entente noch weiter am Kriege zu halten. Daß Clémenceau die französische Regierung übernommen hat, hat man mit Recht einen Schritt der Verzweiflung genannt. Das war er. Aber die Verzweiflung im französischen Sinne ist doch nur so zu verstehen, daß durch dieses äußerste Mittel eben die Rettung erhofft wird. Vor allen Dingen muß Clémenceau selbst die Hoffnung haben. Niemand kann leugnen, daß er sich mit leidenschaftlichem Eifer und wirklicher Kraft auf die Arbeit gestürzt hat, Frankreich beim Kriege und bei der Kriegsfähigkeit zu erhalten. Von seinem hohen Alter ist dabei einstweilen nichts zu merken. Ebenso ist deutlich, daß er Gehilfen und Gefolgschaft findet. Von seiner Person und seiner Tätigkeit geht ein aufstachelnder Einfluß auf das Parlament und die Öffentlichkeit in Frankreich aus. Daraus läßt sich schließen, daß Clémenceau bestimmte Gründe für seine Hoffnung hat, den Krieg für Frankreich noch retten zu können. Die französischen Kräfte allein können es nicht sein, dies ist bekannt; man weiß, daß sie schnell nachlassen und daß auch die englische Hilfe weder imstande war, noch imstande sein wird, mit den Franzosen zusammen die Deutschen aus Frankreich hinauszudrängen. Es bleibt also nur der Glaube an die amerikanischen Leistungen im nächsten Jahre übrig. Wenn Clémenceau von diesen nicht überzeugt wäre, und wenn er es nicht verstanden hätte, seine Überzeugung auch dem übrigen Frankreich, das ihm jetzt weiter in den Krieg folgt, einzuimpfen, so wären weder sein Auftreten und die Übernahme der Geschäfte, noch der Erfolg, den er vorläufig gehabt hat, verständlich.

Man sagt bei uns, es sei unmöglich, daß die Amerikaner und die Entente genügend Transportmittel zur See aufbringen, um ein amerikanisches Millionenheer nach Europa zu bringen und zu versorgen. Dafür, daß es unmöglich sei, setzen sich bei uns sogar die gewichtigsten Autoritäten ein, und sie sind ohne Zweifel überzeugt, auf der Grundlage eines erschöpfenden Materials zu urteilen. Man mag aber mit soviel Nachdruck, wie man will, versichern, daß unsere Autoritäten recht haben — die Franzosen sind offenbar anderer Meinung. Sie glauben es nicht und sie berufen sich für ihren Unglauben darauf, daß man in Deutschland auch überzeugt gewesen sei, in befristeter Zeit mit Hilfe des uneingeschränkten U-Bootkrieges England niederzuzwingen, und diese Überzeugung habe getäuscht. Das ist, um das schwer erschütterte Vertrauen auf die schließliche Wendung des Krieges zugunsten der Entente wieder zu heben, ohne Zweifel ein starkes Argument, — zumal wenn dem französischen Volke gezeigt werden kann, wie große tatsächliche Vorbereitungen für die Landung amerikanischer Truppen und für ihren Transport an die Front für 1918

Digitized by Google

jetzt schon getroffen werden. Es ist nicht nötig, diese Vorbereitungen hier des Näheren zu beschreiben. Es genügt festzustellen, daß Arbeiten im größten Stile vor sich gehen, daß jeder Franzose, der in ihre Nähe kommt oder in ihrer Nähe wohnt, sie in eindrucksvoller Massenhaftigkeit vor Augen hat und daß er sich sagt: Ja, wenn das alles aufgewandt und geschaffen wird, dann müssen doch in der Tat die maßgebenden und verantwortlichen Stellen den festen Glauben an das Kommen der amerikanischen Hilfeleistung im Jahre 1918 haben! Das aber ist es, worauf es ankommt: Frankreich ist in einem Stadium, wo die ermattenden Kräfte des Volkskörpers nur noch durch die stärksten Reizmittel dazu gebracht werden können, daß sie sich neue Anspannungen zumuten lassen. Kein Mittel aber ist für einen müde werdenden Menschen oder für ein müde werdendes Volk so wirksam, wie der Anblick bedeutender Maßnahmen, die verwirklicht werden, um ihm Hilfe und Ablösung zuteil werden zu lassen.

Was für Frankreich gilt, gilt mehr oder weniger auch für England. Ein englischer liberaler Politiker, das Mitglied des Oberhauses Lord Courtney, hat im „Manchester Guardian“ vom 1. November einen offenen Brief an den deutschen Staatssekretär von Kühlmann veröffentlicht, der den Eindruck macht, als ob er ein sogenannter Friedensfühler sein könnte. Lord Courtney betont, wie alle englischen Stimmen, die Notwendigkeit, Belgien müsse wieder hergestellt werden. Er sagt, das Fehlen wichtiger im voraus erteilter deutscher Zusagen in diesem Punkte sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß England auch noch nicht zugesagt habe, seine Pläne des allgemeinen Handelskrieges gegen Deutschland bis über den Friedensschluß hinaus, aufzugeben. „Bei einer wirklichen Friedensannäherung muß eine solche Zurückhaltung auf beiden Seiten verschwinden und ich fahre in unserer Unterhaltung fort in der Voraussetzung, daß mit dem Frieden Belgien und die Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden, so wie sie vor dem August 1914 bestanden.“ So heißt es bei Lord Courtney. Mit Recht ist darauf erwidert worden, das Angebot, auf die Fortsetzung des Handelskrieges als Entgelt für die Aufgabe Belgiens zu verzichten, verschiebe die wahre Sachlage. Diese sei vielmehr die, daß den Gegenwert für Belgien und Nordfrankreich die von England eroberten Gebiete im Orient und die deutschen Kolonien bilden. Lord Courtney versucht weiterhin, deutsche Zugeständnisse in der elsaß-lothringischen Frage, und sei es auch nur ein Minimum von solchen, in territorialer Beziehung zu erlangen. Man sollte sich aber hüten, die Erwähnung einer solchen Aussprache, selbst in der sicher nicht eindruckslosen Form des Briefes eines englischen Oberhaus-Mitgliedes an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, höher als nötig einzuschätzen. Es bedeutet wenig, ja es bedeutet vermutlich überhaupt nichts für die gegenwärtige englische Regierung, für die Männer und die Parteien, die im Besitz der Macht sind und die den Kriegswillen haben. Lloyd George hat noch vor kurzem die Vernichtung des deutschen Handels, was nur ein anderer Ausdruck für die Vernichtung Deutschlands überhaupt ist, offen als das englische Kriegsziel hingestellt. Es war richtig und not-

Digitized by Google

wendig, daß der Reichskanzler, Graf Hertling, diese offizielle englische Regierungserklärung unterstrichen hat. Sie und was an englischen Äußerungen mit ihr in diese Richtung geht, ist für uns maßgebend, nicht was ein wohlmeinender Friedensfreund wie Lord Courtney schreibt.

Um ein geringes wichtiger als Lord Courtneys Brief kann der kurz darauf erschienene Brief Lord Lansdownes bewertet werden. Offenbar hält Lansdowne sich selbst für den kommenden Mann nach Lloyd George, und sein Brief kann so aufgefaßt werden, als ob er wünsche, sich als Friedensmacher anzukündigen. Optimisten gehen denn auch schon im Auslande so weit, zu sagen, er bedeute für den Frieden mehr als das Friedensangebot der russischen Maximalisten. Wir sind anderer Meinung. Um Lloyd George beseitigen und ein Ministerium des Friedens in England ans Ruder zu bringen, dazu gehören stärkere Leute mit stärkeren Kräften hinter sich. Lansdownes ist sicher ein Symptom, und daß er Lloyd George, dessen Stellung erschüttert ist, über kurz oder lang ersetzt, ist ja möglich — ob er aber dann imstande sein wird, eine Regierung des Friedens zu bilden, ist sehr fraglich. Solange England beim Kriegswillen bleibt, ist Lloyd George für uns der Zensor aller möglichen englischen Regenten. Er repräsentiert das unanständige, schlechte England und wirkt sowohl auf die Neutralen als auch auf unsere allzu freudigen Friedensoptimisten als das was er ist: der friedensverscheuchende, blutige Boxer und Gewaltmensch. Mit einem England, das auch unter einer Regierung Lansdownes vielleicht doch noch nicht moralisch reif geworden wäre, den Krieg zu beenden, aber ihn immerhin anständiger führen würde als unter Lloyd George, wäre der Krieg für uns schwieriger. Daher verstehe es sich nicht recht, weshalb der Staatssekretär v. Kühlmann merklichen Wert auf den Lansdowneschen Brief gelegt hat. So weit, wie es danach scheinen könnte, sind gerade in England die Dinge noch nicht.

Englands kaufmännisches Gewissen

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Die Briten sind gute Geschäftsleute, vielleicht muß man hinzusetzen — gewesen. Zu Anfang des Krieges konnte man daher annehmen, und kluge Kenner der Briten haben es auch getan, sie würden den Weltkrieg nach Art eines Großkaufmanns, der seinen aufkommenden Konkurrenten aus dem Feld schlagen will, führen und etwa folgendermaßen rechnen: Mein Geschäftskapital beträgt soundso viel. Dazu kommt an offenen und stillen Rücklagen soundso viel. Davon kann ich in den Kampf gegen diesen bösartigen gefährlichen Konkurrenten Deutschland 25 Proz. hineinstecken, habe ich ihn dann noch nicht untergekriegt, dann geht's an das für die eigene Erhaltung notwendige Kapital, und es wird Zeit, sich mit ihm in den Markt zu teilen, sich mit ihm billig zu verständigen.

Digitized by Google

Britanniens Regierung, der Vorstand des Syndikats Britisches Weltreich G. m. b. H. rechnet heute nicht mehr. Aber sein Revisionsbeamter, den er als guter und großer Kaufmann — nur der Krämer scheut sich vor der Revision und scheut die Revisionsausgaben — eingesetzt und mit ausgezeichneten Hilfskräften und Einrichtungen ausgestattet hat, rechnet noch. Es ist dies der „Economist". Leider haben wir in Deutschland zwar eine Zeitschrift gleichen Namens, doch von ungleich geringerem Wert und Einfluß. Ein solches kaufmännisches Gewissen täte auch uns not und gut.

Der „Economist" hatte von Kriegsbeginn an den Mut der eigenen Meinung. Seitdem sein friedensfreundlicher Herausgeber gewaltsam entfernt worden ist, hat sich sein Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung zwar abgeschwächt, sein kaufmännisches Gewissen und sein Feingefühl für gute oder schlechte Bilanzen sind ihm aber geblieben, wie die nachfolgende Satire beweist.

Am 30. Oktober hatte Bonar Law einen Nachtragskredit von 400 Millionen £ beantragt. In seiner begründeten Rede hatte er ausgeführt, daß davon 179 Millionen £ nicht als Ausgaben zu betrachten seien, da sie sich aus Darlehen an Bundesgenossen, aus Vorschüssen an die Kolonien oder für den Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln zusammensetzten.

Schon in seiner Nummer vom 3. November hatte der „Economist" bezweifelt, daß diese Grundsätze einer gesunden kaufmännischen Bilanzierung entsprächen. Er schrieb damals abschließend, „kein Bücherrevisor, der etwas auf sich hält, würde geneigt sein, die Behauptung des Schatzsekretärs ohne eine Einschränkung anzuerkennen."

In seiner Nummer vom 10. November führt er dieses Bild weiter aus. Er läßt einen Bankdirektor und einen Bücherrevisor auftreten. Als „faule Schuldner" erscheinen in stummen Rollen die Firmen X. Y. Z. & Co., U. V. W. & Co. und schließlich R. St. & Co. Bei der großen Reihe zahlungsunfähiger Schuldner Britanniens hat der Leser die Qual der Wahl, welchen der Verbündeten er sich darunter vorstellen soll. Verhältnismäßig einfach ist die Lösung für R. St. & Co., hinter dem Rußland sich versteckt. U. V. W. & Co. soll wohl Belgien bezeichnen, da liebenswürdigerweise auf Deutschland als auf die Räuberbande, die das Eigentum dieses Schuldners genommen hat und noch im Besitz hält, hingewiesen ist. Für X. Y. Z. & Co. bieten sich Frankreich, Serbien, Rumänien und neuestens Italien zur Auswahl an.

Und nun sei Bonar Law als Bankdirektor und dem „Economist" als Bücherrevisor selbst das Wort gegeben.

„Ich bemerke," sagte der Bücherrevisor, „daß zwischen 30—50 % Ihrer Aktiva aus ausgeliehenen Geldern bestehen. Ich nehme an, daß Sie sich in jedem Falle von deren Vollwertigkeit überzeugt haben, denn Sie haben keine Rückstellungen für schlechte Schulden oder überfällige Zahlungen gemacht."

„Wir sind sie sorgfältig durchgegangen", antwortete der Bankdirektor, „und haben uns über-

Digitized by Google

zeugt, daß die Bewertung eine vorsichtige war. In keinem Falle haben wir die Papiere höher als mit dem Pariwerte eingesetzt."

„Lassen Sie mich die Posten einzeln durchgehen.

Ich sehe, Sie haben 50000 an X. Y. Z. & Co. geliehen, das sind ja wohl die Leute, deren Hauptfabrik abbrannte, wobei es sich herausstellte, daß sie nicht versichert waren. Viele ihrer besten Arbeiter kamen bei diesem Unglück um und seitdem hat die Firma meist von geliehenen Geldern gelebt. Das sind doch die Leute, denen Sie Vorschüsse gegeben haben?"

„Sie haben zweifelsohne mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt," antwortete der Bankdirektor.

„Einige der anderen Gläubiger haben meines Wissens voreingetragene Sicherheiten auf das Grundstück erhalten. Zählen Sie zu den gedeckten Gläubigern?"

„Nein."

„Dann kommen Sie also hinter einer großen Anzahl anderer, welche seit Jahren der Firma Geld geliehen haben und trotzdem setzten Sie das Darlehen in Ihre Aktiven mit dem vollen Betrage ein?"

„So ist es."

„Nun, jetzt kommen wir zu U. V. W. & Co., diesen haben Sie," fuhr der Revisor fort, „wie Sie sehen, rund 50000 geliehen. Sind das nicht die Leute, deren Eigentum vor 1 oder 2 Jahren von einer Räuberbande, welche noch im Besitze sich befindet, genommen wurde?"

„Jawohl, das ist die Firma."

„Und seitdem war sie natürlich gezwungen, von Ihren Freunden, von denen Sie wohl der mächtigste sind, zu leihen. Sind die Zinsen bezahlt worden?"

„Nun," antwortete der Bankdirektor, „sie haben ja wohl Zinsen bezahlt, aber offen gestanden, wurden diese neuen Anleihen entnommen."

„Aha, ich darf dann wohl annehmen, daß, bis sie ihr Eigentum wiederbekommen und den Schaden ausbessern werden — was allerlei Geld kosten wird und zu welchem Zwecke sie ziemlich stark werden borgen müssen — wenig Aussicht auf Zahlung der Zinsen oder Rückzahlung des Kapitals besteht. Gibt es andere Gläubiger, welche vor Ihnen stehen?"

„Jawohl," sagte der Bankdirektor, „meines Wissens ja."

„Und wie haben Sie Ihr Darlehen in Ihrer Bilanz angenommen? Zum vollen Wert? dann sind Sie allerdings ein Optimist. — Und wie steht es mit dieser anderen Firma R. St. & Co.? Ist das nicht die Firma, wo die Teilhaber untereinander einen großen, heute noch nicht beigelegten Krach hatten?"

„Es hat gewisse Reibungen gegeben," gestand der Banddirektor.

„Ich sehe, Sie haben der Firma eine ganze Menge Geld geliehen, fast 70000. Soviel ich höre, haben die Teilhaber untereinander große Streitigkeiten, und die Arbeiter streiken einen großen Teil des Jahres, die Erzeugung ist zurückgegangen und die Schulden der Firma steigen ständig. — Sie hatte immer eine große Anzahl auf Obligationen aufgenommen, so daß Sie naturgemäß hinter den Anleiheinhabern stehen. Wie ist heute der Kurs für die Obligationen?"

„Ich glaube, zwischen 60 und 70," antwortete der Bankdirektor.

„Und wie nehmen Sie nun in Ihrer Bilanz Ihr Darlehen an? Zum vollen Wert? Donnerwetter, wieder voller Wert? Ein bemerkenswerter Optimismus. — Nun, wie steht es mit Ihren Warenbeständen," fuhr der Revisor fort, „Sie haben ganz beträchtliche Bestände und setzen sie alle zum Einkaufspreise, wenn nicht gar höher ein. Sind nun alle diese Waren zur Hand, so daß sie sofort verkauft werden könnten?"

„Nun, natürlich gibt es gewisse Schwierigkeiten," sagte der Bankdirektor, „z. B. die Ver-

Digitized by Google

schiffungsgelegenheit. Es ist uns nicht immer möglich, die Ware gerade dann an den Markt zu bringen, wenn wir es möchten."

„Vermutlich nicht! Haben Sie nun kürzlich tatsächlich Verluste auf Ihre Warenbestände erlitten? Z. B. auf irgendwelche Artikel, die Sie nicht verladen konnten und bei denen dann eine Wertverminderung eintrat, ehe sie nach hier gebracht werden konnten?"

„Wir hatten allerdings mit einigen Partien Schwierigkeiten," gab der Bankdirektor zu. „Da war z. B. ein großer Einkauf in Australien und die Ware verdarb, ehe sie verschifft werden konnte."

„Und angesichts dieser Erfahrungen setzen Sie immer noch Ihre Warenbestände zum Einkaufspreis oder gar höher an und beabsichtigen 10 % Dividende zu verteilen?"

„Zweifelsohne."

„Und Sie wünschen, daß ich Ihnen eine Bescheinigung ausstelle?" fragte der Bücherrevisor.

„Allerdings."

„Nun, ich glaube, ich kann Ihnen eine geben."

„Gott sei Dank," murmelte der Bankdirektor, der sich die Stirn wischte, „ich danke Ihnen, geehrter Herr, ich danke Ihnen tausendmal."

Der Revisor nahm seine Feder und schrieb:

„Mit der Einschränkung, daß obige Bilanz nach den Grundsätzen, welche Mister Bonar Law in seiner Budgetrede, gehalten im Parlament am 30. Oktober, aufgestellt hat, sich richtet, ist sie ordnungsgemäß aufgestellt und gibt ein wahrheitsgetreues und richtiges Bild des Standes der Gesellschaft laut deren Büchern."

Das Auslanddeutschtum und die Inlandschule

Von Erwin Hübbe, Hamburg

Den Verein für das Deutschtum im Auslande beschäftigen seit einem Jahre zwei durch den Krieg akut gewordene Sorgen. Die erste heißt: Das Ausland kennt Deutschland nicht; die zweite: Die Deutschen kennen das Ausland nicht. Diesem Zustande wollte ein Antrag der Ortsgruppe Hamburg in der Hauptversammlung des Vereins zu Jena am 25. Juni 1916 ein Ende machen. Der Antrag forderte die Einsetzung eines Ausschusses, der ein für die Auslandschulen bestimmtes Lehrbuch der deutschen Geschichte und ein für die Inlandschulen bestimmtes Lehrbuch des Deutschtums im Auslande schaffen sollte. Der Ausschuß, kurz Schulausschuß genannt, trat ins Leben und hielt schon am 30. Juni seine erste Sitzung in Berlin. Dort erfuhren die ihm von der Hauptversammlung mitgegebenen Pläne eine weitgehende, zum Teil ablehnende, zum Teil weiterführende Veränderung.

Es läßt sich nicht leugnen, daß ein Lehrbuch der deutschen Geschichte oder richtiger der Weltgeschichte mit deutschem Einschlag eine dringende Notwendigkeit für das Ausland ist, wenn anders Deutschland von ihm verstanden werden soll. Bis jetzt ist das Ausland im großen und ganzen mit Geschichtsbüchern überschwemmt, die ihre Verfasser in Frankreich haben, wie ja das Ausland zumeist und das romanische vollständig seine Gesambildung aus Paris holt. Natürlich gelten in ihnen England und

Digitized by Google

Frankreich als die Angeln der Welt, England als der Machtfaktor, Frankreich als das Kulturzentrum; von dem Bestehen Deutschlands hingegen nimmt man wohl Kenntnis, aber selbst die Hauptdaten seiner Geschichte werden verschwiegen, seine Bedeutung in den einzelnen Epochen der Geschichte wird teils unterschlagen, teils gefälscht. So muß ja der Ausländer ein ganz falsches Bild von Deutschland gewinnen, muß ihm fern bleiben, muß seine Arbeit und seinen Wert unterschätzen.

Das deutsche Schwert ändert darin nicht das geringste; es ist gegen diese Taktik unserer Feinde völlig stumpf. Dieser Kampf muß geistig ausgefochten werden. Und dennoch lehnte der Schulausschuß die Schaffung des beantragten Geschichtsbuches ab, weil dieser Weg als ungangbar erkannt wurde. Wie die noch immer wachsenden Kriegserklärungen zeigen, will nämlich das Ausland gar keine Belehrung. Seine Sympathien gehören naturgemäß aus langer Gewohnheit (denn was war Deutschland bei der Besiedelung des Auslandes?) dem älteren Kulturlande Frankreich. Das einzig Erreichbare an direkter Beeinflussung wird folgendes sein: Es soll nach dem Kriege eine Durchsicht der bestehenden ausländischen Geschichtsbücher vorgenommen und, wenn nicht anders, auf diplomatischem Wege die Abstellung der gröbsten Irrtümer und Fälschungen verlangt werden. Dazu werden dann auch geschickt geschriebene Artikel in der angesehenen Auslandpresse nicht ungelesen und nicht unbeachtet bleiben.

Eine indirekte Beeinflussung des Auslandes ist nicht ohne Erfolg schon durch die Austauschprofessoren versucht worden. Vielleicht läßt sich dies System erweitern, z. B. durch Redner, die mit Hilfe des Auslanddeutschtums mit dem Gesamtauslande in Verbindung treten. Es muß eine Aufgabe der interessierten Kreise nach dem Kriege sein, solche Persönlichkeiten planmäßig auszusenden. Sie gewinnen den Ausländer, weil sie nicht schulmeisterlich belehren, sondern durch den persönlichen Umgang auf ihn wirken; sie vermitteln zwar keine erschöpfenden Kenntnisse, aber sie bauen eine Brücke hinüber und herüber; und das ist es, was wir zunächst wollen.

So wichtig wie dieser Gedanke auch ist, dem Auslande die Kenntnis des Deutschtums zu vermitteln, so schwierig und so gänzlich ausgeschlossen ist seine Durchführung, wie ja auch schon der vorige Abschnitt zeigte, ohne die Wirkung auf den Deutschen selber, sei es im Auslande oder im Inlande. Auf den Auslanddeutschen wird im deutsch-völkischen Sinne durch die deutsche Auslandkirche und Schule gewirkt; gerade der Verein für das Deutschtum im Auslande hat ja an seiner Stelle Hervorragendes darin durch seine großzügige Unterstützungsarbeit geleistet, und er wird nicht verfehlen, mit demselben Eifer fortzufahren. Aber eins fehlt noch: der Inländer muß zum Auslanddeutschtum persönlich Stellung nehmen und mit seiner Hilfe das Ausland sehen lernen. Der Deutsche hat bisher die fremden Völker nicht verstanden. Es ist erstaunlich, wie groß die Unkenntnis des Auslandes bei uns Deutschen ist. Nur so erklärt sich das Gebahren vieler, die teils den Ausländer verhimmeln, teils ihn verspotten. Das wäre nicht der Fall, wenn wir das Ausland wirklich kenn-

Digitized by Google

ten, und zwar möglichst schon von früh auf, bevor wir mit dem Auslande selber in Berührung kommen; denn dann ist es meistens zu spät. Sollen wir nun aber das Ausland richtig einschätzen in seinem Verhältnis zum deutschen Wesen, so lernen wir das am besten und eindrucksvollsten an der Geschichte des Deutschtums im Auslande.

Zwar sind die 30 Millionen Auslanddeutschen in alle Welt zerstreut und zum größten Teil in zusammenhanglose Partikel auseinandergerissen; aber es gibt doch überall Deutsche, die als Einzelpersonen so hervorgeragt haben oder gar dem Gastlande so große Dienste erwiesen haben, daß sie Zeugen des Deutschtums in der Fremde geworden sind, und daß ihre Gestalten wohl späteren deutschen Generationen als Richtschnur in der Fremde dienen können (Karl Schurz, v. Steuben, v. Koseritz u. a.). Die Zahl solcher Auslanddeutschen, die der Vergessenheit zu Nutz und Frommen der Nachfahren entrissen werden müssen, ist groß, und ihre Lebensbeschreibung mag wohl eine gute Geschichte von Auslanddeutschtum in der Zerstreuung geben.

Noch viel eindrucksvoller aber wird eine Geschichte geschlossener deutscher Siedelungen werden, wie wir sie von Deutschland politisch abhängig in unseren Kolonien, mit Deutschland als Vaterlandverbanden in Brasilien, Argentinien und Chile, von Deutschland unabhängig in der Schweiz, in Österreich, in den Ostseeprovinzen u. a. a. O. haben.

Dieser Geschichte muß sich nebenordnen eine erdkundliche statistische Darstellung des Auslanddeutschtums, die auch jene kleinen Enklaven umfaßt, die für eine „Geschichte" zu winzig sind. Sie soll eine Übersicht von dem Stand und der Verteilung des Auslanddeutschtums geben.

Diese Wünsche sollen auf zweierlei Weise Verwirklichung finden. Vor allem muß auf die Regierungen gewirkt werden, daß sie das Auslanddeutschtum im Lehrplan ihrer Schulen berücksichtigen, und zwar in folgenden Fächern: Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Religion. Mit großer Freude ist da der jüngste Erlaß des preußischen Kultusministers zu begrüßen, der in der Behandlung der Kirchengeschichte die Diasporakunde fordert. Entsprechende Eingaben sind bereits an alle Unterrichtsverwaltungen des Deutschen Reiches gemacht.

Weiter will sich der Schulausschuß durch Schaffung eines umfassenden Werks darum bemühen, dem Lehrer das nötige Material in die Hand zu geben. Das kann natürlich erst nach Kriegsende geschehen, wenn die zur Sammlung der Grundlagen mit dem Auslande nötige Verbindung wieder offen ist und die Entwicklung des Auslanddeutschtums wieder eine gerade Richtung angenommen hat. Die Vorarbeiten dazu werden aber schon jetzt mit Nachdruck betrieben.

Das genügt indessen nicht. Es muß und kann gerade während der Kriegszeit mehr geschehen, durch Wort und Schrift, durch Vorträge und Verbreitung geeigneter Bücher über die Schicksale des Auslanddeutschtums während des Krieges. Mit Vor-

Digitized by Google

trägen in den Schulen vor Schülern und Eltern hat man in Hamburg schon begonnen und großen Widerhall in der Bevölkerung gefunden, auch die warme Anerkennung der Behörde erzielt. Es besteht der Wunsch, diese Vortragstätigkeit auf ganz Deutschland auszudehnen, und Mittel und Wege dazu werden eifrig gesucht. Schon jetzt ist der Verein für das Deutschtum in Berlin, Kurfürstenstraße 105, in der Lage und bereit, Redner all den Schulen und Vereinen nachzuweisen, die sie wünschen; hoffentlich wird man bald durch einen umfassenden Plan jeder Schule die Möglichkeit und die Gelegenheit, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen, erleichtern können.

Diese Vorträge können natürlich nicht ein umfassendes Bild des Auslanddeutschtums zeichnen, sie sollen es auch nicht. Sie sollen lediglich ein scharf abgegrenztes Stück in möglichst konkreter Anschaulichkeit den jeweiligen Hörern vor Augen malen, ihre Begeisterung entflammen, das Zusammengehörigkeitsgefühl von draußen und drinnen in ihnen wecken und den Boden für gründlichere Unterweisung bereiten. Damit wird natürlich Hand in Hand gehen die Verbreitung zuverlässiger und ansprechender Fachliteratur, an deren Besorgung der Schulausschuß seine ganze Kraft setzt; soll sie doch den Eindruck der Vorträge nachhaltiger machen.

Das ist in großen Zügen das Programm des Schulausschusses. Die Wirkung auf das Ausland tritt naturgemäß vorläufig ganz zurück, im Inland soll desto mehr geschafft werden.

Von den Vorträgen und der damit verbundenen Schriftenverbreitung erhofft man, wenn sie im Volk Widerhall finden, den Entschluß der Unterrichtsverwaltungen, dem Auslanddeutschtum eine feste nicht zu nebensächliche Stellung im Lehrplan zu geben, und die Freudigkeit der Lehrer, den Schülern diesen so dankbaren Stoff zu vermitteln. Dann aber wird durch die Tätigkeit der Schule und des Vereins für das Deutschtum im Auslande die deutsche Jugend Verständnis für das Auslanddeutschtum und auch für das Ausland im allgemeinen gewinnen und damit einen weiteren Gesichtskreis sich erwerben, ja noch mehr. Sie wird gut vorbereitet sein, wenn sie einmal selber ins Ausland geht oder sonst mit ihm in Verbindung tritt; sie wird draußen weder ihr Deutschtum verleugnen, noch in protziger Großsprecherei das Gastland vor den Kopf stoßen; sie wird vor den verderblichen Mischehen sich hüten und doch in freier Liebenswürdigkeit die edlen Seiten der fremden Bevölkerung sich zu eigen machen. Sollen wir eine Führerrolle in der Welt übernehmen, so kann nur innere Fähigkeit uns ihrer würdig machen. Auch das Auslanddeutschtum in der Zerstreuung wird dadurch gewinnen; es wird einen Zuwachs aus der Heimat erhalten, der im Deutschtum fest gegründet ist und bewußt für seinen Zusammenschluß, seine Ausbreitung und sein inneres Wachstum eintritt. Kirche, Schule und alle Geisteskultur werden in jeder Beziehung durch ihn gehoben werden.

Auch das geschlossene Deutschtum anderer Nationen, das österreichische, schweize-

Digitized by Google

rische, russische, vlämische usw. wird aufhorchen und gerne in die Gemeinschaft treten, die rein völkisch-geistig und nicht im geringsten politisch arbeitet. Der alldeutsche Gedanke der politischen Suprematie oder der nationalen Vergewaltigung wird ausdrücklich abgelehnt; er ließe sich auf diese Weise auch gar nicht verwirklichen, weil die Ziele des Vereins für das Deutschtum im Auslande nur sich gründen können auf die vorhandene Einheit des deutschen Wesens, während politische Tendenzen nach jeder Seite hin eine andere Färbung annehmen müßten. Lokal ist der deutsche, ja der germanische Wesenszusammenschluß schon vielfach erreicht. Wo im Ausland ein Zentrum deutschen Lebens auf den genannten Gebieten und in den geselligen Klubs entstanden ist, da schließen sich wie selbstverständlich die Deutschösterreicher, Deutschschweizer, ja auch ebenso selbstverständlich die Holländer, Dänen, Norweger und Schweden an, selbst wenn sie die deutsche Sprache nur gebrochen beherrschen. Sollte sich wirklich nicht durch fleißige großzügige Arbeit im genannten Sinne diese lokal so selbstverständliche Erscheinung bis zu einem gewissen Grade verallgemeinern lassen? —

Möge dem Schulausschuß seine hohe Aufgabe gelingen! Möge die deutsche Schule vor allem ihm entgegenkommen und zu eigenem Frommen das annehmen, was ihr angeboten wird! Möge unser deutsches Volk tüchtig und geschickt werden zur Führerrolle in der Welt! Möge sich ohne Mißtrauen unter voller Ausnutzung aller Kräfte das von Ernst Moritz Arndts Seherauge geschaute größere Deutschland zusammenfinden und ein Segen werden in der Welt!

Aufstieg der Begabten, Bevölkerungspolitik und technische Gestaltung der Kultur

Von Rudolf Eucken

Das Problem, das uns hier vorschwebt, ist allgemeiner Art, den neuesten Anlaß, es aufzunehmen, bildet aber die vor kurzem erschienene „Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen“[1]. Manche Wünsche kamen dieser Neuordnung entgegen, namentlich der, die Bildung der höheren Lehrer in eine engere Beziehung zum gegenwärtigen Stande der Wissenschaft zu bringen, ferner der, das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Prüfungsfächer zweckmäßiger zu gestalten, endlich der, für die pädagogische Ausbildung der künftigen Lehrer gründlichere Sorge zu tragen, als bis dahin geschah. Alle diese Wünsche hat die neue Ordnung in so vortrefflicher Weise erfüllt, daß sie vollste Anerkennung verdient. Durchgängig sind die Anforderungen in den einzelnen Fächern in echt wissenschaftlichem Geiste gehalten und gegen die bisherige Fassung vertieft; die gesamte Prüfung wird ferner dadurch gehoben, daß künftig ein Bestehen in zwei Lehrgegenständen als Hauptfächern, nicht nur wie bisher in

[1] Berlin 1917. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger.

Digitized by Google

einem, gefordert wird. Auch in der näheren Gestaltung findet sich hier manche zweckmäßige Einrichtung, so z. B. die Einführung von „Zusatzfächern"; auch der Wegfall der bisher allgemein verbindlichen Prüfung in Religion und in deutscher Literatur ist als Aufhebung einer unnützen Beschwerung lebhaft zu begrüßen; es bleibt als ein allen auferlegtes Fach nur die Philosophie, und es werden für deren Behandlung umsichtige Vorschriften gegeben. Die Hauptänderung aber liegt in der Einführung einer besonderen pädagogischen Prüfung, die nach einer zweijährigen praktischen Vorbereitung der Kandidaten unter der Leitung bewährter Schulmännner und unter der Aufsicht des Provinzialschulkollegiums erfolgen soll. Am Schluß jener Vorbereitungszeit hat der Kandidat an der Schule, der er zu seiner Ausbildung zuletzt überwiesen war, eine pädagogische Prüfung abzulegen, die aus einer Hausarbeit besteht, deren Gegenstand der Kandidat sich selbst wählen kann, aus einer oder zwei Lehrproben und aus einer mündlichen Prüfung. Offenbar gelangt durch diese Einrichtung die pädagogische Seite der Ausbildung der Lehrer zu größerer Selbständigkeit als bisher. Natürlich wird bei einem so verzweigten Bau, wie ihn eine derartige Prüfungsordnung darstellt, der eine dieses, der andere jenes anders wünschen, aber niemand wird verkennen, daß sie eine wohltuende Verbindung von wissenschaftlichem Geist und geschickter Fürsorge für die Praxis enthält; auch erscheint den Kandidaten gegenüber eine humane Denkweise, z. B. darin, daß bei Nichtbestehen eines einzelnen Faches in der wissenschaftlichen Prüfung nicht mehr wie bisher die gesamte Prüfung für nichtbestanden erklärt, sondern eine Nachholung der noch fehlenden Teile innerhalb eines Jahres gestattet wird. Kurz, man kann von der Sache aus sich mit dieser Prüfungsordnung nur zufrieden erklären; da sie für alle künftigen Lehrer an höheren Schulen gilt, und da sie voraussichtlich nach dem Vorgange Preußens in den meisten Bundesstaaten ohne wesentliche Änderung eingeführt werden wird, so liegt hier ohne Zweifel ein wichtiger Schritt der gemeinsamen Kulturpolitik vor.

Aber — es muß leider doch ein Aber kommen — ein Aber wird unvermeidlich, sobald wir uns auf den Standort der jungen Männer versetzen, denen jener Bildungsgang vorgezeichnet wird. Eine bedeutende Erschwerung und zugleich Verlangsamung jener Laufbahn ist unverkennbar. Die Erschwerung betrifft zunächst die wissenschaftliche Prüfung, indem nicht nur jedes einzelne Fach weit größere Anforderungen stellt — man vergleiche z. B. nur die neuen Anforderungen in der Geographie mit den bis dahin gültigen —, sondern auch der Befähigungsnachweis statt in einem wie bisher künftig in zwei Hauptfächern verlangt wird. Die Erleichterung durch den Wegfall von Religion und deutscher Literatur als allgemeinbildender Fächer kommt gegen solche Vertiefung und Erschwerung des Hauptstudiums bei weitem nicht auf. Die Erschwerung wird von der Prüfungsordnung selbst dadurch anerkannt, daß künftig für die Zulassung ein mindestens vierjähriges Universitätsstudium statt des bisherigen dreijährigen gefordert wird. Wie in Wirklichkeit diese Mindestzahl durchgängig

Digitized by Google

erheblich überschritten zu werden pflegte, so wird es auch in Zukunft der Fall sein, um so mehr da die Lehramtskandidaten meist auch während der Studienzeit die philosophische Doktorwürde erwerben und dafür eine größere „druckwürdige" wissenschaftliche Arbeit zu liefern haben. Fünf bis sechs Jahre werden in Zukunft knapp reichen. Dazu kommt nun das Selbständigwerden der pädagogischen Prüfung. Insofern freilich bringt das keine Erschwerung, als auch bisher zwei Jahre auf den Vorbereitungsdienst verwandt werden sollten, aber durch die Einsetzung einer besonderen Prüfung wird diese Seite unverkennbar verstärkt und dem Kandidaten mehr Arbeit dafür auferlegt; noch weniger als bisher wird voraussichtlich eine Abkürzung dieser Vorbereitungszeit zugunsten einer früheren Anstellung stattfinden können. Rechnen wir nun zusammen: 5—6 Jahre wissenschaftliches Studium, 2 Jahre Vorbereitung, 1 Jahr Militärdienst, macht 8—9 Jahre, und was hat man erworben, wenn alles glücklich geleistet ist? Ein Zeugnis über seine Anstellungsfähigkeit, keineswegs aber eine Gewißheit seiner Anstellung, die ja in Wahrheit bei dem starken Wechsel der Verhältnisse von den leitenden Behörden unmöglich verbürgt werden kann.

Was in solcher Erschwerung und Verlangsamung der Laufbahn an Gefahren liegt, das muß eine Zeit besonders stark empfinden, welcher der Aufstieg der Begabten aus allen Volksklassen mit Recht so sehr am Herzen liegt, und welche von der Bevölkerungspolitik aus so sehr ein frühes Heiraten der jungen Männer wünschen muß. Wird die neue Einrichtung mit ihrer Steigerung der finanziellen Ansprüche nicht dahin wirken, minder Wohlhabende von dieser Laufbahn abzuschrecken? Und werden die höheren Lehrer nicht künftig noch später zum Heiraten gelangen als jetzt? Solche Fragen aufzunehmen lag einer Prüfungsordnung fern, immerhin hätten wir gern ausdrücklich bestimmt gefunden, daß, wenn die Kandidaten während des Vorbereitungsdienstes selbständigen Unterricht geben, sie dafür stets eine angemessene Entschädigung erhalten werden, und gern hätten wir die Bestimmung vermißt, daß der Kandidat bei der Meldung zur Vorbereitungszeit einen „amtlich beglaubigten Nachweis" zu liefern habe, daß er imstande sei, die Kosten für den Unterhalt während der Zeit der praktischen Ausbildung zu tragen. Dieser Nachweis ist in einem Zeitpunkt zu liefern, wo der Kandidat sein wissenschaftliches Studium und seine Militärjahre hinter sich hat, also die zur Verfügung stehenden Mittel der Familie wohl oft erschöpft sind; man hätte von ihm wohl um so mehr absehen können, da die Lebensbedürfnisse der jungen Männer sehr verschieden sind, und sich auch durch Privatunterricht, Korrekturen für Verlagsbuchhandlungen usw. vielfache Gelegenheit zur Ergänzung der eignen Mittel bietet.

Doch wir möchten an dem in Anlage und Ausführung hervorragend tüchtigen Werke nicht im einzelnen mäkeln, wir möchten nur von hier aus auf ein Problem nachdrücklich hinweisen, das weit über das besondere Fach hinaus durch das ganze moderne Leben geht: das ist der schroffe Widerspruch zwischen den Forderungen tech-

Digitized by Google

nisch gesteigerter Kulturarbeit und dem Befinden des Menschen; Objekt und Subjekt geraten hier in einen peinlichen Zwiespalt. Auf allen Gebieten zwingt uns der Stand der Arbeit zur Erhöhung der Anforderungen, immer mehr wird dem Menschen zugemutet, immer schwerer ihm der Weg zur Höhe gemacht; es läßt sich demnach ganz wohl von einem aristokratischen Zuge der Kulturbewegung sprechen. Auf der Seite des Menschen dagegen überwiegt, wie wir wissen, entschieden der demokratische Zug, wir möchten möglichst viele in die geistige Bewegung hineinziehen, und wir möchten die einzelnen möglichst früh zu eigner Arbeit bringen, sie auch wirtschaftlich selbständig machen und zur Begründung eines eignen Haushalts befähigen, das keineswegs allein ihrer selber wegen, sondern vornehm ich um frisches Blut in das Ganze des Lebens zu bringen und um ein Greisenhaftwerden der Kultur zu verhüten, wogegen alle technische Tüchtigkeit sie keineswegs genügend schützt.

Hier liegt ein ebenso wichtiges wie schwieriges Problem vor, das unbedingt mehr in den Vordergrund treten muß, wenn wir nicht, indem wir die eine Aufgabe fördern, einer anderen nicht minder wichtigen direkt entgegenarbeiten wollen. Es läßt sich hier gewiß manches tun, aber die Sache ist zu verwickelt und greift viel zu tief in unsere Gesamtlage zurück, um sich mit einigen Worten streifen zu lassen; so möchten wir uns hier darauf beschränken, diese Frage allgemeiner Erörterung zu empfehlen.

„Psychologie der Massen“

Von Herbert Peiser

Diesen Titel führt ein von einem Franzosen stammendes Buch[1], das leider wenig bekannt ist, dessen Durcharbeitung aber allen denen dringend ans Herz gelegt sei, die bei uns berufen sind, die öffentliche Meinung, vor allem die bei unseren Gegnern, zu beeinflussen. In einem viel beachteten Vortrage hat Herr Dr. Paul Rohrbach jüngst darauf hingewiesen, wie mangelhaft in bezug auf solche Beeinflussung unsere Kriegführung — er nennt es treffend unsere moralische Offensive — ist. Leider muß man sagen, daß diese Kunst bei unseren führenden Männern noch in den Kinderschuhen steckt. Man darf es schon als einen Gewinn ansehen, daß die Notwendigkeit, die Masse zu beeinflussen, langsam begriffen zu werden anfängt. Sollte es zum Lernen schon zu spät sein? Diese Frage drängt sich einem auf, wenn man sieht, wie ahnungslos man bei uns den Gesetzen gegenübersteht, durch die die Massen zu bewegen sind. Unsere bisherigen Verfahren versagen; darüber wundert man sich! Sie müssen versagen, denn die Seele der Masse folgt bestimmten Gesetzen und gegen diese Gesetze verstoßen wir bei fast jeder Gelegenheit. Geniale Männer, die intuitiv diese Gesetze erfassen und nach ihnen handeln, lassen sich nicht hervorzaubern, aber an die Stelle

[1] „Psychologie der Massen“ von Gustave Le Bon, deutsch von Dr. Rudolf Eisler, Leipzig. Verlag Dr. Werner Klinkhardt.

Digitized by Google

der Genialität kann Erlernen und Wissen treten, muß es treten, denn ohne Beeinflussung der Massen, der öffentlichen Meinung, können wir diesen Krieg nicht gewinnen.

Das oben angeführte Buch von Le Bon bietet eine Fülle von Gesichtspunkten und von Tatsachen, die jeder kennen müßte, der es unternimmt, öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Einige Hauptgedanken des kleinen Werkes seien in zwangloser Zusammenstellung nachstehend wiedergegeben, soweit sie in den Rahmen dieser Darstellung gehören. Natürlich kann ein solcher Auszug niemals das Lesen des Buches selbst ersetzen, das einen ernsten Versuch macht, die Psychologie der Massen wissenschaftlich zu erfassen. Die meisten der Sätze sind wörtlich oder fast wörtlich herübergenommen; wenn sie als Zitate im einzelnen nicht kenntlich gemacht sind, so geschieht dies, um das Lesen des Artikels nicht zu unübersichtlich zu gestalten.

Der Verfasser prägt den Ausdruck der psychologischen Masse und versteht darunter eine Menge von Einzelpersönlichkeiten, deren Gefühle und Gedanken nach einer bestimmten Richtung eingestellt sind. Sie bildet dann ein einziges Wesen, das dem Gesetze der geistigen Einheit der Massen unterliegt. Die bewußte Persönlichkeit schwindet: dafür erwirbt die Masse gewisse bestimmbare allgemeine Merkmale, die einer Untersuchung durchaus zugängig sind.

Das sonderbarste an der psychologischen Masse ist dies: Welcher Art auch die sie zusammensetzenden Einzelpersönlichkeiten sein mögen, wie ähnlich oder unähnlich ihre Lebensweise, Beschäftigung, ihr Charakter oder ihre Begabung ist, durch den bloßen Umstand der Umformung zur Masse besitzen sie eine Art Massenseele, vermöge deren sie in ganz anderer Weise fühlen, denken und handeln als jeder von ihnen für sich fühlen, denken und handeln würde. Das Beobachtungsvermögen und der kritische Geist eines jeden schwindet sofort; mögen sie selbst hervorragende Gelehrte sein, so nehmen sie insgesamt in allem, was außerhalb ihres Faches ist, alle Massenmerkmale an. Ähnlich wie beim einzelnen stellt bei der Masse das bewußte Geistesleben nur einen geringen Teil neben dem unbewußten Seelenleben dar. Gerade die allgemeinen, den normalen Individuen der Masse zugehörigen Charaktereigenschaften aber wurzeln im Unbewußten; daher kommt es, daß sich die gewöhnlichen Eigenschaften in der Masse vergemeinschaftlichen, während die geistigen Fähigkeiten des einzelnen sich verwischen und verschwinden. Deshalb werden die Massen niemals Handlungen ausführen können, zu denen eine besondere Begabung gehört. Es ist die Dummheit, nicht der Geist, was sich in den Massen aufspeichert.

Die Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Individuums sind demnach: Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gefühle und Gedanken in derselben Richtung durch Suggestion und Ansteckung. Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen. Durch die bloße Zugehörigkeit zur Masse steigt der Mensch mit dem Schwinden des Verantwortlichkeitsgefühls mehrere Stufen auf der Leiter der Zivilisation herab. Er besitzt

Digitized by Google

dann die Heftigkeit und Wildheit, aber auch die Begeisterung und den Heldenmut einfacher Wesen. So kann die Masse, stets an den Grenzen des Unbewußten umherirrend, allen Suggestionen leicht nachkommend, im Besitze der Gefühlsheftigkeit, die allen der Vernunft nicht zugänglichen Wesen eigen ist, allen kritischen Geistes bar, nur von einer außerordentlichen Leichtgläubigkeit sein. Für sie besteht das Unwahrscheinliche nicht; dies muß man in Erinnerung behalten, um die Leichtigkeit zu begreifen, mit der die unwahrscheinlichsten Legenden und Berichte zustande kommen und sich verbreiten. Ein ausgesprochener Verdacht wendet sich sofort in unzweifelhafte Gewißheit. Ein Keim von Abneigung oder Mißbilligung, der beim einzelnen nicht zur Reife käme, wird beim Massenglied sofort zu blindem Hasse.

Alle von der Masse geäußerten Gefühle, gute und schlechte, haben zwei Eigenschaften; sie sind sehr einfach und sehr übertrieben. Der Redner, der sie hinreißen will, darf mit starken Ausdrücken Mißbrauch treiben. Übertreiben, bekräftigen, wiederholen und niemals einen logischen Beweis versuchen, das sind die Mittel, mit denen ein Redner auf die Masse wirken kann. Nur in Bildern können die Massen denken, nur durch Bilder lassen sie sich beeinflussen; bloß diese schrecken oder verführen sie. Das Unwirkliche beeinflußt sie fast ebenso stark wie das Wirkliche, sie haben die sichtliche Neigung, zwischen beiden keinen Unterschied zu machen. Auf der Phantasie des Volkes gründet sich die Macht der Eroberer und die Kraft der Staaten, auf sie besonders muß man wirken, will man die Masse hinreißen.

Die reine, einfache, aller Vernünftelei und allen Beweises bare Behauptung ist also eines der sichersten Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von allem Scheine von Beweisen ist, desto autoritativer ist sie. Nimmermehr darf man glauben, eine Idee könne bloß durch den Beweis ihrer Richtigkeit, selbst auch nur bei dem Gebildeten, ihre Wirkungen erzielen. Schon beim einzelnen gewinnen, mag die Beweisführung noch so klar gewesen sein, die älteren gefühlsmäßig gewordenen Anschauungen rasch wieder die Oberhand. Wievielmehr bei der Masse! Daher kann eine Behauptung nur dann wirklichen Einfluß gewinnen, wenn sie immer wieder und ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Worten. Man versteht den Einfluß der Wiederholung auf die Massen, wenn man sieht, welche Macht sie über die aufgeklärtesten Geister ausübt. Diese Macht kommt daher, daß das Wiederholte sich schließlich in den tiefen Regionen des Unbewußten einlagert, wo die Ursachen unserer Handlungen ihr Spiel treiben. Nach einiger Zeit wissen wir nicht mehr, wer der Urheber der wiederholten Behauptung ist, und schließlich glauben wir daran. Bei genügender Wiederholung einer Behauptung und Einmütigkeit der Wiederholung bildet sich das, was man geistige Strömung nennt, und das mächtige Triebwerk der Ansteckung tritt ins Spiel.

Ist aber eine Idee auf diesem oder jenem Wege endlich in die Massenseele eingedrungen, dann besitzt sie eine unwiderstehliche Macht und entfaltet eine ganze Reihe

Digitized by Google

von Wirkungen, die man über sich ergehen lassen muß. So entstehen die großen Wahnvorstellungen, die großen Irrtümer, die ganze Volksgeschlechter beherrschen, denn niemals hatte die Masse Wahrheitsdurst. Mit Vernunft und Argumenten kann man gegen gewisse Worte und Formeln nicht ankämpfen. Man spricht sie mit Andacht vor der Masse aus und sogleich werden die Mienen respektvoll und die Köpfe neigen sich. Oft sind jene Worte die wirkungsvollsten, deren Sinn ganz unbestimmt ist. So zum Beispiel die vielfach mißbrauchten Ausdrücke: Demokratie, Sozialismus, Gleichheit, Freiheit und andere, deren Sinn ein ganz schwankender ist. Sie rufen in den Seelen großartige Bilder hervor; das Unsichere, das sie verwischt, vermehrt ihre anziehende Gewalt.

Bei der Aufzählung der Ursachen, die imstande sind, die Massenseele zu erregen, könnte man sich die Erwähnung der Vernunft ersparen, wenn es nicht notwendig wäre, den negativen Wert ihres Einflusses anzuführen. Daher wendet sich der geborene Redner stets an das Gefühl der Massen, niemals an die Vernunft. Die Gesetze der Folgerichtigkeit haben keinen Einfluß auf sie. Die logischen Köpfe, die gewohnt sind, durch knappe Schlußketten überzeugt zu werden, halten sich unwillkürlich an diese Methode, wenn sie sich an die Massen wenden und sind stets durch das Fehlschlagen ihrer Beweise überrascht. Handelt es sich darum, einen Gegner im Redekampfe zu vernichten, beispielsweise bei Wahlkämpfen, so wird nach der Ansicht Le Bons der den Erfolg davon tragen, der durch Behauptungen, Wiederholungen und Ansteckung festzustellen sucht, der Gegner sei ein Schuft, von dem ein jeder weiß, daß er mehrere Verbrechen auf dem Gewissen hat. Selbstverständlich darf man hierbei nichts vorbringen wollen, was einem Beweise ähnelt. Ist der Gegner ein schlechter Kenner der Massenseele, so wird er sich durch Beweise zu rechtfertigen suchen, statt sich damit zu begnügen, Behauptung mit Behauptung zu erwidern, und er wird dann keine Aussicht auf Sieg mehr haben!

Möge die Anführung der vorstehenden Gedanken und Sätze aus dem Buche Le Bons genügen. Führt die Anregung dazu, daß weitere Kreise sich mit dem Werke wie überhaupt mit dem bei uns fast unbeachteten Felde der Massen-Psychologie beschäftigen, so wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht. Inzwischen kann der, der im wesentlichen an die Richtigkeit dieser Gedankengänge glaubt, nur mit Trauer empfinden, wie überlegen die Staatsmänner unserer Gegner sich den unsrigen in der Beherrschung der Massenseele erweisen, sowohl bei ihren eigenen Völkern als bei den Neutralen und denen, die einst neutral waren. Und doch verlangte unsere Lage das gerade Gegenteil. Abgeschnitten von der Welt und damit der Möglichkeit beraubt, die Presse des Auslandes zu beeinflussen, stehen wir vor der schweren Aufgabe, durch klare und einfache, dabei vorbehaltslose und zuversichtliche Darlegung unserer guten Sache und unserer gewiß nicht eroberungssüchtigen Pläne die öffentliche Meinung der Welt für uns zu gewinnen. Sicherlich eine gewaltig schwere Aufgabe, aber keine unmögliche, denn wir

Digitized by Google

haben einen mächtigen Bundesgenossen, und das ist die Friedenssehnsucht in den feindlichen Ländern. Hunderttausende dort lechzen, ob bewußt oder unbewußt, danach, psychologisch eine Annäherung an uns zu finden, um das befreiende Wort der Verständigung aussprechen zu können. Einsichtige Führer unter ihnen spähen aufs gespannteste nach uns aus, in der Erwartung der Schlagworte, die es ihnen ermöglichen, die Massen um sich zu sammeln mit dem einmütigen Ruf nach Frieden. So lange wir ihnen diese Handhabe, deren sie bedürfen, und auf die sie harren, nicht reichen, so lange muß die Demagogie eines Lloyd George, eines Kerenski triumphieren, die mit ihrer Meisterhaftigkeit in der Beherrschung der Massenseele die immer erneuten Vorstöße der Friedensfreunde zertrümmern. Möchten unsere Staatsmänner die tiefe Verantwortung erkennen, die nach dieser Richtung hin jedem Worte innewohnt, das sie aussprechen, jeder Zeile, die sie drucken lassen, aber auch jedem Worte, das ausgesprochen werden müßte und unausgesprochen bleibt, statt werbend in die Welt hinaus zu tönen. Fast könnte man sagen, daß das Bewußtsein unserer guten Sache hierbei eher ein Schaden sei, denn es wirkt anscheinend lähmend und verführt zu schwerfälligen, mühseligen Beweisführungen, denen höchstens diejenigen in Feindesland folgen könnten, die die Zusammenhänge durch eigenes Tun und Unterlassen kennen. Die aber überzeugen zu wollen, wäre vergebene Liebesmüh'. Mit haarscharfer Logik treten unsere offiziösen Stellen an, dementieren, widerlegen, entkräften und zwar fast ausnahmslos in der Form der langweiligsten vernunftgemäßen Schlußfolgerungen. Sie tun also gerade das Gegenteil von dem, was der Kenner der Massen empfiehlt und verstoßen zudem gegen ein wichtiges taktisches Gesetz, indem sie sich den Kampfplatz vom Gegner vorschreiben lassen.

So gewinnen wir die öffentliche Meinung in Feindesland nimmermehr für uns. Und doch müssen wir sie gewinnen, denn sie allein und nicht die englische Flotte oder die amerikanische Armee verlängert den Krieg. Hören wir, was Le Bon über die öffentliche Meinung, die Volksstimme, lange vor diesem Kriege sagte: Sie schreibt den Königen ihr Verhalten vor und sie ist es, die diese zu vernehmen streben. Nicht mehr in den Fürstenberatungen, sondern in der Seele der Massen bereiten sich die Völkerschicksale vor!

Notizen

Griechische Urteile über England. Wie die Zeitungen berichten, hat am 16. November im Mansion-House in London der englische Außenminister Balfour den griechischen Premierminister Venizelos für seine Dienstfertigkeit damit belohnt, daß er ihn als einen der größten Staatsmänner der Gegenwart und den größten lebenden Griechen feierte. In seiner Antwort beeilte sich Venizelos, seiner Erkenntlichkeit für diese schmeichelhafte Kritik und seiner begeisterten Liebe zu dem angebeteten England dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er erklärte, alle wirklich griechisch gesinnten Staatsmänner seines Landes hätten erkannt, daß das britische Reich der größte politische Bau der Welt sei, ein Bau, der, obwohl er die Meere beherrsche,

Digitized by Google

niemals seine Macht zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht habe, eine Macht, die bis in die fernsten Winkel der Erde die Kultur getragen.

Angesichts dieser tönenden Phrasen, die den Ohren der ihm lauschenden Briten gar wohl getan haben mögen, erscheint es nicht unangebracht, einmal zu hören, wie ein griechischer Patriot und vielleicht ein größerer Mann als Venizelos etwa ein halbes Jahrhundert vor ihm über das selbe England und seine Politik urteilte.

Vor mir liegt ein vergilbtes griechisches Buch von dem Richter und Politiker Alexandros Sutsos[1], betitelt Apomnemoneumata poietika epi ton anatolikon polemon (Dichterische Denkwürdigkeiten über den Orientalischen Krieg, Athen 1857). Ich blättere darin, und meine Augen bleiben an einigen Stellen[2] haften, die ich in wortgetreuer deutscher Übersetzung hier folgen lassen möchte:

„... Das rastlose England hält sich unter seiner schwerlastenden Atmosphäre verborgen und zeigt sich nun von Zeit zu Zeit in den Flammen seiner Fabriken. Es gleicht einem schwarzen Panther, der mit funkensprühenden Augen in seiner Höhle liegt und die Zähne fletscht.

Gott, der seine übrigen Geschöpfe vor England retten wollte, hat dieses Land scharf von dem übrigen Europa getrennt und dem furchtbaren Raubtier eine von Wolken verhüllte Klippe als Wohnsitz angewiesen. Großbritannien lebt in ständigem Kampfe gegen Europa, der vergleichbar ist dem Kampf zwischen Meer und Land. England nagt an Europas Küsten, aber deswegen trifft ihn dessen Haß ... Den Engländer grämt es, wenn Europa gedeiht; es ergrimmt ihn, wenn es in Frieden lebt ... Ich sah Palmerston[3]. Dieser Greis ist es, der die Erde in ihren Grundfesten zittern gemacht hat und die eine Hälfte von Europa gegen die andere bewaffnete. Brandstifter des Erdballs und Verhetzer der Völker, führt er seine Kämpfe nur mit dem Gelde Englands. Seine schönen Grundsätze von Moral und Freiheit stützen sich einzig und allein auf das Gold seines Landes. Wie der von Gott abgefallene Dämon des Homers der Briten[4], der vor Haß stöhnte und Tränen der Wut vergoß, als er Gottes Werk aus dem Nichts erstrahlen und die junge Schöpfung in Glückseligkeit dahinleben sah, so blickt der britische Lord von seiner schrecklichen Insel voll Tränen auf Europa, wenn es glücklich ist. Aber weine nicht, du Mörder der Völker! Du hast Italien von Mailand bis Sizilien in Brand gesetzt, hast Österreich in sieben Stücke zerrissen, in Frankreich Philipp von seinem Thron gestürzt und die Ungarn bewaffnet, indem du ihnen dein Mördergold schicktest. So bist du, wie einst Attila, die Geißel Europas geworden.

Teuflische Pläne beschäftigen Palmerston. Er sinnt über die Katastrophe von Europa. Er ist ihm gram aus Eifersucht, wie dieses Furcht vor seinen Ränken hat. Mag die Erde in Flammen aufgehen, so ruft er, wenn England nur lebt! — Er organisiert den gewaltigen Kampf Asiens und bewaffnet die einen Völker gegen die anderen. Er häuft Munition auf in den Zentren des Orients, wo er die Katastrophe Europas vorbereitet. Der römische Agitator Gracchus nahm vor seinem Tode Staub von der Straße auf und säte ihn aus. Daraus entstanden auf der ganzen die Erde Marius und Sulla[5], es entstanden daraus Revolten, Feuersbrünste, Metzeleien und Tränen. Der englische Lord, vom Alter überwältigt, folgte diesem Beispiele und säte den Staub der Zwietracht über die ganze Erde aus, indem er davon deren Umwälzung erhoffte...

... Ich fliehe deinen Boden, du unbarmherziges modernes Karthago. Welche deiner zahlreichen Mordtaten soll ich an erster Stelle nennen? Du wäschest dich, aber alles Wasser der

[1] Alexandros Sutsos, geb. 1803, gest. 1863.
[2] Seite 43 ff.
[3] Lord Palmerston, britischer Staatsmann.
[4] Milton, Das verlorene Paradies.
[5] Durch ihre Skrupellosigkeit ausgezeichnete römische Feldherren und Parteiführer.

Digitized by Google

Welt würde nicht ausreichen, um von deinem Antlitz den alten Flecken des bedauernswerten Kopenhagen auszutilgen. Du schmiedest an einen Felsen[1] den gallischen Prometheus[2], der sich dir als Flüchtling nahte, den großen Kämpfer, der in deine Hände fiel. Und du Ungeheuer zwangst die Bevölkerung Chinas, dein Gift zu nehmen[3]. Du hast uns gekreuzigt um eines Judas, um eines Gottesmörders willen.

Meine Augen sehen betrübt das Getriebe von Schiffen auf der Themse, die den Griechen Ketten bringen sollen. Was ist es, das England will, indem es seine Kreuzer nach den Orient entsendet? Es will die russische Flotte zerstören, indem es sich das Recht vorbehält, danach die Arsenale der Franzosen zu vernichten; dann, nachdem Europa vernichtet ist, die Schiffe Amerikas zu versenken, als Herr des Erdballs seine Söhne zu Herrschern der Völker zu machen, der Welt seinen Willen aufzuzwingen und der Scherge des Weltalls zu werden."

So urteilte damals einer der geistigen Führer Griechenlands über das „selbstlose kulturbringende" Albion. Wenn der schlaue Kreter Venizelos jetzt in den Tönen höchster Begeisterung Englands Lob singt, so schließt dies keineswegs aus, daß er im tiefsten Innern seines Herzens die Ansicht seines England mit so schneidenden Worten anklagenden Landsmannes teilt und nur aus eigner Politik der Unterwürfigkeit besondere Vorteile für sich oder sein Land von der „Beherrscherin der Meere" erhofft.

Abtretung des Kreises Hadersleben an Dänemark. Professor N. A. Schröder-Hadersleben schreibt uns: Der unerfüllbare Wunsch der dänischgesinnten Nordschleswiger, an Dänemark abgetreten zu werden, ein Wunsch, der nunmehr bald 50 Jahre alt wird, ist während dieser langen Zeit oftmals bald mit größerer, bald mit geringerer Deutlichkeit an die Öffentlichkeit getreten und hat vielen unnützen Staub aufgewirbelt. Während des Krieges hat er aus bekannten Gründen nicht laut werden können, ist aber gerade deshalb im geheimen und stillen um so mehr gehegt und gepflegt, ja ohne Zweifel von den Pflegern auch gründlich besprochen worden. Neuerdings aber scheint derselbe Wunsch wieder frische Nahrung suchen zu wollen. Denn aus dem Haag wird dem „Berliner Tageblatt" telegraphiert:

Ein Mitarbeiter der „Independence Belge", die in London erscheint, meldet: Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle (!), daß in Kürze zwischen Dänemark und Deutschland Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden, in denen Deutschland einer Grenzverlegung zustimmt, durch die der Kreis Hadersleben an Dänemark abgetreten wird. Dieser Kreis machte einen Teil des Herzogtums Schleswig aus, das seinerzeit von Deutschland (soll heißen Preußen) annektiert wurde. Die Verhandlungen werden in Kürze abgeschlossen werden (aus dem obigen Satze fast wörtlich wiederholt). Die Abtretung dieses Kreises wird indessen erst nach Kriegsschluß erfolgen (wie gnädig!). Deutschland erhält als Vergütung 90 Millionen Kronen, die Dänemark beim Verkauf seiner Inseln (soll heißen seiner westindischen Inseln) an Amerika ausbezahlt wurden (dies kann doch nur aus englischen oder amerikanischen kaufmännischen Köpfen entsprungen sein).

Das „Berliner Tageblatt" selbst bemerkt dazu: An dieser Mitteilung der „Independence Belge" ist, wie wir erfahren, kein wahres Wort. Es handelt sich nur um einen Versuch, die deutsch-dänischen Verhältnisse zu trüben.

Zu dem Kaufmannsgeschäft bemerkt die „Schleswigsche Grenzpost", die nördlichste, in Hadersleben erscheinende deutsche Zeitung (denn es gibt im nördlichen Schleswig noch mehrere dänische Zeitungen), mit vollem Recht: Kein Fußbreit deutschen Bodens ist für irgend jeman-

[1] St. Helena.
[2] Napoleon.
[3] Bezieht sich auf den ausgedehnten Schleichhandel mit Opium, den England von 1820 ab nach China betrieb und der schließlich zu dem sog. „Opiumkrieg" führte.

Digitized by Google

den käuflich! Das mögen sich alle diejenigen, die hierauf irgendwelche Hoffnungen aufbauen, gesagt sein lassen!

Die wirtschaftliche Zukunft Österreich-Ungarns wird von Friedrich Hertz in einem Buche über „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege" (Verlag für Fachliteratur, Wien) sehr günstig beurteilt. Wie der Siebenjährige Krieg den Anstoß zu der Industriepolitik in Böhmen, der Krieg gegen Napoleon eine rasche Entwicklung der Wirtschaftskräfte mit sich brachte, so werde auch der gegenwärtige Krieg zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung führen, wenn auch „die kommenden Friedensaufgaben an Schwierigkeit alle Probleme der Vergangenheit ebensosehr überragen wie dieser Krieg seine Vorgänger". Nach einer im Vergleich mit den deutschen Verhältnissen angestellten Untersuchung der Produktionsgrundlagen werden die beiden Hauptprobleme erörtert, die für die gesamte Wirtschaft bestimmend sind: Produktivität und Kaufkraft. „Eine Hebung der Produktivität kann durch bessere Organisationen von Industrie und Landwirtschaft erzielt werden." „Die großen Verluste an Arbeitskräften, die Steigerung der Kohlenpreise und die Verkehrsschwierigkeiten, die den Krieg überdauern werden, lassen eine Regelung der Kraftwirtschaft durch Ausbau der Wasserkräfte und Verteilung der Kraft durch ein weitverzweigtes Netz dringlich erscheinen, am besten in Form gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen mit wirksamer staatlicher Förderung. Vor allem muß die Überzeugung durchdringen, daß in der Volkswirtschaft die geistigen Faktoren eine Hauptrolle spielen." Freilich wird „die Produktivität aller vom Kriege betroffenen Volkswirtschaften eine wesentliche Abnahme erleiden, die aber auf der gegnerischen Seite im ganzen eher stärker sein dürfte, als bei uns." Noch bedeutender werden die Änderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage sein, vor allem hinsichtlich der Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Klassen. Damit verschieben sich die Konsumrichtungen. Die verminderte Kaufkraft der unteren Schichten der Gesellschaft wird die Industrie nach einer Übergangszeit lebhaften Geschäftsganges am unmittelbarsten fühlen lassen. Hertz äußert sich weiterhin über die Möglichkeit der Annäherung Österreich-Ungarns und Deutschlands. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Eine sofortige Zolleinigung würde die österreichische Industrie nicht vernichten, wohl aber dem Bestand mancher Zweige und dem weiteren Aufschwung eher abträglich sein. Die außerordentlichen Hoffnungen, die auf die Markterweiterung gesetzt werden, scheinen übertrieben. Eine allmähliche Verstärkung der freihändlerischen Tendenz durch Abbau der Zölle im Wege von Handelsverträgen mit Deutschland und anderen Staaten, durch Erleichterung des Veredlungsverkehrs usw. wäre nur zu begrüßen. Die Annäherung an Deutschland wird zunächst am besten durch die Ausgestaltung der Verkehrsmittel zwischen beiden Reichen, durch Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechtes angestrebt, durch tunlichste Ausgleichung der fiskalischen und sozialpolitischen Bedingungen, vielleicht auch auf Währungs- und bankpolitischem Gebiet zu suchen sein. Zur Gewinnung von Rohstoffen und Absatzgelegenheiten könnte ein Zusammengehen im Orient und auf dem Balkan organisiert werden. Schließlich würde gegenseitige Anerkennung der Prüfungen und Diplome die Freizügigkeit zwischen den Hochschulen Deutschlands und Österreichs erhöhen."

Der Handel nach dem Kriege. In einer in Manchester gehaltenen Rede sagte Professor L. T. Hobhouse über dieses Thema u. a. folgendes: „Wenn nach Kriegsschluß ein nicht auf wirtschaftlicher Basis, sondern auf Vorurteil und Gefühl aufgebautes Schutzzollsystem geschaffen wird, könne man nur von einem Waffenstillstand, aber von keinem sicheren Frieden sprechen. Auf der Basis der Pariser Konferenzbeschlüsse könne die Welt sich niemals des Friedens erfreuen, sondern nur bei dem ununterbrochenen Handel der Nationen untereinander. Das bedeute nicht notwendigerweise vollständigen Freihandel." („Manchester Guardian" vom 2. November.)

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Wirtschaftliche Frage

Edgar Jaffé stellt in einer Schrift „Kriegskostendeckung und Reichsfinanzreform" (J. C. B. Mohr, Tübingen) folgende Forderungen für unser künftiges Steuersystem auf: 1. Möglichste Steigerung der Eigeneinnahmen des Reiches aus wirtschaftlicher Tätigkeit (staatlichen Eisenbahnen, Einbeziehung der Binnenschiffahrt in die staatlichen Verkehrsunternehmungen). 2. Die Schaffung einer Reihe von Maßnahmen, die neben hohen Einnahmen für den Staat zugleich eine derartige Förderung und Verbilligung der Produktion in sich schließen, daß ihre Einführung auch nach Abzug der Staatsabgaben einen direkten Gewinn an Nationalreichtum ergibt. a) Staatliche Handelsmonopole nach Art der Zentraleinkaufsgenossenschaften der Mittelmächte. b) Staatliche Kraftmonopole. (Ausnützung der Wasserkraft und des elektrischen Stromes.) 3. Ersparnissteuern. (Stärkere Erhöhung aller indirekten Abgaben, eventuell durch Einführung finanzieller Monopole, wie Tabakmonopol, Branntweinmonopol usw., soweit diese auf entbehrlichem Verbrauch beruhen, verbunden mit Ausgestaltung der Warenumsatzsteuer zu einer gestaffelten Belastung alles Luxuskonsums mit stark progressiven Sätzen.) 4. Produktivitätssteuern: a) Zwangskartellierung in Handel und Gewerbe, b) staatliches Getreidemonopol. 5. Soziale Ausgleichssteuern. (Kriegsgewinnsteuer, Reichserbschaftssteuer und Erbrecht des Reiches.) „Unsere Finanzen nach dem Kriege" sind die Sorge einer weiteren Reihe von Schriften. Am weitesten umfaßt R. Kuczynski das Problem. Er entwirft ein umfängliches Programm für die Neuordnung der Finanzen: Vermögensabgabe von 20 Prozent, Ausbau der Besitzzuwachssteuer (insbesondere Heranziehung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft), gleichmäßige Behandlung der Sätze für die Einkommensteuer mit scharfer Progression nach oben, Steigerung der Erträgnisse aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Verkehrssteuern, Ertragssteuern, Monopolen. K. hält es für möglich, daß wir uns auf diesem Wege die Mittel zur Gesundung unserer durch den Krieg zerrütteten Finanzen beschaffen können, so daß es „töricht ist, zu behaupten, wir könnten sie überhaupt nicht ohne fremde Hilfe, d. h. ohne Kriegsentschädigungen, aufbringen." Er setzt nur voraus, daß sein Entwurf in der gegenwärtigen Legislaturperiode Gesetz wird. „Die Steuereinnahmen des Reiches betrugen im letzten Friedensjahre reichlich 2 Milliarden. In der gleichen Zeit erhöhte England seine Steuereinnahmen von 3 auf 10 Milliarden. England erhebt schon jetzt so viel an Steuern, daß es trotz seiner verfehlten Anleihepolitik seine Finanzreform ruhig vertragen kann, bis es volle Klarheit über seinen künftigen Bedarf und über die künftige Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft besitzt. Wollten wir so lange warten, so müßten wir inzwischen neue Anleihen aufnehmen, und die Schuldenlast würde um weitere 10 oder 20 Milliarden anwachsen. Das muß selbstverständlich vermieden werden, und deshalb duldet die Inangriffnahme der Reichsfinanzreform für die Friedenszeit keinen Aufschub." Um den weiteren Ausbau der Monopole bekümmern sich Prof. E. Ballod und O. Föhrenbach. Ballod errechnet annähernd 5 Milliarden Einnahmen aus den Monopolen von Bier, Branntwein, Tabak, Zucker, Tee, Kaffee, Kakao, Stickstoff, Kohle, Elektrizität, Brot, Fleisch, Schiffahrt und Versicherung; Föhrenbach aus einer kleineren Reihe von Reichsmonopolen $2^1/_2$ Milliarden. (Nach dem Plan von Kuczynski waren die Einnahmen aus den Monopolen in den $4^1/_2$ Milliarden enthalten.

Deutschlands Finanz- und Handelsgesetze im Kriege gibt in sachlich geordneten, schnell übersehbaren Gruppen zum Handgebrauch für Praxis und Wissenschaft der Bibliothekar der Reichsbank Joh. Notzke mit Anmerkungen und Hinweisen heraus. (Karl Flemming Verlag A.-G., Berlin-Glogau 1917, geb. M. 6. .)

Ernst Kahn, der Handelsredakteur der „Frankfurter Zeitung", behandelt „Unsere Valutasorgen" (Ursachen, Wirkungen, Heilmittel. Veit & Co., Leipzig). Kahn sieht die Lage hoffnungsvoll an, wenn auch die Wiederherstellung der alten normalen Valuta viel Geschick und viel Arbeit erforderten.

Richard Schwarz will die Valuta- und Rohstoffrage einer einheitlichen Lösung entgegenführen. (Manz, Wien.) Er rät zu gemeinsamem Rohstoffeinkauf, Gemeinsamkeit der Devisenbeschaffung zu Zahlungszwecken beim Transport und der Verteilung der Rohstoffe, woraus sich vielleicht gewisse gemeinsame innerwirtschaftliche Institutionen ergäben, die den Boden für Mitteleuropa präparierten. Die erste planmäßige und verständige Beschreibung und kritische Vergleichung aller Möglichkeiten bargeldloser Zahlungen, Organisationen der Zahlungswege und der Zahlungsvermittler gibt Prof. Dr. F. Schmidt (Verlag B. G. Teubner, Leipzig M. 6.—.) Dabei wird eine Reihe von Organisationsfehlern aufgedeckt, zu deren Beseitigung geeignete Vorschläge gemacht werden. Die wesentlichsten darunter sind: 1. Für den Giroverkehr: Verschmelzung der Reichsbank mit den Scheckämtern zu einem Giroverband mit gemeinsamer, nur verrechnender Zentrale, die zwischen allen Konten beider Vermittler direkte Überweisungen ermöglicht. 2. Für den Scheckverkehr: Der Verrechnungsscheck

Digitized by Google

sollte im Verkehr den heutigen Barscheck ersetzen. Für Zahlungen an Dritte sind nur noch Verrechnungsschecks auszugeben.

Ein Gesamtbild der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen und der Absatzregelung der Hauptlebensmittel entwirft Karl Heinrich Reentsen („Die Organisation des Lebensmittelversorgung im Krieg", Berlin, Leonhard Simion, M. 1.20). Er kommt zu den Folgerungen, daß bei der Lösung des Problems, wie am ehesten Reibungen und Härten bei der Ausführung unserer Friedenswirtschaft in die ohne staatliche Regelung nicht zu denkende Kriegswirtschaft vermieden worden wären, die vorhandenen Mittel und Kräfte zu freier Mitbetätigung des Handels und Gewerbes im Rahmen der staatlichen Organisation nicht in vollem Maße herangezogen worden seien, wenn auch, wie Verf. zugibt, Industrie, Landwirtschaft und Handel in allen Teilen nicht so organisiert waren, daß man ihre Wirtschaftsorganisation die notwendigen Aufgaben hätten gelöst werden können.

„Weltkrieg und Brotversorgung" betrachtet in ihrem Zusammenhang Dr. Eduard Sesster (Franz Siemenroth, Berlin 1917). Er zeigt, daß Deutschlands Brotpolitik nicht nur durch Billigkeit und Sicherheit vorbildlich geworden ist, sondern daß auch die Absperrung vom Welthandel in bezug auf den Getreideverkehr „ihre guten Seiten hatte, die sich darin ausdrücken, daß andere Staaten ihre Bezüge aus den Produktionsgebieten mehr oder weniger stark einzuschränken gezwungen waren". „In Zukunft muß es die erste Aufgabe der Regierung sein, für den Kriegsfall die Brotversorgung der Bevölkerung nach zwei Seiten hin zu sichern, nämlich durch eine zweckentsprechende Vorratswirtschaft und durch innere Kolonisation im eigenen Lande und bei den Verbündeten."

Die Beiträge der Kriegswirtschaft, von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes auf Anregung Batockis herausgegeben, verwerten das reiche Material der organisierten deutschen Kriegswirtschaft zu einer Reihe von Einzelheften über kriegswirtschaftliche Fragen (Preisbildung, Kartoffel, Futtergetreide, Nahrungsmittelwirtschaft großer Städte, Nahrungsmittelwirtschaft des Auslandes, Heeresverpflegung und Massenspeisungen usw.; Reimar Hobbing, Berlin, M. —.60). Sie wollen „die mangelhaften Grundlagen volkswirtschaftlicher Kenntnis bessern, die Behörden und Bevölkerung beim Eintritt in den Krieg besaßen". Die Feststellung dieser Notwendigkeit kann nicht oft genug wiederholt werden.

Heinrich Manstaedt betrachtet in einer bei G. Fischer, Jena, erschienenen Schrift das Verhältnis von „Hochkonjunktur und Krieg". Für die Zeit nach dem Friedensschluß ergibt sich dem Verf. folgendes Bild: „Nehmen wir an, es sei nur zum Teil geglückt, den Kapitalgüterverlust, den uns der Krieg hinterlassen hat, wieder aufzufüllen und die unterbrochenen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen oder durch neue zu ersetzen, unsere Jahresproduktion entspreche infolgedessen, nur um eine Zahl zu nennen, derjenigen 15 Jahre vor dem Krieg. Dann hat unsere Gesamtlage durchaus nichts Niederdrückendes, wenn auch für die größere Volksziffer trotz scharfer Anspannung aller Kräfte ein kleiner Gütervertrag zur Verfügung steht. Die Entwicklung der 15 Jahre bis zum Kriegsausbruch werden wir dann infolge der reichen Erfahrung und des umfassenderen Wissens in wesentlich kürzerer Zeit durchlaufen, zumal wenn es gelingt, die weltwirtschaftlichen Beziehungen rascher wieder anzuknüpfen. Und der Zinsfuß wird sich dem Zeitmaß der Entwicklung anpassen; er kann also ganz gut, d. h. wenn sich die Entwicklung langsam genug durchsetzt, unter 5 Proz. stehen. Daran hindert die Masse der Anleihen keineswegs, denn es ist bei der vaterländischen Gesinnung unseres Volkes und, da auch andere Verwendungsmöglichkeiten kaum zur Verfügung standen, mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Anleihen durch die in der Kriegskonjunktur gebildeten Kapitalien zum weitaus größten Teil fest aufgenommen worden sind. Soweit sie ihre Unterbringung den frei gewordenen Betriebskapitalien verdanken, erfolgt, die Überführung in feste Hände bereits während der Hochkonjunktur nach dem Frieden. Wenn der Zins auch nach dem ersten Friedensaufschwung noch hoch stehen wird, so liegt der Grund darin, daß nicht nur wir weiterhin bestrebt sein werden, möglichst bald den Kapitalgüterverlust der Kriegszeit zu ersetzen, sondern auch unsere Bundesgenossen und Freunde, die zum Teil noch nicht einmal ihre Kriegskosten gedeckt haben, weil sie während des Krieges die Notenpresse benutzten, und die eine viel höhere Kapitalzerstörung in ihren Ländern erleiden mußten. Wenn der Zinsfuß hoch stehen wird, so ist das nur der sichtbare Ausdruck dafür, daß sich die Kapitalgütererzeugung auf Kosten der Verbrauchsgütererzeugung ausgedehnt hat, und somit entspricht dem hohen Zinssatz ein hoher Preisstand aller gebrauchsreifen Güter."

In die Leistungen der „deutschen Wald- und Forstwirtschaft" gewährt die Sammlung dreier Vorträge in einem Heft der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft (Verlag Globus, Dresden, M. 1.80) einen Einblick. Wie auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, so hat auch der Krieg für die Forstwirtschaft eine Betriebsumwandlung gebracht die ihr in der Zukunft eine von der Vergangenheit wesentlich verschiedene Rolle im staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen Leben zuweisen wird. Für die Zukunft des Holzhandels kommt einer der Vortragenden, Professor v. Mammen, zum Ergebnis: „Auch

Digitized by Google

vom forstpolitischen Standpunkt aus kommen wir zu einer Ablehnung eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, wobei die Frage, ob der geplante Abbau der Zölle ganz allmählich oder plötzlich erfolgen soll, für uns weniger von Bedeutung ist." Der bestmögliche Mittelweg dazu ist wechselseitige grundsätzliche Vorzugsstellung. „Auf diesem Wege würde es möglich sein, die Holzzölle für die von Österreich-Ungarn nach Deutschland zu gelangenden Nutzhölzer gegebenenfalls herabzusetzen und gleichzeitig das russische Holz, falls man dies wollte, mehr abzudämmen."

Arthur S. Wertheim stellt in einer Schrift über „Das falsche System" (Vita, Charlottenburg, M. 1.—) folgende Forderungen: 1. Unbedingte Wiederherstellung des freien Handels noch während des Krieges. 2. Verstaatlichung der Z.-E.-G. unter Abtösung der privaten Anteilseigner oder vollständige Rekonstruktion derselben unter Einsetzung einer dirigierenden, von der Reichsleitung selbständig zu erwählenden, vorwiegend aus Kaufleuten, Landwirten, Vertretern von Städten und mindestens drei Reichskommissaren bestehenden Kommission, die unter Wegfall der jetzigen ausländischen Einkaufs-Einrichtungen die Hereinschaffung ausländischer Lebensmittel dem freien Handel überläßt und sich lediglich auf die Preisregelung und Verteilungsfrage beschränkt. 3. Zurückführung der übrigen Kriegsgesellschaften auf reine Verteilungsstellen. 4. Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften bei Kriegsbeendigung. 5. Einsetzung einer ständigen, dem Reichsamt des Innern anzugliedernden engeren Handelskriegs-Kommission. 6. Errichtung eines selbständigen, genügend mit vorher geprüften kaufmännischen Kräften durchsetzten Reichs-Handelsamtes. Die Forderungen gipfeln in dem Satz: „Man räume endlich auch dem Kaufmann die ihm gebührende Stellung in der Reichsverwaltung und -Beratung ein."

Ernst Neukamp bezeichnet „Die Ausschaltung unseres Handels durch das Kriegswirtschaftsrecht" als eine nationale Gefahr. (Otto Liebmann, Berlin.) Die Festsetzung von Höchstpreisen, schlägt er vor, solle nur mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet erfolgen, die handelsrechtlichen Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Die Zahl der Kriegsgesellschaften ist einzuschränken, um die Gewerbefreiheit nicht zu sehr zu beeinträchtigen. Die Kriegsgesellschaften seien mit Friedensschluß zu beseitigen.

Aufsätze zur „Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege" hat Carl Johannes Fuchs neu zusammengestellt, ein Schüler Lujo Brentanos (Duncker-Humblot, München, M. 4.—.) In ihrer zeitlichen Folge geben sie ein Bild der Entwicklung, welche die Versuche einer Lösung des Problems seit zwölf Jahren erfahren haben, und führen vom Jahre 1904, wo „die traurige Kehrseite des großen wirtschaftlichen Aufschwunges", die Verschärfung der Wohnungsfrage, hauptsächlich durch das Verdienst Brentanos, zum erstenmal erkannt wurde, bis in die Zeit des Krieges, der für die Förderung der Reform nur dadurch fruchtbar geworden ist, daß er in der Notlage der Hausbesitzer „die fundamentalen Mängel des großstädtischen Wohnungswesens schärfer als je hat hervortreten lassen und mit dem Problem der Kriegsansiedelung die Wohnungsreform vor sehr erweiterte, auf das ganze Gebiet der Stadt und ländliche Ansiedelungen sich erstreckende Aufgaben gestellt hat". Als die dringendste Aufgabe der Stunde werden bezeichnet: „In Preußen neben der in Angriff genommenen Reform des Schätzungswesens die Erledigung des Wohnungsgesetzes bezw. Schaffung einer Landesbauordnung, und im Reich auf der einen Seite Einräumung einer allgemeinen Fristverlängerung für die Hypothekenschuldner und Beschränkung der Eigentümerhypothek im BGB., auf der anderen Seite aber — abgesehen von den Kriegerheimstättenfragen — Bereitstellung eines großen allgemeinen Reichswohnungsfürsorgefonds und Schaffung einer Reichswohnungsfürsorgestelle, sowie Erlaß des Erbbaugesetzes und eines Reichsenteignungsgesetzes. Sollte sich, wie es fast den Anschein hat, die Reformtätigkeit in Preußen auf die beiden jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe beschränken wollen, dann würde allerdings die frühere Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück praktische Bedeutung erlangen, daß das Reich eingreifen werde, wenn in Preußen und in anderen Einzelstaaten eine Wohnungsgesetzgebung nicht zustande käme: es müßte also auch ein Reichswohnungsgesetz geschaffen werden zur Regelung der Wohnungsaufsicht (und eventuell zugleich der Enteignung), und, wenn möglich, auch eine Reichsbauordnung." Alle diese Forderungen wünscht Fuchs bald erfüllt. „Wir dürfen unsere Krieger nicht für immer in das Wohnungselend zurückkehren lassen, aus dem sie ausgezogen sind zur Verteidigung des Landes, — geschweige denn in ein größeres! Erinnern wir uns einmal an die 400000 Wohnungen mit nicht mehr als 1 heizbarem Zimmer in Großberlin, neben etwa 300000 mit 2 und nur annähernd 250000 mit mehr als 2 heizbaren Zimmern, an die $1^1/_2$ Millionen Menschen, die hier in Wohnungen mit nur 1 heizbarem Zimmer lebten, und an die 600000 oder nach einer niedrigeren Berechnung 424000 Menschen (= 14,2 % der Gesamtbevölkerung von Großberlin), die in ‚überfüllten' Wohnungen, meist Einzimmerwohnungen, lebten; oder an die 1904—1907 in München ermittelten 24000 Menschen in Wohnungen mit einem einzigen Wohnraum, die 154000 (= 30 % der Bevölkerung) in Wohnungen mit nur 1—2 Räumen, die 40000, die weniger als 10 cbm Schlafraum hatten, während für einen Gefangenen wenigstens 16 vorgeschrieben sind, und die 80000 Menschen in ‚Teil-

Digitized by Google

wohnungen' — und dann fragen wir uns: soll das immer so bleiben oder gar noch schlimmer werden?" Ein Mahnwort gegen die Auswanderung nach Ländern unter fremder Flagge und zu seiner Verhinderung ist die Schrift von Julius Ligocki: „6 Millionen verloren" (Verlag Freie Bahn, Berlin M. 1.—). In einem Anhang wird, um das Nachwort eindringlich zu gestalten, auf einer graphisch-statistischen Tafel die deutsche Auswanderung nach Übersee in den Jahren 1815—1914 zusammengefaßt: „In diesem Zeitraum sind rund sechs Millionen (davon fast 90%) nach Amerika, die andern nach Brasilien, Kanada, Argentinien, Australien abgewandert."

Fragen der Übergangswirtschaft hat Dr. Fr. Fischl in zwei Vorträgen behandelt, die bei A. Haase, Prag, Annahof, herauskommen. Der Sinn, in dem es geschieht, bezeichnen die Sätze: Ihr höchste Aufgabe muß die Übergangsverwaltung in der Hebung der Produktivität unserer gesamten Wirtschaft sehen. Dazu wird eine Erhöhung der Arbeitsleistungen auf allen Gebieten der Wirtschaft notwendig sein. Wir werden, abgesehen von der Fürsorge für die Einfuhr jener Rohstoffe, die wir zur Erzeugung unserer Fabrikate brauchen, uns nach Friedensschluß unverzüglich auf die Steigerung der Produktionsmenge jener Exportwaren werfen müssen, bei deren Erzeugung wir vom Auslande unabhängig sind und die durch den Kriegszustand in ihrer Exportfähigkeit nicht dauernd gelitten haben. Intensivste Arbeit auf allen Gebieten des Wirtschafts- und des öffentlichen Lebens muß die Losung sein für Staatsverwaltung wie für die Bevölkerung. Richard Schwarz macht in einer Schrift „Preisbildung in der Übergangswirtschaft" (Franz Deuticke, Wien) den Versuch, den Unterschied „zwischen der natürlichen Preisbildung im Frieden und der Höchstpreispolitik während der gegenwärtigen Periode klarzulegen und Erwägungen anzustellen über die Beibehaltung der Höchstpreise für die Übergangsperiode zum Schutze und zur Stärkung des Konsums". „Eine gänzliche Abschaffung der während des Krieges entstandenen und für die Übergangswirtschaft noch zu schaffenden außerordentlichen Wirtschaftsinstitutionen wäre für die Wirtschaftsentwicklung das Reifezeugnis und die Großjährigkeitserklärung, denen zufolge die staatlich-Bevormundung als nicht mehr angebracht erscheint." Dann drängt die natürliche Steigerung des Bedarfes — von den bevormundenden Fesseln befreit — nach Ausbreitung und Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens."

„Die Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege" umschreibt Paul Hirsch, M. d. A. (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Er prüft die Gemeindeverfassung auf die Möglichkeit hin, den Forderungen der eigenen Ära gerecht zu werden. In der Sozialisierung der Gemeindeverwaltung und Verfassung, der Finanzen, der Armen- und Waisenpflege, der Arbeitslosen-Fürsorge, des Schul- und Bildungswesens sieht er besondere wichtige Aufgaben, um die durch den Krieg gerissenen Lücken zu füllen.

Ludo M. Hartmann bekennt sich in einer Schrift über „Den Beruf unserer Zeit" (Anzengruber, Wien) zu einer weitgehenden Sozialisierung. Er wendet sich gegen den alten Machtstaat, gegen eine Schulpolitik, die „ein Ausdruck der Privilegien der herrschenden Klasse war" und die Produktivkraft des ganzen Volkes beeinträchtigt. Er verlangt eine moderne demokratische Einheitsschule, eine demokratische Verwaltung, eine verlebendigte Wissenschaft. „Wir haben die Synthese zu vollbringen von Historismus und Vernunft, von Realismus und Idealismus, von Individualismus und Sozialismus. Mit mitleidigem Blicke schauen wir zurück auf den Bodensatz der Geschichte, auf all die Mutlosen, die sich hinter der Historie oder hinter eine Ideale verstecken, die Diplomaten und Ränkeschmiede, die Bureaukraten und Schimmelreiter, die Pedanten und Wortgelehrten, die Kriegsgewinnler und Provisionäre."

Eine Umgestaltung der Wirtschaftswissenschaft der Zukunft sieht Otto Neurath kommen. („Die Wirtschaftsordnung der Zukunft und die Wirtschaftswissenschaften", Verlag für Fachliteratur, Berlin). „Die Durchsetzung unserer Wirtschaftsordnung mit der Naturalrechnung wird der wichtigste Wirkung auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaft sein. Auch die Finanzwirtschaft wird, da sie bisher allzusehr geldwirtschaftlich orientiert war, einer grundsätzlichen Umgestaltung bedürfen. Da Privatwirtschaft und Staatswirtschaft nicht mehr einander ausschließende Begriffe sein würden, würde Preisstaffelung und Steuerstaffelung vielleicht im selben Hauptabschnitt zu behandeln sein. Neben den theoretischen Interessen werden praktische zu ihrem Rechte kommen."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberstleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 741. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin-W 30, Augsburgerstr. 741. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 14. Dezember 1917 • Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Graf Hertlings Debut

Von Friedrich Thimme

Am 29. November hat sich Graf Hertling als Reichskanzler im Reichstage, am 5. Dezember als preußischer Ministerpräsident im Abgeordnetenhause eingeführt. Beide Antrittsreden haben in und außerhalb der Parlamente einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Allenthalben bricht sich die Überzeugung Bahn, daß das Staatsruder in die Hände eines denkbar erfahrenen und geschickten Staatsmanns gelegt sei, der es sicherlich verstehen werde, das Schiff an den zahlreich drohenden Klippen vorbei unbeschädigt in den Hafen eines wirklich ehrenvollen Friedens zu steuern. Es war ein förmlicher Genuß, die vollendete Kunst und Sicherheit zu beobachten, mit der Graf Hertling nicht bloß im Reichstage, dem er ja mehr als dreißig Jahre angehört hat, sondern auch im Abgeordnetenhause, wo er als ein völliger Neuling erschien, auftrat. Klar und deutlich zeigte es sich, wie viel ein gewiegter Parlamentarier und Parteiführer an der Spitze der Reichsleitung vor dem gescheitesten Bureaukraten voraus hat, sobald es die Herstellung und Erhaltung des Einvernehmens zwischen der Regierung und der Volksvertretung gilt. Klar und deutlich trat es auch in Erscheinung, wie große Vorzüge es hat, wenn die verantwortlichen Staatsmänner vor ihrer Ernennung sich des Vertrauens der Volksvertretung und ihrer Zustimmung zu dem Regierungsprogramm soviel wie immer möglich versichern. Wie mit einem Schlage ist durch den jüngsten Regierungswechsel eine wohltuende Entspannung der Lage eingetreten. Während seit Jahr und Tag jede neue Reichstagstagung neue Konflikte heraufführte, hat die jüngste kurze Tagung, genau wie es hier vor vierzehn Tagen verlangt wurde, ganz in dem Zeichen des wiederhergestellten Burgfriedens, des völligen Einverständnisses zwischen der Regierung und der überwältigenden Mehrheit des Reichstags gestanden. Es ist eingewandt worden: die ruhige Glätte, mit der alles verlief, sei nicht selbstverständliche Auswirkung innerer Einmütigkeit aller Beteiligten gewesen, sondern habe offensichtlich den Charakter sorgfältiger vorheriger Vereinbarung für den besonderen Fall getragen. Nun, die Verab-

Digitized by Google

redung gilt doch weit über den nächsten Fall hinaus, zu mindest für die ganze Kriegszeit. Sie gilt in bezug auf das ganze zwischen dem Kanzler und den Parteien vereinbarte Mindestprogramm, positiv, insofern die sozialpolitischen Reformvorlagen, die in der nächsten Tagung eingebracht werden sollen, ihrer Annahme durch die Reichstagsmehrheit im voraus gewiß sind, negativ, insofern alle Verfassungsreformen, vor der preußischen Landtagsreform abgesehen, ausgeschaltet bleiben sollen. Ohne Widerspruch seitens der Mehrheit zu finden, durfte der Kanzler in seiner Rede feststellen: an den Grundlagen unserer Reichsverfassung, die recht eigentlich aus dem geschichtlich gewordenen Charakter des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme hervorgewachsen sei, könne und solle nichts geändert werden. Ein Wiederzusammentreten des Verfassungsausschusses, der den Stein der Verfassungskämpfe ins Rollen gebracht hatte, ist denn auch für die weitere Dauer des Krieges nicht zu erwarten. Damit wäre vom innerpolitischen Gebiete her, das in den letzten Zeiten so oft im Reichstage die eigentliche Gefahrenzone für Burgfrieden und innere Eintracht wurde, die Aussicht auf neue Krisen beschworen.

Fast scheint es, als sollte es der geschickten Hand des Grafen Hertling, dessen Domäne in den langen Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht umsonst die auswärtige Politik gewesen ist, gelingen, auch in den so heiß umstrittenen Fragen der Kriegs- und Friedensziele eine Annäherung unter den feindlichen Parteien herbeizuführen. Zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit war unschwer eine Verständigung durch die Berufung auf die dem Papst am 19. September erteilte Antwort, die in Graf Hertlings Reichstagsrede neu bekräftigt wurde, zu erzielen. Indem der Kanzler dieser Berufung das Wort hinzufügte, daß damit der Entente kein Freibrief für eine freventliche Verlängerung des Weltkrieges eingeräumt werden solle, indem er sich weiter zu der zuversichtlichen Hoffnung bekannte, daß der U-Boothandelskrieg das ihm gesteckte Ziel schließlich erreichen werde, indem er dann noch in seiner Abgeordnetenhausrede besonders betonte, er werde keinem Frieden zustimmen, der nicht eine bündige Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates mit sich bringe, hat er zugleich mit Klugheit und Feinheit versucht, eine Annäherung zwischen den Mehrheits- und Minderheitsparteien einzuleiten. In der Frage der Stellungnahme zu dem russischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungsangebot, das der Reichstagsrede des Grafen Hertling eine besondere Bedeutung verlieh, ist die Annäherung rasch erreicht: einstimmig hat der Reichstag durch eine besondere von seinem Referenten für auswärtige Angelegenheiten, dem Prinzen Schönaich-Carolath, abgegebene Erklärung sein volles Einverständnis mit der Politik kundgegeben, die die Reichsregierung nach der Rede des Reichskanzlers und den ihr folgenden Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann gegenüber der russischen Regierung zu befolgen beabsichtigt. Auch gegen die bedeutsame Festlegung des Kanzlers, daß die deutsche Regierung in bezug auf die ehemals dem Szepter des Zaren

Digitized by Google

unterworfenen Länder Polen, Litauen und Kurland das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker achten werde: eine Erklärung, die die neuerlich mit solcher Bestimmtheit aufgetretenen Nachrichten über eine vorzeitige austrophile Lösung der polnischen Frage auf das richtige Maß zurückführte, hat sich auf keiner Seite im Reichstage Widerspruch erhoben. Die außergewöhnliche Geschicklichkeit, mit der Graf Hertling solchergestalt gerade die Fragen der auswärtigen Politik im Reichstage behandelt hat, läßt hoffen, daß es ihm gelingen werde, nicht bloß die Mehrheitsparteien, sondern auch die Minderheitsparteien auf die Parole Abwarten, Ausharren, Durchhalten!, die in der Tat nach der derzeitigen Lage des Weltkrieges die einzig gegebene ist, zu einigen. Wie es scheint, will unser Freund Wilson sein Möglichstes tun, um dem Reichskanzler in dieser Beziehung in die Hände zu arbeiten. Die Aussicht auf die volle Schwere des amerikanischen Krieges, die uns in Wilsons neuester Botschaft an den Kongreß näher rückt, müßte uns, wenn wir es nicht ohnehin schon wüßten, vollends darüber aufklären, daß, um mit Graf Hertling zu reden, nur in einträchtigem Zusammenstehen Heer und Heimat den Sieg, den uns Wilson zu entreißen droht, endgültig erringen können.

Leider scheint es aber, als sollte dem einträchtigen Zusammenstehen, das im Reichstag durch Graf Hertlings Antrittsrede so erfolgreich angebahnt war, von der preußischen Wahlrechtsvorlage her Eintrag geschehen. Mit vollem Grund hat der Präsident des Abgeordnetenhauses in seiner Eröffnungsansprache am 5. Dezember nachdrücklich darauf verwiesen, daß die Wahlreform nicht die einzige, ja wohl nicht einmal die entscheidendste Schicksalsfrage darstelle, vor welche unser Volk heute gestellt sei, daß aber auch heute noch eine ganze Welt von Feinden mit gespanntester Begier nur darauf warte, die eigene sinkende Kraft und Siegeshoffnung durch unseren innern Zwist neu belebt zu sehen. Auch Graf Hertling hat in seiner taktisch außerordentlich geschickten und gewinnenden Antrittsrede im Abgeordnetenhause die wärmsten und eindringlichsten Töne angeschlagen. Vor allem hat er betont, daß es gelte, ein feierlich gegebenes Königswort einzulösen. Daß die damit einsetzende entscheidende Veränderung in den inneren Verhältnissen Preußens in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken entfachen werde, hat Graf Hertling vollauf gewürdigt, nicht minder, daß es sich für diese Kreise darüber hinaus um eine Gewissensfrage handeln möge. Für seine Person hat sich Graf Hertling, der doch auch den Anspruch erheben darf, eine konservativ gerichtete Natur zu sein, vollkommen auf den Boden der Vorlage gestellt, die er durch das Bedürfnis des Volkes, die Entwicklung und die politische Gesamtlage als gerechtfertigt erklärt. Seine kurze Rede schloß mit der Mahnung: „Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist, stimmen Sie der Vorlage im Interesse der gedeihlichen, friedlichen Entwicklung des Staates zu, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen."

Der Antrittsrede des Grafen Hertling im Abgeordnetenhause ist unmittelbar die des

Digitized by Google

Ministers des Inneren Dr. Drews und am zweiten Verhandlungstage die des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg gefolgt. Von der Rede des ersteren gilt, was der nunmehrige Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann der Begründung der Wahlrechtsvorlage nachrühmte, daß sie [illegible] schön, geradezu erhebend sei. Staatsminister Dr. Drews hat sich mit der Ausarbeitung der Reformentwürfe, der Begründung namentlich der Wahlrechtsvorlage, die offenbar sein eigenstes Werk ist, und nicht zuletzt mit seiner Antrittsrede einen Platz unter Preußens großen Reformern gesichert. Man hat bemängelt, daß der Minister die Forderung des gleichen Wahlrechts in erster Linie ethisch mit der Tatsache zu begründen gesucht hat, daß draußen auf der Walstatt alle Männer unseres Volkes den gleichen Kampf kämpfen, in gleicher Weise ihr Leben in die Schanzen schlagen: im Staatsleben müsse aber nicht die Ethik, sondern die Logik den Ausschlag geben. Als ob sich das Dreiklassenwahlrecht, das Bismarck doch nicht bloß das elendeste, sondern auch das widersinnigste aller Wahlrechte genannt hat, irgendwie logisch begründen ließe! Als ob sich nicht auch gegen ein abgestuftes Wahlrecht und ebenso gegen ein berufsständisches Wahlrecht die schwerwiegendsten praktischen Bedenken erhöben! Die Leser dieser Zeitschrift wissen, daß ich selbst — ich habe mich darüber in Heft 8 vom 23. Februar 1917 ausgelassen — mir die erdenklichste Mühe gegeben habe, einen halbwegs brauchbaren Schlüssel zu finden, um den Wert und die Bedeutung jedes einzelnen Staatsbürgers für das Staatsganze in einer Anzahl von Stimmen zutreffend zusammenzufassen. Aber es stellte sich alsbald heraus, daß auf der Grundlage des Versuchs, die staatliche und soziale Leistung und Bewährung in ihren hauptsächlichen Momenten zum Grund- und Eckstein des Wahlrechts zu erheben, eine Einigung der Parteien nicht herbeizuführen war. Dem damaligen Minister des Inneren habe ich ohne weiteres zugeben müssen, daß bei einer Zurückdrängung des pekuniären Moments, wie ich sie für schlechthin erforderlich hielt und halte, ein Mehrstimmenrecht eine antidemokratische Wirkung nicht auszuüben vermöge. Mit der Feststellung aber, daß nur eine große Anzahl offener und versteckter Mehrstimmen für Einkommensteuer oder Besitz ein weniger demokratisches Ergebnis als beim gleichen Wahlrecht sichern kann, ist heute jedes Pluralwahlrecht gerichtet. Nicht besser aber steht es um ein berufsständisches Wahlrecht. Es hat seinen guten Grund, wenn der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg den Gedanken an ein solches berufsständisches Wahlrecht, wie er noch immer in der konservativen Presse spukt, kurzerhand als eine „abgestandene Sache“ beiseite schob. Liegt es denn nicht auf der Hand, daß auch nur der Versuch einer Kontingentierung der Abgeordnetenmandate auf die einzelnen Berufsstände alle wirtschaftlichen Interessenzegensätze bis zur Unerträglichkeit aufpeitschen würde? Einen Vorgeschmack davon bekommt man, wenn man verfolgt, wie sehr schon der Gedanke, das Herrenhaus mehr als bisher auf dem berufsständischen Prinzip aufzubauen, Sonderwünsche auf allen Seiten wachruft. Daß es im übrigen ein völ-

Digitized by Google

liges Unding wäre, beide Häuser des Landtages auf ein und dasselbe berufsständische Prinzip zu gründen, ist so klar und einleuchtend, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Ein berufsständisches Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus anstreben, heißt, dem Herrenhaus jede Existenzberechtigung, jede Existenzmöglichkeit absprechen!

Mir scheint, daß sich auch vom logischen Gesichtspunkte aus gerade so viele und gerade so gewichtige Argumente für das gleiche Wahlrecht wie für irgendein anderes anführen ließen. Das Gewicht der ethischen und moralischen Erwägungen kann in jedem Falle nur zugunsten des gleichen Wahlrechts in die Wagschale fallen. Wir wissen heute, daß die ethischen Gesichtspunkte die Entscheidung der Krone maßgebend beeinflußt haben. Es ist ein Verdienst Miniſter Friedbergs, daß er uns Aufschluß über die Motive der Krone bei dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli gegeben hat. Es mag sein, daß für den Erlaß vom 11. Juli auch noch der Beweggrund eine Rolle gespielt hat, Herrn von Bethmann Hollweg, wenn möglich, am Ruder zu erhalten. Aber das war doch nicht etwa ein unerhörter Vorgang, wie der nationlliberale Sprecher Dr. Lohmann behauptete. Es ist nicht wahr, daß Herr von Bethmann Hollweg sich an sein Amt geklammert habe. Wenn der Träger der Krone und sein verantwortlicher Ratgeber bis zum letzten Momente den Kanzlerwechsel zu vermeiden gesucht haben, so leitete sie dabei offensichtlich das klare, rein sachliche Gefühl, daß ein solcher Wechsel in einer Zeit, wo das unauflösbare Reichsparlament alle Trümpfe in der Hand hatte, der Krone teuer zu stehen kommen und ihr, zumal bei einem öfteren Wechsel, leicht die Macht zugunsten des Parlaments aus den Händen winden könne. Ist dieses Gefühl etwa so ganz grundlos gewesen? Wahrlich, die Konservativen, die so heftig gegen die Vorgänge bei der Ernennung Graf Hertlings, v. Payers und Friedbergs wettern, sollten an ihre Brust schlagen und auch in dieser Beziehung nicht bloß das mea culpa[1], sondern das mea maxima culpa[2] aussprechen. Zum wenigsten aber müßten sie anerkennen, daß die Wahlrechtsfrage nicht bloß für sie selbst, sondern auch für die Krone zu einer Gewissensfrage geworden ist. Es ist doch ein unehrliches Beginnen, der Krone einreden zu wollen, daß sie, rein formal betrachtet, ihr Wort gar nicht gegeben habe. Nicht darauf kommt es an, ob die Zusage des Königs ihn formal bindet, mehr zu tun, als nur die Wahlrechtsvorlage einzubringen, sondern ob er seine Zusage vor seinem Gewissen als ein feierlich gegebenes und heiliges Wort empfindet. Und in dieser Beziehung kann nach den wiederholten Versicherungen des Grafen Hertling und der Miniſter Drews und Friedberg irgendein Zweifel nicht obwalten. Welch armseliges Manöver der Wahlrechtsgegner, den Miniſtern vorzuwerfen, als ob sie sich damit hinter der Krone verschanzten. Es ist der Wille der Krone selbst, daß alle Welt wisse, daß sie ihr Königswort als verpfändet betrachte und alles aufbieten werde, um es durchzusetzen.

Was sich aus dieser Sachlage an Pflichten für jede monarchische und namentlich

[1] Meine Schuld. [2] Meine große Schuld.

Digitized by Google

für die konservative Partei ergibt, liegt auf der Hand. Es gilt, wie Dr. Friedberg wieder mit Recht ausgeführt hat, der Krone dazu zu verhelfen, ein Wort, das sie gegeben hat, einzulösen. Dazu genügt es nicht, eine sorgfältige Prüfung der Vorlage zuzusagen, wie es der Abgeordnete von Heydebrand getan hat, am wenigsten dann, wenn das Ergebnis dieser Prüfung gleich dahin vorweggenommen wird, daß die konservative Fraktion unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht ablehne. Wenn die konservative Partei nicht ein Mehreres tun will, wenn sie nicht völlig vorbehaltlos prüft, ob nicht weitere Kautelen, wie z. B. die Einführung der Verhältniswahl, die ja auch von liberaler Seite erstrebt wird, die Einführung der Wahlpflicht und etwa auch besondere Bestimmungen für die national gemischten östlichen Landesteile nach Art der in Österreich zum Schutz der nationalen Minderheiten getroffenen Einrichtungen die Einführung des gleichen Wahlrechts auch für sie erträglich macht, so provoziert sie den völligen Bruch mit der Krone. Schon einmal hat die konservative Partei es auf einen solchen Bruch ankommen lassen: bei der Kanalvorlage im Jahre 1899. Vielleicht gibt ihr dieses Beispiel doch zu denken. Denn in Sachen der Kanalvorlage, in der sich der König von Preußen mit solch leidenschaftlicher Wärme eingesetzt hatte, hat der Gang der Weltgeschichte doch nicht der konservativen Partei, sondern dem Könige recht gegeben. Was würden wir heute nicht darum geben, wenn wir den Mittellandkanal hätten! Die enormen Transportschwierigkeiten, unter denen wir seit dem Sommer leiden, die Kohlennot, die sich bis in jede Hütte hinein fühlbar macht, reden die lauteste und beredteste Sprache. Kaum ein Deutscher wird noch daran zweifeln, daß der König damals völlig im Rechte mit seiner Stellungnahme gewesen ist und daß sein „Gebaut wird er doch" bis auf den heutigen Tag eine wahrhaft prophetische Bedeutung hat. Es kann gar keine Frage sein, daß auch das gleiche Wahlrecht, nachdem einmal die Krone sich zu ihm bekannt hat, auf die Dauer nicht mehr abzuwenden ist, selbst wenn die Konservativen wie damals bei der Kanalvorlage zunächst über die Krone triumphieren sollten. Wenn die Krone sich dann entschlossen auf die breiten Massen des Volkes stützt — und was bliebe ihr anderes übrig, wenn jetzt ihr fester Wille durchkreuzt werden sollte? — so ist sie schlechthin unwiderstehlich.

Wir teilen die pessimistischen Befürchtungen nicht, die man an den bisherigen Verlauf der Wahlrechtsverhandlungen geknüpft hat. Es ist anzunehmen, daß bei den Kommissionsverhandlungen, bei denen es sich rasch zeigen wird, wie unmöglich die Konstruktion eines vernünftigen, das Volk zufriedenstellenden Mehrstimmen- oder gar eines berufsständigen Wahlrechts ist, das Schwergewicht der Gründe sich mehr und mehr zugunsten des gleichen Wahlrechts geltend machen wird. Für den Grafen Hertling und seinen Stellvertreter im Präsidium des Staatsministeriums bedeutet die Wahlrechtsvorlage die hohe Probe ihres staatsmännischen Könnens. Ihr verheißungsvolles Debut läßt uns hoffen, daß sie die Probe bestehen werden. Für Preußen und für Deutschland hängt unendlich viel, um nicht zu sagen alles, davon ab.

Digitized by Google

Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortlichkeit

Von H. Peus, Dessau

„Die Sozialdemokratie ist die alte geblieben." So sagt sie in bestimmtem Sinne selbst, so sagen in anderem Sinne die rückschrittlichsten unter ihren Gegnern. „Die Sozialdemokratie hat alle ihre Grundsätze verraten", so sagen ihre Ankläger von links. Bleibt man nicht in Worten hängen, geht man auf die Dinge selber zurück, so kommt man zu voller Klarheit. Die Sozialdemokratie will nach wie vor Sozialismus und Demokratie, Befreiung der Arbeit von der Herrschaft und Ausbeutung des Kapitalismus und Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes.

Anders geworden ist die Taktik der Sozialdemokratie, weil anders geworden sind die Verhältnisse, Umstände und Bedürfnisse der Zeit, in der die Sozialdemokratie wirkt.

Bebel sagte 1903 auf dem Dresdener Parteitag: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen." Stürmischer Beifall! heißt es im Protokoll S. 313. Scheidemann erklärte 1917 auf dem Würzburger Parteitage: „Die Proletarier haben überall das Bewußtsein gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege nach weniger als vorher bloß staatlicher Klassengegner sein wird . . ." Und weiter erklärte er: „Die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan." Auch diesen Ausführungen ist stürmischer Beifall zuteil geworden. Der „Vorwärts" vom 19. Oktober 1917 stellte in seinem Leitartikel fest: „Scheidemanns Rede über die nächsten Aufgaben der Partei war knapp, fesselnd, im Aufbau sich steigernd und riß den Parteitag zu stürmischem Beifall hin." Damit ist der Wandel im taktischen Verhältnis der Sozialdemokratie zum gegebenen Staat deutlich gekennzeichnet. Bebel war in seinem Grundwesen Agitator. Er rühmte sich einmal, nicht lange vor seinem Tode, in seiner 40jährigen parlamentarischen Tätigkeit nicht ein einziges Mal mit einem Regierungsvertreter verhandelt zu haben. Scheidemann aber erklärte in Würzburg: „Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden." Lebhafter Beifall unterstrich auch diese Worte. „Wir stehen", so sagte Scheidemann weiter, „erst am Anfang der ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate." „Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um die wirkliche politische Macht, um dem entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jedem Tag, an dem uns das Volk dazu beruft,

Digitized by Google

bereit sein, die sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen". Man vergleiche mit allen diesen Worten Scheidemanns wieder, was Bebel 1903 in Dresden erklärte: „Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär! Was wäre denn dann? Nehme man einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzenwürfe machen könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen! Das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas anderem machen könnte, als sie jetzt ist." Das war der ungeschminkte Ausdruck eines absoluten Mißtraues gegen den Staat. Bebel blieb in seinem Denken immer außerhalb des Staates, nach dessen katastrophalem Zusammenbruch er erst die Zukunft des Sozialismus erwartete. Scheidemann aber sagte in Würzburg: „Der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege ist anders überhaupt nicht denkbar als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze und die methodische Durchdringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip." Im gegebenen Staat und in der gegebenen Gesellschaft will er diese Arbeit getan wissen. Die Erwartung der befreienden Katastrophe ist abgetan. Nur von der schrittweisen Umwandlung wird alles erwartet.

Die parlamentarische Regierung ist ein Stück Demokratie, ein kleines Stück, wenn auch kein bedeutungsloses. Sie kann mit so stark antidemokratischen Zuständen und Einrichtungen verbunden sein, daß durch die parlamentarische Regierung allein herzlich wenig Demokratie gegeben ist. Wohl aber besteht Gefahr, daß durch das parlamentarische Regime eine Demokratie vorgeschützt wird, die leerer Schein ist, und daß die Entartung der Demokratie, die Demagogie, sich breit macht.

Es ist die Aufgabe aller Ehrlichen, einschließlich der konservativ Denkenden, alles zu tun, daß keine Scheindemokratie, keine Demagogie Platz greife. Vor allem aber hat die Sozialdemokratie die Pflicht, in dieser Beziehung das äußerst Mögliche zu tun, weil ihr politisches Ziel, die Demokratie, durch nichts mehr diskreditiert werden kann, als wenn korrupte Demagogie, parlamentarische Cliquenwirtschaft das Vorhandensein einer Demokratie vorheucheln will. Bebel wollte von einer Beteiligung an einer Regierung von heute nichts wissen, weil er das Heil nur von derjenigen Ordnung der Dinge erwartete, die nach der Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen sei. Die Sozialdemokratie von heute aber, die überzeugt ist, der heutige Staat und die heutige Gesellschaft könnten nur durch Demokratie und Sozialismus gerettet werden, muß umgekehrt, von dem Gedanken beseelt, daß ohne ihr Mitwirken nichts

Digitized by Google

Gutes zustande kommen könne, darauf drängen, die Regierungsmacht mit in die Hände zu bekommen. Die Sozialdemokratie hat mit vollem Recht ihre Anhänger vor Überschätzung der bloßen parlamentarischen Regierung und der bloß parlamentarisch regierten Republik zu bewahren gesucht. Sie legte immer großes Gewicht auf die Verbindung des Sozialismus mit der Demokratie. Und der in den Gewerkschaften und Genossenschaften sich betätigende Teil der Sozialdemokratie hat mit dieser seiner Tätigkeit die Erkenntnis an den Tag gelegt, daß politische Formen ohne wirtschaftliche Macht als ihr Fundament leere Schemen sind, die keinerlei Garantie für beglückenden Inhalt bieten. Darum ist dieser Teil der Sozialdemokratie, heute ihr größter Teil, auch davor bewahrt, den Formen der Staatsverfassung ein zu großes Gewicht beizumessen. Unten im Volke selber ist das Glück des Volkes zu bauen. „Aller Segen kommt von unten" ist auch ein gutes Sprichwort.

Wenn durch solche Auffassung aller Überschätzung des parlamentarischen Systems, ja des Parlamentarismus selbst, vorgebeugt ist, so ist aber andererseits auch klar, daß, wenn die parlamentarische Regierung Platz greifen und insbesondere durch die politische Macht der Sozialdemokratie mit herbeigeführt werden soll, es von größter Bedeutung ist, daß die Sozialdemokratie selber mit ganzer Aktivität dabei sei. Wenn das Volk durch die Selbstregierung sein Schicksal sich selber schulden soll, wenn es selber die Verantwortung tragen und keinen anderen als sich selber soll anklagen können, dann darf natürlich auch die Sozialdemokratie sich der Verantwortung nicht entziehen. Mit der Regierung Hertling-Payer ist der Anfang zu einer Volksregierung gemacht, und es besteht kein Zweifel, wenn der Reichstag will, wenn er dafür sorgt, daß ein geschlossener Arbeitswille da ist, dann ist keine Regierung möglich, die der Reichstag nicht will. Dazu gehört aber, daß die in ihm vertretenen Parteien die Verpflichtung in sich fühlen, nur so weit Partei zu sein, als es die Pflicht, einen festen Mehrheitswillen des Reichstags zu bilden, gestattet.

Die Sozialdemokratie hat bei der Lösung der letzten Ministerkrise deutlich den Willen bekundet, den Mehrheitswillen des Reichstags mitbilden zu helfen, sie hat der Regierung Hertling-Payer-Kühlmann ihre Unterstützung versprochen, wenn diese im Sinne der Reichstagsmehrheit regiert. Sie hat es aber abgelehnt, durch Annahme eines Staatssekretärpostens unmittelbar an der Regierung teilzunehmen. Die übrigen Mehrheitsparteien haben sie zu dieser Teilnahme aufgefordert. Die Sozialdemokratie hat die Ablehnung dieser Teilnahme damit begründet, daß dann doch weit mehr Zugeständnisse gemacht werden müßten. Insbesondere müsse der Belagerungszustand erst vorher fallen. Man kann auch nicht leugnen, daß der § 9 der Reichsverfassung, der es verbietet, gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstags zu sein, der Sozialdemokratie es noch sehr erschweren muß, einen Ministerposten ihrerseits zu besetzen. Aber in derselben Lage befinden sich die bürgerlichen Parteien, die ehrlicherweise eine parlamentarische Regierung wollen. Warum sollen

Digitized by Google

sie können, was die Sozialdemokratie nicht zu können glaubt? Trugen daher diese kein Bedenken, durften sie sogar nach Meinung der Sozialdemokratie kein Bedenken tragen, in die Regierung einzutreten, die im Sinne des Reichstags regieren soll, so ist nicht einzusehen, warum die Bedenken der Sozialdemokratie größer sein sollen. Gerade um darauf hinzuwirken, daß dem Reichstage die volle Verantwortung zugewiesen werde, hätte ein Sozialdemokrat sehr nachdrücklich helfen können. Der Wandel der Dinge wäre dann auch mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung getreten. Das Volk hätte gesehen, daß wirklich eine neue Regierungsart begonnen habe.

Nun ist allerdings richtig, es gibt im Volke, insbesondere in der Masse der Sozialdemokratie, noch viele, von denen solch ein Wandel der Dinge als ein zu starker empfunden würde. Die insbesondere von Bebel genährte Volksstimmung hat eine Tradition geschaffen, nach der solche Teilnahme an der Regierung eines im Geiste des Kapitalismus verwalteten Staates als ein Verrat an allen Grundsätzen der Sozialdemokratie empfunden wird. Die „Unabhängigen" sind der Ausdruck dieser traditionellen Stimmung. Diese Sozialdemokraten bringen es nicht fertig, nachdem sie während Jahrzehnten eine agitatorisch feindliche Stellung gegen den gegebenen Staat eingenommen haben, sich nunmehr zu ihm bejahend zu verhalten. Sie vermögen die Bedeutung der Taktik gegenüber prinzipiellen Zielen noch nicht zu begreifen, ihr Denken ist nicht beweglich genug, um sich den veränderten Dingen anzupassen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Rücksicht auf solche Gefühle es auch mit gewesen ist, weshalb man den Schritt noch nicht glaubte tun zu können, in die Reichsregierung mit einzutreten. Eine solche Rücksicht auf Tatsachen im Denken der Parteianhänger ist sicher nicht ohne weiteres abzuweisen. Jede Partei braucht die innere Zustimmung der Masse ihrer Anhänger. Andererseits ist auch das richtig, was von den Parteigenossen ohne weiteres noch nicht verstanden wird, kann mit der nötigen Anstrengung verständlich gemacht werden. Und das ist nicht so schwer wie man glaubt. Die Millionen, die für Sozialismus und Demokratie interessiert sind, haben viel stärkeres Interesse an positiven Erfolgen als an negativer Kritik. Für dogmatische Prinzipienstarrheit sind im allgemeinen nur Klubfanatiker; das Volk lobt, was ihm wirklichen Vorteil bringt.

Eine andere Frage ist die, ob ein Sozialdemokrat schon alles das verantworten kann, was eine heutige Regierung noch zu tun sich für berechtigt hält. Will aber ein Sozialdemokrat erst dann in die Regierung treten, wenn er alles billigen kann, was die Regierung tut, dann kann die Teilnahme an einer Regierung leicht überhaupt unmöglich werden. Es ist die Meinung ausgesprochen worden, ein Sozialdemokrat könne nicht in die Regierung treten, solange der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben sei. Was ist aber am Belagerungszustand geändert, wenn, solange er besteht, ein Sozialdemokrat nicht an der Regierung teilnimmt? Jetzt wird der Belagerungszustand durch äußeres Eingreifen der sozialdemokratischen Leitung vielfach gemildert,

Digitized by Google

manches Zeitungsverbot durch sie wieder zur Aufhebung gebracht. Sicher würde dieser Einfluß durch einen Sozialdemokraten als Mitglied der Regierung direkt wie indirekt noch stärker ausgeübt werden können. Wollte man aber sagen, ein sozialdemokratisches Mitglied der Regierung sei immer für alles, was die Regierung tue, mitverantwortlich, so kann das auch wieder nicht stimmen, denn wir setzen ja immer voraus, daß wir es nicht mit einer rein sozialdemokratischen Regierung zu tun haben, sondern daß die Regierung eine Regierung der Mehrheit des Reichstags ist, bei der jede Partei Opfer bringen muß, um ein geschlossenes Zusammengehen der Parteien zu ermöglichen. Es muß endlich einmal voll begriffen werden, daß zwischen dem Ideal, das vom begrifflichen Denken gestellt wird, und dem Ziel, das die Wirklichkeit der Tatsachen ermöglicht, ein Unterschied ist, und daß, wer am Ideal festhält, in der Idee alles, in der Wirklichkeit aber nichts erreicht. Politik ist die Kunst des Möglichen, die Kunst, durch Geschick dem Möglichen eine rechte weite Ausdehnung zu geben.

Man darf annehmen, daß die Führung der Sozialdemokratie geglaubt hat, die Dinge seien noch nicht reif genug, man müsse sich mit dem bisher Erreichten begnügen. Man kann aber auch meinen, die Not des Vaterlandes fordere, daß die Sozialdemokratie sich ihrer Pflicht nicht mehr länger entziehe. Eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern ist angeregt. Da wäre ein sozialdemokratischer Vertreter weitgehender Sozialreform sehr am Platze. Man kann auch meinen, daß ein Sozialdemokrat im Auswärtigen Amt sehr brauchbar wäre. Wollen wir mit der russischen Demokratie zum Frieden kommen, um für den Bund Kontinental-Europa in den Mittelmächten mit Rußland zusammen ein starkes Fundament zu gewinnen, so würde ein auf ein gerechtes Verhältnis der Völker untereinander hinsteuernder Sozialdemokrat sicher wertvolle Dienste leisten können.

Vielleicht hat bei der Ablehnung des Eintritts in die Regierung auch dies mitgewirkt, daß man dem Vorwurf entgehen wollte, als greife man hastig nach der Gelegenheit, einen gut bezahlten Ministerposten zu erhalten. Solche Bescheidenheit ist aber wenig angebracht. Ein sehr hohes Staatsamt ist heute kein Vergnügen, sondern harte Arbeit. Die Inhaber hoher öffentlicher Ämter gehören heute sich selber am wenigsten an, sondern stehen von früh bis spät in der Tretmühle der Ansprüche der Öffentlichkeit. Die organisierte Arbeiterschaft, welche durch ihre Presse über die gesetzgeberische Tätigkeit und die Arbeit der Verwaltung einigermaßen unterrichtet ist, hat wohl auch kaum die Meinung, daß es ein Vergnügen sei, Staatssekretär oder Minister zu werden. Höchstens glaubt sie, daß der Ehrgeiz durch solches Emporsteigen seine Befriedigung finde. Doch wird der Gedanke an das reichliche Maß von Kritik jeder Färbung, das sich die Inhaber hoher Staatsämter alle Tage gefallen lassen müssen, wohl auch geeignet sein, die Vorstellung von der hohen Befriedigung des Ehrgeizes erheblich herabzustimmen. Und wer fällt, nachdem er gestiegen ist, genießt ja wohl das Gegenteil des Rausches befriedigten Ehrgeizes.

Digitized by Google

So kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Konsequenz der von der Sozialdemokratie erstrebten Demokratie es fordert, daß auch die Sozialdemokratie selber ihren Pflichtanteil übernehmen muß, indem auch sie mit in eine Regierung eintritt, der sie ihre Unterstützung angedeihen lassen will. Die weiteren Konsequenzen, die das für das Verhalten zum Etat usw. hat, müssen mutig gezogen werden. Furcht davor zu haben, besteht gar kein Anlaß. Der Sozialismus, der eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, kann nicht dadurch aufgehalten werden, daß Sozialisten ihre Auffassung in ein Regierungsamt hineintragen, und die Demokratie kann nicht gefährdet werden, wenn die Sozialdemokratie ihr Teil Verantwortung an der Regierung des Volkes mit übernimmt. Unten im Volke und in der Wissenschaft mag die Gedankenwelt der Theorie daneben weiter begeistrungsfrohe Befruchtung finden.

Macht und Wille der maximalistischen Regierung in Rußland

Der nachfolgende Stockholmer Brief ist vor dem Abschluß der Waffenruhe geschrieben und findet in manchen Punkten seine Ergänzung durch die seitdem eingetretenen Ereignisse. Er zeichnet aber den immer noch bestehenbleibenden Kern der russischen Dinge, die Unsicherheit über das Kommende, so gut, daß seine Charakteristik der Lage in Rußland uns noch für eine ganze Weile als Führung für unser Urteil wird dienen können. Red.

Stockholm, den 30. Nov. 1917.

Trotz des Entschlusses der Maximalisten, Friedensverhandlungen zu beginnen, ist der herrschende Zustand in Rußland doch eine Art von latentem Bürgerkrieg, d. h. die Parteien stehen sich als feindliche Mächte gegenüber und warten auf den günstigen Moment, gegen einander vorzugehen. Außer den Maximalisten können wir gegenwärtig folgende Parteigruppen als bedeutsam erkennen:

1. Der linke Flügel des Sozialismus, linke Sozialrevolutionäre und Internationalisten mit ihrem Anhang, die sich um das Programm des allrussischen Eisenbahnerverbandes geschart haben, dessen Zentralkomitee „Wikshel" gegenwärtig eine ziemlich entscheidende Macht ausübt. Sie verlangen eine friedliche Beilegung des Konflikts durch Vereinbarung zwischen allen sozialistischen Parteien einschließlich Maximalisten, ferner sozialistische Koalitionsregierung, Fortsetzung der maximalistischen Friedenspolitik und Einberufung der konstituierenden Versammlung. Sie erkennen zwar die gegenwärtige maximalistische Regierung nicht als rechtmäßig an, sympathisieren aber stark mit ihr und scheinen ziemlich im Einklang mit ihr zu handeln. Der „Wikshel" beherrscht den größten Teil des russischen Eisenbahnnetzes, verwaltet das Verkehrsministerium selbständig, ohne Anerkennung des maximalistischen „Volkskommissars"; sein Programm scheint in einem großen Teile Rußlands Anklang gefunden zu haben; so haben sich z. B. die Parteien in Moskau nach den blutі-

Digitized by Google

gen Kämpfen am 12. November auf das Programm des „Wikshel" geeinigt; der von ihnen eingesetzte Wohlfahrtsausschuß verwaltet, soweit wir darüber unterrichtet sind, Moskau und ein ziemlich weites Gebiet der Umgebung ebenfalls selbständig, d. h. ohne Anerkennung der maximalistischen Regierung, aber doch in einem gewissen Einvernehmen mit ihr. Der „Wikshel" war es hauptsächlich, der am 14. und 15. November Kerenskis Operationen gegen Petersburg verhinderte und zur Auflösung seines Korps beitrug. Das maximalistische Zentralkomitee hat das Programm des „Wikshel" formell anerkannt; ehrlich für seine Verwirklichung wirken zu wollen scheint aber nur ein Teil der Maximalisten unter Sinowjew und Kamenew, der allerdings die meisten intelligenten Kräfte der Partei umfaßt; unter den Massen hat er aber weniger Anhänger als Lenin und seine „Keule" Trotzki, die trotz aller Versicherungen, daß sie sich mit den übrigen sozialistischen Parteien einigen wollen, faktisch nach der Alleinherrschaft streben. Bekanntlich ist der unter Sinowjews und Kamenews Führung stehende Teil der Maximalisten aus der maximalistischen Regierung, dem „Rat der Volkskommissare" und dem maximalistischen Zentralkomitee, ausgetreten, hat somit Lenin offen die Feindschaft erklärt.

2. Das Zentrum des Sozialismus, das hauptsächlich aus den Sozialrevolutionären und Minimalisten besteht und das sich anfänglich um das „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution" in Petersburg gruppierte. Diese Leute sind erbitterte Gegner der Maximalisten, wollen aber keine blutige Beseitigung, weil sie fürchten, daß eine solche bei der in weiten Kreisen latenten Mißstimmung gegen den Sozialismus überhaupt leicht von den bürgerlichen Parteien dazu ausgenutzt werden kann, um plötzlich den Sozialismus niederzuwerfen. Sie verlangen eine reinsozialistische Koalitionsregierung unter Ausschluß der Maximalisten, die sogenannte „aktive Politik für den Frieden", d. h. eine Revision der Kriegsziele durch die Entente und gemeinschaftliche Friedensverhandlungen, verwerfen aber, wie es scheint, zunächst noch den Gedanken an einen Separatfrieden und an die maximalistischen Methoden der Friedensstiftung durch sofortigen Waffenstillstand. Sie wollen gleich alles Land der Gutsbesitzer zur Verfügung der Agrarkomitees stellen, die endgültige Lösung der Agrarfrage aber der konstituierenden Versammlung vorbehalten. Anfangs erschienen sie fast als Verbündete Kerenskis, dem sie die Regierungsbildung auf Grund ihres Programms anvertrauen wollten, allmählich aber wandten sie sich immer mehr von ihm ab, je mehr der Einfluß Tschernows, des alten Gegners und Rivalen Kerenskis, bei ihnen durchdrang. Gegenwärtig wissen wir über ihren Herrschaftsbereich nur, daß die bekanntesten Führer dieser Richtung, Tschernow, Gotz und Zeretelli sich im Hauptquartier befinden. General Duchonin[1] steht in engstem Einvernehmen mit dieser Richtung. Am sichersten scheint ihr Rückhalt an der Westfront zu sein, wo in den ersten

[1] Der Obertommandierende Duchonin ist inzwischen von dem neuen Oberkommandierenden Leutnant Krylenko ersetzt und bei den Kämpfen um das Hauptquartier gefallen. Die Schriftleitung.

Digitized by Google

Tagen der maximalistischen Revolution ein besonderes Wohlfahrtskomitee den Versuch des maximalistischen A. S.-Rates in Minsk vereitelte und die Leitung der Front übernahm.

3. *Kerenski und seine Anhänger*, zu denen die kleinen, aber durch ihrer Führer bedeutsamen Parteien der *Volkssozialisten*, *Staatssozialisten*, *der minimalistischen und sozialrevolutionären Verteidigungsfreunde und Radikaldemokraten* gehören. Bisher waren diese für die unbedingte Aufrechterhaltung einer Koalition mit den Bürgerlichen und Weiterführung des Krieges, allerdings unter Revision der Kriegsziele durch die Entente. Wie weit sie ihren Standpunkt inzwischen geändert haben, wissen wir nicht, doch ist es als sicher anzunehmen, daß sie in der Friedens- und Agrarfrage Zugeständnisse an die herrschende Richtung des Sozialismus gemacht haben. Kerenski selbst, sowie sein damaliges Expeditionskorps gegen Petersburg und das Armeekomitee beim Hauptquartier, bevor es unter den Einfluß Tschernows geriet, haben erklärt, daß sie das Programm des Komitees zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution anerkennen und nur im Einverständnis mit ihm die maximalistische Revolution unterdrücken wollen. Am 11. November hatte Kerenski die Möglichkeit gehabt, mit seinem damals siegreichen Expeditionskorps in Petersburg einzumarschieren; die maximalistischen Truppen gingen bereits in Scharen zu ihm über. Er wurde daran zunächst durch das Programm des Komitees zur Rettung verhindert, das eine blutige Niederwerfung des Aufstandes unbedingt verhindern wollte; später durch das Eingreifen des „Wikshel", das ihm die Verbindungen sperrte. Unterdessen hatten die Maximalisten eine eifrige Agitationstätigkeit im Expeditionskorps gegen Kerenski eröffnet, und am 16. November erklärte sich plötzlich der Befehlshaber dieses Korps General Krasnow gegen Kerenski. Dieser mußte flüchten, allerdings nicht, wie anfangs berichtet wurde, in der Verkleidung eines Matrosen, sondern auf eine für einen Höchstkommandierenden würdigere Weise, in einem Panzerzug. Wo er sich jetzt befindet und ob er einen Machtbereich besitzt, ist unsicher. Es wurde gemeldet, daß die rumänische und die Südwestfront sich für ihn erklärt hätten und daß Kerenski sich dort aufhalte. Nach anderen Nachrichten soll er noch treue Truppen irgendwo südlich von Petersburg besitzen, von denen es heißt, daß sie bei Luga oder bei Staraja Russa stehen. Jedenfalls verhält er sich abwartend. Völlig als Machtfaktor ausgeschaltet ist er noch nicht.

4. *Die bürgerlichen Parteien*, die allerdings gegenwärtig nur einen einzigen Machtbereich zu besitzen scheinen, nämlich das Gebiet der südöstlichen Kosakenföderation mit dem Dongebiet als Hauptstütze. Es scheint aber, ob der Hetmann Kaledin, auf den die Bürgerlichen so große Hoffnungen setzen, durchaus nicht gewillt ist, die Gefahren eins Eingreifens in die allgemeine russische Politik auf sich zu nehmen, sondern sich damit begnügt, seine Herrschaft im Südosten zu konsolidieren. Ob Kaledin überhaupt eine mehr als lokale Rolle spielen wird, erscheint fraglich.

Digitized by Google

5. Als selbständige Herrschaftsbereiche müssen wir noch die drei großen Grenzmarken Finnland, die Ukraine und den Kaukasus[1] erwähnen. Der finnländische Landtag hat die maximalistische Regierung nicht anerkannt, sondern beschlossen, die höchste Regierungsgewalt im Lande selbst auszuüben. Da er aber nicht imstande war, alle Parteien des Landes gegen die russische Garnison zu einigen, ja bisher bei der gegenseitigen Erbitterung der Parteien nicht einmal eine Regierung hat bilden können, so ist die Selbständigkeit Finnlands vorläufig nur in der Theorie vorhanden. Die ukrainische Rada soll beschlossen haben, daß die Ukraine eine Republik ist, die in einem gewissen Verhältnis zu Rußland stehen soll, ohne damit die „Einheit" des Russischen Reiches antasten zu wollen. Sie hat die maximalistische Regierung zwar, wie es scheint, nicht anerkannt, befindet sich aber jedenfalls in einem gewissen Einverständnis mit ihr, da die Ukrainer bereits seit einiger Zeit als Bundesgenossen der Maximalisten auftreten, obgleich sie innerpolitisch eigentlich bedeutend mehr rechts als diese, ja selbst als das Zentrum des russischen Sozialismus stehen. Der Bund mit den Maximalisten war für sie nur das Mittel, um eine möglichst weitreichende Selbständigkeit zu erlangen, die sie von den übrigen russischen Parteien nicht erwarten konnten! Über den Kaukasus wissen wir am wenigsten. Er wurde bisher von einer Koalition des grusinischen Sozialismus mit den tatarischen Stammeshäuptlingen regiert, und zwar im Namen der russischen Regierung, da der Führer dieser Koalition, Tsch'chenkeli, Kommissar der russischen Regierung ist und auch bisher die Zugehörigkeit des Kaukasus zu Rußland stark betont hat. Bereits im Sommer wiesen aber gewisse Erscheinungen darauf hin, daß Tsch'chenkeli bestrebt ist, sich eine selbständige nationale Stellung zu schaffen. Die letzten Meldungen, daß der Kaukasus selbständig sei, werden wohl nur bedeuten, daß seine Regierung die Herrschaft der Maximalistem nicht anerkennen, aber auch nicht mit dem benachbarten südöstlichen Kosakenbunde zusammengehen will, so daß sie also zunächst völlig selbständig ist.

Über den Machtbereich, der danach der maximalistischen Regierung übrig bleibt, wissen wir soviel, daß sie die Herrschaft in Petersburg besitzt und daß die Garnison von Finnland, die Ostseeflotte, die Garnison von Estland und eine Reihe nord- und ostrussischer und sibirischer Städte ihre Herrschaft anerkannt haben. Eine Regierung im eigentlichen Sinne des Wortes üben die Maximalisten überhaupt noch nicht aus, höchstens eine politische Führung, da sie, wie es scheint, nicht ein einziges Ministerium in ihrer Gewalt haben. Das Verkehrsministerium wird, wie oben gesagt, vom „Wikshel" verwaltet, das Kriegsministerium von General Manikowski, der sich ausbedungen hat, daß sich die maximalistische Regierung nicht in seine Anordnungen einmischt, das Verpflegungsministerium von den Ministergehilfen, die die Herrschaft

[1] Den letzten Nachrichten z folge haben sich auch die Esten, d. h. das Gouvernement Estland und Nordlivland als selbständig erklärt. Zu Anfang der Revolution waren diese beiden Gebiete unter dem Namen Estland vereinigt worden und hatten eine beschränkte innere Ökonomie erhalten. Die Schriftl.

Digitized by Google

der Maximalisten nicht anerkennen. Außerdem arbeiten noch einige Abteilungen des Finanzministeriums und der Reichsbank, aber ebenfalls ohne Anerkennung der neuen Regierung. Alle anderen Ministerien streiken, liegen also völlig still. In Petersburg selbst hat sich bisher die Stadtduma geweigert, die neue Regierung anzuerkennen; sie ist allerdings dafür mit einem Auflösungsdekret bedacht worden, doch haben wir noch nichts davon gehört, daß die Maximalisten es gewagt hätten, dieses Dekret durchzusetzen. Überhaupt ist die Lage der maximalistischen Regierung selbst in Petersburg so, daß sie nur da Gehorsam findet, wo sie ihre Soldaten hinschickt und den Gehorsam mit physischer Gewalt durchsetzen kann.

Trotzdem ist es unter zwei Voraussetzungen wohl möglich, daß die Herrschaft der Maximalisten sich noch ziemlich lange hält, nämlich:

Entweder, wenn es Lenin gelingt, durch eine Art Schreckensherrschaft den Gehorsam zu erzwingen und gleichzeitig die Armee durch den Waffenstillstand auf seine Seite zu ziehen. Die Anfänge dazu sind ja bereits in beiden Richtungen gemacht. Die Soldaten sind aufgefordert worden, ihre Generäle abzusetzen und durch eigene Delegierte mit den Deutschen in Verbindung zu treten. Eine solche Herrschaft würde natürlich die rücksichtsloseste Ausnutzung aller demagogischen Möglichkeiten ohne auf die dadurch für das Reich entstehenden Gefahren zu achten, voraussetzen.

Oder aber Lenin wird gestürzt und die Partei versucht daraufhin, sich mit den im „Komitee zur Rettung des Vaterlands und der Revolution", sowie im Hauptquartier vereinigten Sozialisten zu verständigen. Wenn die Aufforderung an die Soldaten, selbst Waffenstillstand zu schließen, Erfolg haben wird, so wird das sozialistische Zentrum augenscheinlich geneigt sein, darauf einzugehen, und wenn die Bewegung auf den Frieden hin noch weitere Fortschritte macht, so wird das die Stellung der Maximalisten allen anderen Richtungen gegenüber auf solange stärken, wie der Friedensgedanke mächtiger als alle anderen schwebenden Fragen in Rußland ist.

Früher oder später aber wird sich mit Sicherheit gegen die Maximalistenherrschaft alles in Rußland einigen, was festen Besitz irgendwelcher Art zu verteidigen hat. Es ist möglich, daß schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Maximalisten weniger Stimmen erhalten, als man in Deutschland und auch in Schweden zurzeit denkt. Von den bürgerlich-liberalen Parteien werden die Kadetten die Sammelstelle abgeben, an die sich von rechts und links her alles anschließt, was entweder von der sozialpolitischen oder von der russisch-nationalen und imperialistischen Seite her gegen die Unentwegten Front machen will. Entweder auf der Nationalversammlung oder im Lande, vielleicht auch an beiden Stellen, wird der Kampf zwischen den Gemäßigten und den Radikalen entbrennen, und es ist so gut wie sicher, daß die Auseinandersetzung eines Tages gewaltsam und blutig wird. Die Zeit des eigentlichen Schreckens steht Rußland noch bevor.

Die Maximalisten haben einerseits das Bestreben, den Frieden unter Dach und Fach

Digitized by Google

zu bringen, damit sie dann ihre Kraft ganz gegen die inneren Gegner wenden können. Andererseits aber, und das gehört entscheidend zum Verständnis der maximalistischen Gedankenwelt, verfolgen sie mit ihrem Friedensangebot auch starke politische Propagandazwecke nach außen. Sie wollen die soziale Revolution nicht nur für Rußland, sondern auch für das übrige Europa, nicht zum wenigsten für Deutschland, und sie erwarten, daß wenn sie ein Friedensangebot an Deutschland und alle übrigen kriegführenden Völker machen, die Wirkung davon eine Niederlage der kriegsfreundlichen bürgerlich-militaristischen Regierungen durch das den Frieden heischende Proletariat sein wird. Gerade in Deutschland versprechen sie sich viel von dieser Politik. Sie halten die Lage bei uns für reif dazu, daß die dem Sozialismus ergebenen und nach Frieden verlangenden Massen den Kriegswillen der oberen Schichten und der Regierung hinwegfegen, sobald diese nicht auf die maximalistische Friedensformel eingehen wollen. Ihr Gedanke ist, womöglich gegen Regierung und Heeresleitung in Deutschland das Bündnis mit den deutschen radikalen Sozialdemokraten zu proklamieren und diese aufzurufen, gemeinsam gegen den deutschen Militarismus zu marschieren. Das erst wäre nach ihrem Herzen. Solche Leute wie Lenin und Trotzky vergessen keinen Augenblick, daß für sie die Befreiung Rußlands von der „bürgerlichen" Reaktion nur der Anfang und nur ein Mittel für die allgemeine Weltbeglückung ist. Friedensvorschläge sind für sie Schritte auf dem Wege ihrer Weltmission. Das Heil ist in Rußland erschienen; an sie, die russischen Maximalisten, sollen die Gesinnungsgenossen in aller Welt sich anschließen.

Kommt es zu Besprechungen und schickt Deutschland Unterhändler, die mit den maximalistischen Vertrauensleuten zusammenkommen, so sollen die Deutschen sich darum vorsehen. Allerdings sitzt die Not Rußland im Nacken, und es kann sein, daß sie auch die Maximalisten zwingt, ohne viel Besinnen zuzugreifen und zu nehmen, was sie bekommen, nur um sich zu retten; ihre Absicht aber ist es, „das Messer des Friedens dem deutschen Militarismus in den Rücken zu stoßen". Soviel man sieht, glauben die Männer der sogenannten Maximalisten-Regierung in Petersburg, daß die Massen in Deutschland bereit sein werden, auf ihren Ruf zu hören, wenn die deutschen „Machthaber" sich sperren. Die seit Jahr und Tag verbreiteten englischen, französischen und amerikanischen Darstellungen der herrschenden Notlage in Deutschland wirken trotz der Beweise deutscher Kraft, die in jüngster Zeit gegeben worden sind, immer noch fort. Außer auf Deutschland rechnet man auch auf die Gesinnungsgenossen in Italien, wo der Militarismus seinen großen Zusammenbruch erlebt hat und die materielle Not der Massen steigt. Nach Italien sind aber die Verbindungen schwer. Nach Deutschland hofft man sie ohne weiteres zu bekommen, sobald Verhandlungen beginnen, und ebenso nach Österreich, für das man sich von der geistigen Verfassung gewisser sozialdemokratischer Führer, durch die zuerst Fühlung mit Petersburg genommen wurde, dort ganz etwas besonderes verspricht.

Digitized by Google

Der Jammer Livlands

Von Hans Delbrück

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß, wenn die Zustände in Rußland furchtbar sind, es in Livland noch schlimmer aussieht. Jede Ordnung hat aufgehört, hungrige Soldatenbanden durchziehen brennend und mordend das Land, und es gibt keinen Schutz dagegen. Die Russen, kaum fähig auf eigenem Boden der Anarchie zu steuern, haben hier unter dem fremden Volkstum nicht nur nicht die Fähigkeit, sondern nicht einmal den guten Willen, das Leben der Deutschen, die als die Besitzenden und Gebildeten die Angegriffenen sind, zu schützen. Auch die lettischen und estnischen Bauernhöfe unterliegen der Ausraubung, da für die ganze russische Nordfront infolge des Zusammenbruchs der Eisenbahntransporte die Verpflegung versagt. Das Land droht eine Wüste zu werden.

Unsere Truppen stehen in der Nähe. Sollen sie eingreifen? Dann könnte vielleicht der Gedanke an politische Absichten entstehen und die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen stören, vielleicht zerreißen. Mit verschränkten Armen zuzusehen, wie vor unseren Schützengräben das Furchtbare geschieht, ist aber nicht erträglich. Wenn kein anderer Ausweg gefunden wird, so wäre es möglich, daß Deutschland und die gegenwärtige russische Regierung zusammen Schweden auffordern, das Land in Verwahrung zu nehmen, bis es sich politisch organisiert hat. Die Kosten könnte es erstatten. Die Maximalistenregierung hat sich ja bereit erklärt, Livland und Estland selbständig werden zu lassen. Durch die schwedische Besatzung könnte man sich in Petersburg sogar militärisch in gewisser Hinsicht beruhigt fühlen, und Deutschland würde beweisen, daß es der freien Entscheidung der Bevölkerung im baltischen Gebiet nicht vorgreifen will, vielmehr es ihr überläßt, sobald sie erst die Möglichkeit körperlicher Ordnung gewonnen hat, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen.

Eine neue Wendung in der nordischen Frage

Von Albert Dresdner

Als Trotzky die Veröffentlichung der Geheimurkunden ankündigte, wurde alsbald von Paris die Parole ausgegeben, sie sei nicht zu fürchten, da nur allbekannte Dinge darin enthalten seien. Die Angst des bösen Gewissens spricht aus dieser gemachten Gleichgültigkeit — das verstand man im Augenblicke, als die Urkunden vorlagen. Nein, was sie enthalten, sind keineswegs allbekannte Dinge. Auf einem Gebiete wirken sie sogar mit der vollen Wucht der Überraschung, werfen sie mit der Grellheit des Scheinwerfers ein jähes Licht auf die Schleichwege der russisch-englischen Politik. Das ist die nordische Frage.

Sehen wir zu, was sie darüber besagen und bedeuten.

Digitized by Google

Von Anfang des Krieges an hatten einsichtige Politiker in Schweden vor der russischen Gefahr gewarnt. Hatten sich dahin ausgesprochen, daß Rußland den Weg an den Atlantischen Ozean keinen Augenblick aus dem Auge lasse und daß man vor dem Griffe des Bären auf der Hut sein müsse. Es waren nicht nur die „Aktivisten", die diese Ansicht vertraten; die russische Sorge hielt in Schweden doch weite Volkskreise wach. Auch in Norwegen fehlte es nicht an Stimmen, die sich im gleichen Sinne aussprachen, und Norwegen wäre es ja gerade gewesen, das vor allem die Kosten des russischen Vormarsches zum offenen Meere hätte tragen müssen. Aber es war, als ob das norwegische Volk in seiner politischen Unerfahrenheit — erst seit einem Jahrzehnte hat es politisch zu denken begonnen — allen Ernstes glaubte und hoffte, Rußland, welches seit zwei Jahrhunderten nach Ost und West, nach Nord und Süd erobernd vorgedrungen war, werde vor Norwegen achtungsvoll halt machen. Und die Ententefreunde in Norwegen wie in Schweden bekräftigten diese unschuldige Auffassung. Rußland sei ja jetzt vollauf beschäftigt, so hieß es; es werde sich an deutschem Gebiete schadlos halten, überdies winke ihm Konstantinopel, da sei um Narvik keine Gefahr. Auch kämpfe die Entente ja bekanntlich für die Freiheit der kleinen Nationen. Nur keine „aktivistische" Politik aus unbegründetem Mißtrauen gegen Rußland! Aus Norwegen ergingen scharfe Absagen an den schwedischen Aktivismus, in Schweden selbst bemühte sich besonders die Sozialdemokratie, sowie ein großer Teil des Liberalismus um die Beruhigung der öffentlichen Meinung vor der russischen Gefahr. Und nicht ohne Erfolg.

Aber da wurde bekannt, daß Rußland die Aaland-Inseln befestige. Man wurde in Schweden doch unruhig. Die Regierung fragte an. Sie erhielt die beruhigende Antwort, die Befestigungen seien nur für die Kriegszeit bestimmt; nach Beendigung des Krieges kehre Rußland wieder zu seiner Verpflichtung zurück. England als Mitbürge des Aaland-Vertrages gab Versicherungen im selben Sinne ab: keinerlei Grund, sich Sorge zu machen. Und die schwedische Regierung nahm — zur lebhaften Zufriedenheit der Linkenparteien — diese Versicherungen an.

Pokrowskis Geheimdepesche vom 30. Januar 1917 beweist, daß Rußland damals gelogen hat. Darin fordert Rußland, daß nach dem Schlusse des Krieges „die Servitut über die Aaland-Inseln", d. h. die Verpflichtung, die Inselgruppe nicht zu befestigen, aufgehoben werde. Während Rußland in Stockholm versicherte, daß es nach Friedensschluß die Aaland-Inseln wieder entfestigen werde, war es entschlossen, dies nicht zu tun, und forderte von seinen Verbündeten die ausdrückliche Entbindung von seiner vertraglichen Verpflichtung. Während England in Stockholm die russische Erklärung bestätigte, wußte es, daß sie den Zukunftsabsichten seines Verbündeten zuwiderlief. Beide haben vereint Schweden amtlich belogen. Beide haben vereint die skandinavischen Staaten über die ihnen drohende Gefahr hinwegzutäuschen versucht.

Digitized by Google

Das ist eine Enthüllung. Aber nicht die einzige.

Rußland wollte also die Aaland-Inseln befestigt halten. Zu welchem Zwecke? Man werfe einen Blick auf die Karte. Die Inselgruppe liegt hart an Schwedens Küste. Sie beherrscht die Einfahrt zu Stockholms Schärenhof. Befestigt bildet sie ein Ausfalltor gegen Schweden, eine Pistole, die auf Schwedens Herz gespannt ist. Diese Pistole wollte Rußland dauernd in der Hand halten, um sie im Falle eines Konfliktes sogleich abfeuern zu können; in einem solchen Falle konnten dann binnen wenigen Stunden russische Truppen an der schwedischen Küste gelandet und Stockholm von der See abgesperrt werden. Unter welchen Bedingungen war ein solcher Konflikt möglich oder wahrscheinlich? Es gab und gibt nur eine: wenn Rußland zum Atlantischen Meere durchbrechen wollte. Dann freilich müßte Schweden zum Schwerte greifen. Die durch die Pokrowski-Depesche enthüllte Aaland-Politik Rußlands beweist daher implizite, daß Rußland den Plan, nach Narvik durchzustoßen, keinen Augenblick aus dem Auge verloren, vielmehr ihn bereits während des Krieges umsichtig vorbereitet hat. Es kann dabei, weil in diesem Zusammenhange nebensächlich, dahingestellt bleiben, ob es plante: Konstantinopel oder Narvik, oder: Konstantinopel und Narvik. Nie sind Politiker so schnell, so gründlich, so glänzend gerechtfertigt worden, wie die vielgescholtenen Aktivisten, Russophoben oder wie man die Warner vor der russischen Gefahr im Norden sonst zu benennen beliebte. Die Gefahr bestand höchst wirklich und höchst drohend. Was sie für Norwegen bedeutete, hat Aall meisterlich auseinandergesetzt: England hätte Rußlands Festsetzung in Narvik zugelassen, zugleich aber „zur Erhaltung des Gleichgewichts" selbst einen brauchbaren norwegischen Hafen besetzt. Und was das freie und selbständige Reich Norwegen angeht: fuit Ilium!

Aber Norwegen ließ sich völlig einschläfern. Schweden freilich blieb doch immer etwas mißtrauisch, und Rußland war seiner nicht ganz sicher. Wenn es von den russischen Plänen Wind bekäme? Wenn es dem Frieden doch nicht traute und für sein Leben, seine Zukunft, seine Sicherheit zu den Waffen griff? Auch für diesen Fall war vorgesorgt: Geheimdepesche Ssasonows vom 9. März 1916. Man müsse „rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einen Krieg mit Schweden vorzubeugen". Ein neues Licht!

Norwegen, der gute Freund, dem die Entente zugestandenermaßen mehr verdankt als irgend einem andern Neutralen, ausgenommen die weiland neutralen Vereinigten Staaten, Norwegen sollte zur Belohnung gegebenenfalls in den Krieg hineingezogen werden, zu dessen Vermeidung es die schwersten und demütigendsten Opfer brachte! Die Fürsorge für seine Ehre, Freiheit und Selbständigkeit, deren man es zu versichern nicht müde wurde, bestand darin, daß man es als Stein im Spiele der Entente betrachtete und auszunutzen gedachte. Für sie sollte es den Bruderkrieg gegen Schweden führen. Damit blieben England-Rußland ihrer skandinavischen Politik treu, für die

Digitized by Google

ich wiederum auf Aall hinweise[1]. Diese Politik bestand von je darin, zwischen die skandinavischen Völker Uneinigkeit zu säen, sie gegeneinander zu hetzen. Ein politisch geeintes und starkes Skandinavien ist der imperialistischen Politik Rußlands und Englands von je als eine Gefahr erschienen: es hätte sie vielfach hemmen und binden können. Ein politisch geeintes und starkes Skandinavien wäre auch während dieses Krieges den Ententemächten sehr unbequem gewesen: es hätte der Erdrosselungspolitik Englands gegen Norwegen und Schweden mit Erfolg Widerstand leisten, ja sie unmöglich machen können; und so groß war Englands Sorge hiervor, daß es in der Furcht, Norwegen könnte am Ende doch den natürlichen Anschluß an Schweden suchen, die Schlinge, die es ihm um den Hals warf, nur ganz allmählich anzog, um es nicht etwa zur Besinnung auf seine ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel kommen zu lassen. Es ist auch wirklich nicht zur Besinnung gekommen, und nun meinte man es so weit zu haben, daß man es auch zum Äußersten, zum Kriege gegen das schwedische Brudervolk würde bringen können.

Aber wäre das wirklich gelungen? Wer die englische Agitationstechnik und die Widerstandslosigkeit der norwegischen Presse und öffentlichen Meinung dagegen kennt, wird nicht einen Augenblick im Zweifel darüber sein. Ja, die Sache war gar nicht einmal schwierig zu machen.

Setzen wir: Schweden beharrte auf seinem Widerspruche gegen die Befestigung der Aaland-Inseln. Rußland versichert würdig, sie werde nach Kriegsabschluß alsbald geschleift werden. Schweden gibt sich nicht zufrieden und erklärt den Krieg. Alsbald erklärt die englische Propaganda: Schweden erklärt den Krieg den feierlichsten Versicherungen Rußlands zum Trotze. Es kann sich ihm also unmöglich um die Aaland-Inseln handeln. Es hat vielmehr geheime Ziele, hat einen Bund mit Deutschland geschlossen, verfolgt Eroberungsabsichten. Der Krieg richtet sich mithin nicht etwa gegen Rußland — sein Ziel ist Norwegen. Schweden will die Gelegenheit benutzen, um sich für 1905 zu rächen; es will Norwegen erobern: das ist seine wahre Absicht. Wegen des bißchen Aaland-Inseln würde Schweden sonst nie und immer Krieg machen — Norwegen ist bedroht; es kann seine Freiheit nur retten, wenn es an Englands und Rußlands Seite Zuflucht sucht, die ja überhaupt für die kleinen Völker fechten. Und ich zweifle nicht daran, daß Herr Professor Collin, die Herren Thomessen und Genossen alles getan hätten, um ihre Landsleute davon zu überzeugen, daß Norwegen um Lebens und Sterbens willen mit England und Rußland für seine Freiheit und die der Welt kämpfen müsse — gegen Schweden.

Nun, der treffliche Plan ist vorläufig vereitelt: Rußland ist zusammengebrochen. Aber wieso ist es zusammengebrochen? Infolge der deutschen Siege. Deutschlands Waffen haben die Freiheit und Selbständigkeit der beiden skandinavischen Staaten

[1] Sein Buch „Das Schicksal des Nordens" werde ich in einiger Zeit bei Gust. v. Kiepenheuer in Weimar in deutscher Ausgabe veröffentlichen.

Digitized by Google

gerettet, während Rußland mit seinem englischen Bundesgenossen heimliche Anschläge gegen sie schmiedete. Übrigens aber ist Rußland doch noch immer nicht ganz erledigt. Das ist es erst dann, wenn sämtliche Randstaaten, Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, die Ukraine, von ihm abgelöst sein sollten. Erst dann sind ihm menschlichen Ermessen nach auf absehbare Zeit Zähne und Klauen ausgebrochen. Und wiederum ist dies Ziel nur durch und mit Deutschland zu erreichen.

Inzwischen aber bleiben die Aaland-Inseln befestigt. Nur sitzt jetzt statt Rußland — England auf ihnen! Und dasselbe England setzt sich gleichzeitig an der Murmanküste, in Alexandrowsk, in Archangelsk, in Estland nach Kräften fest. Der Vorgang bleibt, nur der Hauptakteur hat gewechselt: an Rußlands Stelle ist England getreten, das gemeinsam mit diesem die skandinavischen Staaten angelogen hat. Die Gefahr für sie besteht weiter — aber sie ist jetzt vielleicht noch größer geworden. Vorher sahen sie sich zwischen zwei Mächten eingeklemmt: da blieb doch immer noch die Möglichkeit, daß diese sich auch einmal veruneinigen könnten und so der Druck auf die skandinavischen Staaten entlastet werden könnte. Jetzt umklammert sie von Osten wie von Westen eine einzige Faust, eine Faust, die einem Willen gehorcht. Sie kann sich jederzeit, wann es nützlich scheint, schließen und Schweden-Norwegen wirtschaftlich und militärisch abschnüren und erdrosseln. England schickt sich an, das Erbe Rußlands in der Ostsee anzutreten — und England in der Ostsee bedeutet das Ende eines selbständigen Skandinaviens. Freilich, freilich, es ist ja das großmütige England, der treue Freund der kleinen Völker, der aus Liebe zu ihnen die Burenstaaten vernichtet, Portugal zum wehrlosen Vasallen entmannt, Griechenland vergewaltigt hat. Vielleicht erscheint dies den Anglomanen in Norwegen und Schweden als eine hinlängliche Bürgschaft der Freiheit beider Staaten.

In Wahrheit: Englands Stellung dem Norden gegenüber ist durch die Veröffentlichung der Geheimurkunden sehr peinlich geworden. Gelingt es nicht, die Tatsachen zu verwischen und die Logik zu verdrehen, so erscheint es als Rußlands Mitschuldiger an dem Attentate auf die skandinavischen Staaten und jetzt als der Fortsetzer dieser Attentatspläne. Es muß also versucht werden, diesen Sachverhalt zu verdunkeln. Und schon hat sich die in diesem Punkte musterhaft arbeitende englische Politik an diese Aufgabe gemacht. Der Fall ist ein Schulbeispiel, und verdient gut studiert zu werden.

Die „Times“ bringt im Hinblick auf die Dreikönigszusammenkunft in Christiania die folgende Meldung „aus Kopenhagen“: Der jetzige Augenblick sei für die nordischen Reiche sehr interessant. „Schweden ist durch die letzten Ereignisse in Rußland von starken Befürchtungen vor Rußland entlastet worden. Zwar ist es unmöglich, zu sagen, wie lange das Chaos in Rußland noch anhalten wird. Aber in Schweden herrscht die Überzeugung vor, daß eine bereits deutlich erkennbare Folge des Krieges die sein wird, daß Rußland aufhören wird, eine Großmacht zu sein.“ Kann etwas

Digitized by Google

sachlicher, unschuldiger, wohlwollender sein als diese Meldung? Aber sehen wir ein wenig näher zu ...

Nur beiläufig erinnern wir daran, daß der Zusammenbruch Rußlands eine Wirkung der deutschen Siege ist. England hat ihn wahrlich nicht gewollt. England wollte Rußland stark und militärisch leistungsfähig. Es hätte dem Bundesgenossen auch den kleinen Gefallen wegen des „Servituts" der Aaland-Inseln nicht verweigert — hätte ihn ihm nicht verweigern können. Wenn sich also Schweden entlastet fühlt, so ist das gegen Englands Willen geschehen und ist Deutschland zu verdanken. Darauf möchte die „Times" nicht hinweisen. Aber wir möchten es.

Indes: „Schweden fühlt sich entlastet". Sagt nämlich der „Times"-Berichterstatter in Kopenhagen. Seine Meldung wird dann durch Reuter an die skandinavische Presse weitergegeben. Der norwegische, der schwedische Leser liest sie und sagt erleichtert: also Schweden fühlt sich entlastet. Die Gefahr ist also vorüber. England zeigt sich darüber auch befriedigt. Es ist großmütig wie immer. Es trägt nichts nach. Breiten wir, sagt es, einen Schleier über die Vergangenheit, alles ist vergeben und vergessen, Rußland wird infolge des Krieges aufhören, eine Großmacht zu sein, und damit ist die Skandinavien drohende Gefahr glücklich beseitigt. Wir können wieder frei atmen.

Man beachte das hier angewandte Verfahren der Suggestion. Was England verbreiten will, wird als die schwedische Meinung ausgegeben. Was als die schwedische Meinung ausgegeben wird, dient dazu, die Spuren der englischen Politik und ihrer Anschläge zu verwischen. Der schwedische und norwegische Leser darf nicht dazu kommen zu erwägen, daß doch Rußlands Zusammenbruch ganz gegen den Willen Englands erfolgt ist. Man muß ihm suggerieren, daß er sich erleichtert fühlt — so übersieht er, daß England jetzt die Aaland-Inseln selbst in der Hand hält und die Drohung Rußlands mit gefährlicheren Mitteln fortsetzt. Und dann kann England jetzt in der Stille auf eigene Rechnung das Spiel gegen die skandinavischen Staaten fortsetzen, das es bisher als Partner Rußlands gespielt hat. Die „Times"-Meldung hat den Zweck, eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Norden vorzubereiten, die diesem Ziele gilt.

Die Frage ist: wird es erreicht werden? Schweden und Norwegen haben sich einmal von Rußland und England düpieren lassen — werden sie sich jetzt von England zum zweiten Male düpieren lassen? Soll ich die Frage frei heraus nach meiner Überzeugung beantworten, so muß ich sagen: es scheint mir nicht unwahrscheinlich. Augenblicklich ist der Sachverhalt der folgende:

In Schweden haben die Geheimdepeschen Pokrowskis und Ssasonows über die Aaland-Inseln und die etwaige Einbeziehung Norwegens in den Krieg großes Aufsehen erweckt. Eine gewisse Erregung ist unverkennbar. Die vor Rußlands Absichten gewarnt haben, stellen mit Ernst und Nachdruck fest, daß ihre Auffassung die vollkommenste Rechtfertigung gefunden hat. Nationale Kreise haben die Forderung aufge-

Digitized by Google

stellt, daß die Aaland-Inseln zu fernerer dauernder Sicherung des Reiches an Schweden abgetreten werden müssen. Die Linke will davon natürlich nichts wissen.

Nun aber Norwegen. Bei der Lektüre der norwegischen Presse fällt es auf, daß sie die russischen Geheimurkunden überhaupt nur mit spitzen Fingern anfaßt. Während die großen schwedischen Blätter sie im vollen Wortlaut gebracht haben, haben die norwegischen Zeitungen sie zum Teil gar nicht, zum Teil nur verkürzt und auszugsweise veröffentlicht. Und doch sollte es, will uns dünken, für einen neutralen Staat nicht ohne Wert sein, einen vollen Blick in die Eroberungs- und Intrigenpolitik der Ententemächte zu tun. Aber selbst den beiden Depeschen von Pokrowski und Ssasonow gegenüber, die doch unmittelbare Lebensfragen der nordischen Völker berühren, wird das gleiche sonderbare Verfahren angewandt. So ist in der Drahtmeldung aus Petrograd, die „Morgenbladet" und „Tident Tegn" am 26. November über die Veröffentlichung der Geheimurkunden brachten, beider Depeschen keine Erwähnung getan; „Aftenposten" brachte am 27. aus der Londoner „Times" (!) eine kurze Bemerkung über die Ssasonow-Depesche, aber nichts über die Aaland-Angelegenheit. „Tidens Tegn" ließ sich bis zum 30. Zeit, um der Aaland-Depesche Erwähnung zu tun, wickelte aber dann diese Erwähnung in einen Stockholmer Bericht ein, in dem sie so gleichsam nebenher erschien. Zum Vergleiche sei bemerkt, daß „Politiken" in Kopenhagen schon am 27. November beide Depeschen im Auszuge gebracht hat und daß sie am 28. in den Berliner Blättern im Wortlaute zu lesen waren. Man darf hiernach behaupten, daß die norwegische Presse sich bemüht, die durch die Geheimurkunden an den Tag gebrachten, für die nordische Politik hochwichtigen neuen Tatsachen dem norwegischen Publikum, wenn nicht ganz zu verschweigen, so doch jedenfalls in möglichst abgeschwächter und wirkungsloser Art und Form beizubringen.

Aber noch mehr! Am 28. bringt „Tidens Tegn", ein in der Wolle ententefreundlich gefärbtes Blatt, das sich bestens bemüht hat, Mißtrauen zwischen Norwegen und Schweden zu säen, eine Meldung über den „neuen Aktivistenrummel" in Schweden. Damit bezeichnet es die Forderung der schwedischen Nationalisten auf Abtretung der Aaland-Inseln an Schweden. Der Leser des Blattes wußte damals noch nicht, wodurch sie verursacht ist. Er wußte nicht, daß Rußland feierlicher amtlicher Versicherung zum Trotze sie dauernd befestigt halten, daß es gegebenenfalls Norwegen zum Kriege gegen Schweden veranlassen wollte. Folgerichtig zieht er den Schluß, daß die schwedischen „Aktivisten" ein gefährliches Element der Unruhe, der Eroberungs- und Großmachtspolitik seien, gegen das man auf der Hut sein müsse. Wie dringend die Gefahr für den norwegischen Norden gewesen ist, welch verlogenes Spiel Rußland und England mit den skandinavischen Völkern gespielt haben: davon erfährt er nichts.

Das norwegische Volk hat seine Politik allein zu machen. Wenn es damit zufrieden ist, daß ihm die wichtigsten Tatsachen über seine Lebensfragen vorenthalten werden,

Digitized by Google

so ist das seine Sache[1]. Aber es bildet sich dann natürlich eine Meinung, ohne das erforderliche Tatsachenmaterial zu beherrschen. Es wählt seinen politischen Kurs, ohne das Fahrwasser zu kennen. Für den, der dem norwegischen Volke wohl will, ist es ein trauriges Schauspiel zu beobachten, wie es ihm systematisch erschwert wird, Klarheit über die ihm drohenden Gefahren und die natürliche Lagerung seiner Interessen zu gewinnen. Die Geschichte wiederholt sich: der „Fall Norwegen" ist schon einmal dagewesen. Er hieß da der „Fall Portugal". Auch Portugal begann (1703) als der „große Freund" Englands. Dann wurde der Freund immer fester geknebelt, bis er zum Gefolgsmanne, schließlich zum willenlosen Sklaven Englands herabsank, der auf dessen Wink Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen hat. Die Knebelung erfolgte durch wirtschaftliche Maßnahmen. Durch wirtschaftliche Maßnahmen hat England während dieses Krieges — mit Erfolg — auch Norwegens Handlungsfreiheit zu lähmen versucht. Die Politik von „Tidens Tegn" und Spießgesellen führt das freie Volk des Nordens auf den Schicksalsweg Portugals.

Ein Musterstück der Geheimdiplomatie

Von Rudolf Rotheit

Das Bemerkenswerteste an der Veröffentlichung der russischen Geheimakten ist die vor aller Welt vollzogene Zergliederung des lebenden Leichnams der Geheimdiplomatie auf Herz, Hirn und Nerven. Der Einblick, den man dabei gewinnt, muß und wird überall, in Freundes- wie in Feindesland, die Überzeugung kräftigen, daß es so, wie bis jetzt, nicht weitergehen kann. Es muß ein Ende gemacht werden mit der verhängnisvollen Tatsache, daß eine Handvoll Personen hinter den Kulissen gefälschte Karten mischt und in bewußt unehrlichem Spiel über Länder und Völker verfügt. Schon der Suchomlinow-Prozeß enthüllte einen Gipfelpunkt von Gewissenlosigkeit, eine auf Lug und Trug aufgebaute Verschwörung zarischer Kreaturen gegen die Friedensneigung ihres Herrn. Um dem Kriegsgott die blutige Bahn zu öffnen, wurden in Rußland Offiziersehrenwort und militärischer Diensteid gegen den Träger der Krone gemordet, wurde in Frankreich der vor dem nahenden Unheil mutvoll warnende Jaurès durch einen Schuß aus dem Hinterhalt beseitigt. So stehen in Petersburg wie in Paris Verbrechertaten an der Schwelle des Weltkrieges.

Nicht der — mehr oder weniger vorher schon bekannte — Inhalt der russischen Dokumente ist das Entscheidende für ihre Beurteilung, sondern die Methode, die in voller Nacktheit darin zum Vorschein kommt. Über den Inhalt kann man insofern zur Tages-

[1] Das Verfahren ist in der norwegischen Presse bereits wiederholt angewandt worden. Der für Norwegens Würde ganz bedenkliche Fall Casement wurde beschwiegen. Die von deutscher Seite veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte wurden nicht abgedruckt. Die Tatsache britischer Zollkontrolle in Norwegen wurde lange Zeit mit Stillschweigen übergegangen.

Digitized by Google

ordnung übergehen, als er sachlich durch den Kriegsverlauf erledigt ist. Der Befriedigung über das völlige Fehlschlagen der feindlichen Absichten wird erhöht durch eine gewisse Schadenfreude bei dem Gedanken, mit welch unendlichem Kopfzerbrechen man vorgreiflich an der Beuteverteilung gearbeitet hat, um schließlich auf der ganzen Linie zu einem grandiosen Versager zu gelangen. Die Unmoral dieser Geschichte aber erfordert einige Beleuchtung, und hierfür eignet sich am besten der mit dem Namen des russischen Kriegsministers Poliwanow unterzeichnete Schriftsatz vom 20. November 1916, worin von den rumänischen Kriegsereignissen die Rede ist. Das ist ein wahres Musterstück hinterhältiger Geheimdiplomatie. Hier ist in engem Rahmen, gleichsam als Extrakt, alles vereinigt, was zwei vertragschließende Teile in der Tiefe ihrer Herzens an Niedertracht gegen einander aufzubringen vermögen. An diesem abschreckenden Schulbeispiel ist am deutlichsten zu erkennen, wie die Gifttränklein gebraut werden, die aus der Hexenküche der Geheimdiplomatie hervorgehen.

Herr Poliwanow erzählt die Umstände und Folgen des Eingreifens Rumäniens in den Krieg. Zunächst erhalten wir ein Charakterbild des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu und eine Schilderung der rumänischen Geistesverfassung überhaupt. Sinngemäß decken sich diese Ausführungen Poliwanows mit der Äußerung des Herrn v. Bethmann Hollweg aus der Reichtagsrede vom 28. September 1916, daß Jon Bratianu, als er den Zusammenbruch der Mittelmächte vor sich zu sehen glaubte, den Entschluß gefaßt habe, „sich an dem vermeintlichen Leichenraub zu beteiligen". Wir sehen Herrn Bratianu in der Darstellung Poliwanows je nach der Kriegslage bald nach der einen, bald nach der anderen Seite schwanken, um „nicht zu spät zu kommen zur Aufteilung Österreichs" und um „möglichst viel auf Kosten der Kriegführenden zu verdienen". Als sich die Wage zugunsten der Russen zu senken scheint, leitet er mit ihnen Verhandlungen über die Gebietsteile Österreich-Ungarns ein, die er mit russischer Hilfe dem rumänischen Königreiche anzugliedern wünscht. Wir sind da bereits mitten drin im Schachern und Feilschen, wobei wohl zu beachten bleibt — was in Poliwanows Berichte nicht steht — daß Bukarest zu gleicher Zeit auch mit Wien über freiwillige Gebietsabtretungen Verhandlungen pflog. Die Russen, deren Hoffnungssegel damals noch geschwellt sind, zeigen sich spießig. Siebenbürgen — nun ja, sie haben nichts dagegen, daß die Rumänen sich Siebenbürgens bemächtigen, aber die Bukowina möchten sie doch lieber für sich selbst behalten, und das Banat möchten sie doch eher ihren lieben Freunden, den Serben, als den unzuverlässigen Rumänen zuschanzen. Da kommt der Russenrückzug aus Galizien und Polen in die Quere, Serbien wird zerschmettert, Bulgarien stellt sich als Bundesgenosse an die Seite der Mittelmächte, und Herr Bratianu, von Angst erfaßt, wird den Russen gegenüber kühl bis ans Herz hinan. Vielleicht ist mit den Mittelmächten doch noch das bessere Geschäft zu machen?

Damals kam in Bukarest, aus den Reihen der mitteleuropäischen Kolonie von einem

Digitized by Google

gründlichen Kenner der Verhältnisse in Umlauf gesetzt, das bissige Wort auf: „Die Rumänen sind so gemein, daß sie am Ende noch mit uns gehen werden!" Schleunigst schloß Herr Bratianu mit Deutschland und Österreich-Ungarn das bekannte Handelsabkommen auf Lieferung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, wodurch sich Rußland so verschnupft fühlte, daß es die eigene Grenze für die Ausfuhr nach Rumänien sperrte. Aber noch einmal ermannt sich Rußland. Brussilows Offensive greift mit bedeutenden Erfolgen durch — und flugs biedert sich Rumänien von neuem an Rußland an. Nur ist man sich im Ententelager noch nicht im klaren darüber, ob es lohne, Rumänien als Waffenbruder in den Bund aufzuuehmen. Nach Ansicht der Russen wäre die Beibehaltung der Neutralität Rumäniens vorteilhafter, nämlich der bewaffneten Neutralität mit der drohenden Front gegen die Mittelmächte, wodurch starke Beobachtungstruppen der Mittelmächte gebunden werden, während für Rußland die Notwendigkeit, Hilfstruppen nach Rumänien zu entsenden, sich erübrigt. Schließlich gelangt man jedoch zu der Ansicht, daß die rumänischen Waffen geeignet wären, die Entscheidung zu bringen, und so wird im August 1916 der Bündnisvertrag unterzeichnet.

Zu erweiterten Zugeständnissen ist man nunmehr bereit. Ganz Siebenbürgen plus Bukowina sollen den Rumänen zufallen. Poliwanow kritisiert dieses Übereinkommen. Der Handel sei ungünstig, Rumänien erhalte zu viel, da es seine eigenen Verpflichtungen zu eng umgrenzt habe. Rumänien weigerte sich nämlich, seine Kriegserklärung außer an Österreich-Ungarn auch an Deutschlaud und Bulgarien zu richten, und es erklärte ferner, umbekümmert um die schon damals sagenhafte Einheitsfront, militärisch nur gegen Siebenbürgen vorgehen zu wollen.

In der Tat gaben sich die kleinhorizontigen Gehirne der rumänischen Staatsmänner der Vorstellung hin, daß Rumänien nur gegen Österreich-Ungarn zu kämpfen haben würde und von deutschen und bulgarischen Truppen unbehelligt bleiben werde. Darin waren sie Schüler ihres großen romanischen Vorbildes, der Italiener, die sich gleichfalls eingebildet hatten, ohne große Gefahr im Rahmen des Weltkrieges einen Sonderkrieg für eigene Rechnung führen zu können. Herr Bratianu fiel nachher wie aus den Wolken, als die Bulgaren gegen Tutrakan vorgingen und die Rumänen bei Kronstadt und Hermannstadt auf deutsche Truppen stießen.

Nachdem sie den Schaden gehabt, brauchten die Rumänen für Spott nicht zu sorgen. Ende Augnst 1916 schlugen sie los, und schon im November berichtet Herr Poliwanow, wie sehr man sich in ihnen getäuscht und wie man ihr Eingreifen überschätzt habe. Ihr Unglück sei „eine natürliche Folge der völligen militärischen Nichtbereitschaft unter der zweiseitigen Politik Bratianus; ihre leichten Siege von 1913 (gegen Bulgarien) und ihr diplomatischer Erfolg nach dem Balkankrieg haben in bedeutendem Maße zur Selbstüberschätzung von Gesellschaft und Regierung beigetragen". Das ist ein russisches Urteil über Leute, zu deren Selbstüberschätzung vielleicht niemand so

Digitized by Google

sehr beigetragen hat, wie die Russen selbst, die die Rumänen zu jenem „leichten Siege von 1913“ angeeifert haben, der in Wirklichkeit nichts anderes war, als ein gefahrloser, unblutiger Raubzug, die Russen, deren Zar nach jenem „leichten Siege“ auf rumänischem Boden in Constantza als Gast erschien, deren mit der Königin nahe verwandte Großfürsten sich zur Förderung der Kriegslust im Bukarester Schlosse einfanden und deren von Frankreich geliehenes Gold die Taschen rumänischer Politiker, Straßenagitatoren und Zeitungsleute füllte.

Aber mit alledem nicht genug: Rumänien hatte Unglück, folglich — so fährt die russische Kritik fort — verdient es außer den Schlägen, die es von den Mittelmächten empfing, auch russische Prügel. Nach revidierter russischer Auffassung ist die Niederlage Rumäniens sogar ein Vorteil für Rußland. Man stelle sich vor, sagt Herr Poliwanow, daß auf dem Balkan ein sehr starker Staat mit einer Bevölkerung von nahezu 13 Millionen entstanden wäre, der seine Träume auf Beßarabien nicht aufgegeben, der dem Einfluß Rußlands auf dem Balkan entgegengearbeit und unter starker politischer Einwirkung Italiens und Frankreichs gestanden hätte; „infolgedessen widerstreitet der Zusammenbruch der Großmachtpläne Rumäniens nicht besonders den politischen Interessen Rußlands“.

Kann man sich eine ärgere Niedrigkeit der Gesinnung denken, als in diesen Worten steckt? Diese Gesinnung richtet sich sowohl gegen den rumänischen „Freund“, von dem man im Vorhinein weiß, daß er bloß auf den Augenblick lauert, um seinerseits mit Niedertracht gegen den russischen „Freund“ aufzutreten, als auch gegen die anderen beiden romanischen Bundesgenossen, deren Einfluß in Rumänien man zu bekämpfen trachtet. Die Russen empfinden Befriedigung über Rumäniens Zusammenbruch, weil sonst Gefahr vorgelegen hätte, daß es zu mächtig würde, und weil dieser Zusammenbruch eine Handhabe bietet, die Zusagen, die man den Rumänen gemacht hat, zurückzuziehen. „Die jetzt in Rumänien vorgefallenen Ereignisse (November 1916) haben die Bedingungen des Vertrages von Grund aus geändert... Die militärische Hilfe für Rumänien hat jetzt solchen Umfang angenommen, daß das in dem Vertrage vorgesehene Versprechen der Landentschädigung Rumäniens für seinen Eintritt in den Krieg unzweifelhaft einer Nachprüfung unterzogen werden muß.“ Doch still, vorläufig nicht darüber reden, empfiehlt Poliwanow; die Rumänen sollen noch nicht erfahren, daß man entschlossen ist, sie zu betrügen, vielmehr soll das Unglück Rumäniens bis auf weiteres „ausgenutzt werden, um die erzwungenen Bande, die Rumänien mit Rußland verknüpfen, auf möglichst lange Zeit zu befestigen“.

So sieht dies Musterstück der Geheimdiplomatie aus. Es trieft von Unehrlichkeit, es kennzeichnet den russisch-rumänischen Vertrag — von anderen, ähnlichen Verträgen ist hier abgesehen — glattweg als das, was er in Wahrheit ist, als einen Vertrag zwischen Schelmen, die einander nicht über den Weg trauen. Solche Verträge und solche Erläuterungen scheuen das Licht; aus tiefem Dunkel kommen sie und in tiefem

Digitized by Google

Dunkel nur können sie gedeihen. Die durch den Weltkrieg mündig gewordenen Völker aber werden dafür zu sorgen haben, daß sie befreit werden von der grauenhaften Unmenschlichkeit diplomatischer Schleichhändler, deren unehrliche Rechnungen sie mit ihrem Blute zu begleichen haben.

Notizen

Englische Menschlichkeit im Kriege. Auf die Mitteilung in meinem Artikel in Nr. 45 über den „Blutdurst" eines englischen, militärischen Instruktionsheftes sind mir briefliche Zweifel und die Bitte geäußert worden, womöglich den dokumentarischen Beleg für die Echtheit der Sache zu bringen. Ich habe daraufhin von maßgebender Stelle die folgende Abschrift aus einem erbeuteten Unterweisungsheft des englischen Generalstabs vom Februar 1917 (in wörtlicher, deutscher Übersetzung) bekommen:

„S. 12. Bajonettfechten erzeugt Blutdurst (lust for blood) . . .

Grabensäuberer arbeiten in Paaren unter ihrem eignen Führer . . . sie töten jeden Feind, den sie im Graben antreffen . . .

S. 14. Der Zugführer gewinnt das Vertrauen seiner Leute dadurch, daß er:

a) . . . . . .

b) . . . . . .

. . . . . .

h) blutdürstig (blood-thirsty) und immer darauf bedacht, wie er den Feind töten und seinen Leuten dabei behilflich sein kann."

Zur weiteren Kennzeichnung dieser Art von englischer Denkweise wird es genügen, wenn ich hinzufüge, daß in einem gleichfalls erbeuteten Verzeichnis militärischer Codeworte die Bezeichnung für Deutsche „swine" lautete, auf deutsch: Sau! Es geht doch nichts über englische Menschlichkeit und Anständigkeit! Paul Rohrbach

Die Entente und die russischen Fremdvölker. Unsere Zeitschrift hat seit Beginn des Weltkrieges auf die entscheidende Bedeutung der Fremdvölkerfrage in Rußland hingewiesen. Seitens Prof. O. Hoetzsch in der „Kreuzzeitung" und G. Bernhard in der „Vossischen Zeitung" wurde leidenschaftlich dagegen angekämpft, weil das möglicherweise die Moskowiter verschnupfen könnte. Das war an sich schon völlig verfehlt. Seit Antritt der Herrschaft durch die Maximalisten wurde diese Theorie aber direkt unsinnig, weil letztere überhaupt kein Staatsgefühl besitzen, sondern nur darauf ausgehen, ihre internationalen sozial-anarchistischen Träume zu verwirklichen, für die sie zufälligerweise in Rußland den Stützpunkt gefunden haben. Die Liebe zu den Russen ist aber bei diesen beiden Herren so festgewurzelt, daß selbst der Leitartikler der „Kreuzzeitung" mit diesen Todfeinden des Kapitalismus Freundschaft zu schließen bereit ist. Vielleicht aber wird ihr nicht viel geringerer Englandhaß sie stutzig machen, wenn sie hören, daß die Entente jetzt drauf und dran ist, sich der russischen Fremdvölkerfrage zu bemächtigen: Die Kopenhagener „Politiken" melden nämlich aus Paris:

„In parlamentarischen Kreisen behauptet man, weder England noch Frankreich hätten auch nur einen Augenblick daran gedacht, feindliche Maßnahmen gegen Rußland zu treffen, oder ihm zu drohen. Die Verbündeten unterscheiden sorgfältig zwischen der Nation und den Aufrührern. Selbst wenn sie die Anerkennung von Lenin und Trotzki verweigern, sind sie doch bereit, mit jeder gesetzmäßigen Regierung, die man als Ausdruck des Volkswillens betrachten kann, in Verbindung zu treten und sie zu unterstützen. Sollte es nicht gelingen, eine reguläre Regierung zu bilden, deren Autorität sich über ganz Rußland erstreckt, so sind die Alliierten bereit, mit den Staaten zu verhandeln, die imstande sind, sich selbständig zu machen.

Digitized by Google

Die Alliierten haben bereits früher ihre Sympathie für Polen und Finnland bewiesen, und sie werden auch gegen die Errichtung eines selbständigen lettischen Reiches und einer selbständigen Ukraine keine Einwendungen erheben."

Da naturgemäß für die russischen Fremdvölker in erster Linie die Forderung der Unabhängigkeit von Rußland steht, so würden sie sie auch aus der Hand [illegible] fang nehmen, zumal seit letztere mit dem russischen Staate in Konflikt geraten sind. Damit ist für Deutschland die höchste Gefahr im Verzuge. Denn erhielten die Finnländer, Ukrainer usw. ihre Freiheit nicht durch unsere Unterstützung, sondern durch die Entente, so würden sie ganz von selbst nach dem Kriege auch in deren Fahrwasser verbleiben. Damit würde aber, statt einer Verbreiterung der mitteleuropäischen Grundlage, eine Quelle stetiger Beunruhigung an unserm Ostgrenze geschaffen werden, für die es sich wahrlich nicht gelohnt hätte, soviel kostbares deutsches Blut zu vergießen. Nicht einmal die von Hoetzsch & Co. angestrebte freundnachbarliche wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an Rußland wäre erreicht, weil sich zwischen beide Staaten ein von der Entente abhängiger Fremdvölkergürtel einschöbe. All diese Fehler könnten vermieden werden, wenn endlich die deutsche Regierung und das deutsche Volk die richtige Stellungnahme zum russischen Fremdvölkerproblem fände, wie es die Staatsrechtslehrer Berlins mit ihrem Gutachten zur Frage der Selbständigkeit Finnlands in so überzeugender Weise aufgezeigt haben.

Neuerscheinungen

Kriegsziele

Die Probleme, die der kommende Frieden aufwirft, gehen immer mehr ins allgemein Organisatorische der nationalen und internationalen Politik. Begriffe, wie sie der Fortgang der politischen Diskussion des Krieges aufwirft, werden untersucht, mit der Neugier, mit der man neuen Dingen entgegensieht, mit dem Eifer, mit dem man an die Lösung neuer Fragestellungen herangeht. Die Fragen nach den konkreten Kriegszielen werden weniger oft aufgeworfen. Die nach den Kriegszielen im Osten stellt die Schrift „Die Grundlagen des Ostseehandels und seiner Zukunft", die Erich Wallroth bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin, herausgibt. „Der Besitz Livlands und Estlands und seiner für Rußland so wichtigen Häfen Riga, Libau, Windau und Reval, meint er, würde Deutschland in den Besitz dieser wichtigen Handelsbrücke zum russischen Markt setzen. Er würde Deutschland in wesentlich verstärktem Maße etwa die Vorteile sichern können, welche bisher Belgien und Holland als die Brückenwächter des Rheines besessen haben."

Davis Trietsch nimmt den Gedanken der Entschädigung durch Kolonien auf, untersucht von neuem die Forderungen und Möglichkeiten eines mittelafrikanischen Reiches („Afrikanische Kriegsziele", Verlag Süsserott, Berlin 1918), wodurch der koloniale Gedanke belebt wird.

Schriften dieser Art treten zurück vor den Erörterungen der Grundlagen, die für den Frieden vorbereitet werden müssen: Ein Beitrag hierzu ist die Diskussion über den Begriff der „Länderautonomie", d. h. das Problem der Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung, in der die bedeutendsten Gelehrten aller in österreichischen Hochschulen vertretenen Nationalitäten sich äußern. (Sonderheft der österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht, Manz Wien). Bei aller Verschiedenartigkeit der Auffassung von den einzelnen staats-, national-, verwaltungs- und rechtspolitischen Gesichtspunkten aus ist deutlich zu ersehen, wie selten die Selbstverwaltung eine gleich gerichtete staatliche Fürsorge entbehrlich macht und wie wenig es den Frieden im Innern der einzelnen Volksstämme an sich verbürgt, wenn die Verwaltung den Händen der Volksgenossen anvertraut ist. Aus den Reden tönt ferner die eindringliche Warnung, nicht die Finanzpolitik fortzusetzen, die der Staat bis heute den Ländern gegenüber eingehalten und die schließlich die seltsame Folge gezeitigt hat, daß er ihnen Steuern zuweisen muß, die ihm nicht bezahlt werden. Insbesondere verschafft sich aber die Überzeugung Ausdruck, daß eine unbedingte Selbstherrlichkeit der Länder mit der heutigen Auffassung der Staatsaufgaben kaum mehr vereinbar ist. „Wie jeder Organismus eine Seele hat, in der Sein und Beschaffenheit des Lebens für ihn beschlossen ist, so laufen geschichtlich in der staatlichen Verwaltung stets die jeweils wichtigsten allgemeinen und gemeinsamen Interessen zusammen. Da sie sich in neuerer Zeit beständig vervielfältigen, ist es nach immer mehr Seiten für den

Staat von höchstem Belange, daß sie nirgends vernachlässigt oder gar vollständig ausgeschaltet werden. Über diese biologische Staatsnotwendigkeit können sich politische Programme und Ansprüche nicht hinwegsetzen. In der Form der Geschäftsbehandlung sind Zugeständnisse denkbar, auf keiner Stufe der Verwaltung darf jedoch dem Staate die Gelegenheit entzogen sein, über die Berücksichtigung des für die Gesamtheit Wesentlichen, Vorteilhaften und Wünschenswerten wirksam zu wachen. Die gewaltige Erweiterung der Staatszwecke wird übersehen, wenn das unveränderte Aufrechterhalten der Autonomie aus der Rechtsstaatszeit verteidigt wird. Wenn sich der Staat jene oberste Aufsicht, die mit aller Schonung für die Selbstverwaltung geübt werden soll, in einem Verwaltungszweige nun entwinden läßt, legt er Hand an seine Wurzeln, denn gerade das enge Verknüpftsein des Staates mit den Lebensinteressen der Gesellschaft ist jetzt einer der Hauptpfeiler seiner geistigen Geltung. Hier muß schon sein Erhaltungstrieb der Nachgiebigkeit oder Freigebigkeit Grenzen ziehen." In bezug darauf, was aus der gegenwärtigen Landesverwaltung werden soll, weichen deren Freunde und Gegner selbstverständlich sehr voneinander ab. Die Anregungen der letzteren gehen insgesamt auf eine Verbindung staatlicher und freigewählter gesellschaftlicher Organe, deren Zusammenarbeiten sich auch auf Landessachen erstrecken sollte, die derzeit der landesfürstlichen Verwaltung vorbehalten sind. Es prägt sich in den meisten Äußerungen ein starker Zug zum Staate aus, der mächtiger ist als die Erinnerung an die Beschwerden, die während des Krieges nicht selten gerade über die Leistungen der staatlichen Verwaltung erhoben wurden. Man findet es nicht einmal nötig, Wunsch und Unzufriedenheit durch lebhafteres Betonen der künftigen Mitarbeit des Volkes einigermaßen zu versöhnen. Es ist daher den Anhängern der Autonomie zum Verdienste anzurechnen, daß sie — eine gleichfalls zwingende Begrenzung — darauf aufmerksam machen, wie sehr seinerzeit die Selbstverwaltung der Länder als Erlösung von der Herrschaft der staatlichen Behörden begehrt und begrüßt wurde und welche schwere Bedenken es hätte, wenn etwa auch die unleugbaren Vorzüge und Vorteile der freien schöpferischen Volkskraft zugunsten einer „staatlich-bureaukratischen" Verwaltung preisgegeben würden, der zu entrinnen einst als beglückender Fortschritt galt. „Da wir auf eine folgerichtige und natürliche Entwicklung hoffen, ist es diesen Erörterungen möglicherweise vom Schicksale bestimmt, ein doppeltes zu sein: der Schwanengesang eines zur Neige gehenden Abschnittes der inneren österreichischen Geschichte und zugleich der erste Beitrag, den Jahrzehnte des Suchens und Ringens zu einem Werke liefern, das einstweilen nur in schwachen Umrissen sich vorstellen läßt. Da vorweg zu besorgen ist, daß dabei die Teile allzusehr an sich denken werden, ist es Sache aller staatstreuen Bürger, zu verhüten, daß nicht über dem Behagen der Teile an die Stärkung und an das Wohl des Gesamtstaates vergessen werde. Wider Erwarten scheinen die Lehren des Krieges allein hierzu nicht völlig zu genügen."

„Vom Völkerbund zur Staatengemeinschaft" heißt die zweite Schrift der bei Georg Müller, München erscheinenden Sammlung „Fehler und Forderungen" (Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik.) Die demokratische Einrichtung der Volksheere, so führt der Verf. F. Liszt, aus, hat überall die demokratische Idee siegen lassen. „Die Anwendung des demokratischen Gedankens auf die auswärtige Politik bedeutet das Selbstbestimmungsrecht der Völker in ihren Beziehungen zu den übrigen Völkern." „Der Sieg des demokratischen Gedankens bedeutet aber zugleich die Anerkennung der Gleichberechtigung aller übrigen Staaten, der großen wie der kleinen und kleinsten, und die unbedingte Zurückweisung eines entarteten Nationalismus, der bisher, nicht von den Völkern selbst, sondern von einer dünnen intellektuellen Zwischenschicht vertreten, in allen Staaten in derselben typischen Gestaltung wiederkehrend, das eigene Volk für das auserwählte und darum zur Weltherrschaft berufene hielt." „Der allgemeine Sieg der Demokratie, als das sicherste Ergebnis dieses Krieges, wird den Staatenverband zur Völkergemeinschaft umgestalten. Für Schiedsgerichte und Völkerbund macht Joseph Popper-Lynkeus (Anzengruber, Wien) folgende Vorschläge: „In einer vielleicht ferneren Zukunft wird den einzelnen Ländern, oder noch besser, durch ihre Vertreter, auf einem Staatenkongreß beschlossen, für die militärische Ausbildung wohl alle tauglichen Staatsangehörigen ohne jede Ausnahme heranzuziehen, geradeso wie es heute geschieht; aber, wenn ein Krieg beabsichtigt wird, nur Freiwillige aufzurufen, die sich eben aus jenen militärisch Ausgebildeten zum Felddienste melden wollen. Sehr zweckmäßig wäre auch eine allgemeine Abrüstung, indem man die Anzahl der zur bloßen militärischen Ausbildung verpflichteten Jahrgänge nach Möglichkeit reduziert. Notwendig ist aber, und ganz unabhängig davon, ob und wie man abrüstet, die Abschaffung der Wehrpflicht und deren Ersatz durch die Freiwilligkeit. Ferner sollen alle Meerengen und Kanäle, die nicht innerhalb eines selbständigen, zusammenhängenden Staates liegen, sowie die Kriegsflotten, bis auf einen für die Küstenverteidigung zugelassenen Rest, desarmiert werden. Matrosen und Seesoldaten sind ebenfalls nur als Freiwillige einzureihen." Aus der Entwicklungsgeschichte der völkerrechtlichen Verträge führt Archivar J. Lulvès „einen unwiderleglichen Beweis für den Mangel an Vertrauen und Verläßlichkeit im internationalen politischen Verkehr". „Diese Ent-

Digitized by Google

wicklungsgeschichte lehrt die wachsende Bedeutung des Faustpfandes als Realgarantie für Kriegsentschädigungen." (Berlin 1918. Heymanns Verlag.) Für die nächste Zeit freilich meint Richard Jetzu, muß sich „die internationale Schiedsgerichtsbarkeit" bescheiden mit einer Art obligatorischer Vermittlung, die zweckmäßig in einer Weiterbildung des Artikels 8 des Schiedsgerichtsabkommens niedergelegten Gedankens (nach dem bei Streitfällen jeder Streitteil einen Vermittlerstaat wählt) zu bestehen hätte." „Damit wäre des Sicherung des Weltfriedens ein Dienst von unendlich großer Bedeutung geleistet." (Hannover 1917, Helwingscher Verlag.)

Zur „Vermittlung und Intervention als völkerrechtliche Mittel zur Vermeidung eines Krieges" macht Albert Leser (Verlag F. A. Perthes, Gotha) folgenden Vorschlag: Die Vermittlung muß ausgehen von Subjekten, die das uneingeschränkte Vertrauen sämtlicher Staaten besitzen. „Die Vertreter der Staaten werden nicht von den Regierungen der betreffenden Staaten bestimmt, sondern von den fremden Staaten gewählt." Die Aufgabe ihrer Konferenz ist das Eingreifen in bestimmte akut gewordene Fragen, die Beseitigung einander entgegengesetzter Strömungen in den einzelnen Ländern. „Daneben wäre ein ständiger Ausschuß im Haag zu errichten, der aus fünf bis zehn Delegierten eines jeden Landes bestünde, die sich in einem bestimmten Turnus abwechselten. Diesem Ausschuß fiele die Aufgabe zu, als Zentrale der ganzen Organisation zu dienen und in enger Fühlung mit allen anderen Delegierten die wichtigen politischen und sozialen Ereignisse der ganzen Welt zu verfolgen." Schöne Gedanken zu einer „Neuordnung der Menschenliebe" entwirft Admiralitätsrat Dr. Felisch (E. S. Mittler, Berlin). Er zeichnet neue Grundlinien für pflegerische Hilfeleistung und Volkswohlfahrt, im Anschluß an den von der Reichsmarine-Stiftung geschaffenen Wohlfahrtsverband. Er ruft schließlich zu einem Zusammenschluß aller Wohlfahrtsvereinigungen innerhalb des Deutschen Reiches auf.

Von den Zukunftssorgen Deutschlands wird die nach der „Zukunft des deutschen Außenhandels" am regsten behandelt. H. Herkner macht sie von der vielerörterten Frage: Mitteleuropa oder Weltpolitik abhängig (E. S. Mittler, Berlin). „Wird uns der handelspolitische Kampf durch unsere Gegner aufgenötigt, dann wird allerdings die mitteleuropäisch-levantische Wirtschafts-Gemeinschaft, der jetzt noch alle Angriffsabsichten fern liegen, so ausgebaut werden können und müssen, daß sie sich zu Schutz und Trutz bewähren. Auch dann darf es sich aber nicht um einen schwächlichen und schmählichen Verzicht auf die glanzvolle Stellung handeln, welche wir uns vor dem Kriege auf dem Weltmarkt erworben hatten, nicht um einen verzagten Rückzug auf die Linie Berlin—Bagdad, nicht um eine Preisgabe unserer kolonialen Interessen, um einen förmlichen Abschluß von der ganzen übrigen Welt. Wir dürfen nicht ruhen und nicht rasten, bevor wir uns unseren Handel nicht in vollem Umfange wiedererkämpft und einen unserer Volkszahl, unserem Volkswachstum und unseren volkswirtschaftlichen und kulturellen Leistungen angemessenen Anteil an der kolonialen Expansion und dem Seeverkehr erhalten haben." Einen entgegengesetzten Standpunkt macht Leo Gottstein „Der Weg zum Frieden" (O. Elsner, Berlin) geltend. „Die erneute tönende Ankündigung unserer Absicht, die Ausfuhr wiederum in den Vordergrund zu stellen, statt vor allem den heimischen Markt zu pflegen, ruft zum mindesten die gleiche Beunruhigung und Abwehr hervor, wie unvorsichtige Redensarten über das Ziel hinausschießender Eroberungspolitiker. Dabei sind die letzteren eine verschwindende Minderheit, und werden nicht ganz ernst genommen."

Joseph Rosemeyer sieht „den besten Weg zur Sicherung und Ausdehnung unseres Welthandels" (M. Paschke, Berlin) in der Einverleibung Belgiens, der Errichtung eines großen Seekanals vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet bis nach Antwerpen und eines Rhein-Nordkanals nach Baden, für die er Pläne entwirft. Für den „Wiederaufbau der deutschen Handelsschiffahrt" verlangt K. Isermeyer (E. S. Mittler, Berlin) „sofortige Vorentschädigung, um die notwendige Aktionsfähigkeit der deutschen Reederei nach dem Kriege zu gewährleisten. Diese vorläufige Entschädigung müßte die bislang mit Sicherheit feststellbaren Schäden in Höhe von reichlich 900 Millionen Mark fassen. Grundlage eines solchen Vorentschädigungsgesetzes würde ein Feststellungsgesetz sein, das die sämtlichen Verluste, Schäden und Auslagen aufführen muß, für welche die Reederei Ersatz zu verlangen berechtigt ist. Neben diesen beiden gesetzgeberischen Maßnahmen, dem Feststellungs- und Vorschußgesetz, muß dann nach Beendigung des Krieges das endgültige Reederei-Entschädigungsgesetz treten."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberstleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 9, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 90 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 21. Dezember 1917 · Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

den 16 Dezember 1917

Ein Friedensgesicht?

Von Dr. Paul Rohrbach

Bereits vor einigen Wochen wurde der Brief Lord Lansdownes an den Herausgeber des „Daily Telegraph" auszugsweise in der deutschen Presse bekannt und mehrfach als Friedensfühler bewertet. In der „Deutschen Politik" habe ich demgegenüber darauf hingewiesen, daß derartige Kundgebungen englischer, zurzeit inaktiver Staatsmänner natürlich immer eine gewisse Bedeutung beanspruchen können, daß aber im vorliegenden Falle doch starke Zweifel daran beständen, ob Lord Lansdowne mit seinen Gedanken über den Frieden eine genügende Anhängerschaft hinter sich hätte, und daß es daher mindestens stark verfrüht war, wenn der Brief von deutscher amtlicher Stelle als bedeutendes Ereignis begrüßt wurde. Diese Beurteilung entscheidend abzuändern, liegt auch heute noch kein Anlaß vor. Immerhin ist ein neues Moment hinzugetreten, nämlich, daß Asquith zu dem Lansdowneschen Brief das Wort genommen und mit einigen verbindlichen Wendungen sich (nach der Wiedergabe der deutschen Presse) folgendermaßen über Lord Lansdowne geäußert hat:

Ich wußte von seinem Briefe nicht mehr als irgend ein Mitglied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah, und ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß viel von der Kritik, die dem Brief widerfahren ist, mir daher zu rühren scheint, daß Meinungen und Absichten hineingelesen worden sind, die ich nicht darin finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir unsere Kriegführung abschwächen oder die Sache eines oder mehrerer unserer Verbündeten preisgeben sollen oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten, mitteilen sollen, daß wir bereit sind, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seinem Briefe entweder im Inland oder in anderen Ländern zugeschrieben worden sind — so sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden.

Asquith fuhr dann fort, er nehme an, Lansdowne habe beabsichtigt zu sagen, daß die Alliierten, indem sie den Krieg kraft- und zielvoll fortsetzten, der Welt gleichzeitig immer klarer machen sollten, sie kämpften nur für „nationale und uneigennützige

Digitized by Google

Ziele", um durch diese eine dauernde Friedensbürgschaft zu erreichen, begründet auf „die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes". Um mit Wilson zu sprechen, sei das Ziel „die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker, die fortan den Weltfrieden verbürgen müssen". Nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder würden über Englands wahre Absichten „hinsichtlich des Krieges wie des Friedens" künstlich im Dunkeln erhalten, und er, Asquith, werde weiter tun, was er könne, „um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen".

Über die Redensart, das deutsche Volk und seine Verbündeten würden von oben herab über Englands Kriegsziele künstlich im Dunkel gehalten, ist kein Wort weiter zu verlieren. Asquith und Lord Lansdowne, der etwas Ähnliches sagt, wissen, daß der diktatorische Leiter der englischen Regierung immer noch Lloyd George heißt, und sie wissen auch, daß dieser gegenwärtige Herr Englands in den verschiedensten Wendungen Deutschland die Vernichtung angekündigt hat; zuletzt noch, indem er sagte, dem deutschen Handel müsse ein Ende gemacht werden. Das heißt nichts anderes als Vernichtung Deutschlands. Es ist eine gar zu schnelle Art, über dergleichen hinwegzugehen, als wäre es von der verantwortlichen und alle Macht ausübenden Stelle nie gesagt, und so zu tun, als ob unsere verbündeten Regierungen sich nicht besondere Mühe zu geben brauchten, vor ihren Völkern das wahre Gesicht des verantwortlichen England abzumalen. Diese blutrünstige und gewalttätige Boxerphysiognomie streckt sich so breit und brutal aus der englischen Haustür heraus, daß niemand auf der Welt an ihr vorbeisehen kann. Wenn Männer wie Herr Asquith und Lord Lansdowne sich ihrer schämten, so wäre es ein erfreuliches Zeichen. Wenn sie es aber nicht wagen, offen heraus zu bekennen, daß nicht die Regierungen der Mittelmächte, sondern Lloyd George und seine Gefolgschaft, wie Northcliffe und Genossen, dem deutschen Volk täglich die Überzeugung beibringen, mit diesem England sei kein Friede möglich, so ist das nur ein Beweis für den von uns vertretenen Standpunkt: diese mehr oder weniger friedensfreundliche Richtung in England ist nicht nur schwach, sondern sich ihrer Schwäche auch wohl bewußt. Darum verschleiert sie die wahren Hindernisse und darum wäre es ein Fehler, sie dafür zu nehmen, was sie nicht ist, und vermutlich noch lange nicht ist, nämlich eine ernsthafte Chance für die Annäherung des Friedens.

Nachdem aber durch die Asquithsche Rede die Debatte über den Brief Lord Lansdownes einen erneuten Antrieb erhalten hat, mag es sich rechtfertigen, den Brief selbst, der bisher in der deutschen Presse nur in unvollständigen, teilweise recht falschen Auszügen wiedergegeben worden ist, in seinen wichtigsten Stellen wörtlich (daher auch mit einigen durch die unmittelbare Anlehnung an das Original bedingten Härten) wiederzugeben.

Die einleitenden Abschnitte enthalten die beiden Gedanken, die „mutwillige Verlängerung" des Krieges werde ein Verbrechen sein, das sich nur „dem Grade nach

Digitized by Google

von dem der Verbrecher unterscheidet, die ihn provoziert haben", und ferner: England habe nicht gezögert, „eine allgemeine Beschreibung" seiner Kriegsziele auszusprechen; der Feind dagegen beschränke sich auf „unbestimmte und unaufrichtige Beteuerungen seiner Bereitwilligkeit, zu unterhandeln". Ein solcher Satz im englischem Munde ist entweder Blindheit vor den Tatsachen, oder er mag gleichfalls dienen, um die Schwäche des eigenen Standpunkts zu bemänteln und den Versuch, ihn zu offenbaren, den Instinkten des von Lloyd George geführten Kriegspöbels erträglich erscheinen zu lassen. Lord Lansdowne meint dann, von einer Vereinbarung über die Gebietsfragen, die zur Regelung kommen müßten, sei man offenbar noch weit entfernt. Sie seien aber keineswegs die einzigen von Wichtigkeit, und es lohne zu erwägen, ob es nicht noch andere Fragen „von erster Bedeutuug" gäbe, bezüglich derer die Aussichten für eine Vereinbarung weniger fern lägen. Danach heißt es[1]:

Prüfen wir eine oder zwei derselben: Wofür kämpfen wir? Um die Deutschen zu schlagen? Sicherlich, aber das ist kein Zweck an sich. Wir möchten den Zentralmächten eine weithin sichtbare Niederlage beibringen, nicht aus bloßer Rachsucht, sondern in der Hoffnung, der Welt eine Wiederkehr des Unheils zu ersparen, das unsere Generation betroffen hat. Was ist es denn, was wir haben wollen, wenn dieser Krieg vorüber ist? Ich kenne keine bessere Formulierung als die, welche mehr als einmal unter allgemeiner Zustimmung Mr. Asquith in den Reden gebrauchte, die er von Zeit zu Zeit gehalten hat. Er hat seinen Zuhörern wiederholt gesagt: „Wir führen den Krieg mit dem Zweck, Reparation und Sicherheit zu erlangen." Beides sind wesentliche Ziele, aber von beiden ist vielleicht die Sicherheit das unerläßlichere. Was die Reparationen angeht, so kann zweifellos viel geschehen, aber die äußersten Anstrengungen, all die Verwüstungen dieses Krieges wieder gutzumachen, müssen der Vollständigkeit ermangeln und werden es nicht fertig bringen, das schwere Unrecht, was der Menschheit geschehen ist, ungeschehen zu machen. Es wird indessen vielleicht möglich sein, in gewissem Sinne für die unvermeidliche Unvollkommenheit der Reparation einen Ersatz zu geben, wenn die Sicherheit nach menschlichem Ermessen vollkommen wird. Den Krieg ehrenhaft zu vollenden, hieße etwas Großes vollbringen; vorzubeugen, daß der gleiche Fluch über unsere Kinder komme, hieße etwas noch Größeres vollbracht zu haben.

Und dies ist unser angekündigtes Ziel; seine Größe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn grade wie dieser Krieg fürchterlicher gewesen ist, als irgendein früherer in der Geschichte, geradeso können wir sicher sein, daß der nächste sogar noch fürchterlicher sein würde. Die Prostitution der Wissenschaft für die Ziele der reinen Zerstörung dürfte kaum ihren Abschluß erreicht haben. Die meisten von uns sind indessen überzeugt, daß es möglich sein müßte, die Nachwelt gegen die Wiederholung einer solchen Gewalttat, wie es die von 1914 war, sicherzustellen. Wenn sich die Mächte durch einen feierlichen Pakt selbst dahin binden wollten, daß sie künftige Streitfragen einem Schiedsgericht unterbreiteten; wenn sie sich verpflichten wollten, eine jede unter ihnen politisch und wirtschaftlich in die Acht zu erklären, die sich weigerte, einem solchen Pakt beizutreten; von ihren gemeinsamen Heeres- und Flottenstreitkräften zu dem Zweck Gebrauch zu machen, eine Macht, die sich von den übrigen losreißen will, dem Zwang zu unterwerfen, dann werden sie in der Tat auf der Straße, die zur Sicherheit führt, eine weite Strecke zurückgelegt haben.

Wenigstens werden wir recht daran tun, die Sicherheit an die erste Stelle unter unseren Frie-

[1] Die Kerngedanken des Briefschreibers sind von mir im Druck hervorgehoben.

Digitized by Google

densforderungen zu setzen, und es gewährt eine gewisse Befriedigung, daß wir feststellen können: grundsätzlich scheint über diesen Punkt vollkommene Einigkeit zu herrschen.

Lord Lansdowne stellt dann fest, daß der Präsident Wilson, der deutsche Reichskanzler, der Papst, die österreichische Regierung und dazwischen auch Mr. Balfour den Grundsatz zukünftiger feierlicher Vereinbarungen und Schiedsgerichte zur Vermeidung einer erneuten Weltkatastrophe formell ausgesprochen oder ihm zugestimmt hätten. Ein Mittel, um solch einem Schiedsgericht die notwendige Gewalt des Zwanges gegen den „Angreifer" zu sichern, sei der Druck einer überlegenen Heeres- und Flottenmacht; ein anderes sei der wirtschaftliche Boykott. Die Androhung eines solchen würde gerechtfertigt sein, falls Deutschland sich als „gänzlich unvernünftig" erwiese, aber kein verständiger Mensch würde wünschen, den Handel der Zentralmächte zu zerstören, wenn sie sich zu einer Erklärung bereit finden, Frieden zu halten und uns nicht durch eine feindselige Kombination in einen Konflikt hineinzutreiben. Der Handelskrieg sei weniger grausig als der mit den Waffen, aber er würde die wirtschaftliche Erholung aller beteiligten Nationen verzögern. Weiter:

Niemand wird daran zweifeln, daß wir uns gegen fiskalische Feindseligkeiten der andern sicherstellen müssen, daß wir die Wiederkehr jener Bedingungen verhüten müssen, unter denen wir bei Ausbruch des Krieges an unentbehrlichen Waren Mangel litten, weil wir gewisse Industrien und gewisse Versorgungsquellen gänzlich in die Kontrolle unserer Feinde hatten übergehen lassen. Immerhin müssen wir diesen Vorbehalt machen, daß es sicherlich in unserem Interesse sein wird, den Strom des Handels, soweit es unsere eigenen fiskalischen Interessen erlauben, stark und unbehindert in seinen natürlichen Kanälen fließen zu lassen.

Hier wird also ein gewisser vorsichtiger Widerspruch gegen Lloyd Georges Formulierung des Krieges laut, Deutschlands Handel müsse zerstört werden. Gleichzeitig wird eine Warnungstafel gegen den mitteleuropäischen Gedanken aufgerichtet und mit einer unnachahmlichen Geste, die Englands Zurückbleiben im industriellen Wettbewerb in der Metallurgie, Farbenchemie, Elektrotechnik usw. verdecken soll, der Ausgleich der englischen Unterlegenheit auf diesen Gebieten durch besondere Friedensbedingungen in Aussicht gestellt. Mit diesem Vorbehalt, und falls die „feindselige Kombination" unterbleibt, soll, so scheint es nach Lord Lansdowne, Handelsfreiheit herrschen.

Es bleibt noch die Frage der territorialen Ansprüche. Die autoritativste Feststellung derselben findet sich in der Note der Alliierten vom 10. Januar 1917. Diese Erklärung muß offenbar als ein allgemeiner Umriß der Wünsche der Alliierten angesehen werden. Wird aber irgend jemand sich auf den Standpunkt stellen wollen, daß diese Skizze vollständig sei, oder daß sich nicht die Notwendigkeit ergeben könnte, sie einer neuen Prüfung zu unterwerfen? Mr. Asquith hat in einer Rede in Liverpool im vorigen Oktober die folgende Wendung gebraucht:

„Niemand kann behaupten, es würde für eine der beiden Seiten recht oder opportun sein, ein Ultimatum zu formulieren mit erschöpfenden genauen Einzelheiten, mit Klauseln und Unterklauseln, die verbatim und literatim anzunehmen wären, Kapitel und Vers, als die unentbehrlichen Präliminarien und Bedingungen des Friedens.

Digitized by Google

Es gibt viele Dinge (so fügte er hinzu) in einem weltumspannenden Konflikt wie diesem, die notwendigerweise der Diskussion und der Unterhandlung überlassen bleiben müssen, um im späteren Stadium vereinbart und gegen einander abgewogen zu werden."

Es ist sicherlich überaus wichtig, daß man sich diesen weisen Ratschlag vor Augen halte.

Einige unserer ursprünglichen Desiderata sind vermutlich unerreichbar geworden. Anderen würde man wahrscheinlich jetzt einen weniger hervorragenden Platz einräumen, als zur Zeit, da man sie zuerst vorbrachte. Aber andere, insbesondere die Belgien gebührende Reparation, bleiben an erster Stelle und werden es immer bleiben; wenn es sich aber um die Neueinrichtung im großen für die Landkarte Südosteuropas handelt, dann dürfen wir wohl den Antrag stellen, das Urteil zurückzuhalten und die Aufklärung abzuwarten, welche ein offener Austausch der Standpunkte zwischen den alliierten Mächten allein herstellen kann.

Denn alle diese Fragen gehen unsere Alliierten ebenso wie uns an, und wenn wir einen Rat der Alliierten haben wollen zum Zwecke der Anpassung unserer Strategie im Felde an die ständig wechselnde Entwicklung des Krieges, dann ist die Annahme wohl billig, daß auch in betreff der Friedensbedingungen die Alliierten es sich zur Aufgabe machen werden, ihre territorialen Forderungen und Bedürfnisse zu prüfen und, falls nötig, zu revidieren.

Lassen Sie mich mit der Auseinandersetzung schließen, warum ich diesen Betrachtungen so viel Bedeutung zumesse. Wir werden diesen Krieg nicht verlieren, aber seine Verlängerung bedeutet den Ruin der zivilisierten Welt und eine unendliche Vermehrung der Bürde menschlichen Leidens, die jetzt schon auf ihr lastet. Sicherstellung wird einer Welt unschätzbar sein, welche noch die Lebenskraft hat, davon Vorteil zu ziehen; was für einen Wert werden aber die Segnungen des Friedens für Nationen haben, die so erschöpft sind, daß sie kaum die Hände ausstrecken zu können, um nach ihnen zu greifen?

Es ist meine Überzeugung, daß, wenn der Krieg beizeiten, um eine weltumspannende Katastrophe zu verhüten, zum Abschluß gebracht werden soll, dies darum geschehen wird, weil auf beiden Seiten die Völker der beteiligten Länder es sich klar machen, daß er bereits zu lange gedauert hat.

Es kann keine Frage sein, daß dieses Gefühl in Deutschland, Österreich und der Türkei in ausgedehntem Maße vorherrscht. Wir wissen mit absoluter Bestimmtheit, daß der wirtschaftliche Druck in diesem Ländern bei weitem das übersteigt, was uns hier auferlegt ist. Von Ministern wird uns in ihren Reden Mitteilung gemacht über „beständige Bemühungen" seitens der Zentralmächte, „Friedensbesprechungen in Gang zu bringen". (Sir E. Goddes im Mansion House am 9. November.)

Wenn noch nicht deutlicher von Frieden geredet wird, und nicht in so bestimmten Ausdrücken, daß es Seiner Majestät Regierung in der Stand setzte, es als etwas Ernstliches zu behandeln, so läßt sich die Erklärung dafür vermutlich erstens in der Tatsache finden, daß der deutsche Despotismus eine unabhängige Meinungsäußerung nicht duldet, und zweitens darin, daß die deutsche Regierung sich wahrscheinlich mit Erfolg bemüht hat, die Ziele der Alliierten falsch darzustellen, denen man unterstellt, daß sie die Vernichtung Deutschlands einschlössen, die Aufzwingung irgendeiner Regierungsform, die von seinen Feinden bestimmt würde, seine Zerstörung als große handeltreibende Gemeinschaft und seinen Ausschluß vom freien Gebrauch der See.

Hier haben wir wieder die entweder aus Furchtsamkeit oder aus einer beinahe unglaublichen Blindheit gegenüber dem Offenbaren entstehende Fiktion der vom

Digitized by Google

deutschen Despotismus gehinderten unabhängigen Meinungsäußerung und der das eigene Volk über die englischen Kriegsziele irreführenden deutschen Regierung. An unsrer Regierung ist leider ein vollgerütteltes Maß von Kritik in auswärtigen Dingen notwendig, und ich glaube der Letzte zu sein, der mit dieser Kritik hinter dem Berge gehalten hat. Der Vorwurf aber, den Mr. Asquith und Lord Lansdowne erheben, ist so offenbar verkehrt, daß es nicht lohnt, weiter auf ihn einzugehen. Er hätte nur Sinn, wenn statt der deutschen Regierung die Regierung des Herrn Lloyd George gemeint und genannt wäre. Nun der Schluß des Lansdowneschen Briefes. Er lautet:

Der Friedenspartei in Deutschland würde vermutlich ein ungeheurer Auftrieb gegeben werden, wenn man begriffe:

1. daß wir nicht die Vernichtung Deutschlands als Großmacht wünschen;

2. daß wir nicht versuchen, Deutschland irgendeine Regierungsform aufzuerlegen, die nicht aus der freien Wahl des deutschen Volkes entspringt;

3. daß — außer als legitime Kriegsmaßnahme — wir nicht wünschen, Deutschland seinen Platz an der Sonne unter den großen handeltreibenden Volksgemeinden der Welt zu versagen;

4. daß wir nach Schluß des Krieges bereit sind, im Verein mit anderen Mächten die Gruppe internationaler Probleme zu prüfen, die, zum Teil jüngsten Datums, mit der ‚Freiheit der Meere' verknüpft sind;

5. daß wir bereit sind, einem internationalen Pakt beizutreten, der weitgehende Möglichkeiten zur Beilegung internationaler Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln böte.

Ich habe den Eindruck, daß man für die meisten dieser Vorschläge Betätigung durch die Autorität ministerieller Reden finden könnte. Seit die obigen Zeilen geschrieben sind, hat unser Minister des Auswärtigen Punkt 1, 2 und 3 bei der öffentlichen Versammlung zu Ehren von M. Venizelos im Mansion House behandelt.

Die Frage der ‚Freiheit der Meere' gehörte zu denen, die unsere amerikanischen Alliierten anfangs aufgeworfen hatten. Die Formel ist zweideutig, fähig mehrerer einander widersprechender Deutungen, und ich bezweifle, ob man ernstlich wird vertreten wollen, daß sie keine Möglichkeit für vorteilhafte Diskussion bieten könnte.

Daß ein Versuch gemacht werden sollte, die Art von Pakt zuwege zu bringen, von dem der Vorschlag unter 5 handelt, ist, wie ich glaube, bei allen Kriegführenden gemeinsamer Boden, und vermutlich bei allen Neutralen auch.

Ist einmal als feste Tatsache anerkannt, daß es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer Vereinbarung über diese Punkte gibt, dann ließe sich vielleicht der politische Horizont mit besseren Hoffnungen von denjenigen absuchen, welche beten, aber in diesem Augenblick kaum zu erwarten wagen, daß das neue Jahr uns einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden bringen möge.

Fünf Punkte also nennt Lord Lansdowne, über die nach seiner Ansicht im deutschen Volke Zweifel und Beunruhigung herrschen und durch deren Sicherstellung wir bereit gemacht werden sollen, auf den Frieden so wie ihn Lord Lansdowne meint, einzugehen. Wir wollen auf die Aufzählung im einzelnen nicht eingehen, und wir sind auch gern bereit, anzunehmen, daß sie aufrichtig in der Absicht gemacht worden ist, das zu umfassen, was nach der Ansicht des Verfassers unsere Sorge ausmachen könnte. Lord Lansdowne hat aber einen, und zwar einen sehr wichtigen Punkt ausgelassen — ohne Zweifel, weil er ihn nicht gesehen hat, aber daß er ihn nicht gesehen

Digitized by Google

hat, zeigt, daß er trotz alles Bemühens die Wurzel unserer Besorgnisse für die Zukunft nicht erkannt hat. Vermutlich kann er sich gar nicht vorstellen, daß, entgegen allen Verkündigungen auf Seiten der Entente, das deutsche Volk sich in diesem Kriege als den angegriffenen und am Leben bedrohten Teil fühlt, gegen den vom Beginn der Einkreisungspolitik König Eduards bei seinen Pariser Besuchen (Lord Lansdowne möge hierüber die Zeugnisse in den belgischen Gesandschaftsberichten lesen!) bis zu der Nacht, in der Ssuchomlinow und Januschkewitsch ihr Verbrechen vollendeten, Krieg und Erstickung seiner wachsenden Lebensnotwendigkeiten von den Machthabern der Entente geplant worden ist! Es mag Lord Lansdowne schwer fallen, zu glauben, daß dies bei der überwältigenden Mehrzahl unserer 70 Millionen die Grundstimmung gegenüber England ist — und mehr als eine Stimmung: eine auf Material von überwältigender Fülle gestützte Überzeugung!

Wie alle englischen Politiker, die öffentlich das Wort ergreifen, hat auch Lord Lansdowne sicherlich mit seinem Brief nicht dem bloßen Bedürfnis nachgegeben, seine Meinung über irgend etwas zu äußern, sondern er hat eine Wirkung hervorbringen wollen. Es gibt Leute, in Deutschland und auch in anderen Ländern, die glauben, der ganze Brief sei hauptsächlich an Rußland gerichtet und solle vor den Russen das Gespenst einer englisch-deutschen Verständigung auf ihre Kosten erscheinen lassen. Eine andere Meinung ist die, daß die Stellen, wo von der Überprüfung gewisser Ententeforderungen und von dem Verzicht auf gewisse früher aufgestellte Ziele die Rede ist, den Franzosen andeuten sollen, daß sie in betreff Elsaß-Lothringens wohl würden nachgeben müssen. Die verschleierte Anspielung auf Mitteleuropa mag an Österreichs Adresse gehen und vieles — selbstverständlich — auch innerpolitische Zwecke verfolgen. Der eingeweihte politische Leser in England wird zwischen den Zeilen in mehr als einer Wendung die Gegnerschaft gegen Lloyd George und die Bereitschaft, ihn zu ersetzen, erkennen. Nehmen wir aber an, das alles seien Nebendinge und der Wunsch, eine dem Frieden dienende Wirkung in Deutschland zu erzielen, die Hauptsache. Dann bleibt es dabei, daß der deutsche Leser erstens bemerken wird: es steht keine politische Macht hinter den Worten des Briefes, sondern die Macht in England ist bei den Anbetern des Kriegsmolochs, Lloyd George und Lord Northcliffe, und zweitens: wer zum deutschen Volk mit der Wirkung moralischer Aufrichtigkeit und objektiven Einblicks in das deutsche Empfinden sprechen will, der darf nicht vergessen, daß man in Deutschland keine Volkstribunen hat ermorden lassen, wie Jaurès, und keinen Herrscher belogen hat, wie Nikolaus II., bloß damit der ersehnte Krieg den Kriegsmachern nicht noch im letzten Augenblick entschlüpfe. Das ist es, worüber bei Lord Lansdowne zu Punkt 1—5 noch ein Punkt 6 fehlt!

Schließlich könnte man noch sagen, daß Lord Lansdowne selber die Bedeutung seines Briefes dadurch stark einschränkt, daß er am Anfang die Gebietsfragen als solche, über die doch noch keine Einigung zu erwarten sei, ausschaltet. Wenn er sie selbst auf diese Weise an die Spitze stellt — wozu dann alles Weitere? Was will er überhaupt

Digitized by Google

damit sagen? Meint er, daß die Mittelmächte oder daß die Ententegenossen die unüberwindlichen Schwierigkeiten machen? Meint er Belgien? Meint er die angeblich fehlende deutsche Erklärung, Belgien solle an Gebiet und souveränen Rechten ungeschmälert wiederhergestellt werden? Diese Erklärung ist abgegeben, denn der Staatssekretär v. Kühlmann hat feierlich und verantwortlich erklärt, es gäbe kein Hindernis des Friedens, als das Verlangen der Entente, Deutschland Elsaß-Lothringens zu berauben. Das ist deutlich genug, denn es heißt: an Belgien wird Deutschland den Frieden nicht scheitern lassen, sobald es zu Verhandlungen kommt. Wer es anders meint, und spräche so, der wäre kein ehrlicher Mann, und das wird ein Ehrenmann wie Lord Lansdowne von einem anderen Ehrenmann nicht sagen wollen. Also scheint nach Lord Lansdownes Meinung das Hindernis bei den Gebietsforderungen der Ententemächte zu liegen. Dann aber wäre nicht Deutschland, sondern die Entente die richtige Adresse seines Briefes — wo er auch übel genug aufgenommen worden ist. So bleibt die Unklarheit über Zweck und Wirkung — und sie scheint uns daher zu rühren, daß der Verfasser zwar Gutes gewollt, aber nicht Macht und Einfluß genug hinter sich hat, um deutlicher zu sprechen und seinen Worten die Wirksamkeit einer politischen Tat zu geben.

*

Unmittelbar nachdem diese Zeilen geschrieben wurden, hielt Lloyd George seine Antwortrede an Lord Lansdowne. Sie zeigt, daß Lord Lansdowne doch einigen Eindruck gemacht hat — aber zugleich, daß Lloyd George mit äußerster Kraft die bedrohte Einheit der englischen Heimatfront wiederherzustellen bemüht ist. Was bisher an englischen Stimmen verlautet, scheint durchaus dafür zu sprechen, daß es ihm gelingen wird. Von der deutschen Politik wird es jetzt abhängen, ob, wie zu erwarten, Lloyd George, oder ob vielleicht doch noch Lord Lansdowne den Sieg in der begonnenen Debatte davonträgt.

Rede des Prinzen Max von Baden in der Ersten Badischen Kammer

am 14. Dezember 1917

Diese Rede ist etwas Neues. Sie ist ein Programm, bei dem es darauf ankommt, ob sich die vorhandene Gefolgschaft der Gesinnung deutlich zum Ausdruck bringt. Sie bedeutet den Anfang der moralischen Offensive gegen den Feind. Sache der Regierung ist es jetzt, die Fortsetzung zu bringen. Das Erfrischende an den Worten des badischen Thronfolgers ist gleichzeitig die Selbstkritik an Deutschland. Das Aufgeben der forcierten Unfehlbarkeit, die die wirkliche Stärke unserer Stellung nur beeinträchtigt, ist eine Vorbedingung dafür, daß die moralische Offensive gelingt. Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der Forderung, Deutschland müsse zuverlässig sein in Menschheitsfragen. Diese Forderung darf der Redner stellen, denn er ist eine treibende Kraft für die Anerkennung des Humanitätsprinzips in der Gefangenenfürsorge gewesen. Red.

Digitized by Google

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren!

Das Vertrauen seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs und seiner Regierung hat mich wiederum an diese Stelle berufen. Dankbar, ein so ehrenvolles Amt in dieser ernsten und großen Zeit übernehmen zu dürfen, begrüße ich Sie mit dem Wunsche, daß auch während dieser Tagung die Arbeit der Ersten Kammer unserer geliebten badischen Heimat zum Wohl dienen möge. — Wo Deutsche zu gemeinschaftlichem Tun sich jetzt versammeln, muß das erste Wort unseren Brüdern an der Front gelten. Vor allem nenne ich hier die Helden des Ausharrens und der selbstlosen Hingabe, die unsere Westfront decken. Unsere Herzen schlagen höher von heimatlichem Stolz erfüllt, weil wir wissen, daß badische Regimenter und Divisionen dort an Brennpunkten der Schlacht Taten vollbracht haben und vollbringen, die überall da, wo von deutscher Treue und Tapferkeit gesprochen wird, mit an erster Stelle stehen. Der Name Cambrai wird in der Geschichte Badens immer einen stolzen, aber tiefernsten Klang haben. Drum neigen wir uns in Ehrfurcht vor diesen Kämpfern und weihen denen, die nicht mehr heimkehren, unsere Treue über den Tod hinaus. Es ist draußen ein gegen sich hartes Geschlecht gewachsen. Aber den Daheimgebliebenen ziemt es nicht, sich gegen die Leiden der Kämpfenden abzuhärten. Sie halten die Schrecken der Schlacht von unserem Lande fern, wir aber dürfen sie nicht von unserer Seele fernhalten, wir dürfen keinen Augenblick vergessen, aus welchem namenlosen Ringen und Leiden jene lebendige Mauer gefügt ist, die uns schützt. Unsere Leute nehmen täglich auf sich, was niemand vor dem Kriege der Menschenkraft hätte zutrauen mögen. Wenn sie heimkehren, so dürfen sie keine Stumpfheit und Oberflächlichkeit vorfinden, sondern eine Kraft des Miterlebens, wie sie ihnen hier in unserem Lande entgegentritt — so dürfen wir wohl bekennen — und wie sie allein die Brücke zwischen Heimat und Front schlägt. Das Ausharren unserer Truppen im Westen hat einer genialen Führung die Erfolge von Riga und Ösel und im Verein mit unseren tapferen Verbündeten den Sieg in Venetien ermöglicht. Daß grade Italien, dessen schnöder Verrat an der Bundestreue uns tief verletzt hat, die ganze Schwere des Krieges zu fühlen bekommt, die eine feile Minorität auf ein betrogenes und fanatisiertes Volk heraufbeschworen hat, erscheint uns mit Recht als das Walten der Nemesis.

Und dieses Walten ewiger Gesetze erblicken wir auch anderwärts. Mit Dankbarkeit erleben wir es, wie die Wahrheit, die vielgeschändete, langsam, aber stetig durch den schweren Dunst der Lüge und Verleumdung zum Tageslicht vordringt. Und in ihrem Gefolge müssen schließlich einmal Friede und Gerechtigkeit nahen, denn Wahrheit, Friede und Gerechtigkeit können dauernd nicht geschieden werden.

Wir erleben es in diesen Tagen, wie aus den russischen Archiven die geheimen Raubpläne unserer Feinde sich vor aller Welt offenbaren.

Meine Herren! Der Landtag tritt in einem denkwürdigen Augenblick zusammen.

Digitized by Google

Zum erstenmal seit drei langen Jahren suchen die Vertreter einer feindlichen Großmacht den direkten Meinungsaustausch und wollen feststellen, ob nicht die Differenzen zwischen ihr und uns schon so weit geschwunden sind, daß Verhandlungen sie überbrücken können. Die russische Revolution macht bittern Ernst mit den Schlagworten des Westens und ihr unerbittlicher Pazifismus trifft diejenigen, die den Pazifismus als Phrase mit der Politik der gewaltsamen Eroberung so schlau zu verbinden trachteten.

Von unseren westlichen Feinden kommt eine neue Kriegserklärung. Sie wollen keinen Frieden durch Unterhandlungen, sondern suchen nach wie vor die Entscheidung auf dem Schlachtfelde. In den letzten Reden von Lloyd George, Clémenceau und Präsident Wilson wird die Knock-Out-Politik, die Politik des Niederschmetterns, von neuem beschworen. Vor einem Jahr wurde sie in England Regierungsprogramm. Nun soll die Kampagne von 1918 ihre Durchführung bringen. Da ist es gut und ermutigend, wenn wir zurückblicken und feststellen, wie sich im Jahre 1917 die Hoffnungen unserer Feinde erfüllt haben. Die Engländer und Franzosen wollten in ihrer Frühjahrsoffensive den konzentrischen Durchbruch durch unsere Linien erzwingen. Die Sommer- und Herbstoffensiven hatten ein begrenzteres Ziel: Erreichung der deutschen U-Bootbasis.

Dann wurde triumphierend die Parole ausgegeben: zum erstenmal in der Geschichte dieses Krieges sei Deutschlands strategische Iniative gelähmt.

Die Schlacht von Cambrai war ein erneuter Versuch, die Hindenburglinie zu durchbrechen. Er ist fehlgeschlagen, wie alle anderen zuvor.

Noch eine andere große Hoffnung unserer Feinde ist zuschanden geworden. Sie glaubten, einen Riß zwischen Regierung und Volk in Deutschland wahrzunehmen und hofften, einen Keil hineintreiben zu können, der unsere Heimatfront durchbrochen hätte.

Der Anschlag mißglückte. Er war unternommen ohne Achtung vor der Eigenart und dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Der vertrauensuchende Einheitswille von Krone und Volk hat die Antwort gegeben. Alles Krisenhafte ist beseitigt, unsere Heimatfront steht fester denn je.

Meine Herren! Den Enttäuschungen unserer Feinde steht ein Erfolg gegenüber, den wir offen zugestehen müssen. Sie haben den politischen Feldzug zu unserer moralischen Diskreditierung mit einem ungeheuren Apparat der Verleumdung und suggestiven Täuschung durchgeführt; es ist ihnen gelungen, eine Zwangsidee nach der anderen in ihre Völker einzuhämmern. Im Vordergrund steht immer noch die Behauptung, die demokratischen Völker der Entente hätten aus freiem Willen zu den Waffen gegriffen, um den unprovozierten Angriff des autokratischen Deutschlands gegen die Freiheit der Welt abzuwehren. Das ist der Eckpfeiler der moralischen Offensive unserer Feinde. Darum halte ich es für die Pflicht eines jeden

Digitized by Google

Mannes, der heute von irgendeiner verantwortlichen Stelle aus spricht, grade hier den Kampf aufzunehmen und unsere Ankläger vor die Schranken zu fordern. Dieser Kampf geht um unser gutes Gewissen. Durchlauchtigste Herren! Ich muß Sie daher um Nachsicht bitten, wenn ich hier Ihnen längst Bekanntes wiederhole. Ich will mich begnügen, einige Tatsachen aus der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Krieges herauszustellen. Jene verhängnisvollen Tage sind die untrügliche Probe geworden für die Aufrichtigkeit der demokratischen Parole der westlichen Regierungen. Damals hat es sich erwiesen, ob die Völker frei waren, oder ein Spielball ihrer Regierungen.

Ende Juli 1914 stand in Frankreich der Volkswille hinter Jean Jaurès, der forderte, daß Frankreich sein ganzes Schwergewicht in die Wagschale des Friedens werfe. Jean Jaurès wurde auf Befehl der Kriegshetzer ermordet. Der französischen Regierung gelang es, der nunmehr aufrührerischen Haltung des Volkes dadurch Herr zu werden, daß sie Deutschlands Ankündigung der Kriegsgefahr veröffentlichte, ohne die russische Gesamtmobilmachung bekannt zu machen. Englische Quellen berichten, wie dadurch der deutsche Akt der Notwehr gegen Rußland als Angriffsakt gegen Frankreich erschien. Da wandte sich natürlich das französische Volk vom inneren Feinde ab, um das bedrohte Vaterland zu schützen. Es kam der Kriegswille des Volkes zustande. Er war gefälscht.

Grade so hilflos war das englische Volk in der entscheidenden Stunde seiner Regierung gegenüber. Es gab sich keine Rechenschaft darüber, daß Grey das unfehlbare Machtmittel zur Erhaltung des Weltfriedens in der Hand hielt. Er hätte nur hinter seine Warnung vom 25. Juli: Rußland sollte nicht durch seine Gesamtmobilmachung die diplomatischen Verhandlungen zerschlagen, die Worte zu setzen brauchen, die Herr von Bethmann Hollweg am 30. Juli in Wien hatte sagen lassen: „Wir weigern uns, n einen Weltbrand hineingerissen zu werden, dadurch, daß unsere Verbündeten unseren Rat mißachten", und er hätte der Welt den Frieden gerettet. Statt dessen erhielt Petersburg die Sicherheit, daß England in jedem Falle mitmarschieren würde, mochte sein Rat gehört werden oder nicht. Nur so konnte die Kriegspartei in Rußland der Friedenspartei Herr werden.

Das englische Volk wußte nicht, daß es gebunden war. Rußland und Frankreich aber wußten es.

Meine Herren! Die Pose der überfallenen Unschuld können die französischen und englischen Regierungen heute, nach dem Suchomlinow-Prozeß, nur noch mit Mühe vor ihren eigenen Völkern aufrecht erhalten. Aber nach drei Kriegsjahren nimmt der Präsident der Vereinigten Staaten noch einmal die Legende vom unprovozierten Angriff wieder auf, ja, er rafft noch einmal all die abgestorbenen Schlachtrufe der Entente von 1914 zusammen und proklamiert einen Kreuzzug gegen den Friedensstörer Deutschland im Namen der Menschlichkeit, der Freiheit und der Rechte der kleinen Nationen.

Digitized by Google

Das sind große Namen und wir dürfen uns darüber nicht täuschen: Sie wenden sich an den Idealismus von Millionen.

Durchlauchtigste Herren! Auch hier halte ich es für richtig, daß wir nicht einfach unserer Neigung folgen und unter dieser großen Anklage stillhalten, im Vertrauen auf das Urteil der Nachwelt.

Ich stelle die Frage: Hat der Präsident der Vereinigten Staaten ein Recht, als Weltenrichter aufzutreten?

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu kämpfen. Denn er hat geduldet, daß sich ein großer Teil der amerikanischen Friedensindustrie in Werkstätten des Todes verwandelte, zu einer Zeit, wo Amerika mit Deutschland noch im Frieden war. Er hat dieses formale Recht, unseren Feinden Munition zu liefern, peinlich gewahrt, während er Amerikas Menschenrecht, unsere Nichtkombattanten, besonders die Schwachen und Kranken, zu versorgen, kampflos preisgab. Präsident Wilson hat ferner den übernommenen Schutz unserer Kriegsgefangenen in Rußland lässig und herzlos verwalten lassen. Unter dem alten Regime sind in Rußland unsere Kriegsgefangenen zu Tausenden elend umgekommen, ohne daß Amerika sich seiner ungeheuren Druckmittel bedient hätte, um eine Besserung zu erzwingen. Auch in Frankrich duldete Amerika, daß die Grausamkeit des Volkes unseren Landsleuten jede erdenkliche Qual und Schande auferlegte.

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Demokratie und der Freiheit zu sprechen, denn er war der mächtige Kriegshelfer des zaristischen Rußlands und hatte taube Ohren für den Hilferuf der russischen Demokratie, man möge ihr erlauben, Friedensbedingungen zu diskutieren oder wenigstens keine Offensive anbefehlen, damit sie ihre Freiheit befestigen könne.

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der kleinen Nationen zu kämpfen denn die Fremdvölker, die unter der russischen Gewaltherrschaft unterzugehen drohten, die Finnländer, die Polen, die Ukrainer, die Balten, die Litauer haben sich einmal über das andere vergeblich an ihn gewandt, auch Griechenland hat umsonst seinen Schutz angerufen, als ihm seine nationale Selbständigkeit durch Amerikas Bundesgenossen geraubt wurde.

Aber täuschen wir uns darüber nicht: das amerikanische Volk glaubt wirklich, der Krieg müsse weitergehen, um alle diese großen Ideale sicherzustellen. Denn das ist die tragische Tatsache dieses Weltkrieges, daß für die breite amerikanische Öffentlichkeit Europa historisch, psychologisch und politisch ein unentdeckter Erdteil ist. Jeder Aufklärungsversuch wird unterdrückt — jede Regung von Gedankenfreiheit tyrannisch niedergehalten. Dazu bedient sich, wie Lord Northcliffe soeben bewundernd erzählt, die amerikanische Regierung eines Spitzelsystems, das noch wirksamer arbeiten soll, als die russische Ochrana.

Digitized by Google

So ist die demokratische Parole im Munde der westlichen Allianz zu einer ungeheueren Lüge geworden. Vox populi vox dei sagen die westlichen Demagogen, und sie lästern dabei ihren Gott und ihr Volk. Sie sind wie die Priester, die ihren Götzen zu betrügen wagen, weil sie in Wirklichkeit nicht an ihn glauben.

Durchlauchtigste, hochgeehrteste Herren! Wenn ich auch jeden Anspruch der Feinde auf eine Richterstellung ablehne, so wollen wir doch nicht unkritisch gegen uns selbst sein. Wir wissen es wohl: es gab auch eine deutsche Unfreiheit, aber sie lag nicht in den Institutionen des Deutschen Reichs, sie lag vielmehr in einer gewissen geistigen Haltung breiter Schichten des deutschen Volkes.

Die Feinde sprechen von Autoritäten, die einem widerstrebenden Volk ihren Willen aufzwängen und maßen sich die gradezu groteske Rolle an, das deutsche Volk von diesen Tyrannen befreien zu wollen. Wir können darüber nur lachen. Der Fehler lag vielmehr an der großen Bereitwilligkeit vieler Deutscher, den Autoritäten indolent gegenüberzustehen ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes.

Wir begegnen nur zu oft in den Jahren vor dem Kriege jenem selbstzufriedenen Individualismus, der sich auf Kosten des Staates pflegte, der Kritik übte, ohne den Willen zur Hilfe. Viele der Besten hielten sich vom politischen Leben fern, weil ihnen die Mittel des Kampfes nicht gefielen. Das deutsche Volk aber braucht das Opfer der Besten für die gemeinsame Sache im Frieden wie im Kriege. Heute gilt mehr denn je Platos Forderung: Wer seinem Volke helfen will, muß die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinigen.

Freilich ist auch vom Volk nicht die Atmosphäre geschaffen worden, in der Führer sich leicht entwickeln. Das billige Verschenken der Volksgunst ist wahrlich nicht nachahmenswert, das die Blendenden und Gewandten emporträgt auf Kosten der Tüchtigen und Echten. Aber ich vertraue, daß diese Gefahr in Deutschland nicht vorliegt, es gibt starke Sicherungen im deutschen Charakter gegen die Demagogie. Sicher aber ist das eine: Führerkraft kann auch verkümmern unter dem Druck der Mißgunst und Verkleinerung. In den Jahren vor dem Kriege fehlte oft jene Hingabe und Gefolgschaft, die gerade den Führer stützt und ihn in den Stand setzt, über sich selbst hinauszuwachsen.

Aber der Krieg ist gekommen als ein großer Erwecker. Überall haben sich die verborgenen Volkskräfte geregt, all die versunkenen Möglichkeiten unserer Geschichte sind von neuem auferstanden. Draußen im Felde hat unser Volk erfahren, wie sich viele und bunte Kräfte zur Kraft zusammenfinden. Das Volk in Waffen kehrt dereinst zurück mit gestählter Kraft und gestähltem Recht.

Von dem großen Gemeinschaftswillen, der draußen erstanden ist, dürfen wir alles für die deutsche Zukunft erwarten. Der Geist unserer politischen Reformatoren, der Geist Steins und Hardenbergs steigt heute mahnend und verheißend aus der deutschen Vergangenheit herauf. Ob diese Verheißung in Erfüllung geht, darüber

Digitized by Google

wird allein der Charakter unseres Volkes entscheiden. Es muß in dieser Periode verworrenen Phrasentums mit aller Schärfe gesagt werden: Nicht Institutionen allein können die Freiheit eines Volkes verbürgen. Es gibt nur eine reale Garantie, das ist der Charakter des Volkes selbst. Aber darüber kann kein Zweifel sein, je länger der Krieg dauert, desto schwerer wird die Erneuerung sein. Nicht nur bei uns, auch in Feindesland. Auch dort fallen gerade die Besten. Wer möchte darüber frohlocken? Es kann dazu kommen, daß Europa nicht mehr die Heilkraft wird aufbringen können, die notwendig ist, um seine furchtbaren Wunden zu schließen.

Heute hat es den Anschein, als ob der Krieg bis zur letzten Erschöpfung Europas durchgefochten werden muß. Das ist Amerikas Wille und auch der Wille der französischen und englischen Regierung. Sie stoßen dreist jene allgemeinen Menschheitsziele ab, weil sie in ihnen die Pfeiler sehen, auf denen die große Brücke zwischen den Völkern gebaut werden könnte.

Lloyd George will nichts von einem Handelsfrieden wissen. Er stellt die Zerstörung des deutschen Handels als englisches Kriegsziel in den Vordergrund und lehnt die Freiheit der Meere ab. Clémenceau sagt sich von der „Liga der Nationen" zur Vermeidung künftiger Kriege los, ohne Rücksicht auf das alte amerikanische Programm, und Lord Northcliffe beruft sich auf Präsident Wilson als auf seinen nächsten Gesinnungsgenossen. Präsident Wilson will nicht unser Gebiet, wohl aber unsere Seelen amerikanisieren.

Das sind Kundgebungen, an denen es nichts zu deuteln gibt. Aber wir dürfen uns nicht von Clémenceau und Lloyd George täuschen lassen. Die Einigkeit hinter ihren Fronten, von der sie sprechen, existiert nicht. Sowohl in Frankreich, wie in England sind Kräfte am Werk, die keinen Gewaltfrieden wollen, sondern nur einen Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit ihres Landes vereinigen läßt. Erst die feindlichen Minister haben uns verraten, wie stark diese Kräfte sind. Warum bedroht sonst Clémenceau alle Anhänger eines Verständigungsfriedens mit dem Kriegsgericht? Warum führt sonst Lloyd George den Terrorismus der Zensur selbst in das englische Parlament ein? Darüber kann kein Zweifel sein: Es ist im Feindesland eine Gesinnung im Wachsen, vor der die Kriegshetzer sich fürchten. Ihre Vertreter sind mögliche Träger der Macht. Aber wir dürfen uns auch keine Illusionen machen. Heute sind sie noch zur politischen Ohnmacht verurteilt und sie mögen es noch lange bleiben.

Aus dieser Tatbestandaufnahme ergibt sich eine doppelte Pflicht: daß wir einmal unsere ganzen nationalen Kräfte zusammenraffen für den schweren Kampf, der uns noch bevorsteht, und daß wir zugleich danach streben, Klarheit zu schaffen, mit welcher Gesinnung wir im Gegensatz zu den feindlichen Regierungen an die Ordnung der Dinge heranzutreten entschlossen sind. Wollen wir diese Klarheit schaffen, so dürfen wir allerdings nicht den Kampf der Meinungen in Deutschland

Digitized by Google

scheuen. Das wäre ein falscher und trügerischer Burgfriede, wollte man die auch im Kriege unvermeidlichen Anschauungen zwischen den entgegengesetzten Weltanschauungen abdämpfen und in die Heimlichkeit verbannen. Der echte Burgfriede aber fordert, daß Menschen nicht miteinander rechten in einem verachtenden und verhetzenden Geiste. Wir wissen, meine Herren, daß das mit gutem Willen durchgeführt werden kann. Als am 1. August 1914 unser Kaiser das befreiende Wort sprechen konnte: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche", da war unstreitig ein Höhepunkt deutscher Geschichte erreicht. Hinter uns lag jahrzehntelanges Elend der Verhetzung. Mit tiefem Schmerz haben wir das gleiche Schauspiel jetzt wieder erleben müssen, daß Deutsche sich mit denselben vergifteten Waffen bekämpft haben, wie vor dem Kriege. Aber die Erinnerung an das große, befreiende Gemeinschaftsgefühl der ersten Kriegsmonate fordert uns heute mit aller Eindringlichkeit auf, das Kaiserwort zu erneuern und es so zu fassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche.

Meine Herren! Ich komme zum Schluß. Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf denen, die die Geschicke der Völker zu lenken haben. An dieser Last haben alle mitzutragen, die daheim mit wachen Sinnen und brennenden Herzen den Krieg miterleben. Überall horchen heute die heiligen Kräfte auf einander hin, überall wird man des Moratoriums der Bergpredigt müde. Die Menschheit sehnt sich nach seiner Kündigung noch ehe der Krieg endet. Der eben verstorbene Christ, Sir William Byles, der diese furchtbaren Worte von dem Moratorium der Bergpredigt, d. h. der Außerkraftsetzung, sprach, dachte dabei nicht an die unvermeidlichen Schrecken, die auf dem Schlachtfelde geschehen, sondern an die heidnische Sinnesart, zu der sich so viele geistig hervorragende Männer aller Länder während des Krieges fast mit Stolz bekannten.

Es ist nötig, daß noch während des Krieges eine Abkehr von dieser Kriegsverrohung stattfindet. Auch hier kann uns der beste Geist der Armee Führer sein. Für einen christlichen Soldaten gehört der Geist des Roten Kreuzes zum Heere grade wie der Offensivgeist. Für ihn verletzt derjenige, der nicht alles zur Vernichtung des kämpfenden Feindes einsetzt, ebenso seine Pflicht, wie derjenige, der einen wehrlosen Feind nicht schont. Ähnliche Stimmen kommen heute aus England, die berichten, wie englische Geistliche von der kämpfenden Truppe die Achtung vor dem Feinde gelernt haben, welche die Diktatur der Hetzpresse in der Heimat nicht duldet. Aus dieser Gesinnung heraus kam auch das Haager Abkommen über den Austausch der Gefangenen zustande. Noch ist es nicht ausgeführt worden, noch bedarf es des Ausbaues und der Nachahmung.

In dem Aufruf der „Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland" befindet sich ein Satz, den ich hier zitieren will: „Auch im Kriege ist die Feindesliebe das Zeichen derer, die dem Herrn die Treue halten." Ich

Digitized by Google

möchte gern dieses Wort dahin ergänzen: Es ist auch das Zeichen derer, die Deutschland die Treue halten.

Man hat behauptet, Haß sei notwendig zur energischen Fortsetzung des Krieges. Die Antwort hierauf hat eine deutsche Fürstin gegeben: „Die Liebe zum Vaterland reicht aus, um das Beste herzugeben."

Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unserer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein Weltgewissen steht. Diesem Ausspruch stimme ich zu. Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Pforten unseres innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit. Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen.

*

Der Wortlaut der Rede ist nach dem stenographischen Kammerbericht gegeben.

Das neue amerikanisch-japanische Abkommen

Am 3. November d. J., am Geburtstag des unter dem posthumen Namen Meiji Tenno verehrten Vaters des jetzigen Kaisers von Japan, wurde in Washington durch Notenaustausch ein neues amerikanisch-japanisches Abkommen über China abgeschlossen. Über den Inhalt des Abkommens macht ein Telegramm des Reuterschen Bureaus folgende Mitteilungen:

1. Die Vereinigten Staaten geben zu, daß Japan infolge der Nähe seines Gebietes besondere Interessen in China hat, vor allem in dem Gebiete, an das seine Besitzungen grenzen.

2. Die territoriale Integrität Chinas bleibt trotzdem unverletzt. Die Vereinigten Staaten von Amerika setzen vollständiges Vertrauen in die wiederholten Versicherungen Japans, daß es, obwohl seine Lage besondere Interessen mit sich bringt, bezüglich des Handels der anderen Nationen keinen Unterschied zu machen und die bisher von China in den Handelsverträgen zugestandenen Rechte nicht zu bestreiten wünsche.

3. Japan und die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, in irgendeiner Weise die Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität Chinas zu beeinträchtigen. Sie sind noch immer Anhänger des Grundsatzes der offenen Tür und der Gleichberechtigung im Handel und in Industrie Chinas. Japan und die Vereinigten Staaten erklären sich beiderseits gegen die Erwerbung von Privilegien durch irgendeine Macht, durch die die territoriale Unabhängigkeit Chinas berührt oder die Untertanen oder Bürger eines Landes in dem vollen Genuß der gleichen Rechte in Handel und Industrie Chinas beeinträchtigt würden.

Nach einer weiteren Reutermeldung hat sich Lansing über das Abkommen wie folgt geäußert:

Die japanische Mission hat ihr Ziel erreicht, was für den Augenblick für die Welt von größter

Digitized by Google

Wichtigkeit ist. Die Mission drückte den herzlichen Wunsch Japans aus, mit den Vereinigten Staaten in der Kriegführung gegen Deutschland zusammen zu arbeiten. Die Beratungen, die sich auf militärische, maritime und wirtschaftliche Gebiete bezogen und die in gebührender Weise den Hilfsquellen und dem Vermögen beider Länder Rechnung tragen, wurden durch den Geist der Aufrichtigkeit und Wahrheit gekennzeichnet, die auch die Verhandlungen charakterisiert haben, die zu dem Austausch der Noten geführt haben. Im Augenblick ist es nicht zweckentsprechend, über diese Verhandlungen näheres mitzuteilen. Die amerikanische Regierung nimmt jedoch mit Genugtuung von den Versicherungen Ishiis und seiner Kollegen Kenntnis, wonach die japanische Regierung den Wunsch hegt, ihrerseits bei der Unterdrückung des preußischen Militarismus mitzuhelfen und diese Hilfe praktisch zum Ausdruck zu bringen. Die zwischen den Vertretern der japanischen Marine, die der Sondermission beigegeben waren, und den Vertretern der amerikanischen Marine gepflogenen Unterhandlungen haben eine vollständige Übereinstimmung über die Zusammenarbeit auf maritimem Gebiet im Stillen Ozean erzielt, um das gemeinschaftlich gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtete Ziel zu erreichen.

Auch der japanische Sonderbotschafter Baron Ishii hat es für nützlich gehalten, bei seiner Abreise aus den Vereinigten Staaten einige Redensarten in ähnlichem Sinne zu machen. Er hat durch die japanische Botschaft in Washington die Erklärung veröffentlichen lassen, er fühle sich in dem Gedanken glücklich, daß er jetzt, wo die Einigkeit und das Zusammenarbeiten unter den Alliierten so notwendig sei, dazu habe beitragen können, die Politik Japans und der Vereinigten Staaten in China gütlich zu regeln. Das neue Abkommen sichere eine dauernde harmonische Übereinstimmung zwischen den beiden Nationen, werde die unheilvollen Bemühungen der deutschen Agenten für immer vereiteln und die Bande der Freundschaft weiter kräftigen.

Versucht man über diese Phrasen hinweg den eigentlichen Sinn des Abkommens zu ergründen, so wird man erkennen, daß es für Japan einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege zur Befestigung seiner politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung auf dem asiatischen Festland bedeutet.

Auch dem mit ostasiatischen Dingen weniger Vertrauten muß jetzt klar werden, was die Kenner schon im Augenblick des Eingreifens Japans in den Weltkrieg auf Seite der Entente vorausgesagt haben: Japan benutzt den Krieg ausschließlich zur Erreichung seiner eigenen Ziele, die von jenen seiner Verbündeten himmelweit verschieden sind. Aus dem Umstand, daß England schon seit geraumer Zeit alle, auch die scheinbar wichtigsten Interessen dem Hauptziel, der Vernichtung der deutschen Weltmachtstellung untergeordnet hat, hat Japan schon längst kaltblütig die letzten Folgerungen für sich gezogen. Ebenso erscheint ihm nun der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg als der geeignete Augenblick, um sich von den Hemmungen zu befreien, die seine ostasiatische Politik bisher von jenseits des Stillen Ozeans erfahren hat.

Was es mit seinen Gegenleistungen für eine Bewandtnis hat, das läßt die Meldung erkennen, daß die japanischen Staatsleute mit nicht mißzuverstehender Offenheit auch neuerdings wieder erklären, die Entsendung japanischer Truppen auf einen der europäischen Kriegsschauplätze könne nicht in Frage kommen. Bezeichnender aber ist viel-

Digitized by Google

leicht die zweite Meldung, daß die Verhandlungen über die Lieferung von Kauffahrteischiffen im Austausch gegen amerikanischen Stahl für Schiffsbauzwecke von japanischer Seite abgebrochen worden seien, weil man mit den von Amerika angebotenen Bedingungen sich nicht einverstanden erklären könne[1]. Die Ententemächte werden sich also damit abzufinden haben, daß Japans Hauptleistung in einer Verstärkung der Beteiligung seiner Kriegsflotte an den Abwehrmaßregeln gegen die deutsche U-Bootsgefahr bestehen wird. Daß auch hier nicht mit einer rücksichtslosen Einsetzung seiner gesamten Seestreitkräfte gerechnet werden kann, ergibt sich aus dem von einem der Oppositionsführer bei der letzten Parlamentstagung unternommenen Vorstoß gegen die Entsendung japanischer Zerstörer ins Mittelmeer. Er betonte mit verblüffender Unverfrorenheit die Notwendigkeit, Japans Seemacht für die nach dem Krieg zu erwartende Auseinandersetzung mit seinen jetzigen Alliierten intakt zu erhalten.

Ist es sonach nur wenig, was Japan zu leisten bereit ist, so haben die neuesten Nachrichten gezeigt, daß es aus den ihm gemachten Zugeständnissen rücksichtslos und unverweilt die weitesten Folgerungen zu ziehen sich anschickt. Schon am 25. Oktober d. J. sandte der Pekinger Korrespondent der „Chicago Daily News" ein Telegramm an seine Zeitung des Inhalts, Japan habe von der chinesischen Regierung neuerdings die Unterzeichnung eines Abkommens gefordert, durch das China Japan folgende Rechte einräumen solle: 1. Ein Monopol für alle Waffenlieferungen an das chinesische Heer, 2. Heranziehung japanischen Kapitals beim Ausbau der chinesischen Regierungsarsenale, 3. Anstellung japanischer militärischer Ratgeber, 4. Überlassung der Eisenlager in der Umgebung von Nangking.

Der Korrespondent weist mit Recht auf die Ähnlichkeit der Lage mit der von 1915 hin, und es wird nicht uninteressant sein, die damaligen Vorgänge, über die seiner-

[1] Ein amtliches Communiqué aus Tokio besagt: „Japan war gezwungen, die Verhandlungen, die in Washington für die Aufhebung des Embargos auf die Stahlausfuhr stattfanden, abzubrechen, weil es unmöglich war, die Gegenforderungen der Vereinigten Staaten zuzugestehen. Die Vereinigten Staaten waren einverstanden, die Ausfuhr von 175 000 Tonnen Stahl als Gegenleistung für 250 000 Tonnen von Japan zu liefernden Schiffsraums freizulassen. Aber sie setzten als Altersgrenze für Schiffe sieben bis neun Jahre fest und den Preis auf 175 Dollars für die Tonne für alte Schiffe und 200 Dollars für im Bau befindliche. Da sonach Japan wieder auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen ist, glaubt es jene in Kenntnis setzen zu müssen, die seit langem an dieser Angelegenheit interessiert sind." Es würde zu weit führen hier die wirtschaftlichen Fragen eingehend zu erörtern, die in diese Entscheidung hineinspielen. Nur so viel sei bemerkt: der japanische Schiffsbau hat im Krieg einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die erbaute Tonnage betrug 1912 17000, 1913 34000, 1914 66000, 1915 dagegen über 200 000 Tonnen. Für 1916 und später sind hier noch keine Ziffern bekannt, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Erzeugung weiter erheblich zugenommen hat. Japan ist aber ein eisenarmes Land und ist daher auf die Einfuhr von Stahl angewiesen oder doch mindestens auf die Einfuhr von Eisenerzen zur Verhüttung in seinen Stahlwerken. Die Bestrebungen, sich von der fremden Stahleinfuhr unabhängig zu machen, äußern sich in zwei Richtungen: Stärkung der einheimischen Stahlwerke durch Zoll- und Steuer-Befreiungen und Erwerbung von Eisengruben in China. Auf letzteren Punkt wird im weiteren Verlauf dieses Aufsatzes eingegangen werden müssen.

Digitized by Google

zeit in Deutschland nicht allzuviel Zuverlässiges bekannt geworden ist, aus dem jetzigen Anlaß noch einmal näher zu betrachten.

Dies wird erleichtert durch den Umstand, daß die damalige japanische Regierung nicht nur die schließlich zustande gekommenen Pekinger Verträge vom 25. Mai 1915, sondern auch eingehende dokumentarische Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen im japanischen Staatsanzeiger vom 9. Juni 1915 veröffentlicht hat.

Am 3. Dezember 1914 erhielt der zu diesem Zweck nach Tokio berufene japanische Gesandte in Peking, Herr Hioki, vom Minister des Äußeren, Baron Kato, die Entwürfe mehrerer mit China abzuschließender Abkommen mit folgender Instruktion:

Um eine Neuordnung der Angelegenheiten, die sich als Folgen des deutsch-japanischen Kriegs ergeben haben, in die Wege zu leiten und um einen dauernden Frieden im fernen Osten durch Stärkung der Stellung Japans zu gewährleisten, hat die japanische Regierung beschlossen, an die chinesische Regierung wegen des Abschlusses einer Reihe von Verträgen und Abkommen heranzutreten, die sich im wesentlichen an die Grundlinien der ersten vier Gruppen der beigeschlossenen Vorschläge halten sollen. Hiervon bezieht sich die erste Gruppe auf die Regelung der Schantung-Frage, die zweite Gruppe bezweckt hauptsächlich eine Klärung der Stellung Japans in der Südmandschurei und der östlichen Innenmongolei, insofern als diesmal von der chinesischen Regierung eine volle Anerkennung der aus der Natur der Dinge sich ergebenden Sonderstellung Japans in diesen Gegenden erwirkt werden muß, da das Fehlen einer solchen ausdrücklichen Anerkennung bisher zu verschiedenen Zwischenfällen geführt hat, die geeignet waren, die beiden Völker unter einander zu entfremden. Der Zweck der dritten Gruppe ist, der tunlichste Schutz der Interessen der Hanyang-Gesellschaft, an der japanische Kapitalisten in hervorragendem Maße beteiligt sind. Es wird ohne weiteres erkennbar sein, daß die in den vorstehenden drei Gruppen zusammengefaßten Vorschläge nichts sonderlich Neues enthalten, während bezüglich der vierten Gruppe zu bemerken ist, daß sie lediglich bezweckt, den Grundsatz der territorialen Unverletzlichkeit Chinas zu unterstreichen, zu dem sich die Kaiserliche Regierung schon so häufig bekannt hat.

Da die Kaiserliche Regierung es nicht nur zur Stärkung Japans in Ostasien, sondern auch zur Wahrung der allgemeinen Interessen der in Betracht kommenden Länderstriche für absolut unerläßlich hält, Chinas Einverständnis zu diesen Vorschlägen zu erlangen, so ist sie fest entschlossen, dies Ziel unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zu erreichen. Sie werden daher angewiesen, bei der Führung der Ihnen hierdurch anvertrauten Verhandlungen kein Mittel unversucht zu lassen.

Was sodann die in der Gruppe fünf enthaltenen Vorschläge anlangt, so stellen sie nur Wünsche der japanischen Regierung dar. Die Materien, die darin behandelt werden, sind durchaus verschieden von denen in den ersten vier Gruppen. Da aber eine Regelung dieser Angelegenheiten, von denen einige seit geraumer Zeit den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gebildet haben, bei dieser Gelegenheit sowohl zur Förderung der gegenseitigen guten Beziehungen wie zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in hohem Grade erwünscht wäre, werden Sie angewiesen, auch für die Durchsetzung dieser Wünsche mit all Ihrem Können einzutreten.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Lauf dieser Verhandlungen die chinesische Regierung sich bemüht zeigen wird, über die Haltung der japanischen Regierung bezüglich der Frage der Verfügung über das Pachtgebiet von Kiautschou Aufklärung zu erlangen. Wenn die chinesische Regierung sich bereit zeigen sollte, auf unsere Vorschläge einzugehen, so könnte die ja-

Digitized by Google

panische Regierung in Berücksichtigung des Grundsatzes der territorialen Unverletzlichkeit Chinas und im Interesse der Freundschaft zwischen den beiden Ländern sich ihrerseits bereit finden lassen, die Frage der Rückgabe dieses Gebiets in Erwägung zu ziehen für den Fall, daß Japan bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland bezüglich der Verfügung über dieses Gebiet freie Hand erhält. Da es aber, falls es zur Rückgabe des Gebiets an China kommt, absolut notwendig sein wird, diese an gewisse Bedingungen, zu knüpfen wie z. B. die Öffnung des Gebiets für den Außenhandel, die Errichtung einer japanischen Niederlassung usw., so würden Sie weitere Weisungen nachzusuchen haben, sobald Sie der chinesischen Regierung hinsichtlich der Bereitwilligkeit der japanischen Regierung über diesen Punkt in Verhandlungen einzutreten eine Erklärung abzugeben beabsichtigen.

Die beigefügten Entwürfe behandeln folgende Angelegenheiten:

Gruppe I. Die chinesische Regierung soll sich schon jetzt verpflichten, die Abmachungen gutzuheißen, die Japan beim Friedensschluß mit Deutschland hinsichtlich des Pachtgebiets von Kiautschou treffen wird. Gleichzeitig soll sie sich verpflichten, unter keinen Umständen irgendeiner dritten Macht in der Provinz Schantung einen Stützpunkt zu verpachten oder abzutreten. Endlich soll sie der japanischen Regierung die Konzession für eine Zweigbahn einräumen, die Tschifu oder Lungkou mit der Schantungbahn verbinden soll.

Gruppe II betrifft die Festigung der japanischen Vormachtstellung in der Südmandschurei und in der östlichen Innenmongolei, insbesondere die Verlängerung des Pachtvertrages betreffend Port Arthur und Dairen (Dalny) und der Eisenbahnkonzessionen für die südmandschurische und die Antung—Mukden Bahn um neunundneunzig Jahre, sowie die Überlassung des Betriebs der Kirin—Tschangtschun-Bahn gleichfalls für neunundneunzig Jahre.

Gruppe III beschäftigt sich mit dem Ausbau der japanischen Interessen am Stahlwerk von Hanyang und will die chinesische Regierung verpflichten, über die benachbarten Erzläger nicht ohne Einwilligung der Stahlwerksgesellschaft, in der Japan sich schon längst einen überragenden Einfluß hat sichern können, zugunsten anderer als der genannten Stahlwerksgesellschaft in irgendeiner Weise zu verfügen.

Gruppe IV will China die Verpflichtung auferlegen, überhaupt keinen Hafen, keine Bucht und keine Insel an der Küste Chinas irgendeiner Macht abzutreten oder zu verpachten.

Gruppe V, die heute von besonderem Interesse ist, lautet wörtlich wie folgt:

1. Die chinesische Zentralregierung soll einflußreiche Japaner als politische, finanzielle und militärische Ratgeber anstellen.

2. Die chinesische Regierung soll japanischen Spitälern, Tempeln und Schulen das Recht des Grundbesitzes einräumen.

3. Angesichts der zahlreichen Polizeistreitigkeiten, die sich zwischen Japan und China ereignet und zu höchst unerquicklichen Zuständen geführt haben, soll an solchen Plätzen in China, wo denen dies erforderlich erscheint, die Polizei unter gemeinsame Verwaltung gestellt werden, oder es sollen Japaner in den Polizeiämtern solcher Plätze angestellt werden, deren Aufgabe es gleichzeitig sein soll, an der Verbesserung des chinesischen Polizeiwesens mitzuwirken.

Digitized by Google

4. China soll von Japan eine gewisse Menge von Waffen beziehen oder es sollen Arsenale unter gemeinsamer chinesischer und japanischer Leitung errichtet werden, denen Sachverständige und Material von Japan zu liefern sind.

5. Um die Entwicklung der Nantschang—Kiukiang-Bahn zu sichern, an der japanische Kapitalisten besonders interessiert sind, und in Berücksichtigung der auf die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Südchina seit Jahren zwischen Japan und China schwebenden Verhandlungen, soll China sich damit einverstanden erklären, Japan das Recht der Erbauung einer Verbindungslinie zwischen Wutschang und der Nantschang—Kiukiang-Linie und einer Eisenbahnlinie zwischen Nantschang und Hangtschou, sowie einer solchen zwischen Nantschang und Hangtschou, sowie einer solchen zwischen Nantschang und Tschaotschou zu überlassen.

6. Angesichts der nahen Beziehungen zwischen der Provinz Fukien und Formosa und des Abkommens über die Nichtabtretung von Gebietsteilen dieser Provinz soll Japan zuerst zu Rate gezogen werden, wenn in Verbindung mit Eisenbahn-, Bergbau- oder Hafenwerken (einschließlich Schiffswerften) in der Provinz Fukien Kapital benötigt wird.

7. China soll japanischen Untertanen des Recht der religiösen Propaganda in China zugestehen.

Die Verhandlungen haben sich lange hingezogen. China hat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Hals aus der Schlinge zu ziehen gesucht, bis schließlich Japan in einem vom Gesandten Hioki am 7. Mai 1915 der chinesischen Regierung übergebenen Ultimatum die sofortige Annahme der in den Gruppen I bis IV formulierten Forderungen mit gewissen durch die bisherigen Verhandlungen festgestellten Abänderungen verlangte, dagegen sich bereit erklärte, die Forderungen der Gruppe V mit Ausnahme des auf die Provinz Fukien bezüglichen Abschnittes vorläufig zurückzustellen.

Angesichts der drohenden Sprache des mit 48 Stunden befristeten Ultimatums blieb China nichts übrig, als nachzugeben.

Auf diese Weise kamen zustande:

1. Das Abkommen betreffend die Provinz Schantung vom 25. Mai 1915, das von den ersten japanischen Vorschlägen in keinem wesentlichen Punkte abweicht.

2. Das Abkommen betreffend die Südmandschurei und die östliche Innenmongolei vom gleichem Tag, das gleichfalls in allen wesentlichen Punkten den ursprünglichen japanischen Forderungen entspricht, und

3. eine Serie von diplomatischen Noten vom selben Datum, die den weiteren Forderungen der japanischen Regierung Rechnung tragen, soweit sie durch das Ultimatum aufrechterhalten worden sind. Die wichtigsten von ihnen betreffen die nicht in die vorerwähnten beiden Verträge aufgenommenen japanischen Forderungen aus den Gruppen I bis IV und die Verpflichtung der chinesischen Regierung, unter keinen Umständen irgendeiner fremden Macht das Recht der Errichtung von Werften, militärischen Kohlenniederlagen, Marine-Stationen oder irgendwelcher sonstiger militärischer Anlagen in der Provinz Fukien einzuräumen oder solche Unternehmungen mit Beteiligung fremden Kapitals selbst zu betreiben aus Gruppe V. Der letzte Notenaustausch endlich bezieht sich auf Kiautschou. Die von der chinesischen Regierung bestätigte Note des japanischen Gesandten in Peking lautet:

Digitized by Google

Im Namen der Kaiserlich Japanischen Regierung beehre ich mich der Kaiserlich Chinesischen Regierung folgendes zu erklären:

Sollte nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die japanische Regierung in der Lage sein, über das Pachtgebiet von Kiautschou absolut frei zu verfügen, so wird sie dieses Gebiet unter den nachstehenden Bedingungen an China zurückgeben:

1. Ganz Kiautschou soll als Handelshafen eröffnet werden.
2. An einer von der japanischen Regierung näher zu bezeichnenden Örtlichkeit ist eine japanische Niederlassung zu errichten.
3. Errichtung einer internationalen Fremdenniederlassung, falls die Mächte dies wünschen sollten.
4. Es sollen, ehe die Rückgabe tatsächlich stattfindet, noch nähere Abmachungen zwischen der japanischen und der chinesischen Regierung getroffen werden, die sich auf die Verfügung über deutsche staatliche Anstalten, über Staatseigentum sowie auf sonstige Bedingungen und auf das zu beobachtende Verfahren beziehen sollen.

Von den japanischen Forderungen der Gruppe V, die unerledigt geblieben sind, werden durch den am 25. Oktober d. J. gemeldeten Vorstoß in Peking offenbar die Ziffern 1 und 4 (Anstellung japanischer Ratgeber, Lieferung von Waffen und Beteiligung japanischen Kapitals beim Bau chinesischer Regierungsarsenale) wieder aufgegriffen. Ferner wird eine Forderung bezüglich des Hanyang-Stahlwerks, die im Verlauf der früheren Verhandlungen fallen gelassen werden mußte, die nämlich, daß die chinesische Regierung sich verpflichte, über die dem Stahlwerk benachbarten Erzläger nicht ohne Einwilligung der Stahlwerksgesellschaft zugunsten anderer zu verfügen, in veränderter, aber verschärfter Form aufs neue geltend gemacht. Es wird angenommen werden dürfen, daß die in dem Telegramm des amerikanischen Korrespondenten genannten Eisenläger in der Gegend von Nangking dieselben sind, auf die sich die Wünsche der japanischen Regierung bei Gelegenheit ihres Vorstoßes zugunsten der japanischen Interessenten an der Hanyang-Gesellschaft gerichtet hatten.

Wie reich das Erzvorkommen in diesen Lägern ist, kann zurzeit von hier aus nicht überblickt werden, indessen wird man berücksichtigen müssen, daß japanische Minensachverständige schon seit einer ganzen Reihe von Jahren in allen Teilen Chinas auf Kohlen und Metalle geschürft haben. Es wird behauptet, daß zum Teil infolge der Einstellung der japanischen Lieferungen an Rußland die in Japan vorhandenen Stahlvorräte ausreichen, um den Materialbedarf der japanischen Werften bis zum kommenden Frühjahr zu decken. Bis dahin hofft man also wohl die Zufuhren von Stahl und Eisenerzen aus China auf eine solche Höhe zu bringen, daß man von den Vereinigten Staaten unabhängig wird.

Die Bedeutung des Ishii-Abkommens wird also weniger in dem zu finden sein, was Japan zugestanden, als in dem, was es erlangt hat, und das ist die Anerkennung einer Art Monroe-Doktrin zugunsten Japans in bezug auf China. Man wird sich entsinnen, daß die Vereinigten Staaten im Frühjahr dieses Jahres China den Rat gegeben haben, bevor es an eine über den von Amerika selbst betriebenen Abbau

Digitized by Google

einer diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten hinausgehende Beteiligung im Weltkrieg denke, sein Haus in Ordnung zu bringen. Dieser Schritt ist von der japanischen offiziösen Presse als eine unerhörte Einmischung der Vereinigten Staaten in Angelegenheiten angesehen worden, deren Leitung Japan wegen seiner besonderen „nachbarlichen" Beziehungen zu China als Vorrecht für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glaubt. Der Presselärm ist damals bald verstummt und die Opposition hat diese Gelegenheit benutzt, um die Regierung wegen ihrer Duldung und Förderung des ergebnislosen Entrüstungsrummels anzugreifen. In Wirklichkeit hat aber, wie wir gesehen haben, die japanische Regierung ihr Ziel nicht aus dem Auge verloren und durch das Ishii-Abkommen erreicht. Natürlich ist der Grundsatz der offenen Tür und gleicher Handelsmöglichkeiten ebenso wie der Grundsatz der Unverletzlichkeit des chinesischen Staatsgebiets aufs neue ausgesprochen. Dieser zuerst vom amerikanischen Staatssekretär Hay im Jahre 1899 aufgestellten Grundsätze kehren seit jener Zeit in allen auf Ostasien bezüglichen Abmachungen immer wieder. Sie haben nicht gehindert, daß Japan Korea annektiert hat, daß es in der Südmandschurei in einer Weise festgesetzt hat, die von der chinesischen Souveränität nur noch einen Schatten übrig läßt und daß es im Yangtse-Gebiet und in Fukien sich immer sicherer einnistet. Japans Ziel ist schwerlich eine gewaltsame Eroberung, wohl aber eine auf seine überlegene Macht sich stützende politische Bevormundung Chinas, die es ihm ermöglichen soll, die ungeheuren Hilfskräfte dieses so gut wie unerschlossenen Landes im eigenen wirtschaftlichen Interesse auszunützen und den Wettbewerb der anderen Welthandelsnationen auszuschalten. An der Erreichung dieses Ziels arbeiten alle Parteien Japans mit gleichem Eifer und die Angriffe der jeweiligen Opposition auf die auswärtige Politik der Machthaber entspringen vorwiegend innerpolitischen Motiven. Für uns ergibt sich die Frage, auf was das alles letzten Endes hinausläuft. Es ist klar, daß Japans Machtstellung auf dem asiatischen Kontinent tief in die Interessen aller anderen dort beteiligten Handelsnationen eingreift, am tiefsten in die Englands und der Vereinigten Staaten, und daß die Leiter der japanischen Geschicke sich nicht darüber im Zweifel sind, gegen wen sie nach Beendigung des Weltkriegs ihre durch seine Gunst erlangte Stellung zu verteidigen haben werden. So falsch es war, wenn bei uns die Erwartung gehegt wurde, Japan könne in Erkenntnis gewisser Zukunftsmöglichkeiten auf unserer Seite in den Krieg eingreifen oder Japan werde das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Kreis unserer Feinde benutzen, um sich offen von der Entente loszusagen — solche Erwägungen gründeten sich zumeist auf eine Verkennung der oben geschilderten wahren politischen Ziele Japans, die, unter Duldung von Seitenströmungen zur Irreleitung und zur Schaffung von Tauschobjekten für etwaige diplomatische Verhandlungen, tatsächlich immer nur auf dem asiatischen Festland gesucht wurden — so sicher ist es, daß Japan die Notwendigkeit erkennt, sich auf die bevorstehende Abrechnung mit dem jetzt auf Gedeih und Verderb verbundenen

Digitized by Google

Angelsachsentum vorzubereiten. Es weiß, daß diese Abrechnung darüber, daß es den Weltbrand benutzt hat, um die „ältesten Freunde" — die Amerikaner — und die Verbündeten in China aus dem Sattel zu heben, kommen muß. Und wenn man auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Bereitwilligkeit erklärt, an der Vernichtung des preußischen Militarismus und an der Vereitelung deutscher politischer Intrigen mit allen verfügbaren Kräften mitzuarbeiten, so hütet man sich doch wohlweislich, den Gegnern von morgen ihre Aufgabe gegenüber dem Gegner von heute ungebührlich zu erleichtern. Das hindert nicht, daß wir noch mancherlei, scheinbar mit dieser Ansicht im Widerspruch stehende, Überraschungen erleben könnten. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Japan sich von seinen Verbündeten das Mandat geben läßt, Rußland durch Bedrohung in Ostasien an der Verfolgung seiner immer dringlicher werdenden Friedenswünsche zu verhindern. Die See von Japan ist heute noch kein „mare clausum". Erst der Besitz von Nordsachalin und der Küstenprovinz mit Wladiwostok — der Perle des Ostens — würde sie dazu machen. Japan sträubt sich zwar aus gewichtigen und naheliegenden Gründen dagegen, seine guten Beziehungen zu Rußland aufs Spiel zu setzen. Aber ein ganz auf Heilung der tausend Wunden, die ihm der Weltkrieg geschlagen, und auf die Ordnung seiner zerfahrenen inneren Verhältnisse sich einrichtendes Rußland würde vielleicht eine solche kleine Amputation im äußersten Osten verschmerzen, ohne dadurch zu neuer Feindschaft gegen den starken Nachbarn sich reizen zu lassen. Wenn Japan sich zu solchem Schritte entschließt, so wird es mit der Überzeugung geschehen, daß die Drohung die von der Entente erhoffte Wirkung nicht hat und daß Japan auch hier wieder nur gewinnen kann. Die Entente kann sich nicht genug darin tun, den Abschluß des Ishii-Abkommens als eine neue erfolgreiche Maßregel gegen deutsche Intrigen hinzustellen. Sollte sie wirklich so kurzsichtig sein, nicht zu erkennen, daß das Abkommen im Gegenteil einen Schritt auf einem Wege bedeutet, auf dem Japan und Deutschland nach dem Kriege einander wieder näher kommen könnten, und zwar nicht, weil Deutschland Japans Hilfe dann brauchen wird, sondern weil Japan sich vielleicht doch noch nicht stark genug fühlen wird, um in glänzender Isolierung einer Welt zu trotzen?

Lettow Vorbecks kolonialpolitischer Beweis

Von Franz Kolbe

England triumphiert: Jubelnd verkündet seine Presse einen amtlichen Bericht des Oberbefehlshabers der in Deutsch-Ostafrika gegen die Deutschen kämpfenden Truppen, General van Deventer, Aufklärungsabteilungen hätten endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika jetzt vollständig frei von deutschen Truppen und daß damit auch die letzte der deutschen überseeischen Besitzungen in ihrer Gesamtheit in die Hände Englands und seiner Verbündeten gekommen sei.

Digitized by Google

Das erste Gefühl, das uns bei Empfang dieser Meldung befällt, ist ein Gefühl tiefer Trauer. Auch Deutsch-Ostafrika, die letzte unserer Kolonien, in der Gewalt des Feindes! Aber selbst diese Trauerbotschaft ist für uns durch einen Hoffnungsschimmer verklärt — es ist den Engländern nicht gelungen, den Rest unserer deutsch-ostafrikanischen Schutztruppen und ihren tapferen Kommandeur, General von Lettow Vorbeck, gefangen zu nehmen — letzterer hat es vielmehr verstanden, sich der ihm von allen Seiten drohenden Umzingelung zu entziehen und die feindlichen Reihen im Süden zu durchbrechen. Er befindet sich mit dem Rest seiner nach der „Frankfurter Zeitung" noch immer auf 6000 Askaris und 600 Europäer geschätzten Truppe südlich des Rovuma auf portugiesischem Gebiet.

Ob die Hoffnung der Engländer, auch den Rest der deutschen Streitkräfte in kurzer Zeit unschädlich zu machen, in Erfüllung gehen wird, bleibt abzuwarten. Haben sie doch seit Jahren von Monat zu Monat mit der endgültigen Eroberung Deutsch-Ostafrikas gerechnet und sich immer wieder enttäuscht gesehen. Portugiesisch-Ostafrika ist für die Truppen Lettow Vorbecks kein unbekanntes Gebiet — schon im Jahre 1916 haben deutsche Abteilungen den Rovuma überschritten und sind bis an die Grenze von Britisch-Nyassaland dort vorgestoßen, was einen Aufstand der Eingeborenen in der Kolonie Mosambik zur Folge hatte. Die Ausdehnung der portugiesischen Kolonie bis zum Sambesi ist nicht viel geringer als die Deutsch-Ostafrikas; an Gelegenheiten, sich zu verproviantieren, dürfte es also der deutschen Abteilung nicht fehlen und Widerstand der portugiesischen Truppen dürfte ihnen kaum gefährlicher werden, als im vorigen Jahre. So ist es nicht ausgeschlossen, daß Lettow Vorbeck sich noch geraume Zeit im Felde halten kann.

So groß unser Schmerz über den vorläufigen Verlust unserer letzten Kolonie ist, neben der Genugtuung darüber, daß die deutsche Flagge noch immer ungebeugt in Ostafrika weht, tröstet uns vor allem der Gedanke, daß das Schicksal der deutschen Kolonie nicht in Afrika entschieden wird, sondern in Europa auf den Schlachtfeldern Frankreichs. Dort bereitet sich jetzt die Entscheidung vor, und wir zweifeln nicht, daß, wie Hindenburg uns wiederholt versichert hat, der Ausgang dieses Kampfes für uns ein siegreicher sein wird und daß nicht nur unsere früheren deutschen Kolonien, sondern ein geschlossenes großes deutsches Kolonialreich in Mittelafrika den Preis des Sieges bilden wird.

Hat England nun eigentlich Grund, auf den Verlauf der 40monatigen Kämpfe in Deutsch-Ostafrika mit besonderer Befriedigung zurückzusehen? Das werden selbst die englischen Schönredner nicht behaupten wollen. Wohl aber haben wir allen Grund darauf stolz zu sein, daß es gelungen ist, die von Anfang an von fast jeder Verbindung mit dem Mutterlande abgeschlossene Kolonie gegen eine zeitweise fünffache Übermacht, die mit allen technischen und sonstigen Hilfsmitteln der Neuzeit überreichlich ausgerüstet war, länger als drei Jahre zu halten.

Digitized by Google

Das Verdienst, das scheinbar Unmögliche möglich gemacht zu haben, gebührt dem tapferen Führer der ostafrikanischen Schutztruppe, General von Lettow Vorbeck. Deshalb ist das Hauptgefühl, das durch die Nachricht von der Besetzung Ostafrikas durch die Engländer in uns ausgelöst wird, ein Gefühl des Dankes — ein Gefühl des Dankes gegen unseren obersten Kriegsherrn, der auch hier wie im Falle Hindenburg es verstanden hat, den rechten Mann an den rechten Fleck zu stellen, gegen alle Verteidiger Ostafrikas, ob Weiße, ob Farbige, vor allem aber ein Gefühl überquellenden Dankes gegen unseren ostafrikanischen Helden von Lettow Vorbeck. Was Lettow Vorbeck geleistet hat, ist geradezu staunenswert. War doch die Kolonie in keiner Weise auf einen feindlichen Angriff vorbereitet, war doch die ihm zur Verfügung stehende Streitmacht, bestehend aus der Schutztruppe (68 Offiziere, 34 Sanitätsoffiziere, 4 Beamte, 144 weiße Unteroffiziere mit 2472 farbigen Mannschaften), wozu noch die Polizeitruppe in Stärke von 4 Offizieren, 48 weißen Polizeiwachtmeistern und Beamten und 2140 andern farbigen Mannschaften hinzukam — insgesamt nicht viel über 5000 Kombattanten — nur zur Aufrechthaltung der Ordnung *im Innern* bestimmt. An die Möglichkeit eines Angriffes von außen her hatte niemand gedacht, zumal Deutsch-Ostafrika in das Gebiet des konventionellen Kongobassins gehört, dessen Neutralisierung im Falle eines europäischen Krieges vertraglich vorgesehen war. Lettows erste Aufgabe mußte also sein, seine Streitkräfte zu vermehren, wozu ihm die im Schutzgebiet vorhandenen wehrpflichtigen Europäer, die Besatzungen der in den Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe, des Vermessungsschiffes „Möwe" und des kleinen Kreuzers „Königsberg", sowie die entlassenen, aber noch dienstpflichtigen Askaris zur Verfügung standen. Außer diesen meldeten sich noch in großer Zahl die Eingeborenen zum Heeresdienst und auch die Araber stellten ein eigenes Hilfskorps auf. So mag es ihm gelungen sein, seine Streitkraft auf etwa insgesamt 20000 Mann zu bringen. Und mit diesen hat er fast 3½ Jahre lang das Schutzgebiet gegen alle Angriffe der Feinde, die zuletzt mindestens 100000 Mann auf die Beine gebracht hatten, gehalten.

General von Lettow Vorbeck hat sich als mustergültiger Organisator und Stratege erwiesen. Nach Organisierung seiner Streitkräfte hieß es für deren Verpflegung, für die Beschaffung von Munition und Ausrüstungsstücken Sorge zu tragen. Alles das ist, wie Dr. Krenkel in der „Kölnischen Zeitung" geschildert hat, in erstaunlicher Weise gelungen. Die Art und Weise aber, wie er den Widerstand der Kolonie zu organisieren verstand, wie er mit seiner geringen Truppenzahl, die über ein Gebiet von der doppelten Größe Deutschlands verteilt war, es verstanden hat, den Gegner überall zu treffen, Angriffe weit überlegener feindlicher Streitkräfte vernichtend abzuschlagen und über zwei Jahre lang die Kolonie im wesentlichen vom Feinde frei zu halten, bis der Gegner nach einheitlichem Plane mit weit überlegenen Kräften den konzentrischen Angriff begann, hat auch den Gegnern Bewunderung eingeflößt. „Manchester Guardian" schreibt am 5. Dezember: „Mit dem Abschluß der langsamen

Digitized by Google

säuberung der südöstlichen Ecke Ostafrikas von den Deutschen ist der letzte Fußbreit
:utschen Bodens außerhalb Europas in die Hände der Alliierten übergegangen.
lehrere Faktoren haben diese zu der langwierigsten aller kolonialen Operationen
:macht .... Aber billigerweise muß zugegeben werden, daß der lang hingezogene
Widerstand von Deutschlands letzter Kolonie in der Hauptsache der Kunst und Hart-
äckigkeit zu danken ist, mit welcher der deutsche Befehlshaber, von Lettow Vorbeck,
nen hoffnungslosen Kampf geführt hat. Ein britischer, in jenem Feldzug verwundeter
ffizier hat ihm kürzlich eine schöne Anerkennung gewidmet. Während mehr als zwei
ahren haben seine Streitkräfte einer Überlegenheit von über 3 : 1 gegenüber ge-
anden. Er selbst hat unter sehr erschwerenden Umständen gekämpft. Im Borer-
ufstande hatte er ein Auge verloren, zweimal wurde er in diesem Feldzug verwundet
nd ist von den meisten der in Ostafrika herrschenden Fiebererkrankungen befallen
orden. Er hat seine Streitkräfte und seine Vorräte ohne Hoffnung auf jegliche Hilfe
etig dahinschwinden sehen. Dennoch hat er niemals einen Fußbreit aufgegeben, wo
in Kampf möglich war; hat mehr als einmal ein strategisches Genie entwickelt, das
en Geist von Smuts und van Deventer auf die Probe stellte, und hat, solange es
er Menschenkraft möglich war, das völlige Verschwinden des deutschen Kolonial-
iches aufgehalten."

Hier einen Überblick über den Verlauf der Kämpfe zu geben, erübrigt sich, da die
resse nach amtlichen Nachrichten alles darüber gebracht hat, was bis jetzt gesagt
erden kann. Eins aber verdient noch hervorgehoben zu werden: Es ist Lettow Vor-
ecks besonderes Verdienst, durch die Tat den Nachweis geführt zu haben, daß auch
ine gänzlich von der Außenwelt und vom Mutterlande abgeschlossene Kolonie sich
ahrelang gegen einen übermächtigen Feind halten kann. Wäre Deutsch-Ostafrika
uf einen Kampf nach Außen vorbereitet gewesen — nie wäre den Engländern die
Eroberung der Kolonie gelungen.

Wie Hermann Oncken in seinem Buche „Das alte und das neue Mitteleuropa"
chreibt: „Wir dürfen nach diesen Erfahrungen sagen, daß ein Deutschafrika, das quer
über den Leib des afrikanischen Kontinents sich erstrecken würde, noch in viel höherem
Maße eine wirkliche Verteidigungsfähigkeit besitzen würde; ja, durch eine zweckmäßige
Organisation der militärischen Verkehrsmittel und der Eingeborenenkräfte, durch Ma-
ine- und Kohlenstationen in Verbindung mit der neuen Waffe der Unterseeboote,
könnte ein zusammenhängendes Gebiet größeren Umfangs so gut wie unangreifbar
emacht werden. War die Zersplitterung unseres Kolonialgebietes eine Schwäche un-
erer Weltposition vor dem Kriege, so wird seine Zusammenlegung eine Stärkung
on innen heraus bedeuten, die sich auch nach außen hin machtpolitische Geltung ver-
chaffen wird. Es steht demnach nicht so, daß wir ohne die Verfügung über die flan-
rische Seeküste und ihre maritimen Folgen überhaupt nicht eines sicheren Kolonial-
esitzes froh werden könnten: daß wir, um unsere Kolonien gegen England verteidigen

Digitized by Google

zu können, unter allen Umständen die bekannte auf das Herz Englands gerichtete Pistole in die Hand nehmen müßten. Es gibt dazu noch einen anderen und sicheren Weg.“

Für diesen Beweis gebührt Lettow Vorbeck noch der besondere Dank des Vaterlandes.

Notizen

Die Freie Vaterländische Vereinigung und die Wahlrechtsfrage. Die Berliner Ortsgruppe der Freien Vaterländischen Vereinigung hat in einer zahlreich besuchten Versammlung vom 13. d. M. unter dem Vorsitz des Prof. D. Dr. Kahl einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Die Freie Vaterländische Vereinigung hält das Zustandekommen der preußischen Wahlrechtsreform für eine dringende Notwendigkeit. Da sie sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzt, muß sie davon absehen, sich für bestimmte Vorschläge auszusprechen. Dagegen erklärt sie für heilige Verpflichtung jedes einzelnen, die beste Kraft für ein zeitgemäßes und wahrhaft volkstümliches Wahlrecht einzusetzen und bittet eindringlich alle Beteiligten, den unvermeidlichen Kampf um die Reform im Geiste vaterländischen Einheitsbewußtseins zum Austrag zu bringen.“

Finnlands Selbständigkeit und Deutschland. Am meisten auf uns gehofft hat Finnland; kämpfte doch sogar eine finnländische Legion auf unserer Seite. Aber auch dort hat man in letzter Zeit immer mehr das Gefühl, als ob Bethmann Hollwegs Wort von den „Fremdvölkern, die nicht mehr unter Rußlands Joch geraten sollen“, liquidiert sei, weil man mit so großer Beflissenheit den Russen erklärte, sich nicht in innerrussische Verhältnisse einmischen zu wollen. Jetzt hat es den Anschein, als ob die Finnländer, an der Hoffnung verzweifelnd, Deutschland zu einer klaren Stellungnahme in der Fremdvölkerfrage zu bewegen, die Gelegenheit, wo die Entente mit dem maximalistischen Rußland auf gespanntem Fuße steht, benutzen will, um sich mit deren Hilfe die Selbständigkeit zu verschaffen. Laut einem Havas-Bericht aus Helsingfors hat der neue Präsident des finnländischen Senates Svinhufvud folgendes Schreiben an Frankreich und die übrigen Ententeregierungen gerichtet:

„Gestützt auf Artikel 38 des Verfassungsgesetzes von 1772 hat der finnländische Landtag beschlossen, die souveräne Gewalt zu übernehmen, und demgemäß einen vollziehenden Senat ernannt. Kraft dieses Entschlusses hat das Haupt der finnländischen Regierung im Landtag einen Entwurf zu einem Verfassungsgesetz unterbreitet, wonach Finnland sich als unabhängige Republik erklärt. Der Präsident des Senats beruft sich auf den von den Mächten proklamierten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und erklärt namens der finnländischen Regierung feierlich, daß das finnländische Volk ein Anrecht hat, seine Geschicke selber zu bestimmen und die fremden Mächte um die Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu ersuchen. Rußland besitzt keine Regierung mehr, seine Vertreter haben die Ausübung ihrer Obliegenheiten in Finnland eingestellt. Es ist keine rechtmäßige russische Behörde mehr vorhanden. Die Truppen, die noch im Lande weilen, verbreiten Schrecken und reizen die revolutionären Elemente der Bevölkerung zu verbrecherischem Tun an. Die russische Anarchie zwingt das finnländische Volk, sich von nun an von jeder Abhängigkeit gegenüber Rußland frei zu machen. Endlich steht Finnland vor der Hungersnot. Indem der finnländische Senat sich auf die hochherzige Erklärung der französischen Regierung über das Recht der kleinen Völker auf nationale Selbständigkeit beruft, ersucht er die Regierung der französischen Republik ehrerbietig um die Anerkennung der finnländischen Republik und um die Ermächtigung, eine Delegation nach Paris zu entsenden.“ Da man nicht annehmen kann, daß unsere Regie

Digitized by Google

rung ein solches Schreiben, wenn sie es erhalten hätte, unveröffentlicht lassen würde, so ist leider anzunehmen, daß Finnland ernstlich darauf aus ist, eine Brücke zur Entente zu schlagen, weil alle Rufe ans deutsche Ufer bisher unerwidert geblieben sind. Unsere Regierung scheint aber augenblicklich so mit der Jagd auf den maximalistischen Hasen beschäftigt zu sein, daß sie für alle anderen Vorgänge kein Auge hat. Das könnte aber um so bedenklicher werden, weil der kadettische Hund möglicherweise den Hasen erledigen wird, bevor der deutsche Jäger überhaupt zu Schusse kommt. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung scheinen nämlich trotz des maximalistischen Terrors nicht allzu günstig verlaufen zu sein, würde doch sonst die russische Regierung nicht das zweischneidige Mittel in Erwägung ziehen, die kadettischen Mandate wegen anti-revolutionärer Haltung dieser Partei zu annullieren. Was die englische Regierung tut, sich den maximalistischen Machthabern wieder zu nähern und trotzdem die russische Fremdvölkerfrage aufzurollen, — sollte sich Deutschland zum Beispiel nehmen. Geschieht aber nicht bald etwas Entscheidendes seitens Deutschlands in der Fremdvölkerfrage, so besteht nicht nur die Gefahr, daß die Finnländer gezwungermaßen ins Entente-Fahrwasser geraten, sondern uns auch die ukrainischen Sympathien verloren gehen könnten.

Kolonial- und Moralkrieg. Auch Herr Asquith, der Führer der englischen Liberalen und früherer Premierminister Englands, hat in seiner letzten Rede es sich nicht versagen können, Deutschland wieder als das Land zu bezeichnen, „welches die Gewalt als die oberste Macht auf den Thron gesetzt hat und welches sich selbst bei der Verfolgung seiner vermeintlichen Interessen die Freiheit zuerkannt hat, je nach den Bedürfnissen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder aufzuheben". Deshalb müsse die Maschine des deutschen Militarismus und der Bureaukratie vernichtet werden.

Auf diese Redefloskeln des britischen Staatsmannes hat gewissermaßen vorausahnend der Lüderitzbuchter Kaufmann Ludwig Scholtz in den „Baseler Nachrichten" eine treffende Erwiderung gegeben. Offenbar gewarnt durch die Erfahrung, daß die fortgesetzten Verleumdungen unserer Gegner vielfach trotz ihrer offenbaren Widersinnigkeit doch auf die neutralen Bewohner selbst der deutschen Schweiz vielfach großen Eindruck gemacht haben, hatte Herr Scholtz, um zu zeigen, daß nicht nur von deutscher Seite gesündigt worden sei, in den „Baseler Nachrichten" einen Aufsatz veröffentlicht: „Was beweisen der Welt die Kriegsereignisse in den deutsch-afrikanischen Kolonien?" Er hatte gar nicht erst versucht, Deutschland gegen die Vorwürfe der Gegner zu verteidigen, da er sich von vornherein darüber klar war, daß bei der Art, in der viele Schweizer den Begriff „Neutralität" auffassen, jeder derartige Versuch aussichtslos sein würde. Dagegen hoffte er durch den Nachweis, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind und von der Schuld am Blutvergießen keine Seite ganz freigesprochen werden kann, einem moralischen Ausgleich und einer Verständigung als Vorbedingung eines gerechten und dauerhaften Friedens die Wege ebnen zu können. „Man wird einsehen, daß es wirklich eine Verkettung unglückseliger Umstände war, die eines Tages zu diesem Kriege führen mußte, bei denen die gegenseitige Furcht voreinander in den sich wechselseitig überwindenden Rüstungen ihren Hauptausdruck fand . . . Man wird zugeben müssen, daß nicht nur Verbrechen jeder Art, Brutalitäten und Verleumdungen, sondern noch mehr herrliche Taten der Vaterlands- und Nächstenliebe, von Aufopferung und Pflichterfüllung auf jeder Seite verzeichnet werden können, und daß daher keine Kriegspartei das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, daß ihre Völker allein für Recht und Freiheit, Zivilisation und Menschlichkeit in diesen Krieg gezogen sind."

In sehr wirksamer Weise werden gegenübergestellt der englische Vorwurf, Deutschland habe sich durch den Einmarsch nach Belgien für alle Zeiten vertragsbrüchig gemacht und einerseits

Digitized by Google

der Überfall der deutschen Kameruner Posten Bonga und Singa durch die Belgier im Gegensatz zur internationalen Kongoakte (also während in Europa Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland über Neutralisierung des konventionellen Kongobeckens schwebten), andererseits die Erklärung E. D. Morels, daß im Frühjahr 1911 infolge der Verletzung des Algesirasvertrages durch Frankreich England, Frankreich und Deutschland am Rande eines Krieges stand. Weiter stellt Scholtz in fünf Fragen den Vorwürfen der Entente gegen Deutschland ähnliche Vergehungen oder Vorgehen ihrerseits gegenüber, dem preußischen Militarismus die Rüstungsausgaben Rußlands und Frankreichs, die Queenshall-Reden Lloyd Georges vom 28. 7. 1908, die Feststellung des Oberst A. Boucher („L'Allemagne en Péril"), daß Deutschland in allen seinen Grenzen bedroht sei, der deutsche Kaiser aber positive Beweise von seinem Wunsche, den Frieden zu erhalten, gegeben habe. Den angeblichen brutalen Kriegshandlungen deutscher Soldaten in Belgien und Frankreich stellt Scholtz gegenüber den Protest der Deutschen Kolonial-Gesellschaft vom 30. 6. 1917 über die Behandlung deutscher Zivilgefangener in den Gefangenlagern von Dahomey, Marokko und Südafrika, sowie die Russengreuel in Ostpreußen, der Versenkung der „Lusitania", die Gewissenlosigkeit derer, welche trotz deutscher Warnung auf dem mit Kriegsmaterial beladenen Dampfer Passagiere beförderten, den angeblichen Weltherrschaftsgelüsten Deutschlands die durch die russischen Enthüllungen bekannt gewordenen Kriegsziele der Entente usw. — Scholtz fordert zum Schluß, daß ebenso wie er nicht versucht habe, die Deutschen rein zu waschen von allen Sünden, die andern das gleiche tun mögen, um zu gegenseitiger Verständigung die Wege zu ebnen.

Neuerscheinungen

Innere Politik

Mit der „deutschen Staatsidee" und ihrer Geburt aus dem Erziehungs- und Entwicklungsgedanken beschäftigt sich Ernst Krieck in einem bei Eugen Diederichs, Jena, erschienenen Buch (geh. M. 6.—). Aus einer Ideengeschichte der letzten hundert Jahre deutscher Entwicklung in Geschichte, Politik und Pädagogik wächst der Begriff der deutschen Staatsidee in folgender Form: „Die Deutschen haben die Idee der Nation zu einem festen und führenden Bestandteil der Weltanschauung entwickelt. Weil sie ohne gemeinsames Staatsleben zu einer Nation erwachsen sind, mußten sie das nationale Band in einer inneren, geistigen Macht suchen und haben es da gefunden. Die anderen Völker haben den Begriff der Nationalität nur von außen gekannt im Zusammenhang mit ihrer nationalstaatlichen Entwicklung. Erst von den Deutschen haben sie, am deutlichsten die Russen, diese geistige Nationalidee übernommen und sind sich damit ihrer Nationalität als einer geistigen Macht erst bewußt geworden. Wir haben uns nun künftig nicht in einem ebenso starren und leeren wie hochmütigen Nationalismus zu verlieren, noch weniger aber den Erwerb der Vergangenheit zu verzetteln." Der Verfasser hofft hierbei vornehmlich auf die Erstarkung des Liberalismus zur geistigen Vormacht in der Nation, zum vermittelnden Glied zwischen links und rechts. Verfasser stellt an den Liberalismus die Forderung: „Es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was die Nation in edlen Teilen schon getan hat, was Zurückgebliebene immer tun müssen, zu repetieren. Neben der Neukantianismus und Neuidealismus jeder Art, neben Neuromantik, Neuklassik, und wie die Konstitutionsformen alle heißen, muß als Spätling notwendig ein geistig begründeter Neuliberalismus treten, damit er in Anknüpfung an eine bessere Vergangenheit das Leben in der Idee und den Weg zur Zukunft wiedergewinne." „Ebenso notwendig aber ist es für die Nation, daß die Humanitätsidee weitergebildet werde: sie ist die geistige Grundlage für unsere künftige Weltstellung und Weltgeltung. Deutschland muß den Völkern, die sich seiner Führung anschließen, etwas Vorbildliches zu bringen haben: seinen Reichtum an Ideen, der größer und der Anpassung fähiger ist als jeder andere, seine Arbeitsweise, seine Erziehung und Schule, ein mustergültiges Staatswerk. Es muß als Führer zu den Völkern zusammenarbeiten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Wechselwirkung, nicht um sie beherrschen, nicht sie benachteiligen, nicht sie aussaugen. Deutschlands Freiheitsbegriff verlangt und ermöglicht, daß wie die einzelnen so auch die Völker durch gegenseitige Förderung wachsen, im Austausch, im Geben; es empfängt von ihnen in einer Art, die ihr geistiges und materielles Eigentum mehrt; es gibt, nicht auf Gegengabe, sondern weil die Produktivkraft wächst mit der Möglichkeit, sie

Digitized by Google

zu entfalten. Die Humanitätsidee in dieser Ausprägung als übernationale Völkergemeinschaft, als Ziel der geschichtlichen Entwicklung, als Wachstum der Völker aus ihrer Wechselwirkung: das ist die geistige Grundlage der deutschen Vormachtstellung in der Welt. Mögen andere Völker nach dem Krieg eine Politik der Abschließung treiben, wenn sie wollen. Deutschland hat nicht die Aufgabe, Gleiches mit Gleichem zu vergelten; es hat sich nicht zum eigenen Schaden mit einer chinesischen Mauer zu umgeben; es hat nicht die Aufgabe, die Geschichte irgendwie zurückzuschrauben oder sich durch Geschehenes in seiner Handlung leiten zu lassen. Die französische Revanchepolitik hat nur ihren eigenen Mann geschlagen. Wie die Würfel auch fallen: Deutschland hat nicht zu richten über das Tun und Lassen der Völker, sondern seiner Bestimmung nachzugehen. Es hat in der Vergangenheit von den Völkern gelernt und ist dabei zur Eigenheit herangewachsen; es wird in Zukunft unbeirrt weiterlernen und daran weiterwachsen. Damit wird es, weit hinaus über Zu- und Abneigung der Völker, auch für diese zum Gesetz werden. Wer sich abschließt, spricht sich selbst das Urteil. Nur der blöden Ausländerei, dem Zurschautragen fremder Manieren und Moden, dürften wir entwachsen sein."

Um die richtige Einstellung zum nationalen Gedanken und um das rechte Verhältnis zur Weltidee bekümmern sich denn auch, dieser Problemstellung Kriecks gemäß, die Bücher und Schriften über das Wesen und die Aufgabe der deutschen Staatsidee. Die Diskussion über das parlamentarische System ist dafür des öfteren der Ausgangspunkt.

Erich Kaufmann gibt einen nachträglichen Beitrag zu den innerpolitischen Sturmtagen des Juni und Juli 1917, in dem er die Berufung einzelner Parlamentarier in die Regierung staatsrechtlich begründet, den „Sonderausschuß" theoretisch vorwegnimmt und mit der Begründung einer starken in sich geschlossenen, dem Reichstag gegenüber selbständigen Stellung des Bundesrats sich beschäftigt. („Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung", Berlin, Julius Springer, M. 2.80.) Auf dem Boden des von Bismarck vertretenen „bündischen Unitarismus" als der natürlichen und festen Grundlage unseres Verfassungsbaues und unter der Voraussetzung, daß das von Bismarck durch den Bundesrat um die Einzelstaaten und ihre Dynastien geschlungene Band unter keinen Umständen gelockert werden darf", lehnt er Reichsministerien und parlamentarisierte Reichsregierung ab (abgesehen davon, daß „es nichts gibt, was unserer Geschichte und Eigenart mehr widerstrebt, als das Zentralisierende und Gleichmachende des Parlamentarismus.) Er befürwortet als „Erzieher und zum Gegengewicht des Reichstags den verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Ausbau der außerparlamentarischen Organisationen der Gesellschaft (in der kommunalen und „gesellschaftlichen" Selbstverwaltung, in den berufsständigen Korporationen der Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkerkammern und in ähnlichen Bildungen) zu einem hochentwickelten wirtschaftlichen privaten Genossenschaftswesen. „Schon das bloße Dasein solcher Organisationen wird auf das Parteileben und -Streben heilsam einwirken, und sie werden ein aus der Gesellschaft selber hervorgegangenes genossenschaftliches Korrektiv sein, das sicher stärker zu wirken vermag, als die in herrschaftlichen Organisationen liegenden Gegengewichte. Der Staatsgedanke selber wird so bereichert und vertieft, und das Beamtentum zu gesellschaftlichem Denken gezwungen und erzogen, wie die Organisationen selber zu staatlichem Denken. Organisch aus dem Kriege selbst erwachsene Forderungen an die „Reform des deutschen Beamtentums" stellt dem gegenüber Adolf Grabowsky (F. A. Perthes, Gotha, M. 3.—) mit Fachleuten, die er sich über die beamtenpolitische Neuorientierung, über soziale, wissenschaftliche, rechtliche, wirtschaftliche Stellung des Beamtentums sich aussprechen läßt. Den Geist, in dem es geschieht, bezeichnet der Herausgeber: „freiheitliche Ausgestaltung unserer inneren Einrichtungen, Umgestaltung unserer Bureaukratie zu einem Instrument, das den Aufgaben der Zeit gewachsen ist, heißt jetzt die Forderung. Wir brauchen seine Entwicklung in unseren, nicht in fremden Bahnen, doch wir brauchen eine wirkliche Entwicklung, nicht Scheinreform. Nur ein freies Volk ist ein mächtiges Volk, nur ein Volk, in dem sich jeder Teil verantwortlich fühlt für das Ganze". „Es wäre", so fährt Erich Kaufmann fort, „eine echtdeutsche Weiterbildung unseres öffentlichen Rechts, die von der undeutschen Vorstellung, die Volksstaat und Parlamentsstaat gleichsetzt, weit entfernt ist: Es wäre die Wiederanknüpfung an die besten genossenschaftlichen Traditionen des deutschen Mittelalters, an die Ideen von Stein und Humboldt, ja auch an die gesunden Gedanken aus der Ideenwelt Friedrich Wilhelms IV. und nicht zuletzt Bismarcks." Grundsätzlich wendet sich gegen das parlamentarische System Julius Borchardt („Friede, Freiheit, Brot und das parlamentarische System", W. F. Grunow, Leipzig, M. —.40). Demokratisierung sei „ein großartiges Blendwerk, für die Masse des Volkes sei sie gleichgültig. Die Interessen des Volkes seien Friede, Freiheit, Brot; ein parlamentarisches System biete nur eine Rollenvertauschung der Diplomaten. An der wahren Lage ändere es nicht das mindeste". Zur Ablehnung einer weiteren Demokratisierung kommt auch Albert Arnstadt, M. d. R., in einer Schrift „Demokratie und Landwirtschaft" (Wendt & Klauwell, Langensalza). „Die ländliche Bevölkerung wird der Demokratie sich mit aller Macht entgegenstemmen, aus nationalen und monarchischen Gründen, und weil es wirtschaftlich eine Lebensfrage für sie ist." Eine indirekte Unterstützung

Digitized by Google

erfahren solche Gedankengänge durch die Berufung auf den demokratischen Charakter des deutschen Staates schon von den Maßnahmen zur Parlamentarisierung und die Forderungen an den nationalen Sinn in der Zukunft. Aus einem Vergleich zwischen „der staatlichen Arbeiterfürsorge bei uns und bei unseren Feinden" (E. Grüninger, Stuttgart) kommt z. B. K. Wehe zu dem Schluß, daß mit Deutschlands Sieg zugleich „der Sieg des sozialen Gedankens in der Welt sei, daß ohne diesen Sieg in der staatlichen Arbeiterfürsorge Stillstand und Rückschritt eintrete". In einem Buche „Die Wenigen und die Vielen" (Verlag E. Matthes, Leipzig) vertritt der ungenannte Verfasser als obersten Grundsatz für die kommende Gestaltung des Staatswesens die Forderung: allen Lebensfähigen „das Bewußtsein der Verpflichtung gegen den Staat anzuerziehen". In der „allgemeinen Hingabe an den Staat, in dem kameradschaftlichen Wirken und Gemeinsamkeitsbewußtsein" sieht er „das größte Ziel für die Zukunft". Vor dem Krieg hat „Ichsucht alle Schranken überrannt", eine heimlichen Mächten gefügige Presse „die Verruchtheit hinter tönenden Phrasen ins Unglaubliche wachsen lassen, die Geldherrscher waren auf dem besten Wege, alle Regierungen der Welt an ihren geheimen Seilen zu leiten, die blinde Selbstsucht der Massen war zu jener gehäuften Raffsucht emporgewachsen, die uns ganze Völker verpö elt und verrottet offenbart hat. Das Menschenmörderische der aufgegangenen Saat liegt jedem Auge offen, darum gilt es, einen höheren Organismus her auszubilden, das „Individuum Nation". Den in diesen Sätzen liegenden Keim zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen nationaler Forderung und internationalen Gegebenheiten entwickeln zwei Bücher ethisch-religiöser Richtung: die Schriften von H. Cohen: „Was einigt die Konfessionen?" (Hutten-Verlag, Berlin) und Rudolf Molwitz „Luthers Kirche inmitten der Kirchen und Völker im Jubiläumsjahr 1917" (E. Ungelenk, Dresden). Der erstere kommt zu dem Schluß: „Das Menschentum ist nicht nur das Wahrzeichen der inneren, der sozialen Politik, sondern nicht minder auch der Weltpolitik. Mag die Erfahrung dieser Jahre noch so trübselig sein, noch so demütigend für den Gläubigen der Humanität: wir wollen uns doch nicht abdrängen lassen von dem deutschen Geiste unseres klassischen Weltbürgertums, welches mit der glühenden Vaterlandsliebe innerlichst verbindet den Glauben an die Menschheit, die geschichtliche Pietät und das Mitgefühl daher und die Achtung für die fremden Nationen, und die Hoffnung einer trotz allen Widerständen doch künftig zu erlangenden, vorab pflichtmäßig zu erstrebenden Verständigung und Einigung mit ihnen. Die Einigung der Konfessionen zieht diese weiten Kreise von den Konfessionen zu den Völkern, in deren Bewußtsein nicht weniger religiöse als nationale Konfession rezsam ist. Wir müssen in allen Bekenntnisformen, in den politischen wie den religiösen, Einigung anstreben. Und die wahrhafte Aufklärung, die philosophische, wie sie in Deutschland ihren klassischen Boden hat, muß uns den Weg weisen. Wir halten fest an der Hoffnung, daß die Verschwisterung von Aufklärung und Toleranz, welche die Humanität erzeugt, das messianische Ziel der Menschheit erreichen wird." Der letztere sieht in den Tagen der Gegenwart die Frucht der „stilleren und gründlicheren Arbeit des Luthertums", die mehr vermöge „als alles zähe und doch oft oberflächliche Wirken der großen reformierten Völker". Es hat an Anzeichen nicht gefehlt, als ob wir in den Fehler unserer Feinde verfallen wollten, uns für das auserwählte Volk zu halten. Bei vaterländischen Predigten und kirchlichen Ansprachen konnte man hier und da schon früher derartige Verirrungen beobachten. Im Kriege haben wir alle die Versuchung empfunden, die in diesem Gedanken lag, zumal die ganze Entwicklung des Kampfes uns täglich mehr in die Rolle der Streiter für Recht und Gerechtigkeit drängte. Aber zugleich haben wir doch merken müssen, was für eine Gedankenlosigkeit und Anmaßung darin liegt, wenn wir auch nur im Schwunge einer begeisterten Stunde diese sittliche Grundlage unserer Zuversicht zu einer natürlichen, uns selbstverständlich beschiedenen erheben wollten. Nie, auch bei Siegesfeiern, auch nicht bei Ansprachen vor der Front der Truppe sollte unsere Kirche vergessen, daß unser Herr Christus, da er spricht: Tut Buße, will, daß das ganze Leben seiner Gläubigen eine beständige Buße sein soll. Das ist es ja freilich, was sie so weit fremd und dem modernen Menschen unsympatisch erscheinen läßt. Aber sie würde nicht Kirche bleiben und müßte ihrem einigen Herrn untreu werden, wenn sie auch nur einen Augenblick den Menschen zu gefallen trachten wollte. Nicht Sklavin des Staates, wie die anatolische Kirche, nicht Herrin im Gewissen, wie Rom es will, sondern die willig dienende, aber zugleich an ihren Herrn allein und sein ewiges Wort gebundene Freundin unseres Volkes soll sie sein."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 741. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 741. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung 2 M. Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 28. Dezember 1917 · Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Vereinigung des „März" mit der „Deutschen Politik"

Die Herausgeber und die Redaktion der „Deutschen Politik" dürfen sich an ihren bisherigen Leserkreis mit der erfreulichen Mitteilung wenden, daß die Zeitschrift „März" vom 1. Januar 1918 an mit der „Deutschen Politik" verschmolzen wird und daß der Herausgeber des „März", Herr Reichstagsabgeordneter Conrad Haußmann, an seine Leser die herzliche Aufforderung gerichtet hat, fortan die „Deutsche Politik" zu beziehen. Der Redakteur des „März", Herr Dr. Theodor Heuß, tritt in die Redaktion der „Deutschen Politik" ein. Wir begrüßen den Leserkreis des „März" anfrichtigen Herzens und sind überzeugt, daß er auch bei uns die Hauptsache finden wird, die jeder Deutsche in dieser Zeit überall dort suchen muß, wo es sich um deutsche Politik handelt. Verschiedenheiten der Auffassung in Nebendingen (und was müssen wir beim Übergang vom Weltkriege zum Weltfrieden nicht alles zu den Nebendingen rechnen!) sind unter uns allen möglich und finden statt. Das gilt ohne Frage auch vom Verhältnis der „Deutschen Politik" zu ihren Lesern und es wird auch für die Tausende gelten, die jetzt hoffentlich vom „März" zur „Deutschen Politik" herüberkommen werden. Wir sind und wir bleiben aber, hinweg über alle vielleicht trennenden Verschiedenheiten der Auffassung im einzelnen, in dem Bekenntnis einig, daß wir sittlich-nationale Politik nach außen, freiheitliche nach innen mit einander treiben wollen.

Digitized by Google

den 21. Dezember 1917

Kommt uns das Heil von den Maximalisten?

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus dem Vertrag mit den russischen Maximalisten über den Waffenstillstand soll sich nach beiderseitiger Absicht der Friede mit Rußland entwickeln. Ein Friede mit Rußland soll es werden; daß die Verhandlungen und der Waffenstillstandsvertrag schon „mit Rußland" zustande gebracht worden seien, wird man bei richtiger Einschätzung der russischen Dinge nicht behaupten können. Was bei ihrer richtigen Beurteilung von Anfang an voraus gesagt werden konnte, ist eingetreten: die Maximalisten haben bei den bisherigen Wahlen zur Nationalversammlung nur 25 Prozent der Mandate erhalten. 50 Prozent sind auf die radikalen Bauernstimmen entfallen, und der Rest auf die Kadetten und auf den Maximalisten feindliche sozialistische Gruppen. Es ist möglich, daß die Maximalisten vom linken Flügel der Sozialrevolutionäre noch Zuzug erhalten. Auch diese ganze große Partei ist im Prinzip einverstanden damit, daß Friede geschlossen wird. Sie ist aber keineswegs damit einverstanden, daß die Maximalistenführer das Land regieren und alles nach ihrem Belieben anordnen. Die Bürgerlichen vollends sind Gegner der augenblicklichen und der von den Sozialisten auch für die Zukunft angestrebten „Ordnung" auf Tod und Leben.

Angenommen, die jetzigen Machthaber bleiben am Ruder, bis der Friede abgeschlossen und die Demobilisierung erfolgt ist, so fragt sich, was dann wird. Ihre gegenwärtige Stärke beruht darauf, daß der größte Teil der Soldaten Frieden haben will, um nach Hause zu kommen. Im Frühjahr, zur Felderbestellung soll das Land der Großgrundbesitzer, des Staats und der Kirche an die Bauern verteilt sein, und vorher will jeder selbstverständlich bei seiner Gemeinde für seinen Anteil sorgen. Die Maximalisten geben dem Mann, wenn er nach Hause geht, sein Gewehr und seine Patronen mit, damit er, falls nötig, die „Errungenschaften der Revolution" verteidigen helfe. Es wird also in jedem Dorf einige Dutzend oder mehr Gewehre mit reichlicher Munition geben, um die Eigentümer, die anders wollen als die Bauern, zu überzeugen. Natürlich wird es nicht bei der Landenteignung bleiben, sondern die bewaffneten und in der Front als Soldaten völlig verwilderten Bauernmassen werden weit und breit ein Schreckensregiment führen und auch abgesehen von den Ländereien enteignen, was ihnen in den Sinn kommt. Die Maximalistenregierung ihrerseits verfügt unter der Formel der staatlichen Übernahme die Enteignung der Fabriken, Banken, Bergwerke und sonstigen „kapitalistischen" Unternehmungen. Sie will die Minister und Ofenheizer im Ministerium gleich entlohnen und auch in allem übrigen nach solchen Grundsätzen verfahren. Demgegenüber ist es ausgeschlossen, daß alles, was ein Stück beweglichen oder unbeweglichen Besitzes, was Einkommen, Bildung und höhere persönliche Ansprüche an Gegenwart oder Zukunft zu verteidigen hat, sich

Digitized by Google

ohne Widerstand in die Zerstampfung und Einknetung in den furchtbaren Brei fügt. Es werden sich Mittelpunkte des bewaffneten Widerstandes bilden, Führer und Kämpfer, freiwillige und geworbene, werden sich finden, die bessere Organisation, die besseren Talente, die Tapferkeit und Wildheit des verzweifelten Kampfes um das Eigentum werden voraussichtlich bei den Bürgerlichen sein, und man kann sich wohl denken, wie unter furchtbarem Blutvergießen und entsprechenden Zerstörungen die bürgerlichen Parteien die Wiedereroberung Rußlands von den Sozialisten versuchen und vielleicht am Ende durchführen.

Es fragt sich, was in dem Fall die weitere Entwicklung sein wird, und wie sich die Leiter der deutschen Politik im Hinblick auf die Zukunft beim bevorstehenden russischen Frieden verhalten sollen. Niemand wäre glücklicher als wir, wenn diese Frage mit dem einfachen Ausdruck des Vertrauens beantwortet werden könnte, daß unsere führenden Staatsmänner schon den richtigen Einblick in die Dinge hätten und die richtigen Entschlüsse für den Frieden fassen würden. Da wir nicht das Glück haben, politisch von Männern geführt zu werden, die seit lange am Staatsruder stehen und den Beweis ihrer Herrschaft über die Verhältnisse durch die Tat haben führen können, so suchen wir unwillkürlich in dem politischen Material, das sie bisher zur Beurteilung ihrer Einsicht und ihres Könnens geliefert haben, ob wir etwas darin finden, was uns Mut macht, dem Zuge unseres Herzens zu folgen und der Nation zuzurufen: Vertraut nur, sie werden es schon machen! Es ist möglich, daß sie es machen, aber den Erweis der Wahrscheinlichkeit, daß sie es machen werden, haben sie noch nicht geliefert. Die gegenwärtige Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten hat manches offenbar nicht ungeschickt angefangen, aber zu anderem, was sie getan hat, gehören Fragezeichen oder eine entschieden ablehnende Kritik. Das letztere ist zum Beispiel bei dem Versuch, im September d. Js. mit England in Verhandlungen zu kommen, der Fall. Selbstverständlich ist nicht das Bestreben oder der Versuch an sich zu tadeln, wohl aber die Vorstellung, es könne mit einer englischen Regierung unter Lloyd George zu Verhandlungen auf einer für Deutschland annehmbaren Grundlage kommen. Ganz gleichgültig, wie beim deutschen Auswärtigen Amt die Meinung entstanden ist, England sei zu Verhandlungen bereit — die Meinung, daß Leute wie Lloyd George im Ernst dahinter steckten und im Ernst an den Ausgleich mit uns dächten, durfte nicht entstehen! Hat sie doch existiert, so ist das ein Beweis unzutreffenden Urteils in derjenigen Frage, die für die Beendigung des Weltkrieges im ganzen eine der entscheidenden, vielleicht die entscheidende ist. Lloyd George und seine Helfershelfer wollen nicht zurück und wissen auch, daß sie gar nicht zurück können. Sie haben alles auf den Krieg bis zur Niederkämpfung Deutschlands gesetzt, und haben keine Möglichkeit mehr umzuschwenken, selbst wenn sie einsehen, daß ihr Spiel verloren ist. Solange das englische Volk Lloyd George als Diktator schalten läßt, solange verweigert es uns damit jede Verhandlung über den Frieden, solange erklärt es uns damit, daß es

Digitized by Google

keinen Ausgleich will, sondern darauf hofft, uns den Fuß auf den Nacken zu setzen. Das ist verhängnisvoll für den Friedensgedanken, verhängnisvoll für die Menschheit, besonders verhängnisvoll vermutlich auch für England, aber wir können nichts daran ändern, und wer sich darüber getäuscht hat, hat den Beweis des Irrtums in einer Fundamentalfrage der gegenwärtigen Kriegspolitik geliefert. Lloyd Georges letzte Rede bedeutet ein Bekenntnis zum Krieg bis aufs äußerste, wie es stärker nicht zu denken ist. Sie verbindet mit dem Ausdruck des Kriegswillens und der Drohung des wütenden Boxers die erneute und unauslöschliche Beschimpfung Deutschlands als einer verbrecherischen und strafwürdigen Nation. Der Reichskanzler hat jetzt die Unmöglichkeit des Verständigungsfriedens mit der Regierung Lloyd Georges dankenswert klar unterstrichen. Daß es so kommen würde, das hätte man aber im Auswärtigen Amt schon vor der Hertlingschen Zeit nicht nur voraussehen *können*, sondern auch voraussehen *müssen*. Wie planmäßig Lloyd George mit seiner Rede gehandelt hat, geht ja auch daraus hervor, daß unmittelbar danach sein Bundesgenosse Clémenceau für den Fall, daß die Kammer sich weigern sollte, Caillaux' Immunität aufzuheben und ihn einem Gericht auszuliefern, mit seinem Rücktritt, d. h. mit einer Katastrophe der Regierungsgewalt in Frankreich gedroht hat.

Das Beispiel mit England macht es uns auch einigermaßen schwer, im voraus daran zu glauben, daß, soweit unser Auswärtiges Amt in Frage kommt, der richtige und sichere Einblick in das Notwendige und Mögliche gegenüber Rußland vorhanden ist. Aus den veröffentlichten Bedingungen über den Abschluß des Waffenstillstandes jetzt schon zu schließen, daß alles, was darin nicht vorgesehen erscheint, auch bereits verloren und verspielt ist, wäre vielleicht voreilig. Für mindestens ebenso voreilig müßten wir es aber leider halten, wenn jemand sagen wollte, für das Notwendige, was nicht darin steht, werde schon gesorgt sein oder werde gesorgt werden. Das Notwendige ist die Erkenntnis, daß jetzt die entscheidende Gelegenheit da ist, zur Fremdvölkerfrage in Rußland eine den deutschen und mitteleuropäischen Interessen und unsrer Zukunft entsprechende Stellung einzunehmen. In dieser Sache irrt man in Deutschland fast allgemein, und in dieser Sache gibt es sogar — wir nehmen an unbewußte — Treibereien gegen das deutsche Interesse. Unsere konservativen Kreise hoffen immer noch auf die Wiederkehr eines Rußland, das von neuem als Hort der konservativen Idee in politisch möglichen Formen bündnisfähig und zugleich ein Partner Deutschlands gegenüber dem — vermeintlich gemeinsamen — Gegner England sein könnte. Das aber ist eine reine Utopie. Ein Rußland, mit dem unter konservativen Gesichtspunkten zu paktieren wäre, kommt nie wieder, und es ist ganz und gar verlorene Liebesmühe, von hier aus dafür einzutreten, daß es so wenig wie möglich geschwächt werden müsse. Das merkwürdige Seitenstück zu den konservativen Freunden Rußlands bilden unsere Sozialdemokraten, nur daß sie im Unterschied von den Konservativen nicht mit Rußland, wie es sein sollte, sondern wie es ist, rechnen,

Digitized by Google

d. h. mit dem sozialistischen Rußland. Vor allen Dingen unsere „unanhängige" Sozialdemokratie sieht in dem maximalistischen Rußland den großen, zwar noch etwas schwankenden, aber hoffnungsvollen Bruder, und sie wünscht, daß dieser Bruder möglichst wenig geschädigt werden und möglichst kräftig sich entwickeln möge, damit in seinem Schatten auch der deutsche Maximalismus der Zukunft emporwachse und gedeihe. Solche Gedanken reichen mit verschiedenen Schattierungen sicher auch in die mehr oder minder national gesinnten Kreise der deutschen Sozialdemokratie hinein. Man ist dort natürlich nicht so kritiklos gegen die Maximalisten, wie es die Radikalen bei uns sind, aber man kann sich auch nicht ganz dem Eindruck der Tatsache entziehen, das der sozialistische Zukunftsstaat, wenn auch unter stark beängstigenden Umständen, in Rußland angefangen hat, sich zu verwirklichen. Dies Experiment fürchtet man durch eine entschiedene kriegspolitische Schädigung des geschlagenen Rußland zu gefährden. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies die einzigen Gründe sind, die unsere Sozialdemokraten bei ihrer Haltung gegenüber dem russischen und überhaupt dem östlichen Problem bestimmen, aber auf jeden Fall spielen sie sehr stark mit. Zwischen Konservativen und Sozialdemokraten kann es weiter ein Teil unserer Großindustrie und unseres Großkapitals nicht erwarten, recht schnell wieder ins russische Geschäft zu kommen. Eine russische Regieruug, so meinen diese Herren, die nicht zu sehr geschwächt ist und nach außen nicht zu viel Autorität verloren hat, wird am ehesten die Wiederkehr des Geschäfts mit Rußland verbürgen, und je mehr Deutschland dazu mithilft, desto besser. Auch dieser Standpunkt ist falsch. Die Sozialdemokraten werden es erleben, daß von den kommenden Ereignissen in Rußland, die das russische Land und Volk in ein Meer von Blut und Feuer tauchen werden, zugleich mit der ersten „Verwirklichung" des Zukunftsstaates auch seine eindrucksvollste und furchtbarste Diskreditierung ausgehen wird, und die deutsche Industrie samt dem deutschen Kapitel würden, wenn sie klug wären, begreifen, daß der wahre für Deutschland und für die Völker Rußlands andauernde und gesunde Wirtschaftsvorteil erst dann zustande kommen wird, wenn die neuen Staaten, die innerhalb des heutigen Rußland jetzt nach nationaler Entstehung ringen, sich herausgebildet haben und nach wirtschaftlicher und finanzpolitischer Konsolidierung durch die Hilfe Mitteleuropaus ausschauen werden. Bei der Entente denkt man schon heute so praktisch. Der französische Botschafter in Petersburg hat den ehemaligen ukrainischen Sekretär für Finanzangelegenheiten, Professor Tukan-Baranowski, als Vertreter der ukrainischen Regierung zu sich eingeladen, um mit ihm einige auf die Autonomie und die politische Lage der Ukraine bezügliche Fragen zu besprechen. Im Gespräch betonte der französische Botschafter, daß sowohl die französische Regierung als auch die Gesellschaftskreise Frankreichs sich zur ukrainischen Bewegung mit tiefer Sympathie verhalten und der künftigen staatlichen Gestaltung der Ukraine eine große Bedeutung beimessen. Die Kapitalisten Frankreichs seien gern bereit, in die Industrieunternehmen

Digitized by Google

der Ukraine Kapitalien zu investieren. Um die Sympathien der Franzosen zur Ukraine deutlicher zum Ausdruck zu bringen, wies der französische Botschafter darauf hin daß augenblicklich eine finanzielle Unterstützung der Ukraine seitens Frankreichs sich als durchaus zeitgemäß und möglich darstelle; der Botschafter empfahl daher der ukrainischen Regierung, sich an die Finanzkreise Frankreichs und die Regierung zwecks Unterstützung zu wenden!

In Rußland ist es nicht denkbar, daß die verhältnismäßig kleine maximalistische Proletarierpartei, die augenblicklich nur dadurch herrscht, daß sie die nach Frieden begehrende Armee auf ihrer Seite hat, dauernd an der Regierung bleibt. Über kurz oder lang wird sie von anderen Kräften gestürzt werden, unter denen der Nationalismus sich höher erheben wird. Er wird das doppelte Programm der Herrschaft des Großrussentums über die Fremdvölker und der Eroberung der türkischen Meerengen wieder aufnehmen. Das mag zeitlich angesichts der heutigen Zustände in Rußland noch gute Wege haben, aber wozu sollen wir denn Rußland gegenüber heute eine Politik machen, die zukünftig einmal die großrussischen Gewalt- und Eroberungspolitiker wieder in die Höhe bringt? Das könnte geschehen, wenn wir es versäumen, beim bevorstehenden Friedensschluß mit Rußland die Fremdvölkerfrage in dem Sinne zu regeln, wie die Maximalisten das formell selbst für die russischen Frem völker zugeben und verkünden: vollkommenes Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Trennung für alle eigenen Nationalitäten, die innerhalb der heutigen russischen Grenzen wohnen! Die Ukrainer haben vorläufig ihre Autonomie erklärt, aber die entschiedene Mehrheit unter ihnen will weiter bis zur eigenen souveränen Staatlichkeit. Finnland hat verkündet, daß es diese Staatlichkeit kraft eigenen Rechts annimmt, und es hat bei Frankreich darum nachgesucht, daß seine Souveränität anerkannt werden möge. Die Finnländer haben alles versucht, um von uns ermutigt, unterstützt und anerkannt zu werden. Sie wollen unter allen Umständen ein souveränes Volk werden, und sie wollen dies Ziel, wenn irgend möglich, mit unserer Hilfe erreichen und auch weiterhin mit uns zusammengehen. Sie bekommen aber darauf (ganz neuerdings durch die schwedische Zeitung „Stockholm Dagbladet") die Antwort, die in Schweden allgemein als deutsch-offiziös aufgefaßt wird: man verfolge zwar in Deutschland die Selbständigkeitsbestrebungen Finnlands mit großer Sympathie, sei aber gleichzeitig überzeugt, eine kluge finnländische Politik werde sicher die Anerkennung Rußlands finden, und die drei Ostseemächte Deutschland, Schweden und Rußland seien zusammen berufen, die finnländische Frage zu lösen. Und das, nachdem Lenin vorher erklärt hatte (vergl. die Notiz in dieser Nummer weiter unten), er werde nur ein maximalistisches Finnland anerkennen und keine Beseitigung der russischen Truppen aus Finnland dulden!

Auch das estnische Volk hat seine Unabhängigkeit von Rußland proklamiert. Darauf, daß alle diese nationalen Willenserklärungen im Friedensvertrag mit der maxi-

Digitized by Google

maliſtiſchen Regierung anerkannt und feſtgelegt werden, müſſen wir beſtehen. Im entgegengeſetzten Falle arbeiten wir ſelbſt dafür, daß ſich irgendeinmal in Zukunft das rieſenhafte, großruſſiſche, von Feindſchaft gegen Deutſchland und das deutſche Weſen durchtränkte, über Hunderte von Millionen Kräfte gebietende Rußland im Bunde mit dem Angelſachſentum diesſeits und jenſeits des Ozeans von neuem gegen uns erheben kann.

Wir müſſen auch darauf beſtehen, daß im Friedensvertrag und möglichſt ſchon vorher das baltiſche Gebiet zwiſchen Riga und dem Finniſchen Meerbuſen von den Ruſſen geräumt und freigegeben wird, damit hier tatſächlich eine freie Entſcheidung der Völker, vor allem des eſtniſchen ſtattfinden kann. Freilich werden die Eſten nach ihrer eigenen Unabhängigkeitserklärung und nach den Erfahrungen, die ſie gleich den Letten in Süd-Livland mit den plündernden und mordenden ruſſiſchen Maximaliſtenſoldaten gemacht haben, ſchwerlich große Luſt haben, für die Wiedervereinigung mit Rußland zu ſtimmen. Die Vorgänge in Livland und Eſtland, die in dem Artikel über eſtniſche Proteſte gegen ruſſiſche Greuel in dieſer Nummer weiter unten wiedergegeben ſind, liegen zeitlich vor der Erklärung der Unabhängigkeit des eſtniſchen Landes und haben ſie mit hervorgerufen. Wir aber haben unter allen Umſtänden ein ſtarkes Intereſſe daran, daß Livland und Eſtland, an deren Selbſtbeſtimmung und freiem Vereinbarungsrecht für ihre Zukunft wir nicht rütteln wollen, auch nicht in einen verwüſteten und geſchändeten Zuſtand verſetzt und ohne Rückſicht auf die ihnen zugeſprochenen Rechte — auch das baltiſche Deutſchtum iſt doch eine Nation mit gewiſſen Rechten — bei Rußland feſtgehalten werden.

Die Leitung unſerer auswärtigen Politik hat in der Frage der Fremdvölker Rußlands bisher, wenn nicht mit geringer Überlegung und Einſicht, ſo doch mit geringem Geſchick und Glück operiert. Die Behandlung der Fremdvölker iſt auch einer von den Gründen, die es uns einſtweilen nicht möglich machen, den Führern unſerer auswärtigen Geſchäfte mit dem Vorſchuß an Vertrauen zu folgen, den wir wirklich gern aufbrächten, wenn es möglich wäre. Auch das veröffentlichte Ergebnis der Waffenſtillſtandsverhandlungen, bei denen man, wie wir fürchten, nicht einmal gewagt haben wird, Sicherheiten für die Freigabe der Selbſtentſcheidung an das baltiſche Gebiet rechtzeitig und entſcheidend zu fordern, kann uns nicht veranlaſſen, mit größerem Vertrauen als bisher auf das Auswärtige Amt zu blicken. Wir werden bei der Führung der Geſchäfte im Oſten ebenſo wie nachträglich bei dem Septembervorfall im Weſten ein Gefühl des Unbehagens und der Beunruhigung nicht los, von dem niemand lebhafter wünſchen kann als wir, daß es ſich zuguterletzt doch als unbegründet herausſtellen möge. Rußland gegenüber iſt durch die wiederholten vorzeitigen Bemühungen um den Sonderfrieden viel gefehlt und viel Schaden verurſacht worden. Unſere Waffen, unſer Glück und nicht zum wenigſten die Ruſſen ſelbſt haben ſchließlich das Schlimmſte verhindert und manches wieder gut gemacht. Bei

Digitized by Google

diesen drei Faktoren wird man aber wenigstens von den beiden letzteren kaum behaupten können, daß sie die berufsmäßige Aufgabe haben, für die Korrektur unserer politischen Fehler nach dem Osten zu sorgen. Bei dem jetzt ausgebrochenen Kampf zwischen den Maximalisten und Ukrainern in Südrußland werden wir ja wieder eine Probe davon zu erleben bekommen.

Der Krieg nach dem Kriege

Von Hans Delbrück

Graf Reventlow hat in der „Deutschen Tageszeitung“ (15. Dezember) eine neue Beweisführung gefunden, wie er sich in seiner burgfriedlichen Sprache ausdrückt, daß „die Hungerfriedensmehrheit die deutsche Bevölkerung täusche und einschläfere“; „sie soll erst aufwachen, wenn nichts mehr zu ändern ist“. Die Methode dieser Beweisführung ist für die patriotische Demagogie so charakteristisch, daß es sich lohnt, sie etwas näher zu beleuchten.

Von englischen Staatsmännern, Cecil, Carson, Bonar Law, Lloyd George, ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Entente den Krieg nach dem Kriege fortsetzen könne, indem sie Deutschland den unentbehrlichen Rohstoffbezug abschneide, es dadurch wirtschaftlich ruiniere und zur Ohnmacht verdamme. Deutschland, hat Lloyd George gesagt, habe zuerst über die vielen Kriegserklärungen der überseeischen Kleinstaaten gelacht, „jetzt klingt das Lachen hohl, Deutschland fängt an zu begreifen, was es bedeutet. Jene Staaten stehen jetzt auf Seiten der Verbündeten, und selbst wenn der deutsche Militärmechanismus siegen sollte, was sicherlich nicht eintreten wird, kann der Bund freier Völker die Preußen niederzwingen, indem sie ihre Produkte zurückhalten.“ Zu diesem Zweck ist in dem britischen Parlament bereits ein Gesetz eingebracht worden, welches den Handel mit Metall, ausgenommen Eisen, mit allen Angehörigen solcher Mächte verbietet, die am Kriege mit der Entente teilgenommen haben. Diesen großen Boykott nach dem Kriege gegen Deutschland durchzuführen, hat ja auch schon im Juni 1916 in Paris eine eigene allgemeine Konferenz der Ententemächte getagt, und daß ein solcher Boykott Deutschland aufs schwerste schädigen, vielleicht wirtschaftlich erwürgen könnte, ist klar.

Was ist dagegen zu tun? Wie können wir uns gegen eine so schwere Bedrohung schützen?

„Wir setzen dem entgegen,“ spricht Graf Reventlow, „daß der U-Bootkrieg und seine Durchführung in diesem Kriege, und zwar bis zum Ende, das einzige Mittel bildet, um dem Deutschen Reiche in Zukunft Rohstoffbezug in ausreichender Menge zu verschaffen und aus eigener Kraft zu sichern. Der U-Bootkrieg ist nicht nur das einzige Mittel, sondern das wirksamste Mittel.“

Ungeheuer tapfer, aber was sollen wir uns dabei denken? Die Durchführung des

Digitized by Google

U-Bootkampfes in diesem Kriege soll das Mittel und zwar das einzige sein, um uns den Rohstoffbezug nach dem Kriege zu sichern? Das kann doch nur heißen, daß wir durch den U-Bootkrieg England und mit England alle unsere Feinde so weit niederringen sollen, daß sie uns die ungehinderte Zufuhr von Rohstoffen nach dem Kriege nicht bloß versprechen — denn was würde uns ein solches Versprechen helfen? — sondern daß wir sie jeden Augenblick mit der Gewalt der Waffen zwingen können, dies Versprechen auch zu halten. Wir müssen sie also so weit niederzwingen, daß eine bloße Kriegsdrohung unsererseits — wir wollen doch nicht gleich einen neuen Krieg führen — genügt, die Ententemächte unserem Gebot gefügig zu machen. Die Ententemächte sind beinahe gleichbedeutend mit der Welt. Die Welt also soll durch den U-Bootkrieg dazu gebracht werden, daß sie dem deutschen Machtgebot gehorche. Es genügt dem Grafen Reventlow nicht, daß sie freiwillig und aus irgendwelchen anderen Gründen uns Rohstoffe liefere, denn diese Lieferungen könnte sie ja eines Tages einstellen, sondern unsere militärische Machtstellung muß derart sein, daß wir die Lieferung, falls sie nicht freiwillig erfolgt, befehlen können. In der Sprache anderer Leute nennt man das eine Weltherrschaft. In der Sprache der Alldeutschen ist das nichts als eine Verteidigung und eine Sicherung.

Existierte wirklich die Gefahr des Weltboykotts, wie die englischen Staatsmänner ihn uns androhen und Graf Reventlow sie wonnetrunken begrüßt, um den Krieg fortsetzen zu können, so wäre guter Rat teuer: Hungerfriede, unaufhörlicher Krieg, Weltherrschaft — wofür sollen wir uns entscheiden?

Aber das Ganze ist nichts als Gespensterseherei. Die englischen Staatsmänner haben den Mund vollgenommen und Graf Reventlow, so tapfer er sich stellt, hat sich unnötigerweise bange machen lassen. Schon in den kaufmännischen Kreisen der Entente selber hat sich gegen die Pariser Konferenz sofort der stärkste Widerspruch erhoben. Ist es richtig, daß die Entente über Rohstoffe verfügt, deren wir bedürfen, so haben auch wir gewisse Waren, die unsere jetzigen Gegner nicht dauernd entbehren möchten, z. B. haben französische Wirtschaftsverbände schon erklärt, daß sie die deutsche Kohle nicht entbehren könnten. Gehört auch jetzt ein sehr großer Teil der Welt zur Entente, so gibt es auch immer noch eine ganze Anzahl Neutraler, die den Boykott durchlöchern würden, und ein durchlöcherter Boykott ist bekanntlich kein Boykott mehr. Ein nicht ganz unwichtiges Mitglied der Entente war ja auch Rußland — sollte Rußland geneigt sein, dem Lloyd George-Reventlowschen Wirtschaftsplan zuzustimmen? Auch China und den südamerikanischen Staaten traue ich zu, daß ihre Kaufleute, so gern sie den Engländern gefällig sein mögen, doch auch sehr gern am Handel mit Deutschland etwas verdienen. Auch die Italiener stehen in dem Ruf, für das Geldverdienen nicht unempfänglich zu sein, und wie ist es mit den Yankees? Graf Reventlow schwört nicht höher als auf die angelsächsische Gemeinbürgschaft. Es gibt gute Amerikakenner, die da meinen, daß dieser angelsächsische

Digitized by Google

Bundesteppich große Risse habe, sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Interessen sollen sehr stark gegeneinander streben. Sollte nun schließlich noch Deutschland, wie doch zu hoffen ist, mit einem ansehnlichen Kolonialreich aus dem Weltkriege hervorgehen, so ist auch das ein Rüstzeug gegen den Weltboykott, mit dem wir ein gut Stück unseres Wirtschaftskörpers decken könnten.

Wer die Dinge nicht mit den flackernden Augen des Schwärmers ansieht, dem erscheint unsere wirtschaftliche Zukunft zwar gewiß von mancherlei Widerwärtigkeiten bedroht, aber weder sind sie so groß, wie die Engländer und Graf Reventlow sie uns ausmalen, noch wäre die Verlängerung des Krieges das geeignete Mittel, sie zu überwinden. Der politisch organisierte Weltboykott gegen uns ist von vornherein undurchführbar. Die Lücken, die er zeigen würde, sind so groß und so offenbar, daß auch diejenigen Personen und Handelskreise, die vielleicht nicht abgeneigt wären, ihn über uns zu verhängen, sie von vornherein sehen müßten, und in der Erkenntnis, daß sie ihre Kosten vergebens aufwenden müßten, davon Abstand nehmen würden. Was uns tatsächlich droht, ist, daß so viele unserer früheren Weltverbindungen zerstört sind und nicht so leicht wieder aufgebaut werden können. Der durch die Lügenpropaganda unserer Feinde erregte Haß wird ebenfalls unserem zukünftigen Welthandel erhebliche Schwierigkeiten machen. Das beste Gegenmittel dagegen ist ein großes Kolonialreich, das uns von den Ländern, wo die Kaufmannschaft sich uns wirklich zu einem großen Teil verschließt, unabhängig macht, und an dieser Stelle kann ich mich nun mit dem Grafen Reventlow wieder vertragen. Auch ich sage: wir müssen den U-Bootkrieg so lange fortsetzen, bis uns England das genügende Kolonialreich bewilligt. Darüber hinaus zu fechten, haben wir keine Veranlassung. Mit dem allgemeinen Weltboykott lassen wir uns nicht bange machen.

Die Zukunft Afrikas

Rede von Staatssekretär Dr. Solf
am 21. Dezember 1917 in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft in Berlin

Ein dauerhafter Friede, das ist das Ziel, das heute die kriegführenden Mächte sowohl als die Neutralen auf ihre Fahnen schreiben. Selbst Kriegshetzer wie Lord Northcliffe und Lloyd George können sich nur dadurch vor ihren Völkern halten, daß sie als das wahre Ziel ihrer Bestrebungen die Vermeidung künftiger Kriege hinstellen. Überall freilich, in Feindesland wie auch bei uns, scheiden sich die Geister, wenn es sich darum handelt, die Grundlagen zu nennen, auf denen sich dieser dauerhafte Friede aufbauen soll. Die einen sagen: die einzige Bürgschaft für einen dauerhaften Frieden liegt darin, das eigene Land so stark zu machen, daß in jedem künftigen Kriege jede denkbare feindliche Kombination sich mit Sicherheit eine Niederlage holen muß. Sie finden sich damit ab, daß unsere Feinde von dem Willen beseelt bleiben, es bei nächster Gelegenheit noch einmal mit uns zu versuchen und bauen auf die eigene Fähigkeit, die Feinde in einem Zustande von Ohnmacht zu halten, so hilfloser Ohnmacht, daß sie an der Ausführung ihres kriegerischen Willens verhindert werden.

Digitized by Google

Dem gegenüber sehen andere die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens in der Ausschaltung des Willens zum Kriege auf absehbare Zeit hinaus. Hierfür ist es einmal nötig, stark zu sein, damit die Gegner nicht in Versuchung geführt werden. Aber diese Vorbedingung allein reicht zur Vermeidung künftiger Kriege nicht aus! Selbstbewußte Völker scheuen sich auch vor großen Wagnissen nicht, wenn es um ihre Ehre geht. Wir brauchen mehr zur Ausschaltung des Kriegswillens der anderen als unsere eigene Stärke! Der Friede, der zustande kommt, muß die Aufräumung aller jener Krankheitsherde zuwege bringen, welche die Weltkatastrophe von 1914 möglich gemacht haben. Bei diesem Heilungsprozeß wird die Sicherstellung der kolonialen Zukunft Deutschlands eine große Rolle spielen. Mir liegt nun daran, gleich zu Anfang als Ergebnis meiner Ausführungen vorwegzunehmen, daß das koloniale Problem, wie ich es sehe und Ihnen des weiteren entwickeln werde, unlösbar ist, wenn die Mächte nicht an die Gesamtordnung der Dinge in einem Geiste herantreten, der einen Frieden der Zufriedenstellung, der gerechten Zufriedenstellung schaffen will.

Eine Beruhigung der internationalen Beziehungen wäre nicht zu erwarten, falls bei der Regelung der kolonialen Frage lediglich der Status quo ante wiederhergestellt würde — die Möglichkeit einer Verewigung der jetzigen Kriegskarte schalte ich selbstverständlich aus.

Ich werde mich heute abend lediglich mit Afrika beschäftigen, möchte jedoch ausdrücklich betonen, daß ich mit dieser Beschränkung auf Afrika die Bedeutung unseres kolonialen Besitzes in der Südsee in keiner Weise herabmindern will.

Meine Herren! Die Stellung Afrikas hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in überraschender Weise in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gewandelt. Afrika ist nicht mehr der schwarze Erdteil, nicht mehr der unerforschte Kontinent mit einer verwirrenden Fülle von dunklen Möglichkeiten, sondern ist heute ein Vorland Europas, dessen Gegenwartswerte berechenbar sind.

Afrika wird in der Entwicklung des Erdkreises eine Rolle von rasch wachsender Bedeutung spielen. Der steigende Bedarf an Rohmaterialien, bald auch die Sorge um den Absatz von Fabrikaten werden zu einem verstärkten Wettbewerb um die Erschließung der Hilfsquellen dieses Erdteils führen.

Die gegenwärtige Verteilung Afrikas unter die europäischen Kolonisationsstaaten ist das Produkt einer relativ jungen Entwicklung, in der, neben antiquierten Herrschaftsansprüchen, mehr oder weniger zufällige Ereignisse die entscheidenden Faktoren gewesen sind. Wir erinnern uns, wie oft Kühnheit und politischer Instinkt einzelner unternehmungslustiger Männer durch den Abschluß geschickter Verträge mit eingeborenen Machthabern ihren Heimatsstaaten einen Vorsprung im Wettlauf um den Besitz afrikanischer Gebiete verschafft haben. Von einem organischen Werden ist hier nie die Rede gewesen. Kein Wunder, daß diese Verteilung in weitem Umfange der inneren Berechtigung entbehrt! Wir sehen Staaten im Besitz von riesigen Ländermassen, die das Achtzigfache des Mutterlandes erreichen und von ihnen aus Mangel an Menschen und an Mitteln gar nicht entwickelt werden können, wenigstens nicht so, wie die Kulturmenschheit es erwarten muß. Belgien, Frankreich und Portugal sind in einer solchen Lage. England, das in anderen Erdteilen schon ungeheuere Gebiete seinem Weltreich eingegliedert hatte, hat es verstanden, sich einen bedeutenden, dem französischen Afrika nahekommenden Anteil auch an Afrika zu sichern. Auf der anderen Seite sehen wir Deutsche uns auf erheblich kleinere, verstreute Besitzungen beschränkt. Wer einen dauernden Frieden, wer einen Frieden der gerechten Zufrieden-

Digitized by Google

stellung anstrebt, kann die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverteilung in Afrika nicht wollen, denn sie entspricht in keiner Weise weder dem kolonisatorischen Können, noch dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen.

Was soll an die Stelle der alten Verteilung treten? Soll etwa mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in Afrika Ernst gemacht werden? Wollen wir es den Eingeborenen überlassen, sich selbst zu organisieren? Das ist schlechterdings unmöglich und wird als Ziel von keinem ernsthaften Politiker vertreten. Es hieße, die Eingeborenen grausam in die chaotischen Zustände zurückstoßen, in denen sie sich vor Einsetzen der modernen Kolonisation gegenseitig aufrieben.

Von gewissen philantropischen Kreisen Englands wird der Gedanke der vollständigen Internationalisierung der Tropengebiete mit einer gemeinschaftlichen Verwaltung der europäischen Schutzstaaten propagiert. Die schärfsten Gegner einer solchen Internationalisierung würden in England selbst erstehen. Aber, ganz abgesehen davon, eine derartige Organisation läßt sich nur durchführen, wenn das Solidaritätsbewußtsein der europäischen Staaten sie trägt. Ein solches Solidaritätsbewußtsein wird sicher als Sehnsucht aus den Trümmern dieses Krieges hervorgehen, ja auch in internationalen Abmachungen als eine Grundforderung des neuen Geistes festgelegt werden. Aber, bevor man den heute kriegführenden Mächten, ja dem ganzen heutigen Europa, jene ungeheure Aufgabe zutrauen darf, überseeische Gebiete einträchtig und gemeinsam zu regieren, hat sich erst das internationale Gewissen in internationaler Praxis in Europa zu entwickeln und zu bewähren. So wird man also festhalten müssen an dem bisherigen Grundsatz der Kolonisierung und der Verteilung der Tropen unter die zivilisierten europäischen Staaten. Es wird sich nur darum handeln können, im Friedensvertrage eine neue Verteilung vorzunehmen. Und doch liegt in der Forderung einer internationalen Kontrolle, ja auch in der grotesken Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen ein gesunder Grundgedanke, ein Körnchen Wahrheit! Ich möchte das Wort „Selbstbestimmungsrecht" etwas umwandeln, ich möchte sagen: Die Eingeborenen haben ein Selbstzweckrecht, sie haben den Anspruch, von den höher entwickelten Rassen jederzeit zugleich als Zweck und nicht bloß als Mittel betrachtet zu werden. Zu dieser Kantischen Forderung muß sich heute jede Macht bekennen, die Kolonialpolitik treiben will. Wir müssen es, einmal, nun, sagen wir es ohne Scheu, weil es ein Postulat unserer Weltanschauung ist, weil unser politisches Gewissen es fordert; sodann aber müssen wir es im wohlverstandenen nationalen Interesse. Hier werden wir, wie die Kolonialverwaltungen aller Länder, nach dem Kriege einen harten Kampf mit jenem kurzsichtigen Egoismus zu bestehen haben, der in England heute schon seine Ansprüche anmeldet. Wir, damit meine ich uns und die sämtlichen europäischen Staaten, wir werden kaum einen Überschuß an unternehmungslustigen jüngeren Leuten haben, um Afrika zu besiedeln, ganz abgesehen von der noch ungeklärten Frage, wie weit Afrika für die mittelländische Rasse besiedlungsfähig ist. Das erschöpfte Europa wird aber einen gewaltigen Hunger nach den Produkten der Tropen haben. Diese Notlage wird für gewisse Interessentengruppen eine große Versuchung sein, ohne Rücksicht auf das Gedeihen und die Wohlfahrt der afrikanischen Stämme, ohne Schonung des afrikanischen Bodens und seiner reichen Bestände, Raubbau zu treiben. Eine gewissenlose Ausbeutepolitik könnte sich zwei Opfer suchen: einmal die natürlichen Schätze des Landes, sodann aber seine Menschenkraft. Die zweite Form des Raubbaues, die mit der ersten auf das innigste zusammenhängt, ist die gefährlichere: Afrika ist in weiten Strichen dünn bevölkert.

Digitized by Google

Stammeskämpfe, Hungersnöte, Seuchen haben die Völkerschaften periodisch dezimiert, oft bis an den Aussterbeetat gebracht. Da aber der Europäer für alle seine Unternehmungen in Afrika die schwarze Arbeitskraft nicht entbehren kann, so ist die gesunde Entwicklung der afrikanischen Volksstämme höchstes europäisches Interesse. Eine Verschiebung der bisherigen Zufallsgrenzen Afrikas sollte gerade unter dem Gesichtspunkte vorgenommen werden: „Was fordert Europas und Afrikas gemeinsames Interesse?" Diejenigen Länder sollen bei der Verteilung bevorzugt werden, die bewiesen haben, daß sie die Menschheit auch in den Farbigen achteten und die Kraft gefunden haben, in diesem Geiste zu leiten und zu organisieren. Den deutschen Ansprüchen stehen starke Widerstände entgegen. Gerade jene Interessengruppen in England, die am allerleidenschaftlichsten den Ausbeutestandpunkt vertreten, sind rastlos an der Arbeit gewesen, um einen Verleumdungsfeldzug gegen uns zu organisieren und die philanthropische Phrase, hier und da auch ehrliche philanthropische Gesinnung in ihren Dienst zu stellen. Wir hätten, so heißt es, nach unserer kolonialen Vergangenheit jedes Recht verwirkt, die afrikanischen Stämme nach dem Kriege wieder in unsere Obhut zu nehmen. Pathetisch ruft Lord Robert Cecil: „Und wenn wir in irgendeinem Grade erfolgreich sind, würde ich mit Schaudern den Gedanken fassen, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden waren."

Man wundert sich wirklich, woher der englische Staatssekretär des Auswärtigen Amts seine Informationen bezieht. Ist es immer dasselbe Greuelbureau, das ihm auch das Märchen von der deutschen Leichenverwertungsanstalt zur Verfügung gestellt hat und neuerdings das Glanzstück von der geplanten Einführung der Doppelehe in Deutschland? Hat aber Lord Robert Cecil ehrliche englische Kenner kolonialer Verhältnisse befragt, so sagt er mit Bewußtsein die Unwahrheit. Es wäre undeutsch und pharisäisch, wollten wir leugnen, daß auch unsere koloniale Vergangenheit Flecken aufzuweisen hat. Aber unser Sündenregister ist bei weitem nicht so lang und schwarz wie das englische. Es wäre ein Leichtes, bei einem Wettstreit im Aufzählen von feindlichen Missetaten der Vergangenheit die Engländer zu schlagen, aber ich lehne diese historische Greuel-Schnüffelei als eine oberflächliche und unsachliche Kampfmethode ab. Wollen wir auf den Kern des Problems durchstoßen: Wer hat ein Recht, Kolonialpolitik zu treiben? Dann müssen wir die Frage aufwerfen: Wie dachten und handelten Haupt und Glieder der Kolonialverwaltungen vor dem Kriege? Darauf ist zu antworten:

Alle Kolonial-Sachverständigen wissen, daß der Grundsatz, den ich vor Jahren im Reichstag so formulieren durfte: „Kolonisieren heißt Missionieren", sich in der englischen wie in der deutschen Kolonialpolitik durchgesetzt hatte. Wir standen erst am Anfang der Reform-Entwicklung, aber Deutschland war seit Dernburg auf dem rechten Wege. Die große Probe auf unsere Eingeborenen-Politik ist der Krieg gewesen. In allen unseren Kolonien sind unsere Schutzbefohlenen zu uns gestanden, obgleich den meisten klar war, daß es nur galt, einen verlorenen Posten zu verteidigen.

Ich habe das Thema der Eingeborenenbehandlung oft mit Gouverneuren der englischen Kolonien besprochen und weiß, wie sie über die deutsche Eingeborenenpolitik denken. Ich will mich im Interesse der Herren Gouverneure enthalten, ihre damaligen Aussagen wiederzugeben, denn es gilt im heutigen England schon fast als Hochverrat, den Feind auch nur vor dem Kriege einmal gerecht beurteilt zu haben. Nur soviel möchte ich sagen: Die Engländer wissen ganz genau, daß ihre Anklagen

Digitized by Google

gegen unsere koloniale Vergangenheit auf trügerischem Boden gebaut sind, und sie wissen auch, wie viele Zeugen zu unsern Gunsten in England selbst vorhanden sind. Zwar ist es gelungen, diese Zeugen durch einen ungeheueren Terrorismus mundtot zu machen, aber hier und da haben sie sich doch mit einem schüchternen Protest ans Tageslicht gewagt, soweit sie nicht wie Morel wegen Wahrheitsagens im Gefängnis sitzen. Aus diesem Grunde hat das englische Propagandabureau neuerdings befohlen, nicht unsere koloniale Vergangenheit, sondern unsere Behandlung der Eingeborenen während des Krieges in den Vordergrund zu stellen. Hier kann sich die Phantasie ungestört tummeln. Wir stehen nicht in Verbindung mit unseren kämpfenden Landsleuten und vermögen sie nicht zu verteidigen, geschweige denn, daß sie es selbst könnten. Eine ideale Situation für Reuter, um ohne Furcht vor Gegenbeweisen an die Arbeit zu gehen!

Sicher aber ist dieses Eine: Viele Engländer, die gegen unsere afrikanischen Truppen gekämpft haben, schämen sich, daß man sich nicht scheut, ihren tapferen Gegner mit Schmutz zu bewerfen. Oft ist es ihnen schwer genug geworden, gegen ihre Kameraden von gestern, gegen ihre Mitarbeiter an einer großen Kulturaufgabe schwarze Armeen führen zu müssen. Ich vertraue, daß die Gestalt des Generals v. Lettow-Vorbeck in den feindlichen Annalen dieses Krieges dereinst eine ebenso sagenhafte Größe haben wird, wie in den unsrigen. Wir haben das größte Interesse daran, nach dem Kriege die gesamten Greuelbehauptungen der Engländer einer internationalen Untersuchung und Aufklärung zuzuführen — aber heute dürfen wir nicht still halten. Wir sind es unseren kämpfenden Truppe draußen schuldig, ihre Verleumder an den Pranger zu bringen. Wir haben wahrhaftig keine Neigung zu Greuelpropaganda, wir haben uns lange genug vielleicht allzu spröde geweigert, mit unserem Anklagematerial herauszukommen, um nicht mitschuldig zu werden an der entsetzlichen Völkerverhetzung. Heute aber stehe ich nicht an zu erklären, und ich werde für diese Erklärung den Beweis bringen: Sollte Englands Gesinnung und Praxis in den Kolonien *während des Krieges* als Kriterium herangezogen werden für sein Recht, noch weiter die Vormundschaft über farbige Völkerschaften zu führen, — wohlgemerkt, ich erkenne dieses Kriterium nicht an — so wäre im Namen der Menschheit zu fordern, daß England seine sämtlichen Kolonien herausgibt und unter internationale Kontrolle stellt! Meine Anklage ruht auf unangreifbarem Grunde. Ich führe nur das an, was englische Untersuchungen selbst festgestellt haben und was als Grundsatz der *neuen* englischen Kolonialpolitik aus den amtlichen Handlungen während des Krieges selbst hervorgeht.

Vor mir liegt der Bericht des Gouverneurs von Ceylon aus dem „Manchester Guardian" vom 2. 11. d. J., der einen kurzen Auszug veröffentlicht über die Maßnahmen der englischen Lokalbehörden zur Unterdrückung der Unruhen in Ceylon im Frühling 1915. In Wahrheit aus religiösen Streitigkeiten zwischen Moors und Singhalesen entstanden, wurden sie als Aufruhr gegen die britische Herrschaft umgefälscht und ein erbarmungloses Strafgericht wurde ins Werk gesetzt. Nachdem längst alles beruhigt war, wurden Singhalesen ohne irgendeine Art von Verhör erschossen. In keinem der untersuchten Fälle von Hinrichtung konnte selbst auf Grundlage des Kriegsrechts eine gesetzliche Berechtigung festgestellt werden. Strafexpeditionen zogen im Lande umher, überfielen kleine Ortschaften und wüteten willkürlich unter der Bevölkerung, derart, daß der amtliche Bericht selbst erklärt, der Regierungskommissar schiene seinen Auftrag so aufgefaßt zu haben, daß er die Lynchjustiz in

Digitized by Google

seinem Gebiete einführen und sich mit seiner Patrouille so betragen dürfe, wie man es in Schauerromanen aus dem wilden Westen zu lesen pflege. Das Bezeichnende an der ganzen Sache ist, daß die amtlichen Leiter dieser Menschenschlächtereien keinerlei Bestrafung außer der Enthebung aus ihrer Tätigkeit als Friedensrichter erlitten haben, trotz ihres „ekelhaften und abscheuerregenden Betragens", wie der Bericht es nennt. Das also, fragt „Manchester Guardian", solle das Wort jener berühmten Gerechtigkeit sein, auf der angeblich das Britische Reich begründet sei und fährt dann fort: „Wenn so große Ungerechtigkeiten geschehen konnten, so ist vernunftgemäß anzunehmen, daß in kleinem Maßstabe viele andere begangen worden sind."

Sollte die englische Regierung sich auf den Standpunkt stellen, das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den deutschen Kolonien zu fordern, so möchte ich heute schon die Gegenforderung anmelden, eine Volksabstimmung in Ceylon über den Fortbestand der englischen Herrschaft zu veranstalten. Über das Ergebnis bin ich so sicher wie über den Ausfall eines Referendums in Ostindien und in Singapore, wo während des Kriegs auch ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Daß wir es hier nicht mit Einzelerscheinungen zu tun haben, sondern daß eine grundsätzliche Wandlung in Englands Auffassung seiner kolonisatorischen Pflichten und Methoden gegenüber Farbigen und Weißen vorliegt, beweisen grundlegende Beschlüsse, die in Westminster gefaßt worden sind. Ich erinnere nur an die skrupellose Verwendung farbiger Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatze. England ist hier immer mehr in das Fahrwasser der Franzosen geraten. Noch hat England nicht die Wehrpflicht für seine farbigen Untertanen eingeführt, aber schon finden Zwangsaushebungen statt, und eine der ausschlaggebenden Figuren des Lloyd Georgeschen Kabinetts, der „Stratege" Winston Churchill, erhofft noch immer die Entscheidung auf dem europäischen Kriegsschauplatz von einer rücksichtslosen Versklavung der farbigen Bevölkerung für die militärischen Zwecke Englands. Wie ein furchtbarer Hohn auf die Gesinnung des heutigen England klingt das Wort, das vor einigen Monaten General Smuts sprach: „Nur fair play, Gerechtigkeit und die gewöhnlichen christlichen Tugenden dürfen die Grundlage unserer Beziehungen zu den schwarzen Völkerung bilden."

Die Engländer legten ehedem und wie ich glaube, mit Recht noch einen zweiten Prüfstein an das moralische Recht einer Nation, Kolonialmacht zu sein, das war die Auffassung von der Stellung des Weißen gegenüber dem Eingeborenen und von den Pflichten gegenüber den weißen Schwesternationen. Auch diese Probe fällt für das heutige England moralisch vernichtend aus. Mit einem Zynismus ohnegleichen wurde das Ansehen der weißen Rasse in Afrika preisgegeben und damit alle Grundlagen des europäischen Missions- und Erzieherberufs untergraben. Ich erinnere an die Auspeitschung von Deutschen vor Schwarzen und durch Schwarze und die Austreibung unserer Missionen, der sich oft unter raffinierter Grausamkeit und Demütigung vollzog. Auch hier wiederum keine Einzelvergehen minderwertiger Personen, die ohne Aufsicht handeln, sondern die methodische Ausführung einer Kriegspolitik, mit dem Endzweck, auch nach dem Kriege zu wirken.

Zu demselben Endzweck wurde eine dritte Grundlage der zivilisierten Kolonialpolitik zerstört, eine Grundlage, die früher England als notwendig erachtet hatte, um das Wesen der Kolonialmacht moralisch zu rechtfertigen. Sir Harry Johnston schrieb vor dem Kriege:

„Nur, weil die britische Handelspolitik bisher so prächtig fair und frei gewesen ist

Digitized by Google

aller Welt gegenüber in allen britischen Besitzungen, hat die übrige Welt ohne ungebührliches Murren erlaubt, daß eine Bevölkerung von nur einigen 40 Millionen in Nordwesteuropa sich die Beherrschung der besten Teile Afrikas, Asiens, Australiens und Amerikas angemaßt hat. Aber eine Umkehrung dieser Politik würde meiner Meinung nach gelegentlich all die andern großen handeltreibenden Mächte der Welt zu einer Liga gegen uns vereinigen."

Meine Herren! Soweit ist es jetzt gekommen! Die britische Handelspolitik hat sich in der Tat umgekehrt. Das England, dessen Söhne so stolze Sätze aussprechen konnten, ist heut ohnmächtig. Bisher galt die englische Oberhoheit in einem überseeischen Gebiete auf der ganzen Welt als Garantie für die Rechtssicherheit der Person und des Eigentums. Besonders der deutsche Kaufmann steckte seinen Fleiß, seine Intelligenz und sein Kapital fast ebenso gern in Kolonial-Unternehmungen auf englischem Hoheitsgebiet wie auf deutschem, im Vertrauen auf Englands Kaufmannsehre und auf die Billigkeit seiner Rechtsprechung. Noch zu Anfang des Krieges war mancher unserer Kaufleute bereit zu schwören, daß sein Vermögen während des Krieges in Englands Schutz sicher aufbewahrt wäre. Es ist anders gekommen! Der deutsche Kaufmann, die ganze Welt hat in diesem Punkt gewaltig umlernen müssen. Die Liquidationen des deutschen Besitzes in den Kolonien Englands sind mit unerhörter Rücksichtslosigkeit unter Vernichtung großer Werte vor sich gegangen: die Ausnutzung des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde, um sich geschäftlichen Verpflichtungen zu entziehen, die Vernichtung von Geschäftsbüchern nach gründlicher Durchstöberung zum Zwecke des Aufspürens von Geschäftsgeheimnissen, alles unter der Maske einer behördlichen Aufsichtführung, das hat gezeigt, wie die Regierung, die heute in England an der Macht ist, diesen Krieg in der Tat zur Vernichtung des deutschen Handels führt. Lloyd George hat es kürzlich in seiner großen Offenherzigkeit selbst eingestanden!

Meine Herren! Ich bin mir dessen voll bewußt, mit dieser Gesinnung bei unseren Feinden bleibt der Wunsch und die Hoffnung nach dem gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft, auf die Neuschaffung der verlorenen ideellen Werte eine Utopie! Es bleibt der Krieg im Frieden, d. h., auf Afrika angewandt, es bleibt das bisherige System eifersüchtigen Wettbewerbs der Kolonialmächte, unter dem die Entfaltung der produktiven Kräfte des Landes und der Aufstieg der Eingeborenen naturnotwendig gelähmt wird. Unter diesen Voraussetzungen wird Afrika nicht den allseits ersehnten Dauerfrieden sichern helfen, sondern im Gegenteil weiterhin gefährliche Reibungsflächen bieten, an denen sich nur zu leicht ein neuer Weltbrand entzünden kann.

Meine Herren! Das ist aber nicht die Zukunft Afrikas, von der ich heute abend sprechen will. Zu dem Bilde Afrikas, wie es mir vorschwebt, brauche ich hellere und freundlichere Farben. Die unerfreulichen und pessimistischen Gedanken, die uns die Haltung Englands während des Krieges förmlich aufdrängt, mache ich mir nicht zu eigen. Meine Herren! Ich lehne diese Gedankengänge ab, weil kein Friedensschluß denkbar ist mit der Gesinnung, die heute in England am Ruder ist. Es ist kindlich, zu glauben, Deutschland könne sich mit dem Exponenten der kriegsvergnügten Boxergesinnung — des game dog spirits — an den Verhandlungstisch setzen. Wir brauchen einen Umschwung in allen Ländern zu den besten Aspirationen der Vergangenheit, und ich darf denjenigen für einen unverbesserlichen Pessimisten erklären, der einen solchen Umschwung nicht auch in England für möglich hält: der Umschwung muß und er wird kommen! Denn die Knockout-Politiker können sich nur unter einer Voraussetzung

Digitized by Google

halten: nämlich unter der Voraussetzung, daß sie ihr Versprechen erfüllen, uns militärisch niederzuringen und dem deutschen Volk einen englischen Frieden zu diktieren! Es ist möglich, daß wir noch lange kämpfen müssen, bis alle Illusionen, die zum Bestande dieser Knockout-Politik gehören, zusammengebrochen sind, aber sie werden zusammenbrechen! Unsere Waffen können und werden den Gesundungsprozeß beschleunigen, schließlich aber muß sich wie überall die Natur des Patienten selbst helfen.

Wenn ich also im folgenden die afrikanische Zukunft schildere, wie ich sie mir denke und wie Deutschland sie sich wünschen muß, nicht nur um Deutschlands, sondern um der Menschheit willen, so setze ich dabei immer voraus, daß noch vor Kriegsende, in allen Ländern, die Gesinnung zur Herrschaft kommt, mit der allein das neue Europa, mit der allein das neue Afrika gebaut werden kann.

Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Die Neuverteilung soll aber nicht das einzige sein, was diese Staaten in gemeinschaftlicher Arbeit leisten. Über die Verteilung hinaus ist für die gemeinschaftliche Arbeit nach zweifacher Richtung Raum: einmal ist es möglich, die territorielle Abgrenzung der Hoheitsgebiete dadurch in ihrer Einseitigkeit zu mildern, daß den Schutzmächten Beschränkungen zum Zwecke der gleichmäßigen Berücksichtigung der eigenen und der Interessen der anderen Staaten auferlegt werden, und sodann kommt in Betracht, für die Lösung gewisser großer Probleme, die das ganze Afrika angehen, die Mitarbeit aller Schutzmächte zu sichern und Richtlinien aufzustellen, nach denen sich diese Mitarbeit vollziehen soll. In beiden Beziehungen gilt es nur längst Begonnenes fortzuführen. Im Anfang der letzten Aufteilung Afrikas steht die Kongoakte, die in Berlin unter den Auspizien Bismarcks zustande gekommen ist. Handelsfreiheit in Zentralafrika, Schiffahrtsfreiheit auf den Stromsystemen des Kongo und des Niger, Bekämpfung des Sklavenhandels und Neutralisierung des Kongobeckens, das sind die großen Gegenstände, für die sie in kühnem Wurfe eine internationale Regelung gesucht hat. Andere Verträge, die die Mächte zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sklaverei, gegen die Abgabe von Branntwein und Feuerwaffen vereinigten, sind der Kongo-Akte gefolgt. Deutschland hat an diesem großzügigen System internationaler Verträge auf das loyalste mitgearbeitet und für die peinliche Durchführung Sorge getragen. Der Versuch, an der Neutralität des Kongobeckens auch während des Weltkrieges festzuhalten, ist, wie Sie wissen, an dem Willen der Gegner gescheitert. Vor dem Kriege war die Notwendigkeit immer deutlicher hervorgetreten, noch weitere Probleme, wie sie sich aus dem Zusammenleben der verschiedenen europäischen Nationen auf dem afrikanischen Kontinent ergeben, einer internationalen Regelung zu unterwerfen. Ich denke da vor allem an die Schaffung großer gemeinschaftlicher Verkehrsinteressen durch die Besitzungen verschiedener Mächte, sowie an die Bekämpfung gefährlicher Volksseuchen, wie z. B. der Schlafkrankheit. Wir wollen auf der Bahn der internationalen Verträge in den beiden bezeichneten Richtungen fortschreiten und darüber hinaus Einrichtungen schaffen helfen, durch die die Beobachtung der Abmachungen gewährleistet wird. Wenn das in ein solches Vertragssystem einbezogene Gebiet dadurch in weiterer Zukunft allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen müßte, in der die Besitzer der Einzelgebiete zu Treuhändern der Gesamtorganisation werden, so kann die Aussicht auf eine derartige Entwicklung uns in der gekennzeichneten Haltung nicht wankend machen.

Eine besondere Betrachtung erfordert das Problem der Militarisierung der eingebo-

Digitized by Google

renen Stämme Afrikas, ein Problem, das der Krieg erst in seiner ganzen fürchterlichen Tragweite bloßgelegt hat. Frankreich ist es, das die Welt mit diesem Geschenk bedacht hat. Nachdem es schon seit Jahren den Gedanken der Ergänzung der eigenen Streitkräfte durch eine „schwarze Armee" gepflegt, ja in ihm geradezu geschwelgt hatte, ist es gleich nach Ausbruch des Krieges zu Aushebungen großen Stils in seinen afrikanischen Kolonien geschritten und hat Tausende von Eingeborenen auf die europäischen Kriegsschauplätze geworfen. England, das früher solche Gedanken mit Entrüstung von sich gewiesen hätte, ist dem Verbündeten anfangs etwas schüchtern, später aber, wie Sie an dem eben zitierten Ausspruch Winston Churchills erkannt haben, recht energisch gefolgt. Kein Zweifel, daß die Möglichkeit des Zurückgreifens auf farbige Massenheere in Zukunft eine neue drohende Gefahr für den europäischen Frieden bilden wird. Kein Zweifel auch, daß die Militarisierung der Eingeborenen die Entwicklung der afrikanischen Kolonien schwer beeinträchtigen würde. Es liegt deshalb im gemeinschaftlichen Interesse der europäischen Mächte, die plötzlich hervorgetretene neue Gefahr zu beseitigen. Die Gefahr wird auch von unseren Feinden anerkannt. Aber mit der ihnen eigentümlichen Behendigkeit verdrehen sie den Tatbestand, beschuldigen uns der Vorbereitung des Kolonialkriegs von langer Hand und malen zum Zwecke der Abschreckung fürchterliche Vergewaltigungen und Angriffe an die Wand, deren sich die Welt künftig von uns zu versehen hätte, wenn wir afrikanische Kolonialmacht bleiben würden und der preußische Militarismus sich in Afrika austoben dürfte. Das erste Instrument in diesem mißtönenden Konzerte spielt Sir Harry Johnston. Derselbe Sir Harry, den ich vorher als Wortführer der Politik der offenen Tür zitiert habe. Im „Manchester Guardian" vom 4. Juli d. Js. hat er sich auszuführen erkühnt: „Deutsche, noch im Amt befindliche Minister haben indirekt noch deutlich genug gesagt, wenn sie Tropisch-Afrika wieder unter Kontrolle hätten, so würden sie daraus einen riesigen Sklavenstaat machen, in welchem Millionen Schwarzer zu Heloten des weißen Mannes gemacht und zu unbesiegbaren Armen und unermüdlichen Arbeitern gedrillt werden sollten, um Deutschland zum Herrn der Hilfsquellen des schwarzen Erdteils zu machen." Ich bin der einzige deutsche, im Amt befindliche Minister, der über die Militarisierung Afrikas gesprochen hat, neulich in Leipzig, und ich habe genau das Gegenteil gesagt, nämlich, daß wir die Militarisierung der farbigen Stämme Afrikas nicht wollen! Das beste Mittel, der Militarisierung vorzubeugen, ist die geforderte Neuverteilung des Erdteiles. Dadurch, daß sie einen Ausgleich der Machtverhältnisse an Stelle der bisherigen ungleichmäßigen Verteilung schafft, wird der einzelnen Kolonialmacht die Möglichkeit genommen, farbige Streitkräfte nach Europa zu überführen, ohne von der Entblößung eine Gefährdung der Kolonie durch den gleichstarken Nachbar befürchten zu brauchen. Das Interesse an der Aufstellung von Eingeborenen-Heereskörpern wird aber stark verringert werden, wenn mit ihrer Verwendung in Europa oder sonst außer Landes nicht gerechnet werden kann. Bei unserer grundsätzlichen Haltung zu der ganzen Frage werden wir aber darüber hinaus jede vertragsmäßige Einschränkung der militärischen Rüstungen in Afrika fördern.

Fassen wir die Ergebnisse der Gedanken über die Zukunft des afrikanischen Kontinents zusammen! Afrika wird auch nach dem Weltkriege in den Händen einer Anzahl europäischer Kolonialmächte bleiben. Die von uns geforderte Neuordnung der Besitzverhältnisse wird aber dafür sorgen, daß die Anteile der einzelnen Mächte ihren wirtschaftlichen Interessen und ihren wirtschaftlichen und kulturellen Kräften an-

Digitized by Google

gepaßt sind. Für den ganzen Erdteil oder wenigstens für die tropischen Gebiete ist das Vertragssystem auszudehnen und auszubauen, dessen Grundlagen bereits in den Anfängen des neueren kolonialen Zeitalters geschaffen worden sind. Diese Verträge sollen die Beteiligung der Weißen an dem Erschließungswerke in den afrikanischen Kolonien unter gleichen Bedingungen gewährleisten und Grundlinien aufstellen für die gemeinschaftliche Lösung der großen Probleme der kolonialen Verwaltung. Mit allen Mitteln ist dafür zu sorgen, daß die Militarisierung der Eingebarenen von Afrika ferngehalten wird. Gelingt es diese Forderungen zu verwirklichen, so sind die Voraussetzungen für eine glückliche Entwicklung Afrikas und seiner Bewohner in den kommenden Jahrzehnten vorhanden. Dann können und werden die besten Kräfte Europas mit der Gewähr des Gelingens an die der Kulturmenschheit gestellte große Aufgabe herangehen. Dann werden die einzelnen Stämme Afrikas, die durch Jahrtausende im Schatten der Geschichte vegetiert haben, in geduldiger Erziehungsarbeit dem Lichte unserer Gesittung und unserer materiellen Kultur entgegengeführt werden. Dann werden die noch schlummernden ökonomischen Schätze der überreichen Länder nach den Methoden europäischer Wissenschaft, Technik und Organisation gehoben werden, zum Segen der einheimischen Bevölkerung, zum Segen auch der übrigen Welt. Dann erst wird Afrika erstehen als ein vollwertiger Teil des Erdkreises! Wir Deutsche aber fühlen uns berufen, ein gutes Stück Arbeit an dieser gewaltigen Aufgabe auf uns zu nehmen!

Italiens Lage

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Die schwere Niederlage, die die italienischen Waffen in diesem Herbste erlitten haben, ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch von der größten Bedeutung. Das ist eine feststehende Tatsache, die durch keine Erklärungen und Kundgebungen aus der Welt geschafft werden kann. Die Lage Italiens hat sich dadurch von Grund auf gewandelt, denn das Mißverhältnis zwischen den weitgesteckten Kriegszielen, um deren Verwirklichung willen man in den Krieg eingetreten ist, und der unzulänglichen Kraft, die zu ihrer Erreichung zu Gebote steht, ist zu unmittelbarem Ausdruck gebracht. Eine folgerichtige Lösung muß aus diesem unüberbrückbaren inneren Widerspruch hervorwachsen.

Das ist um so bestimmter anzunehmen, als schon vor dem militärischen Zusammenbruch am Isonzo und in der Friauler Ebene die Entwicklung sich in dieser Richtung bewegte. Bereits im Hochsommer dieses Jahres war selbst für den weniger eingeweihten Beobachter deutlich zu erkennen, daß sich die Verhältnisse Italiens seit dem Mai 1915 innerlich wie äußerlich außerordentlich gewandelt hatten, und bereits damals lag die Ursache dafür in dem unerwarteten Verlauf der militärischen Operationen. Statt der Promenade nach Wien, an die man leichtsinnig geglaubt hatte, und in deren Gewißheit man bereit gewesen war, den verächtlichen Verrat an den Verbündeten auf sich zu nehmen, war es zu einem erbitterten Kampf unmittelbar an der Grenze gekommen, der das Land nötigte, allmählich seine ganze Volkskraft einzu-

Digitized by Google

setzen. Statt des schnellen Zusammenbruches der Mittelmächte, dessen man sicher gewesen war, hatte sich eine Gefährdung des eigenen Daseins ergeben, die schließlich alle Berechnungen umstürzte. Die schon im Herbst 1914 vollzogene Besetzung Valonas hatte nur vorübergehend weiter ausgenutzt werden können und in der 1911 gewonnenen tripolitanischen Kolonie war die italienische Herrschaft bald auf einige Küstenstädte eingeschränkt worden. Es liegt auf der Hand, daß schon diese bedeutende Verschiebung der Voraussetzungen tiefe Spuren hinterließ. Nach innen wie außen machten sie sich deutlich bemerkbar.

Seitdem der Eintritt in den Krieg auf der Seite der Entente vollzogen war, hatten die innerpolitischen Kämpfe ein Ende gefunden. Mochte es auch eine kleine Minderheit gewesen sein, die den verhängnisvollen Entschluß mit Hilfe der Straße erzwungen hatte: wo er einmal gefaßt war, fügten sich auch die neutralitätsfreundlichen Mehrheitsparteien der Einheitsfront ein und die Regierung konnte ohne innere Widerstände ihren Eroberungskrieg führen. Nur die Sozialdemokratie verharrte in ihrer Opposition. Dagegen unterwarfen sich die Anhänger Giolittis, des politischen Altmeisters, der die italienischen Ansprüche in friedlicher Verständigung mit der verhaßten Donaumonarchie zum Ziele führen wollte, den Kriegstreibern, und in dem Taumel einer leichtfertigen Siegesgewißheit verstummten die Stimmen politischer Ehrenhaftigkeit und Besonnenheit.

Man könnte meinen, daß damit auch das Spiel derjenigen Kreise sein Ende gefunden hatte, die den Eintritt in den Krieg erzwungen hatten. Aber obschon ihr Ziel erreicht war, setzten sie als „Interventionisten" ihre Wirksamkeit fort. Es war ihnen nicht genug, daß der Kampf nur dem österreichisch-ungarischen Nachbarstaate galt, und sie ruhten nicht, bis auch die Kriegserklärung gegen Deutschland ausgesprochen war. Zwei in sich durchaus gegensätzliche Parteien waren die Wortführer dieser eifrigen Kriegspolitik. Der Block der Linken, der die Radikalen mit den Republikanern und Reformsozialisten umfaßte, fühlte sich im romanischen Gemeinschaftssinne als Vorkämpfer der Demokratie gegen die vermeintlichen Autokratien Mitteleuropas und führte, in engem Zusammenarbeiten mit der Nachbarrepublik, einen haßverblendeten Feldzug gegen diese grundsätzlichen Widersacher. Auf der andern Seite waren die monarchischen Interventionisten, die in der Kammer nur mit wenigen Stimmen vertreten waren, aber die Presse beherrschten, durchaus keine Freunde Frankreichs, sondern erstrebten eine weitgehende Selbständigkeit Italiens innerhalb des Ententebündnissystems. Indessen auch sie bekämpften erbittert die beiden Zentralmächte, in denen sie die Hauptgegner ihres imperialistischen Programms erblickten. Sie zumal waren die Träger der irredentistischen Bewegung, deren Einfluß immer wieder den ruhigen Gang der italienischen Politik gestört und ihr den Stempel der Unaufrichtigkeit aufgedrückt hatte. Hinter beiden Gruppen aber stand treibend und hetzend das englische und französische Gold, das sich in reichen Strömen in die unergründlichen Taschen

Digitized by Google

gewissenloser Politiker und in die weitgeöffneten Türen der Redaktionsstuben ergoß. Der rücksichtslose Druck der interventionistischen Kriegstreiber blieb auch in der Folgezeit bestimmend für die Haltung Italiens. Auf ihn geht der Fall des Kabinetts Salandra zurück, das den Eintritt in den Krieg vollzogen hatte, aber durch alte Dreibundtraditionen belastet schien; auf ihn die Nachfolge des Ministeriums Boselli, das dem imperialistischen Verlangen ein größeres Entgegenkommen bezeigen sollte. In der Tat erfüllte die neue Regierung die ihr zugedachte Aufgabe und als gefügiges Werkzeug der Interventionisten arbeitete sie an der Verwirklichung eines umfassenden imperialistischen Programms. Dem entsprach ihr innerpolitisches Vorgehen. Mit unerbittlicher Strenge hielt sie die besonnenen Elemente nieder, die vordem für die Wahrung der Neutralität eingetreten waren und nun angesichts der geringen militärischen Erfolge vor einer Überspannung des Bogens warnten. Folgerichtig erwuchs jener Zustand einer Diktatur, wie er in keinem andern Lande sich stärker entwickelt und unerschüttert bis vor kurzem bestanden hat.

Indessen die Vorgänge seit dem Hochsommer beweisen, daß die Periode der unumschränkten interventionistischen Herrschaft ihren Höhepunkt überschritten hatte. Einen zuverlässigen Rückhalt in der Volksvertretung hatten die Kriegstreiber niemals gehabt, und ihr Bestreben war deshalb darauf gerichtet, durch die Erzwingung einer fast ununterbrochenen Reihe von Geheimsitzungen die Öffentlichkeit in einer Täuschung über die Volksstimmung zu erhalten. Mit dieser Politik stand die Hetze in Zusammenhang, die man im Hochsommer dieses Jahres gegen den damaligen Minister des Innern Orlando unternahm und die zum Ziel hatte, den aus Giolittis Kreisen stammenden Staatsmann zu beseitigen, bevor das Parlament wieder zusammentrat, in dem Orlando einen starken Anhang besaß.

Eben dieser Vergewaltigungsversuch aber rief zusammen mit der bedrohlichen Zunahme revolutionärer Stimmung, die in den Straßenkämpfen in Turin offen zutage trat, eine unerwartete Wendung hervor. Der fanatischen Kriegspartei stellte sich endlich entschlossen eine Partei der besonnenen Elemente entgegen, die es nicht länger zulassen wollte, daß eine kleine Minderheit maßloser Politiker willkürlich über die Geschicke des italienischen Volkes entschied und die verfassungsmäßigen Rechte mit Füßen trat. Der Zusammenschluß von 45 Abgeordneten, die sich vorwiegend aus Giolittianern sowie einigen Katholiken zusammensetzten und Anfang Oktober mit einem Manifest zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments hervortraten, leitete die Niederlage der interventionistischen Ultras ein. Sie erweiterte sich nach der Wiedereröffnung der Parlamentsverhandlungen schnell durch die Verbindung der neuen, bald auf mehr als 100 Mitglieder angewachsenen Partei mit den Sozialisten, die von Anfang an den interventionistischen Bestrebungen den heftigsten Widerstand geleistet hatten, und fand in dem Sturze des Kabinetts Boselli und der Nachfolge des Ministeriums Orlando ihren Abschluß.

Digitized by Google

Die hohe Bedeutung dieses Regierungswechsels, der kurz vor dem Beginn der siegreichen Offensive der Mittelmächte am Isonzo erfolgte, springt in die Augen. Aber es wäre ein Fehlschluß, aus der Zurückdrängung der Interventionisten zu folgern, daß eine grundsätzliche Schwenkung der italienischen Politik sich angeschlossen hätte. Zwar war es im geschichtlichen Sinne ein wichtiges Eingeständnis, daß der Handelsminister Nitti in einer der ereignisreichen Parlamentssitzungen von der kleinen Minderheit sprach, die für den Eintritt Italiens in den Krieg die Verantwortung trage, doch dachte niemand daran, aus dieser Erkenntnis in der Richtung einer Verständigung mit den einstigen Verbündeten die Konsequenz zu ziehen. Schon das Verbleiben Sonninos, des unmittelbar schuldigen Staatsmanns, im Amte sprach dafür, daß man entschlossen war, an der Seite der Entente auszuharren, um mit deren Hilfe doch noch die Hauptziele zu erreichen, die der früheren Regierung vorgeschwebt hatten und die allein noch auf dem Wege einer Besiegung der Mittelmächte zu verwirklichen schienen. Nur daß man jetzt bestrebt war, diese Politik auf der Mehrheit des Volkes zu gründen und in den Grenzen zu halten, die angesichts der Kriegslage nicht überschritten werden konnten, wenn man sich nicht in Widerspruch zu den Verbündeten wie zu den besonnenen Elementen im eignen Lande setzen wollte. Nicht erst der militärische Zusammenbruch in Friaul hat den Burgfrieden geschaffen, von dem die italienische Presse in diesen Wochen so viel geschrieben hat und der eine Spanne Zeit zur Tatsache geworden ist. Er war bereits durch die Neuordnung der inneren Verhältnisse vorbereitet und stellt schließlich eine Phase dar, die die Entwicklung folgerichtig durchschreiten muß, bevor sie sich der letzten Gestaltung zuwendet. Die große Bedeutung der militärischen Niederlage besteht darin, daß sie, im Sinne der Vereinfachung, diesen Fortgang zur Lösung beschleunigen wird, d. h. zum Verzicht auf jedes Eroberungsziel. Mancherlei Anzeichen lassen schon in diesen Tagen erkennen, daß die Dinge dahin im Flusse sind.

Was für die innerpolitischen Verhältnisse ausgeführt worden ist, gilt erst recht für die außerpolitischen. Auch für sie bildet nicht erst die Katastrophe am Isonzo den Einschnitt. Schon seit langen Monaten läßt sich eine Rückentwicklung verfolgen, deren einzelne Phasen sich zwar noch nicht greifen lassen, die jedoch in ihrem Gesamtverlauf deutlich erkennbar ist. Man vergegenwärtige sich, daß die große Mehrheit des italienischen Volkes nach Kriegsausbruch geneigt gewesen war, sich in friedlicher Verständigung mit der Donaumonarchie auseinanderzusetzen, daß ein Staatsmann wie Giolitti das schließlich von seiten Österreich-Ungarn gezeigte Entgegenkommen im staatlichen Interesse für hinreichend erachtete. Dem Interventionismus waren die Landabtretungen, zu denen sich die Donaumonarchie bereit erklärte und die sich zuletzt auf das vorwiegend von Italienern bewohnte Südtirol und auf das habsburgische Gebiet westlich des Isonzo sowie auf Valona erstreckten, längst nicht genug. Noch während der Verständigungsverhandlungen forderte Sonnino selbst das ganze, auch

Digitized by Google

von Deutschen bewohnte Südtirol, dazu das gesamte Isonzogebiet mit Gradisca, Görz und Monfalcone sowie einen Streifen Kärntens, weiter die völlig slawischen Curzolari-Inseln und neben der Verselbständigung Triests und seines Hinterlandes die Anerkennung der italienischen Souveränetät über Valona und das gänzliche Desinteressement Österreich-Ungarns in Albanien. Im Grunde gingen seine Wünsche noch sehr viel weiter, und getragen vom machthungrigen Irredentismus, ließ er sich in dem Londoner Abkommen vom 26. April 1914, das Italiens Anschluß an die Entente besiegelte und dessen Wortlaut uns jetzt die Bolschewiki-Regierung aus dem Petersburger Geheimarchiv bekanntgegeben hat, den Eintritt in den Krieg mit der Zusicherung des gesamten Südtirol bis an den Brenner, des österreichischen Küstenlandes, Istriens, der dalmatinischen Inseln und des dalmatinischen Festlandes sowie Valonas bezahlen; kaum daß er sich dafür hatte gewinnen lassen, das kroatische Gebiet bei Fiume zu respektieren und Serbien einen Zugang zum Meere vorzubehalten. Mit der Hoffnung auf die Verwirklichung seines Adriaprogramms trennte sich Italien von seinen bisherigen Verbündeten.

Was diese Vereinbarung bedeutete, liegt auf der Hand: sie war auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns aufgebaut. In der Tat ist die Beseitigung der Donaumonarchie als Großmacht das eigentliche Kriegsziel Italiens. Ihm allein strebte man zunächst zu, und man begnügte sich — im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen des neuen Vertrags — gegenüber Deutschland damit, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Aber die Aufrichtung einer Alleinherrschaft in der Adria kehrte sich zugleich gegen die südslawischen Bestrebungen. So wie sich in den Stürmen der Balkankrise des Jahres 1912 das Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn neu gefestigt hatte, weil Italien gemeinsam mit dem Nebenbuhler das größte Interesse daran hatte, keinen starken südslawischen Staat an der Adria emporkommen zu lassen, schien es auch jetzt, wo man gegen die Donaumonarchie im Kampfe stand und an ihrer Vernichtung arbeitete, im Sinne der italienischen Machtpolitik geboten zu verhindern, daß ein serbisches oder kroatisches Staatswesen sich aus den Trümmern des Habsburgerreiches erhob. Es ist wohl sicher, daß sich der Entschluß, den Ententemächten zur Seite zu treten, nur deswegen solange hinauszögerte, weil diese sich scheuten, die weitgehenden Ansprüche Italiens anzuerkennen, die den Verpflichtungen gegenüber dem mitverbündeten Serbien entschieden widersprachen; erst als sie der Mitwirkung Italiens unbedingt bedurften, gaben sie dem Machthunger des italienischen Irredentismus nach.

Es steht fest, daß keine der Ententemächte Italiens Ansprüche als berechtigt anerkannte. Dem Gefühl nach, das sich von nationalen Gesichtspunkten bestimmen ließ, wie dem Interesse nach, das in einem ostadriatischen Staate ein heilsames Gegengewicht gegen das ausbreitungslüsterne Italien erblickte, erwärmten sie sich für das Südslawentum. Von Frankreich her unterhielt man neuerdings lebhafte kulturelle

Digitized by Google

Beziehungen zu den slawischen Nationalitäten der Donaumonarchie. Rußland hielt namens des von ihm vertretenen Panslawismus seine schützende Hand über das in unbekümmertem Kraftgefühl sich dehnende Serbien und wehrte sich besonders heftig gegen die Anerkennung der italienischen Forderungen. In England aber ward eine Gruppe angesehener Politiker eifrig für die berechtigten nationalen Interessen der von allen Seiten bedrückten südslawischen Stämme, die ihrerseits durch ein nach London verlegtes Komitee eine umfassende Propagandatätigkeit in den Ententeländern entfalteten. Wenn man dem begehrlichen Apenninstaat schließlich trotzdem mehr zugestand als berechtigt schien, so sprach neben der Zwangslage wohl die Hoffnung, daß sich die bestehenden großen Spannungen leichter ausgleichen lassen würden, wenn man erst die sichere Beute in Händen habe.

Aber wie in der nördlichen Adria, so schuf auch in der südlichen Italiens Teilnahme am Kampfe schwere Konflikte. Hier stieß das italienische Ausdehnungsverlangen auf den erstarkten griechischen Staat, der seinerseits bestrebt war, das gesamte Griechentum der Balkanhalbinsel und Ägäis zu einer nationalen Einheit zusammenzuschließen. So wie Istrien und Dalmatien gegenüber den Südslawen, waren Südalbanien und Nordepirus die Kampfgegenstände gegenüber den Griechen, und zu ihnen traten kleinasiatische Gebiete. Denn nicht genug mit den Bestrebungen nach Gewinnung der Adriaherrschaft: auch an der türkischen Beute forderte Italien einen Anteil. Vom Tripoliskriege her besaß es noch die Zwölfinseln, die es unter den verschiedensten Vorwänden in der Hand behalten hatte, und es verlangte darüber hinaus nach Kolonialgebiet auf dem kleinasiatischen Festlande: all das Länder, die von Griechen bewohnt werden und auf die der griechische Nationalstaat gleichfalls Ansprüche erhob. Indessen Italien war mit der Begründung seiner Forderungen schnell bei der Hand. Schon der auswärtige Minister San Giuliano hatte im Anschluß an die Weigerung, den Dodekanes zu räumen, im Februar 1913 erklärt, man könne im eigenen nationalen Interesse nicht auf alle möglichen ethnographischen und geographischen Bedingungen der Länder und Völker eingehen, und in unseren Tagen fügte der republikanisch-nationalistische Abgeordnete Colajanni die Formel hinzu, das Nationalitätsprinzip müsse da, wo es bestritten sei, ausgeschaltet werden zugunsten der höheren Kultur und höheren Bildung. So stellte sich der italienische Imperialismus in aller Offenheit den Ansprüchen der kleinen Völker entgegen, und wenigstens den Besitz der Zwölfinseln ließ sich Sonnino noch im Grundvertrag mit der Entente zusichern, während über das strittige Gebiet Südalbaniens und Nordepirus', wie über das kleinasiatische Festland zunächst Vereinbarungen unterblieben. Es hängt mit der doppelten Gegnerschaft auf dem Balkan und in der Ägäis zusammen, wenn die römische Regierung sich immer wieder der Hereinziehung Griechenlands in das Ententelager widersetzte und inbezug auf die Kriegführung im Balkan lange Zeit eigene Wege ging.

Überhaupt blieb das Kennzeichen der italienischen Kriegspolitik: sich gegenüber den

Digitized by Google

neuen Verbündeten eine Art Selbständigkeit zu bewahren. Indessen war das auf die Dauer nur möglich, wenn Italien für sich große Waffenerfolge erntete und der Entente ausschlaggebende Hilfsdienste leistete. Da aber trotz ständig gesteigerter Anstrengungen das Gegenteil der Fall war, verschob sich Schritt für Schritt das Verhältnis zu den überlegenen Bundesgenossen und schließlich wurde aus der freien Stellung eine völlige Abhängigkeit. Nicht wenig wirkte dazu die wirtschaftliche Unselbständigkeit mit, die mit den Erfolgen des deutschen Unterseebootkrieges immer fühlbarer wurde, zumal hinsichtlich der unentbehrlichen Kohlenzufuhr, und der leidenschaftliche Ansturm der Interventionisten lenkte die Dinge in dieselbe Richtung. So vollzog sich die weitere Entwicklung in doppelter Weise. Auf der einen Seite schloß sich die Regierung immer enger dem Ententesystem an, auf der andern ließ sie sich jede einzelne Nachgiebigkeit mit neuen Zugeständnissen an ihr imperialistisches Programm bezahlen. Durch die inneren und äußeren Verhältnisse gedrängt, trat sie am 30. November 1915 dem Londoner Abkommen vom 5. September 1914 bei, das den Partnern den Abschluß eines Sonderfriedens untersagt, und nach langem Sträuben tat sie am 28. August 1916 den letzten Schritt und erklärte auch Deutschland den Krieg. Das bedeutete zugleich die Beteiligung an dem Balkanunternehmen der Entente, aber in welchem Geiste diese erfolgte, zeigte deutlich die Rücksichtslosigkeit, mit der sofort die griechischen Ansprüche beiseite geschoben wurden, indem italienische Truppen nicht nur das gesamte Südalbanien, sondern auch das nördliche Epirus und Janina besetzten.

Wie die Gegengaben im einzelnen aussehen, die für diese engere Einordnung Italien von seiten der Ententemächte gewährt wurden, entzieht sich bisher der öffentlichen Kenntnis. Kein Zweifel jedoch, daß sie sich auf die Gebiete erstrecken, die von vornherein auf dem imperialistischen Programm standen. Koloniale Erwerbungen, die im Grundvertrag vom 26. April 1915 Italien nur für den Fall einer Erweiterung des englischen und französischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands grundsätzlich zugesprochen waren, werden in den späteren Abmachungen näher umschrieben sein, doch ist diesen Konzessionen wohl keine große Bedeutung beizumessen. Um so wichtiger dürften die Zugeständnisse sein, die nun, über die Zwölfinseln hinaus, Italien inbezug auf die türkische Beute gemacht werden mußten. Sie bildeten nicht nur die Entschädigung für die engere Bindung, die der Appeninstaat gegenüber der Entente einging, sondern waren zugleich die Kompensation für die großen Gewinne, die die Verbündeten sich in den inzwischen bekannt gewordenen geheimen Raubverträgen gegenseitig einräumten. Die endgültige Abfindung Italiens scheint auf der Konferenz von St. Jean de Maurienne am 21. April 1917 erfolgt zu sein. Die Anerkennung der italienischen Ansprüche auf die kleinasiatischen Vilajets Smyrna, Konia und Adana, die damals ausgesprochen sein dürfte, war namentlich als Gegenpreis für die Zuweisung Konstantinopels an Rußland gedacht, dessen Erscheinen im

Digitized by Google

Mittelmeer man doch, in Erinnerung an die während des Krimkrieges und der Balkankrisen von 1887 und 1897 beobachtete Haltung, mit größtem Unbehagen entgegensah.

Damals im Frühjahr 1917 erreichte die imperialistische Stimmung Italiens ihren Höhepunkt, aber die Siege, die man errungen haben wollte, standen nur auf dem Papier. Praktisch mußte man im näheren Bereiche der Adria schon zurückpfiffen. Denn so wie Venizelos für Griechenland genötigt wurde, sich mit der Überlassung griechisch-kleinasiatischen Gebietes an Italien abzufinden, mußte die römische Regierung der gegen König Konstantin gerichteten Neuordnung der griechischen Verhältnisse zustimmen und die bereits besetzten Gebiete von Janina und Argyrocastro wieder fahren lassen. So groß war jedoch das Mißtrauen gegen das den Balkanvölkern bezeigte Wohlwollen der Ententemächte, daß sie glaubte, wenigstens auf das albanesische Gegengestade fest die Hand legen zu müssen; am 3. Juni überraschte sie die Welt mit der Verkündigung des italienischen Protektorats über Albanien. Damit aber war eine Handlung getan, die sich nicht mehr auf dem Boden geheimer vertraglicher Abmachungen hielt, sondern die Öffentlichkeit vor eine vollzogene Tatsache stellte. Es war die Aufrollung der adriatischen Frage und so konnten auch die Südslawen nicht dazu schweigen. In der Korfuer Kundgebung vom 7. Juli, die am 20. Juli bekannt gegeben wurde, erteilten Pasitsch und Trumbitsch als Wortführer der serbischen Regierung und ihren kroatischen Bundesgenossen die Antwort. Gegenüber dem Bestreben Italiens, die Alleinherrschaft in der Adria zu erlangen, wurde das Programm eines südslawischen Gesamtstaates demokratischen Charakters verkündet, der die territorialen Ansprüche des Apenninstaates bekämpfte und die volle Gleichberechtigung mit diesem forderte; wie es der Artikel 10 aussprach: „das Adriatische Meer wird im Interesse der Freiheit und der gleichen Rechte aller Völker allen und jedem frei und offen sein."

Dieser Schritt war um so bedeutungsvoller, als in der Kundgebung lediglich diejenige südslawische Ordnung zu Worte kam, mit der sich Italien noch am ehesten abfinden konnte, denn die andern hatten mehr oder weniger den Fortbestand der Donaumonarchie zur Voraussetzung. Selbst von der Seite, mit der man gemeinsam siegen wollte, war dem italienischen Imperialismus auf dem Balkan ein lautes Halt geboten worden, und die publizistische Auseinandersetzung wie das Verhalten der Regierungen ließen in der Folgezeit erkennen, daß die südslawischen Forderungen nach wie vor die Unterstützung der Verbündeten fanden. Das war ein Wendepunkt. In derselben Zeit, da im Innern Italiens die Politik interventionistischer Maßlosigkeit einer Politik besonnenen Maßhaltens Platz machte, setzte sich auch nach außen die Bereitwilligkeit, mehr auf die Wirklichkeit einzugehen, siegreich durch. Auch in außenpolitischer Hinsicht, d. h. bezüglich Italiens Verhältnis zu den Verbündeten, gewann eine Art burgfriedlicher Gesinnung Boden, die zwar dem italienischen Pa-

Digitized by Google

trioten Besorgnis erregen konnte, weil sie Italien immer fester in das Ententesystem einfügte, aber gerade deswegen seine Loslösung von den Verbündeten zu gesondertem Ausgleich unmöglich machte. In lebhafter Aussprache hüben und drüben gab man trotz aller beiderseits bewiesenen Halsstarrigkeit einzelne Punkte des nationalistischen Programms auf, und mit englischer Vermittlung zumal näherten sich die beiden Parteien. Es läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die endgültige Verständigung zwischen Italien einerseits und Griechenland sowie Serbien anderseits zustandegekommen ist, von der die Ententepresse in diesen Wochen berichtet hat. Sie liegt, wenn auch vielleicht nicht mit dem Anspruch auf dauernde Geltung, sehr wohl im Bereich der Möglichkeit und man darf in diesem Falle annehmen, daß die schwere italienische Niederlage Italien noch in besonderem Maße willfährig gemacht hat. Auch in diesem Zusammenhange jedoch bildete sie nur das Schlußglied militärischer Einwirkungen. Die Dinge waren mit dem Kriegsverlauf schon dahin im Werden und erhielten durch den großen Sieg der Mittelmächte nur die Weihe. Deutlich wird die Situation durch die schon seit Sommer 1917 zu verfolgenden Bemühungen gekennzeichnet, ein enges Bündnis mit Frankreich zustandezubringen, das Italien den für erforderlich erachteten Schutz gegen die unbesiegbaren Mittelmächte gewähren soll und seinerseits den Weg zu Konzessionen weist, im engeren Bereich der Adria wie im weiteren Mittelmeerraum.

Auch in außenpolitischer Beziehung war die Periode vor der zwölften Isonzoschlacht eine Stufe, die durchschritten werden mußte, bevor die Entwicklung für die Lösung reif war, die die Mittelmächte und ihre Verbündeten erstreben. Der militärische Zusammenbruch Italiens, der nur im Zusammenhang mit den sonstigen militärischen Erfolgen beurteilt werden darf, hat mit gewaltiger Sprache die Schlußperiode des großen Ringens eingeleitet. Der Vorgang Rußlands gibt einigen Anhalt, wie man sich den weiteren Verlauf zu denken hat.

Estnische Proteste gegen die Russengreuel in Estland

Von Axel Schmidt

Als Illustration der warmherzigen Worte, die Professor H. Delbrück in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik“ „dem Schicksal Livlands“ widmete, seien folgende estnische Proteste gegen die Russengreuel veröffentlicht. Auf Vorschlag des Ältestenrates des estnischen Landtages wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die verwüstende Welle sich immer drohender über Estland erhebt und der Hunger dem Lande infolgedessen in allernächster Zeit droht, schließt sich der estnische Landtag der Resolution des Kiewer Nationalitätenkongresses an, wonach die Verwüstungen durch die Truppen durch Schaffung nationaler militärischer Organisatio-

Digitized by Google

nen bekämpft werden sollen und beauftragt die Landesverwaltung, das Land in dieser Hinsicht zu schützen und durch unverzügliche Schaffung estnischer militärischer Organisationen das Volk zu retten."

Dieser energische Protest des estnischen Landtages wird verständlich, wenn man die Schilderungen der estnischen Presse über das Brennen und Morden der russischen Soldatenhorden liest:

„Mit dem Näherrücken der Frontlinie ist die Verwüstung des Landes zu einer allgemeinen Vernichtung ausgeartet, die systematisch betrieben wird. Die Scharen russischer Soldaten ziehen von Dorf zu Dorf, von Gut zu Gut, alles vernichtend, alles zertrümmernd, was ihnen vorkommt. (Nach einem späteren Bericht sind im Kreise Wieck nur noch 10 Güter unversehrt geblieben.) Vieh und Pferde werden in die Stadt getrieben oder verkauft, oder es wird ihnen an Ort und Stelle oder im Stall die Gurgel abgeschnitten und die Kadaver auf den Düngerhaufen geworfen. Das Korn wird fortgeschleppt, und was nicht fortgeschleppt werden kann, wird verbrannt oder in den Fluß geworfen. Die Häuser werden in Brand gesteckt ... Wenn die Einwohner versuchen, dagegen aufzutreten, werden sie ohne viel Federlesens getötet. Es sind Fälle vorgekommen, wo alte Weiber getötet wurden, ohne daß sie irgendeinen Anlaß dazu gegeben hätten. Im Verlaufe von wenigen Tagen sind in der Wieck und in Harrien Dutzende von Bauernhöfen und Gütern verwüstet und eine Menge Menschen getötet worden. Das alles tun ‚unsere' Truppen in einem Lande, wohin sie geschickt worden sind, um es gegen den ‚äußeren' Feind zu verteidigen ... Wenn diesen sinnlosen Verwüstungen kein Einhalt geboten wird, so erwartet uns ein anderes Gespenst, der Hunger ... In eigner Sache noch ein paar Worte: der Verwüstung gegenüber darf es keinerlei Standes- oder Klassenunterschiede geben. Ob Knecht, Bauer oder Gutsbesitzer, aller Leben und Vermögen ist von gleicher Gefahr bedroht. Gleichmäßig und in der gleichen Gesinnung muß deswegen auch in allen solchen Fällen Hilfe geleistet werden."

Das estnische Blatt schlägt also hier nichts anderes vor, als daß sich der deutsche Gutsbesitzer mit dem estnischen Bauer vereinigen soll, um gegen den gemeinsamen „inneren Feind", den russischen Soldaten, Front zu machen. Unter solchen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß ein estnisches Blatt, der „Päewaleht", vom 7. November sehr freundliche Worte für die deutschen Truppen auf Ösel findet.

„In Estland geht das Gerücht, daß sich das Leben auf Dagö seit der Besetzung durch die Deutschen schon bedeutend angenehmer gestaltet habe! Der Brotpreis sei gefallen und es litte niemand Not. Viele aus Dagö und Ösel Geflüchtete haben daraufhin Schritte getan, um in die Heimat zurückkehren zu dürfen. Weiter wird dann berichtet, daß die Deutschen in Dagö kein Großvieh, wohl aber Kleinvieh, Gerste, besonders aber alle Gegenstände aus Metall und Stiefel requiriert haben. Es seien dafür wohl Bons ausgestellt worden, wer aber Deutsch verstehe, habe gesehen,

Digitized by Google

daß darauf nur Blödsinn geschrieben war, sie also keine Gültigkeit hätten. Dagegen wird ausdrücklich betont, daß keinerlei Brandstiftungen vorgekommen sind, auch nichts von Gewalttaten gegen Frauen, noch auch sonst von besonderen Roheiten oder Grobheiten gemeldet werde. Pferde und Rindvieh sind den Bauern gar nicht oder nur in ganz geringer Zahl weggenommen worden. Wohl aber wurde das Vieh requiriert, das herrenlos in den Wäldern umherlief. Trotz aller Feindschaft bewiesen die Deutschen den Esten gegenüber ein viel größeres Entgegenkommen, als den Russen, ‚denn letzteren sind sie offenbar feindlich gesinnt'."

Nach diesen Proben scheint es allerdings höchstwahrscheinlich, daß die Esten, würde ihnen die Möglichkeit geboten, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Gebrauch zu machen, für eine Abgliederung von Rußland stimmen würden.

Notizen

Vaterlandspartei und politische Beamte. Der Erlaß des preußischen Ministers des Innern Dr. Drews vom 1. Oktober, der besagte, daß es den Beamten seines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsbürger freistehe, der Vaterlandspartei beizutreten, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen einträten, hat am 12. Dezember zu einer großen Debatte im Abgeordnetenhause Veranlassung gegeben. Die Richtlinien, die der Minister bei der Erörterung des Antrags Fuhrmann, wonach das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung „unter Zurücknahme neuerdings versuchter Einschränkungen" sicher gestellt werden sollte, in Anlehnung an den bekannten Erlaß vom 7. Januar 1882 für die politische Betätigung der Beamten entwickelte, können nur restlose Zustimmung finden. Es ist zunächst hocherfreulich, daß der Minister sich auf den Standpunkt vollkommener Objektivität gegenüber jeder Partei, selbstverständlich auch gegenüber der Vaterlandspartei, stellte: „Die Regierung steht heute noch zu dem Wort unseres Königs: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche'. Die Regierung glaubt, daß alle Parteien, die für des Staates und Reiches Leben und Freiheit eintreten, von gutem und ehrlichem Willen beseelt sind, jede auf ihre Weise mit den Mitteln, die sie für recht hält, das Ziel zu verwirklichen. Es sei denn, daß eine Partei den Beweis führt oder daß der Beweis erbracht wird, daß sie Verrat am Vaterlande treibt." Damit ist in aller Form anerkannt, daß sich die Staatsbeamten auch zur Sozialdemokratie bekennen und bei den Wahlen für sie stimmen dürfen. Etwas anderes ist es um die nach außen in Erscheinung tretende Betätigung der Beamten für eine politische Partei. Es ist alte preußische Tradition, daß vor allem die Beamten der inneren Verwaltung vermöge der Natur ihres Beamtenverhältnisses eine besondere Zurückhaltung in ihrer nach außen hin erkennbaren Betätigung für eine politische Partei und ihrem Eintreten mit Wort und Schrift für politische Parteien an den Tag legen. An dieser Tradition festhaltend, wünscht Minister Drews, daß die Beamten der inneren Verwaltung sich an der Agitation für bestimmte politische Parteien, mithin auch für die Vaterlandspartei, nicht beteiligen. Für die politischen Beamten (speziell also namentlich Regierungspräsidenten, Landräte usw., hält Minister Drews ganz im Sinne Bismarcks die Verpflichtung aufrecht, die Politik der Regierung nach außen zu vertreten: „Das weiß jeder, das ist ihre Aufgabe, das ist ihre Beamtenpflicht, und deshalb müssen die politischen Beamten auch klipp und klar das vertreten." Es ist begreiflich, daß diese von dem Minister des Innern wohl im Hin-

Digitized by Google

blick auf die Wahlrechtsvorlage (für die demnach jeder politische Beamte mit aller Entschiedenheit einzutreten hat), scharf betonte Pflicht des politischen Beamtentums der konservativen Partei nicht eben lieblich in die Ohren klang. Man versteht auch, daß die konservativen Parteien an der hergebrachten Befehdung der sozialdemokratischen Partei, die die preußische Regierung fallen gelassen hat, festgehalten sehen möchte. „Es gibt Parteien, die wir bekämpfen müssen und die auch die Beamten bekämpfen müssen. Wir wünschen, daß der Minister entsprechende Weisungen gibt," sagte der Abgeordnete v. Hennigs-Techlin. Also eine Ausnahmestellung gegen die sozialdemokratische Partei! Andererseits beansprucht die Rechte eine Ausnahmestellung zugunsten der Vaterlandspartei, weil diese angeblich eine andere Stellung einnähme als die politischen Parteien, und nicht Politik, sondern sozusagen Patriotismus treibe. Aber eine solche Argumentation verkennt völlig, daß die Vaterlandspartei ihre besonderen Ziele verfolgt, Ziele, die sie nicht nur in scharfen Gegensatz zu anderen politischen Parteien, sondern auch zu der Regierung selbst bringt. Es ist doch keineswegs an dem, daß die Vaterlandspartei nur den Siegeswillen der Nation stärken und beleben will; vielmehr hat sie, wie man aus den Reden des Großadmirals von Tirpitz weiß, ein ganz bestimmtes Kriegsziel sowohl in der belgischen wie in der östlichen Frage, ein Ziel, das mit der Politik der Reichsleitung, soweit es erkennbar ist, keineswegs im Einklang steht. Es ist merkwürdig, daß in der Debatte des Abgeordnetenhauses, die in ihrer Oberflächlichkeit und Fahrigkeit einen wenig erfreulichen Eindruck hinterließ, — der Minister des Inneren vermied es absichtlich, sich auf ein Urteil über die Vaterlandspartei einzulassen — gar nicht von den Kriegszielen dieser Partei die Rede war. Wäre dieser Punkt, wie es notwendig gewesen wäre, scharf herausgehoben worden, so hätte sich sofort gezeigt, daß die Regierung, wenn sie die Bismarcksches Traditionen festhalten will, allerdings das Eintreten der Beamten in Wort und Schrift für eine Partei für unerwünscht erklären müßte, die in den Kriegszielen, soweit ersichtlich, weit über die Absichten der Regierung hinausschießt und dieser durch die Agitation erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. Denn Bismarck hat in seiner berühmten Rede vom 24. Januar 1882, die eine authentische Interpretation des Erlasses vom 7. Januar 1882 geben wollte, ausdrücklich verlangt, daß die Beamten sich anstandshalber jedweder Agitation, „feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs" enthalten sollten. Also bleibt es dabei, daß mindestens von dem Augenblick an, wo die Kriegszielpolitik der Vaterlandspartei nicht mehr der der Regierung konform ist — und es wird schwerlich bestritten werden können, daß sie es überhaupt nicht ist — nach guter alter, durch Bismarck sanktionierter Tradition die Beamten der inneren Verwaltung nicht für diese Partei eintreten dürfen. Die Erregung, die von den vaterlandsparteilichen und rechtsstehenden Blättern gegen den Minister Drews entfacht ist, ist mithin unbegründet; der Minister ist durchaus und restlos durch die Bismarcksche Autorität gedeckt. Fr. Th.

Kriegssiedlungen vergangener Zeiten. Friedrich von Schwerin, einer unserer ersten Kenner auf dem Gebiete des Siedlungswesens, hat in einer Broschüre die durch den Krieg wieder brennend gewordene Siedlungsfrage historisch behandelt. Die „Militärkolonisation der Römer", die „österreichische Militärgrenze", die „Indelta in Schweden", die „britisch-deutsche und schweizerische Legion des Krimkrieges", „Söldneransiedlungen in Brasilien" und „Militäransiedelungen in Rußland". In knappen, aber festen Strichen umreißt der geschätzte Verfasser die wichtige Siedelungsfrage, so daß die Schrift denen zu empfehlen ist, die dem Siedlungswesen Interesse entgegenbringen. Das aber sollte heutzutage, wo es der Krieg zum Greifen deutlich gemacht hat, daß Deutschlands zukünftige Entwicklung nach Osten weist, jeder Gebildete sein.

Finnlands Kampf gegen die Maximalisten. Ähnlich wie in Estland hauft auch in Finn-

Digitized by Google

land die russische Soldateska im Bunde mit dem extremsten Flügel der dortigen Sozialdemokratie. Jetzt scheint aber für das unglückliche Land sich eine Möglichkeit eröffnet zu haben, seine Feinde durch eine Geldabfindung loszuwerden. Erfreulicherweise hat sich auch, wie aus dem Abstimmungsresultat zu ersehen, der größere Teil der finnländischen Sozialdemokratie mit dieser Lösung einverstanden erklärt, da nur 21 von 88 Sozialisten gegen den Vorschlag des Senates gestimmt haben. Über die Vorgänge im Landtage liegt uns folgender Bericht der „Dagens Press" vom 12. 12. vor: Im Landtage wurde ein Antrag des Senats über das Valutabedürfnis des russischen Militärs verlesen. Der Antrag war durch ein Schreiben des russischen Rayonkomitees an den Senat des Arbeiter- und Soldatenrates in Finnland veranlaßt, worin das Komitee mitteilte, daß für Finnland bestimmte, aus dem Ausland kommende Lebensmittel nicht beschlagnahmt werden sollen, und daß für den Abzug der russischen Truppen aus Finnland finnländisches Geld nötig ist. Das Rayonkomitee fordert deshalb den Senat auf, nötige Maßnahmen zu treffen, um dem Komitee hundert Millionen Mark zu liefern und teilt weiter mit, daß es in der nächsten Zukunft für notwendige Auszahlungen an die russische Rentei in Helsingfors 20 Millionen nötig hat. Der Senat macht daher den Vorschlag, daß die finnländische Staatsbank unter der Voraussetzung, daß die versprochene Evakuierung zustande kommt, die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohprodukten gefördert wird und die zurückgehaltenen Warensendungen freigegeben werden, für diesmal den Auftrag bekommen soll, russisches Geld zu einem Werte von 20 Millionen Mark einzuwechseln.

Der Landtag beschloß mit 163 Stimmen gegen 21, diesen Vorschlag des Senats gutzuheißen.

Das Leninsche Organ, „Prawda", freilich will von solch einer Lösung der finnländischen Frage nichts wissen, indem es am 10. 12. noch wütend gegen die Intrigen des finnländischen Bürgertums zu Felde zieht: „Die finnländische Bourgeoisie ist unzufrieden damit, daß die im Lande stehenden russischen Truppen Partei für die Arbeiterklasse nehmen und die finnländische maximalistische Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten unterstützen. Die bürgerlichen Parteien in Finnland verhandeln unter sich über eine Forderung, daß die russischen Truppen aus dem Lande gezogen werden sollen. Aus diesem von Kontrarevolutionären entworfenen Plane soll selbstverständlich nichts werden." Trotzdem ist zu hoffen, daß die Sehnsucht der russischen Soldaten in Finnland, durch dieses Abkommen nach Hause kommen zu können, so stark sein wird, daß es über Lenins Kampfansage gegen Finnlands Bürgertum den Sieg davontragen wird.

Für Deutschland sollte dieses Abkommen ein Fingerzeig sein, wie es auch die furchtbaren Zustände in Estland beheben könnte.

England und die nordischen Staaten. „Lunds Dagblad" vom 15. 11. schreibt im Leitartikel: Die außenpolitische Lage des skandinavischen Nordens ist wenig beneidenswert. Der Verband hält uns völlig isoliert, um uns mürbe zu machen und schließlich ganz in seine Gewalt zu bekommen. Nur von Süden her haben wir dank unserer Verbindungen mit Deutschland noch etwas Luft. Am schwersten hat es Norwegen, obwohl es England die größten Opfer gebracht und dafür durch den U-Bootkrieg unersetzliche Verluste erlitten hat; trotzdem gilt auch ihm gegenüber die gleiche Aushungerungspolitik wie gegenüber Schweden. Die schwierige Lage Norwegens ist aber weder für Dänemark, noch für Schweden gleichgültig. Sie kann leicht politische Folgen zeitigen; denn je mehr durch das Vordringen der Deutschen der Einfluß Englands in der Ostsee sinkt, desto eifriger ist England bemüht, sich im Norden andere Stützpunkte zu sichern. Hierfür käme nur Norwegen in Frage, und die Folge wäre, daß dann Schweden zwischen den beiden kämpfenden Mächtegruppen in der Klemme säße. So weit dürfen wir es

Digitized by Google

nicht kommen lassen, sondern müssen alles tun, damit der ganze Norden seine völlige politische Unabhängigkeit behält. Dänemark und Schweden müssen gemeinsam versuchen, den angelsächsischen Hungerdruck auf Norwegen zu erleichtern, und Norwegen täte klug, diese Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß es die Mißverständnisse zu beseitigen suchte, die sich zwischen ihm und dem wirklichen Beherrscher der Meere, Deutschland, aufgetürmt haben. Jetzt ist nicht länger die englische Flotte Herrin der skandinavischen Gewässer, sondern es sind die deutschen U-Boote, und mit dieser Wirklichkeit müssen die Politiker des Nordens rechnen.

Protest der ukrainischen Rada gegen die polenfreundliche Haltung Mitteleuropas. Schon mehrfach ist von der „Deutschen Politik" darauf hingewiesen worden, daß Mitteleuropas polenfreundliche Politik ihre Grenze finden müsse an seinem Interesse an der Ukraine. Da aber Österreich-Ungarn eine immer polenfreundlichere Politik zu treiben beginnt, so beginnen jetzt Mitteleuropa die ukrainischen Felle fortzuschwimmen. So meldet z. B. die Moskauer Zeitung „Utro Ross." vom 27. 11.: „Die Rada protestiert gegen die Einbeziehung Galiziens, des Cholmlandes und der westlichen Teile des Poleßje-Gebiets in die Grenzen des polnischen Staates, die von den Mittelmächten begünstigt wird. Es ist zu hoffen, daß ebenso wie in der finnländischen Frage auch in der ukrainischen in zwölfer Stunde Regierung und Reichstag erkennen werden, daß bei der russischen Fremdvölkerfrage höchste deutsche Belange auf dem Spiele stehen."

Österreichische Kolonialpläne in Afrika. Schon im Jahre 1916 hatte die zwar wenig zahlreiche, aber höchst rührige „Österreichische Kolonial-Gesellschaft" eine als Handschrift gedruckte Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die österreichisch-ungarische Monarchie und die Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik herausgegeben. Im Frühjahr dieses Jahres hat der Österreichische Flottenverein eine bedeutend erweiterte Neuauflage dieser Denkschrift veranstaltet. Während bisher aber die Propaganda im internen Kreise betrieben wurde, tritt man jetzt mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit. In Nummer 536 der Wiener „Reichspost" veröffentlicht Otto von Gertner Gedanken über den Endsieg. Er erinnert an die Entbehrungen, die jeder Haushalt sich zurzeit auferlegen muß, weil die Mittelmächte durch die englische Blockade vom Welthandel abgeschnitten sind und keine eigenen Kolonien besitzen, er erinnert an die durch die Aufwendungen des Krieges aufgelaufenen Kriegskosten und sträubt sich gegen den Gedanken, deren Zinsen einzig und allein durch Steuern und Vermögensabgaben aufzubringen. Um die Schäden des Krieges zu heilen, den Volkswohlstand zu stärken, die finanzielle Kraft des Staates auch jenseits der Steuerschraube zu heben, verlangt er neben höchster Entwicklung der Industrie und des Außenhandels direkten und daher billigsten Bezug aller Rohprodukte und Rohstoffe aus eigenen Kolonien. Der Artikel schließt: „Wir fordern zu diesem Zwecke, daß uns die feindlichen Groß- und Kleinmächte aus der Fülle ihres Überflusses an Kolonien so viel überlassen, daß wir nach dem Kriege unseren Bedarf an Rohstoffen und Kolonialwaren gesichert aus eigenem Besitz decken können. Wir müssen nachdrücklich das fordern, dessen wir zum Leben in den schweren Zeiten des drohenden Wirtschaftskrieges unbedingt benötigen und wodurch wir auch erst wirklich zur gleichberechtigten Großmacht werden. Und das sind: „Eigene Kolonien".

Von deutscher Seite können wir diese Bestrebungen unseres Bundesgenossen nur begrüßen! Sache unserer Diplomaten wird es sein, entsprechende Wünsche unseres Bundesgenossen auf der Friedenskonferenz mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

T
D42
V.2
pt.2
Jul-De
1917

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

Digitized by Google